ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE

Migration in der Moderne

Wege – Orte – Erfahrungen

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Migration in der Moderne

Wege – Orte – Erfahrungen

Archiv für Sozialgeschichte | 64. Band | 2024

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Claudia Gatzka, Kirsten Heinsohn, Thomas Kroll, Anja Kruke,
Philipp Kufferath (geschäftsführend), Friedrich Lenger, Ute Planert,
Dietmar Süß, Nikolai Wehrs, Meik Woyke

DIETZ

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Claudia Gatzka, Kirsten Heinsohn, Thomas Kroll, Anja Kruke, Philipp Kufferath (geschäftsführend), Friedrich Lenger, Ute Planert, Dietmar Süß, Nikolai Wehrs (Forschungsberichte und Rezensionen), Meik Woyke

Redaktionsanschrift:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv für Sozialgeschichte
Dr. Philipp Kufferath
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Tel. 02 28 / 8 83 80 57
E-Mail: afs@fes.de

Herausgeberin und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

Patrik von zur Mühlen (1942–2023) zum Gedenken

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Informationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4300-5
ISSN 0066-6505

Copyright © 2024 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Umschlagfoto: Heimreise mit dem Zug, Pakete durchs Fenster reichend
Rechte: J. H. Darchinger / Friedrich-Ebert-Stiftung
Satz: SMASHDOCs mit SRZ
Druck und Verarbeitung: Westermann Druck Zwickau GmbH

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2024

Inhalt

RAHMENTHEMA: MIGRATION IN DER MODERNE
WEGE – ORTE – ERFAHRUNGEN

Migration in der Moderne
Einleitende Bemerkungen
Friedrich Lenger | 9

Grenzfälle
Perspektiven der neuzeitlichen Migrations- und Im-/Mobilitätsgeschichte
Jan C. Jansen | 19

»Riesige Personenzahlen«
Transatlantische Rückwanderungen von Buenos Aires und New York um 1900
Agnes Gehbald | 41

Exklusive Fluchtwege?
Zur Flucht per Flugzeug und ihren sozioökonomischen Bedingungen vom Nationalsozialismus bis zur Asylmigration in die Bundesrepublik
Carolin Liebisch-Gümüş | 65

»Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz?«
Arbeitsmigration und Automobilität in der Bundesrepublik
Eva Maria Gajek/Bettina Severin-Barboutie | 85

Dazwischen unterwegs
Pendelrouten (süd-)osteuropäischer Arbeitsmigrant:innen in ›Gastarbeit‹ und Gegenwart
Jana Stöxen/Lumnije Jusufi | 115

Zwischen »Ausländerfrage« und »Bewertungssystem«
Die Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern, 1904–1914
Olga Sparschuh | 143

Ankommen zwischen Bordell und Moschee
Bahnhofsviertel westdeutscher Großstädte als Räume der Migration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts
David Templin | 169

Jenseits von Ankunft und Arbeit
Migrationsgeschichte als Sozialgeschichte – Sozialgeschichte als Migrationsgeschichte
Stefan Zeppenfeld | 209

Ankommen und Bleiben im ländlichen Raum
Regionalgeschichtliche Perspektiven auf die Migrationsgeschichte
Jens Gründler/Christoph Lorke | 247

Migrants and the Anonymity of the Metropolis
Catholic Initiatives for Turkish and Moroccan Labour Migrants in Urban Brussels, 1964–1985
Stijn Carpentier | 271

Erzählungen des Ankommens
Hamburger Perspektiven auf Migration und Stadt
Andrea Althaus/Linde Apel/Jana Matthies | 295

Migration – Krieg – Genozid
Zur Migrationserfahrung in autobiografischen Texten von Überlebenden des Genozids an den Tutsi Ruandas
Anne D. Peiter | 317

Brandsätze
Briefe an die Überlebenden der Anschläge von Mölln
Stefanie Coché | 339

DOKUMENTATION – ANALYSE – KRITIK

Die Stadt und das Weltreich
Lokaler Imperialismus in Wilhelmshaven um 1900
Leon Biela | 363

FORSCHUNGSBERICHTE UND REZENSIONSESSAYS

Geschichte der Nachhaltigkeit
Ein Forschungsbericht
Benjamin Möckel | 401

Großbritannien und der Brexit
Aktuelle Forschungen und Perspektiven
Almuth Ebke | 433

Langzeitgeschichte der Arbeit und ihrer Produktivität
Rezensionsessay zu: IGZA (Hrsg.), Matrix der Arbeit. Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit
Jürgen Kocka | 455

Summaries | 465

Résumés | 473

Rezensierte Bücher | 481

Die Autorinnen und Autoren des Bandes | 487

RAHMENTHEMA:

Migration in der Moderne

Wege – Orte – Erfahrungen

FRIEDRICH LENGER

Migration in der Moderne

Einleitende Bemerkungen

Migrationsbewegungen zählen zu den zentralen sozialen Strukturelementen der Moderne und spielen in den politischen Debatten der letzten Jahrzehnte sowie auch ganz aktuell eine herausragende Rolle. Migration ist, das hat Dirk Hoerder, einer der weltweit besten Kenner, kürzlich noch einmal dargelegt, ein zentrales Moment menschlicher Existenz, doch kann sie von Historikerinnen und Historikern in ganz unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommen werden. So spricht Hoerder von »multiscalar approaches« und führt zur Klassifikation von Migration zunächst die von lokalen bis zu globalen Wanderungen reichende räumliche Dimension, die kurze oder lange Dauer und den von individuellen Einzelreisen bis zu Massenbewegungen variierenden Umfang ein.[1] Mit einer derart formalen Klassifikation zu beginnen, ist hilfreich, auch wenn sie sich bei näherer Betrachtung als unzureichend erweist. So führt es beispielsweise nicht sehr weit, hinsichtlich der Dauer lediglich zwischen kurz und lang zu unterscheiden und von der Motivation der Migrierenden sowie den Rhythmen von Wanderungsbewegungen abzusehen. Temporär gedachte Migrationen können sich als dauerhaft erweisen (und vice versa) und ihr zeitlicher Rhythmus ist regelmäßig mit Arbeitsmarktkonjunkturen, Jahreszeiten und nicht zuletzt aufenthaltsrechtlichen Regulierungen verschränkt. Die Zahl der Tage, Wochen, Monate und Jahre eines Aufenthalts allein gibt über Migrationsbewegungen also nur sehr unvollkommen Auskunft. Ähnlich kritisch ließen sich die beiden anderen Dimensionen kommentieren. Und doch lässt gerade eine so formalistische Klassifikation hervortreten, wo die Begrifflichkeit Annahmen transportiert, die keineswegs selbstverständlich sind. Hinsichtlich der Raumdimension wäre etwa an die Setzung zu denken, Migrationsbewegungen würden gleichsam per definitionem die Überwindung einer oder mehrerer nationaler Grenzen voraussetzen. Das ist nicht nur für vornationalstaatliche Zeiten abwegig, sondern etwa auch für die »Great Migration« zahlloser Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner aus den Südstaaten in die Nordstaaten der USA. Ihre (Vor-)Geschichte mahnt überdies, der Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Migration gebührende Beachtung zu zollen, so schwierig es oft ist, die Übergänge präzise auszuloten. Und spätestens hier liegt auch die Notwendigkeit offen zutage, »Migration nicht als einfach gegebenes Phänomen aufzufassen, sondern als eine gesellschaftliche Klassifizierung menschlicher Bewegung und damit als spezifische, historisch variable Form von Mobilität«.[2] Wie brisant Semantiken hier sind, zeigt sich insbesondere im Wortfeld von Flucht und Vertreibung, beispielsweise im Ausspielen des positiv besetzten politischen Flüchtlings gegen den negativer konnotier-

1 *Dirk Hoerder*, Multiscalar Approaches and Transcultural Societal Studies, in: *Marcelo J. Borges/Madeline Y. Hsu* (Hrsg.), The Cambridge History of Global Migrations, Bd. 2: Migrations, 1800–Present, Cambridge/New York etc. 2023, S. 42–63, hier: S. 42.

2 *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 305.

ten Wirtschaftsmigranten. Auch die Opposition bundesrepublikanischer Vertriebenenverbände gegen die Subsumtion unter den Begriff der Migration verdeutlicht dies – schließlich transportierte nur der Begriff der Vertreibung die Unfreiwilligkeit der Aufgabe der Heimat und den Anspruch auf den dortigen Besitz.

Bei der historischen Erforschung von Migrationsprozessen haben lange sozioökonomische Rahmenbedingungen und politische Regulierungsmaßnahmen im Vordergrund gestanden. Anders als für die geschichtswissenschaftliche ist für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema eine solche sozioökonomische und juridisch-politische Schwerpunktsetzung bis heute kennzeichnend geblieben, was angesichts der politischen Brisanz der aktuellen Migrationspolitik auf der einen, der Neigung vieler Soziologinnen und Soziologen zu kapitalismusbezogenen Erklärungen auf der anderen Seite nicht überrascht.[3] Wenn deutsche Historikerinnen und Historiker in den letzten Jahren andere Wege gegangen sind, dann ist das teilweise eine nationale Besonderheit. Denn von einer Ausblendung der demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Migrationsprozessen kann in der internationalen und insbesondere der globalgeschichtlich ausgerichteten Forschung keine Rede sein. Migrationssysteme, verstanden als über längere Zeiträume stabile Verknüpfungen zwischen (Welt-)Regionen durch Mobilität, spielen dort eine zentrale Rolle.[4] Wenn das in der bundesrepublikanischen Forschung bislang wenig Resonanz gefunden hat, spiegelt sich darin auch die Schwäche einer global orientierten Wirtschaftsgeschichte, die etwa in den ungleich kleineren Niederlanden sehr viel besser vertreten ist. Umso begrüßenswerter ist es, dass mit dem programmatischen Aufriss von Jan C. Jansen ein Beitrag den Auftakt zu diesem Band macht, der die Vielfalt und den Perspektivenreichtum einer bis ins 18. Jahrhundert zurückgreifenden globalen Migrationsgeschichte ausleuchtet.

Migrationsprozesse, die in einer linearen Bewegung vom Herkunfts- zum Ankunftsort keineswegs aufgehen, verändern gleichwohl die demografischen und ökonomischen Strukturen sowohl am Herkunfts- als auch am Ankunftsort der Migrierenden tiefgreifend. So lassen beispielsweise die oft für jeweils ein Vierteljahr nach Deutschland kommenden Altenpflegerinnen aus Polen oder den baltischen Staaten dort nicht selten Kinder zurück, deren Pflege von Verwandten und Bekannten vor Ort übernommen wird. Wenn solche relationalen Verknüpfungen in der Bundesrepublik nicht im Zentrum des geschichtswissenschaftlichen Interesses stehen, dann hat das seinen tieferliegenden Grund auch darin, dass methodisch die Wende zu einer akteurszentrierten Migrationsgeschichte strukturelle Bedingtheiten in den Hintergrund gedrängt hat. Nun ist hinsichtlich dieser Wende Ulrike Jureit zuzustimmen, die lakonisch notiert: »Nicht überall, wo *Autonomie* oder *Eigen-Sinn*

3 Vgl. exemplarisch *Steffen Mau*, Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert, München 2021; *Manuela Bojadžijev*, Differenzielle Migration – Arbeit, Logistifizierung und die Regierung von Migration, in: *Mirela Ivanova/Helene Thaa/Oliver Nachtwey* (Hrsg.), Kapitalismus und Kapitalismuskritik, Frankfurt am Main/New York 2022, S. 255–280.

4 Vgl. als Synthese etwa *Dirk Hoerder*, Migrationen und Zugehörigkeiten, in: *Emily S. Rosenberg* (Hrsg.), Geschichte der Welt, Bd. 5: 1870–1945 – Weltmärkte und Weltkriege, München 2012, S. 433–588; als Fallstudie *Ulbe Bosma*, The Making of a Periphery. How Island Southeast Asia Became a Mass Exporter of Labor, New York 2019.

draufsteht, ist [...] auch *Agency* drin.«[5] So segeln gelegentlich selbst Studien unter der Fahne der Agency, in denen die Migrierenden wenig mehr sind als die Projektionsflächen für Stereotype.[6] Wichtiger noch aber scheint es, darauf hinzuweisen, dass das Bestehen auf der Bedeutung von Strukturen nicht als Strukturrealismus in dem Sinne missverstanden werden sollte, dass Strukturen gleichsam objektive Entitäten bildeten, welche die Praxis der Akteurinnen und Akteure ganz und gar determinierten. Werner Sombart hatte gegen eine solche Sicht schon vor mehr als 120 Jahren eingewandt, »daß wir uns niemals verleiten lassen sollten, als letzte Ursachen, auf die wir sociales Geschehen zurückführen wollen, etwas anderes anzusehen, als die Motivation lebendiger Menschen«.[7] Ein ähnliches Insistieren darauf, dass Strukturen aus menschlichem Handeln hervorgehen und diesem also keineswegs äußerlich sind, findet man auch bei Pierre Bourdieu, der »strukturierte Strukturen [kennt], die geeignet sind, als strukturierende Strukturen zu wirken, mit anderen Worten: als Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen, die objektiv ›geregelt‹ und ›regelmäßig‹ sein können, ohne im geringsten das Resultat einer gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein«.[8] Aber auch ein des Strukturrealismus so unverdächtiger Autor wie Bourdieu eignet sich nicht als Kronzeuge einer Handlungsmacht von Akteurinnen und Akteuren, die sich gleichsam im luftleeren Raum studieren ließe. Denn seine Zurückweisung des Versuchs, »die Sozialwissenschaft auf die bloße Aufdeckung objektiver Strukturen einzuengen«, schränkt er durch den Zusatz ein: »wenn dabei nicht aus den Augen verloren wird, daß die Wahrheit der Erfahrungen gleichwohl doch in den Strukturen liegt, die diese determinieren«.[9]

Neben der Wende zu einer akteurszentrierten Migrationsgeschichte ist eine reflexive Wende kennzeichnend für das Feld.[10] Das ist zum einen insofern naheliegend, als bei einem politisch so brisanten Thema das Sagbare und das Machbare besonders nahe beieinander zu liegen scheinen und Forschung und Aktivismus leichter ineinander übergehen als sonst. Zum anderen ist die begriffsgeschichtliche Reflexion aber grundsätzlich in allen Bereichen der Sozial- und Geschichtswissenschaften geboten, sodass eine eingehendere Behandlung an dieser Stelle verzichtbar scheint.[11] Stattdessen sollen im Folgenden die an Jan C. Jansens Problemaufriss anschließenden Beiträge zu diesem Band kurz vorgestellt werden, wobei mit Blick auf diesen einerseits in Rechnung gestellt werden muss, dass er primär aus der Per-

5 *Ulrike Jureit*, Hoffnung auf Erfolg. Akteurszentrierte Handlungskonzepte in der Migrations- und Flüchtlingsforschung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 15, 2018, S. 509–522, hier: S. 519.

6 So bei *Jannis Panagiotidis/Hans-Christian Petersen*, Antiosteuropäischer Rassismus in Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Weinheim 2024.

7 *Werner Sombart*, Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., Leipzig 1902, Bd. 1, S. XVIII (Geleitwort).

8 *Pierre Bourdieu*, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1979 (zuerst frz. 1972), S. 165.

9 Ebd., S. 149.

10 Vgl. dazu zuletzt knapp und mit weiterer Literatur *Bettina Severin-Barboutie*, Migration und Zeitgeschichte. Trends, Herausforderungen und Perspektiven, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg. Jahrbuch 2023, S. 49–65.

11 Vgl. als aktuelles Beispiel *Agnes Gehbald*, Drüben in der Heimat. Die Geschichte des Begriffs »Remigration«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.2024, S. N3.

spektive einer Globalgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts geschrieben ist und dass andererseits die darin sehr überzeugend dargelegten Ansprüche an eine globale Migrationsgeschichte der Moderne von den übrigen Beiträgen nicht nur wegen des anderen, meist engeren zeitlichen Fokus allenfalls partiell eingelöst werden. Zu ihrer Vorstellung bieten sich die im Untertitel angeführten Begriffe für eine Gliederung an, also Wege, Orte und Erfahrungen. Nun sind dies keine trennscharfen Begriffe. Schließlich verbinden Wege Orte und bleiben Erfahrungen an Orte (und die Wege dorthin) gebunden. Aber die Schwerpunktsetzung ist doch eine jeweils eigene. Bei den Wegen liegt der Fokus auf dem Transit, auf der Zeit also zwischen den Orten, und lenkt damit den Blick unwillkürlich auch auf die Verkehrsmittel. Bis in die Gegenwart zentral sind dabei Fußwege und ihre Kenntnis oftmals ein Schlüssel für den illegalen Grenzübertritt. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel haben vor einiger Zeit Bettina Severin-Barboutie und Nikola Tietze mit der »Rotta Alpina« vorgestellt, einem häufig verschneiten Fluchtweg in den französisch-italienischen Alpen bei Bardonecchia, den nach der Verschärfung der französischen Grenzkontrollen nach 2015 afrikanische Migrierende ebenso nutzten wie zahllose Italiener und Italienerinnen nach dem Zweiten Weltkrieg.[12] Empirisch lenkt das Beispiel den Blick auf weitere Akteure wie zum einen die Schleuser (»passeurs«), ohne deren Ortskenntnis die Wege nicht zu bewältigen waren und die ihrerseits gute Geschäfte mit ihrer Tätigkeit machten, oder zum anderen auf die Helfer und Helferinnen, die sich mit den Migrierenden solidarisierten und sie unterstützten.[13] Und methodisch rücken die Strategien und Taktiken ins Zentrum, auf welche die zuletzt zitierten Autorinnen im Anschluss an Michel de Certeau rekurrieren und die geeignet sind, das oben angesprochene Zusammenspiel von Struktur und Agency auszuloten.[14]

Nun steht der Fußweg nicht erst im 21. Jahrhundert neben einer ganzen Reihe alternativer Reisemöglichkeiten. Die nach 2015 bei Bardonecchia die Grenze passierenden Afrikanerinnen und Afrikaner dürften zuvor über das Mittelmeer gekommen sein, während die knapp 70 Jahre früher die »Rotta Alpina« nehmenden Italienerinnen und Italiener nicht selten die Eisenbahn genutzt haben werden, bevor sie sich auf die mühsame Wanderung durch die Alpen machten. Gleichwohl spielt die Transporttechnik eine wichtige Rolle. So setzte die von Agnes Gehbald in ihrem Beitrag behandelte massenhafte Rückwanderung das Angebot einer halbwegs erschwinglichen Schiffsverbindung zwischen Europa auf der einen, Nord- und Südamerika auf der anderen Seite voraus, auch wenn, wie die Autorin zeigt, die zur Verfügung stehenden Plätze in Krisenzeiten, in denen der Rückkehrwunsch enorme Verbreitung gewann, nicht ausreichten. Dennoch ist die Differenz zu den

12 Vgl. *Bettina Severin-Barboutie/Nikola Tietze*, Umkämpfte Interaktionen. Flucht als Handlungszusammenhang in asymmetrischen Machtverhältnissen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 15, 2018, S. 415–430, hier: S. 415 ff.

13 Vgl. zu Ersteren ausführlich *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019, S. 86–90; zu Letzteren knapper *dies./Tietze*, Umkämpfte Interaktionen, S. 417.

14 Vgl. neben den Arbeiten von *Severin-Barboutie* und *Tietze* beispielsweise auch die Fallstudie von *Martin Zillinger*, Möglichkeits(t)räume der Migration. Kooperationsstrategien marokkanischer Migranten auf dem Weg nach Europa, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 41, 2014, S. 489–501.

von Schuldknechtschaftsverhältnissen maßgeblich geprägten früheren Auswanderungszeiten augenfällig, in denen eine zeitnahe Rückkehr nach Europa kaum möglich war. Auch »Golondrinas«, also unter Ausnutzung der unterschiedlichen Jahreszeiten in der nördlichen und südlichen Hemisphäre zwischen Südeuropa und Südamerika pendelnde Landarbeiter und Landarbeiterinnen, deren Zahl sehr umstritten ist, waren ohne preiswerte Schiffsverbindungen nicht denkbar. Der Beitrag lässt aber nicht nur die vielfältigen Erfahrungen der um 1900 in die »Neue Welt« Migrierenden und der nach Europa Remigrierenden an Einzelbeispielen deutlich werden, sondern interessiert sich vor allem für die Kategorienbildung der Migrationsstatistik, die er im Überschneidungsbereich von staatlicher Regulierung, wissenschaftlicher Debatte und medialer Berichterstattung analysiert.

Als noch unmittelbarer wirksam tritt die Verkehrstechnik im Beitrag von Carolin Liebisch-Gümüş hervor. Denn für die Flucht aus und vor dem nationalsozialistischen Deutschland konnte es von existenzieller Bedeutung sein, ob es Zugang zu einem Flugticket gab, das nicht nur eine besonders schnelle Ausreise gewährleistete, sondern auch eine solche ohne weitere riskante Kontakte zu Grenzbehörden am Boden. Den Anspruch, »Migrationsgeschichte mit der Geschichte sozialer Ungleichheit zu verbinden«, löst der Aufsatz im Rückgriff auf zahlreiche Einzelbiografien und die Tarifstruktur der Luftfahrtunternehmen eindrucksvoll ein. Dabei beschränkt sich die Verfasserin nicht auf die an den Anfang gestellte NS-Diktatur, sondern bezieht die DDR breit mit ein und diskutiert in einem Schlussabschnitt, wie die Einbeziehung der Fluggesellschaften in die Migrationssteuerung und -kontrolle die Bedeutung des Flugverkehrs für Fluchtbewegungen wieder zurückgedrängt hat. Das bedeutet nicht, dass Migrierende den Flugverkehr in jüngerer Zeit nicht mehr nutzen, sondern lediglich, dass ein Flug nicht mehr zwangsläufig das Mittel der Wahl zur Überwindung der wichtigsten Grenze(n) ist. Wie schon am Beispiel Bardonecchias gezeigt, werden die verschiedenen Transportmittel alternativ und komplementär genutzt. Das zeigen auch Jana Stöxen und Lumnije Jusufi in ihrer ethnologischen Studie zu den Pendelrouten südosteuropäischer Migrantinnen und Migranten. Denn obwohl in jüngster Zeit Flugverbindungen kostenmäßig bei Reisen von Moldova nach Deutschland durchaus mit dem Bus konkurrieren können, gibt es für einige Migrierende weiterhin Gründe, den Bus zu präferieren. Neben gleichsam objektiven Faktoren wie dem weit höheren zugelassenen Gepäckgewicht spielt vor allem das gemeinschaftliche Erleben der im Vergleich zum Flug zeitlich gedehnten liminalen Grauzone zwischen Herkunfts- und Arbeitskontext eine Rolle. Das dies charakterisierende Teilen der mitgebrachten Verpflegung oder von Informationen war auch für die Eisenbahnreisen der Zeit typisch, in denen zu ›Gastarbeitern‹ werdende Mazedonier aus Jugoslawien in aller Regel mit dem Zug in München ankamen, um von dort auf verschiedene Einsatzorte verteilt zu werden. Für den 1950 geborenen Vater einer der beiden Autorinnen war indessen die Bahn noch alternativlos, weil Busse nur im Nahbereich zum Einsatz kamen und Flüge noch unerschwinglich waren. Nicht nur hierzu sind die familiären Erinnerungen zu dem, was Clelia Caruso den »transnationale(n) Lebensstil der dauerhaften Vorläufigkeit« genannt hat, sehr aufschlussreich, zumal deutlich wird, mit welch unterschiedlichen, teils bedrohlichen Assoziationen das Fahren im Zug behaftet war, »weil er

die Männer der Familie wegbrachte«.[15] Ungleich positiver besetzt waren zumeist die Assoziationen, die sich mit dem Auto und insbesondere mit dem Mercedes verbanden, auch wenn Eva Gajek und Bettina Severin-Barboutie in ihrem Beitrag sehr schön zeigen, dass dieser nicht immer in dem Maß als Erfolgsbeleg gedeutet wurde, wie es die in ihre Heimatgemeinden zurückkehrenden Besitzer erwarteten.

Spielen bei der heutigen Arbeitsmigration von Männern und Frauen aus Moldova in die Bundesrepublik Grenzen aufgrund der Bestimmungen des EU-Rechts keine Rolle mehr, war das in der Hochzeit der Nationalstaaten anders. Olga Sparschuh zeigt das anhand eines Regulierungsbereichs, der gleichwohl heute erneut hohe Aktualität besitzt. Denn die lange preußisch dominierte Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern beschäftigte sich im Wilhelminischen Kaiserreich in ganz ähnlicher Weise mit der Anerkennung ausländischer Schul- und Bildungsabschlüsse wie das ihre heutigen Nachfolgeinstitutionen tun. Und insoweit solchen Äquivalenzentscheidungen aufenthaltsrechtliche Bedeutung zukommt, besitzen sie den Charakter von »Sortiermaschinen«, wie Steffen Mau den in seinen Augen heute wichtigsten Ungleichheitsgenerator genannt hat.[16] Dagegen betont Olga Sparschuh mit Blick auf die von ihr analysierte Institution eher ihre Bedeutung »für erste Versuche einer Standardisierung im internationalen Bildungswesen«. Dennoch macht sie sehr deutlich, wie stark der Blick preußischer Beamter auf russisch-jüdische Studienbewerber in die Bildung von Beurteilungskriterien einfloss und wie gut beraten Antragsteller waren, strategisch herauszustellen, dass sie nach dem Abschluss eines Medizinstudiums keineswegs im Land verbleiben und praktizieren wollten. Ihr Beitrag steht am Übergang von stärker auf Migrationswege (und ihre Regulierung) fokussierten Beiträgen und solchen zu Orten, die wie Studienorte als Orte des Ankommens begriffen werden können. Dagegen bleiben Orte, die auch und vor allem Relaisfunktionen besitzen, zumindest in dieser Funktion in unserem Band weitgehend ausgeblendet. Hier wäre insbesondere an Häfen und Flughäfen zu denken, die eben nicht nur Ausgangspunkte von Emigration und von Fluchtbewegungen sowie Zielpunkte von Remigration sein können, sondern auch Orte der Selektion und Immobilisierung wie im Falle von Gesundheitsprüfungen, Quarantänen oder Einreiseverweigerungen. Mobilität und Immobilität liegen also nahe beieinander. Und auch das Problem der Freiwilligkeit müsste differenzierter behandelt werden. Das Lager als Sinnbild eines unfreiwilligen Aufenthaltsorts hätte wie das Wohnheim mit seinem Doppelcharakter als streng regulierter Ort auf der einen und als typischer Ort des Übergangs zu freieren Wohnformen auf der anderen Seite gewiss einen eigenen Beitrag verdient.[17]

In eine andere Richtung geht David Templin, der in seinem Beitrag die Bahnhofsviertel in Hamburg, München und Frankfurt am Main während der 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahre als »Orte des Wohnens, des Arbeitens und der Beratung, Begegnung und Vergemeinschaftung« untersucht. Ankommen meint hier also nicht

15 *Clelia Caruso*, Befristete Migration und transnationaler Lebensstil. Italienerinnen und Italiener in einer wallonischen Bergbaugemeinde nach 1945, Wien/Köln etc. 2019, S. 616.

16 Vgl. *Mau*, Sortiermaschinen, insb. S. 163f.

17 Vgl. zu Wohnheimen anschaulich *Sarah Vanessa Losego*, Fern von Afrika. Die Geschichte der nordafrikanischen »Gastarbeiter« im französischen Industrierevier von Longwy (1945–1990), Köln/Weimar etc. 2009.

die Ankunft eines Zugs, sondern lenkt den Blick auf die Ressourcen der zumindest zeitweilig in diesen Quartieren verbleibenden Ankömmlinge. Diese Quartiere sieht der Autor als maßgeblich geprägt vom Auszug bürgerlicher Schichten und von hohen Ausländeranteilen auf der einen, der Ausbreitung von illegalen und prekären Arbeitsverhältnissen, Sexarbeit und Drogenhandel auf der anderen Seite. Zugleich konstatiert er ein enormes Maß an Beratungsangeboten, teils von etablierten Akteuren wie der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, den Gewerkschaften oder den christlichen Kirchen, teils von neuen wie den Moscheevereinen. In den vor allem über die Presse herangezogenen Zeitdiagnosen findet er sowohl den erwartbaren Gettodiskurs als auch die Hoffnung auf eine abnehmende Segregation durch Ansätze zur Gentrifizierung der als multikulturell und lebendig geschätzten Viertel. Der (Münchener) Hauptbahnhof spielt auch in Stefan Zeppenfelds Beitrag eine zentrale Rolle. Er interessiert ihn indessen vornehmlich als auch durch künstlerische Darstellungen zusätzlich prominent gemachter Erinnerungsort von Migration und zugleich als zentraler Ort migrantischer Lebenspraxis, als symbolisch aufgeladener Treffpunkt und Brücke zur Heimat wie auch als Schaltstelle informeller Arbeitsvermittlung. Daneben greift er in seinem »Plädoyer für eine ›Sozialgeschichte mit Migrationshintergrund‹« zwei weitere Bereiche (post-)migrantischen Lebens auf. Das ist zum einen die Medienproduktion mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der vor allem türkisch geprägten Hiphopszene, deren Rezeption sich naturgemäß nur schwer lokalisieren lässt, und der in eigenen migrantischen Vereinen organisierte Fußballsport. Gerade die oft gewalthaften Konflikte und die Auseinandersetzungen um Trainingsplätze und -zeiten werden hier überzeugend als Sonden zur Erkundung von Teilhabeansprüchen genutzt.[18]

Einen etwas anderen Akzent setzen die beiden anderen stark ortsbezogenen Beiträge. Dabei behandeln Jens Gründler und Christoph Lorke mit Harsewinkel und Gütersloh zwei kleinere beziehungsweise mittelgroße Städte mit einer sehr spezifischen Wirtschafts- und Unternehmensstruktur. Denn dort führte die Dominanz von Weltmarktführern wie dem Landmaschinenbauer Claas oder dem Medienriesen Bertelsmann dazu, dass der von diesen Firmen reklamierte Arbeitskräftebedarf die kommunale (Migrations-)Politik sehr unmittelbar beherrschte. Das fand seinen Ausdruck unter anderem in Hochhaussiedlungen, deren bald beträchtlicher Anteil an ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern kritisch kommentiert wurde. Die Wohnungspolitik war wie die Schulpolitik ein Feld intensiven kommunalen Engagements, ohne dass sich dessen Erfolg präzise messen ließe, zumal die Quellen ganz überwiegend das Produkt städtischer Verwaltungstätigkeit und migrantische Stimmen rar sind. In durchaus vergleichbarer Weise geraten in Stijn Carpentiers Beitrag die nach Brüssel migrierten Türkinnen und Türken sowie Marokkanerinnen und Marokkaner vor allem aus der Perspektive der in den 1970er- und 1980er-Jahren von der katholischen Kirche zu ihrer Unterstützung ins Leben gerufenen Initiativen in den Blick. Der Autor vermag diese Initiativen sehr präzise den verschiedenen Flügeln der katholischen Glaubensgemeinschaft zuzuordnen und rekonstruiert sorgfältig ihre stadt- und migrationsbezogenen Diskurse. Angesichts der recht weit

18 Vgl. allgemein *Aladin El-Mafaalani*, Teilhabe und Konflikte in der Migrationsgesellschaft, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32, 2019, S. 430–438.

gehenden Solidarisierung von Führungspersönlichkeiten wie dem Pfarrer Jean-Pierre Dupont mit migrantischen Interessenvertretungen ist die Sympathie des Verfassers für den progressiven Flügel des katholischen Lagers gut verständlich, auch wenn die Prägekraft von deren Aktionen für den Alltag eines berühmt-berüchtigten Stadtviertels wie Molenbeek auf der Quellenbasis der Untersuchung nicht genauer bestimmt werden kann.

Orte sind häufig Erinnerungsorte, ohne dass man sich zu ihrer Untersuchung zwingend an Pierre Noras weitgefasstem Theorieprogramm orientieren müsste.[19] Stefan Zeppenfelds Beitrag macht das auf eigene Weise am Beispiel des Münchener Hauptbahnhofs deutlich. Grundsätzlich spannt sich hier ein sehr weiter Horizont auf. Im vorliegenden Band reicht er von den in Gesprächen erhobenen Erzählungen einiger Migrierter zu ihren Erfahrungen in und mit dem Zielort Hamburg bis zur Auseinandersetzung mit mörderischen Gewalterfahrungen an so unterschiedlichen Orten wie Mölln und Ruanda. Und so unterschiedlich die Themen, so divers sind die herangezogenen Quellen, zehn Interviews mit »Befragten, die bewusst einen eigenen Wanderungsprozess (nach Hamburg) durchlebt haben«, ein erstmals erschlossener Bestand von Briefen an die Überlebenden der Attentate von Mölln und an die Hinterbliebenen der dort Getöteten sowie autobiografische und literarische Texte von Überlebenden zum Genozid an den Tutsi, die entweder auf Französisch abgefasst oder in diese Sprache übertragen wurden. Die Hamburger Interviews sind mehrheitlich mit Frauen geführt worden, die überwiegend einen akademischen Abschluss haben. Ob das die Antworten beeinflusst, ist schwer einzuschätzen. Jedenfalls ist das Erlernen der deutschen Sprache zumeist ein zentraler Bezugspunkt und mitentscheidend für die Frage des Sich-Zugehörig-Fühlens. Überdies zeigen Andrea Althaus, Linde Apel und Jana Matthies, dass die Befragten den Begriff der Migration »durchgehend als potenziell pejorative Zuschreibung« sehen und ihre mobile Lebensweise als etwas Selbstgewähltes dagegenstellen. Und wenn sie sich auf Hamburg oder einen Hamburger Stadtteil beziehen, dann tun sie das oft im Vergleich mit Orten, an denen sie zuvor einmal gelebt haben. »Heimat« spielt auch in Anne Peiters umsichtiger Exploration des Genozids an den Tutsi eine zentrale Rolle. Denn zu den Motiven der Täter zählte die Angst vor der Rückkehr der 1959 in der sogenannten Hutu-Revolution vertriebenen Tutsi, die sich mit Verschwörungstheorien über die noch im Land verbliebenen oder dorthin zurückgekehrten Tutsi als fünfter Kolonne prospektiver Remigranten verband. Die Autorin bettet ihre Studie in eine sorgfältige Analyse der künstlichen Ethnifizierung durch die europäischen Kolonialmächte ein, die auch wegen ihres Festhaltens an der von ihnen geprägten Klassifizierung noch im späten 20. Jahrhundert unfähig waren, die Ursachen des Konflikts und seine Dynamik angemessen zu begreifen. Und so wie die Hutu die Zugehörigkeit der Tutsi zum Staat Ruanda gewaltsam bestritten, so taten dies die jungen Attentäter von Mölln mit den dort seit Jahrzehnten ansässigen türkischstämmigen Familien, welche die von ihnen angezündeten Häuser bewohnten. Stefanie Coché erschließt in ihrem Beitrag den erst in jüngster Zeit bekannt gewordenen Bestand an Briefen an die Überlebenden und die Hinterbliebenen der

19 Vgl. als Programmaufriss nur *Pierre Nora*, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990 (zuerst frz. 1984).

Getöteten der Anschläge von 1992 als äußerst aufschlussreiche Quelle für die Verhandlung der Frage nach der Zugehörigkeit zur deutschen Nation, zum deutschen Volk oder auch zur deutschen »Rasse«, um nur einige der in den Briefen benutzten Begriffe zu nennen, die sie sehr behutsam und sensibel diskutiert. Und Fragen der Zugehörigkeit stehen eben stets in engstem Zusammenhang mit dem Thema Migration.

JAN C. JANSEN

Grenzfälle

Perspektiven der neuzeitlichen Migrations- und Im-/Mobilitätsgeschichte[1]

Die Migrationsgeschichte bildete sich als eine Unterdisziplin in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit einer relativ klaren Idee ihres eigenen Untersuchungsfelds. In mancher Hinsicht pflegten ihre Vertreter:innen auch den Status einer Art Nischendisziplin, die vom Mainstream der historischen »Zunft« klar unterschieden – und auch ein Stück weit isoliert – war.[2] Dies hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend verändert. Migration scheint präsenter denn je, nicht nur in den öffentlichen Debatten vieler Länder, sondern auch in der internationalen historischen Forschung. Zugleich ist sich die Migrationsgeschichte deutlich unsicherer geworden über ihre eigenen Kategorien und Erkenntnisinteressen – und auch über ihre eigenen Grenzen als Disziplin.

Bis zum späten 20. Jahrhundert gründete die institutionalisierte Migrationsgeschichte auf einem relativ klaren Verständnis davon, was Migration und Migrierende seien. Dieses Verständnis hatte ein starkes historisches Modell vor Augen: die transatlantische Massenmigration von Europäern in die Vereinigten Staaten (und, in geringerem Maße, in andere Teile der Amerikas). Die daraus abgeleitete Kernidee von Migration war die (1) einer Bewegung freier Menschen über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg; (2) einer linearen Bewegung mit einem klaren Startpunkt (Herkunftsort) und einem klaren Endpunkt (Ansiedlungsort), von Emigration zu Immigration; sowie (3) einer Bewegung zwischen distinkten und stabilen Gesellschaften (garantiert durch die »Assimilation« oder »Integration« in die »Aufnahmegesellschaft«). Diese Idee hatte selbst mit den Realitäten des historischen Modells wenig gemein: Im Schatten des auch zeitgenössisch bereits gepriesenen amerikanischen Immigrationsmythos siedelte ein signifikanter Anteil der transatlantischen Migrant:innen nach einiger Zeit wieder nach Europa um.[3] Das tat der Bedeutung dieses Konzepts indes keinen Abbruch. Ausgestattet mit einem solch (scheinbar) klaren Begriff von Migration, schickte sich die Migrationsgeschichte an, eine klar

1 Für die Publikation überarbeiteter Text der am 29. Mai 2024 gehaltenen Antrittsvorlesung an der Universität Tübingen. Der offene Essaycharakter und die nicht erschöpfende Auswahl der zitierten Literatur wurden bei der Überarbeitung beibehalten. Für umfassendere historiografische und theoriegeschichtliche Behandlungen vgl. die in den Fußnoten 2, 4 und 18 genannten Überblicksdarstellungen. Forschung zu diesem Artikel wurde unterstützt durch den European Research Council (ERC) unter dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020 der Europäischen Union (grant agreement No. 849189).

2 Zum Überblick über die Entwicklung der Migrationsgeschichte und ihrer Grundkonzepte vgl. *Christiane Harzig/Dirk Hoerder*, What Is Migration History?, Cambridge/Malden 2009; *Jan Lucassen/Leo Lucassen*, Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives, in: *dies.* (Hrsg.), Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives, Bern/Berlin etc. 1997, S. 9–38; *Sylvia Hahn*, Historische Migrationsforschung, Frankfurt am Main/New York 2023 (zuerst 2012), S. 18–65.

3 Vgl. *Mark Wyman*, Round-Trip to America. The Immigrants Return to Europe, 1880–1930, Ithaca 1993.

definierte Teildisziplin mit einem klar definierten Gegenstand und speziellen Konzepten zu sein – eine Teildisziplin, marginalisiert sowohl von Mainstreamhistoriker:innen als auch von Migrationshistoriker:innen selbst.

Diese Situation hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten entscheidend gewandelt. Nahezu jede dieser Vorannahmen über Migration steht mittlerweile infrage, sowohl innerhalb der Geschichtswissenschaft als auch in anderen akademischen Disziplinen und außerakademischen Diskussionen. Es gibt mittlerweile (1) einen starken Schub in Richtung globaler Perspektiven, gegen den vormals dominanten Fokus auf den euro-atlantischen Raum; (2) eine methodische Abwendung von Nationalstaaten und von diesen eingerahmten vermeintlich homogenen Gesellschaften als wesentlicher Analyserahmen; (3) eine Tendenz, »freie« und »unfreie« Formen von Migration zu integrieren; (4) ein stärkeres Bewusstsein gegenüber nichtlinearen Bewegungen von Menschen, Ideen und Dingen; sowie (5) eine stärkere kritische Selbstreflexion über die Arten und Weisen, in denen wir Migration konzipieren und bezeichnen.[4]

All dies mündet in einen hohen Grad an Unsicherheit über Migrationsgeschichte als Forschungsfeld und manch eine:r mag dies als Anlass zu ernsthafter Sorge begreifen: Wird die Migrationsgeschichte schließlich so ähnlich zu anderen historischen Arbeitsfeldern, dass sie aufhört zu existieren? Verliert sie ihr Proprium und löst sich letztlich in der »allgemeinen« Geschichte auf? Wie wir sehen werden, können diese Entwicklungen aber auch Anlass zu ernsthaftem Optimismus geben: Sie zeigen spannende neue Wege auf, menschliche Mobilität zu verstehen und ihr einen neuen, vielleicht prominenteren Platz in unserem Verständnis der Vergangenheit und ihrer vielfältigen Verbindungen zur Gegenwart zuzuweisen. Dies lässt sich am Beispiel von vier Feldern näher verfolgen, die ich im Folgenden umreißen werde: (I.) der Erforschung globaler Migrationen, *sowohl* ›von oben‹ *als auch* ›von unten‹; (II.) der Untersuchung verschiedener Formen und Mittel von Mobilität *und* Immobilität; (III.) der Integration von freier *und* unfreier Migration; sowie (IV.) der Erforschung von Wissen von *und* über Migration.

Diese Themen sind nicht unumstritten. Viele Migrationshistoriker:innen sind sich uneins, welches die Kernherausforderungen und -kontroversen ihrer Disziplin sind und wie diese einzuordnen und zu behandeln sind. Ihre Auswahl – wie auch die historischen Beispiele, die ich zu ihrer Veranschaulichung anführe, spiegeln bis zu einem gewissen Grad auch meine eigenen Forschungsinteressen und Beschränkungen. Deutlich mehr als in jedem üblichen Handbuch zu dem Thema geht es hier um versklavte Männer und Frauen, um Strafgefangene und um Geflüchtete, ohne daraus den Anspruch ableiten zu wollen, dass diese nun das eigentliche Gravitationszentrum einer neugefassten Migrationsgeschichte darzustellen hätten. Für jedes der vier genannten Felder werde ich immer wieder einzelne Beispiele anführen, denn selbst wenn wir abstrakt über sie sprechen, geht es in der Migrationsgeschichte – wie in jeder Geschichte – immer um konkrete Menschen in ihrem jeweiligen politischen, sozialen und ökologischen Umfeld.

4 Zu jüngeren Debatten vgl. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330; *Barbara Lüthi*, Migration and Migration History, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.7.2018, URL: <http://docupedia.de/zg/Luethi_migration_v2_en_2018> [5.6.2024].

Während Unsicherheit und Meinungsverschiedenheiten ein gutes Stück weit ein produktiver Zustand jeglicher wissenschaftlicher Wissensproduktion sind, müssen wir im Fall der Migrationsgeschichte – stärker noch als in anderen historischen Teildisziplinen – auch den breiteren gesellschaftlichen und politischen Kontext berücksichtigen, in dem wir uns bewegen: Viele Gesellschaften und Staaten betrachten Migration als eines der wichtigsten und besonders umstrittenen Themen unserer Zeit. Auffällig häufig wird der Krisen- oder Notfallmodus aktiviert, wenn es um Migration geht.[5] Diese breiteren politischen Kontroversen diktieren zwar nicht die Agenda von Migrationshistoriker:innen. Sie können und sollten jedoch die breiteren gesellschaftlichen Kontexte, in denen sie arbeiten, nicht völlig ignorieren – zumal sie selbst immer wieder zur Zielscheibe politischer Angriffe und Einschüchterungsversuche werden. Im besten Fall können sie dazu beitragen, diese Debatten zu rationalisieren, indem sie die aktuellen Kontroversen in ein breiteres und historisch vertieftes Bild einordnen, die vorschnelle Rede von »nie dagewesenen« Entwicklungen problematisieren und festgefügte Kategorien und Axiome ihrer präsentistischen Selbstverständlichkeit entkleiden.

I. Globale Migrationen: von ›oben‹ *und* von ›unten‹

Europa und der euro-atlantische Raum waren lange Zeit der dominierende Forschungsraum der neuzeitlichen Migrationsgeschichte. Dieser Schwerpunkt zeichnete nicht nur eine sehr einseitige und unvollständige Geografie menschlicher Migration, sondern priorisierte auch eine bestimmte Vorstellung davon, was Migration eigentlich ist. Im Einklang mit den allgemeinen Trends in der Geschichtswissenschaft wird dieser Schwerpunkt durch den Versuch infrage gestellt, über die Grenzen des euro-atlantischen Raums hinauszublicken.[6]

Die Vorgehensweisen, mit denen Historiker:innen dies zu erreichen suchen, unterscheiden sich teils grundlegend. Auf der einen Seite stehen Forschende, die großformatige Migrationsflüsse innerhalb und zwischen verschiedenen Weltregionen untersuchen und dabei sogenannte Migrationssysteme herausschälen.[7] Historiker:innen konnten so unsere historische Sicht auf Migration grundlegend neujustieren, ja ein gutes Stück weit de-zentrieren. Sie konnten zeigen, dass die Migration von etwa 50 Millionen Europäer:innen in die Amerikas nur eines von mehreren Fernmigrationssystemen war. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es etwa zwei asiatische Migrationssysteme einer vergleichbaren Größe: das eine von Menschen aus China und dem indischen Subkontinent entlang des Indischen Ozeans, das

5 Vgl. kritisch dazu *Peter Nyers*, Rethinking Refugees. Beyond States of Emergency, London/New York 2006; *Cecilia Menjívar/Marie Ruiz/Immanuel Ness* (Hrsg.), The Oxford Handbook of Migration Crises, Oxford/New York etc. 2019.

6 Als Synthese vieler individueller Ansätze in den vergangenen Jahrzehnten vgl. *Donna Gabaccia* (Hrsg.), The Cambridge History of Global Migrations, 2 Bde., Cambridge/New York etc. 2023; als knapper Überblick auf Deutsch *Jochen Oltmer*, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2017 (zuerst 2012).

7 Vgl. die großen monografischen Panoramen: *Dirk Hoerder*, Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium, Durham 2002; *Patrick Manning*, Wanderung, Flucht, Vertreibung. Geschichte der Migration, Essen 2007.

andere von Menschen aus dem Nordosten Chinas und Russlands nach Nord- und Zentralasien.[8] Im Licht der Fernmigration in Asien allein erscheint die atlantische »Massenmigration« somit als Phänomen von eher bescheidenen Ausmaßen.

Historiker:innen, die zu globalen Migrationssystemen arbeiten, neigen dazu, in großen Dimensionen zu denken – nicht nur in geografischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf die Zeitrahmen: Einige zeichnen globale Migrationssysteme über Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende nach. Sie wirken damit an Versuchen mit, Geschichte »tiefer« oder »größer« zu denken (»Deep History«, »Big History«), bis hin zu den Ursprüngen der Menschheit oder sogar bis zum Ursprung des Lebens auf dem Planeten Erde. Mitunter sind diese Versuche auch mit der Übernahme von oder der Kooperation mit Methoden aus den Naturwissenschaften verbunden, beispielsweise aus der Humangenetik.[9]

Die Rekonstruktion globaler Migrationssysteme zeigt, dass die weltweite Bewegung von Menschen tatsächlich gewisse stabile Strukturen hervorbringt und sich in diesen bewegt, und dass sich diese Strukturen nicht auf den euro-atlantischen Raum beschränken. Aber diese Stärke hat auch ihren Preis: Historiker:innen, die sich mit Migrationssystemen befassen, neigen dazu, die realen Menschen, die diese Verbindungen herstellen, aus den Augen zu verlieren. Im Schatten der großen Panoramen existiert mithin ein anderer beliebter Zugang zu globalen Migrationen: die Untersuchung von Individuen und ihren »globalen Biografien«.

Nehmen wir das bemerkenswerte Beispiel der Elizabeth Marsh (1735–1785), einer englischen Frau des 18. Jahrhunderts, die auf vier Kontinenten lebte und diverse Formen freier Migration sowie Versklavung erfuhr und daran teilhatte.[10] Marsh stammte aus einer Familie, die eng mit der Royal Navy verbunden war, und sie verbrachte ihre Kindheit und Jugend in Großbritannien, Menorca und Gibraltar. 1756 wurde sie von Korsaren gefangen und für vier Monate in Marokko versklavt, eine prägende Zeit, über die sie später ein weithin gelesenes Buch aus dem Genre der »Captivity Narratives« veröffentlichte.[11] Doch auch in den folgenden 30 Jahren ihres Lebens bewegte sich Marsh vielfach über den Globus (manchmal in Begleitung ihrer Familie, manchmal ohne sie), häufig in Verbindung mit dem expandierenden britischen Empire in Südasien, Südafrika und Nordamerika. In ihrem Leben war sie sowohl versklavt als auch Besitzerin versklavter Menschen, ihre Stellung war aufs Engste mit einer expandierenden europäischen Imperialmacht verbunden, aber sie baute auch sehr persönliche Beziehungen zu etlichen Personen auf, die sie auf ihren Reisen in Afrika, Asien und Amerika kennenlernte.

Während der letzten 20 Jahre haben Historiker:innen viele weitere faszinierende Geschichten von Personen wie Elizabeth Marsh detailreich nachgezeichnet –

8 Vgl. *Adam McKeown*, Global Migration, 1846–1940, in: Journal of World History 15, 2004, S. 155–189.

9 Vgl. *Jan Lucassen/Leo Lucassen/Patrick Manning* (Hrsg.), Migration History in World History. Multidisciplinary Approaches, Leiden 2010. Derartige Ansätze werden kritisch diskutiert von *Mischa Meier/Steffen Patzold*, Gene und Geschichte. Was die Archäogenetik zur Geschichtsforschung beitragen kann, Stuttgart 2021.

10 Zum Folgenden vgl. *Linda Colley*, The Ordeal of Elizabeth Marsh. A Woman in World History, London 2007.

11 Vgl. *o. A. [Elizabeth Marsh]*, The Female Captive: A Narrative of Facts Which Happened in Barbary in the Year 1756, Written by Herself, 2 Bde., London 1769.

von Europäer:innen und (in geringerem Maße) Nichteuropäer:innen, Männern und Frauen, Freien und Unfreien, Privilegierten und Subalternen.[12] Mikrogeschichten wie diese erlauben uns, zu verstehen, wie individuelle Grenzgänger:innen zwischen verschiedenen Kulturen und geopolitischen Konflikten navigierten, und zu analysieren, wie Faktoren wie Geschlecht, »Race«, sozialer Status, Alter und Religion ihre Handlungsspielräume prägten. Zugleich erhebt sich immer wieder die Frage, wie repräsentativ diese bemerkenswerten Individuen und das an ihnen herausgearbeitete »außergewöhnlich Normale« sind für die übrigen zahllosen anderen mobilen Menschen, von denen wir oft nicht einmal einen Namen kennen.[13]

Hinter diesen Perspektiven von ›oben‹ und von ›unten‹ – makrohistorisch und mikrohistorisch, wie sie oft genannt werden – verbirgt sich ein Problem, das die globale Migrationsgeschichte mit letztlich allen anderen Teilbereichen der Geschichtswissenschaft gemein hat: das Problem des Analysemaßstabs (»the problem of scale«). Wie makro- und mikrohistorische Zugänge zu Migration zusammenzuführen sind, wie deren jeweilige Stärken zu nutzen und deren jeweilige Schwächen einzuhegen sind, ist eine grundlegende Herausforderung jeglichen Versuchs, eine globale Geschichte von Migration zu schreiben.[14] Einige Historiker:innen suchen die Lösung in Analyseeinheiten, die zwischen »makro« und »mikro« liegen, wobei diese sehr unterschiedlich dimensioniert sein können: Ozeane und Meere, Imperien, Regionen und Städte, ländliche und städtische Räume, transnationale Diasporas sowie Momente, in denen historische Individuen sich daranmachen, zwischen verschiedenen Maßstäben zu navigieren, zu wechseln, zu »springen«, wie es manche formulieren.[15] Ganz gleich, welche Maßstäbe sie für ihre Arbeit wählen, Migrationshistoriker:innen tun gut daran, nicht einfach nur Verbindungen aufzuzeigen, die

12 Vgl. einige Beispiele: *M'hamed Oualdi*, A Slave between Empires. A Transimperial History of North Africa, New York 2020; *Natalie Zemon Davis*, Trickster Travels. In Search of Leo Africanus. A Sixteenth-Century Muslim between Worlds, London 2007 (zuerst 2006); *Rebecca J. Scott/John M. Hébrard*, Freedom Papers. An Atlantic Odyssey in the Age of Emancipation, Cambridge/London 2012.

13 Das vor allem für die italienische »microstoria« häufig zitierte Motto des »eccezionale/normale« stammt von *Edoardo Grendi*, Micro-analisi e storia sociale, in: Quaderni storici 12, 1977, S. 506–520, hier: S. 512; zur weiteren Rezeption und Diskussion vgl. auch: *ders.*, Ripensare la microstoria, in: Quaderni storici 29, 1994, S. 539–549; *Francesca Trivellato*, Microstoria/Microhistoire/Microhistory, in: French Politics, Culture & Society 33, 2015, H. 1, S. 122–134.

14 Aus einer umfangreichen Literatur vgl. *Susanne Lachenicht* (Hrsg.), Between Macro and Micro History. Scales in Migration Studies, in: Yearbook of Transnational History 7, 2024; *Dániel Margócsy*, Scales: From Shipworms to the Globe and Back, in: *Stefanie Gänger/Jürgen Osterhammel* (Hrsg.), Rethinking Global History, Cambridge/New York etc. 2024, S. 161–182; *Maxine Berg* (Hrsg.), Global Microhistories. Special Issue, Journal of Early Modern History 27, 2023, H. 1–2; *Romain Bertrand/Guillaume Calafat*, La microhistoire globale: affaire(s) à suivre, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales 73, 2018, S. 1–18; *John-Paul A. Ghobrial* (Hrsg.), Global History and Microhistory, Past & Present, 2019, Nr. 242, Supplement 14; *Francesca Trivellato*, Is There a Future for Italian Microhistory in the Age of Global History?, in: California Italian Studies 2, 2011, H. 1, DOI: <http://dx.doi.org/10.5070/C321009025> [25.6.2024]; *Lara Putnam*, To Study the Fragments/Whole: Microhistory and the Atlantic World, in: Journal of Social History 39, 2006, S. 615–630.

15 Vgl. als Beispiele für etwa durch Meere gerahmte Studien *Sunil S. Amrith*, Crossing the Bay of Bengal. The Furies of Nature and the Fortunes of Migrants, Cambridge/London 2015 (zuerst 2013); *Sujit Sivasundaram*, Waves across the South. A New History of Revolution and Empire,

durch die Bewegung von Menschen entstanden, sondern auch zu erklären, warum sie relevant waren, welchen Unterschied sie ausmachten und auch wann und warum sie *nicht* entstanden.

II. Mobilitäten *und* Immobilitäten

Der traditionelle Fokus auf den Euro-Atlantik ging mit normativen Ideen über Migration einher: die als einer linearen Bewegung zwischen zwei Ländern oder Staaten. Dies schloss viele Formen von Bewegung aus, die oft transitförmig, zirkulär oder vorübergehend waren (und sind). Nehmen wir zum Beispiel die Bewegungen eines Manuel Cuevas im späten 18. Jahrhundert: Im Alter von 23 Jahren versuchte Cuevas 1789 aus der spanischen Armee zu desertieren und wurde zu zehn Jahren Strafgefangenschaft und Zwangsarbeit verurteilt.[16] Er wurde zunächst zum militärischen Außenposten von Ceuta in Nordafrika und zwei Jahre später in die Infanterieregimente in Havanna gebracht. Ein Jahr später in New Orleans zwangsrekrutiert, wollte er erneut desertieren. Erneut gefasst, wurde er zunächst zurück nach Havanna geführt und dann als Häftling nach Cádiz in Spanien, bevor er erneut nach Ceuta zur Zwangsarbeit gebracht wurde.

Cuevas war einer von vielen Millionen verurteilten Kriminellen, die zwischen dem 15. und dem 20. Jahrhundert von einem der westlichen Imperien als Strafe »nach Übersee« geschickt wurden; wenn wir die Nutzung von Strafkolonien durch Japan, China und insbesondere Russland hinzuziehen, kommen wir auf mehrere Dutzend Millionen Menschen, die sich in diesem Rahmen über die Welt verteilten.[17] Diese Formen der zirkulären und multidirektionalen Bewegung, die offensichtliche Bedeutung von Transit und provisorischen Ankunftsorten, sind nicht nur charakteristisch für die Bewegung der sogenannten Strafmigration. Migrationsforscher:innen – auch außerhalb der Geschichtswissenschaft – sind sich zunehmend bewusst, dass die Vorstellung von Migration als linearer Bewegung zwischen zwei Orten nur *ein* Ausschnitt menschlicher Mobilität ist, eher ein normativer Wunsch als eine angemessene Beschreibung.

Dies ist einer der Gründe, warum viele Forschende begonnen haben, den Begriff der Migration durch den der »Mobilität(en)« zu ersetzen.[18] Dieser Wechsel im Voka-

---

London 2020; *Julia A. Clancy-Smith*, Mediterraneans. North Africa and Europe in an Age of Migration, c. 1800–1900, Berkeley/Los Angeles etc. 2011.

16 Zum Fallbeispiel vgl. *Christian G. de Vito*, Revolution, War, and Punitive Relocations across the Spanish Empire. The 1790s in Context, in: *Jan C. Jansen/Kirsten McKenzie* (Hrsg.), Mobility and Coercion in an Age of Wars and Revolutions. A Global History, c. 1750–1830, Cambridge/New York etc. 2024, S. 83–105, hier: S. 83 f.

17 Vgl. Überblicke bei *Clare Anderson*, Convicts. A Global History, Cambridge/New York etc. 2022; *dies.* (Hrsg.), A Global History of Convicts and Penal Colonies, London/New York 2018; *Hamish Maxwell-Stewart*, The Rise and Fall of Penal Transportation, in: *Paul Knepper/Anja Johansen* (Hrsg.), The Oxford Handbook of the History of Crime and Criminal Justice, Oxford/New York etc. 2016, S. 635–654.

18 Zum Überblick über das Feld der Mobilitätsgeschichte vgl. *Carolin Liebisch-Gümüş*, Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.3.2022, URL: <http://docupedia.de/zg/Liebisch_Guemues_mobilitaet_v1_de_2022> [25.6.2024]. Zentrale konzeptionelle

bular erfolgt häufig ohne genaue Erklärung, aber es gibt mindestens drei zentrale Gründe, warum Historiker:innen zunehmend mit diesem Konzept operieren: Erstens erscheint Mobilität als deutlich flexibler und offen für alle möglichen Arten von Bewegung, einschließlich ihrer zirkulären, transitartigen, vorläufigen Formen. Lineare Migration wäre danach ein Untertyp von Mobilität. Zweitens wird Mobilität immer häufiger dafür verwendet, um über die menschliche Dimension grenzüberschreitender Bewegung hinauszugehen. Besonders spannende Forschung klärt uns gerade auf über die Mobilität von Tieren, von Artefakten, von Waren, Mikroben, Ideen und so weiter. Und drittens, schließlich, legt Mobilität ein stärkeres Augenmerk auf die materielle, technische und infrastrukturelle Seite von Migration. Sie erlaubt es, verschiedene Transportmittel in einem geteilten Raum zu fassen und zu vergleichen. Der Ärmel- und der Suezkanal etwa sind so als Knotenpunkte in den Blick gekommen, an denen verschiedene Mobilitäten konvergierten und mitunter aufeinanderstießen.[19] Der Suezkanal, im späten 19. Jahrhundert als Beschleuniger dampfschiffbetriebenen Handels und Reisens gefeiert, verlangsamte hingegen entscheidend den althergebrachten karawanenbasierten Transport im Nildelta.

Einige Migrationshistoriker:innen sehen die Einbettung von Migration in eine viel breitere Geschichte menschlicher Mobilität auch als eine geeignete Intervention in öffentliche Debatten über Migration: Anstatt grenzübergreifende Migration als einen Ausnahme- oder gar Krisenfall zu charakterisieren, könnte sie als überhistorischer Teil der menschlichen Natur neu gerahmt werden.[20] Mobilitätsstudien sind selbstverständlich auch Ausdruck eines breiteren Trends in den Geistes- und Sozialwissenschaften, einer gewissen Begeisterung für alles Mobile. In den letzten Jahren haben Forschende dagegen auch vor einem fast fetischisierten Begriff von Mobilität gewarnt, einer neuen »Mobilitätsfolklore«, die Einzug gehalten habe.[21] Und sie haben einen neuen Blick geworfen auf ihr vermeintliches Gegenteil, »Immobilität«, und die wechselseitigen Verbindungen zwischen den beiden Polen. Forscher:innen haben angefangen, neu darüber nachzudenken, in welchen Verbindungen nichtmobile Bevölkerungsgruppen und Lebensformen zu allen möglichen Arten von Mobilität stehen und wie nur das Verhältnis und die Interaktion

---

Impulse kamen vor allem aus den Sozialwissenschaften und der Geografie. Vgl. *Tim Cresswell*, On the Move. Mobility in the Modern Western World, New York/London 2006; *John Urry*, Mobilities, Cambridge/Malden 2007; *Peter Adey*, Mobility, Abingdon/New York 2017 (zuerst 2010).

19 Zu diesen Fällen vgl. *Renaud Morieux*, The Channel. England, France and the Construction of a Maritime Border in the Eighteenth Century, Cambridge/New York etc. 2016; *Valeska Huber*, Channelling Mobilities. Migration and Globalisation in the Suez Canal Region and Beyond, 1869–1914, Cambridge/New York etc. 2013.

20 Vgl. etwa *Harzig/Hoerder*, What Is Migration History?, S. 8.

21 »Mobilitätsfolklore« stammt von *Jürgen Osterhammel*, Warenökonomie und Mobilitätsfolklore, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 15, 2021, H. 1, S. 5–13; vgl. zu einer breiteren begriffsgeschichtlichen Kritik auch *Stefanie Gänger*, Circulation. Reflections on Circularity, Entity and Liquidity in the Language of Global History, in: Journal of Global History 12, 2017, S. 303–318; *Monika Dommann*, Alles fließt. Soll die Geschichte nomadischer werden?, in: GG 42, 2016, S. 516–534; *Roland Wenzlhuemer*, Dis:connectivity in Global History, in: *Manfred B. Steger/Roland Benedikter/Harald Pechlaner* u. a. (Hrsg.), Globalization. Past, Present, Future, Oakland 2023, S. 11–26.

zwischen beiden soziale Strukturen sowie verschiedene Grade von Zugehörigkeit hervorbringen.[22]

Ein besonders vielversprechendes Untersuchungsfeld – das zuletzt auch durch die Covid-19-Pandemie in den persönlichen Erfahrungswelten vieler Forschenden einen Widerhall gefunden hat – ist die Herstellung von Immobilität. Immobilität ist kein natürlicher Status, sondern das Ergebnis struktureller Faktoren sowie von Bemühungen, verschiedene Formen von Mobilität zu ermöglichen, zu unterdrücken und zu kontrollieren.[23] Besonders im Aufeinandertreffen verschiedener Formen von Mobilität lässt sich die dynamische und nie unumstrittene Scheidung in »legitime« und »illegitime« beziehungsweise kriminelle Mobilitäten greifen.[24] Die Bemühungen um die Unterdrückung illegitimer Mobilität erfolgten (und erfolgen) in ganz unterschiedlichen Kontexten und aus unterschiedlichen Motiven heraus. Historisch bekannt für Europa ist die Regulierung von Armut, aber es gibt – je nach Kontext – auch Krankheit, politische Umstürze, Sklaverei, Kriminalität und so weiter.

Die klassische Erzählung für die Neuzeitforschung ist dabei vor allem von der Frage nach der Entstehung dessen geleitet, was wir heute als internationales »Grenzkontroll- und Passregime« kennen, und sie sieht dieses Regime vor allem in der Spannung aus Globalisierung und Nationalstaatsbildung um 1900 begründet.[25] Darauf aufbauend sind zuletzt auch die Bemühungen vor allem westlicher Staaten (aber auch der internationalen Gemeinschaft) nach 1945 in den Blick gekommen, unter den Schlagworten der »Repatriierung« und »Remigration« ungewollte Migration rückgängig zu machen.[26] Angesichts bereits deutlich früher um sich greifender staatlicher Kontroll- und Rückführungsregime sind dieser Zeitrahmen wie auch der Fokus auf den Nationalstaat nicht vollkommen überzeugend.[27] Aber letztlich

22 Vgl. *Anne Friedrichs*, Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung, GG 44, 2018, S. 167–195. Die Dekonstruktion der Dichotomie von »Migration« und »Sesshaftigkeit« läuft im deutschsprachigen Raum zuletzt häufig unter dem (nicht ganz unmissverständlichen) Schlagwort der »Postmigration«. Vgl. dazu *Anna Meera Gaonkar/Astrid Sophie Øst Hansen/Hans Christian Post* u. a. (Hrsg.), Postmigration. Art, Culture, and Politics in Contemporary Europe, Bielefeld 2021.

23 Vgl. *Kerilyn Schewel*, Understanding Immobility: Moving beyond the Mobility Bias in Migration Studies, in: International Migration Review 54, 2020, S. 328–355.

24 Vgl. *Valeska Huber*, Multiple Mobilities. Über den Umgang mit verschiedenen Mobilitätsformen um 1900, in: GG 36, 2010, S. 317–341.

25 Vgl. unter anderem *John Torpey*, The Invention of the Passport. Surveillance, Citizenship, and the State, Cambridge/New York etc. 2000; *Andreas Fahrmeir/Olivier Faron/Patrick Weil* (Hrsg.), Migration Control in the North Atlantic World. The Evolution of State Practices in Europe and the United States from the French Revolution to the Inter-War Period, New York 2003; *Adam McKeown*, Melancholy Order. Asian Migration and the Globalization of Borders, New York 2011; *Adam Goodman*, The Deportation Machine. America's Long History of Expelling Immigrants, Princeton/Woodstock 2020.

26 Vgl. *B. S. Chimni*, From Resettlement to Involuntary Repatriation. Towards a Critical History of Durable Solutions to Refugee Problems, in: Refugee Survey Quarterly 23, 2004, H. 3, S. 55–73; *Florian Wagner*, Ausweisungsgrund: »Außereuropäisch«. *People of Color* und die Entstehung des bundesdeutschen Abschieberegimes, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 20, 2023, S. 51–84.

27 Vgl. *Valentin Groebner*, Der Schein der Person. Steckbrief, Ausweis und Kontrolle im Europa des Mittelalters, München 2004; *Luca Scholz*, Borders and Freedom of Movement in the Holy Roman

bleibt die Frage nach irgendwelchen »Ursprüngen«, die immer weiter zurückdatiert werden können, wenig erkenntnisfördernd. Deutlich produktiver ist eine andere Problemstellung: nämlich die, wie sich Mobilitätskontrolle durch unterschiedliche Akteur:innen (nicht immer staatlicherseits) aus unterschiedlichen Quellen speiste und wie solche unterschiedlichen »Regime« der Immobilität zusammenspielten, teilweise miteinander in Konflikt gerieten, aufeinander aufbauten oder ineinander übergingen.

Was wären solche »Regime«? Hier wäre an prominenter Stelle *Armut* zu nennen, ein klassisches Thema in der europäisch-(früh-)neuzeitlichen Geschichtsschreibung zur Migrationskontrolle, also der Kampf gegen mobile Arme (»Vagabunden«) und die Praxis der Rückführung von Armen in ihre Herkunftsgemeinden.[28] Auch um (öffentliche) *Gesundheit* bildeten (und bilden) sich umfangreiche Systeme von Migrations- und Mobilitätskontrolle, von Quarantäne und anderen Formen der Immobilisierung von Kranken und als krank Wahrgenommenen.[29] Auch die Welt der *Arbeit* kann in einem solchen Panorama der Immobilitätsregime nicht fehlen, und zwar sowohl mit unfreien Arbeitsverhältnissen (bis hin zu Sklaverei und Leibeigenschaft) als auch mit (vermeintlich) freien Arbeitsverhältnissen, die lange Zeit auch umfangreiche Bewegungsbeschränkungen beinhalten konnten.[30] *Kriminalität* und *Strafjustiz* bilden eine weitere Arena der Immobilisierung, nicht nur durch die Kriminalisierung bestimmter Formen von Mobilität, sondern auch im Umgang mit verurteilten Straftäter:innen: von der Strafgefangenschaft – wobei im Fall von Strafkolonisten wie dem zuvor vorgestellten Manuel Cuevas ein besonders komplexes Ineinander von Mobilität und Immobilität vorliegt – bis zur Rückführung flüchtiger Krimineller.[31] Im Kampf gegen vermeintliche Unruhe von außen im Namen von öffentlicher *Ordnung* (frühneuzeitliche *Policey*) und *Sicherheit* liegen weitere

---

Empire, Oxford/New York 2020; *Jovan Pešalj/Annemarie Steidl/Leo Lucassen* u. a. (Hrsg.), Borders and Mobility Control in and between Empires and Nation-States, Leiden 2023.

28 Vgl. *Leo Lucassen*, Eternal Vagrants? State Formation, Migration and Travelling Groups in Western Europe 1350–1914, in: *Lucassen/Lucassen*, Migration, Migration History, History, S. 225–251; *Beate Althammer*, Vagabunden. Eine Geschichte von Armut, Bettel und Mobilität im Zeitalter der Industrialisierung (1815–1933), Essen 2017; *Kristin O'Brassill-Kulfan*, Vagrants and Vagabonds. Poverty and Mobility in the Early American Republic, New York 2019.

29 Vgl. *Sevasti Trubeta/Christian Promitzer/Paul Weindling* (Hrsg.), Medicalising Borders. Selection, Containment and Quarantine since 1800, Manchester 2021; *Alex Chase-Levenson*, The Yellow Flag. Quarantine and the British Mediterranean World, 1780–1860, Cambridge/New York etc. 2020.

30 Vgl. *Claudia Bernardi* (Hrsg.), Symposium: Mobility, Labour, Right: Historical Trajectories and Interactions in the Americas and Europe (XVII–XX Centuries), Annals of the Fondazione Luigi Einaudi 56, 2022, H. 1, S. 3–127.

31 Vgl. zum Beispiel *Alison Bashford/Carolyn Strange* (Hrsg.), Isolation. Places and Practices of Exclusion, Abingdon/New York 2003; *Clare Anderson*, Legible Bodies. Race, Criminality and Colonialism in South Asia, Oxford/New York 2004; zur Geschichte von Auslieferungsrecht und -praktiken zwei Fallstudien: *Paul Finkelman*, International Extradition and Fugitive Slaves: The John Anderson Case, in: Brooklyn Journal of International Law 18, 1992, S. 765–810; *Geoffrey C. Gunn*, Ho Chi Minh in Hong Kong. Anticolonial Networks, Extradition and the Rule of Law, Cambridge/New York etc. 2021.

Regime von Immobilisierung begründet, ebenso wie in organisierter *Gewalt* und *Krieg*, insbesondere dem Status von Fremden in Kriegszeiten.[32]

Diese verschiedenen Regime wirkten immer wieder zusammen und brachten dabei etwas ganz Neues hervor. Im US-Süden finden sich etwa zwei Beispiele für solche Hybride im Abstand von fast genau 200 Jahren: zum einen die »Negro Seamen Acts«, die ausgehend von South Carolina 1823 von diversen US-Südstaaten verabschiedet wurden und ein ganz eigenes System der vorübergehenden Inhaftierung ausländischer schwarzer Schiffscrews vorsah sowie deren Versklavung, sofern sie bei Auslaufen ihres Schiffs nicht von »ihrem« Kapitän »zurückgefordert« wurden – also ein System, in dem Quarantäne, Sklaverei und politische Sicherheitspolitik ineinander übergingen[33]; zum anderen »Title 42«, eine bis vor Kurzem weitgehend unbekannte US-Bestimmung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten von 1944, die die Trump-Administration 2020 dazu nutzte, ihr aus ganz anderen Motiven gespeistes Ziel der Grenzschließung zu Mexiko und der Massenausweisung südamerikanischer Migrant:innen umzusetzen.[34]

Ähnliche Umwidmungen finden sich vielfach in der Geschichte der Mobilitätskontrolle, so etwa auch im Fall von Louis Celeste Lecesne.[35] Sein Fall bringt uns nach Jamaika, der größten und wichtigsten Insel der britischen Karibik in der Zeit um 1800. Während dieser Zeit revolutionärer Umbrüche und Konflikte bildete Jamaika ein Drehkreuz von Flüchtlingsbewegungen der Revolutionen in Nord- und Südamerika, in Haiti und in Westeuropa. Wie die meisten Staaten und Kolonialterritorien der atlantischen Welt ab den 1790er-Jahren antwortete die Kolonialregierung in Jamaika mit einer Unzahl sogenannter Ausländergesetze (»Alien Acts«), die dazu bestimmt waren, die Ankunft ausländischer Geflüchteter zu regulieren und zu beschränken. Diese Regulierungen waren explizit als konterrevolutionäre Notfallmaßnahmen gerechtfertigt. Im Unterschied zu den zeitgleichen Ausländergesetzen in Großbritannien selbst stand hier allerdings nicht die Französische Revolution im Zentrum, sondern das Gespenst der Sklavenrevolution. Gegen Menschen aus der rebellischen französischen Kolonie Saint-Domingue (dem späteren Haiti), insbesondere Menschen afrikanischer Abstammung oder Herkunft, richteten sich besonders harsche Sondermaßnahmen. Hautfarbe bildete den Dreh- und Angelpunkt eines Regelwerks der Migrationskontrolle, für das lang bestehende Regulierungen der

32 Zu Ordnung/Sicherheit vgl. *Delphine Diaz/Hugo Vermeren* (Hrsg.), Éloigner et expulser les étrangers au XIX^{e} siècle, Diasporas. Circulations, migrations, histoire, 2019, Nr. 33; *Lisa Hellman/Edmond Smith* (Hrsg.), Global Border Making and Securitisation in the Early Modern World, Journal of the British Academy 9, 2021, Supplement 4; zum »feindlichen Ausländer« *Daniela L. Caglioti*, War and Citizenship. Enemy Aliens and National Belonging from the French Revolution to the First World War, Cambridge/New York etc. 2021.

33 Vgl. *Michael A. Schoeppner*, Moral Contagion. Black Atlantic Sailors, Citizenship, and Diplomacy in Antebellum America, Cambridge/New York etc. 2019.

34 Vgl. *Muzaffar Chishti/Kathleen Bush-Jones/Julian Montalvo*, Title 42 Postmortem: U.S. Pandemic-Era Expulsions Policy Did Not Shut Down the Border, in: Migration Information Source, 25.4.2024, URL: <https://www.migrationpolicy.org/article/title-42-autopsy> [12.6.2024].

35 Zum Folgenden vgl. *Jan C. Jansen*, Aliens in a Revolutionary World: Refugees, Migration Control and Subjecthood in the British Atlantic, 1790s–1820s, in: Past & Present, 2022, Nr. 255, S. 189–231; *ders.*, Registration and Deportation. Refugees, Regimes of Proof, and the Law in Jamaica, 1791–1828, in: *ders./McKenzie*, Mobility and Coercion in an Age of Wars and Revolutions, S. 173–193.

Mobilität versklavter Menschen und freier Seeleute »of Color« als Blaupause dienten.

Diese Ausländergesetze, an sich schon ein Hybrid, etablierten sich über den Notstandskontext der Revolutionszeit hinaus und erhielten mit der Zeit neue Nutzungen und Bedeutungen. Die Ausländergesetze statteten die Exekutive mit weitreichenden Befugnissen gegenüber als »gefährlich« eingestuften Ausländer:innen aus und wurden deshalb zu einem beliebten Instrument, mit dem das Kolonialestablishment auf Emanzipationstendenzen auch im Innern reagierte. So kam es auch, dass die Gruppe der sogenannten Freien Farbigen (»Free People of Color«), die in den 1820er-Jahren vehement ihre rechtliche Gleichstellung als britische Untertanen einforderte, zu einer beliebten Zielscheibe für Deportationen wurde, selbst in Fällen, wo das vermeintliche Vergehen oder überhaupt der Ausländerstatus nicht gesichert war.

Diese Praxis hatte weitreichende Folgen für das Konzept britischer Nationalität überhaupt, wie in der Kontroverse um Louis Celeste Lecesne (1796/98–1847) deutlich wurde. Lecesne war der Sohn zweier Geflüchteter aus Haiti, einem Plantagenmanager aus der Normandie und einer in Haiti geborenen versklavten Frau. Sie waren 1798 nach Kingston in Jamaika geflohen. Ein gutes Vierteljahrhundert lebte ihr Sohn Louis Celeste das Leben eines britischen Untertanen in Kingston, obwohl es unklar war, ob er vor oder nach der Flucht seiner Eltern geboren war. Inmitten des öffentlichen Kampfs um den Status der Free People of Color wurde Lecesnes unklarer Status zum Anlass für einen imperiumsübergreifenden Rechtsstreit. Auf der Grundlage der Ausländergesetze wurde er – zusammen mit zwei Geschäftspartnern – 1823 verhaftet und nach Haiti deportiert – seiner Angabe zum Trotz, qua Geburt in Kingston Untertan der Britischen Krone (»natural-born British subject«) zu sein.

Regierungs- und Sklavereikritiker in London griffen Lecesnes Fall auf. Doch auch nach fünf Jahren voller Parlamentsdebatten, Untersuchungskommissionen und Gerichtsverhandlungen blieb es unklar, ob der Gouverneur illegal einen britischen Untertan deportiert oder im Sinne der existierenden Ausländergesetze britische Untertanen vor einem gefährlichen Ausländer geschützt hatte. Die britische Regierung wählte eine Lösung aus dem Dilemma, die nicht weniger radikal als die umfassenden Ausländergesetze in Jamaika war. Sie entschied, dass Lecesne selbst im Fall einer Geburt in Haiti als britischer Untertan qua Geburt anzusehen sei, da er an einem Ort geboren wurde, der zu dieser Zeit zeitweise von britischen Truppen besetzt war. Dies war nichts anderes als eine fast revolutionäre Neudefinition britischer Nationalität beziehungsweise der Zugangsbedingungen zu ihr, für die es keinen rechtlichen Präzedenzfall gab. Und es illustriert, wie die Regulierung von Mobilität auch weitreichende Folgen für Definitionen von Zugehörigkeit hatte, ein zentrales Thema in der Geschichte moderner Staatlichkeit. Nicht nur im kolonisierten Jamaika formierten sich positive politische Rechte und Zugehörigkeit vor dem

Hintergrund abgestufter Status von Rechtlosigkeit und Unzugehörigkeit – bis hin zur Staatenlosigkeit.[36]

Zugleich macht der Fall deutlich, dass mobile Akteure nicht einfach hilflose Zuschauende oder Opfer staatlicher Macht waren, sondern auch aktiv an diesen Prozessen teilnahmen. Die jüngere Forschung hat viele weitere Beispiele ans Licht gebracht, die zeigen, wie die zunehmende Tendenz von Staaten, mobile Menschen zu kontrollieren, zu dokumentieren und zu registrieren, von diesen aufgegriffen und oft zu ihrem Vorteil genutzt wurde.[37] Die berühmten antiasiatischen Migrationsgesetze in den USA zum Beispiel wurden durch Netzwerke chinesischer Migrant:innen in San Francisco unterlaufen, weil das Erdbeben von 1906 einen Großteil der bestehenden Dokumentation von Geburten in San Francisco zerstört hatte.[38] Und die Herstellung, oft auch Fälschung schriftlicher Dokumente bildete auch eine zentrale Strategie für versklavte Frauen und Männer, die migrierten, um Freiheit zu erlangen.[39]

III. Freie *und* unfreie Migration

Bis zum heutigen Tag ist die historische Migrationsforschung durch starke Binnengliederungen geprägt, eine Tendenz zur »akademischen Balkanisierung«, wie es die Migrationshistoriker Patrick Manning, Jan und Leo Lucassen einmal nannten.[40] Das Forschungsfeld spannt sich entlang gewisser, oft binärer Kategorien auf – wie Arbeitsmigration versus Flucht oder, am fundamentalsten, »freie« versus »unfreie« Migration. Wie bereits erwähnt, neigte Migrationsgeschichte als Disziplin dazu, sich als die Geschichte »freier Migrant:innen« zu definieren, das heißt als Geschichte von Individuen, die sich weitgehend unabhängig von äußerlichen Zwängen von einem zum anderen Ort bewegen, meist aus ökonomischen Motivlagen heraus. Alle Arten von mobilen Personen, die sich nicht in dieses Modell fügten, wurden in der Residualkategorie »unfreier« Migranten zusammengefasst und in ihre eigenen sehr spezifischen Unterfelder verwiesen: die Geschichte des »Sklavenhandels«, die Geschichte von Strafgefangenen, die Geschichte von Zwangsarbeitslagern, die Geschichte von Geflüchteten et cetera. Um einige dieser Typen »unfreier« Migrati-

36 Zu den USA vgl. etwa *Linda K. Kerber*, The Stateless as the Citizen's Other: A View from the United States, in: AHR 112, 2007, S. 1–34; *Nancy L. Green*, Expatriation, Expatriates, and Expats: The American Transformation of a Concept, in: AHR 114, 2009, S. 307–328.

37 Vgl. *Keith Breckenridge/Simon Szreter*, Recognition and Registration: The Infrastructure of Personhood in World History, in: *dies.* (Hrsg.), Registration and Recognition. Documenting the Person in World History, Oxford/New York etc. 2012, S. 1–36, hier: S. 19 f.

38 Vgl. *Estelle T. Lau*, Paper Families. Identity, Immigration Administration, and Chinese Exclusion, Durham 2006.

39 Vgl. *Sue Peabody*, Freedom Papers Hidden in His Shoe. Navigating Emancipation across Imperial Boundaries, in: French Politics, Culture & Society 33, 2015, H. 1, S. 11–32; *Rebecca J. Scott*, Paper Thin: Freedom and Re-enslavement in the Diaspora of the Haitian Revolution, in: Law and History Review 29, 2011, S. 1061–1087; *Scott/Hébrard*, Freedom Papers; *Rebecca J. Scott/Carlos Venegas Fornias*, María Coleta and the Capuchin Friar: Slavery, Salvation, and the Adjudication of Status, in: The William and Mary Quarterly 76, 2019, S. 727–767.

40 *Jan Lucassen/Leo Lucassen/Patrick Manning*, Migration History: Multidisciplinary Approaches, in: *dies.*, Migration History in World History, S. 3–35, hier: S. 8.

on haben sich hochproduktive Arbeitsfelder herausgebildet – die historische Forschung zum transatlantischen Sklavenhandel ist in dieser Hinsicht zweifellos das leuchtende internationale Vorbild.[41] In anderen Fällen, wie etwa Geflüchteten, hat sich ein solches Forschungsfeld erst jüngst herausgebildet.[42]

Doch was in einigen Fällen als Erfolgsgeschichte erscheinen mag, hat auch seinen Preis. Die Geschichten versklavter Menschen, deportierter Strafgefangener, von Schuldknechten und Zwangslehrlingen, von Geflüchteten und so weiter werden so meist isoliert voneinander erforscht und auch isoliert von der allgemeinen Geschichte (vermeintlich) freier Migration als Normalfall. Lange Zeit hatte diese Trennung in freie Migration und verschiedene Typen unfreier Migration auch ihre eigene »Mental Map« und Chronologie. Während freie Migration tendenziell mit europäischer Migrationsgeschichte in der Neuzeit assoziiert wurde, galt unfreie Migration als Charakteristikum der »Vormoderne« und des globalen Südens.[43]

Erst in den letzten Jahrzehnten sind diese Trennungen besonders effektiv infrage gestellt worden. Schließlich spricht nichts dagegen, die Erfahrung einer versklavten Gefangenen, die aus Westafrika in die Karibik verschleppt wurde, auch als eine Migration zu begreifen, auch wenn ihr persönlicher Status und die Umstände dieser Migration sich ganz grundlegend von denen etwa eines ausländischen Studenten unterscheiden. Migrationshistoriker:innen haben erkannt, dass es sich beim Verhältnis zwischen freier und unfreier Migration nicht um zwei völlig unterschiedliche Arten handelt, sondern vielmehr um ein Kontinuum verschiedener Grade von Freiheit und Zwang, auf dem sich alle Arten von Migration bewegen.[44] Strafgefangene, versklavte Männer und Frauen, Geflüchtete sind (und waren) mithin nicht frei von jeglicher Handlungsmacht und Wahl, so wie »freie« Arbeitsmigrant:innen sicherlich nicht frei von jeglicher Art von Zwang oder Druck sind (und waren).

---

41 Als Überblicke vgl. *Herbert S. Klein*, The Atlantic Slave Trade, Cambridge/New York etc. 2010 (zuerst 1999); *Paul E. Lovejoy*, Transformations in Slavery. A History of Slavery in Africa, Cambridge/New York etc. 2011 (zuerst 1983); *Padraic X. Scanlan*, Slave Empire. How Slavery Built Modern Britain, London 2020; *Michael Zeuske*, Sklavenhändler, Negreros und Atlantikkreolen. Eine Weltgeschichte des Sklavenhandels im atlantischen Raum, Berlin/Boston 2015; *Andreas Eckert*, Geschichte der Sklaverei. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, München 2021.

42 Vgl. *Peter Gatrell*, Refugees – What's Wrong with History?, in: Journal of Refugee Studies 30, 2017, S. 170–189; *Lauren Banko/Katarzyna Nowak/Peter Gatrell*, What Is Refugee History, Now?, in: Journal of Global History 17, 2022, S. 1–19; *Susanne Lachenicht*, Learning from Past Displacements? The History of Migrations between Historical Specificity, Presentism and Fractured Continuities, in: Humanities 7, 2018, DOI: <https://doi.org/10.3390/h7020036> [25.6.2024]. Synthesen basierend auf der neueren Forschung sind: *Jesse Spohnholz*, Disrupted Lives. Refugee Crises in Historical Perspective, Oxford/New York etc. 2021; *Delphine Diaz*, En exil. Les réfugiés en Europe de la fin du XVIII^{e} siècle à nos jours, Paris 2021; *dies./Sylvie Aprile* (Hrsg.), Les réprouvés. Sur les routes de l'exil dans l'Europe du XIX^{e} siècle, Paris 2021; *David de Boer/Geert H. Janssen* (Hrsg.), Refugee Politics in Early Modern Europe, London 2024; *Philipp Ther*, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017.

43 Vgl. *Clare Anderson*, Global Mobilities, in: *Antoinette Burton/Tony Ballantyne* (Hrsg.), World Histories from Below. Disruption and Dissent, 1750 to the Present, London/New York etc. 2016, S. 169–196, hier: S. 169.

44 Wichtige Parallelen und Überlappungen zeigen sich zur Geschichte der Arbeit. Vgl. *Marcel van der Linden*, Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit, Frankfurt am Main/New York 2017 (zuerst engl. 2008), S. 35–98.

Um die Angelegenheit noch weiter zu verkomplizieren: Freie und unfreie Migrierende bewegten sich in demselben Raum und der Status frei versus unfrei war in Realität höchst instabil.[45] Personen konnten zwischen ihnen wechseln oder in mehrere Kategorien gleichzeitig fallen. Nehmen wir das Beispiel von Adélaïde Métayer.[46] Sie wurde 1782 als die Tochter einer versklavten Frau auf einer Plantage im Norden von Saint-Domingue geboren. Mit der Abschaffung der Sklaverei durch die französische Nationalversammlung 1794 wurde Métayer eine freie Person, aber sie wohnte bis zur Geburt ihres ersten Kindes weiterhin im Haushalt ihrer ehemaligen Besitzer. In den späten 1790er-Jahren ließ sie sich von diesen zertifizieren, dass sie ihre Freiheit erkauft habe – eine Transaktion, die zu diesem Zeitpunkt weder nötig noch rechtlich möglich war (da sie eigentlich bereits frei war). Ab 1803 brachte eine Reihe von Fluchten Métayer an verschiedene Orte. Auf ihrer ersten Flucht nach Jamaika registrierte sie sich zunächst wieder als eine Sklavin der Familie Métayer, wohl weil es zu der Zeit schwieriger für freie Schwarze war, die Grenze zu überqueren.[47] Nach ihrer zweiten Flucht nach Kuba 1804 wechselte sie ihren Status erneut, nutzte ihr irreguläres Zertifikat als Beleg ihrer Freiheit und lebte fortan als eine freie Frau. Nach ihrer Ausweisung aus Kuba 1809 siedelten sie und ihre Familie nach New Orleans um, wo sie sich über ein Jahrzehnt vor Gericht gegen Versuche anderer Flüchtlinge verteidigen musste, Besitz über sie zu ergreifen. 1810 konnte sie nicht verhindern, dass ihr erstgeborener Sohn als Sklave verkauft wurde. Erst neun Jahre später bestätigte das Oberste Gericht von Louisiana den Status von Adélaïde Métayer als freie Person – und freie Migrantin.

Angesichts solcher Fälle stehen wir immer noch erst am Anfang eines spannenden Wandels in der Migrationsgeschichte: dem Wandel der Migrationsgeschichte in eine Geschichte am Schnittpunkt dieser unterschiedlichen Typen freier und unfreier Migration, eine Geschichte, die gleichermaßen versklavte Personen, Strafgefangene, Deportierte, Geflüchtete und »Displaced Persons«, Arbeitsmigrierende aller Arten, Soldat:innen und Kriegsgefangene, Tourist:innen und koloniale Siedler – um nur einige zu nennen – einschließt sowie deren Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht. Eine solche Entwicklung stößt allerdings auch auf Kritik und Gegenwehr, nicht zuletzt bei einigen Wissenschaftler:innen aus den spezialisierten Teilbereichen unfreier Migration: Stellt die Einbeziehung des atlantischen Sklavenhandels in ein größeres Bild menschlicher Migration nicht den einzigartig schrecklichen und entmenschlichenden Charakter der Versklavung infrage? Solche Sorgen sind absolut berechtigt, insbesondere angesichts revisionistischer Versuche, den Sklavenhandel und das Sklavereisystem zu verharmlosen.[48]

45 Vgl. *Jansen/McKenzie*, Mobility and Coercion in an Age of Wars and Revolutions; am Beispiel der Kriegsgefangenschaft *Renaud Morieux*, The Society of Prisoners. Anglo-French Wars and Incarceration in the Eighteenth Century, Oxford/New York 2019.

46 Zu dem Fall vgl. *Scott*, Paper Thin.

47 Vgl. »Names of Persons […] whose Residence in this Island […] Will Not Be Inconsistent with Its Safety and Tranquility«, 28.12.1803, National Library of Jamaica, Kingston, MS 72 (Nugent Papers), Box 2, 871N.

48 Vgl. etwa die Diskussion von 2017 um die Darstellung versklavter Afrikaner:innen als (freie) »immigrants« durch Ben Carson, dem einzigen schwarzen Kabinettsmitglied der Regierung Trump: *Tracy Jan/Jose A. Del Real*, Carson Compares Slaves to Immigrants Coming to ›a Land of Dreams and Opportunity‹, in: Washington Post, 6.3.2017, URL: <https://www.washingtonpost.com/

Dennoch werden die Vorteile, die sich aus der Überwindung willkürlicher disziplinärer und kategorieller Trennungen ergeben, überwiegen. Schließlich erhalten wir nur dadurch, dass wir den Sklavenhandel mit anderen Formen unfreier und freier Migration – einschließlich anderer Formen von Gefangenschaft und Versklavung – verbinden und vergleichen, ein klareres Bild dessen, was die Verschleppung versklavter Afrikaner:innen über den Atlantik unterscheidet.

Bemerkenswerterweise stammt der wichtigste Versuch in dieser Richtung von einer Gruppe von Forschenden des atlantischen Sklavenhandels. Ihr ambitioniertes Gedankenexperiment fragte danach, in welcher Weise das Konzept der »Middle Passage« – ein Begriff, der schon im frühen 19. Jahrhundert für den Horror des Schiffstransfers Versklavter von Westafrika in die Amerikas stand und noch immer steht – auch helfen kann, die Erfahrung anderer Formen transozeanischer Migration zu beschreiben und zu analysieren.[49] Die Einbeziehung des atlantischen Sklavenhandels in die breitere Diskussion von Migration und Arbeit mag uns auch daran erinnern, dass Millionen von Migrant:innen in unserer heutigen Weltwirtschaft in einem Status der Quasisklaverei feststecken, auch wenn Sklaverei rechtlich und sprachlich scheinbar der Vergangenheit angehört.[50]

IV. Wissen von *und* über Migration

Wir haben bereits gesehen, dass wir, wenn wir über Migration sprechen – ganz gleich ob innerhalb oder außerhalb der akademischen Welt –, bestimmte Worte, Begriffe und Konzepte verwenden. Und wir haben gesehen, dass diese Konzepte ihre eigenen Auswirkungen darauf haben, wie wir menschliche Mobilität organisieren und wie wir über sie denken. Die Benennungsproblematik wird noch komplexer, wenn wir Migration historisch betrachten. »Migration« selbst ist ein relativ neuer Begriff, den Historiker:innen in ihren Quellen oft nicht finden.[51] Das gilt auch für andere Begriffe wie »Flüchtling«. Und wenn diese Begriffe in den Quellen auftauchen, variiert ihre Bedeutung oft und ändert sich im Laufe der Zeit.

Lange Zeit haben Migrationshistoriker:innen dieses Problem gelöst (und lösen dies auch heute noch), indem sie sich für eine von zwei möglichen Lösungen

news/wonk/wp/2017/03/06/carsoncompares-slaves--to-immigrants-coming-to-a-land-of-dreams-and-opportunity/> [25.6.2024].

49 Vgl. *Emma Christopher/Cassandra Pybus/Marcus Rediker* (Hrsg.), Many Middle Passages. Forced Migration and the Making of the Modern World, Berkeley/Los Angeles etc. 2007.

50 Vgl. *Rebecca J. Scott*, International Law and Contemporary Slavery: The Long View, in: Michigan Journal of International Law 38, 2017, S. 349–357. Neben Vergleichen zwischen gegenwärtigen und vergangenen Formen von Zwangsarbeit und Versklavung geht es in der Forschung auch um die möglichen Kontinuitäten unfreier und abhängiger Arbeitsmigration über die Abschaffung der Sklaverei hinweg und die Entstehung des Status undokumentierter Arbeitsmigration. Vgl. etwa *Viola Franziska Müller*, Escape to the City. Fugitive Slaves in the Antebellum Urban South, Chapel Hill 2022.

51 Sie hängt nach Stephan Scheel und Martina Tazzioli eng mit der Vernationalstaatlichung von Mobilität zusammen. Vgl. *Stephan Scheel/Martina Tazzioli*, Who Is a Migrant? Abandoning the Nation-State Point of View in the Study of Migration, in: Migration Politics 1, 2022, URL: <https://scipost.org/10.21468/MigPol.1.1.002> [25.6.2024].

entschieden. Sie entwickeln entweder explizit eine bestimmte Definition für die Arten von Mobilität oder Migration, die sie analysieren wollen, und verwenden diesen Begriff unabhängig davon, wie die historischen Akteure sie nennen würden. Oder sie lehnen es ab, den historischen Gegebenheiten eine bestimmte zeitgenössische Kategorie aufzuzwängen, und arbeiten mit den Worten, die die historischen Akteure verwendet haben, als wären es analytische Kategorien. Keine dieser beiden Lösungen ist eindeutig richtig oder falsch und sie verweisen auf ein Problem, mit dem Historiker:innen, nicht nur im Bereich der Migration, immer wieder konfrontiert sind: dass die Forschungsfrage und die Kategorien, die sie untersuchen und verwenden, von den historischen Akteuren oft nicht geteilt, mitunter nicht einmal verstanden werden.

Aber es gibt auch Wege, dieses Dilemma produktiv zu machen: etwa, indem wir es selbst in ein Untersuchungsobjekt verwandeln. Einige Migrationsforscher:innen haben zuletzt angefangen, die historische Produktion von Wissen über Migration zu untersuchen und danach zu fragen, mit welchen Konzepten in der Vergangenheit über Migration gesprochen und gedacht wurde.[52] Nehmen wir das Beispiel von »Flüchtling« (»refugee«, »réfugié«, »Geflüchtete:r«).[53] Diese moderne Kategorie ist offensichtlich eine sehr junge: Bevor sie in der Genfer Konvention von 1951 im internationalen Recht verankert und 1967 globalisiert wurde, gab es keine allgemein akzeptierte Verwendung des Begriffs. Aber selbstverständlich gab es auch vorher Menschen, auf die diese Kategorie hätte angewendet werden können. Und, genauer betrachtet, hat auch der Begriff »Flüchtling«, in seiner ursprünglich französischen Form »réfugié«, eine viel längere Geschichte, die bis in die Geschichte religiöser Flucht im frühneuzeitlichen Europa zurückreicht. »Flüchtling« war seither einer von vielen anderen Begriffen, die Personen bezeichneten, die aufgrund religiöser oder politischer Konflikte, von Verfolgung oder Krieg ihren Aufenthaltsort wechselten: wie etwa »emigrant«, »loyalist«, »fugitive«, »émigré« oder »muhājir«.

Werfen wir daher erneut einen Blick auf die Jahrzehnte um 1800, eine Zeit, in der aufgrund politischer, sozialer und militärischer Auseinandersetzungen Geflüchtete allgegenwärtig waren – und das nicht nur in den klassischen europäischen Zufluchtsorten wie London, Paris und Brüssel, sondern auch in Philadelphia, Havanna und Istanbul.[54] In der Mischung aus Modifikation alter Kategorien und

52 Vgl. *Rebecca Hamlin*, Crossing. How We Label and React to People on the Move, Stanford 2021; *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld 2023; *dies.* (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, DOI: <https://doi.org/10.25887/IDMB> [25.6.2024].

53 Vgl. *Michel Agier/Anne-Virginie Madeira* (Hrsg.), Définir les réfugiés, Paris 2017; *Delphine Diaz/Alexandre Dupont* (Hrsg.), Dossier: Les mots de l'exil dans l'Europe du XIX^{e} siècle. Dire, pratiquer, représenter les migrations politiques, in: Hommes & migrations, 2018, H. 2, S. 6–104; *Karen Akoka*, L'asile et l'exil. Une histoire de la distinction réfugiés/migrants, Paris 2020; *Katy Long*, When Refugees Stopped Being Migrants: Movement, Labour and Humanitarian Protection, in: Migration Studies 1, 2013, S. 4–26.

54 Vgl. *Jan C. Jansen*, Flucht und Exil im Zeitalter der Revolutionen. Perspektiven einer atlantischen Flüchtlingsgeschichte (1770er–1820er Jahre), in: GG 44, 2018, S. 495–525; *Friedemann Pestel*, The Age of Emigrations: French Émigrés and Global Entanglements of Political Exile, in: *Laure Philip/Juliette Reboul* (Hrsg.), French Emigrants in Revolutionised Europe. Connected Histories and Memories, Cham 2019, S. 205–232.

der Schaffung neuer Begriffe bildete sich in dieser Zeit ein dynamisches und keineswegs widerspruchsfreies Vokabular heraus, in dem Migrierende, Staaten und Gesellschaften Ansprüche und Bedingungen von Schutz und Unterstützung verhandelten.[55] Von späteren Entwicklungen aus betrachtet, fällt auf, dass diese Geschichte von Flucht und Asyl vorwiegend von Personen bevölkert ist, die als Sonderfälle erscheinen: Bewohner:innen verlorener Territorien des Osmanischen und des spanischen Reichs, die innerhalb der schrumpfenden Imperien umgesiedelt werden; koloniale Geflüchtete in der Karibik, die in ihren Aufnahmeterritorien als Quasi-Einheimische behandelt werden; französische Plantagenbesitzer, die, obwohl sie nie Frankreich verlassen haben, wegen des Verlusts ihrer überseeischen Plantagen einen Status als »Flüchtlinge« erhalten.[56] Flüchtlinge in unserem heutigen Verständnis – also Personen, die eine internationale Grenze überschreiten und einen Status als schutzbedürftige Ausländer:innen haben – bildeten damals eine Minderheit – selbst in der revolutionären Französischen Republik, die als erster Staat mit Pathos ein Recht auf Asyl in ihrer Verfassung verankerte. Eine Geschichte dieser Konzepte von Exil und Asyl untersucht, welche Kategorien von wem, in welchem Kontext und mit welchem Zweck verwendet wurden und werden.

Eine solche Arbeit zu Migrationskonzepten ist nicht einfach eine akademische Fingerübung. Die Einteilung mobiler Menschen in bestimmte Kategorien ist eine gängige Praxis außerhalb der Wissenschaft, von der Alltagskonversation bis hin zu Grenzkontrollen. Sie hat als soziale Praxis weitreichende konkrete Auswirkungen für die Betroffenen. Springen wir als Beispiel zurück in die Mitte des 20. Jahrhunderts als eine Hochphase von Zwangsmigrationen, die trotz internationalen rechtlichen Rahmens sehr unterschiedlich gefasst wurden.[57] Die neu geschaffene internationale Kategorie »Flüchtling« wurde von westlichen Staaten oft für Menschen geltend gemacht, die aus kommunistischen Regimen (wie Ungarn, Kuba, Vietnam) flohen. Dieselben Staaten würden Menschen, die vor Militärdiktaturen in Südamerika (etwa in Chile oder El Salvador flüchteten), oft als »illegale« ökonomische Migrant:innen kategorisieren. Und dann gab es noch eine Vielzahl von Grenzgänger:innen, die nicht als Flüchtlinge, nicht einmal als Migranten konzipiert wurden: etwa rund zwölf Millionen »Vertriebene« aus ehemaligen deutschen Ostgebieten oder »Repatriierte« aus europäischen und japanischen Kolonien, die nach 1945 unabhängig wurden.[58] Obwohl sie oft nie in den Ländern, in die sie migrierten, ge-

55 Vgl. *Annika Bärwald/Sarah C. Chambers/Sibylle Fourcaud* u. a., Roundtable: Exiled: Identity and Identification, in: Age of Revolutions, 29.5–26.6.2023, URL: <https://ageofrevolutions.com/category/exiled-identity-and-identification> [25.6.2024]; *Nicolás A. González Quintero/Thomas Mareite* (Hrsg.), Semantics of Refuge: The Shifting Labels of »Exile«, »Asylum«, and »Refugee« during the 18th and 19th Centuries, in: Itinerario. Journal of Imperial and Global Interactions, Special Issue (im Erscheinen).

56 Vgl. *Jan C. Jansen*, Elusive Refugees: Revisiting Terms of Exile and Asylum in the Eighteenth and Nineteenth Centuries (Manuskript in Begutachtung).

57 Vgl. *Matthew Frank/Jessica Reinisch* (Hrsg.), Refugees in Europe, 1919–1959. A Forty Years' Crisis?, London 2017; *Peter Gatrell*, The Unsettling of Europe. The Great Migration, 1945 to the Present, London 2019; *Jan C. Jansen/Simone Lässig* (Hrsg.), Refugee Crises, 1945–2000. Political and Societal Responses in International Comparison, Cambridge/New York etc. 2020.

58 Vgl. *Andrea L. Smith* (Hrsg.), Europe's Invisible Migrants, Amsterdam 2003; *Ulbe Bosma/Jan Lucassen/Gert Oostindie* (Hrsg.), Postcolonial Migrants and Identity Politics. Europe, Russia, Japan

lebt hatten, wurden »Vertriebene« und »Repatriierte« als rückkehrende Mitbürger erfasst. Dank dieser Position als Nichtmigrant:innen standen umfangreiche Transferleistungen für ihre sozioökonomische Integration zur Verfügung. Ihr Status als Europas »versteckte Migranten« (wie sie die Historikerin Andrea L. Smith genannt hat) stärkte auch gewisse Mythen von ethnischer Homogenität als Grundlage für erfolgreiche Integration, Mythen, die bis in die heutigen Migrations- und Integrationsdebatten nachhallen. Hinzu kommt, dass sich viele Staaten in den letzten Jahrzehnten darangemacht haben, den Flüchtlingsstatus rechtlich zu zergliedern.[59] Bei genauerer Hinsicht wimmelt somit auch die scheinbar eindeutige Geschichte der Flüchtlingspolitik nach 1945 von Sonderfällen und Ambiguitäten.

Doch nicht immer bildet sich das historische Geschehen in einer Vielfalt von Kategorien ab – mitunter ist gerade deren Abwesenheit der springende Punkt: so etwa in der Geschichte von Margaret Moodley, einer versklavten Frau auf einer Plantage in der niederländischen karibischen Kolonie Sint-Eustatius. Von dort flüchtete Moodley Mitte der 1820er-Jahre auf die britische Insel Saint Christopher, wo sie sich unter die Protektion des dortigen Gouverneurs mit Verweis darauf stellte, dass sie, »solange sie sich auf englischem Boden aufhalte, durch das englische Gesetz geschützt sei«.[60] Moodley berief sich hierbei auf eine rechtliche Grauzone, die in den 1820er-Jahren die Plantokratie in der britischen Karibik in Angst und Schrecken versetzte. Großbritannien hatte sich 1807 ein Mandat erteilt zur Abschaffung des Sklavenhandels – nicht aber der Sklaverei, wohlgemerkt. Im Rahmen dieses Mandats griffen britische Amtsträger fortan versklavte Menschen auf Schiffen auf, brachten diese – analog zu Schmugglerware – vor Marinerechtsgerichte, die diese in eine vielfach eingeschränkte »Freiheit« als Soldaten oder Zwangslehrlinge überführten – ein System, das auf unterschiedlichen Ebenen beträchtliche Profite und handfeste Interessen hervorbrachte.[61]

Derartige handfeste Interessen können auch erklären, weshalb einige lokale Amtsträger nach einer Weile versuchten, auch andere mobile Personen in dem System des Sklavenhandelsverbots zu behandeln und über ihre »Befreiung« Profite zu generieren, unter anderem auch Personen, die wie Margaret Moodley aus der Sklaverei in andere Kolonien entflohen waren. Mit diesen Aktionen brachen sie al-

---

and the United States in Comparison, New York/Oxford 2012; *Manuel Borutta/Jan C. Jansen* (Hrsg.), Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives, Basingstoke/New York 2016; *Elizabeth Buettner*, Europe after Empire. Decolonization, Society, and Culture, Cambridge/New York etc. 2016; *Claire Eldridge/Christoph Kalter/Becky Taylor*, Migrations of Decolonization, Welfare, and the Unevenness of Citizenship in the UK, France and Portugal, in: Past & Present, 2023, Nr. 259, S. 155–193.

59 Vgl. *B. S. Chimni*, The Geopolitics of Refugee Studies: A View from the South, in: Journal of Refugee Studies 11, 1998, S. 350–374; *Roger Zetter*, More Labels, Fewer Refugees: Remaking the Refugee Label in an Era of Globalization, in: Journal of Refugee Studies 20, 2007, S. 172–192.

60 Zu diesem Fall, dem Zitat und den Hintergründen vgl. *Jan C. Jansen*, A Sanctuary to Crime? Enslaved Fugitives, Antislavery, and the Law in the British Caribbean, 1820s–1830s, in: Comparative Studies in Society and History (im Erscheinen).

61 Vgl. *Padraic X. Scanlan*, Freedom's Debtors. British Antislavery in Sierra Leone in the Age of Revolution, New Haven/London 2017; *Richard Peter Anderson/Henry B. Lovejoy* (Hrsg.), Liberated Africans and the Abolition of the Slave Trade, 1807–1896, Rochester/Woodbridge 2020; *Jake Christopher Richards*, Anti-Slave-Trade Law, »Liberated Africans« and the State in the South Atlantic World, c. 1839–1852, in: Past & Present, 2018, Nr. 241, S. 179–219.

lerdings mit einer allgemein verbreiteten kolonienübergreifenden Praxis der wechselseitigen Rückführung entlaufener Versklavter – und stießen in ein Wespennest: Nicht nur wurden empörte französische, niederländische und dänische Diplomaten und Gouverneure vorstellig, begleitet von entsprechenden Vergeltungsgesten. Auch das gesamte Establishment der britischen Sklavenkolonien und die britische Staatsspitze waren sich einig, dass die »Belohnung« der Flucht aus Sklaverei mit »Freiheit« nicht nur inakzeptabel, sondern auch höchst gefährlich für das gesamte System des nach wie vor profitablen Sklavereisystems sei.

Hatten einige lokale Beamte die Tür zur Freiheit ein Stück weit öffnen wollen, schwang sie jedoch so weit auf, dass es nun auch nicht mehr in ihrem Interesse war. Großbritanniens höchste Rechtsgelehrte kamen nämlich zu dem Schluss, dass flüchtige Versklavte sich in einer rechtlichen Grauzone bewegten, für die auch die bürokratische Maschinerie der Abschaffung des Sklavenhandels nicht geeignet war: Weder durften sie nach üblicher Praxis zurückgeführt werden, noch durften sie analog zu »befreiten Sklaven« als Zwangslehrlinge oder Soldaten eingesetzt werden, sondern mussten mangels eines geeigneten rechtlichen Status komplett freigelassen werden. Als ein wunderbares Beispiel für die Bedeutung nichtintendierter Handlungsfolgen wurde das bis dahin profitabelste Sklavereisystem in den Amerikas zu einem Refugium für entlaufene Versklavte, entgegen dem erklärten Willen fast aller Beteiligter! Viele Tausende versklavte Männer und Frauen aus der französischen, der niederländischen und der dänischen Karibik machten von dieser Gesetzeslücke in den Jahren vor der Abschaffung der Sklaverei Gebrauch, für die die höchsten britischen Rechtsgelehrten vergeblich um eine rechtlich einwandfreie Lösung rangen.

Wie der Fall Margeret Moodleys aber auch zeigt, blieb Freiheit mangels eines definierten Status prekär. Moodley wurde kurze Zeit später in Saint Christopher gekidnappt und wieder nach Sint Eustatius verschleppt. Von dort wurde sie in das dänische Saint Thomas verkauft, von wo aus sie ins spanische Puerto Rico geschafft werden sollte, damals häufig das Eingangstor für die boomenden Plantagen auf Kuba. Moodley wehrte sich dagegen, indem sie sich auf britische »Protektion« berief. Hier verliert sich allerdings ihre Spur.

Moodleys Fall zeigt auch, dass sich die Frage der Konzepte nicht darauf beschränkt, wie Staaten und Gesellschaften mobile Menschen kategorisieren, sondern auch darauf, wie diese sich selbst beschreiben und wie sie die ihnen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Kategorien nutzen und zwischen ihnen navigieren. Und schließlich stellt sich diese Frage auch für uns selbst, sodass wir kritischer hinterfragen, wie wir als Migrationsforscher:innen, aber auch als Mitglieder unserer eigenen Gesellschaften über Migration und Mobilität denken und sprechen.

***

Als im Sommer 2015 im Zuge des Syrischen Bürgerkriegs und anderer Konflikte im Nahen Osten, in Zentralasien und in Afrika Hunderttausende Menschen in Europa Zuflucht suchten, wurde die griechische Insel Kos, eine beliebte Destination für westlichen Strandtourismus, zu einem wichtigen ersten Anlaufpunkt für Geflüchte-

te. Die Situation, die daraus vor Ort entstand, hielt der Fotograf Jörg Brüggemann im August 2015 fest (Abbildungen 1 und 2).[62] In eindringlichen Aufnahmen zeigt seine daraus entstandene Serie »Tourists vs. Refugees«, wie diese zwei Gruppen – Tourist:innen und Geflüchtete – mal konfliktreich, mal friedlich interagierten, wie sich Behelfslager neben Sonnenbadenden ausbreiteten, wie Touristenkameras zu Mitteln von Katastrophenvoyeurismus oder einer quasijournalistischen Dokumentation wurden, wie Kreuzfahrtschiffe zu provisorischen Aufnahmezentren umfunktioniert wurden und wie globale Ungleichheiten von Wohlstand und Lebenschancen an einem Ort aufeinandertrafen.

Abbildung 1: Tourist:innen und Migrant:innen auf der griechischen Ferieninsel Kos im Sommer 2015. Bildrechte: Jörg Brüggemann/OSTKREUZ.

Die von Brüggemann festgehaltenen Szenen von Kos 2015 bilden auch viele der Themen ab, die die neuere Migrationsgeschichte umtreiben: Sie sind mikroskopische Momentaufnahmen globaler Migrationsbewegungen; sie zeigen die Bewegung und das Aufeinanderprallen verschiedener Formen von Mobilität und Immobilität

62 Vgl. *Jörg Brüggemann*, Tourists Vs. Refugees, 2015, URL: <https://www.joergbrueggemann.com/projects/tourists-vs-refugees> [12.6.2024].

sowie von deren Mitteln; sie drücken die Interaktionen und Unterschiede von Migrationen unterschiedlicher Freiheitsgrade aus; und sie zeigen eindrücklich, wie die Kategorisierung mobiler Menschen nicht nur eine rein gelehrsame Übung ist, sondern eine alltägliche Praxis mit weitreichenden Folgen für die Betroffenen.

Die Migrationsgeschichte befasst sich mit Menschen, die Grenzen überqueren oder daran gehindert werden, die diese ungeschehen machen oder wiederherstellen. Sie arbeitet sich zugleich auch an den Grenzen ihrer eigenen Disziplin ab. Sie zieht die geografischen Grenzen ihres Felds neu, die ihrer Grundkategorien und – infolgedessen – auch ihre eigenen Grenzen als Untersuchungsfeld. Sie ist in einem Zustand produktiver Verunsicherung, die ihrer akademischen und gesellschaftlichen Relevanz keinerlei Abbruch tun wird – vorausgesetzt, sie bleibt zugänglich und nah an den realen Menschen, die in der Vergangenheit (Im-)Mobilität gestaltet, vollzogen, erfahren oder erlitten haben.

Abbildung 2: Tourist:innen und Migrant:innen auf Kos im Sommer 2015.
Bildrechte: Jörg Brüggemann/OSTKREUZ.

AGNES GEHBALD

»Riesige Personenzahlen«

Transatlantische Rückwanderungen von Buenos Aires und New York um 1900

> »Ich bin am 24. Juni 1912 von Zagreb nach Amerika abgereist. Bei der Agentur Kraskovic habe ich ein Billet nach New-York lösen wollen. Der mich untersuchende Arzt […] hat mich als trachomverdächtig befunden. Nachdem ich also in New-York zur Landung nicht zugelassen worden wäre, überredete mich der Agent, ich solle nach Südamerika auswandern, wo selbst ich 8 bis 10 Kronen täglich werde verdienen können. […] Dort angekommen, musste ich schwer arbeiten[,] um nur Kost und Logis zu verdienen. Von Ersparnissen war keine Rede. Zuletzt habe ich mich als Kohlentrimmer verdingt und konnte soviel bei Seite legen, um die Rückreise nach der Heimat antreten zu können.«[1]

Der 47-jährige Arbeiter Paul Pavišić aus Ungarn wollte ursprünglich nach New York. Um aber einer Abweisung am nordamerikanischen Grenzübergang aufgrund der kurz zuvor verschärften Einreisebedingungen zu entgehen, wanderte er nach Buenos Aires aus. Nach nur einem Jahr Aufenthalt versuchte er aus gesundheitlichen Gründen, wieder zurückzureisen. Viel Geld hatte er nicht erarbeiten können, die Kosten für das Rückreiseticket waren sehr hoch für ihn. Des Lesens und Schreibens unkundig, wurde er beim Kauf des Tickets in die Heimat offensichtlich betrogen. Sein Ticket galt nur für die Schiffsreise von Buenos Aires bis Hamburg, ohne die anschließende Zugfahrt nach Zagreb. Da Pavišić schließlich »vollkommen mittellos« war, transportierte ihn die Dampfschifffahrtsgesellschaft von Liverpool nicht nach Hamburg, wo nur Rückreisende im Besitz von mindestens 20 RM an Land gelassen wurden, sondern nach Antwerpen. Von dort reiste er weiter bis Basel. In Basel wandte er sich an das Konsulat, wo ein Bericht zur Heimbeförderung an das k. und k. Ministerium über den Fall eröffnet wurde.[2]

Nicht immer gestaltete sich die Rückwanderung so hindernisreich wie in dem geschilderten Beispielfall. Ein Großteil der europäischen Rückwanderer um 1900 entstammte jedoch wie Pavišić der Arbeiterklasse, die nach Nord- oder Südamerika ausgewandert war, um ihr Glück jenseits des Atlantiks zu suchen, schließlich aber aus unterschiedlichen Gründen wieder remigrierte. Abgesehen von den für die Schiffsreise und Grenzkontrolle aufgezeichneten Daten der Identität ist von den meisten Rückwandererbiografien nichts bekannt. Pavišić hinterließ nur deshalb eine eigene Akte, da er exzeptionell war. Ein Großteil der Fälle im Archiv handelt

1 *L. von Jeszenszky*, Heimreiseangelegenheit des ungarischen Staatsangehörigen Paul Pavišić. Basel, am 16. Juni 1913, Österreichisches Staatsarchiv/Haus-, Hof- und Staatsarchiv (OeStA/HHStA) MdÄ AR F15-36-13 Heimbeförderung Argentinien 4.

2 Vgl. *Graf Heinrich Crenneville*, Liverpool, den 8. Juli 1913, OeStA/HHStA MdÄ AR F15-36-13 Heimbeförderung Argentinien 4. Auf seiner Rückreise im Zwischendeck der Drina (Royal Mail Steam Packet Company) von La Plata nach Liverpool verzeichnet ihn die Passagierliste als Pablo Pavisich und kategorisiert seinen Beruf als einfachen Arbeiter (»Labourer«). List of Passengers Disembarking at Liverpool, The National Archives London, UK and Ireland (TNA), Inwards Passenger List 1913, BT 26/551/11.

also von einer Minderheit von rückwandernden Frauen und Männern, die auf diplomatische Verhandlungen oder staatliche Unterstützungen für die sogenannte Heimbeförderung oder Hilfe dazu angewiesen waren.

Wie an der Wanderungsroute von Paul Pavišić deutlich wird, folgten Auswanderer den etablierten Routen über den Atlantik. Diese Routen des transatlantischen Migrationssystems funktionierten in beide Richtungen. Die Vereinigten Staaten und Argentinien bildeten um 1900 zwei der größten amerikanischen Einwanderernationen. Eine Mehrheit der europäischen Auswanderer kam an den Haupthäfen New York und Buenos Aires an und von dort reisten auch die meisten Rückwanderer wieder ab. Viele Migrantinnen und Migranten, die ihre Heimat verlassen, kehren letztendlich eines Tages wieder zum heimatlichen Ausgangspunkt zurück. Diese Wanderungsbewegung innerhalb desselben Migrationssystems zurück an den Herkunftsort unterscheidet die Remigration von anderen Mobilitätsformen wie der Weiterwanderung. Das Phänomen der Remigration ist dabei so alt wie die Geschichte der Migration, doch liegt der Fokus in vielen Migrationsgeschichten auf der Auswanderung.[3] Dies ist besonders dominant in der Erzählung von der sogenannten europäischen Massenauswanderung, als Personen unterschiedlicher Nationalität über den Atlantik nach Nord- und Südamerika aufbrachen. Mehr als ein Drittel bis die Hälfte der einige Millionen zählenden Amerika-Auswanderer zwischen 1870 und 1920 kehrten jedoch nach einem Aufenthalt unbestimmter Dauer über die großen Hafenstädte der Zeit nach Europa zurück.

Bereits in den 1960er-Jahren forderte Frank Thistlethwaite eine Erforschung der »re-migration«: Proportionen sowie Migrationserfahrungen der Rückwanderer seien als wichtige Komponenten der ozeanischen Wanderung zu untersuchen.[4] Seitdem hat sich eine Forschungstradition zur Remigration im transatlantischen Kontext etabliert. Die Geschichtsschreibung verfolgt dabei einen eigenen theoretischen Anspruch, da die Untersuchung der Rückkehr zu einem besseren Verständnis der Migration beiträgt.[5] Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Forschung in der Disziplin Geschichte zur transatlantischen Remigration meist unabhängig, doch parallel zu ähnlichen Diskussionen in der Anthropologie, Humangeografie oder Soziologie entwickelt hat.[6] Bis in die 1990er-Jahre hinein entstand eine Vielzahl

3 Zur Remigration als einem Schlüsselkonzept der Migrationsforschung vgl. *David Bartram/Maritsa V. Poros/Pierre Monforte*, Return Migration, in: *dies*. (Hrsg.), Key Concepts in Migration, Los Angeles/London etc. 2017 (zuerst 2014), S. 121–124.

4 Vgl. *Frank Thistlethwaite*, Migration from Europe Overseas in the Nineteenth and Twentieth Centuries, in: *Herbert Moller* (Hrsg.), Population Movements in Modern European History, (Reprint: XIe Congrès International de Sciences Historiques, Rapports V: Histoire Contemporaine, Göteborg/Stockholm etc. 1960, S. 32–60), New York 1964, 73–92, hier: S. 76–78.

5 Vgl. *Ewa Morawska*, Return Migrations: Theoretical and Research Agenda, in: *Rudolph J. Vecoli/Suzanne M. Sinke* (Hrsg.), A Century of European Migrations, 1830–1930, Urbana 1991, S. 277–292; *John D. Gould*, European Inter-Continental Emigration 1815–1914: The Road Home. Return Migration from the USA, in: Journal of European Economic History 9, 1980, S. 41–112; *Xosé M. Núñez Seixas*, Emigración de retorno y cambio social en la Península Ibérica: Algunas observaciones teóricas en perspectiva comparada, in: Migraciones & Exilios 1, 2000, S. 27–66; *Mark Wyman*, Return Migration: Old Story, New Story, in: Immigrants & Minorities 20, 2001, H. 1, S. 1–18.

6 Vgl. *Russell King*, Return Migration: A Neglected Aspect of Population Geography, in: Area 10, 1978, S. 175–182; *George Gmelch*, Return Migration, in: Annual Review of Anthropology 9, 1980,

an Arbeiten auf diesem Gebiet, die mit nationalem Fokus die Geschichte der zurückwandernden Griechen, Italiener, Finnen, Deutschen, Spanier oder Portugiesen untersuchen.[7] Während in diesen Arbeiten die atlantische Rückwanderung meist als transnationale Bewegung mit Fokus auf eine Nationalität untersucht wird, so haben vergleichende Studien dieses Paradigma aufgebrochen.[8] Entgegen dem nationalen Narrativ, welches die Spezifität der Umstände und Einzigartigkeit der Migrationsbewegung eines Kollektivs betont, rücken Analysen im kolonialen Kontext sowie die Publikationen von Mark Wyman die gemeinsamen Erfahrungen von Remigrierenden verschiedener Nationalitäten in den Fokus des Forschungsinteresses.[9] Dass die Auswanderung häufig keine permanente, sondern in vielen Fällen temporären Charakters war, haben diese Arbeiten bewiesen. Ein Fokus vieler geschichtswissenschaftlicher Studien liegt auf den wirtschaftlichen Konditionen und Möglichkeiten des amerikanischen Arbeitsmarkts[10], während kulturgeschichtliche

S. 135–159. Für Publikationen neueren Datums vgl. *Jean-Pierre Cassarino*, Theorising Return Migration: The Conceptual Approach to Return Migrants Revisited, in: International Journal on Multicultural Societies 6, 2004, S. 253–279; *Bartram/Poros/Monforte*, Return Migration; *Jacqueline Maria Hagan/Joshua Thomas Wassink*, Return Migration around the World: An Integrated Agenda for Future Research, in: Annual Review of Sociology 46, 2020, S. 533–552.

7 Vgl. *Theodore Saloutos*, They Remember America. The Story of the Repatriated Greek-Americans, Berkeley/Los Angeles 1956, S. 70–95; *Francesco Paolo Cerase*, A Study of Italian Migrants Returning from the U. S. A., in: International Migration Review 1, 1967, H. 3, S. 67–74; *Betty Boyd Caroli*, Italian Repatriation from the United States, 1900–1914, New York 1973; *Keijo Virtanen*, Return Migration of the Finns from Overseas Countries, in: International Migration Review 17, 1983, H. 1 suppl, S. 221–228; *Caroline B. Brettel*, Men Who Migrate, Women Who Wait. Population and History in a Portuguese Parish, Princeton 1986; *Günter Moltmann*, American-German Return Migration in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: CEH 13, 1980, S. 378–392; *Walter D. Kamphoefner*, Umfang und Zusammensetzung der deutsch-amerikanischen Rückwanderung, in: Amerikastudien 33, 1988, S. 291–307; *Karen Schniedewind*, Begrenzter Aufenthalt im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bremer Rückwanderer aus Amerika, 1850–1914, Stuttgart 1994; *César Yáñez Gallardo*, La emigración española a América, siglos XIX y XX: dimensión y características cuantitativas, Colombres 1994, S. 131–139 und 207–232.

8 Vergleichende Studien untersuchen die Migrationsgeschichte beispielsweise der Italiener in den USA und Argentinien zugleich, vgl. *Herbert S. Klein*, The Integration of Italian Immigrants into the United States and Argentina: A Comparative Analysis, in: American Historical Review 88, 1983, S. 306–329; *Samuel L. Baily*, Immigrants in the Lands of Promise. Italians in Buenos Aires and New York City, 1870–1914, Ithaca 1999.

9 Vgl. *Marjory Harper* (Hrsg.), Emigrant Homecomings. The Return Movement of Emigrants, 1600–2000, Manchester 2012 (zuerst 2005); *Mark Wyman*, Emigrants Returning: The Evolution of a Tradition, in: *Harper*, Emigrant Homecomings, S. 16–31; *ders.*, Round-Trip to America. The Immigrants Return to Europe, 1880–1930, Ithaca 1993.

10 Vgl. *Dirk Hoerder*, Immigration and the Working Class: The Remigration Factor, in: International Labor and Working-Class History 21, 1982, S. 28–41; *Marcelo J. Borges*, Chains of Gold. Portuguese Migration to Argentina in Transatlantic Perspective, Leiden 2009; *Drew Keeling*, Return Migration from the United States to Europe during the Recession of 1907–1908, in: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 27, 2012, S. 245–260; *Thierry Rinaldetti*, Italian Migrants in the Atlantic Economies: From the Circular Migrations of the Birds of Passage to the Rise of a Dispersed Community, in: Journal of American Ethnic History 34, 2014, S. 5–30; *Kristina E. Poznan*, Return Migration to Austria-Hungary from the United States in Homeland Economic and Ethnic Politics and International Diplomacy, in: Hungarian Historical Review 6, 2017, S. 647–667; *Bálint Varga*, From the United States to Rural Europe: The New Immigration, Homecoming Migrants, and Social Remittances in Hungary, in: Itinerario 45, 2021, S. 279–303.

Untersuchungen die archetypischen Erzählungen der Remigration studieren.[11] Wie im Falle der Augenkrankheit Trachom – die auch Paul Pavišić von der Ausreise nach New York abhielt –, war die sogenannte Klasse der »neuen Immigranten« ab der Jahrhundertwende zunehmend stärkeren Restriktionen ausgesetzt. Verschiedene Arbeiten machen so den Körper oder die migrantischen Erfahrungen an der Grenze zum Thema.[12] Auch wenn die europäische Migration über den Atlantik zu den besterforschten Gebieten der Migrationsforschung gehört und die Geschichte der Remigration in ihren verschiedenen Facetten zunehmend in die von Emigration geprägten Narrative integriert wird, wissen wir nur wenig über die zeitgenössische Wahrnehmung um die Jahrhundertwende. Diese lässt jedoch die Neuartigkeit, das Ausmaß und die Bedeutung der wiederholten transatlantischen Wanderungsbewegung heraustreten.

Zeitgenossen um 1900 beschrieben und erfassten die »Massenrückwanderung« aus Nord- und Südamerika nach Europa als ein quantitativ bedeutsames Migrationsphänomen. Dieser Aufsatz analysiert ausgehend von den zwei großen amerikanischen Hafenstädten Buenos Aires und New York die Wahrnehmung der transatlantischen Rückwanderung in zeitgenössischen Beschreibungskategorien anhand der neuen statistischen Erfassung von Ein- und Auswanderern (I.) sowie der medialen Berichterstattung (II.). Wie wurden zurückkehrende Migranten um 1900 benannt? Ab wann existierte eine statistische Kategorie »Rückwanderer«? Wie und in welchen Momenten wurde über das Phänomen der Remigration berichtetet? Im ersten Teil des Aufsatzes steht die Formierung der Statistik mit ihrem Vokabular zur Benennung und Quantifizierung der Migrationsbewegung im Vordergrund. Der Aufsatz zeichnet dazu die Begriffskonjunktur in statistischen Quellen aus Nord- und Südamerika nach. Solch ein kulturgeschichtlicher Fokus auf die frühe Migrationszählung stellt heraus, wie die Statistik als Kommunikationsstrategie und

11 Vgl. beispielsweise *Jonathan D. Sarna*, The Myth of No Return: The History of Jewish Return Migration to Eastern Europe 1881–1914, in: American Jewish History 71, 1981, S. 256–268; *Adam Walaszek*, »How Could it All Appear so Rosy?« Re-emigrants from the Unites States in Poland, 1919–1924, in: Polish American Studies 49, 1992, H. 2, S. 43–60; *Francisco Erice Sebares*, Retorno e retornados da emigración asturiana a América: mitos, estereotipos e realidades, in: Estudios migratorios 11–12, 2001, S. 95–121; *Lorella Viola*, Narratives of Italian Transatlantic (Re)migration, 1897–1936, in: Frontiers in Sociology 8, 2023, DOI: <https://doi.org/10.3389/fsoc.2023.1239585> [15.5.2024].

12 Zum Kontext und Auswirkung der restriktiven Migrationspolitik der Zwischenkriegszeit mit Fokus auf Osteuropa vgl. *Tara Zahra*, Happy and Unhappy Returns, in: *dies.*, The Great Departure: Mass Migration from Eastern Europe and the Making of the Free World, New York/London 2016, S. 105–142. Zu medizinhistorischen Arbeiten der Remigration vgl. *María Silvia Di Liscia/Melisa Fernández Marrón*, Sin puerto para el sueño americano: políticas de exclusión, inmigración y tracoma en Argentina (1908–1930), in: Nuevo Mundo, Mundos Nuevos, 2009, DOI: <https://doi.org/10.4000/nuevomundo.57786> [15.4.2024]; *Gemma Blok*, ›Insane Emigrants‹ in Transit: Psychiatric Patients' Files as a Source for the History of Return Migration, c. 1910, in: Social History of Medicine 28, 2015, S. 889–901; *Stefan Wulf/Heinz-Peter Schmiedebach*, »Die sprachliche Verständigung ist selbstverständlich recht schwierig.« Die »geisteskranken Rückwanderer« aus Amerika in der Hamburger Irrenanstalt Friedrichsberg 1909, in: Medizinhistorisches Journal 43, 2008, S. 231–263. Zu den Erfahrungen an der Grenze vgl. *Tobias Brinkmann*, Borderline Experiences: Russian Return Migrants and Privatized Border Controls in Central Europe, 1880–1914, in: *Jovan Pešalj/Annemarie Steidl/Leo Lucassen* u. a. (Hrsg.), Borders and Mobility Control in and between Empires and Nation-States, Leiden 2022, S. 243–266.

normierendes Werkzeug der staatlichen Verwaltung operierte.[13] Im zweiten Teil des Aufsatzes geht es um die mediale Berichterstattung, die sich an eine breite Öffentlichkeit richtete. Am Beispiel von Zeitungsartikeln, Fotografien und zwei bebilderten Reportagen über die transatlantischen Rückwanderer werden wiederkehrende Themen und Darstellungsmodi des Migrationsdiskurses analysiert.[14] Wenn auch medial nicht gleichermaßen präsent wie die europäischen Auswanderer (beziehungsweise Einwanderer in den amerikanischen Häfen), so war das quantitativ neuartige Phänomen der transatlantischen Migration doch Gegenstand von sozialdokumentarischen Reportagen. Darüber hinaus prägten sprachliche Topoi und das neue Medium Fotografie um 1900 das öffentliche Bild der Tausenden von Rückwanderern nach Europa.

I. Migrationsstatistik, Begriffskonjunktur und die Zahl der Rückwanderer

In der historischen Erforschung der Remigration wird immer wieder die Unzulänglichkeit der zeitgenössischen Statistik angeprangert. Die oftmals lamentierende Bemerkung ist beinahe allen Forschungsarbeiten zur Rückwanderung vorangestellt.[15] Doch die Genese und die Ungenauigkeit der Erhebung, die – wenn auch spät – formierend auf die Migrationspolitik wirkte, bieten just einen Ansatzpunkt zur Analyse der Rückwanderungen.

Die Statistik als Lehre der Daten über den Staat formierte sich im 19. Jahrhundert als eigene Disziplin in Europa, worauf in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Institutionalisierung des Faches in Nord- und Südamerika folgte.[16] Zur Konso-

13 Solch einen Fokus auf die Statistik verfolgte bereits Adam Tooze in seiner Arbeit über die »metaphorische Konstituierung des Begriffs der Volkswirtschaft«. Zur empirischen Beschreibung der Zahlen als wichtigstem Argument und der epistemologischen Geschichte der Statistik vgl. *J. Adam Tooze*, Die Vermessung der Welt. Ansätze zu einer Kulturgeschichte der Wirtschaftsstatistik, in: *Hartmut Berghoff/Jakob Vogel* (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels, Frankfurt am Main 2004, S. 325–352. Neuere wissenschaftssoziologisch inspirierte Forschungen betonen, dass Statistik nicht zur Abbildung von Wirklichkeit sei, sondern vielmehr durch eigene Praktiken des Kategorisierens neues Wissen generiere und dadurch selbst zu einer spezifischen Realitätskonstruktion beitrage. Vgl. *Nicolas Bilo/Stefan Haas/Michael C. Schneider*, Grundbegriffe und Konturen einer Kulturgeschichte der Statistik. Einleitung, in: *dies*. (Hrsg.), Zählung der Welt. Kulturgeschichte der Statistik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Stuttgart 2019, S. 9–22.

14 Zur Geschichte der Fotografie und den Fallstricken einer fotografischen Interpretation als Dokumentarzeugnis vgl. *Derek Sayer*, The Photograph: The Still Image, in: *Sarah Barber/Corinna Peniston-Bird* (Hrsg.), History beyond the Text. A Student's Guide to Approaching Alternative Sources, New York/Abingdon 2009, S. 49–71. Zur Fotografie-Kritik und dem Gebrauch von Fotografien im medialen Diskurs mit Fokus auf die Einwanderung in die Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. *Anthony J. Cepak*, Nativism, Nostalgia, and Photography: The Legacy of Augustus F. Sherman's Ellis Island Photographs in the US Press, in: Journalism History 50, 2024, S. 60–80.

15 Vgl. stellvertretend *Gould*, The Road Home; *Wyman*, Round-Trip to America, S. 7–9.

16 Zur Geschichte der Statistik seit ihren Anfängen im 17. Jahrhundert und einzelnen europäischen Staaten vgl. *Alain Desrosières*, Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise, Berlin/Heidelberg etc. 2005. Zum Beitrag der Sozialwissenschaftler in der historischen Entwicklung des Fachs im 19. Jahrhundert vgl. *Theodore M. Porter*, The Rise of Statistical

lidierung der Nationalstaaten und Modernisierung der Wirtschaft wurden statistische Behörden geschaffen, die Daten zu verschiedenen sozialen Phänomenen sammeln und auswerten sollten. Bereiche wie Demografie, Urbanisierung, Arbeitslosigkeit und auch Wanderungsbewegungen galt es fortan quantitativ zu erfassen. Die Erstellung der Statistiken verfolgte zwei Ziele: eine Methode der Zählung zu entwickeln, die die Besonderheiten beispielsweise der Migration abbildete, und offizielle Zahlen zu erheben, um von Staatsseite auf sozioökonomische Fragen und Kritik zu antworten. Bereits auf dem ersten Internationalen Statistischen Kongress 1853 in Brüssel wurden Standards zur Zählung der Auswanderung formuliert. Angaben zu Namen, Geburtsort, Geschlecht, Alter, Zivilstand und Beruf sollten aufgezeichnet sowie Details der Wanderungsroute erfragt werden, wozu der Einschiffungs- und der Zielhafen zählten.[17]

Die Statistik trug nicht nur zur Quantifizierung der Wanderungsbewegungen und Information für die zeitgenössische – nationale – Migrationspolitik bei, sondern war zugleich eine sozialwissenschaftlich und politisch motivierte neue Form der Wissensproduktion. Sie operierte dabei als »Stereotypisierungs- und Etikettierungsmaschine«.[18] Eine Kulturgeschichte der Migrationsstatistik, die nach Kategorisierungspraktiken fragt, bietet einen interdisziplinären Fokus zur Erforschung der Remigration. Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Rückwanderung in verschiedenen Disziplinen thematisiert. In seinen Wanderungsgesetzen von 1885 integrierte der Sozialgeograf Ernest G. Ravenstein als einer der ersten die Gegenbewegung der Migranten *(counter-current)* für England.[19] Jenseits des nationalen Kontexts wurde das Thema Rückwanderung gemeinsam mit dem Thema »Internationale Migration« auf dem nun regelmäßig tagenden Kongress des Internationalen Statistischen Instituts verhandelt, das wissenschaftliche Standards festzulegen versuchte, so beispielsweise 1891 in Wien zur Koordination der Daten oder 1901 in Budapest, als temporäre Migration als eigenständige Form der Wanderung von der permanenten Auswanderung unterschieden wurde. Da die frühen statistischen Wanderungstabellen weitestgehend vor dem Hintergrund nationaler Interessen mit dem Ziel der Verwaltung oder Grenzkontrolle verfasst wurden, blieb internationale Vergleichbarkeit noch hintangestellt.[20] Nach Diskussionen und ersten Anläufen des Internationalen Statistischen Instituts seit Ende des 19. Jahrhunderts sollte diese

Thinking, 1820–1900, Princeton 2021. Während die nordamerikanische Statistik mit der europäischen gemeinsam gedacht wurde, so gilt dies nicht für die Statistik in Lateinamerika. Vgl. *Hernán Otero*, Socio-History of Statistics on Latin America: A Review, in: Histoire & Mesure 33, 2018, H. 2, S. 13–32.

17 Vgl. *Géraldine Rieucau*, Compter les émigrants au XIXe siècle: questions de méthode et de définition, in: Revue européenne des migrations internationales 15, 1999, S. 239–249.

18 *Jürgen Osterhammel*, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2010, S. 62.

19 *Ernest G. Ravenstein*, The Laws of Migration, in: Journal of the Statistical Society of London 48, 1885, S. 167–235, hier: S. 187f.

20 Vgl. *Ellen Percy Kraly/K. S. Gnanasekaran*, Efforts to Improve International Migration Statistics: A Historical Perspective, in: International Migration Review 21, 1987, S. 967–995, hier: S. 967–969.

Vergleichbarkeit mit der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1919 in den Vordergrund treten.[21]

Die USA, bereits auf dem ersten Kongress 1853 in Brüssel dabei, und Argentinien rezipierten jeweils die Resultate des Internationalen Statistischen Kongresses. Die großen Zahlen an Einwanderern wirkten in beiden amerikanischen Nationen formierend auf die Herausbildung einer nationalen Statistik. Es galt, die sich ständig ändernden Bevölkerungszahlen korrekt zu erfassen, doch gestaltete sich die Institutionalisierung der statistischen Erfassung verschieden. In Argentinien, das 1867 als erstes südamerikanisches Land einen Repräsentanten zum Internationalen Statistischen Kongress nach Florenz entsandte, hatte sich die Statistik wenige Jahre zuvor mit der Gründung eines Büros, der »Oficina Estadística Nacional« 1864 in Buenos Aires, formalisiert.[22] Diesem Büro oblag die Zählung der Einwanderer, die in den Jahrbüchern dann tabellarisch veröffentlicht wurde. Die Schiffskapitäne mussten dazu am Hafen in Buenos Aires Listen einreichen, die Informationen über Namen, Alter, Geschlecht, Nationalität, Beruf und Religion der Immigranten beinhalteten.[23] Wenn auch erst später institutionalisiert, so prägte die nordamerikanische Demografie die politischen Debatten über Statistik. Soziale Fragen wie die Integration der Einwanderer, die rasche Urbanisierung oder Fragen der Kriminalität traten dabei ins Zentrum der Politik. Jedoch waren in den USA im Gegensatz zu Argentinien verschiedene Institutionen für die statistische Aufzeichnung verantwortlich, bis schließlich 1902 das »Census Bureau« zu einer festen Einrichtung wurde. Mit dieser Institutionalisierung und der noch nicht abgeschlossenen Koordination der staatlichen Daten vollzog sich die Entwicklung dort vergleichsweise spät.[24]

Wie aber wurde in der statistischen Erfassung aus einem Passagier ein Migrant? Lange Zeit war die Nomenklatur nicht festgeschrieben und unklar, wer alles zur Kategorie »Rückwanderer« zählte. Bereits der Terminus »Einwanderer« galt als flüchtig, inkonsistent und wandelbar. Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählte in Amerika als Einwanderer, wer europäisch, bäuerlich, männlich, meist arm und oftmals auch Analphabet war. Das argentinische Einwanderungsgesetz von 1876 schloss dabei all jene ein, die zweiter oder dritter Klasse nach Argentinien reisten, während gemäß der US-amerikanischen Klausel von 1903 nur Reisende dritter Klasse – auch Zwischendeck genannt – als Einwanderer gezählt wurden. Dieser Definition folgten verschiedene europäische Staaten wie Italien 1901 oder Spanien 1907.[25] Das soziale Stereotyp, das »Immigrant« in den Amerikas mit »Europäer« und »Arbeiter« gleichsetzte, wurde gemeinsam mit der

21 Vgl. *Léa Renard/Yann Stricker*, A Gathering of ›Technical Theorists‹? Situating the ISI within the Field of International Statistics through the Prism of the Migration Debates (1887–1938), in: European Review of History: Revue européenne d'histoire 30, 2023, S. 53–72.

22 Vgl. *Raúl Pedro Mentz*, Sobre la historia de la estadística oficial argentina, in: Estadística española 128, 1991, S. 501–532, hier: S. 505f.; *Hernán Otero*, Estadística y Nación: una historia conceptual del pensamiento censal de la Argentina moderna 1869–1914, Buenos Aires 2006, S. 177–184.

23 Vgl. Informe de la Comisión Central de Inmigración 1869, Buenos Aires 1870, S. 5–9.

24 *Desrosières*, Die Politik der großen Zahlen, S. 168 und 218–222.

25 Vgl. *Fernando Devoto*, Historia de la inmigración en la Argentina, Buenos Aires 2003, S. 21–23. Zur Erfassung der Rückwanderer in Italien vgl. *Caroline Douki*, Compter les »retours« d'émigrants dans l'Italie du début du XXe siècle: conventions statistiques, libéralisme économique et politique publique, in: Revue Européenne des Migrations Internationales 29, 2013, H. 3, S. 11–32.

Anreise in der komfortlosen billigsten Schiffsklasse zu einer statistisch erfassbaren Kategorie geformt. Die gleiche Kategorisierung fand auch bei der Ausschiffung wieder Anwendung. Da die Remigration ein qualitativ neuartiges Phänomen darstellte, bedurfte es einer Wortneuschöpfung, die sich über die Jahre formierte.

In Argentinien wurde das Thema Rückwanderung im Jahrbuch von 1886 sprachlich reflektiert. Unter dem Titel »Reemigración« analysierte der Direktor des Zentralen Einwanderungsamtes Samuel Navarro nicht nur die hohe Quote der Rückwanderung in jenem Jahr, sondern thematisierte auch den Neologismus selbst:

> »Das Wort ›Reemigration‹ gibt es nicht im Diccionario de la Academia [dem offiziellen Wörterbuch des Spanischen]; es ist neu wie auch das Ereignis, das es hervorgerufen hat und das ich schildere, um die Bedeutung zu verstehen, die ihm in diesem Bericht zugeschrieben wird.«[26]

Während die argentinische Einwanderungsrate bis 1870 gestiegen war, so würden die Zahlen nach dem Bericht in den frühen 1880er-Jahren nicht nur eine Abnahme der Einwanderung beziffern, sondern auch ein Anwachsen der Auswanderung, ergo Rückwanderung nach Europa. Die Rechnungen basierten auf Personenzahlen in ein- und auslaufenden Schiffen *(entrada y salida)*, die im Haupthafen Buenos Aires als Messkategorie erhoben wurden. Da es sich bei dieser Migration exklusiv um Einwanderer handelte, die das Land wieder verlassen würden (und nicht um Argentinier), brauchte es einen neuen Terminus: *reemigración* beziehungsweise *reemigrante* für das Individuum. Laut Samuel Navarro, Direktor der staatlichen Immigrationsbehörde und Autor des Berichts, hatte weder das Einwanderungsgesetz bislang Bestimmungen dazu veröffentlicht noch gab es Anweisungen über statistische Ziele. Ermöglicht durch die vereinfachten Transportbedingungen würden viele aus Geschäfts- oder Familiengründen zurückfahren, so insbesondere die Italiener, und oftmals würde Hin- und Rückfahrt für die Reise nach Europa und zurück nach Argentinien gemeinsam gekauft. Dies habe eine Reorganisation der transatlantischen Schiffslinien ausgelöst. Neue Dampfschiffe, wie das der Gebrüder Lavarello, hätten sich vollkommen auf den Transport von Immigranten spezialisiert und würden darum keine Tickets mehr für eine separate erste oder zweite Klasse verkaufen, sondern alle Migranten – welche bislang billig im Zwischendeck reisten – sollten Luft, Licht und Raum genießen können. Das außergewöhnliche Phänomen der *reemigración* ließe sich nur schwer Außenstehenden erklären, so Navarro. Aus seiner Sicht waren die Rückwanderer ferner als der Einwanderung zuträglich zu bewerten, da sie in ihrem Heimatland Propaganda für die Auswanderung machten und in einigen Fällen mit Familienangehörigen und Bekannten nach Argentinien zurückkehren würden.[27] Die Beschreibung des Migrationsdirektors von 1886 erfasst eine wichtige Komponente der transnationalen Mobilität: Die Rückwanderung an

26 Im Original: »La palabra ›Reemigración‹ no se encuentra en el Diccionario de la Academia; es nueva como el hecho que le dió origen y que paso á relatar para intelijencia del significado que en esta Memoria se le atribuye.« Departamento General de Inmigración, Memoria correspondiente al sexenio presidencial del Teniente General D. Julio A. Roca, Buenos Aires 1886, S. 66.

27 Vgl. ebd., S. 67–70.

den Herkunftsort stellt nicht den Abschluss einer Migrationsbewegung dar, sondern bildet eine Etappe in einem zirkulären Migrationssystem.[28]

»Es gibt keine Einwanderung ohne Auswanderung.«[29] Diesem Schlüsselgedanken entsprechend verzeichneten die argentinischen Jahrbücher die ankommenden sowie abfahrenden Passagiere in Buenos Aires, die entweder direkt über den Atlantik migrierten *(ultramar)* oder über das benachbarte Montevideo reisten. Ab den 1870er-Jahren führten detaillierte Tabellen nicht nur die im nationalen Interesse stehenden Zahlen zur Immigration auf, sondern veröffentlichten auch jährlich die Daten zur Emigration, die größtenteils über Buenos Aires erfolgte. Dabei fluktuierte die Rückwanderungsquote in den einzelnen Jahren stark mit beispielsweise 51 % im Jahr 1871 und 24 % im Jahr 1873, als die Zahl der Einwanderer nach Argentinien innerhalb kurzer Zeit sprunghaft von 20.928 (1871) auf 76.332 (1873) angestiegen war, während die Zahl der Auswanderer, die Argentinien wieder verließen, sich nicht direkt proportional entwickelte. Für über die Hälfte dieser Remigranten bildeten Genua und Bordeaux die europäischen Zielhäfen.[30] Im Stile der frühen Soziografie wurden die jährlich publizierten Tabellen und Zahlen durch einen qualitativen Informationsteil erläutert. Die Rubrik Auswanderung überwog dabei gegenüber dem Kapitel zur Einwanderung im Jahrbuch von 1873. Zwar würden keine gut organisierten statistischen Institutionen in Argentinien existieren, doch belegten die Zahlen, dass ein Großteil der Immigranten ihren Geschäftsabsichten folgend komme und gehe. Mit Rekurs auf die USA ließe sich feststellen, dass die Rückwanderung durch die Möglichkeiten und geringen Preise der Überfahrt zu einem transatlantischen Phänomen geworden sei.[31] Im großen Überblick von der frühesten Aufzeichnung der Migrationsbewegung von 1857 bis 1924 wurden die argentinische Immigration (5.481.276) und Emigration (2.562.790) nach Nationen aufgeschlüsselt, mit einer einfachen Rückwanderungsquote von beinahe 47 % über den gesamten Zeitraum.[32]

In Argentinien wie in den Vereinigten Staaten bildeten solche Zahlenreihen und Tabellen die Schiffsreisenden ab. Da die Tabellen neben den Rückwanderern in den meisten Fällen auch andere, nicht emigrierende Passagiere nach Europa sowie wiederholt Migrierende (sogenannte *golondrinas*) einschlossen, erlaubten sie keine Auskunft über individuelle Wanderungsmuster – eine häufige Missinterpretation der Migrationsstatistiken.[33] Hinweise auf derartige statistische Defizite fanden sich bereits in der Kritik von Zeitgenossen. Im Falle der transatlantischen Wanderungen in die Vereinigten Staaten machte der Nationalökonom und Sozialwissenschaftler Richmond Mayo-Smith 1895 auf die pauschale Erfassung der Auswanderer aus den Vereinigten Staaten aufmerksam, die im Gegensatz zu der feingliedrigen Aufschlüs-

28 Vgl. *Cassarino*, Theorising Return Migration, S. 262.

29 Im Original: »No hay inmigración sin emigración.« Memoria del Encargado de la Repartición de Inmigración 1873, Buenos Aires 1874, S. 30.

30 Vgl. Comisario General de Inmigración, Informe Anual de Inmigración de la República Argentina Año 1876, Buenos Aires 1877, S. I und X–XI.

31 Vgl. ebd., S. 29–33.

32 Dirección General de Inmigración, Resumen estadístico del movimiento migratorio en la República Argentina Años 1857–1924, Buenos Aires 1925, S. 4–5.

33 Vgl. *Dudley Baines*, European Emigration, 1815–1930: Looking at the Emigration Decision Again, in: Economic History Review 47, 1994, S. 525–544, hier: S. 536.

selung der Einwanderer stünde.[34] Ein Jahrzehnt später schrieb Robert Franz Foerster, der zu diesem Zeitpunkt in Wirtschaftswissenschaften in Harvard promovierte, in einem Zeitschriftenaufsatz über den Zweidrittel-Anteil der temporären Migranten im Falle der italienischen Auswanderung. Dabei verwendete er ein Vokabular, das das Phänomen der wiederholten Wanderungsbewegung sprachlich fasste: »reflux movement […] return emigrants […] repeat emigration […] who had returned from the United States re-emigrated«.[35]

Der sozialwissenschaftlichen Kritik und dem statistischen Defizit der Rückwanderungszahlen Rechnung tragend, wurde in den Vereinigten Staaten 1907 eine eigene Kommission zur Untersuchung der Gründe und Folgen der Einwanderung gebildet – benannt nach dem vorsitzenden Senator William P. Dillingham – sowie ein neues Einwanderungsgesetz erlassen. Dieses verordnete in den statistischen Regularien eine Klassifikation der Emigranten in emigrierende Ausländer *(emigrant aliens)* und ausreisende Ausländer *(nonemigrant aliens)*. Durch solch eine spezifischere Erfassung, die die nicht eingebürgerten, sondern nur temporär immigrierten Arbeiter verzeichnete, sollten die Emigrationszahlen genauer analysiert werden.[36] Die Erfassung der Rückwanderung war zu staatlichem Interesse geworden, denn das Einwanderungsbüro versuchte so, die Netto-Immigration zu kalkulieren.[37]

Der Bericht der »Dillingham Commission« veröffentlichte die Daten mit einem Hinweis, dass es bis 1907 keine offiziellen Aufzeichnungen über die Emigration aus den Vereinigten Staaten gegeben habe. Die Auswanderung von Ausländern *(outward movement, or emigration of aliens)* habe jedoch bereits in den vorausgegangenen Jahren stets ungefähr ein Drittel (37 %) betragen, wie aus den Zahlen der transatlantischen Passagiergesellschaft hervorging. In den ersten drei Jahren der Erhebung von 1908 bis 1910 immigrierten insgesamt 2.576.226 Menschen in die Staaten, von denen fast ein Drittel (823.311) wieder emigrierte. Diese Quote unterschied sich je nach Nation: So wanderten beispielsweise über die Hälfte der Norditaliener (62 %) oder der Kroaten und Slowenen (56 %) wieder aus, während die Zahlen anderer Nationalitäten niedriger waren, wie die der Deutschen (20 %) oder die der Portugiesen (14 %). Die neue Art und Weise der statistischen Aufzeichnung ab 1908 erlaubte auch eine Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter, Aufenthaltsdauer in den USA und Beruf der auswandernden Fremden. Unter denen, die wieder nach Europa auswanderten, war ein Großteil männlich (82,1 %) und zwischen 14 und 44 Jahre alt (85,6 %). Zur Rückwanderung brachen vor allem jene auf, die erst seit Kurzem in den Vereinigten Staaten waren: Weniger als fünf Jahre bemaß dem-

34 Vgl. *Richmond Mayo-Smith*, Statistics and Sociology, New York/London 1895, S. 326.

35 *Robert F. Foerster*, A Statistical Suvery of Italian Emigration, in: The Quarterly Journal of Economics 23, 1908, S. 66–103, hier: S. 99–101.

36 Vgl. Bureau of Immigration and Naturalization, Department of Commerce and Labor, Immigration Laws and Regulations of July 1, 1907, Washington 1908, S. 66–67.

37 Vgl. *Bernard Axelrod*, Historical Studies of Emigration from the United States, in: International Migration Review 6, 1972, S. 32–49; *Drew Keeling*, The Business of Transatlantic Migration between Europe and the United States, 1900–1914, Zürich 2012, S. 166. Für das simultane europäische Interesse an der statistischen Erfassung der Rückwanderer vgl. beispielhaft die Studie zu Italien von *Caroline Douki*, The »Return Politics« of a Sending Country: The Italian Case, 1880s–1914, in: *Nancy L. Green/Roger Waldinger* (Hrsg.), A Century of Transnationalism: Immigrants and Their Homeland Connections, Urbana 2016, S. 35–55.

nach die Aufenthaltsdauer von 81 % der Rückwanderer, die dazu befragt worden waren.[38]

Sowohl im Falle der US-amerikanischen Veröffentlichungen als auch in den zuvor zitierten statistischen Jahrbüchern in Argentinien trat nicht der Chefstatistiker, sondern der Staat als Autor der Publikationen hervor.[39] Der Moment jedoch, als nicht nur die Einwanderung, sondern auch die Auswanderung zum staatlichen Interesse in den Amerikas avancierte, unterschied sich deutlich je nach Nation. Dies lässt sich bei der Entstehung der Kategorie »Rückwanderer« verfolgen, die als Gruppe auswandernder Einwanderer in den amerikanischen Migrationsstatistiken zu verschiedenen Zeitpunkten erstmals erfasst wurde. Während sich die Vereinigten Staaten lange als Einwanderernation verstanden und die statistische Erfassung der Auswanderer (ergo Rückwanderer) über Ellis Island erst 1908 einsetzte, war Argentinien mit dem 1864 institutionalisierten Einwanderungsbüro und seiner Statistik der über Buenos Aires emigrierenden Personen viel früher dran, mit ersten seriell publizierten Wanderungstabellen ab den 1870er-Jahren, wobei die Zahlen bis 1857 zurückreichten. Natürlich existierte das Phänomen der transatlantischen Rückwanderung auf beiden amerikanischen Kontinenten bereits in früherer Zeit, doch der starke quantitative Anstieg an ein- und auswandernden Frauen und Männern in den Jahrzehnten um 1900 ließ die Zahlen in den staatlichen Fokus rücken. Erst durch die Kategorisierung und statistische Zählung wurden die Rückwanderer als solche konstruiert. Terminologisch wurde diese migrantische Gruppe meist durch ein Präfix der Rückbewegung in den verschiedenen Sprachen markiert. Während sich anfangs das Vokabular noch unterschied, so verdichtete es sich um die Jahrhundertwende auf Englisch zu *return emigrant* sowie Spanisch *remigrante*. Die Betrachtungs- und Beschreibungsweise aus der statistischen Erfassung fand sich zeitgleich auch im medialen Diskurs angewandt, wie im folgenden Unterkapitel analysiert.

II. Zeitungen, Fotografie und die Rückwanderung als mediales Ereignis

Die Einwanderung in Amerika bildete über Jahrzehnte ein prägendes Element, das sich prominent in der Zeitungslandschaft widerspiegelte. Während die Immigration als omnipräsentes Thema die öffentliche Debatte bestimmte, so fand auch die Rückwanderung ab den 1890er-Jahren Beachtung. Im medialen Diskurs nahm das Thema in Text und Bild zunehmend einen eigenen Platz ein. Die Zeitungsartikel beschrieben den Wandel an den Häfen und gaben zugleich eine Interpretation dieser neuen Wanderungsbewegung. Die Konjunktur der Berichterstattung war dabei klar an Momente massenhafter Rückwanderungen gekoppelt. In der Zwischenzeit gab es auch großformatige Reportagen, die das Phänomen in Argentinien und den Vereinigten Staaten für die Zeitungsleser darstellten. Diese Reportagen zeichneten sich durch ethnografische Beschreibungen der Migranten und Abbildungen aus,

38 Vgl. *William P. Dillingham*, Reports of the Immigration Commission: With Conclusions and Recommendations and Views of the Minority, Washington 1911, S. 112–118.

39 Vgl. zum Wandel der Autorschaft im 19. Jahrhundert *Tooze*, Die Vermessung der Welt, S. 329.

die im Stil der neuen sozialen Dokumentarfotografie den Tausenden von Rückwanderern um 1900 ›ein Gesicht‹ gaben. Die beigefügten Fotografien bildeten die Rückwanderung in bestimmten Szenen ab und konstituierten sie dadurch gleichzeitig als neue Realität. Eine Analyse des Mediendiskurses und der visuellen Sprache der Fotografie verdeutlicht, wie an beiden Orten in Nord- und Südamerika parallel die Rückwanderungen über den Atlantik als quantitativ neuartige Migration wahrgenommen wurde.

In Buenos Aires berichteten die Medien zwar häufig über die große Zahl an Einwanderern und deren Notwendigkeit für die argentinische Wirtschaft, nur selten hingegen wurden die Rückwanderer eingehend thematisiert. Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war jedoch durch eine besonders hohe Rückwanderungsquote von 51 % gekennzeichnet.[40] Dies wurde als eine Reaktion auf die Arbeitslosigkeit nach der Baring-Krise gewertet. Nachdem argentinische Staatsanleihen massiv an Wert verloren hatten, waren die britische Baring Bank und dann die gesamte Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten. Auch in den ersten drei Jahren des neuen Jahrhunderts blieb die Quote der transatlantischen Remigration mit 54 % im Jahr 1901, 77 % im Jahr 1902 und 54 % im Jahr 1903 hoch.[41] Vor diesem Hintergrund, und noch bevor die Zahlen von 1903 veröffentlicht wurden, machte die politische Zeitschrift »Caras y Caretas« die Rückwanderer in einer doppelseitigen Reportage zum Thema.[42]

Von einer konkreten Hafenszene ausgehend, gibt der Artikel »Los que emigran« (Die, die auswandern) einen detailreichen Einblick in die Verhältnisse der Rückwanderung in Buenos Aires. In teilnehmender Beobachtung wird berichtet, wie sich 600 Auswanderer am Dock versammelten, überwiegend Italiener, Spanier sowie in geringerer Zahl Franzosen, Engländer und auch »Türken« – was als Sammelbeschreibung für sämtliche Einwanderer aus dem Osmanischen Reich diente. Der Bericht vom 5. September 1903 schildert das Einschiffen für die Rückfahrt auf dem

40 Vgl. Dirección General de Inmigración, Resumen estadístico del movimiento migratorio en la República Argentina. Años 1857–1924, Buenos Aires 1925, S. 4–5. Einwanderung zwischen 1890 und 1900: 648.326; Auswanderung zwischen 1890 und 1900: 328.444.

41 Vgl. Dirección General de Migraciones, Memoria de la División de Inmigración Año 1904, Buenos Aires 1905, S. 11.

42 *Molécula*, Los que emigran, in: Caras y Caretas. Semanario festivo, literario, artístico y de actualidades, 5.9.1903. Der Text ist von einem gewissen Molécula unterzeichnet. Ich danke Alicia Bernasconi, die mich ursprünglich auf diesen Artikel gebracht hat, sowie Ruy Farías für weitere Informationen darüber. In der ersten illustrierten argentinischen Wochenzeitschrift schrieben Autoren unter Pseudonym kritische und bisweilen satirische Analysen zur Tagespolitik. Die argentinische Zeitschrift bot dabei ein vielseitiges Bild der eingewanderten Frauen und Männer, beispielsweise der Immigranten aus Galizien, vgl. *Ruy Farías*, Los gallegos en Caras y Caretas durante las primeras dos décadas del siglo XX, in: Gramma 31, 2020, H. 10, URL: <https://p3.usal.edu.ar/index.php/gramma/article/view/5517> [15.4.2024]. Zur medialen Berichterstattung in Spanien, die vorwiegend auf die Auswanderung fokussierte, vgl. *María José Fernández Vicente*, La construcción de una visión del retorno en la opinión pública española durante los años de la gran ola migratoria (1880–1930), in: Estudios de historia de España 24, 2022, S. 99–115.

Dampfer P. de Satrústegui, der für die »Compañía Trasatlántica Española« zwischen den spanischen Häfen Barcelona und Cádiz und Buenos Aires verkehrte.[43]

In ihrem Gewirr kurz vor der Abfahrt muss die in der Reportage beschriebene Hafenszene am Dock 4 in Buenos Aires typisch für derlei Situationen der Remigration gewesen sein. Der Reporter hielt sich selbst inmitten der verschiedenen Migrantengruppen auf und schilderte die Vorgänge und Geräusche aus unmittelbarer Anschauung. Wiederholt wird das viele Gepäck thematisiert: die mit Truhen, Bündeln und Kisten beladenen Karren und Handwagen, die mit Buchstaben des Herkunftslands beschrifteten Koffer, die überall im Weg standen. Das große Aufgebot an Auswanderern gleiche einer »Pilgerkarawane«, die im Durcheinander auf dem Dock und sich in Kleidung, Hautfarbe und Gesichtszügen unterscheidend dem Reporter wie eine »enorme Menschenmenge« erschien. Die Vielfalt der Nationalitäten und das laute Stimmengewirr verwiesen auf die »bunte Zusammensetzung« der Auswanderer, die sich zurück nach ihrer Heimat sehnen würden.[44] In vielen Details geschildert und mit Sinneseindrücken ausgeschmückt, erfahren die Zeitungsleser, wie geschäftig es auf dem Dock kurz vor der Abreise der Migranten zugegangen sein muss. Die Unübersichtlichkeit und Vielsprachigkeit verweisen auf die große Zahl an Rückwanderern verschiedener Nationalitäten, die alle auf ihre Rückreise von Argentinien nach Europa warteten.

Zusätzlich zu den Impressionen vom Dock gibt der Reporter bruchstückhaft Gesprächsschnipsel von Lebensgeschichten wieder. So auch folgende Biografie: »Ich kam vor 14 Jahren nach Buenos Aires und nun bin ich 30 Jahre alt. Am Anfang erging es mir nicht schlecht. Ich heiratete und habe nun vier Kinder. Seit einem Jahr aber traut mir der Nahrungsverkäufer nicht mehr und der Vermieter lässt mich aus Mitleid wohnen.«[45] Überall auf dem Dock seien derlei Klagen zu vernehmen, so der Autor. Der Bericht schließt mit einem Fazit über die Lage der argentinischen Nation und dem Phänomen der Rückwanderung, das zwar allgemein bekannt sei, jedoch in seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung nicht gebührend adressiert werde. Dem politischen Diskurs folgend, brauche die Republik Argentinien Arbeitskräfte, doch:

> »Tausende von Männern und ganze Familien verlassen ihrerseits das Land, da das Leben dort zu einem Problem geworden ist, weil sie keine ausreichende Beschäftigung oder finanzielle Entschädigung für ihre Anstellung gefunden haben. Jeder kennt den Ernst der

43 In einer Zeitungsmeldung in Palma de Mallorca findet sich eine kurze Notiz über die Ankunft des Dampfers P. de Satrústegui in Barcelona, der mit Rückkehrern an Bord aus Havanna gekommen sei. Vgl. La Almudaina. Diario de la mañana – avisos y noticias, 2.12.1898, S. 2. Die Rückwanderer werden in der Notiz als *repatriados* bezeichnet, welche durch finanzielle Unterstützung des spanischen Staates subventioniert zurückreisten. Zum Kontext solcher Repatriierungen nach Spanien vgl. *Alicia Gil Lázaro*, Financiación y gestión de la repatriación de inmigrantes españoles entre 1907 y 1936, in: Hispania: Revista española de historia 74, 2014, S. 465–494.

44 Im Original: »caravana de peregrinos. […] la aglomeración era enorme, y notable el abigarramiento«. *Molécula*, Los que emigran.

45 Im Original: »Yo vine a Buenos Aires hace de esto catorce años y ahora tengo treinta de edad. Al principio no me fue mal. Me casé y tengo cuatro hijos. Hace un año que el almacenero no me fía y el patrón de la casa me tuvo por lástima.« Ebd.

Lage, vor allem wenn man bedenkt, dass sich die Auswanderung gerade vor der Erntezeit verstärkt.«[46]

LOS EMIGRANTES ESPERANDO EL EMBARQUE

Abbildung 1: Die Auswanderer warten darauf, an Bord zu gehen (Los emigrantes esperando el embarque). Fotografie der Rückwanderer am Dock 4 in Buenos Aires, abgedr. in *Molécula*, Los que emigran, in: Caras y Caretas. Semanario festivo, literario, artístico y de actualidades, 5.9.1903. Bildquelle: Spanische Nationalbibliothek.

Der Text der Reportage wird durch fünf Fotografien ergänzt, die verschiedene Schlüsselmomente vor der Abfahrt des Dampfers abbilden: eine auswandernde Familie, mit den kleinen Kindern an der Hand der Mutter; die Ankunft der Emigranten am Hafen, wobei vor allem viele Hutträger – und damit männliche Auswanderer – abgebildet sind; das Abladen des Gepäcks mit sich stapelnden Kisten und Koffern; die auf die Abfahrt wartenden Emigranten, die um die Gepäckstücke dicht aneinander stehen (Abbildung 1); schließlich das Einladen der großen Pakete und Gepäckstücke auf das Schiff über eine Rampe. Die fünf Fotografien zeigen die große Zahl an Migranten, die als anonyme Masse erscheint. Durch ihre Rück- oder Seitposition zum Fotografen und durch die Hüte sind die meisten Gesichter

46 Im Original: »Esta tierra que reclama brazos para que se la cultive, […] millares de hombres, familias enteras, que la abandonan por su parte, porque en ella la vida es un problema, porque no han encontrado aplicación ni compensación suficiente sus aptitudes. La gravedad del asunto nadie la desconoce, y mucho más recordando que la emigración recrudece en vísperas de la época de las cosechas.« Ebd.

der Migranten verdeckt.[47] Diese Fotografien können als typische Darstellungen der Migranten eingeordnet werden, dem visuellen Diskurs der Auswanderung der Zeit folgend. Sie reproduzierten das Stereotyp über die Masse an Auswanderern, das auch bei der Berichterstattung über die Rückwanderer durch Gruppenbilder übernommen wurde. Die Fotografien zeigen viele Personen – bis zu 100 Migranten dicht auf engem Raum – von einem erhöhten Standpunkt aufgenommen.

Dieses fotografische ›Herunterschauen‹ auf eine Masse von Migranten wurde bald zu einem visuellen Topos, spätestens mit der wohl bekanntesten modernistischen Fotografie der Migranten: »The Steerage« von Alfred Stieglitz aus dem Jahr 1907 (Abbildung 2). Auch bei diesem Bild, das sich durch seine geometrische Komposition auszeichnet, blickt der Betrachter gemeinsam mit dem Fotografen aus der ersten Klasse auf die Zwischendeckspassagiere auf einem Schiff herunter. Das Bild wurde als Dokumentarzeugnis und Kunstwerk gefeiert und Stieglitz bezeichnete es später als sein Meisterstück.[48] Ein klar hierarchisches Gefälle strukturiert den Blick, gespiegelt durch einen Mann mit rundem Strohhut auf der gegenüberliegenden Seite des Fotografen. Auch wenn die Einzelpersonen individuell gut abgelichtet sind, wie die über die Reling gelehnten Männer oder ein Mädchen auf der Treppe im unteren Abteil, ist es die Gruppe an Migranten, die thematisiert wird, wie sie die Schiffspassage wartend verbringt und zwischendurch an Deck kommen kann.

Während solches Bildmaterial für die europäische Auswanderung um 1900 wohlbekannt ist, so gestaltete sich die Berichterstattung über die zeitgleiche Rückwanderung in ganz ähnlichen Modi. Auch »The Steerage« dokumentierte die Remigranten – und nicht die Immigranten in die Vereinigten Staaten, wie lange Zeit fälschlicherweise attribuiert –, denn Stieglitz nahm die Fotografie auf seiner Reise mit dem Passagierdampfer Kaiser Wilhelm II. von New York auf der Rückreise nach Frankreich auf. Zwar entwickelte er das Bild noch in Paris, doch wurde es erst vier Jahre später veröffentlicht und die Kontextualisierung durch den Fotografen (»How The Steerage happened«) erfolgte Jahrzehnte später im Jahr 1942.[49] Eine Zeit lang also wurde die Fotografie als charakteristisches Zeitdokument der Immigranten in die USA interpretiert, hatte sich auf deren Rückfahrt für den externen Betrachter doch kaum etwas verändert, denn wieder fanden sich viele, die zusammen auf engem Raum warteten, ob am Dock oder auf dem Zwischendeck wie auf dem Dampfer aus New York.

47 Allein die Fotografie einer Familie mit kleinen Kindern stellt ein Porträt einer Rückwandererfamilie dar, wobei auch auf dieser Abbildung weitere Personen daneben sowie im Hintergrund zu erkennen sind.

48 Vgl. *Beaumont Newhall*, The History of Photography from 1839 to the Present Day, New York 1964, S. 111–112.

49 Vgl. *David Bate*, The Figure of Migration, in: *Justin Carville/Sigrid Lien* (Hrsg.), Contact Zones. Photography, Migration, and Cultural Encounters in the United States, Leuven 2021, S. 29–53.

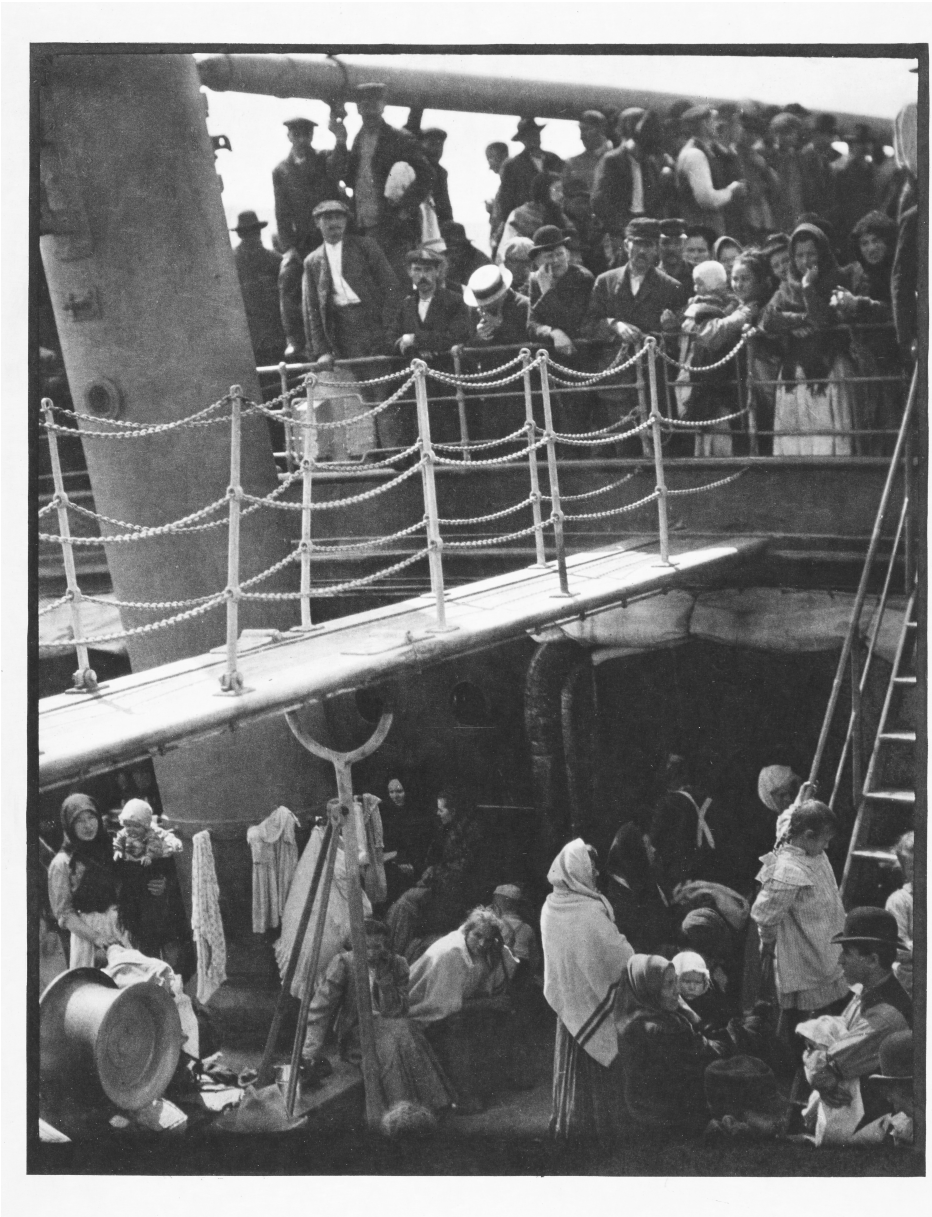

Abbildung 2: *Alfred Stieglitz*, The Steerage (1907). Heliogravüre der Rückwanderer auf dem Zwischendeck auf der Überfahrt von New York nach Europa. Bildquelle: Getty Museum, Open Content Program.

Nur vier Monate nach dieser Aufnahme der Rückwanderer stieg die Zahl der auswandernden Emigranten von New York drastisch an. Die Bankers' Panic am Börsen- und Bankenplatz New York führte im Oktober 1907 in den Vereinigten

Staaten zu einer landesweiten instabilen Finanzszene, bei der viele klein- und mittelständische Unternehmen bankrottgingen und vor allem die Arbeitslosigkeit stark zunahm.[50] Dies traf auch viele Einwanderer, die meist prekär im Industrie- und Dienstleistungssektor für schnellen Gelderwerb angestellt waren, wo sie aber gerade in schwierigen wirtschaftlichen Situationen auch spontan entlassen werden konnten. Dass der Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle für die Rückwanderung spielte, belegt die hohe Quote von arbeitslosen Immigranten, von denen circa ein Viertel zwischen 1907 und 1908 die Vereinigten Staaten wieder verließ.[51] Als Ort der Ein- und Auswanderung könne Ellis Island darum als Barometer für die nationale Wirtschaftsentwicklung gelten, wie in »The Fairmont West Virginian« zu lesen war. Dem Journalisten zufolge belegten die Statistiken der Schiffskompanien ein halbes Jahr nach der Bankenpanik, dass die Zahlen der Rückwanderer im Jahr 1907 weit über der normalen Rückwandererquote lagen.[52]

Die Zeitungen berichteten und kommentierten die drastischen ökonomischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und nährten somit auch die Erfahrung einer nationalen Krise. Die angestiegene Quote wurde dabei zum Politikum. Einer der ersten Artikel in der New York Times über das Rückwanderer-Phänomen im November 1907 betonte die hohe Nachfrage nach Tickets, die die Schifffahrtslinien nicht decken konnten. Als die HAPAG am vorherigen Tag mit 2.000 Passagieren nach Hamburg aufgebrochen war, seien am Dock »weitere 2.000 Möchtegern-Passagiere weinend zurückgelassen« worden. Ähnlich sei die Lage bei anderen überbuchten Linien, wie Fälle der »French Line« nach Le Havre oder der »White Star Line« nach Liverpool aus diesen Tagen belegen würden.[53] In den europäischen Ankunftshäfen war die Verkehrslage aufgrund der vielen Rückwanderer kritisch, wie ein Telegramm von New York über London nach Hamburg veranschaulicht, das in der Neuen Hamburger Zeitung abgedruckt wurde:

> »Aus New York wird gemeldet: Am Sonnabend allein sind 8 Auswandererdampfer mit insgesamt 12 000 nach Europa zurückkehrenden Zwischendeckern ausgegangen, so daß im Laufe der vorigen Woche nicht weniger als 17 000 Rückwanderer nach Europa abgereist sind. Fast alle haben Amerika aus Mangel an Arbeit und aus Furcht vor der Finanzkrise verlassen. Für die kommende Woche sind 21 Dampfer schon bis auf den letzten Platz mit Zwischendeckspassagieren besetzt.«[54]

Die Infrastruktur war ob des derartig plötzlichen Anstiegs an Passagieren überlastet. Nur wenige Tage nach dem Telegramm wurde über »Skandalszenen« am Oderberger Bahnhof (heute: Bohumín in Tschechien) berichtet. Dieser Bahnhof bildete einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt für alle transatlantischen Migranten zurück

50 Vgl. *Jerry W. Markham*, A Financial History of the United States, Armonk 2002, S. 29–34.

51 Vgl. *Keeling*, Return Migration from the United States.

52 Vgl. *o. A.*, Immigration and Emigration, in: The Fairmont West Virginian, 4.4.1908, S. 2. Vgl. zur Migrationsfluktuation als »verlässliches Barometer« der Wirtschaftsbedingungen auch: *o. A.*, Emigration and Immigration, in: Great Falls Daily Tribune, 19.4.1916, S. 6.

53 »[T]here was 2,000 more would-be passengers left crying behind«. *O. A.*, Rush of Laborers Back to Europe, in: New York Times, 15.11.1907, S. 6.

54 Neue Hamburger Zeitung, 3.12.1907, Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StAHH), 373-7 I_II B III 10 Akte der Polizeibehörde Abteilung IV über Rückwanderer (Zeitungsausschnitte), 1905–1911.

nach Österreich-Ungarn, die im Hamburger oder Bremer Hafen ankamen. Da die Räumlichkeiten für die Zahl an Rückwanderern zu klein waren, spielten sich »beispiellose Szenen« mit langen Wartezeiten und Ausschreitungen zwischen Migranten und Bahnpersonal ab.[55] Nach dem Bankencrash im November 1907 und der folgenden Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hielt diese hohe Auslastung der Rückwanderungsrouten einige weitere Monate an, worüber die Zeitungen kontinuierlich berichteten. Die schwierige verkehrstechnische Situation an europäischen Häfen und Bahnhöfen durch die »tausenden enttäuschten Möchtegern-Amerikaner, die auf jedem Dampfer zurückkamen« habe so auch zu weitreichenden logistischen Problemen sowie Verspätungen in der Auslieferung von Weihnachtsgeschenken geführt, wie Ende des Jahres 1907 in »The Age-Herald« in Alabama zu lesen war.[56]

Neben der logistischen Herausforderung des Transports wiederholten sich die Anklagen in den Zeitungsartikeln über Rimessen, Geldüberweisungen von Immigranten in die Heimat. Viele Einwanderer würden als Nutznießer der US-amerikanischen Wirtschaft das Land verlassen, sobald die Lage dort schwierig geworden war. Schlimmer noch, so der zunehmend nativistische Diskurs, die Einwanderer würden durch die hohen Geldsendungen in ihre Heimatländer und ihre Abwanderung die negative wirtschaftliche Lage weiter verschärfen. In den publizierten Artikeln beschrieben Journalisten, wie Einwanderer ihr verdientes Geld sparten und es an Heimatbanken übersendeten, um dann in einem Krisenmoment wie 1907, bedingt auch durch die Arbeitslosigkeit, zurückzufahren. Dort würden sie mit dem Ersparten mehr erreichen als in den finanziell gebeutelten Vereinigten Staaten.[57] Der Ton der Berichterstattung in der New York Times verschärfte sich, als immense Summen an Geldern beziffert wurden – etwas zwischen 18 Millionen und 30 Millionen Dollar –, die die Rückwanderer jährlich aus dem Land zurück in ihre Heimat als Geldsendungen transferieren würden. Die Vorwürfe gingen einher mit politischen Forderungen, der Kongress müsse etwas gegen die neuartige Rückwanderung unternehmen. Dies stellte allerdings nur ein kurzes mediales Moment dar, denn von Januar 1908 bis September 1915 wurde nicht mehr über die Rückwanderer in der New York Times berichtet, wie Neil Larry Schumsky in seiner Analyse der Debatten nachgezeichnet hat.[58] Die Rückwanderer wurden also insbesondere in Umbruchzeiten der Krise zum medialen Politikum.

Unter dem Stichwort »Exodus« als Trope der massenhaften Auswanderung findet sich das Phänomen in der medialen Berichterstattung. Über den Rückgang der Einwanderer und den Anstieg der Auswandererzahlen wurde in diesem Modus in einer kurzen Notiz in der New York Times sowie in New Jersey als Nachtrag zur

55 Hamburger Fremdenblatt, 6.12.1907, StAHH. 373-7 I_II B III 10 Akte der Polizeibehörde Abteilung IV über Rückwanderer (Zeitungsausschnitte), 1905–1911.

56 »[T]housands of would-be Americans who have come back on every steamer.« *Malcom Clarke*, Christmas Grifts Delayed for Days: Returning Immigrants Block Traffic in Europe, in: The Age-Herald, 29.12.1907, S. 24.

57 Vgl. *o. A.*, Rush of Laborers Back to Europe; *o. A.*, Carrying American Cash to Europe, in: The Princeton Union, 9.7.1908, S. 6.

58 Vgl. *Neil Larry Shumsky*, Let No Man Stop to Plunder! American Hostility to Return Migration, 1890–1924, in: Journal of American Ethnic History 11, 1992, H. 2, S. 56–75, hier: S. 61–67.

Bankenkrise informiert.[59] Auch zu anderen Zeitpunkten kehrte diese Trope in der US-amerikanischen Zeitungswelt wieder. Bereits 1893 betitelte ein Artikel »Einen Exodus nach Europa«. Als Berufsgruppen wurden italienische Gelegenheitsarbeiter sowie deutsche Musiker genannt, welche für drei Monate über New York in die Vereinigten Staaten kämen, um dann wieder mit ihren Ersparnissen zurückzukehren. Mit der Verschärfung des US-Einwanderungsgesetzes vom März 1893 hatte die Zahl der Immigranten abgenommen und erstmals überstiegen nun die Zahlen der Auswanderer die der Einwanderer.[60]

Zeitgenössische Analytiker betitelten diese äußerst mobilen transatlantischen Wanderarbeiter als »Zugvögel« – englisch: *birds of passage*, spanisch: *golondrinas*.[61] Viele der Immigranten blieben nur als temporäre Arbeitskräfte, was sowohl von Soziologen als auch von Journalisten erkannt wurde. Diese temporären Immigranten arbeiteten in den Erntezeiten im landwirtschaftlichen Sektor[62], an großen, zeitlich-terminierten Bauprojekten wie der Konstruktion der Eisenbahnlinien[63] oder auch im Kulturbetrieb, wie beispielsweise Opernsänger, die von London oder Paris nach Buenos Aires zogen, um die Wintermonate auf der anderen Halbkugel zu nutzen.[64] Mit dem Infrastrukturausbau der Dampfschifffahrt war der atlantische Raum Ende des 19. Jahrhunderts für europäische Arbeiter zu einem möglichen – temporären – Arbeitsort geworden. Wie frequent die Atlantik-Überfahrten in solchen Arbeitsbiografien aber tatsächlich waren, bleibt fraglich und ist Gegenstand von Forschung mittels großer Datenbankanalysen.[65]

Während des Weltkriegs zwischen 1914 und 1918 gingen die Auswanderungszahlen stark zurück. Nicht durch den Arbeitsmarkt gesteuert, sondern durch die Kriegssituation mobilisiert gab es neue Formen der Rückwanderungen nach Europa, insbesondere die staatlich gesteuerten Repatriierungen.[66] Von Georgia an der

59 Vgl. *o. A.*, Polanders Going Home, in: New York Times, 21.3.1908, S. 1; The Decline in Immigration, The Star and Newark Advertiser, 18.4.1908, S. 12.

60 Vgl. *o. A.*, An Exodus to Europe: Emigration Exceeding Immigration for the First Time in Years, in: Brookings Register, 22.9.1893, S. 2.

61 *W. B. Bailey*, The Bird of Passage, in: American Journal of Sociology 18, 1912, S. 391–397.

62 Für das Beispiel Argentinien vgl. *Jeremy Adelman*, The Harvest Hand: Wage-Labouring on the Pampas, 1880–1914, in: *ders.* (Hrsg.), Essays in Argentine Labour History, 1870–1930, London 1992, S. 91–111.

63 Zu irischen Immigranten beim Bau der Eisenbahnen in den USA vgl. *Diane Rose Dunnigan*, Irish Return Migration from America at the Turn of the Nineteenth Century, 1890–1920, Maynooth 2011, S. 69, 106 und 331f.

64 Vgl. *Walter Nugent*, Crossings: The Great Transatlantic Migrations, 1870–1914, Bloomington 1992, S. 120.

65 Vgl. *Zachary Ward*, Birds of Passage: Return Migration, Self-Selection and Immigration Quotas, in: Explorations in Economic History 64, 2017, S. 37–52; *Francesco Di Filippo/Sefano Gallo*, I migranti ›golondrinas‹ italiani tra fine Ottocento e inizio Novecento: una verifica empirica, in: *Luca Mocarelli/Giulio Ongaro* (Hrsg.), Condizioni di vita e disuguaglianze. Una prospettiva storico-demografica, Udine 2023, S. 373–385.

66 Vgl. *Walter F. Willcox*, Migration According to International Statistics. Intercontinental Movements, in: *ders.* (Hrsg.), International Migrations, Bd. 1: Statistics, New York 1929, S. 167–223, hier: S. 196–201. Zum Kontext in Deutschland und Großbritannien vgl. *Christiane Reinecke*, Grenzen der Freizügigkeit: Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, München 2010, S. 197. Zu den Versuchen, der transatlantischen Einziehung zum Militär zu entgehen, vgl. die Fallstudie zu Italienern von *Selena Daly*, Emigrant Draft Evasion in the First

Ostküste über Montana im Landesinneren bis nach Alaska im Norden thematisierten Zeitungsartikel die Rückwanderer im Jahr 1919, als nach Kriegsende vermehrt Auswanderer in die Vereinigten Staaten zurück in ihre Heimatländer nach Europa aufbrachen. Wieder finden sich die gleichen Stereotype in den Zeitungen wie vor dem Krieg: Die Rückwanderer würden zum Schaden der nationalen Wirtschaft große Summen an Erspartem mitnehmen (im Durchschnitt 3.000 $ pro Person), aus Europa gebe es verlockende Propaganda und falsche Versprechungen für die Rückkehrer, die Schifffahrtslinien würden ein großes Geschäft mit den Migranten machen, weshalb die Regierung dringend etwas gegen diese Abwanderung von ehemaligen Einwanderern unternehmen müsse.[67] Die Berichterstattung deckte sich mit der zunehmenden Xenophobie und einer allgemeinen Ablehnung gegenüber bestimmten Klassen an ›neuen‹ Immigranten aus Süd- und Osteuropa. Dass viele Einwanderer nicht in den Vereinigten Staaten bleiben wollten und, anstatt sich zu assimilieren, es bevorzugten, zurück in ihre Heimat zu gehen, fügte sich passgenau in den nativistischen Diskurs.[68]

Was eigentlich mit dem Einwanderer nach der Ankunft in New York geschehe, bildet die Ausgangsfrage für William Atherton Du Puy in einer großformatigen Reportage »What Becomes of the Immigrant?« im »Sunday Star« vom März 1912 (Abbildung 3). Dem Bericht war keine Krise vorausgegangen, es gab keine Änderungen im Einwanderungsgesetz und noch drohte kein Krieg. Die Zahlen der Rückwanderer nach Europa waren dennoch so hoch wie nie zuvor.[69] Bereits im ersten Absatz wird die konstante und im vergangenen Jahr exzeptionell hohe Rückwanderung thematisiert. Auch der Abfluss von Finanzen im Zuge der Rückwanderung (hier im Durchschnitt 600 $ pro Person) wird zum Gegenstand der Analyse: Meist würde das Ersparte für Landerwerb in der Heimat genutzt. Hier fehle es an Aufklärung unter den Einwanderern, denn viel besser und sogar billiger könne Land in den Vereinigten Staaten erworben werden. Durch ihre Beschäftigung in Bergwerken und Fabriken sei dies den Einwanderern aber nicht bekannt. Um der Auswanderung entgegenzuwirken, müsse darum die Regierung die Einwanderer auf solche Chancen in den USA aufmerksam machen. Als Grundlage werden Experten der Einwanderung zitiert sowie der Bericht der »Dillingham Commission«.[70]

World War: Decision-Making and Emotional Consequences in the Transatlantic Italian Family, in: European History Quarterly 51, 2021, S. 170–188.

67 *O. A.*, Georgia: 1,000,000 Aliens Plan to Leave; Taking $4,000,000,000 from U. S., in: The Dawson News, 15.7.1919, S. 1; *o. A.*, Montana: Steamship Agents Unscrupulous in Work among Aliens: Lending Their Assistance to Movement to Get Immigrants Back to Old Countries, in: Great Falls Daily Tribune, 29.6.1919, S. 17; *O. A.*, Alaska: Foreigners Save Money during War, in: The Alaska Daily Empire, 7.7.1919, S. 8.

68 Vgl. *Nugent*, Crossings, S. 160–161.

69 Vgl. die Statistik zur Einwanderung in europäischen Staaten in *Willcox*, International Migrations, S. 196 (Table 8).

70 Vgl. *W. A. Du Puy*, What Becomes of the Immigrant?, in: The Sunday Star, 3.3.1912, S. 3.

THE SUNDAY STAR, WASHINGTON, D. C., MARCH 3, 1912—PART 4.

What Becomes of the Immigrant?

Of the Hordes of Foreigners Who Annually Come to the United States It Is Interesting to Know What Will in the Future Be Their Condition—The Arrival of the Immigrant Has Been Much Exploited, But Little Effort Has Been Made to Trace Him Into That Future Which America Offers and See What Will Be His Ultimate Status—Uncle Sam Is Trying to Find Out, and Is Further Trying to Guide the Immigrant Into the Future of Greatest Opportunity.

TERRENCE V. FOUNDERIS, U.S. IMMIGRATION EXPERT.

WHAT COULD THIS IMMIGRANT FAMILY DO TO A FARM?

FOREIGN CHILDREN IN AN AMERICAN PLAYGROUND

HUNGARIAN WOMEN IN TEXAS

FUTURE MOTHERS OF AMERICANS

Abbildung 3: *W. A. Du Puy*, What Becomes of the Immigrant?, in: Sunday Star, 3.3.1912, S. 3. Bildquelle: Chronicling America: Historic American Newspapers. Library of Congress, Washington, DC.

Ähnlich der Reportage über die Rückwanderer aus Argentinien von 1893 war auch diese Reportage aus Washington mit fünf Fotografien illustriert sowie zusätzlichen kleinen Porträts im Holzschnitt. Im Gegensatz zu den ungestellten Aufnahmen am Dock in Buenos Aires handelte es sich hierbei um arrangierte Aufnahmen, welche die Immigranten in ihrer sozialen Gruppierung, teilweise in ihrer traditionellen Tracht darstellten. Die Fotografien stammen von Jacob August Riis und Augustus F. Sherman. Letzterer war als Beamter bei der Einwanderungsbehörde auf Ellis Island angestellt und fotografierte dort wartende Migranten zwischen 1905 und 1920. Sherman arbeitete mit Lewis W. Hine, dem berühmten Sozialreformer und Fotografen, zusammen.[71] Riis selbst war als Einwanderer nach New York gekommen, wo er drei Jahre verbrachte, bevor er als Journalist und Fotograf zu arbeiten anfing. Ihre neue sozialdokumentarische Fotografie um die Jahrhundertwende widmete sich der Erforschung der sozialen Welt im Wandel. Die Fotografen machten nichtprivilegierte Menschen in Situationen ihres Alltags und den oft inhumanen Bedingungen

71 Unter den Fotografien beispielsweise *Augustus F. Sherman*, A Family of Seven Sons and One Daughter, Ellis Island, New York, ca. 1905, [Jakob Mittelstadt and Family, Russian German, May 9, 1905, Ellis Island, New York]; *Jacob A. Riis*, Children's Playground on Ellis Island (roof garden), ca. 1900. Zur Einordnung in die US-amerikanische Fotografiegeschichte und Lewis W. Hines Aktivität auf Ellis Island vgl. *Newhall*, The History of Photography, S. 142. Zu Augustus F. Shermans Werk vor dem Hintergrund des ansteigenden Nativismus in den USA und seiner Typenbildung vgl. *Peter Mesenhöller*, Augustus F. Sherman: Ellis Island Portraits 1905–1920, S. 4–22.

ihres Lebens zum visuellen Subjekt eines neuen sozialen Realismus. Indem sie ›gute Menschen‹ in ›schlechter Umgebung‹ ablichteten, teilweise mit scharfem Blitzlicht ausgeleuchtet, verfolgte ihre Arbeit einen humanitären Anspruch.[72] In der Reportage veranschaulichten die Fotografien die beschriebenen Migrationskontexte und prägten den visuellen Diskurs.

Die Zeitungsberichte stilisierten die Rückwanderer zum medialen Ereignis und porträtierten sie vor allem in ihrer Gruppe und großen Anzahl. In den Reportagen in Buenos Aires 1893 und Washington 1912 wurden dazu Fotografien der Migranten in ihrem sozialen Umfeld abgebildet. Während das Bildmaterial in der argentinischen Reportage vor allem die Zahl der Migranten durch die ungestellten Massenbilder betonte, bediente sich der nordamerikanische Bericht existierender Einwandererporträts, auf denen die sozialdokumentarische Linse einzelne Familien im Sozialgefüge ablichtete. Gleichfalls stand in den Zeitungsausschnitten das Ausmaß der Remigration im Vordergrund, dies insbesondere in krisenhaften Momenten und der Umbruchssituation nach dem Ersten Weltkrieg.

III. Schluss: Die Ankunft der Rückwanderer in europäischen Häfen

Obwohl das Phänomen um 1900 wohlbekannt war, die Statistiken eine eigene Rückwanderer-Kategorie empirisch fassten, Zeitungen periodisch über die große Zahl der Rückwanderer berichteten und Fotografien die Szenen am Hafen und in den Einwanderungsstationen dokumentierten, reagierten politische Behörden erst vergleichsweise spät auf die vielen Remigranten. Dies brachte logistische Probleme mit sich, wie in Berichten über die prekäre Unterbringungssituation der Migrierenden deutlich wird. Bekannt aus den Bildern und Berichten über die Auswanderung in europäischen Häfen, gestaltete sich die Rückwanderung in den amerikanischen Häfen ebenfalls als eine logistische Herausforderung, wie die Reportage von 1903 am Dock 4 in Buenos Aires beschreibt. Auch wenn die Rückwanderung an der europäischen Küste auf der Infrastruktur der transatlantischen Emigration basierte, so entstanden beim Verkehr in entgegengesetzter Richtung über den Atlantik andere Herausforderungen. Die neu errichteten Kontroll- und Hygienestationen in europäischen Häfen waren als Einbahnschleusen für die vielen Auswanderer konzipiert und nicht auf die ebenfalls zahlreichen Rückwanderer ausgelegt.

Die zeitgenössische Wanderungsstatistik und die Berichterstattung in den amerikanischen Zeitungen belegen, wie die Rückwanderungen zum Thema der Migrationspolitik um 1900 wurden. Die Rückwanderer kamen gleichzeitig an und wollten meist schnell aus den europäischen Ankunftshäfen weiter Richtung Heimat reisen. Ähnliche Hafenszenen spielten sich in Hamburg, Genua und Piräus ab. Während lokale Gasthausbesitzer sich über die Transitmigranten als durchziehende Kundschaft freuten – die durchaus auch Geld mitbrachte –, so waren die nationale Polizei und die Eisenbahn in Zeiten massenhafter Rückwanderung mit der Kontrolle

72 Vgl. *Douglas Harper*, Visual Sociology, London/New York 2012, S. 19–26. Zum Werk von Jacob Riis und der Einordnung seines Standpunkts vgl. *Elizabeth Buettner*, Migration and European History's Global Turn, in: Annales. Histoire, Sciences Sociales 76, 2022, S. 729–750, hier: S. 734–740.

der Lage überfordert. Die Remigrationsrouten erforderten eine eigene Logistik. Aus Ungarn wurde in diesem Zusammenhang ein Schreiben an Reichskanzler Bernhard von Bülow in Berlin im Dezember 1907 gesandt, was auch für die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie von Bedeutung war:

> »[D]er Strom der Rückwanderer [ist] in den letzten Tagen immer stärker geworden. In Fiume sowohl wie in Oderberg ist es zu Stauungen gekommen und es hält schwer, der nach Tausenden zählenden Menge mit normalen Mitteln Arbeit und Unterkunft zu verschaffen. Die Regierung hat daher Verfügung getroffen, daß die Rückwanderer schon bei der Abreise in Amerika und dann später im Ausschiffungshafen entsprechend orientiert werden.«[73]

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nahmen die Staaten zunehmend Einfluss auf die Kontrolle und Lenkung der Wanderungen. 1918 wurde im Deutschen Reich beispielsweise eine eigene »Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung« eingerichtet. Dieses »Reichswanderungsamt« organisierte die Kontrolle und Lenkung von Migranten, ein Fokus lag dabei in den frühen Jahren klar auf den Rückwanderern, wie auch im Namen ersichtlich war.[74] Die deutsche Reichswanderungsstelle organisierte die Weiterbeförderung von Transitmigranten aus Amerika, die beispielsweise vom Hamburger Hafen über Eisenbahnverbindungen weiter nach Osten zurück in ihre Heimatregionen fuhren. Das Titelzitat fällt in diesem Zusammenhang in einem Senatsbericht über die »Schwierigkeiten der Weiterbeförderung« im Jahre 1920, wobei die Rückwanderer als willkommene Kundschaft beschrieben wurden:

> »[Es] sind bereits mehrere Schiffe auf indirektem Wege von New York mit grösseren Zahlen von Rück- und Durchwanderern hier in Hamburg eingetroffen. Sicherem Vernehmen nach wird dieser Verkehr sich in den kommenden Monaten sehr lebhaft gestalten, man spricht in Schiffahrtskreisen von *riesigen Personen Zahlen*, die nach Europa zurück zu kehren beabsichtigen und von denen ein erheblicher Teil seinen Weg über Deutschland nehmen wird. Diesen Verkehr wieder nach Hamburg zu leiten, hat die Behörde für das Auswandererwesen sich seit längerer Zeit mit Erfolg bemüht.«[75]

Entgegen dem dominanten Narrativ der großen Massenauswanderung in die Amerikas um 1900 war auch diese Migration keine unilineare. »Riesige Personenzahlen« kamen zurück nach Europa, darunter der eingangs erwähnte Paul Pavišić, dessen Schicksal sich auf der Rückwanderung von Buenos Aires zwischen Basel und Zagreb verliert. Ermöglicht durch neue Formen der Kommunikation und des Transports, führte die Auswanderung aus Europa in vielen Fällen nur zu einem temporären Aufenthalt auf dem amerikanischen Kontinent. Die Rückkehr konnte auf den gleichen Wegen und innerhalb desselben transatlantischen Migrationssystems stattfinden. Eine kritische Analyse der Wanderungsstatistik und des medialen Diskurses zeigt auf, wie die zeitgenössische Wahrnehmung diese neue Migrations-

---

73 Budapest, den 7. Dezember 1907. Abschrift. StAHH. 111-1_2636 Auswanderungswesen in Ungarn – Rückwanderung. 48) Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten.

74 Vgl. *Jochen Oltmer*, Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, S. 73–76.

75 Bericht Schwierigkeiten der Weiterbeförderung, 1920. StAHH. 373-7 I_II B I 1 Gesetze zur Rückwanderung; 1882–1926 [Hervorhebung A. G.].

bewegung auslotete und in ihrer Größendimension erfasste. Durch die Zählung der Rückwanderer am Hafen wurden diese zu einer eigenen Kategorie für die Politik geformt und durch Zeitungsberichte und fotografische Ablichtung wurde ein Bild der remigrierenden Frauen und Männer für die Öffentlichkeit konstruiert. So wie zeitgenössische Statistiker und Zeitungsreporter das quantitative Ausmaß der transatlantischen Rückwanderungen um 1900 in eigenen Beschreibungskategorien fassten, so sollte das Thema »Remigration« als fester Bestandteil der europäischen Migrationsgeschichte gedacht werden.[76] Die europäische Migration nach Nord- und Südamerika im späten 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist ein Paradebeispiel für eine Remigrationsbewegung im großen Stil.

76 Mit Aktualitätsbezug zur Debatte in der deutschen Migrationsgeschichte vgl. *Agnes Gehbald*, Drüben in der Heimat. Die Geschichte des Begriffs »Remigration«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.2024, S. N3.

CAROLIN LIEBISCH-GÜMÜŞ

Exklusive Fluchtwege?

Zur Flucht per Flugzeug und ihren sozioökonomischen Bedingungen vom Nationalsozialismus bis zur Asylmigration in die Bundesrepublik

Das Aufkommen des Passagierluftverkehrs in der Zwischenkriegszeit und seine Entwicklung hin zu einer weltumspannenden Mobilitätsinfrastruktur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben nicht nur Lebens- und Arbeitswelten transformiert, sondern auch die Migrationsgeschichte radikal verändert. Eine Reise, die einst Wochen oder Monate dauerte – man denke nur an die Ozeanfahrten der Amerikaauswanderer im 19. und frühen 20. Jahrhundert –, ließ sich nun auf dem Luftweg in Stunden bewältigen. Für Flüchtlinge waren die Implikationen wohl noch einschneidender: Mit dem Flugzeug ließen sich – zumindest potenziell – Grenzen überfliegen und sichere Staaten direkter und schneller erreichen als über Land- und Seewege. Tatsächlich spielte die neue Reisemöglichkeit per Flugzeug seit ihren Anfängen in den 1930er-Jahren eine wichtige Rolle in den Fluchtbewegungen aus, über und nach Europa und Deutschland. Der Beitrag beleuchtet diese Geschichte sowie die Folgen und vor allen Dingen die Kosten, die mit der Wahl von Fluglinien als Fluchtwegen verbunden waren. Wer konnte sich die Flucht mit einem Verkehrsflugzeug überhaupt leisten? Inwiefern wandelten sich die Kosten im Laufe der Jahrzehnte und parallel zu grenzbürokratischen Hürden und wie veränderte sich dadurch die Zugänglichkeit des Fliegens für Flüchtende? Obwohl Flugreisen in der zweiten Jahrhunderthälfte erschwinglicher wurden und davon zunächst auch Flüchtlinge profitieren konnten, blieben – das zeigt der Artikel – ökonomische Ressourcen zentral, wenn es um die Frage geht, wer über welche Wege und mit welchen Reisemitteln migrieren konnte.

Indem der Beitrag die Geschichte des kommerziellen Luftverkehrs mit der Geschichte von Flucht und Asyl im 20. Jahrhundert verbindet, folgt er einer Transit- und Mobilitätsperspektive auf Migration.[1] Die Fragen, *wie* sich Migrierende und Flüchtlinge fortbewegten, welche Infrastrukturen und Beförderungsmittel sie nutzten und welche Routen und Umwege sie nahmen, sind aus einer solchen Perspektive nicht nur Nebenaspekte der Migrationsgeschichte. Sie sind ein eigenständiges historisches Thema, das innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Migrationsforschung in den letzten zehn Jahren zunehmend Berücksichtigung gefunden hat. So untersuchen einige Studien, wie Migranten und Migrantinnen Schiffspassagen erlebten und deuten diese als »Übergangserfahrung«.[2] Migrationsvehikel wie Schiffe

1 Dem Beitrag liegt ein weites Verständnis von Migration/Migrierenden als allgemeine Kategorie zugrunde, zu der auch Flucht/Flüchtende und Asylsuchende zählen. Ob alle Asylsuchenden als Flüchtende zu zählen sind, ist eine empirisch schwer zu beantwortende und zugleich politisch und rechtlich umstrittene Frage, mit der ich mich hier nicht weiter auseinandersetze. Stattdessen wähle ich pragmatisch den neutralen Begriff »Asylsuchende/Asylbewerber« oder das Begriffspaar »Migrierende« und »Flüchtende« oder ähnliche Bezeichnungen.

2 Vgl. insb. das von *Joachim Schlör* herausgegebene Themenheft Die Schiffsreise – The Sea Voyage, Mobile Cultural Studies 1, 2015.

und Züge werden außerdem als soziale Räume gedeutet.[3] Dass Verkehrsmittel aus migrantischer Perspektive auch soziale Räume anderer Art sein können – nämlich politisch umkämpfte Räume der Macht, Kontrolle und Grenzpolitik –, heben insbesondere Forschungen hervor, die sich um das interdisziplinäre Konzept *Viapolitics* herum gruppieren.[4] Indes sind Flugzeuge und der Luftverkehr bei alledem eher stiefmütterlich behandelt worden. Zwar wurden sie in ihrer Rolle als Abschiebeinfrastruktur untersucht, aber bisher kaum eingehend als Mittel der Migration beziehungsweise Flucht betrachtet.[5]

Dies ist nicht die einzige Lücke, in die der vorliegende Beitrag vorstößt. Er stellt außerdem die ökonomische Dimension der Reise in den Vordergrund. Während sich die zuvor skizzierten Forschungen auf die kulturellen, sozialen und politischen Bedingungen der Migration mit bestimmten Transportmitteln fokussieren, kommt die Analyse sozioökonomischer Faktoren und Unterschiede bei der Untersuchung von Migrationswegen meist zu kurz. Mithin lässt sich mit Blick auf die Geschichtswissenschaft die Feststellung des Migrationssoziologen Nicholas van Hear wiederholen, der im Jahr 2014 konstatierte: »The way class shapes *the migration process itself* – by which is meant migrant decision-making, routes, channels, and destinations – has received rather less attention.«[6] Wenn Zusammenhänge zwischen Migration und sozialer Ungleichheit untersucht werden, so geht es allgemein in den Migrationsstudien ebenso wie speziell in der historischen Migrationsforschung zumeist um die Situation im Auswanderungsland, um Migrations- und Fluchtursachen sowie am anderen Ende um Auf-, Abstieg und Marginalisierung in den Ein-

3 Zu Schiffen vgl. vor allem das von *Martin Dusinberre* und *Roland Wenzlhuemer* herausgegebene Themenheft Being in Transit. Ships and Global Incompatibilities, Journal of Global History 11, 2016, H. 2; *Gur Alroey*, Migrating over Troubled Water: The Voyage to Palestine in the First Decade of the British Mandate, 1919–1929, in: Jewish Culture and History 22, 2021, S. 209–236; *Johanna Beamish*, Im Transit auf dem Ozean. Schiffszeitungen als Dokumente globaler Verbindungen im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2018. Zu Zügen vgl. etwa *Jennifer Miller*, On Track for West Germany. Turkish ›Guest-worker‹ Rail Transportation to West Germany in the Postwar Period, in: German History 30, 2012, S. 550–573. Zum Zug als Vehikel »umgekehrter Migration«, also erzwungener Abschiebungen, vgl. *Ethan Blue*, The Deportation Express. A History of America through Forced Removal, Oakland 2021.

4 Vgl. *William Walters*, Migration, Vehicles, and Politics: Three Theses on Viapolitics, in: European Journal of Social Theory 18, 2015, S. 469–488, hier: S. 471 f.; *ders./Charles Heller/Lorenzo Pezzani* (Hrsg.), Viapolitics. Borders, Migration, and the Power of Locomotion, Durham 2022.

5 Vgl. zu Abschiebungen auf dem Luftweg neben anderen Publikationen der Autorin und des Autors: *Barbara Lüthi/William Walters*, Opening the Blackbox of Deportation. The Case of Switzerland's ›Action Black Autumn‹, in: Journal of Transport History [im Erscheinen]. Zu Flucht-/Asylmigration mit dem Flugzeug: *Carolin Liebisch-Gümüş*, Airborne Asylum. Migration by Airplane in (West) Germany, 1945–1980s, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington 68, 2021, S. 39–60.

6 *Nicholas Van Hear*, Reconsidering Migration and Class, in: International Migration Review 48, 2014, S. S100–S121. In der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung gab es seitdem ein gewisses Revival sozioökonomischer Fragestellungen und Ungleichheitsanalysen, was sich für die Migrationsgeschichte so (noch) nicht konstatieren lässt. Vgl. zum Beispiel *Saskia Bonjour/Sébastien Chauvin*, Social Class, Migration Policy and Migrant Strategies. An Introduction, in: International Migration 56, 2018, H. 4, S. 5–18; *Thomas Faist*, Cross-Border Migration and Social Inequalities, in: Annual Review of Sociology 42, 2016, S. 323–346.

wanderungsgesellschaften.[7] Die Phase dazwischen, also das Unterwegssein, wird oft übergangen. Mobilitätsgeschichte, so möchte ich mit diesem Beitrag unterstreichen, bietet eine Möglichkeit, die Geschichte von Migration en route mit der Geschichte sozialer Ungleichheit zu verbinden. Der Fokus liegt dabei auf individueller Flucht- und Asylmigration mit Verkehrsflügen. Dagegen ist die organisierte Evakuierung von Flüchtlingen auf dem Luftweg ein anderes Kapitel, das ebenso wie die Geschichte von individuellen Flugmanövern oder die Flucht mit entführten Flugzeugen insbesondere während des Kalten Kriegs an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben muss.[8]

Wenn im Folgenden der Frage nachgegangen wird, wer sich die Flucht mit dem Flugzeug leisten konnte und welche Folgen das für die Betroffenen hatte, geschieht dies anhand eines kleinen Panoramas des 20. Jahrhunderts. Angefangen in der Zwischenkriegszeit, umreiße ich den Wandel des Fliegens vom exklusiven Reisemittel zum Massenverkehrsmittel ab den späten 1970er-Jahren und stelle jeweils Bezüge zu Fluchtbewegungen in den unterschiedlichen Jahrzehnten her. So fiel die frühe Zeit des kommerziellen Flugverkehrs in den 1930er-Jahren mit der Flucht jüdischer und anderer Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus zusammen. Die Überschneidungen zwischen beiden Entwicklungen beleuchtet der erste Abschnitt des Artikels. Der zweite Abschnitt behandelt die Entwicklung der zivilen Luftfahrt nach dem Zweiten Weltkrieg und verknüpft sie mit der Geschichte der Flucht in die Bundesrepublik, sowohl über den Eisernen Vorhang als auch über das Nord-Süd-Gefälle hinweg. Dabei untersuche ich insbesondere den wachsenden Zustrom von Asylsuchenden aus Ländern im Mittleren Osten, Afrika und Asien. Dies geschieht vor dem Hintergrund sinkender Ticketpreise und des aufkommenden Massenluftverkehrs, speziell seit den späten 1970er-Jahren. Schließlich lenkt der dritte Abschnitt den Blick auf die Zeit seit den 1980er-Jahren im Kontext verschärfter Migrationsprävention im Flugverkehr in der Bundesrepublik und Europa sowie der dadurch steigenden Bedeutung von Schmuggel und Schwarzmärkten in Afrika und Asien. Anhand der Route zwischen Istanbul – damals und auch während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 ein wichtiger Transitpunkt für undokumentierte Migrierende aus aller Welt – und der Bundesrepublik gehe ich der Frage nach, wie sich migrationspolitische Restriktionen einerseits und Schwarzmärkte anderer-

7 Aus der Geschichtswissenschaft vgl. etwa *Christiane Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021 sowie allgemein *Hartmut Kaelble*, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007, S. 249 und 252; *Christoph Weischer*, Soziale Ungleichheiten 3.0. Soziale Differenzierungen in einer transformierten Industriegesellschaft, in: AfS 54, 2014, S. 305–342, hier: S. 337; *Thomas Faist*, Die transnationalisierte soziale Frage: Migration und soziale Ungleichheit, in: Zeitschrift für Migrationsforschung 1, 2021, H. 1, S. 9–33.

8 Zu den Flugzeugentführungen vgl. *Annette Vowinckel*, Flying Away. Civil Aviation and the Dream of Freedom in East and West, in: *Giles Scott-Smith/Peter Romijn/Joes Segal* (Hrsg.), Divided Dreamworlds? The Cultural Cold War in East and West, Amsterdam 2012, S. 181–199, insb. S. 193 ff.; *dies.*, Flugzeugentführungen. Eine Kulturgeschichte, Göttingen 2011, S. 22 f.; *Ned Richardson-Little*, Terrorists, Revolutionaries, and Migrants: Cold War Conflicts and Convergences over International Air Hijacking Law, in: *ders./Raluca Grosescu* (Hrsg.), Socialism and International Law: The Cold War and Its Legacies, Oxford 2025 (im Erscheinen). Zum humanitären Einsatz von Luftbrücken und Resettlement-Flügen vgl. *Liebisch-Gümüş*, Airborne Asylum, S. 42 ff.

seits auf Luftfluchtwege auswirkten.[9] Insgesamt macht der Beitrag, vom Blickpunkt Deutschland aus, den Wandel der Reisewege und -mittel transnationaler Fluchtbewegungen sowie die Verschränkung von Migrationspolitik, Kostendynamiken und Fluchtrouten sichtbar.

I. Privilegierte Auswege: Luftfluchtwege aus dem ›Dritten Reich‹

Flugrouten wurden bereits in der Zwischenkriegszeit zu Fluchtrouten. In den 1930er-Jahren wuchs der Passagierflugverkehr in Deutschland und Europa an. Waren im Jahr 1933 noch 120.798 Reisende, einschließlich Umsteiger, von Flughäfen in Deutschland aus abgeflogen, steigerte sich die Zahl bis zum Jahr 1937 auf 315.384 Personen.[10] Fliegen war nicht länger nur ein waghalsiges Abenteuer, das die breite Bevölkerung in Flugschauen und Segelflugvereinen bestaunen und erleben konnte[11], sondern wurde ein praktikables – wenn auch vergleichsweise teures – Reisemittel.[12] Genau zur gleichen Zeit erfolgte der Aufstieg des Nationalsozialismus, der massenhaft Menschen, vor allem solche, die als Juden verfolgt wurden, zu Emigration und Flucht zwang. Für den Großteil von ihnen kamen die damals noch teuren Flugtickets nicht infrage. Zudem flohen in der Frühzeit der nationalsozialistischen Herrschaft die meisten Dissidenten und vom Regime Verfolgten noch ins nahe Exil in die Nachbarländer Deutschlands – und das in der Regel zu Fuß oder mit dem Zug.[13]

Das änderte sich ab 1938, als sich die Ereignisse im »Reich« überschlugen und der Druck zu einer möglichst schnellen Emigration insbesondere unter Juden und Jüdinnen drastisch zunahm.[14] Der »Anschluß« Österreichs im März 1938, die Novemberpogrome, die Annexion des Sudetenlands und die Besetzung der »Rest-Tschechei« im März 1939 sowie die alltägliche antisemitische Gewalt und

9 Angesichts der unterschiedlichen Zeiträume und Kontexte, die der Artikel behandelt, wurden vielfältige Quellen herangezogen, darunter Oral-History-Interviews aus dem United States Holocaust Memorial Museum, in denen Zeitzeugen über ihre Flucht mit dem Flugzeug berichten, sowie für die Zeit nach 1945 Bestände aus dem Bundesarchiv Koblenz, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Hinzu kommen vereinzelt weitere Quellen wie Berichte von Hilfsorganisationen (Hebrew Immigrant Aid Society [HIAS/HICEM] vor 1945 und die Diakonie Hessen/Frankfurter Flughafensozialdienst nach 1945), Studien der International Organisation für Migration zu Transitmigration via die Türkei sowie Zeitungsartikel.

10 Vgl. *Karl-Dieter Seifert*, Die deutsche Luftfahrt. Der deutsche Luftverkehr 1926–1945 – auf dem Weg zum Weltverkehr, Bonn 1999, S. 163.

11 Vgl. *Peter Fritzsche*, »Airmindedness«. Der Luftfahrtkult der Deutschen zwischen der Weimarer Republik und dem Dritten Reich, in: *Helmuth Trischler/Kai-Uwe Schrogl/Andrea Kuhn* (Hrsg.), Ein Jahrhundert im Flug. Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1907–2007, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 88–103, hier: S. 91; *ders.*, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge 1992, S. 135 f.

12 Vgl. *Rudi Volti*, Technology and Commercial Air Travel, Washington 2015, S. 16.

13 Vgl. *Debórah Dwork/Robert Jan van Pelt*, Flight from the Reich. Refugee Jews, 1933–1946, New York 2012, S. 11.

14 Vgl. ebd., S. 92; *Juliane Wetzel*, Auswanderung aus Deutschland, in: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1989, S. 412–498.

Verfolgung veranlassten viele jüdische Menschen in Deutschland, Österreich und auch der Tschechoslowakei dazu, eilig nach Ausreisemöglichkeiten zu suchen. Etwa 118.000 jüdische Flüchtlinge verließen Deutschland und Österreich allein in den Jahren 1938 und 1939.[15] Flugverbindungen boten dabei eine willkommene Gelegenheit zur schnellen Flucht. Das verdeutlicht das Beispiel eines jüdischen Ladenbesitzers aus Berlin, der heimlich durch die Hintertür seines Geschäfts entkam, als ihn im September 1938 die Nazis aufsuchten. Nur mit seinem Nansen-Pass, einem Visum für Frankreich, und etwas Geld in der Tasche machte er sich auf den Weg zum Flughafen, wenige Stunden später landete er in Paris.[16]

Denjenigen, die an Flugtickets gelangen konnten, versprach das Fliegen klare Vorteile. Dazu zählte nicht nur die Möglichkeit, *schnell* ins Ausland zu gelangen, sondern auch *direkter* als per Überlandverkehr, hob man doch gleich von deutschem Boden ab und musste sich nicht länger auf diesem gefährlichen Territorium bewegen – zumindest sofern es keinen Zwischenstopp auf einem weiteren deutschen Flughafen gab. Mitunter ließ sich das Territorium des ›Dritten Reichs‹ auch *über*fliegen. So konnten beispielsweise deutsche und österreichische Juden, die 1938/1939 per Flugzeug von Prag nach Paris flohen, das Deutsche Reich über- oder umfliegen und so heikle Landwege und Grenzkontrollen vermeiden.[17] Der deutsche Sozialdemokrat Arthur Arzt suchte im Oktober 1938 dringend nach einer Möglichkeit, an einen Flug von Prag nach Paris zu gelangen. Er wandte sich für Unterstützung an die Hilfsorganisation »American Guild for German Cultural Freedom« und bat darum, »mir eine groessere Summe zukommen zu lassen, damit es mir und meiner Tochter gelingt, zunaechst nach Paris zu kommen. Die Sache eilt sehr, denn es koennten die Flugfahrten eingestellt werden und dann bliebe uns nur der Weg ueber Rumaenien.«[18] Im Prinzip bot das Fliegen also eine besonders begehrte und sichere Reisemöglichkeit für Flüchtende, weil es vom Boden losgelöst war. In der Realität stellten sich den Betroffenen aber oft Hindernisse in den Weg. Nicht nur finanzieller (Arthur Arzt konnte das Geld für die Flugtickets nicht auftreiben), sondern auch bürokratischer Art. Auch bei Reisen auf dem Luftweg mussten Ausreise- und Einreisegenehmigungen sowie unter Umständen Transitvisa aufwendig organisiert werden. Die Historikerin Marion Kaplan zitiert in ihrem Buch über Transit in Portugal den Fall einer älteren wohlhabenden Dame, die 1941 von Berlin nach Lissabon flog, um anstrengende Landwege und Grenzübergänge zu vermeiden. Für 340 RM Ticketkosten und 64 RM Gepäckzuschlag konnte sie »zwar

15 Vgl. *Hagit Lavsky*, The Impact of 1938 on German-Jewish Emigration and Adaptation in Palestine, Britain and the USA, in: *Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia* (Hrsg.), »Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben«. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 207–225, hier: S. 208.

16 So erinnerte es zumindest seine Tochter. Vgl. Anonymes Oral-History-Interview im Rahmen des Project Second Wave, #15053, 28.5.2003, United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG-50.608.0078.

17 Vgl. zum Beispiel Oral-History-Interview mit Margit Meissner, 31.5.2017, USHMM, RG-50.999.0605.

18 Arthur Arzt an Prinz zu Loewenstein, 4.10.1938, Deutsches Exilarchiv 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek, Archiv der American Guild for German Cultural Freedom, New York, DEA-B-2-0003.D.01, Personalakte Arthur Arzt.

vier Grenzübergänge umgehen«[19], wie Kaplan schreibt. Dennoch musste sie über zwei Dutzend offizielle Dokumente für die Reise besorgen. Sie umging die Grenzen also weniger, als dass sie sich ihnen in anderer Weise stellen musste. Auch bestand immer das Risiko einer Zurückweisung auf Transit- und Zielflughäfen, zumal wenn Flüchtlinge nicht die erforderlichen Visa vorweisen konnten.[20]

Dennoch verhieß eine Flugreise zahlreiche Vorteile. Dazu zählte auch der Vorzug, ein Exil- oder Transitland pünktlich erreichen zu können, ehe die Einreiseerlaubnis oder das Anschlussticket für eine Schiffspassage ablief. Tickets für Schiffe und Züge waren zudem oft ausverkauft, sodass einzig das Flugzeug blieb. Die Zugstrecken von Deutschland nach Lissabon – ein wichtiger Exil- und Transitort Richtung Nordamerika – waren chronisch ausgebucht, weshalb im Spätjahr 1940/1941 die Lufthansa-Linie 22 Berlin–Lissabon via Stuttgart, Lyon, Marseille, Barcelona und Madrid praktisch der einzige Transportweg in die portugiesische Hafenstadt war.[21] Gerade die Exklusivität des Fliegens erhöhte die Verfügbarkeit und bot damit Vorteile für diejenigen, die es sich leisten konnten.

Wer aber konnte sich die Flucht auf dem Luftweg überhaupt leisten? Im Jahr 1938 kostete beispielsweise der fünfstündige Flug mit der Lufthansa von Frankfurt am Main nach Paris mit 65 RM das Doppelte bis Dreifache einer Zugfahrt dritter Klasse, die bei 25 RM lag (jeweils zuzüglich Gepäckkosten).[22] Anders als in Zügen und auf Schiffen gab es in Flugzeugen vor dem Zweiten Weltkrieg noch keine Unterteilung in Klassen, durch die sich hätte sparen lassen. Die jüdische Österreicherin Margit Meissner, die 1938 mit 16 Jahren von Prag nach Paris zu einer Gastfamilie ausreiste, betonte in einem späteren Zeitzeugeninterview, eine solche Flugreise sei »das Feinste gewesen, was man machen konnte«[23], weshalb sie ihre beste Kleidung getragen habe. Und so ist es kein Zufall, dass die meisten Oral-History-Interviews, in denen Menschen von ihrer Flucht per Flugzeug berichten, zugleich vom (ehemals) höheren sozialen Status der Befragten zeugen. Das wird am Beispiel der deutsch-jüdischen Familie Schlesinger deutlich, die emigrierte, nachdem ihr Haus in Schlesien während der Reichspogromnacht 1938 zerstört worden war. Vater, Mutter und Sohn flogen von Berlin via Hamburg nach London.

---

19 *Marion Kaplan*, Transit Portugal. Jüdischer Flüchtlingsalltag im Exil 1940–1945, Göttingen 2022, S. 60.

20 Solche Zurückweisungen jüdischer Flüchtlinge auf Flughäfen werden in mehreren Oral-History-Interviews und Zeitungsartikeln erwähnt. Zu einer besonders aufsehenerregenden versuchten Zurückweisung 1939 am Flughafen in London vgl. *Michal Frankl*, Photographing Refugee Deportation: On Visual Representation of Refugees, European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) Document Blog, 1.1.2017, URL: <https://blog.ehri-project.eu/2017/01/01/photographing-refugee-deportation/> [7.5.2024].

21 Vgl. Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS) New York, Transportation Costs, 10.12.1940, Center for Jewish History, YIVO Institute for Jewish Research (YIVO), HIAS and HICEM Main Offices, New York: Europe RG 245.4.12, Series 21: Portugal B, 1940–1945, Correspondence, December 1 to December 15, 1940. Das Beispiel der Route 22 zeigt allerdings auch, wie viele Zwischenstopps im Flugverkehr damals üblich waren – was für Flüchtlinge oft bedeutete, dass sie Transitvisa besorgen mussten.

22 Vgl. Deutsche Lufthansa, Sommerflugplan, gültig vom 27.3. bis 1.10.1938; Deutsche Reichsbahn, Die neuen Reichsbahnfahrpreise vom 15.6.1938; Deutsches Kursbuch. Gesamtausgabe der Reichsbahn-Kursbücher, Sommer 1939.

23 Oral-History-Interview mit Margit Meissner, 31.5.2017, USHMM, RG-50.999.0605.

Im Interview erklärte der Sohn Claus Shelling (geb. Schlesinger) später, die Familie habe zur oberen Mittelschicht gehört – und erinnerte sich an das alte Haus mit großem Garten, schönem Porzellan und Hausangestellten.[24] Zwar waren die Eltern gezwungen, fast all ihren Besitz aufzugeben, doch konnten sie sich die Flugtickets ebenso wie die Schifftickets für die Weiterreise von Großbritannien in die Vereinigten Staaten leisten. Neben finanziellen Ressourcen könnte auch die Mentalität eine Rolle gespielt haben; es lässt sich annehmen, dass Familien mit einem ähnlich sozial gehobenen Hintergrund wie die Schlesingers die Reise per Flugzeug weniger fremd erschien als Angehörigen der unteren Mittelschicht oder gar Arbeitern, die vielleicht nicht einmal an das Fliegen als Option dachten.

Erheblich teurer als innereuropäische Strecken waren Interkontinentalverbindungen. Nur wenige Flüchtlinge aus Europa hatten das Privileg, von Lissabon aus mit dem Flugzeug in die Vereinigten Staaten zu migrieren. Seit dem Sommer 1939 verkehrten Flugboote der Pan American Airways, sogenannte Flying Clipper, über dem Atlantik. Eine Route führte von Marseille nach New York über Lissabon und die Azoren (später auch Bermuda) und dauerte etwa 24 Stunden. 1939 kostete ein One-Way-Ticket für den Clipper luxuriöse 375 $ oder 937 RM, was inflationsbereinigt einem heutigen Wert von etwa 8.380 $ oder 7.668 € entspricht.[25] Im Vergleich dazu kostete eine Schiffsreise von den deutschen Häfen Hamburg oder Bremen nach New York im Jahr 1938/1939 etwa 130 $ für ein Touristenklasse-Ticket und 110 $ für die dritte Klasse.[26] Selbst das war für viele Flüchtlinge zu teuer. Die Clipper-Passagiere waren oft VIPs, darunter auch bekannte Emigranten wie Mitglieder der Familie Rothschild oder die letzte Kaiserin von Österreich, Zita von Bourbon-Parma.[27] Auch Nora Schapiro, die Tochter des jüdisch-ukrainischen Geschäftsmanns Jacob Schapiro, Gründer der Carosseriewerke Schebera AG in Berlin, floh 1940 mit ihrer Mutter von Paris nach Lissabon und dann mit dem Clipper nach New York. In der Rückschau betonte sie, wie »wirklich privilegiert« sie gewesen war, und erinnerte sich an das »üppige Frühstück«[28] beim Zwischenstopp auf Bermuda und den feinen Apfelkuchen an Bord. Für sie war die Flucht über den Atlantik eine angenehme Erfahrung, während für die meisten anderen Flüchtlinge die Überfahrt mit einer Vielzahl von Strapazen und Gefahren verbunden war. Die amerikanische Journalistin Inez Robb, die zu dieser Zeit mit dem Clipper flog, drückte es so aus: »In diesen Tagen ist eine Überquerung des Atlantiks mit tödlichen Ge-

24 Vgl. Oral-History-Interview mit Claus Shelling, 11.12.1991, USHMM, RG-50.477.0736.

25 Vgl. *Harold Marcuse*, Historical US Dollars to German Marks Currency Conversion, 7.10.2018, URL: <http://marcuse.faculty.history.ucsb.edu/projects/currency.htm#tables> [7.5.2024]; U. S. Bureau of Labor Statistics, Inflation Calculator, URL: <https://data.bls.gov/cgi-bin/cpicalc.pl> [7.5.2024].

26 Vgl. *Arnold Kludas*, Die Geschichte der deutschen Passagierschiffahrt, Bd. 5, Hamburg 1990, S. 230; Hamburg-Amerika-Linie, Fahrplan und Fahrpreise, Nr. 84, November 1938, S. 8–9.

27 M. D. Klaas, Flying the Clipper, Part 1, Archiv Deutsches Museum München (ADMM), LR 11549, Air Classics (April 1991), S. 26; M. D. Klaas, When the Clippers Went to War, Part 2, ADMM, LR 11549, Air Classics (Mai 1991), S. 36; Ex-Empress Zita here as Refugee, in: The New York Times, 21.7.1940, S. 25.

28 Oral-History-Interview mit Nora London, 29.4.2017, USHMM, RG-50.030.0929.

fahren verbunden. Aber wir fliegen durch die Luft mit der größten Leichtigkeit, Sicherheit und Komfort.«[29]

Allerdings stammten nicht alle Menschen, die mit dem Flugzeug flohen, aus reichen Verhältnissen. Zwar waren Flüge innerhalb Europas teurer als herkömmliche Transportmittel, aber für viele nicht vollkommen unerschwinglich – zumal ihr Leben auf dem Spiel stand. Manche Familien hatten sich ganz bewusst für die teure Reisemöglichkeit entschieden, weil sie ihr Geld und Vermögen ohnehin nicht vor den Nazis schützen konnten und sie auch nicht mehr als zehn RM pro Person ausführen durften. So entschieden etwa die Eltern des kleinen Alfred Schnog, eine Passage erster Klasse zu buchen – erst mit dem Flugzeug nach England und dann mit dem komfortablen Passagierdampfer »Cunard White Star« in die Vereinigten Staaten –, »weil sie nichts anderes mit dem Geld anfangen konnten«.[30] Andere gelangten durch günstige Fügungen in Flugzeuge, etwa weil die Tickets von Bekannten gezahlt wurden.[31] So hatte etwa der Künstler Max Ernst das Glück, dass er mit Peggy Guggenheim bekannt war, die ihm 1940 die Flucht mit dem Flying Clipper von Lissabon nach New York ermöglichte.[32] Hilfsorganisationen wie das »American Jewish Joint Distribution Committee« (JDC), die »Hebrew Immigrant Aid Society« (HIAS) oder ihre Dachorganisation HICEM mussten dagegen streng haushalten und konnten daher nur in sehr seltenen Fällen Flugtickets bezahlen. So organisierte HIAS/HICEM im Jahr 1940 Flüge für 1.000 ehemalige KZ-Insassen aus Italien, die Ausreisevisa für Nord- und Südamerika besaßen. Da keine alternativen Transportmöglichkeiten verfügbar waren, wurden diese Personen mit dem Flugzeug von Rom nach Lissabon ausgeflogen – eine teure Angelegenheit, wie die Organisation feststellte.[33] Fluchtwege hingen also von wirtschaftlichen Ressourcen und Planung ebenso ab wie von Netzwerken, Hilfe und Glück.[34] Flugreisen waren da keine Ausnahme.

Historiker und Historikerinnen sollten diese Fluchterfahrungen jedoch nicht als vergleichsweise privilegierte Einzelfälle abtun. Diejenigen, die per Flugzeug flohen, gehörten sicherlich im Allgemeinen zu einer wohlhabenderen Schicht. Ihre Erfahrungen sind wichtige sozialhistorische Zeugnisse, weil sie die Bedeutung des sozioökonomischen Status und des Unterschieds, den mehr finanzielle Mittel und Möglichkeiten im Hinblick auf Transitreisen ausmachen können, veranschaulichen. Zugleich lenken sie unsere Aufmerksamkeit auch auf die Relevanz der Reisewege und Beförderungsmittel. Flugrouten versprachen, die Reisen in Schutz bietende Länder schneller, direkter und sicherer zu gestalten. Mit dem Flugzeug ließen

29 *Inez Robb*, Diary of a Transatlantic Clipper Passenger, in: The Washington Post, 7.12.1941.

30 Oral-History-Interview mit Alfred Schnog, 10.3.2001, USHMM, RG-50.106.0142.

31 Zum Beispiel die Büroangestellte Lilo Callman, deren ehemaliger, bereits betagter Chef ihren und seinen Flug nach Großbritannien bezahlte, damit sie ihn auf der Reise betreute. Vgl. Oral-History-Interview mit Lilo und Ann Callman, 1.12.1977, USHMM, RG-50.150.0002.

32 Vgl. *Werner Spies* (Hrsg.), Max Ernst. Life and Work. An Autobiographical Collage, New York 2006, S. 156.

33 Vgl. Report on the Activity of the HIAS-ICA Emigration Association for 1940, YIVO, HIAS and HICEM Main Offices, New York: Europe RG 245.4.12, Series 20: Portugal A, 1940–1945. Auch im Zuge der Rettungsaktion »Kindertransport« wurden Flugzeuge eingesetzt.

34 Vgl. *Kaplan*, Transit Portugal, S. 44 und 70; *David Jünger*, Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938, Göttingen 2016, S. 386.

sich gefährliche Grenzen und Territorien überfliegen sowie je nach Route sogar Länder, für die normalerweise ein Visum nötig gewesen wäre. Diese Verheißungen machten die Flucht mit dem Flugzeug auch für Flüchtlinge späterer Jahrzehnte attraktiv, wenngleich die Realität – in den 1930er- und 1940er-Jahren ebenso wie nach dem Zweiten Weltkrieg – zuweilen anders aussah und sich Hindernisse wie Visavorschriften, Kontrollen und Zurückweisungen an Flughäfen auftaten.

II. Neue Zugänglichkeit: Flucht über den Eisernen Vorhang und aus der ›Dritten Welt‹

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieben internationale Flugreisen zunächst teuer. Regierungen und internationale Zusammenschlüsse wie die »European Civil Aviation Conference« regulierten die Tarife für Linienflüge.[35] Charterflüge wurden primär von Geschäftsreisenden genutzt.[36] Ab Mitte der 1960er- und in den 1970er-Jahren erfolgte dennoch ein außerordentlicher Boom des internationalen Flugverkehrs[37], begünstigt vor allem durch wirtschaftlichen Aufschwung sowie technologische Entwicklungen wie Düsenmotoren und Großraumflugzeuge (der Boeing 747 Jumbo-Jet wurde im Jahr 1970 in Dienst gestellt), wodurch die Preise fielen.[38] Dieser Verkehr schuf eine neue internationale Erreichbarkeit in Zeiten der anbrechenden Globalisierung – und in Zeiten des Kalten Kriegs. Der Flugverkehr verband die beiden Blöcke und sogar die beiden deutschen Staaten.[39] Ab dem Jahr 1971 entstand ein reger Messesonderflugverkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik: Charteranbieter aus der Bundesrepublik flogen nach Leipzig. Die ostdeutsche Interflug steuerte Hamburg, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Stuttgart und später auch München an, ebenso Zürich und Paris.[40] Zudem existierten Linienflüge aus der DDR nicht nur in verschiedene Ostblockstaaten, sondern auch in den Westen (nach Amsterdam und Brüssel) sowie über die Blöcke hinaus. Zwischen 1966 und 1977 wurden 18 Fluglinien in nicht kommunistische Länder eröffnet. Unter anderem der Irak, Syrien und die Türkei waren nun mit Schönefeld verbunden.[41]

---

35 Vgl. *Paul Stephen Dempsey*, The Role of the International Civil Aviation Organization on Deregulation, Discrimination, and Dispute Resolution, in: Journal of Air Law and Commerce 52, 1987, S. 529–583.

36 Vgl. *Volti*, Technology and Commercial Air Travel, S. 20 f.

37 Vgl. International Civil Aviation Organization, Facts and Figures, URL: <https://www.icao.int/sustainability/pages/facts-figures_worldeconomydata.aspx> [7.5.2024].

38 Vgl. *Peter Lyth*/*Hans-Liudger Dienel*, Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Flying the Flag. European Commercial Air Transport since 1945, Basingstoke/New York 1998, S. 1–17, hier: S. 6.

39 Zur Flugverkehrsentwicklung in deutsch-deutscher Perspektive vgl. *Annette Vowinckel*, Schönefeld – Ein Flughafen für die Hauptstadt der DDR, in: *Frank Reichherzer/Emmanuel Droit/Jan Hansen* (Hrsg.), Den Kalten Krieg vermessen. Über Reichweite und Alternativen einer binären Ordnungsvorstellung, Berlin 2018, S. 125–135.

40 Vgl. *Horst Materna*, Flughafen Berlin-Schönefeld. Heimatbasis der INTERFLUG 1963–1977, Bad Langensalza 2014, S. 142. Allerdings konnten die Flugzeuge nicht direkt die deutsch-deutsche Grenze überfliegen, sondern mussten über die ČSSR und die Ostsee fliegen. So führte die in Luftlinie eigentlich kurze Strecke zwischen Frankfurt am Main und Leipzig über Bamberg, Bayreuth, Pilsen, Prag und Dresden vorbei nach Leipzig.

41 Vgl. ebd., S. 138–142. Für eine Visualisierung des weitläufigen Flugnetzes der Interflug im Jahr 1987 vgl. *Vowinckel*, Flying Away, S. 189.

Einige Flugverbindungen wurden zu Fluchtlinien. Im Jahr 1962 stieg eine Flugbegleiterin aus der DDR nach einem Messeflug aus und wandte sich an die westdeutsche Botschaft in Wien.[42] Eine ganze Interflug-Crew setzte sich nach Frankfurt am Main ab.[43] Nicht von ungefähr handelte es sich um Besatzungsmitglieder. Während die internationalen Flüge ab Schönefeld für Reisende aus dem Westen – für Touristen ebenso wie für ›Gastarbeiter‹ auf Heimatbesuchsreise – aufgrund der »Sparpreise«[44] attraktiv wurden, konnte in der DDR nicht jeder einen Flug ins Ausland buchen. Das Lohnniveau im Osten war niedriger und die Preise für ein Interflug-Ticket im Reisebüro der DDR höher als im Westen.[45] Die Flucht per Flugzeug war aber keine Geldfrage, sondern eine Frage der bürokratischen Zugänglichkeit. Nach 1961 erforderte jede Auslandsreise in der DDR eine behördliche Genehmigung, die meist nur Personen in offizieller repräsentativer Funktion erhielten.[46] Immer wieder endeten genehmigte Flugreisen in einem Asylgesuch im Westen. Berühmtberüchtigt wurden die Routen aus Ostblockstaaten nach Kuba. Aufgrund der langen Distanz war ein Tankstopp auf dem Flughafen Gander im kanadischen Neufundland erforderlich. Der Transit geriet zum »Schlupfloch in den Westen«.[47] So notierte beispielsweise das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dass der DDR-Bürger Uve Schikora, der als Musiker die DDR-Olympiamannschaft nach Kuba hätte begleiten sollen, im September 1976 bei einer Zwischenlandung der Interflug auf der Strecke von Berlin-Schönefeld nach Havanna in Gander das Flugzeug und damit »die DDR ungesetzlich verlassen«[48] habe. Überhaupt wussten Flüchtlinge das komplizierte Netz internationaler Fluglinien für sich zu nutzen. So stellte das MfS im Jahr 1984 fest, dass in den zwei Jahren zuvor insgesamt sechs Bürgern der DDR die Ausreise in die Bundesrepublik »unter Mißbrauch der internationalen Fluglinie 202 der ungarischen Fluggesellschaft ›MALEV‹ – Budapest – Bukarest – Istanbul«[49] gelungen sei. Sie hatten zuvor bei der Volkspolizei Reisen in die Ungarische Volksrepublik und die Volksrepublik Bulgarien beantragt. In dem Wissen, dass die nach Istanbul weiterreisenden Passagiere bei der Zwischenlandung in Bukarest das Flugzeug nicht verlassen mussten, blieben sie sitzen und konnten »somit ohne Komplikationen den Weiterflug nach Istanbul und damit den ungesetzlichen Grenzübertritt«[50] vollziehen.

---

42 Vgl. *Horst Materna,* Flughafen Berlin-Schönefeld und die militärisch geführte INTERFLUG 1977–1988, Bad Langensalza 2016 (zuerst 2015), S. 91.

43 *Ders.*, Flughafen Berlin-Schönefeld 1963–1977, S. 143.

44 Unter Brüdern, in: Der SPIEGEL, 28.4.1985.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. *Vowinckel*, Flying Away, S. 187.

47 *Lauren Stokes*, The Stasi Goes to Canada. Everyday Defection at Gander Airport, Newfoundland, Vortrag, IFK Wien, 29.3.2023, erwähnt in: *Leontien Potthoff*, Tagungsbericht: Alltagsgeschichten von Flughäfen, in: H-Soz-Kult, 15.6.2023, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136801> [12.6.2024]; Vgl. *Manuel Meune*, Der transatlantische Magnet. DDR – Kanada: die unmögliche Nähe?, in: Zeitschrift für Kanada-Studien 30, 2010, H. 2, S. 9–27.

48 Information Nr. 658/76 über das ungesetzliche Verlassen der DDR durch den Kapellenleiter Hans-Uve Schikora, 21.9.1976, Stasi-Unterlagen-Archiv (BStU), MfS, ZAIG 2620, Bl. 3–6 (6. Expl.).

49 Zentrale Koordinierungsgruppe Abt. 2, Zusammenfassende Information, 20.2.1984, BStU, MfS BV Ffo. KD Beeskow 2732.

50 Ebd.

Nicht nur sogenannte Republikflüchtlinge gelangten mithilfe von Flügen (über Umwege) in die Bundesrepublik, sondern auch Asylsuchende aus aller Welt. Aufgrund der »großen Anzahl der asylbewerbenden Flüchtlinge aus den osteuropäischen Staaten (Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und UdSSR)«[51], die am Frankfurter Flughafen eintrafen, wandte sich 1980 sogar das »International Rescue Committee« an den Grenzschutz am Flughafen und informierte, dass die Organisation eine Beratungsstelle für die ankommenden Flüchtlinge in Frankfurt eingerichtet habe. Neben den Fluchtbewegungen von Ost nach West stiegen seit den ausgehenden 1970er-Jahren die Asylgesuche von Personen aus blockfreien Staaten in Afrika, Asien und dem Mittleren Osten in der Bundesrepublik an. Sie flohen vor Bürgerkrieg, Kriegsdienst oder Unterdrückung. So waren unter ihnen besonders viele Personen aus der Türkei, die als politische Flüchtlinge nach dem Militärputsch von 1980 beziehungsweise als kurdische, yezidische und christliche Minderheiten Asyl beantragten, aber auch aus dem Iran, Pakistan, Afghanistan und Sri Lanka.[52] Viele reisten zunächst per Flugzeug nach Berlin-Schönefeld, von wo aus sie dann durch das sogenannte Berliner Loch mit der S-Bahn nach Westberlin gelangten, um dort Asyl zu suchen.[53] Andere landeten direkt mit dem Flugzeug in der Bundesrepublik. Die Asylgesuche am Frankfurter Flughafen stiegen beispielsweise nach 1986 steil an, nachdem der Weg im Transit über Schönefeld zuvor durch ein von der Bonner Regierung forciertes deutsch-deutsches Abkommen erschwert worden war. Fast 90 % aller Menschen, die 1987 an den westdeutschen Grenzen um Asyl baten, taten dies auf Flughäfen – vorwiegend in Frankfurt, Westdeutschlands bedeutendstem Transitdrehkreuz.[54]

Die verstärkte Nutzung von Flugrouten als Mittel der Ost-West- und Nord-Süd-Fluchtmigration in den 1980er-Jahren hing nicht zuletzt mit der Verfügbarkeit und Verbilligung des Flugverkehrs in dieser Periode zusammen. Eine steigende Zahl von Asylsuchenden aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten konnte sich die Flugreise nach Europa und Nordamerika leisten. Der Flugverkehr, so betonte bereits 1974 die Diakonie in Hessen, die Menschen in Not am Frankfurter Flughafen betreute, war »nicht mehr nur für Wohlhabende« – auch Kranke, wohnungslose Reisende, Menschen mit Behinderung, »ratlose Ausländer«, Menschen, »die festsitzen, ausgewiesen wurden oder noch keine Einreise«[55] durchlaufen konnten, trafen am Flughafen ein. War das Fliegen in den 1930er- und 1940er-Jahren und auch in der Nachkriegszeit noch ein exklusives Erlebnis, zeichnete sich in den 1970er-Jahren allmählich

51 International Rescue Committee an Flughafenpolizei Rhein-Main-Flughafen, 5.5.1980, Bundesarchiv (BArch) B 106/380776.

52 Vgl. *Klaus J. Bade*, Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München 1994, S. 96 f.

53 Vgl. *Lauren K. Stokes*, Racial Profiling on the U-Bahn. Policing the Berlin Gap in the Schönefeld Airport Refugee Crisis, in: Central European History 56, 2023, S. 236–254.

54 Zu den Asylfällen am Rhein-Main-Flughafen vgl. *Carolin Liebisch-Gümüş*, Im Drehkreuz. Konflikte um Asyl und Zurückweisungen am Frankfurter Flughafen (1980–1995), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 20, 2023, S. 85–112.

55 Kopie aus den Mitteilungen des Diakonischen Werkes Hessen und Nassau, 1974, Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, 155 3409.

der Anbruch des Massenflugzeitalters ab.[56] Die Betonung liegt auf allmählich, denn im Jahr 1970 kostete beispielsweise ein Rundreiseticket New York–London 550 $, was im Januar 2024 inflationsbereinigt etwa einem Wert von 4.487 $ entsprochen hätte.[57] Mit dem Einsatz von Jumbo-Jets und der Gründung neuer Charterfluggesellschaften stieg in den 1970er-Jahren die Konkurrenz auf dem Airline-Markt, wodurch die Preise fielen.[58] Schließlich wurden die Flugverkehrsmärkte, beginnend mit dem Inlandsverkehr in den USA im Jahr 1978, zunehmend liberalisiert. Die Preise für Economy-Class-Tickets fielen in den 1980er-Jahren weiter und in der Folge setzte eine relative Demokratisierung des Flugverkehrs ein.[59]

Mit anderen Worten: Flugreisen waren nun weniger eine ›Klassenfrage‹ als zuvor. Die Einschränkung »relativ« ist dabei wichtig. Die Migrierenden und Flüchtlinge, die aus entfernten Ländern auf Flughäfen in der Bundesrepublik ankamen, stammten häufig aus der Mittelschicht ihrer Heimatländer. So gaben etwa iranische Asylsuchende, die Mitte der 1980er-Jahre über die Türkei in die Bundesrepublik gereist waren, in Befragungen des Bundesgrenzschutzes am Frankfurter Flughafen Berufe wie Computertechniker an oder erklärten, Studenten zu sein.[60] In ähnlicher Weise hatte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen drei Jahre zuvor registriert, dass viele iranische Asylsuchende im Transit in der Türkei Richtung Westen »urban middle-class«[61] seien und über eigene Mittel verfügten. Und in einer größer angelegten, 1995 erstellten Studie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf zu Transitmigration in der Türkei gaben 80 % der Personen an, mit dem Flugzeug zu ihrem Ziel – der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern – gelangen zu wollen, wobei ein Großteil der Befragten aus der Mittelschicht (anteilig auch aus der städtischen Arbeiterschicht) ihrer Heimatländer stammte. Insbesondere in der großen Gruppe der Iraner und Iranerinnen besaßen viele ein hohes Bildungs- und Lebensstandardniveau.[62] Bis heute gilt, das betont die Migrationsforschung immer wieder, dass »internationale Migration in der Regel nicht für die Ärmsten der Armen ist«.[63] Das galt umso mehr für die Reise per Flugzeug – trotz verbilligter Preise in den 1970er- und 1980er-Jahren.

---

56 Wie sich diese Transformation an Flughäfen und ihrer Architektur niederschlug, zeigt *Alastair Gordon*, Naked Airport. A Cultural History of the World's Most Revolutionary Structure, Chicago 2008.

57 Vgl. *Molly Russell*, 50 Years of Airfares. The Evolution of Price and What You Got in 1970 vs Now, in: Simple Flying Magazine, 22.11.2023, URL: <https://simpleflying.com/50-years-airfares/> [7.5.2024]; U. S. Bureau of Labor Statistics, Inflation Calculator.

58 Vgl. *Henning Sichelschmidt/Hartmut Wolf*, Die Liberalisierung des EG-Luftverkehrs. Entwicklung, Stand und Perspektiven, in: Die Weltwirtschaft 2, 1993, S. 167–185, hier: S. 168.

59 Vgl. *Lyth*/*Dienel*, Introduction, S. 7.

60 Vgl. unter anderem Befragung eines iranischen Staatsangehörigen, 28.11.1986; Befragung eines iranischen Staatsangehörigen, 6.1.1987, beide BArch B 106/107414.

61 Note on Meeting on 20 January, 1983, Iranians in Turkey, January 21, 1983, Archives of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Records of the Central Registry, Fonds 11, Classified Subject Files 1971–1984, Series 2, Box 202, ARC-2/A43#, 100.TUR.IRN.

62 Vgl. International Organization for Migration (IOM), Transit Migration in Turkey, Genf 1996, S. 37, 40 und 44.

63 *Van Hear*, Reconsidering Migration and Class, S. 111.

III. Schwarzmärkte und die Verteuerung von Flugfluchtrouten in den 1980er-Jahren

Regierungen in Westeuropa ergriffen in den 1980er-Jahren Maßnahmen gegen die steigende Asylmigration auf dem schnellen Luftweg. Dies schloss die Bundesregierung ein, zunächst unter Helmut Schmidt und dann ab 1982 verstärkt unter Helmut Kohls schwarz-gelber Koalition.[64] Vor dem Hintergrund der sogenannten Asyldebatte der 1980er- und frühen 1990er-Jahre wurden Asylsuchende insbesondere von konservativen Politikern und Politikerinnen der Regierungsparteien CDU/CSU sowie populären Medien regelmäßig pauschal als illegale Migranten bewertet. Ihnen wurde abgesprochen, über ein legitimes Schutzbedürfnis zu verfügen.[65] Zudem zählte ihre Ankunft über den Flughafen aufgrund der Tatsache, dass viele von ihnen ohne (echte) Papiere ankamen, aus Sicht des Bundesgrenzschutzes (BGS) und des Bundesinnenministeriums als »unerlaubte Einreise«, obwohl das Asylgesuch der Einreise eigentlich Legitimität verlieh.[66] Zwar bestimmte die UN-Flüchtlingskonvention von 1951, dass Staaten »wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts keine Strafen gegen Flüchtlinge verhängen« dürfen, solange diese »unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit […] bedroht waren«.[67] Was die Konvention allerdings nicht bestimmte, war ein Recht der Flüchtlinge auf das Reisen selbst. Und genau bei dieser Leerstelle setzten die Maßnahmen der Bundesregierung und anderer westlicher Regierungen an: Visavorschriften wurden verschärft und Luftfahrtunternehmen zunehmend in die Pflicht genommen, Pässe und Sichtvermerke zu kontrollieren, um Passagiere gegebenenfalls von der Beförderung auszuschließen. Grenzkontrollen wurden auf diese Weise ins Ausland vorverlagert und Airlines in die Migrationssteuerung einbezogen.[68] Auch nahmen um die Mitte der 1980er-Jahre herum die Fälle von Zurückweisungen an Flughäfen in der Bundesrepublik, speziell in Frankfurt, zu. Die große Mehrheit der Asylsuchenden durfte jedoch einreisen.[69]

All dies führte allerdings nicht zu einer Abnahme von Asylmigration auf dem Luftweg. Vielmehr griffen immer mehr Betroffene auf (immer professionellere) Fälschungen von Ausweis- und Visadokumenten und die Hilfe von Schmugglern respektive Fluchthelfern zurück.[70] Damit waren erhebliche Kosten verbunden, die

64 Bundesinnenminister Gerhart Baum hielt 1981 in einem internen Vermerk fest: »Um die Einreise ohne Sichtvermerk über Flughäfen wirkungsvoll zu unterbinden, ist es vielmehr notwendig, daß die Beförderung solcher Ausländer in das Bundesgebiet durch Fluggesellschaften unterbleibt.« Bundesminister des Innern, Vermerk, 25.6.1981, BArch, B 106/107413.

65 Stattdessen wurden sie als »Schein-« und »Wirtschaftsasylanten« dargestellt: *Bade*, Ausländer, Aussiedler, Asyl, S. 100–104.

66 Vgl. zum Beispiel Bundesinnenministerium, Daten und Informationen zur illegalen Einreise von Ausländern, 31.8.1989, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), B89-ZA,217527.

67 Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 28.7.1951, URL: <https://www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/unser-mandat/die-genfer-fluechtlingskonvention> [7.5.2024].

68 Vgl. *Patrice G. Poutrus*, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 96. Allgemein zur Rolle von Airlines in der Migrationskontrolle vgl. *Tilman Rodenhäuser*, Another Brick in the Wall: Carrier Sanctions and the Privatization of Immigration Control, in: International Journal of Refugee Law 26, 2014, S. 223–247.

69 Vgl. dazu *Liebisch-Gümüş*, Im Drehkreuz.

70 Die deutschen Behörden benutzten die negativer konnotierten Begriffe »Schleuser« oder »Schlepper«.

Marktdynamiken unterlagen. In einigen Städten entstanden florierende Schwarzmärkte für die Ausreise ins westliche Ausland – auch und vor allem mit dem Flugzeug. Insbesondere die Metropolen Karachi (Pakistan), Madras (Indien), Khartum (Sudan) und Istanbul entwickelten sich zu Transitknotenpunkten für Flüchtlinge und Migrierende aus dem Mittleren Osten sowie Südasien, wo Kriege, Militärdienst und repressive Regime die Menschen in die Flucht trieben. Sie begaben sich oft zunächst in die direkten Nachbarländer ihrer Heimat oder in andere Drittstaaten außerhalb Europas und suchten dort nach Möglichkeiten zur Weiterreise. Mithin wurden Transitstädte zu wichtigen Umschlagplätzen für Fluchthilfe und die Dienste von Schmugglern. Details hierüber wurden dem Bundesinnenministerium bekannt, nachdem der BGS umfangreiche Nachforschungen und Befragungen von Asylbewerbern am Flughafen durchgeführt und erste Ergebnisse in den Jahren 1986 und 1987 bereitgestellt hatte. So hatte beispielsweise eine Gruppe Afghanen, die während des auf die sowjetische Invasion folgenden Bürgerkriegs geflohen und auf dem Frankfurter Flughafen als Asylbewerber vorstellig geworden waren, den Grenzbeamten berichtet, dass sie zunächst Schmuggler für die Reise von Afghanistan nach Pakistan bezahlt hatten. Sie erklärten, daß man zum Preis von circa 3.000 bis 4.400 DM »in Karachi im Basar jederzeit jemanden finden könne, der Ausreisen organisiert«.[71] Unterdessen reisten tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka häufig über Madras im indischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo sie einen Markt im Stadtteil Anna Nagar besuchten, um ihre Weiterreise zu organisieren. Für die Beschaffung eines indischen Passes, den Kauf eines Flugtickets, die Schleusung durch die Flughafenkontrolle und eine eventuelle Begleitung bis nach Deutschland gab eine vom BGS befragte Gruppe von Tamilen an, zwischen 20.000 und 60.000 Rupien, also etwa 2.000 bis 6.000 DM, bezahlt zu haben. Und Flüchtlinge aus Äthiopien – auf der Flucht vor Hungersnot, Bürgerkrieg und dem autoritären Regime unter Mengistu Haile Mariam – begaben sich oft nach Khartum im benachbarten Sudan, weil sie wussten, »daß in dieser Stadt ohne Schwierigkeiten Personen zu treffen sind, die gegen Bezahlung Reisen nach Deutschland auch ohne Paß ermöglichen«.[72] In konkreten Fällen wurden dort »gegen die Zahlung von 3.000 Dollar alle Formalitäten erledigt und ein Betreten des Flugzeuges ohne Kontrolle ermöglicht«.[73] Iraner und Iranerinnen, die vor dem postrevolutionären Mullah-Regime und dem Militärdienst während des Ersten Golfkriegs 1980 bis 1988 flohen, reisten – ebenso wie asylsuchende Oppositionelle und ethnisch-religiöse Minderheiten aus der Türkei – meist über Istanbul.[74]

Istanbul galt den westdeutschen Behörden nachgerade als notorischer »Problemflughafen«[75], lag er doch »im Vergleich mit allen Flughäfen, von wo aus ille-

71 Bundesgrenzschutzdirektion an Bundesminister des Innern, Bekämpfung des Schlepperunwesens, Erster Zwischenbericht, 28.11.1986, BArch B 106/107414, S. 6.

72 Ebd., S. 7.

73 Ebd.

74 Vgl. ebd., S. 3.

75 »Einer dieser Problemflughäfen in diesem Zusammenhang [Anm. illegale Einreisen] ist seit mehreren Jahren Istanbul.« Leiter der Polizeiabteilung im Bundesministerium des Innern an Generaldirektor für Sicherheit der Republik Türkei über die deutsche Botschaft in Ankara, 27.6.1990, BArch B 106/380500.

gal reisende Ausländer in eines der genannten Zielländer reisen«[76], zahlenmäßig deutlich vorne.[77] Dabei wurden »über Istanbul neben Türken insbesondere Staatsangehörige von Afghanistan, Ghana, Indien, Iran, Libanon, Pakistan und Syrien in der Regel von Schleuserorganisationen professionell in die Zielländer gebracht«.[78] Die zuvor zitierte Studie der IOM von 1995 schätzte, dass sich seit 1980 über zwei Millionen Transitmigranten und -migrantinnen für kürzere oder längere Zeit in der Türkei aufgehalten hatten.[79] Die Türkei lag in Nachbarschaft zu Konfliktregionen. Hinzu kam, dass Flüchtende und Migrierende aus Afrika und Asien Istanbul mit dem Flugzeug erreichen und relativ problemlos einreisen konnten, da die Visabestimmungen für die Türkei im Vergleich zu Staaten in Westeuropa oder Nordamerika freizügig waren.[80] Während die Einreise in die Türkei relativ leicht war, gestaltete sich die Weiterreise in den Westen aufgrund der Visa- und Passkontrollen am Flughafen deutlich schwerer.

Aus dieser Nachfrage nach Ausreisen entwickelte sich in Istanbul ein besonders lebhafter Schwarzmarkt. Immer wieder begegneten die westdeutschen Grenzschutzbeamten in ihren Nachforschungen den Namen zweier Nachbarschaften in Fatih – Aksaray und Laleli – auf der historischen Halbinsel Istanbuls hinter dem bei Touristen beliebten Kapalı Çarşı (Großen Basar).[81] Dort ließen sich günstige Zimmer, informelle Arbeitsmöglichkeiten und Hilfe zur Weiterreise auftreiben.[82] Wie die deutschen Behörden konstatierten, wurden in vielen Lokalitäten – darunter Hotels, Reiseagenturen, Übersetzungsbüros und Bekleidungsgeschäfte – »Ausreisemöglichkeiten nach Deutschland, Schweden, Kanada usw. in Schaufenstern von Geschäften mit Preisangabe angeboten«.[83] Aus der Tatsache, dass unterschiedliche Orte und Namen von Schmugglern genannt wurden, schlossen die Grenzbehörden, »daß hinter der Ausreiseflut nicht eine große Schleuserorganisation, sondern viele Einzelschleuser stehen«.[84]

Ökonomische Faktoren wirkten sich während des Transits in Istanbul unmittelbar auf die individuellen Migrationschancen aus: In den Befragungen der Asylbe-

76 Ebd.

77 Im Jahr 1988 war der Atatürk-Flughafen »Spitzenreiter der Abflughäfen« mit 6.822 Personen, deren Einreise als illegal klassifiziert wurde. Bundesinnenministerium, Daten und Informationen zur illegalen Einreise von Ausländern, 3.10.1989, PAAA, B89-ZA/217527.

78 Leiter der Polizeiabteilung im Bundesministerium des Innern an Generaldirektor für Sicherheit der Republik Türkei über die deutsche Botschaft in Ankara, 27.6.1990, BArch B 106/380500.

79 Vgl. IOM, Transit Migration in Turkey, S. 1.

80 Vgl. ebd.; *dies.*, Irregular Migration in Turkey, Genf 2003, S. 44.

81 Vgl. unter anderem Bundesgrenzschutzdirektion an Bundesminister des Innern, Bekämpfung des Schlepperunwesens, Erster Zwischenbericht, 28.11.1986, BArch B 106/107414, S. 3; Bundesgrenzschutzdirektion an Bundesminister des Innern, Bekämpfung des Schlepperunwesens, Zweiter Zwischenbericht, 22.1.1987, BArch B 106/107414, S. 5.

82 Vgl. dazu auch *Taşkın Deniz*, Uluslar Arası Göç Sorunu Perspektifinde Türkiye, in: Turkish Journal of Social Research/Türkiye Sosyal Araştırmalar Dergisi 18, 2014, S. 175–204, hier: S. 193.

83 Bundesgrenzschutzdirektion an Bundesminister des Innern, Bekämpfung des Schlepperunwesens, Erster Zwischenbericht, 28.11.1986, BArch B 106/107414, S. 3.

84 Ebd., S. 2. Vgl. *Ahmet Içduygu/Sule Toktas*, How Do Smuggling and Trafficking Operate via Irregular Border Crossings in the Middle East? Evidence from Fieldwork in Turkey, in: International Migration 40, 2002, H. 6, S. 25–51, hier: S. 25: »networks of locally operating independent, individual groups«.

werber am Frankfurter Flughafen erfuhr die Polizei, dass Migranten und Migrantinnen oft länger als geplant in Istanbul bleiben und arbeiten mussten, um sich die Weiterreise zu finanzieren.[85] Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk erfuhr, dass viele der Flüchtlinge zwar mit Erspartem in der Türkei eintrafen, dies jedoch oft wegen der Kosten für Unterkunft (zumal in Hotels) oder der Bezahlung von Schmugglern an der iranisch-türkischen Grenze bald aufgebraucht sei.[86] Der durch Migrationsrestriktionen erzwungene Transit über die Türkei und die erforderlichen Fluchthilfedienste machten die Reise also teuer. Die Flüchtenden gerieten in prekäre finanzielle Lagen trotz ihres oft soliden sozioökonomischen Hintergrunds. Auch das Reiseziel konnte sich dadurch verändern. Ein asylsuchender Computertechniker aus dem Iran, der mit seiner Familie von Istanbul nach Frankfurt geflogen war, erklärte gegenüber Grenzbeamten im Jahr 1986, nach Deutschland gereist zu sein, »weil meine Frau und ich Deutschland mögen. Außerdem besaß ich nur 2.000 Dollar. Dieses Geld hätte für einen Flug [für vier Personen] in ein anderes Land nicht gereicht.«[87] Was die Kosten anging, waren die Flugtickets allein in vielen Fällen jedoch gar nicht ausschlaggebend. Ein Economy-Class-Ticket von Istanbul in die Bundesrepublik und zurück kostete schon Ende der 1970er-Jahre nur noch circa 400 DM.[88] Entscheidend war vielmehr die oft zusätzlich nötige Schmugglerhilfe. Das verdeutlicht das Beispiel eines anderen Mannes aus dem Iran, der im Jahr 1987 angab, um mit dem Flugzeug nach Frankfurt zu gelangen, habe er in Istanbul einen Reisepass für 1.050 $ gekauft sowie ein gefälschtes Visum für die Bundesrepublik für 2.400 $ (zusammengerechnet und inflationsbereinigt entspricht das nach heutigem Wert circa 9.569 $).[89]

Bis Mitte der 1990er-Jahre hatten Asylsuchende und Schmuggler vorwiegend auf den Flugverkehr zwischen der Türkei und Europa gesetzt.[90] Aber je stärker die Grenzkontrollen im Flugverkehr anzogen, desto wichtiger wurden alternative Reisewege. Im Jahr 1986 berichtete die amerikanische Zeitung »Christian Science Monitor«, dass viele iranische Migranten und Migrantinnen neuerdings versuchen würden, die Türkei über die Landgrenzen zu Griechenland und Bulgarien zu verlassen, was »eine direkte Folge aktueller europäischer Bestrebungen sei, die Restriktionen gegenüber Einwanderern aus der Dritten Welt und dem Mittleren Osten zu verschärfen«.[91] Auch stellte eine Folgestudie der IOM über »Irreguläre Migration

85 Bundesgrenzschutz, Befragung eines iranischen Staatsangehörigen, 28.11.1986, BArch B 106/107414.

86 Excerpt from the undated letter addressed to Mr. Shapour Moutamedi, Member of Amnesty International, Hanover Branch, on behalf of 20 Iranian refugee families in Turkey, 1983; Situation of Iranian refugees in Turkey Henry Goldman 14 March 1983, UNHCR, Records of the Central Registry, Fonds 11, Classified Subject Files 1971–1984, Series 2, Box 202, ARC-2/A43#, 100.TUR.IRN.

87 Bundesgrenzschutz, Befragung eines iranischen Staatsangehörigen, 28.11.1986, BArch B 106/107414.

88 Vgl. Vermerk Flugpreisgestaltung, 12.1.1978, BArch B 102/264210.

89 Vgl. Bundesgrenzschutz, Befragung eines iranischen Staatsangehörigen 6.1.1987, BArch B 106/107414; U. S. Bureau of Labor Statistics, Inflation Calculator.

90 Vgl. IOM, Irregular Migration in Turkey, S. 51.

91 *Sam Cohen*, Istanbul's ›Little Iran‹ Creates Prosperity, Problems for Turks Iranian Refugee Traffic Strains Turkey's Ties with Neighbors, in: The Christian Science Monitor, 21.11.1986 [Übersetzung C. L.].

in der Türkei« von 2003 fest, dass sich die Transportmittel im Laufe der Jahre verändert hatten. Seit Mitte der 1990er-Jahre sei infolge der verstärkten Einreisekontrollen an Flughäfen eine deutliche Zunahme des Seetransports zu verzeichnen. Grund hierfür sei jedoch nicht nur, dass weniger kontrollierte Routen bevorzugt würden. Vielmehr gehe es auch um Profit: Der Seeweg, so die Studie, sei profitabler für die Schmuggler, weil sich im Vergleich zu Flugzeugen eine größere Zahl an Personen mit nur einer Überfahrt transportieren ließe.[92]

Die Weiterreise mit dem Flugzeug von Istanbul in die Bundesrepublik und zu anderen Zielen in Europa war weiterhin möglich, wurde aber aufgrund der geringen Kapazität und des hohen Fälschungs- beziehungsweise Bestechungsaufwands wesentlich kostspieliger. So erwähnt die IOM-Studie einen Schmuggler, der im Jahr 2000 an die 200 Menschen über die Ägäis gebracht und dafür 1.000 $ pro Person verlangt habe. Dagegen behauptete ein Schmuggler irakischer Herkunft, der selbst 1987 über die Türkei nach Schweden gekommen war, er habe seit den späten 1990er-Jahren ebenfalls circa 200 Menschen per Flugzeug nach Deutschland geschmuggelt. Dabei zählte er die hohen ›Nebenkosten‹ auf: Für jeden Passagier habe er mindestens 1.000 $ Bestechungsgeld an die türkische Polizei im Flughafen zahlen müssen. Hinzu seien kleinere Beträge im dreistelligen Bereich gekommen, die an die Streifenpolizei zu entrichten gewesen seien, wenn diese in dem Teegarten vorbeischaute, von wo aus alles eingefädelt wurde. Der Preis, den ein Flüchtling für den Flug ab Istanbul zu zahlen hatte, bewegte sich daher zwischen 5.000 und 6.000 $.[93] Die Unterschiede scheinen sich im Laufe der Zeit weiter verschärft zu haben. Während der sogenannten Flüchtlingskrise in Europa im Jahr 2015 kostete die organisierte Überfahrt über das Meer etwa 1.000 $ oder mehr, die Reise im Flugzeug mit gefälschtem Pass dagegen eher mindestens 10.000 $.[94]

Es ist, um das noch einmal zu unterstreichen, also keineswegs so, dass sich Flüchtlinge aus dem ›Globalen Süden‹ Flüge nach Europa grundsätzlich nicht leisten konnten oder können. Eine 2012 veröffentlichte soziologische Studie zu »irregulärer Migration aus Asien und Afrika nach Europa« kommt in dieser Hinsicht zu interessanten Ergebnissen. Zunächst einmal verdeutlicht sie, dass Istanbul auch in den frühen 2000er-Jahren eine wichtige Transitstation blieb. Und sie zeigt, dass die Betroffenen durchaus häufig Flugzeuge nutzten – allerdings nur auf Teilen ihrer Reiseroute. Personen aus den Maghrebstaaten, Subsaharaafrika oder auch Bangladesch flogen oft direkt nach Istanbul (oder Izmir). In der Türkei mit dem Flugzeug angekommen, mussten sie oft Wochen oder Monate warten, bevor sie dann mit

92 Vgl. IOM, Irregular Migration in Turkey, S. 51.

93 Vgl. ebd., S. 93 und 96.

94 Allein die Preise für einen gefälschten Pass in Istanbul bewegten sich, wie die Zeitung Hürriyet berichtete, nach Angaben der türkischen Polizei zwischen 7.000 und 15.000 $. Vgl. *Çetin Aydın*, Suriyeli'den 15 bin dolara pasaport, in: Hürriyet, 2.1.2016; *Heather Murdock*, From Syria to Europe. The Price They Pay, Voice of America, 24.11.2015, URL: <http://www.voanews.com/a/syria-europe-refugees-cost-price/3072200.html> [7.5.2024]; *Wendy Pearlman*, Host State Engagement, Socioeconomic Class, and Syrian Refugees in Turkey and Germany, in: Comparative Politics 52, 2020, S. 241–267, hier: S. 256.

dem Ziel, in die EU zu gelangen, zu Booten an abgelegenen Küstenabschnitten der Ägäis oder an den türkisch-griechischen Grenzfluss Mariza gebracht wurden.[95]

Die zunehmende Frequentierung der prekären Routen über das Mittelmeer und den Balkan lässt sich, wie in diesem Abschnitt hervorgehoben wurde, also nicht allein damit erklären, dass sichere Fluchtwege per Flugzeug durch neue Visarestriktionen und Kontrollen versperrt wurden. Zugleich zeugt der Umstand, dass sich Schmuggler an neue Grenzkontrollen anpassten und vermehrt alternative Routen über Land und Wasser nutzen, nicht einfach von einem Katz-und-Maus-Spiel zwischen staatlicher Restriktion und migrantischer Subversion. Vielmehr wandelten sich auch die Gewinnmöglichkeiten für Schmuggler und damit die Preise auf dem Schwarzmarkt für Ausreisen, was sich auf das Angebot und die Kosten der Migrationswege und -verkehrsmittel auswirkte.

Fazit

Dieser Beitrag hat einen weiten Bogen geschlagen von der Flucht mit dem Flugzeug im Kontext nationalsozialistischer Herrschaft über die Flucht über den Eisernen Vorhang bis zur Asylmigration in die Bundesrepublik seit Ende der 1970er-Jahre und ihrer Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit. Selbst wenn nur wenige Menschen sich in den 1930er-Jahren die Flucht mit dem Flugzeug leisten konnten, verdient dieses Kapitel dennoch Beachtung. Es illustriert, welche Hoffnungen Flüchtlinge damals auf das neuartige Verkehrsmittel setzten: nämlich eine möglichst direkte, sichere und zeitgerechte Ankunft an ihrem Ziel- oder Fluchtort im Ausland. Ein Blick auf die Zwischenkriegszeit verdeutlicht zudem die Bedeutung sozioökonomischer Ressourcen: Nicht jeder konnte sich das Fliegen leisten. Im Vergleich zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt sich so ein grundlegender Wandel. Seit den 1970er-Jahren begann sich der Flugverkehr relativ zu demokratisieren – das Fliegen und damit auch die Flucht per Flugzeug wurden erschwinglicher. Davon profitierten insbesondere Asylsuchende aus den Mittelschichten in Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas. Diese neue Zugänglichkeit wurde jedoch fast gleichzeitig wieder eingeschränkt, als in den 1980er-Jahren die Migrationskontrollen im Luftverkehr verschärft wurden. Dadurch differenzierte sich der Markt für Migrationshilfe, wie hier am Beispiel Istanbuls und basierend auf den Akten des Bundesgrenzschutzes und den Daten der International Organization for Migration gezeigt wurde. Günstigere und zugleich profitablere Angebote für Reisen über Land und Meer gewannen an Bedeutung, während die Preise für Flugreisen wegen der hohen Kosten für Fälschungen und Bestechungen stiegen. Wenn man diese Befunde in einen längeren historischen Kontext stellt und sie in den Wandel des kommerziellen Flugverkehrs einordnet, lässt sich feststellen, dass undokumentierte Flüchtlinge nicht länger von der allgemein weiter voranschreitenden Demokratisierung

95 Vgl. *Anna Triandafyllidou/Thanos Maroukis*, Migrant Smuggling. Irregular Migration from Asia and Africa to Europe, Basingstoke/New York 2012, S. 73, 92–94, 107 und 118–120. Nachdem sich die türkischen Visavorschriften für Länder aus Afrika südlich der Sahara nach 2005 verschärft hatten, flogen Migrierende aus diesen Ländern oft zunächst nach Libyen oder Ägypten, wo sie falsche Pässe und Visa für die Türkei erwarben, bevor sie nach Istanbul oder Izmir weiterflogen.

des Fliegens profitierten. Im Gegenteil, es kam zu einer erneuten Exklusivität des Flugverkehrs, einer Restratifizierung sozusagen: Der Flugweg als Fluchtweg wurde nicht nur politisch versperrt, sondern wurde auch wieder zu einer ›Klassenfrage‹, da die Schmuggelkosten auf diesem Reiseweg besonders hoch waren.

Die Folgen alternativer Migrationsrouten beziehungsweise Fluchtwege können, wie die gegenwärtigen Todeszahlen im Mittelmeer drastisch verdeutlichen, lebensbedrohlich sein. Der mittlerweile verstorbene türkisch-deutsche Schriftsteller Doğan Akhanlı berichtet in einem seiner Kurztexte, wie er im Herbst 1991 aus Istanbul im Asylbewerberheim in Köln ankam. Eine kurdische Mitbewohnerin, die ebenfalls aus der Türkei kam, erzählte ihm von ihrer Reise:

> »Ich hörte ihr zu und verglich diese unterschiedlichen Fluchtwege und Schicksale mit mir und meiner Fluchtgeschichte. Und ja, ich dachte, dass ich […] sehr viel Glück gehabt habe. Ich musste nicht mit einem schäbigen Boot über das Mittelmeer nach Europa fahren. Oder über die Balkanroute. Ich musste keine Angst vor Hunger, Durst und vor dem Ertrinken auf dem offenen Meer haben. In Istanbul stiegen wir, mein Sohn und ich, mit gefälschten Pässen in ein Flugzeug. Als wir landeten, wartete mein Freund Adnan mit seiner Frau Neşe am Kölner Flughafen auf uns.«[96]

Migrationswege sind offensichtlich ein wichtiges Thema, weil sie existenziell werden können. Umso wichtiger scheint es, ihre vermeintliche Selbstverständlichkeit zu hinterfragen, indem man sie historisiert. Wenn Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Akteure sowie Aktivisten und Aktivistinnen heute »sichere Fluchtwege« fordern und dabei insbesondere eine »Seebrücke«[97] ins Spiel bringen, so fällt diese Forderung hinter eine historische Realität zurück, in der nicht die Fahrt über das Meer, sondern die schnelle und sichere Flucht per Flugzeug die Normalität gewesen ist.

96 *Doğan Akhanlı*, Mein Fluchthelfer, meine Muttersprache und mein Herz, in: *André Biakowski/Martin Halotta/Thilo Schöne* (Hrsg.), Zwischen Kommen und Bleiben. Ein gesellschaftlicher Querschnitt zur Flüchtlingspolitik, Berlin 2016, S. 184–192, hier: S. 186.

97 *Felix Keß/Helge Schwiertz*, Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege – ein Überblick, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 30.8.2019, URL: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/295985/zivilgesellschaftliche-initiativen-fuer-sichere-fluchtwege-ein-ueberblick/> [7.5.2024].

EVA MARIA GAJEK/BETTINA SEVERIN-BARBOUTIE

»Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz?«

Arbeitsmigration und Automobilität in der Bundesrepublik

»Oh Lord, won't you buy me a Mercedes Benz?
My friends all drive Porsches, I must make amends.
Worked hard all my lifetime, no help from my friends.
So, oh Lord, won't you buy me a Mercedes Benz?«[1]

Diese Zeilen stammen aus der ersten und letzten Strophe des Lieds »Mercedes-Benz«, das Janis Joplin kurz vor ihrem Tod Anfang Oktober 1970 in den Sunset Sound Recording Studios in Los Angeles für das Album »Pearl« einspielte. Den Gesang begleiten keine Instrumente und bevor das Lied beginnt, bemerkt Joplin ironisch ins Mikrofon: »I'd like to do a song of great social and political import. It goes like this«. Was folgt, ist ein Liedtext, in dem sie Gott anfleht, ihr einen Mercedes-Benz zu kaufen, und letztlich das Konsumverhalten in den Gesellschaften der Nachkriegszeit verspottet, allem voran den Konsum hochwertiger Automobile. Denn das Auto, so Joplins implizite Botschaft, sei eben nicht nur Fortbewegungsmittel. Es sei auch – vielleicht sogar vor allem – Statussymbol. Als solches belohne es zum einen für erbrachte Leistungen beziehungsweise den Umstand, ein Leben lang hart gearbeitet zu haben. Zum anderen biete es Zugang zu Konsum und Luxus, verspreche also gesellschaftlichen Aufstieg und Teilhabe. Damit lenke es gleichzeitig von anderen Nöten ab, die Ausgangsbedingungen für eben diesen Konsum seien, insbesondere von wirkmächtigen Ausbeutungsverhältnissen im Kapitalismus – so die in dem Lied ironisch daherkommende Kritik.

Der Journalist der Süddeutschen Zeitung Gökalp Babayiğit sieht in Joplins »Mercedes-Benz« daher auch »das Viagra unter den Anti-Kapitalismus-Liedern« – mit der Besonderheit allerdings, dass die US-amerikanische Sängerin »[d]em Immermehr-leisten-müssen und dem konsumgesellschaftlichen Wettbewerb […] nicht etwa schrillen Protest oder Verweigerung« entgegensetze, sondern »ein sarkastisches Stoßgebet«, dessen Rhythmus ins Ohr gehe.[2] Letzteres führte vermutlich dazu, dass das Unternehmen, das Mercedes-Benz-Automobile herstellte – die Daimler-Benz AG –, Joplins Lied in den 1990er-Jahren zur Werbung für seine Produkte einsetzte. Es verwendete den griffigen A-Cappella-Song, um das Objekt »Mercedes-Benz« als erstrebenswertes Repräsentationsmittel zu markieren und es damit eng an seine

1 *Janis Joplin*, Mercedes-Benz, 1970, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Qev-i9-VKlY> [12.6.2024]. Wir danken Sunniva Greve für den Hinweis auf dieses Lied, Sina Fabian und Alekos Lamprou für Hinweise zur Fachliteratur sowie Deniz Sahin für die Hilfe bei der türkischen Übersetzung.

2 *Gökalp Babayiğit*, Melodien für Rebellionen. Mercedes-Benz, in: Süddeutsche Zeitung, 3.7.2015, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/musikalische-kapitalismuskritik-teil-i-melodien-fuer-rebellionen-1.2531836-4> [17.6.2024].

soziale Funktion (rück-)zukoppeln.[3] Damit untergrub das Automobilunternehmen gekonnt die kritische Stoßrichtung des Lieds und machte das ironische Flehen Joplins letztlich zu einem Kaufargument für seine Fahrzeuge.

In der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Forschung werden soziokulturelle Vereinnahmungen des Automobils, wie Joplin sie in »Mercedes-Benz« anprangerte, als eine wichtige Begleiterscheinung der Geschichte des Autos seit seiner Erfindung im 19. Jahrhundert verstanden. Das gilt nicht allein für seine Funktion als Statussymbol: Wie kaum ein anderer Gegenstand versprach das Automobil einem großen Teil der Gesellschaft erweiterte Handlungs- und Möglichkeitshorizonte. Es ermöglichte seinen Konsument:innen, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen, indem es sowohl den Zugang zum Arbeitsplatz als auch zu Bildungs- und Freizeiteinrichtungen erleichterte und in diesem Sinne sowohl zur gesellschaftlichen Partizipation als auch zur kulturellen Integration beitrug.[4] Nicht zuletzt deswegen wird das Automobil als »ein zentrales Charakteristikum der Moderne«[5] sowie als »Paradesymbol der Modernität«[6] beschrieben und der »Automobilismus« als ein wichtiges Moment sozialer Integration verstanden.[7] Der Automobilismus habe, so der Soziologe Günter Burkart, Kultur und Lebensweise grundlegend verändert und sei zu einem zentralen Integrationsmuster westlicher Kulturen im 20. Jahrhundert geworden.[8] Burkart geht sogar so weit, zu argumentieren, dass sich das Auto in der Nachkriegszeit »zur Grundausstattung eines vollwertigen Gesellschaftsmitgliedes« entwickelt habe.[9] Zeithistorische Studien weisen aber zugleich darauf hin, dass das Automobil infolge der Energiekrisen, politischen Entwicklungen und negativen Auswirkungen der Massenmotorisierung in den 1970er-Jahren verstärkt in die Kritik geraten sei und in diesem Zug an Nachfrage wie auch an Prestige eingebüßt habe.[10] Dem Historiker Markus Nöhl zufolge entwickelte es sich

3 Vgl. folgende internationale Werbespots der 1990er-Jahre, die mit dem Song von Janis Joplin unterlegt sind: Mercedes-Benz, 1992, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=SDFr2uh_c2I>; Mercedes-Benz, 1995, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=sM9AimxIrfQ>; Mercedes-Benz, 1997, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=GJlkS_jnlYY> [alle 17.6.2024].

4 Vgl. *Günter Burkart*, Individuelle Mobilität und soziale Integration. Zur Soziologie des Automobilismus, in: Soziale Welt 45, 1994, S. 216–241, hier: S. 224.

5 *Weert Canzler*, Der anhaltende Erfolg des Automobils. Zu den Modernisierungsleistungen eines außergewöhnlichen technischen Artefaktes, in: *Gert Schmidt* (Hrsg.), Automobil und Automobilismus, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 19–41, hier: S. 21.

6 *Markus Nöhl*, Automobile Symbole im Umbruch. Automobilkritik und Symbolproduktion am Ende des Booms 1965–1975, in: *Stephanie Tilly/Florian Triebel* (Hrsg.), Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise, München 2013, S. 363–385, Zitat: S. 363.

7 Vgl. *Burkart*, Individuelle Mobilität und soziale Integration.

8 Vgl. ebd., S. 217 und 223 f.

9 Ebd., S. 224.

10 Vgl. unter anderem *Sina Fabian*, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990, Göttingen 2016; *Luísa Sousa/Rafael Marques*, Political Transitions, Value Change and Motorisation in 1970s Portugal, in: The Journal of Transport History 34, 2013, S. 1–21; *Nöhl*, Automobile Symbole im Umbruch, S. 363–385*; Ingo Köhler*, Marketingmanagement als Strukturmodell. Der organisatorische Wandel in der deutschen Automobilindustrie der 1960er bis 1980er Jahre, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 53, 2008, S. 216–239.

sogar »zum Antisymbol der Modernitätskritiker«.[11] Joplins »Mercedes-Benz« ist dafür ein sinnfälliges Beispiel.

Automobilität, in Anlehnung an den Mobilitätsforscher John Urry verstanden als das Zusammenspiel verschiedener Komponenten, darunter auch die erwähnte soziokulturelle Vereinnahmung des Automobils[12], ist in der zeithistorischen Forschung lange Zeit eher wenig beachtet worden. Seit den 2000er-Jahren wird sie aber zunehmend untersucht, insbesondere in der stark von den Mobility Studies beeinflussten Transportgeschichte sowie in der Wirtschafts-, Unternehmens- und Konsumgeschichte. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Untersuchungsräume und -zeiten beträchtlich ausgeweitet worden, sondern ebenfalls die Quellen und Methoden, mit denen diese untersucht werden.[13] Das hat wiederum dazu beigetragen, die Geschichte der Automobilität gleichermaßen zu differenzieren und zu erweitern. Transnationale Studien sind dagegen trotz der globalen Präsenz des Automobils immer noch wenig verbreitet.[14] Ebenso fehlt es nach wie vor an Untersuchungen, die explizit die migrantische Automobilität einbeziehen. Das gilt sowohl für die zeithistorische Konsum- und Verkehrsforschung als auch für die Migrationsgeschichte.[15] Letztere interessiert sich weiterhin mehr für Migrant:innen als Menschen, die befördert wurden, denn als Personen, die sich eigenständig durch den Raum bewegten. Beispielhaft dafür sind jüngere Studien zur Bedeutung des Luftverkehrs in asylpolitischen Zusammenhängen oder zur Rolle von Zügen für den Transport von Arbeitsmigrant:innen.[16] Darüber hinaus untersucht die Migrationsgeschichte Migrant:innen weniger als Konsument:innen, Verkehrsteilnehmer:innen

11 *Nöhl*, Automobile Symbole im Umbruch, S. 363.

12 Vgl. *John Urry*, The ›System‹ of Automobility, in: Theory, Culture & Society 21, 2004, H. 4/5, S. 25–39, hier: S. 25 f.

13 Einen wichtigen Auftakt dazu bildete sicherlich das Themenheft »Automobilities«: Theory, Culture & Society 21, 2004, H. 4/5.

14 Transnationale Perspektiven bieten folgende Studien: *Jacob Harris*, »Car, Car over All, It Has Taken a Terrible Hold of Us«: Experiencing Automobility in Interwar Britain and Germany, in: The Journal of Transport History 44, 2023, S. 411–435; *Gijs Mom*, Globalizing Automobilism. Exuberance and the Emergence of Layered Mobility, 1900–1980, New York/Oxford 2020; *Fabian*, Boom in der Krise.

15 Trotz innovativer und vielseitiger Perspektiven, beispielsweise auf Geschlecht, spielen Migrant:innen in der Verkehrsforschung bisher keine Rolle. Vgl. grundsätzlich die anregenden Studien von *Kai Nowak*, Automatismen als Unfallprävention? Verkehrssicherheit in der frühen Bundesrepublik im Zeichen von Selbstkontrolle und Resilienz, in: *Nicolai Hannig*/*Malte Thießen* (Hrsg.), Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken, Berlin/Boston 2017, S. 147–167; ferner *ders*., Teaching Self-Control. Road Safety and Traffic Education in Post-War Germany, in: Historical Social Research 41, 2016, H. 1, S. 135–153. Für die Konsumgeschichte grundlegend: *Ingo Köhler*, Auto-Identitäten. Marketing, Konsum und Produktbilder des Automobils nach dem Boom, Göttingen 2018.

16 Vgl. unter anderem *Carolin Liebisch-Gümüş*, Im Drehkreuz. Konflikte um Asyl und Zurückweisungen am Frankfurter Flughafen (1980–1995), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 20, 2023, S. 85–112; *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019, S. 175–187; *dies*., Multiple Deutungen und Funktionen. Die organisierte Reise ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik (1950er–1970er Jahre), in: GG 44, 2018, S. 223–249; *Jennifer A. Miller*, On Track for West Germany. Turkish ›Guest-worker‹ Rail Transportation to West Germany in the Postwar Period, in: German History 30, 2012, S. 550–573.

und Verkäufer:innen denn als Produzent:innen von Automobilen. Ein Fokus liegt dabei auf ihrem Alltag in Fabrik und Privatleben[17], ein weiterer auf Gewerkschaften, Streiks und Arbeitskämpfen.[18]

Dagegen haben sich bisher nur wenige Studien mit der Frage beschäftigt, in welchem Ausmaß und wie Migrant:innen selbst Automobile genutzt haben. Für die Bundesrepublik hat die Kulturwissenschaftlerin Claudia Valeska Czycholl am Beispiel privater Bilder und Pressefotografien die Fremd- und Selbstrepräsentationen nichtdeutscher Migrant:innen in Freizeit und Konsum untersucht und dabei auch das Automobil in den Blick genommen.[19] Olga Sparschuh hat den Automobilkonsum italienischer Migrant:innen in München mit dem von Migrant:innen aus Süditalien verglichen, die in Turin lebten.[20] Bettina Severin-Barboutie und Michelle Lynn Kahn haben die Verwendung des Automobils im Kontext von Urlaubsreisen in die Herkunftsgemeinschaften analysiert – Severin-Barboutie vergleichend für Urlaubsreisen nach Italien und in die Türkei, Kahn ausschließlich für Urlaubsreisen

17 Vgl. *Olga Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen 2021, S. 361–331; *Hedwig Richter/Ralf Richter*, Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg, Paderborn 2012.

18 Die vorliegenden Studien konzentrieren sich bislang vor allem auf die Untersuchung von Autoherstellern in einzelnen Staaten Europas. Beispielsweise liegen für Frankreich Studien zu Renault vor. Vgl. unter anderem *Laure Pitti*, Ouvriers algériens à Renault-Billancourt, de la guerre d'Algérie aux grèves d'OS des années 1970. Contribution à l'histoire sociale et politique des ouvriers étrangers en France, Thèse de doctorat, Paris 2002; *dies*., Les luttes des OS immigrés dans l'automobile (1970–1975), in: Groupe d'information et de soutien des immigré·e·s (Gisti) (Hrsg.), Mémoire des luttes de l'immigration en France, Bd. 1, Paris 2014, S. 87–91; *Michelle Zancarini-Fournel*, Vom Mai 68 zu den »68er Jahren«. Eine Geschichte der vergessenen Orte, in: *Ingrid Gilcher-Holtey* (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt am Main 2008, S. 133–151, hier: S. 147. Einen größeren Überblick bietet dagegen *Stéphane Kronenberger*, Les O.S. immigrés à l'écran, in: Hommes & migrations, 2016, Nr. 1313, DOI: <https://doi.org/10.4000/hommesmigrations.3559> [1.7.2024]. Für die Bundesrepublik wurden Ford, Daimler-Benz, VW und BMW genauer untersucht, unter anderem in folgenden Studien: *Jörg Huwer*, »Gastarbeiter« im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013; *Mascha Schlomm*, 50 Jahre wilder Streik bei Ford 1973, 24.8.2023, URL: <https://www.fes.de/feshistory/50-jahre-wilder-streik-bei-ford-1973> [9.7.2024]; *Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner* u. a. (Hrsg.), Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisierungen und Gewerkschaften in den 1970/1980er Jahren, Hamburg 2022; *Simon Goeke*, »Wir sind alle Fremdarbeiter!«. Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, Paderborn 2020; *Bettina Severin-Barboutie*, Geschichten eines Rebellen und Akte einer Rebellion: Die »Aufzeichnungen eines italienischen Daimler-Benz-Arbeiters (1961–1977)« und das »Diario di Mario d'Andrea«, in: *Monika Eigmüller/Nikola Tietze* (Hrsg.), Ungleichheitskonflikte in Europa. Jenseits von Klasse und Nation, Wiesbaden 2019, S. 173–186; *Oliver Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren, Paderborn 2015; *Simon Goeke*, The Multinational Working Class? Political Activism and Labour Migration in West Germany during the 1960s and 1970s, in: JCH 49, 2014, S. 160–182; *Richter/Richter*, Die Gastarbeiter-Welt. Eine komparative Perspektive auf Italien und die Bundesrepublik bietet *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 261–367, mit ihrem Vergleich der Stammwerke von Fiat und BMW.

19 Vgl. *Claudia Valeska Czycholl*, Bilder des Fremden. Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960–1982), Bielefeld 2020, S. 199–242.

20 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 463–466.

in die Türkei.[21] Und die Autor:innen des Sammelbands »Der Ferientransit in die Türkei und die Erzählungen der Autobahn/Türkiye'ye tatil yolu ve otoban hikayeleri« sind Automobilität auf der ehemaligen Europastraße 5 nachgegangen, das heißt auf der Autobahn, die von Deutschland über den Balkan in die Türkei führte und im Türkischen nicht nur »Heimatweg« (Sıla yolu), sondern wegen der vielen Unfälle auch »Todesstraße« genannt wurde.[22]

Im Folgenden möchten wir an diese Studien anknüpfen und Automobilität von Frauen und Männern untersuchen, die sich im Kontext der Arbeitsmigration seit den 1950er-Jahren in und außerhalb von Europa allein oder mit anderen Menschen auf den Weg in die Bundesrepublik machten, sei es um zu arbeiten oder aus anderen Gründen. Dazu verknüpfen wir die Perspektive auf Migration als »gesellschaftsbewegende und gesellschaftsbildende Kraft« im Sinne der kritischen Migrationsforschung[23] mit der Frage nach »flows, movement and mobility in social life« der interdisziplinären Mobilitätsforschung[24], um erstens danach zu fragen, wie sich diese Menschen das Automobil aneigneten, und um zweitens exemplarisch zu untersuchen, wie ihre Automobilität in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sowie in ihren Herkunftsländern bewertet und eingeordnet wurde.

Wir beantworten diese Fragen in drei Schritten. Zunächst beschäftigen wir uns mit Automobilitätspraktiken von Migrant:innen in der Bundesrepublik, wobei wir die Bezeichnung als »Migrant:in« in Anlehnung an die kritische Migrationsforschung als eine »sozial, politisch und kategorial hergestellte Beziehung«[25] verstehen (I.). Dazu greifen wir auf zeitgenössische Umfragen und Erinnerungsfragmente zurück, ohne den Aussagewert dieser wenig repräsentativen und einer Quantifizierung sicherlich nicht standhaltenden Quellen zu überschätzen. Zudem ziehen wir Unterlagen aus der Sammlung heran, die das »Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland« (DOMiD) seit seiner Gründung durch Migrant:innen aus der Türkei im Jahr 1990 (als DOMiT – »Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V.«) über Migration in Deutsch-

21 Vgl. *Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, S. 148–162; *Michelle Lynn Kahn*, The Long Road Home: Vacations and the Making of the »Germanized Turk« across Cold War Europe, in: The Journal of Modern History 93, 2021, S. 109–149; *dies.*, Between *Ausländer* and *Almanci*: The Transnational History of Turkish-German Migration, in: Bulletin of the GHI, 2020, Nr. 66, S. 53–82; DOMiD/Bi'bak (Hrsg.), Sıla Yolu. Der Ferientransit in die Türkei und die Erzählungen der Autobahn/Türkiye'ye tatil yolu ve otoban hikayeleri, Berlin 2016. Kahns empirisch überaus interessante Studien sind freilich nicht ganz unproblematisch, weil sie stark binär angelegt sind und damit in methodischer Hinsicht hinter den Stand der kritischen Migrationsforschung zurückfallen. Hinzu kommt, dass jüngere Forschungsergebnisse nicht immer zur Kenntnis genommen wurden, obwohl sie die Ergebnisse mitunter in ein anderes Licht gerückt hätten.

22 *Ali Can Yildirim*, Vorwort/Giriş, in: DOMiD/Bi'bak, Der Ferientransit in die Türkei und die Erzählungen der Autobahn, S. 6–9, hier: S. 6.

23 *Erol Yildiz*, Postmigrantische Perspektiven. Aufbruch in eine neue Geschichtlichkeit, in: *ders./Marc Hill* (Hrsg.), Nach der Migration, Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft, Bielefeld 2014, S. 19–36, Zitat: S. 21.

24 *Mike Featherstone*, Automobilities. An Introduction, in: Theory, Culture & Society 21, 2004, H. 4/5, S. 1–24, Zitat: S. 1.

25 *Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner* u. a., Einleitung in: *dies.*, Solidarität – Kooperation – Konflikt, S. 9–34, Zitat: S. 16.

land zusammenträgt und aufbewahrt.[26] Zuletzt stützen wir uns auf die bereits erwähnten Studien zum Freizeit- und Konsumverhalten ausländischer Migrant:innen in der Bundesrepublik in den 1950er- bis 1980er-Jahren und bringen diese mit Forschungsergebnissen zur Entwicklung der Motorisierung in Europa nach 1945 zusammen. Mithilfe dieser Verknüpfung arbeiten wir heraus, dass Migrant:innen ebenfalls Verkehrsteilnehmer:innen sowie Konsument:innen und Verkäufer:innen von Automobilen waren. Darüber hinaus weben wir ihre Automobilitätspraktiken in die Geschichte der Bundesrepublik ein, indem wir herausarbeiten, dass sie Aktivitäten entsprachen, die hier auch sonst geläufig waren und die Migrant:innen auf diese Weise am soziokulturellen Leben teilhaben ließen. Nicht zuletzt transzendieren wir die Geschichte der Bundesrepublik, indem wir verdeutlichen, dass die Automobilitätspraktiken der Migrant:innen mit mehreren Orten und Staaten verbunden und daher zwangsläufig translokal und transnational zugleich waren.

Anhand beispielhafter Erinnerungen und medialer Quellen aus Presse, Literatur und Film befassen wir uns im zweiten Schritt mit dem von Janis Joplin besungenen Mercedes-Benz (II.). Dieser wurde bislang hauptsächlich mit Konsument:innen der sozialen Oberschicht in Verbindung gebracht und in seiner Funktion als »generalisierbares Statussymbol« in Arbeiten der Konsum- und Wirtschaftsgeschichte nur bedingt erfasst.[27] Dabei wird ein Mercedes bis heute nicht nur, wie der Wirtschaftsanthropologe Ulrich Hemel hervorhebt, »über mehrere Generationen und soziale Schichten hinweg als Ausweis von Reichtum, Lebensstandard und Erfolg verstanden«[28], sondern ebenfalls über politische, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg. Als Statussymbol ist er nicht an kapitalistische beziehungsweise westlich geprägte Konsumräume gebunden, sondern prinzipiell offen. Das macht ihn zu einem ausgesprochen interessanten Objekt, um grenzüberschreitende Aneignungen zu untersuchen und nationale Fahrzeugsymbole wie den VW Käfer in der Bundesrepublik oder den Seat 600 im franquistischen Spanien in transnationale Zusammenhänge zu stellen.[29] In diesem Aufsatz möchten wir zum einen zeigen, wie der Mercedes-Benz immer wieder als Statussymbol genutzt wurde, um auch

26 Vgl. DOMiD, Die Gründungsgeschichte des Vereins. Von der Garage zum Archiv: Wie alles begann, o. D., URL: <https://domid.org/ueber-uns/geschichte/> [10.7.2024]. Die Bestände des DOMiD-Archivs sind einzigartig und deshalb überaus wertvoll für die historische Forschung. Für einen reflektierten Umgang mit diesen wäre es freilich notwendig, mehr über die Sammlung und Aufbewahrung sowie über die Katalogisierung und Beschreibung der Bestände zu erfahren. Ferner wäre zu berücksichtigen, dass DOMiT aufs Engste mit der Migration aus der Türkei in Nordrhein-Westfalen verzahnt ist, weil die Gründer von DOMiT aus der Türkei stammende Migrant*innen in Nordrhein-Westfalen waren.

27 *Ulrich Hemel*, Soziale Selbstinszenierung und Einzigartigkeit. Wie funktionieren Statussymbole im Management?, in: *Lioba A. Gierke*/*Fabiola H. Gerpott* (Hrsg.), Statussymbole im Wandel. Haben, was andere nicht haben können, Baden-Baden 2022, S. 19–40, hier: S. 23.

28 Ebd.

29 Die beiden Fahrzeugtypen wurden zeitgenössisch zum Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs in beiden Staaten. Vgl. für die Bundesrepublik *Ehrhard Schütz*, Der »Käfer«. Die Ikone des Wirtschaftswunders, in: *Gerhard Paul* (Hrsg), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 122–129; *Gerhard Paul*, Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte, Darmstadt 2023, S. 188; und für Spanien *Birgit Aschmann*, Spanien in der *transición*. Von der Franco-Diktatur zur Demokratie, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25, 2016, H. 3, S. 29–58, hier: S. 39, Anm. 39.

Migrant:innen – und hierbei vor allem Männer aus der Türkei – sozial zu qualifizieren. Zum anderen arbeiten wir die ambivalenten sozialen Zuschreibungen heraus, die ihnen in diesem Kontext von außen zuteilwurden und von Anerkennung, Respekt und Zugehörigkeit bis hin zu Geringschätzung, Verspottung und Ausgrenzung reichen konnten, und zwar sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Herkunftsgemeinschaften.

Ausgehend davon fassen wir im dritten und letzten Schritt die Ergebnisse unserer Analyse zusammen und diskutieren das analytische Potenzial, das Automobilität für die Erforschung transnationaler Dynamiken in Migrationsgesellschaften seit dem 20. Jahrhundert besitzt. Unsere Überlegungen stehen dabei in Zusammenhang mit einem größeren Forschungsvorhaben, in dessen Kontext wir aktuell den Mercedes-Benz als transnationales Objekt untersuchen.

I. Translokal und transnational: Automobilitätspraktiken von Migrant:innen in der Bundesrepublik

Automobilhersteller benötigten in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine hohe Anzahl an Arbeitskräften. Und sie bezahlten auch ausgesprochen gut. Das machte sie zu attraktiven Arbeitgebern in der Bundesrepublik, auch unter Arbeitskräften aus dem Ausland, die – das zeigen vorliegende Statistiken – zunehmend in der Autoindustrie beschäftigt waren. Bei der Daimler-Benz AG beispielsweise stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten von 3.890 im Jahr 1963 auf 21.000 im Jahr 1971.[30] Die Volkswagen-AG in Wolfsburg beschäftigte im selben Zeitraum ebenfalls Tausende ausländische Arbeitskräfte. Der Großteil von ihnen stammte aus Italien.[31]

Diese Menschen produzierten ein Konsumgut, das sich gerade in der Zeit nach 1945 durch technische Weiterentwicklungen und die Senkung der Benzinpreise sowie der Kfz-Steuer, vor allem aber durch wachsende Einkommen und die Möglichkeit von Teilzahlungskrediten[32] von einem Oberschichtenphänomen zu einem Massenprodukt entwickelte, dessen Erwerb sich mehr und mehr Menschen leisten konnten.[33] Als Joplin ihr Lied vertonte, war die Motorisierung nicht nur in den

30 *Vgl. Stefanie Bucher*, Arbeitsmigration in Deutschland und Frankreich. Das Beispiel der Automobilindustrie in den 1960er Jahren, Masterarbeit, Eichstätt [2014], S. 26.

31 Vgl. die Diagramme bei *Richter/Richter*, Gastarbeiter-Welt, S. 15 und 151.

32 Vgl. zur Bedeutung von Einkommen und den Teilzahlungskrediten für die Kaufentscheidung *Christopher Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut 1950–1964, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook 51, 2010, H. 1, S. 19–36, hier: S. 25 f. Ende der 1950er-Jahre sollen nach der Auffassung von Konsumforscher:innen etwa 40 % aller privaten Autokäufe durch einen Teilzahlungskredit möglich geworden sein.

33 Vgl. *Reiner Flik*, Automobil-Konsum in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren, in: *Rolf Spilker* (Hrsg.), Richtig in Fahrt kommen. Automobilisierung nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland, Bramsche 2012, S. 162–173, hier: S. 164. Im Jahr 1955 gehörten von den 1,6 Millionen zugelassenen PKWs nur 22 % Angestellten, Beamten und Arbeitern. Vgl. *Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut, S. 23. Wenige Jahre später ermittelte eine Repräsentativerhebung des Allensbach-Instituts, dass nur 2 % aller Arbeiter:innen überhaupt ein Auto besaßen, während 12 % der Angestellten und Beamten und 29 % der Selbstständigen und Freiberufler ein solches hatten. Vgl. *Elisabeth Noelle*/*Erich Peter Neumann*, Jahrbuch der

USA[34], sondern auch in der Bundesrepublik weit fortgeschritten: Statistischen Erhebungen zufolge stieg die Zahl der Pkw-Neuzulassungen seit den 1960er-Jahren rapide, was die Forschung dazu veranlasst hat, das Jahr 1960 als »Epochengrenze für die Massenmobilität« auszumachen.[35] Das Automobil avancierte in der Folgezeit sogar zum Symbol des ›Wirtschaftswunders‹ und des allgemeinen Anstiegs von Wohlstand sowie (sozialer) Mobilität in der Bundesrepublik schlechthin.[36] Mit anderen Worten: Es wurde zum Sinnbild von Fortschritt und Erfolg, weshalb es – darauf hat die Historikerin Sina Fabian vor Kurzem in einem Vortrag hingewiesen – auch gern als Titelmotiv für geschichtswissenschaftliche Großerzählungen dieser Periode verwendet wird.[37]

Die Massenmotorisierung verlief in der Bundesrepublik jedoch regional sehr unterschiedlich. So besaßen in Süddeutschland überdurchschnittlich viele Menschen ein Automobil, während die Pkw-Dichte in anderen Gegenden, insbesondere in den ländlich geprägten Regionen im Norden, verhältnismäßig niedrig war. Unterschiede gab es zudem zwischen Stadt und Land. Sozialwissenschaftliche Studien, die in den 1950er- und 1960er-Jahren zu Ballungsgebieten durchgeführt wurden, kamen zu dem Ergebnis, dass sich ein unterdurchschnittlicher Besitz eines Automobils dort niederschlage, »wo die Eisenbahn und der Öffentliche Nahverkehr das Mobilitätsbedürfnis der kleinen Leute einigermaßen« befriedige. Ebenso arbeiteten sie heraus, dass Stadtbewohner:innen vermehrt »mittelgroße und große Wagen« kauften, während auf dem Land der Kleinwagen das beliebtere Modell sei.[38]

Zu denjenigen, die sich zunehmend motorisierten, gehörten die Haushalte von Arbeiter:innen, unter ihnen auch ausländische Erwerbstätige, wobei letztere in

---

öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1958, zit. in: *Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut, S. 24. Zu ähnlichen Ergebnissen, wenngleich mit einer leichten Steigerung, kamen die Erhebungen des Deutschen Instituts für Volksumfragen im Jahr 1958. Demnach besaßen 6 % der Facharbeiter ein Auto. Vgl. *Günter Rinsche*, Der aufwendige Verbrauch, in: *ders./Hartmut Kreikebaum* (Hrsg.), Das Prestigemotiv in Konsum und Investition. Demonstrative Investition und aufwendiger Verbrauch, Berlin 1961, S. 105–213, hier: S. 159, zit. in: *Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut, S. 23.

34 Die USA gelten als Vorreiter in der Massenmobilisierung. Vgl. *Flik*, Automobil-Konsum in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren, S. 164.

35 *Peter Borscheid*, Auto und Massenmobilität, in: *Hans Pohl* (Hrsg.), Die Einflüsse der Motorisierung auf das Verkehrswesen von 1886 bis 1986, Stuttgart 1988, S. 117–141, hier: S. 122. Auftrieb erhielt diese Entwicklung in der Bundesrepublik nicht zuletzt durch politische Reformen Ende der 1960er-Jahre, die sich darauf richteten, Partizipations- und Bildungschancen zu erhöhen, und die das Automobil in diesem Zusammenhang als zentrales Vehikel verstanden, um dieses Ziel zu erreichen. Vgl. *Canzler*, Der anhaltende Erfolg des Automobils, S. 28 f.

36 Im Mittelpunkt stand dabei zeitgenössisch oftmals der VW Käfer. Vgl. *Schütz*, Der »Käfer«; *Paul*, Die Bundesrepublik, S. 188.

37 Vgl. *Sina Fabian*, Autofahren, Vortrag auf der Konferenz »Sehepunkte im Wandel – Auf dem Weg zu einer neuen Geschichte der Bundesrepublik?«, Tübingen, 6.–8.3.2024. Beispiele für solche Studien sind etwa *Andreas Fahrmeir*, Deutschland: Globalgeschichte einer Nation, München 2020; *Axel Schildt*, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007; *Jens Hacke*, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006; *Wolfgang Benz*, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bde., Frankfurt am Main 1989.

38 Zit. in: *Flik*, Automobil-Konsum in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren, S. 172.

den zeitgenössischen Statistiken zum Autokauf (und in den historischen Großerzählungen zur Bundesrepublik) weitestgehend unsichtbar blieben. In einer Studie über türkische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik, die die Sozialwissenschaftlerin Nermin Abadan 1963 im Auftrag der Staatlichen Planungsbehörde (Devlet Planlama Teşkilatı, DPT) der Türkei durchführte, gaben beispielsweise 14,8 % der Befragten an, ein Auto kaufen zu wollen.[39] Eine in der türkischen Zeitung Milliyet im Februar 1965 veröffentlichte Reportage kam zu einem ähnlichen Ergebnis, differenzierte aber zwischen den Geschlechtern. Demnach waren es in erster Linie Männer, die ein Auto besitzen wollten. Frauen träumten laut diesem Bericht von schönen Kleidern.[40]

Dieser Wunsch war den Behörden durchaus bekannt. Zumindest deutet das die exponierte Rolle an, die das Auto in allgemeinen Informationsmaterialien für ausländische Arbeitskräfte spielte. Die Europäische Kommission gab beispielsweise in ihren Ratgebern explizite Informationen zum Führerschein.[41] Hintergrund war, dass Migrant:innen einen deutschen Führerschein benötigten, um ein Auto fahren zu können, selbst dann, wenn sie eine ausländische Fahrerlaubnis besaßen. Diese wurde in der Bundesrepublik nach einem Jahr ungültig.[42] Das Hessische Sozialministerium wiederum informierte in seiner 1971 in mehreren Sprachen erschienenen Broschüre für »ausländische Arbeitnehmer in Hessen« noch weit ausführlicher über Kauf, Finanzierung, Zulassung und technische Überwachung eines Autos sowie über Führerschein, Kfz-Steuer, Kfz-Versicherungen, Verhalten bei einem Verkehrsunfall und Automobilclubs.[43] Das Bundesministerium für Verkehr veröffentlichte Mitte der 1970er-Jahre zudem ein Merkblatt »für Ausländer, insbesondere Gastarbeiter über die Führerscheinbestimmungen«, in dem es nicht nur darauf aufmerksam machte, dass in der Bundesrepublik der Besitz einer Fahrerlaubnis uner-

39 *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 73. Die Studie wurde in dem folgenden Sammelband auf Deutsch veröffentlicht: *Nermin Abadan*, Studie über die Lage und die Probleme der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bildungswerk Europäische Politik (Hrsg.), Arbeitsplatz Europa. Langfristige Perspektiven und europäische Aspekte zum Problem ausländischer Arbeiter, Köln 1966, S. 102–124. Vgl. Abadans Erinnerungen an die Studie: *Barbara Pusch/Julia Splitt* (Hrsg.), 50 Jahre deutsch-türkische Migrationsforschung. Ein autobiografischer Rückblick von Prof. Dr. Nermin Abadan-Unat, Bonn 2014, S. 15–45.

40 Vgl. *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 211 f.; *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«., S. 73 und 77.

41 Vgl. Europäische Kommission, Wohnen in einem anderen Land der Europäischen Union: Informationsprogramm für die Bürger Europas, o. D., DOMiD, E 0467,0080. Vgl. zudem das kleine Faltblatt mit zahlreichen Zeichnungen von Verkehrssituationen, Sayin Isci Yuttaslar, 1982, DOMiD, E 1340,1302.

42 Die Kosten übernahmen zum Teil die Arbeitgeber in der Bundesrepublik. Ein solcher Fall war beispielsweise Anna Z., die ihren jugoslawischen Führerschein nicht anerkennen lassen konnte. Vgl. Einzeldokument, Führerschein, o. D., DOMiD, E 0473,0009; Führerschein (Migrationshintergrund Türkei), o. D., DOMiD, E 0549,0025. Interessant sind auch die türkischsprachigen Beschriftungen der Ordner, in denen Dokumente dieser Art im DOMiD-Archiv aufbewahrt werden. So trägt ein Ordner den Titel »Ehliyet« (Führerschein), ein anderer heißt »Otomobil« (Auto), DOMiD, E 1382,0026b.

43 Hier sei nur die deutschsprachige Ausgabe referenziert: Hessischer Sozialminister, Wiesbaden, Arbeitsheft 53: Informationen für ausländische Arbeitnehmer in Hessen, Wiesbaden 1971, S. 50–52.

lässlich sei, um »auf öffentlichen Straßen ein Kraftfahrzeug zu führen«, sondern zugleich auf die strafrechtlichen Folgen bei einer Zuwiderhandlung hinwies.[44] Diese verschiedenen Quellen genauso wie Aufklärungsvideos zur »Verkehrserziehung« der deutschen Verkehrswacht in verschiedenen Sprachen, in denen erklärt wurde, wie auf der deutschen Straße zu überholen sei, welche Abläufe dabei essenziell seien (Schulterblick) und wie man sich bei einem Unfall zu verhalten habe[45], veranschaulichen, dass die Auseinandersetzung mit den neuen Fahrer:innen in dieser Zeit noch einen starken erzieherischen Impetus besaß. Damit gliedert sie sich in die generelle Linie der damaligen Verkehrspolitik ein, die darum bemüht war, der »Verkehrskrise« und den zahlreichen Unfällen in der Nachkriegszeit mit Aufklärung über Regeln, Gefahren und Verboten zu begegnen, und die erst im Begriff war, auf eine stärkere Selbstdisziplinierung der Fahrenden und »die Habitualisierung sicherheitsadäquater Verhaltensroutinen« zu setzen.[46] Dass ausländische Migrant:innen im Verlauf der 1970er-Jahre zunehmend als Verkehrsteilnehmende in den Blick verschiedener Stellen gerieten, zeigen darüber hinaus deutsch-türkischsprachige Bücher zur Vorbereitung auf die Führerscheinprüfung (Abbildung 1), die Eröffnung türkischer Fahrschulen sowie die Einführung von »Ausländertarifen« durch Autoversicherungen.[47]

Es liegen vereinzelt Zahlen darüber vor, wie viele Migrant:innen sich den Wunsch nach beziehungsweise den Traum von einem Automobil tatsächlich erfüllten. Gewiss, diese Erhebungen sind in Hinblick auf die darin zugrunde gelegten Methoden und Kategorien, insbesondere in Bezug auf die Bedeutung nationaler Stereotype, problematisch und müssen entsprechend kritisch betrachtet werden. Sie deuten gleichwohl darauf hin, dass sich auch das Konsumverhalten von Arbeitsmigrant:innen in den späten 1960er-Jahren wandelte. Eine zeitgenössische Studie für die Bundesrepublik kam beispielsweise zu dem Ergebnis, dass »[r]und jeder ›fünfte‹ Gastarbeiter […] einen Pkw« besitze.[48] Vergleichbare Veränderungen im Konsumverhalten zeichneten sich auch außerhalb der Bundesrepublik ab. Für Italien beispielsweise hat Olga Sparschuh auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Doxa hingewiesen, die noch für das Jahr 1957 ergeben hatte, dass sich

44 Der Bundesminister für Verkehr, Merkblatt für Ausländer, insbesondere Gastarbeiter, über die Führerscheinbestimmungen in deutscher, englischer, französischer, italienischer, spanischer, griechischer, serbo-kroatischer (jugoslawischer) und türkischer Sprache, o. D., DOMiD, E 14, OS 0494.

45 Vgl. Deutsche Verkehrswacht (DVW), Der springende Punkt – Sichere Fahrt mit Methode 21, Folge 6: Türkisch, 1971, DOMiD, BT 0171,0006 (1). Die Verkehrswacht gab auch Filme in italienischer Sprache heraus. Vgl. beispielsweise DVW, Wenn einer eine Panne hat, Folge 2: Italienisch, o. D., DOMiD, E 0225,0014.

46 *Kai Nowak*, »Hör auf deine Frau – fahr vorsichtig!«. Historische Perspektiven auf die Sphäre des Privaten in der Verkehrssicherheitsarbeit, in: *Alexandra Schwell/Katharina Eisch-Angus* (Hrsg.), Der Alltag der (Un-)Sicherheit. Ethnografisch-kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Sicherheitsgesellschaft, Berlin 2018, S. 64–87, hier: S. 65 f. Zitat: *ders.*, Vom Vernunftappell zur Verkehrsgewöhnung. Sicherheitsdidaktischer Wandel in der schulischen Verkehrserziehung in (West-)Deutschland 1900–1980, in: GWU 71, 2020, S. 517–536, hier: S. 530.

47 Das führte in den 1990er-Jahren schließlich zu einer Debatte über Diskriminierung. Vgl. die Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage Kraftfahrzeugversicherungen für ausländische Mitbürger, in: Landtag NRW, 11. Wahlperiode, 1993, DOMiD, E 1340,1729.

48 *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 199.

zwar 66 % der italienischen Arbeitsmigrant:innen ein Auto gewünscht, jedoch nur 1 % von ihnen ein solches besessen hätten.[49] In den 1970er-Jahren hätten aber sowohl eine weitere Umfrage als auch der Automobilriese FIAT bei einem Runden Tisch herausgestellt, dass das Automobil eine der ersten Anschaffungen von Migrant:innen in Italien sei.[50] Gelegenheit dazu gaben in Italien wie in der Bundesrepublik einerseits die bereits erwähnten Teilkreditzahlungen, die auch den ausländischen Migrant:innen offenstanden, und andererseits das Angebot an Gebrauchtwagen.

Abbildung 1: Cover eines deutsch- und türkischsprachigen Lehrbuchs zur Vorbereitung auf die Führerscheinprüfung, das nach Angabe des DOMiD-Findbuchs in den 1970er- und 1990er-Jahren von einem Ehepaar benutzt wurde. Vgl. Prüfungsfragen für die theoretische Prüfung der Führerscheinbewerber. İmtihan Soruları. Bütün sınıf motorlu vasıtalara ehliyetname alınması için, Deutsch-türkische Ausgabe, München 1975, DOMiD, E 0972,0001, OS 0320.

Letzteres verweist auf etwas, das die Forschung zum Automobil in den letzten Jahren zunehmend für die Bundesrepublik herausgearbeitet hat: die herausragende Rolle, die der Gebrauchtwagenmarkt in der Massenmobilität der Bundesrepublik spielte. Er florierte gerade in den 1960er-Jahren und wurde nicht nur von professionellen Anbietern, sondern ebenfalls von privaten Autobesitzer:innen genutzt. Der SPIEGEL machte Anfang der 1960er-Jahre sogar die Beobachtung, dass vorwiegend »auf Hinterhöfen und an offener Straße« 1,1 Millionen Pkw verkauft würden und diese Zahl den Verkauf der fabrikneuen Automobile in Westdeutschland deutlich

49 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 463.
50 Vgl. ebd., S. 464 f.

übertreffe.[51] Arbeiter:innen bot der Gebrauchthandel überhaupt erst die Möglichkeit, ein Auto zu erwerben. 1958 kauften 31,9 % von ihnen ein gebrauchtes Auto, während sich nur 17 % einen Neuwagen leisteten. 1964 stieg der Anteil von Neuwagen unter Arbeiter:innen auf 26,2 % an, blieb aber gegenüber den 47 %, die einen Gebrauchtwagen besaßen, vergleichsweise niedrig.[52] Die oft konstatierte »soziale Demokratisierung des Autobesitzes« in den frühen 1960er-Jahren erfolgte demzufolge zu einem Großteil über den Gebrauchtwagenmarkt, ja, wurde im Grunde durch diesen überhaupt erst möglich.[53]

Arbeitsmigrant:innen scheinen nicht nur wichtige Konsument:innen dieses Markts in der Bundesrepublik gewesen zu sein. Sie verkauften ebenfalls Gebrauchtwagen über Staats- und politische Systemgrenzen hinweg. So ist überliefert, dass türkische Frauen und Männer in der Bundesrepublik Autos erwarben und diese in der Türkei weiterveräußerten.[54] Ünsal und Necla Ö., die von Michelle Lynn Kahn im Rahmen ihrer historischen Forschungen interviewt wurden, waren ein solcher Fall. In den 30 Jahren, die sie in der Bundesrepublik verbrachten, kauften sie eigenen Aussagen zufolge insgesamt 18 Gebrauchtwagen in Deutschland und verkauften sie in der Türkei weiter.[55] Indem sie Automobile erwarben, um diese weiterzuverkaufen, machten diese Menschen deutlich, dass das Auto für sie nicht allein ein Symbol für ökonomischen Erfolg, sondern auch ein Mittel war, um diesen zu erreichen. Durch unternehmerisches, nach Gewinn strebendes Handeln schufen Migrant:innen zugleich eigene ökonomische Strukturen. Darüber hinaus trugen sie zur Internationalisierung der Arbeitsmärkte und nicht zuletzt zur Motorisierung sowie zum Konsum in ihren Herkunftsländern bei, in denen sich die Entwicklungen im Vergleich zu Westeuropa in der Zeit noch deutlich unterscheiden konnten. Das galt insbesondere für die sozialistischen Staaten, in denen das Auto nach wie vor Mangelware oder Privileg war.[56] Es galt aber auch für Staaten wie Griechenland, Portugal und die Türkei. Dort war das Auto zunächst weitaus weniger verbreitet als in der Bundesrepublik oder anderen westlichen Staaten.[57] Wie die Historikerin Louisa Souza gezeigt hat, kam es in Portugal nach der Nelkenrevolution 1974 sogar zu rückläufigen Entwicklungen, die politisch mit der Übergangsphase zur Demokratie und ökonomisch mit der Ölkrise zusammenhingen.[58] In der Türkei begann demgegenüber die Massenmotorisierung erst wirklich in den 1970er-Jahren,

51 *O. A.*, Die zweite Hand, in: Der SPIEGEL, 23.5.1961, S. 24–33.
52 Vgl. *Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut, S. 33.
53 Ebd., S. 32
54 Vgl. *Pusch/Splitt*, 50 Jahre deutsch-türkische Migrationsforschung, S. 58 f.; *Kahn*, The Long Road Home, S. 135. Dafür gab es auch vorübergehende Kennzeichen für die Fahrzeugüberführung, die an der türkischen Grenze erstellt wurden. Vgl. Autoüberführungsschild, o. D., DOMiD, E 1382,0069 a-b.
55 Vgl. *Kahn*, The Long Road Home, S. 135.
56 Vgl. *Luminita Gatejel*, Driving behind the Iron Curtain. Automobility in the Eastern Bloc, in: Mobility in History 7, 2016, S. 117–122.
57 Vgl. die Zahlen bei *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 212.
58 Vgl. *Sousa/Marques*, Political Transitions, Value Change and Motorisation in 1970s Portugal.

setzte sich dann aber in ausgesprochen rasantem Tempo bis in die 1980er-Jahre fast flächendeckend durch.[59]

Wenn Neuwagen gekauft wurden, das belegen historische Studien, erwarben Arbeiter:innen zunächst vor allem Klein- oder sogar Kleinstwagen, bevor es Mitte der 1960er-Jahre zu einer »sozialen Annäherung« an die Angestellten beim Kauf eines Pkws kam.[60] Einiges spricht jedoch dafür, dass es zwischen Realität und Wunsch eine Kluft geben konnte. Jedenfalls deuten Marktforschungen, die in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden, darauf hin, dass diese Käufe nicht immer mit den Präferenzen der Konsument:innen übereinstimmten. In eine ähnliche Richtung weist eine Umfrage, die die Volkswagen AG zu Beginn der 1970er-Jahre über Automarken und »Wunschautos« durchführen ließ. Mercedes-Benz war dabei die Marke, die mit großem Abstand vor anderen genannt wurde. Von 90 Befragten wählten 40 den Mercedes als ihr Wunschauto, nur 16 den BMW, sieben einen Porsche, acht einen Opel, fünf einen Audi und vier einen VW. Es bestanden unter den Befragten sogar sehr konkrete Vorstellungen über das Modell: Neun wählten den Mercedes 200/202, 17 den 250/280, einer den 230 und sechs den Mercedes SL.[61] Der Sozialwissenschaftler und Mobilitätsforscher Weert Canzler hat darauf hingewiesen, dass die Wahl der Automarke ein Mittel war, um jenseits der nahezu »egalisierenden Motorisierungsquote […] die Position auf der sozialen Sprossenleiter ebenso wie gesellschaftliche[n] Aufstieg« zu dokumentieren.[62] Distinktion gelang demnach nicht allein durch den Besitz eines Autos – sei es gebraucht oder neu –, sondern ebenfalls durch die feinen Unterschiede der Produktpalette und damit durch das Marktsortiment. Dies bestärkt die These der Forschung, wonach das Auto für viele ein »Identifikations- und Projektionsmedium subjektiver Wünsche, Emotionen und Lebensentwürfe« war.[63] Für Claudia Valeska Czycholl ist der Pkw sogar in der Lage, »subjektiv empfundene bzw. gesellschaftlich suggerierte Defizite [zu] kompensieren«, und das Defizitäre wiederum kann »je nach Wagenbesitzer:in […] im Wunsch nach einem bestimmten Autotyp« zum Ausdruck kommen.[64]

59 Anders als für andere Länder liegen zur Türkei bisher kaum Arbeiten vor. Vgl. hierzu *Asena Arslanoğlu*, Automobilisierung in der Türkei ab dem Ersten Weltkrieg, Masterarbeit, Deggendorf 2019, URL: <https://hdl.handle.net/20.500.12846/68> [10.7.2024].

60 *Kopper*, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut, S. 34.

61 Vgl. *Köhler*, Auto-Identitäten, S. 118.

62 *Canzler*, Der anhaltende Erfolg des Automobils, S. 24.

63 *Reiner Franzpötter*, Der Sinn fürs Auto und die Lust an der Unterscheidung – Zur Praxeologie des Automobils in der Erlebnisgesellschaft, in: *Schmidt*, Automobil und Automobilismus, S. 41–63, hier: S. 41.

64 *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 206.

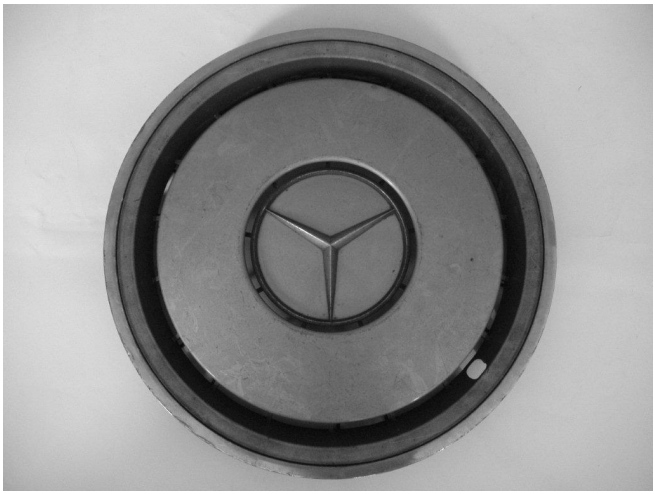

Abbildung 2: Diese Radkappe (ca. 1990) gehörte nach Angaben des DOMiD-Findbuchs »zu einem ›aufgemotzten‹ Mercedes 190 E, die häufig von jungen Männern migrantischer Herkunft gefahren werden«. Bildquelle: DOMiD, E 1159,0004.

Erinnerungen von Migrant:innen und ihren Nachkommen bestätigen diese Befunde und verdeutlichen zudem, dass auch sie von spezifischen Automarken träumten, vor allem von solchen, die in ihren Augen besonderes Prestige besaßen.[65] Auch ihnen ging es um soziale Anerkennung, Aufwertung und Distinktion durch den Besitz eines Automobils. Sie wollten das Auto ebenfalls als Statussymbol für sich vereinnahmen. Für viele war dieser Wunsch so groß, dass sie ihn sich zügig nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik erfüllten und dafür auch auf vieles andere verzichteten. Konsum und Verzicht gingen also Hand in Hand. Sowohl die in Erinnerungen und Beschreibungen immer wieder genannte Farbe des Automobils als auch Objekte wie spezielle Radkappen (Abbildung 2), Autoembleme, leistungsstarke Radiogeräte und besonderer »Autoschmuck« verdeutlichen, dass Migrant:innen ihre Automobile gleichermaßen individualisierten und aufrüsteten.[66] Die wenigen historischen Studien, die bislang zur Automobilität von Migrant:innen in der Bundesrepublik vorliegen, zeigen darüber hinaus, dass Migrant:innen ihre Fahrzeuge – nicht anders als andere Konsument:innen – auch zur Vergewisserung und Selbstinszenierung nutzten. Dies geschah beispielsweise über Privatfotografien, auf denen sie – auch darin gibt es eine Parallele zu anderen Autobesitzer:innen – neben ihrem häufig zentral angeordneten Automobil posierten. Wie Claudia Valeska Czycholl

65 Vgl. *Canzler*, Der anhaltende Erfolg des Automobils, S. 24.

66 Vgl. die Objekte, die im DOMiD-Archiv in Köln aufbewahrt werden, beispielsweise: Radkappe, 1990, E 1159,0004; Autoschmuck, Gebetskette, E 1150,0007; Autoemblem, 1990, E 1159,0006; Nasallah, Autoschmuck aus farbigen Perlen (Farben des Fußballvereins Fenerbahçe Istanbul) mit zwei Vögeln, 2011, E 1226,0000; Autoradio mit Kassetten-Abspielgerät, o. D., E 0818,0001; Radkappe, 1987, E 1159,0001; Radkappe, 1987, E 1159,0002; Radkappe, 1987, E 1159,0003; Autoemblem, 1987, E 1159,0005.

herausgearbeitet hat, blieben diese Fotos nicht in der Bundesrepublik, sondern wurden auch in die Herkunftsgesellschaften geschickt.[67] Dabei handelt es sich um eine Praxis, die ebenfalls für die sogenannte zweite Generation[68] überliefert ist. So ließ ein 18-jähriger Mann, dessen Eltern in den 1960er-Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren, vor seiner Reise in die Türkei Mitte der 1980er-Jahre professionelle Fotos von sich und dem Mercedes seiner Eltern in Deutschland anfertigen (Abbildung 3), »um seine zukünftige Frau zu beeindrucken«, wie es in der Objektbeschreibung des DOMiD-Archivkatalogs heißt, die auf Aussagen der Leihgeber:innen zurückgeht.[69]

Abbildung 3: Foto des 18-Jährigen vor dem Mercedes seiner Eltern. Bildquelle: DOMiD, E 1084,0025.

Nicht wenige Fotografien wurden während der Fahrt gemacht und halten somit die Mobilität der Migrant:innen – ihr Unterwegssein – auf spezifische Weise fest.[70]

67 Vgl. *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 214.

68 Zum Begriff der »zweiten Generation« vgl. *Stephanie Zloch*, »Zweite Generation«, in: *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 7.4.2022, DOI: <https://doi.org/10.48693/87> [9.7.2024].

69 Vgl. Objektgeschichte, DOMiD, E 1084,0025.

70 Vgl. etwa folgende Fotografien aus dem DOMiD-Archiv in Köln: Junge auf dem Rastplatz in der Türkei, E 1495,0002; Reise durch Jugoslawien, August 1972, E 0087,0048; Fahrt von Wolfsburg aus in die Heimat Tunesien, E 0122,0006; Familie D. 1964 in Österreich auf der Durchfahrt zum Urlaub in die Türkei, BT 0355,0000; Kinder tunesischer Arbeitsmigranten auf der Überfahrt

Zugleich verdeutlichen sie, dass das Auto nicht nur ein hochwertiges Statusobjekt war, das auf Fotografien vorgeführt werden konnte. Da es mobil war, konnte es im Unterschied zu anderen Statusobjekten wie etwa dem Haus auch physisch an andere Orte gebracht werden und während wie nach der Fahrt Wirkung entfalten. Die Reise zu den Dagebliebenen war hierfür ein zentrales Moment.[71] »Heimaturlaub« war die Bezeichnung, die in der Bundesrepublik dafür verwendet wurde und die zum Ausdruck brachte, dass die Reisenden nicht in der Bundesrepublik, sondern anderswo zu Hause waren, was »Heimaturlaub« semantisch in die Nähe des ›Gastarbeiter‹-Begriffs rückte. In den Muttersprachen der Migrant:innen waren dagegen andere Begriffe geläufig. Im Türkischen wurde beispielsweise von »izin« gesprochen, was zunächst »Erlaubnis« bedeutete und vermutlich damit zusammenhing, dass der Arbeitgeber in der Bundesrepublik den Urlaub in die Heimat genehmigen musste. Heute wird der Begriff nicht selten jedoch synonym für »Urlaub« verwendet.[72] Das eigene Automobil ermöglichte den Migrant:innen bei diesen Urlauben den Übergang von der kollektiven Eisenbahnfahrt in Sonderzügen, die für sie bis Anfang der 1970er-Jahre noch organisiert wurde[73], zur individuellen Mobilität.[74] So wurden sie nicht nur gegenüber den Behörden und Institutionen der Bundesrepublik unabhängig, sondern ließen in gewisser Weise ebenfalls den Status staatlich angeworbener Arbeitskräfte hinter sich, auch wenn die Semantik des im Türkischen geläufigen Begriffs »izin« verdeutlicht, dass sie sich nicht als vollkommen selbstbestimmte Akteur:innen betrachteten.[75]

Wie bereits angedeutet, diente das Auto den Passagieren auf diesen Reisen nicht allein als Gefährt, um physisch den einen Ort zu verlassen und einen anderen zu erreichen. Es erfüllte zugleich eine eminent soziale Funktion: Es sollte den Dagebliebenen den ökonomischen Erfolg vor Augen führen, den die Angereisten in der Bundesrepublik erarbeitet hatten, und Letzteren dadurch vor Ort zu sozialer Anerkennung und Distinktion verhelfen. Die Journalistin Ferda Ataman, seit 2022 »Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung der Bundesrepublik«,

---

nach Tunesien, E 0272,0011; Türkei, Edirne, 1978: Mann vor Schild, E 1086,0008; Picknick auf dem Weg in die Türkei, E 1086,0013 (allesamt o. D.).

71 In der englischsprachigen Forschung wird diese Reise auch »holiday translocalism« oder »visiting friends and relatives tourism«, kurz: »VFR travel« genannt. Vgl. zum »holiday translocalism« *Susanne Wessendorf*, State-Imposed Translocalism and the Dream of Returning: Italian Migrants in Switzerland, in: *Loretta Baldassar/Donna R. Gabaccia* (Hrsg.), Intimacy and Italian Migration. Gender and Domestic Lives in a Mobile World, New York 2011, S. 157–169, hier: S. 164; zum »VFR travel« *Elisa Backer*, VFR Travel: An Examination of the Expenditures of VFR Travellers and their Hosts, in: Current Issues in Tourism 10, 2007, S. 366–377.

72 Vgl. *Kahn*, The Long Road Home, S. 111.

73 Vgl. *Severin-Barboutie*, Multiple Deutungen und Funktionen; *dies*., Migration als Bewegung am Beispiel vonStuttgart und Lyon nach 1945, S. 182–187.

74 Vgl. *Manfred Pfaffenthaler*, Ein Schicksalsweg, der alle angeht. Konsequenzen transnationaler Mobilität am Beispiel der »Gastarbeiterroute«/Misafir işçi rotasi. Örneğinde uluslaraşiri hareketliliğin sonuçlari, in: DOMiD/Bi'bak, Der Ferientransit in die Türkei und die Erzählungen der Autobahn, S. 44–59, hier: S. 47 f.

75 Der Baumarkt OBI gab in den 1970er-Jahren für seine Niederlassung in Berlin-Neukölln eine Werbebroschüre in türkischer Sprache heraus, die zahlreiche Angebote für die Vorbereitung auf diese Reise enthielt. Vgl. OBI, Kosun, Kosun deki Firsati Kaçırmayın, [um 1975], DOMiD, E 0634,0000, abgedr. in: *Kahn*, Between *Ausländer* and *Almanci*, S. 62.

berichtete anlässlich einer »Feierstunde für ›Gastarbeiter:innen‹« in Bremen am 1. September 2020:

> »Wir Gastarbeiterkinder teilen manche Geschichten, ganz gleich, ob unsere Eltern aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien oder der Türkei kamen. Zum Beispiel die Geschichten der Autos, dem wichtigsten Statussymbol für den Heimaturlaub. Gastarbeiterfamilien kauften keinen praktischen VW-Kombi. Sie sparten an Wohnen, Essen und Kleidung und kauften, wenn es irgend ging, einen Mercedes oder BMW. Sie wollten der Verwandtschaft in der Heimat beweisen, wie gut es ihnen in Deutschland ging.«[76]

Auch Ihsan T., der 1958 bei Ford in Köln als Presser angefangen hatte, meinte nachträglich, der Traum aller Freunde sei es gewesen, sich einen amerikanischen Chevrolet zu kaufen und dann sofort in die Türkei zurückzukehren.[77] Ivan Topić, der Präsident des Oldtimer-Clubs der kroatischen Stadt Imotski, erklärte anlässlich einer Oldtimer-Ausstellung im Mai 2019 in seiner Stadt, sein Vater und Großvater hätten mit einem Mercedes in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen, sonst wäre ein Eindruck entstanden, »als hätte man versagt«. Wenn man mit einem solchen Fahrzeug zurückgekehrt sei, so Topić, hätten die Leute gewusst, dass man erfolgreich gewesen sei und hohen sozialen Rang besitze.[78] Das Automobil lieferte in den Herkunftsgesellschaften damit letztlich auch den materiellen Beweis dafür, dass die Migration in die Bundesrepublik gelungen war. Denn nicht anders als Migrant:innen in anderen Zeiten und Räumen standen auch sie unter Erfolgsdruck. Sie mussten den Dagebliebenen beweisen, dass sich ihr Leben in der Bundesrepublik verbessert hatte. Die bereits angeführten Zitate verdeutlichen das ebenso wie eine Aussage der Neuen Ruhr Zeitung aus dem Jahr 1970, wonach sein Prestige los sei, wer »nicht auf die Reise nach Deutschland geschickt« werde.[79]

Der Wunsch nach sozialer Verortung durch das Automobil richtete sich im Fall der Arbeitsmigrant:innen demnach auf zwei Welten. Die eine war die ›moderne Welt‹ der Bundesrepublik, in der sie das Geld für den Kauf eines Automobils verdienten und sich mit dem Kauf als »Gesellschaftsmitglied« im Sinne Burkarts qualifizierten, also ihren sozialen Status in der Gesellschaft ausdrückten, in der sie arbeiteten und lebten. Die andere war die ›traditionelle Welt‹, die die Arbeitsmigrant:innen zum Geldverdienen verlassen hatten und die sie mit ihrem Automobil bei den »Heimaturlauben« ansteuerten. Sie praktizierten demnach in Anlehnung an Thorstein Veblen »demonstrativen Konsum« über Grenzen hinweg, was ihrer Automobilität zwangsläufig einen gleichermaßen translokalen wie transnationalen Charakter verlieh.[80]

---

76 *Ferda Ataman*, Rede zur »Feierstunde für ›Gastarbeiter*innen‹«, 1.9.2020, URL: <https://www.focke-museum.de/museum/projekte/focke-vernetzt/lebenswege/> [10.7.2024].

77 Vgl. *o. A.*, Arbeitsblatt 3a, o. D., zit. nach: DOMiT, Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei. Materialsammlung. Anwerbung, Reise nach Deutschland, Fremdheiten, Köln 2000, o. S.

78 Zit. nach: *Norbert Rieger*, Imotski: Ein Denkmal für den Mercedes, 21.5.2019, URL: <https://kroatien-nachrichten.de/imotski-ein-denkmal-fur-den-mercedes/ [17.6.2024].

79 Zit. nach: *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«, S. 92.

80 *Thorstein Veblen*, Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt am Main 1986 (zuerst 1899), S. 93.

Das Automobil stand dabei nicht nur für den eigenen, ganz persönlichen Erfolg, sondern gerade auch für den Erfolg der Welt, in der es produziert worden war und in der die Arbeitsmigrant:innen lebten und arbeiteten. Dabei war es mit dem Automobil möglich, die beiden (Lebens-)Welten zu kontrastieren: die der Weggezogenen und die der Dagebliebenen.[81] Die Welt der Weggezogenen – die Bundesrepublik – wurde als fortschrittlich und ›modern‹ repräsentiert, die der Dagebliebenen – die Herkunftsräume – hingegen als ›traditionell‹, rückständig und arm. Soziale Selbstverortung durch das Automobil war demnach eng mit Vorstellungen über sozioökonomische und kulturelle Verhältnisse von Nationalstaaten verknüpft.

Welch hohe Bedeutung das Automobil nicht nur für die »Heimaturlaube«, sondern für die Arbeitsmigration insgesamt einnehmen konnte, belegen zwei Denkmäler, die in den letzten Jahren eingeweiht wurden. Das erste ist die Betonplastik eines vollbepackten Ford Transit, die 2017 in Bremen errichtet wurde und mit der, so die Journalistin Anne Gerling im Weser-Kurier, »der ersten Gastarbeitergeneration aus der Türkei ein Denkmal gesetzt« werden solle: »Regelmäßig in den Sommerferien ging es für sie mit dem Ford Transit über den Balkan zurück in die alte Heimat, an Bord Waschmaschinen und andere Elektrogeräte für die Familie. Auf der Rückreise wiederum wurden Orientteppiche, Samowars und andere exotische Dinge nach Bremen mitgebracht.«[82] Bei dem zweiten Denkmal handelt es sich um einen aus Granit gemeißelten weißen Mercedes /8 (»Strich-Acht«) in Originalgröße, der am 8. Juni 2024 in der kroatischen Stadt Imotski »zu Ehren der Gastarbeiter in Deutschland« eingeweiht wurde.[83] Die ›Gastarbeiter‹ hätten nicht nur dazu beigetragen, so die Verwaltung der Stadt, in Stuttgart Mercedes-Fahrzeuge zu produzieren, sondern ebenfalls dazu, diese Fahrzeuge nach Kroatien zu bringen. Die Mercedes-Dichte sei in Imotski so herausragend, dass es auch »Stadt der Sterne« genannt werde. Keine andere Stadt habe so viele Zulassungen des Fahrzeugtyps Mercedes-Benz wie die kroatische Kleinstadt im südlichen Dalmatien. Auf 10.000 Einwohner kämen 8.000 Mercedes, so eine offizielle Erhebung; andere sprechen gar von 16.000 Mercedes auf 11.000 Einwohner.[84] Das Denkmal solle deswegen

81 In der Forschung wird auch von »Zurückgebliebenen« gesprochen. Vgl. etwa *Marita Krauss*, Zurückbleiben – ein migrationshistorischer Perspektivwechsel, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19, 2008, H. 1, S. 79–91; *Marita Krauss/Andreas Gestrich*, Zurückbleiben. Der vernachlässigte Teil der Migrationsgeschichte, in: *dies*. (Hrsg.), Zurückbleiben. Der vernachlässigte Teil der Migrationsgeschichte, Stuttgart 2006, S. 9–24.

82 *Anne Gerling*, Ford-Transit-Denkmal: Ein Kleinbus voller Kulturgut, in: Weser Kurier, 16.11.2017, URL: <https://www.weser-kurier.de/bremen/ein-kleinbus-voller-kulturgut-doc7e3mtx8rgl05676s6c9> [10.7.2024].

83 *Tonči Petrić*, Imotski: Ein Denkmal für den Mercedes, in: HRT – Die Stimme Kroatiens, 19.5.2019, URL <https://glashrvatske.hrt.hr/de/aus-kroatien/imotski-ein-denkmal-fur-den-mercedes-1903486#> [10.7.2024]. Vgl. auch *Andreas Of-Allinger*, Kroatisches Dorf baut Mercedes-Skulptur. Mercedes ist am /8-Denkmal nicht interessiert, in: Auto, Motor, Sport, 25.2.2024, URL: <https://www.auto-motor-und-sport.de/oldtimer/mercedes-strich-acht-skulptur-kroatien/> [10.7.2024].

84 Vgl. *Doris Akrap*, Die Generation Mercedes, in: taz.de, 27.6.2024, URL: <https://taz.de/!6016463/> [10.7.2024]; *o. A.*, Granit-Denkmal für den Mercedes /8: Oldtimer-Fans feiern Skulptur in Kroatien, o. D., URL: <https://occ.eu/artikel/strichacht-club-in-kroatien> [10.7.2024], *Britta Hilpert*, Mercedes Skulptur in Kroatien, in: zdf.de, 13.6.2024, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-in-europa/mercedes-skulptur-in-kroatien-100.html> [10.7.2024].

auch »für jene Menschen stehen, die den Ort verlassen [hätten] und erfolgreich zurück[ge]kehrt« seien, es stehe für »Mut, Aufbruch und Wohlstand«, fasste es Britta Hilpert im ZDF zusammen.[85]

Abbildung 4: Karikatur von Erdoğan Karayel auf dem Cover der türkischsprachigen Satirezeitschrift Gülügülü. Bildquelle: DOMiD, K 11, ON 61536.

Die Denkmäler in Bremen und Imotski könnten unterschiedlicher nicht sein: Auf der einen Seite bringen sie die Migrant:innen mit zwei verschiedenen Automobilen in Verbindung, hier der vollgeladene Ford Transit, dort der polierte Mercedes. Mit den zur Schau gestellten Fahrzeugtypen vermitteln sie auf der anderen Seite aber divergierende, wenn nicht gegensätzliche Semantiken. Als Kleinbus und Kleintransporter steht der Ford Transit sowohl – und das knüpft an die Eisenbahnfahrten an – für die kollektive Beförderung von Menschen als auch für den Transport von Lasten, wenngleich das Denkmal in Bremen nicht mit der Absicht verbunden ist, die Migrant:innen darüber abzuwerten.[86] Der in Imotski ausgestellte weiße Mercedes /8 repräsentiert demgegenüber die individuelle Mobilität und den Erfolg der

85 Ebd.

86 Gleiches gilt für den Ford Granada und den Ford Consul, die als »Türken-Benz« bezeichnet wurden: »von bis unters Dach (und darüber hinaus) mit Tüten und abgestoßenen Lederkoffern vollgestopften Ford, die weich schaukelnd von Bottrop bis zum Bosporus (und wieder zurück) fuhren«. *Joachim Kuch*, Ford in Deutschland. Seit 1925, Stuttgart 2003, S. 128, zit. in: *Stefan Bau-*

Arbeitsmigrant:innen. Mit anderen Worten: Das eine ist Nutzfahrzeug, das andere Statussymbol. Wie eine Karikatur (Abbildung 4) auf der Titelseite der Satirezeitschrift Gülügülü aus dem Jahr 1994 deutlich macht, konnte es aber auch zu einer Verschmelzung beider Funktionen kommen.[87]

Entsprechend sind beide Denkmäler auch repräsentativ dafür, wie unterschiedlich die Arbeitsmigration der Nachkriegsjahrzehnte mit Automobilität bis heute retrospektiv verknüpft wird. Während die automobilen Praktiken von Migrant:innen in der kollektiven Erinnerung der Bundesrepublik immer noch sehr auf den Gebrauch von Fahrzeugtypen wie den erstmals 1965 gebauten Ford Transit im Rahmen der Urlaubsreise enggeführt werden[88], werden sie in privaten Erinnerungszeugnissen und medialen Quellen wie Zeitungen, Literatur und Film mit einem ganz anderen Automobil assoziiert, und zwar mit dem von Janis Joplin besungenen Mercedes-Benz. Ganz besonders – wenn auch nicht ausschließlich – gilt dies für Migrant:innen aus der Türkei.[89] Sie tauchen ausgesprochen oft in Verbindung mit einem Mercedes-Benz auf, nicht selten mit einem ganz bestimmten Modell: dem Mercedes 190.[90]

II. »Fahr ich Benz, bin ich König«? Mercedes-Benz als sozial(-des-)integratives Statussymbol

Es liegen keine aktuellen Zahlen vor, aber einer Erhebung aus den 2000er-Jahren zufolge soll im Jahr 2009 jeder fünfte in Deutschland lebende »Türke« einen Mercedes gefahren haben.[91] Auch die DaimlerChrysler AG sieht in »Türken« zentrale Konsumenten ihrer Produkte. »Von allen Autoanbietern haben wir immer noch den größten Marktanteil bei den Türken«, so Marketingchef Erich Fiala in einem Interview mit der Wochenzeitung Die ZEIT aus dem Jahr 2002.[92] Das war bereits in den 1990er-Jahren so, was das Unternehmen damals dazu veranlasste, ein »auf Türken

ernschmidt, Fahrzeuge auf Zelluloid. Fernsehwerbung für Automobile in der Bundesrepublik des Wirtschaftswunders. Ein kultursoziologischer Versuch, Bielefeld 2011, S. 224.

87 Vgl. Gülügülü, Juli/August 1994, H. 8/9, Titelbild.

88 Vgl. etwa die Ausstellung »Sıla yolu«, die 2016 zunächst in Berlin und anschließend in Istanbul gezeigt wurde und in deren Zentrum ein Ford Transit (Baujahr 1985) stand. Darin war eine audiovisuelle Installation angebracht worden, die die Autobahnroute zwischen Deutschland und der Türkei erfahrbar machen sollte. URL: <https://silayolu.bi-bak.de> [3.9.2024].

89 Vgl. dazu die Dokumentation von *Rita Knobel-Ulrich*, Die Türken oder warum Faruk einen grünen Mercedes fährt, DOMiD, VI 0169 (9). Die Dokumentation setzt sich explizit mit gängigen Klischees über Türken in Deutschland auseinander.

90 Dabei wird der Mercedes mitunter ebenfalls für rassistische Zuschreibungen genutzt, etwa bei Protesten gegen Asylbewerber, die »zwar Mercedes fahren, aber nicht arbeiten«. Vgl. *o. A.*, Ausländer: »Das Volk hat es satt«, in: Der SPIEGEL, 2.5.1982.

91 Die Erhebung wird zitiert in *Anja Förster/Peter Kreuz*, Marketing-Trends. Ideen und Konzepte für Ihren Markterfolg, Wiesbaden 2003, S. 63; vgl. *Burhan Gözüakca*, Andere Länder, andere Sitten – Mit Ethnomarketing die Zielgruppe der Migranten erreichen, in: *Marion Halfmann* (Hrsg.), Zielgruppen im Konsumentenmarketing. Segmentierungsansätze – Trends – Umsetzung, Wiesbaden 2014, S. 59–74, hier: S. 71.

92 *Sandra Pfister*, Ethno-Marketing: Die Seele umschmeicheln, in: Die ZEIT, 24.10.2002, URL: <https://www.zeit.de/2002/44/Die_Seele_umschmeicheln> [10.7.2024].

abgestimmtes Verkaufskonzept« zu entwickeln, bei dem gezielt türkischsprachige Verkaufsberater in Regionen mit »hohem Türkenanteil« (Ruhrgebiet, Berlin, Stuttgart) eingesetzt wurden. In einer Filiale in Berlin-Kreuzberg waren sogar sämtliche Beschriftungen sowohl auf Türkisch als auch auf Deutsch; ferner wurde eine »Tee-Ecke mit einem echten Samowar« eingerichtet.[93] Sicherlich war der hohe Marktanteil auch ein Grund dafür, dass das Unternehmen diese Käufergruppe zunehmend in seine Werbungen inkludierte. Das zeigte sich seit Mitte der 1990er-Jahre an Printanzeigen in türkischen Tageszeitungen, aber auch an Werbespots, die mit der vermeintlich »besonderen Liebe« zwischen türkischstämmigen Migrant:innen und Mercedes-Benz kokettierten. Dabei war dem Unternehmen besonders wichtig, so Udo Sürig, Sprecher von DaimlerChrysler Anfang der 2000er-Jahre, »bei dieser Werbung die Sprache, aber auch die Symbolik und den gesamten kulturellen Hintergrund der Türken mit einzubeziehen«.[94]

Ein Beispiel dafür ist ein rund zweiminütiger Spot, den die Marketingabteilung gemeinsam mit der Berliner Werbeagentur WFP zu Beginn der 2000er-Jahre drehte. Er zeigt einen Mann, der gemeinsam mit seiner Familie in einem Mercedes in die Türkei zurückfährt. Recht schnell wird deutlich, dass der Mercedes von jedem einzelnen Familienmitglied auf je eigene Weise als Erfolgssymbol betrachtet wird: Der Vater träumt davon, mit ihm vor dem zentral gelegenen Kaffeehaus vorzufahren und die Anerkennung der gesamten Stadtbevölkerung zu genießen. Die Mutter erhofft sich, allein ihre Freundinnen mit diesem Auto zu beeindrucken. Der Sohn möchte seine zukünftige Verlobte mit dem Mercedes durch die Stadt fahren und sie dadurch für sich gewinnen.[95] Vergleichbare Hoffnungen und Wünsche finden sich auch in Erinnerungen von Migrant:innen.[96] Sami Özkara, einer der ersten deutschsprachigen Vertreter der »Gastarbeiterliteratur«, erzählte in seinem autobiografischen Roman »Arda«:

93 *Matthias Schäfer*, In Berlin lernt die Werbung jetzt türkisch, in: Die Welt, 23.12.2000, URL: <https://www.welt.de/print-welt/article554958/In-Berlin-lernt-die-Werbung-jetzt-tuerkisch.html> [10.7.2024].

94 *Matthias Lettenbichler*, Von Aldi zu Adidas, in: Media und Marketing, Oktober 2001, S. 88–90, Zitat: S. 89.

95 Vgl. dazu *Matthias Kulinna*, The Construction of Turks in Germany as a Target Group of Marketing, in: *Ala Al-Hamarneh/Jörn Thielmann*, Islam and Muslims in Germany, Leiden/Boston 2008, S. 537–568, hier: S. 553–555; *ders*., Ethnomarketing in Deutschland. Die Konstruktion von Ethnizität durch Marketingakteure, Frankfurt am Main 2007, S. 174 f.

96 Mercedes-Benz gehörte, wie gesagt, zu den Automarken, die unter Arbeitsmigrant:innen beliebt waren. Fotografien, auf denen sie mit einem solchen zu sehen sind (vgl. etwa die Fotografien des Istanbuler Fotografen Ergun Çağatay, URL: <https://www.faz.net/aktuell/fotografie/fotoausstellung-ueber-tuerkische-gastarbeiter-in-essen-17577648.html> [17.6.2024]), machen das ebenso deutlich wie persönliche Erinnerungen. Beispielsweise erzählte Ferda Ataman in ihrer bereits zitierten Rede vom 1. September 2020, dass ihr Vater stets »ein gebrauchtes Limousinen-Modell von Mercedes Benz in metallic-grün« gefahren habe. Wenn er das Auto habe ersetzen müssen, so Ataman weiter, sei »es wieder ein metallic-grüner ›Märsedes‹« geworden. *Ataman*, Rede zur »Feierstunde für ›Gastarbeiter*innen‹«. Dessen ungeachtet lässt sich schwer einschätzen und noch weniger beziffern, wie viele Migrant:innen tatsächlich einen Mercedes-Benz fuhren.

> »Seit vier Jahren war die gesamte Familie nicht mehr in der Heimat. Daher planten sie im Sommer 1989 vier bis fünf Wochen in die Türkei zu fahren, um in ihrem Dorf einen schönen und erholsamen Urlaub zu machen. […] Weil man bei Verwandten und Freunden in ihrem Dorf zeigen wollte, was man in Deutschland erreicht hatte, kaufte der Vater neben dem Mercedes noch einen gebrauchten BMW. Ein Auto reichte ja für die Mehrgenerationenfamilie nicht aus […]. Die Fahrt dauerte vier Tage. Sie fuhren nur am Tag und übernachteten bei Einbruch der Dunkelheit in einem Hotel. Als sie ihr Dorf erreicht hatten, wurden sie von ihren Verwandten wie eine Königsfamilie empfangen. Natürlich konnten sie ihren Verwandten und den Dorfbewohnern mit ihren beiden Autos imponieren.«[97]

Und noch Jahrzehnte später erinnerte sich beispielsweise die bereits erwähnte Necla Ö. daran, wie sehr es sie beeindruckt hatte, dass ihr späterer Ehemann Ünsal Ö. zu Beginn der 1960er-Jahre mit seinem hellgrauen Mercedes in ihrem Wohnort in der Türkei angekommen war. »That car had come to me like a fairy tale«, erklärte sie. »All I knew was that he was a wealthy man and that he was working in Germany. I just had to marry him.«[98] Der Mercedes-Benz war demnach im positiven Sinne Ausdruck von Wohlstand oder Reichtum, die durch – in erster Linie männlich konnotierte – Arbeit in der Bundesrepublik im wahrsten Sinne des Wortes verdient wurden, mehr noch: Er machte ihn sichtbar und erfüllte damit eine Stellvertreterfunktion.

Der Werbespot setzte sich in mehrfacher Hinsicht von Werbepraktiken ab, die die DaimlerChrysler AG bis in die 1980er-Jahre verfolgt hatte. Erstens sprach sie nun eine Käufergruppe an, die sie in ihren Werbeanzeigen bis dahin ignoriert hatte, und machte sie damit sichtbar. Zweitens schrieb das Unternehmen dem Objekt »Mercedes« soziale Attribute zu, während es noch in den 1960er- und 1970er-Jahren davon ausgegangen war, dass »es sich bei den Mercedes-Modellen nicht um gewöhnliche Marken-, sondern ausgefeilte technische Qualitätsprodukte handele«,[99] und diese in den Werbungen für den deutschen Markt gezielt als antiluxuriös inszenierte.[100] Der Klientel in der Bundesrepublik wurde konsequent suggeriert, dass sie mit dem Auto nicht ein luxuriöses Gefährt kaufe, sondern ein Fahrzeug, das sich rechne, lohne und auszahle, selbst bei steigenden Benzinpreisen.[101] In Werbeanzeigen und Werbespots wiesen die zahlreichen Bezüge auf die lange Geschichte von Mercedes-Benz und damit auf die Tradition des Unternehmens sowie dessen Qualität und Verlässlichkeit in eine ähnliche Richtung. Der weit zurückreichende Erfolg

97 *Sami Özkara*, Arda. Biographie eines Deutschen mit Migrationshintergrund, Berlin 2012, S. 297 f.

98 *Kahn*, Between *Ausländer* and *Almanci*, S. 61.

99 *Köhler*, Marketingmanagement als Strukturmodell, S. 223.

100 Die Verfasserinnen haben Werbeanzeigen von 1945 bis 1980 aus dem Daimler-Benz-Archiv durchgesehen. Für die Bereitstellung danken wir der Archivarin Petra Secunde.

101 Vgl. folgende Werbeanzeigen: Mercedes-Benz, »Keine Arbeit mehr am Lenkrad, aber vollen Kontakt zur Straße – das ist die ideale Servolenkung«, Mercedes-Benz Typ 200, 1967; Mercedes-Benz, »Einladung zur Vorstellung des neuen Mercedes-Benz Coupés 250 C/CE«; Walter Schmidt, Vertreter der Daimler-Benz AG, Lübeck, Mercedes-Benz Typ 250 C/CE, Baureihe 114 und 115, 1968. Eine Ausnahme ist vielleicht folgende Werbeanzeige: Mercedes-Benz, »Ein Programm für individuelle Wünsche«, Walter Schmidt, Vertreter der Daimler-Benz AG, Lübeck, Mercedes-Benz Typ W 113, W 110, W 111, 1964.

der Marke, so die Botschaft dieser Anzeigen und Spots, garantiere den zukünftigen Erfolg der Konsument:innen.[102]

Die Zurückhaltung, die die Werbung der Daimler-Benz AG in der Bundesrepublik lange Zeit kennzeichnete, bestätigt die Beobachtung der Forschung, wonach Luxus in Deutschland bis heute generell »with a mix of admiration, disgust and suspicion« einhergehe.[103] Beispielhaft dafür sei der Mercedes, so die Theaterwissenschaftlerin Brigitte Biehl, der als ein Symbol des Establishments gelte und nicht nur mit Anerkennung und Status verbunden, sondern spätestens seit den 1970er- und 1980er-Jahren zunehmend auch als Mittel eingesetzt worden sei, um eben dieses Establishment zu kritisieren. Das würden nicht zuletzt die vielen abgebrochenen Mercedes-Sterne der Punkszene dieser Zeit belegen, die als Schmuck, Provokation und Protest gedeutet werden müssten.[104] Der Historiker Ingo Köhler verwies auf ein Strategiepapier der Daimler-Benz AG aus dem Jahr 1973, in dem es sogar hieß, dass sich »Firmenchefs und Mittelständler und damit ein Teil unserer wichtigsten Klientel« dazu veranlasst sähen, »aus Rücksicht auf ihre Belegschaft oder den Nachbarn auf die Neuanschaffung eines teuren Personenwagens zu verzichten«. Einige Mercedes-Kunden hätten sogar »seit einiger Zeit verstärkt die Typenbezeichnung am Heck entfernt oder (durch) falsche kleinere Typenschilder« ersetzt.[105] Die Kritik beziehungsweise das Infragestellen der Legitimation von Luxuskonsum machte es demnach notwendig, die Herkunft oder Identität von Mercedes-Fahrzeugen zu verbergen.

Sicherlich kann auch Joplins Lied als Beleg für ebenjene (transnationale) Umdeutung des Mercedes-Benz verstanden werden, die verstärkt seit den 1970er-Jahren zu beobachten ist. Ein weiteres Beispiel ist der 1975 in London veröffentlichte Roman »My Mercedes Is Bigger Than Yours«, in dem der nigerianische Schriftsteller Nkem Nwankwo die »Hassliebe gegenüber diesem PKW« zum Ausdruck brachte.[106] Letzterer verdeutlicht zugleich, dass der Mercedes nicht allein in westlichen und kapitalistischen Ländern Gegenstand divergierender Zuschreibungen sein konnte.[107] Darauf verweist auch eine Beobachtung des Politikwissenschaftlers

102 Vgl. folgende Werbeanzeigen: Mercedes-Benz, »Mercedes-Benz Kundendienst ... vorbildlich, wie der Wagen selbst!«, Mercedes-Benz Typ 230, 1949; Daimler-Benz AG, »Weltrekord der Wirtschaftlichkeit«, Mercedes-Benz Typ 170 D, 170 DS, 1952; Mercedes-Benz, »Hohe Schule der Automobilbaukunst«, Mercedes-Benz Typ 220 SE Cabriolet und Coupé, 1962; Mercedes-Benz, »Seit 83 Jahren sagt man, wir könnten es nicht durchhalten«, 1968; Mercedes-Benz, »Kein Mercedes-Benz darf Ihr Herz höher schlagen lassen«, Mercedes-Benz Baureihe W 108/109, 1965–1972, 1969; Mercedes-Benz, »Der 220 Diesel von Mercedes-Benz ist und bleibt eines der wirtschaftlichsten Automobile! Auch wenn der Dieselpreis steigen sollte«, Mercedes-Benz Typ 220 D, 1970.

103 *Brigitte Biehl*, Luxury in Germany: Sick Cars and Healthy Bodies, in: Society 58, 2021, S. 385–391, hier: S. 385.

104 Vgl. ebd.

105 *Köhler*, Marketingmanagement als Strukturmodell, S. 228.

106 *Nkem Nwankwo*, My Mercedes Is Bigger than Yours, London 1975. Vgl. dazu auch *Emeka Okeke-Ezigbo*, The Automobile as Erotic Bride: Nkem Nwankwo's *My Mercedes Is Bigger Than Yours*, in: Critique. Studies in Contemporary Fiction 25, 1984, S. 199–208.

107 Selbst in einer vermeintlich egalitären Gesellschaft wie der DDR funktionierte der Mercedes als Statussymbol. Der private Besitz eines Mercedes musste in der DDR zwar vom Politbüro explizit genehmigt werden und konnte nur über den Bereich der Kommerziellen Koordinierung

Jörg Becker, wonach im afrikanischen Suaheli »die schwarzen Neureichen« nach ihrem Auto »verächtlich ›wa-benzi‹, also Benzmänner« genannt würden.[108] Demgegenüber bezeichneten sich erfolgreiche Tuchhändlerinnen in Lomé in den 1970er-Jahren ausgesprochen selbstbewusst als »Nana Benz«, nachdem es ihnen als erste gelungen war, den Mercedes-Benz nach Togo zu importieren und ihn auf den dortigen Straßen zu fahren. Der Mercedes diente ihnen nicht nur dazu, geschäftlichen Erfolg zum Ausdruck zu bringen. Sie demonstrierten damit Macht in einem von klassischen Rollenvorstellungen geprägten Land.[109] Der Mercedes wurde also – das zeigen diese Beispiele – in unterschiedlichen Räumen dazu verwendet, Personen sozial auf- oder abzuwerten.

Das galt ebenfalls für den Mercedes ausländischer Migrant:innen in der Bundesrepublik, der als Prätention im Sinne Pierre Bourdieus gedeutet und verspottet werden konnte. Als Prätention bezeichnet Bourdieu das Verhalten eines sozialen Aufsteigers, der, um seine »prekäre Stellung innerhalb der Sozialstruktur« zu verbessern, sich ostentativ bemüht, »den Eindruck zu vermitteln, er gehöre einer höheren Schicht bzw. einem besser gestellten Milieu an«.[110] Zurückkehrende Familien wurden daher in ihren Heimatdörfern nicht zwingend als »Königfamilie« empfangen, wie Sami Özkara in seinem Roman »Arda« schrieb (und dabei die Türkei meinte).[111] Und der »Arbeiter aus dem Ausland« wurde nicht wie erhofft als »großer Herr« aufgenommen, wenn er mit seinem Mercedes-Benz an seinen Heimatort zurückfuhr, wie die Sozialwissenschaftlerin Nermin Abadan-Unat – ebenfalls mit Bezug auf die Türkei – schilderte.[112] Das Gegenteil konnte der Fall sein, was nicht nur auf den Heimaturlaub zutraf, sondern mitunter auch für die Rückkehr in die Türkei nach einem langjährigen Leben in der Bundesrepublik.[113]

---

abgewickelt werden. Aber diese Abteilung bestellte eine Reihe von Mercedes-Benz-Modellen, insbesondere für Chefärzt:innen Professor:innen, Funktionsträger der katholischen Kirche, Rechtsanwält:innen und Künstler:innen, deren Mercedes im Straßenbild der DDR schließlich auffielen und ein deutliches Mittel der Distinktion waren. Vgl. dazu *Eva Maria Gajek*, Auf der Suche nach den Reichen. Eine Wissens- und Wahrnehmungsgeschichte der sozialen Gruppe im langen 20. Jahrhundert, unveröffentlichtes Habilitationsmanuskript, S. 391–394.

108 »Und in Indien begegnet man dem besserwisserischen Ökologen aus Europa gerne mit folgendem Sprichwort: ›Wer im Mercedes fährt, tut sich leicht, anderen Leuten zu sagen, Fahrrad fahren sei gesünder‹«, ergänzt *Jörg Becker*, Zwischen Integration und Dissoziation. Türkische Medienkultur in Deutschland, in: APuZ 46, 1996, H. 44–45, S. 39–47.

109 Vgl. *Comi Toulabor*, Les Nana Benz de Lomé, Mutations d'une bourgeoisie compradore, entre heur et décadence, in: Afrique contemporaine, 2012, H. 4, S. 69–80; *Lena Kohr*, Mama Benz and the Taste of Money. A Critical View of a »Homespun« Rags-to-Riches Story of Post-Independence Africa, in: *Kum Kum Bhavnani/John Foran/Priya Kurian* u. a. (Hrsg.), On the Edges of Development. Cultural Interventions, New York/London 2009, S. 168–187; vgl. die folgende Dokumentation: *Karin Junger*, Mama Benz & the Taste of Money, 2002.

110 *Pierre Bourdieu*, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987 (zuerst frz. 1979), S. 394 f. Auf Bourdieu und die Prätention verweist auch *Yasemin Dayıoğlu-Yücel*, Integritätsverhandlungen in türkisch-deutschen Texten von Şenocak, Özdamar, Ağaoğlu und der Online-Community *vaybee!*, Göttingen 2005, S. 174.

111 *Özkara*, Arda, S. 298.

112 Vgl. *Pusch/Splitt*, 50 Jahre deutsch-türkische Migrationsforschung, S. 58 f.

113 Der Journalistin Canan Topçu zufolge kehrten Hüseyin und Zülal Topçu beispielsweise mit ihrem »grauen Metallic Mercedes« in die Türkei zurück und stießen dort auf reservierte Nach-

Für diese Verdrehung wurde häufig die Gegenüberstellung von Objekt und dessen Aneignung genutzt: Das Verhalten (der Habitus) der Mercedes-Besitzer:innen wurde dem Objekt »Mercedes« – genauer: seinen Zuschreibungen – gegenübergestellt und nicht zuletzt an der Menschengruppe kontrastiert, die eigentlich mit diesem Objekt assoziiert wurde. Dies traf nicht allein für den Mercedes zu. Wie die Ausführungen von Claudia Valeska Czycholl über die Berichterstattung im SPIEGEL und Stern über Selbst- und Fremdrepräsentationen von Migrant:innen in der Bundesrepublik zeigen, waren Automobile stets Objekte, die mit Menschen und Gepäck beladen waren und zur Stigmatisierung genutzt werden konnten.[114] Anders als in Werbungen der Daimler-Benz AG waren diese Autos nicht auf Bergwegen oder am Strand zu sehen. Vielmehr fuhren sie auf Straßen mit Arbeitersiedlungen im Hintergrund. Sie waren daher keine Reisegefährten und auch keine Statussymbole, sondern besagte *Last-Wagen*, die Menschen und Dinge transportierten. Als solche repräsentierten sie nicht Wohlstand oder Reichtum, sondern Armut: Das von den Migrant:innen gesparte Geld reichte zwar für den Kauf des Automobils, nicht aber für den vermeintlich dazugehörigen Lebensstil. Entscheidend war somit, wer das Automobil wie nutzte, wodurch es letztlich zu einem Instrument wurde, das hierarchisierte und ausgrenzte, statt zu egalisieren und zu integrieren.

Bei der Automobilmarke Mercedes erhielten solche generellen Aufladungen in Literatur und Medien besondere Wirkmächtigkeit. Die Botschaft war dabei noch unmissverständlicher als sonst: Im Gegensatz zum käuflichen Automobil waren sozialer Status und gesellschaftliche Integration nicht käuflich. Die Rechnung »Fahr ich Benz, bin ich König«[115], wie es der Journalist Volker Marquardt im August 1995 in der taz formulierte, musste daher nicht aufgehen. Dabei muss offenbleiben, ob dem Objekt »Mercedes-Benz« diese Geringschätzung schadete oder vielleicht umgekehrt sogar seine Bedeutung als Prestigeobjekt und soziales Distinktionsmittel noch weiter verstärkte.

Ein solches Aufeinanderprallen von Erwartung und Erfahrung im koselleckschen Sinne, die Gegenüberstellung von Objekt und Fahrenden, findet sich – so unsere noch weiter zu erhärtende Beobachtung – viel seltener in Erinnerungen und Selbstzeugnissen von Individuen als in öffentlichen und fiktiven Auseinandersetzungen, ganz besonders in Romanen und Filmen über die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik. Beispielhaft dafür ist der Roman »Fikrimin İnce Gülü« der türkischen Schriftstellerin Adalet Ağaoğlu, der 1975 in der Türkei erschien und vier Jahre später ins Deutsche übersetzt wurde.[116] Er setzt sich kritisch mit den »Verwerfungen des Modernisierungsprozesses«[117] in der Türkei auseinander und besitzt insofern eine ähnliche Stoßrichtung wie Joplins Mercedes-Benz-Lied. Dabei lebte und arbeitete die Autorin Ağaoğlu selbst nie in Deutschland. Sie wohnte zwar Ende der 1950er-Jahre zwei Jahre in den USA, kehrte danach aber wieder in die

barn und wenig Herzlichkeit. Vgl. *Canan Topçu*, Heim in die Fremde. Die »Deutschländer« kehren zurück in die Türkei, in: Frankfurter Rundschau, 5.11.2003.

114 Vgl. *Czycholl*, Bilder des Fremden, S. 228–234.

115 Vgl. *Volker Marquardt*, Fahr ich Benz, bin ich König, in: taz. Die Tageszeitung, 24.8.1995.

116 Vgl. *Adalet Ağaoğlu*, Die zarte Rose meiner Sehnsucht, Engelschoff 2016 (zuerst 1979).

117 *Dayıoğlu-Yücel*, Integritätsverhandlungen in türkisch-deutschen Texten, S. 167.

Türkei zurück und blieb dort bis zu ihrem Tod 2020.[118] Ihr Blick auf die mit dem Mercedes im »Heimaturlaub« in die Türkei Zurückkehrenden ist damit einer derjenigen, die im Heimatland blieben. »Fikrimin İnce Gülü« ist deshalb auch nicht dem Genre der sogenannten Gastarbeiterliteratur[119] zuzuordnen. In den 1990er-Jahren wurde der Roman von dem türkischen Regisseur Tunç Okan in einer deutsch-französisch-türkisch-schweizerischen Gemeinschaftsproduktion unter dem türkischen Titel »Sarı Mercedes« sowie für den deutsch-französischen Markt unter dem Titel »Mercedes, mon amour« verfilmt.[120] Der Film (Abbildung 5) erhielt zahlreiche Preise und wurde – nicht anders als der Roman – als eine Kritik an der Türkei und ihrer Konsumgesellschaft, viel weniger aber als eine Erzählung eines bundesrepublikanischen Arbeitsmigranten gedeutet. Vielleicht ist dies auch ein Grund dafür, dass der Roman in der Türkei zunächst zwei Jahre lang verboten war.[121]

Im Mittelpunkt der fiktiven Erzählung steht Bayram Ünal, ein Mann, der in der Nähe von Ankara als Waisenkind aufwächst und später von der Deutschen Verbindungsstelle in Istanbul zu BMW nach München vermittelt wird. In München richtet er seine gesamte Zeit und Aufmerksamkeit darauf, einen Mercedes zu kaufen, nicht zuletzt auch, um in die Türkei zurückkehren und dort »die Gaffer in seinem Dorf zufriedenzustellen und sich nicht dem Spott der Leute auszusetzen, die ihn ›Zartes Röslein‹ genannt hatten«.[122] Der Mercedes soll also, wie von Czycholl angesprochen, ein Defizit ausgleichen. Er soll deutlich machen, dass Bayram es in München zu etwas gebracht, es geschafft hat. Konsum ist für ihn daher im Sinne Bourdieus ein Mittel, um in seiner Herkunftsgemeinschaft Anerkennung zu erlangen, wobei Bayram hofft, die interpersonelle Anerkennung mithilfe eines (mobilen) Gegenstands zu erhalten.

118 Vgl. zu der Autorin *Ellen W. Ervin*, The Novels of Adalet Ağaoğlu: Narrative Complexity and Feminist Social Consciousness in Modern Turkey, Dissertation, New York 1988.

119 Vgl. Virtuelles Migrationsmuseum, Lemma »Gastarbeiterliteratur«, in: Glossar, o. D., URL: <https://virtuelles-migrationsmuseum.org/glossar/> [6.7.2024].

120 Vgl. *Ekrem Sedat Şahin*, Analysis of »Mercedes mon Amour« Movie According to Significance Quest Theory/»Sarı Mercedes« Filminin Önem Arayışı Kuramı Açısından İncelenmesi, in: Psikiyatride Güncel Yaklaşımlar/Current Approaches in Psychiatry 14, 2022, Supplement 1, S. 203–214, hier: S. 208. Der Film wurde in verschiedenen Städten in der Bundesrepublik gezeigt. Den Anfang machte Mannheim im Jahr 1995. Eine weitere Filmvorführung fand in Konstanz statt. Vgl. für Mannheim den Filmflyer von Juni 1995, DOMiD, FY 0485; für Konstanz die Ankündigung, DOMiD, VI 0148 (2).

121 So zumindest die Notiz im Klappentext der deutschsprachigen Ausgabe des Romans (o. D.). Vgl. DOMiD, K07Aga Fikr.

122 *Ağaoğlu*, Die zarte Rose meiner Sehnsucht, S. 21.

Abbildung 5: DVD der türkischen Version des Films »Mercedes, mon amour« (1992, Regie: Tunç Okan) mit İlyas Salman in der Hauptrolle. Der Film beruht auf dem Roman »Fikrimin Ince Gülü« von Adalet Ağaoğlu. Bildquelle: DOMiD, DC 0048.

Nach drei Jahren Fließbandarbeit ist er so weit. Bayram hat so viel Geld verdient, dass er sich den gewünschten Mercedes kaufen und die Reise in die Türkei antreten kann. Kleidung und Accessoires hat er dabei so ausgewählt, dass sie die performative Funktion, die er dem Mercedes zuschreibt, unterstützen.

> »Dieser Hut, die Krawatte, der Anzug, der in einem Nylonbeutel vor dem Rückfenster aufgehängt war, ein Fotoapparat, ein synthetischer Regenmantel und schließlich ein weiteres Hemd, bedruckt mit allen Mercedes-Modellen der vergangenen Jahre, aber dieses Hemd hob er für seine Ankunft im Dorf auf. Er wollte, wenn er am Abend dort ankäme, passend zu seinem Mercedes gekleidet sein.«[123]

Die in der Bundesrepublik erworbenen Konsumgüter, darunter auch der Mercedes, dienen dem Protagonisten daher in ausgesprochen symbolischer Weise dazu, seinen Wechsel »von der bäuerlichen Schicht zur Oberschicht« sichtbar zu machen.[124] Dieser Wechsel erfolgt allerdings nicht über Bildung, sondern ausschließlich über den Konsum, den sich Bayram bei BMW in München im wahrsten Sinne des Wortes erarbeitet hat. Sein Verhalten ist daher ein Beispiel für den bereits angesprochenen »demonstrativen Konsum« über Grenzen hinweg.

Bayrams Traum geht jedoch nicht in Erfüllung, weil er die Bedingungen sozialer Anerkennung in der Türkei vollkommen falsch eingeschätzt hat. In der Dorfgemeinschaft wird sein Auftreten als das Verhalten eines sozialen Aufsteigers verstanden[125] und entsprechend als Prätention gedeutet. Ein Grund dafür ist, dass Bayram

123 Ebd., S. 9.
124 *Dayıoğlu-Yücel*, Integritätsverhandlungen in türkisch-deutschen Texten, S. 173.
125 Vgl. ebd.

zwar einen Mercedes besitzt, es aber nicht versteht, diesen im Sinne des Habitus zu nutzen. Ein weiterer Grund ist die überholte Vorstellung, die er von der Türkei besitzt. Zwar war das Automobil in der Türkei ein Statussymbol gewesen, als Bayram in die Bundesrepublik aufgebrochen war. Als er die Türkei verlassen hatte, war ein Ford, wie er selbst formulierte, ein bewundernswertes, vom »Himmel«[126] gefallenes Objekt gewesen. Doch ist die Situation inzwischen eine andere, wozu die Migrant:innen als Fahrer:innen und Verkäufer:innen von Automobilen nicht zuletzt selbst beigetragen haben. Als der Protagonist in den 1970er-Jahren in die Türkei zurückkehrt, ist die Türkei eine moderne Konsumgesellschaft und das Auto nichts Besonderes mehr.

Bayram erkennt diese Veränderung daran, dass die »türkischen Straßen und Parkplätze mit Autos, zum Teil sogar mit neueren Modellen seines Mercedes« überfüllt sind.[127] Der Literaturwissenschaftlerin Yasemin Dayıoğlu-Yücel zufolge wird daran deutlich, dass der »Modernisierungsprozess […] Bayram bereits ein-, wenn nicht sogar überholt« habe.[128] Der Roman ironisiert somit die poetisch veraltete Idee Bayrams, mit seinem Automobil »als König«[129] in sein Heimatdorf einzufahren. Und er inszeniert einen Rollentausch. Rückständig ist nicht etwa die Türkei. Rückständig ist vielmehr der in der Bundesrepublik lebende und arbeitende Arbeitsmigrant, der mit den Entwicklungen in der Türkei nicht Schritt gehalten hat und, wie Dayıoğlu-Yücel in ihrer exzellenten Analyse des Romans treffend schreibt, dem Übergang der Türkei zur Konsumgesellschaft zum Opfer fällt.[130] Als Statussymbol muss der Mercedes daher zwangsläufig scheitern – auch wenn er Bayram als Fortbewegungsmittel transportiert.

Fazit

Wir haben in unserem Beitrag die Perspektive der Migration mit dem Blick auf räumliche und soziale Mobilität verknüpft, um Automobilitätspraktiken von Migrant:innen in der Bundesrepublik zu untersuchen. Mithilfe dieser Verknüpfung konnten wir erstens zeigen, dass Migrant:innen Automobile nicht nur produzierten, sondern diese wie andere Menschen auch fuhren, konsumierten und mit ihnen Geschäfte machten, sei es, dass sie Fahrzeuge gebraucht oder neu kauften, dass sie diese verkauften oder dass sie andere in eigenen Fahrschulen darin ausbildeten, Fahrzeuge zu fahren. Migrant:innen waren deshalb nicht nur in der Autoindustrie Arbeitende, sondern zugleich Teilnehmende am Straßenverkehr, Konsument:innen und Gewerbetreibende und müssen als solche noch viel intensiver als bisher erforscht werden. Eine solche Perspektivenerweiterung könnte auch dazu beitragen, die Geschichte der Migration anders zu erzählen.

Zweitens haben wir deutlich gemacht, dass Migrant:innen als Konsument:innen bestimmte Fahrzeugtypen bevorzugten, wobei der Mercedes eine ganz besondere

126 *Ağaoğlu*, Die zarte Rose meiner Sehnsucht, S. 130.
127 Ebd., S. 66 und 124.
128 *Dayıoğlu-Yücel*, Integritätsverhandlungen in türkisch-deutschen Texten, S. 174.
129 Ebd.
130 Ebd., S. 167.

Anziehungskraft besaß. Dies bedeutet nicht, dass sich dieser Wunsch immer in Käufen materialisieren musste. Für eine stichhaltige Argumentation fehlt es bislang an Zahlen. Jedoch konnten wir zumindest für türkische Staatsangehörige zeigen, dass sie seit den 1970er-Jahren und dann verstärkt in den 1990er-Jahren als eine zentrale Konsumentengruppe wahrgenommen wurden, die Unternehmen wie die DaimlerChrysler AG nicht mehr ausblenden konnten und in ihre Verkaufs- und Werbestrategien einbezogen. Die Automobilität von Migrant:innen wurde und wird demnach auch dazu genutzt, Geld zu verdienen.

Drittens haben wir herausgearbeitet, mit welchen Bedeutungen der Automobilismus der Arbeitsmigrant:innen immer wieder aufgeladen wurde. Wir haben gezeigt, dass das Auto bis heute ein Objekt ist, das intensiv mit der Arbeitsmigration verknüpft wird und das in diesem Sinne eine besondere Symbolhaftigkeit besitzt. Die Automobildenkmäler in Bremen und Imotski sind dafür beispielhaft. Sie verdeutlichen, dass die Arbeitsmigrant:innen bis heute mit bestimmten Fahrzeugtypen assoziiert und über diese repräsentiert werden. Bedeutung erhielt das Auto aber nicht nur ganz allgemein als Symbol der Arbeitsmigration. Es diente in gleicher Weise immer wieder dazu, soziale Positionen zum Ausdruck zu bringen. Das trifft auf die Funktion als Statussymbol genauso zu wie auf die Möglichkeit, diejenigen zu degradieren oder zu kritisieren, die darin unterwegs waren. Automobilität von Migrant:innen war demnach nie nur eine private Angelegenheit beziehungsweise eine individuelle Kaufentscheidung. Sie wurde immer auch öffentlich diskutiert, kommentiert und gedeutet. Das Automobil erlangte in diesem Zusammenhang jene Bedeutung, die Simone Derix, Benno Gammerl, Christiane Reinecke und Nina Verheyen den »funktionalen Wert« der Dinge[131] genannt haben, das heißt, es diente dazu, zwischen Menschen zu differenzieren und diese zu hierarchisieren, kurzum: gesellschaftliche Grenzen zu ziehen, und zwar nicht nur zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, sondern ebenfalls zwischen Nichtdeutschen. Ganz besonders galt dies für den Mercedes-Benz, der mal für den Wohlstand und die Modernität seiner Passagiere sowie der Welten stand, zwischen denen diese mit ihrem Fahrzeug verkehrten, mal für deren Armut und Rückständigkeit, ja er konnte geradezu als anachronistisch dargestellt werden und damit weder als Status- noch als Antisymbol dienen, sondern vielmehr als Symbol einer vergangenen Zeit. Das zeigt, dass der funktionale Wert des Mercedes nicht anders als der Wert anderer Dinge vergänglich sein konnte.[132]

Viertens haben wir herausgearbeitet, dass das Automobil Welten miteinander verband, die sich politisch, wirtschaftlich und soziokulturell unterschieden und darüber hinaus mit unterschiedlichen kollektiven Imaginarien verknüpft wurden. Die Welt der Weggezogenen – die Bundesrepublik – wurde als eine fortschrittliche und

131 *Simone Derix*/*Benno Gammerl*/*Christiane Reinecke* u. a., Der Wert der Dinge. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Materialitäten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13, 2016, S. 387–403, hier: S. 390.

132 Das galt beispielsweise für das Kleinkraftrad, das Armando Rodrigues de Sá aus Portugal erhielt, als er bei seiner Ankunft am Bahnhof Köln-Deutz am 10. September 1964 feierlich in Empfang genommen wurde. In der Bundesrepublik lag die Zahl der Zulassungen von Krafträdern zu diesem Zeitpunkt bereits unter der von Automobilen. Vgl. *Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, S. 130–133, 135, 138, 140 und 143.

moderne repräsentiert, während die der Dagebliebenen – die Herkunftsräume – als traditionell, rückständig und arm galt. Das Auto erfüllte in diesem Zusammenhang eine Doppelfunktion: Auf der einen Seite war es das Fortbewegungsmittel, mit dem die Distanz zwischen der vermeintlich fortschrittlichen Bundesrepublik und den als rückständig empfundenen Herkunftsräumen physisch überwunden wurde. Auf der anderen Seite war es das Objekt, das diese beiden Welten durch seine Zirkulation in Bewegung brachte und hielt, sei es im eigentlichen Wortsinn durch die Förderung von (Auto-)Mobilität wie den Kauf und Verkauf von Fahrzeugen oder im übertragenen Sinn, indem es soziale und kulturelle Ordnungen beziehungsweise die Vorstellungen über sie durcheinanderbrachte. Das macht das Automobil analytisch zu einem vielversprechenden Gegenstand, um transnationale, territoriale Untersuchungseinheiten wie die Bundesrepublik herausfordernde Dynamiken zu untersuchen, wie wir es in unserem Forschungsprojekt zum Mercedes-Benz derzeit angehen.[133] Zugleich lädt es dazu ein, Migration als Antrieb und Teil dieser Dynamiken zu verstehen und sie in diesem Sinne als einen essenziellen, nicht wegzudenkenden Teil moderner Gesellschaften zu begreifen.

133 Zur Auflösung territorialer Untersuchungseinheiten in der Zeitgeschichte vgl. die methodischen Überlegungen von *Kiran Klaus Patel*, Ex comparatione lux: Fazit, in: *Sonja Levsen*/*Cornelius Torp* (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, Göttingen 2016, S. 295–313, hier: S. 310–313.

JANA STÖXEN/LUMNIJE JUSUFI

Dazwischen unterwegs

Pendelrouten (süd-)osteuropäischer Arbeitsmigrant:innen in ›Gastarbeit‹ und Gegenwart

Unterwegs zu sein ist eine Grundkonstante[1] menschlichen Daseins. Sie offenbart ungleiche Zugänge zu Arbeit und Wohlstand, zementiert sie stellenweise womöglich sogar, vermag sie aber gleichzeitig durch Gütertransfers zum Teil auch abzumildern. Die Aufnahme einer Tätigkeit an einem anderen Ort bei gleichzeitiger Erhaltung eines (vorläufigen) Lebensmittelpunkts im Herkunftskontext war und ist somit keine Seltenheit. Wie der Grundpfeiler der Mobilität selbst kann auch diese Translokalität des Pendelns als Chance, aber auch als Stigma[2] gelesen werden.

Als zentrale Orte dieses Pendeldaseins haben Bahnhöfe und Bushaltestellen das Mobile eingeschrieben.[3] Sie selbst bewegen sich – im Gegensatz zu den hier stärker in den Fokus rückenden Zügen, Bussen und den damit Reisenden – nicht von der Stelle, doch ziehen über sie die Bewegungen derer hinweg, die unterwegs sind. Sie sind Infrastrukturen des Fernwehs und des Reisens – aber auch der Notwendigkeit, der Verbindung zwischen A und B, des Aufrechterhaltens eines Lebensstils oder vielmehr einer -strategie.[4]

Eine im Kontext dieser Infrastrukturen und Prozesse stehende Migrationsform in der Moderne ist die Arbeitsmigration[5], mit deren Routen und mithin Routinen sich dieser Beitrag befasst. In dem Vergleich zweier Fälle aus der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart – der ›Gastarbeit‹[6] in der alten Bundesrepublik und der Ost-West-Migration heute – rahmen wir Pendelmigration als Phänomen der Massenmigration sowie in Anlehnung an Klaus J. Bade und Franz Bölsker-Schlicht als wenigstens vorübergehenden »Export der sozialen Frage«:[7] Die im volkswirtschaft-

1 Vgl. *Mimi Sheller/John Urry*, The New Mobilities Paradigm, in: Environment and Planning 38, 2006, S. 207–226.

2 Vgl. *Johanna Rolshoven*, The Temptations of the Provisional – Multilocality as a Way of Life, in: Ethnologia Europaea. Journal of European Ethnology 37, 2007, S. 17–25, hier: S. 21 f.

3 Vgl. *Wolfgang Schivelbusch*, Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Berlin 2023 (zuerst 1977), S. 194.

4 Vgl. *Dumitru Sandu*, Migraţia circulatorie ca strategie de viaţă, in: Sociologie Românească 8, 2000, H. 2, S. 5–29, hier: S. 13.

5 Dieses Feld zählt, wie Möhring feststellt und ausführlich belegt, zu den am häufigsten thematisierten in der Migrationsforschung. Vgl. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945, in: AfS 59, 2019, S. 445–494, hier: S. 446.

6 Den Begriff »Gastarbeit« betrachten wir in seinem Wortsinn sowie konzeptionell aus kritischer Distanz, verwenden ihn als zeithistorischen Quellenbegriff und setzen ihn daher (in einfachen Anführungszeichen) nur für den konkreten Fall der Arbeitsmigration im Kontext der Anwerbeabkommen der Bundesrepublik ein.

7 *Klaus J. Bade*, Der Traum vom ›Export der sozialen Frage‹ durch imperiale Expansion und koloniale Auswanderung: der Fall Friedrich Fabri [1975/2005], in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung. Supplement, 2018, Nr. 30, S. 95–114; *Franz Bölsker-Schlicht*, Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Löningens vom 15. bis zum 19. Jahrhundert, in: Stadt Löningen (Hrsg.), Löningen in Vergangenheit und Gegenwart. Zur Geschichte unserer Stadt. Fünf Viertel und eine Wiek, Löningen 1998, S. 253–288, hier: S. 268. Zit. nach *Ralf Weber*, Das Hollandgehen

lichen Sinne »überschüssige« Bevölkerung zieht in erster Linie aufgrund lokaler Bedingungen als Arbeitskraft »›billig und willig‹«[8] ins Ausland, um dort für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu sorgen, da ihnen dies ihr Herkunftsort nicht hinreichend bieten kann. Sie exportieren sich und ihre Arbeitskraft und tragen so im Arbeitskontext anderswo, aber ebenso zur Finanzierung ihrer Familien im Herkunftskontext bei. Intensiv transnationale Lebensentwürfe und Austauschbeziehungen, aber auch Braindrain und fragile Sozialstrukturen können Folgen dieses Zusammenhangs sein, der beileibe nicht nur die ökonomische Sphäre, sondern das Gros menschlichen Zusammenlebens betrifft und in alle Bereiche wirkt. Migration zeigt sich, insbesondere unter dem Eindruck hoher Mobilität, als soziales Totalphänomen[9], dessen Facetten sich im Handeln der darin eingebundenen Akteur:innen – hier: der Pendelmigrant:innen, unter anderem auf ihrem Weg – nachvollziehen lassen.

I. Arbeitsmigration transnational – Bewegungen und Herangehensweisen

Migration ist in der Moderne erheblich durch eine *Verflüssigung* der Umstände gekennzeichnet: Verkehrsinfrastrukturen erweitern den Bewegungsradius; das Nachlassen und Wegbrechen von Sicherungssystemen sozialer und staatlicher Natur legen den wenigstens temporären Weggang nah. Aus der sicheren wird die flüchtige Zukunft, die individuelles Engagement fordert, um der »endemischen Ungewissheit«[10] in einer global vernetzten kapitalistischen Weltordnung zu begegnen.

Angelehnt an Zygmunt Baumans Epochendiagnose der »liquid modernity«[11] benennt eine Forschungsgruppe um Godfried Engbersen Pendelmigration in der europäischen Ost-West-Dimension als »liquid migration«.[12] Sie betrifft insbesondere Migrant:innen, die in diesem transnationalen Rahmen auf die Nachfrage ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, darüber aber gleichwohl prekarisiert werden. Sie fungieren als abrufbare arbeitende ›Reservearmee‹ in saisonalen oder projektbe-

aus dem Oldenburger Münsterland im Spiegel der osteuropäischen Saisonarbeiter*innen des 21. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 68, 2020, H. 2, S. 43–64, hier: S. 47 f.

8 *Klaus J. Bade*, ›Billig und willig‹ – Die ausländischen ›Wanderarbeiter‹ im kaiserlichen Deutschland, in: *ders.* (Hrsg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992, S. 311–324.

9 Vgl. *Anna Flack*, Zugehörigkeit und Esskultur. Alltagspraxen von remigrierten und verbliebenen Russlanddeutschen in Westsibirien, Bielefeld 2020, hier: S. 15; *Marcel Mauss*, Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften, Frankfurt am Main 1968, hier: S. 17 f.

10 *Hardy Frehe*, Baumans Soziologie der flüchtigen Moderne, in: *Victor Tiberius* (Hrsg.), Zukunftsgenese. Theorien des zukünftigen Wandels, Wiesbaden 2012, S. 91–105, hier: S. 93.

11 *Zygmunt Bauman*, Flüchtige Moderne, Frankfurt am Main 2003.

12 *Godfried Engbersen/Erik Snel/Jan de Boom*, ›A Van Full of Poles‹. Liquid Migration from Central and Eastern Europe, in: *Richard Black/Godfried Engbersen/Marek Okólski* u. a. (Hrsg.), A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe, Amsterdam 2010, S. 115–140, hier: S. 117.

dingten Jobs, unter anderem in Landwirtschaft[13] und Bauwesen, und reagieren so oft spontan auf Arbeitsangebote.[14] Dies galt in gewisser Weise auch schon für die ›Gastarbeiter‹, die ab Mitte der 1950er-Jahre zwar offiziell angefordert und unter Aufwendung eines hohen Organisierungsgrads nach Deutschland kamen, aber eigentlich nur auf Zeit erwünscht waren.[15]

Was beide Formen der Arbeitsmigration eint, ist, dass sie für Tätigkeiten herangezogen werden, für die die Mehrheitsgesellschaft nicht zur Verfügung steht – sei es zahlenmäßig oder aufgrund der Bewertung und Bezahlung der Stellen. Auch befinden sich die Migrant:innen dabei im räumlichen und sozialen Zwiespalt zwischen ihrem Herkunftsrahmen und dem Arbeitsort. Im »Dazwischen« des Wegs wird ihre Person außerdem als Arbeitskraft kommodifiziert und so zur Handelsware, die besonders im Kontext von Zugehörigkeit und dahingehenden Grenzziehungen eine Hierarchisierung und somit Zunahme ihrer Vulnerabilität erfährt.[16]

Der in der Moderne immer weiter zunehmende Mobilitätsdruck und seine diversen Ausgestaltungen führen zu mehrdirektionalen Migrationsströmen, fluiden – *verflüssigten* – Bewegungen von Menschen, aber auch von Waren und Ideen, in alle Richtungen. Diese fordern Infrastrukturen heraus und wirken an ihrer Gestaltung mit, sind aber durch den unterschiedlich hohen Grad der Beweglichkeit auch schwer zu greifen und einzuordnen[17], sodass sie als besondere, die Gegenwart bestimmende Formen von Mobilität[18] entsprechende Betrachtungen benötigen.

Nina Glick Schiller, Linda Basch und Cristina Blanc-Szanton bedenken dies bereits zu Beginn der 1990er-Jahre, wenn sie festhalten: »Now, a new kind of migrating population is emerging, composed of those whose networks, activities and patterns of life encompass both their host and home societies. Their lives cut across national boundaries and bring two societies into a single social field.«[19] Frühere transnationale Mobilitätsformen[20] wie das »Hollandgehen« oder auch die hier unter anderem betrachtete ›Gastarbeit‹ fallen dabei ebenso in dieses Feld wie das jüngere Phänomen der grenzüberschreitenden Pendelmigration[21] oder die Szene der Digital Nomads, die auch durch technische Mittel die räumliche Distanz überbrücken kann.

Auf die insgesamt weiter gefasste Dimension der Bewegungen verweisen auch Peggy Levitt und Nadya Jaworsky sowie Johanna Rolshoven, wenn sie betonen,

13 Vgl. *Christine Aka*, Sonderkulturen. Polnische Saisonarbeiter zwischen Container und Erdbeerfeld, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 52, 2007, S. 157–182, hier: S. 157.

14 Vgl. *Engbersen/Snel/de Boom*, ›A Van Full of Poles‹, S. 118.

15 Vgl. unter anderem *Anne von Oswald*, Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen ›Gastarbeiter‹ 1962–75. Die gegenseitige Verstärkung des Provisoriums, in: AfS 42, 2002, S. 55–79.

16 Vgl. *Frehe*, Baumans Soziologie der flüchtigen Moderne, S. 96.

17 Vgl. *Engbersen/Snel/de Boom*, ›A Van Full of Poles‹, S. 137.

18 Vgl. *Johanna Rolshoven/Justin Winkler*, Multilokalität und Mobilität, in: Informationen zur Raumentwicklung, 2009, H. 1/2, S. 99–106, hier: S. 99.

19 *Nina Glick Schiller/Linda Basch/Cristina Blanc-Szanton*, Transnationalism: A New Analytic Framework for Understanding Migration, in: Annals of the New York Academy of Sciences, 1992, Nr. 645, S. 1–24, hier: S. 1.

20 Vgl. *Peggy Levitt/B. Nadya Jaworsky*, Transnational Migration Studies: Past Developments and Future Trends, in: Annual Review of Sociology 33, 2007, S. 129–156.

21 Vgl. *Gisela Welz*, Moving Targets. Feldforschung unter Mobilitätsdruck, in: Zeitschrift für Volkskunde 94, 1998, S. 177–194, hier: S. 177.

dass Migration zu keiner Zeit eine Einbahnstraße dargestellt hat, sondern stets die individuelle Verhandlung verschiedener Räume – insbesondere dem des Weggehens und des Ankommens – beinhaltet.[22] Insgesamt betrachtet sei diese nicht selten ambivalente Form der »home orientation«[23] aus der Ferne das, was transnationale Migrant:innen besonders auszeichne: Der Versuch des Kontakthaltens *nach Hause* und des Überbrückens der Fremdheit charakterisiere diejenigen, die zwischen zwei oder mehr Kontexten stehen: »This phenomenon is not new […] but the scale of the process is.«[24] Für Akteur:innen in der kurzweiligen »liquid migration« – sei es als ›Gastarbeiter‹, sei es als gegenwärtige Pendelmigrant:innen –, die die Bewegung zum Teil ihres Lebensstils und ihrer Bewältigungsstrategie[25] gemacht haben, gilt dies im Besonderen.

Migration liegt in Zeiten von Staaten und Grenzen juristisch eine grundsätzliche zwischen- oder überstaatliche Verständigung darüber zugrunde, wer zu welchen Bedingungen in ein Land einreisen darf.[26] Auch ist die Ausreise geregelt. Diejenigen, die migrieren, sind darin oft bloße Zahlen und werden kaum einbezogen. Das Aufenthaltsrecht und mithin das Recht zu arbeiten sind also gesetzlich geregelt. Dies schließt jedoch formal illegale Praxen wie die Überbeanspruchung eines Aufenthaltsstatus, sogenannte Schwarzarbeit oder vergleichbare Erwerbsverhältnisse sowie individuelle Berechnungen zu vielversprechenden und weniger lohnenswerten Zielen[27] und andere Marker migrantischer Agency nicht aus.

Während es für zahlreiche Moldauer:innen durch den rumänischen Pass, den viele aufgrund ihrer Familiengeschichte besitzen, ein Leichtes ist, seit 2007, insbesondere jedoch mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2014, mit der Staatsangehörigkeit[28] des einen EU-Landes in ein anderes einzureisen, entstand Jahrzehnte zuvor für viele Jugoslaw:innen erst mit dem deutsch-jugoslawischen Anwerbeabkommen 1968[29] die Möglichkeit, als ›Gastarbeiter‹ zu migrieren. Nur im Fall der

22 Vgl. *Levitt/Jaworsky*, Transnational Migration Studies, S. 130; *Johanna Rolshoven*, Kultur-Bewegungen. Multilokalität als Lebensweise in der Spätmoderne, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 112, 2009, S. 285–303, hier: S. 289 f.

23 *Dumitru Sandu*, Home Orientation in Transnational Spaces of Romanian Migration, in: Studia Universitatis Babeş-Bolyai – Sociologia 55, 2010, H. 2, S. 15–36, hier: S. 31.

24 Ebd., S. 15.

25 Vgl. *ders.*, Migraţia circulatorie ca strategie de viaţă, S. 26.

26 Vgl. *Steffen Mau*, Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert, Bonn 2022 (zuerst 2021), S. 14.

27 Vgl. *Judith Schmidt*, Kalkulierte Mobilität. Ökonomische und biographische Perspektiven auf Saisonarbeit, Frankfurt am Main 2021.

28 Vgl. *Lucian Boia*, Cum s-a românizat România?, Bukarest 2018 (zuerst 2015), S. 131; *Eleanor Knott*, Kin Majorities. Identity and Citizenship in Crimea and Moldova, Montreal 2022, S. 19, 30 und 189–193.

29 Vgl. *Karolina Novinšćak Kölker*, Ein halbes Jahrhundert »Minhen«: Münchens Platz in der Geschichte der Migration aus dem ehemaligen Jugoslawien und seinen Nachfolgerepubliken vor dem Hintergrund des deutsch-jugoslawischen Anwerbeabkommens von 1968, in: *Ursula Eymold/Andreas Heusler*, Migration bewegt die Stadt. Perspektiven wechseln, München 2018, S. 42–54, hier: S. 45 und 48.

›Gastarbeit‹ wurde dies spezifisch bilateral festgeschrieben und damit reglementiert.[30]

Diejenigen, die als ›Gastarbeiter‹ einreisten, wurden zumeist in Industriezentren, beispielsweise an Automobilstandorten wie München, Stuttgart oder Wolfsburg sowie insgesamt und insbesondere in Nordrhein-Westfalen in der Metallindustrie, im Bergbau und im Baugewerbe[31] eingesetzt. Bis heute stellen Städte einen Fixpunkt für (Arbeits-)Migrant:innen dar, jedoch ist auch der ländliche Raum, vor allem im Hinblick auf die Landwirtschaft sowie den Care-Sektor[32] immer weiter relevant geworden, sodass sich kein so einheitliches Bild mehr zeichnen lässt und Migration vielfältiger wird.

Das Interesse, diese Migration, die letztlich immer auch zum Lebensstandard im Zielland beiträgt und dann von dort auszustrahlen vermag, zu ermöglichen, lag und liegt dabei jeweils auf beiden Seiten: Während Deutschland in der expandierenden ›Wirtschaftswunder‹-Zeit und gegenwärtig erneut unter dem Eindruck einer überalternden Gesellschaft sowie des Fachkräftemangels einen erhöhten Bedarf an Arbeitnehmer:innen hat, war beziehungsweise ist Ländern wie dem blockfreien Jugoslawien[33] oder Moldau an einem Zugewinn über Devisen und Remittances[34]

30 Dadurch sind Statistiken zum Anteil der als ›Gastarbeiter‹ in Deutschland Beschäftigten wesentlich genauer als solche zu Arbeitsmigrant:innen heute, die nicht zwangsläufig oder nicht unter ihrer Erstnationalität – hier der moldauischen – erfasst werden: Insbesondere Anfang der 1970er-Jahre stellten Jugoslaw:innen mit gut einem Sechstel nach den Türk:innen eine der Hauptnationalitäten an Nichtdeutschen auf dem inländischen Arbeitsmarkt dar (vgl. *Jutta Höhne/Benedikt Linden/Eric Seils* u. a., Die Gastarbeiter. Geschichte und aktuelle soziale Lage, Düsseldorf 2014, S. 5; *Maren Möhring*, Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012, S. 318). 2022 sollen rund 45.000 Moldauer:innen in Deutschland gelebt haben, diejenigen jedoch, die mit einem rumänischen Pass eingereist sind, werden zu den knapp 900.000 Rumän:innen gezählt. (Vgl. Statistisches Bundesamt, Tabelle »Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit«, Code: 12521-0002, in: Genesis-Online Datenbank, 28.12.2022, URL: <https://gdk.gdi-de.org/geonetwork/srv/api/records/30303031-3235-4032-312d-303030320002> [12.7.2024]).

31 Vgl. *Novinšćak Kölker*, Ein halbes Jahrhundert »Minhen«, S. 47.

32 Vgl. *Aka*, Sonderkulturen; *Judith Schmidt*, Zahnrad Saisonarbeit. Generationelle Ordnungsmuster in Erzählungen deutscher Landwirte über ihre polnischen und rumänischen Angestellten, in: *Sarah Scholl-Schneider/Moritz Kropp* (Hrsg), Migration und Generation. Volkskundlich-ethnologische Perspektiven auf das östliche Europa, Münster 2018. S. 171–192; *Schmidt*, Kalkulierte Mobilität; *Sabine Hess*, Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa, Wiesbaden 2005.

33 Insbesondere im jugoslawischen Kontext profitierte das Herkunftsland dazu nicht nur unmittelbar ökonomisch von der Öffnung gen Westen, auch kurbelte diese den (Massen-)Tourismus an. Daneben trug das Abkommen dazu bei, dass die (temporär) ausgereisten Staatsbürger wieder unter die Kontrolle des jugoslawischen Staats kamen: Die staatlich organisierte Arbeitsvermittlung und die Möglichkeit, über Bildungsangebote soziokulturellen Einfluss auszuüben, stellen dabei erhebliche Faktoren dar. Vgl. *Novinšćak Kölker*, Ein halbes Jahrhundert »Minhen«, S. 49.

34 Bei Remittances handelt es sich um Geldüberweisungen, aber auch um Sendungen anderer materieller Güter sowie sozialer Faktoren (zum Beispiel Ordnungsvorstellungen oder Gendernormen), die in das Herkunftsland transferiert werden. Vgl. Unterkapitel »Sich selbst und andere versorgen«; *Silke Meyer/Claudius Ströhle* (Hrsg.), Remittances as Social Practices and Agents of Change. The Future of Transnational Society, Cham 2023; *Sara Žerić*, Factories Built

sowie an der Rückkehr von ausgebildeten Fachkräften gelegen. Arbeitsmigration ist zudem ein Instrument der Diplomatie. Gleichwohl leiden viele Staaten und insbesondere auch Familien von Migrierenden unter diesen Umständen, denn wenn die Jungen und die demografische Mitte abwandern, verändert sich auch im Herkunftsland die Sozialstruktur. Zudem erfüllte sich nicht immer die Hoffnung, dass sich die Abwanderung auf der Makroebene auszahlen würde: Die Wiederkehr der einmal Ausgewanderten löste sich oftmals nicht ein. Für Jugoslawien wurde die Familienzusammenführung in Deutschland insbesondere mit dem Anwerbestopp im Jahr 1973 ein Thema[35], für die Republik Moldau ist es die anhaltende Krisenstimmung, vor allem im politisch-ökonomischen Bereich, die ganze Familien ins Ausland treibt.[36]

Auch wenn sie als Gemeinsamkeit neben der Arbeitsmigration als Phänomen den Zielort Deutschland haben, weisen die einzelnen Herkunftsländer in ihren jeweiligen Bedingungen einige Unterschiede auf: Die Geschichte des blockfreien Jugoslawiens, das später in Teilen zur EU gehören, in Teilen aus europäischer Sicht zu den Drittstaaten des Westbalkans zählen wird, und die der postsowjetischen Republik Moldau lassen sich nicht einfach so übereinanderlegen. Auch das System der organisierten – historischen – ›Gastarbeit‹ und der freieren, wenn auch nicht unbedingt freiheitlicheren – gegenwärtigen – Arbeitsmigration sind nicht deckungsgleich. Und doch: Die Beweggründe der Akteur:innen sind sehr ähnlich, und auch die Herausforderungen, denen sie sich in dieser Form der Migration im Kontext des Arbeitens gegenübersehen, legen eine Zusammenschau nah. Durch das Prisma des Weges zwischen Herkunfts- und Arbeitskontext kann so auf in den Prozess der transnationalen Arbeitsmigration eingeschriebene Asymmetrien, aber auch auf vergemeinschaftende Effekte des gemeinsamen Zurücklegens einer relevanten Etappe des Lebens zwischen »hier« und »dort« verwiesen werden. Auch wird so der Blick über die vielfach dominierende Perspektive von Migrant:innen als Arbeitskräfte hinaus erweitert.

II. Methodologischer Fahrplan

Da sich die hier betrachteten Phänomene durch ihre Mehrörtigkeit[37] – im jugoslawischen Mazedonien und Westdeutschland insbesondere der 1970er-Jahre beziehungsweise in der gegenwärtigen Republik Moldau und in der Bundesrepublik

on the Deutsche Mark. Yugoslav Gastarbeiter Investments in Creating Jobs in the Homeland, in: Südosteuropa-Jahrbuch 47, 2024, S. 153–171.

35 Vgl. *Novinšćak Kölker*, Ein halbes Jahrhundert »Minhen«, S. 51. Später kam außerdem noch die Fluchtmigration im Zuge der Teilungskriege (Ex-)Jugoslawiens hinzu.

36 Vgl. *Tim Judah*, Die »existenzielle« Bevölkerungskrise von Moldau, in: Tipping Point, 27.8.2020, URL: <https://tippingpoint.net/de/die-existenzielle-bevoelkerungskrise-von-moldau/> [15.7.2024].

37 Vgl. unter anderem *Michaela Schier*, Räumliche Entgrenzungen – Multilokales Familienleben: Spezifische Anforderungen einer mehrörtigen Alltagsgestaltung und die Rolle von Medien, in: *Ulrike Wagner* (Hrsg.), Familienleben: Entgrenzt und vernetzt?!, München 2013, S. 39–55.

sowie jeweils im »Dazwischen« der Fahrt – auszeichnen, liegt es nah, die Forschung dazu entsprechend anzulegen.[38]

Der Abschnitt zur historischen ›Gastarbeit‹ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dabei zum einen durch familiäre Bindungen und zum anderen über einen Oral-History-Ansatz nicht nur raum-, sondern auch zeitübergreifend angelegt. Er beruht stark auf den familiären Erinnerungen der Familie Jusufi und ihren Erzählungen über die ›Gastarbeit‹ sowie die Zugroute nach Deutschland, die in Interviews und Forschungsgesprächen erhoben wurden, sodass biografische Narrative im Zentrum stehen. Ali Jusufi (*1950)[39], der Vater der Zweitautorin, ist dabei der Hauptinteraktionspartner. Die Frauen der Familie hingegen sind in dieser Kommunikation generell unterrepräsentiert, da sie lange Zeit nicht aktiv migrierten und erst später im Zuge des Familiennachzugs gewissermaßen räumlich mobilisiert wurden. Als Daheimverbliebene haben sie im Sinne eines transnationalen Ansatzes, der das »Hier« und das »Dort« verbindet, ebenso eine Stimme, die kommunikativ jedoch eher in Anekdoten denn in stärker strukturierten Gesprächsformen wie den Vater-Tochter-Unterhaltungen auftritt. Das in diesem familiären Zusammenhang erhobene Material ist stark sozial an die Forscherinnenperson als nahe Verwandte gebunden. Auch spielt es sich in einem von verschiedenen Generations- und mithin Hierarchieebenen geprägten Beziehungsgefüge ab.[40] Dass wir uns dennoch dazu entschieden haben, diese Perspektive heranzuziehen, hängt maßgeblich mit der hier bereits bestehenden vertrauensvollen Wechselbeziehung zusammen, die es erst ermöglicht, in so potenziell sensible Gefilde wie die eigene Migrationsgeschichte vorzudringen: Die Akzeptanz, die sich eine außenstehende Forscherin erst hätte langfristig erarbeiten müssen, war hier bereits vorab gegeben und ermöglichte so einen Zugang, der Außenstehenden womöglich nicht gelungen wäre. Ferner ist zum qualitativen Forschen festzuhalten, dass es »per se stark durch persönliche und situative Kontexte beeinflusst«[41] ist und dem Oral-History-Ansatz

38 Vgl. *George E. Marcus*, Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography, in: Annual Review of Anthropology 24, 1995, S. 95–117, hier: S. 102; *Welz*, Moving Targets; *Ramona Lenz*, Kulturen vergleichen – Mobilitäten aufeinander beziehen, in: Voyage. Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung 10, 2014, S. 171–185, hier: S. 173.

39 Ali Jusufi kam im Herbst 1973 aus dem ländlichen Mazedonien und der familiären Subsistenzland- und -viehwirtschaft im Zuge des deutsch-jugoslawischen Anwerbeabkommens nach Dortmund, wo er fast 40 Jahre im Dortmunder Hafen als »Umschlagarbeiter«, eine Art Allrounder, tätig war. Infolge der Wirtschaftskrise von 2007/2008 verlor er 2010 die Arbeit und nach zwei Jahren vergeblicher Jobsuche ging er in den Vorruhestand. Seitdem lebt er saisonweise in Dortmund und in seinem Herkunftsort Zajaz (Nordmazedonien). Als er 1973 nach Deutschland kam, war er verlobt. Die Familie gründete er in seinem Herkunftsdorf. Sie verblieb dort bis in die 1990er-Jahre, als die Jugoslawienkriege begannen. In dieser politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit holte er seine Familienmitglieder einzeln und mit zeitlichen Abständen, immer kurz vor Ende der Einreisemöglichkeit der Kinder vor dem 16. Lebensjahr nach Dortmund. Jedes Mal wartete er bis zuletzt ab, dass sich die Situation in Mazedonien bessern würde.

40 Vgl. *Georg Breidenstein/Stefan Hirschauer/Herbert Kalthoff* u. a., Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung, München 2020, S. 70.

41 *Sarah Scholl-Schneider/Johanne Lefeldt*, Zwischen didaktischen, digitalen und diversitätsbedingten Herausforderungen. Impulse für adäquate Lehr- und Prüfungsformate zur Vermittlung des qualitativen Interviews als ethnografische Methode, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 31, 2018, S. 105–119, hier: 106.

wie dem ethnografisch geprägten Arbeiten stets auch die Familiarität als Grundlage gelingender Kommunikation innewohnt. Dies gilt freilich für beide hier betrachtete Fälle.

Das zweite Fallbeispiel, das den Vergleich durch eine zeitliche und räumliche Verlagerung ermöglicht, spielt sich demgegenüber in der Gegenwart ab. Die Routen moldauischer Arbeitsmigrant:innen zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland wurden ethnografisch durch eigenes Miterleben der Erstautorin sowie autoethnografische Elemente[42] untersucht. Die Mitfahrt in einem Bus auf einer solchen Route ermöglichte beobachtende Teilnahme[43], lose, verdeckt stattfindende Forschungsgespräche[44] und anschließende Gedächtnisprotokolle.

Das Mitlaufen und -fahren[45] als Herangehensweise »along the way« bietet in diesem Fall durch den Umstand, dass zwar alle Beteiligten in einem Bus sitzen, einander aber weitestgehend unbekannt sind, die Möglichkeit, in einem stark abgesteckten Raum und in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen die vorherrschende Anonymität für die Forschung fruchtbar zu machen.[46] Das gemeinsame Erfahren des Wegs wirkt vertrauensbildend, wie es auch Sabine Hess, die sich ebenfalls eines Busses als Fortbewegungs- und Forschungsmittel zugleich bedient, in ihrer Arbeit zu slowakischen Au-pairs schildert:

> »Die Anonymität der ›Busgesellschaft‹, die sich während der zwölfstündigen unbequemen Fahrt in eine ›Leidensgemeinschaft‹ verwandelte, wenn man sich nachts auf der Autobahnraststätte mit verlegten Gliedern zur Pause einfand, schien eine Offenheit mir gegenüber möglich zu machen, die mit festem Boden unter den Füßen in meinem Forschungsraum Süddeutschland nur über lange Zeit herzustellen war.«[47]

42 In diesen Fällen schreibt die Erstautorin in der ersten Person Singular, um das ›Ich‹ der Autoethnografie deutlich zu machen.

43 Vgl. *Flack*, Zugehörigkeit und Esskultur, S. 112 ff.

44 Die hier genutzten Forschungsgespräche unterscheiden sich stark von strukturierten Interviews als Mittel kulturanthropologischen Forschens. Sie sind formlos, freier und dennoch eng an soziale Konventionen der jeweiligen Situation angepasst, handeln also in Einheit mit dem Forschungskontext. Während das verdeckte Forschen zwar einen forschungsethischen Streitpunkt hinsichtlich des Vertrauens im Feld darstellen mag, ist es in Kontexten mit besonderer Sensibilität wie diesem unerlässlich, um durch Gespräche Material zu generieren, das über die reine Beobachtung hinausgeht. Hinzu kommt, dass Interaktionspartner:innen und Forscherin sich alle in einer ähnlichen Situation der Angewiesenheit auf die Infrastruktur des Busses befinden und bereits durch diese geteilte Gemeinsamkeit in einen sozialen Austauschprozess eingebunden sind: »Für die Herstellung von Vertrauen muss die Fremdheit überwunden werden, es bedarf des Wissens über den anderen […] und darauf aufbauend der gegenseitigen Anerkennung und Verpflichtung.« (*Marc Frick*, Die Gabe als drittes Prinzip zwischen Markt und Staat? Perspektiven von Marcel Mauss bis zur Gegenwart, Bielefeld 2021, hier: S. 53).

45 Vgl. *Hess*, Globalisierte Hausarbeit, S. 33; *Lukas Sattlegger/Anna S. Brietzke/Melina Stein* u. a., Go-Along-Interviews als Methode für eine sozial-ökologische Stadtnaturforschung, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 24, 2023, DOI: <https://doi.org/10.17169/fqs-24.1.3923> [19.6.2024].

46 Vgl. *Hess*, Globalisierte Hausarbeit, S. 33.

47 Ebd., S. 100.

Die Übergangsrolle des Fahrzeugs zwischen »nicht mehr« und »noch nicht« ist mithin ebenso etwas, das die Akteur:innen zum Erzählen bringt.[48] Das Reden und der Austausch sind Zeitvertreib, Ablenkung und Unterhaltung, bevor entweder der Arbeitsalltag in der Ferne oder das gewohnte Leben zu Hause wieder beginnt.

Selbst mobil zu sein und sich auf die jeweiligen Lebensumstände der Akteur:innen ein Stück weit einzulassen, ist daher unverzichtbar in der Annäherung an die transnationalen Gegebenheiten des Felds; die Interaktionspartner:innen und Forschungskontexte »halten nicht still, bleiben nicht am angestammten Platz, und wer sie ins Visier nehmen möchte, muß selbst mobil werden«.[49] Insofern kann kaum von einem stringenten Verlaufsplan der Forschung ausgegangen werden. Stattdessen sind Adaptivität und Flexibilität Kernkompetenzen dieses Ansatzes, der sich selbst unterwegs, zwischen der Republik Moldau und Deutschland – die meiste Zeit davon in einem Reisebus – verortet und so von lokal fixen Forschungsrahmen löst.[50]

In beiden Fällen steht neben George E. Marcus' akteurszentriertem »Follow the People«[51] damit auch ein »Follow the Route« in Bezug auf die Infrastruktur – den Zug beziehungsweise Bus und die Strecke – im Vordergrund, sodass sich Themen wie die Vergleichsaspekte gewissermaßen »auf dem Weg« explorativ erschließen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausstellen lassen.

Prozesse der Mehrörtigkeit wie die Pendelmigration können als »Impuls und Indikator von Transnationalisierungsprozessen«[52] gelesen werden, in denen sich Globalisierung an konkreten Gegenständen und Phänomenen aufzeigen lässt. In mobilen Forschungsfeldern werden weltumspannend relevante Verlaufsformen so paradigmatisch anhand ihrer Akteur:innen als »moving targets«[53] und ihrer Praxen, unter anderem im Zusammenspiel mit den jeweiligen Infrastrukturen und ihren Bedingungen, sichtbar.[54]

Mobilität als »beobachtungsleitende Kategorie«[55] stellt einen normalen – und nicht im Gegensatz zur Sesshaftigkeit besonderen – Umstand und Prozess[56] dar, auf dessen Basis sich etwa der hier angestrebte Vergleich zweier Formen der Pendelmigration anstellen lässt. Freilich ließe sich einwenden, inwiefern die Zusammenschau einer Migrationsbewegung innerhalb des bundesdeutschen Konzepts der

48 Ebd.

49 *Welz*, Moving Targets, S. 177.

50 Vgl. *Birgit Bräuchler*, Vom Regenwald in den Cyberspace: Räumliche und zeitliche Transformation in der Feldforschungspraxis, in: Paideuma. Mitteilungen zur Kulturkunde 61, 2015, S. 47–69, hier: S. 47.

51 *Marcus*, Ethnography in/of the World System, S. 106.

52 *Johanna Rolshoven*, Multilokalität als Theorem der Kulturanalyse. Akteurzentrierte Perspektiven der Kulturanthropologie, in *Rainer Danielzyk/Andrea Dittrich-Wesbuer/Nicola Hilti* u. a. (Hrsg.), Multilokale Lebensführungen und räumliche Entwicklung: ein Kompendium, Hannover 2020, S. 35–41, hier: S. 39.

53 *Welz*, Moving Targets.

54 Vgl. *dies.*, »Sighting/Siting globalization«. Gegenstandskonstruktion und Feldbegriff einer ethnographischen Globalisierungsforschung, in: *Sonja Windmüller/Beate Binder/Thomas Hengartner* (Hrsg.), Kultur-Forschung. Zum Profil einer volkskundlichen Kulturwissenschaft, Berlin 2009, S. 195–210, hier: S. 195 ff.

55 *Welz*, Moving Targets, S. 192.

56 Vgl. ebd.; *Sheller/Urry*, The New Mobilities Paradigm.

›Gastarbeit‹ in den 1960er- und 1970er-Jahren mit einer weiteren – zumal aus einem anderen Land kommenden – Bewegung gut ein halbes Jahrhundert später überhaupt legitim ist, wenn nicht nur die Weltordnung unterdessen eine andere geworden ist, sondern auch sozioökonomische und technische Bedingungen äußerst unterschiedlich sind. Doch scheint hier der Aspekt der Pendelmigration als verbindende Form durchaus tragbar, um, angelehnt an Ralf Weber, zum einen »Wanderarbeit als Massenphänomen«[57] im weitesten Sinne darzustellen und zum anderen überzeitliche sowie unterschiedliche Eigenschaften auszumachen, die die transnationale Ost-West-Ost-Migration auszeichnen. Es sind zwar zwei unterschiedliche Zeiten und auch zwei verschiedene Räume sowie Verkehrsmittel. Gleichwohl stehen in diesem Beitrag Akteur:innen mit ähnlichen Pendelgründen, die sich jeweils auf Infrastrukturen verlassen und als Ziel Deutschland haben, im Vordergrund. Die Perspektive liegt somit auf der Praxis und den darin Handelnden.

Der diachrone Vergleich ist ein Mittel, sich dem größeren Kontext induktiv über einzelne Fälle anzunähern. Anknüpfend daran, dass Ulrich Herbert der alten Bundesrepublik Geschichtsvergessenheit im Umgang mit der ›Gastarbeit‹ oder vielmehr den ›Gastarbeiter:innen‹ im Hinblick auf die kaum zwei Jahrzehnte zuvor noch präsenten ›Fremdarbeiter‹ beziehungsweise Zwangsarbeiter:innen im NS-Regime sowie vorherige Migrationsbewegungen attestiert[58], liegt es nah, seine Perspektive fortzudenken und gegenwärtige Migrationsprozesse in Beziehung zu historischen Formen zu setzen. Über die Migrationsströme zwischen dem jugoslawischen Mazedonien und der Bundesrepublik in der ›Wirtschaftswunder‹-Zeit bis in die 1970er-Jahre und zwischen der Republik Moldau und Deutschland heute ist es entsprechend möglich, akteurszentriert die gemeinsamen Muster sowie allgemein migrationsspezifische Vergemeinschaftungseffekte herauszuarbeiten, in denen der Weg als wesentliche Etappe transnationaler Lebensrealität hervortritt.

Johanna Rolshoven fasst die physische Bewegung auch als »kognitiven Prozess, der sich in einer Dreigestalt von Intention, Verlauf und Ziel ausdrückt«.[59] Daher interessieren hier weniger Statistiken der Fahrt als vielmehr die Menschen innerhalb des Prozesses, ihre Beweggründe, Routinen, Rituale, Wahrnehmungen und Erfahrungen sowie ihr materielles wie immaterielles »emotionales Gepäck […]: Erwartungen, Nervosität, Sehnsüchte[]«[60] und auch die Art und Weise, wie all dies durch die Bewegung selbst womöglich mehr als nur räumlich eine Verlagerung erfährt. Schließlich ist aktive Bewegung oder das passive Bewegtwerden – wie im Rahmen der Pendelmigration und selbst in ihrer technisierten Infrastruktur vielseitig feststellbar – »denkendes Handeln […] und damit Körpertechnik und Lebensweise zugleich«.[61]

57 *Weber*, Das Hollandgehen aus dem Oldenburger Münsterland, S. 44.
58 »Suggestion der Geschichtslosigkeit«. *Ulrich Herbert*, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1995, S. 218.
59 *Rolshoven*, Kultur-Bewegungen, S. 287.
60 *Orvar Löfgren*, Touristen und Pendler: Wie man sich bewegt, so ist man gestimmt, in: Voyage. Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung 10, 2014, S. 25–44, hier: S. 26.
61 *Rolshoven*, Kultur-Bewegungen, S. 288.

III. Zwei Zeiten, Räume, Verkehrsmittel – eine Praxis: Arbeitsmigrantisches Pendeln im Vergleich

Migration wird durch einen Mangel vor Ort und einen Bedarf anderswo herbeigeführt und durch die Wege zu diesem »Anderswo« ermöglicht. Sämtliche denkbare Fortbewegungsmittel und nicht zuletzt das Wandern oder Gehen[62] spielen hier eine Rolle; das durch teilweise staatliche, teilweise privatwirtschaftlich organisierte Verkehrsinfrastrukturen grenzüberschreitend entstehende Pendeln innerhalb der Arbeitsmigration ist dabei noch verhältnismäßig jung. Allen Formen gemein ist jedoch, dass es einen räumlichen und zeitlichen Startpunkt braucht, an dem der Aufbruch in eine liminale Phase des Unterwegsseins zu neuen Rahmenbedingungen beginnt. Sie ist gleichwohl eng mit den Erfahrungen des Ausgangsorts verknüpft, zu dem die Rückkehr – zumindest in der ursprünglichen Planung zumeist – erfolgen soll.

Von Dampfbooten und Ritualen des Weggangs – auf dem Weg in die ›Gastarbeit‹

Die Qual der Wahl hatten die Jusufis – wie die meisten der ›Gastarbeiter:innen‹ – bei der Auswahl der Verkehrsmittel auf ihrem Weg nach Deutschland nicht: Während Flüge und Autofahrten kaum bekannt oder unerreichbar teuer waren, wurden Busse nur für Binnenfahrten verwendet. Eher noch fuhr – oder vielmehr: ritt – man kurze Strecken auf Lasttieren und Kutschen. So war es der Zug, der unter anderem albanische Männer aus ihren Heimatorten oft in mehreren Etappen zu ihrem Arbeitsort in Deutschland brachte.

Dieser Fortgang war für die patriarchale Regionalkultur eigentlich unbekannt: Söhne ziehen nicht weg. Doch die Eisenbahn als Sinnbild der (Ab-)Reise sollte die Jusufis gleich in mehrfacher Weise entzweien. Die Strecke verläuft nur wenige Meter vom Elternhaus der Zweitautorin entfernt. Beim Bau der Linie in den 1960er-Jahren musste das Haus ihrer Großeltern weichen, das neue wurde mit dem staatlichen Erlös gebaut. Die strukturschwache und rurale Gegend wurde mit gleich drei Zugstationen ausgestattet, die letzte erst 1983/84 gebaut. Der Romanautor Orhan Pamuk schildert in »Das neue Leben«, dass die Eisenbahn globalhistorisch als sicherer Aufstiegsmotor gedacht war.[63] Der Bau von Eisenbahnstrecken sollte gerade Peripherien und strukturschwache Regionen wirtschaftlich erschließen[64], er diente aber auch Eroberungsstrategien in imperialen Zusammenhängen.[65] Für die Jusufis war der Zug hingegen nicht das Symbol des Aufstiegs. Man empfand ihn

62 Vgl. *Weber*, Das Hollandgehen aus dem Oldenburger Münsterland; *Konrad J. Kuhn,* Alles geht? Einführende Gedanken zu alltäglichen Praktiken des Zu-Fuß-Gehens, in: *ders.* (Hrsg.), Gehen – kulturwissenschaftlich. Erkundungen zu alltäglichen Praktiken, Innsbruck 2023, S. 7–15.

63 Vgl. *Orhan Pamuk*, Das neue Leben, Frankfurt am Main 2005 (zuerst 1994), hier: S. 147; *Schivelbusch*, Geschichte der Eisenbahnreise.

64 Vgl. *Nadja Weck*, Eisenbahn und Stadtentwicklung in Zentraleuropa. Am Beispiel der Stadt Lemberg (Lwów, L'viv), Wiesbaden 2020.

65 Vgl. *Benjamin Langer*, »Fremde, ferne Welt«. Mazedonienimaginationen in der deutschsprachigen Literatur seit dem 19. Jahrhundert, Bielefeld 2019.

stattdessen als direkte Bedrohung, sodass die Frauen der Familie mit der Zeit den lokalsprachlichen Fluch »Të vraft vozi!« (»Mögest du vom Zug getötet werden!«) entwickelten, was vorher Gott vorbehalten war (»Të vraft zoti/allaj!«). Dass der Zug also auch im übertragenen Sinne als bedrohlich empfunden wurde, weil er die Männer der Familie wegbrachte, kann in diesem Kontext nur vermutet werden.

Lange nannte man den Zug lokal »pampur«, abgeleitet von »vapor« (»Dampfschiff«, ital. »vapore«).[66] Und diese waren lokal nicht aus der direkten Erfahrung bekannt, denn die Gegend grenzt nicht an große Gewässer. Stattdessen stammt der Name aus einem sehr bekannten Lied »Vijnë pampurat« – »Die Dampfschiffe kommen«. In dem klagenden Lied bringen die Schiffe »Soldaten des Königs« weg, von denen einige weinen und einige andere singen, aber alle ihren Frauen Nachrichten zukommen lassen, auf sie zu warten oder alte Männer zu heiraten.[67] Der Dampf ist das verbindende Glied zu den ebenfalls gut bekannten schweren Dampflokomotiven aus den 1920er-Jahren, denn die alte Eisenbahnlinie, die noch während des Ersten Weltkriegs gebaut wurde, verlief auf dem Berg westlich des Dorfes der Jusufis, Zajaz, nördlich von Kičevo (heute Nordmazedonien). Die Elterngeneration der Zweitautorin ersetzte den »pampur« durch den slawischen »voz«, womöglich nachdem Jugoslawien die neue Eisenbahnlinie in den 1960er-Jahren gebaut hatte. Heute sind »pampur« und »voz« nicht nur aus sprachnationalistischen Gründen durch das standardalbanische »tren« – einen Italianismus – ersetzt worden, auch die ganze Eisenbahnlinie wurde stillgelegt. Die Passagiere wurden immer weniger, da die Züge immer älter und langsamer wurden, aber auch, weil mit dem Anstieg der Alphabetisierung und der Frauenemanzipation heutzutage fast jeder und jede einen Führerschein und mindestens ein Familienauto besitzt. Auch die Busse haben nah wie fern die mobile Welt von der Schiene auf den Asphalt verlegt – wenn nicht direkt in die Luft und ins Flugzeug.

Bis dahin war jedoch die Mobilität, insbesondere im Zuge der Arbeit, gemeinhin Männersache: zunächst zum Wehrdienst innerhalb des Landes, sehr viel später zur Arbeit nach Deutschland. Dafür verwendete man das regional altbekannte Wort »gurbet/kurbet« (türk. »Gurbét« – »Ausland«, arab. für »arm, seelisch wie wirtschaftlich«[68]), das mit saisonaler Arbeitsmigration in Verbindung stand.

Urlaubsreisen waren gegenüber der Arbeitsmobilität ein noch unbekanntes Konzept, für das heute das moderne standardalbanische Wort »pushime« (»Ferien«) verwendet wird. Die mit dem Zug heimkehrenden ›Gastarbeiter‹ kamen hingegen lange in »selaa«, ursprünglich für »Urlaub vom Wehrdienst« stehend und dialektal vom türkischen »sıla« (»Heimkehr, Heimat«) entlehnt. Später hatten sie, sprachlich bereits an ihr Arbeitsland angeglichen, »urllop« (»Urlaub«).[69]

66 *Kolec Topalli*, Fjalor etimologjik i gjuhës shqipe, Tirana 2017, S. 1545.

67 Diese Lieder sind in der albanischen Volksmusik und -dichtung sehr bekannt und werden »nizam«-Lieder oder »nizam«-Gedichte genannt, vom türkischen »nizam« (»Armee«). *Hasan Kaleshi/Hans-Jürgen Kornrumpf*, Das Wilajet Prizren. Beitrag zur Geschichte der türkischen Staatsreform auf dem Balkan im 19. Jahrhundert, in: Südost-Forschungen 26, 1967, S. 176–238, hier: S. 182.

68 *Tahir Dizdari*, Fjalor i orientalizmave në gjuhën shqipe, Tirana 2005, S. 294–296.

69 Das Wort »Urlauber« existiert hingegen bis heute gar nicht. Es gab einmal ein altes, heute vergessenes Wort »izinli«, aus dem Türkischen für »Beurlaubter«, das ebenfalls im Zusammenhang mit dem Wehrdienst stand. *Hasan Kaleshi*, Der Einfluss des Türkischen auf die Wortbil-

Den Weg, der in diesem Rahmen zurückgelegt wurde, bezeichnete man lokal einfach als »boj udhë« (»Zurücklegen eines Wegs«). Die Zeiten des »Auf-dem-Weg-Seins« waren nahezu mystisch konnotiert, sodass sich um den Vorgang der Abreise einige Rituale, wie sie sonst bei der Vermählung und dem Wegzug der Töchter angewandt wurden, rankten: Das Begießen der Reifen mit Wasser als Symbol für Kraft und Gesundheit oder das nicht erlaubte Rückwärtsfahren beim Starten wurden beispielsweise für die Pendelmigration beziehungsweise ihren Beginn im Dorf übernommen. Zwar versicherte man sich immer wieder, dass die Söhne, Ehemänner und Väter wiederkämen, aber »sicher ist doch sicher«, wie diese Adaption der bekannten Bräuche als vertraute Zeichensysteme unter unbekannten Vorzeichen zeigt.[70] Außerdem durften die Kinder der Familie in dieser Zeit weder weinen noch laut sein, bis eine Nachricht kam, dass der Vater angekommen ist. Die bösen Geister, die sein »Zurücklegen des Wegs« ver- oder behindern könnten, sollten nicht geweckt werden. Und so trat er den Weg nach Deutschland per Zug wieder und wieder an, wurde jedoch unterwegs nicht nur von Kollegen mit sehr ähnlichen Lebensverläufen, sondern auch von einer Vielzahl an Worten und Praktiken begleitet, die die transnationale Verwobenheit des kleinen Dorfes an der Bahnstrecke und seiner Bewohner:innen über die Gleise hinaus aufzeigen.

Im Bus nach Europa – Arbeitsmigrant:innen, ihre Telefone und Tränen

»Noi unim Europa« (»Wir vereinen Europa«): Mit diesem Slogan macht eine moldauische Busgesellschaft Werbung für ihre Fahrten, unter anderem nach Deutschland. Jeden Tag verlassen Dutzende Reise- und Kleinbusse, aber auch Privatfahrzeuge das Land. Zumeist fahren sie gen Westen, in Länder der Europäischen Union, die mit Arbeit und besseren Verdienstmöglichkeiten locken. Für mich als Laiin, die einen dieser Busse zu Forschungszwecken nehmen wollte, gestaltete sich die Suche nach einem geeigneten Verkehrsmittel zunächst als erste Herausforderung: Vielen meiner Interaktionspartner:innen war schleierhaft, warum ich unbedingt einen Bus nutzen wollte. Das sei beschwerlich und langwierig. Viele von ihnen hatten die Erfahrung selbst schon gemacht, als Arbeitsmigrant:innen oder auf der Suche nach dem günstigsten Verkehrsmittel zur Fahrt an den Studienort im Ausland. Für sie war die Reise per Bus durchaus bekannt, aber auch nicht mehr so zeitgemäß, insbesondere seit Billigairlines die Republik Moldau mit der Welt verbanden. Doch diese hatten sich im Jahr 2023 aufgrund des nahen Kriegs in der Ukraine vielfach aus dem Land zurückgezogen und da der nächste Flughafen außerhalb des Landes

---

dung des Albanischen, in: *Georg Hazai/Peter Zieme* (Hrsg.), Sprache, Geschichte und Kultur der Altaischen Völker, Protokollband der XII. Tagung der Permanent International Altaistic Conference 1969 in Berlin, Berlin 1974, S. 279–286, hier: S. 283.

70 Vgl. *Rolf Wilhelm Brednich*, Germanische Sinnbilder und ihre vermeintliche Kontinuität. Eine Bilanz, in: *ders./Heinz Schmitt* (Hrsg.), Symbole – Zur Bedeutung der Zeichen in der Kultur. 30. Deutscher Volkskundekongreß in Karlsruhe vom 25. bis 29. September 1995, Münster 1997, S. 80–93, hier: S. 81 f. und 86; *Anton Sterbling*, Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen, München 1997, S. 273 f.; *Gerrit Herlyn*, Ritual und Übergangsritual in komplexen Gesellschaften. Sinn und Bedeutungszuschreibungen zu Begriff und Theorie, Münster 2002, S. 20.

in Rumänien liegt, wurden die Busse notgedrungen wieder beliebter. So war bei meiner Reise das Angebot zwar wieder größer, aber auch undurchsichtiger. Dazu kam, dass sich die Angaben in den Büros vielfach von denen auf den Websites unterschieden und letztlich die verlässlicheren waren, sodass das Klinkenputzen begann, um ein Unternehmen zu finden, das an einem passenden Tag fahren und mich in die richtige Richtung – in diesem Fall in den Großraum Hannover – bringen würde. Schließlich buchte ich in einem kleinen Ladenlokal die Fahrt, indem ich meine Zieladresse und Handynummer auf einem kleinen Zettel notierte und abgab, mein Gegenüber diesen annahm und mir prompt nochmal die Abfahrtszeiten mitteilte. »Direct la uşă« (»bis vor die Haustür«) sollte mich das ausgewählte Unternehmen bringen. Noch war ich skeptisch und stellte mich darauf ein, dass der Busbahnhof einer größeren Stadt eventuell auch genügen müsse, doch nachdem er kleinere Orte in der Nähe aufzählte, in denen sie auch bereits Leute – vermutlich im Zuge der Arbeitsmigration in die Landwirtschaft rund um Spargel und Erdbeeren, die in der Region populär ist – abgesetzt hätten, gewann ich an Zutrauen. Dieses stieg noch einmal, als mir Zeit und Abfahrort am Vortag telefonisch bestätigt wurden: Am 26. April 2023[71] fand ich mich morgens um acht Uhr an einer der Chişinăuer Ausfallstraßen ein. Eine Stunde später, nachdem das Gepäck – 40 kg sind pro Person in beliebig vielen Gepäckstücken erlaubt – in den Anhänger verladen worden war, fuhren wir mit dem Doppelstockbus ab. 130 € kostet die Tour, 250 €, wenn man Hin- und Rückfahrt bucht – ein Angebot, das viele annehmen. Auch ich stieg eine Woche später wieder in den Bus Richtung Moldova. Doch zunächst waren wir – das »Wir« stellt sich so unterwegs mit Fremden erstaunlich rasch ein – gut eineinhalb Tage unterwegs.

Im Gegensatz zu den im moldauischen Stadt- und Überlandverkehr oft verwendeten Kleinbussen, den »marşrutki«, werden die weiten Strecken auch aufgrund des Gepäckaufkommens häufiger mit Reisebussen (»autocare«) bedient. Das Pendeln bedient sich hier ebenso der Schiffsmetaphorik: »a face naveta« weist eindeutig auf ein Schiff(-chen) oder eine Fähre hin. Die Praxis der Arbeitsmigration ist demgegenüber sprachlich schlichter: »a merge/a pleca/se duce în Germania« (»nach Deutschland gehen«) steht an sich schon für die zugrunde liegende Motivation, lässt sich aber auch auf andere Länder wie etwa Italien anwenden. Die Rückkehr wird ähnlich gerahmt: Während »acasă« einfach für »zu Hause« und »das Zuhause« steht, ist der Begriff an sich hochemotional besetzt und kann so ohne eine genauere Ortsbezeichnung für den Weg zurück nach Moldova verwendet werden.

Indem »transportul tău spre Europa« (»dein Transportmittel nach Europa«) von Firmen in Konkurrenz zueinander organisiert wird, scheint es ein Wettbewerbsvorteil zu sein, seine Passagier:innen bestmöglich zu versorgen – oder dies zumindest so zu bewerben: Die Beförderung bis zur Haustür ebenso wie die Erreichbarkeit, die zwei Fahrer, die in einheitlicher Kleidung seriös und professionell wirkten, und die Begleiterin der Fahrt, die alles Weitere organisierte, vermittelten den Eindruck, dass die Fahrgäste bis zum Ausstieg nichts mehr zu bedenken hätten.

71 Die Aufzeichnungen stammen insbesondere aus diesem Zeitfenster der unmittelbaren Fahrt sowie ihrer Vor- und Nachbereitung im April/Mai 2023 und wurden in Form von Feldnotizen festgehalten.

Mit diesen Versprechen im Gepäck schien der Blick in erster Linie nach vorn gerichtet. Abschiedsszenen am Bus und an ein paar weiteren Halten entlang der Hauptstraße zur moldauisch-rumänischen Grenze waren rar; offenbar hatten sich viele bereits vorab von ihren Lieben verabschiedet. Die junge Frau eines immer wieder in Deutschland als Bauarbeiter tätigen Mannes, die in einem südmoldauischen Dorf lebt, schilderte mir im Umfeld dieser Forschung, dass sie sich schon dort verabschiedeten. Viele derjenigen, die nach Deutschland zum Arbeiten fahren, wohnten auf dem Land und traten die Reise zum Bus von dort aus allein oder in kleinen Gruppen an. »Noi plângem de două ori« (»Wir weinen zwei Mal«), berichtete sie und meinte damit sich, ihren Mann und ihre Familie aus kleinem Sohn und den Schwiegereltern: einmal, als ihr Mann wegfährt, und dann, wenn er wiederkommt, dann jedoch vor Freude. Dass er zumeist bald darauf erneut abreisen muss, wohnt diesem Modell inne.

So schien es vielen der Menschen im Bus zu gehen; sie telefonierten während der Fahrt mit der Familie: »Uite, tata s-a dus să facă bani, să-ți cumpere niște lucruri frumoase« (»Schau, Papa ist gefahren, um Geld zu verdienen, um dir dann etwas Schönes zu kaufen«), flötete ein jüngerer Mann offenbar seinem kleinen Kind ins Ohr und wirkte nach dem Telefonat emotional aufgewühlt, während ein anderer älterer, der für eine Gruppe jüngerer Männer einen routinierten Ansprechpartner darstellte, seiner Frau noch letzte Anweisungen zur Versorgung des Viehs gab. Zur Ernte im Herbst wolle er aber spätestens zurück sein, vielleicht früher, »cine știe« (»wer weiß«). Smartphones sind insbesondere durch diverse Messengerdienste mit dem Senden von Bildern, Videos und Sprachnachrichten womöglich stärker zu einer verbindenden Infrastruktur[72] geworden als die Verkehrsmittel selbst, ermöglichen sie doch nicht nur den Kontakt, sondern auch das wenigstens ausschnitthafte Teilhaben[73] am Leben hier wie dort.

Familienväter reisen ab, ›Gastarbeiter‹ kommen an

Die Fahrt vom Herkunfts- zum Zielort ist in den Lebensverläufen von Migrierenden, insbesondere von Pendelmigrant:innen, ein oft wiederkehrendes transformatives Moment. Hier werden, neben den räumlichen Grenzen, jene zwischen Davor und Danach, Herkunfts- und Zielort, und auch solche sozialer Art überschritten.[74] Die Route kalibriert dabei die Bedingungen und Machtbeziehungen neu und macht aus Individuen Arbeitskräfte[75], die in einem anderen Kontext ankommen als dem,

72 Vgl. *Daniel Miller/Laila Abed Rabho/Patrick Awondo* u. a., The Global Smartphone. Beyond a Youth Technology, London 2021.

73 Vgl. *Christoph Bareither*, Gefühlspraktiken gestalten. Digitale Kuratierpraktiken am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, in: Hamburger Journal für Kulturanthropologie 13, 2021, S. 349–361, hier: S. 351 ff. und 359 f.

74 Vgl. *Hess*, Globalisierte Hausarbeit, S. 91.

75 Max Frischs Diktum – zu italienischen Arbeitern in der Schweiz – »Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen« (unter anderem *Max Frisch*, Überfremdung I, in: *ders.*, Öffentlichkeit als Partner, Frankfurt am Main 1967, S. 100) verweist, ähnlich wie Überlegungen zum transformativen Potenzial der Fahrt, auf die Perspektiven der Zielgesellschaft, in denen ›Gastarbeiter‹ als in erster Linie Fremde und Arbeitskräfte eingestuft sowie – wohnräumlich

den sie verlassen haben. Dort stehen sie neuen Herausforderungen und Unbekanntem gegenüber. Manches davon wird mit der Zeit vertraut werden, einiges bleibt aber auch nach wie vor fremd und anders.

Zajaz – Skopje – Belgrad – München – Dortmund. Diese Route trat Ali Jusufi 1973 wie zahlreiche ›Gastarbeiter‹ aus dem damaligen Jugoslawien vor, nach und nicht zuletzt mit ihm an und sollte sie immer wieder wiederholen, um zu seiner Familie zurückzukehren und dann erneut an den Arbeitsort im Ruhrgebiet aufzubrechen. Die Route zwischen Skopje und München wurde dabei mit einem Zug bereits ab Athen bedient, der in Skopje mit einem weiteren zusammengeführt wurde und quer durch Jugoslawien und Österreich bis nach München fuhr. Die Haltepunkte bestimmten auch die ethnische und sprachliche Zusammensetzung. Wenngleich diejenigen, die zusammen einstiegen, zumeist auch zusammenblieben, waren alle Nationen Jugoslawiens vertreten: In Niš stiegen die Kosovaren ein, in Belgrad die Serben, in Sarajevo die Bosnier, in Zagreb die Kroaten und ab Ljubljana, so Ali Jusufis Erinnerung, sei kaum jemand mehr eingestiegen.

Ob in einem regulären Passagier- oder – womöglich üblicher – in einem eigens für diesen Zweck eingerichteten Sonderzug: Die Menschen, die auf dem Weg zu ›Gastarbeitern‹ wurden, waren oft mehrere Tage unterwegs. Dennoch galt es, möglichst gut mit der Zeit zu haushalten: Verpasste man einen Zug, war man gezwungen, mindestens einen Tag auf den nächsten zu warten und am Bahnhof zu nächtigen. Früher fahren sei dennoch nicht infrage gekommen, berichtet Ali Jusufi. Man fuhr am denkbar letzten Tag, um gerade noch kurz vor Arbeitsbeginn am Montagmorgen anzukommen und so möglichst viel Zeit zu Hause zu verbringen.

Die meisten, die den Zug nutzen, waren nicht nur als ›Gastarbeiter‹ angeworben worden, sie hatten auch die Gemeinsamkeit, dass sie Männer waren. Mitfahrende Frauen seien rar gewesen, später – in den 1980er- und 1990er-Jahren – seien auch Paare mal zusammen abgefahren. Die allgemein schlechten[76], insbesondere aber die schwierigen hygienischen Bedingungen – angefangen bei den nicht verlässlich abschließbaren Toiletten, der langen Reisezeit und der Unmöglichkeit, etwa Kindernahrung zu erwärmen oder Windeln auszuwaschen – trugen dazu bei, dass die Züge als nicht geeignet für Frauen oder gar Kinder angesehen wurden.

Dennoch: Es kommt nicht vor, dass Ali Jusufi und seine Verwandten die Zugfahrten der damaligen Zeit als beschwerlich bezeichnen – was sie sicherlich waren. Erst auf Nachfrage werden sie verhalten als »schon schwer« bezeichnet, bevor sich eine neue, in den Augen der Erzählenden interessantere Geschichte zu all dem, was sich im Zug ereignet hat, findet. Noch lange nachdem diese Zugverbindung durch die Jugoslawienkriege abgeschafft worden war und als viele Familien etwa in den Ferien von ihrem Wohnort in Deutschland mit dem Auto ins Herkunftsland fuhren, stellten die leichten Schwänke über die freundlichen Zugfahrten ein nostalgisches Moment gegenüber der anstrengenden Autofahrt dar.

---

und sozial – segregiert wurden. Vgl. *David Templin*, Urbane Geographien des Ankommens. Migration, Suburbanisierung und Gentrifizierung in Hamburg und seinem Umland seit den 1970er Jahren, in: *Matthias Frese/Thomas Küster/Malte Thießen* (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020, Paderborn 2023, S. 433–461, hier: S. 434.

76 Vgl. *Höhne/Linden/Seils* u. a., Die Gastarbeiter, S. 5.

Das Ankommen jedoch ist auf eine Weise markant, die kaum mit Leichtigkeit in Verbindung gebracht werden kann: Der Münchner Kopfbahnhof stellte eine »zentrale Weiterleitungsstelle für süd- und südosteuropäische Arbeitsmigranten«[77] dar; über ihn reisten gut 75 % der in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeitskräfte aus Süd- und Südosteuropa ein.[78] Für viele von ihnen dürfte der Weg nach Deutschland die erste längere (Zug-)Reise gewesen sein. Ähnlich wie die Abreise war auch die Ankunft von festen Strukturen bestimmt, sie hatte allerdings einen völlig anderen Charakter: Die Ankommenden durften den ihnen zugeteilten Bereich des Bahnhofs nicht verlassen und wurden zwar verpflegt, in erster Linie jedoch hier final zu Arbeitskräften gemacht, die für den Weitertransport an ihre Einsatzorte vorbereitet wurden.[79] Ali Jusufi erhielt hier zum ersten Mal eine Banane. In seinen Erzählungen dominiert dieses Obst über die Erfahrung der Segregation, die an ihm und seinen Weggefährten ausgeübt wurde. Dieser nicht erst dadurch eingeleitete, aber doch intensivierte Kommodifizierungsprozess wurde durch die räumliche Dimension der langen, auf Einladung erfolgten Anfahrt, die beidseitige Fremdheit vor Ort, die ausgeübte Kontrolle durch Grenzziehungen im eigentlich öffentlichen Raum des Bahnhofs und den gelenkten Forttransport zum Einsatzort noch unterstrichen. Für Ali Jusufi, nunmehr vollständig eingebunden in das System ›Gastarbeit‹, ging es von München nach Dortmund, an seinen Arbeitsplatz, der ihm – womöglich unerwartet – für die nächsten Jahrzehnte und bis heute ein Pendelort sein würde.

Eine Route, verschiedene Biografien

Chişinău – über den Süden des Landes zur Grenze der EU – quer durch Rumänien – Ungarn – ein Abstecher in die Slowakei, um durch Tschechien zu fahren – dort, kurz vor der Grenze zu Deutschland, der Umstieg in Kleinbusse, die von dort aus in alle Ecken Deutschlands ausschwirren.

Während der Fahrt hielt der Bus etwa alle vier Stunden, wenn die beiden Fahrer eine Pause brauchten und sich abwechselten. Die angepeilten Rasthöfe waren ihnen offenbar bereits bekannt, sie haben feste Strecken und können die Route deshalb absehen. Nicht für alle Fahrgäste ist dies jedoch transparent – insbesondere der Wechsel auf die Kleinbusse kam für viele überraschend. Angesichts der zahlreichen Ziele innerhalb Deutschlands ist dies jedoch ein pragmatischer Schritt: Eine Gruppe Männer wollte auf eine Baustelle im Großraum Hof und hatte daher kaum noch Wegstrecke, viele der Frauen – auch meine Sitznachbarin um die 50 mit Bedenken, ob ihr bei einer Ankunft mitten in der Nacht überhaupt jemand aufmachen könne, sie fahre ja schließlich als Pflegekraft zu einer Seniorin – haben hingegen Ziele in Südwestdeutschland vor Augen, die sie erst spät in der Nacht erreichen konnten. Mehrere der Kleinbusse fuhren auch ins Ruhrgebiet und ins Rheinland; »Kjölnbonn«, nicht so weit von »Olanda« (den Niederlanden), wo er schonmal gearbeitet habe, sei sein Ziel, erzählte ein jüngerer Mann, dem nicht

77 *Novinšćak Kölker*, Ein halbes Jahrhundert »Minhen«, S. 46.
78 Vgl. ebd.
79 Vgl. ebd.

bewusst zu sein schien, dass er von zwei Großstädten sprach. Ob, wann und wie sie alle ankamen, vermag ich nicht zu sagen. Der Kontakt war zumeist freundlich und leicht, aber wenig verbindlich und bestand nicht über die Fahrt hinaus, wenn das Ziel dann später nicht das gleiche war. Auch darin liegt begründet, dass die Eindrücke hier zwangsläufig bruchstückhaft sind und so eher einen explorativen Charakter haben.

Der Kleinbus, in den ich stieg, fuhr über die deutsch-tschechische Grenze und wendete sich gen Nordosten: Zunächst setzte er mehrere Männer in Kleingruppen in Ostdeutschland ab – sie alle hatten kaum Gepäck und gingen teilweise in recht heruntergekommene Häuser oder Baucontainer, ein weiterer Mann stieg in einem Wohnviertel in Hannover aus. Als ich den Bus im Großraum Hannover verließ, wollten noch zwei Personen nach Schleswig-Holstein, das sie erst am nächsten Morgen würden erreichen können.

Bei meiner Ankunft war es etwa drei Uhr in der Nacht – über 40 Stunden nach der Abfahrt in Moldova. Rund 2.000 km lagen hinter mir. Im Anschluss an die Fahrt schlief ich knapp zwölf Stunden, mein Umfeld nahm mich in den folgenden zwei Tagen als blass und müde wahr. Mir ging auf, dass der Hauptunterschied zu den Mitfahrer:innen im Bus darin bestand, dass ich hier Zuhause war, dass ich mich ausschlafen konnte und mich in einem gewohnten Umfeld wiederfand, das mich nicht zum Arbeiten angeheuert hatte und nun entsprechende Erwartungen stellte. Sie haben diese Möglichkeiten nicht, sind sie doch zumeist in einem kurz- bis mittelfristigen Arbeitsarrangement hier, das ihnen einen eingeschränkten und abhängigen Handlungsrahmen gibt.[80]

Dennoch sind diejenigen, die die Fahrt antreten, nicht einfach eine Großgruppe von Arbeitskräften. Die Menschen im Bus unterschieden sich durch mehr als ihre Ziele: Das Altersspektrum war breit, sogar einige kleine Kinder reisten mit Elternpaaren, alte Menschen waren jedoch nicht an Bord. Die meisten waren wohl im Haupterwerbsalter zwischen Anfang 20 und rund 60 Jahren. Das Geschlechterverhältnis war ungefähr gleichmäßig, mit einem leichten Männerüberhang. Auch waren viele der Frauen bereits älter und so ihrer attribuierten Care-Verpflichtung gegenüber der nächsten Generation durch ihr Alter oder durch die Übernahme der Arbeit durch weitere Verwandte entbunden[81], während bei den Männern jedes Alter vertreten war und sie offenbar – vor allem in ihrer Tätigkeit begründet[82] – in

80 Vgl. *Schmidt*, Kalkulierte Mobilität, S. 192 ff.

81 *Tanja Višić/Dunja Poleti Ćosić*, Gender and Migration Re-visited: Production of Knowledge and Feminism (in) between Semi-periphery and the Core, in: Sociologija 60, 2018, S. 255–274, hier: S. 264. Vgl. auch *Arlie R. Hochschild*, Love and Gold, in: *dies./Barbara Ehrenreich* (Hrsg.), Global Women. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy, New York 2004 (zuerst 2003), S. 15–30.

82 Während in dieser Migrationsform des Pendelns die Frauen vor allem als Pflegerinnen oder in anderen Feldern der Care-Arbeit (beispielsweise als Au-pair) angestellt werden und daher allein in Privathaushalten tätig sind (weitere Branchen sind etwa die Gastronomie oder auch das Reinigungsgewerbe, wobei diese nicht so klar geschlechtlich konnotiert sind), ermöglichen viele eher für Männer ausgeschriebene Tätigkeiten – etwa im Bauwesen – die Arbeit und somit auch Anreise in Gruppen von Bekannten. Vgl. zu Männergruppen in der Arbeitsmigration: *Marta Augustynek/Gunther Hirschfelder*, Integrationsmechanismen und Esskultur. Zur Akkulturation polnischer und moldawisch-gagausischer Migranten, in: *Heinke M. Kalinke/Klaus Roth/*

Kleingruppen zusammen anreisten. Mit Ausnahme der wenigen gemeinsam reisenden Familien und einiger weniger Menschen, die als Besucher:innen zur eigenen Familie fuhren, war ein überwiegender Teil der Menschen unterwegs zu Baustellen, Fabriken und Privathaushalten, in denen Altenpflege gefragt war. Letzteres war dabei explizit weiblich konnotiert, ersteres streng männlich.

Insgesamt jedoch ist eine Feminisierung der Migration – und mithin der Arbeit und der Verantwortung[83] – feststellbar, die sowohl Tücken als auch Chancen birgt. Etwa in Mittel- und Osteuropa kann in der jüngeren Vergangenheit beobachtet werden, dass Frauen im Nachklang einer häufig eingetretenen postsozialistischen Retraditionalisierung durch das Mittel der Migration für sich einstehen und die Initiative ergreifen – auch wenn diese (zunächst) mit prekarisierten Tätigkeiten einhergehen: »They want upward mobility, not just survival. […] They may seek *opportunity* abroad, and not only out of desperation.«[84]

All die Menschen, die mit diesen Bussen fahren, zählen sich, so wurde in einigen Gesprächen deutlich, hier nicht zu den Armen, sonst könnten sie sich die Fahrt kaum leisten – sie sehen sich als eine breite Mitte. Migration ist für Länder wie Moldau ohnehin ein normalisiertes Erwerbsmodell, das vielen aus eigener Anschauung und Familienzusammenhängen bekannt ist. Arbeitsmigrant:innen kommen zumeist mit diesem Beweggrund und mit Hoffnungen auf einen Verdienst, der ihnen zumindest für einige Wochen und Monate in Moldau eine bessere Ausgangslage beschert. Die Menschen im Bus vereinte ihr Abfahrtsort, ihr im weitesten Sinne gemeinsames Ziel. Als der Bus hielt, strömten jedoch alle in ihr Leben zurück und hatten wieder damit zu tun, dieses anderswo zu meistern.

Unterwegs: Verpflegung und Gepäck als Facetten der Gemeinschaftserfahrung

Den Hauptteil der Fahrt verbringen die ›Gastarbeiter‹ im Zug, die Arbeitsmigrant:innen im Bus. Sie sind unterwegs, Landschaften ziehen an ihnen vorbei und sie kommen ihrem Ziel auf Zeit immer näher. Unterdessen sind sie in ihrem Gefährt jedoch nach wie vor mit denen zusammen, mit denen sie eingestiegen sind, sodass hier eine besondere personelle Kontinuität besteht, die sich entsprechend sozial ausprägt. Die Interaktionen unter denen, die mit ähnlichen Zielen die Fahrt antreten, ist sprachlich und inhaltlich vertraut und die Themen – insbesondere die Versorgung vor Ort und das Gepäck – bilden eine Brücke zwischen dem Abfahrtsort, der Heimat, und dem Ziel in Deutschland.

Die Vorbereitungen auf die Fahrt bestanden auch darin, den abfahrenden Männern aufwendig und viel, fast festlich anmutenden Reiseproviant zu- und vorzubereiten. Neben dem Anlass des Abschieds mag auch der Pragmatismus eine erhebliche Rolle gespielt haben: Die Umsteigezeiten waren knapp kalkuliert, unterwegs

---

Tobias Wegner (Hrsg.), Esskultur und kulturelle Identität. Ethnologische Nahrungsforschung im östlichen Europa, München 2010, S. 157–173, hier: S. 169 ff.; vgl. zur Sorgearbeit von (kurzzeitig) migrierten Frauen *Hess*, Globalisierte Hausarbeit.

83 Vgl. ebd., S. 77.

84 *Leyla J. Keough*, Worker-Mothers on the Margins of Europe. Gender and Migration between Moldova and Istanbul, Washington D.C./Bloomington 2015, S. 36.

gab es ohnehin wenig oder nur teure Dinge zu kaufen und so konnte das Geld gespart werden. Den »shpajsvaag« (»Speisewagen«)[85] im Zug nutzen in Ali Jusufis Erinnerung auf der Fahrt nach München nur die wenigsten der Passagiere. Spontane, übereilte Abfahrten, bei denen die Vorbereitung des Reiseproviants auf der Strecke blieb, fingen – so taucht es immer wieder in seinen Anekdoten auf – die Mitfahrenden auf: Wer sich vorbereitete, tat dies auch für die mitreisenden Landsmänner. So brachten auch mazedonische Passagiere christlich-orthodoxen Glaubens zumeist kein Schweinefleisch mit an Bord, um ihre Mitfahrer muslimischen Glaubens nicht zu brüskieren und um bedenkenlos teilen zu können.

Die Verpflegung und die Unterhaltung darüber standen und stehen im Mittelpunkt der Geschichten Ali Jusufis. Die guten und interessanten Erinnerungen, die Menschen mit Lebensverläufen wie dem seinigen zum Besten geben, haben dabei oft ausschnitthaften Charakter. Sie schildern Alltagsbegebenheiten, die jedoch im Ablauf für die Erzählenden eine hohe Signifikanz aufweisen und zum Teil einer größeren Erzählung werden. So ist es bis heute eine wesentliche Episode, was sich in den Lunchpaketen befand, die man den werdenden ›Gastarbeitern‹ beim Umstieg in München gab: eine Flasche Wasser, ein belegtes »Broçe«[86] und eine Banane – für Ali Jusufi die erste seines Lebens. Die Symbolhaftigkeit[87] der deutschen Wiedervereinigung mag die Banane zu diesem Zeitpunkt noch nicht besitzen, doch ist sie etwas Besonderes und Exotisches, sodass sie für Ali Jusufi nicht nur zu einer Delikatesse, sondern auch zum Bild eines Allheilmittels wurde.

Auch ist es ihm bis heute ein Leichtes, aufzuzählen, wer beispielsweise die besten und seltensten Leckereien, heiß ersehnte Fleischprodukte und Süßigkeiten dabeihatte, wer sehr gerne teilte und wer dies nur aufgrund des sozialen Drucks innerhalb der Abteile tat, bei wem etwas auslief und Flecken verursachte, wer die besten Witze erzählte und wer der beste Sänger war, worüber am lautesten gelacht wurde, wer welche Trauer mit sich trug und wer wem bei welcher der vielen möglichen Situationen unterwegs half. Einige der Männer kannten sich bereits vorher, kamen aus der gleichen Gegend und saßen so zusammen, teilten die gleiche Sprache, das gleiche Idiom und auch ähnliche Erinnerungen an ihr Zuhause – später waren es ähnliche Erfahrungen, die sie als ›Gastarbeiter‹ in Deutschland gemacht hatten und die sie verbanden.

Dass die lange gemeinsame Fahrt als geteilte Erfahrung bei aller Belastung einen integrativen Effekt[88] hatte, zeigt auch der Umgang mit anderen Aspekten der Reise. Die Dynamik ging über den elementaren Aspekt der Verpflegung noch hinaus: So wappnete man sich gemeinsam gegen als negativ wahrgenommene externe Ein-

85 Zur Verpflegung in Zügen und Bahnhöfen vgl. *Lioubov Zoreva*, Die Eisenbahn im russischen kulturellen Raum, Dissertation, München 2012, URL: <https://d-nb.info/1022523287/34> [15.7.2024], S. 172–177.

86 »Broçe« wird heute im gesamten Kosovo als Wort verwendet und als Produkt verzehrt. Zu deutschen Backwaren und ihren deutschen Bezeichnungen im Kosovo als durch Migration transferiertes Kultur- und Sprachgut gibt es ein laufendes Kleinprojekt von Vjosa Hamiti (Prishtina) und Lumnije Jusufi.

87 Vgl. *Marcus Speidel*, Geerbte Ausstellungen: Zum Umgang mit kolonialen Darstellungen in alltagskulturellen Museen, in: Hamburger Journal für Kulturanthropologie 13, 2021, S. 569–581, hier: S. 570.

88 Vgl. *Schivelbusch*, Geschichte der Eisenbahnreise, S. 87 f.

flüsse, schlief zum Beispiel in Schichten, um Diebstählen vorzubeugen, teilte auch Erfahrungen dazu, wo man Geld am besten verstecken könnte – etwa eingenäht im Jackenfutter – und bewies so Vertrauen in »die eigenen Leute«, solange man unter sich war. Auch teilte man Elektrogeräte oder ähnliche Wertsachen zeitweise auf, um nicht mit den Regularien des Zolls in Konflikt zu geraten. Markant ist dabei der Umgang mit Grenz- und Zollpersonal, die als Gegenspieler betrachtet wurden und denen man sich nur durch diese Art des Zusammenhalts in Form von Gepäcktausch und -verteilung, aber auch kleineren Bestechungen[89] entziehen konnte.

Zwar spielte für diese Institutionen des Grenzschutzes weniger die Gepäckmenge als der Inhalt eine Rolle, doch war für die Passagiere beides in unterschiedlichem Maße relevant: Bis heute ist die erlaubte Gepäckmenge ein Argument bei der Auswahl des Verkehrsmittels. Bei den hier beschriebenen Zugfahrten durfte man – so eines der vielen ungeschriebenen Gesetze der Fahrt – so viel Gepäck mitnehmen, wie man selbst bei den Umstiegen tragen konnte, und zwar so, dass man den Weg von einem Zug zum nächsten nur einmal passierte. Insbesondere auf der Rückfahrt, wenn weniger der Proviant der Mütter und Ehefrauen als vielmehr die Gaben, die man den Familien mitbrachte, die Hauptrolle spielten, reizte man diese breit auslegbare Vorgabe aus. Wenn man also im Vorfeld wusste, dass man bei dem einzigen Umstieg in München nicht das Gleis wechseln musste – und dies bekam man beim Ticketkauf in Dortmund mitgeteilt –, dann nahm man mehr Gepäck mit, denn in den Zug stieg nur die Hälfte der Gruppe ein und die andere stand am Gleis und reichte alle Gepäckstücke durch die Fenster. Indem Elektrokleingeräte, Waschmittel, Süßigkeiten und Koffer voller Kleidung so ihren Weg in den Zug fanden, war die Gepäckregel de facto ausgehebelt, aber doch eingehalten – niemand ging den Weg mehr als einmal. Musste jedoch das Gleis gewechselt werden, war die Herausforderung ungleich größer, sodass ein jeder nur vier Gepäckstücke mitnehmen konnte. Diese verband man paarweise mit einem Gurt und lud sie sich selbst wie einem Packesel auf die Schultern. Die Hände blieben bei dieser Taktik frei, nicht nur, um sich beim Ein- und Umstieg am Zug hochziehen zu können, sondern auch, um notfalls noch Taschen von denjenigen anzunehmen, die ihr Gepäck nicht ganz so gut stemmen konnten.

Diejenigen, die unterwegs waren, taten dies gemeinsam – im Hinblick auf die Herausforderungen und Schwierigkeiten, aber auch die Freuden der Fahrt: Während die Koffer zwar nicht leichter wurden, wenn jemand mit anfasste und das Teilen des Proviants manchmal mehr soziale Pflicht als guter Tausch war, so scheint es doch ein aus den Praktiken des Teilens sprechender situativer Grundzusammenhalt zu sein, der den roten Faden in Ali Jusufis Sicht auf seine Fahrten nach Deutschland und zurück *nach Hause* bildet.

89 Im zeitgenössischen Verständnis der betreffenden Akteure dürfte dieser Akt nicht einer Straftat, sondern einem weit verbreiteten und somit allseits akzeptierten, kulturell eingeschriebenen Alltagshandeln zur allgemeinen Beschleunigung des Prozesses entsprochen haben. Vgl. *Christian Giordano*, Korruption und personalisiertes Vertrauen – Balkanische und mediterrane Parallelen, in: *Balint Balla/Wolfgang Dahmen/Anton Sterbling* (Hrsg.), Korruption, soziales Vertrauen und politische Verwerfungen – Unter besonderer Berücksichtigung südosteuropäischer Gesellschaften, Hamburg 2012, S. 57–74; *Alena V. Ledeneva*, Russia's Economy of Favors. *Blat*, Networking and Informal Exchange, Cambridge 1998.

Sich selbst und andere versorgen

Die Versprechen, die der Fahrt anhaften, liegen nicht nur an ihrem Zielort. Bereits in der Werbung der Busunternehmen werden Annehmlichkeiten angesprochen, die den Arbeitsmigrant:innen auf ihrem Weg zugutekommen: Eine deutlich höhere Kilozahl an Gepäck als bei Flügen ist im Ticket inklusive, ebenso der Transfer zur Wunschadresse in Deutschland (und die spätere Abholung von dort), ein warmes Essen auf der Strecke sowie Kaffee und Tee unterwegs.

Abbildung 1: Collage zu Reiseweg und Gepäck aus Aufnahmen beider Migrationsprozesse. Historische Aufnahmen: Heimaturlaub von ›Gastarbeitern‹, 1965. Bildrechte: Fritz Neuwirth/Süddeutsche Zeitung Photo; Italienische ›Gastarbeiter‹ bei ihrer Ankunft in München, 1960. Bildrechte: Jenö Kovacs/Süddeutsche Zeitung Photo. Die Bilder aus der Gegenwart hat Jana Stöxen zwischen März und Mai 2023 in Chişinău sowie auf der hier thematisierten Busfahrt nach Deutschland aufgenommen.

Die zulässigen 40 kg Gepäck, die jeder pro Tour bei diesem Unternehmen mitbringen darf, sind insbesondere auf dem Rückweg für viele ein Argument, den Bus zu nehmen. Annehmlichkeiten wie Kosmetikprodukte, Waschmittel, Spielzeug, hochwertigere Kleidung und Werkzeuge, aber auch Notwendigkeiten wie Medikamente finden so als dingliche Entsprechungen der Fürsorge für die Familie in Moldova ihren Weg.[90] Diese Art des direkten oder durch Sendungen vermittelten Gebens von Migrant:innen – die Remittances – konstituieren materiell sowie als Praxis eine

90 Vgl. *Jana Stöxen*, Parcels, Pills, and Pufuleți. Remittances as a Transnational Strategy of Migration between the Republic of Moldova and Germany, in: Südosteuropa-Jahrbuch 47, 2024, S. 263–280.

»Currency of Care«[91], die soziale Verbindungen aufrechterhält, aber damit ebenso moralische Verbindlichkeiten im familiären Umfeld fortschreibt sowie in der Lage ist, neue zu schaffen – beispielsweise bei der Migration von Frauen aus konservativen »Bread-winner«-Modellen.[92]

Zumindest auf der Fahrt scheint die Verbindlichkeit der Familie kurzfristig auf das Unternehmen übergegangen zu sein: Der Verkehr, die Straßenverhältnisse, das Wetter und nicht zuletzt die Busfahrer takten den Alltag des Wegs. Alle vier Stunden hielt der Bus an, der versprochene Tee und Kaffee wurde von einer »însoțitoarea de bord« (»Reisebegleiterin«) offeriert. Zumeist erfolgten diese Halte an Rastplätzen mit entsprechender Versorgungsinfrastruktur, doch nur selten nahmen die Passagiere diese – mit Ausnahme der Toilettenanlagen und für die Versorgung mit Getränken – in Anspruch: Zum einen hatten sie zumeist selbst Proviant dabei, zum anderen sind die Preise an diesen Rastplätzen horrend. Es fiel auf, dass die Preise meist in zwei Währungen angezeigt werden: rumänische Lei und Euro, ungarische Forint und Euro, tschechische Kronen und Euro, zwischendurch in der Slowakei und schließlich in Deutschland – insgesamt überquerten wir fünf Grenzen – nur noch Euro. Hier wird also auch mit den Rückkehrer:innen gerechnet, und damit, dass sie sich womöglich nicht nur mit den Inklusivleistungen zufrieden geben, sondern selbst noch etwas dazukaufen. Den Mittagstisch in Ungarn, eine dünne Gulaschsuppe, bekamen alle in einem Anbau des Restaurants unentgeltlich ausgeteilt, während die Fahrer im Lokal fettige Schnitzel verspeisten. Nachschlag oder etwas anderes verlangte niemand, schließlich fuhren sie erst noch nach Deutschland, um dort mehr zu verdienen.

Nur einmal, am Nachmittag des zweiten Reisetags, zwischendurch auf einem slowakischen Rastplatz, kauften sich einige der älteren Frauen Eis. Noch zuvor hatten sie sich darüber ausgetauscht, ob man denn nun besser in Deutschland oder in Italien als Pflegerin arbeiten solle. Italien sei natürlich sprachlich viel dankbarer und dennoch: Für einige standen nun aus Verdienstgründen die ersten Erfahrungen in Deutschland an, sie wollten dann im Nachgang vergleichen. Jedenfalls solle das Eis in Deutschland fast so gut sein wie das in Italien, sagte eine und wandte sich an eine andere in der Runde: »Du warst doch schon da – stimmt's?« Diese reagierte verhalten: »N-am avut ocazie …« – sie habe keine Gelegenheit dazu gehabt. Das Gespräch stockte und wurde nicht weitergeführt. Diejenigen mit Arbeitserfahrung im Pflegebereich werden ihre Vermutungen gehabt haben, warum die Kollegin keine Möglichkeit hatte, auch in Deutschland einmal Eis essen zu gehen, und bohrten nicht weiter nach.

Dieser Erfahrungsaustausch war eine Form der wesentlichen Interaktion untereinander: Welche Erfahrungen haben die Sitznachbar:innen gemacht, wie sagt man dieses oder jenes auf Deutsch, wie hoch ist gerade der Mindestlohn, ist vielleicht jemand in der Nähe? Das waren die Themen, die die Gespräche prägten, die jedoch mit der Zeit ermüdeten, abflauten und dann erst kurz vor dem Ziel wieder aufgenommen wurden. Der Blick zurück hingegen tauchte seltener auf – oder nicht so

91 *Supriva Singh/Anuja Cabraal/Shanti Robertson*, Remittances as a Currency of Care – A Focus on »Twice Migrants« among the Indian Diaspora in Australia, in: Journal of Comparative Family Studies 41, 2010, S. 245–263.

92 Vgl. *Keough*, Worker-Mothers on the Margins of Europe, S. 45 und 69 f.

unmittelbar. Sein Medium war das, was als Proviant mit im Bus war: Kaum wurde eine Packung mit Keksen oder mit selbst gemachten Frikadellen aufgemacht, schon wurde sie in der Umgebung herumgereicht. Auf die Mitversorgung der anderen schien niemand angewiesen zu sein, doch schuf dies Gemeinsamkeiten, Sympathien und nicht zuletzt Themen: Rezepte der jeweiligen Fleisch- und Backwaren wurden angerissen, ebenso die Frage, was zu einer echten moldauischen Mamaliga[93] gehöre. Das Essen, insbesondere als tatsächliche geteilte Mahlzeit sowie als kommunikatives Mittel, erwies sich als erheblicher Marker der Identifikation: Männer, die in der Landwirtschaft arbeiteten, berichteten, dass die Reihen mit den Beeren auf den Feldern in Deutschland viel akkurater gezogen seien und der Dünger viel effektiver sei – aber schmecken täten sie dennoch nicht so »ca la noi« (»wie bei uns«). Ein längeres Gespräch entspann sich darum: Im Sommer äßen doch viele in Moldova komplett aus dem Garten, da brauche man die Supermärkte nicht. Zu dieser Zeit wieder vor Ort zu sein, schien vielen ein Ziel, insbesondere denen mit einem starken biografischen Bezug zur Landwirtschaft.

Der mitgebrachte Proviant war bald aufgebraucht, aber die Thematisierung der als heimatlich empfundenen Geschmäcker schien zuversichtlich gestimmt zu haben. Das »Soul Food«[94] entfaltete hier eine doppelte Wirkung: als tatsächlich verzehrbare wohlige Erinnerung unterwegs sowie als versichernde Aussicht auf das, was bei einer Rückkehr in bekannte Gefilde jetzt schon Sehnsucht, womöglich auch Heimweh weckte.

Wie sehr der Versorgungsaspekt als Versicherung im Vordergrund steht, wurde nochmals deutlich, als ein jüngerer Mann sich über die ohne erkennbaren Grund mehrstündige Wartezeit an der rumänisch-ungarischen Grenze[95] aufregte: »Wenn ich das gewusst hätte, wäre ich besser geflogen!« Ein älterer Mann versuchte, ihn zu besänftigen: erst einmal die Anreise zum Flughafen[96], dann die Sicherheitsmaßnahmen, die Gepäckbeschränkungen, der Weg vom Flughafen in Deutschland zum Zielort, zumal ohne Orts- und Sprachkenntnisse, und: »Junge, wer gibt dir da Kaffee, in Deutschland? Niemand!« Der junge Mann beruhigte sich, die Älteren schienen amüsiert über seine Hitzköpfigkeit, schließlich wollten alle gut und baldmöglichst ankommen.

Im Hinblick auf den Preis mochte der Jüngere indes recht haben: Die Flüge sind oft günstiger. Doch der andauernde Kontakt miteinander und das Gefühl, dass alle mehr oder weniger das Gleiche wollen, zumindest räumlich das gleiche Ziel haben und so nicht nur sich, sondern auch die anderen mit Informationen und Vokabeln für das Kommende versorgen – und mit Frikadellen, die noch nach Zuhause schmecken –, scheinen einen Ausgleich für die Langwierigkeit und die sonstigen Strapa-

93 Ein der Polenta ähnliches Gericht aus Maismehl, das in der Republik Moldau und in Rumänien gegessen wird.

94 *Konrad Köstlin*, Heimat geht durch den Magen. Oder: Das Maultaschensyndrom – Soul-Food in der Moderne, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 4, 1991, S. 147–164.

95 Rumänien ist zum März 2024 dem Schengenraum beigetreten. Zum Zeitpunkt der Forschung im April/Mai 2023 war dies noch nicht der Fall.

96 Zu diesem Zeitpunkt hatten sich einige Billigfluglinien aus der Republik Moldau zurückgezogen; die meisten Flüge operierten ab Iaşi in Rumänien, das eine rund vierstündige Busfahrt von der moldauischen Hauptstadt entfernt liegt.

zen der Fahrt im Bus zu bieten. Dieses Gesamtpaket, insbesondere die Versorgung[97] und auch den Aspekt des Austauschs untereinander, fände er kaum an Bord eines Flugs von knapp drei Stunden Dauer.

IV. Gemeinsam liminal auf dem Weg

Züge und Busse sind wesentliche Vehikel der Arbeitsmigration – sei es in der historischen ›Gastarbeit‹ oder heute. Als öffentlich zugängliche, wenngleich zum Teil privat operierte Verkehrsmittel sind sie, ebenso wie überhaupt die organisierte, durch Infrastrukturen verfestigte Beschäftigung von Ausländer:innen selbst, ein Phänomen der Industriegesellschaft[98], dem oft lediglich eine beiläufige Rolle eingeräumt wird. Zwar kannte bereits die bundesrepublikanische Popkultur der 1960er-Jahre den Schlager von den »zwei kleinen Italienern«, doch wurde das Motiv von Vereinsamung und Heimweh, das später auch in Udo Jürgens' Schlager »Griechischer Wein« populär wurde, weitaus weniger aufgegriffen als die Verniedlichung der beiden ›Gastarbeiter‹, die sich am Bahnhof trafen und sehnsuchtsvoll dem Zug nach Napoli hinterhersahen.[99]

Dabei sind die Wege, die wie hier zwischen Herkunfts- und Arbeitskontext bestehen, wesentliche Marker im Prozess der transnationalen Arbeitsmigration und ihrer Konsequenzen: Auf dem Weg entfernt sich das Bekannte immer weiter, Asymmetrien tun sich auf und das Individuum wird eine Arbeitskraft.

Dennoch ist Arbeitsmigration nicht der unmittelbare Effekt einer externen Zugkraft, sondern vielfach eine Strategie, wenn auch nicht frei von Konflikten: zunächst die Trennung von Familie und bekanntem Umfeld, die Abreise als überschrittene Schwelle[100], auf die die Fahrt als Zwischenzustand folgt, dann die An-

97 Es drängt sich auf, den Versorgungsaspekt, der hier in einer postsowjetischen Gesellschaft im Hinblick auf die Auswahl des Verkehrsmittels so entscheidend ist, auch im Lichte der Geschichte dieser Gesellschaft zu deuten: Der umfassend beplanende, etatistische Charakter des Unternehmens sorgt dafür, dass die Menschen mit Ticketkauf und Einstieg unterwegs versorgt sind und ihnen Tätigkeiten wie Planung, Orientierung und dergleichen abgenommen werden, sie also zum einen im Hinblick darauf sorglos sein können, sie zum anderen aber auch ein Stück Handlungsmacht einbüßen beziehungsweise abgeben. Dies erinnert stark an die Art und Weise, mit der sozialistische Staaten, insbesondere rhetorisch, Bauvorhaben oder andere (sozial-)planerische Projekte angingen (vgl. *Ruth May*, Der öffentliche Raum: Eine sozialistische Interpretation in Stalinstadt, in: *Christoph Bernhardt/Gerhardt Fehl/Gerd Kuhn* u. a. (Hrsg.), Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, Dortmund 2005, S. 183–198, hier: S. 192). Daneben scheint, so zeigt die Feldforschung, eine Rolle zu spielen, dass gerade ältere Menschen ihre Tickets in direktem persönlichem oder telefonischem Kontakt beziehen können und sich nicht mit einem digitalen Buchungssystem – wie etwa im Fall einer Flugbuchung – auseinandersetzen müssen. Die Generationszugehörigkeit wirkt hier also gleich doppelt.

98 Vgl. *Ulrich Herbert*, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter – Zwangsarbeiter – Gastarbeiter, Bonn 1986, S. 7.

99 »Zwei kleine Italiener am Bahnhof, da kennt man sie / Sie kommen jeden Abend zum D-Zug nach Napoli / Zwei kleine Italiener, die schaun hinten drein / Eine Reise in den Süden ist für andre schick und fein / Doch die beiden Italiener möchten gern zu Hause sein.« *Conny Froboess/Georg Buschor*, Zwei kleine Italiener, 1962.

100 Vgl. *Sarah Nimführ*, Liminalität, in: *Timo Heimerdinger/Markus Tauschek* (Hrsg.), Kulturtheoretisch argumentieren. Ein Arbeitsbuch, Münster/New York 2020, S. 270–293, hier: S. 272.

kunft in der Fremde, mit Erinnerungen und Plänen im Gepäck, die sich auf den Herkunftsort beziehen. Doch ist man dann dort, ist es die notwendige Arbeit anderswo, die einen wieder wegzieht, um das einmal erreichte Lebensniveau vor Ort unterhalten zu können, womöglich sogar auszubauen.[101] Transnationale Migration ist häufig, insbesondere in dieser Phasierung durch Arbeits- und (Heimat-)Urlaubsphasen[102], ein Zustand in der Schwebe zwischen Herkunfts- und Arbeitskontext, Vergangenheit und Gegenwart, Erinnerungen und Wünschen. Sie ist dadurch keineswegs eine Einbahnstraße. Die Mobilitätspraxis des Pendelns schafft hingegen eine Verbindung zwischen Herkunfts- und Arbeitskontext.

Die Verkehrsmittel tragen zu dieser Verbindung gleich in mehrerlei Sinn bei: Sie befördern ihre Passagiere nicht nur vom einen an den anderen Ort und zurück, sie führen auch ins »Nicht-mehr« und »Noch-nicht«, in eine liminale Grauzone.[103] Die Fahrt ist wesentlicher Teil dieser Transformation, die sich unterwegs vollzieht: »Wer mit dem Zug reist, gewinnt eine andere Bedeutung von Strecke und Raum. Der Reisende mit dem Flugzeug steigt in den Himmel und bleibt unbeweglich auf dem Sitz mit Blick auf die Wolken, die ihm auch unbeweglich vorkommen, bis er aussteigt und plötzlich in eine andere völlig neue Umgebung gesetzt wird.«[104] Die Menschen, die hier unterwegs sind – sei es, wie in Hodgsons Passage mit dem Zug, sei es mit dem Bus –, erfahren die Weite, die sie durchmessen, und gewinnen eine Vorstellung der zurückgelegten Strecke; vielleicht nicht in einem räumlichen Längenmaß, so aber doch in Stunden der Entfernung vom bisher Gewohnten.

Insbesondere für den Status transnationaler Migrant:innen und ihrer Praxis in verflüssigten, schnelllebigen Zeiten ist es diese ständige Zwischenposition, die ihr Leben maßgeblich ausmacht: Arbeitsmigrant:innen legten und legen Strecken zwischen »hier« und »dort« zurück, sind an beiden Orten in unterschiedlicher Weise präsent sowie auch in verschiedenen, oft mehrfach besetzten Rollen verhaftet und so kaum einhellig deutbar.

So wie Ali Jusufi in seinem Herkunftsort Ehemann, Vater, Sohn, Freund und Nachbar ist, ist er in Dortmund ›Gastarbeiter‹, Jugoslawe und Fremder, der sich mit der Zeit und dem Familiennachzug in den 1990er-Jahren immer weiter einfügt, aber letztlich immer außerhalb steht.[105] Ähnliches greift für die moldauischen Arbeitsmigrant:innen: Ihre Telefonate und Erzählungen zeigen an, dass sie in Moldova Familie haben, in Generationenfolgen eingebunden sind – und in Deutschland dann in erster Linie als Pflege- und Putzkräfte, Bauarbeiter, Helfer:innen in der Landwirtschaft ankommen, somit in Rollen verstanden und gleichzeitig entindividualisiert sowie degradiert werden.

---

101 Vgl. *Sandu*, Migraţia circulatorie ca strategie de viaţă.

102 Vgl. *Elisabeth Fendl*, Reisen in die verlorene Vergangenheit. Überlegungen zum »Heimwehtourismus«, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 41, 1998, S. 85–100, hier: S. 86; *Sarah Scholl-Schneider*, Schwellen überschreiten. Heimatreisen als kulturelle Veränderungsrituale, in: Voyage. Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung 10, 2014, S. 156–170, hier: S. 156.

103 Vgl. *Nimführ*, Liminalität; *Arnold van Gennep*, Übergangsriten (Les rites de passage), Frankfurt am Main/New York 1986.

104 *John Hodgson*, E ardhmja në të kaluarën. Kujtime të Kosovës (Die Zukunft in der Vergangenheit. Erinnerungen an Kosovo), Prishtina 2021 [Übersetzung: Lumnije Jusufi].

105 Vgl. *Herbert*, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 220 ff.

Doch im Verkehrsmittel unterwegs sind sie alle zusammen »dazwischen unterwegs«, sodass sich für einen relativ kurzen Zeit-Raum ihre Wege miteinander verweben und Unterschiede ihre Bedeutung verlieren.[106] Es bilden sich durch den Kontakt Praxen des Gemeinsamen – und Narrationen darüber – aus, wie das Teilen des Proviants, das Helfen mit Gepäck oder der Austausch über Erfahrungen und Aussichten zeigen. Dem so gemeinsam gemachten Weg wohnt ein Element des Kollektiven inne: Man ist zunächst noch »unter Seinesgleichen« und so in der Lage, die Fremderfahrung, die mit dem Ausstieg und der Aufnahme der Tätigkeit spätestens eintritt, abzufangen.

Das gemeinsame Zurücklegen des Weges aus dem gleichen Beweggrund macht aus den Zug- beziehungsweise Busfahrenden eine Fahr*gemeinschaft*, die spezifisches Wissen und gemeinsame Codes sowie Praxen teilt.[107] Wenngleich die Erfahrungen Ali Jusufis und seiner Kollegen nicht völlig deckungsgleich mit denen früherer oder späterer Generationen ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland beziehungsweise von Deutschen anderswo sein können, so finden sich doch Muster, die den vergemeinschaftenden Effekt des gemeinsamen Zurücklegens einer relevanten Etappe des (Arbeits-)Lebens zwischen »hier« und »dort« offenlegen. Insbesondere der zeitlich absehbare Charakter der Fahrt und der hohe Grad der Differenz der Lebensumstände und Handlungsrahmen in den jeweils unterschiedlichen Kontexten mögen dies noch verstärken.[108]

Das Verkehrsmittel als »emotionaler Schutzraum, der die Gruppe wie in einer fest verschlossenen Kapsel befördert«[109] und auch der Weg, auf dem dies geschieht, sind in ihrer Bedeutung für den weitreichenden Transformationsprozess, dem sich (Arbeits-)Migrant:innen in allen Zeiten gegenübersahen und -sehen, nicht zu unterschätzen. Die ihnen innewohnenden Konnotationen, Praxen und Assoziationen sind Teil der Migration und somit unerlässlich, um die darin bestehenden Bewegungsprozesse und Zielsetzungen, insbesondere in komplexen transnationalen Gefügen, von innen heraus hermeneutisch zu durchdringen. Sie sind als breite Phänomene ideell und materiell greifbar, sodass durch das Heranziehen von originären Oral-History- sowie ethnografischen Perspektiven die Grenzen oftmals unhinterfragter Mikro- und Makro-Modelle empirisch aufgebrochen[110] und die einzelnen Lebensverläufe in Entwicklungen eingebettet werden können. Sie umspannen in der Zusammenschau oft mehr, als die Reichweiten der Individuen selbst zulassen: Veränderte Arbeitsmärkte, neue Aspirationen, aber auch Vorurteile, Wandel des Konsumverhaltens, Positionen zu Grenzen und einer fortschreitenden Europäisierung, Genderdynamiken unter Migrationsdruck und dergleichen mehr sind nur wenige Ausschnitte dessen, was sich tiefergehend untersuchen ließe, wenn der (Um-)Weg in die Zeiten vor dem Ankommen in Deutschland und das »Dazwischen«

106 Vgl. *Scholl-Schneider*, Schwellen überschreiten, S. 159.
107 Vgl. *Timo Heimerdinger*, Gemeinschaft, in: *Brigitta Schmidt-Lauber/Manuel Liebig* (Hrsg.), Begriffe der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar, Wien/Köln 2021, S. 107–114.
108 Vgl. *Bianca Hepp*, Ein liminales Dorf. Gemeinschaft und Erwartungen bei Kindern von »(Spät-)Aussiedler:innen«, in: Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas 18, 2023, H. 1, S. 49–61, hier: S. 60.
109 *Scholl-Schneider*, Schwellen überschreiten, S. 159.
110 Vgl. *Welz*, »Sighting/Siting globalization«, S. 203.

in den Blick genommen würde. Im Einnehmen dieser Position kann die Forschung sich – ebenso wie ihre Interaktionspartner:innen – von getrennten, containerhaften Betrachtungen trennen und stattdessen das Plurale und Transnationale betonen, das dem Pendeln zu allen Zeiten innewohnte.

OLGA SPARSCHUH

Zwischen »Ausländerfrage« und »Bewertungssystem«

Die Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern, 1904–1914

Ende des 19. Jahrhunderts nahmen nicht nur Migrationsbewegungen allgemein zu, sondern auch die Bildungsmobilität speziell stieg rasch an.[1] Studierendenmobilität an sich war kein neues Phänomen und wurde bereits seit den ersten Universitätsgründungen im Mittelalter praktiziert.[2] Erstmals entschieden sich nun aber nicht nur Eliten, sondern breitere Gesellschaftsschichten für einen Bildungsabschluss im Ausland, wegen Studienbeschränkungen in den Heimatländern ebenso wie wegen Bildungsmöglichkeiten in den Zielländern.[3] Besonders das Deutsche Kaiserreich wurde seit seiner Gründung 1871 zu einer wichtigen Destination für Menschen, die ein Studium an seinen altehrwürdigen Universitäten und neu gegründeten Technischen Hochschulen anstrebten.

Das Verhältnis zwischen dem Kaiserreich und der Welt im späten 19. Jahrhundert war zentral von zwei Tendenzen geprägt, von wachsender internationaler Verflechtung ebenso wie von zunehmender nationaler Abgrenzung, kurz: »Globalisierung und Nation«.[4] Einerseits erlangten wegen der stärkeren globalen Verbindungen Fragen der Überwachung grenzüberschreitender Mobilitäten größere Bedeutung und trugen dazu bei, dass nationale Grenzen schärfer gezogen und genauer kontrolliert wurden.[5] Diese Entwicklungen lassen sich im Hinblick auf Migrationsbewegungen an den Beispielen der ›Vereindeutigung‹ der Staatsangehörigkeit beziehungsweise der Beschränkung der Freizügigkeit aufzeigen.[6] Andererseits machte die verstärkte Verflechtung die Standardisierung, also die Einführung einheitlicher Maßsysteme, in zahlreichen Lebensbereichen erforderlich.[7] Belege dafür sind nicht nur die Anpassung von Maßen und Gewichten in Deutschland und der Welt während des 19. Jahrhunderts, sondern auch Maßnahmen zur internationalen Vereinheitlichung von Industrienormen seit den 1880er-Jahren.[8]

---

1 Vgl. *Hilary Perraton*, International Students, 1860–2010. Policy and Practice round the World, Cham 2020; *Isabella Löhr*, Globale Bildungsmobilität, 1850–1930. Von der Bekehrung der Welt zur globalen studentischen Gemeinschaft, Göttingen 2021.

2 Vgl. *Stefan Fisch*, Geschichte der europäischen Universität. Von Bologna nach Bologna, München 2015.

3 Vgl. *Saimaiti Maimaitiming*, »Study Abroad« in the Long 19th Century. Modernisation, War, and Higher Education in Global Context, in: AfS 62, 2022, S. 75–97.

4 Dazu nach wie vor *Sebastian Conrad*, Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006.

5 Vgl. ebd., insb. S. 23.

6 Vgl. *Dieter Gosewinkel*, Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001; *Christiane Reinecke*, Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, München 2010.

7 Vgl. *Conrad*, Globalisierung und Nation, S. 57.

8 Vgl. *Martin H. Geyer*, One Language for the World. The Metric System, International Coinage, Gold Standard, and the Rise of Internationalism, 1850–1900, in: *ders./Johannes Paulmann* (Hrsg.), The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to

Auch im Bereich der Bildungsmobilität griffen die komplementär verknüpften Tendenzen von Globalisierung und Nation fest ineinander.[9] Internationalität hatte während des 19. Jahrhunderts zunächst als Gradmesser für den Erfolg des humboldtschen Universitätsmodells gegolten.[10] Auch die Zulassung ausländischer Studierender wurde daher sehr liberal gehandhabt. Je mehr aber nicht nur die Zahlen ausländischer Studieninteressierter anstiegen, sondern sich auch die Herkunftsregionen verstärkt auf Ost- und Südeuropa verlagerten, desto mehr erschien preußischen Universitäten und Behörden die Anwesenheit ausländischer Studierender regulierungsbedürftig. Außerdem stellte sich wegen der national unterschiedlichen Ausprägung der Bildungssysteme die Frage, wie im Ausland erlangte Reifezeugnisse einzuschätzen wären und ob sie die Zulassung zum Studium an einer preußischen Universität rechtfertigten.

Der vorliegende Beitrag untersucht dieses Spannungsverhältnis am Beispiel einer Institution, die sowohl zur Kontrolle der Zulassung ausländischer Studieninteressierter als auch zur Bewertung ihrer Qualifikationen gegründet wurde: Bereits 1904 wurde in Berlin die »Wertungs-Kommission für ausländisches Bildungswesen« eingerichtet, nur ein Jahr später ging daraus die »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« hervor.

Mit diesem Gründungszeitpunkt mitten in der erhitzt diskutierten »Ausländerfrage an deutschen Universitäten« wurde die Institution bislang im Kontext von politischen Antworten auf Migration im Kaiserreich mitbehandelt.[11] Seit den 1890er-Jahren war die »akademische Ausländerfrage« zunächst intern an den Universitäten und Technischen Hochschulen Thema, rasch entstanden zahlreiche Pamphlete, Denkschriften und Zeitschriftenartikel.[12] Aufgrund von Beschwerden preußischer Studierender über die mangelhafte Qualifikation der Ausländer und die beengten Verhältnisse in Hörsälen und Laboren experimentierten zunächst die Technischen Hochschulen, dann die Universitäten mit Beschränkungsmaßnahmen zur Regelung der Immatrikulation von Ausländern.[13] Bald verlagerte sich die Diskussion in die

---

the First World War, Oxford/New York etc. 2001, S. 55–92; *Florian Groß*, Integration durch Standardisierung. Maßreformen in Deutschland im 19. Jahrhundert, Baden-Baden 2015; *JoAnne Yates/Craig N. Murphy*, Engineering Rules. Global Standard Setting since 1880, Baltimore 2019.

9 Nicht nur bei Conrad blieb dieser Bereich ausgeklammert, während der Fokus auf transnationalen Verflechtungen kolonialer und landwirtschaftlicher Migrationen lag, vgl. beispielsweise *Conrad*, Globalisierung und Nation, S. 9 und 13.

10 Vgl. *Daniela Siebe*, »Germania docet«. Ausländische Studierende, auswärtige Kulturpolitik und deutsche Universitäten 1870–1933, Husum 2009, insb. S. 28 f.

11 Vgl. ebd., S. 144; ausführlicher: *Tina Heidborn*, Russländische Studierende an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität und der Technischen Hochschule Berlin 1880–1914, Dissertation, Bonn 2009, URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5-16419> [7.5.2024], S. 116 f.

12 Als zeitgenössische Beispiele vgl. *Wilhelm Lexis*, Die Ausländerfrage an den Universitäten und Technischen Hochschulen, in: Deutsche Literaturzeitung 17, 1906, H. 6; zur Auswertung vgl. *Siebe*, »Germania docet«; *Heidborn*, Russländische Studierende; spezifisch auch *Mario Klotzsche*, Die »akademische Ausländerfrage« in den Hochschulnachrichten. Ein Beitrag zur Untersuchung des öffentlichen Diskurses über Fremde an deutschen Hochschulen vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Hartmut Rüdiger Peter/Natalia Tikhonov* (Hrsg.), Universitäten als Brücken in Europa. Studien zur Geschichte der studentischen Migration, Frankfurt am Main 2003, S. 195–212.

13 Vgl. ausführlich dazu *Heidborn*, Russländische Studierende, S. 122 f.

Tagespresse und in den Preußischen Landtag, wo besonders die Angst vor politischer Agitation durch radikale Studierende aus Osteuropa im Mittelpunkt stand – und durch Maßnahmen wie eine erhöhte »Ausländergebühr« eingehegt werden sollte.[14] Die wissenschaftliche Forschung hat die Regulierung der Zulassung ausländischer Studierender im Kontext des um sich greifenden Antisemitismus an deutschen Universitäten im Kaiserreich diskutiert.[15]

Kaum Aufmerksamkeit hat dagegen der parallel bestehende Zweck der Institution erhalten, verbindliche Kategorien zu schaffen, um den »Wert« ausländischer Zeugnisse zu bestimmen.[16] Die Gründung lässt sich nämlich mit gleichem Recht in die in den 1890er-Jahren vor allem von Preußen ausgehenden Versuche einordnen, ausländische Bildungswesen zu verstehen und angesichts der wachsenden globalen Verflechtungen vergleichbar zu machen. Das schlug sich in einer Reihe von Zeitschriftengründungen und Buchpublikationen ebenso nieder wie im akribischen Zusammentragen von Informationen über ausländische Bildungswesen durch preußische Beamte.[17] Mit der Verschiebung des Fokus auf die Kategorien von Bewertungen und ihre jenseits vermeintlich objektiver Skalen liegenden Bedingungen trägt der Aufsatz zu einem Forschungsfeld bei, das sich im Grenzbereich zwischen Sozial- und Geschichtswissenschaften rasch entwickelt.[18] Dabei leistet er einen Beitrag zu Fragen der Leistung und deren Quantifizierung und greift auf – bislang vereinzelte – Versuche zurück, die Bewertungskriterien für die Herstellung von Äquivalenzen im internationalen Rahmen historisch genauer zu fassen.[19]

Das Ziel dieses Beitrags ist es daher, die Verfahren zur Bewertung ausländischer Qualifikationen, die in der »Wertungs-Kommission« beziehungsweise »Auskunftsstelle« entwickelt wurden, zwischen der Regelung der »Ausländerfrage an deutschen Universitäten« und der Schaffung internationaler Maßstäbe zur Bewertung ausländischer Qualifikationen einzuordnen, oder anders formuliert: zwischen »Nation und Globalisierung«. Deutlich wird dabei, dass die Bewertung ausländischer Qualifikationen in Preußen stets zwischen politischen Prämissen und sachlichen

14 Vgl. *Hartmut Rüdiger Peter*, Politik und akademisches Ausländerstudium 1905–1913. Preußisches Beispiel und sächsisch-badische Variationen, in: *Peter/Tikhonov*, Universitäten als Brücken in Europa, S. 175–194, hier: S. 187.

15 Vgl. *Jack Wertheimer*, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, Oxford/New York etc. 1991 (zuerst 1987).

16 Vgl. aber *Peter Drewek*, »Die ungastliche deutsche Universität«. Ausländische Studenten an deutschen Hochschulen, 1890–1930, in: Jahrbuch für Bildungsforschung 5, 1999, S. 197–224, zur Normierung der Immatrikulationsvoraussetzungen insb. S. 206–216.

17 Vgl. etwa die Deutsche Zeitschrift für ausländisches Unterrichtswesen 1, 1895, oder *Ewald Horn*, Das höhere Schulwesen der Staaten Europas. Eine Zusammenstellung der Lehrpläne, Berlin 1906.

18 Vgl. *Marion Fourcade*, Zählen, benennen, ordnen. Eine Soziologie des Unterscheidens, Hamburg 2022, sowie *Bettina Heintz/Theresa Wobbe* (Hrsg.), Soziale Praktiken des Beobachtens: Vergleichen, Bewerten, Kategorisieren und Quantifizieren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 73, 2021 (Supplement); *Anne Krüger*, Soziologie des Wertens und Bewertens, Bielefeld 2022.

19 *Nina Verheyen*, Die Erfindung der Leistung, Berlin 2018; *Joachim Hoffmann*, Äquivalenzen und »Nostrifikationen« – zwei Kapitel akademischen Austausches, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31, 1981, S. 219–228.

Gründen changierte. Mit der »Auskunftsstelle« rückt dabei eine preußische Institution in den Mittelpunkt, die in dieser Frage eine Schlüsselrolle einnahm.[20]

Die Hinterlassenschaft der »Auskunftsstelle«, die als nachgeordnete Stelle des Preußischen Kultusministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin aufbewahrt ist, enthält reiches Quellenmaterial. Dort lagern nicht nur Sammelakten aus den Gründungsjahren der Institution, sondern auch eine große Anzahl nach nationaler Herkunft (und zuweilen Geschlecht) sortierte Aktenordner.[21] Diese umfassen die Korrespondenz zwischen preußischen Beamten und ausländischen Studierenden, mit den oft wortreichen Gesuchen um Immatrikulation an preußischen Universitäten, zahlreichen Gutachten über die eingereichten Qualifikationen, Reifezeugnissen sowie Abstimmungen zwischen den Universitäten und Zulassungs- und Ablehnungsbescheide der Beamten. Aus diesem reichen Quellenbestand mit zahlreichen biografischen Details greift der Beitrag exemplarisch einige Korrespondenzen heraus, um erste Schlüsse über die Praxis der Anerkennung von ausländischen Bildungszertifikaten in Preußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu ziehen.

Der Text verfolgt dabei zwei weiter gefasste Vorhaben. Anhand der Gruppe ausländischer Studienbewerber im Kaiserreich geht es einerseits darum, ein differenzierteres Bild von Bildungsmobilität zu zeichnen, die sich – so die Annahme – der einfachen Einordnung in gängige Vorstellungen von Migration und Mobilität entzieht. Denn Migration in der Moderne war nicht nur die zunehmende Lebensmittelpunktverlagerung von Menschen, die von ihrer Hände Arbeit lebten, sondern auch – und in wachsendem Maße – die Mobilität von geistig Tätigen. Während sich zuvor vor allem Eliten zum Studium ins Ausland begeben hatten, nahm seit Ende des 19. Jahrhunderts die Mobilität von Gruppen rasch zu, die sich zum Erwerb von Bildungsabschlüssen in andere Staaten begaben.[22] Im Kontext der Migrationsforschung hat die »International Student Migration« bislang jedoch wenig Aufmerksamkeit erfahren.[23] In der deutschen Forschung standen lediglich einzelne Gruppen »studentischer Migration« im Fokus, besonders Studierende aus dem Russischen Reich, die um die Jahrhundertwende im Kaiserreich auch wegen ihres jüdischen Hintergrunds Diskriminierung erfuhren.[24] Seit Neuestem rückt die »Bildungsmobi-

20 Vgl. etwa *Drewek*, »Die ungastliche deutsche Universität«, S. 211; *Heidborn*, Russländische Studierende, S. 116; *Siebe*, »Germania docet«, S. 144.

21 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923; Nr. 87 p, Bewertung und Anerkennung von Bildungsnachweisen aus Serbien (ab 1918 Jugoslawien), 1905–1926; Nr. 35, Zulassung von Frauen aus Österreich-Ungarn zur Immatrikulation an den Universitäten, 1908–1925.

22 Vgl. als Überblick *Perraton*, International Students.

23 Vgl. *Russell King/Parvati Raghuram*, International Student Migration. Mapping the Field and New Research Agendas, in: Population, Place and Space 19, 2013, S. 127–137; eine Ausnahme bildet aber *Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen* u. a. (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München 2007 mit Fokus auf einzelne studentische Migrationsbewegungen.

24 Für einen Überblick zum Stand der Forschung vgl. *Peter/Tikhonov*, Universitäten als Brücken in Europa.

lität« im globalen Kontext humanitärer Hilfe in den Blick.[25] Gerade Studierende, die ins Kaiserreich kamen, waren keinesfalls nur freiwillig wandernde Eliten, die in der Ferne ein (oft temporäres) Auskommen suchten, sondern junge Menschen aus breiteren gesellschaftlichen Schichten und oft in prekären Lebenssituationen, denen im Heimatland Bildungschancen etwa aufgrund ihrer Konfession verwehrt waren.[26] Der Versuch der Regulierung ihrer Mobilität durch die Bewertung von Reifezeugnissen rückt ihre Bewegung daher in einen gemeinsamen Kontext mit der parallel verlaufenden Ordnung der Migration weniger Qualifizierter seit dem späten 19. Jahrhundert.[27]

Andererseits geht es darum, erste Überlegungen für eine Erforschung der Bewertung ausländischer Qualifikationen zu formulieren. Aus den überlieferten Einzeldokumenten präpariert der Beitrag das Zusammenspiel von sachlichen Kriterien und politischen Gründen heraus, das die Bewertung ausländischer Qualifikationen im Kaiserreich prägte. Entlang dieser beiden Grundtendenzen – so die zweite Annahme – ließe sich auch eine chronologisch länger angelegte Geschichte der Bewertung ausländischer Qualifikationen in Deutschland im 20. Jahrhundert erzählen. Denn bislang wurde die aus den preußischen Vorgängerinstitutionen hervorgegangene spätere »Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen« in der Forschung zu wenig berücksichtigt, wenn man bedenkt, dass sie bis heute die maßgebende Institution für die Bewertung ausländischer Qualifikationen in Deutschland ist.[28] Erst neuerdings gibt eine historische Studie zum Wissen in der Migrationsgesellschaft einen ersten Einblick in ihre Arbeitsweise nach dem Zweiten Weltkrieg, eine soziologische Studie analysiert gegenwärtige Auseinandersetzungen um die Anerkennung von Qualifikationen.[29] Dem verhaltenen Forschungsinteresse stehen unterschiedliche Versuche der Selbsthistorisierung gegenüber, zum 25-jährigen Jubiläum 1929 und zum 100-jährigen 2005.[30] Angesichts der aktuellen Diskussion um die »Anerkennung ausländischer Fachkräfte« verspricht aber gerade der Fokus auf diese Institution, deren Kontinuität bis in das Kaiserreich zurückführt, Erkenntnisse über die Praxis der Bewertung, die die Entscheidungen über den Wert ausländischer Qualifikationen bis in die Gegenwart formt.

25 *Löhr*, Globale Bildungsmobilität.

26 Die biografischen Hintergründe und die – oft prekären – materiellen Lebensumstände der russischen Studenten im Deutschen Reich schildert detailliert *Claudie Weill*, Das gesellschaftliche Leben der russischen Studenten in Deutschland, in: *Hartmut Rüdiger Peter* (Hrsg.), Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer? Studenten aus dem Russischen Reich an deutschen Hochschulen vor dem 1. Weltkrieg, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2001, S. 71–94, insb. S. 73 f.

27 Vgl. *Gosewinkel*, Einbürgern und Ausschließen; *Reinecke*, Grenzen der Freizügigkeit.

28 Vgl. die Webseite der Kultusministerkonferenz, Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, URL: <https://www.kmk.org/zab/zentralstelle-fuer-auslaendisches-bildungswesen.html> [20.8.2024].

29 Vgl. *Stephanie Zloch*, Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000, Göttingen 2023; *Ilka Sommer*, Die Gewalt des kollektiven Besserwissens. Kämpfe um die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Deutschland, Bielefeld 2015.

30 Vgl. *Karl Remme*, Das Studium der Ausländer und die Bewertung der ausländischen Zeugnisse, Berlin 1929; Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Hrsg.), 100 Jahre Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, Bonn 2005.

Der Beitrag skizziert zunächst den Entstehungskontext der »Wertungs-Kommission für ausländische Reifezeugnisse« und der »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« zwischen der breiten Diskussion um die »Ausländerfrage an deutschen Universitäten« und ersten Vorstößen zur Systematisierung ausländischer Qualifikationen in Preußen. Zweitens geht es darum, anhand erster, in der Institution ergriffener Bewertungsschritte nachzuvollziehen, wie die preußischen Beamten versuchten, valides Wissen über den »Wert« ausländischer Zeugnisse herzustellen, der in der Folge zum Studium an preußischen Universitäten berechtigte – oder nicht. Anhand der Korrespondenzen und der Entscheidungen lässt sich aufzeigen, dass sich methodische Bewertungskriterien mit den Zielen der Herstellung von Vergleichbarkeit, Standardisierung und Quantifizierung sowie politische Wertungen wie Hierarchisierungen, nationale Interessen und Fall-zu-Fall-Entscheidungen bei der Entschlussfassung die Waage hielten. Auf Basis dieser Aushandlungen wird in dem Beitrag die These entwickelt, dass die Zentralstelle nicht nur für die Abwehr ausländischer, vor allem russisch-jüdischer Studierender stand, sondern auch für erste Versuche einer Standardisierung im internationalen Bildungswesen, die Ende des 19. Jahrhunderts maßgeblich von Preußen aus vorangetrieben wurden. Denn angesichts der erhitzten politischen und publizistischen Diskussionen um die »Ausländerfrage« zu Beginn des 20. Jahrhunderts überrascht es beinahe, wie gründlich-sachlich die neu gegründete Institution ihrer Aufgabe nachging.

Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre zwischen 1890 und 1914. In der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der Gesuche ausländischer Studierender zur Aufnahme eines Studiums an preußischen Universitäten rasch zu. Die Betrachtung endet 1914 mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs und dem Erlass, dass keine Ausländer mehr an deutschen Universitäten lehren und studieren dürften, womit die Versuche der Bewertung ausländischer Qualifikationen im Deutschen Reich (vorläufig) beendet waren.

I. Die Zunahme des Ausländerstudiums zwischen Abwehr und Vergleich

Bis weit ins 19. Jahrhundert waren die preußischen Universitäten grundlegend offen gegenüber der Internationalität der *universitas*. Die wenigen ausländischen Studierenden wurden in der Regel mit höchst unterschiedlichen Voraussetzungen zum Studium zugelassen.[31] Für Preußen verbriefte ab 1788 das Abitur als Abschluss der höheren Schullaufbahn die Berechtigung zum Studium.[32] Nach neunjährigem Schulbesuch machte es eine Universitätseintrittsprüfung, wie etwa in Frankreich, obsolet und ermöglichte darüber hinaus die Teilnahme an staatlichen Prüfungen und die Promotion.

Für Nichtpreußen, das hieß vorerst außerpreußische Deutsche und Ausländer, blieben die Vorgaben im Gegensatz dazu vage. Noch nach den Vorschriften für die

31 Vgl. *Wladimir Berelowitch*, Zur Einführung, in: *Peter/Tikhonov*, Universitäten als Brücken in Europa, S. 13–16, hier: S. 13.

32 Vgl. *Fisch*, Geschichte der europäischen Universität, S. 60.

Studierenden der Landesuniversitäten vom 1. Oktober 1879 galt prinzipiell, dass Nichtpreußen beziehungsweise Ausländer an allen Fakultäten zugelassen werden konnten, sofern sie eine »ausreichende Vorbildung nachweisen konnten, die sie befähigte, an Universitätsveranstaltungen teilzunehmen«, ein Zeugnis über das Niveau der Sprachkenntnisse wurde nicht verlangt.[33] Zunächst ergriffen nun die Kultusministerien der Bundesstaaten innerhalb der föderalen Struktur des Deutschen Reichs erste Maßnahmen, um vergleichbare Zulassungsbedingungen zu schaffen.[34] Die zunehmend genauen Vorschriften lassen sich einordnen in die ersten systematischen Versuche des (preußischen) Staates, sein Bildungswesen zu ordnen und zu normieren, die sich in den 1880er-Jahren verstärkten.[35] An den großzügigen Regelungen für ausländische Studierende änderte sich jedoch vorerst nichts. Noch 1904 definierte der Demograf Wilhelm Lexis erneut lediglich »eine als genügend erachtete Vorbildung« als Voraussetzung für die Aufnahme von Ausländern.[36]

Wegen dieser liberalen Zulassungspraxis konnte sich im Grunde jede/r Studienwillige aus dem Ausland auch ohne Abitur an einer preußischen Universität immatrikulieren. Die großzügige Regelung erklärte sich auch aus der überwiegenden Herkunft der Studieninteressierten aus den USA und Westeuropa, besonders der Schweiz, und ihrer geringen Zahl. Seit den 1890er-Jahren änderte sich das rasant. Es zeigte sich nicht nur generell eine rasch ansteigende Tendenz des Ausländerbesuchs.[37] Auch verschoben sich die Herkunftsgebiete geografisch markant, denn ab diesem Zeitpunkt ersuchten in stärkerem Maße Studierende aus dem Süden und Osten Europas, vor allem aus dem Russischen Reich und aus Österreich-Ungarn, um die Aufnahme eines Studiums an preußischen Universitäten.

Der Grund für die schnell steigenden Zahlen insbesondere von russischen Juden, die ein Studium an deutschen Universitäten aufnehmen wollten, lag nicht nur im wenig entfalteten russischen Bildungssystem, das nach wie vor nur über insgesamt acht Universitäten verfügte[38], sondern auch an den Beschränkungen für jüdische Studierende. Nach der Ermordung Alexanders II. 1881 gewannen reaktionäre, antisemitische Strömungen innerhalb der russischen Regierung an Einfluss.[39] Unter der Annahme, besonders die jüdische Jugend sei wesentlich an der revolutionären Bewegung beteiligt, wurde 1883 ein Numerus clausus für jüdische Schüler und

33 Vgl. *Paul Daude*, Die Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Systematische Zusammenstellung der für dieselbe bestehenden gesetzlichen, statuarischen und reglementarischen Bestimmungen, Berlin 1887, S. 686.

34 Vgl. *Hoffmann*, Äquivalenzen und »Nostrifikationen«; Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, 1868, S. 497 ff.

35 Vgl. *Siebe*, »Germania docet«, S. 41.

36 *Wilhelm Lexis*, Die Universitäten im Deutschen Reich, Berlin 1904, S. 52.

37 Vgl. zur quantitativen Auswertung *Siebe*, »Germania docet«, S. 29–34, mit gründlicher Diskussion der älteren Literatur und der ersten durchgängig verlaufenden Zahlenangaben zum Ausländerstudium an deutschen Universitäten; mit Fokus auf die Universität und Technische Hochschule in Berlin *Heidborn*, Russländische Studierende, S. 39–55.

38 Vgl. *Charles E. Timberlake*, Higher Learning, the State, and the Professions in Russia, in: *Konrad Jarausch* (Hrsg.), The Transformation of Higher Learning, 1860–1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States, Stuttgart 1983, S. 321–344, hier: S. 326.

39 Vgl. *Anja Burchardt*, Blaustrumpf – Modestudentin – Anarchistin? Deutsche und russische Medizinstudentinnen in Berlin 1896–1918, Stuttgart 1997, S. 57.

Studenten an russischen Mittel- und Hochschulen eingeführt. Dieser betrug für Schulen innerhalb des jüdischen Ansiedlungsrayons 10 %, außerhalb dessen 5 % und für Schulen in Moskau und St. Petersburg wie für alle Universitäten des Russischen Reichs sogar nur 3 %. Parallel wurde die Zahl der Gymnasien, die überhaupt jüdische Schülerinnen und Schüler aufnahmen, um die Hälfte reduziert.

Diese (prospektiven) Studierenden richteten ihr Interesse nun auch auf Universitäten des Deutschen Reichs.[40] Besonders Berlin besaß als Studienort große Anziehungskraft und die Zahl der dort studierenden Ausländer stieg umgehend: Einerseits spielte, gerade im Vergleich zu Zürich als alternativem Hauptstudienziel, die geringere Entfernung zum Heimatland eine wichtige Rolle.[41] Andererseits galt die Medizinische Fakultät an der Berliner Charité als führend in Europa und hatte, auch durch die Tätigkeit von Rudolf Virchow und Robert Koch und die von ihnen gegründeten Institute, Weltruhm erlangt.[42] Das Fach Medizin war zudem mit Abstand das am meisten gewählte Studium, denn es war der sicherste Weg, sich nach der Rückkehr ins Herkunftsland eine Existenz aufzubauen, und ließ sich – eher als ein philosophisches – auch mit beschränkten Sprachkenntnissen absolvieren. In den Jahren zwischen 1899 und 1912 verzehnfachte sich daher die Zahl der Medizinstudierenden aus dem Russischen Reich an deutschen Universitäten.[43] An der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität stieg ihr Anteil im Fach Medizin von etwa 30 % in den 1880er-Jahren bis auf 84 % im Sommersemester 1914.[44]

Aus der raschen Zunahme ausländischer, vor allem aber Studierender aus dem Russischen Reich ergab sich nicht nur innerhalb der Lehranstalten eine Reihe von praktischen Problemen, die sich in der wahrgenommenen Überfüllung der medizinisch-technischen Hörsäle und Labore ebenso äußerten wie in einer künftig befürchteten »Medizinerschwemme« und an einigen Studienorten zur Abwehr durch heimische Studierende führten.[45] Besonders die nachgefragten Technischen Hochschulen begingen früh Wege, um den Ausländerzugang zu begrenzen: mit der Einführung eines Numerus clausus oder dem Nachweis von Subsistenzmitteln ebenso wie mit der Erhöhung der Gebühren für Ausländer.[46]

Die zunächst im akademischen Milieu geführte Diskussion weitete sich als »Ausländerfrage« bald auf eine breite gesellschaftliche und politische Debatte um das Ausländerstudium aus.[47] Die ältere historische Forschung hat diese Auseinander-

40 Vgl. *Willy Birkenmaier*, Das russische Heidelberg. Zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert, Heidelberg 1995; *Johannes Baur*, Die russische Kolonie in München 1900–1905. Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1998.

41 Vgl. *Franziska Rogger Kappeler*, Über Grenzen gestossen, nicht gezogen. Zur grenzüberschreitenden Mobilität der russischen Pionierinnen des schweizerischen Frauenstudiums, in: *Christian Hesse/Tina Maurer* (Hrsg.), Von Bologna zu ›Bologna‹. Akademische Mobilität und ihre Grenzen, Basel 2011, S. 69–85.

42 Vgl. *Burchardt*, Blaustrumpf – Modestudentin – Anarchistin?, S. 61.

43 Vgl. ebd., S. 58.

44 Vgl. *Heidborn*, Russländische Studierende, S. 46.

45 Vgl. *Hartmut Rüdiger Peter*, »Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer«? Zeitgenössische Wahrnehmungen und Stereotype der Betrachtung der Studenten aus Russland in der Forschung, in: *ders.*, Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer?, S. 11–32. Besonders der Hallenser Klinikerstreit von 1912/13 erregte Aufmerksamkeit.

46 Vgl. *Heidborn*, Russländische Studierende, S. 57.

47 *Peter*, Politik und akademisches Ausländerstudium 1905–1913, S. 177 f.

setzung später als »Russenfrage« gedeutet, die als Ergebnis der Migration osteuropäischer Juden entstanden und durch die Kongruenz von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geprägt gewesen sei.[48] Neuere Forschungen kommen dagegen zu dem Schluss, es habe keine einheitliche Diskriminierung der Studierenden aus dem Russischen Reich gegeben, und betonen stattdessen die Grundspannung zwischen der Tradition der Offenheit der Universitäten und der aus nationalen Erwägungen überlegten Begrenzung der ausländischer Studierenden vor dem Ersten Weltkrieg.[49] Deutlich wurde das im Mai 1905 bei der Konferenz der Rektoren preußischer Universitäten, die sich mit dem Studium von Ausländern befasste. In der Eröffnungsrede betonte der preußische Ministerialdirektor Friedrich Althoff, er habe es stets »als ein nobile officium von Preußen erachtet [...], auch den Ausländern das Studium an den Preußischen Hochschulen in weitem Umfange zu ermöglichen«.[50] Jetzt aber sei die Lage durch die zunehmende Quantität verändert, sodass eine Reglementierung der Zulassungsbestimmungen für ausländische Studierende angesichts der wachsenden Verflechtung notwendig erscheine.

Parallel zur Zunahme der in Preußen studierenden Ausländer und zur Diskussion um die »Ausländerfrage« drängten Pädagogen und Beamte des Kultusministeriums daher immer mehr auf eine Vereinheitlichung der Zulassungsbestimmungen. Zahlreiche Publikationen zum ausländischen Schulwesen zeugen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von dem Anliegen, im Bildungsbereich nicht nur im zwischenstaatlichen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, sondern überstaatliche Vergleichbarkeit herzustellen. Angesichts der Internationalisierung der Studierendenschaft ging es um die Vergleichbarkeit nationaler Schulwesen und die Bestimmung des Wertes der im Ausland erworbenen Qualifikationen.

Einer der ersten Beiträge war die seit 1895 erscheinende »Deutsche Zeitschrift für ausländisches Unterrichtswesen«.[51] Der Pädagoge und Schulrat Jakob Wychgram begründete die Notwendigkeit dieser Zeitschrift in der ersten Ausgabe wie folgt: Während vormals »die deutsche Volks- und Schulbildung der unserer Nachbarn überlegen war«, könne man sich nun »leicht überzeugen, daß wir keinen Vorsprung mehr vor unseren westlichen Nachbarn haben«.[52] Um künftig in der internationalen (Bildungs-)Konkurrenz zu bestehen, solle die Zeitschrift »hinfort den Mittelpunkt bilden für alle die, die sich mit dem ausländischen Unterrichtswesen beschäftigen, Nachrichten darüber zu geben imstande sind und durch vergleichende Betrachtung heimische Einrichtungen fördern wollen«.[53] Zu diesem Zweck unterhielt die Zeitschrift ein globales Netzwerk, das Lehrer und Inspektoren ebenso umfasste wie Professoren der Pädagogik. Nach Ländern und Erdteilen geord-

48 Vgl. *Jack Wertheimer*, The »Ausländerfrage« at Institutions of Higher Learning. A Controversy over Russian-Jewish Students in Imperial Germany, in: Leo Baeck Institution Yearbook 27, 1982, S. 187–215, insb. S. 189; die zugespitzte Formulierung ist entlehnt *Burchardt*, Blaustrumpf – Modestudentin – Anarchistin?, S. 73.

49 Vgl. *Siebe*, »Germania docet«, S. 155; *Peter*, »Schnorrer, Verschwörer, Bombenwerfer«?, S. 28 f.

50 Zit. nach *Peter*, Politik und akademisches Ausländerstudium 1905–1913, S. 178 f.

51 Allerdings bestand die Zeitschrift nur zwischen 1895 und 1901 mit insgesamt sechs Jahrgängen.

52 *Jakob Wychgram*, Zur Einführung, in: Deutsche Zeitschrift für ausländisches Unterrichtswesen 1, 1895, S. 1–5, hier: S. 1.

53 Ebd., S. 2.

net und mit dem Ziel, »alle Arten von Unterrichtsanstalten [zu] berücksichtigen«, wurden längere Abhandlungen über »Das Unterrichtswesen in der Schweiz« oder über »Gouvernements mit gut entwickeltem Unterrichtswesen in Rußland« veröffentlicht.[54] Während es zunächst darum ging, Informationen über ausländische Schulwesen zu sammeln, spielten konkrete Vergleiche der Abschlüsse zunächst keine Rolle, wenngleich die teils sehr ausführlichen Berichte dafür als Voraussetzung erschienen.

Auch die von dem einflussreichen Publizisten Paul von Salvisberg seit 1890 herausgegebenen »Hochschul-Nachrichten« hatten eine klar internationale Ausrichtung. Nicht nur lautete der Untertitel »Monats-Übersicht über das gesammte Hochschulwesen des In- und Auslandes«, es gab auch eine Rubrik »Neueres von deutschen und auswärtigen Hochschulen«.[55] In regelmäßigen Einwürfen lag der Fokus auf der Schaffung einer sachlichen Bewertung auch ausländischer Qualifikationen und seit dem Aufkommen der Ausländerdebatte sprach sich von Salvisberg immer wieder für an Leistungskriterien orientierte Regeln der Zulassung deutscher und ausländischer Studierender aus. Während er argumentierte, dass die Vorbildung des Einzelnen das entscheidende Moment für die Immatrikulation sein solle, lehnte er erhöhte Gebühren für Ausländer oder Sperrklauseln ab.[56] Denn: »Bislang bildete gerade die immer wachsende Frequenz unserer Hochschulen seitens der Ausländer mit einen Gradmesser für ihre ebenfalls stets wachsende und international dominierende Bedeutung.«[57]

Einen ähnlichen Impetus verfolgte »Minerva. Jahrbuch der Universitäten der Welt«, dessen Ersterscheinen 1891 begründet wurde mit einem »allgemeine[n] Bedürfnis nach einem internationalen, möglichst knapp und übersichtlich gehaltenen Universitäts-Schematismus«, mit dem Ziel, »ein derartiges, bisher fehlendes Bindemittel zwischen den akademischen Schulen der verschiedenen Länder der weiten Erde« zu liefern.[58]

Neben den Periodika erschienen auch Bücher und Nachschlagewerke, zunächst das von dem bayerischen Ministerialrat August Baumeister herausgegebene »Die Einrichtung und Verwaltung des höheren Schulwesens in den Kulturländern von Europa und in Nordamerika«. Für dieses Projekt hatte der Verfasser »26 Männer beteiligt, die durch ganz Europa und Nordamerika zerstreut wohnen«.[59] Akribisch stellten sie die einzelnen Schulwesen vor. Detailliert beschrieb der Beitrag »Österreich« etwa die Lehrinhalte des Lateinunterrichts am Gymnasium bis auf die einzelnen Wochenpensen und Lektüreinhalte hinab.[60]

---

54 *Ders.*, Register, in: Deutsche Zeitschrift für ausländisches Unterrichtswesen 1, 1895, S. III–XI, hier: S. X f.

55 Hochschul-Nachrichten. Monatsübersicht über das gesamte Hochschulwesen des In- und Auslandes 1, 1890, Nr. 1.

56 Vgl. *Siebe*, »Germania docet«, S. 128.

57 *Paul von Salvisberg*, Die Ausländer an deutschen Hochschulen, in: Hochschul-Nachrichten 8, 1897, Nr. 85, S. 11.

58 Vorwort, in: Minerva. Jahrbuch der Universitäten der Welt 1, 1891/1892, S. V–VIII, hier: S. VI.

59 *August Baumeister* (Hrsg.), Die Einrichtung und Verwaltung des höheren Schulwesens in den Kulturländern von Europa und in Nordamerika, München 1897.

60 Vgl. *S. Frankfurter*, Österreich, in: ebd., S. 239–314, hier: S. 283.

Wie stark der Vergleich der Schulwesen in dieser Zeit Thema war, belegt auch das »Enzyklopädische Handbuch der Schulhygiene«.[61] 1904 veröffentlicht mit dem vorrangigen Ziel der »Hebung der Gesundheit aller Schulangehörigen«, enthielt es detaillierte Beiträge und zahlreiche Abbildungen zu »Überbürdung« der Schüler, »Schulaborten« und »Lesen«. Darüber hinaus umfasste es aber auch 25 Beiträge zu »Zustände[n] der Schulhygiene in verschiedenen Staaten«, die Bayern und Preußen ebenso einschlossen wie China, Großbritannien und das Russische Reich – und zunächst die verschiedenen Schulformen und deren Eigenheiten sowie die Zulassungs- und Prüfungsregeln darstellten, bevor sie sich endlich den – für das Thema des Handbuchs viel einschlägigeren – gesundheitlichen Aspekten des Schulbesuchs zuwandten.[62]

Der wichtigste Beitrag zu einer Vergleichbarkeit im internationalen Bildungswesen war aber die 1906 erschienene Schrift des Pädagogen und Publizisten Ewald Horn »Das höhere Schulwesen der Staaten Europas. Eine Zusammenstellung der Lehrpläne«.[63] Der im Preußischen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten beschäftigte Verfasser begründete sein Anliegen: »Der Völkerverkehr unserer Tage bringt es mit sich, daß die Regierungen genötigt werden, Kenntnis zu nehmen von den Schulwesen anderer Länder. Ich weiß, daß sie da oft im Dunkeln tappen, daß sie teils private Erkundigungen einziehen, teils auf dem umständlichen diplomatischen Wege Auskunft suchen müssen.«[64] Horn fragte daher: »Wäre es nicht vorteilhafter, dies von einer Stelle ex instituto besorgen zu lassen, so dass der pädagogische Status der Kulturländer, ebenso gut wie die Handelsbilanz, jederzeit vor Augen läge?« Er plädierte für ein »Zentral-Organ, [...] aus welchem man sich fortwährend über den Stand des höheren Unterrichtswesens in den Kulturländern unterrichten könne« innerhalb der »zu diesem Zwecke wenigstens vereinigten – Staaten von Europa«.[65]

Zunächst aber war die Art und Weise, wie der Autor Wissen über die ausländischen Bildungssysteme zusammentrug, höchst unsystematisch. Da »eine Zusammenstellung der Lehrpläne der höheren Lehranstalten in Europa« bisher nicht versucht worden sei, sammelte er nicht nur »das einschlägige Material im Wege des Buchhandels«, sondern machte auch »amtliche und private Beziehungen zu Behörden und Personen in und außer Deutschland nutzbar«.[66] Deutlich wird das an den Quellenangaben. Während er sich teils auf Schulordnungen bezog (etwa für das Königreich Bayern) oder auf Publikationen (etwa den Beitrag »Ungarn« im »Handbuch der Schulhygiene«), stützte er sich für den Bericht über »Kroatien-Slavonien« bloß auf eine »briefliche Mitteilung des Herrn Professor Milan Sevic in Belgrad«.[67]

61 *Richard Wehmer* (Hrsg.), Enzyklopädisches Handbuch der Schulhygiene, Wien/Leipzig 1904.
62 Vgl. ebd., S. VI–VIII.
63 *Horn*, Das höhere Schulwesen der Staaten Europas.
64 Ebd., S. VI.
65 Ebd., S. IV.
66 Ebd., S. III.
67 Ebd., S. 20, 104 und 107.

Wegen dieser Schwierigkeiten war das Ergebnis »[w]eniger eine Lehrplan- als vielmehr eine Stundenplansammlung«.[68] Doch gerade die Gegenüberstellung der Curricula, ohne nähere Betrachtung der Lerninhalte der einzelnen Länder, ermöglichte es erstmals, ausländische Schulen mit deutschen zu vergleichen. Das erklärt den großen Erfolg des schmalen Bändchens, das bereits 1907 in die zweite Auflage ging.[69] Der Titel wurde zum Vademecum der preußischen Beamten bei der Bewertung ausländischer Qualifikationen, was regelmäßige Bezüge von Mitarbeitern der Auskunftsstelle auf den Band ebenso belegen wie häufige Anfragen an Horn als Gutachter ausländischer Zeugnisse. Zum 25. Jubiläum der Auskunftsstelle bezeichnete ihr späterer Leiter Karl Remme die Publikation rückblickend als »das wertvollste Hilfsmittel bei der Beurteilung des Wertes ausländischer Zeugnisse«.[70]

Während also die politische Debatte in Preußen das Augenmerk von Beginn an auf die Studierenden aus dem Russischen Reich richtete, die man von den Universitäten fernzuhalten suchte, setzten sich parallel preußische (und deutsche) Pädagogen und Ministerialbeamte anhand der Bewertung der im Ausland erlangten Vorbildung mit der Regulierung des Ausländerstudiums auseinander. Sie arbeiteten auf eine allgemeine Vergleichbarkeit von Qualifikationen hin, ohne dass sich ihre Bemühungen gegen eine spezifische Gruppe ausländischer Studierender richteten. Dieser Gegensatz zwischen politischen und sachlichen Gründen bei der Bewertung (und Beschränkung) des Ausländerstudiums manifestierte sich 1904/1905 schließlich in der Gründung der preußischen Institution.

II. Gründung und Mission der »Auskunftsstelle«

Seit den 1890er-Jahren gingen im Preußischen Kultusministerium immer mehr Anträge ausländischer Schul- und Hochschulabsolventen ein.[71] Sie erbaten die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen, um ein Studium an preußischen Bildungsinstitutionen aufnehmen zu können. Die Beamten entschieden von Fall zu Fall, weil jedoch die Zahl der Bewerbungen rasch zunahm, schien der Behörde die Professionalisierung des Umgangs mit diesen Schreiben nötig. Im Dezember 1904 konstituierte sich daher die »Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse«.[72] Bereits im April 1905 eröffnete die »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« im Preußischen Kultusministerium unter

68 Ebd., S. IV.

69 *Ders.*, Das höhere Schulwesen der Staaten Europas. Eine Zusammenstellung der Stundenpläne, 2. vermehrte und verbesserte Aufl., Berlin 1907.

70 *Remme*, Studium der Ausländer, S. 30.

71 Vgl. GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

72 Protokoll Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse, 19.12.1904, GStA PK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923.

Vorsitz des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrates Dr. Reinhold Köpke ein Büro in der Wilhelmsstraße.[73]

Zum 25-jährigen Bestehen der Institution, die zu diesem Zeitpunkt bereits als »Zentralstelle für das Studium der Ausländer in Preußen« firmierte, beurteilte ihr Leiter Karl Remme die Gründung 1904 einerseits als Maßnahme gegen das »Russenstudium«, andererseits als Schritt, um »die Zulassungsgesuche der Ausländer nach einheitlichen Gesichtspunkten vorzuprüfen« und zu ermitteln, ob sie eine »gleichwertige« Vorbildung hätten.[74] Bereits in dieser ersten Selbsthistorisierung sind also beide Tendenzen angelegt. Anhand der Gründungsdokumente und des Gründungskontexts ordnet der folgende Abschnitt die Stelle daher weniger als politische Abwehrmaßnahme ein, sondern als systematischen Versuch, Vergleichbarkeit in einem Feld herzustellen, das von unterschiedlichen Voraussetzungen strukturiert war.

Zuerst diskutiert wurde die »Vorbereitung späterer übereinstimmender Regelungen der Frage, welche ausländischen Schulen bei der Immatrikulation von Bundesausländern oder im Auslande vorgebildeten Deutschen als gleichwertig mit den inländisch neunklassigen Mittelschulen anerkannt werden sollen« auf der neu gegründeten »Konferenz deutscher Unterrichtsverwaltungen in Hochschulangelegenheiten« in Frankfurt am Main im Oktober 1903.[75] Das seit Juni 1898 bestehende Gremium ermöglichte erste Absprachen in der föderalen Hochschulpolitik und markiert den Beginn institutionalisierter Kooperation im deutschen Hochschulsystem.[76] Nachdem sich die preußischen Vertreter 1903 bereit erklärt hatten, »eine Zusammenstellung der in den einzelnen Bundesstaaten anerkannten oder nicht anerkannten ausländischen Schulabgangszeugnisse anfertigen zu lassen«, schickten auch die übrigen Regierungen »die Entschließungen über Anerkennung und Nichtanerkennung solcher Zeugnisse – soweit nötig, unter Angabe der Gründe« nach Berlin.[77]

Bereits im Jahr darauf wurde die »Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse« als gemeinsames Projekt von Auswärtigem Amt und Preußischem Unterrichtsministerium ins Leben gerufen.[78] Im Gründungsdokument formulierten die Beamten drei Aufgaben:

> »I. Es ist festzustellen, auf welche Weise in den verschiedenen Ländern die Maturität [...] erworben wird [...]. II. Es ist eine Zusammenstellung darüber zu liefern, *welche höheren Lehranstalten des Auslands überhaupt als Hochschulen im Sinne unserer deutschen Universi-*

73 Vgl. *Bernhard vom Brocke/Peter Krüger* (Hrsg.), Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918, Berlin 1994, S. 98.

74 *Remme*, Studium der Ausländer, S. 4 und 30.

75 Notiz zur Konferenz deutscher Unterrichtsverwaltungen in Hochschulangelegenheiten, 16./17.10.1903, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

76 Vgl. *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. XIX.

77 Notiz zur Konferenz deutscher Unterrichtsverwaltungen in Hochschulangelegenheiten, 16./17.10.1903, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

78 *Remme*, Studium der Ausländer, S. 30.

täten und technischen Hochschulen angesehen werden können. III. Vor allem ist die Frage zu prüfen, *welche Zeugnisse ausländischer höherer Unterrichtsanstalten mit den Reifezeugnissen preußischer höherer Lehranstalten* [...] *annähernd als gleichwertig zu betrachten sind.*«[79]

Schon beim Lesen – besonders der hier hervorgehobenen Wendungen – spürt man förmlich die Skepsis der preußischen Beamten gegenüber den ausländischen Qualifikationen, die dem Maß der deutschen Abschlüsse und Institutionen kaum standhalten würden. Doch deuten alle Punkte, von der Erfassung der Art der Berechtigung zum Hochschulzugang im Ausland über die Aufstellung der Bildungsinstitutionen ausländischer Staaten bis zur Einschätzung ausländischer Reifezeugnisse zweifellos auf das Anliegen, über die Schaffung von Vergleichbarkeit zu einer ersten, systematischen Bewertung ausländischer Qualifikationen zu gelangen.

Doch der im Dokument dargelegte Arbeitsplan unterstrich zunächst die Notwendigkeit, überhaupt erste Anhaltspunkte für die Bewertung ausländischer Qualifikationen zu erlangen. Auf Grundlage der Kenntnisbereiche einzelner Beamter wurden die Aufgaben zunächst wie folgt verteilt:

»1. Herr Jansen wird für Holland eine Übersicht liefern über die Verhältnisse der Hoch- und Mittelschulen und ferner eine Zusammenstellung darüber geben, welche Berechtigungen mit dem Nachweis einer bestimmten Schulbildung in Preußen, insbesondere der Reife für Obersekunda, Unter- und Oberprima verknüpft sind. 2. Herr Borbein liefert eine Statistik über die Personalverhältnisse der Ausländer an der Berliner Universität zwecks Feststellung der bisher geübten Praxis. 3. Herr Norrenberg wird für die Schweiz eine gleiche Übersicht liefern wie Herr Jansen für Holland.«[80]

Angesichts der zunächst eklektisch anmutenden Praxis, konkretes Wissen über die Bildungssysteme einzelner Staaten zu erheben, urteilte der spätere Leiter Karl Remme im Rückblick: »Die Schwierigkeit blieb noch lange bestehen, Unterlagen zur Kenntnis und Beurteilung des ausländischen Bildungswesens zu beschaffen. Hierfür genügten die literarischen Quellen oft keineswegs; vielmehr erwies sich der Besuch des betreffenden Landes als notwendig.«[81]

In Richtung des Versuchs einer sachlichen Bewertung deutet auch der Begriff »gleichwertig«, der in diesem Kontext erstmals in Bezug auf ausländische Qualifikationen auftauchte, aber sogleich durch den Zusatz »annähernd« qualifiziert wurde. Bis heute ist »Gleichwertigkeit« der zentrale Begriff bei der Bewertung ausländischer Qualifikationen durch die »Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen«.[82] Er enthält allerdings die Problematik, dass »wahre Äquivalenz« im Bereich schulischer und universitärer Prüfungen, von Studienzeiten und akademischen Graden

79 Protokoll Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse, 19.12.1904, Bl. 7–8, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923. Kursivierung O. S.

80 Ebd., Bl. 9.

81 *Remme*, Studium der Ausländer, S. 30.

82 Vgl. *Günter Reuhl*, Die Entwicklung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, in: Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, 100 Jahre, S. 27–34, hier: S. 30.

nur schwer zu ermitteln ist.[83] Denn während »formelle Gleichwertigkeit« von Prüfungen, Studienzeiten und Graden durch staatliche Abmachungen vereinbart werden kann, ist die Feststellung der »materiellen Gleichwertigkeit« nur schwer einzulösen und birgt das Problem, dass sich aus einer wahren Gleichwertigkeit eine Gleichberechtigung ergeben müsste, während meist allenfalls Gleichstellung oder Gleichsetzung erreicht werde.

Nach der Betonung sachlicher Kriterien schränkte das Gründungsdokument jedoch sofort ein:

> »Hierbei ist sich die Kommission dessen voll bewusst, daß [...] neben der Bewertung der Schulzeugnisse auch noch politische Erwägungen, Zweckmäßigkeitsfragen und persönliche Beziehungen von entscheidender Bedeutung sein werden und eine Entscheidung von Fall zu Fall wünschenswert erscheinen lassen.«[84]

Entgegen dem Versuch, vergleichbare Kriterien zu schaffen, zeigt sich hier der erhebliche Ermessensspielraum der Wertungs-Kommission. Denn die erwähnten »Fall-zu-Fall«-Entscheidungen wurden zu einem Instrument, auf das sich die preußischen Beamten in den Folgejahren regelmäßig beriefen. Dabei half auch der Standpunkt der preußischen Regierung, »ein Reichsausländer besitze kein Recht auf Immatrikulation und müsse daher niemals, sondern könne nur aufgenommen werden«, der die Entscheidung über die Zulassung von Ausländern zum Studium de facto in das Ermessen der Behörde stellte.[85] Das unterlief den Versuch der Systematisierung der Bewertung, der im Gründungsdokument auch angelegt war – und deutet damit in Richtung der politischen Nutzung zur Abwehr unerwünschter Ausländer.

Die nächsten Schritte folgten umgehend. Im März 1905 verkündete Ministerialdirektor Friedrich Althoff beim folgenden Treffen der Hochschulkonferenz, das diesmal im Preußischen Kultusministerium stattfand, in Berlin werde »eine Zentralstelle für Immatrikulationsfragen ins Leben treten, die auf Anfrage unentgeltlich Auskunft erteilt über die etwaige Gleichwertigkeit ausländischer Reifezeugnisse mit inländischen, sowie über die etwa der Immatrikulation von Ausländern aus anderen Gründen entgegenstehenden Bedenken«.[86] Erneut waren beide Leitlinien der Institution in einem Satz angelegt.

Seit diesem Zeitpunkt entwickelte die »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« – sehr wahrscheinlich als erste Einrichtung dieser Art in der Welt – einheitliche Kriterien für die Bewertung ausländischer Qualifikationen und sprach Empfehlungen für die Zulassung von Ausländern und Ausländerinnen zu preußischen Bildungseinrichtungen aus. In den Folgejahren legte die Stelle

83 *Hoffmann*, Äquivalenzen und »Nostrifikationen«, S. 219.

84 Protokoll Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse, Bl. 8.

85 Protokoll der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs, Nürnberg, Grand Hotel, 13./14.10.1905, in: *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 93–111, hier: S. 97.

86 Protokoll der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs, Berlin, Preußisches Kultusministerium, 13./14.3.1905, in: *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 89–91, hier: S. 91.

Aktenordner an, um die Gesuche der Studienwilligen an Preußischen Universitäten nach Nationalitäten geordnet zu sammeln.

Deutlich zeigte sich bereits in der Ordnerstruktur das zweistufige Vorgehen mit der Informationsbeschaffung als Basis für die Bewertung. Im Ordner zu Serbien etwa stand ein Bericht über die »Mittelschulen in Serbien« den Briefwechseln mit der Bewertung und Anerkennung der Zeugnisse einzelner Bewerber von spezifischen Institutionen voran. Die dreiseitige Abhandlung stellte nicht nur die einzelnen Institute des Landes mit ihren Aufnahme- und Abschlussprüfungen und Lehrplänen vor, sondern lieferte auch eine Auflistung der in den einzelnen Fächern zu absolvierenden Stunden, sodass auf dieser Grundlage eine Empfehlung möglich wurde.[87]

Später schlug sich dieses zweistufige Verfahren in der Organisation der Institution nieder.[88] Einerseits sammelte die Abteilung »Dokumentation« systematisch Informationen über ausländische Bildungssysteme und stellte Materialien über ausländische Schulen und Universitäten zusammen, wobei die deutschen Auslandsvertretungen maßgeblich halfen. Andererseits stützte sich die Abteilung »Begutachtung« auf Expertenwissen. Beamte mit speziellen Sprach-, Länder- und Fachkenntnissen erstellten Gutachten über die vorgelegten Bildungsnachweise und stuften sie als »gleichwertig« ein – oder nicht.

III. Der Bewertungsprozess ausländischer Qualifikationen

Doch wie gestaltete sich der Bewertungsprozess ausländischer Qualifikationen in den Gründungsjahren der Institution konkret? Um das zu erörtern, ist zunächst ein Blick auf die Akteure und die Akten nötig.[89] Die Akteure waren einerseits die Antragstellenden. Vor allem im Russischen Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien oder Rumänien hatten sie entweder die Hochschulreife erworben oder einige Jahre studiert und wollten nun ein Studium im Deutschen Reich aufnehmen oder fortsetzen. Es gab aber auch Studieninteressierte aus anderen Ländern, vor allem aus den USA, darunter (geradezu überraschend) viele Frauen. Ihr Gegenpart waren die Beamten der Auskunftsstelle, die zu ermitteln versuchten, ob die vorgelegten Zeugnisse eine Zulassung zu preußischen Bildungseinrichtungen rechtfertigten.

Die Akten enthalten im Wesentlichen die Korrespondenzen zwischen beiden Parteien. Während die Studienwilligen in den Briefen meist in hervorragendem Deutsch ihr ganzes Leben ausbreiteten, erfährt man aus diesen Quellen über die persönlichen Umstände der Beamten kaum etwas. Den Anfang eines brieflichen Austauschs bildeten stets direkte Gesuche ausländischer Studierender um Zulas-

87 Vgl. Mittelschulen in Serbien, o. D., GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Beiheft p, Bewertung und Anerkennung von Bildungsnachweisen aus Serbien, 1905–1926. Große Ähnlichkeit des Typoskripts mit dem entsprechenden Abschnitt in *Horn*, Das höhere Schulwesen der Staaten Europas, S. 116 f., möglicherweise ein Entwurf von 1905 hier abgelegt.

88 Zum Vorgehen vgl. *Reuhl*, Die Entwicklung der Zentralstelle, insb. S. 28 f.

89 Vgl. den Bestand GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, 05 Universitäten, 05.01 Allgemeines, 05.01.08 Immatrikulation und Exmatrikulation. Erteilung akademischer Zeugnisse.

sung oder indirekte Anfragen zur Zulassung, die preußische Universitäten und Technische Hochschulen an die neue Stelle richteten. Flankiert wurden diese jeweils durch eine Vielfalt von Dokumenten. Da es noch keine Vorgaben zu den »üblichen Unterlagen« gab, waren die beigefügten Dokumente vielfältig und umfassten neben wortreichen Briefen und ausformulierten Lebensläufen auch Empfehlungsschreiben oder Gutachten, die im Bestand erhalten sind.[90] Die Korrespondenzen enthalten daneben Hinweise auf weitere Unterlagen wie Zeugnisse, Zertifikate, Urkunden, Diplome, Taufscheine, Militärpapiere und zuweilen Pässe, die oft in »Blechbüchsen« eingesandt wurden, um die wertvollen Originale zu schützen, und nach Begutachtung an den Absender zurückgeschickt wurden.[91] Weiter enthält der Bestand die Randnotizen der Beamten auf den eingegangenen Schreiben und letztlich die Abschriften der Entscheidungen, die den Antragstellenden oder den anfragenden Institutionen per Antwortschreiben zugeleitet wurden.

Deutlich zeigt die Bewertungspraxis der Institution der ersten Jahre das Changieren zwischen dem Versuch, neutral-sachliche Bewertungskategorien für die ausländischen Qualifikationen zu schaffen, und dem häufig wenig verschleierten Anliegen, politisch günstige Maßnahmen zu empfehlen – und spiegelt so die in dem Gründungsdokument der »Wertungs-Kommission« angelegten Richtungen für den Umgang mit ausländischen Qualifikationen im Deutschen Reich.

Sachliche Gründe: Vergleichbarkeit, Standardisierung, Quantifizierung

Sobald die »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« eingerichtet war, häuften sich nicht nur die Anfragen einzelner Studieninteressierter, sondern auch anderer preußischer Universitäten und Technischer Hochschulen mehr als zuvor. Während die Studierenden teilweise noch anfragten, »das russische Zeugnis dem deutschen Reifezeugnis für gleichgültig [sic!]« oder »gleichstehend« anzuerkennen, erbaten die Institutionen anhand der Urkunden einzelner Studienbewerber »eine gutachterliche Äusserung über den Wert der Zeugnisse und zwar darüber, ob die vorliegenden Zeugnisse dem Reifezeugnis einer deutschen neunstufigen Lehranstalt als gleichwertig anzusehen sind«.[92] Früh war also die bereits im

90 Zur Geschichte der Herausbildung von Bewerbungsunterlagen im 19. Jahrhundert vgl. *Timo Luks*, In eigener Sache. Eine Kulturgeschichte der Bewerbung, Hamburg 2022; *Stephan Strunz*, Lebenslauf und Bürokratie. Kleine Formen der preußischen Personalverwaltung, 1770–1848, Berlin/Boston 2022.

91 Schreiben Rudolf Gehlig an Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 8.2.1905; Der Justizminister an Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Empfehlungsschreiben für Richard Seraphim, 11.1.1904, GstA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

92 Schreiben Bernhard Keller an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 25.10.1905; Schreiben Ilja Ilieff an den Minister des Unterrichts und der Kultur, 9.11.1905; Der Rektor der Technischen Hochschule Danzig an die Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin, 9.2.1921, GStPK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923.

Gründungsdokument verwendete Kategorie der »Gleichwertigkeit« entscheidend. Deutlich zeigt sich das anhand der langen Listen der Antragstellenden: Dort erhielten diejenigen, deren Gesuche abgelehnt worden waren, den Vermerk »n. gl.« – »nicht gleichwertig« –, diejenigen, die im Gegensatz dazu zum Studium zugelassen worden waren, wurden mit dem Vermerk »ausr.« – »ausreichend« – gekennzeichnet.[93] Auch wenn ihre Vorbildung als hinreichend für die Aufnahme eines Studiums angesehen wurde, hielt man sich mit der Bezeichnung als »gleichwertig« doch zurück, da aus ihr möglicherweise Rechtsansprüche hätten abgeleitet werden können.

Nachdem die Bundesstaaten zunächst weiter an der föderalen Regelung der Studienzulassung festgehalten hatten, fragten die bayerischen Vertreter auf der Hochschulkonferenz 1912, »ob es sich nicht empfehle, einen gemeinsamen Canon der anzuerkennenden ausländischen Reifezeugnisse aufzustellen«.[94] In der Hoffnung, verbindliche Auskünfte darüber zu erlangen, wie die Zeugnisse bestimmter Institutionen stets zu bewerten seien, schickte das Bayerische Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten im Juli 1913 eine lange Liste an die Auskunftsstelle, und fragte, ob »folgende Zeugnisse und Berechtigungen [...] als wesentlich gleichwertig erachtet werden«. Die Liste reichte von Belgien – »Athénées (7klassig)« – bis zu Türkei – »Reifezeugnis des griechischen und des französischen Lyzeums in Konstantinopel«.[95] Dieser Vorstoß unterstreicht nicht nur, wie rasch die Auskunftsstelle eine zentrale Position bei der Bewertung ausländischer Qualifikationen im Deutschen Reich erlangte, er illustriert auch den Wunsch der Bundesstaaten nach standardisierten Vorgaben der Bewertungspraxis.

Der Blick auf die Bewertungspraxis zeigt, dass sich die Beamten angesichts der weitgehend unbekannten ausländischen Qualifikationen, mit denen sie konfrontiert waren, auf messbare Aspekte konzentrierten, um den Wert der Abschlüsse zu ermitteln. Zentral war dafür die numerische Erfassung der in den Reifezeugnissen übermittelten Inhalte, etwa, dass sie die in den Dokumenten erwähnten Schuljahre oder Studiensemester akribisch zählten. Deutlich sieht man das an den typischen Zahlenkolonnen zur Ermittlung der Studiensemester, die meist direkt auf den Anschreiben der Studieninteressierten ergänzt wurden. Das war beispielsweise beim Gesuch des russischen Medizinstudenten Wulf Lewit vom Februar 1904 der Fall.[96] Die arithmetische Erfassung der Qualifikationen umfasste auch, dass sie die im Aus-

93 Der Rektor der Technischen Hochschule Danzig, Nachweisung der Reichsausländer [...], welche die Zulassung als Studierender – Hörer – an der Technischen Hochschule nachgesucht haben, 19.1.1921, GStPK, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923.

94 Protokoll der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs, Goslar, 21./22.6.1912, in: *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 237–250, hier: S. 239.

95 Bayerisches Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an die Auskunftsstelle für Immatrikulationsangelegenheiten im Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten in Berlin, Anerkennung von ausländischen Reifezeugnissen, 9.7.1913, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923.

96 Vgl. Schreiben Wulf Lewit an Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 25.2.1904, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

land absolvierten Stundenzahlen bestimmter Fächer wie Deutsch, Französisch oder Geschichte mit den in Preußen geltenden Curricula verglichen, etwa anhand der Stundenpläne »Luxemburgischer Höherer Lehranstalten« von 1903.[97] Schließlich orientieren sie sich aber auch an den Noten, die die Interessenten im Herkunftsland erreicht hatten: Nur Schulabgänger oder Studenten, die sehr gute bis gute Noten erzielt hatten, hatten eine Chance auf Bestätigung der Gleichwertigkeit, auch wenn sonst über den Kontext ihrer Leistung nichts bekannt war. Das zeigt die negative Bewertung des Maturitätszeugnisses von Joseph Hubert aus Preßburg vom Mai 1905, die konstatierte, dass »im vorliegenden Fall [...] die Noten aber fast durchweg auf genügend« lauten. Gegenüber dieser numerischen Erfassung traten die konkreten Studieninhalte oder die Lernbedingungen an den Auslandsinstitutionen zurück.

Politische Gründe: Hierarchisierung, nationale Interessen, Fall-zu-Fall-Entscheidungen

Anhand der Auseinandersetzung mit den ausländischen Reifezeugnissen zeigt sich ein hierarchisches Verständnis des internationalen Bildungssystems. Wenig überraschend sahen die Beamten nach dem Export des humboldtschen Universitätsmodells seit Beginn des 19. Jahrhunderts das preußische System als den Goldstandard an, an dem die Bildungssysteme anderer Bundesstaaten und anderer Länder zu messen seien. Bereits das Gründungsdokument der »Wertungs-Kommission« von 1904 hatte unterstrichen, dass deutsche Qualifikationen als maßgebend galten, bei allen anderen wurde angezweifelt, ob sie »annähernd als gleichwertig zu betrachten sind«.[98] Nach dieser Logik war die geografische und kulturelle Nähe zum Deutschen Reich meist ein Kriterium für die Anerkennung der Zeugnisse. Vergleichbar hatte auch die Konferenz von Vertretern deutscher Regierungen in Hochschulangelegenheiten festgestellt, »daß im allgemeinen die Geneigtheit bestehe, den Angehörigen der deutschsprechenden Nachbarstaaten den Besuch der deutschen Hochschulen zu erleichtern«.[99]

Ganz anders sah es mit der Anerkennung von Zeugnissen aus Ost- und Südeuropa aus, zumal Studierende aus diesem Raum angesichts ihrer rasch wachsenden Zahlen mit einer gründlicheren Prüfung ihrer Unterlagen zu rechnen hatten.[100] Doch auch Zeugnissen von Studieninteressierten aus westlichen Ländern begegneten die Beamten mit Skepsis. Wegen der großen Differenzen der Bildungssysteme galten besonders britische Urkunden kaum als vergleichbar: Ein Gutachten des Direktors des Städtischen Realgymnasiums Kiel »über den Wert der von der Studierenden der Medizin Frau Dr. Young in Göttingen beigebrachten englischen Prü-

97 Vgl. Luxemburgische Höhere Lehranstalten, 22.9.1903, ebd.
98 Protokoll Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse.
99 Protokoll der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs, Wilhelmshöhe bei Kassel, Hotel Schombardt, 28.6.1901, in: *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 23–36, hier: S. 31.
100 Vgl. dazu die zahlreichen bereits im vorigen Abschnitt diskutierten Beispiele.

fungszeugnisse« fiel sehr kritisch aus.[101] Angesichts ihres Immatrikulationsexamens am Girton College der Universität Cambridge vom Juni 1889 räsonierte er: »Es ist klar, daß eine Prüfung – wie hier das Cambridge Previous Examination – [...] der Reifeprüfung an einem deutschen Gymnasium oder Realgymnasium nicht gleich zu achten ist. [...] Ein auch nur einigermaßen genaues Sichentsprechen englischer und deutscher Prüfungen gibt es überhaupt nicht.«[102] Weiter nach Westen blickend, verwahrte sich Ministerialdirektor Friedrich Althoff im August 1904 dagegen, dass »jeder an einer amerikanischen Universität erworbene Bachelor-Grad als Äquivalent eines deutschen Maturitätszeugnisses anerkannt werden soll [...], da es jenseits des Ozeans nicht an Instituten fehlt, bei denen die [...] Gleichwertigkeit in keiner Weise gesichert erscheint«.[103]

Welche Bedeutung nationale Interessen für die Anerkennung der Qualifikationen hatten, zeigt die Entscheidung im Fall Theodor Adler aus Paris.[104] Heinrich, sein einziger Sohn, sollte in Deutschland Medizin studieren. Um das zu rechtfertigen, führte ein Mitarbeiter des Deutschen Konsulats in Paris zunächst die günstigen »persönlichen Verhältnisse des Herrn Adler an, der in der hiesigen deutschen Kolonie in gutem Ansehen« stand, da er nicht nur einer der Direktoren der finanziell gut ausgestatteten »Jewish Colonisation Association« sei, sondern auch »Inhaber der Denkmünze von Stahl am Kombattantenband vom Jahr 1870/71«.[105] Zudem erscheine es

> »sehr wünschenswert, dass den Söhnen der hiesigen deutschen Familien das Studium in Deutschland soweit als irgend möglich erleichtert wird. Sie lernen dort Deutschland näher kennen und lieben, werden von seiner Größe durchdrungen und kehren als weit bessere Deutsche in das Ausland zurück. Die Versagung der Möglichkeit des Studiums in Deutschland würde die Betreffenden dem Franzosentum in die Arme treiben.«[106]

Der Fall zeigt nicht nur, dass die Möglichkeit einer sachlichen Bewertung der Leistungen, zumal des Sohnes des Antragstellers, hinter den politischen Erwägungen komplett zurücktrat, sondern auch, dass bei der Bewertung von im Ausland erworbenen Qualifikationen unterschiedliche Regelungen für Deutsche und Ausländer galten.

---

101 In Vertretung Wever, Der Minister der geistlichen p. Angelegenheiten an den Direktor des Städtischen Realgymnasiums Herrn Professor Dr. Hausknecht in Kiel, 1.2.1905, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

102 Der Direktor des Städtischen Realgymnasiums Prof. Dr. Hausknecht, Vertrauliches Gutachten über die Frage, ob die von Frau Dr. G. E. Young, geb. Chisholm beigebrachten englischen Zeugnisse ausnahmsweise als gleichwertig [...] anerkannt werden können, Kiel, 4.12.1904, S. 2 f., ebd.

103 Minister Althoff an Philosophische Fakultät, Friedrich-Wilhelms-Universität, 29.8.1904, ebd.

104 Vgl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 15.5.1905, mit Berichten gez. von Radolin, Kaiserliche Deutsche Botschaft in Frankreich, 10.5.1905, ebd.

105 Bericht gez. von Jecklin, Kaiserliches Deutsches Konsulat Paris, 6.5.1905, ebd.

106 Ebd.

Das wichtigste Instrument blieben aber die Fall-zu-Fall-Entscheidungen, auch wenn das in der föderalen Praxis Probleme barg. So schrieb die Königliche Ministerialabteilung für die höheren Schulen Stuttgart im Herbst 1912 an die Auskunftsstelle, der Bescheid, das Reifezeugnis einer österreichischen Staatsrealschule mit dem Reifezeugnis einer deutschen Oberrealschule nicht als gleichwertig anzusehen, »gibt uns Anlass, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Auskunftsstelle in dieser Sache früher einen anderen Standpunkt eingenommen hat«.[107] Angesichts der widersprüchlichen Bewertungen entschloss sich die Technische Hochschule Stuttgart einige Jahre später, »sämtliche von der Auskunftsstelle bis jetzt erhaltene Mitteilungen in einer Kartothek zusammenzufassen«.[108] Darauf antwortete der Leiter Reinhold Köpke persönlich, »daß über den Wert eines ausländischen Schulzeugnisses im Vergleich zu einem deutschen Reifezeugnis immer nur von Fall zu Fall entschieden werden kann. Hierbei kommen neben der Art der Schule die besonderen vorliegenden Verhältnisse des Zeugnisinhabers zur Geltung, insbesondere auch das Alter, der Verlauf seines Bildungsganges und die Ergebnisse in den einzelnen Prüfungsfächern.«[109] Noch immer war also das Zusammenspiel sachlicher und politischer Bewertungskriterien das entscheidende Wesenselement der Auskunftsstelle, die von einem objektiven Bewertungssystem nach wie vor weit entfernt schien.

Spielräume der Gesuchstellenden

Der Blick auf die Bewertungspraxis zeigt zudem, wie ungleich das Kräfteverhältnis zwischen Beamten und Antragstellenden verteilt war. So war es üblich, dass die föderalen Hochschulbehörden die Reifezeugnisse im Original an die Auskunftsstelle sandten. Der langwierige Begutachtungsprozess wurde dabei für die Antragstellenden häufig zum Problem. Das zeigt das Beispiel von Sophie Sokolowska, einer jungen, in Galizien geborenen Frau aus Österreich-Ungarn, die für die Erlaubnis, in Berlin Medizin zu studieren, im Oktober 1913 neben ihrem Abitur und ihrem Führungszeugnis auch ihren Reisepass eingeschickt hatte. Nun forderte sie ihn dringlich per Postkarte zurück, denn »es tut weh hier während Weihnachten zu bleiben, deshalb bitte ich Ihnen sehr schön mir die Papiere zu schicken, weil ohne

107 K. Ministerialabteilung für die höheren Schulen, Stuttgart an den Vorsitzenden der Auskunftsstelle für Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern Herrn Geheimer Oberregierungsrat Dr. Reinhardt, Berlin, 23.11.1912, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Beiheft m, Bewertung und Anerkennung von Bildungsnachweisen aus Österreich und Ungarn, 1905–1925.

108 Rektorat der Technischen Hochschule Stuttgart an Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern, 29.11.1922, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Organisation und Verwaltung der Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern. Bewertung und Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen, 1904–1923.

109 Dr. Köpke, Auskunftsstelle an den Rektor der Technischen Hochschule in Stuttgart, 3.12.1922, ebd.

Passport kann ich nicht nach Russland fahren. Ich werde die Papiere bezahlen.«[110] Auch wenn die Antragstellenden bereits im Lande waren, vergingen also bis zu einer Entscheidung über die Zulassung oft Monate in einem verstetigten Wartezustand.

Doch die Antragstellenden hatten gewisse Spielräume, an den Vorgaben der Behörde vorbeizuagieren; am Ende nahmen viele – mit oder ohne Anerkennung – ein Studium an Universitäten im Deutschen Reich auf. Die Durchsicht der Bewertungen belegt erstens, dass Antragstellende, die angaben, nur für das Studium im Deutschen Reich bleiben zu wollen, um danach in ihr Heimatland zurückzukehren, bessere Aussichten auf positive Bescheide hatten. Das Gesuch des bereits erwähnten russischen Medizinstudenten Wulf Lewit um »Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung« vom Februar 1904 schloss etwa mit der Formel: »Ich beabsichtige am Ende meines Studiums das Doktorexamen zu machen und in meine Heimat zurückzukehren.«[111] Ähnlich beteuerte der bulgarische Medizinstudent Ilja Ilieff im November 1905: »Ich beabsichtige nicht in den Grenzen des Deutschen Reiches als Arzt zu praktizieren.«[112] Die gleichartigen Erklärungen legen nahe, dass unter den Studierenden Absprachen erfolgten, um besser auf die Anforderungen der Institution reagieren zu können. Das verweist auf die Zirkularität dieser Mobilität, die sich aus den Zielen der Migrierenden ebenso ergab wie aus den Vorgaben der Institution.

Die Korrespondenzen zeigen zweitens, dass die Antragstellenden trotz der strengen Beurteilungspraxis der Behörde und der Ablehnung der Gesuche oft ein Studium im Deutschen Reich aufnahmen, ohne dass ihnen die Anerkennung gewährt worden wäre. Denn an einzelnen Universitäten oder in anderen Bundesstaaten, zum Beispiel in Baden, wurde die Anerkennung weitaus großzügiger gehandhabt als in Preußen.[113] Daraus ergab sich in der Folge die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit in der Föderation zu intensivieren, um eine vergleichbare Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu erreichen.

Schließlich zeigen die oft mehrmaligen Briefwechsel zwischen Beamten und Antragstellenden, dass Letztere die Bewertungen nicht widerspruchslos hinnahmen. Während die Beamten in den ersten Jahren von Fall zu Fall entschieden hatten, lagen später Präzedenzfälle vor. Besonders wenn parallele Gesuche von Bekannten, die an vergleichbaren Institutionen Abschlüsse erworben hatten, positiv beschieden wurden, schrieben die Antragstellenden zuweilen erneut. Deutlich wird das an einem Brief des ungarischen Medizinstudenten Miklos Grünstein von 1922: »so erlaube ich mir an Sie die ergebene Bitte zu richten, mir mein Reifezeugnis auch ih-

110 Schreiben Sophie Sokolowska an das Hohe Königl. Preussische Unterrichts-Ministerium, 5.10.1913, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Beiheft m, Bewertung und Anerkennung von Bildungsnachweisen aus Österreich und Ungarn, 1905–1925.

111 Schreiben Wulf Lewit an Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 25.2.1904, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 14, Bd. 6, Gesuche um Anerkennung von Reifezeugnissen der Studierenden, 1904–1905.

112 Gesuch von Ilja Ilieff, aus Bulgarien, Studierender der Medizin an der Universität zu Berlin an Seine Exzellenz den Minister für Unterricht und Kultus, 8.11.1905, ebd.

113 Vgl. zu anderen Bundesstaaten knapp *Peter*, Politik und akademisches Ausländerstudium 1905–1913, S. 189–192, sowie ausführlich, *Siebe*, »Germania docet«.

rerseits anerkennen zu wollen, wie dies im Falle meiner Kollegen der Fall gewesen ist«, die er im Anschluss namentlich erwähnte.[114]

Ausblick in die Zwischenkriegszeit

Der Beginn des Ersten Weltkriegs markierte für die Bewertung ausländischer Qualifikationen in Deutschland einen Einschnitt. Durch den Krieg reduzierte sich die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Universitäten, nach Mitteilung des preußischen Kultusministeriums sank sie von 4.750 im Sommersemester 1914 auf 1.305 im Sommersemester 1915.[115] Nach dem verlorenen Krieg und wegen der nun knappen Mittel war nicht nur die vormals blühende deutsche Wissenschaft in der Krise, sondern auch international isoliert, und Deutschland büßte seine herausragende Rolle als Wissenschaftsstandort rasch ein.

Doch die Systematisierung ausländischer Abschlüsse wurde von Berlin aus weiterbetrieben. Bereits vor Ende des Krieges diskutierte die Hochschulkonferenz erneut die Zulassung von Ausländern zum Studium und beschloss, »das Verzeichnis der berechtigten Schulen in Form einer Kartothek« aufzustellen, der auch nicht als gleichwertig anerkannte Schulen beizufügen seien.[116] Angesichts der großen Zahl ausländischer Schulen und der in diesen Umbruchsjahren rasch wechselnden Curricula erschien die Organisation des zusammengetragenen Wissens auf Karteikarten, die sich nach Staaten ordnen und bei Inhaltsänderung austauschen ließen, als bester Weg, die Aufzeichnungen über ausländische Schulen handhabbar zu machen.

Konkretisiert wurde 1918 in den Bestimmungen über das »Studium der Ausländer an den inländischen Hochschulen nach dem Kriege« als Vorbedingung für die Zulassung nun »ein Zeugnis, das als *gleichwertig* mit dem Reifezeugnis einer deutschen neunstufigen höheren Lehranstalt *anzusehen ist*«.[117] Diese Wendung ersetzte die Formulierung »gleichwertig ist« des Entwurfs – und spiegelte nach Jahren des Ringens um die Feststellung der Gleichwertigkeit den Eindruck, dass diese faktisch kaum zu erreichen sei.

Im Jahr 1929, aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der nunmehr »Zentralstelle für das Studium der Ausländer« in Preußen genannten Institution, erklärte ihr Leiter Karl Remme »die Methode, die bei der Bewertung ausländischer Zeugnisse verfolgt werden muss« und führte aus: »Es wird eine dankbare Zukunftsaufgabe sein, die vergleichende Bildungskunde [...] zu erweitern und wissenschaftlich zu vertiefen.«[118] Während die Stelle Zeit ihres Bestehens zwischen den Polen der sach-

114 Gesuch Miklos Grünstein, 1922, GStA PK, Kultusministerium, I. HA Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 87, Beiheft m, Bewertung und Anerkennung von Bildungsnachweisen aus Österreich und Ungarn, 1905–1925.

115 Vgl. Protokoll der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs, Berlin, Kultusministerium, 26.–28.9.1918, in: *Brocke/Krüger*, Hochschulpolitik im Föderalismus, S. 315–370, hier: S. 345.

116 Ebd., S. 346.

117 Ebd., S. 356. Kursivierung O. S.

118 *Remme*, Studium der Ausländer, Vorwort, o. S.

lichen Bewertung und der politischen Interferenz ausgerichtet gewesen war, schien sie am Vorabend von Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg nun immer stärker zu einer sachlichen, nach dieser Aussage sogar beinahe wissenschaftlichen Bewertung ausländischer Qualifikationen zu tendieren.

Fazit

Der Beitrag zeigt, dass die Gründung der »Wertungs-Kommission für außerdeutsche Schulzeugnisse« sowie der »Auskunftsstelle in Immatrikulationsangelegenheiten von Ausländern« als Vorgängerinstitution der späteren »Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen« nicht nur im Kontext der »Ausländerfrage« an deutschen Universitäten zu sehen ist und nicht allein auf die Abwehr (unwillkommener) jüdisch-russischer Studierender zielte. Die Analyse des Entstehungskontexts seit den 1890er-Jahren und der Praxis der Bewertung ausländischer Reifezeugnisse ab 1904 illustriert auch, dass dem preußischen Kultusministerium und den nachgeordneten Stellen ernstlich daran gelegen war, zu einer internationalen Bewertungssystematik ausländischer Qualifikationen beizutragen. Dabei galten jedoch im preußischen Bildungssystem erworbene Zeugnisse als »Goldstandard« und es ging unumwunden auch darum, durch die Bewertung der Qualifikationen anderer Staaten die günstige Wettbewerbsposition des Deutschen Reichs im Bildungsbereich zu halten.

Die für diesen Zweck entworfene Bewertungspraxis der neu gegründeten Stelle war durch das Zusammenspiel von sachlichen Gründen und politischen Entscheidungen für die Zulassung oder Ablehnung ausländischer Studierender geprägt. Deutlich zeigt die Untersuchung der Korrespondenzen der Antragstellenden und der Beamten die methodische Vorgehensweise, die Letztere bei der Bewertung verfolgten. Sie bemühten sich nicht nur, durch die Kenntnis der ausländischen Institutionen und ihrer Curricula Vergleichbarkeit herzustellen. Es ging auch darum, die Bewertung ausländischer Qualifikationen durch standardisierte Vorgaben und die Quantifizierung im Ausland erlangter Bildungszertifikate zu erleichtern. Parallel waren in der Bewertungspraxis aber erhebliche Spielräume für politische Ermessensentscheidungen angelegt, die die methodische Vorgehensweise konstant konterkarierten. Dabei spielte nicht nur die Vorstellung von Hierarchien zwischen den unterschiedlichen Bildungssystemen eine Rolle, die sich in den Entscheidungen über Abschlüsse aus dem Ausland niederschlug. Auch nationale Erwägungen waren wichtig, gerade im Umgang mit Zeugnissen aus Nachbarstaaten und von Staatsangehörigen, die zwischen zwei Bildungssystemen standen. Zuletzt war der immer wieder bekräftigte Entschluss, bei der Bewertung könne es keine allgemeinen, sondern nur Fall-zu-Fall-Entscheidungen geben, das Instrument, das die politischen Ermessensentscheidungen gegenüber den methodischen Ordnungsversuchen begünstigte. Die Tätigkeit der Institution war so in den ersten Jahren konstant durch das Spannungsverhältnis von erarbeiteter Objektivität durch das Erproben einer methodischen Bewertung und anhaltender Subjektivität der Entscheidungen der preußischen Beamten über die Zulassung ausländischer Studierender zu deutschen Universitäten geprägt.

Bemerkenswert waren bei der Untersuchung der Bewertungspraxis durch die preußischen Beamten aber auch die Handlungsspielräume der Gesuchstellenden. Während die Angabe, nach der Ausbildung ins Herkunftsland zurückkehren zu wollen, auf Absprachen zwischen den Studierenden verweist und die Chancen auf die Zulassung zu deutschen Institutionen erhöhte, verstetigte sie aber die Mobilitätssituation. Angesichts der föderalen Strukturen im Deutschen Reich zeigte sich deutlich, dass es den Antragstellenden häufig gelang, trotz Nichtanerkennung ihrer Qualifikationen in Preußen in anderen Bundesstaaten ein Studium aufzunehmen. Zuletzt nahmen sie sich zuweilen die Freiheit, Widerspruch gegen die Einzelfallentscheidungen einzulegen. Diese vielfältigen Möglichkeiten, die Entscheidungen anzufechten und zu unterlaufen, belegen die fortgesetzte Vielgestaltigkeit von Mobilitätsbewegungen im 20. Jahrhundert, die sich einer Ordnung durch den Staat widersetzten und sich nicht in der linearen Standortverlagerung von A nach B erschöpften, sondern vielerlei Formen annahmen.

Über diese konkreten Ergebnisse zur Praxis der Bewertung ausländischer Qualifikationen in den Vorgängerinstitutionen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen hinaus versuchte der Beitrag, zwei Schneisen zu schlagen für eine prospektive Beschäftigung mit dem Umgang mit ausländischen Qualifikationen in Deutschland im ›langen‹ 20. Jahrhundert.

Einerseits mit Blick auf die Institution: In der Selbsthistorisierung zum 100-jährigen Bestehen der »Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen« von 2005 hieß es, sie habe ein »System« zur Bewertung ausländischer Qualifikationen entwickelt.[119] Versteht man als Bewertungssystem ein Prinzip, nach dem eine Bewertung gegliedert beziehungsweise geordnet wird, ist fraglich, ob die in der Institution entwickelte Verfahrensweise, die zugleich stark durch politische Prämissen geprägt war, dieser Bezeichnung standhält. So erscheint es lohnend, das detaillierter zu untersuchen. Denn bis in die Gegenwart ist die »Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen« für die Bewertung ausländischer Qualifikation in Deutschland zuständig. Nach einer Zwischenstation in Göttingen ab 1945 sitzt sie heute in Bonn und ist institutionell bei der Kultusministerkonferenz der Länder angesiedelt.[120] Im Rhythmus immer neuer qualifizierter Migrationsbewegungen dehnte die Stelle ihren Zuständigkeitsbereich während des vergangenen Jahrhunderts immer weiter aus: Von der Beurteilung der Qualifikationen ausländischer Studierender im Kaiserreich über Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg und Flüchtlinge aus der SBZ/DDR bis hin zu Russlanddeutschen und Kontingentflüchtlingen in den 1990er-Jahren sowie zu globalisierten Fachkräften der Gegenwart. Bemerkenswert ist nicht nur, dass die Organisationsstruktur der Institution mit den Hauptabteilungen »Dokumentation« und »Bewertung« bis heute auf die anfängliche Unterteilung der Bewertung in die Praktiken von Informationsbeschaffung einerseits und Begutachtung andererseits verweist. Gleichzeitig spiegelt sie den fortgesetzten Versuch, ausländische Qualifikationen einzuordnen, bei dem sich die Anwendung sachlicher Kriterien und die Beeinflussung durch die

119 Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, 100 Jahre, S. 29.

120 Auch hier zeigen sich die Kontinuitäten, da sich die Kultusministerkonferenz aus der Hochschulkonferenz, der ersten intraföderalen Koordination in Bildungsfragen seit 1898 entwickelt hat.

jeweilige politische Situation stets die Waage hielten. Und nicht nur die Struktur blieb ähnlich, auch ist der Begriff der »Gleichwertigkeit«, der bereits im Gründungsdokument verwendet wurde, bis heute *der* Schlüsselbegriff in Anerkennungsfragen, zum Beispiel im »Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen« von 2012.[121]

Andererseits mit Blick auf die Bildungsmobilen als Akteure: Die Migrationsforschung fokussierte in den letzten Jahren stark auf Arbeits- beziehungsweise Erwerbsmigration, wenig Aufmerksamkeit wurde dagegen der Bildungsmigration »zum Erwerb schulischer, akademischer oder beruflicher Qualifikationen« zuteil.[122] Mit dem Blick auf Studieninteressierte, die vorgebildet waren, sich gleichzeitig aber in prekären Lebenslagen befanden, unterläuft die Studie die Trennung zwischen unfreiwilliger Migration und freiwilliger Mobilität und leuchtet den Graubereich zwischen beiden Bewegungsarten in der Moderne aus. Während dieser Bereich in der historischen Forschung bislang noch nicht systematisch untersucht wurde, ist er bis in die Gegenwart aktuell. Denn heute blitzen in der Debatte um »Bildungsausländer«, also ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, die Themen wieder auf, die bereits vor 100 Jahren aktuell waren: die nötige Internationalität der Hochschulen, um wettbewerbsfähig zu sein, und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse.[123]

Die historische Perspektive auf die Auseinandersetzungen um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts rückt so vor allem Kontinuitäten in den Blick. Denn bis heute scheint die Anerkennung von Gleichwertigkeit vom Gegensatz zwischen politischen und sachlichen Faktoren – oder kurz: Nation und Globalisierung – geprägt.

121 Vgl. *Hans Dietrich von Loeffelholz*, Arbeitsmarkt, Fachkräftemangel und Anerkennungsgesetz, in: *Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber* (Hrsg.), Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013, S. 99–101.

122 *Jochen Oltmer*, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2016 (zuerst 2012), S. 19.

123 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Glossar, Bildungsausländer/innen, o. D., URL: <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/G57.html> [20.8.2024].

DAVID TEMPLIN

Ankommen zwischen Bordell und Moschee

Bahnhofsviertel westdeutscher Großstädte als Räume der Migration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die Ankunft mit dem Zug am Münchner Hauptbahnhof sowie die Trauben männlicher Arbeitsmigranten vor diesem und anderen westdeutschen Bahnhöfen zählen zu ikonischen Bildern der Geschichte der ›Gastarbeit‹.[1] Die zentrale Rolle des Bahnhofs als Ankunftsort, aber auch seine Funktion als sozialer Treffpunkt, als Informationsbörse und als symbolische Verbindung zur »Heimat« wird in zeitgenössischen Texten, wissenschaftlichen Studien und Interviews mit Zeitzeug:innen gleichermaßen hervorgehoben.[2] Wenig wissen wir dagegen über die Bedeutung des städtischen Raums unmittelbar hinter dem Bahnhof, der Stadtviertel, die gemeinhin als Bahnhofsviertel bezeichnet werden, für Migrationsprozesse. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten sich solche Quartiere westdeutscher Großstädte zu zentralen Ankunfts- und Transiträumen internationaler Migrant:innen: ›Gastarbeiter‹, Studierende, Sexarbeiter:innen und Geschäftsleute fanden hier ebenso wie Asylsuchende Wohnraum und Arbeit. Beratungsstätten und religiöse Institutionen wurden eingerichtet und immer zahlreicher gründeten Migrant:innen Gewerbebetriebe, von Lebensmittelläden bis zu Reisebüros. Bahnhofsviertel repräsentierten damit einen spezifischen Typus von Ankunftsquartieren.

Der Begriff des Ankunftsquartiers wurde in den letzten Jahren in der Migrationsforschung entwickelt, um städtische Räume zu bezeichnen, die nicht nur von einer großen migrantischen Wohnbevölkerung und hoher Fluktuation geprägt sind, sondern vor allem von einer Vielzahl »ankommensrelevanter« sozialer Infrastrukturen.[3] »Ankommen« bezeichnet dabei im Folgenden weniger den physischen Akt und kurzen Moment des Eintreffens in einer Stadt, der ein (temporäres) Ende migrantischer Mobilität markiert, sondern primär einen sozialen und materiellen Prozess, bei dem der oder die Migrant:in sich ein Leben in einer neuen Umgebung aufbaut, verbunden mit dem Zugang zu Ressourcen und einem mentalen Prozess der Entwicklung emotionaler Bindungen.[4] Bruno Meeus, Karel Arnaut und Bas

1 Vgl. etwa die Fotos in *Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion*, »Für 50 Mark einen Italiener«. Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000, S. 91 und 208.

2 Vgl. ebd., S. 91–97 und 207–210; *Olga Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen 2021, S. 383 f.; *Karin Friedrich*, In der Freizeit kennen sie nur den Bahnhof, in: Süddeutsche Zeitung, 10./11.2.1973, S. 13 f.; Stellungnahme Slobodan Milunovic (Serbisch-Orthodoxes Kultur- und Sozialzentrum München e. V.), 29.7.1975, Stadtarchiv München (StAM), KULR, 417; Transkript Interview Verfasser mit Nazım Alemdar, Frankfurt am Main, 24.11.2023, S. 12; *Benno Kroll*, Nachtasyl. Ein Lehrstück über Kriminalität und Politik, Hamburg 1981, S. 20 f.; Ausstellungswerkstatt St. Georg/Museum für Kunst und Gewerbe (Hrsg.), St. Georg. Vorstadt und Vorurteil?, Hamburg 1978, S. 124.

3 Vgl. *Heike Hanhörster/Yvonne Franz* (Hrsg.), Urban Arrival Spaces: Social Co-existence in Times of Changing Mobilities and Local Diversity, Urban Planning 5, 2020, H. 3.

4 Vgl. *David Templin*, Historical Perspectives on Urban Arrival Spaces: An Introduction, in: *ders.* (Hrsg.), Arrival Neighborhoods in Europe since the Mid-19th Century. Migrations, Cities, Infra-

van Heur haben das Konzept der Ankommensinfrastrukturen (»arrival infrastructures«) entwickelt, um ein breites Spektrum institutioneller ebenso wie informeller Strukturen zu bezeichnen, die von staatlichen Instanzen, gesellschaftlichen Organisationen oder Migrant:innen selbst aufgebaut werden und Ankommensprozesse – und damit auch Prozesse sozialer Mobilität – kanalisieren und regulieren. Solche Infrastrukturen sind mit spezifischen Subjektivitäten, Temporalitäten und Direktionalitäten verbunden, bringen diese mit hervor und werden von ihnen geprägt.[5] Sie unterliegen spezifischen Inklusions- und Exklusionslogiken, indem sie sich etwa nur an bestimmte Gruppen von Migrant:innen richten.[6]

In jüngster Zeit wurden diese Konzepte aus der Migrationsforschung auch in historischen Studien aufgegriffen.[7] Entsprechende Ansätze, die die Zusammenhänge von Migration, sozialen Infrastrukturen und der Transformation urbaner Räume analysieren, können auch der Historischen Migrationsforschung neue Impulse verleihen. Studien zur westdeutschen Migrationsgeschichte nach 1945 haben in den letzten Jahren verstärkt die lokale Ebene gewählt, um Aspekte wie Zugehörigkeiten, Mobilitätsformen oder Arbeitswelten anhand einzelner Städte zu untersuchen.[8] Auch zu Hamburg, Frankfurt am Main und München, deren Bahnhofsviertel im Folgenden untersucht werden sollen, gibt es mittlerweile zahlreiche Arbeiten zur Migrationsgeschichte, die diese in einer langen Perspektive[9], mit Blick auf die Ära der ›Gastarbeit‹[10], einzelne (national definierte) Gruppen von Migrant:innen[11] oder

structures, London/New York 2024, S. 1–32, hier: S. 5 f.; *Heike Hanhörster/Susanne Wessendorf*, The Role of Arrival Areas for Migrant Integration and Resource Access, in: Urban Planning 5, 2020, H. 3, S. 1–10, hier: S. 4.

5 Vgl. *Bruno Meeus/Karel Arnaut/Bas van Heur* (Hrsg.), Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobilities, Cham 2019. Dies bedeutet auch, dass Ankommensprozesse nicht per se auf dauerhafte Niederlassung ausgerichtet sind, sondern auch Teil einer begrenzten Zeitphase vor der weiteren Mobilität sein können.

6 Vgl. *Maxime Felder/Joan Stavo-Debauge/Luca Pattaroni* u.a., Between Hospitality and Inhospitality: The Janus-Faced ›Arrival Infrastructure‹, in: Urban Planning 5, 2020, H. 3, S. 55–66.

7 Vgl. die Beiträge in *Templin*, Arrival Neighborhoods in Europe.

8 Vgl. *Maria Alexopoulou*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: AfS 56, 2016, S. 463–484; *dies.*, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020; *Stefan Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021; *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019; *Mark E. Spicka*, Guest Workers, Social Order, and West German Municipalities, 1960–7, in: JCH 54, 2019, S. 619–639; *Sarah Thomsen Vierra*, Turkish Germans in the Federal Republic of Germany. Immigration, Space, and Belonging, 1961–1990, Cambridge/New York etc. 2018.

9 Vgl. *Ernst Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer. 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main/New York 2013.

10 Vgl. *Natalie Bayer/Andrea Engl/Sabine Hess* u. a. (Hrsg.), Crossing Munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, München 2009; *Dunkel/Stramaglia-Faggion*, »Für 50 Mark einen Italiener«.

11 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne; *David Templin*, Asyl in Hamburg? Flüchtlinge aus der Türkei und die Debatte um Asyl und Auslieferung in den frühen achtziger Jahren, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2016, Hamburg 2017, S. 68–87; *Lars Amenda*, Fremde – Hafen – Stadt. Chinesische Migration und ihre Wahrnehmung in Hamburg 1897–1972, München/Hamburg 2006; *Elia Morandi*, Italiener

Fragen der Stadtentwicklung[12] und Gastronomie[13] untersuchen. Die Bedeutung spezifischer Stadtviertel ist immer wieder thematisiert, aber selten systematisch untersucht worden. Die historische Forschung hat sich für die Zeit um 1900 intensiv mit Hafenvierteln als »kosmopolitischen« Räumen und Ankerpunkten multipler Mobilitäten beschäftigt[14], die möglicherweise vergleichbare Rolle von Bahnhofsvierteln aber weitgehend ignoriert.[15] Diese lassen sich auch als Ausprägung des Typs »Vergnügungsviertel« charakterisieren, die Tobias Becker mit Blick auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert unter anderem als liminale, egalitäre, kosmopolitische und kommerzielle Räume charakterisiert hat.[16] Bahnhofsviertel sind jedoch vor allem aus gegenwartsorientierter Perspektive, unter anderem mit ethnografischen Methoden, untersucht worden. Dabei lag ein Fokus auf der schlechten Reputation dieser Quartiere und ihrer Bedeutung als Räume von Kriminalität, Drogenkonsum und Sexarbeit, aber auch auf dem Nexus von Migration und Gentrifizierung.[17]

Der vorliegende Aufsatz fragt danach, welche Rolle den Bahnhofsvierteln westdeutscher Großstädte für die Ankommensprozesse unterschiedlicher Gruppen internationaler Migrant:innen zwischen den frühen 1960er- und späten 1980er-Jahren zukam. In einem zweiten Schritt wird untersucht, wie sich die damit verbundene »Migrantisierung« der Quartiere zu übergreifenden Prozessen der Stadtteilentwicklung verhielt und welche Rolle Diskurse der deutschen Mehrheitsgesellschaft dabei spielten. Um diese Fragen zu beantworten, konzentriert sich der Aufsatz auf Bahnhofsviertel in den Großstädten Hamburg, Frankfurt am Main und München, die in der »alten Bundesrepublik« – sieht man von West-Berlin mit seinem Sonderstatus ab – zu den bedeutendsten urbanen Zentren zählten, auch wenn

in Hamburg. Migration, Arbeit und Alltagsleben vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2004.

12 Vgl. *David Templin*, Urbane Geographien des Ankommens. Migration, Suburbanisierung und Gentrifizierung in Hamburg und seinem Umland seit den 1970er Jahren, in: *Matthias Frese/Thomas Küster/Malte Thießen* (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020, Paderborn 2023, S. 433–461; *Raika Espahangizi*, Migration and Urban Transformations: Frankfurt in the 1960s and 1970s, in: JCH 49, 2014, S. 183–208; grundlegend zum Thema: *Christiane Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021.

13 Vgl. *Vivienne Marquart/Clara Sterzinger-Killermann* (Hrsg.), Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie, München 2020; grundlegend zum Thema: *Maren Möhring*, Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012.

14 Vgl. unter anderem *Lasse Heerten*, Mooring Mobilities, Fixing Flows. Towards a Global Urban History of Port Cities in the Age of Steam, in: Journal of Historical Sociology 34, 2021, S. 350–374.

15 Zu lokalhistorischen Studien vgl. die Anmerkungen in Abschnitt I.

16 Vgl. *Tobias Becker*, Das Vergnügungsviertel, in: *ders./Anna Littmann/Johanna Niedbalski* (Hrsg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 137–168.

17 Vgl. *Thorsten Benkel* (Hrsg.), Das Frankfurter Bahnhofsviertel. Devianz im öffentlichen Raum, Wiesbaden 2010; *Derya Özkan*, Let Them Gentrify Themselves! Space, Migration and Culture in Munich's Bahnhofsviertel, in: *Irene Götz/Johannes Moser/Moritz Ege* u.a. (Hrsg.), Europäische Ethnologie in München. Ein kulturwissenschaftlicher Reader, Münster/New York 2015, S. 193–218; *Vassilis S. Tsianos*, Homonationalismus und *new metropolitan mainstream*. Gentrifizierungsdynamiken zwischen sexuellen und postsäkularen Politiken der Zugehörigkeit, in: sub\urban 2, 2014, H. 3, S. 59–80.

sich signifikante Unterschiede ausmachen lassen. Hamburg und München zählten mit 1,83 beziehungsweise 1,08 Millionen Einwohner:innen (1960) zu den größten Städten Westdeutschlands, während Frankfurt zwar nur 666.500 Einwohner:innen hatte, aber als internationale Finanzmetropole und Zentrum der Rhein-Main-Region von überregionaler Bedeutung war. Während Hamburgs Einwohnerzahl bis 1990 um 182.000 und die Frankfurts um knapp 22.000 zurückging, konnte München einen Zugewinn von 152.000 verbuchen.[18] Alle drei Städte waren Zentren internationaler Migration, mit einer stark steigenden Zahl an Einwohner:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Frankfurt und München zählten um 1970 zu den westdeutschen Städten mit den höchsten Ausländeranteilen, während Hamburg sich diesbezüglich eher »im Mittelfeld« bewegte.[19] Zuwanderung im Kontext internationaler Migration vollzog sich in diesem und im Frankfurter Fall »gegen den Trend« der Bevölkerungsbewegung, die zeitgenössisch stark durch Suburbanisierungstendenzen geprägt war.

Das Frankfurter Bahnhofsviertel, der Hamburger Stadtteil St. Georg und die Münchner Ludwigsvorstadt (bis 1980: Wiesenviertel) bilden Ausgangspunkt und Gegenstand dieses Aufsatzes. Im Untersuchungszeitraum, der grob vom Beginn der organisierten Arbeitsmigration bis zur Deutschen Einheit reicht, stiegen sie zu den Stadtteilen mit den lokal jeweils höchsten Ausländeranteilen auf. Mit Blick auf die Quartierskontexte und die Herausbildung von Ankommensinfrastrukturen lassen sich ähnliche Entwicklungen ausmachen. Dem Aufsatz geht es daher weniger um einen systematischen Vergleich der drei untersuchten Fälle; im Vordergrund steht stattdessen die Herausarbeitung gemeinsamer Charakteristika, auch wenn lokale Spezifika und Differenzen nicht außer Acht gelassen werden sollen. Zurückgegriffen wurde auf ein breites Spektrum an Quellen, wobei die Stadtarchive, zeitgenössische Publikationen und Presseberichterstattung die zentralen Bestände bilden.[20] Um migrantische Perspektiven, die in diesen Beständen kaum oder nur indirekt auftauchen, einzubeziehen, wurden Interviews mit einzelnen Personen geführt, die zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren in die jeweiligen Städte migriert waren.[21]

---

18 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, Stuttgart/Mainz 1961, S. 39–42; *dass.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1992, S. 53–55. Zur Stadtgeschichte vgl. unter anderem *Arndt Neumann*, Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt, Göttingen 2018; *Simone Egger*, »München wird moderner«. Stadt und Atmosphäre in den langen 1960er Jahren, Bielefeld 2013; *Hubert Beste*, Morphologie der Macht. Urbane »Sicherheit« und die Profitorientierung sozialer Kontrolle, Opladen 2000.

19 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 18; *Espahangizi*, Migration and Urban Transformations, S. 188; *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 240; *Templin*, Urbane Geographien des Ankommens, S. 438.

20 Die Tageszeitungen Hamburger Abendblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung wurden mit digitaler Stichwortsuche für die Jahre 1960 bis 1990 ausgewertet; neben Begriffen wie »Ausländer« und der Suche nach einzelnen Institutionen wurden Ergebnisse für ausgewählte Straßen (zum Beispiel »Elbestraße«) einbezogen. Ich danke Eva Wübben und Dina Leber für ihre Unterstützung bei dieser Recherche.

21 Ich danke den Interviewten, Maria Akingunsade und Dina Leber für die Transkriptionen und Mehmet Canbolat, Rolf Engelke, Eva Gajek, Bernd Kasparek, Klaus-Peter Kuhn, Peter Oehler, Olga Sparschuh, Ioannis Stamatis und Philip Zölls sowie der AfS-Redaktion und den Teilnehmer:innen der Autor:innen-Tagung dieses Bandes für wertvolle Hinweise.

Der Aufsatz beginnt mit einer historischen Einführung in die Entwicklung der drei Stadtteile im 20. Jahrhundert (I.), bevor in drei Abschnitten ihre zentralen Funktionen als Orte des Wohnens (II.), des Arbeitens (III.) und der Beratung, Begegnung und Vergemeinschaftung (IV.) untersucht werden. Während diese Abschnitte primär die Bedeutung der Quartiere für verschiedene Gruppen von Migrant:innen in den Blick nehmen, bettet ein anschließender Abschnitt die damit verbundenen Entwicklungen in die stadthistorischen Transformationen der Quartiere in den 1970er- und 1980er-Jahren ein und beleuchtet die Perspektiven der deutschen Stadtgesellschaft auf den Prozess der »Migrantisierung« der Quartiere (V.).

I. Die Bahnhofsviertel von Hamburg, Frankfurt und München im 20. Jahrhundert

Die Bedeutung des Frankfurter Bahnhofsviertels, von St. Georg und der Ludwigsvorstadt als Bahnhofsquartiere geht auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Mit dem Bau des Münchener Hauptbahnhofs 1848/50 erlebte die südlich gelegene und von idyllischen Wiesen und Gärten geprägte Ludwigsvorstadt eine zunehmende Bauspekulation und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe.[22] Der Frankfurter Hauptbahnhof, der 1888 fertiggestellt wurde, gab ebenfalls den »entscheidenden Impuls« für die finale Bebauung des dortigen Bahnhofsviertels zwischen dem neu errichteten Bahnhof und der Altstadt. Der Nordteil der alten Hamburger Vorstadt St. Georg wurde dagegen erst mit der Eröffnung des westlich in der Altstadt gelegenen Hauptbahnhofs 1906 zum Bahnhofsviertel.[23] Das Wachstum der Stadtteile erreichte in dieser Zeit seinen Höhepunkt, mit Bevölkerungszahlen von 43.729 in St. Georg Nord (1900) und 11.420 im Frankfurter Bahnhofsviertel (1910).[24]

Alle drei Stadtteile waren bereits im frühen 20. Jahrhundert von einer typischen Gewerbestruktur geprägt, die vor allem auf den Fremdenverkehr und das Vergnügen ausgerichtet war. Zahlreiche Hotels und Pensionen entstanden rund um die Hauptbahnhöfe, hinzu kamen Theater, Gaststätten und Varietés.[25] Das Frankfurter Bahnhofsviertel galt um 1900 als »nobelstes Geschäftsviertel« der Stadt, »zahlreiche Einzelhändler der Textil- und Modebranche [...] ebenso [wie] Schneider und Sprachlehrer, Bankiers und Börsenmakler, Agenten und Anwälte« hatten insbesondere

22 Vgl. *Richard Bauer*, Ludwigsvorstadt. Zeitreise ins alte München, München 2012, S. 37 f. und 54–57.

23 Vgl. *Heinz Schomann*, Das Frankfurter Bahnhofsviertel und die Kaiserstraße. Ein Beitrag zu Städtebau und Baukunst des Historismus, Stuttgart 1988, S. 10; *Klaus Stürmann*, »Kein Ort für anständige Leute«. Auf dem Weg zum Bahnhofs- und Vergnügungsviertel, in: *Michael Joho* (Hrsg.), »Kein Ort für anständige Leute«. St. Georg – Geschichte und Gegenwart eines l(i)ebenswerten Stadtteils, Hamburg 1990, S. 41–45, hier: S. 42; *Markus Häfner*, Die Entwicklung des Bahnhofsviertels von seiner Entstehung bis 1945, in: *ders./Klaus Janke* (Hrsg.), Banker, Bordelle & Bohème. Die Geschichte des Frankfurter Bahnhofsviertels, Frankfurt am Main 2018, S. 7–78.

24 Vgl. ebd., S. 47; Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1925, Hamburg 1926, S. 10. Das damalige St. Georg Nord entspricht weitgehend dem Gebiet des Stadtteils St. Georg nach 1945.

25 Vgl. *Stürmann*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 41–45; *Häfner*, Die Entwicklung des Bahnhofsviertels, S. 55–78; *Bauer*, Ludwigsvorstadt, S. 55–57.

in der repräsentativen Kaiserstraße ihren Sitz.[26] Ein bürgerliches Klientel oder zumindest eine gemischte Wohnbevölkerung dominierte auch in München und Hamburg.[27] Mit dem Fremdenverkehr und der Vergnügungskultur breitete sich aber auch das Sexgewerbe aus. In Frankfurt etwa entwickelte sich das Bahnhofsviertel vor dem Ersten Weltkrieg zu einem neuen »Schwerpunkt der Prostitution«, was Proteste von anderen Gewerbetreibenden und Anwohner:innen hervorrief.[28] In St. Georg galten zu dieser Zeit Cafés am Steindamm, aber auch die Straßen und Hotels rund um den Hauptbahnhof als zentrale Orte der Prostitution, die in den 1920er-Jahren in den Fokus des öffentlichen Interesses rückte.[29] Die Migrationsgeschichte der Quartiere ist demgegenüber für das frühe 20. Jahrhundert kaum erforscht. Zwar gibt es Anhaltspunkte für eine gewisse Bedeutung in dieser Hinsicht; so stieg etwa der Bevölkerungsanteil von Einwohner:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in St. Georg Nord von 2,6 % (1.055 Personen) 1895 auf 4,7 % (1.971) 1910 und lag damit stadtweit an vorderer Stelle.[30] Insgesamt blieb der Anteil internationaler Migrant:innen an der Stadtbevölkerung in dieser Zeit jedoch gering.

Die alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg führten in München zur Zerstörung weiter Teile der nördlichen Ludwigsvorstadt, die nur »Ruinenflächen« hinterließ, während im Frankfurter Bahnhofsviertel rund ein Viertel der Gebäude vollständig zerstört wurde. In St. Georg betrafen die Bombenschäden nur eine größere Fläche rund um die zentrale Einkaufsstraße Steindamm, während der weit überwiegende Teil der Gebäude erhalten blieb.[31] In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam den Quartieren eine zentrale Rolle als Knotenpunkte kriegsbedingter Migration zu, etwa mit Blick auf die Lenkung und temporäre Unterbringung von »Displaced Persons« (DPs) und deutschen Flüchtlingen[32], aber vor allem auch als Orte des Schwarzmarkts, der Prostitution sowie – in München und Frankfurt – als Freizeiträume US-amerikanischer Soldaten.[33] Die Internationalität des Amüsierbetriebs in der Goethestraße mit ihren »Vergnügungslokale[n] für die Billies und Bobbies«, von denen mehrere von osteuropäisch-jüdischen KZ-Überlebenden betrieben

26 *Schomann*, Das Frankfurter Bahnhofsviertel und die Kaiserstraße, S. 40 und 67.

27 Vgl. *Bauer*, Ludwigsvorstadt, S. 49; *Ferdinand Stracke*, WohnOrt München. Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert, München 2011, S. 56; *Richard J. Evans*, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek 1990 (zuerst engl. 1987), S. 88 und 528.

28 *Fritz Koch*, Verwaltete Lust. Stadtverwaltung und Prostitution in Frankfurt am Main 1866–1968, Frankfurt am Main 2010, S. 82–87, hier: S. 82; vgl. ebd., S. 142–164.

29 Vgl. Ausstellungswerkstatt St. Georg, St. Georg, S. 123.

30 Eigene Berechnungen auf Basis von Statistisches Bureau der Steuer-Deputation (Hrsg.), Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XIX, Hamburg 1900, S. 56 f.; Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XXVIII, Hamburg 1919, S. 68 f.

31 Vgl. *Bauer*, Ludwigsvorstadt, S. 57 f.; *Schomann*, Das Frankfurter Bahnhofsviertel und die Kaiserstraße, S. 290; *Peter Michelis*, Stadterneuerung als Prozess. Dargestellt am Beispiel der Stadtteilentwicklung von Hamburg-St. Georg, Hamburg 1981, S. 11 f.

32 Vgl. *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 119 und 128; *Evelyn Glensk*, Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg 1945–1953, Hamburg 1994, S. 39–45, 60, 188 und 249–251; *o. A.*, Sie wollen keine Weinlokale, in: Süddeutsche Zeitung, 15.1.1952, S. 6.

33 Vgl. *Klaus Janke*, Eine Welt der Kontraste: Das Leben im Viertel 1945 bis heute, in: *ders./Häfner*, Banker, Bordelle & Bohème, S. 79–263, hier: S. 81–84; *Beste*, Morphologie der Macht, S. 251–253; *o. A.*, Wozu ist die Straße da, in: Münchner Illustrierte, 1956, H. 34, S. 14 f., StAM, ZA, 14992.

wurden, beschrieb der Münchner Merkur 1957 mit den Worten: »Wären nicht ab und zu Läden mit deutschen Inschriften, so läge der Gedanke nahe, man ginge durch eine x-beliebige Hafenstraße oder durch ein Stück Las Vegas.«[34] Insbesondere Frankfurt entwickelte sich zu einem Zentrum jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland[35], wobei sich im Bahnhofsviertel sowohl gewerbliche Aktivitäten konzentrierten – von den angesprochenen Bars bis zu »fliegenden Händlern« – als auch soziale Treffpunkte wie das circa 1947 eröffnete Hotel »Wurman«, in dem jüdische Feierlichkeiten stattfanden.[36] Aber auch nichtjüdische Flüchtlinge aus Osteuropa gründeten Lokale; so bestand in St. Georg etwa zwischen circa 1952 und 1968 das »Rodina« (Heimat), das als »traditioneller Treffpunkt der rund 800 [...] Exilrussen« in der Stadt galt.[37] Der Stadtteil wurde in den späten 1940er- und 1950er-Jahren zudem zum Zentrum von 150 bis 200 »fliegenden« Stoffhändlern aus Neapel, die jeweils für sechs Monate in Hamburg lebten, im Viertel Lagerhallen unterhielten und sich in einem italienischen Lokal trafen, das auch als informelle Poststelle fungierte. Dabei folgten sie einem bereits vor 1945 etablierten System der temporären Migration in den Norden.[38]

Während die Stadtteile schon Anfang des 20. Jahrhunderts als »Mischviertel« Wohnen und Gewerbe vereinten, verschob sich im Zuge von City-Erweiterungs- und Suburbanisierungstendenzen nach 1945 der Fokus immer stärker auf das Gewerbe. Die Bevölkerungszahlen sanken rapide von 16.051 (1961) auf 9.134 (1978) in St. Georg und von 6.250 (1960) auf 2.840 (1985) im Frankfurter Bahnhofsviertel[39], während sie in der Münchner Ludwigsvorstadt in den 1960er- und 1970er-Jahren noch relativ konstant um 14.000 lagen und erst in den 1980er-Jahren auf unter

34 *O. A.*, Großer Bogen um die Goethestraße, in: Münchner Merkur, 26.4.1957, S. 4, StAM, ZA, 14992; vgl. *Egger*, »München wird moderner«, S. 243–245, und als sarkastisches Gedicht, das die Straße als »Wilden Westen« voller »fremde[r] Leit« beschrieb: *Herbert Schneider*, Goethe Saloon, in: Münchner Merkur, 6.9.1958, StAM, ZA, 14992.

35 Vgl. *Tobias Freimüller*, Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945–1990, Göttingen 2020. Er weist allerdings darauf hin, dass die Größe der Jüdischen Gemeinde eher typisch für westdeutsche Großstädte war.

36 Eine aktuelle Reportage des Hessischen Rundfunks beleuchtet diese Rolle des Bahnhofsviertels. Vgl. *Ilana Goldschmidt/Adrian Oeser*, LE CHAIM! Auf das Leben unserer Eltern, 2024, URL: <https://www.ardmediathek.de/video/ard-history/auf-das-leben-unserer-eltern-oder-doku/hr-fernsehen/NTBiZDI0MzktMzNiZi00YWVjLWIzYmItY2RjN2ZhZTM3ZjIw> [6.6.2024]. Zur Bedeutung des Quartiers für die kurzfristige Hotelunterbringung und Verköstigung von DPs zwischen 1945 und 1947 vgl. *Freimüller*, Frankfurt und die Juden, S. 42 und 56 f. Zur Ende der 1950er-Jahre eröffneten »New York City Bar« des Auschwitz-Überlebenden Josef Buchmann in der Moselstraße vgl. ebd., S. 408; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 150 und 158.

37 *O. A.*, Aus dem Geschäftsleben, in: Hamburger Abendblatt, 31.7.1968.

38 Vgl. *W. Menge*, Klein-Italien in St. Georg, in: Hamburger Abendblatt, 18.10.1950, S. 3; *Morandi*, Italiener in Hamburg, S. 241 f.

39 Vgl. *Michael Joho* (Hrsg.), St. Georg lebt! 125 Jahre Bürgerverein St. Georg – ein Lese-Bilder-Buch, Hamburg 2005, S. 90; Statistisches Landesamt Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Statistische Berichte, A I–III, Lfd. Nr. 9, 12.6.1979, S. 2; *Gerhard Stöber*, Struktur und Funktion der Frankfurter City. Eine ökologische Analyse der Stadtmitte, Frankfurt am Main 1964, S. 131; Stadt Frankfurt am Main, Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1986, Frankfurt am Main 1986, S. 12.

10.000 fielen.[40] Geprägt waren die Nachkriegsjahrzehnte vom Verfall der Gebäudesubstanz in den innerstädtischen Quartieren, verbunden mit einer zunehmenden »Innenstadtflucht« insbesondere junger deutscher Familien in die suburbanen Vororte und neu errichteten Siedlungen an den Stadträndern.[41] Trotz Kriegszerstörungen waren alle drei Quartiere von alten Mietshäusern geprägt, die sich oftmals in der Hand privater Eigentümer:innen befanden, und wiesen eine hohe Wohndichte auf. Faktoren wie die unsichere Zukunft des Stadtteils (im Fall St. Georgs) oder die Umwandlung in ein »Rotlichtviertel« (im Frankfurter Fall) führten zu ausbleibenden Investitionen und damit dem erwähnten Verfall der Bausubstanz, die den Exodus der deutschen Quartiersbevölkerung beförderten.[42] Pläne zur Stadterneuerung, die auf großflächigen Abriss und Neubebauung zielten, wurden in beiden Stadtteilen erwogen, aber nie umgesetzt. Die in Hamburg 1966 von der Neuen Heimat präsentierten Pläne für eine »Alsterzentrum« getaufte Hochhauslandschaft wurden erst zu Beginn der 1970er-Jahre endgültig verworfen.[43]

Dieses Projekt und sein Scheitern verweisen auch auf die zeitgenössisch umstrittene Entwicklung, dass die ökonomische Funktion der Stadtteile zunehmend ihre Wohnfunktion überlagerte oder verdrängte. In St. Georg arbeiteten bereits 1961 mit 35.080 Beschäftigten mehr als doppelt so viele Menschen wie dort lebten; im Frankfurter Bahnhofsviertel waren es mit 27.535 mehr als vier Mal so viele.[44] Dabei dominierte der Dienstleistungssektor mit einer Mischnutzung aus bahnhofsnahen Dienstleistungen, Hotels und Gastronomie, Prostitution, kleinen Läden und Handwerksbetrieben, aber auch Versicherungen und Büros. Letztere waren Ausdruck der City-Erweiterung und der Nähe zur Innenstadt, im Fall Frankfurts auch zum angrenzenden Bankenviertel. Der Stadtforscher Gerhard Stöber etwa stufte das dortige Bahnhofsviertel mit seinen 1960 bestehenden 1.173 Betrieben, darunter 413 Groß- und 221 Einzelhandelsunternehmen, als »zum größten Teil reines Citygebiet« ein, während das Münchner Wiesenviertel in einer vergleichbaren Studie 1971 als »Großhandelsviertel« im »City-Randgebiet« charakterisiert wurde.[45] Die wachs-

40 Vgl. Amt für Statistik und Datenanalyse der Landeshauptstadt München (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch München. Berichtsjahr 1968, München 1969, S. 28; *dass.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch München. Berichtsjahr 1970, München 1971, S. 27; Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (Hrsg.), Münchener Statistik. Jahresbericht 1978, München 1979, S. 20; *dass.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch München 1981, München 1981, S. 21; *dass.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch München 1990, München 1990, S. 20 und 216.

41 Vgl. *Alois Hahn*, Der große Auszug aus der Innenstadt, in: Süddeutsche Zeitung, 8.8.1966, S. 15; *Sibylle Steinkohl*, Die Innenstadtflucht geht weiter, in: Süddeutsche Zeitung, 12.1.1983, S. 13; *Stracke*, WohnOrt München, S. 170–216; *Neumann*, Unternehmen Hamburg, S. 49–108; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 92.

42 Vgl. ebd., S. 88–97; *Michelis*, Stadterneuerung als Prozess, S. 32–38.

43 Vgl. zur Perspektive eines beteiligten Verwaltungsakteurs ebd., passim; aus linker Perspektive vgl. zeitgenössisch *Michael Grüttner*, Wem die Stadt gehört. Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965–1975, Hamburg 1976, S. 127–196; retrospektiv: *Joho*, St. Georg lebt!, S. 93–101. Die zwischen 1963 und 1966 in Frankfurt entwickelten Pläne zur Quartierserneuerung scheiterten an den Hausbesitzer:innen. Vgl. *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 91.

44 Vgl. *Michelis*, Stadterneuerung als Prozess, S. 39; *Stöber*, Struktur und Funktion, S. 153.

45 Ebd., S. 31; vgl. ebd., S. 153, 163 und 171; *Rolf Romaus/Karolus Heil*, Standort Wies'nviertel. Standortbedingungen und -bedürfnisse von Betrieben in einem Münchner City-Randgebiet. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, München 1971, S. 2.

ende Bedeutung der Quartiere als Dienstleistungsstandorte ging einher mit einer Expansion des Pendlerwesens. Die Süddeutsche Zeitung konstatierte 1965, dass das Wiesenviertel stadtweit den größten »Zustrom« beruflicher Pendler:innen erlebe.[46] Şener Sargut, der 1959 mit 17 Jahren aus Ankara zum Studium nach Frankfurt kam und anfangs im Import/Export-Büro seines Vaters in der Kaiserstraße übernachtete, erinnert im Rückblick »Hunderttausende von Leuten«, die ihm täglich vom Bahnhof entgegengekommen seien.[47] Ganz ähnlich beschwor eine journalistische Darstellung des Stadtteils 1981 die »Pendlerinvasion«, die sich als täglicher »Sturzbach« von Menschenmassen in das Viertel ergieße oder dieses durchquere.[48]

Neben der Zunahme an Handels- und Dienstleistungsunternehmen kam es nach 1945 zu einer verstärkten Ausbreitung des Sexgewerbes in allen drei Stadtteilen – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Während St. Georg eine sekundäre Rolle als Prostitutionsstandort hinter St. Pauli zukam und im Unterschied zu diesem 1961 zum Sperrgebiet erklärt wurde[49], entwickelte sich das Frankfurter Bahnhofsviertel zum Rotlichtquartier par excellence. Dazu trug insbesondere bei, dass die Stadt 1973 eine Sperrgebietsverordnung erließ, die nur das Bahnhofsviertel als Toleranzzone auswies. Diese Politik beförderte massiv die Konzentration des Gewerbes und des damit verbundenen »Milieus« im Quartier und löste einen »regelrechten Boom« an Bordellgründungen aus.[50] In München, wo die Presse Ende der 1950er-Jahre über die »Dirnen-Plage« im Bahnhofsviertel geklagt hatte und noch Ende 1971 ein sich dort anbahnender »Zuhälter-Krieg wie in Hamburg« befürchtet wurde[51], ging die Stadt kurz vor den Olympischen Spielen 1972 mit einer Sperrgebietsverordnung gegen Prostitution im Stadtzentrum vor und verdrängte große Teile des Gewerbes in die städtische Peripherie.[52]

Schließlich waren die Bahnhofsquartiere Standorte bedeutsamer öffentlicher und kultureller Institutionen, etwa von Theatern sowie großen Kliniken im Osten

46 *Alois Hahn*, Die halbe Stadt wandert von Viertel zu Viertel, in: Süddeutsche Zeitung, 6./7.2.1965, S. 13.

47 Transkript Interview Verfasser mit Şener Sargut, Frankfurt am Main, 25.11.2023, S. 8.

48 *Kroll*, Nachtasyl, S. 11 f.; vgl. *Stöber*, Struktur und Funktion, S. 65–69; *Ingo Gehring*, Stadtentwicklung, Nahverkehr und Reproduktionsbedingungen von Lohnabhängigen in Frankfurt, in: *Dirk Schubert* (Hrsg.), Krise der Stadt. Fallstudien zur Verschlechterung von Lebensbedingungen in Hamburg, Frankfurt, München, West-Berlin 1981, S. 120–176.

49 Vgl. *Michaela Freund-Widder*, Frauen unter Kontrolle. Prostitution und ihre staatliche Bekämpfung in Hamburg vom Ende des Kaiserreichs bis zu den Anfängen der Bundesrepublik, Münster 2003, S. 42; *Christine Stolze*, Geschichte der Prostitution in Hamburg, in: Leitstelle Gleichstellung der Frau/Amt für Jugend der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (Hrsg.), Prostitution in Hamburg, Hamburg 1985, S. A1–A12, hier: S. A9 f.; Ausstellungswerkstatt St. Georg, St. Georg, S. 118 f. Zur Geschichte von Sperrbezirken in westdeutschen Großstädten vgl. *Annalisa Martin*, Vice and Immoral Spaces. German *Sperrbezirke*, 1949–90, in: Radical History Review, 2024, Nr. 149, S. 175–199.

50 *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 119–147, hier: S. 129; vgl. *Koch*, Verwaltete Lust, S. 229–296.

51 *Walter Fürstweger*, Straßen kamen in schlechten Ruf, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.1959, S. 6; *Johann Freudenreich*, Mobilmachung in der Unterwelt, in: Süddeutsche Zeitung, 4.12.1971, S. 13–14, hier: S. 13; vgl. *Walter Stahl/Dieter Wien*, München von 7–7. Ein ungewöhnlicher Führer durch eine vielgeliebte Stadt, Hamburg 1968, S. 238 f.

52 Vgl. *Johann Freudenreich*, Regierung erläßt Dirnenverordnung, in: Süddeutsche Zeitung, 28.3.1972, S. 13; *o. A.*, Sperrkreis kann auch erweitert werden, in: Süddeutsche Zeitung, 17.4.1972, S. 17; *Martin*, Vice and Immoral Spaces, S. 188.

von St. Georg und im Süden der Ludwigsvorstadt. Mit der Theresienwiese war an deren westlichem Rand zudem eine große Grünfläche verortet, die ein Viertel der Fläche des Stadtbezirks einnahm und als Standort des Münchner Oktoberfests von überregionaler Bedeutung war. Demgegenüber wurden die Bahnhofsviertel von Hamburg und Frankfurt mit dem Stadtsee Außenalster im Norden und dem Main im Süden von Gewässern begrenzt. Insbesondere die Hamburger und Münchner Quartiere bewahrten sich, vor allem in Alster- und Wiesennähe, partiell noch einen bürgerlichen Charakter, was auch in den Aktivitäten lokaler Bürgervereine zum Ausdruck kam.[53]

II. Zwischen ›Gastarbeiter‹-Heimen und Billighotels: Orte des Wohnens

Alle drei Bahnhofsviertel entwickelten sich in den 1960er-Jahren zu zentralen Wohnstandorten von Migrant:innen und den Stadtteilen mit den jeweils höchsten Ausländeranteilen. Insbesondere zwischen 1968 und 1973, als die Arbeitsmigration nach Westdeutschland ihren Höhepunkt erreichte, vergrößerte sich die migrantische Stadtteilbevölkerung spürbar. In St. Georg stieg der Ausländeranteil von 12,5 % (1.494 Personen) 1970 auf 26,3 % (3.119) 1975.[54] Im Münchner Wiesenviertel stieg er von 16 % 1965 über 23 % 1969 auf knapp 40 % 1973.[55] Und im Frankfurter Bahnhofsviertel besaß bereits in den späten 1960er-Jahren die Hälfte der Bewohner:innen keinen deutschen Pass: Der Ausländeranteil stieg hier von 38 % (2.137 Personen) 1967 auf knapp 60 % (2.346) 1974.[56] In den höheren Werten Frankfurts und Münchens kommt dabei unter anderem zum Ausdruck, dass beide Großstädte zunächst in weit stärkerem Maße als Hamburg zum Ziel der Zuwanderung geworden waren.

Bereits zeitgenössisch wurde darauf hingewiesen, dass solche Statistiken nur unzureichend die Wirklichkeit erfassten. Zum einen gab es viele Migrant:innen, die sich nicht an die Meldepflicht hielten, indem sie sich etwa bei der Rückkehr ins Herkunftsland nicht abmeldeten; zum anderen wurden generell nur Bewohner:innen mit legalem Aufenthaltsstatus erfasst.[57] Hinzu kam die hohe Mobilität und Fluktuation der Stadtteilbevölkerung, die in statistischen Momentaufnahmen oder

53 Zum Bürgerverein zu St. Georg von 1880 vgl. die Chronik von *Joho*, St. Georg lebt!, und die vom Verein seit 1951 herausgegebenen »Blätter aus St. Georg«. In München war seit 1975 eine »Bürgerinitiative Theresienwiese 75« aktiv. Vgl. *o. A.*, Für Grün auf der Theresienwiese, in: Münchner Stadtanzeiger, 17.5.1985, StAM, ZA, 1471.

54 Vgl. Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Statistik des Hamburgischen Staates, Heft 101: Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970. Regionalstatistische Ergebnisse, Hamburg 1972, S. 148; Tabelle »Stadtteil: St. Georg«, 1973–1977, Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 131-21, 3165.

55 Vgl. Landeshauptstadt München, Referat für Kreisverwaltung und öffentliche Ordnung, Beschluß des Kreisverwaltungs- und Polizeiausschusses vom 13.12.1973, S. 1 und 4, StAM, DIR-ZR, 689.

56 Vgl. Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1968, Frankfurt 1968, S. 11; *dass.* (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1974, Frankfurt 1974, S. 11.

57 Vgl. Landeshauptstadt München, Stadtentwicklungsreferat, Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München. Problemstudie, München 1972,

linear gezeichneten Entwicklungen ausgeblendet bleibt. So zogen 1979 etwa 2.668 Ausländer:innen in die Ludwigsvorstadt, während 2.641 den Stadtteil verließen, wobei das Verhältnis innerstädtischer und auswärtiger Herkunfts- und Zielorte relativ ausgewogen war. Über ein Drittel der migrantischen Stadtteilbevölkerung hatte sich damit allein in diesem Jahr ausgetauscht.[58] Auch wenn die Bahnhofsviertel die höchsten Anteile von Ausländer:innen unter allen Stadtteilen aufwiesen, waren es in absoluten Zahlen und in Relation zur gesamten migrantischen Stadtbevölkerung vergleichsweise wenige. 1981 lebten etwa nur 2,8 % aller Bewohner:innen Hamburgs ohne deutsche Staatsangehörigkeit in St. Georg. Das Gleiche galt für München, während es in Frankfurt nur 2,0 % waren.[59]

Woher kamen die Migrant:innen, die Wohnungen in den Bahnhofsvierteln bezogen? Zwar dominierten Migrant:innen aus den »Anwerbeländern«, doch war die Zahl derer aus »sonstigen« Herkunftsländern im Vergleich zu anderen Ankunftsquartieren erstaunlich hoch. In St. Georg stammten in den Jahren 1972 bis 1977 rund 69 % bis 73 % der nichtdeutschen Bewohner:innen aus den Hauptanwerbeländern, unter anderem aus Jugoslawien (im Jahr 1972 733 Personen), der Türkei (722) und Portugal (342). In der Ludwigsvorstadt waren es 1981 rund 60 %, wobei Jugoslaw:innen mit 2.318 gemeldeten Personen stark dominierten – vor Migrant:innen aus der Türkei (664) und Italien (358).[60] Die Werte verweisen darauf, dass ein signifikanter Anteil der migrantischen Bevölkerung nicht im Zuge des Migrationsregimes der ›Gastarbeit‹ in die Städte gekommen war.

Bahnhofsviertel boten mit ihren unsanierten, oftmals heruntergekommenen Altbauten und ihren Billighotels generell eine günstige Anlaufstruktur für Neuankömmlinge.[61] Im Unterschied zu peripher gelegenen und industriell geprägten Ankunftsquartieren waren hier keine größeren betrieblichen Wohnheime zu finden. Stattdessen dominierte der private Wohnungs- und Unterbringungsmarkt. Seit den späten 1960er-Jahren, als die Zahl ankommender Arbeitsmigrant:innen in die Höhe schnellte, wurden jedoch zahlreiche Altbauwohnungen in privat betriebene ›Gastarbeiter‹-Wohnheime umgewandelt. Der Hamburger Senat ging 1973 davon aus, dass rund 30 bis 40 solcher Unterkünfte mit durchschnittlich rund 40 Bewohner:innen in St. Georg bestünden.[62] Bereits 1966 hatte das Hamburger Abendblatt einem solchen Heim eine Reportage gewidmet, in der es die Situation von 50 Portugiesen skandalisierte, die in Feldbetten schliefen. Sie waren bei einer Hafenfirma beschäf-

---

Anlage I: Tabellenteil, S. 3–6; *Helmut Richter/Lutz Peters/B. Arlt* u.a., Trau keiner Statistik. Bevölkerungsentwicklung seit den 60er Jahren, in: *Joho*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 125–131.

58 Vgl. Statistisches Jahrbuch München 1981, S. 35 und 57.

59 Eigene Berechnungen nach ebd., S. 36; Statistisches Amt und Wahlamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1983, Frankfurt am Main 1983, S. 11; Statistisches Landesamt Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Statistische Berichte, A I 4, Lfd. Nr. 6, 5.4.1982, S. 1 f.

60 Vgl. Statistisches Material zur Situation der Ausländer in Hamburg, Stand: 20.9.1972, StAHH, 136-1, 1424; Tabelle »Stadtteil: St. Georg«, StAHH, 131-21, 3165; Statistisches Jahrbuch München 1981, S. 36 (ohne Portugal).

61 Den Anteil modernisierungsbedürftiger Wohnungen in St. Georg etwa schätzte die Stadt Hamburg 1973 auf 29 %. Vgl. Senatskanzlei, Planungsstab, Gastarbeiterproblem unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung, 12.10.1973, S. 5, StAHH, 131-21, 3210.

62 Vgl. ebd., S. 2.

tigt, die wiederum als Mieter des »Wohnheims« fungierte.[63] Vergleichbare Berichte finden sich auch für das Frankfurter Bahnhofsviertel. 1968 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung über ein Heim, das Marokkanern und Pakistanis ohne Aufenthaltsgenehmigung als Unterkunft diente. Die Adresse sei laut Polizei »im Ausland bekannt«: »Leuten, die als Touristen in die Bundesrepublik einreisten und hier einen Unterschlupf und einen Arbeitsplatz suchten, werde diese Anschrift auch auf Bahnhöfen und anderen Treffpunkten zugeflüstert.«[64] Deutlich wird hier, wie entsprechende Unterkünfte als erste Anlaufstelle für arbeitssuchende Migrant:innen dienten. Diese »Heime« waren oft wenig gastfreundlich; in einem anderen Artikel ist von »unbeschreibliche[r] Verschmutzung« die Rede, »die sanitären Einrichtungen spotteten jeder Beschreibung«.[65] Mitunter profitierten einzelne Migrant:innen, die als Vermieter:innen fungierten oder das Vermietungsgeschäft für einen deutschen Geschäftsmann übernahmen.[66] Entsprechende Unterbringungsformen waren allerdings kein Spezifikum von Bahnhofsvierteln, sondern charakteristisch für viele innerstädtische Ankunftsquartiere westdeutscher Großstädte. Dies galt auch für ihre mediale und politische Skandalisierung um 1970.[67]

Trotz der hohen Fluktuation wurden die Quartiere für manche Migrant:innen zum dauerhaften Wohnort. Ein Indiz dafür bietet die steigende Zahl migrantischer Kinder in den Stadtteilen und den Schulen vor Ort. In St. Georg lebten 1973 bereits 333 ausländische Kinder unter 19 Jahren, vier Jahre später waren es mindestens 473. In der Karmeliterschule im Frankfurter Bahnhofsviertel besaßen 1981 395 von 505 Schüler:innen keine deutsche Staatsangehörigkeit.[68] Das Aufwachsen dieser Kinder im Bahnhofsviertel wurde nun verstärkt Thema in den Medien.[69] Gleichzeitig blieb die migrantische Wohnbevölkerung zunächst weiterhin stark von ledigen oder zumindest nicht im Familienzusammenhang lebenden Männern geprägt. So

63 Vgl. *Alwin Bellmann*, Graue Wände, und von den Decken bröckelt der Putz, in: Hamburger Abendblatt, 12./13.3.1966, S. 4.

64 *O. A.*, Organisation für Illegale, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.1968, S. 33.

65 *O. A.*, Völlig verwahrlost und apathisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.9.1968, S. 22. Dieses Heim in der Münchener Straße 35 sorgte auch in den folgenden Jahren für Schlagzeilen. Vgl. *o. A.*, Zwischen Dirnen und Mäusen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.1972, S. 50.

66 Vgl. *o. A.*, Türke beutet Landsleute aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.1971, S. 21.

67 Vgl. *Karl Christian Führer*, Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960–1985, Berlin/Boston 2016, S. 299–314; *Espahangizi*, Migration and Urban Transformations; StAM, DIR-ZR, 697. Mietstreiks italienischer und türkischer Mieter:innen im Zuge des »Frankfurter Häuserkampfs« betrafen vor allem das Westend und nur vereinzelt das Bahnhofsviertel. Vgl. *Sarah Jacobson*, Redefining Urban Citizenship: Italian Migrants and Housing Occupations in 1970s Frankfurt am Main, in: CEH 33, 2024, S. 634–650; *o. A.*, Mieten wie für Luxuswohnungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1972, S. 29.

68 Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 8/367, 30.10./12.11.1974, Anlage; Tabelle »Schulsituation (Volksschulen) 1977« [St. Georg], StAHH, 131-21, 3165 (hier nur »Gastarbeiterkinder«); *Hans-Heinrich Pardey*, Schulentwicklungsplan IV: Zahlenspiel mit vielen Unbekannten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1981, S. 46.

69 Vgl. unter anderem *Verena Schmitt*, Der »Robinson-Club« in der Gutleutstraße 110, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.1989, S. 31.

stieg der Frauenanteil an der ausländischen Wohnbevölkerung etwa im Münchner Wiesenviertel erst zwischen 1975 und 1987 von 33 % auf knapp 42 % an.[70]

Insgesamt stiegen die offiziell registrierten Zahlen migrantischer Bewohner:innen und die jeweiligen Ausländeranteile mit dem Familiennachzug und der Zunahme der Asylanträge seit Mitte der 1970er-Jahre weiter an: in St. Georg zwischen 1975 und 1987 von 26 % (3.119 Personen) auf 43 % (5.436) und im Frankfurter Bahnhofsviertel im gleichen Zeitraum von 60 % (1.929) auf knapp 83 % (2.355).[71] Die Frankfurter Werte zeigen allerdings, dass sich die migrantische Stadtteilbevölkerung dort quantitativ nur wenig vergrößerte, sie aufgrund des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs im Stadtteil und des überproportionalen Wegzugs deutscher Bewohner:innen aber an relativem Gewicht gewann. In der Ludwigsvorstadt erreichte der Ausländeranteil bereits 1981 mit 44 % (6.067) seinen Höhepunkt, um in der Folge abzufallen. Am Ende des Jahrzehnts waren nur noch 3.360 Ausländer:innen (33 %) im Stadtteil gemeldet.[72]

Mit dem Anstieg der Asylzuwanderung aus Osteuropa, Afrika und Asien in den späten 1970er- und 1980er-Jahren, die sich insbesondere in Großstädten wie West-Berlin, aber auch Frankfurt und Hamburg bemerkbar machte[73], gewannen auch die Bahnhofsviertel mit ihren zahlreichen Hotels und Pensionen als Standorte der ersten Unterbringung an Bedeutung. Zwar bemühten sich die Stadtverwaltungen, Asylbewerberunterkünfte vor allem in peripheren, bislang kaum von internationaler Migration tangierten Stadtteilen einzurichten. Doch angesichts steigender Zahlen sahen sie sich oft gezwungen, Schlafplätze in Billighotels anzumieten, von denen sich viele in Bahnhofsnähe befanden.[74] Im Hamburger Fall waren 1981 56 % der 1.583 in Hotels einquartierten Asylsuchenden im zentral gelegenen Bezirk Mitte untergebracht – ein großer Teil davon wohl in St. Georg mit seinen zahlreichen Billighotels.[75] Als eine Frankfurter Tageszeitung 1980 über die Unterbringung in

70 Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (Hrsg.), Münchener Statistik, Jahrgang 1976, Sonderheft: Die Münchener Stadtbezirke im Spiegel der aktuellen demographischen Entwicklung, München 1976, S. 54; Statistisches Jahrbuch München 1990, S. 32.

71 Vgl. Tabelle »Stadtteil: St. Georg«, StAHH, 131-21, 3165; Statistisches Landesamt Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Statistische Berichte, A I 4, Lfd. Nr. 1, 15.1.1988, S. 2; Statistisches Amt und Wahlamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1976, Frankfurt am Main 1976, S. 11; Stadt Frankfurt, Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerweisen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1988, Frankfurt am Main 1988, S. 12.

72 Vgl. Statistisches Jahrbuch München 1981, S. 35; Statistisches Jahrbuch München 1990, S. 32 f.

73 Vgl. *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 201–208; *Templin*, Asyl in Hamburg. Dazu trug auch die Bedeutung der Städte als Standorte zentraler Flughäfen bei. Vgl. *Carolin Liebisch-Gümüş*, Airborne Asylum: Migration by Airplane in (West) Germany, 1945–1980s, in: Bulletin of the GHI Washington, 2021, Nr. 68, S. 39–60.

74 Vgl. *David Templin*, Hotelzimmer oder Sammellager? Asylzuwanderung, Unterbringungspolitiken und urbane Ankunftsräume in Hamburg um 1980, in: Deutschland Archiv, 19.7.2024, URL: <https://www.bpb.de/550559> [12.8.2024]; zur Unterbringung am Beispiel West-Berlins *Malte Borgmann*, Zwischen Lager und Neubau. Migration, Unterbringung und Wohnungspolitik in West-Berlin von den 1960er bis zu den 1980er Jahren, Paderborn 2025 (im Erscheinen).

75 Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 9/3888 vom 11.11.1981, Antwort des Senats vom 24.11.1981, S. 5. In Frankfurt waren im Januar 1980 rund 900 Asylsuchende in Hotels untergebracht. Vgl. Dufner (Sozialamt, Gefährdetenhilfe, Zentralstelle für Asylbewerber) an Leiter des Amtes für Fremdenverkehr, Kongreßwesen und Städtepartnerschaften, Herrn Umsonst, 13.2.1980, Institut für Stadtgeschichte (ISG), A.51.02, 3337.

verschiedenen Hotels im dortigen Bahnhofsviertel berichtete, hob sie die Heterogenität der Einquartierten hervor – von der alleinstehenden Mutter bis zu »Doktoren, Professoren und Ingenieure[n] aus Afghanistan« –, aber auch die Herausforderungen der neuen Kundschaft für die Hotelbeschäftigten: »Ein besonders sprachbegabter Jugoslawe, im Empfang des Ambassador beschäftigt, hat inzwischen aus der Not eine Tugend gemacht: Er hat Afghanisch gelernt.«[76] Der erneute Anstieg an Asylanträgen seit 1986 führte wieder zur verstärkten Belegung von Hotels.[77] Als Ankunftsinfrastruktur war die Hotelunterbringung somit in hohem Maße Konjunkturen unterworfen und von begrenzter Dauer, da die Migrant:innen so bald wie möglich anders einquartiert oder umverteilt wurden.

Aber nicht nur die Kombination aus städtischer Verteilung der Asylsuchenden und vorhandener Hotelinfrastruktur sorgte für die gestiegene Bedeutung der Quartiere. Private Vermietungen trugen dazu ebenso bei wie der Rückgriff von Migrant:innen auf bestehende Netzwerke. So bemerkte die Frankfurter Allgemeine Zeitung 1979, dass die Kapazitäten öffentlicher Unterbringung begrenzt seien, sodass sich »Asylbewerber [...] auf dem privaten Wohnungsmarkt umsehen müssen. Sie verteilen sich auf diese Weise aber nicht über das gesamte Stadtgebiet, sondern ballen sich in einer Gegend, im Bahnhofsviertel.«[78] Nun wiederholten sich auch Berichte und Reportagen über »menschenunwürdige«, verdreckte und überbelegte Unterkünfte mit unzureichender Ausstattung, bei denen »skrupellose Vermieter« abkassierten.[79] Das Frankfurter Wohnungsamt identifizierte im Oktober 1979 fünf Unterkünfte im Bahnhofsgebiet, wobei in einem für 38 Personen ausgelegten Gebäude 88 Bewohner:innen angetroffen wurden. Umgekehrt gab es Fälle, dass in einzelnen Häusern viel mehr Asylsuchende angemeldet waren, als dort eigentlich wohnten, was Behörden und Presse als systematischen Betrug werteten.[80] Weniger an die Öffentlichkeit drangen informelle Formen der Unterbringung über soziale Netzwerke, etwa familiärer oder politischer Natur. So mieteten Aktivist:innen der linksradikalen Strömung »Devrimci Yol« aus der Türkei für »ihre« illegal einreisenden Flüchtlinge Mitte der 1980er-Jahre eine Wohnung im Hamburger Kreuzweg an, um jene in der Folge »nach Schweden, einige [in die] Schweiz, einige [nach]

76 *O. A.*, »Gemeinsam trägt sich das Leid leichter«, undatierter Zeitungsausschnitt, circa 1980, ISG, S3, V 26.052; vgl. *o. A.*, Im fremden Land kaufen sie Waschpulver als Salz, in: Hannoversche Neue Presse, 27.2.1980, ISG, S3, V 26.052.

77 In München waren 1986 rund 1.300 Asylsuchende in Hotels untergebracht. Vgl. Vermerk Guth (Sozialamt, Grundsatzabteilung), 4.2.1986, ISG, A.51.02, 6288.

78 *Günter Mick*, Wie »Asylbewerber« nach Frankfurt geschleust werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1979, S. 31.

79 *O. A.*, Siebzig Menschen zwischen Läusen und Kakerlaken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.11.1978, S. 49; vgl. *Harry Koch*, Reich werden mit einem Armen-Asyl, in: Süddeutsche Zeitung, 24.–27.12.1981, S. 17 f.; ein Band des Polizeifotografen Fred Prase präsentierte beziehungsweise inszenierte das Elend auch visuell, vgl. *Fred Prase*, Feuerteich. Polizist und Fotograf im Frankfurter Bahnhofsviertel, Zürich 1985, S. 36–39. Für Polizeiberichte von Kontrollen entsprechender Unterkünfte in Frankfurt vgl. ISG, A.51.02, 3337.

80 Vgl. Vermerk »Hausdurchsuchung«, 2.10.1979, ISG, A.51.02, 3337; Vermerk Amt für Wohnungswesen, 3.10.1979, ISG, A.51.02, 3337; *o. A.*, Betrug mit Asylbewerbern kostet die Stadt eine Viertelmillion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.10.1979, S. 29.

Frankreich« zu verteilen.[81] Das Ankommen in Hamburg war in solchen Fällen nur von kurzer Dauer – als Zwischenstopp vor der Weiterreise an einen Ort, dessen Bestimmung auf den infrastrukturellen Kapazitäten der politischen Organisation beruhte.[82]

Während die Wohnverhältnisse in Bahnhofsvierteln in vielerlei Hinsicht denen anderer innerstädtischer Ankunftsquartiere mit einem heruntergekommenen Altbaubestand entsprachen, waren Formen der informellen und temporären Unterbringung rund um die Hauptbahnhöfe besonders stark ausgeprägt. Bahnhofsvierteln kam insofern eine doppelte Funktion zu. Während sie für manche Migrant:innen als erster Ankunftsort – entweder als »Gateway« in die Stadt oder als temporärer Aufenthaltsort, als Transitstation vor der Weiterreise – fungierten, wurden sie für andere zum dauerhaften Wohnort. Seit den 1960er-Jahren wirkten sich dabei verschiedene Migrationsprozesse auf die Wohnbevölkerung der Quartiere aus, wobei die Asylzuwanderung in den 1970er-Jahren die reguläre Arbeitsmigration als dominante Form abzulösen begann.

III. Lebensmittelläden, Reisebüros, Bordelle: Orte des Arbeitens

Während der steigende Anteil von Migrant:innen an der Bevölkerung einen Trend besonders stark zum Ausdruck brachte, der auch für andere Stadtteile typisch war, stand die Erwerbsstruktur in auffallendem Kontrast zum typischen Bild einer in der Industrie beschäftigten migrantischen Arbeiterschaft. Der tertiäre Sektor, der die Bahnhofsviertel traditionell dominierte, wirkte sich auch auf die migrantische Beschäftigungsstruktur aus, wobei zwischen abhängiger und selbstständiger sowie regulärer und irregulärer Beschäftigung zu differenzieren ist. Das Ausmaß dieser Beschäftigungsverhältnisse ist nur schwer abzuschätzen, und es ist davon auszugehen, dass die wenigen statistischen Zahlen die reale Situation nur unzureichend wiedergeben.[83]

Bereits in den frühen 1960er-Jahren waren Arbeitsmigrant:innen von größeren Hotels angeworben worden. So forderten beispielsweise das »Atlantic Hotel« und der »Stuttgarter Hof« in St. Georg, das Frankfurter »Intercontinental Hotel« und das »Drei Löwen« in der Münchner Schillerstraße Italienerinnen, Griechinnen und Spanierinnen an, die unter anderem als Zimmermädchen beschäftigt werden soll-

81 Transkript Interview Verfasser mit Nazım Doğan, Hamburg, 29.9.2022, S. 27 f.; vgl. *David Templin*, Der Revolutionäre Weg ... ins Hamburger Exil. Erfahrungen von politischem Aktivismus und Flucht in den lebensgeschichtlichen Narrativen früherer Anhänger von Devrimci Yol, in: *Knud Andresen/Sebastian Justke/Stefanie Schüler-Springorum* (Hrsg.), Vom Ich zum Wir und wieder zurück? Subjektverständnisse zwischen Politisierung und Entradikalisierung seit den 1960er Jahren, Göttingen 2023, S. 216–237.

82 Vgl. die ähnliche Funktion einer Bahnhofsviertelwohnung für polnische Migrant:innen auf dem Weg nach Kanada bei *Cornelia von Wrangel*, Gestrandet im harten Gegenwind des Kriegsrechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1982, S. 31.

83 So waren laut Volkszählung 1987 von 42.847 Beschäftigten in der Ludwigsvorstadt nur 5.061 (12 %) Ausländer:innen. Vgl. Statistisches Jahrbuch München 1990, S. 229.

ten.[84] Diese Formen regulärer abhängiger Beschäftigung sind bislang ebenso wenig erforscht wie die irreguläre Beschäftigung von Migrant:innen in Bahnhofsvierteln, deren großes Ausmaß besonders in Frankfurt von medialer und polizeilicher Seite herausgestellt wurde. So war 1981 von »etwa zehntausend illegal beschäftigten Ausländern« die Rede, die im Bau-, Reinigungs-, Hotel- und Gaststättengewerbe rund um die Kaiserstraße arbeiteten.[85] Die Grundlage (und Validität) solcher Schätzungen blieb dabei meist unklar.[86]

Im städtischen Raum sichtbarer war die migrantische Selbstständigkeit, die in der Gründung zahlreicher Lebensmittelläden, von Restaurants, Reisebüros und Import/Export-Geschäften zum Ausdruck kam.[87] Bis in die 1970er-Jahre war der Einzelhandel in den Bahnhofsvierteln noch stark von kleinen deutschen Betrieben geprägt[88], doch zunehmend übernahmen Migrant:innen solche Läden und eröffneten neue Geschäfte.[89] Die zentrale Lage mit der Nähe zum Bahnhof erwies sich für viele von entscheidender Bedeutung. In der Gastronomie waren es unter anderem italienische, jugoslawische und chinesische Restaurants, die seit den 1950er-Jahren eröffneten.[90] Viele von ihnen richteten sich primär an die in den Vierteln beschäftigten Angestellten, zum Teil auch an Künstler:innen und die »High Society«.[91] Zugleich entstanden Lokale, die spezifische Migrant:innengruppen adressierten. Das 1962

84 Vgl. Aufstellung über eingegangene Vermittlungsaufträge für ausländische Arbeitnehmer, 1.9.–30.9.1961, StAHH, 352-6, 785 Band 1; Arbeitsamt Hamburg, Ärztliche Untersuchungsstelle, an Gesundheitsbehörde, Dezernat 2A, 22.4.1963, Anlage: Eingegangene Aufträge ab 1.8.1962, StAHH, 352-6, 785 Band 1; Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt am Main (Hrsg.), »Mit Koffern voller Träume ...«. Ältere Migrantinnen und Migranten erzählen, Frankfurt am Main 2004 (zuerst 2001), S. 23–30; Liste »Firmen, die über die griechische Kommission Arbeitnehmer angefordert haben«, o. D., StAM, KULA, 1133.

85 *O. A.*, Rund um den Bahnhof alle Facetten des Verbrechens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.1981, S. 33. Razzien in Lokalen deckten immer wieder solche Beschäftigungsverhältnisse auf. Vgl. Nackter Gast in der Bar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.1977, S. 36.

86 Vgl. *Serhat Karakayali*, Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2008. Zur »Konjunktur der Illegalität« beziehungsweise »Schwarzarbeit« von zumeist als Touristen eingereisten Migrant:innen aus der Türkei um 1970 vgl. ebd., S. 133–139; *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 261–275. Zum Beispiel West-Berlins vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 323–336.

87 Zur Geschichte migrantischer Selbstständigkeit vgl. unter anderem ebd., S. 231–311; *Möhring*, Fremdes Essen; *Edith Pichler*, Migration, Community-Formierung und ethnische Ökonomie. Die italienischen Gewerbetreibenden in Berlin, Berlin 1997.

88 Vgl. die Reportage vom Bayerischen Rundfunk *Georg Friedel*, »Schillerstraße 3–53. Lebensalter und Gesichter einer Straße«, 1977; *Plessner/Voß*, Begehung der Ortsteile 113 und 114, 19.3.1974, StAHH, 131-21, 3210.

89 Vgl. *Harald Naumann*, St. Georg darf sein Gesicht nicht verlieren!, in: Hamburger Abendblatt, 15.8.1974, S. 3. Zu solchen Übernahmen am Beispiel Berlin-Kreuzbergs vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 261–267.

90 Vgl. *Möhring*, Fremdes Essen, S. 91 f.; *Amenda*, Fremde – Hafen – Stadt, S. 323–361; *o. A.*, Apfelkuchen nach Omas Rezept, in: Hamburger Abendblatt, 9.11.1974; *Walter Stahl*, Feuriger Balkan, in: Hamburger Abendblatt, 10./11.2.1973, Wochenend-Magazin, S. 4; *Stahl/Wien*, München von 7–7, S. 127, 131 und 133; Transkript Interview Sargut, S. 10; *o. A.*, Spezialitäten aus Italien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.6.1973, S. 24.

91 Ebd.; *Horst Lietzberg*, Gutes Essen, gute Gedanken, in: Hamburger Abendblatt, 25.4.1967; Szene Hamburg, Sonderheft: Essen in Hamburg, Frühjahr 1985, S. 38, 71 und 80.

eröffnete japanische Restaurant »Kogetsu« in der Hamburger Gurlittstraße etwa galt als Treffpunkt der zu diesem Zeitpunkt rund 400 japanischen Migrant:innen in der Hansestadt, die unter anderem in 35 japanischen Firmen beschäftigt waren.[92] Noch in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren trafen sich hier fast »ausschließlich Japaner«, auch wenn das Kogetsu von deutschen Restaurantführern und Szene-Zeitschriften beworben wurde.[93]

Türkische Imbisse, Cafés und Lebensmittelläden adressierten ebenfalls zunächst primär Migrant:innen aus der Türkei, bevor manche von ihnen weitere Kundenkreise erschlossen. Dabei kamen ihnen nicht selten zusätzliche Funktionen jenseits der gastronomischen zu. So nahm der Ende der 1960er-Jahre vom früheren türkischen Politiker Hasan Kulu eröffnete Imbiss auf dem Steindamm, »Hasan Bakkal«, für Arbeitsmigrant:innen aus der Türkei rasch eine Schlüsselrolle ein. Er fungierte nicht nur als sozialer Treffpunkt, sondern auch als Poststelle für Bewohner:innen von Wohnheimen. Kulu war zudem führend an der Gründung der ersten Moschee für Muslime aus der Türkei in Hamburg beteiligt.[94] Mit Nils Hans können wir von einem »arrival broker« sprechen, einem bereits etablierten Migranten, der eine Schlüsselrolle in der Vermittlung von Ressourcen für Neuankommende spielte.[95] Soziale Unterstützung und ökonomisches Eigeninteresse gingen in diesem und ähnlichen Fällen Hand in Hand. Viele migrantische Cafés fungierten dagegen auch unabhängig von solchen Schlüsselfiguren als soziale Treffpunkte und Kommunikationsräume. Im Frankfurter Bahnhofsviertel der 1980er-Jahre schossen türkische Cafés, wie Fred Prase in der Frankfurter Rundschau bemerkte, geradezu »wie Pilze aus dem Boden«.[96]

Spezialitätengeschäfte und ein entsprechend spezialisierter Großhandel dienten der Versorgung mit Lebensmitteln aus den Herkunftsländern. Bereits in den 1950er-Jahren, parallel zur beginnenden Arbeitsmigration, eröffnete etwa in der Frankfurter Kaiserstraße ein spanisches Lebensmittelgeschäft.[97] In der Münchner Schillerstraße gründeten die Kaufleute Tavil 1968 die »ECE Lebensmittel-Handels-Gesellschaft« zum »Import und Verkauf [...] von Lebensmitteln aller Art, insbesondere von Oliven, Olivenöl, Früchten und Gemüse«.[98] Manche Betriebe vereinten den

92 Vgl. *Erik Verg*, Japanische Mondnacht auf der Alster, in: Hamburger Abendblatt, 11.7.1962; *Möhring*, Fremdes Essen, S. 109 f.

93 *Karin Mecklenburg*, Diesmal fernöstlich: Die Japaner, in: Szene Hamburg, 1975, Nr. 22, S. 9–10; vgl. *Walter Stahl/Dieter Wien*, Hamburg von 7 bis 7. Der Freizeit-Führer durch eine ungewöhnliche Stadt, Hamburg 1983, S. 104.

94 Vgl. *o. A.*, St. Georg – Steindamm, in: Post aktüel (Norddeutschland), Dezember 2016, S. 22; *Horst Schüler*, Feierabend – aber wie sieht der aus?, in: Hamburger Abendblatt, 19.4.1973, S. 5; *Vural Öger*, Mein Deutschland, meine Türkei. Leben zwischen Bosporus und Elbe, Reinbek 2002, S. 177 f.

95 *Nils Hans*, Arrival Brokers as a Key Component of the Arrival Infrastructure: How Established Migrants Support Newcomers, in: Geographica Helvetica 78, 2023, S. 381–391; vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 250.

96 *Fred Prase*, Das Paradies – von der anderen Seite betrachtet, in: Frankfurter Rundschau, 25.4.1987, S. 16–17, hier: S. 17; vgl. *Paul Badde*, Der menschliche Faktor im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.4.1983, Beilage »Bilder und Zeiten«, S. 1–2.

97 Vgl. *Canan Topçu*, Früher waren Kunden »Gastarbeiter«, heute sind es Spanien-Touristen, in: Frankfurter Rundschau, 12.11.2002, ISG, S3, E 33.366.

98 *O. A.*, Handelsregister, in: Süddeutsche Zeitung, 22.4.1968, S. 6.

Verkauf vor Ort und den Großhandel mit dem Angebot eines Mittagstischs, wie es etwa im 1969 eröffneten »Jugo-Magazin« in St. Georg der Fall war. Der Betreiber Branko Vnuk war acht Jahre zuvor als Student aus Slowenien nach Deutschland gekommen. Neben seinem Laden, der vielen Migrant:innen als Treffpunkt diente, belieferte Vnuk Balkan-Restaurants in Hamburg mit Lebensmitteln aus Jugoslawien.[99]

Der Verbindung zu den Herkunftsländern dienten auch Reisebüros und Filialen ausländischer Banken.[100] Mit der zunehmenden Arbeitsmigration etablierten sich in den 1960er-Jahren immer mehr Bus- und Flugreiseanbieter, die unter anderem die Mobilität zwischen der Bundesrepublik und den Herkunftsländern organisierten. Zum Teil waren es Ableger ausländischer Unternehmen, etwa der Fluggesellschaft »Turkish Airlines«, die 1960 in der Münchener Straße in Frankfurt ein Büro eröffnete, oder des Busunternehmens »Bosfor Turizm«, das seit 1964 zwei Mal wöchentlich Busreisen von München nach Istanbul anbot. Letzteres beförderte bis 1989 über 601.000 Fahrgäste zwischen den beiden Städten.[101] Kleinere Reisebüros waren mitunter mit Import/Export-Geschäften verbunden.[102]

Den ökonomischen Erfolg einzelner solcher Unternehmen zeigt ein Beispiel aus Hamburg. Dort eröffnete der Student Vural Öger 1969 in einem kleinen Souterrain-Laden sein »Reisebüro Istanbul«, um in der Folge erstmals Flüge von Hamburg nach Istanbul anzubieten – anfangs vor allem für Arbeitsmigrant:innen. Sein Unternehmen expandierte dermaßen, dass »Öger Tours« in den 1980er-Jahren zum führenden Anbieter von Tourismusreisen in die Türkei aufstieg und zunehmend deutsche Pauschaltourist:innen adressierte.[103] Auch einzelne Reisebüroinhaber fungierten als »arrival broker« für ihre migrantischen Kund:innen. So organisierte der Inhaber von »Viajes Fernandez« in der Hamburger Lindenstraße nicht nur Busreisen nach Südeuropa, sondern nahm sich auch den Alltagsproblemen spanischer Migrant:innen an. Das Hamburger Abendblatt berichtete, sein Büro sei »bis Mitternacht ständig umlagerter [...] Treffpunkt der Gastarbeiter«: »Der 33jährige tut mehr für seine hilflosen Kunden, ob es um Aufenthaltsverlängerungen, Kündigun-

99 Vgl. Transkript Übersetzung des Interviews Danja Antonović mit Branko Vnuk von 2008, Februar 2021, Privatarchiv Verfasser.

100 Ausländische Bankfilialen wie die der »Ljubljanska Banka« in der Kaiserstraße 11 (Frankfurt) versprachen ihren Kund:innen sichere und schnelle »Einzahlungen und Überweisungen ins Heimatland«, so eine Annonce in der Zeitschrift des slowenischen Vereins SAVA: Glas Save, 1977, Nr. 1, S. 12, ISG, A.51.02, 3299.

101 Vgl. *o. A.*, Zwei neue Luftverkehrsgesellschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.6.1960, S. 29; *o. A.*, Im Reise-Schaufenster, in: Süddeutsche Zeitung, 2.7.1964, S. 21; *o. A.*, Mit dem Bosfor-Bus zum Bosporus, in: Süddeutsche Zeitung, 25./26.2.1989, S. 21. Zu Urlaubsreisen türkischer Migrant:innen vgl. *Michelle Lynn Kahn*, The Long Road Home. Vacations and the Making of the »Germanized Turk« across Cold War Europe, in: The Journal of Modern History 93, 2021, S. 109–149.

102 Vgl. *o. A.*, »Die Lebensart gefällt mir«, in: Der SPIEGEL, 12.9.1977, S. 86. Generell zum (türkischen) Import-Export-Gewerbe am Beispiel West-Berlins vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 301–308.

103 Vgl. *Öger*, Mein Deutschland, meine Türkei.

gen oder Wohnungssuche geht [...], Fernandez ist allzeit ein Retter in der Not!«[104] Ähnlich adressiert wurde zu Beginn der organisierten Arbeitsmigration der Vater von Şener Sargut, der seit den 1950er-Jahren in der Frankfurter Kaiserstraße ein Büro für Import/Export-Geschäfte hatte. Da an seinem Büroschild eine kleine türkische Fahne prangte, wurde das Geschäft von Migrant:innen aus der Türkei, so Sarguts Erinnerung, auf der Suche nach Unterstützung regelrecht »überlaufen«.[105] Kommerzielle Unternehmen – von der Gastronomie über den Lebensmittelhandel bis zur transnationalen Mobilitätsinfrastruktur –, die sich in den Bahnhofsvierteln zunehmend etablierten, wirkten so zugleich als soziale Infrastrukturen des Ankommens in der lokalen Gesellschaft.

Während sich der migrantische Einzelhandel in der Regel auf viele kleine Läden verteilte, kam es im Frankfurter Fall 1981 zur Gründung einer multifunktionalen Einkaufspassage in einem früheren Möbellager, dem »City-Basar« in der Elbestraße. Betrieben wurde dieser von zwei deutschen Anwälten.[106] Der City-Basar bestand, ähnlich wie der »Türkische Basar« in West-Berlin, aus einer Vielzahl türkischer Geschäfte auf zwei Etagen und rund tausend Quadratmetern, darunter »eine Spedition, Steuerberatung, ein Friseur, eine Fahrschule, Videoläden, Buchläden, Lebensmittelläden und mehrere Kneipen«.[107] Hinzu kamen eine Moschee sowie Vereinslokale. Der City-Basar wurde so rasch zum »Treffpunkt der türkischen Gastarbeiter«[108], der nicht nur dem Konsum diente, sondern auch als Informationszentrale und Ort der Vergemeinschaftung fungierte. Deutsche frequentierten ihn kaum.[109] Immer wieder wurde er aber auch zum Ort gewaltsamer Auseinandersetzungen rund um Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Aktivitäten der »Grauen Wölfe«; deutsche Drogenfahnder erklärten das Einkaufszentrum zur »Oase des Verbrechens«.[110] Nachdem der Basar 1985 durch Brandstiftung, die sich als Versicherungsbetrug herausstellte, zerstört und im Anschluss neu eröffnet worden war, etablierten sich dort auch Geschäfte von Migrant:innen anderer Nationalität,

104 *O. A.*, Retter in der Not, in: Hamburger Abendblatt, 12.11.1970, S. 1. Umgekehrt gab es auch betrügerische Anbieter. Vgl. *o. A.*, Man flog sie hin – aber nicht zurück, in: Süddeutsche Zeitung, 2.9.1966, S. 12.

105 Transkript Interview Sargut, S. 1–11, hier: S. 9.

106 Vgl. *Theo Lange*, Wo Halbmond und Stern die Läden dekorieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.1983, S. 27; Transkript Interview Alemdar, S. 17–19.

107 *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 231; vgl. *o. A.*, Momentaufnahme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.1981, S. 30; *o. A.*, Ein orientalisches Eiland mitten im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Nachrichten, 26.10.1985, ISG, S3, Q 19.846. Zum 1980 – also ein Jahr zuvor – eröffneten West-Berliner Basar vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 296–301.

108 *O. A.*, Momentaufnahme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1982, S. 36.

109 Vgl. *o. A.*, Der City-Basar ist für viele wie ein Fleck in der Heimat, in: Frankfurter Nachrichten, 31.10.1985, ISG, S3, Q 19.846.

110 *O. A.*, Fahnder in einer »Oase« des Verbrechens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.1985, S. 37; vgl. *o. A.*, Türke schießt Landsmann nieder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.1984, S. 37; *o. A.*, Türken in blutigem Konkurrenzkampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.1985, S. 27; *o. A.*, Bahnhofsviertel: Verbindungen zwischen Rauschgift und Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.2.1985, S. 37; *o. A.*, Gewalt und Geld im City-Basar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.1985, S. 37.

etwa afrikanische Lebensmittel- und Friseurläden.[111] Neue Migrationsprozesse beeinflussten nun zunehmend die Gewerbestruktur des Quartiers, sichtbar auch an indischen und pakistanischen Geschäften in der Kaiserstraße.[112] Der City-Basar wurde 1993 abgerissen, um dem Neubau eines Bürohauses Platz zu machen – mit der Folge, dass sich nun die benachbarte Münchener Straße verstärkt zum Zentrum des türkischen Einzelhandels entwickelte.[113]

Ein weiteres Frankfurter Spezifikum stellte der Pelzhandel dar. Nach 1945 hatte sich das traditionelle deutsche Pelzhandelszentrum in Leipzig aufgelöst und ein Areal im Nordwesten des Frankfurter Bahnhofsviertels rund um die Niddastraße übernahm – unter anderem aufgrund städtischer Bemühungen – zunehmend dessen Rolle. Mit seiner guten Verkehrsanbindung bot das Gebiet ideale Bedingungen für die Agglomeration von Pelzbetrieben.[114] Dieses »Pelzviertel«, der sogenannte Frankfurter Brühl, war von sächsischen, jüdischen und griechischen Handelsfirmen und Kürschnereien geprägt.[115] Der wirtschaftliche Boom der Branche in den 1960er- und 1970er-Jahren führte dazu, dass Anfang der 1980er-Jahre rund 12.000 Menschen in der Pelzwirtschaft des Viertels beschäftigt waren, aber auch zur räumlichen Ausdehnung dieses Viertels. Es überlappte sich nun immer stärker mit dem angrenzenden »Vergnügungsviertel«.[116] 1983 erfasste die Studentin Sonja Gelzenleuchter bei einer Kartierung 440 Pelzbetriebe im Viertel, darunter 263 Großhandelsfirmen. Insgesamt 137 Betriebe (31 %) wurden von Griech:innen geführt, darunter 63 in der Lohnkürschnerei, 36 im Großhandel und 34 in der Konfektion.[117] Griechische Pelzhändler ebenso wie die enge Kooperation mit dem Pelzzentrum in der nordgriechischen Stadt Kastoria hatte es bereits in Leipzig gegeben, doch mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in den 1960er- und 1970er-Jahren wurden immer mehr griechische Migrant:innen in diesem Sektor tätig. Dabei spielten verwandtschaftliche Netzwerke und die Anstellung vormals als ›Gastarbeiter‹ gekommener Migrant:innen ebenso eine Rolle wie eine bloß saisonale Beschäftigung in Westdeutschland.[118]

---

111 Vgl. *o. A.*, Brandstiftung und inszenierte Unfälle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1986, S. 33; *Wendelin Leweke*, Moschee und Café – Gebet und Spiel, in: Frankfurter Neue Presse, 20.7.1990, S. 16, ISG, S3, Q 19.846.

112 Vgl. *Prase*, Das Paradies – von der anderen Seite betrachtet, S. 17.

113 Vgl. *Claudia Michels*, City-Basar als Spiegel des Viertels, in: Frankfurter Rundschau, 26.3.1990, ISG, S3, Q 19.846; *o. A.*, Neues Büro- und Wohnhaus an der Elbestraße, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1993, S. 42; Transkript Interview Alemdar, S. 9 und 18 f.

114 Vgl. *Sonja Gelzenleuchter*, Das Frankfurter Pelzviertel. Beispiel eines monofunktional geprägten Stadtviertels, Diplomarbeit, Darmstadt 1983, S. 14–21; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 209–215.

115 Vgl. ebd., S. 211–215; *Ute B. Fröhlich*, Fast die Hälfte aller Pelzfelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1978, S. 29.

116 Vgl. *Gelzenleuchter*, Das Frankfurter Pelzviertel, S. 32, 37–39, 45 und 76.

117 Vgl. ebd., S. 23–29 und 50–67. *Henning Zeumer*, Die internationale Stellung der deutschen Rauchwaren-Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Standortes Frankfurt/Main, Diplomarbeit, Mannheim 1985, S. 66, spricht von »rund 700« griechischen Pelzbetrieben.

118 Vgl. *Peter Oehler*, Die deutsch-griechische Beziehung im Pelzhandel und Kürschnereigewerbe, in: Hellenika 16, 2022, S. 113–124; *Gelzenleuchter*, Das Frankfurter Pelzviertel, S. 50–52; Transkript Interview Verfasser mit Panagiotis und Konstantina Tsanikidis, Frankfurt am Main, 25.11.2023, S. 19–21.

Panagiotis und Konstantina Tsanikidis, die 1978 den zehn Jahre zuvor gegründeten Pelzbetrieb ihrer Eltern in der Moselstraße übernahmen, erinnern sich an ein vitales Viertel, in dem »Tag und Nacht« und »bis zum Umfallen« gearbeitet wurde.[119] Verbreitet waren Familienbetriebe mit einem hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte; die Hinterzimmer von Werkstätten dienten vielfach als Wohnungen. Rund um die Betriebe etablierten sich Gaststätten, Clubs und Cafés, in denen sich Händler:innen und Kürschner:innen trafen, Karten spielten, Geschäfte ausmachten und feierten.[120] So war ein »Sonderviertel« entstanden, in dem sich alles um den Pelzhandel drehte. Erst mit der Krise der Branche und unter dem Druck der Ausdehnung des Bankenviertels begann es sich seit Ende der 1980er-Jahre langsam aufzulösen.[121]

In der lokalen und bundesweiten Öffentlichkeit war das Frankfurter Bahnhofsviertel jedoch weniger für seine Pelzbetriebe bekannt als für das Sex- und Prostitutionsgewerbe, das mit der 1973 von der Stadt verfügten Legalisierung von Bordellbetrieben in diesem Areal massiv expandiert war. Bahnhofsviertel waren traditionell Orte der Sexarbeit, doch die Frankfurter Situation war exzeptionell, was die Konzentration und Ausbreitung des »Milieus« in diesem Areal betraf.[122] Neben deutschen Männern traten auch Arbeitsmigranten und GIs als Freier in Erscheinung. Seit Mitte der 1970er-Jahre lässt sich darüber hinaus aufseiten der Anbieter:innen sexueller Dienstleistungen und der Zuhälter ein Prozess der »Migrantisierung« des Gewerbes beobachten, oftmals verbunden mit irregulärer Migration aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Prostitutionsmigrant:innen kamen mit Touristenvisa, beantragten politisches Asyl oder gingen Ehen mit EG-Bürger:innen ein.[123] Die Schätzungen städtischer Dienststellen über den Ausländeranteil unter Prostituierten im Viertel changierten Anfang der 1980er-Jahre zwischen 33 % und 70 %.[124] Dabei rief die zunehmende Beteiligung afrikanischer Migrant:innen am Ge-

119 Ebd., S. 1 und 21.

120 Vgl. ebd., S. 4, 27 f. und 39–41; *Zeumer*, Die internationale Stellung der deutschen Rauchwaren-Wirtschaft, S. 67; *Gelzenleuchter*, Das Frankfurter Pelzviertel, S. 55 f.

121 Ebd., S. 68 f.; vgl. *Ute B. Fröhlich*, Die Pelzhändler wollen zusammenbleiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.1988, S. 27; *Wolfgang Müller-Haeseler*, Der Pelz wärmt nicht mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.4.1988, S. 13; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 212 f.

122 Vgl. ebd., S. 119–147; *Beste*, Morphologie der Macht, S. 253–256.

123 Vgl. *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 130 f.; *o. A.*, Razzia im Bordell, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.11.1976, S. 30; *o. A.*, Schlag gegen südamerikanische Bande, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.1977, ISG, S3, E 25.197; *o. A.*, Junger Afrikaner kassiert im Bordell und bei der Behörde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.1979, S. 49; *o. A.*, Das Amüsierviertel wird immer farbiger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.1979, S. 45. Sexarbeit ist bisher kaum aus einer migrationshistorischen Perspektive erforscht worden; vgl. aber die Hinweise bei *Sonja Dolinsek*, Gehandelte Frau oder unerwünschte Fremde? Zur Geschichte der Prostituierten als Migrantin in Deutschland (1950er–1980er Jahre), in: Ariadne, 2017, Nr. 72, S. 66–73; *Mareen Heying*, Huren in Bewegung. Kämpfe von Sexarbeiterinnen in Deutschland und Italien, 1980 bis 2001, Essen 2019, S. 157–162; *Martin*, Vice and Immoral Spaces, S. 190. Alisha Edwards arbeitet an einem Promotionsprojekt zur Geschichte transnationaler Arbeitsmigration und Sexarbeit.

124 Vgl. Haupt- und Finanzausschuß, Anregung des Ortsbeirates 1, 6.10.1981, ISG, A.20.01, 1.123; *Jürgen Schenk*, Polizei läuft Entwicklung hinterher, in: Frankfurter Rundschau, 15.1.1982, ISG, A.20.01, 1.123; Dr. Gemmer (Der Polizeipräsident in Frankfurt am Main) an Regierungspräsi-

werbe um 1980 teils rassistisch aufgeladene und gewaltsam ausgetragene Konflikte hervor.[125]

Während die Prostitutionsmigration in den 1980er-Jahren von Polizei, Medien und Hilfsorganisationen als Form des Menschenhandels charakterisiert und mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht wurde[126], kam Juanita Henning in einer Studie zu kolumbianischen Sexarbeiterinnen 1997 zu dem Schluss, dass sie als »interkontinentale Pendlermigration« weitgehend selbstorganisiert abliefe. Angesichts vergleichsweise hoher Einkünfte diente die Sexarbeit primär der ökonomischen Besserstellung, zum Teil auch der Unterstützung der Familie im Herkunftsland.[127] Henning zufolge bildeten Anfang der 1990er-Jahre Kolumbien, Thailand und die Dominikanische Republik mit über 85 % die Hauptherkunftsländer der Sexarbeiterinnen im Bahnhofsviertel.[128] Die Infrastruktur des Ankommens für die Pendelmigrantinnen, die ganz überwiegend mit Touristenvisa einreisten, bildeten einerseits die Bordellbetriebe, deren (oft ungastliche) Zimmer in der Regel zugleich als Wohnraum dienten, und andererseits ein Umfeld migrantischer Akteur:innen, die persönliche Dienstleistungen von Besorgungen über die Frisur bis zur Wäsche für die Frauen erledigten.[129] Die hohe Fluktuation dieser Migrant:innen und die rasche Ablösung dominierender Herkunftsländer zeigen, dass die mit dem Gewerbe verbundenen Ankommensprozesse nicht auf die langfristige Niederlassung zielten, sondern weitgehend funktional dem Ziel des zeitlich begrenzten Gelderwerbs untergeordnet waren.[130]

Das Ausmaß des Sexgewerbes fiel in den Bahnhofsvierteln Hamburgs und Münchens aufgrund von Sperrgebietsregelungen geringer aus; rund um den Hansaplatz mit seinen Stundenhotels und in der nördlichen Ludwigsvorstadt war es aber ebenfalls anzutreffen. Auf Basis einer Auswertung polizeilicher Akten taxierten die Kriminologen Jürgen Kahmann und Hubert Lanzerath den Anteil ausländischer Sexarbeiterinnen in Hamburg im Zeitraum von 1967 bis 1977 auf rund 6 % (vor allem aus Österreich; hinzu kamen knapp 16 % aus der DDR), während die Hamburger Polizei ihn Anfang der 1990er-Jahre auf etwa 25 % schätzte, wobei der Großteil nun

denten in Darmstadt, 27.8.1984, S. 5, ISG, II/12-2009, 381. Die hohe Spannbreite verweist bereits darauf, wie vorsichtig solche Angaben zu bewerten sind.

125 Vgl. *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 130–132; *o. A.*, Der Krieg der Zuhälter im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Neue Presse, 18.7.1980, ISG, S3, E 25.197; voller rassistischer Stereotype *Kroll*, Nachtasyl, S. 29–32, 53–55 und 181–190.

126 Vgl. Vermerk Kriminalhauptkommissar Bernhard Kowalski (K 13), 11.7.1988, ISG, V97, 68 Band 1; *o. A.*, Razzia gegen Menschenhandel, in: Frankfurter Rundschau, 20.8.1988, ISG, V97, 68 Band 1; *Dagmar Heine-Wiedenmann*, Umfeld und Ausmaß des Menschenhandels mit ausländischen Mädchen und Frauen, Stuttgart/Berlin etc. 1992 (zu Frankfurt am Main vor allem S. 256).

127 *Juanita Henning*, Kolumbianische Prostituierte in Frankfurt. Ein Beitrag zur Kritik gängiger Ansichten über Frauenhandel und Prostitution, Freiburg im Breisgau 1997, S. 33–39, hier: S. 35; vgl. ebd., S. 118 f.

128 Vgl. ebd., S. 11; dagegen finden sich etwas niedrigere Werte bei *Beate Leopold/Elfriede Steffan/Nikola Paul*, Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin etc. 1997 (zuerst 1994), S. 144.

129 Vgl. *Henning*, Kolumbianische Prostituierte, S. 117 und 137–141; *Prase*, Feuerteich, S. 84.

130 Zur hohen Fluktuation und dem raschen Wandel zentraler Herkunftsländer vgl. *Leopold/Steffan/Paul*, Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Situation, S. 146.

aus Thailand und Lateinamerika, zunehmend aber auch aus Osteuropa stammte.[131] In St. Georg als »Amüsierviertel Nr. 2« waren mehr migrantische Sexarbeiterinnen präsent als in St. Pauli, dem lokalen Zentrum des Gewerbes.[132] Ein rigoroses städtisches Vorgehen führte dagegen in München zur weitgehenden Verdrängung des Gewerbes in die Randbezirke und einem sehr geringen Anteil migrantischer Sexarbeiterinnen.[133] Orte wie die Goethestraße galten dennoch auch hier als »Lastermeile« mit einschlägigen »Etablissements«, wobei sich in den Quellen vereinzelt auch Hinweise auf nichtdeutsche Sexarbeiterinnen etwa aus Jugoslawien finden.[134]

Kriminelle Formen des Gelderwerbs spielten in allen Bahnhofsvierteln eine Rolle. So galt die Umgebung des Münchner Hauptbahnhofs der Süddeutschen Zeitung in den 1960er-Jahren als »Arbeitsmarkt für Verbrecher« und das Frankfurter Bahnhofsviertel der dortigen Polizei 1971 als »Schwerpunkt der Gewalt- und Raubkriminalität«.[135] Die Spannbreite reichte allerdings vom einfachen Diebstahl über das illegale Glücksspiel bis zur organisierten Bandenkriminalität, wobei Migrant:innen als Täter wie Opfer in Erscheinung traten.[136] Manche kriminellen Geschäfte, etwa die Vermittlung von »Scheinehen« mit deutschen Sexarbeiterinnen oder die Beschaffung gefälschter Papiere, ermöglichten Migrant:innen mit unsicherem Rechtsstatus einen Aufenthalt und beförderten so auf illegale Weise das Ankommen in der Stadtgesellschaft.[137] Dazu zählte auch die Ausstellung fingierter Mietverträge,

131 Vgl. ebd., S. 67–88; *Jürgen Kahmann/Hubert Lanzerath*, Weibliche Prostitution in Hamburg, Heidelberg 1981, S. 65–67.

132 Ebd., S. 73; Ausstellungswerkstatt St. Georg, St. Georg, S. 117–121, Zitat: S. 118. Zur Straßenprostitution in St. Georg vgl. auch Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 10/389, 19.10.1982; Leitstelle Gleichstellung der Frau/Amt für Jugend der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (Hrsg.), Prostitution in Hamburg, S. 30 und 57.

133 Vgl. *Leopold/Steffan/Paul*, Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Situation, S. 192–206; *Heine-Wiedenmann*, Umfeld und Ausmaß des Menschenhandels, S. 255 f. und 282; *Cornelia von Wrangel*, Noch findet der Täter hier Opfer und Unterschlupf dazu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.1987, S. 7–8.

134 *Martin Schäfer*, Adresse Goethestraße, in: Münchner Merkur, 14./15.8.1980, StAM, ZA, 14992; vgl. *Sven Loerzer*, Wirt klagt gegen Konzessionsentzug, in: Süddeutsche Zeitung, 10.9.1986, S. 16.

135 *Johann Freudenreich*, Bahnhofsviertel – Zug um Zug gesäubert, in: Süddeutsche Zeitung, 14.12.1960, S. 14; *ders.*, Ganovenbörse in der Bahnhofshalle, in: Süddeutsche Zeitung, 5.5.1966, S. 3; *o. A.*, Heißes Pflaster für Ganoven, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.1971, S. 33.

136 Eine in der Ludwigsvorstadt aktive »jugoslawische Bande« spezialisierte sich angeblich darauf, jugoslawische Migranten auszurauben, die kurz vor der Heimreise standen. Vgl. *Johann Freudenreich*, Alles, weil er Englisch konnte ..., in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.1975, S. 14; *o. A.*, Jugoslawen von Landsleuten ausgeplündert, in: Süddeutsche Zeitung, 20.10.1978, S. 16. Zu einer »türkischen Bande«, die Schutzgeld von Gastwirten aus der Türkei erpressen wollte, vgl. *Johann Freudenreich*, Schutzgeldring in der ersten Runde gestoppt, in: Süddeutsche Zeitung, 27.6.1983, S. 9. Zu Spielclubs vgl. Transkript Interview Alemdar, S. 13; *o. A.*, Illegaler Spielklub ausgehoben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.12.1974, S. 41; *Thomas Münster*, »Freundschaftsverein« war ein Spielclub, in: Süddeutsche Zeitung, 19.3.1985, S. 10; *o. A.*, Illegaler Spielclub war als Reisebüro getarnt, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.1986, S. 15.

137 Vgl. Transkript Interview Tsanikidis, S. 52 f.; *o. A.*, Das schäbige Geschäft mit Ehen zum Schein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.1981, S. 25; *Dieter Gräbner*, Eine Ehefrau für 5000 Mark!, in: Abendpost/Nachtausgabe, 13.5.1983, ISG, S3, V 26.052; *o. A.*, Diplomatenpaß auf dem Schwarzen Markt, in: Süddeutsche Zeitung, 29.10.1970, S. 11; *Herbert Neumann*, Gegen gutes Geld Dokumente aller Art, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1982, S. 7.

über die Migrant:innen ausreichend großen Wohnraum nachweisen konnten, um so den Nachzug von Familienangehörigen zu ermöglichen. Als 1984 in München aufflog, dass der Journalist İsmail Ü. Migrant:innen aus der Türkei systematisch Ehen und Mietverträge vermittelt hatte, unter anderem über einen extra zu diesem Zweck gegründeten Verein in der Bayerstraße, verteidigte er sich mit den Worten, sein Geschäft sei »aus der Not [vieler Migrant:innen] heraus entstanden«, die die Bundesregierung mit ihrer restriktiven Gesetzgebung zu verantworten habe.[138]

Bereits in den 1960er-Jahren waren die Viertel zentrale Orte des Drogenhandels, wobei Bars und Spielhallen als Umschlagplätze dienten.[139] Mit dem Heroinhandel, immer mehr Drogentoten und der zunehmenden Präsenz von Junkies im Stadtraum rückte der Drogenhandel und -konsum vor allem in Frankfurt und Hamburg seit den 1980er-Jahren in den öffentlichen Fokus.[140] Verantwortlich gemacht wurden dafür türkische, jugoslawische oder israelische Banden, vermehrt aber auch afrikanische Drogendealer.[141] Zeitgenössische Berichte legen nahe, dass nicht zuletzt das 1980 erlassene Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen und die fehlende Arbeitserlaubnis undokumentierter oder über Touristenvisa eingereister Migrant:innen diesem und anderen illegalen Arbeitsmärkten neue Kräfte zuführten.[142] Ein Beispiel ist der Pakistani Tahir I., der 1978 im Alter von etwa 17 Jahren in die Bundesrepublik migriert war und Asyl beantragt hatte. Dieser und mehrere Folgeanträge wurden abschlägig beschieden, Tahir I. erhielt jedoch eine Duldung und lebte noch 1985 in einem »Ausländerlager« nahe Hanau. Gemeinsam mit anderen jungen Pakistanis verdiente er im Frankfurter Bahnhofsviertel Geld im Haschischhandel.[143]

138 *Thomas Münster*, Fingierte Mietverträge für Landsleute, in: Süddeutsche Zeitung, 14.6.1984, S. 13. Zum Hintergrund vgl. *Lauren Stokes*, Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany, New York 2022, S. 51–56.

139 Vgl. Transkript Interview Sargut, S. 7 und S. 32; *Johann Freudenreich*, Lieber Bier als Rauschgift ..., in: Süddeutsche Zeitung, 7.9.1966, S. 9; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 179–182.

140 Vgl. ebd., S. 182–187; *Badde*, Der menschliche Faktor im Bahnhofsviertel; *Joho*, St. Georg lebt!, S. 119 f.; *Heinz Renn/Kurt-Jürgen Lange*, Stadtviertel und Drogenszene. Eine vergleichende Untersuchung zur Belästigung durch »offene« Drogenszenen in europäischen Großstädten, Hamburg 1995, S. 3–5 und 24–27.

141 Vgl. *o. A.*, Rund um den Bahnhof alle Facetten des Verbrechens, S. 33; *Franz Horeni*, Auf der Drogenszene zahlen die Deutschen die Zeche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.1982, S. 43; *o. A.*, Polizei kontrolliert Farbige, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.1985, S. 38; *o. A.*, Eine Heroin-Chronik, in: Hamburger Abendblatt, 28.3.1990, S. 4; *o. A.*, Kulturvereine als »Drogen-Zentren«, in: Hamburger Abendblatt, 31.10.1990, S. 7. Als zeitgenössische kriminologische Studie, die auf Deutungsmuster der Frankfurter Polizei rekurrierte und in ethnisierender Weise zwischen türkischen, arabischen und afrikanischen »Rauschmittelhändlern« mit jeweils eigenen Charakteristika unterschied, vgl. *Norbert Thomas*, Drogenkriminalität, Stuttgart/München etc. 1982, S. 119–134.

142 Vgl. *Maja Rost*, Gries über Asylanten besorgt, in: Frankfurter Neue Presse, 29.10.1981, ISG, S3, V 26.052; *Thomas*, Drogenkriminalität, S. 131; *o. A.*, »Gesetze müssen eingehalten werden, auch wenn es unbequem ist«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.2.1988, S. 36. Eine historische Erforschung der Rolle von Migrant:innen im Drogenhandel bildet ein Desiderat, vgl. aber *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 336–357. Für eine literarische Darstellung marokkanischer Jugendlicher ohne Arbeitserlaubnis im Frankfurter Bahnhofsviertel, die in die »Drogenszene« abrutschen, vgl. *Anatol Feid*, Achmed M. im Bahnhofsviertel, Mainz 1983.

143 Die biografischen Daten sind überliefert, da Tahir I. 1985 von einem US-amerikanischen Kunden erschossen wurde. Vgl. *o. A.*, Kopfschuß beendet Drogenhandel zwischen Asylbewerber und Soldat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.1985, S. 27.

Das »Milieu« der Bahnhofsviertel bedeutete für diese Migranten, die zum Teil im regionalen Umland wohnten, einen alternativen, hochgradig prekären Weg des Ankommens jenseits der versperrten regulären Beschäftigung oder der Rückkehr ins Herkunftsland.

In den Quartieren existierte so eine Vielfalt regulärer und irregulärer Erwerbsmöglichkeiten für Migrant:innen, vor allem im Bereich des Handels und der Dienstleistungen, die oftmals stadtweite oder sogar überregionale Ausstrahlungskraft entfalteten. Viele Geschäfte, Läden und Cafés fungierten als Treffpunkte und Informationsbörsen, die Neuankommenden Zugang zu Ressourcen ermöglichten, aber auch dem Aufbau mentaler Bindungen dienten. Migrantische Gewerbetreibende knüpften, ob im Einzelhandel oder in der Sexarbeit, vielfach an etablierte Erwerbsstrukturen in den Quartieren an. Eng mit der Stadtgesellschaft verflochten, profitierten viele zugleich von transnationalen Netzwerken. Dabei zielten manche Betriebe primär auf eine spezifische, oft national definierte Klientel von Migrant:innen, während andere einen offeneren, multinationalen Kundenkreis adressierten. Mit seinen starken Agglomerationstendenzen, ob im Sexgewerbe oder dem Pelzhandel, kam dem Frankfurter Bahnhofsviertel eine Sonderrolle zu, zu der verschiedene Faktoren, darunter politische Weichenstellungen, aber auch die Ausstrahlung der Stadt als Finanz- und Handelszentrum beigetragen hatten.

IV. Zwischen »Türk Danış« und der »Merkez Camii«: Orte der Beratung, Begegnung und Vergemeinschaftung

Zur Infrastruktur des Ankommens in den Bahnhofsquartieren, die es Migrant:innen erleichterte, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden und soziale Netze aufzubauen, zählten neben Gewerbebetrieben und informellen Treffpunkten rund um die Hauptbahnhöfe auch Beratungsstellen und Begegnungsstätten, die im Kontext der institutionalisierten Arbeitsmigration seit den 1960er-Jahren eingerichtet wurden[144], sowie Vereine und religiöse Institutionen.

In München befanden sich zentrale Anlaufstellen des Caritasverbands in der Altstadt und der Isarvorstadt; südlich des Hauptbahnhofs wurden 1963 Räume für ein Spanisches und 1970 für ein Italienisches Zentrum angemietet, hinzu kam die Slowenische Mission. Ziel war es, die Migranten »vom Bahnhof, von den Gaststätten fortzuholen«.[145] Mitte der 1960er-Jahre eröffnete die Innere Mission ein Griechisches Zentrum in der Landwehrstraße, in den frühen 1970er-Jahren kamen Bera-

144 Zur Beratungs- und »Betreuungsarbeit« der Verbände und der entstehenden »Ausländersozialarbeit« vgl. *Traugott Jähnichen/Uwe Kaminsky/Reinald Lucas*, Fürsorge – Beratung – Empowerment: Zur Geschichte der diakonischen Ausländersozialbetreuung für griechische Arbeitsmigranten, Kamen 2014; *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«, S. 146–159 (zur Betreuung von Migrant:innen aus der Türkei durch die AWO); *Dietrich Thränhardt/Jürgen Puskeppeleit*, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, Freiburg im Breisgau 1990.

145 *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 394; vgl. Kath. Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e. V. (Hrsg.), 30 Jahre Caritas Sozialdienst für Ausländer München, München 1987, S. 10–21; *Philip Zölls*, »Denn da waren meine Leute« – das Centro Español und die Frage nach dem selbstbestimmten Leben, in: *Marquart/Sterzinger-Killermann*, Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf!, S. 89–100.

tungsstellen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Viertel hinzu.[146] In Frankfurt lagen die »Betreuungszentren« zunächst nicht in Bahnhofsnähe, sondern im Nordend, Ostend, Sachsenhausen und der Innenstadt. Erst Ende der 1960er-Jahre wurden in der Taunus- und der Münchener Straße Beratungsstellen der Inneren Mission (für griechische) und der AWO (für türkische, jugoslawische, marokkanische und tunesische Migrant:innen) eingerichtet.[147] In St. Georg bildeten katholische Missionen, die Seelsorge und Sozialberatung vereinten, Anlaufstellen für Portugies:innen (seit 1965/67), Koreaner:innen (1971) und Kroat:innen (1974), während die Italienische und Spanische Mission sowie die AWO-Beratung für türkische Migrant:innen (»Türk Danış«) im östlich des Bahnhofsviertels gelegenen Stadtteil Borgfelde zu finden waren.[148] Manche Standorte waren bedingt durch die Sitze des jeweiligen Verbands. So lagen die Gewerkschaftshäuser in allen drei Städten in unmittelbarer Bahnhofsnähe und wurden mit der Einrichtung zentraler Beratungsstellen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) für ausländische Arbeitnehmer:innen seit 1970 zu Anlaufpunkten. In Hamburg war die Gründung einer solchen »Zentralstelle« verbunden mit der Einrichtung von Freizeitclubs unter anderem für jugoslawische und italienische Arbeiter:innen.[149]

Die Angebote von AWO, Caritas, Innerer Mission beziehungsweise Diakonischem Werk und DGB zielten in der Regel auf alle in der Stadt lebenden Migrant:innen einer Nationalität, sie fungierten als Anlaufstellen mit stadtweiter, zum Teil auch supralokaler Bedeutung. Das galt auch für die Volkshochschulen und den Internationalen Bund – Jugendsozialwerk e. V., die in den Bahnhofsvierteln Deutschkurse

146 Vgl. Innere Mission München, Diakonie in München und Oberbayern e. V. (Hrsg.), Festschrift 30 Jahre Griechisches Zentrum 1965–1995, München 1995; *Friedrich*, In der Freizeit kennen sie nur den Bahnhof, S. 14; *Alice Münscher*, Bestandsaufnahme der Ausländerarbeit in München – Stand: Dezember 1980, München 1981, S. 10–13 und 61 f.

147 Vgl. Sozialamt an Presse- und Informationsamt, 16.11.1965, ISG, A.51.02, 3287; Schreiben Caritasverband, 5.1.1966, ISG, A.51.02, 3287; *Gunter Hofmann*, Die Fremden unter uns. Ein Bericht über die Gastarbeiter in Frankfurt (3): Von der Arbeit der spanischen, griechischen, italienischen, türkischen und kroatischen Zentren, in: Frankfurter Neue Presse, 24.6.1969, ISG, A.51.02, 3287; Schmidt (Hauptamt) an Deutschen Städtetag, 2.3.1971, ISG, A.51.02, 3287; *o. A.*, Beratungsstelle für rund 70 000 Ausländer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.1975, S. 21. Die Beratungsstelle für griechische Migrant:innen wurde später vom Evangelischen Regionalverband in der Wiesenhüttenstraße 15 betrieben. Vgl. *Klaus Berndt/Ingrid Gissel* (Hrsg.), Rhein-Main-Buch. Alternativer Führer durch die Region, Frankfurt am Main 1982, S. 145 f.

148 Vgl. Kath. Kirchengemeinde St. Marien Hamburg (Hrsg.), St. Marien Kirche, Hamburg-St. Georg 1893–1993, Hamburg 1993, S. 69 f.; *Michael Joho*, Not sehen und handeln. 75 Jahre Caritasverband für Hamburg, Hamburg 2000, S. 84; Transkript Interview Verfasser mit Mesut S., Hamburg, 13.1.2023, S. 8–10.

149 Vgl. *Clemens Reichhold*, Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren. Das Beispiel Frankfurt am Main, Düsseldorf 2021, S. 73–89; *Anne Lisa Carstensen*, Gewerkschaften und migrantische Organisierungen und Kämpfe in Hamburg, in: *dies./Sabine Hess/Lisa Riedner* u. a., Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisierungen und Gewerkschaften in den 1970/1980er Jahren, Hamburg 2022, S. 37–153, hier: S. 59–95; *Dunkel/Stramaglia-Faggion*, »Für 50 Mark einen Italiener«, S. 254; Hans Maier (DGB Bayern) an Bürgermeister Helmut Gittel, 5.1.1979, StAM, AUSB, 258; *Münscher*, Bestandsaufnahme der Ausländerarbeit, S. 37 f.

und berufliche Fortbildungen für junge Migrant:innen anboten.[150] Das Ausmaß der Beratung war enorm: So leisteten die Sozialberater:innen der Portugiesischen Mission in Hamburg allein 1976 4.495 Einzelfallberatungen, davon 1.377 zu Arbeitsproblemen, 448 zu Wohnungsproblemen und 447 zu Gesundheitsfragen.[151] Da in ganz Hamburg nur rund 8.000 Portugies:innen lebten, wird ein großer Teil von ihnen die Beratung in Anspruch genommen haben. Die Zentralstelle des Frankfurter DGB führte 1974 9.179 Beratungen durch, zwei Jahre später waren es bereits 15.264. Knapp die Hälfte davon betraf arbeitsrechtliche Fragen.[152] Şener Sargut, der bis 1973 in der AWO-Beratungsstelle in der Münchener Straße arbeitete, erinnert sich, dass der Andrang vor ihrem Büro so groß war, dass Schlangen von Menschen »auf der Straße im Regen« gewartet hätten und von ehrenamtlichen Helfern »in Schach gehalten« werden mussten.[153] Mit Ausnahme der katholischen Missionen, die Sozialberatung und Seelsorge in einer Institution verbanden, fungierten die Beratungsstellen als funktionale Infrastrukturen, die primär Informationen und damit Orientierungswissen in der jeweiligen Muttersprache lieferten sowie Hilfestellungen bei Alltagsproblemen offerierten. Damit kam ihnen eine fundamentale Bedeutung für Ankommensprozesse in einer neuen Umgebung zu, während darüberhinausgehende Identitätsangebote nur in begrenztem Maße vermittelt wurden.

In den 1970er-Jahren durchliefen diese Infrastrukturen der Sozialberatung in mehrerer Hinsicht Wandlungsprozesse. Erstens wurden die zentralen, stadtweiten Angebote zunehmend durch dezentrale Anlaufstellen, unter anderem auch in weniger zentrumsnahen Stadtteilen mit hoher migrantischer Wohnbevölkerung ergänzt. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die zentralen Angebote etwa in den Bahnhofsvierteln an Bedeutung verloren. Gegen den Trend der Dezentralisierung richtete die Stadt München sogar 1983 ein »internationales Beratungszentrum« in der Ludwigsvorstadt ein. Seit 1975 hatte sich der städtische Ausländerbeirat hier um ein »Haus des Ausländers« bemüht. Der zunächst anvisierte Standort in der Landwehrstraße 46 wurde von den städtischen Gremien als »hervorragende zentrale Lage« bewertet, auch wenn ein um Rat gefragter Politikwissenschaftler Integrationsprozesse durch die Bahnhofsnähe gefährdet sah und Geschäftsleute den Standort zu verhindern suchten.[154] Nachdem eine neue CSU-Mehrheit im Stadtrat das Konzept auf Beratungsfunktionen reduziert hatte, wurde das Zentrum schließlich in der

150 Vgl. Münchner Volkshochschule, Programm für ausländische Arbeitnehmer, Herbst 1979, StAM, KOE-KJR, 3; Lindemann (Arbeits- und Sozialbehörde, Amt für Arbeit und Sozialordnung) an Sibylle Uken, 4.9.1972, StAHH, 351-10 II, 1545; *Münscher*, Bestandsaufnahme der Ausländerarbeit, S. 14, 66–71 und 101 f. In München bot auch das italienische Berufsbildungswerk ENAIP mit Sitz in der Goethestraße solche Kurse an. Vgl. ebd., S. 14 und 44 f.

151 Vgl. Jahresbericht 1979 der Portugiesischen Katholischen Mission, 31.3.1980, S. 2, Diözesanarchiv Erzbistum Hamburg, Karton »aulss frseb«, Mappe »Portugiesenseelsorge 1971–1998«.

152 Vgl. *Reichhold*, Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren, S. 84; ISG, A.51.02, 6250.

153 Transkript Interview Sargut, S. 15–17, hier: S. 16.

154 Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Beschluß des Kreisverwaltungsausschusses vom 25.4.1978, S. 5, StAM, KOE-KJR, 3; vgl. *o. A.*, Haus des Ausländers steht vor der Tür, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9.4.1978, S. 17–18.; Univ. Prof. Dr. Dr. Franz Schneider (Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Politikwissenschaft) an Oberbürgermeister Erich Kiesl, 23.6.1978, StAM, AUSB, 258; Jakob Baumann (Stadtrat a. D.) an Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier, 28.6.1978, StAM, AUSB, 256.

Goethestraße 53 eingerichtet. Dort bot es städtischen Dienststellen und Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände Räume, während Vereine von Migrant:innen keine Aufnahme fanden.[155]

Zweitens sorgte der zunehmende Familiennachzug, die längerfristige Niederlassung von Migrant:innen in westdeutschen Städten und eine gestiegene Zahl an Kindern und Jugendlichen dafür, dass sich der Fokus vieler Beratungsstellen in den 1970er-Jahren von der klassischen »Gastarbeiterbetreuung« hin zur Familienberatung sowie der Frauen- und Jugendarbeit verschob beziehungsweise erweiterte.[156] Explizit im Fokus standen solche Angebote beim »Internationalen Familienzentrum Frankfurt«, das 1976 in Bockenheim gegründet worden war und 1980 eine Dependance am Wiesenhüttenplatz im Bahnhofsviertel eröffnete, wo neben der Familienberatung auch Sprachkurse, Frauengruppen und Lehrgänge für ausländische Jugendliche angeboten wurden.[157] Im Unterschied zu den Beratungsstellen der großen Wohlfahrtsverbände zielte diese Arbeit nicht nur auf spezifische Nationalitäten.

Ein multinationaler Ansatz charakterisierte auch die seit den frühen 1970er-Jahren entstandenen Bürgerinitiativen im Feld der »Ausländerarbeit« – eine dritte zentrale Entwicklung im Feld der Sozialberatung. Dazu zählte etwa die »Initiativgruppe Betreuung von ausländischen Kindern e. V.«, die sich 1971 in München gegründet hatte und mit Sitz in der Landwehrstraße stadtweit Hausaufgabenhilfen organisierte.[158] Andere Initiativgruppen setzten stärker auf Stadtteilarbeit und quartiersbezogene Projekte. Die 1980 als Begegnungsstätte ins Leben gerufene »Ausländerinitiative St. Georg« richtete sich etwa primär an die Bewohner:innen des Stadtteils.[159] Im Frankfurter Bahnhofsviertel ging aus der Jugendarbeit des Evangelischen Regionalverbands eine Initiativgruppe migrantischer Jugendlicher hervor. Der Verband hatte seit 1975 ein »Internationales Jugendzentrum« in der Weserstraße betrieben, mit dem Ziel, die Jugendlichen des Viertels »von der Straße zu holen«. Fünf Jahre später zählten rund 450 Jugendliche aus 22 Nationen zu seinen regelmäßigen Besucher:innen.[160] 1980 kam es zum Konflikt zwischen dem Verband und den jugendlichen Nutzer:innen, die sich daraufhin unter dem Namen

155 Vgl. die umfangreiche Überlieferung in StAM, AUSB, 256, 268, 270, 271, 280; StAM, ZA, 507.

156 Vgl. unter anderem *Alice Münscher/Aso Agace/Meral Akkent* u. a., Beratungsansätze in der Ausländerfrauenarbeit. Bericht über eine Arbeitstagung mit siebzehn Projektbeispielen, München 1985.

157 Vgl. ebd., S. 65–88; *o. A.*, An Feiertagen klappt die Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1981, S. 30; *o. A.*, »Allein sind wir dem Ansturm nicht gewachsen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.5.1982, S. 38; *o. A.*, »Ein Mikrokosmos der modernen Sozialarbeit«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.5.1984, S. 28; *Detlev Janik*, Ein Verein, der mit den Problemen gewachsen ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.1986, S. 40.

158 Vgl. Infoblatt INITIATIVGRUPPE Betreuung von ausländischen Kindern e. V., o. D. [circa 1972], StAHH, 351-10 II, 1545; *Münscher*, Bestandsaufnahme der Ausländerarbeit, S. 63–65. Zu Initiativgruppen in der »Ausländerarbeit« vgl. auch *Thränhardt/Puskeppeleit*, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, S. 181–194.

159 Vgl. *Jens-Peter Müller*, Deutsche kommen selten, in: *Joho*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 150–152. In München fokussierten stadtteilorientierte Ansätze vor allem auf Haidhausen.

160 *Peter Lückemeier*, Weg von Hasch, Alkohol und Prostitution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.6.1980, S. 29; vgl. *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 219–223; zur Jugendarbeit mit migrantischen Jugendlichen *Max Schellbach*, Emanzipation im Ghetto? Traditionslinien

»Internationales Jugendwerk« und unterstützt von erwachsenen Sozialarbeitern um eigene Räume bemühten.[161] Sie argumentierten mit der Schaffung einer Alternative zu »Spielsalons und Peep-shows« sowie zum kriminellen Milieu der Umgebung, aber auch mit ihrer Bindung an das Quartier.[162] In der Initiative zeigte sich insofern der Versuch einer multinational zusammengesetzten Gruppe Jugendlicher der »zweiten Generation«, sich eigene Räume im Viertel zu schaffen.

Ebenso wie Beratungsstellen und Begegnungsstätten waren auch Vereine von Migrant:innen in allen drei Bahnhofsvierteln vertreten. Dabei lassen sich Vereine auf nationaler Basis mit stadtweitem Vertretungsanspruch von stärker (partei-)politisch orientierten Vereinen unterscheiden. Den Übergang von informellen sozialen Treffpunkten zu Vereinsstrukturen verdeutlicht die Entstehungsgeschichte des 1964 gegründeten »Portugiesischen Freizeitzentrums in Hamburg e. V.« (»Associação Portuguesa em Hamburgo«). Zunächst bot sich das »Haus der Jugend« in St. Georg Arbeitsmigranten aus Portugal, die sich am Bahnhof trafen, als Treffpunkt an. Dort unterstützte sie ein Dozent, der Portugiesisch sprach, bei der Gründung eines Vereins, der schließlich im März 1965 eigene Räume in der Langen Reihe anmietete. Dort trafen sich neben klassischen Arbeitsmigrant:innen auch politische Flüchtlinge.[163]

Viele Vereine waren anfangs eng mit deutschen Wohlfahrtsverbänden oder dem DGB verbunden. Das war der Fall beim »Jugoslawischen Klub«, der 1971 in der Repsoldstraße 4 neben dem Hamburger Gewerkschaftshaus gegründet wurde und einen täglichen Kneipenbetrieb, aber auch größere Musik-, Folklore- und Sportveranstaltungen organisierte[164], sowie beim 1964 von linken türkischen Studierenden in Frankfurt gegründeten »Türkischen Volkshaus« (»Türk Halkevi«). Dieses war eng mit der AWO verbunden, mit der es 1970 ins Bahnhofsviertel umzog, bevor es 1978 eigene Räume am Baseler Platz bezog.[165] Bei der Standortwahl war es den

---

kritischer Sozialarbeit mit migrantischen Jugendlichen in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre, Masterarbeit, Halle an der Saale 2023.

161 Vgl. ISG, A.51.02, 5528; *o. A.*, Die Hauptlast liegt auf den Schultern der Kirchen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1981, S. 48; *o. A.*, Der Umzug hat sich verzögert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.3.1981, S. 50; *o. A.*, Jugendwerk kann weiterarbeiten, in: Frankfurter Neue Presse, 30.10.1981, ISG, S3, P 17.700.

162 Flugblatt »Das Internationale Jugendwerk e. V. (IJW) sammelt«, o. D., ISG, A.51.02, 5528; vgl. *o. A.*, Eine Alternative zu Bars und Spielsalons, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.1982, S. 33; *o. A.*, Sport kontra Spielsalons, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.3.1983, S. 30.

163 Vgl. *Martin Kempe*, Die portugiesischen Hamburger. Eine besondere Geschichte von Arbeit und Leben, Hamburg 2020, S. 62–65; Arbeits- und Sozialbehörde, Informationsgespräch über Probleme ausländischer Arbeitnehmer in Hamburg am 10.3.1965, S. 4, Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), 556-8, Bd. 3.

164 Vgl. Transkript Interview Verfasser mit Velebit Grbić, Hamburg, 13.7.2021, S. 11–24; *o. A.*, Jugoslawen suchen Verständigung, in: Hamburger Abendblatt, 20.9.1971, S. 4. *Brigitte Le Normand*, Citizens without Borders. Yugoslavia and Its Migrant Workers in Western Europe, Toronto/Buffalo etc. 2021, S. 137–164, verortet diese Clubs im Spannungsfeld zwischen transnationaler Governance durch den jugoslawischen Staat und Initiativen ›von unten‹.

165 Vgl. *Reichhold*, Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren, S. 51–72; *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, S. 153–155; Transkript Interview Sargut, S. 20–23; *Maria Pohlmann*, »... gleiche Rechte in der BRD«, in: *Irene Hübner* (Hrsg.), Mehr als Milieu. Ein literarisch-politisches Lesebuch der Schreibwerkstatt Leben im Bahnhofsviertel Frankfurt, Frankfurt am Main 1987, S. 105–108; Mietvertrag Türkisches Volkshaus e. V.,

Aktivist:innen einerseits wichtig, ein Lokal in genau diesem Stadtteil zu beziehen, andererseits präferierten sie ausreichend räumlichen Abstand zum »Vergnügungsviertel«.[166] Möglicherweise hing dies auch mit der Jugend- und Familienarbeit des Vereins zusammen. Diese Arbeit, die von der Stadt finanziell gefördert wurde, betrieb das Volkshaus jedoch nicht nur im Bahnhofsviertel, sondern seit 1975/76 auch in Bockenheim und Bornheim.[167] Ähnlich wie bei manchen deutschen Wohlfahrtsverbänden lässt sich insofern auch hier eine Kombination aus zentralem Angebot in Bahnhofsnähe und Stadtteilarbeit in den Wohngebieten ausmachen. 1988 zählte das Volkshaus zwar nur rund 150 Mitglieder, ging jedoch davon aus, mit der eigenen Arbeit »etwa tausend Familien im Rhein-Main-Gebiet« anzusprechen.[168] Die Größe beziehungsweise Ausstrahlungskraft einzelner Vereine verdeutlicht auch das »Zentrum der Jugoslawen in München e. V.«, das als Zusammenschluss mehrerer nationaler Clubs seit 1978 ein Gebäude in der Schwanthalerstraße 80 nutzte. Fast zehn Jahre später hatte das Zentrum rund 1.500 Mitglieder, die auf knapp 200 Quadratmetern vielfältige Aktivitäten im kulturellen, sportlichen und Bildungsbereich entfalteten.[169] Während sich die Beratungsstellen auf die Vermittlung von Informationen und die Hilfe bei Alltagsproblemen konzentrierten, wirkten die Vereine so auch als soziale Räume der Vergemeinschaftung und für Freizeitaktivitäten.

Migrantische Vereine waren zumeist eingebettet in transnationale Netzwerke, wobei sich viele von ihnen explizit auf politische Strömungen in den Herkunftsländern bezogen.[170] Politische Konflikte dort wirkten sich auch auf die Bundesrepublik aus und wurden in Bahnhofsvierteln zum Teil gewaltsam ausgetragen. So kam es am Steindamm in Hamburg mehrfach zu Schlägereien zwischen maoistischen Aktivisten und Anhängern der »Grauen Wölfe«.[171] Die Münchner Volkshochschule be-

30.11.1978, ISG, A.51.02, 3304. Für den Versuch, in München ein Volkshaus zu gründen, vgl. M. Babur Çağatay an Dr. Kronawitter, 22.2.[19]78, StAM, AUSB, 279.

166 Aus diesem Grund nahm das Volkshaus Abstand davon, eine Etage in der Münchener Straße anzumieten. Vgl. Frankfurt M. Türk Halkevi/Türkisches Volkshaus e. V. an Sozialamt, 2.2.1979, ISG, A.51.02, 3304.

167 Vgl. Jugendamt, Jugendpflege, Zusammenarbeit mit dem Türkischen Volkshaus, 11.3.1977, ISG, A.51.02, 5617. 1980 hatte der Verein bereits vier Stadtteilgruppen. Vgl. Frankfurt/M. Türk Halkevi/Türkisches Volkshaus e. V., Sachbericht Darstellung der durchgeführten Arbeiten 1980, 17.2.1981, ISG, A.51.02, 3304.

168 *O. A.*, Die Integration sollte man unterstützen, in: Stadtt-R. West, 5.5.1988, ISG, S3, 18105.

169 Vgl. Landeshauptstadt München, Kulturreferat, Beschluß des Kulturausschusses vom 22.10.1987, StAM, KULR, 417.

170 Vgl. *Alexander Clarkson*, Die Macht der Diaspora. Die unbekannte Geschichte der Emigranten in Deutschland seit 1945, Berlin 2022; *ders.*, Fragmented Fatherland. Immigration and Cold War Conflict in the Federal Republic of Germany, 1945–1980, New York/Oxford 2015 (zuerst 2013); *Simon Goeke*, »Wir sind alle Fremdarbeiter!« Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre, Paderborn 2020, S. 247–352.

171 Vgl. Flugblatt Verein der Arbeiter aus der Türkei in Hamburg »Aufruf an alle Demokraten!«, Juli 1977, StAHH, 136-3, 66; Türkei-Nachrichten (Devrimci Sol), Dezember 1981, Nr. 4, S. 12. Zu politischen Migrantenorganisationen aus der Türkei vgl. *Templin*, Der Revolutionäre Weg ... ins Hamburger Exil; *Ertekin Özcan*, Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, West-Berlin 1989.

richtete über rechte und linke politische Graffiti, die türkische Jugendliche auf dem Höhepunkt der Polarisierung in der Türkei 1980 in ihrem Gebäude hinterließen. Dabei machte sich aus VHS-Sicht die direkte Nachbarschaft zum Vereinszentrum der »Grauen Wölfe« bemerkbar.[172] Dass Vereine ganz unterschiedlicher, auch radikaler und konkurrierender politischer Ausrichtung in den Bahnhofsvierteln verortet waren[173], machte sie zu prädestinierten Räumen politischer Konfliktaustragung. In den 1980er-Jahren war es der Krieg zwischen dem türkischen Staat und der PKK, der den Hintergrund politischer Gewalt in westdeutschen Bahnhofsvierteln bildete. So kam es unter anderem zu Besetzungen von und Angriffen auf Büros der Turkish Airlines durch kurdische Aktivist:innen.[174] Die PKK ging auch gegen linke Gegner:innen vor, wobei es in St. Georg 1986/87 zu einem Mord und einem Sprengstoffanschlag auf das Büro einer konkurrierenden kurdischen Organisation kam.[175]

Neben Beratungsstellen und Vereinen dienten religiöse Institutionen Migrant:innen in den Bahnhofsvierteln als wichtige Anlaufpunkte. Dabei handelte es sich um etablierte oder im Zuge internationaler Migrationsprozesse neu entstehende Institutionen. In Hamburg und München gab es katholische Kirchen in Bahnhofsnähe, in denen auch Migrant:innen aus Italien, Spanien, Portugal und Korea beziehungsweise Kroatien ihre Gottesdienste abhielten.[176] Hinzu kam zu Beginn der 1970er-Jahre die Gründung von Moscheevereinen, anfangs oft in Hinterhöfen oder sogar als »Untergrundmoschee« wie in Frankfurt, wo ein Tiefkeller in der Münchener Straße genutzt wurde.[177] In München konzentrierten sich entsprechende Gebetsräume in der Landwehrstraße, 1990 bestanden dort bereits fünf Moscheen

172 Vgl. Münchner Volkshochschule, Abteilung ausl. Arbeitnehmer, Dr. J. Vogel, »Graue Wölfe« an der Münchner Volkshochschule?, 3.7.1980, StAM, AUSB, 266. Zur Jugendarbeit der »Grauen Wölfe« in München, deren Lokal in der Landwehrstraße 50 lag, vgl. *o. A.*, Bericht über die Tätigkeit der Grauen Wölfe, 7.7.1980, StAM, AUSB, 266.

173 Dies galt in München auch für italienische Migrant:innen. Sowohl die MSI-nahe Sozialberatung ENAS als auch der PCI-nahe Verein »Rinascita« hatten in den 1980er-Jahren Lokale in Bahnhofsnähe. Vgl. Verwaltungsdirektor Esser (Direktorium Abteilung für Zentrale Verwaltungsangelegenheiten) an E.N.A.S., 12.9.[19]80, StAM, AUSB, 271; Landeshauptstadt München (Hrsg.), Interview mit Orazio Vallone, 8.12.2016, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=B0aPNvUgq3s> (30.6.2024).

174 Vgl. *Prase*, Feuerteich, S. 119; *o. A.*, Kurden besetzten in Hamburg türkisches Flugbüro, in: Hamburger Abendblatt, 7./8.3.1987, S. 13; *o. A.*, Vorgetäuschtes Attentat auf Büro der »Turkish Airlines«, in: Süddeutsche Zeitung, 6.4.1987, S. 13.

175 Vgl. *Templin*, Der Revolutionäre Weg … ins Hamburger Exil, S. 231 f.; *o. A.*, Bombe am Steindamm, in: Hamburger Abendblatt, 26.3.1987, S. 1.

176 Vgl. *Isabella Schmid*, Im Zeichen des brennenden Herzens. Exilkroaten in der Bundesrepublik, in: Kursbuch, 1980, Nr. 62, S. 111–119, hier: S. 114; *Frauke Selle*, St. Georg intim, in: Hamburger Abendblatt, 31.5./1.6.1975, Wochenend-Magazin, S. 1 f.

177 Vgl. ebd.; Satzung der Gesellschaft der türkischen Arbeiter in Hamburg und Umgebung zur Gründung und Errichtung einer Moschee, 4.1.1970, StAHH, 131-1 II, 5877; *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 160; Transkript Interview Sargut, S. 29 f.; *o. A.*, Moschee brennt im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.1984, S. 47; *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«, S. 423–446; für West-Berlin *Thomsen Vierra*, Turkish Germans in the Federal Republic of Germany, S. 163–192.

verschiedener Vereine.[178] Diese dienten nicht nur religiösen Bedürfnissen, sondern fungierten auch als soziale Treffpunkte. Die Hamburger Zentrumsmoschee (»merkez camii«), die 1977 in einer ehemaligen Badeanstalt auf über 500 Quadratmetern eröffnet wurde, besaß eine eigene Schlachterei, Frauen-, Kinder- und Sportgruppen sowie einen Videoverleih. Im Moscheeverein setzte sich um 1980 die islamistische Strömung »Millî Görüş« durch und öffnete die bisher Türk:innen vorbehaltene Moschee im Sinne ihrer panislamischen Orientierung für Migrant:innen aus Albanien, Jugoslawien, Pakistan oder Afrika, die wiederum in den Folgejahren eigene Moscheen, quasi als nationale Ableger, in der Umgebung etablierten.[179] Islamistisch orientiert war auch die 1981 gegründete Pakistanisch-Islamische Gemeinde im Frankfurter Bahnhofsviertel, deren Anhänger 1989 für das Verbot von Salman Rushdies Buch »Die satanischen Verse« auf die Straße gingen.[180] Zur Ironie der Geschichte gehörte es, dass die Moscheegemeinden in den Quartieren von »Sexshops und Spielhöllen« umgeben waren – Phänomene, die die Vereinsvertreter als moralische Gefahr erachteten und denen sie ein alternatives, von konservativer Moral, Religiosität und einem politisierten Islam geprägtes Subjektivierungsangebot entgegenzusetzen trachteten.[181]

Kirchen und Moscheen, Vereine, Beratungsstellen und Begegnungsstätten prägten und erweiterten die dichte Infrastruktur des Ankommens von und für Migrant:innen, die sich in den Bahnhofsvierteln herausbildete und die neben praktischer Unterstützung im Alltag Möglichkeiten der Vergemeinschaftung bot, die sich national, ethnisch, religiös oder politisch begründeten. Zielgruppe waren in der Regel die Migrant:innen einer entsprechend definierten Gruppe aus der ganzen Stadt, während die Bevölkerung der Bahnhofsquartiere selbst nur für wenige Initiativen den primären Adressat:innenkreis bildete. Die sozialen Infrastrukturen waren insofern auf das Engste mit den Entwicklungen in der gesamten Stadt und in anderen Stadtteilen verbunden. Die »Bewahrung der kulturellen Identität«, die für viele Vereine zentral war[182], stand dabei in einem mehr oder weniger stark ausgeprägten Spannungsfeld zur Anpassung an die westdeutsche Gesellschaft. Während

178 Vgl. *Konrad Schüller*, Insel des Glaubens, in: Süddeutsche Zeitung, 10.4.1990, S. 17; *Philip Anderson*, Muslime in München, hrsg. von der AusländerInnenbeauftragten der Landeshauptstadt München, München 1996.

179 Vgl. *Ursula Mıhçıyazgan*, Moscheen türkischer Muslime in Hamburg. Dokumentation zur Herausbildung religiöser Institutionen türkischer Migranten, Hamburg 1990, S. 13–36; zur Geschichte von Millî Görüş *Werner Schiffauer*, Nach dem Islamismus. Eine Ethnografie der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, Berlin 2010, S. 60–100.

180 Vgl. *Gabriele Mielcke*, Die heiligen Gesetze Allahs gelten auch im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.1.1989, S. 49; *o. A.*, Schweigemarsch gegen Rushdie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.1989, S. 33.

181 *Schüller*, Insel des Glaubens; vgl. *Anderson*, Muslime in München, S. 19 und 41. *Schiffauer*, Nach dem Islamismus, S. 46–48 verweist auf die Herausbildung einer strengen Religiosität und die Funktion der Moscheen als »Ersatz-Heimat« in Abgrenzung zur »gottverlassenen Umgebung«. Ebd., S. 46 f.

182 So Ülkü Schneider-Gürkan, führende Aktivistin des Türkischen Volkshauses Frankfurt, zit. in: *o. A.*, Wichtiges Ziel: Bewahrung der kulturellen Identität, in: Frankfurter Nachrichten, 8.3.1979, ISG, S3, 18105. Die doppelte Stoßrichtung der Vereinsarbeit wird auch betont in: Frankfurt/M. Türk Halkevi/Türkisches Volkshaus e. V., Sachbericht Darstellung der durchgeführten Arbeiten 1980, 17.2.1981, ISG, A.51.02, 3304.

Beratungsstellen deutscher Verbände primär praktisches Orientierungswissen für den Alltag in der neuen Umgebung vermittelten, standen bei migrantischen Vereinen und religiösen Institutionen Aspekte von mentaler Orientierung und Zugehörigkeit beziehungsweise Identität im Vordergrund. Gleichzeitig waren diese Räume und Institutionen in der Regel nicht nur Knotenpunkte im städtischen Alltag, sondern auch eingebunden in transnationale Netzwerke. Ankommen vor Ort war aus der Perspektive dieser Strukturen verbunden mit dem fortgesetzten Bezug zur Herkunftsgesellschaft, was auch auf die nicht klar definierte zeitliche Dimension der Migration verweist, deren Charakter als Einwanderungsprozess nicht nur vom bundesrepublikanischen Staat lange grundsätzlich geleugnet wurde.[183]

V. Vom »Ausländerghetto« zum »kosmopolitischen Viertel«? Quartierswandel und die Perspektiven der deutschen Stadtgesellschaft

Welche Perspektiven entwickelten nun deutsche Akteur:innen der jeweiligen Stadtgesellschaften auf die Bahnhofsviertel und ihre zunehmende Prägung durch internationale Migrationsprozesse? Und wie lassen sich diese im historischen Wandel der Quartiere verorten? Es ist bereits deutlich geworden, dass der notorische Ruf von Bahnhofsvierteln ins frühe 20. Jahrhundert zurückreichte und sich nach 1945 weiter verschlechterte. Die stadthistorischen Entwicklungen der Nachkriegsjahrzehnte – Prozesse von Suburbanisierung, City-Erweiterung und dem Verfall der historischen Bausubstanz in den innerstädtischen Kerngebieten – beschleunigten die Abwertung und den Exodus deutscher Bewohner:innen.

Auf die Krise der Innenstädte und das Wachstum der migrantischen Bevölkerung reagierte die westdeutsche Gesellschaft in den frühen 1970er-Jahren mit der Beschwörung der Gefahr von »Ausländerghettos« in den Großstädten. Als Stadtteile mit den höchsten Ausländeranteilen – einer Kategorie, die zumeist als Gradmesser der Problematisierung galt – standen auch die Bahnhofsviertel im Fokus dieses Diskurses. Die von der Stadt München in Auftrag gegebene und 1972 veröffentlichte »Problemstudie« war in dieser Hinsicht wegweisend, was die Zusammenarbeit von Kommunalverwaltungen und Sozialwissenschaftler:innen anging, aber auch die Rezeption durch Medien und andere Kommunen.[184] Auf ihrer Grundlage warnte das Münchner Kreisverwaltungsreferat in rassistischer Manier vor »eindringende[n] fremdartige[n] Gruppen« und befürchtete, dass es »in Bälde Ausländergettos und zum Teil kaum noch bewohnbare Stadtteile geben könnte«.[185] Dies mündete in den Beschluss einer Zuzugssperre für Ausländer:innen in Stadtteile wie das Wiesenvier-

183 Vgl. *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«; *Alexopoulou*, Deutschland und die Migration. Zu divergierenden Perspektiven auf diese Frage auch innerhalb migrantischer politischer Communities vgl. exemplarisch *Templin*, Der Revolutionäre Weg ... ins Hamburger Exil, S. 229 f. Das Türkische Volkshaus Frankfurt erklärte 1988, dass die »Einsicht, daß viele Landsleute auf Dauer hier bleiben werden, [...] sich auch auf die Arbeit des Vereines ausgewirkt« habe. *O. A.*, Die Integration sollte man unterstützen, in: Stadtt-R West, 5.5.1988, ISG, S3, 18105.

184 Vgl. *Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte, S. 251–260; Landeshauptstadt München, Kommunalpolitische Aspekte.

185 Landeshauptstadt München, Referat für Kreisverwaltung und öffentliche Ordnung, Beschluß des Kreisverwaltungs- und Polizeiausschusses vom 13.12.1973, S. 2 und 9, StAM, DIR-ZR, 689.

tel, um die weitere »Ghettobildung« zu stoppen. Angesichts öffentlicher Kritik und einer Studie, die auch auf »Vorteil[e] einer gewissen Konzentration von Gastarbeitern« hinwies, aber auch aus Furcht vor einer Zunahme illegal in den Quartieren lebender Migrant:innen wurde die Regelung jedoch bereits im Januar 1975 wieder aufgehoben.[186]

Der Ghettodiskurs war auch in Frankfurt und Hamburg zu beobachten, wobei die Entwicklungen in München und auch West-Berlin als Bezugspunkt dienten.[187] So sprach die Frankfurter Allgemeine Zeitung 1973 von »Ausländer-Gettos rund um den Hauptbahnhof«, eine Perspektive, die eine sozialwissenschaftliche Auftragsstudie vier Jahre später bekräftigte und die um 1980 eine erneute mediale Konjunktur erlebte.[188] Auch in Hamburg befürchtete man eine »Getto-Bildung« in innerstädtischen Arealen wie St. Georg, das nun immer öfter als »Klein Istanbul« bezeichnet wurde.[189] Die Stadt entschied sich nach intensiven Überlegungen zur Auflösung der »Ausländerkonzentrationen« jedoch 1976 gegen Zuzugssperren und fokussierte sich auf eine Kombination aus restriktiven und sozialen Maßnahmen für den südlich der City gelegenen Stadtteil Wilhelmsburg, der im Vergleich zu St. Georg geringere Ausländeranteile, aber eine höhere Dynamik in dieser Hinsicht aufwies.[190]

Auch deutsche Quartiersbewohner:innen rekurrierten auf Ghetto- und Überfremdungsdiskurse, wenn sie etwa – wie die lärmgeplagten Anwohner:innen der Zentrumsmoschee in Hamburg – beklagten, sie lebten doch »schließlich als Deutsche in Deutschland und in keiner türkischen Provinz, auch wenn es in diesem Stadtteil durchaus den Anschein hat«.[191] In Frankfurt zog der »Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner« eine Verbindung von migrantischer Wohnbevölkerung und hoher Kriminalität, wenn er erklärte, dass sich »die vielen älteren Menschen in der meist nur noch von Ausländern bewohnten Gegend nicht mehr wohl« fühlten und sich »abends schon gar nicht mehr auf die Straße [trauten], weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher seien«.[192] Insgesamt blieben solche Stimmen aber vereinzelt und minoritär. Prägender war der Trend

186 *Karl-Otto Saur*, Keine Gastarbeiter-Sperre in Stadtvierteln, in: Süddeutsche Zeitung, 14.1.1975, S. 9; vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 151–157; *Dunkel/Stramaglia-Faggion*, »Für 50 Mark einen Italiener«, S. 162 f.

187 Vgl. *o. A.*, Planungsanwalt für wen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.3.1972, S. 30; Kruse an Senatskanzlei, Rechtsamt, 1.3.1974, StAHH, 131-21, 3210; *Harald Naumann*, Ausländer-Flut strömt in die City, in: Hamburger Abendblatt, 15.11.1974, S. 3.

188 *O. A.*, Ausländer-Gettos rund um den Hauptbahnhof, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.4.1973, S. 49; vgl. *Irene Oswalt*, Studie sagt exotische Stadtviertel voraus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.12.1977, S. 29; *dies.*, Angelpunkt der Eingliederung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1980, S. 28; *Karpf*, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 195 f.

189 *Karl Denkner*, Neues Leben im alten St. Georg, in: Hamburger Abendblatt, 9.1.1974, S. 3; vgl. *Naumann*, St. Georg darf sein Gesicht nicht verlieren!; *ders.*, Ausländer-Flut strömt in die City.

190 Vgl. *Templin*, Urbane Geographien des Ankommens, S. 444–451.

191 H. Carly – Buch- und Illustrationsdruck, Reprosatz, Buchbinderei, Inh. Enrique N. an Wirtschafts- und Ordnungsamt, 8.8.1976, StAHH, 131-1 II, 5877.

192 *O. A.*, »Das Bahnhofsviertel ist als Wohngegend nicht mehr zumutbar«, in: Frankfurter Nachrichten, 19.4.1979, ISG, S3, E 25.197. Zur zeitgenössischen Verknüpfung von Migration und Kriminalität in der öffentlichen Wahrnehmung, allerdings primär aus einer quartiersexternen Perspektive, vgl. auch *o. A.*, Warum Frankfurt nicht schrumpft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.7.1974, S. 27.

zum Wegzug aus dem Viertel, während sich die »Dagebliebenen«, oft ältere Deutsche, mit der Situation arrangierten.

Die neue Diskursfigur des »Ausländerghettos« ersetzte allerdings nicht etablierte Topoi wie den des »Rotlichtviertels«. Insbesondere im Frankfurter Fall überlagerten Problemlagen wie Kriminalität, Sexgewerbe und Drogenhandel im öffentlichen Diskurs die Migrationsthematik oder verwoben sich mit dieser. Nirgends sonst lag der mediale Fokus so sehr auf den Zuständen im Bahnhofsviertel, die etwa im Buch des Stern-Journalisten Bernd Kroll 1981 als »Hurenfinsternis ohne Flair« beschrieben wurden. Das Viertel sei ein »Gespensterdorf der Dealer und Diebe«, zudem eine »Frontstadt im Nord-Süd-Konflikt«.[193] Die Migrations- und Asylfrage wurde so zu einem Baustein in der pathetischen Anprangerung des Quartiers als »Sündenpfuhl« oder »Krebsgeschwür«. Dies kontrastierte Kroll mit den »paar Deutsche[n] und eine[r] Handvoll integrationswilliger Gastarbeiter«, die als letzte Aufrechte gegen das Dahinsiechen des Viertels kämpften.[194] Vor dem Hintergrund eines solchen, auch bundesweit zirkulierenden Images des Frankfurter Rotlichtviertels warnten Geschäftsleute aus der Münchner Ludwigsvorstadt mit Blick auf eine örtliche Peepshow und die Ansiedlung einer Spielhalle vor »Frankfurter Verhältnisse[n]« beziehungsweise einer »Verfrankfurterung« des Quartiers.[195] Entsprechende »Milieu«-Betriebe standen aus Sicht dieser Vertreter:innen des respektablen Einzelhandels der Aufwertung des Viertels entgegen. Die Frage der Migration wurde dabei nur am Rande thematisiert, etwa wenn der Geschäftsführer einer Radiofirma in einem Brief an Oberbürgermeister Erich Kiesl eine städtische Politik, die die Eröffnung eines Bordells und eines »Ausländer-Zentrum[s]« vorantreibe, für den drohenden Exodus seriöser Unternehmen aus dem Areal verantwortlich machte.[196]

Solche Diskurse standen im Kontext von städtisch anvisierten Umstrukturierungsmaßnahmen, aber auch zivilgesellschaftlichen Protesten, die in den 1980er-Jahren vor allem die Frankfurter und Hamburger Bahnhofsviertel prägten, wenn auch auf unterschiedliche Weise. So zielte die CDU-Regierung in Frankfurt unter Oberbürgermeister Walter Wallmann auf die Verlagerung des Sexgewerbes und eine Aufwertung des Quartiers, wobei kritische Stimmen darin eine Politik im Sinne des angrenzenden Bankenviertels erblickten.[197] Gleichzeitig sollte das Viertel unter anderem durch die Neugestaltung der Kaiserstraße zum repräsentativen »Eingangstor zur Stadt« umgestaltet werden.[198] Für den Erhalt des Quartiers als

193 *Kroll*, Nachtasyl, S. 19; *ders.*, Bahnhofsviertel: Frontstadt im Nord-Süd-Konflikt, in: Stern, 15.4.1981, ISG, S3, E 16.421.

194 Ebd., S. 249; vgl. auch die Elendsfotografien bei *Prase*, Feuerteich; als zeitgenössische Kritik an Kroll *Thomas Kirn*, Die Last mit der Lust ist das geringste Übel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.1981, S. 25.

195 *Thomas Münster*, Bahnhofsviertel – »Wildwest ohne Sheriff«?, in: Süddeutsche Zeitung, 29./30.7.1978, S. 17 f., hier: S. 17.

196 *Harry Koch*, Über Genehmigung einer »Spielhölle« empört, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.1978, S. 13. Gegen die Spielhalle in der Bayerstraße gab es eine Unterschriftenaktion, an der sich auch Unternehmen wie Kaufhof beteiligten.

197 Vgl. *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 132–134; *Beste*, Morphologie der Macht, S. 257–267.

198 *Peter Bergmann*, Das Bahnhofsviertel: Eingangstor zur Stadt, in: Frankfurt Magazin, 1987, H. 7, S. 5–7, ISG, S3, E 20389; vgl. *Wilfried Ehrlich*, Im Bahnhofsviertel soll Wohnen zum Vergnügen werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.7.1984, S. 29; *o. A.*, Weihnachtsstimmung auch

Wohnviertel gingen dagegen Bewohner:innen und Aktive rund um den Pastor der evangelischen Weißfrauenkirche auf die Straße. Die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Quartiersfunktionen beziehungsweise -nutzungen stand im Zentrum dieses Konflikts.[199] Die Migrationsthematik spielte dabei insofern eine Rolle, als Wallmann den Druck auf das Sexgewerbe auch durch polizeiliche Razzien umsetzte, die sich in erster Linie gegen migrantische Sexarbeiterinnen richteten und allein 1982 in 209 Abschiebungen mündeten.[200] Kritiker der Magistratspolitik wie der Polizeibeamte Fred Prase sahen vor diesem Hintergrund in Migrant:innen »die wirklichen Opfer der Säuberung«, an die »keiner gedacht« habe, da sie »zu schwach und zu leise« seien.[201] In Hamburg fokussierte sich der Senat seit Mitte der 1970er-Jahre auf eine Aufwertung St. Georgs über Maßnahmen der »behutsamen Stadterneuerung«, die Modernisierung des Altbaubestands und punktuellen Neubau, über die auch die Bevölkerungsstruktur – im Sinne des anvisierten Abbaus von »Ausländerkonzentrationen« – zugunsten »eines höheren jungen deutschen Bevölkerungsanteils« verändert werden sollte.[202] Initiativen wie »Rettet St. Georg!« sahen den Stadtteil durch eine solche Politik bedroht und traten für den Erhalt der »Idylle des Stadtteils« ein, der als »Dorf [...] in der Großstadt« gezeichnet wurde, »wo nachbarschaftliche Beziehungen noch funktionierten«.[203]

Die oftmals linksalternativ orientierten Akteur:innen des Protests entwickelten eine Perspektive auf die Quartiere, die zum Teil an in den Medien präsente nostalgische und exotisierende Blicke anknüpfte.[204] Damit verbunden war auch eine Sicht auf die Prägung der Viertel durch internationale Migration, die eine konkurrierende Deutung zum Ghettonarrativ präsentierte. Bereits in den 1970er-Jahren priesen Stadtteil- und Szenezeitschriften ebenso wie Restaurantführer die »exotische« Gastronomie, aber auch Lebensmittelläden mit ihrer authentisch südländi-

---

im Bahnhofsviertel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.1985, S. 35; *o. A.*, Am Sonntag auf einem Boulevard der großen Stadt, in: Frankfurter Neue Presse, 27.4.1987, ISG, S3, E 20389; *Hans Küppers*, Die Zukunft eines Viertels, in: Frankfurt Magazin, 1987, H. 7, S. 8–9, ISG, S3, E 20389.

199 Vgl. *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 98–104.

200 Vgl. ebd., S. 257–259; *Jürgen Schenk*, Polizei läuft Entwicklung hinterher, in: Frankfurter Rundschau, 15.1.1982, ISG, A.20.01, 1.123; *o. A.*, Polizei greift ausländische Dirnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1982, S. 35; *o. A.*, Mit der Waffe Ausländerrecht gegen Prostitution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.3.1982, S. 27; *o. A.*, Illegal eingereiste Dirnen aus der ganzen Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.1982, S. 37; *o. A.*, Von tausend Ausländern werden fünf ausgewiesen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.1983, S. 26.

201 *Prase*, Das Paradies – von der anderen Seite betrachtet, S. 17.

202 Baubehörde, Landesplanungsamt, LP 3, Leitgedanken für den Stadtteil St. Georg, Juni 1977, S. 2, StAHH, 131-21, 3397; vgl. *Denkner*, Neues Leben im alten St. Georg; *Wolfgang Engelhard/Joachim Reinig*, 50 Jahre Stadtplanung über St. Georg, in: *Joho*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 116–121.

203 *Conny Jürgens/Uwe Schwerin*, »Rettet St. Georg« – eine Bürgerinitiative, in: ebd., S. 122–124, hier: S. 122.

204 Vgl. *Karin Mecklenburg*, Die andere Seite..., in: Szene Hamburg, 1974, H. 9, S. 6–8; *Kirn*, Die Last mit der Lust (als »Bekenntnis zum ungeliebten Bahnhofsviertel« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) sowie den 1977 von Georg Friedel produzierten Film zur Münchner »Schillerstraße 3–53. Lebensalter und Gesichter einer Straße«.

schen Atmosphäre.[205] Dieser Diskurs fand früh Eingang in die bürgerlichen Medien. Journalist:innen des Hamburger Abendblatts und des SPIEGELs schwärmten 1975 beziehungsweise 1978 vom bunten »Völkergemisch« St. Georgs, »Hamburgs farbigste[m] Viertel« oder betonten, dass es »Ausländer« seien, »die den Stadtteil vor dem Aussterben retten«.[206] In ähnlichem Tenor wurde das Frankfurter Bahnhofsviertel von Paul Badde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als »Frankfurts lebendigste Gegend« beschworen, die »nach den Küchen aus aller Welt« rieche und in deren Straßen man »Brocken aller Sprachen durcheinander« höre. Indem Badde das Quartier als Ausländer-, Drogen-, Problem-, Rotlicht-, Vergnügungs- und Verbrechensviertel porträtierte, präsentierte er die klassischen Topoi in dessen medialer Darstellung – verband diese aber mit einem Lob des Kosmopolitismus, der Stimulanz und Mobilität, die er diesem gleichzeitig attestierte.[207]

Junge alternative Deutsche, Studierende und Künstler:innen, zogen nun zunehmend in die Bahnhofsviertel. Sie folgten einem Trend, der auch andere innerstädtische Räume betraf und seit Mitte der 1980er-Jahre von westdeutschen Stadtforschern als Ausprägung der im angloamerikanischen Raum beobachteten »Gentrification« gedeutet wurde.[208] In einer 1988 von Jürgen Friedrichs und Jens S. Dangschat publizierten ersten westdeutschen Studie zu Gentrifizierungsprozessen rückten die beiden Forscher auch St. Georg in den Fokus, wo sie eine starke Zunahme an Wohngemeinschaften und Studierenden beobachteten. Zudem sei »das Gebiet in der letzten Zeit für Schickeria (darunter Künstler und Journalisten) attraktiv geworden«, teure Läden siedelten sich an, sodass Friedrichs und Dangschat dem Stadtteil »das Potenzial, zum ›Pionier-Wohnviertel‹ zu werden«, bescheinigten.[209] Als Gründe der Attraktivität der Viertel wurden immer wieder die kulturelle Vielfalt, die Lebendigkeit und die kosmopolitische Atmosphäre angeführt.[210] So pries eine Frankfurter Anthologie das dortige Bahnhofsviertel als »einzig wirklich multikulturellen Stadtteil« an.[211] Unter anderem über Straßenfeste und neue Lokale

205 Vgl. *Stahl/Wien*, Hamburg von 7 bis 7; *Ramona Immergrün*, [Tipps zum Einkaufen und Kochen], in: Blatt. Stadtzeitung für München, 1974, Nr. 24, S. 10; *o. A.*, Portugal in Hamburg, in: St. Georg Notizen 1, 1981, H. 3, S. 3.

206 *Selle*, St. Georg intim; *Jochen Bölsche*, »Eine schlechte Adresse hat auch ihre Reize«, in: Der SPIEGEL, 13.11.1978, S. 246–260; *Rüdiger Kahl*, Die Frischzellen-Therapie beginnt am Hansaplatz, in: Hamburger Abendblatt, 25.3.1977, S. 3–4.

207 *Badde*, Der menschliche Faktor im Bahnhofsviertel.

208 Vgl. *Jörg Blasius/Jens S. Dangschat* (Hrsg.), Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt am Main/New York 1990; von einer »Renaissance der Innenstädte« sprachen noch *Hartmut Häußermann/Walter Siebel*, Neue Urbanität, Frankfurt am Main 1987. Zur Entstehung und transnationalen Zirkulation des Konzepts sowie konkurrierenden Termini vgl. *David Templin*, *Gentrification*. Aufstieg eines Deutungsmusters in Großbritannien, den USA und Deutschland, 1964–1990, in: Moderne Stadtgeschichte, 2017, H. 2, S. 49–65.

209 *Jens S. Dangschat/Jürgen Friedrichs*, Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln, Hamburg 1988, S. 33 und 37; vgl. ebd., S. 36–39, 54 und 68.

210 Vgl. *Kerstin Zollna*, »Ausländer raus«. Ein Leserbriefkrieg in der FR, in: Pflasterstrand, 1981, Nr. 117, S. 28–29; *Barbara Platsch/Gudrun Wirth*, Geschichte des Frankfurter Bahnhofsviertels, Diplomarbeit, Frankfurt am Main 1985, S. 53–55, ISG, S6a, 481; *Maria Pohlmann/Heinz Warnecke*, Ein Haus in der Mainluststraße, in: *Hübner*, Mehr als Milieu, S. 110–120, hier: S. 111–113.

211 *Hübner*, Mehr als Milieu, S. 7.

eignete sich diese Szene den Raum der Viertel an, Wohngemeinschaften wurden gegründet und Kulturveranstaltungen organisiert.[212]

In dieser Entwicklung kamen ökonomische, politische, demografische und kulturelle Faktoren zusammen. Zunächst trug die zeitgenössische Liberalisierung des Wohnungsmarktes dazu bei, dass sich der großstädtische Altbaubestand nun verstärkt als Kapitalanlage anbot – was sich unter anderem an Entwicklungen wie der verstärkten Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zeigte.[213] In der Zeitschrift Capital etwa wurde St. Georg 1989 als »kommende Lage« angepriesen, die enorme Mieteinnahmen und Renditen verspreche.[214] In der Ludwigsvorstadt waren sogar Politiker des Bezirksausschusses in Grundstücksspekulationen und die Verdrängung von Mieter:innen involviert.[215] Zweitens hatten die Kommunen die Idee umfangreicher Flächensanierungen mittlerweile zugunsten der Erneuerung des Bestandes aufgegeben und die Modernisierung von Altbau wurde nun verstärkt gefördert.[216] Auch in Bahnhofsvierteln kam es nun zu »Luxussanierungen« mit teils exorbitanten Mietsteigerungen.[217] Schließlich kamen Veränderungen der Haushaltsstrukturen bei jenen jungen Deutschen hinzu, die nun zunehmend in Dienstleistungssektoren arbeiteten, oft als Singles oder in Wohngemeinschaften lebten und innerstädtische Altbauviertel für sich entdeckten.[218] Die kulturelle Aufwertung dieser Quartiere und ihres »kosmopolitischen« Charakters durch junge Deutsche war insofern nur ein Element tief greifender ökonomischer und sozialer Prozesse.

Eine lineare Geschichte des Wandels im Sinne einer Aufwertung der Bahnhofsquartiere bedeutete dies jedoch nicht – sollten die Viertel doch gerade in den 1990er-Jahren erneut als Ort sozialer Probleme in den öffentlichen Fokus geraten und zum Gegenstand wiederkehrender Krisennarrative werden. Als der Stadtteilaktivist und -historiker Michael Joho 1990 einen Band zur »Geschichte und Gegenwart« von St. Georg herausgab, verwies er in der Einleitung auf die Befürchtung vieler Bewohner:innen, »zwischen der Entwicklung zum neuen Yuppie-Zentrum

212 Vgl. *Pohlmann/Warnecke*, Ein Haus in der Mainluststraße, S. 110 f.; *o. A.*, Das Straßenfest der Saison, in: Pflasterstrand, 1984, Nr. 191, S. 6; *Janke*, Eine Welt der Kontraste, S. 163–167; *Peggy Parnass*, Süchtig nach Leben, Hamburg 2000 (zuerst 1990), S. 23–28. Auch Migrant:innen waren mitunter Teil solcher Szenen, vgl. den Text der jugoslawischen Journalistin *Danja Antonović*, Rund um die Lange Reihe, in: *Joho*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 132–136; Interview Verfasser mit Danja Antonović, Hamburg, 14.4.2022.

213 Vgl. *Dangschat/Friedrichs*, Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg, S. 37; *Führer*, Die Stadt, das Geld und der Markt, S. 214–236.

214 Zit. nach: *Engelhard/Reinig*, 50 Jahre Stadtplanung über St. Georg, S. 121.

215 Entsprechende Aktivitäten in der Kobellstraße, die an die Theresienwiese anschließt, wurden 1989 in der Süddeutschen Zeitung skandalisiert. Vgl. *Ekkehard Müller-Jentsch*, Zwei Bezirksausschußvorsitzende als Immobilienhaie, in: Süddeutsche Zeitung, 23.2.1989, S. 13; *ders.*, Ein Hauskauf und seine Hintergründe, in: Süddeutsche Zeitung, 25.2.1989, S. 17 f.; *ders.*, Eine seltsame schwarz-rote Immobilien-Koalition, in: Süddeutsche Zeitung, 23./24.3.1989, S. 21; *Heidi Stetter*, Betrifft Ihren Artikel zum Haus Kobellstraße 4 (Leserbrief), in: Süddeutsche Zeitung, 23.3.1989, S. 21.

216 Vgl. *Führer*, Die Stadt, das Geld und der Markt, S. 208–214; *Otto Fischer*, Neuer Anlauf mit weniger Geld zur Modernisierung alter Stadtviertel, in: Süddeutsche Zeitung, 10.9.1983, S. 17.

217 Vgl. *Rudolf Huber*, ... und dann steigt die Miete um das Vierfache, o. D. [ohne Angabe der Zeitung], StAM, ZA, 14992, wo über Modernisierungsmaßnahmen und drohende Mietsteigerungen »um über 400 Prozent« in einem 1977 aufgekauften Haus in der Goethestraße berichtet wird.

218 Vgl. *Stracke*, WohnOrt München, S. 238–240; *Neumann*, Unternehmen Hamburg, S. 198–214.

mit teuren Eigentumswohnungen [...] einerseits und der zum sozialen Brennpunkt mit steigender Kriminalitätsrate [...] andererseits aufgerieben zu werden«.[219] Beide Tendenzen sollten auch in den folgenden Jahrzehnten die Geschichte der Stadtteile prägen – ebenso wie das Erbe früherer und die Auswirkungen neu auftauchender Migrationsprozesse.

Fazit

Bis heute gelten Bahnhofsviertel, neben ihrem Status als Transitzonen, als Orte der Drogenszene und als Schauplätze der Prostitution, auch als Räume der Migration, was auf eine Kontinuität ihrer Rolle als Ankunftsräume verweist, mittlerweile für neue Gruppen internationaler Migrant:innen. Diese Entwicklung hat ihren Ausgangspunkt im hier behandelten Zeitraum, wobei verschiedene »layers of migration« (Steven Vertovec) sich seitdem in den Stadtvierteln niedergeschlagen und überlagert haben.

Auch wenn Bahnhofsviertel schon früher, etwa in der Nachkriegszeit der späten 1940er-Jahre, als Knotenpunkte von Migrationsprozessen fungierten, war es die Arbeitsmigration der 1960er-Jahre, die dazu führte, dass sich die Quartiere zu einem spezifischen Typus von Ankunftsquartieren für internationale Migrant:innen entwickelten. Ähnlich wie andere innerstädtische Quartiere waren sie von Suburbanisierungstendenzen der deutschen Bevölkerung, dem Verfall der Altbausubstanz und einem Angebot an bezahlbarem Wohnraum geprägt. Doch wiesen Bahnhofsquartiere aufgrund ihrer Nähe zur Innenstadt und ihrer zentralen Lage im Stadtraum auch eigene Spezifika auf. Als Teil der City oder des City-Erweiterungsgebiets verdrängten Dienstleistungen, Büros und Gewerbebetriebe zunehmend die Wohnfunktion in diesen Quartieren. Als Wohnstandorte wurden sie für viele Deutsche immer unattraktiver, was zu steigenden Ausländeranteilen beitrug, wenngleich viele Migrant:innen nur temporär in den Quartieren lebten. In Frankfurt war diese Tendenz deutlich ausgeprägter als im Hamburger und Münchner Fall, wo es noch größere Areale gab, in denen weiterhin eine deutsche Bevölkerung dominierte. In ihrer Gewerbestruktur knüpften die zahlreich gegründeten migrantischen Betriebe an bestehende Strukturen an, wobei auch in diesem Fall das Frankfurter Bahnhofsviertel mit seiner Agglomeration des Sexgewerbes, der Pelzbranche und zeitweise des türkischen Einzelhandels einen Sonderfall darstellte.

Aufgrund ihrer zentralen Lage im Stadtraum mit der direkten Bahnhofsnähe kam Bahnhofsvierteln eine Zentralitätsfunktion in Bezug auf ankunftsbezogene Infrastrukturen zu. So kamen die Nutzer:innen der zahlreichen migrantischen Geschäfte, Beratungseinrichtungen, Vereine und religiösen Institutionen aus der ganzen Stadt oder sogar dem Umland. Damit erfüllten Bahnhofsviertel im Unterschied zu anderen, stärker industriell geprägten oder als Wohnstandorte fungierenden Ankunftsquartieren eine supralokale, zentralörtliche Bedeutung. Für internationale Migrant:innen bildeten sie so quasi eine alternative Innenstadt, in der sie Zugang

219 *Michael Joho*, St. Georg – ein l(i)ebenswerter Stadtteil?, in: *ders.*, »Kein Ort für anständige Leute«, S. 7–9, hier: S. 7.

zu spezifischen Waren fanden, die sie mit ihren Herkunftsländern verbanden – allerdings in einer städtischen Umgebung, die mit ihrer schlechten Reputation und ihrem heruntergekommenen Charakter der gesellschaftlichen Marginalisierung ihrer migrantischen Nutzer:innen entsprach. Die Quartiere fungierten zudem als Ankerpunkte migrantischer Mobilität, mit Hotels, Reisebüros oder »Transitwohnungen« als essenzieller Infrastruktur. Gleichzeitig beförderten sie das Ankommen ganz unterschiedlicher Migrant:innengruppen in der Stadtgesellschaft, von Studierenden, die sich mit eigenen Läden eine berufliche Existenz aufbauten, bis zu Arbeiter:innen, die zur Beratung kamen oder sich in Vereinen engagierten. Mit ihren sozialen Infrastrukturen entwickelten sich Bahnhofsviertel so zu Knotenpunkten in städtischen wie transnationalen Netzwerken, über die die Quartiere letztlich mit verschiedenen Teilen der Welt verbunden waren.

Der Aufsatz hat gezeigt, dass die Perspektiven der westdeutschen Stadtgesellschaft auf Bahnhofsviertel als Räume der Migration sich im Laufe des Untersuchungszeitraums wandelten. Erst zu Beginn der 1970er-Jahre, also am Ende des »Gastarbeitersystems«, begannen Medien und Stadtverwaltungen, »migrantische Räume« zu adressieren – und nun vor allem als Bedrohung und Problem. Der virulente Ghettodiskurs dieser Jahre bezog sich dabei auf Bahnhofsviertel ebenso wie auf andere Stadtteile, auch wenn dominante Topoi wie der des Rotlichtviertels diesen in Ersteren mitunter überlagerten. Mit der Entdeckung der Quartiere durch junge, oft linksalternative Deutsche verbunden war auch eine Aufwertung der migrantischen Prägung der Viertel, die nun als exotisch und kosmopolitisch galten. Beide Diskurse, der Ghetto- wie der Kosmopolitismusdiskurs prägten auch in den Jahren nach 1990 noch die mediale Berichterstattung und den deutschen Blick auf die Viertel.

Ein stadträumlicher Zugriff auf historische Migrationsprozesse, wie er in diesem Aufsatz gewählt wurde, ermöglicht es nicht nur, diese Prozesse im städtischen Raum zu verorten und die Funktion unterschiedlicher Orte und Quartiere für Migrant:innen zu bestimmen, sondern verweist auch auf die Überlagerung und das Zusammenspiel ganz unterschiedlicher, historiografisch oft separat untersuchter Mobilitäts- und Migrationsprozesse im Raum. Entsprechenden Wechselverhältnissen nachzuspüren, konnte hier nur ansatzweise erfolgen. Das Gleiche gilt für den konkreten Verlauf individueller oder kollektiver Ankommensprozesse, die etwa über (kollektiv-)biografische Analysen zu rekonstruieren wären – eine Perspektive, die vermutlich noch stärker die Vielzahl, aber auch die wechselseitigen Bezüge und Verflechtungen »ankommensrelevanter« Orte, Räume und Infrastrukturen in der Stadt deutlich machen würde. Während diese für den Zugang von Migrant:innen zur Stadtgesellschaft eine essenzielle Funktion erfüllten, wurden sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gleichzeitig zu einem zentralen Faktor und integralen Element in der Entwicklung und Transformation westdeutscher Städte.

STEFAN ZEPPENFELD

Jenseits von Ankunft und Arbeit

Migrationsgeschichte als Sozialgeschichte – Sozialgeschichte als Migrationsgeschichte

Jeder vierte Mensch in Deutschland hat einen »Migrationshintergrund« oder, exakter formuliert: 23,8 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland blicken auf eine eigene oder familiäre Einwanderungsgeschichte zurück.[1] Die Geschichte Deutschlands als Einwanderungsland ist lang, Migration wird seit geraumer Zeit als »Normalfall« beschrieben.[2] Auch die zeithistorische Migrationsforschung verzeichnet in jüngster Zeit eine gestiegene (und angemessene) Aufmerksamkeit.[3] Doch der Relevanz von Einwanderung für die Bevölkerung in Deutschland werden die Geschichtswissenschaften in der Breite bisher kaum gerecht.

Begreifen wir die Zeitgeschichte mit Hans Günter Hockerts als »Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen«[4], müssten sich mit dem Voranschreiten der (zeit-)historischen Untersuchungszeiträume und einem zunehmenden Fokus auf die 1980er-, 1990er- und (mindestens in absehbarer Zeit) 2000er-Jahre in Anbetracht der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur eigentlich unweigerlich verstärkt (post-)migrantische Perspektiven in der deutschen Sozialgeschichte abbilden. Einwanderungsgesellschaften zeichnen sich insbesondere durch pluralistische Perspektiven und Lebensgeschichten aus – ganz gleich, ob wir sie als vielfältig, divers oder (post-)migrantisch[5] etikettieren. Daher ist es offenkundig, dass auch Menschen »mit Migrationshintergrund« nicht nur von allen sozialgeschichtlich verhandelten Phänomenen berührt gewesen sein dürften, sondern diese auch prägten und aktiv gestalteten. Der britische Historiker Peter Gatrell formulierte in diesem Zusammenhang programmatisch: »Without putting migration and migrants at its heart, the history of Europe since the end of the Second World War is incomplete. Indeed,

1 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, April 2023, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-geschlecht-insgesamt.html> [23.2.2024]; eine kritische Einordnung des Begriffs »Migrationshintergrund« bei *Anne-Kathrin Will*, Migrationshintergrund, in: *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld 2023, S. 223–236; *Serhat Karakayalı*, Zur Karriere des Begriffs »Migrationshintergrund«, in: *Lobna Jamal/Mirza Odabaşı* (Hrsg.), Einwanderungsdeutschland. 1945 bis 2023, Bonn 2024, S. 360–369.

2 *Klaus J. Bade/Jochen Oltmer*, Normalfall Migration. Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert, Bonn 2004; vgl. jüngst in diesem Sinne *Jamal/Odabaşı*, Einwanderungsdeutschland.

3 Vgl. *Barbara Lüthi*, Was kommt nach dem »transnational turn«? Migration Studies und Migrationsgeschichte in der Zeitgeschichte, in: ZfG 70, 2022, S. 8–17.

4 *Hans Günter Hockerts*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113, 1993, S. 98–127, hier: S. 124.

5 Dieser Beitrag verwendet im Folgenden »(post-)migrantisch«, um die Agency von Migrant*innen kenntlich zu machen, aber mit dem Präfix »post« gleichsam zu betonen, dass die »wertende Unterscheidung« zwischen Migrant*innen und Einheimischen ein Konstrukt ist, das nach dem Moment der Einwanderung an Relevanz verliert, Zitat und vertiefend *Erol Yildiz*, Postmigrantisch, in: *Bartels/Löhr/Reinecke* u. a., Umkämpfte Begriffe der Migration, S. 269–282.

every major development in postwar Europe is connected to migration.«[6] Gleichzeitig stellten populistische Stimmen in den vergangenen Jahren die Rechtmäßigkeit von Einwanderung und zunehmend auch die Existenzberechtigung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland offen infrage. Sie erhielten dafür teilweise enormen Zuspruch, wie etwa Thilo Sarrazin mit seinem Bestseller »Deutschland schafft sich ab« von 2010 oder die 2013 gegründete und seitdem stark radikalisierte »Alternative für Deutschland« (AfD).[7]

Einschlägige historische Studien haben in den letzten Jahren erste Versuche unternommen, den vielfältigen, aber oftmals übersehenen (oder gar ignorierten) Einfluss von Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf soziale Phänomene zu beleuchten, die nicht unmittelbar und ausschließlich im Kontext der Migrationsgeschichte stehen. Beispielhaft zu nennen ist die Geschichte des Wohnens[8], der Bildung[9] oder der Neuen sozialen Bewegungen und ihrer Praktiken.[10] Hier zeigen sich die (post-)migrantischen Bevölkerungsanteile nicht nur als potenzielle, sondern auch als äußerst relevante zeitgenössische Akteure. Vor dem Hintergrund dieser Forschungsergebnisse plädiert dieser Beitrag dafür, die Heterogenität der Bevölkerung Deutschlands in der Sozialgeschichte stärker als bislang zu berücksichtigen und zu normalisieren – auch und vor allem jenseits der Forschungsprojekte, die explizit der historischen Migrationsforschung zuzurechnen sind.

Sozialhistorische Forschungen, die sich dem Anspruch stellen, eine umfassende Gesellschaftsgeschichte in kritischer Absicht zu schreiben, sollten daher vom »Normalfall Migration« ausgehen. Dies sollte im Umkehrschluss verhindern, die Migrationsforschung, wie dies bereits 2005 Michael G. Esch und Patrice P. Poutrus anmahnten, als »bloße Integration eines spezifischen sozialen und kulturellen Forschungssegments in die ›allgemeine‹ Geschichtswissenschaft« zu betreiben.[11] Denn so bliebe das Potenzial einer Verzahnung von Sozialgeschichte und Einwanderungsgeschichte ungenutzt. Darüber hinaus könnte die Geschichtswissenschaft durch die

6 *Peter Gatrell*, The Unsettling of Europe. How Migration Reshaped a Continent, New York 2019, S. 3.

7 Vgl. *Simon Goebel*, Vom Phantasma der bedrohlichen »Anderen«. Migrationsdiskurse von der Wiedervereinigung bis zum Vorabend der »Willkommenskultur«, in: *Jamal/Odabaşı*, Einwanderungsdeutschland, S. 100–113.

8 Vgl. beispielhaft *Christiane Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021; *Malte Borgmann*, Zwischen Lager und Neubau. Migration, Unterbringung und Wohnungspolitik in West-Berlin von den 1960er bis zu den 1980er Jahren, [Paderborn 2025] (im Erscheinen).

9 Vgl. *Stefanie Zloch*, Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000, Göttingen 2023; *Brittany Lehman*, Teaching Migrant Children in West Germany and Europe, 1949–1992, Cham 2019.

10 Vgl. *David Templin*, Arbeitssklaven, Gastwirte, Revolutionäre? Linksalternative Perspektiven auf Migrant*innen in westdeutschen Großstädten in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Detlef Siegfried* (Hrsg.), Global Europe Underground. Transnationale Netzwerke und globale Perspektiven europäischer Alternativmilieus 1965–1985, [Berlin/Boston 2024] (im Erscheinen); *Sarah Jacobson*, Squatting to Make Ends Meet. Southern Italian Migrants and the Right to a Home in 1970s Italy and West Germany, Dissertation, East Lansing 2021.

11 *Michael G. Esch/Patrice P. Poutrus*, Zeitgeschichte und Migrationsforschung. Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2, 2005, S. 338–344, hier: S. 340.

hier geforderte Herangehensweise auch »als Korrektiv allzu schematischer Modellbildungen auf dem Feld der Migrationsforschung« fungieren, wie Maren Möhring in ihrem Forschungsbericht in dieser Zeitschrift einforderte.[12]

Um diesem umfassenden Anspruch gerecht zu werden, müsste der Fokus der Migrationsgeschichte grundlegend über den Moment der Einwanderung und über die Mechanismen ihrer politisch-administrativen Regulation hinausgehen und sich verstärkt der Effekte der Einwanderung innerhalb der Gesellschaft annehmen.[13] Dieser Ansatz würde dazu beitragen, »gerade die Übergänge von Migration, Mobilität und Sesshaftigkeit genauer zu betrachten«[14], wie es die Historikerin Anne Friedrichs forderte. In diesem Sinne möchte dieser Beitrag an die Perspektive anknüpfen, die Jan Plamper in seinem Buch »Das neue Wir« aufgezeigt hat, aber durch den Fokus auf die »zahlenmäßig wichtigsten Einwanderergruppen« nur bedingt einlösen konnte: »das Thema Migration in all die wichtigen Ereignisse wie Mauerbau, Friedensbewegung und europäische Integration einzubeziehen.«[15]

Dieser Beitrag plädiert also dafür, Migrationsbewegungen als Ausgangspunkt für gesamtgesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen zu verstehen, die nicht zwangsläufig im unmittelbaren Kontext der Einwanderung selbst stehen.[16] Einwanderung und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen sollten, anders gewendet, immer als grundsätzliche Faktoren neuer zeithistorischer Zugriffe einbezogen werden, auch wenn Migration nicht das Kernthema des jeweiligen Forschungsprojekts darstellt. Die Berücksichtigung dieser Perspektive wäre eine wichtige Voraussetzung, um das bereits 2014 von Manuela Bojadžijev und Regina Römhild ausgegebene und häufig zitierte Postulat »Die Migrationsforschung entmigrantisieren und die Gesellschaftsforschung migrantisieren« aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit Leben zu füllen.[17]

Der vorliegende Beitrag skizziert deshalb quellengestützt drei mögliche Ansätze, mittels derer die »Migrantisierung« der ›deutschen‹ Gesellschaftsgeschichte in zukünftigen Forschungsprojekten prospektiv, konstruktiv und organisch umgesetzt werden könnte: erstens durch das Hinterfragen symbolisch-narrativer Ankerpunkte der Migration, zweitens durch eine Betrachtung entstehender (Infra-)Strukturen des Einwanderungslands und drittens unter Einbezug des vorpolitischen Raums

12 *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 330.

13 Forschungsbeiträge, die die Perspektiven bereits in den 2000er-Jahre verbanden, sind hier ausdrücklich hervorzuheben, etwa *Barbara Sonnenberger*, Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967, Darmstadt 2003.

14 *Anne Friedrichs*, Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung, in: GG 44, 2018, S. 167–195, hier: S. 175.

15 *Jan Plamper*, Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen, Frankfurt am Main 2019, S. 16 f.

16 Vgl. dazu auch *Maria Alexopoulou*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: AfS 56, 2016, S. 463–484, insb.: S. 464 f.

17 *Manuela Bojadžijev/Regina Römhild*, Was kommt nach dem »transnational turn«? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung, in: Labor Migration (Hrsg.), Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung, Berlin 2014, S. 10–24, hier: S. 11; vgl. dazu auch *Lüthi*, Was kommt nach dem »transnational turn«?.

und zivilgesellschaftlicher Bereiche für Anerkennungskämpfe. Die Ansätze sind jeweils mit konkreten Fallbeispielen und Archivrecherchen verknüpft. Auf diese Weise möchte der Beitrag vermeiden, dass der regelmäßig formulierte Vorwurf, welche Lücken und Unzulänglichkeiten der Diskurs um Migration in den Geschichtswissenschaften aufweise[18], an dieser Stelle ohne konkrete Antworten und Gegenvorschläge erneut einfach nur wiederholt wird.

In diesem Sinne dient den symbolisch-narrativen Überlegungen im nächsten Abschnitt (I.) der Bahnhof als Fallbeispiel, weil er als urbaner Bezugspunkt zahlreiche Zuschreibungen und Funktionen in der Erinnerungskultur der Migration in sich vereint. Die Ausführungen setzen sich zunächst kritisch mit tradierten Vorstellungen zum Bahnhof auseinander, die von Zuschreibungen wie Heimweh und Passivität geprägt scheinen. Im Anschluss wird jedoch gezeigt, wie Eingewanderte gut sichtbare und erreichbare Orte wie Bahnhöfe oder andere Knotenpunkte des Stadtraums aktiv für sich und ihre Vorhaben reklamierten. Als Gegenstand der (post-)migrantischen Infrastrukturen skizziert der zweite Abschnitt (II.), wie aus einem nichtdeutschsprachigen Medienangebot eine etablierte Szene migrantischer Popmusik erwuchs, die der Mehrheitsgesellschaft bis heute weitgehend unbekannt ist. Sowohl fach- als auch populärwissenschaftliche Beiträge zur Kulturgeschichte des Einwanderungslands beschäftigten sich bisher häufig mit der Kulinarik.[19] Durch eine Betrachtung des Popbusiness sollen neue Akzente und Forschungsdesiderate aufgezeigt werden. Als Beispiel für die Anerkennungskämpfe im vorpolitischen Raum stehen im letzten Kapitel (III.) migrantische Fußballvereine in bundesdeutschen Klein- und Mittelstädten im Zentrum. An ihren vielfältigen Bemühungen um gesellschaftliche Teilhabe lässt sich ein bislang erst selten ausgeschöpftes Erkenntnispotenzial aufzeigen, um die Migrationsforschung noch stärker im Lokalen jenseits der Großstädte zu verankern. Mit dem Fokus auf gesellschaftlichen Mikrokosmen könnten sowohl die migrantische Agency als auch Alltagsrassismus und Diskriminierungen differenziert untersucht werden.

I. Gleiswechsel. Der »migrantische« Bahnhof im Spannungsfeld von Fremdzuschreibungen und Selbstbestimmung

In den geläufigen Erzählungen der Arbeitsmigration ist der Bahnhof eine Konstante. Dabei symbolisiert er vor allem eines: das Ankommen. Für Millionen Arbeitsmigrant*innen markiert er nach diesen Deutungen den Ort der ersten Eindrücke ihres neuen Lebens in der Bundesrepublik. Dem Hauptbahnhof München kommt

18 Vgl. *Maria Alexopoulou,* Welche Erinnerungskultur braucht die Einwanderungsgesellschaft?, in: *Stefan Berger/Wolfgang Jäger/Ulf Teichmann* (Hrsg.), Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?, Bielefeld 2022, S. 189–206; *Lisa Haßler*, Leerstellen der Erinnerung. ›Gastarbeiter:innen‹ in der Bundesrepublik, in: *Jürgen Zimmerer* (Hrsg.), Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein, Ditzingen 2023, S. 397–413.

19 Vgl. *Maren Möhring*, Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012; populärwissenschaftlich *Eberhard Seidel,* Döner. Eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte, Berlin 2022; zuvor bereits *Eberhard Seidel-Pielen*, Aufgespießt. Wie der Döner über die Deutschen kam, Hamburg 1996.

dabei eine besondere Bedeutung zu, das dortige Gleis 11 war das Ziel der ›Gastarbeiter‹-Züge aus Südeuropa, bevor viele der ankommenden Arbeitsmigrant*innen umstiegen und die Reise mit Anschlusszügen zu ihren Arbeitgeber*innen in anderen Teilen der Bundesrepublik fortsetzten.

In den gängigen erinnerungskulturellen Erzählungen wird die Symbolik von »Gleis 11« immer wieder demonstrativ unterstrichen. Zum 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens von 1961 enthüllte der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) dort 2011 die Gedenktafel »Kartoffel, ich liebe dich!« der Künstlerin Gülcan Turna.[20] Wiederum zehn Jahre später, im Jahr 2021, erschien der viel beachtete Dokumentarfilm »Gleis 11« des Filmemachers Çağdaş Eren Yüksel, ein »Porträt dieser ersten Einwanderergeneration«, das »der Großeltern-Generation eine Stimme« verleihen sollte.[21] Obwohl Yüksel migrantische Leben in Deutschland in ihrer Gesamtheit erzählt, ist der Film nach dem ersten Moment der Einwanderung benannt. Das Gleis 11 des Hauptbahnhofs München kann entsprechend als »Erinnerungsort« (Pierre Nora) der postmigrantischen Geschichte Deutschlands gelten.[22]

Dieses Unterkapitel verfolgt zwei Ziele. Zunächst erfolgt eine kritische Bestandsaufnahme des mit vielen Vorstellungen und Prämissen aufgeladenen Orts »Bahnhof«. Dessen Funktionen im Kontext von Migrationsbewegungen stehen im Spannungsfeld eines (Nicht-)Orts der Mobilität und der Nutzung als realen Aufenthaltsorts, wie die Erinnerung an die Arbeitsmigration zeigt. Daran anschließend soll das empirische Fallbeispiel eines türkeistämmigen Berliner Schuhputzers verdeutlichen, wie Migrant*innen mit ihrer Agency öffentliche Orte wie Bahnhöfe in ihrem eigenen Sinn zu nutzen und zu gestalten wussten.

Die Bahnhofshalle zwischen Fremdzuschreibungen und Freizeitgestaltung

Die (Omni-)Präsenz des Bahnhofs wird weiterhin gestützt durch eine schier unüberschaubare Menge an migrationshistorischen Fotografien, die Bahnhofsszenen zeigen. Zum einen lässt sich dies auf die Beliebtheit des Fotomotivs der Sonderzüge zu Ostern und Weihnachten zurückführen, die zu einem »immer wieder in Fotos festgehaltenen und ohne Zweifel auch in der Alltagserfahrung präsenten Bild vom Bahnhof als Treffpunkt der Ausländer« beigetragen und ein »permanentes Kommen und Gehen« unterstrichen habe.[23] Zum anderen avancierten fotografisch dokumentierte Bahnhofsszenen auch zu Ikonen der Arbeitsmigration schlechthin, so etwa der »millionste Gastarbeiter« Armando Rodrigues de Sá, der im September 1964 am Bahnhof Köln-Deutz aus Portugal ankommend für eine öffentlichkeitswirksam inszenierte bundesdeutsche Gastfreundschaft auserwählt, beschenkt und

20 Vgl. *Jeanette Goddar*, »Das ist meine Welt! Da muss ich hin!«, in: SPIEGEL Online, 28.10.2011, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/gastarbeiterschicksal-a-949453.html> [23.2.2024].

21 Cocktailfilms, Gleis 11, o. D., URL: <https://cocktailfilms.de/gleis11/> [23.2.2024].

22 Vgl. *Pierre Nora*, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990.

23 *Karen Schönwälder*, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 192.

zahlreich abgelichtet wurde. Die komplexe Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte dieser Fotografie wurde mittlerweile umfassend re- und dekonstruiert, während andere Forschungsbeiträge auf vergleichbare, aber weniger bekannte Inszenierungen von erkorenen »Jubilar*innen« aufmerksam gemacht haben.[24]

Darüber hinaus dienen Bahnhöfe in populären Vermittlungsformaten stellvertretend als Chiffre für das »Ankommen«, auch für Migrationsbewegungen, die nicht mit Zügen erfolgten. Diese abweichenden Erfahrungen werden auch unter das wörtliche »Dach« des Bahnhofs subsumiert.[25] Motive des Ankommens sind ein beliebtes Genre für die Covergestaltung wissenschaftlicher Studien (und so auch dieses Bandes), die sich mit dem Leben und Wirken von Eingewanderten befassen – aus naheliegenden Gründen, denn so zeigen sie auf den ersten Blick, dass es sich um einen Beitrag zu Mobilität und Migration handelt.

Jüngere Studien haben jedoch dafür sensibilisiert, den individuellen Beginn des Migrationsprozesses der ›Gastarbeiter‹ schon beim Aufbruch im Heimatland und dem Weg zu den Vermittlungsstellen der jeweiligen Anwerbeländer (hier: der Bundesrepublik) zu verorten.[26] Die erinnerungskulturelle Verortung des (Münchner) Hauptbahnhofs als symbolischer Beginn der Migrationsgeschichte repräsentiert daher vor allem die Perspektive der Behörden und der Bevölkerung vor Ort. Für die Migrant*innen selbst bedeutete der Bahnhof zwar die physische erste Begegnung mit der Bundesrepublik, allerdings lagen zu diesem Zeitpunkt sowohl der behördliche Erstkontakt in den Anwerbestellen, eine oft als erniedrigend empfundene körperliche Tauglichkeitsprüfung sowie eine lange, beschwerliche und unter hygienischen Gesichtspunkten häufig unzumutbare Bahnreise hinter ihnen.[27]

War die Ankunft in der Bundesrepublik geschafft, galten Bahnhöfe für Migrant*innen als »Freizeittreffpunkt Nr. 1«.[28] Nach Michel Foucault gelten sie jedoch als Heterotopie, als Nicht-Ort.[29] Diese Unterscheidung ist für die weiteren Betrachtungen analytisch relevant. So berichtete 1965 die Frankfurter Allgemeine Zeitung über den Frankfurter Hauptbahnhof als »Piazza mit den vierundzwanzig Gleisen«,

---

24 Vgl. *Christoph Rass/Melanie Ulz*, Armando Rodrigues de Sá revisited. Bildwissenschaftliche und historische Analyse im Dialog, in: *dies.* (Hrsg.), Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität, Wiesbaden 2018, S. 419–445; *Alexopoulou*, Welche Erinnerungskultur braucht die Einwanderungsgesellschaft?, S. 192–195; *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel von Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019, S. 130–143.

25 Vgl. die Geschichte der vietnamesischen »boat people« im Bahnhof des Virtuellen Migrationsmuseums des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMiD), dazu *Stefan Zeppenfeld*, Das Virtuelle Migrationsmuseum des DOMiD, in: Visual History, 8.7.2019, URL: <https://www.visual-history.de/2019/07/08/das-virtuelle-migrationsmuseum-domid/> [23.2.2024].

26 Vgl. *Jennifer A. Miller*, Turkish Guest Workers in Germany. Hidden Lives and Contested Borders, 1960s to 1980s, Toronto 2018, S. 38–41; vertiefender *Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung, S. 19–146.

27 Vgl. *Miller*, Turkish Guest Workers in Germany, S. 41–56; *Aytaç Eryılmaz*, Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland?, in: *ders./Mathilde Jamin* (Hrsg.), Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 93–119.

28 *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 152.

29 Vgl. *Michel Foucault*, Andere Räume, in: *Karlheinz Barck* (Hrsg.), Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik, Leipzig 1990, S. 34–46.

an der die »Schwatz-Fiesta der Gastarbeiter« abgehalten würde: »Am Abend, wenn sie das Fabriktor ausgespien hat, zieht es sie dahin, wo die blankgewetzten Gleise in die Ferne ziehen.«[30] In München galt die regelmäßige Ansammlung von »Ausländern« seit den 1960er-Jahren sowohl Bahnreisenden als auch der Stadtverwaltung als derart störend, dass mehrsprachige Plakataktionen der Bundesbahn auf die eigentliche Funktion des Bahnhofs (die des Reisens) verwiesen und Informationsbroschüren Migrant*innen die Freizeitgestaltung an anderen öffentlichen Orten ans Herz legten: »Sie sehen, München bietet Ihnen so viele Möglichkeiten, daß Sie sich nicht in Ihren freien Stunden im und um den Hauptbahnhof herum aufhalten müssen.«[31] Diesen zeitgenössischen Beschreibungen ist eine gewisse Verwunderung gemein, dass ›Gastarbeiter‹ den eigentlichen Nicht-Ort tatsächlich und täglich aufsuchten und nutzten. Olga Sparschuh interpretierte den dauerhaften Diskurs um Bahnhofshallen und ihre Vorplätze als Indiz dafür, »wie wenig attraktiv die Alternativen waren und wie beharrlich die Arbeitsmigranten an ihren Freizeitvorstellungen festhielten«.[32]

Doch wie lassen sich die Treffen am Bahnhof erklären? Populäre Darstellungen führten sie auf eine Funktion als emotionale Anlaufstellen zurück, an denen Migrant*innen am Wochenende und in der Freizeit nach Feierabend eine Nähe zur Heimat zu spüren versuchten.[33] Ein Urheber dieses Narrativs war, soweit ersichtlich, der Psychologe Charles Zwingmann mit seinen Forschungen – in einer Tradition, die auf die Begründung des Begriffs »Nostalgie« durch Johannes Hofer im 17. Jahrhundert zurückzuführen ist[34] – zum Phänomen »Heimweh« als »Nostalgic Reaction«.[35] In der ersten Titelstory des SPIEGEL über »Gastarbeiter in Deutschland« aus dem Jahr 1964 kam Zwingmann als Experte zum »Bahnhofs-Komplex« der ›Gastarbeiter‹ zu Wort. Er behauptete: »Für sie beginnt bei den Schienen die Heimat.«[36] Dieser die »Fremden« mitunter exotisierende Erklärungsansatz wurde in den kommenden Jahren weiter ausgeschmückt. So beschrieb die BILD-Zeitung den Effekt der »Tummelplätze« im Jahr 1966: »Im Bahnhof findet auch ihr großes Heimweh ein wenig Beruhigung: Mit jedem Schlußlicht eines nach Süden fahrenden Zuges reisen auch die Gedanken zahlreicher junger Arbeiter über die Alpen in

30 *O. A.*, Die Piazza mit den vierundzwanzig Gleisen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.1965.

31 Landeshauptstadt München, Gewußt wo? Ein örtlicher Wegweiser für unsere ausländischen Mitbürger, München 1973, zit. nach *Olga Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen 2021, S. 437.

32 Ebd.

33 Vgl. beispielhaft *Axel Schildt/Detlef Siegfried*, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 183; *Erol Yildiz*, Stadt ist Migration, in: *Malte Bergmann/Bastian Lange* (Hrsg.), Eigensinnige Geographien. Städtische Raumaneignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe, Wiesbaden 2011, S. 71–80, hier: S. 75.

34 Vgl. *Tobias Becker*, Yesterday. A New History of Nostalgia, Cambridge/London 2023, S. 2.

35 *Charles A. A. Zwingmann*, »Heimweh« or »Nostalgic Reaction«. A Conceptual Analysis and Interpretation of a Medico-Phychological Phenomenon, Dissertation, Stanford 1959; *ders*., Die Heimwehreaktion alias »pothopatridalgia«, in: Archiv für Psychiatrie und Zeitschrift für die gesamte Neurologie, 1961, Nr. 201, S. 445–464.

36 Per Moneta, in: Der SPIEGEL, 7.10.1964; zur Stoßrichtung der Titelstory vgl. *Claudia Valeska Czycholl*, Bilder des Fremden. Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960–1982), Bielefeld 2020, S. 88–95.

den Mittelmeerraum – nach Hause, in die heiteren, wenn auch armen Dörfer ihrer Heimat.«[37]

Der deutschen Bevölkerung konnte dieses Narrativ als beruhigendes Indiz dafür gelten, dass die ›Gastarbeiter‹ tatsächlich – der in ihrer Bezeichnung verankerten Erwartung entsprechend[38] – in nicht allzu ferner Zukunft in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, wie die Erinnerung einer Mitarbeiterin des Diakonischen Werks Württemberg, zuständig vor allem für Arbeitsmigrant*innen aus Griechenland, verdeutlicht:

> »Die Griechen kamen alle auf den Bahnhof, die Männer, weil sie sagen: ›Jetzt kommt ein wenig Luft von Griechenland‹. Am Samstag, Sonntag war der Bahnhof voll. Dann standen die im Kreis und jeder wartete. Um fünf kommt der Hellas-Express, und dann hat man gedacht: ›Jetzt riechts a bissle nach Oregano‹.«[39]

Tatsächlich existieren vereinzelte Berichte über Beispiele, bei denen der physische Kontakt zur Eisenbahnschiene für Migrant*innen einen symbolischen Kontakt zu zurückgelassenen Partner*innen oder der Familie bedeuten konnte.[40] Dabei bleibt offen, was zuerst da war: dieses Ritual oder die entsprechende Erzählung. Doch der nostalgische und emotionalisierte Erklärungsansatz scheint für den Treffpunkt Bahnhof als ein flächendeckendes Phänomen ohnehin zu kurz gegriffen. Das zeigt etwa der Blick nach West-Berlin, das Arbeitsmigrant*innen nicht mit dem Zug, sondern meist von Hannover aus mit dem Flugzeug erreichten.[41] Doch auch im Westberliner Alltag frequentierten ›Gastarbeiter‹ Bahnhofshallen und Gegenden an Verkehrsknotenpunkten wie dem Zoologischen Garten oder dem Kottbusser Tor, allerdings nicht die Flughäfen Tempelhof oder Tegel.

Die regelmäßige Frequentierung des Bahnhofsgeländes in der Freizeit lässt sich plausibler mit den prekären Lebens- und Wohnverhältnissen der Arbeitsmigrant*innen erklären, die Beobachter*innen aus der Mehrheitsgesellschaft zumindest am Beginn der Arbeitsmigration weitgehend unbekannt gewesen sein dürften. Den Migrant*innen war der Bahnhof durch die Ankunft als Ort bekannt, was ihn beim schrittweisen Erschließen einer neuen Stadt zu einem günstigen Anlaufpunkt machte. Nicht grundlos offenbaren Selbsterzählungen Einblicke in praxeologische Techniken der Eingewanderten, etwa eigens kreierte Mitzählverfahren von zurückgelegten U-Bahn-Stationen zur Orientierung.[42] Weiterhin sind Bahnhöfe als

37 *Norman Dyck*, Nix Amore, in: BILD Zeitung, 13.4.1966.

38 Vgl. *Stefan Zeppenfeld*, Gastarbeiter, in: *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 20.9.2023, URL: <https://doi.org/10.48693/398> [11.7.2024].

39 Zit. nach Landeskunde Baden-Württemberg, Einwanderungsland Baden-Württemberg. Am 5. August 1970 kommt der 500.000ste »Gastarbeiter« ins Land, o. D., URL: <https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/einwanderungerungsland-bw> [23.2.2024].

40 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 384.

41 Vgl. *Stefan Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021, S. 49, im Folgenden S. 252 sowie S. 332–336.

42 Vgl. Podcast des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Frauen in Bewegung, Gespräch mit Elisabeth Kimmerle, Januar 2023, Minute 14:06–14:45; *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 331.

Verkehrsknotenpunkte leicht erreichbar und boten sich somit als Treffpunkte auf dem Arbeits- oder dem Heimweg nach Feierabend an.

Naheliegende Gründe, private Zusammenkünfte in den öffentlichen Raum zu verlegen, bestanden zudem in der Hinsicht, dass die beengten Verhältnisse der Wohnheime (und später privat gemieteten Wohnungen) kaum entsprechende Möglichkeiten hergaben.[43] Weiterhin bestanden in Bahnhofshallen Konsummöglichkeiten, anders als in Gaststätten aber kein Konsumzwang.[44] Nicht zuletzt waren die zentralen Treffpunkte vor allem ein kommunikativer Ort: »Dort fanden Begegnungen statt, entstanden neue Verbindungen und Kommunikationsräume. Es entwickelten sich Infrastrukturen, Formen der Mobilität und informelle Netzwerke«, wie Erol Yildiz und Heiko Berner festhielten.[45] Dazu zählt im Kontext des Bahnhofs die soziale Aufladung der dortigen Treffen: Fotografien zeigen die herausgehobene Bedeutung des Sonntags am Bahnhof für die ›Gastarbeiter‹, die sich am Tragen von Anzug und Krawatte ablesen lässt.[46]

Um tradierte und als vermeintliche Fakten etablierte, aber häufig von Klischees, Vorurteilen oder gar Rassismus geprägte Vorstellungen zu klassischen Themen, Orten und Bildern der (post-)migrantischen Gesellschaft zu hinterfragen, ist es mit Blick auf den Bahnhof notwendig, von der bloßen Ankunftserzählung passiver Arbeitsmigrant*innen im Logistikprozess der ›Gastarbeiter‹-Vermittlung abzurücken und auch die Funktion für etwaige Sehnsuchtsvorstellungen, die sich als »Opfer-Plot« charakterisieren lassen, nicht weiter zu reproduzieren.[47] Denn Bahnhöfe waren für Migrant:innen weit mehr als Orte des Ankommens und der Sehnsüchte, sondern, wie Erol Yildiz es formulierte, auch »Ausgangspunkte für urbane Entwicklungen und Erneuerungen«.[48] Es wäre daher ein lohnendes Unterfangen, sie in stadthistorischer Perspektive zu »migrantisieren« und als Knotenpunkte migrantischer Agency zu analysieren.[49] Denn vom Moment ihrer Ankunft an und der fehlenden Orientierung zum Trotz nutzten (Arbeits-)Migrant*innen den Hauptbahnhof München aktiv und eigensinnig: Nach Einschätzung der Behörden bewegten sich die Migrant*innen in München »allzu frei«, wie Olga Sparschuh zeigte: Sie missach-

43 Vgl. *Eryılmaz/Jamin*, Fremde Heimat, S. 237; *Maria Alexopoulou*, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020, S. 113.

44 Vgl. *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«, S. 152.

45 *Erol Yildiz/Heiko Berner*, Postmigrantische Stadt. Eine neue Topographie des Möglichen, in: Zeitschrift für Migrationsforschung/Journal of Migration Research 1, 2020, H. 1, S. 243–264, hier: S. 248.

46 Vgl. *Maria Buck*, »Der Bahnhof war der Sonntag für die Gastarbeiter«. Bilder von Arbeitsmigranten im fotografischen Werk Erika Sulzer-Kleinemeiers von 1969 bis 1972, Masterarbeit, Innsbruck 2017, S. 86.

47 *Hedwig Richter/Ralf Richter*, Der Opfer-Plot. Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung, in: VfZ 57, 2009, S. 61–97; vgl. zur Kritik an den Prämissen der »Opfer-Plot«-These ausführlich *Alexander Kraus/Michael Siems*, Vom Objekt zum Akteur. Kommunale Integrationspolitik der Stadt Wolfsburg und italienische Arbeitsmigranten in den Jahren der ›Normalisierung‹, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte 5, 2020, Nr. 19, S. 4–11.

48 *Yildiz*, Stadt ist Migration, S. 75.

49 Vgl. konzeptionell in diesem Sinne auch *Lüthi*, Was kommt nach dem »transnational turn«?, S. 11 und 15. Für eine Betrachtung der Bahnhofsgegenden im Zuge von Migrationsbewegungen vgl. den Beitrag von David Templin in diesem Band.

teten Mahnungen zum Zusammenbleiben und fanden für sich noch im Bahnhofsgebäude lukrativere Arbeitsstellen als diejenigen, für die sie die Zugreise überhaupt angetreten hatten.[50]

Der ideale Platz. Ein Schuhputzer auf der Suche nach Öffentlichkeit

Öffentliche Orte wie der Bahnhof boten Migrant*innen nicht nur einen Treffpunkt, sondern als Begegnungsräume auch zahlreiche Möglichkeiten, ihre individuelle Situation zu verändern und gezielt zu beeinflussen. Eindrücklich belegt diese Strategie die Geschichte des türkeistämmigen gelernten Schuhputzers H., die im Folgenden empirisch ausgebreitet wird. H. war 1964 als ›Gastarbeiter‹ in die Bundesrepublik gekommen und hatte zunächst in Göttingen gearbeitet. Mehr als 20 Jahre später zog es ihn nach Berlin.[51] Als er 1986 in Rente ging, nahm er seine ursprünglich in der Türkei gelernte Tätigkeit wieder auf, um seine Bezüge aufzubessern und sich nicht zu langweilen. Da das Schuhputzgewerbe in Deutschland kaum bekannt war, entwickelte H. eine Liste mit 14 Gründen, sich die Schuhe von einem Schuhputzer mit Meisterbrief reinigen und pflegen zu lassen.[52] Seine Ausrüstung, für die er etwa Pflegeprodukte direkt von Istanbuler Händler*innen bezog, stellt heute eines der Vorzeigeobjekte des Kölner Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland (DOMiD) dar.[53]

H. bewarb sich selbst als den ersten Schuhputzer von Berlin. Tatsächlich aber hatte er bereits (kurzzeitige) Vorgänger. West-Berliner Behörden hatten schon 1975 einen Antrag auf Bewilligung eines Reisegewerbes »für das Schuheputzen mit Kastenaufbau« abgelehnt, da weder ein Bedürfnis noch ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse bestünde.[54] Auch vor dem türkischen Basar, der im als Folge des Mauerbaus stillgelegten Westberliner U-Bahnhof Bülowstraße existierte, bot ein Schuhputzer seine Dienste an und posierte dort Anfang der 1980er-Jahre für den Fotografen Paul Glaser (Abbildung 1).[55]

---

50 *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 95.

51 Vgl. *Andreas Thieme*, Ein Schuhputzer von höchsten Gnaden, in: Der Tagesspiegel, 28.4.1994.

52 Vgl. Europa Senter [sic] Meister Schuhputzer, Usta Ayakkabı Boyacınız, o. D., DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004. Für das kuriose Beispiel eines in der DDR lebenden türkeistämmigen Schuhmachers, der bereits 1917 ins Deutsche Reich gekommen war, vgl. *Börte Sagaster* (Hrsg.), Achmed Talib. Stationen des Lebens eines türkischen Schuhmachermeisters in Deutschland von 1917 bis 1983. Kaiserreich – Weimarer Republik – Drittes Reich – DDR, Köln 1997.

53 Vgl. *Manuel Gogos*, Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – ein Verein schreibt Geschichte(n), Bielefeld 2021, S. 52 f.

54 V C 41-397 an III B 21, Aufnahme selbständiger Erwerbstätigkeit durch Ausländer, 9.12.1975, Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 010, Nr. 2233. Zu den Bedürfnisprüfungen ausländischen Gewerbes vgl. *Möhring*, Fremdes Essen, S. 159–233.

55 Vgl. *Hans Haibach*, In der viertgrößten türkischen Stadt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.1980; Zur Geschichte des Türkischen Basars vgl. *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 296–301. Anders als viele der Geschäftsinhaber des türkischen Basars dürfte der abgebildete Schuhputzer nicht eigens für diese Tätigkeit aus Istanbul beziehungsweise aus der Türkei nach Berlin gekommen sein. Glaser erinnert sich, mit dem Schuhputzer auf Deutsch geplaudert zu

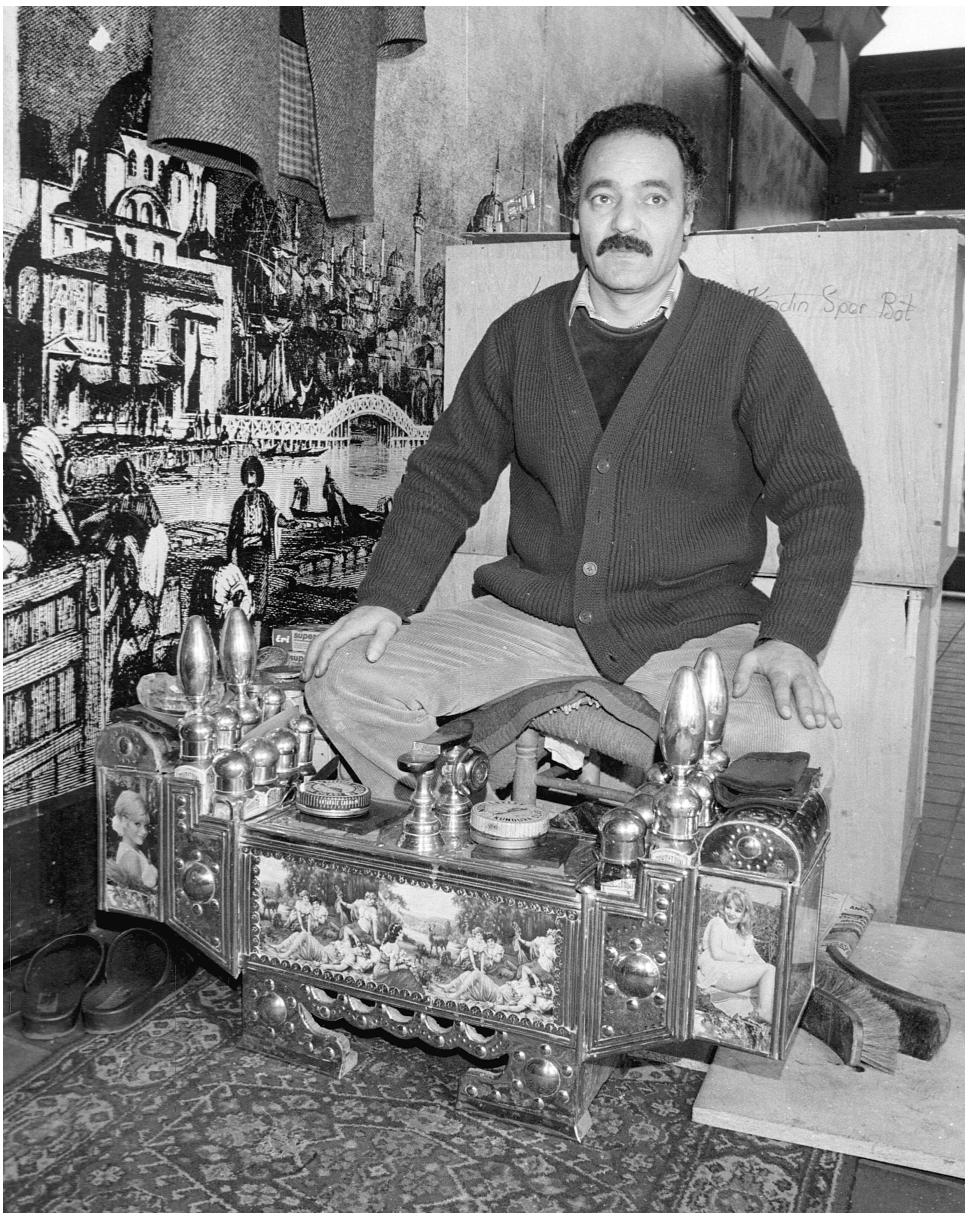

Abbildung 1: Schuhputzer als fliegender Händler am türkischen Basar in Berlin, ca. März 1982, Privatarchiv Paul Glaser. Bildrechte: Ulrich Horb.

haben: Er habe sich beklagt, dass seine Dienstleistung in West-Berlin nur wenig Beachtung fand. Vgl. E-Mail von Paul Glaser an den Verfasser, 22.2.2017.

Als H. Ende der 1980er-Jahre seine Pläne aufnahm, machte er sich auf die Suche nach einem geeigneten öffentlichen Platz für sich und seinen Schuhputzkasten, mit viel Laufpublikum und gut sichtbar für potenzielle Kundschaft. Zu diesem Zweck wandte er sich an verschiedene Berliner Behörden und bat um eine entsprechende Genehmigung zur Tätigkeit in der Einkaufsgegend der City West, etwa am Europa Center.[56] Bittschreiben an den Senator für Kulturelle Angelegenheiten, den Senator für Wirtschaft und Arbeit, das Bezirksamt Berlin-Charlottenburg sowie an die Betreiber des Europahauses und die Arbeitsgemeinschaft City e. V. brachten keinen Erfolg. Zu Beginn des Jahres 1988 wandte er sich daher direkt an den Regierenden Bürgermeister West-Berlins Eberhard Diepgen. In einem Brief legte H., der mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft und eine Gewerbegenehmigung besaß, seine Beweggründe dar: Bereits anlässlich der großen 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 hätte er sein Gewerbe gerne ausgeübt, »um den Berlinern die Schuhe putzen zu dürfen, ihnen einen Teil türkischer Tradition zu zeigen und meinen hier lebenden Landsleuten ein wenig heimatliche Gefühle zu vermitteln«.[57] H. suchte demnach nicht nur einen öffentlichen Platz für sein Reisegewerbe, sondern verortete seine Ideen sowohl als kulturelles Transferangebot sowie als möglichen Teil der im Vorjahr opulent inszenierten Berliner Stadtgeschichte.[58] Um für seine Sache zu werben, bot er Diepgen an, ihm und den Mitarbeiter*innen im Rathaus Schöneberg die Schuhe zu putzen; immerhin, so H., gelte dies in der Türkei als Glück bringendes Ritual. Der damit einhergehende Antrag auf einen Stellplatz am Rathaus Schöneberg wurde vom zuständigen Verwaltungsamt kurz darauf mit Verweis auf den begrenzten Platz vor Ort abgelehnt.[59]

H. nutzte in seinem Gesuch die ihm 1987 signalisierte generelle Gesprächsbereitschaft der Charlottenburger Behörden zunächst nicht. Im Sommer 1988 einigte er sich mit dem Tiefbauamt Charlottenburg auf einen Standort in der Tauentzienstraße, der Verlängerung der Flaniermeile Kurfürstendamm am Eingang der Mini-City, gleich am heutigen Europa Center.[60] Als am Ende des Jahres die Temperaturen in Berlin sanken, bemühte sich H., seinen Standort im Freien zu verbessern. Um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, initiierte er eine Unterschriftenaktion.[61] Während der Antrag bei der Niederlassung der Kaufhauskette Hertie am Kurfürstendamm scheiterte, war er bei der Verwaltung des Europa Centers erfolgreich.[62]

Diesen Stellplatz wertete H. offenbar als großen persönlichen Erfolg, als Aufstieg ins Herz West-Berlins. Im April 1989 lud er zahlreiche Berliner Medien sowie Politi-

56 Vgl. DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

57 A. M. an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, 15.1.1988, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

58 Vgl. dazu *Clemens Maier-Wolthausen*, Bericht zum Workshop »Das doppelte Stadtjubiläum – Die 750-Jahr-Feiern 1987 in Ost- und West-Berlin«, in: Deutschland Archiv, 14.9.2017, URL: <www.bpb.de/256082> [23.2.2024].

59 Vgl. Verwaltungsamt des Bezirksamts Schöneberg von Berlin an A. M., 4.2.1988, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

60 Vgl. A. M. an das Tiefbauamt des Bezirks Charlottenburg, 6.9.1988, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

61 Vgl. die Unterschriften-Liste, o. D., DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

62 Vgl. Europahaus Grundstücksgesellschaft an A. M., 7.3.1989, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

ker*innen wie die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats Barbara John zu einer kleinen Feier an seinem Stand im Europa Center ein.[63] In den folgenden Monaten porträtierten ihn mehrere Lokalzeitungen.[64] Dabei monierte er das geringe Interesse der deutschen Passant*innen an seinem Angebot. Abgesehen von einem kleinen Kreis an Stammkund*innen erlebe er häufig mehrere aufeinander folgende Tage ohne Kundschaft. 1994 unternahm er einen weiteren Versuch, den Standort seines Gewerbes zu ändern und damit seinen Umsatz zu verbessern: Er beantragte beim Flughafen Tegel eine Erlaubnis auf Tätigkeit im Flughafengebäude, die er als »eine Attraktion und eine Sehenswürdigkeit« anpries.[65] Möglicherweise erhoffte er sich durch das hohe Passagieraufkommen zwischen Berlin und der Türkei sowie die ankommenden Menschen auf Geschäfts- und Dienstreisen eine höhere Auftragslage. Seinem Antrag legte er ein unterstützendes Schreiben eines türkischen Kulturvereins bei. Erfolgreich war er jedoch nicht: Die Flughafenverwaltung lehnte sein Gesuch kurzerhand ab.

Angesichts der Rückschläge bei seinem Kampf um den »richtigen« Arbeitsplatz änderte H. sein Geschäftskonzept. So ließ er sich etwa für Firmenfeiern tageweise buchen, auch den Verleih und gar den Verkauf seines Schuhputzequipments zum Preis von 2.500 DM bot er an.[66] Wann H. seine Tätigkeit letztlich aufgab, bleibt unklar. Mit seiner Tätigkeit als Schuhputzer an Knotenpunkten der Stadt nahm die Öffentlichkeit H. wahr, die Tätigkeit an seinem Putzkasten fand Einzug in das kulturelle Gedächtnis der alten City West. Eine schlichte Zeichnung des Künstlers Hayati in einer Informationsbroschüre des Bezirksamts Berlin-Schöneberg für ältere Migrant*innen zeigt einen Mann mit Schnauzbart, der an einem Schuhputzkasten seiner Arbeit nachgeht.[67]

Die zahlreichen Versuche des Schuhputzers, innerhalb Berlins den idealen Platz für seine Beschäftigung zu finden, verbinden das Phänomen Sesshaftwerden mit einer erhöhten lokalen Mobilitätsbereitschaft. Die Perspektive des (post-)migrantischen Gewerbes beim Streben nach den besten Geschäftsvoraussetzungen in einer Stadtgesellschaft kann über individuelle Praktiken an städtischen Knotenpunkten wie Flughäfen und Bahnhöfen sichtbar gemacht werden. So lassen sich Brücken schlagen zwischen der lokalen Erforschung von Migration sowie aktuellen Ansät-

63 Vgl. A. M. an Barbara John, Einladung, 24.4.1989, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

64 Vgl. *o. A.*, Eine blitzblanke Berliner Geschichte, in: Berliner Illustrierte Zeitung, 18.3.1990; *o. A.*, Türkische Pflege für jeden Schuh, in: Berliner Morgenpost, 1.4.1990; *Petra Perlia/Gernot Wolf*, Meister Kotsch poliert in sechs Gängen, in: Berliner Morgenpost, 24.2.1991; *Leyla Karsak*, Hikmet vom Europa-Center. Schuhputzen wird bei ihm zur Kunst, in: B. Z., 19.4.1992.

65 A. M. an die Berliner Flughafen GmbH, Tätigkeit auf dem Flughafengelände, 18.5.1994, DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

66 Vgl. Preisliste, o. D., DOMiD, Splitterbestand AR 34, M.R11.R061.AR 004.

67 Vgl. Bezirksamt Schöneberg von Berlin (Hrsg.), Wir bleiben! Zur Situation älterer Immigrantinnen und Immigranten im Bezirk Schöneberg, Berlin 1999, Zeichnung nicht paginiert.

zen der Mobility Studies[68], sowohl mit Blick auf transnationale als auch lokale Mobilitäten und Pendelbewegungen.[69]

II. Ignorierte Medienstrukturen. Von der Zeitungslektüre zur Hip-Hop-Szene

Eine Forschungsperspektive mit enormem Potenzial bietet sich mit der historischen Analyse der (post-)migrantischen Medien- und Kulturszene sowie ihrer Nutzung und Aneignung und entsprechenden Kulturpraktiken.[70] Unter Migrant*innen herrschte in dieser Hinsicht ein ausdifferenzierter Bedarf, der durch das existente Medien- und Unterhaltungsangebot für die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht gedeckt werden konnte.[71] Kehren wir noch einmal zum Bahnhof zurück, ist die Relevanz dieses Themenbereichs genau dort besonders augenfällig: Zeitgenössische Fotografien der 1960er- und 1970er-Jahre zeigen gut gekleidete Arbeitsmigranten in der Vorhalle des Kölner Hauptbahnhofs (Abbildung 2). Während die einen mit aufgeschlagenen Ausgaben der italienischen Tageszeitung Corriere della Sera beschäftigt sind, studieren andere die Auslage des Pressegeschäfts, neben dem sie stehen, plaudern und lesen. Internationale, für Migrant*innen relevante Zeitungen waren, anders als an Kiosken in Wohngegenden, in den Pressegeschäften an Hauptbahnhöfen vergleichsweise problemlos zu erstehen.[72] Der Bahnhof hatte damit eine immanente Funktion bei der Zirkulation von Wissen inne, denn neben dem Radio gehörten »Heimatzeitungen« und »Informationen durch Kollegen und Nachbarn« zu den wichtigsten Informationsquellen für Arbeitsmigrant*innen.[73] Exakt diese beiden Informationsquellen fanden sie am Bahnhof.

---

68 Vgl. zum entsprechenden Ansatz einer relationalen Geschichtsschreibung ausführlich *Friedrichs*, Placing Migration in Perspective.

69 Vgl. beispielhaft *Michelle Lynn Kahn*, The Long Road Home. Vacations and the Making of the ›Germanized Turk‹ Across Cold War Europe, in: Journal of Modern History 93, 2021, S. 109–149; *Lauren Stokes*, Racial Profiling on the U-Bahn. Policing the Berlin Gap in the Schönefeld Airport Refugee Crisis, in: CEH 56, 2023, S. 236–254.

70 Dies als Erweiterung der Pionierstudie mit dem Schwerpunkt auf Politik von *Roberto Sala*, Fremde Worte. Medien für ›Gastarbeiter‹ in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik, Paderborn/München etc. 2011. Vgl. zum Überblick über die frühe Forschungstätigkeit anderer Disziplinen bis 2004 *Daniel Müller*, Bibliographie »Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland«, in: *Rainer Geißler/Horst Pöttker* (Hrsg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie, Bielefeld 2005, S. 409–524.

71 Vgl. beispielhaft *Mehmet Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Untersucht am Beispiel türkischsprachiger Zeitungen und Hörfunksendungen, Dissertation, München 1979, S. 81–86; Bericht über Gespräche mit türkischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Berlin von Nezih Manyas, 7.12.1972, LAB, B Rep. 002, Nr. 17170, S. 18–22.

72 Vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 384.

73 *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 84; vgl. außerdem Senator für Arbeit und Soziales, Bericht über eine Befragung türkischer, jugoslawischer und griechischer Arbeitnehmer in Berlin (West), 1972, LAB, B Rep. 002, Nr. 17172, S. 87–94; *Roberto Sala*, »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitungen« in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2, 2005, S. 366–387.

Abbildung 2: Italienische Arbeitsmigranten am Kölner Hauptbahnhof, ca. 1968 (Teil einer Fotoserie mit unterschiedlichen Motiven). Bildnachweis: Luciano Barile/DOMiD-Archiv, Köln, A 000629.

Dieses Kapitel vollzieht einen Dreischritt. Zunächst werden längere Entwicklungslinien migrantischen Medienangebots aufgezeigt, bei denen sich die beachtliche Bandbreite an fremdsprachigen Printmedien in den 1960er- und 1970er-Jahren zunehmend zu einem audiovisuellen Spektrum weiterentwickelte, wozu im Schwerpunkt Radio- und Fernsehsendungen zählten. Anschließend rücken die aus diesem Wandel entstandene Nachfrage nach Musik und das Entstehen der migrantischen Popszenen der 1970er- und 1980er-Jahre am Beispiel des Kölner Labels »Türküola« in den Fokus. Schließlich verdeutlicht die stilistische Weiterentwicklung der Musikstile und Liedtexte das Entstehen rassismuskritischen Pops der 1980er-Jahre und damit eine Vorgeschichte der postmigrantischen Hip-Hop-Szene der 1990er-Jahre.

Vom Print zum Pop. Mediennutzung zwischen Informations- und Unterhaltsanspruch

Die Betrachtung der Mediennutzung in Einwanderungsgesellschaften ermöglicht eine ›migrantisierte‹ Sozialgeschichte mit Längsschnittperspektiven, durch die sich langfristige Entwicklungen diachron am Beispiel unterschiedlicher Eingewandertengruppen bündeln und konzeptualisieren lassen. Bereits um 1900 verfolgten polnische Arbeiter*innen in Nordrhein-Westfalen mit eigenen Kulturvereinen das Ziel, »durch Vorträge, belehrende Unterhaltung und vor Allem [sic] durch die Ver-

breitung polnischer Druckschriften die Stärkung des polnischen Geistes und die Bereicherung der Kenntnisse der polnischen Sprache zu erreichen«.[74] Entsprechend überwachten die preußischen Behörden diese migrantischen Vereine üblicherweise eng.[75] Auch unter den Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte ein spezielles Informationsbedürfnis nach Berichten aus ihren zurückgelassenen Heimatregionen wie Pommern oder Ostpreußen. In den späten 1940er-Jahren mangelte es dafür sowohl an einer Medieninfrastruktur als auch am Interesse der eingesessenen Bevölkerung.[76] In den 1950er-Jahren entwickelte sich daher ein eigenes Medienangebot, das das verfügbare Zeitungsangebot mit Blick auf die Bedürfnisse der Vertriebenen ergänzte. Damit herrschte auch in ländlichen Regionen eine breite Landschaft an spezieller »Vertriebenenpresse«, die Ämter für Vertriebene wie etwa das im heutigen Kreis Jüchen im Rheinland erwarben. Von Vereinen initiierte Vertriebenenzeitschriften schürten indes behördliche Befürchtungen vor einer »kommunistischen Infiltration« von Vertriebenen.[77] Diese Reaktion erscheint als Vorzeichen des Umgangs mit den frühen Medien für Arbeitsmigrant*innen wenige Jahre später.

Denn für ›Gastarbeiter‹ etablierte sich ebenfalls zügig eine eigene Presselandschaft. Das türkische Zeitungsangebot der 1970er-Jahre unterteilte der Kommunikationswissenschaftler Mehmet Aktan in drei Kategorien: aus der Türkei importierte Tageszeitungen, in der Türkei eigens für Türkeistämmige im Ausland gedruckte Zeitungen und in der Bundesrepublik gedruckte Zeitungen für die türkeistämmige Bevölkerung im Land.[78] Die Bundesregierung unterstützte vor Ort produzierte fremdsprachige Zeitungen auch finanziell, um politisch zuverlässige – das bedeutet hier: antikommunistische – Informationsangebote zu fördern.[79] Ihr Entstehen und ihre Förderung lagen demnach in bundesdeutschen Interessen begründet. Um 1970, in der frühen Regierungszeit von Bundeskanzler Willy Brandt und seiner »neuen Ostpolitik«, fand mit der Abkehr vom staatlich finanzierten Antikommunismus auch die Finanzierung entsprechender Zeitungen ein Ende und damit in zweiter Konsequenz auch häufig der Fortbestand dieser Zeitungen.[80] Da empirische Studien ergeben hatten, dass ›Gastarbeiter‹ viel eher die Medien Radio, Fernsehen und Kino

74 Hier und im Folgenden Die Polizei-Verwaltung der Stadt Düsseldorf an den Vorstand des polnischen Vereins »Polonia«, 9.2.1899, Stadtarchiv Düsseldorf, 0–1–3, Nr. 6781.

75 Vgl. *Britta Lenz*, Vereint im Verein? Städtische Freizeitkultur und die Integration von polnischen und masurischen Zuwanderern im Ruhrgebiet zwischen 1900 und 1939, in: AfS 46, 2006, S. 183–203, hier: S. 188.

76 Vgl. *Hans Lemberg*, Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945, in: AfS 44, 2004, S. 509–523, hier: S. 509.

77 Der Gemeindedirektor Neukirch, Amt für Vertriebene an den Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen Hochneukirch, 31.1.1957, Stadtarchiv Jüchen, HO Bürgermeisterei/Amt Hochneukirch, Nr. 174.

78 Vgl. *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 128.

79 Hier und im Folgenden vgl. *Sala*, »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitungen« in der Bundesrepublik, S. 378 f. und 386.

80 Im zweiten Halbjahr stellte beispielsweise die Zeitung Anadolu, zuvor unterstützt vom Bundespresseamt, die Arbeit ein und konnte sie erst 1978 durch Unterstützung der türkischen Redaktion wieder aufnehmen. Vgl. *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 128.

nutzten, verortete die sozial-liberale Regierung die »publizistische Betreuung« der Migrant*innen fortan schwerpunktmäßig bei den audiovisuellen Medien.[81]

Das Radioprogramm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) hatte 1961 begonnen, erste eigenständige und nichtdeutschsprachige Rundfunkprogramme zu senden, die gezielt auf die Interessen und Bedürfnisse von Arbeitsmigrant*innen auf Türkisch, Serbokroatisch, Italienisch, Spanisch und Griechisch zugeschnitten waren.[82] Dem waren kontroverse Diskussionen und eine Abwehrhaltung der Sendeanstalten auf die Forderung der Caritas vorausgegangen, einige Minuten Informationsprogramm für ›Gastarbeiter‹ aus Italien zu senden.[83] Grund für das letztliche Einlenken war wiederum eine befürchtete kommunistische Infiltration aus den »Ostblockstaaten«, aus denen etwa auch das türkischsprachige Radioprogramm »Bizim Radyo« (Unser Radio) gesendet wurde.[84] Das in den 1960er-Jahren im Aufbau befindliche Hörfunkangebot des ÖRR entwickelte eine solche Relevanz für Migrant*innen, dass auch große Firmen ihre (ausländischen) Mitarbeiter*innen darauf hinwiesen und Programmübersichten verbreiteten.[85] 1966 gingen erste, jedoch seltene Fernsehprogramme für ›Gastarbeiter‹ auf Sendung.[86] Mit dem beliebten (Radio-)Programmangebot des ÖRR rückten, anders als beim informativen Charakter von Tageszeitungen, auch »Musik- und Unterhaltungssendungen« in das Medienangebot für ›Gastarbeiter‹ in der Bundesrepublik.[87]

81 *Sala*, »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitungen« in der Bundesrepublik, S. 378 f.

82 Übersicht der Sendezeiten und ausstrahlenden Sendeanstalten bei *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 104.

83 Vgl. *Sala*, »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitungen« in der Bundesrepublik, S. 367–369.

84 Ebd., S. 369 f. Vgl. *Tim Szatkowski*, Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983, Berlin/Boston 2016, S. 25; *Nelli Tügel*, Das Land ihrer Träume? Türkeistämmige politische Emigrant_innen in der DDR, Berlin 2014, S. 34 f. und 48; zur bundespolitischen Erörterung eines Bedarfs an »geeigneten Rundfunksendungen« für Arbeitsmigrant*innen in den frühen 1960er-Jahren vgl. Rundfunksendungen für Gastarbeiter – Kommunistische Infiltration bei Gastarbeitern, 1962–1966, Bundesarchiv, B 136/3453.

85 Vgl. *Nedim Hazar*, Deutschlandlieder. Almanya Türküleri. Zur Kultur der türkeistämmigen Community seit dem Anwerbeabkommen 1961, Berlin 2021, S. 90; Sozialpolitische Abteilung der Firma Siemens, 2. Nachtrag zum SozPol-Rundschreiben Nr. 486 vom 27. September 1961, Betrifft: Beschäftigung von Ausländern, Anlage: Sendungen für ausländische Arbeitnehmer, 1.8.1963, Siemens Historical Institute, SAA 10585-1.

86 Vgl. *Sala*, »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitungen« in der Bundesrepublik, S. 375.

87 *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 106. Die boomende Unterhaltungssparte eröffnete zahlreiche Forschungsperspektiven, vgl. als Einstieg für das Kino *Tunçay Kulaoğlu/Martina Priessner*, Stationen der Migration. Aufbruch, Unterwegssein, Ankunft und Rückkehr im türkischen Yeşilçamkino bis zum subversiven Migrationskino der Jahrtausendwende, in: *Ömer Alkın* (Hrsg.), Deutsch-Türkische Filmkultur im Migrationskontext, Wiesbaden 2017, S. 25–44; *Jörg Becker*, Türkisch-deutsche Medienbeziehungen. Phasen und Systematik, in: *Heribert Schatz/Christina Holtz-Bacha/Jörg-Uwe Nieland* (Hrsg.), Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden 2000, S. 106–115; für den VHS-Markt unter Migrant*innen *Dietrich Klitzke*, Das 4. Programm. Studie zum türkischen Videomarkt, Berlin 1982; *o. A.*, Droge Video, in: Der SPIEGEL, 16.10.1983; für das türkische Fernsehen *Kira Kosnick*, Migrant Media. Turkish Broadcasting and Multicultural Politics in Berlin, Bloomington 2007, hier insb.: S. 27–52; für die Konzertbranche *Martin Greve*, Die Musik der imaginären Türkei. Musik und Musikleben im

Der Ausbau dieser Unterhaltungsangebote hatte einen wichtigen und langfristigen (Neben-)Effekt: die stetig steigende Nachfrage nach Musik. Sie galt sowohl solcher, die aus den Herkunftsländern bekannt war, als auch explizit solcher, die von den kollektiven Fremdheitserfahrungen im Ausland inspiriert war. Eine Auswertung von Publikumspost der 1970er-Jahre zeigt: Bei mehr als der Hälfte der Briefe an die Sendung »Türkiye'nin Sesi« (Stimme der Türkei), die bereits seit 1938 von der staatlichen türkischen Sendeanstalt TRT für im Ausland lebende Türkeistämmige produziert worden war, handelte es sich um Musikwünsche.[88] Ebenso bestand das Programm der Sendungen, die die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten für die Arbeitsmigrant*innen in der Bundesrepublik in fünf Sprachen produzierten, zu einem Drittel aus Musikanteilen.[89] Derweil schalteten bei etablierten Musiksendungen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die sich an den Bedürfnissen und Hörgewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft ausrichteten, nur etwa 4 % der Türkeistämmigen zu.[90]

Angebot und Nachfrage. Die boomende Musikszene zwischen Anpassung und Antirassismus

Aus der spezifischen Nachfrage der ›Gastarbeiter‹ nach Musik entwickelte sich unweigerlich ein diese Nachfrage bedienendes Angebot in der Bundesrepublik. Und diese neu entstehende Musik nahm die Lebensrealität der ›Gastarbeiter‹ in Deutschland auf und schuf damit einen eigenen, von nichtmigrantischen Zeitgenoss*innen und der Popgeschichte oft übersehenen Musikmarkt: den einer ungemein einflussreichen und absatzstarken (post-)migrantischen Popmusik.

Die Erforschung dieser kulturellen Bereiche eröffnet mindestens zwei Zugewinne für die Zeitgeschichte (die Perspektiven anderer Disziplinen wie etwa musikwissenschaftliche Zugänge einmal ausgeklammert): Zum einen bieten die Texte, die im Spektrum »[v]on Herzschmerz bis Sozialkritik«[91] Entfremdung, Einsamkeit, aber auch Alltagsrassismus thematisieren, bisher kaum ausgeschöpfte Möglichkeiten, wenn es um die Analyse zeitgenössischer migrantischer Perspektiven auf das Leben in Deutschland geht. Sie sollten daher – auch über die Liedtexte hinausgehend – als Quelle eine stärkere Berücksichtigung finden. Zum anderen entwickelten sich ausgeprägte, der Mehrheitsgesellschaft jedoch bis heute weitgehend unbekannte Szeneinfrastrukturen und eine komplexe Unterhaltungsindustrie. Der Einbezug all dieser Faktoren legt nicht nur in der Forschung bislang selten thematisierte Entwicklungen offen, sondern bereichert auch die Erkenntnisse der Medien- und Popgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts; nicht zuletzt, indem dieser

Kontext der Migration aus der Türkei nach Deutschland, Berlin 2022 (zuerst 2003), S. 108–125; Dokumentarfilm von *Cem Kaya*, Aşk, Mark ve Ölüm [Liebe, D-Mark und Tod], 2022.

88 Vgl. *Aktan*, Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer, S. 98.

89 Vgl. ebd., S. 114.

90 Vgl. *o. A.*, Glück und Glotze, in: Der SPIEGEL, 26.5.1986.

91 DOMiD, »Gastarbeiter«-Musik zwischen Selbstermächtigung und kommerziellem Erfolg, Migrationsgeschichte in Bildern, o. D., URL: <https://domid.org/news/gastarbeiter-musik-zwischen-selbstermachtigung-und-kommerziellem-erfolg/> [23.2.2024].

Ansatz kritische Erkenntnisse zu Aufmerksamkeitsverteilungen und Marginalisierungsdynamiken ermöglicht.

Eine tragende Säule der migrantischen Musikindustrie der Bundesrepublik war die Kölner Schallplatten- und Musikkassettenfirma Türküola, deren Geschichte im Folgenden genauer ausgeleuchtet werden soll. Andere Perspektiven der Popgeschichte wie Performatives, Visual History oder die Rezeptionsgeschichte ließen sich in vertiefenden Forschungen weiter ausflaggen. Türküola gilt als »das erfolgreichste Independent-Label der Bonner Republik« – zumindest denjenigen, die von seiner Existenz überhaupt wissen.[92] 1955 war sein Gründer Yılmaz Asöcal für ein Germanistikstudium nach Köln gekommen.[93] Als Dolmetscher zwischen Deutschen und ›Gastarbeitern‹ aus der Türkei verdiente er nicht nur sein Geld, sondern war auch mit den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeitsmigrant*innen vertraut.[94]

Aus diesem Wissen heraus gründete Asöcal gemeinsam mit einem deutschen Geschäftsführer im April 1964 einen »Großhandel in Textilien und Elektroartikeln, insbesondere zwischen Deutschland und der Türkei« in der Kölner Weidengasse – einer bald auch als »Klein-Istanbul im historischen Eigelstein-Viertel« bezeichneten Haupteinkaufsstraße nördlich des Hauptbahnhofs.[95] Nichtdeutsche Staatsangehörige konnten jedoch nicht ohne Weiteres selbstständige Gewerbe anmelden, sodass die Behelfskonstruktion über eine*n deutsche Geschäftsführer*in ein verbreitetes Mittel war, behördliche Restriktionen zu umgehen.[96] Zu Beginn der Tätigkeit gab die Firma den monatlichen Umsatz mit etwa 50.000 DM an.[97] Bald darauf zog die Firma um an den nah gelegenen Hansaring 149.[98] Bereits 1965 wurde Asöcal Alleininhaber der Firma, im Sommer 1969 spezifizierte die Firma ihre Beschreibung zu »Groß- und Einzelhandel Ex- und Import Musikverlag und Musikproduktion sowie Herstellung und Vertrieb von Schallplatten«.[99]

Es folgte eine beispiellose Aufstiegsgeschichte. Die Firma expandierte und eröffnete mehrere Filialen in der Bundesrepublik, so etwa in Dortmund, Duisburg und

92 *Murat Güngör/Hannes Loh*, Kölsch Kültür. Türkische Popmusik im Exil, in: Stadtrevue, März 2019, S. 30–37, hier: S. 31. Vgl. *Jens Balzer*, High Energy. Die Achtziger – das pulsierende Jahrzehnt, Berlin 2021, S. 105.

93 Vgl. *Doğan Pürsün*, Nasıl kazandılar. Almanya'da zirveye çıkan Türk işadamları anlatıyor, Istanbul 1998, zit. nach *Güngör/Loh*, Kölsch Kültür, S. 31.

94 Vgl. zum Verhältnis von Studierenden und den frühen »Gastarbeitern« aus der Türkei *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 205–216.

95 HRA 5579, 15.4.1964, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990; Zitat bei *Jürgen Bevers/Günay Ulutuncok*: Kebab, Kölsch & Kneipenstrich, in: Schauplatz. Magazin für Köln, November 1982, S. 20–32, hier: S. 21.

96 Vgl. *Möhring*, Fremdes Essen, S. 159–233.

97 Vgl. Industrie- und Handelskammer, Eintragung in das Handelsregister, 4.3.1964, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

98 Vgl. Industrie- und Handelskammer zu Köln, Türk – Export – Yilmaz, o. D., RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

99 HRA 5579, 26.6.1969, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990. Der SPD-Politiker und spätere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Hans-Jürgen Wischnewski fädelte als Fürsprecher offenbar eine Ausnahmegenehmigung für die alleinige Geschäftsführung Asöcals ein. Vgl. *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 80.

Mönchengladbach, dann auch in den Niederlanden.[100] In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre bezifferte das Unternehmen seinen Umsatz stets zwischen etwa 6,5 und 8,5 Millionen DM, die sich zu etwa 85 % auf den Groß- und zu 15 % auf den Einzelhandel verteilten.[101] 1980 erweiterte sich das Portfolio um Musikkassetten.[102] Die Firma reagierte damit unmittelbar auf den Erfolg des ersten *Walkman*, den Sony im Sommer 1979 vorgestellt hatte. Fortan war der Vertrieb von Schallplatten und Musikkassetten offenbar der einzig verfolgte Geschäftszweig des Gewerbes.[103]

Der Erfolg Türküolas lässt sich jedoch nicht primär am Jahresumsatz ablesen. Ungleich relevanter war sein Einfluss auf die (post-)migrantischen Popszenen in der Bundesrepublik.[104] Das Label brachte große Teile der wichtigsten Musikveröffentlichungen für Eingewanderte heraus.[105] Die Karrieren der Türküola-Künstler*innen waren mitunter kurios. Ein spontanes Konzert des Ford-›Gastarbeiters‹ und laienhaften Bağlama-Spielers Metin Türköz, für das er im Rahmen des Staatsbesuchs des türkischen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel Mitte der 1960er-Jahre »buchstäblich auf die Bühne geschubst wurde, um eines der Lieder vorzutragen, die er zum Feierabendbierchen im Arbeiterheim sang«[106], soll zu einer schlagartigen Nachfrage nach seinen Schallplatten im Ladenlokal von Türküola am nächsten Morgen geführt haben – die zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht existierten. Das Label nahm ihn unter Vertrag; er sollte im Laufe seiner Karriere 13 Alben und 72 Singles veröffentlichen.[107] Das Markenzeichen seiner Texte war der ständige Wechsel der Sprachen, mit dem er die Grenzen zwischen Deutsch und Türkisch verschwimmen ließ und dabei kreativ und humorvoll individuelle und kollektive Diskriminierungserfahrungen der ›Gastarbeiter‹ aufgriff:

---

100 Vgl. Industrie- und Handelskammer zu Dortmund an die Industrie- und Handelskammer zu Köln, 17.5.1972; Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg an die Industrie- und Handelskammer zu Köln, 11.9.1972; Industrie- und Handelskammer zu Mönchengladbach, 20.10.1972, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990. *Ulrich Gutmair*, Liebe, D-Mark und Tod. Filmbesprechung, in: kinofenster.de, September 2022, URL: <https://www.kinofenster.de/download/liebe-dmark-tod-fh.pdf> [23.2.2024].

101 Vgl. Industrie- und Handelskammer zu Köln an das Amtsgericht Köln, 14.12.1976; Industrie- und Handelskammer zu Köln, Fragebogen zu Handelsregistergutachten, 28.2.1980, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

102 Vgl. HRA 5579, 1.4.1980, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

103 Vgl. Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar an die Industrie- und Handelskammer zu Köln, 10.9.1980, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

104 Vgl. dazu auch In eine musikalische Parallelwelt gedrängt, Sebastian Reier im Gespräch mit Martin Böttcher, in: Deutschlandfunk Kultur, 10.2.2020, URL: <https://deutschlandfunkkultur.de/tuerkischer-pop-in-deutschland-in-eine-musikalische-100.html> [23.2.2024].

105 Hinweis auf Produktionen kurdischer Lieder bei *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 45 f. Vgl. für Ansätze aus anderen Herkunftsländern als der Türkei *Manuel Gogos*, Der Soundtrack der Migration oder: Hungrige Vögel singen schöner, in: *Claus Leggewie/Erik Meyer* (Hrsg.), Global Pop. Das Buch zur Weltmusik, Stuttgart 2017, S. 145–152; für den Pop-»Standort« Nürnberg *Arndt Peltner*, Die Sounds der »Gastarbeiter«, in: Deutschlandfunk Kultur, 5.3.2021, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsch-tuerkische-popgeschichte-die-sounds-der-gastarbeiter-100.html> [23.2.2024].

106 *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 77.

107 Vgl. *Güngör/Loh*, Kölsch Kültür, S. 32.

»Guten Morgen Mayistero
Affedersin formegano
Heute bin ich sehr müde
Morgen vielleicht nicht meyo«[108]

Unter türkeistämmigen ›Gastarbeitern‹ sollen die deutschen Texte im Zusammenspiel mit der ihnen vertrauten Volksmusik zunächst auf wenig Verständnis gestoßen sein.[109] Doch das muss sich bald geändert haben. Der türkeistämmige Musiker und Musikexperte Nedim Hazar sieht Türköz in der Tradition der Aşık, den anatolischen Volkssängern, und nannte ihn »die extrovertierte Stimme des Gastarbeiters«.[110]

Währenddessen baute sich die Karriere eines zweiten in Deutschland lebenden Stars des Türküola-Katalogs auf: Als »Köln Bülbülü« (Nachtigall von Köln) wurde die Sängerin Yüksel Özkasap denjenigen bekannt, die mit der migrantischen Popwelt der Bundesrepublik in Berührung kamen. Die spätere Ehefrau des Label-Besitzers Asöcal sang auf Türkisch von Sehnsucht und »Heimat« und avancierte damit zu einer erfolgreichen Künstlerin.[111] Ihre Lieder waren fester Bestandteil der türkischsprachigen ÖRR-Radiosendungen.[112] Auch in der Türkei erlangte sie Berühmtheit. Der transnationale musikalische Erfolg schlug sich auch in der Werbestrategie nieder: So schaltete Türküola große Werbekampagnen in türkischen Zeitungen wie der Hürriyet.[113] Ebenso existierten Porträtfotos mit Firmenbranding im Autogrammkartenformat, um »stolz« (kıvançla) auf das verfügbare Tonträgerrepertoire hinzuweisen.[114] Von ihrem 1975 erschienenen Album »Beyaz Atlı« verkaufte Özkasap rund 800.000 Exemplare, in ihrer Karriere wurde sie mit zahlreichen weiteren goldenen Schallplatten ausgezeichnet.[115] In den deutschen Charts, in denen sie sich 1975 mit Pink Floyds »Wish You Were Here« und Kraftwerks »Autobahn« hätte messen können, waren Türküola-Künstler*innen jedoch nicht vertreten, was Pop-Expert*innen auf die unkonventionellen Vertriebswege über den türkischen Einzelhandel zurückführen.[116]

108 *Metin Türköz*, Mayistero, 1973.
109 Vgl. *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 134 f.
110 *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 76. Vgl. dazu auch *Greve*, Die Musik der imaginären Türkei, S. 22.
111 Vgl. *Metin Gür*, Köln Bülbülü, in: *Eryılmaz/Jamin*, Fremde Heimat, S. 298 f.
112 Vgl. *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 90.
113 Vgl. die doppelseitige Werbeanzeige zu Yüksel Özkasap bei Şen Ola Düğün, in: Hürriyet, o. D. [1969], DOMiD, E 0361, 0013–0017; *Güngör/Loh*, Kölsch Kültür, S. 31.
114 *Türküola*, Zeki Müren, o. D., DOMiD, KR 1147.
115 Vgl. *Güngör/Loh*, Kölsch Kültür, S. 33; *Kaya*, Aşk, Mark ve Ölüm.
116 Vgl. *Christian Schröder*, »Freddy Quinn war ein Vorläufer des Deutschraps«. Interview mit Jens Balzer, in: Tagesspiegel Online, 20.5.2022, URL: <https://www.tagesspiegel.de/interview-mit-jens-balzer-freddy-quinn-war-ein-vorlaufer-des-deutschraps-487350.html> [23.2.2024].

Diskriminierung und Gegenwehr. Migrantische Themen überschreiten Genre-Grenzen

Köln hatte sich, auch und vor allem durch Türküola, als »Epizentrum für Musik von Migranten« etabliert.[117] In dieser Rolle fungierte die lokale Musikszene auch als Anlaufstelle für in der Türkei – in der nach den Militärputschen von 1971 und 1980 ein gefährliches Klima für linke, kurdische oder aus anderen Gründen marginalisierte Künstler*innen und Intellektuelle herrschte – verfolgte Musiker*innen wie Cem Karaca oder den bereits genannten Nedim Hazar. Dort fanden sie schnell Anschluss an die Szene.

Der im Zuge der Unruhen in der Türkei ausgebürgerte Karaca veröffentlichte 1984 sein einziges deutschsprachiges Album »Die Kanaken« auf dem Dortmunder Label »pläne«.[118] Er vermittelte einem breiteren bundesdeutschen Publikum die Alltagsthemen und -diskriminierung der ›Gastarbeiter‹, so etwa in seinem Song »Willkommen«:

»Komm Türke, trink deutsches Bier
Dann bist du auch willkommen hier
Mit Prost wird Allah abserviert
Und du ein Stückchen integriert
Ihr stinkt nach Knoblauch – lasst den weg
Esst Sauerkraut mit Schweinespeck
Und wer statt Kinder Dackel dressiert
Der ist fast schon integriert«[119]

Karaca und seine Musiker traten nun selbst als »Die Kanaken« auf und waren unter anderem zu Gast in Alfred Bioleks Fernsehshow. Nachdem sie dort den Song »Mein deutscher Freund«, der die enttäuschten Erwartungen der Arbeitsmigrant*innen und die Herabwürdigung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft thematisiert, aufgeführt hatten, eröffnete Biolek die Fragerunde: »Kanaken nennt ihr euch, ich mein', das ist ja ganz schön mutig – das ist ja ein Schimpfwort geworden!« Karaca entgegnete daraufhin: »Wir haben's gehört, ein paar Mal, dann haben wir gesagt: ›Na, nennen wir uns halt so!‹«[120]

Die Musik der Eingewanderten hatte sich zum Ventil und Verarbeitungsmechanismus für den Alltagsrassismus in den bundesdeutschen 1980er-Jahren entwickelt. Zwar erlebte Türküola am Ende der 1980er-Jahre selbst einen Niedergang. Im Frühjahr 1985 war die Firma vom Kölner Hansaring nach Troisdorf in das rheinische Umland gezogen.[121] Sie bewarb die neuen Räumlichkeiten, betrieb fortan allerdings

117 *Güngör/Loh*, Kölsch Kültür, S. 31
118 Vgl. *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 39–41.
119 *Cem Karaca*, Willkommen, 1984.
120 *Cem Karaca/Die Kanaken*, Mein Deutscher Freund (Talkshow), o. D. [1984], URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ALg5xRtIzWU> [5.7.2024], Minute 4:22–4:57. Vgl. auch *Balzer*, High Energy, S. 104.
121 Vgl. Stadt Köln, Bezirksverwaltungsstelle für den Bezirk 1, Gewerbe-Ummeldung, 13.5.1985, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

ausschließlich einen Großhandel und unterhielt kein Ladenlokal mehr.[122] Der Jahresumsatz sank zu dieser Zeit deutlich, die Erträge aus Rechteeinnahmen des Musikverlags machten nun fast ein Viertel davon aus.[123] Schon 1986 fuhr Asöcal das Spektrum seiner Dienstleistungen deutlich zurück, bevor im Herbst 1988 schließlich ein Konkursverfahren eröffnet wurde.[124]

Der (post-)migrantischen Musikszene tat das Ende von Türküola jedoch keinen Abbruch. Im Gegenteil: Mit der stetig wachsenden Gefahr durch den alltäglichen Rassismus und Rechtsextremismus fand die Musik in den frühen 1990er-Jahren ein virulentes Thema. Es wurde sowohl innerhalb als auch außerhalb der bestehenden deutschen Musikszene künstlerisch verarbeitet. Innerhalb dieser gründeten Nedim Hazar sowie der Musiker und Produzent Geo Schaller mit »Yarinistan« in Köln die »erste deutsch-türkische Rockband«, in der zwischenzeitlich auch Stephan Brings von der lokalen Kultband Brings Bass spielte.[125] Es waren die konkreten Erfahrungen und Ängste Hazars, die die Initialzündung für das mittlerweile legendäre Kölner Konzert am 9. November 1992 (und das gleichnamige bis heute aktive Netzwerk gegen rechts) »Arsch huh, Zäng ussenander« gaben, als zu Beginn der 1990er-Jahre rassistische Gewalt gegen »Ausländer« das Leben von Eingewanderten in der Transformationszeit bestimmte.[126]

Außerhalb der etablierten Musikszenen versuchten seit dem Ende der 1980er-Jahre zunehmend die Kinder von Eingewanderten, ihrer Situation musikalischen Ausdruck zu verleihen. Sie bedienten sich dabei vor allem der Hip-Hop-Kultur aus den USA, die anfänglich nahezu ausschließlich afroamerikanisch geprägt war.[127] Aus dem Breakdance hervorgegangene Zusammenschlüsse wie die »Fresh Familee« aus Ratingen probierten sich nun vermehrt an der Rapmusik: »Um der Isolation der Trabantenstadt zu entkommen, suchten sie sich eine andere Identität. Sie fanden sie in Gangs und Gruppen. Auch wenn man sich gegenseitig bekämpfte, eines verband sie alle: Sie waren Kinder von Ratingen-West«, wie eine Dokumentation für den Westdeutschen Rundfunk (WDR) über die Fresh Familee aus dem Jahr 1991 festhielt.[128] Die Gruppe setzte sich aus Jugendlichen (acht Jungen und einem Mädchen) unterschiedlicher Nationalitäten zusammen.[129]

---

122 Vgl. Türküola Musikverlag und Musikproduktion, Wir ziehen um! Yeni binamıza taşınıyoruz!, o. D. [1985]; Industrie- und Handelskammer zu Köln, Angaben für Handelsregistergutachten, 22.1.1986, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990.

123 Vgl. ebd.

124 Vgl. Stadt Köln, Bezirksverwaltungsstelle für den Bezirk 2, Gewerbe-Ummeldung, 14.1.1986; Amtsgericht, Abt. 71, Konkursverfahren, 71 N 279/88, 3.10.1988; Amtsgericht, Beschluss, 3.10.1988, RWWA, Bestand Abt. 1 IHK, Türküola, erloschen 27.7.1990. Die Marke Türküola ist seit 2020 beim Deutschen Patent- und Markenamt rechtlich bei Grand Records International in Ankara registriert, Deutsches Patent- und Markenamt, Registernummer 302020011834, o. D., URL: <https://register.dpma.de/DPMAregister/marke/register/3020200118344/DE> [23.2.2024].

125 *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 51; *Helmut Frangenberg/Uli Kreikebaum*, »Plötzlich war ich der angesagte Hip-Hop-Onkel«, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 21.3.2014.

126 *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 110 f. Vgl. *Stefan Worring*, Wie »Arsch Huh« weit über Köln hinaus strahlte, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 8.11.2022.

127 Vgl. *Greve*, Die Musik der imaginären Türkei, S. 410–424.

128 *Detlev Neufert*, Comin' from Ratinga, WDR, 1991, Zitat Minute 2:30–2:45, der Übergang vom Breakdance zum Rap bei Minute 2:20–5:25.

129 Vgl. ebd., die muttersprachliche Vorstellung durch die Mitglieder: Minute 7:27–8:03.

Der Jugendclub Ratingen erhielt eine städtische Förderung, um dem Wunsch der örtlichen Jugendlichen nachzukommen, »auch Rapmusik selber zu produzieren«.[130] Diese Rahmenbedingungen ermöglichten der Fresh Familee im Jahr 1989 mit »Ahmet Gündüz« die mutmaßlich erste Veröffentlichung eines deutschsprachigen Rap-Songs überhaupt.[131] Bezeichnend: Dieses Pionierstück des vergleichsweise neuen Genres Deutschrap verarbeitet erlebten Alltagsrassismus, von dem die Gruppe den türkeistämmigen Protagonisten Ahmet Gündüz mit Sprechgesang in gebrochenem Deutsch erzählen lässt:

»Mein Name ist Ahmet Gündüz, lass mich erzählen euch
Du musst schon gut zuhören, ich kann nicht sehr viel deutsch
Ich komm von die Türkei, zwei Jahre her
und ich viel gefreut, doch Leben hier ist schwer
In Arbeit Chef mir sagen, Kanake hey wie gehts?
Ich sage ›hastır lan‹, doch Arschloch nichts versteht
Mein Sohn gehen Schule, kann schreiben jetzt
Lehrer ist ein Schwein, er gibt ihm immer sechs
Gestern ich komm von Arbeit, ich sitzen in der Bahn
Da kommt ein besoffen Mann und setzt sich nebenan
Der Mann sagt: ›Öff, du Knoblauch stinken!‹
Ich sage: ›Ach egal, du stinken von Trinken!‹«[132]

Darauf folgt aus Sicht der sogenannten Zweiten Generation – nun auf Hochdeutsch – ein Plädoyer für ein friedliches Miteinander von allen Menschen, wodurch sich der Song im Conscious Rap verorten lässt. Der Perspektivwechsel zwischen den Strophen verweist zudem auf eine komplexe Songkonstruktion, in der mehr als ein Pop-Subjekt angenommen wird. Im Changieren zwischen den Sprachen sehen Beobachter*innen der migrantischen Musikszene zudem eine Kontinuität zum Stil des bereits erwähnten Metin Türköz.[133]

Rassismus und die Gefahr durch Rechtsextremismus sollten die neue Gang- und Rapkultur unter (post-)migrantischen Jugendlichen bestärken. Gerade diese Formen adoleszenter Selbstorganisationen stellen ein vielversprechendes Forschungsfeld dar, um neue Perspektiven auf die Transformationszeit und das Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt nach dem Mauerfall zu gewinnen.[134] In West-Berlin war

130 Ebd., Aussage Jürgen Großpeitsch vom Jugendclub Ratingen-West: Minute 8:04–8:24. Vgl. zur gezielten Förderung des Raps *Ayşe Çağlar*, Verordnete Rebellion. Deutsch-türkischer Rap und türkischer Pop in Berlin, in: *Ruth Mayer/Mark Terkessidis* (Hrsg.), Global Kolorit. Multikulturalismus und Populärkultur, St. Andrä/Wördern 1998, S. 41–56.

131 Vgl. Booklet des Trikont-Samplers Import Export A La Turka, 2007, S. 8; *Gogos*, Der Soundtrack der Migration, S. 151. Zuvor hatte Torch von Advanced Chemistry offenbar bereits auf Deutsch gejammt. Vgl. *Sascha Verlan/Hannes Loh*, 20 Jahre Hiphop in Deutschland, Höfen 2000, S. 119 f.; *Jens Balzer*, Schmalz und Rebellion. Der deutsche Pop und seine Sprache, Berlin 2022, S. 170 f.

132 *Fresh Familee*, Ahmet Gündüz, 1989.

133 Vgl. *Murat Güngör/Hannes Loh*, Vom Gastarbeiter zum Gangsta-Rapper. HipHop, Migration und Empowerment, in: *Martin Seeliger/Marc Dietrich* (Hrsg.), Deutscher Gangsta-Rap II. Popkultur als Kampf um Anerkennung und Integration, Bielefeld 2017, S. 193–220, hier: S. 198.

134 Vgl. beispielhaft für die Auskunftsbereitschaft der damaligen Gangmitglieder *o. A.*, Die Kings von Kreuzberg, in: rbb-online.de, 31.1.2024, URL: <https://www.rbb-online.de/unserleben/

der 20. April 1989, der 100. Geburtstag von Adolf Hitler, Gründungsmoment der Gruppe »Antifa Gençlik« (deutsch: Antifaschistische Jugend). Hintergrund war der Aufruf der Politik, angesichts befürchteter Nazi-Aufmärsche die Wohnungen an diesem Tag möglichst nicht zu verlassen. Im Frühjahr 1992 rief sie gemeinsam mit anderen Jugendgangs aus unterschiedlichen Berliner Bezirken wie den »36 Boys« oder den »Ghetto Girls« zu »Einheit und Widerstand« auf, um dem »Neonaziterror« zu begegnen.[135] Rap fungierte in dieser Zeit als Sprachrohr, mit dem Gangs die Missstände in ihrem Alltag und rassistische Diskriminierung verarbeiteten: Eng verwoben mit den 36 Boys war die Rap-Gruppe »Islamic Force«, neben Fresh Familee und anderen eine der wichtigsten frühen postmigrantischen Rap-Gruppen.

Kurz nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 veröffentlichte die Heidelberger Rap-Gruppe »Advanced Chemistry« den Song »Fremd im eigenen Land«. Dieser Song prangerte die rassistischen Diskriminierungserfahrungen von eingebürgerten deutschen Staatsangehörigen an.[136] Die Mordanschläge von Mölln und Solingen sowie die zahlreichen weniger bekannten Anschläge im gesamten Bundesgebiet politisierten migrantische Jugendliche.[137] Die Angst und der Widerstand schlugen sich in (post-)migrantischer Kunst und Kultur nieder.[138] Diese frühen Gruppen legten damit den Grundstein für eine einflussreiche, bis in die Gegenwart stilbildende (post-)migrantische Musiktradition. Der in Deutschland, Österreich und der Schweiz breit rezipierte und auch kommerziell erfolgreiche Song »Adriano (Letzte Warnung)« der Supergroup »Brothers Keepers« von 2001, in dem die Gruppe den Mord an dem ehemaligen DDR-»Vertragsarbeiter« Alberto Adriano durch Rechtsextreme im Jahr 2000 anprangerte, war ein weiterer Höhepunkt in dieser Traditionslinie.[139] (Post-)Migrantische Rapmusik war jedoch keinesfalls ausschließlich ein linkes oder progressives Sprachrohr, ab Mitte der 1990er-Jahre wurde Rap auch für nationalistische Positionen umgedeutet oder gezielt kodiert.[140] Mit der Wende zum 21. Jahrhundert etablierte sich mit (post-)migrantischen Rappern wie Kool Savas, Bushido oder Eko Fresh, dem Sohn des bereits erwähnten Musikers Nedim Hazar, zudem das neue Genre des deutschsprachigen Gangsterraps, das in Texten nur noch selten an die Mehrheitsgesellschaft appellierte. Dabei stellt die

---

reportagen/die-kings-von-kreuzberg.html> [23.2.2024]; ZEIT Online, Interviewpodcast »Alles gesagt?«, Folge: Tim Raue, was haben Sie eigentlich gegen Soja-Bratwürste?, 29.6.2018, Minute 1:22:44–1:41:22. Beispiele aus anderen Städten etwa bei *Maria Alexopoulou*, »Wir sind auch das Volk!«. Das deutsche Volk in der Transformation der Bundesrepublik zur Einwanderungsgesellschaft, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 28, 2019, S. 225–254, hier: S. 235 f.

135 *O. A.*, Aufruf zu Einheit und Widerstand (1992), in: ak wantok (Hrsg.), Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988–1994), Münster 2014, S. 9–11, hier: S. 9.

136 Vgl. *Advanced Chemistry*, Fremd im eigenen Land, 1992. Vgl. dazu auch *Balzer*, Schmalz und Rebellion, S. 169.

137 Vgl. vertiefend zur rechten Gewalt in der Transformationszeit *Till Kössler/Janosch Steuwer* (Hrsg.), Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023.

138 Vgl. den ersten Song der Kölner Gruppe *Microphone Mafia*, Stop Racism, 1992; *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 104 f. und 109 f.

139 Vgl. *Brothers Keepers*, Adriano (Letzte Warnung), 2000. Vgl. zum Erfolg beispielhaft: *Frank Schergel*, Geballte Fäuste und keine Hände, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 4.8.2001; *Andy Dallmann*, Warnung via Hitparade, in: Sächsische Zeitung, 8.8.2001.

140 Vgl. *Greve*, Die Musik der imaginären Türkei, S. 415 f.

Diskrepanz zwischen den Texten, die nun häufig vermeintlich authentische Darstellungen des kriminellen Lebens in Gangs und mit entsprechenden Konflikten in migrantisch geprägten Vierteln ausbreiteten, und dem gleichzeitig riesigen kommerziellen Erfolg bis weit in die Mehrheitsgesellschaft hinein eine weitere Perspektive für zukünftige Forschungsprojekte dar.

Die Geschichte des (post-)migrantischen Raps ist in diesem Sinne auch als Kampf um Beachtung durch die deutsche Öffentlichkeit zu verstehen und zu schreiben. Wie die Künstler*innen der 1970er- und 1980er-Jahre zuvor fanden auch die frühen deutschsprachigen Rap-Formationen in der Breite nur wenig Anklang und Anerkennung. Seit 1992 hatten diese Pionier*innen im Konkurrenzverhältnis zu den vermeintlichen Vorreitern des deutschsprachigen Raps gestanden: den »Fantastischen Vier« aus Stuttgart und ihrem Hit »Die da!?!«.[141] Dem englischsprachigen Musiksender MTV erklärten die »Fantas« bei ihrem ersten Fernsehinterview im November 1992, sie versuchten eben nicht »to act like we are some kind of bad ghetto boys, because we're not. We are from the Mittelstand. Which means uhm … [Gelächter] which means not upper class, but no low-class people.«[142] Ihr Ansatz sei es, so die Stuttgarter weiter, »to get some positive power to the people. […] Our main message is: think positive«. Damit grenzten sie sich deutlich von den postmigrantischen, auf Deutsch rappenden Pionier*innen wie Fresh Familee oder Advanced Chemistry ab, denen Rap als Sprachrohr für ihre marginalisierten Perspektiven, Diskriminierungserfahrungen und konkreten Ängste diente. Rap fand »eine stärkere Mainstreamorientierung«.[143] Immer wieder griffen Medien das Image der Rapper »from the Mittelstand« auf: »Ohne sie und ihre ›Benztown-Raps‹ hätte es deutschsprachigen HipHop wohl nie gegeben«, resümierte 1999 die Berliner Morgenpost.[144] Diese journalistische Deutung übergeht die Pionier*innen mit Einwanderungsgeschichte – wobei die Musikwissenschaftlerin Barbara Hornberger die Erzählung, »die Fantastischen Vier beklauen den von Migranten für sich beanspruchten HipHop«, ebenfalls als unterkomplex einstuft.[145] Letztlich muss die Entwicklung des gesamten Genres in den 1990er-Jahren auch mit einer schrittweisen Ausdifferenzierung einer spezifischen Jugendkultur zu vielfältigen Popkulturen verstanden werden.[146] In jüngster Zeit lässt sich ein differenzierter musikjournalistischer Blick auf die Frühphase des Deutschraps einschließlich seiner migrantischen Pionier*innen verzeichnen[147] – ein Trend, dem die Popgeschichte folgen sollte. Denn die

141 Vgl. *Die Fantastischen Vier*, Die da!?!, 1992.

142 Hier und im Folgenden Die Fantastischen Vier – 1. Interview auf MTV in englisch (1992), November 1992, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=VtAABPDBP_8> [23.2.2024].

143 *John Lütten/Martin Seeliger*, »Rede nicht von Liebe, gib' mir Knete für die Miete!«. Prekäre Gesellschaftsbilder im deutschen Straßen- und Gangsta-Rap, in: *Seeliger/Dietrich*, Deutscher Gangsta-Rap II, S. 89–104, hier: S. 91.

144 *Stefan Meyer*, We are immer noch from the Mittelstand, in: Berliner Morgenpost, 22.4.1999.

145 *Barbara Hornberger*, »We are from the Mittelstand, you know.« Essayistische Anmerkungen zur Verortung der deutschen Popmusik, in: *Dietrich Helms/Thomas Phleps* (Hrsg.), Typisch Deutsch. (Eigen-)Sichten auf populäre Musik in diesem unserem Land, Bielefeld 2014, S.77–100, hier: S. 80 und S. 92–94, dort mit direktem Bezug auf die Deutung bei *Murat Güngör/Hannes Loh*, Fear of a Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap, Höfen 2002, S. 19.

146 Vgl. dazu *Bodo Mrozek*, Jugend – Pop – Kultur. Eine transnationale Geschichte, Berlin 2019.

147 Vgl. NDR, Hiphop – Made in Germany, 2024; *Kaya*, Aşk, Mark ve Ölüm.

(post-)migrantische Musikszene war und ist »politisch, heterogen, transnational« – und eignet sich auch deshalb hervorragend, um die westdeutsche Geschichte differenziert und »durch das Prisma der türkischen Musikszene« zu erzählen, wie es die Historikerin Elisabeth Kimmerle bei ihrer Besprechung des Dokumentarfilms »Liebe, D-Mark und Tod« formulierte.[148] So lassen sich Geschichten von Selbstermächtigung, Diskriminierung, aber – vor allem mit Blick auf das 21. Jahrhundert – auch solche des Erfolgs schreiben. In den Worten von Nedim Hazar: »Es brauchte wahnsinnig viel Zeit – Jahrzehnte, bis man in Deutschland unter dem Nachwuchs der Migrant*innen Superstars suchte und fand.«[149] Diese Befunde ließen sich in weiteren Forschungen wiederum mit Fremdheitstopoi und -vorstellungen in der ›deutschen‹ Musikszene wie dem Schlager und dem Erfolg schwarzer Künstler*innen wie Roberto Blanco in einem übergreifenden Kontext diskutieren.[150]

III. Politischer Sport. Migrantische Mitsprache auf kleinstädtischen Fußballplätzen

Die Geschichte der Einwanderung erzählen Historiker*innen häufig zu Recht als eine Geschichte von Kämpfen um Anerkennung und Teilhabe. Besonderes Augenmerk kam dabei immer wieder den von Migrant*innen getragenen (»wilden«[151]) Streiks des Sommers 1973 zu.[152] Die Zahl dieser teils spontanen, auch ohne gewerkschaftliche Unterstützung erfolgten Arbeitskämpfe in jenem Jahr wird auf etwa 300 im gesamten Bundesgebiet geschätzt. Sie gelten nicht zuletzt als ein Faktor,

148 *Elisabeth Kimmerle*, Politisch, heterogen, transnational. Westdeutsche Zeitgeschichte durch das Prisma der türkischen Musikszene in Aşk, Mark ve Ölüm von Cem Kaya, in: Zeitgeschichte-online, 17.6.2022, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/politisch-heterogen-transnational> [23.2.2024].

149 *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 24.

150 Vgl. dazu *Florian Völker*, Fiesta Mexicana und Samba de Janeiro. Konstruktionen ›fremder‹ Kulturen in der deutschen Popmusik, in: Zeitgeschichte-online, 6.1.2023, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/fiesta-mexicana-und-samba-de-janeiro> [23.2.2024].

151 Vgl. zur rassistischen Dynamik des Begriffs des »wilden« Streiks im Kontext der Arbeitsmigration *Simon Goeke*, Der Kampf der Pierburg-Arbeiterinnen gegen Lohndiskriminierung. Geschichte und Erinnerung, in: *Nuria Cafaro/Bernd Hüttner/Caner Tekin* (Hrsg.), Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin 2023, S. 33–46, hier: S. 40.

152 Vgl. beispielhaft *Cafaro/Hüttner/Tekin*, Gelingende und misslingende Solidarisierungen; *Peter Birke*, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main 2007; *Jörg Huwer*, »Gastarbeiter« im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013; *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«, S. 237–261; *Helena Kürten*, Gastarbeiterinnen im wilden Streik, Zur Wahrnehmung von Arbeit, Migration und Geschlecht im Mediendiskurs der Bundesrepublik am Beispiel der rheinischen und westfälischen Metallindustrie, in: Westfälische Forschungen 67, 2017, S. 499–536; *Jennifer Miller*, Her Fight Is Your Fight. »Guest Worker« Labor Activism in the Early 1970s West Germany, in: International Labor and Working-Class History, 2013, Nr. 84, S. 226–247; zur Übersicht über wissenschaftliche Publikationen hinaus vgl. *Bernd Hüttner*, Materialien: Spontane Streiks und migrantische Arbeitskämpfe. Sammlung von Texten, Filmen und weiteren Ressourcen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, 20.12.2023, URL: <https://nrw.rosalux.de/publikation/id/50714/materialien-spontane-streiks-und-migrantische-arbeitskaempfe> [11.7.2024].

der die Bundesregierung zur Entscheidung des Anwerbestopps im November 1973 veranlasst haben könnte, und sind als Fallbeispiele migrantischer Handlungsmacht immer wieder Bestandteil migrationshistorischer Studien.[153]

Die starke historiografische Beschäftigung mit diesen Arbeitsniederlegungen ist in mehrfacher Hinsicht nachvollziehbar. Auch aufgrund der guten Quellenlage lassen sie sich eindrücklich als außergewöhnliche und spektakuläre Kämpfe erzählen; die Niederschlagung etwa des Ford-Streiks in Köln tut dem keinerlei Abbruch.[154] Für viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist gerade dieser Streik eine derart wichtige Referenz, dass er als Beispiel für frühe migrantische Anerkennungskämpfe – um den Faden des vorherigen Kapitels gleich noch einmal aufzugreifen – eine Inspiration für (post-)migrantische Rap-Songs lieferte.[155]

Die große Aufmerksamkeit und die bemerkenswerte Literaturdichte eröffnet allerdings die Folgefrage, wo sich der politische Gestaltungsanspruch von (Arbeits-)Migrant*innen darüber hinaus niederschlug. Diese Frage ist auch deshalb relevant, weil die Streikserie von 1973 mit dem Anwerbestopp ein recht abruptes Ende fand. Insgesamt scheint sich ein Teil des politischen Engagements »in die Kommunalpolitik und die Gewerkschaftsgliederungen« verlagert zu haben.[156] Jüngere Forschungen verwiesen beispielsweise auf die Debatten um die Reform des Kindergelds für nichtdeutsche Familien oder die Rolle von Migrant*innen, nun eingehegt in gewerkschaftliche Strukturen, beim Kampf um die 35-Stunden-Woche.[157] Bei Letzterem setzten die Gewerkschaften gezielt auch auf türkischsprachige Arbeiter*innenlieder, um migrantische Unterstützung zu steigern.[158]

Um neue Perspektiven auf (post-)migrantische Agency zu gewinnen, soll im Folgenden der Blick über den Kontext von Arbeitskämpfen und Bundespolitik hinaus auf die Geschichte der Freizeitgestaltung ausgeweitet werden. Am Beispiel des Fußballs lässt sich zeigen, wie migrantische Fußballvereine in Klein- und Mittelstädten auch im vermeintlich Trivialen und im vorpolitischen Raum Ansprüche auf Teilhabe artikulierten. Der Forschung gilt Fußball beziehungsweise Sport im Allgemeinen

153 Vgl. *Marcel Berlinghoff*, Das Ende der »Gastarbeit«. Europäische Anwerbestopps 1970–1974, Paderborn 2013, S. 246–250.

154 Vgl. beispielhaft die Sonderseite DOMiD, »Wir hörten auf Gastarbeiter zu sein« – 50 Jahre »wilde« Streiks von 1973, URL: <https://domid.org/news/wilde-streiks-1973/> [5.6.2024].

155 Vgl. *Microphone Mafia*, Denkmal, 2002; *Nuria Cafaro*, Intergenerationelle Verbindungen. Geschichtsschreibung als Kampf um Anerkennung. Interview mit Kutlu Yurtseven, in: *dies./Hüttner/Tekin*, Gelingende und misslingende Solidarisierungen, S. 69–75, hier: S. 71 f.

156 *Simon Goeke*, »Wir sind alle Fremdarbeiter!«. 1973 als europäischer Höhepunkt migrantischer Kämpfe?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10.10.2023, URL: <https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/230901_02_Gelingende-Solidarisierungen/Simon_Goeke_1973_als_Höhepunkt_migrantischer_Kämpfe.pdf> [23.2.2024], S. 2.

157 Vgl. *Lauren Stokes*, ›An Invasion of Guest Worker Children‹. Welfare Reform and the Stigmatisation of Family Migration in West Germany, in: Contemporary European History 28, 2019, S. 372–389; *Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner* u. a. (Hrsg.), Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisierungen und Gewerkschaften in den 1970/1980er Jahren, Hamburg 2022, S. 199–227; zu den überraschten Reaktionen auf dieses Ergebnis: S. 227.

158 Vgl. *Hazar*, Deutschlandlieder, S. 34; *Cafaro*, Intergenerationelle Verbindungen, S. 71 f.

häufig als Indikator und Paradebeispiel für »Integration«.[159] Diese Erzählung soll nun durch eine Verlagerung des Fokus auf das Vorpolitische und die Auseinandersetzungen um Mitsprache kontrastiert werden.[160] Dafür werden im ersten Schritt in gebotener Kürze Entwicklungslinien für die Rolle des Fußballs im Kontext von Migration und Lagererfahrungen im gesamten 20. Jahrhundert entworfen, bevor Fallbeispiele migrantischer Fußballvereine in Nordrhein-Westfalen das Erkenntnispotenzial für die Sozialgeschichte jenseits einer vorbildhaften Integrationserzählung konturieren.

Sport als Eskapismus. Fremdheitssituationen und Fußball im 20. Jahrhundert

Durch den Zugriff über den Fußball lassen sich Quer- und Längsschnitte der vielfältigen Einwanderungs- und Transitbewegungen nach und in Deutschland erarbeiten. Fußball als niedrigschwellige Freizeitaktivität etablierte sich bereits im 19. Jahrhundert. Er bot Menschen in Ausnahme- und Fremdheitssituationen die Möglichkeit des Eskapismus. Polnische Arbeitsmigrant*innen hatten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem im Ruhrgebiet zahlreiche polnische Sportvereine gegründet.[161] Damit waren es nicht zuletzt jüdische Fußballer, die vor ihrer Verfolgung und Verbannung durch die Nationalsozialisten den Fußball in Deutschland geprägt hatten – oder in den Worten des Fußballmagazins »11 Freunde« in ihrem Sonderheft »Verlorene Helden«: »Die Anfänge des Fußballs in Deutschland wären ohne die jüdischen Spieler nicht vorstellbar.«[162] In einem erweiterten thematischen Brückenschlag wäre in diesem Kontext auch die Popularität von Fußball unter Insass*innen nationalsozialistischer Konzentrationslager, ihre Selbstorganisation von Mannschaften, ausgefeilten Ligasystemen und Tausenden Zuschauer*innen bei Spielen zu nennen.[163]

---

159 Vgl. beispielhaft *Helga Adolph*, Sport als Integrationsmöglichkeit ausländischer Mitbürger. Dokumentation einer Hochschulinitiative, Kassel 1985; *Sebastian Braun*, Soziale Integrationsleistungen von Sportvereinen, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 2012, S. 282–286; kritisch zu diesem Zusammenhang *Ansbert Baumann*, Mehr Integration? Fußball und Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1973, in: VfZ 70, 2022, S. 63–86.

160 Vgl. zur soziologischen Perspektive *Silvester Stahl*, Selbstorganisation von Migranten im deutschen Sportverein. Eine soziologische Annäherung, Potsdam 2011, dort für einen kurzen historischen Abriss: S. 69–73.

161 Vgl. *Lenz*, Vereint im Verein?, S. 194–202; *Bernd Wedemeyer-Kolwe*, Migration und Sport in Deutschland: ausgewählte Beispiele, in: *Michael Krüger/Annette R. Hofmann* (Hrsg.), Sportgeschichte in Deutschland/Sport History in Germany. Herausforderungen und globale Perspektiven/Challenges and International Perspectives, Wiesbaden 2020, S. 125–134, hier: S. 125.

162 Einleitung, in: 11 Freunde/DFB-Kulturstiftung, Verlorene Helden, URL: <https://www.dfb.de/fileadmin/_dfbdam/13724-11F_148_beilage_gesamt.pdf> [23.2.2024], S. 6–9, hier: S. 6.

163 Vgl. *Anna Hájková*, The Last Ghetto. An Everyday History of Theresienstadt, Oxford 2020, S. 194–199, dort explizit als »working-class activity« bezeichnet, S. 197; weiterhin *František Steiner*, Fußball unterm gelben Stern. Die Liga im Ghetto Theresienstadt 1943–44, Paderborn 2017.

Auch in der von Entbehrungen geprägten Nachkriegszeit in Deutschland nach 1945 zeigte sich Fußball als probates Mittel der Ablenkung.[164] In Lagerunterkünften etablierten sich mit der Herausbildung alltäglicher Infrastrukturen quasi-natürlich auch Fußballvereine.[165] Dies lag wiederum in der Popularität des Fußballs vor 1933 und der nationalsozialistischen Herrschaft begründet. Nach wenigen Jahren gründeten auch Vertriebene in Eigenregie Fußballvereine – ein Indiz für ihre Agency und das Ankommen im neuen Umfeld. Die Gründungsmitglieder des SC Friedrichshafen 1950 e. V. planten beispielsweise, »in ihrer neuen Heimat« im Verein »mit Fußball und gemeinsamen Unternehmungen ihre Freizeit zu gestalten«.[166]

Im Jahr 1954 gewann die bundesdeutsche Nationalmannschaft mit dem »Wunder von Bern« die Fußballweltmeisterschaft der Herren. Nach Ansicht des ehemaligen Chefredakteurs der Süddeutschen Zeitung Hans Werner Kilz hatte der Titel eine besondere Bedeutung für die vielfältige Nachkriegsgesellschaft: »Alle, die Kriegsheimkehrer, die Flüchtlinge und Vertriebenen, auch die Deutschen im Osten, deren Volksaufstand gerade ein Jahr zurück lag, fühlten sich durch die Helden von Bern aufgewertet.«[167] In dieser Grundsätzlichkeit ist die These Kilz' durchaus umstritten[168], doch verdeutlicht er die (mutmaßlich) immense soziale und sinnstiftende Bedeutung des Sports, speziell die Top-down-Perspektive des Volkssports im Amateurfußball für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland nach 1945 – ein Desiderat der Forschung.[169]

Ein Hobby für alle? Migrantische Fußballvereine und ihr Anspruch auf Trainingszeiten

Mit den ›Gastarbeitern‹ der Arbeitsmigration stießen nach den rund 12 Millionen Vertriebenen weitere »Neuankömmlinge« zur bundesdeutschen Gesellschaft, deren Alltag von Arbeit und Entbehrungen geprägt war. Auch sie entwickelten rasch den Drang und zeigten Initiative, ihre Freizeit aktiv zu gestalten – auch und gerade mit Fußball. Nachdem die Bundesrepublik 1955 ihr erstes Anwerbeabkommen mit Italien geschlossen hatte, geschah vielerorts zunächst wenig. Erst zu Beginn der 1960er-Jahre begannen die für die Geschichte der ›Gastarbeit‹ wichtigen Firmen, die Anwerbemöglichkeit in großem Stil zu nutzen. Der Wolfsburger Automobilher-

164 Vgl. *Michael Schreiber*, Kicken gegen die Tristesse, in: WDR.de, 12.10.2005, URL: <https://www1.wdr.de/archiv/wiederaufbau/fussball100.html> [23.2.2024].

165 Vgl. *Mathias Beer*, Die deutsche Nachkriegszeit als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung, in: *Henrik Bispinck/Katharina Hochmuth* (Hrsg.), Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014, S. 47–71, hier: S. 69.

166 Hier und im Folgenden SC Friedrichshafen 1950 e. V., Geschichte des SC Friedrichshafen 1950 e. V. – seit 1950, URL: <https://sc-friedrichshafen.de/history/> [23.2.2024]. Für den Verein war zunächst das Kürzel »HSV« vorgesehen, für »Heimatvertriebenen Sportverein«. Es folgten mehrere Umbenennungen.

167 *Hans Werner Kilz*, 4. Juli 1954, in: Süddeutsche Zeitung Online, 19.5.2010, URL: <https://www.sueddeutsche.de/sport/fussball-historie-4-juli-1954-1.884432> [23.2.2024].

168 Vgl. Einwände bei *Baumann*, Mehr Integration?, S. 68.

169 Vgl. für publizistische Darstellungen die Sektion »Die Vielfalt der Identitäten im deutschen Amateurfußball« in *Diethelm Blecking/Gerd Dembowski* (Hrsg.), Der Ball ist bunt. Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt am Main 2010, S. 79–198.

steller Volkswagen warb erst im Jahr 1962 rund 4.300 Arbeitsmigrant*innen aus Italien an.[170] Noch im gleichen Jahr gründete sich mit Unterstützung des Sozialreferats der Volkswagen AG der italienische Fußballverein I.S.C. (Italienischer Sportclub) Lupo, wobei der Verein unter dem Namen »Lupo«, dem italienischen Wort für Wolf, »die Verbindung zur neuen Wahlheimat der Stadt Wolfsburg« unmittelbar kenntlich machte.[171] Der Verein gilt heute als der älteste von ›Gastarbeitern‹ gegründete Fußballverein in Deutschland[172], wenngleich Vereine in Großstädten wie München nur wenig später entstanden sein können.[173]

Auch in Mittel- und Kleinstädten traten Migrant*innen bald gegen den Ball. Im Folgenden sollen die nordrhein-westfälischen Fallbeispiele zweier konkurrierender griechischer Fußballvereine in Lüdenscheid und eines vietnamesischen Fußballvereins im niederrheinischen Viersen verdeutlichen, wie sie bei den zuständigen Ämtern für eine Zuteilung von Trainingszeiten auf städtischen Sportplätzen eintraten und so Teilhabe im kleinstädtischen Setting für sich reklamierten. Angesichts der überschaubaren Größe der Orte hatten ihr Auftreten und ihr Bemühen eine vergleichbar hohe Sichtbarkeit.

In der im Märkischen Kreis gelegenen Kreisstadt Lüdenscheid bat im Sommer 1965 ein aus Griechenland stammender Arbeitsmigrant mit Unterstützung seiner deutschen Ehefrau beim Oberbürgermeister um Zuweisung eines Sportplatzes für den »Teil der hier in der Lüdenscheider Industrie tätige[n] griechische[n] Gastarbeiter«, der den Wunsch verspüre, »sich in seiner Freizeit sportlich zu betätigen […] und wöchentlich einmal Fußball zu spielen«.[174] Die Stadtverwaltung der zu diesem Zeitpunkt knapp 60.000 Einwohner*innen zählenden Mittelstadt wies ihm ohne Umschweife – aber mit Hinweis auf einen Haftungsausschluss bei Unfällen – die Trainingszeit freitags von 18 bis 20:30 Uhr auf einem städtischen Sportplatz sowie die dazugehörigen Umkleidekabinen und Duschen zu.[175] Bald schon formierte sich die Fußballgruppe als griechische Fußballmannschaft »Hellas«. Im Sommer 1966 bekam Hellas Konkurrenz um die Spielzeit durch einen weiteren griechischen Fußballverein »Akropolis«. Dieser hatte im April des Jahres durch eine – in den Worten der Westfälischen Rundschau – »Massenschlägerei übelster Art« bei einem Pokalspiel gegen eine ebenfalls griechische Mannschaft aus Bielefeld für negative Schlagzeilen gesorgt.[176] Akropolis bat das Sportamt der Stadt Lüdenscheid o iziell

170 Vgl. *Alexander Kraus*, Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratielabor der Wirtschaftswunderzeit, Göttingen 2021, S. 263 f.

171 USI Lupo Martini e. V., Vereinsgeschichte, o. D., URL: <https://lupomartini.com/verein/vereinsgeschichte> [23.2.2024].

172 Vgl. *Roger Repplinger*, »VW fand gut, dass wir nicht den deutschen Frauen hinterherliefen«, in: Zeit Online, 29.10.2012, URL: <https://www.zeit.de/sport/2012-10/gastarbeiter-fussball-wolfsburg-vw/komplettansicht> [23.2.2024].

173 Für einen italienischen Sportverein, der spätestens 1964 Fußball, Tischtennis, Boccia und Schach anbot, vgl. *Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne, S. 397.

174 Vgl. Sta. 53, Vermerk, 25.6.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

175 Vgl. Sportamt der Stadt Lüdenscheid an E. L., Überlassung eines städtischen Sportplatzes an griechische Gastarbeiter, 25.6.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

176 *O. A.*, Schlägerei am Honsel, in: Westfälische Rundschau, 19.4.1966. Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 3 des Sport-Ausschusses der Stadt Lüdenscheid über die Sitzung am 24. Mai 1966, o. D., Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185; zur bundesweiten Regelmäßigkeit dieser Ausschreitungen und Berichte *Baumann*, Mehr als Integration?, S. 84.

um Entschuldigung und nach Ablauf der verhängten Sperrfrist mehrfach um die Zuweisung eines Sportplatzes. Die Verwaltung bat die beiden griechischen Vereine um eine gütliche Aufteilung der Trainingszeit am Freitagabend. Da sich die Parteien »wegen des gespannten Verhältnisses zwischen den beiden Mannschaften«[177] nicht einigten, versuchte der Oberstadtdirektor, die Differenzen durch eine Kompromisslösung beizulegen: Fortan sollten die Vereine den Sportplatz abwechselnd im 14-tägigen Turnus nutzen dürfen.[178] Die Stadt wies Akropolis darauf hin, dass sie »die Genehmigung sofort zurückziehen werde, falls es unter den beiden Mannschaften wegen der Platzbenutzung zu Reibereien und Streitigkeiten kommen sollte«.[179]

Daraufhin beschwerte sich der Hellas-Initiator mit Verweis auf die »viel später hinzugekommene […] Mannschaft ›Akropolis‹« und die nun schon über ein Jahr bestehende Trainingszeit bei der Verwaltung.[180] Die erneute Aufforderung, »Maßnahmen zu einer Versöhnung zwischen den beiden Vereinen zu ergreifen«, lehnte er ab. Auch Akropolis lehnte die Sportplatznutzung in 14-tägigem Turnus ab, sodass die Stadt eine weitere Trainingsmöglichkeit auf einem anderen Sportplatz am Montagabend auftat.[181] Die Option, »den Griechen noch einen zweiten Abend zur Verfügung zu stellen«, hatte sie aufgrund »der geringen Zahl von Fußballplätzen und der großen Anzahl von Vereinen und Betriebssportmannschaften« zuvor als unmöglich abgetan.[182] Doch auch mit dieser Lösung erklärte sich Akropolis nicht einverstanden, da ein Training am Montag für die Fußballer nach Spielen am Wochenende nicht zumutbar sei.[183] Im Gegenzug machte der Verein Akropolis zwei Gegenvorschläge: Erstens regte er an, einen örtlichen Handballverein von der Abtretung der Sportplatznutzung am Dienstagabend zu überzeugen, was dieser mit Verweis auf die eigene Nutzung ablehnte.[184] Die Stadtverwaltung versuchte, die Engpässe bei der Platzvergabe am Beispiel eines »hiesigen Sportverein[s] mit 9 Fußballmannschaften [bei] nur 1 Abend wöchentlich auf einem Sportplatz« zu verdeutlichen. Zweitens schlug Akropolis vor, die Trainingszeit am Montag dem konkurrierenden Verein Hellas zu überlassen und sich selbst den Freitagstermin zuzuschlagen – was das eigene Argument gegen eine ans Wochenende grenzende Trainingseinheit am Montag untergrub. Da sich alle Bemühungen um eine Einigung »in dieser äußerst schwierigen Angelegenheit« zerschlagen hatten, bat der bisher mit der Angelegenheit betraute Stadtrat um eine Entscheidung übergeordneter Stellen. Doch dazu kam es offenbar nicht. Wenige Wochen später sollte sich der

177 Sta. 53, Vermerk, 25.8.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
178 Vgl. Akropolis Verein Lüdenscheid an das Sportamt der Stadt Lüdenscheid, 23.5.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185; Der Oberstadtdirektor der Stadt Lüdenscheid an E. L.: Überlassung eines Sportplatzes für griechische Fußballmannschaften, 22.8.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
179 Der Oberstadtdirektor der Stadt Lüdenscheid an den griechischen Sportverein »Akropolis«, Benutzung eines Sportplatzes, 22.8.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
180 Hier und das folgende Zitat Sta. 53, Vermerk, 26.8.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
181 Vgl. Sta. 53, Vermerk, 29.8.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
182 Sta. 53, Vermerk, 25.8.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
183 Vgl. Sta. 53, Vermerk, 29.8.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.
184 Vgl. hier und im Folgenden Sta. 53 an das Dez. IV, 1.9.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

Konflikt durch den überraschenden Zusammenschluss der beiden Vereine unter dem neuen Namen »Thriambos« beilegen.[185] Ab November 1966 erhielt der Verein eine neue, zweistündige Trainingszeit am Freitagabend, die mit einer Mahnung einherging, nach eingegangenen Beschwerden »die Sportplätze von Ihren Mannschaften und griechischen Zuschauern« in ordentlichem und sauberem Zustand zu hinterlassen.[186]

Aus den sportlichen Aktivitäten erwuchs im Großraum Ruhrgebiet/Märkischer Kreis am Ende der 1960er-Jahre ein ausschließlich von ›ausländischen‹ Fußballmannschaften getragener Spielbetrieb, in den sowohl italienische und griechische als auch portugiesische und spanische Mannschaften involviert waren.[187] In Lüdenscheid ergab sich daraufhin ein verstärktes Interesse und weitere ›Gastarbeiter‹-Mannschaften baten das Sportamt um Zuweisung von Sportplatzzeiten.[188] Auch die bestehenden Vereine bemühten sich weiterhin und regelmäßig um Zuweisung von weiteren Trainingszeiten, nun verstärkt selbstbewusst auch unter Angabe der von ihnen präferierten Sportplätze.[189] Zu Beginn der 1970er-Jahre drang der Lüdenscheider Unterausschuss für Jugend und Freizeit darauf, dass migrantische Sportmannschaften als eingetragene Vereine einen Nachweis über die Mitgliedschaft in bundesdeutschen Fußballverbänden vorlegten, um ein Anrecht auf Spielzeiten auf städtischen Sportplätzen zu haben. Nach einem Beschluss des Sportausschusses »können die ausländischen Teams erst dann bei der Verteilung der ohnehin schon von heimischen Mannschaften überfrequentierten Sportplätzen berücksichtigt werden, wenn sie dem DFB angeschlossen sind«.[190] Dieser Forderung kam der griechische Verein »SV Hellas«, zu dem sich Thriambos in der Zwischenzeit umbenannt hatte, nicht nur nach, sondern entwickelte daraus vielmehr den Anspruch, fortan unabhängig von deutschen Vereinsstrukturen zu agieren.[191]

Auch Geflüchtete aus Vietnam fanden im Fußball eine Freizeitbeschäftigung in bundesdeutschen Kleinstädten. Im Sommer 1986 hinterlegte ein Vertreter des »Vietnam-Flüchtling Vereins« die »Bitte um Spielerlaubnis auf öffentlichem Fußballplatz« beim Sportamt der niederrheinischen Stadt Viersen.[192] Dafür hatte der

185 Vgl. Sta. 53, Vermerk, 11.10.1965, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

186 Vgl. Der Oberstadtdirektor der Stadt Lüdenscheid an den Sozialbetreuer der griechischen Gastarbeiter, Zuteilung eines Trainingsplatzes für den griechischen Sportverein Thriambos, 8.11.1966, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

187 Vgl. Spielpaarungen und Spieltermine der Gruppe XIII sowie Spielpaarungen und Spieltermine der Gruppe VI, o. D., Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185; zu diesen Ligen grundlegend *Baumann*, Mehr als Integration?.

188 Vgl. Stadtamt für Leibesübungen der Stadt Lüdenscheid, Bescheinigung, 28.10.1969, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

189 Vgl. Dr. jur. Heinz Schulte, Georg-Friedrich Arning, Rechtsanwälte und Notare an das Sportamt der Stadt Lüdenscheid, 11.8.1972, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

190 Protokoll über die Sitzung des Unterausschusses für Jugend und Freizeit am 8.2.1973 im Hauptausschußsitzungssaal des Rathauses, o. D., Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185.

191 Vgl. Dr. jur. Heinz Schulte, Georg-Friedrich Arning, Rechtsanwälte und Notare an das Sportamt der Stadt Lüdenscheid, 11.8.1972, Stadtarchiv Lüdenscheid, B 50936, LS 1-185; *o. A.*, Sport und soziale Hilfen für viele Griechen, in: Lüdenscheider Nachrichten, 8.6.1972.

192 Vertreter des Vietnam-Flüchtling Vereins e. V. an das Sportamt Viersen, Anmeldung einer Fußballgruppe und Bitte um Spielplatzerlaubnis auf öffentlichem Spielplatz, 22.7.1986, Kreisarchiv Viersen, I 6/Viersen ab 1970, Nr. 12929.

Verein nicht nur bereits eine Eintragung im Vereinsregister vornehmen lassen, sondern schloss auch eine entsprechende Haftpflichtversicherung ab.[193] Der Verein war von Beginn an die bundesrepublikanischen Gepflogenheiten und Vorschriften angepasst und zeigte sich bemüht, die Vorgaben unaufgefordert zu erfüllen. Um ihre Dankbarkeit gegenüber ihrer Ansprechpartnerin beim Viersener Sportamt auszudrücken, schickten die Vereinsmitglieder sogar Postkarten zum Osterfest.[194] Neben einem Ligabetrieb mit regelmäßigen Heimspielen auf städtischen Fußballplätzen richtete der Viersener Verein bereits ab 1986 ein Fußballturnier mit insgesamt zwölf Mannschaften aus, »[d]amit alle vietnamesischen Mannschaften einmal im Jahr […] zusammentreffen können«.[195] Eine nähere Betrachtung der vietnamesischen Sportaktivitäten in der Bundesrepublik würde sich für vergleichende Perspektiven zur Arbeitsmigration in die DDR eignen und bestehende Beobachtungen differenzieren.[196]

Auch im kleinen Maßstab, jenseits der großen und breit rezipierten Bühne der »wilden« Streiks, traten Migrant*innen in Deutschland für ihre Interessen und Rechte ein. Die hier vorgenommenen Fallstudien zu migrantischer Agency jenseits der bundesdeutschen Metropolen zeigen, dass migrantische Initiativen auch in Städten mit überschaubarer Einwohner*innenzahl existierten. Dieser Ansatz ermöglicht auch fruchtbare Vergleichsperspektiven zur künftig ebenfalls stärker auszuflaggenden Migrationsgeschichte der DDR. Auch dort beteiligten sich in den 1980er-Jahren (Arbeits-)Migrant*innen an Fußballturnieren und Sportfesten.[197]

Als Fußballer*innen rückten Migrant*innen unweigerlich in die Strukturen der Stadtöffentlichkeit, indem sie etwa gefragte Trainingszeiten auf städtischen Fußballplätzen für sich reklamierten. In (vergleichsweise) kleineren Stadtgesellschaften verfügten Eingewanderte kaum über die Möglichkeit, den Rückzug in ›migran-

193 Vgl. Der Oberkreisdirektor als Polizeibehörde Viersen an Verein der politischen Vietnamflüchtlinge des Kreises Viersen, Ausländerverein, 23.5.1986; Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung für Nordrhein-Westfalen an Verein der politischen Vietnamflüchtlinge des Kreises Viersen, Versicherungsschein zur Haftpflicht-Versicherung, 30.7.1986, Kreisarchiv Viersen, I 6/Viersen ab 1970, Nr. 12929.

194 Vgl. Osterkarte an Frau D., Sportamt Viersen, o. D., Kreisarchiv Viersen, I 6 / Viersen ab 1970, Nr. 12929.

195 N. T. Q. an das Sportamt Viersen, 11.3.1990, Kreisarchiv Viersen, I 6/Viersen ab 1970, Nr. 12929. Diese Veranstaltung fand in den 1990er-Jahren wiederholt statt, 1997 jedoch nur noch mit acht Mannschaften, bevor das Turnier um die Jahrtausendwende mehrfach kurzfristig abgesagt werden musste. Vgl. Verein der Vietn. Flüchtlinge an die Stadt Viersen, 21.5.2002, Kreisarchiv Viersen, I 6/Viersen ab 1970, Nr. 12929.

196 Vgl. dazu beispielhaft *Ronny Blaschke*, Wie vietnamesische Vertragsarbeiter Schutz im Fußball fanden, in: Deutschlandfunk, 1.10.2023, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/ddr-vertragsarbeiter-fussball-102.html> [23.2.2024]; *Frank Bösch/Julia Kleinschmidt*, Gespaltene Community. Integration und Engagement von Vietnames*innen in Deutschland, Berlin 2017; *Pipo Bui*, Unsichtbare Einwanderer? Darstellungen vietnamesischer Immigranten in Deutschland, in: *Thomas Hauschild/Bernd Jürgen Warneken* (Hrsg.), Inspecting Germany. Internationale Deutschland-Ethnographie der Gegenwart, Münster/Hamburg etc. 2002, S. 378–392.

197 Für das Beispiel von »15 sambischen Praktikanten« und ihrem Gewinn eines Wanderpokals beim Sportfest der Handwerker der Stadt Erfurt vgl. AGP Elektro, Bericht des Vorstands – Berichtszeitraum Wirtschaftsjahr 1983, 1.3.1984, Archiv der Handwerkskammer Erfurt, PGH 62, AGP des Elektro-Handwerks (1982–1989); Ronny Grundig sei für den Hinweis auf diesen Quellenbestand herzlich gedankt.

tische‹ Infrastrukturen vor Ort vollziehen zu können. Diese Geschichte des couragierten und engagierten Eintretens für die eigenen Interessen im Maßstab von Klein- und Mittelstädten müsste daher in weiteren Studien vertieft und differenziert beschrieben werden.[198] So ließe sich auch der immer wieder zu beobachtende Diskurs um etwaige »Parallelgesellschaften« und »Integrationsverweigerung« wissenschaftlich fundiert rationalisieren. Gerade die Perspektive auf kleine Städte ermöglicht es eventuell besser als die Beschreibung großstädtischer Mikrokosmen, (post-)migrantisches Interesse zu identifizieren, Teilhabe an Orten in der Mitte der Gesellschaft – hier: dem städtischen Sportplatz – zu beanspruchen und die Öffentlichkeit damit mitzugestalten. Wie die hier skizzierten Fallbeispiele aus Nordrhein-Westfalen zeigen, legten sie eine hohe Bereitschaft an den Tag, die (Wandlungen unterlegenen) Spielregeln der Mehrheitsgesellschaft zu akzeptieren, auch wenn sie in Form von bürokratischen Hürden und Ausgrenzungsmechanismen zum Vorteil der »hiesigen« Sportvereine auch eine weitere Marginalisierung bedeuten konnten.

IV. Für eine Sozialgeschichte »mit Migrationshintergrund«

Seit dem 60. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens im Jahr 2021 prägt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Leitspruch, Deutschland sei heute »nicht ein Land, in dem Menschen mit Migrationshintergrund leben. Nein, wir sind ein Land mit Migrationshintergrund! Eine Realität, zu der sich die Deutschen erst spät bekennen sollten.«[199] Diese Realität auch in historischen Forschungsprojekten verstärkt abzubilden, würde nicht allein dem forscherischen Selbstzweck der Geschichtswissenschaften dienen. Im Gegenteil drängen sich zahlreiche gesellschaftlich relevante Effekte auf, von denen hier drei exemplarisch ausgeführt werden sollen.

Erstens zeigt diese Akzentverschiebung, wie einleitend argumentiert, den »Beitrag« von Eingewanderten und ihren Nachkommen auf – von 23,8 Millionen Menschen in Deutschland. Die historische Relevanz von einem Viertel der Bevölkerung auch jenseits von Politikgeschichte, Migrationsregimen und Statistiken einzubeziehen, sollte eine Selbstverständlichkeit darstellen. Zweitens könnte sich in didaktischer Hinsicht durch innovative Zugänge zur Geschichte des Einwanderungslands Deutschland, wie sie hier beispielhaft in Bezug auf Popmusik- und Freizeitgeschichte ausgeführt wurden, das Interesse von Schüler*innen mit Einwanderungsgeschichte an der ›deutschen‹ Geschichte steigern.[200] Auch Formate der Citizen Science könnten dazu beitragen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte an einer

198 Vgl. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945, AfS 59, 2019, S. 445–494, hier: S. 494; Beitrag von Jens Gründler und Christoph Lorke in diesem Band.

199 Der Bundespräsident, Verleihung des Schillerpreises der Stadt Mannheim an Emine Sevgi Özdamar, 27.11.2022, URL: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/11/221127-Schillerpreis-Oezdamar.html> [23.2.2024].

200 Vgl. zur Problematik *Lale Yildirim*, Der Diasporakomplex. Geschichtsbewusstsein und Identität bei Jugendlichen mit türkeibezogenem Migrationshintergrund der dritten Generation, Bielefeld 2018.

Geschichtserzählung mitwirken zu lassen, die deutlich stärker mit ihrer Lebensrealität zu tun hat, als sie es bisher gewohnt waren.[201] Der Abgleich und die Synthese mit Perspektiven der Mehrheitsgesellschaft schaffen so ein nuanciertes Geschichtsbild. Drittens sollte auch in Betracht gezogen werden, dass in absehbarer Zeit mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung eine der AfD nahestehende und mit umfassenden finanziellen Mitteln ausgestattete Akteurin in Forschungen zur Einwanderung und das »Deutschsein« einzugreifen droht, die unter dem Anschein wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt (weiter) untergraben könnte. Auch aus diesem Grund scheint es lohnend, über zeitgemäße, wissenschaftliche und nicht zuletzt einem demokratischen Grundverständnis verpflichtete Forschungsperspektiven zur Rolle der Einwanderung in der deutschen Geschichte zu diskutieren und zu reflektieren.

Dazu hat dieser Beitrag drei Möglichkeiten entworfen, wie die Geschichte des Einwanderungslands jenseits von Ankunft und Arbeit gedacht und geschrieben werden könnte: zuerst das Hinterfragen und Aufbrechen von Symboliken und Narrativen, die sich aus dem Blick der Mehrheitsgesellschaft kanonisiert zu haben scheinen und auch ganz anders erzählt werden können, wenn verstärkt die Perspektiven der Eingewanderten und die ihrer Nachkommen in der Geschichte Berücksichtigung finden. Zweitens zeigt der Blick auf Infrastrukturen, wie sehr Migration Deutschland als Einwanderungsland und seine kulturellen Szenen geprägt hat, ohne dass dies bis heute im historischen Bewusstsein verankert wäre. Und drittens kann ein verstärkter Blick auf die Anerkennungskämpfe im Alltag vor Augen führen, wie Migrant*innen das Leben auch jenseits der Großstädte geprägt haben. Die genannten Zugänge sollen keinesfalls als geschlossene Perspektiven, sondern exemplarisch verstanden werden – exemplarisch für innovative Zugänge zu einer Geschichtsschreibung, die den »Migrationshintergrund« der deutschen Geschichte angemessen berücksichtigt und Migrationsgeschichte entsprechend stärker mit der Sozialgeschichte verzahnt – und umgekehrt. In diesem Sinne sollen die hier skizzierten Fallbeispiele Denkanstöße für weitere Forschungen bieten. Mit dieser Herangehensweise soll jedoch, und diese Anmerkung ist wesentlich, nicht zwangsläufig die Geschichte der Migration als Erfolgsgeschichte erzählt werden.[202] Allzu oft, das haben allein die vorgestellten Fallstudien gezeigt, ist sie auch als Geschichte von Marginalisierung, Diskriminierung und Rassismus zu schreiben. Die Diskriminierung und der Rassismus beschränken sich dabei keineswegs nur auf die historischen Kontexte, sondern ebenso auf erinnerungskulturelle Aspekte. Im Herbst 2023 sagte ein Bürgerverein im Kölner Umland das Screening des bereits zitierten und mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilms »Aşk, Mark ve Ölüm« von Cem Kaya

201 Vgl. beispielhaft im musealen Kontext *Nele Güntheroth/Lea Juliane Lutz*, Open Call – Workshop: Fehlt was?, in: H-Soz-Kult, 24.7.2018, URL: <https://www.hsozkult.de/event/id/event-87571> [23.2.2024]; DOMiD, DOMiDLabs: Labore für partizipative Museumsgestaltung, URL: <https://www.domidlabs.de> [8.7.2024].

202 Zu einer entsprechenden Kritik vgl. *Olga Sparschuh*, Rezension von: Jan Plamper, Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen, in: sehepunkte 22, 2022, H. 2, 15.2.2022, URL: <https://www.sehepunkte.de/2022/02/35528.html> [23.2.2024]; zur Frage der Erfolgsgeschichte auch *Lobna Jamal/Mirza Odabaşı*, Einleitung, in: *dies.*, Einwanderungsdeutschland, S. 8–15, hier: S. 12 f.

auf seinem Pachtland kurzfristig ab. Als Grund dafür nannte der Verein der Film »schüre Ressentiments gegenüber Deutschen«. Wegen der geplanten Ausstrahlung des Films, der neben dem musikalischen Schaffen von Eingewanderten auch deren Erfahrungen mit (strukturellem) Rassismus in der Bundesrepublik thematisiert, gebe es »Hinweise auf gewaltbereite Gegner*innen des Filmprogramms, es lägen Anzeigen gegen den Bürgerverein vor«.[203] Ähnlich gelagert sind die immer wieder aufflammenden Diskussionen um People of Color in der deutschen Fußballnationalmannschaft der Herren.[204]

Vieles spricht deshalb dafür, die Migrationsgeschichte und die Sozialgeschichte künftig stärker zu verzahnen. Mehr noch: Vor einem »Migrationshintergrund« der deutschen Gesellschaftsgeschichte könnte mit Blick auf künftige Forschungen deshalb auch die »Beweispflicht« zur Diversität in der Geschichte umgekehrt werden. Eine angenommene Irrelevanz migrantischer Perspektiven bedürfte dann einer Begründung. Denn jedes Phänomen, jedes historische Thema hat das Potenzial, (auch) ›migrantisch‹ geprägt gewesen zu sein beziehungsweise von einer entsprechenden Perspektiverweiterung zu profitieren. Natürlich ist genau dies an eine Archivarbeit geknüpft, die sich nicht allein auf die Bestände des Bundesarchivs oder vergleichbarer Einrichtungen beschränkt, die vor allem administrative Überlieferungen bereitstellen. Es sollte für Historiker*innen, die zur deutschen Geschichte forschen, zu einer selbstverständlichen Praxis werden, entsprechende Aspekte der Vielfalt herauszuarbeiten und sie als Bereicherung für die eigenen Ansätze zu begreifen. Das kann auch dem bisherigen Trend entgegensteuern, dass einschlägige Forschungen zu Einwanderung und Migration vor allem als Qualifikationsarbeiten junger Forschenden vorgelegt werden, die sich bisher oft als Addendum »dieses Thema ist übrigens auch unter Berücksichtigung von Eingewanderten zu sehen« zu etablierten Werken und Forschungszweigen lesen lassen. Denn je weiter der gängige Untersuchungszeitraum der Zeitgeschichte über die 1970er- und 1980er-Jahre – die Zeit, in der Deutschland faktisch und irreversibel zum postmigrantischen Einwanderungsland avancierte – hinausführt, desto organischer sind Aspekte der Diversität in alltäglichen Abläufen und Dynamiken zu berücksichtigen.

Begreifen wir die Geschichte der Einwanderungsgesellschaft als Folge der oftmals politikgeschichtlich betrachteten Migrationsgeschichte, wird die Zeitgeschichte auch Prozessen der pluralen Gesellschaft gerecht, die nicht (mehr) im unmittelbaren Kontext der eigentlichen Einwanderung zu verorten und deshalb bisher häufig schwer zu umreißen sind. Durch diese Akzentverschiebung lässt sich die

203 Filmhaus Köln, Pressemitteilung, 14.9.2023, URL: <https://filmhaus-koeln.de/post/kurzfristige-absage#> [5.6.2024].

204 Zum jüngsten Umfrageergebnis, nach dem sich jede*r fünfte Deutsche mehr weiße Nationalspieler wünscht, vgl. *Peter Ahrens*, »Ich hoffe, nie wieder von so einer Scheißumfrage lesen zu müssen«, in: Spiegel Online, 2.6.2024, URL: <https://www.spiegel.de/sport/fussball/julian-nagelsmann-ueber-rassismus-hoffe-nie-wieder-von-so-einer-scheiss-umfrage-zu-lesen-a-a52ef683-08c6-4e62-bbcb-a24b4c92fb4e> [5.6.2024]; zuvor etwa *Markus Wehner/Eckart Lohse*, Gauland beleidigt Boateng, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.5.2016, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html> [5.6.2024]; zum gesellschaftlichen Umgang mit dem einstigen »Vorzeige-Migranten« Mesut Özil und dessen Reaktionen den achtteiligen Podcast: Undone/RTL+, SchwarzRotGold: Mesut Özil zu Gast bei Freunden, 2023, vor allem Folge 2: Más Integración.

(in geschichtswissenschaftlichem Kontext) bisher oft als eine Art Absichtserklärung ausgerufene »Migrantisierung« der Gesellschaftsforschung auf einen konkreten und zeitgemäßen historischen Zugriff übertragen.

JENS GRÜNDLER/CHRISTOPH LORKE

Ankommen und Bleiben im ländlichen Raum

Regionalgeschichtliche Perspektiven auf die Migrationsgeschichte

Harsewinkel und Gütersloh: Auf den ersten Blick scheinen beide Gemeinden im heutigen Kreis Gütersloh in der Region Ostwestfalen nur wenig mit der bundesdeutschen Migrationsgeschichte zu tun zu haben. Bei beiden handelte es sich in unserem Untersuchungszeitraum um eine Klein- beziehungsweise eine Mittelstadt. Ihr Umfeld kann als ländlich charakterisiert werden, geprägt von weiteren Kleinstädten wie Halle und Rheda-Wiedenbrück sowie agrarisch geprägten Gemeinden wie Verl und Herzebrock-Clarholz. Das seit 1973 im Zuge der Gemeindegebietsreform zur Kreisstadt erklärte Gütersloh erfüllte zwar einige zentrale Funktionen für umliegende Kleinstädte wie Harsewinkel. Es gab zum Beispiel ein Theater, zwei Krankenhäuser, eine psychiatrische Einrichtung sowie größere Einkaufsinfrastruktur. Das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum, auch für die Kreisstadt, war und ist jedoch Bielefeld. Harsewinkel und Gütersloh sind aber nicht nur benachbarte Kommunen, sondern sie waren und sind darüber hinaus Heimat bekannter und global agierender Firmen. Zahlreiche Textilfirmen wie die Weberei *Greve & Güth*, die einst größte Frottierweberei Europas *Vossen*, aber auch Unternehmen der Holzverarbeitung sind heute verschwunden. Andere, wie der Landmaschinenhersteller *Claas*, der Haushaltsgeräteproduzent *Miele* und der Medienkonzern *Bertelsmann* gehören seit Jahrzehnten zu den Weltmarktführern in ihren jeweiligen Geschäftsgebieten. Letztere kompensierten häufig den Verlust von Arbeitsplätzen, die bei den zuerst genannten Unternehmen im Zuge des Strukturwandels verloren gegangen waren. Dadurch zeichnete sich der Kreis Gütersloh in den Jahren »nach dem Boom« bis in die jüngste Zeit durch eine hohe Krisenresilienz in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen und den wirtschaftlichen Strukturwandel aus.[1]

Die Unternehmen waren auf einen Zuzug von Arbeiter:innen angewiesen; ein Bedarf, der schon seit den 1950er-Jahren nicht mehr von »einheimischen« Arbeitskräften gedeckt werden konnte, obwohl beide Städte zwischen 1960 und 1990 ein rasantes Bevölkerungswachstum erlebten. Während die Einwohnerzahl von Harsewinkel in diesem Zeitraum von circa 10.000 auf mehr als 20.000 Menschen wuchs, stieg die Zahl der Bevölkerung in Gütersloh in diesem Zeitraum von etwa 60.000 auf knapp 90.000 Personen an. Auch die Zahl der Migrant:innen[2] entwickelte sich auf bemerkenswerte Weise. Im Gebiet des Kreises Gütersloh vervielfachte sich deren Zahl von wenigen 100 im Jahr 1960 auf circa 23.000 zu Beginn der 1980er-Jahre.

1 Vgl. für einen Überblick *Christoph Lorke*, Strukturwandel auf ostwestfälisch? Wirtschaftliche Umbrüche, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement in Gütersloh (1970er–1990er-Jahre), in: Geschichte im Westen 38, 2023, S. 209–235.

2 In diesem Beitrag verwenden wir in der Regel den Begriff »Migrant:innen«, Bezeichnungen wie »Ausländer:innen«, »Gastarbeiter:innen«, »Nichtdeutsche« oder ähnliche nur als Quellenbegriffe. Vgl. zur begriffssensiblen Reflexion *Inken Bartels*/*Isabella Löhr*/*Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 19.4.2023, URL: <https://www.migrationsbegriffe.de> [5.2.2024].

Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von circa 7,5 %, was deutlich über dem damaligen Bundesdurchschnitt lag. Blicken wir auf die Stadt Gütersloh, so vergrößerte sich die Zahl der Migrant:innen von 426 im Jahr 1960 in den folgenden Jahren massiv. Knapp 20 Jahre später hatte sich deren Zahl auf über 7.000 versechzehnfacht, was nun einem Bevölkerungsanteil von gut 9 % entsprach. Hintergrund war die große Nachfrage nach Arbeitskräften, weshalb sich die Firmen im Lichte der Hochkonjunktur regelrecht um Arbeitskräfte aus dem Ausland »rissen«.[3] Die größte ›Gruppe‹ stellten seit Mitte der 1960er-Jahre Menschen aus der Türkei, die als einzige auch in den 1980er-Jahren noch einen deutlichen Zuwachs erlebte. Im Jahr 1963 betrug deren Zahl in der Stadt Gütersloh gerade einmal 23 Menschen, hiervon 18 Männer und bis auf eine Ausnahme allesamt Arbeiter – ein kaum nennenswerter Anteil unter den seinerzeit knapp 1.000 »Ausländer:innen« in der Stadt, deren Herkunftsländer vor allem Spanien, Griechenland, Italien und Jugoslawien waren. Ganz ähnlich sah es in Harsewinkel aus. Dieses Verhältnis sollte sich in den folgenden Jahren stark verändern. Gerade seit den frühen 1970er-Jahren stieg die Zahl von Frauen und Männern aus der Türkei rasant an und verdoppelte sich in Gütersloh bis Ende des Jahrzehnts.[4] Im Jahr 1979 stellten Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 1.781 das größte Kontingent von Migrant:innen ohne deutschen Pass in Gütersloh und lösten damit Griech:innen von der Spitzenposition ab. 1992 zählte die Stadt bei einer Gesamtbevölkerung von gut 90.000 Einwohnern 9.566 »Ausländer:innen«; seinerzeit lagen die 3.695 Türk:innen bereits deutlich vor den zweitplatzierten Griech:innen (knapp 1.600).[5] Der Anteil von Migrant:innen in beiden Gemeinden erreichte also frühzeitig ein hohes Niveau und veränderte das städtische Erscheinungsbild auf bedeutsame Weise.

Diese beeindruckenden Zahlen allein legen nahe, dass die Migrationsgeschichte ländlich geprägter Regionen überaus relevante Entwicklungen spiegeln, die es lohnt, zeithistorisch eingehender zu untersuchen. Denn diese Trends wurden bereits zeitgenössisch reflektiert: Die – auch selbstständige – Anwerbung von »Gastarbeiter:innen« sowie die damit einhergehenden Herausforderungen waren den kommunalen Verwaltungen und den im Ort beheimateten Unternehmen beizeiten bewusst. Frühzeitig ließen sie daher Informationsmaterial in den jeweiligen Muttersprachen erstellen, boten Dolmetscherdienste an oder druckten fremdsprachige Seiten in den Werkszeitungen. Die Stadtverwaltungen suchten früh den Schulterschluss mit den Unternehmen, um ausländische Arbeitnehmer:innen und ihre Familien zu unterstützen und die angeblich »drohenden Gefahren« präventiv einzudämmen. Diese Politiken und Praktiken stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Die genannten regionalen Besonderheiten – wirtschaftliche Stärke, dominierende, einflussreiche Unternehmen vor Ort und massiver Arbeitskräftezuzug bei spezifischer Migrationsstruktur – wurden, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, durch die besonderen Aufnahmeerwartungen und kommunalen wie unternehmerischen

3 *O. A.*, Firmen reißen sich um Ausländer, in: Neue Westfälische, 12.8.1969.
4 Stadt Gütersloh/Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung 1971–2006, September 1987, Stadtarchiv Gütersloh, E 3445.
5 Stadt Gütersloh/Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung: Einwohner der Stadt Gütersloh, Daten 1993, Stadtarchiv Gütersloh, E 1518.

»Integrations«-Politiken[6] in beiden Kommunen auf spezifische Weise gebrochen. Unsere These lautet, dass diese Vor-Ort-Konfigurationen und sozialen Beobachtungs-, Ordnungs- und Regulierungsprozesse des Sozialen – und hiervon ausgehend: des Migrantischen – in einer Klein- beziehungsweise Mittelstadt teilweise anderen Gegebenheiten und Voraussetzungen unterliegen als in einer Großstadt. Zu Metropolen und Großstädten sind zuletzt zahlreiche Untersuchungen veröffentlicht worden, die Migrationsregime[7], -politiken und die Praktiken nach 1945 in sozialhistorischer Perspektive analysiert haben.[8] Strategien, Wahrnehmungsprozesse und Handlungsmuster »jenseits der Metropolen« zu untersuchen und hierbei insbesondere auch in den ländlichen Raum zu blicken, ist allerdings »generell ein Desiderat der Migrationsforschung und Migrationsgeschichte«.[9]

Als zentrale Unterschiede zwischen Großstädten und Klein- und Mittelstädten in ländlichen Regionen zu nennen wären unter anderem die große Nähe zwischen Stadtverwaltung und lokalen Wirtschaftseliten, daraus resultierend ökonomische Abhängigkeiten der Stadt von wenigen Wirtschaftsakteuren sowie ein hoher Grad der Informalität. Wir nehmen an, dass diese Strukturen die lokalen Migrationsregime wesentlich beeinflusst und Wahrnehmungsprozesse und Handlungsmuster der kommunalpolitischen Akteure maßgeblich vorstrukturiert haben. Auch die »Zielgruppe«, die jeweiligen migrantischen Gruppen und Individuen, haben ihrerseits eigene Strategien entwickelt, um auf diese Politiken zu reagieren. Von den genannten frappierenden Leerstellen ausgehend möchten wir konzeptionelle migrationshistorische Überlegungen für klein- und mittelstädtische Kontexte adressieren und neue regionalgeschichtliche Perspektiven auf die Thematik formulieren.

Die Reichweite unserer Ergebnisse ist jedoch in mehreren Hinsichten begrenzt:

- Erstens ist unser regionaler Schwerpunkt Ostwestfalen, genauer: der Kreis Gütersloh. Diese an sich bereits heterogene Region ist insofern besonders, als sie

6 Auf den Begriff »Integration« wird hier deswegen zurückgegriffen, weil er in den zeitgenössischen Diskussionen und Auseinandersetzungen während des Untersuchungszeitraums omnipräsent war. Die aktuellste Problematisierung des Begriffs findet sich bei *Aladin El-Mafaalani*, Integration, in: *Bartels*/*Löhr*/*Reinecke* u. a., Inventar der Migrationsbegriffe, 19.4.2023, DOI: <https://doi.org/10.48693/296> [5.2.2024].

7 Maren Möhring definiert Migrationsregime mit Bezug auf Vassilis S. Tsianos und Bernd Kasparek als »sich historisch wandelnde Handlungs- und Gestaltungsarenen mit spezifischen Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Akteure«, die es Forschenden ermöglichten, »eine politik- und staatszentrierte Vorstellung von Migration zu verabschieden und stattdessen Migration als soziale Praxis zu fassen«. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 312. Vgl. auch *dies*., Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945, in: AfS 59, 2019, S. 445–494.

8 Vgl. *Christiane Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021; *Olga Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München, 1950–1975. Göttingen 2021; *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel der Städte Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019; *Maria Alexopoulou*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland«, in: AfS 56, 2016, S. 463–484; *dies*., Deutschland und die Migration. Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020; *Stefan Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021.

9 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 315.

zwar eine ›periphere‹ Region mit mittlerer Entfernung zu größeren Ballungsräumen an Rhein und Ruhr war, jedoch den industriellen Strukturwandel dank einer spezifischen wirtschaftlichen Robustheit vergleichsweise gut überstanden hat.

- Zweitens fokussieren wir uns auf klein- und mittelstädtische Settings, die die Reichweite unserer Ergebnisse begrenzt, da bisher kaum Vergleichsmöglichkeiten zu anderen lokalen Migrationsregimes existieren.[10]

- Drittens beschränken wir uns auf die Untersuchung von Menschen, die aus der Türkei zugewandert waren. Diese stellten in beiden Städten seit den 1970er-Jahren die wichtigste Migrant:innengruppe, wobei hier zu differenzieren ist: Unter »Türken« wurden muslimische und christlich-orthodoxe Gläubige sowie laizistische Linke und politische Flüchtlinge wie Kurden subsumiert.[11] Zeitgenössisch wurden derartige Differenzierungen allerdings allenfalls selektiv zur Kenntnis genommen. Warum es in historischer Perspektive unverzichtbar ist, diese mitzudenken, werden die folgenden analytischen Tiefenbohrungen zeigen. Neben der »ethnischen Herkunft« waren Migrant:innen aus der Türkei vielfach auch aufgrund ihres Geschlechts, Bildungsstands, ihrer religiösen Überzeugungen und des sozialen Status diskriminiert.

Als Quellen für diesen Beitrag nutzen wir neben Verwaltungsakten aus dem Stadt- und Kreisarchiv Gütersloh die Berichte der Lokalzeitungen, die über das Geschehen in beiden Städten berichteten. Zeitungen mit lokalen Redaktionen erscheinen besonders geeignet, Aufschluss über die gesellschaftlichen Verhältnisse vor Ort zu geben, weil sie mit ihrer Nähe zum Geschehen wie Seismografen Wahrnehmungen, Einstellungen, Mentalitäten, Stimmungen und Werthaltungen vor Ort erfahrbar machen. In Harsewinkel und Gütersloh waren mit Die Glocke, der Neuen Westfälischen und dem Westfalen-Blatt drei regional agierende Zeitungen ansässig. Dieser Umstand ermöglicht es, in der Zusammenschau unterschiedliche Nuancierungen der sozialen Wahrnehmungen zu rekonstruieren.

---

10 Christiane Reinecke hat auf große Unterschiede bei der lokalen und regionalen Implementierung nationaler Regulierungen von Migration hingewiesen. Vgl. *Christiane Reinecke*, Staatliche Macht im Aufbau. Infrastrukturen der Kontrolle und die Ordnung der Migrationsverhältnisse im Kaiserreich, in: *Jochen Oltmer* (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/München 2015, S. 341–384, hier: S. 384.

11 Der Kreis Gütersloh ist darüber hinaus bis heute Zentrum der aramäischen Migration in Deutschland. Diese aus dem Osten der Türkei stammende Gruppe syrisch-orthodoxer Christen – Suryoye beziehungsweise Aramäer oder Assyrer – erlebte vor allem in den 1970er-Jahren einen enormen Zuwachs und stellte teilweise 90 % aller aufgenommenen Asylbewerber:innen. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 1983 wurde ihr Status als Angehörige einer christlichen Minderheit anerkannt; seinerzeit lebten etwa 1.600 von ihnen im Kreisgebiet. Ein Großteil kam aus der Türkei als Asylbewerber. Vgl. *o. A.*, Berliner Urteil erkennt Aramäer als verfolgt an, in: Die Glocke, 21.8.1983; *o. A.*, 1600 Aramäer können aufatmen, in: Neue Westfälische, 23.8.1983. Heute leben etwa 12.000 Aramäer:innen im Kreis Gütersloh und etwa 130.000 in der Bundesrepublik.

I. Empirische Annäherungen an Migration im ländlichen Raum

Im Folgenden möchten wir vier unterschiedliche Bereiche untersuchen, die dazu dienen, klein- und mittelstädtische Besonderheiten migrantischer Lebens- und Arbeitswelten zu vertiefen: die Infrastrukturen des Ankommens, Arbeit und Nichtarbeit, Wohnen sowie Schule und Ausbildung. Diese sind und waren in der sozialen Praxis eng miteinander verwoben, werden hier zum Zweck der Analyse aber getrennt.

Infrastrukturen des Ankommens

Arrival Cities oder *Arrival Neighbourhoods* sind als Begriff in den letzten zwei Jahrzehnten prominent geworden.[12] Die Untersuchung von Ankunftsräumen reicht jedoch bis in die 1920er-Jahre zurück, bis zu den Untersuchungen der Chicago School. Deren Forscher:innen betonten die positiven Effekte von ethnischen Ankunftsräumen auf die »Assimilation von Migrant:innen«. Die neuere Migrationsforschung, in die wir uns einreihen, untersucht die Effekte ohne normative Vorannahmen von Integration oder »Assimilation«. Weder Gütersloh noch Harsewinkel waren *Arrival Cities* im Sinne von Doug Sanders. Gleichwohl kann man Ankommensquartiere im Sinne von Nachbarschaften oder fest umgrenzten Vierteln in beiden Kommunen identifizieren. Auch wenn diese naturgemäß viel kleiner als in Großstädten waren, wiesen sie einige typische Charakteristika von Ankunftsräumen auf, wenn wir darunter das Prozesshafte, Dynamische und Unabgeschlossene von Migrationsprozessen verstehen.[13] Während sich in Gütersloh der in den 1960er-Jahren errichtete Stadtteil Blankenhagen zu einem solchen Quartier für Migrant:innen entwickelte, wandelte sich in der Kleinstadt Harsewinkel ab Mitte der 1980er-Jahre ein Wohnkomplex mit mehr als 220 Wohnungen zu einem typischen Ankunftsquartier.[14] Beide Stadtteile, die im Unterkapitel »Wohnen« noch einer detaillierten Analyse unterzogen werden, wiesen teilweise informelle Infrastrukturen auf, die von öffentlicher und privater, deutscher und migrantischer Seite bereitgestellt beziehungsweise initiiert und betrieben wurden. Die von öffentlicher Seite organisierten oder finanzierten Infrastrukturen hinterließen zahlreiche Spuren in Verwaltungsakten und

12 Vgl. dazu unter anderem den in Kürze erscheinenden Sammelband von *David Templin* (Hrsg.), Arrival Neighborhoods in Europe since the mid-19th Century: Migrations, Cities, Infrastructures, London 2024 [im Druck], in dem ein konziser Forschungsüberblick geliefert wird. An diesem Überblick orientieren sich die methodischen Ausführungen. Zum Konzept der *Arrival Infrastructures* vgl. *Bruno Meeus*/*Karel Arnaut*/*Bas van Heur* (Hrsg.), Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobilities, Cham 2019; *Martina Bovo*, How the Presence of Newly Arrived Migrants Challenges Urban Spaces: Three Perspectives from Recent Literature, in: Urban Planning 5, 2020, H. 3, S. 23–32; *Nils Hans*/*Heike Hanhörster*/*Jan Polívka* u. a., Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes, in: Raumforschung und Raumordnung 77, 2019, S. 511–524.

13 Für eine erste Bestandsaufnahme zu *Arrival Neighborhoods* in ländlichen Räumen vgl. *Jens Gründler*, A Case Study on a Small-Town High-Rise Estate in West Germany in the 1970s and 1980s, in: *Templin*, Arrival Neighbourhoods [im Druck].

14 Eine detaillierte Analyse der beiden Quartiere findet sich im Unterkapitel »Wohnen«.

der Presse. Die Eröffnung von Beratungsstellen, die Einstellung migrantischer Sozialarbeiter:innen oder die Finanzierung von Sprachkursen wurde in Ausschüssen und der Verwaltung diskutiert. In den Zeitungen wurde über diese »Integrationsmaßnahmen« vielfach ausführlich berichtet.[15] Einerseits wurden diese Angebote sowohl in der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit als Unterstützung und Hilfe propagiert und wahrgenommen. Gleichzeitig wohnte diesen Maßnahmen aber immer auch eine restriktive Seite inne. Das hing damit zusammen, dass ›die‹ türkischen Migrant:innen im Gegensatz zu Zuwanderer:innen aus anderen Ländern bereits zu Beginn der 1970er-Jahre als »problematisch« wahrgenommen und beschrieben wurden.[16] Ob bei der Arbeits- oder der Wohnraumsuche: »Türken« galten den städtischen Verwaltungen als besonders schlecht zu vermitteln, da sie, so die zeitgenössischen Einschätzungen, einem »anderen Kulturkreis« entstammten.[17]

Insofern waren diese »Hilfsangebote« ambivalent. Das dauerhafte Verbleiben der Migrant:innen aus der Türkei war bis in die 1980er-Jahre politisch und gesellschaftlich nicht vorgesehen und mindestens bis in die 1990er-Jahre umstritten.[18] Zudem hatten weite Teile der westdeutschen Gesellschaft die »Integrationsfähigkeit« dieser Migrant:innen besonders kritisch betrachtet. Das Ziel der Unterstützung war daher auch in der ostwestfälischen Provinz einerseits eine Anpassung beziehungsweise »Assimilation« an die Normen der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft, damit der ›Aufenthalt‹ für beide Seiten möglichst reibungsfrei verlief. Denn in Teilen der Gesellschaft hatte sich die Einsicht verbreitet, dass zumindest ein Teil der Migrant:innen dauerhaft in Deutschland leben würde.[19] Andererseits versuchte die Verwaltung durch die Angebote, eine weitere Unterschichtung zu verhindern. Zudem sollten viele Angebote, wie zum Beispiel der muttersprachliche Schulunterricht, die »Rückkehrfähigkeit« der Migrant:innen aufrechterhalten.[20] Die

15 Vgl. beispielsweise *o. A.*, Türkische Sozialberater helfen Landsleuten zurechtzukommen, in: Neue Westfälische, 9.2.1981; *o. A.*, Türkisches Zentrum als ›Stätte der Begegnung‹, in: Die Glocke, 19.2.1979; *o. A.*, Dammanns Hof bekommt Jugendtreff, in: Neue Westfälische, 6.9.1988; *o. A.*, Spontan neuen Gesprächskreis gegründet, in: Die Glocke, 16.5.1987. Vgl. auch Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Gütersloh an Kreisverwaltung Gütersloh, Jugendamt, Antrag auf Anerkennung des Wohngebietes »Dammanns Hof« als sozialer Brennpunkt, 14.12.1987, Kreisarchiv Gütersloh, A03e_1-22.

16 Sichtbar wird das zum Beispiel in Zeitungsberichten über das Wohnungsproblem im Kreis Gütersloh in den 1980er-Jahren. Vgl. das Unterkapitel »Wohnen« in diesem Beitrag.

17 Lauren Stokes argumentiert, dass existierende Vorurteile über mutmaßlich emanzipationsfeindliche und »patriarchalische«, zunächst »südliche« beziehungsweise »mediterrane« Migrant:innen auf solche aus der Türkei übertragen und verstärkt worden seien. Vgl. *Lauren Stokes*, Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany, New York 2022.

18 Vgl. etwa *Hakan Akçit*, Nach dem Anwerbestopp: Das Rückkehrhilfegesetz von 1983, URL: <https://heimatkunde.boell.de/de/2023/11/23/nach-dem-anwerbestopp-das-rueckkehrhilfegesetz-von-1983> [15.1.2024]; *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

19 Vgl. unter anderem *Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück …«; *Hans Jürgen Bade*, Ausländer – Aussiedler – Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München 1994; *Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz* (Hrsg.), Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012.

20 *Stephanie Zloch*, Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945 bis 2000, Göttingen 2023; für das Lokale vgl. unter anderem *o. A.*, 24 Türkenkinder

Unterstützung war demnach nicht nur Hilfestellung, sondern gleichzeitig immer auch Disziplinierungsmaßnahme, die mit der Konstruktion der »türkischen« Migrant:innen als problematisch korrespondierte.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um erste Erkundungen des Felds. Zu Beginn steht dabei die Frage, welche Dienste oder Angebote die Verwaltungen zur Verfügung stellen konnten und wie Kommunen auf diese Weise das Ankommen und Einleben türkischer Migrant:innen in der ostwestfälischen Gesellschaft unterstützten. Gleichzeitig gerät dadurch auch das Vorent- oder Zurückhalten anderer Angebote und Infrastrukturen in den Blick, die zum Beispiel Einheimischen oder anderen Migrant:innen zugestanden wurden.

Verwaltungsakten und Presseberichte erzeugen den Eindruck, die städtischen Verwaltungen hätten aufgrund von ›Problemkonstruktionen‹ ein institutionelles Betreuungsregime aufgebaut, um wirkmächtig zu sein (oder zu erscheinen). Dieses beinhaltete in Harsewinkel und Gütersloh – wie anderswo auch – die Betreuung der Migrant:innen durch Träger der freien Wohlfahrtspflege, die diese in alltäglichen Fragen der Eingliederung unterstützen sollten. Die Zuständigkeiten wurden nach nationaler Herkunft und Konfession(-snähe) verteilt: Die AWO kümmerte sich anfangs um Migrant:innen aus Marokko, der Türkei und Tunesien, die Caritas um solche aus Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal, die Diakonie um Griech:innen.[21] In Gütersloh hatten Verantwortliche rasch die zwei wesentlichen Problematiken bei der Betreuung »ausländischer Mitbürger« erkannt: die Versorgung mit annehmbarem und ausreichendem Wohnraum sowie die Beschulung der Kinder. Frühzeitig gab die Stadtverwaltung ein »Informationsblatt für die ausländischen Mitbürger« heraus, das in sechs Sprachen übersetzt wurde und auch von den Unternehmen im Ort und im Kreis »dankend zur Kenntnis genommen« wurde.[22] Zentral war darüber hinaus die vom städtischen Sozialamt initiierte Einrichtung einer »Beratungsstelle für die ausländischen Mitbürger«, die zur Unterstützung migrantischen Ankommens im Oktober 1971 eingerichtet wurde. Diese Stelle war mit einem Verwaltungsangestellten und einem Dolmetscher besetzt. Mit ihrer Hilfe wurden täglich nach Nationalitäten getrennte jeweils zweistündige Sprechstunden angeboten, um Auskünfte bei Fragen zu Arbeit, Wohnung oder Behördengängen zu geben – zunächst für die zahlenmäßig größten Gruppen der Jugoslaw:innen, Spanier:innen, Griech:innen und Italiener:innen, ab Herbst 1972 auch für türkische Arbeiter:innen, nachdem zwei Dolmetscher gefunden worden waren, die bei Mohndruck und Bertelsmann beschäftigt waren.[23] Bei allem Innovativen an dieser vergleichsweise

lernen zusammen in einer Klasse, in: Westfalen-Blatt, 22.3.1979; *o. A.*, Werden Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder abgeschafft?, in: Neue Westfälische, 13.6.1981.

21 Die mit dieser Homogenisierung verbundenen Konfliktpotenziale zeigt Clelia Caruso in ihrer Arbeit über italienische Migrant:innen in Belgien. Für den Kreis Gütersloh sind derartige Konflikte in den bisher gesichteten Akten nicht dokumentiert. Vgl. *Clelia Caruso*, Befristete Migration und transnationaler Lebensstil. Italienerinnen und Italiener in einer wallonischen Bergbaugemeinde nach 1945, Wien/Köln 2019.

22 Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gütersloh, 11.10.1971, Stadtarchiv Gütersloh, E 8432.

23 7. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gütersloh, 21.11.1972, Stadtarchiv Gütersloh, Ausschussprotokolle. Zuvor war Christophoro Fazio, seit 1957 in Deutschland, beschäftigt bei der Firma Baumhüter in Wiedenbrück, wo 280 Türk:innen arbeiteten, als Kontaktperson und Dolmetscher tätig, mindestens seit 1970. Seine Telefonnummer und Adresse waren auf einer Liste

frühen Einrichtung und dem hohen Vernetzungsgrad zwischen Verwaltung und Unternehmen: Zeittypisch nahm auch die Stadt Gütersloh »Ausländer« nationalitätenspezifisch als monolithischen Block wahr, jegliche Unterschiede bezogen auf Minderheit, Schicht, Generation, Geschlecht oder weitere Kriterien wurden nicht reflektiert. Dieses Herangehen folgte den damals gängigen Vorgehensweisen, die so auch in den Unternehmen üblich waren, was jedoch Einschränkungen in Effizienz und Reichweite der Maßnahmen nach sich ziehen konnte.[24] Dreh- und Angelpunkte der Maßnahmen des unterstützenden Ankommens waren die ausländischen Sozialberater, die eine Schlüsselrolle im Prozess des Einlebens einnehmen sollten und meist, aus betrieblichen Kontexten gewachsen, Respekt- und Vertrauenspersonen waren. Allerdings resultierten aus diesen Kontexten auch religiöse oder politische Konflikte. So beschäftigte die Stadtverwaltung Gütersloh Ende 1972 eine Anschuldigung jugoslawischer Arbeiter:innen, die auch an das Dortmunder Konsulat herangetragen worden war. Demnach habe der bei der Firma Vossen beschäftigte Sozialbetreuer einzelne Jugoslaw:innen beleidigt, provoziert und materiell ausgenutzt; seine vermeintliche SS-Vergangenheit war ebenfalls Diskussionsgegenstand.[25]

Diese ersten Beispiele zeigen, welche Bestandteile für die Infrastrukturen des Ankommens von kommunaler und betrieblicher Seite geboten wurden. Andere Beispiele zeigen, welche Konflikte durch das Verweigern oder Zurückhalten derartiger Angebote ausgelöst werden konnten. Eines dieser typischen Konfliktfelder war die Ausstattung von Jugendzentren, in denen es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen und »ausländischen« Jugendlichen beziehungsweise innerhalb dieser Gruppen kam. Aus einem Jugendhaus in Rheda, einer Kleinstadt im Kreis Gütersloh, wurde von »permanenten Konflikte[n] zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen vieler Nationen« berichtet, »die mit dem Personal nicht zu stemmen« gewesen seien.[26] Auch die Einstellung von zwei Sozialarbeitern mit vollen Stellen hielten manche Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Sport der Stadt nicht für ausreichend. Ferner wurde die Anstellung eines ausländischen Sozialarbeiters diskutiert, da das Jugendzentrum hauptsächlich von »ausländischen Jugendlichen« besucht wurde. Ein Umzug aus dem alten Gebäude, der die Situation ebenfalls entschärfen könnte, sei auf Jahre nicht absehbar.[27] Ein Ausschussmitglied bedauerte, dass die »deutschen Besucher« keinen Beitrag zur Integration der »aus-

der Stadt Gütersloh mit Dolmetschern verzeichnet, er hatte jedoch keine regelmäßige Sprechstunde. Vgl. Übersicht über die Dolmetscher und ihre Stellvertreter, die in der »Beratungsstelle für ausländische Mitbürger« der Stadt Gütersloh seit den frühen 1970er-Jahren tätig waren: Aktenvermerk im Sozialamt der Stadt Gütersloh über die »Betreuung der Gastarbeiter«, 10.9.1970, Stadtarchiv Gütersloh, E 7107.

24 *Jürgen Puskeppeleit/Dietrich Thränhardt*, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, Freiburg im Breisgau 1990, S. 96 f.

25 Brief des Jugoslawischen Konsulats in Dortmund an die Stadt Gütersloh, 30.10.1972, Stadtarchiv Gütersloh, E 7271. Vgl. zur Rolle der Betreuer auch *Puskeppeleit/Thränhardt*, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, S. 86; *Caruso*, Befristete Migration und transnationaler Lebensstil.

26 *O. A.* Ein neuer Anlauf: Jugendzentrum hat Leben noch nicht ausgehaucht. Stadt möchte nun mindestens zwei hauptamtliche Sozialarbeiter einstellen, in: Die Glocke, 14.1.1977.

27 Ein Umzug in größere Räumlichkeiten fand erst im Jahr 1981 statt. Vgl. *o. A.*, Nach vielen Jahren des Wartens: JZR in Emstorschule, in: Die Glocke, 28./29.3.1981.

ländischen Jugendlichen« leisteten, ein UWG-Ratsherr forderte mehr Engagement von »Lehrern und Vereinsfunktionären«. Auch anderen Maßnahmen verweigerte man die Unterstützung. Ein weiteres, typisches Beispiel war die Weigerung der CDU-Ratsfraktion der Stadt Gütersloh im Jahr 1981, Hausaufgabenhilfen und Spielgruppen zu finanzieren.[28]

Daneben gab es zahlreiche informelle Infrastrukturen des Ankommens, die Migrant:innen selbst organisierten. In beiden Städten waren migrantische Vereine gegründet worden, die im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe Ankommensprozesse erleichterten. Hierzu zählt beispielsweise der 1973 in Gütersloh ins Leben gerufene Deutsch-Türkische Hilfs- und Kulturverein, der Anfang der 1980er-Jahre 170 Mitglieder zählte.[29] 1978 wurde in Gütersloh eine Zweigstelle des Islamischen Kulturzentrums eröffnet – und Anfang der 1990er-Jahre war die Zahl von türkischen Vereinen auf sechs gestiegen. Hinzu kamen ein Kurdischer Kulturverein (gegründet 1989) sowie sieben zwischen 1979 und 1992 ins Leben gerufene aramäisch-assyrische Vereine. Gleichzeitig eröffneten in den 1970er-Jahren erste türkische Händler Geschäfte für den alltäglichen Bedarf.[30] Auch diese können, ähnlich wie in urbanen Settings, als *information hubs* gelten, in denen sich Migrant:innen Hilfe und Informationen beschafften. Kaum zu überschätzen ist ferner die Bedeutung von Kirchen und Moscheen beziehungsweise Beträumen, in denen selbstorganisierte und informelle Unterstützung angeboten wurde. In Interviews mit aramäischen Zuwanderern, die zu Beginn den katholischen Gottesdiensten beiwohnten, wird die Bedeutung der Gemeinden als Dreh- und Angelpunkt der Integration, als Austausch-, Kontakt- und Vernetzungsort immer wieder als besonders wichtig hervorgehoben; deren Rolle sei »kaum genug zu betonen«.[31] Ende der 1980er-Jahre entstand die erste der inzwischen drei selbstständigen aramäischen Kirchengemeinden in Gütersloh.

28 Die CDU wollte Hausaufgabenbetreuung durch »hauptamtliche« Lehrer durchsetzen. Nach der Weigerung der CDU sammelte die SPD-Fraktion das Geld in ihren Reihen. Vgl. *o. A.*, 2275 Mark für Hausaufgabenhilfe und Spielgruppen kleiner Türken abgelehnt, in: Die Glocke, 26.5.1981.

29 *O. A.*, Nur zwei Deutsche in der Gemeinschaft der Türken. Hilfs- und Kulturverein hat jetzt eine feste Bleibe, in: Die Glocke, 12.1.1977; *o. A.*, Erziehung der Kinder und Wohnungsnot sind Sorgen. Aus dem Deutsch-Türkischen Hilfs- und Kulturverein, in: Neue Westfälische, 24.3.1982. In Rheda-Wiedenbrück wurde 1978 der Türkische Arbeitnehmer Hilfs- und Kulturverein gegründet. Vgl. *Norbert Ellermann*, Koffer voller Hoffnung. Arbeitsmigration im Kreis Gütersloh von 1955–1973, S. 43. Einer der wenigen gemischten Vereine war von Claas-Mitarbeitern gegründet worden. Vgl. *o. A.*, Ziel: Miteinander und mehr Menschlichkeit. Deutsche und Ausländer in einem Verein, in: Die Glocke, 21.10.1973.

30 Während es um 1970 in der benachbarten Stadt Detmold zum Beispiel noch kein Geschäft für türkische Lebensmittel gab, waren kurze Zeit später erste Lebensmittelgeschäfte in Gütersloh ansässig geworden. Vgl. *Ellermann*, Koffer voller Hoffnung, S. 50. Für Harsewinkel ist zumindest Mitte der 1980er-Jahre ein türkischer Gemüseladen nachweisbar. Vgl. *o. A.*, In türkischem Laden Feuer: Brandstiftung? in: Die Glocke, 27.8.1986. In Rheda-Wiedenbrück gab es seit Februar 1979 in der Bahnhofsgaststätte »türkisches Spezialessen«. Vgl. *o. A.*, Anzeige, in: Die Glocke, 16.2.1979.

31 Interview von Christoph Lorke mit J. R., 19.11.2023.

Arbeit und Nichtarbeit

Die oben genannten Unternehmen – für Gütersloh könnte man für den Untersuchungszeitraum noch die Textilindustrie (Vossen), Möbelherstellung (Wirus) oder Nahrungsmittelfirmen (Marten) nennen – und ihr wirtschaftliches Wachstum waren die ausschlaggebenden Gründe, dass überhaupt nennenswerte Zahlen an Neuankömmlingen in die Städte gelangten. Zu Beginn der 1970er-Jahre, als in Gütersloh gerade einmal 392 Arbeitslose bei 8.600 offenen Stellen gezählt wurden, litten die Gütersloher Betriebe unter empfindlichem Personalmangel, weshalb der Bedarf an »Gastarbeitern« hoch war. Das erklärt die eingangs beschriebenen quantitativen Entwicklungen.[32] In Harsewinkel war die Situation ähnlich. Noch im Dezember 1973 hatte der Geschäftsführer von Claas darauf hingewiesen, dass man auf lange Sicht auf die »Gastarbeiter« angewiesen sei und deren Zahl auch in Zukunft weiter steigen werde. Zu diesem Zeitpunkt waren 30 % der Gesamtbelegschaft »ausländische Arbeitnehmer«.[33] Dies unterstreicht abermals einen besonderen regionalen Pull-Faktor. Im Gegensatz zu anderen Regionen wie dem Ruhrgebiet oder vielen Kreisen im Westmünsterland und Ostwestfalen-Lippe, die viel stärker von der Möbel- und Textilindustrie abhängig waren, blieb der Kreis Gütersloh aufgrund seiner breiten Branchenstruktur weitgehend krisenrobust. Auch »nach dem Boom« waren im Kreis daher zahlreiche Stellen nur durch Zuzug von (migrantischen) Arbeitskräften zu besetzen. So ›importierte‹ zum Beispiel das Unternehmen Claas noch im Jahr 1976 »Gastarbeiter« aus einem Audi-NSU-Werk in Neckarsulm, da man lokal keine Arbeitskräfte finden konnte und die Neuanwerbung von Gastarbeitern durch den Anwerbestopp deutlich erschwert war.[34]

Auch in den folgenden Jahrzehnten war die Arbeitslosigkeit in beiden Städten immer unterdurchschnittlich. Gleichwohl konnte das Thema in beiden Städten schnell Befürchtungen bezüglich sozialer Problematiken hervorrufen, hatte sich doch die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach dem Ölpreisschock auch und gerade für türkische »Gastarbeiter« spürbar geändert. Die absolute Zahl türkischer Arbeitsloser hatte sich bundesweit von etwa 4.000 im Spätsommer 1973 auf knapp 60.000 im Frühjahr 1975 erhöht. Dies waren Größenordnungen, die rasch Schreckensszenarien wie Sorgen um die Kriminalität nachwachsender Generationen evozierten.[35] Mitte der 1980er-Jahre war die Mehrheit der Arbeitslosen in Gütersloh ungelernt und nichtdeutsch, was mahnend-skeptische Reaktionen von Stadtver-

32 *O. A.*, Über 1000 Gastarbeiter werden noch gesucht. Trotz der Anwerbung von weiteren 300 Gastarbeitern ist der Kräftebedarf nicht zu decken, in: Die Glocke, 9.6.1970.

33 Der Geschäftsführer sah die »Integration« der migrantischen Arbeitnehmer:innen als eine der Hauptaufgaben der deutschen Gesellschaft an, um die Arbeitskräfte an den Standort zu binden. Vgl. *o. A.*, Claas und der Stadtrat Harsewinkel auf der gleichen Wellenlänge, in: Die Glocke, 1./2.12.1973. Nur wenige Monate zuvor hatte der Anwerbestopp den Unternehmen massive Produktionsprobleme beschert, da 220 Spanier nicht einreisen durften, obwohl die »Flugtickets schon in der Tasche« waren. Vgl. *o. A.*, Spanier-Ausfall stellt Claas vor Probleme, in: Die Glocke, 30.11.1973.

34 *O. A.*, Ahlener Arbeitskräfte jetzt nach Harsewinkel? SPD: Einstellung von Gastarbeitern aus Süddeutschland in Anbetracht neuer Arbeitsloser unvertretbar, in: Die Glocke, 11./12.1.1975.

35 *Stefan Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 317 und 321 f. Für den Kreis Gütersloh vgl. zum Beispiel *o. A.*, Ausländer-Anteil unter den Straffälligen wächst, in: Die Glocke, 17.11.1980; *o. A.*,

waltung, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen oder den Kirchen hervorrief. So befürchtete die Evangelische Kirchengemeinde Gütersloh im Februar 1989, dass gerade in Blankenhagen viele Kinder sich in ihrer Freizeit selbst überlassen seien, sich Mittagessen aus der Imbissbude holten, nachmittags stundenlang vor dem Fernsehapparat verbrachten (oder aber sie »lungern draußen herum«), weshalb gerade im Hauptschulalter die Gefahr der Jugendkriminalität ansteigen würde.[36] Die Beobachter hatten hierbei insbesondere migrantische Kinder und Jugendliche im Blick. Denn in diesen Jahren hatten es diese im Zuge der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit auch durch die zusätzliche rechtliche Diskriminierung ungleich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.[37] Ratsherren und -frauen appellierten daher an die ansässigen Firmen, im gleichen Verhältnis auch ausländische Jugendliche bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen zu berücksichtigen.[38] Die engen Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern der Stadtverwaltung sowie vor allem des Stadtdirektors zu den Firmenspitzen führten dazu, dass zwischen 1984 und 1987 eine »Klinkenputz-Aktion« ins Leben gerufen wurde, wodurch jährlich Dutzende zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden konnten. Hiervon sollten allerdings migrantische Jugendliche in nur geringem Umfang profitieren. Größer waren die Zahlen bei den Kooperationen mit dem Kolping-Bildungswerk, das bereits seit einigen Jahren Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MSBE) angeboten hatte, die wie in anderen bundesdeutschen Städten auch nicht zuletzt an migrantische junge Männer und Frauen der »zweiten Generation« gerichtet waren.[39] Darunter fielen bestimmte Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung dieser Jugendlichen mit dem Ziel, die deutsche Sprache zu erlernen beziehungsweise zu verbessern, die Wahl eines geeigneten Berufs zu unterstützen und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu verbessern – insbesondere von Frauen, die in der Mehrzahl allenfalls Hilfsarbeiterstellen ausfüllten.[40] Auch die Berufsberatung des Arbeitsamts im Kreis Gütersloh war eine solche Maßnahme, die Ende der 1970er-Jahre rund 200 ausländische Jugendliche jährlich in Anspruch nahmen.[41]

Noch immer große Vorurteile gegenüber Ausländern (Leserbrief), in: Die Glocke, 3.3.1980; *o. A.*, Kriminalität: 194 Türken straffällig, in: Die Glocke, 20.2.1980.

36 Evangelische Kirchengemeinde Gütersloh, Zuordnung und Auswertung der Stellungnahmen und Aussagen von Vereinen und Institutionen, Februar 1989. Stadtarchiv Gütersloh, E 4671.

37 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 5.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 690; *o. A.*, Ausbildungsplätze gab es für 193 junge Ausländer. Größter Teil der Jugendlichen kommt aus der Türkei, in: Die Glocke, 20.10.1980.

38 Niederschrift über das Vorstellungsgespräch des Arbeitskreises ausländischer Kulturvereine in Gütersloh, 25.2.1980, Stadtarchiv Gütersloh, E 2455. Vgl. auch *o. A.*, Ausbildungsplätze gab es für 193 junge Ausländer.

39 *O. A.*, MSBE: Chance für junge Ausländer auf Integration durch Ausbildung. Kolping-Bildungswerk bietet auch in GT erfolgreich Lehrgänge an, in: Die Glocke, 23.4.1982.

40 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 19.5.1981, Stadtarchiv Gütersloh, E 2445.

41 *O. A.*, Ausländische Jugendliche haben kaum Berufschancen. Viele erreichen nicht einmal den Hauptschulabschluß – Von Berufsberatung wird gerne Gebrauch gemacht, in: Die Glocke, 3.1.1977.

Hintergrund vieler dieser Vorkehrungen war jedoch nicht allein der Wunsch, die Jugendlichen in Beschäftigung zu bringen. Vielmehr trieb die Verwaltung die Sorge um die mutmaßliche Dominanz türkischer Jugendlicher wie im Gütersloher Jugendzentrum, was das örtliche Jugendamt vor einige Ratlosigkeit stellte[42], sowie eine angeblich ansteigende Kriminalität. Dass ein größerer Teil gerade türkischstämmiger Jugendlicher aufgrund des Zeitpunkts ihrer Einreise nach dem Anwerbestopp keine Arbeitserlaubnis hatte und daher zu über 80 % den Café-Bereich im Jugendzentrum »belegte«, wurde hingegen ausgeblendet.[43] Stattdessen wurde wie im zuvor beschriebenen Fall des Rhedaer Jugendzentrums vor allem auf die Reibungen und Konflikte zwischen ihnen und den übrigen Jugendlichen abgehoben.[44] So erörterte man etwa im städtischen Sozialamt die Frage, was getan werden könnte, damit sich das Jugendzentrum nicht »zu einem echten Türkenzentrum wandelt«.[45]

Zugleich war die zeitgenössische Einordnung dieser Beobachtungen ambivalent, auch in der Retrospektive der beteiligten Akteure. Viele muslimische »Gastarbeiter« waren in Harsewinkel und Gütersloh in festen Beschäftigungsverhältnissen, während die aramäischen Asylbewerber zunächst nicht arbeiten durften. Die Zahl von Arbeitslosen unter allen orthodoxen Christen im Kreisgebiet lag dementsprechend im Jahr 1988 bei 40 %.[46] Im Rückblick gelten die christlichen Aramäer:innen indes gemeinhin als migrantische »Vorzeigegruppe«, die sich im Kreisgebiet den »Gütersloher Geist« besonders gut einverleibt hätten.[47] Hier nahmen nicht zuletzt informelle Netzwerke, verwandtschaftliche und familiäre Kontakte eine kaum zu unterschätzende Bedeutung ein.[48] Individuelle Handlungsmacht lässt sich darüber hinaus an zahlreichen Einzel-Beispielen nachweisen. Das Überwinden von Arbeitslosigkeit – die teils strukturell bedingt war, wie durch das Arbeitsverbot für Asylsuchende 1982 – wurde von Einzelnen beispielsweise durch den Besuch von Sprachkursen oder den Gang in die Selbstständigkeit aufgefangen.

42 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 25.2.1980, StA GT, E 2445.

43 Vgl. zur fehlenden Arbeitserlaubnis zum Beispiel *o. A.*, Ausländische Jugendliche haben kaum Berufschancen.

44 Vgl. demgegenüber aber den Leserbrief des AKSOM-Vorstandsmitglieds Michael Fust: Arbeitslos – und bestraft, Westfalen-Blatt, 19.3.1980.

45 Kurzniederschrift über die Besprechung am 22.5.1979 zum Problem der türkischen Jugendlichen, Stadtarchiv Gütersloh, E 690.

46 *O. A.*, Gütersloh beherbergt 1300 Aramäer. Unter syrisch-orthodoxen Christen im Kreisgebiet Arbeitslosenquote 40 Prozent, in: Die Glocke, 12.8.1988.

47 Diese Aussage findet sich zahlreich. Vgl. exemplarisch die von Christoph Lorke geführten Interviews mit einer ehemaligen SPD-Stadträtin am 14.11.2022, einer Psychologin am 19.6.2023, einer Journalistin am 4.7.2023 sowie einem ehemaligen Lokalpolitiker am 12.10.2023.

48 *Gaby Straßburger*, Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar – ein deutsch-französischer Vergleich sozialer Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext, Bamberg 1996, vgl. auch *Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt?

Wohnen

Wie geschildert, war das Wohnen eine der größten Herausforderungen für Migrant:innen, insbesondere für jene, die aus der Türkei in die Bundesrepublik gelangten. Bereits für die späten 1960er-Jahre lassen sich Beschwerden türkischer »Gastarbeiter« beim Gütersloher Ordnungsamt finden. Diese hatten sich über die menschenunwürdige Unterbringung in einer firmeneigenen Wohnung beschwert.[49] Wohnraumknappheit und Mietwucher waren Aspekte, die die Wahrnehmungen auch in den Jahren danach prägen sollten. Besonders drastisch schilderte Die Glocke die Situation im Jahr 1970: »Getrennt von ihren Angehörigen, im Betrieb von anders sprechenden und anders denkenden Kollegen umgeben, in einem naßkalten Witterungsbereich, am Feierabend in eine bessere Baubude eingepfercht, so sieht ihr Leben hier meistens aus« – so berichtete die Zeitung von den Wohnungen, die sich oftmals in Altbauten befanden und »in die ein deutscher Mieter freiwillig niemals einziehen würde«.[50] Jenes Wohnen in »Schandflecken« erinnerte auch das Westfalen-Blatt an Zeiten vor 1945[51], weshalb sich auch der damalige Bürgermeister Heinz Kollmeyer (CDU) in die Debatte einschaltete und vehement den Mietwucher monierte.[52] Waren diese Beobachtungen noch allgemeiner Natur, so bezogen sich andere Jahre später vor allem auf die Wohnverhältnisse türkischer Migrant:innen, denn von den 183 wohnungssuchenden Familien im Jahr 1979 waren 107 nichtdeutsche Familien, hiervon ein Großteil türkische Familien mit unterdurchschnittlichen Einkommen – in den Augen der Verwaltung in erster Linie »bedingt durch eine völlig andere Mentalität« sowie den häufig auftretenden Kinderreichtum.[53]

Dieser Umstand wurde zunehmend in der lokalen Presse skandalisiert.[54] Mit der Schlagzeile, das »Wohnungsproblem in der Stadt Gütersloh [sei] ein Ausländerproblem«, titelte das Westfalen-Blatt noch im Januar 1981, um die Quintessenz auf einer Pressekonferenz des Bauförderungsamts auf den Punkt zu bringen. Hervorgehoben wurden darin die besonderen Probleme der Migrant:innen aus der Türkei auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Auf der genannten Pressekonferenz berichtete

49 Aktenvermerk, 7.7.1967, Stadtarchiv Gütersloh, E 3933. Auch in Harsewinkel traten derartige Probleme auf. Spanische Mitarbeiter traten zum Beispiel wegen einer drohenden Verschärfung der Überbelegung der Werkswohnungen in einen wilden Streik. Vgl. *o. A.*, Protest gegen Überbelegung der Zimmer. Spanier bei Claas traten in den Streik, in: Die Glocke, 8.5.1973.

50 *O. A.*, Mißtrauen und Mietwucher hemmen Eingliederung. Situation der Gastarbeiter in der Stadt Gütersloh. Ausländer unter uns – Wie ist es um Lebensbedingungen bestellt?, in: Die Glocke, 5.5.1970.

51 *O. A.*, Zufrieden und verbittert. Das Wohnungsproblem der Gastarbeiter ist nur mit mehr Verständnis zu lösen, in: Westfalen-Blatt, 5.6.1971.

52 *O. A.*, Der Bürgermeister hat das Wort: Trabajo – Lavoro und ein Zimmer zu dritt, in: Westfalen-Blatt, 5.6.1971. Vgl. zum Thema Wohnen, Mietpreis und Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik *Karl-Christian Führer*, Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960–1985, Berlin/Boston 2016.

53 Bestandsaufnahme der Maßnahmen im Rahmen der Betreuung ausländischer Mitbürger durch die Stadt Gütersloh und andere Träger, 12.3.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 1935.

54 Vgl. *Jens Gründler*, Migration und Wohnen im ländlichen Ostwestfalen von 1970 bis in die 1990er-Jahre, in: *Matthias Frese*/*Thomas Küster*/*Malte Thießen* (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020, Paderborn 2023, S. 462–492.

der Amtsleiter, dass circa 70 % aller Wohnungssuchenden »Ausländer« seien, von denen besonders die »Türken« schwer zu vermitteln seien:

> »Von den 1980 neu registrierten Wohnungssuchenden konnten innerhalb dieses Jahres 72 Prozent der Deutschen, 66 Prozent der Ausländer (ohne Türken), aber nur 36 Prozent der Türken vermittelt werden. Noch sind die großen Baugesellschaften in Gütersloh bereit, ausländische Familien in ihre Wohnblocks aufzunehmen. Sollte dies nicht mehr der Fall sein (erste Anzeichen sind bereits erkennbar), würde die Situation der ausländischen Wohnungssuchenden – insbesondere die der Türken – hoffnungslos werden.«

Die »Vorurteile« der alteingesessenen Bevölkerung führten dazu, so die Verwaltung, dass sie auf dem freien Wohnungsmarkt nur erfolgreich waren, wenn die Wohnungen sonst nicht oder nur schwer zu vermieten waren. So führte der Amtsleiter weiter aus, »[d]ie weiterhin großen Vorurteile den Ausländern gegenüber und gerade bei der Vermietung stell[t]en ein wachsendes Problem dar, und man [habe] Sorge, daß sich sozialpolitischer Sprengstoff ansammeln könnte«.[55] Die hier artikulierten Schwierigkeiten bei der wohnlichen Unterbringung und die Diskriminierungsstrukturen, die sich auch für den Kreis sowie andere Gegenden der Bundesrepublik feststellen lassen[56], waren in jener Zeit immer wieder Gegenstand der verwaltungsinternen Debatten. So trug Stadtdirektor Gerd Wixforth dem Sozialausschuss im Sommer 1981 vor, dass es vor allem türkische Mitbürger:innen waren, die »erhebliche Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt«[57] hatten. Auch die Vorurteilsstrukturen und die Tatsache, dass deutsche Vermieter gegenüber Ausländer:innen »erhebliche Vorbehalte« hätten, wurden verstärkt innerhalb der Stadtverwaltung wahrgenommen.[58]

Besonders im Blickpunkt stand – und steht in vielerlei Hinsicht bis heute – in Gütersloh der Stadtteil Blankenhagen, der außerhalb des eigentlichen Stadtgebiets etwa vier Kilometer vom städtischen Zentrum aus gesehen im Nordwesten gelegen und somit in der Einflugschneise des britischen Militärflughafens gebaut worden war. Ursprünglich als Projekt des sozialen Wohnungsbaus für einkommensschwächere Schichten als Wohnstätte gedacht, wurde Blankenhagen bald schon zu einem bevorzugten Wohnort für Migrant:innen. Hier, wo um die 3.000 Menschen lebten und leben, gab es für Gütersloher Verhältnisse einen hohen Anteil an Mietwohnungsbauten in drei- bis sechsgeschossigen Häusern und eine relativ hohe Fluktuation an Mietparteien. Der Anteil von Nichtdeutschen erhöhte sich von 12,9 % im Jahr 1975 auf 29,1 % 1988. Dies war Anlass dafür, dass die Stadtverwaltung seit den 1970er-Jahren in regelmäßigen Abständen Grundsatzpapiere erstellte, um die Entwicklung des Stadtteils Blankenhagen beobachten, kontrollieren und moderieren zu können. Diese Dokumente spiegeln einerseits die Entdeckung und Definition

55 *O. A.*, »Wohnungsproblem in der Stadt Gütersloh ist ein Ausländerproblem«, in: Westfalen-Blatt, 17.1.1981.

56 *Lena Foerster*, Hochofen, Maloche und »Gastarbeiter«. Ausländerbeschäftigung in Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in den 1950er bis 1980er Jahren, Stuttgart 2021.

57 Stadtdirektor Wixforth an den städtischen Sozialausschuss, 10.6.1981, Stadtarchiv Gütersloh E 1598.

58 *O. A.*, 538 Haushalte oder 1511 Personen suchen zur Zeit eine Wohnung. Davon sind 57 Prozent Ausländer, in: Neue Westfälische, 19.2.1982.

sozialer Problemlagen, reproduzierten diese aber auch durch eine damit einhergehende vermeintliche »Sonderbehandlung«. In diesen Papieren wurden auch Maßnahmenpakete entwickelt und besprochen, um das Ankommen im Stadtteil zu erleichtern. Hierzu gehörten soziale und rechtliche Beratungsangebote, Anlaufstellen, Kursangebote oder auch ein Frauenfrühstück, organisiert vom Verein »Stadtteilarbeit Blankenhagen«. Diese Angebote zogen regelmäßig viele aramäische Familien an, was zur Folge hatte, dass nationale Türken nur selten diese Angebote nutzten; religiöse Motive führten hier zu einer entsprechenden Abgrenzung.[59]

Neben der sozialen Einbindung und der Ankommensunterstützung war es aber allem voran das Wohnen, das regelmäßig in das Visier der städtischen Beobachtung rückte: Im Dezember 1981 betrug die Zahl von Ausländer:innen in Blankenhagen 675 von 3.000, wobei die circa 1.300 Angehörigen der britischen Streitkräfte nicht mitgerechnet wurden. Davon stellten Türk:innen mit 349 Personen mehr als die Hälfte. In einigen Straßen und Wohnblocks wurde der Ausländeranteil auf 70 bis 80 % geschätzt. Dem städtischen Hauptausschuss erschien es außerordentlich schwierig, dort »integrierend tätig zu sein«. Die Veränderung aufgrund der Zuwanderung türkischer und aramäischer sowie des Wegzugs anderer Ausländergruppen und Deutscher habe zu einer Konzentration geführt, wobei eine Entlastung in Ermangelung alternativer Wohnangebote als problematisch bezeichnet wurde. Künftiges Ziel der Stadt müsse es sein, den Zuzug von »Problemfamilien« zu unterbinden und damit die »Situation nicht zu verschärfen, da die hier aufgezeigte Situation nicht nur im Interesse der in Blankenhagen wohnenden Deutschen, sondern auch im Hinblick auf die angestrebte Integration der in Blankenhagen wohnenden Ausländer nicht wünschenswert ist«.[60] Derartige verwaltungsinterne Einschätzungen fanden ihren Niederschlag auch in einer entsprechenden medialen Berichterstattung, die die soziale wie symbolische Randlage des Stadtteils zusätzlich verstärken konnte.[61] Auch im Rahmen der gut besuchten Diskussionsveranstaltungen wurde das vermeintliche Verdrängen der Deutschen immer wieder beklagt und zugleich Ängste vor einer Gettoisierung des Stadtteils formuliert.[62] Dieser lokale Diskurs um die narrative Konstruktion von »Gettos« verdeutlicht eindrücklich die vielfachen Verbindungen von nationalen und regionalen Debatten sowie die regionale Aneignung nationaler Narrative – und Ähnliches lässt sich auch für Harsewinkel konstatieren. Hier war es Dammanns Hof, eine Hochhaussiedlung für britische Soldaten, die ab 1985 für einige Jahre vor allem durch türkische Migrant:innen bewohnt

59 Schreiben von »Stadtteilarbeit Blankenhagen e. V.« an das städtische Sozialamt, 20.11.1987, Stadtarchiv Gütersloh E 8957.

60 Gesamtuntersuchung und Strukturanalyse für den Ortsteil Blankenhagen. Gliederung auf der Grundlage der Strukturanalyse aus dem Jahre 1981 sowie der Auswertung der Niederschrift der Hauptausschußsitzung vom 7. März 1988, Stadtarchiv Gütersloh, E 5905.

61 *O. A.*, Probleme mit Türken nehmen zu … in Blankenhagen, in: Westfalen-Blatt 15.1.1981; *o. A.*, Vom Leben und Wohnen in einem ungeliebten Stadtteil. Evangelische Kirchgemeinde fragt: »Was wird aus Blankenhagen?«, in: Neue Westfälische, 13.1.1981; *o. A.*, Blankenhagen ist viel besser als sein Ruf, nur: Ausländeranteil darf nicht weiter wachsen, in: Neue Westfälische, 15.1.1981; *o. A.*, Kommentar: Die Probleme Blankenhagens, in: Neue Westfälische, 16.6.1988.

62 *O. A.*, »Wenn Ausländer kochen, riecht es so komisch!«. Aussprache ergab: Blankenhagen will kein »Kreuzberg« werden, in: Neue Westfälische, 5.2.1981.

wurde.[63] Anfang der 1980er-Jahre diskutierte die lokale Verwaltung der britischen Armee, die die 225 Wohnungen in dem Komplex angemietet hatte, die Aufgabe der Mietverträge, da sich die Beschwerden der Soldaten und ihrer Familien über die Wohnverhältnisse in dem Komplex verschärft hatten. Die Stadtverwaltung informierte das Landesministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, dass direkt im Anschluss an den Auszug der britischen Militärangehörigen »fast täglich weitere türkische Familien Wohnungen in den Hochhäusern«[64] bezögen, sodass im Oktober 1985 bereits 52 von 54 geräumten Wohnungen neu vermietet waren.

Ein Dossier, das das Sozialamt zu Dammanns Hof erstellt hatte, enthielt neben Angaben zur Familiengröße zum Beispiel auch solche zum Arbeitsverhältnis der Bewohner:innen. Offenbar hatte das Amt Informationen zu allen Personen erhoben, die dort im November 1985 bereits eingezogen waren. Sieben Wohnungen waren mit deutschen Familien mit insgesamt 22 Personen belegt und in 35 Wohnungen lebten 186 Personen aus der Türkei. Eine Familie aus Jugoslawien mit drei Personen belegte eine weitere Wohnung. Insgesamt 96 der 211 Bewohner:innen erhielten Sozialhilfe, davon waren 79 aus der Türkei, 17 waren Deutsche.[65] Es ist zu vermuten, dass es sich bei den migrantischen Sozialhilfeempfänger:innen meist um asylbegehrende Aramäer:innen handelte, die von Arbeitsverboten betroffen waren. Die in der Aufstellung aufgeführte Religionszugehörigkeit legt den Schluss nahe, da nur eine der 14 Familien mit Sozialhilfebezug muslimischen Glaubens war. In den anderen türkischen Haushalten mit insgesamt 107 Personen arbeitete oft mindestens ein Familienmitglied anscheinend mit ausreichendem Einkommen, häufig beim Landmaschinenhersteller Claas.[66] Während die beschäftigten Mieter:innen über den Wohnungsmarkt nach Dammanns Hof kamen, waren die Asylbegehrenden in der Regel durch das Sozialamt in den Wohnkomplex vermittelt worden.

Im Frühjahr 1986, als nahezu alle der 225 Wohnungen von migrantischen und/oder von Sozialhilfe oder anderen Unterstützungsleistungen abhängigen Familien bewohnt wurden, skandalisierten Anwohner:innen und Presse das »Ausländerghetto« Dammanns Hof. Die Stadtverwaltung in Harsewinkel nahm diese Auseinandersetzungen zum Anlass, für die »Entschärfung« der Situation in Dammanns Hof national renommierte Stadtplaner zu beschäftigen.[67] Das entsprechende Gutachten lag allerdings erst im Februar 1988 vor. Nach Auffassung der Stadtplaner waren die

63 Ausführlich zu Dammanns Hof in *Gründler*, Migration und Wohnen.

64 Bürgermeister Stadt Harsewinkel an Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr NRW, 15.10.1985, in: Probleme bei der Unterbringung von Ausländern in der Stadt Harsewinkel, Kreisarchiv Gütersloh, A 03e/01 Sozialamt – 022.

65 Bericht der Abteilung 3a, Harsewinkel 18.11.1985, in: Probleme bei der Unterbringung von Ausländern in der Stadt Harsewinkel, Kreisarchiv Gütersloh, A 03e/01 Sozialamt – 022. Aus der Auflistung geht klar hervor, dass damit nicht deutsche Staatsanghörige, sondern die ethnischen Gruppen gemeint waren.

66 Vgl. ebd.

67 *Thomas Sieverts/Peter Zlonicky*, Städtebauliches Gutachten. Harsewinkel Hochhäuser Dammanns Hof, 1988, Kreisarchiv Gütersloh, A 03f/01 Planungsamt: Raum- und Städteplanung. Die Gutachten wurden vom Dortmunder Professor Peter Zlonicky (Architektur und Stadtplanung) und dem Bonner Professor Thomas Sieverts (Architektur) erstellt. Vgl. auch *o. A.*, »Dammanns Hof«: Zwei Professoren arbeiten nun mit, in: Westfalen-Blatt, 10.6.1987. Vgl. zu Sieverts und dem Konzept der Zwischenstadt *Clemens Zimmermann*, Die »Suburbanisierung« als Konzept der Stadt-Land-Beziehungen, in: *Franz-Werner Kersting/Clemens Zimmermann* (Hrsg.), Stadt-Land-

Häuser und Wohnungen komplett zu renovieren, die Außenanlagen und Verkehrsführung neu zu konzipieren. Das Gutachten unterstützte den Vorschlag, circa 100 Wohnungen zu kaufen. Ein Block mit 50 Wohnungen sollte abgerissen werden, in den übrigen Wohnungen Menschen mit Behinderungen untergebracht werden.

Die Gutachter unterstrichen die bereits zirkulierenden Wahrnehmungen von Dammanns Hof:

> »Mit dieser Maßnahme möchte die Stadt Harsewinkel eine weitere Zusammenballung von Ausländern (insbesondere Türken) in der Siedlung vermeiden. Die bereits bestehende Gettoisierung wirft zweifellos eine Reihe von sozialen und finanziellen Problemen auf. […] Wenn der Häuserblock nicht abgerissen wird, wird sich nicht vermeiden lassen, daß die leerstehenden Wohnungen von Aussiedlern und weiteren Ausländern belegt werden. Dies entspricht jedoch nicht den berechtigten Vorstellungen der Stadt Harsewinkel, eine weitere Gettoisierung zu vermeiden.«[68]

Blankenhagen und Dammanns Hof galten im lokalen Diskurs als »soziale Brennpunkte«, deren Bewohner:innen sozial und ethnisch ›fremd‹ waren. Entsprechend lässt sich vom Beginn der 1970er-Jahre bis in die Gegenwart hinein der ›Widerstand‹ der alteingesessenen Bevölkerung und Anlieger gegen die Wohnsiedlungen nachvollziehen, der in der Regel auf »Überfremdungsängsten« sowie der Furcht vor Wertverlust eigener Immobilien beruhte und in Bürgerinitiativen seinen Ausdruck fand. Das Agieren der Parteien war dabei häufig widersprüchlich: An der Position der lokalen CDU lässt sich diese Ambivalenz gut festmachen: Zuerst forderten und förderten politische Akteure die Wohnprojekte, um dann die »Wohnverhältnisse« und die angeblich fehlenden Integrationsleistungen zu monieren und Grenzziehungen zu verstärken. Die Stimme der Migrant:innen lässt sich in diesen Auseinandersetzungen nur schwer vernehmen. Das liegt einerseits daran, dass sie im Verwaltungsschriftgut nur selten dokumentiert wurde und andererseits in der Presse kaum eine Rolle spielte. Zudem kommt das Thema trotz seiner zeitgenössischen Bedeutung in vielen Gesprächen mit Zeitzeug:innen eher selten vor. Diejenigen, die es sich finanziell leisten konnten, erwarben Eigentum oder zogen in andere Stadtteile oder Gemeinden.

Schule und (Aus-)Bildung

Am vierten und letzten Bereich lassen sich administratives und unternehmerisches Wirken besonders gut nachweisen, zumal am Beispiel der Stadt Gütersloh. Dort war mit der Einrichtung der »Beratungsstelle für ausländische Mitbürger« der Startschuss für umfassende Maßnahmen für die »Ausländerbetreuung« gegeben, aus der sich zahlreiche weitere Initiativen entwickeln sollten. Anzuführen wäre beispielsweise die Erstellung und Veröffentlichung einer mehrsprachigen Informa-

---

Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Paderborn 2015, S. 55–68.

68 *Sieverts/Zlonicky*, Städtebauliches Gutachten. Der angedachte Abriss wurde allerdings durch die verstärkte Zuwanderung von »Spätaussiedlern« verhindert. Vgl. dazu ausführlich *Gründler*, Migration und Wohnen.

tionsbroschüre für ausländische Mitbürger:innen. Die 40-seitige Broschüre erschien 1981, behandelte Stichworte von A wie »Ämter« bis V wie »Vorsorgeuntersuchung«, war in sechs Sprachen verfügbar, hatte eine Auflage von 4.200 Stück und konnte unentgeltlich beschafft werden. Die Broschüre rief bundesweit eine »Lawine des Interesses« hervor und wurde von Aachen bis Weißenburg in Bayern bestellt, weshalb 500 Stück der deutschsprachigen Ausgabe nachgedruckt werden mussten.[69] Ein weiteres Beispiel ist die Kindergartenbroschüre »Komm und spiel' mit uns« in sieben Sprachen, die 1979/80 entwickelt wurde und für die die städtische Verwaltung auf Anregungen ähnlicher Veröffentlichungen aus Duisburg und Herford zurückgriff.[70] Durch das Informationsmaterial versprachen sich die Verantwortlichen ein frühzeitiges Überwinden der Sprachbarrieren und folglich eine »bessere Integration«.[71] Allerdings war diese Einbindung der Kindergartenträger in die Sprachförderung noch Mitte der 1980er-Jahre nicht im gesamten Kreisgebiet zur Regel geworden. In Harsewinkel zum Beispiel diskutierte man noch im Dezember 1983 darüber, dass man die Kindergärten in die Frühförderung einbinden müsse.[72] Hintergrund dieser Sprachförderung und gezielten Ansprache migrantischer Eltern waren übergreifende Bildungsherausforderungen, mit denen sich der Gütersloher Schulausschuss spätestens seit den mittleren 1970er-Jahren verstärkt konfrontiert sah. So empfand er es als »bedenklich«, dass 36 »Türkenkinder« in den Schulen vor Ort nicht gemeldet waren.[73] Auch die Tatsache, dass von 331 türkischen Kindern an Gütersloher Schulen lediglich drei Real-, aber 118 Hauptschulen besuchten (1979), sowie der Befund, dass die Hälfte aller ausländischen Schüler:innen keinen Hauptschulabschluss erreichte, stimmte die Verantwortlichen nachdenklich.[74] Es waren hauptsächlich türkischstämmige Jugendliche, die Schwierigkeiten hatten, einen Arbeitsplatz zu erhalten, was mit der Erhebung des Unternehmerverbands kollidierte, wonach etwa 500 Arbeitsplätze nicht besetzt werden konnten.[75]

---

69 *O. A.*, Ausländerbroschüre ist im Bundesgebiet gefragt, in: Westfalen-Blatt, 30.1.1981.

70 *O. A.*, Mehr Ausländerkinder in Gütersloher Kindergärten. Werbende Broschüren der Stadt in sieben Sprachen erschienen: »Komm und spiel mit uns!«, in: Die Glocke, 24.1.1980; *o. A.*, Broschüre für die Ausländer, in: Die Glocke, 4.7.1979; vgl. Stadtarchiv Gütersloh, E 735.

71 Jugendamt der Stadt Gütersloh an die Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses; 18.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 735.

72 *O. A.*, Die deutsche Sprache gezielt fördern, in: Die Glocke, 14.12.1983; vgl. auch *o. A.*, Adam: Türkische Schulkinder müssen Deutsch können, in: Die Glocke, 26.10.1983. Überhaupt erscheint die lokale Schulpraxis unkoordiniert zwischen Förderklassen, integrativer Beschulung und muttersprachlichem Unterricht zu oszillieren. *O. A.*, Nach zwei Jahren normaler Unterricht?, in: Die Glocke, 22.3.1989; *o. A.*, 24 Türkenkinder lernen zusammen in einer Klasse, in: Westfalen-Blatt, 22.3.1979; *o. A.*, Werden Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder abgeschafft?, in: Neue Westfälische, 13.6.1981; *o. A.*, Türkische Kinder haben jetzt eine eigene Schulklasse, in: Neue Westfälische, 22.3.1989; *o. A.*, Zugezogene Türkenkinder kommen in Anfangsklassen. Keine neuen Zugänge zur Gemeinschaftsgrundschule, in: Die Glocke, 23.10.1985.

73 *O. A.*, Eigene Klassen nur noch für Griechen und Türken, in: Neue Westfälische, 9.7.1976.

74 Auch zu Beginn der 1980er-Jahre waren zahlreiche Probleme noch ungelöst, wie auf einer Podiumsdiskussion mit Stadtdirektor Wixforth deutlich wurde. Vgl. *o. A.*, Für ausländische Kinder noch ungelöste Probleme, in: Die Glocke, 17./18./19.6.1981.

75 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 5.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 690.

Es überrascht folglich nicht, dass die ansässigen Unternehmen und ihre Leitungen frühzeitig an Maßnahmen auf dem (erweiterten) Bildungssektor beteiligt waren; hier spielte das mittelstädtische Setting mitsamt räumlicher Nähe und teils jahrzehntelangen persönlichen Bekanntschaften, wie zwischen dem langjährigen Stadtdirektor Wixforth und den Unternehmensführungen, eine ausschlaggebende Rolle.[76] Die 1977 gegründete, in Gütersloh ansässige Bertelsmann-Stiftung avancierte zu einem gewichtigen Partner der Stadtverwaltung und förderte etwa eine 1981 unter dem Titel »Integration von Ausländern, Illusion oder realistische Perspektive?« veröffentlichte Studie mit einer Vielzahl von Vorschlägen, um die Integration von Migrant:innen voranzutreiben. Verfasst wurde diese 250-seitige Arbeit von dem Wuppertaler Soziologen Friedemann Tiedt, einem Experten für »Ausländer« im Allgemeinen und Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen. Sie enthielt Dutzende Vorschläge, um die »Integration« ausländischer Familien in der Stadt zu befördern, und erlangte bundesweite Aufmerksamkeit. Somit hatte sich die Hoffnung der Stiftung, eine Pilotfunktion und »für Mittelstädte in der Größenordnung von Gütersloh Modellcharakter«[77] auszuüben, erfüllt. Ferner unterstützte die Stiftung in enger Absprache mit der städtischen Verwaltung die Einrichtung des »Helfer- und Multiplikatorenkreises zur Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger« im Oktober 1982.[78]

Dieser Kreis setzte sich aus einem guten Dutzend Muttersprachler:innen aus Gütersloh zusammen und fungierte als zentrale Beratungs- und Informationsplattform für Migrant:innen, etwa bezogen auf den Kindergarten- und Schulbesuch, Freizeitangebote oder Deutschkurse. Einrichtung und Vergütung der Helfer:innen wurden wiederum von der Bertelsmann-Stiftung mitfinanziert, zumindest in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit. Wiederholt konnte mit dem Label »Modellversuch« weit über Gütersloh hinaus Bekanntheit generiert werden.[79] Ein weiteres Projekt war die Einrichtung zweier Leseclubs im Ort, einer davon im Stadtteil Blankenhagen, getragen aus Mitteln der Stiftung sowie der Deutschen Gesellschaft für Lesen. Im Zentrum stand dabei die Leseförderung insbesondere sozial benachteiligter Kinder beziehungsweise von Kindern mit Migrationsgeschichte. Die Kosten für die Grundausstattung, Personal- und Sachkosten und die laufenden Ausgaben zumindest für die ersten drei Jahre übernahm die Stiftung. Die Gütersloher Leseclubs waren die ersten ihrer Art in der Bundesrepublik, weshalb die zeitgenössische Presse auch hier von einem »Modell Gütersloh« sprach.[80]

Auf auffällige und medienwirksame Weise wurden somit unternehmerische und kommunalpolitische Interessen synchronisiert, legte die Stiftung doch besonderen

76 Vgl. zur Bedeutung Wixforths sowie zu den unternehmens- und kommunalpolitischen Beziehungen vor Ort *Christoph Lorke*, Verbindungen, Verflechtungen und Verwicklungen: Kommunale Verwaltung und Unternehmensführung in Gütersloh seit den 1970er-Jahren, in: Westfalen/Lippe historisch, URL: <https://hiko.hypotheses.org/2955> [6.2.2024].

77 Notiz Hans-Dieter Weger (Bertelsmann-Stiftung) an Reinhard Mohn, 28.6.1981, Archiv Bertelsmann, AS0051_13.

78 Vgl. unter anderem: *O. A.*, Ausländerbeirat stimmte für eine neue Integrationseinrichtung. »Helferkreis« soll chronisches Sprachproblem überwinden helfen, in: Neue Westfälische, 9.2.1982.

79 Zweiter Tätigkeitsbericht der Bertelsmann-Stiftung, 1983/84, S. 78–79, Archiv Bertelsmann.

80 *O. A.*, Modell Gütersloh: Beide Leseclubs schon bewährt. Gemeinschaft deutscher und ausländischer Kinder, in: Die Glocke, 21.2.1981.

Wert auf medienpädagogische Projekte (und ihre Sichtbarkeit).[81] Dass es dann vor allem wieder der Stadtteil Blankenhagen war, für den bildungsmäßige Defizite konstatiert wurden, bestätigte die Notwendigkeit dieser Maßnahme aus Sicht der Unternehmer ex post. Denn an der dortigen Grundschule hatten Eltern und Lehrer:innen sich »äußerst beunruhigt über den erschreckend hohen Anteil der ausländischen Schüler« gezeigt, der im Schuljahr 1986/87 bei den Lernanfänger:innen bei über 70 % und in der gesamten Schule bei 54 % gelegen habe, was dazu geführt hatte, dass deutsche Eltern ihre Kinder nicht mehr dort beschulen lassen wollten.[82] Zwei Elternvertreter hatten sich daher an den nordrhein-westfälischen Kultusminister Hans Schwier gewandt, der den zuständigen Fachdezernenten einschaltete.[83] In Harsewinkel gab es im Zusammenhang mit Dammanns Hof ganz ähnliche ›Befürchtungen‹ der einheimischen Anwohner:innen, die durch den Zuzug mehrerer Hundert ›türkischer‹ Familien in den Wohnkomplex innerhalb weniger Wochen den schulischen Erfolg der eigenen Kinder gefährdet sahen.[84] In Blankenhagen wurde als Reaktion der Austausch mit einer Gelsenkirchener Grundschule gesucht und zudem zahlreiche Bildungsangebote initiiert (muttersprachlicher Ergänzungsunterricht, Ganztagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe und zusätzliche Deutschkurse).[85]

Im Kreisgebiet wurden ähnliche Projekte angestoßen. Die Begegnungs- und Beratungszentren von AWO und Caritas entwickelten sich aufgrund der Wohnsituation in Dammanns Hof zu zentralen Orten für Kinder und Jugendliche, mit einem ähnlichen Angebot wie in Blankenhagen.[86] Damit wurde den damals drängenden bildungsrelevanten Herausforderungen begegnet. Fehlendes geeignetes Personal, die latente Kritik am muttersprachlichen Unterricht, die Bedeutung von Hausaufgabenbetreuung beziehungsweise Silentien sowie weitere nachmittägliche Betreuungsangebote, die Wahrnehmung kultureller Rückständigkeit und grassierende Überfremdungsängste in Schulen beziehungsweise in Lehrerkollegien oder Elternschaft,

81 Ebd. Vgl. dazu die unternehmensinterne Kommunikation, die darauf deutet, dass es der Stiftung (auch) um eine entsprechende Wahrnehmung der geförderten Projekte ging: Hans-Dieter Weger (Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung) an Reinhard Mohn, 8.2.1980, Archiv Bertelsmann, AS0051_13.

82 Schulleitung der Grundschule Blankenhagen an den Sozialamtsleiter der Stadt Gütersloh, Dr. Bernhard Cordes, 8.10.1986, Stadtarchiv Gütersloh, E 9182.

83 *O. A.*, Sorgen bei Eltern und Lehrern. Mit »neuen Konzepten« Schülerchancen sichern. An Grundschule Blankenhagen 54 Prozent Ausländer, in: Die Glocke, 6.12.1986.

84 Vgl. *Susanne Otto*, Nachbarschaft. Die Meinung, in: Die Glocke, 11.12.1985; Entscheidungen müssen vom Kultusministerium kommen; *o. A.*, »Dammanns Hof« Thema der letzten Schulausschußsitzung, in: Die Glocke, 6.11.1985; *o. A.*, Türkische Familien schon in Hochhäuser eingezogen, in: Die Glocke, 26.9.1985. Die Zahlen türkischer Schüler:innen an Schulen in Harsewinkel lagen aber bedeutend niedriger. Den höchsten Anteil ausländischer Schüler:innen wies die Gemeinschaftsgrundschule mit circa 45 % auf. Vgl. *o. A.*, Schulausschuß: Lieber viele Aramäer als unterschiedliche Nationen, in: Die Glocke, 15./16.3.1986.

85 Gesamtuntersuchung und Strukturanalyse für den Ortsteil Blankenhagen (1988), Stadtarchiv Gütersloh, E 5905.

86 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Nicht nur bei der Hausaufgabenhilfe: Beratungszentrum hat zu wenig Platz, in: Die Glocke, 2.4.1987; *o. A.*, Ausländerberatungszentrum: Keine Konkurrenz aufbauen, in: Die Glocke, 3.11.1986. Erste Sondierungen der Angebote in Harsewinkel finden sich bei *Gründler*, Migration und Wohnen.

die Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MSBE), die vor allem an migrantische junge Männer und Frauen der »zweiten Generation« gerichtet waren – diese Palette an Aspekten unterstreicht die Vielfalt an Problemlagen, mit denen die Stadtverwaltungen in beiden Städten konfrontiert gewesen sind.

Bemerkenswert sind auch an diesem Beispiel Handlungsspielräume, die weniger durch kommunales oder unternehmerisches Tun entstanden, sondern durch eigensinnig individuelle Praktiken »von unten«.[87] Migrantisches Agieren wird besonders gut am Beispiel des Internationalen Kinderzentrums des Arbeitskreises sozialer Minderheiten (AKSOM e. V.) in Gütersloh sichtbar, das zwei Kindertagesstätten betrieb, eine davon im Stadtteil Blankenhagen (seit 1988). Im Vorstand des Vereins war unter anderem die Sozialarbeiterin Ingrid Mohn tätig, eine Schwägerin des Bertelsmann-Vorsitzenden Reinhard Mohn. Spielerisch sollten hier migrantische Kinder, die zwei Drittel aller Plätze erhielten, Deutsch und vor dem Hintergrund interkultureller Pädagogik Toleranz, Selbstständigkeit und Partnerschaftlichkeit erlernen. Daneben veranstalteten die Mitarbeiter:innen Vorträge, Filmabende und Lesungen, um auch hier eine Sensibilisierung anzuregen. Zudem organisierte der Verein weitere Aktivitäten wie Frauenfrühstück, Ausflüge und weitere Veranstaltungen. Dies schuf die Möglichkeit gerade für Migrantinnen, Wirksamkeit zu entfalten, denn immer mehr ausländische Frauen nahmen diese Angebote wahr und regten Projekte an. Der Elternrat von AKSOM war im Jahr 1991/92 ausschließlich mit türkischen und aramäischen Frauen besetzt – ebenfalls ein aufschlussreicher Beleg für das aktive Gestalten sozialer Räume durch zugewanderte Menschen.[88]

Fazit

Es ist kaum sinnvoll, den »Erfolg« der vorgestellten Maßnahmen zu messen – dies wäre heuristisch aufgrund der normativen Aufladung wenig zielführend. Unbestritten scheint es aber in beiden städtischen Gesellschaften und auch unter der Mehrheitsgesellschaft zu einer stärkeren Sensibilisierung in Bezug auf migrantische Lebens- und Alltagswelten gekommen zu sein, was sich bereits zeitgenössisch erahnen lässt.[89] Dass auf diese Weise bestehende Vorurteilsstrukturen weitgehend überwunden werden konnten, lässt sich indes stark bezweifeln. Auch die Aussage des damaligen Gütersloher Bürgermeisters Adolf Gräwe (CDU), der seine Stadt im Jahr 1984 im Rahmen der »Türkischen Kulturwoche« als ein Gemeinwesen ohne jegliche Feindlichkeit darstellte, wirft Fragen auf.[90] Gleichwohl kann der in Güters-

87 Die Forderung, Migrant:innen nicht bloß als Objekte von Regelungen und Praktiken zu begreifen, sondern aktive und (selbst)bewusste Akteur:innen innerhalb der Migrationsregime zu analysieren, ist in den letzten Jahren verstärkt vorgebracht worden. Vgl. unter anderem *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?; *Alexopoulou*, Deutschland und die Migration.

88 *Gisela Meisner*, Ansätze interkultureller Erziehung. Das Internationale Kinderzentrum Blankenhagen. Diplomarbeit, Fachhochschule Bielefeld, Wintersemester 1992/93, S. 61, Stadtarchiv Gütersloh, Druckschriften.

89 *O. A.*, Türken in Gütersloh – oft isoliert. Arbeitskräfte geholt – Menschen gekommen, in: Neue Westfälische 21.5.1980.

90 *O. A.*, Den Türken versichert: Hier keine Ausländerfeindlichkeit feststellbar. In der Stadtbibliothek erste Türkische Kulturwoche in Gütersloh eröffnet, in: Die Glocke, 20.8.1984. Dagegen

loh seit 1975 jährlich durchgeführte »Tag des ausländischen Mitbürgers« (später: »Gütersloh international«) auch als gezielte Maßnahme gegen Ausländerfeindlichkeit mitgedacht werden.[91]

Der Blick auf den mittel- beziehungsweise kleinstädtischen Raum in ländlicher Umgebung macht damalige kommunale Ankommens- und »Integrations«-Politiken mitsamt ihren Ambivalenzen und nicht intendierten Nebeneffekten nachvollziehbar. Dieser Zugriff eröffnet der Forschung zeitgenössische Wahrnehmungen und Deutungen und er macht sichtbar, wo im Vergleich zu übergreifenden und großstädtischen Entwicklungen Gleichzeitigkeiten, Abweichungen und Transferprozesse festzustellen waren. Migration im ländlichen Raum, so haben die empirischen Beobachtungen deutlich machen können, funktionierte teils ähnlich, teils anders als in urbanen Zentren oder Industrierevieren:

- Erstens ist die große Nähe oder Enge, die die Akteure nicht nur für alle sicht- und hörbar, sondern auch greifbar machte, ein bedeutsamer Unterschied zwischen urbanen und kleinstädtischen Räumen. Kurze Wege, persönliche Verbindungen und Abhängigkeiten bedingten spezifische lokale Antworten auf die Herausforderungen durch Migration.

- Charakteristisch war zweitens in beiden Städten die damit einhergehende dominante und strukturbildende Rolle der Unternehmensführungen, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung entscheidend auf Migrationspolitiken einwirkten. Zugute kam der Implementierung bestimmter Maßnahmen im Kreis Gütersloh der vergleichsweise große wirtschaftliche Erfolg und die zeitgenössische geringe Arbeitslosigkeit. Hier müssten künftige Forschungen stärker transregional vergleichend vorgehen, um regionale Unterschiede und Besonderheiten genauer zu konturieren.

- Die Dichte der Überlieferung in Harsewinkel und Gütersloh – allein schon durch die zahlreichen Regionalzeitungen – hilft drittens den Forschenden, die verschiedenen ambivalenten Migrationsregime vor Ort detaillierter zu betrachten: So können nicht nur globale Trends und deren reziproke Ankunft im Lokalen und Regionalen differenziert analysiert werden. Auch übergreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse können im regionalen und lokalen Kontext in ihrer unterschiedlichen Tiefe erfasst werden.

- Viertens gilt es – und dies unabhängig von der Stadtgröße –, die zeitgenössischen homogenisierenden und entdifferenzierenden Perspektiven zu historisieren. Migrant:innen einer Nationalität waren und sind keine homogene

sprechen aber wenigstens für Harsewinkel sporadisch auftretende neonazistische und ausländerfeindliche Gewalttaten. Vgl. unter anderem *o. A.*, Pennälerfete in Harsewinkel: Polizei musste eingreifen, in: Die Glocke, 14.11.1988; *o. A.*, Auch heute bereits wieder faschistische Tendenzen (Leserbrief), in: Die Glocke, 16./17.11.1988.

91 Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausländerbeirates, 5.2.1982, Stadtarchiv Gütersloh, E 7528. In Harsewinkel scheint es erst seit 1988 ein internationales Fest zu geben. Vgl. *o. A.*, Harsewinkel ist wieder »international«, in: Die Glocke, 30.9./1.10.1989.

> Gruppe, folglich verbietet sich jegliche Generalisierung gerade in der historischen Analyse.[92] Damalige administrative und politische Reflexionen erfolgten typischerweise einzig aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft und unter Ausblendung migrantischer Perspektiven. Nur selten wurden Selbstsichten[93] in zeitgenössischen Medien aufgegriffen, um davon ausgehend eine Auseinandersetzung mit bestehenden Vorurteilsstrukturen anzuregen.[94]

Umso wichtiger ist es, stärker als bislang die Stimmen der Handelnden selbst in das Zentrum der Analyse zu rücken. Gerade die mit diesen Selbstsichten verknüpften geschlechtergeschichtlichen Aspekte wie etwa Strukturen der Erwerbsarbeit, das Gestalten des Familienlebens, der Umgang mit alltäglichen Widrigkeiten oder Reaktionen auf Zurückweisungen vonseiten der Mehrheitsgesellschaft sowie zahlreiche weitere Aspekte deuten auf einen nach wie vor akuten Forschungsbedarf in dieser Hinsicht.[95]

Die Erforschung von Migrationsprozessen im lokalen oder regionalen Kontext kann also durch eine geografische Perspektivenverschiebung, weg von den urbanen Zentren, die bisher im Blick der historischen Migrationsforschung standen, unser Verständnis der Vielfältigkeit von Migration vertiefen, ergänzt durch die angedeuteten methodischen Erweiterungen. Gleichzeitig bleiben Fragen offen, die mit unseren Fallbeispielen zwar nicht zu beantworten sind, für die wir aber künftige Forschungen anregen möchten. Interessant wäre zum Beispiel die Frage, warum bestimmte Regionen auf verschiedene Migrantengruppen in unterschiedlicher Weise reagieren. Die historische Migrationsforschung sollte in Zukunft also stärker als bisher transregionale Vergleiche anstoßen, und zwar auch über deutsche Grenzen hinaus.

---

92 Vgl. bereits die zeitgenössischen Plädoyers für die Betonung von Unterschieden: *Günther Schultze*, Soziale Situation ausländischer Mädchen und Frauen in Nordrhein-Westfalen. Untersuchung im Auftrag der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1987, S. 220; zur Homogenisierung der Bilder *Claudia Valeska Czycholl*, Bilder des Fremden. Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960–1982), Bielefeld 2020.

93 Vgl. etwa *Michael Richter*, Gekommen und geblieben. Deutsch-türkische Lebensgeschichten, Hamburg 2003.

94 Vgl. aber beispielsweise für solche Bezugnahmen für den Gütersloher Fall: »Eine Gesellschaft ohne Frauen ist keine gute Gesellschaft«. Türkische Frauen fühlen sich isoliert, aber nicht unterdrückt, in: Neue Westfälische, 21.5.1980.

95 Vgl. *Marko Perels*, Migration, Geschlecht und die prekäre Vergesellschaftung in Erwerbsarbeit. Exemplarische Einsichten anhand eines Fallbeispiels einer alleinerziehenden Türkischstämmigen in Deutschland, in: *Mechthild Bereswill/Peter Rieker/Anna Schnitzer* (Hrsg.), Migration und Geschlecht. Theoretische Annäherungen und empirische Befunde, Weinheim/Basel 2012, S. 213–234.

STIJN CARPENTIER

Migrants and the Anonymity of the Metropolis

Catholic Initiatives for Turkish and Moroccan Labour Migrants in Urban Brussels, 1964–1985

Thanks to increasing public interest in the histories of north African and Turkish labour migrants in western Europe, a variety of historical novels, popular histories, TV documentaries and long-form magazine articles have shed light on the unique and perhaps surprising connections between local Catholics and Muslim migrants.[1] Some of these connections are explicitly religious in nature, for instance, churches that accommodated Muslim prayer and parish buildings that became the first mosques.[2] Others testify to a social and political commitment to migrants: bishops taking a stand in immigration policy debates, parish churches hosting hunger strikes for regularisation, activist priests working in factories to criticise inhumane labour conditions or laypeople founding a wide array of charitable organisations.[3] In current historiography, however, such local Catholic initiatives are often downplayed as anecdotal to larger histories of solidarity movements, progressive thought and migrant activism or even dismissed as forms of paternalistic charity. In recent scholarship on migrant activism in the wake of 1968, for instance, activist priests supporting the cause are glossed over, while attention is focused on trade unions, student associations and left-wing ideological groups.[4] Likewise, in the literature on migrant hunger strikes in churches as a contentious strategy for regularisation in the 1970s, it is rarely considered that the involvement of the parish priest or the setting of the local church could have added a dimension of meaning.[5] Lastly, even scholarship on the Catholic Church's attitudes towards migration often marginalises the initiatives of local faith-based actors, prioritising the Vatican's broader theologi-

1 *Angéline Escafré-Dublet*, Le père Ghys et l'action sociale en direction des immigrés, in: Musée de l'histoire de l'immigration, Paris 2016, URL: <https://www.histoire-immigration.fr/l-echo-des-archives/les-cahiers-nord-africains> [3.6.2024]; *Emin Batman*, Expo: Between Tompouce and Baklava, Amsterdam 2023; Kinderen van de migratie, in: VRT canvas, 2021, URL: <https://www.vrt.be/vrtmax/a-z/kinderen-van-de-migratie/> [3.6.2024]; Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (ed.), Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale, Bonn 2017.

2 Cf. Moskeevereniging en Islamitisch-Cultureel Centrum: de eerste moskee in Antwerpen, in: Felixarchief, 2021, URL: <https://www.antwerpen.be/nl/info/moskeevereniging-en-islamitisch-cultureel-centrum-de-eerste-moskee-in-antwerpen> [21.1.2024].

3 Cf. *Philippe Hanus*, »Crevons la faim. Joyeux Noël!«, in: hommes & migrations. Revue française de référence sur les dynamiques migratoires, 2020, no. 1330, pp. 19–24; 50 jaar gastarbeiders in de stad Utrecht. Kerken, 2020, URL: <https://50jaargastarbeidersutrecht.nl/50-jaar-gastarbeiders/Religie/Kerken> [21.1.2024]; *Emilio Platti* (ed.), Les quarante ans du Centre El Kalima, Brussels 2019.

4 Cf. *Wendy Pojmann* (ed.), Migration and Activism in Europe since 1945, Basingstoke 2008; *Simon Goeke*, »Wir sind alle Fremdarbeiter!«. Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in Westdeutschland 1960–1980, Paderborn 2020.

5 Cf. *Mazyar Khoojinian*, La campagne de régularisation des travailleurs clandestins en Belgique (1974–1976): acteurs institutionnels et pratiques administratives, in: C@hiers du CRHiDI, 2023, no. 46, pp. 1–21; *Jane Freedman*, The French »Sans-Papiers« Movement: An Unfinished Struggle, in: *Pojmann*, Migration and Activism in Europe since 1945, pp. 81–97.

cal approaches.[6] As a result, we are left with enticing stories of local activism but without a clear understanding of why and how Catholic actors related, often in pioneering roles, to Moroccan and Turkish migrant communities in western Europe.

Neighbouring bodies of research nevertheless hint at the merits of a deeper study of Catholic actors as progressive, activist agents in a local setting. First, there is a growing acknowledgement that Catholic actors have been sidelined too easily in research on post-war progressive thinking and, particularly, on the 1968 movement.[7] In this connection, Jay Corrin refers to a Catholic new left which, roused by the social teachings of the Second Vatican Council (1962–1965), interacted with popular ideologies of the secular new left such as Marxist socialist humanism and reformulated them within their own religious framework.[8] Apart from those intellectual circles, a larger base of Catholic believers also felt encouraged by the Council's renewal of the lay apostolate and, as Péter Apor, Rebecca Clifford, and Nigel Townson argue, pushed for new social initiatives to reiterate the salience of their religious identity in their surroundings.[9] Regarding this process of re-imagining, Alana Harris emphasises that Catholic actors quickly adapted to new social vocabularies, breaking with traditional forms of charity, paternalism and moralising to embrace self-development, agency, social justice and human rights.[10] These new discursive principles also came into fruition in Catholic thinking on migration, integration and intercultural and interfaith dialogue. This created ideal conditions for a wave of Catholic-inspired migrant care in the 1970s.[11] Second, in attempts to unravel the connection between Catholic social engagement and migration, the field is moving towards the study of local articulations, particularly in urban settings. The theologian Chris Baker argues that the urban public sphere as a mirror of changing social realities forces religious engagements and identities to adapt to their surroundings.[12] Putting this theory into practice, the volume edited by Sven Sterken and Eva Weyns shows that during the post-war decades processes of urba-

6 Cf. *Peter Phan*, Embracing, Protecting, and Loving the Stranger: A Roman Catholic Theology of Migration, in: *Elaine Padilla/Peter Phan* (ed.), Theology of Migration in the Abrahamic Religions, New York 2014, pp. 77–110; *Jan de Volder*, Ik was vreemdeling en gij hebt mij ontvangen. De Kerk in Vlaanderen en de migratie, 1960–2020, in: *Gilke Gunst/Stijn Latré* (eds.), De Kerk in Vlaanderen, Kalmthout 2022, pp 216–226.

7 Cf. *Gerd-Rainer Horn/Emmanuel Gerard (eds.)*, Left Catholicism 1943–1955. Catholics and Society in Western Europe at the Point of Liberation, Leuven 2001; *Emma Bell*, Disruptive Religion: The Case of the Catholic Worker-Priests (1943–1954), in: Journal of Management, Spirituality & Religion, 2007, pp. 432–442; *Bart Latré,* Strijd en Inkeer, Leuven 2011.

8 *Jay Corrin*, Catholic Progressives in England after Vatican II, Indiana 2012, pp. 173–214.

9 *Péter Apor/Rebecca Clifford/Nigel Townson*, Faith, in: *Robert Gildea/James Mark/Anette Warring* (eds.), Europe's 1968. Voices of Revolt, Oxford 2013, pp. 211–235.

10 *Alana Harris,* The Summer of '68—Beyond the Secularization Thesis, in: *Alana Harris* (ed.), The Schism of '68. Catholicism, Contraception and Humanae Vitae in Europe, 1945–1975, Cham 2018, pp. 10–14. Cf. also *Apor/Clifford/Townson,* Faith, pp. 213 f.

11 Cf. *Arkadiusz Modrzejewski/Rafał Raczyński*, Labour Migrants in the Light of Personalistic Philosophy and Social Doctrine of Karol Wojtyla – John Paul II, in: European Journal of Science and Theology 16, 2020, no. 4, pp. 89–99; *Arno Demeulemeester,* Katholieke solidariteit met Noord-Afrikaanse en Turkse gastarbeiders. Master Thesis, Leuven 2021.

12 *Chris Baker*, The Contagion of the Sacred and the Right to the City, in: *Jane Garnett/Alana Harris* (eds.), Rescripting Religion in the City, London 2013, pp. 97–99 and 101.

nisation indeed challenged the traditional Catholic entanglement of community and neighbourhood, forcing believers to reimagine religion in the city.[13] Apor, Clifford and Townson cite this shifting sense of community and urbanity as a driving force for religious activism in the wake of 1968. Moreover, they recognise Catholic spaces such as church buildings and parish properties as integral to the activist toolkit. They were not only convenient facilities but also symbolic and powerful places to be reimagined as sanctuaries, thereby dismantling hierarchical barriers and fostering new connections between communities.[14] Connecting this to the migration movements of the 1960s, Dale Irvin argues that cityscapes not only hosted encounters between Catholic and migrant communities but also shaped how each party imagined the other.[15] In studying these urban encounters, the experiences of north African and Turkish migrants merit separate consideration, since they were shaped not only by the multifaceted relations between Christianity and Islam but also by postcolonial legacies, home country politics and ideals of Third World solidarity.[16]

By bringing these bodies of literature together, this contribution aims to analyse why and how Catholic actors formed connections with Moroccan and Turkish migrant communities and to what extent modern urbanity played a transformative role in this. To that end, it focusses on three pioneering migrant care initiatives in Brussels, each with its own affiliation to the Church, its own relation to Brussels' urban space, and its distinct form of social thought and activism. First, the centre for migrant social security *Bruxelles Accueil – Porte Ouverte* (BAPO) emerged from the engagement of a laywoman concerned with the loss of community in the city's old centre and grew to be a central node in Brussels' migrant care sector. The second case, *Foyer des Jeunes* in Brussels' north region, was established by a redemptorist father as a safe haven for local youth but quickly expanded to be an advocate for Moroccan and Turkish children in precarious neighbourhoods. The third and final space of activism draws the attention to the activism of several parish priests whose interventions made them respected voices in the political debate and the anti-racist movement, and who transformed their churches into safe havens for migrants and refugees in the urban centre. To present these cases, this analysis relies on the largely unstudied archives of BAPO, Foyer, and the Brussels vicariate, supplemented by oral history interviews with pioneers of these organisations. Additional sources

13 *Sven Sterken/Eva Weyns* (eds.), Territories of Faith. Religion, Urban Planning and Demographic Change in Post-War Europe, Leuven 2022.

14 *Apor/Clifford/Townson*, Faith, pp. 225–227. Cf. also *Sven Sterken/Eva Weyns*, Introduction: Faith and Its Territories, in: *id.*, Territories of Faith, pp. 9–34, here: pp. 9–12.

15 *Dale T. Irvin,* The Church, Migration and Global (In)Difference: They End in the City, in: *Darren J. Dias/Jaroslav Z. Skira/Michael S. Attridge/Gerard Mannion* (eds.), The Church, Migration and Global (In)Difference, Cham 2021, pp. 3–23, here: pp. 3–7 and 20–23.

16 Cf. *Elena Maestri/Annemarie Profanter*, Introduction, in: *id.* (eds.), Migration and Integration Challenges of Muslim Immigrants in Europe. Debating Policies and Cultural Approaches, Cham 2021, pp. 1–21, here: pp. 4 f.; *Heinz Fassmann/Wiebke Sievers*, Introduction, in: *Michael Bommes*/*id.* (eds.), Migration from the Middle East and North Africa to Europe. Past Developments, Current Status and Future Potentials, Amsterdam 2014, pp. 15–26, here: pp. 19–21; *Robin Hardy*, Europe, or the »Original West,« Muslims, and Migration: The Peculiar History of France and West Africans with Broader Implications, in: The Journal of the Middle East and Africa 11, 2020, pp. 381–391.

were found in private collections and in the archives of the Brussels vicariate and the Belgian branch of Caritas Catholica.

In terms of structure, this article chronologically traces the evolution of the Catholic actors across three distinct periods, each with its own thematic focus. The first section delves into the entanglement between Catholic progressive thought and the modernising urban sphere in the late 1960s. It argues that efforts to reinforce religious engagement in the city led Catholic actors to discover the precarious position of Moroccan and Turkish labour migrants. Accordingly, their imaginaries of the other were linked to how they understood the disruptive dynamics of urbanisation, and their care focused on providing a respite from the hostile environment of the city centre. The second section turns to the early 1970s and analyses how Brussels' Catholic actors connected to the larger wave of migrant protests that surged across western Europe. It shows that local parish priests navigated this activist space in the same manner as other committed actors, causing Catholic activism, new left activism and migrant activism to intertwine. These connections led a Brussels church to host a migrant hunger strike, attracting a wave of attention and prompting the 1974 Belgian recruitment stop. The section unpacks how the local priest and church shaped this pivotal event more than hitherto realised. The third and final section analyses how the Catholic initiatives repositioned themselves amidst a shift in the late 1970s and early 1980s, when the migration question figured prominently on the political and public agenda. It looks at how BAPO, Foyer and the vicariate both professionalised and simultaneously felt compelled to reformulate their understanding of the other. In a similar vein, they were forced to adapt their Catholic identity if they wanted to occupy a place in an integration sector that was growing increasingly secular, politicised and competitive under neoliberal policies.

I. Brussels, Catholic urban engagement and migration, 1964–1970

In the 1960s, Brussels was a changing city, competing to be the most modern with the likes of Paris, London and Berlin. Ever since the inter-war period, rigorous city planning pursued the goal of making Brussels the buzzing capital of Belgium's economy, politics and culture. Key to this goal was a renewed train network that would connect the country through Brussels, making the capital a true hub. This project, interrupted by the German occupation, was re-imagined for the post-war era, and the construction of a tunnel under the city began in 1952. Simultaneously, Brussels was being prepared for modern mobility, and city streets were rebuilt to accommodate cars.[17] When, one year later, the Belgian capital won the competition to host the 1958 world's fair, the construction efforts further intensified. Although most of the work took place at the Heysel expo site, about five kilometres north of the city centre, Brussels had to prepare a warm and smooth welcome for the expected international travellers. New tram lines, renovated city hotels, and better

17 *Thierry Demey*, Brussels. Capital of Europe, Brussels 2007, pp. 117–120; *Jozef Lievens/Nicole Brasseur/Albert Martens*, De grote stad: een geplande chaos? De Noordwijk van krot tot Manhattan, Leuven 1975, pp. 9 f.; *Toon Toelen*, De grote en kleine geschiedenis van de kassei, Brussels 2004.

connections to the surrounding airports were only a few examples of the building projects that were to secure Brussels' new status as the »crossroads of the West«.[18] Additionally, the growing political role of Brussels on the European stage changed the city. When the EEC was established by the Treaty of Rome in 1958, Brussels offered itself as a neutral and accessible site for European policy-making. The Belgian state furthermore showed willingness to invest in the modernisation of the capital, promising a future-proof haven for politicians, expatriates and travellers. Not only did this rekindle the construction frenzy in the city centre, it also drove policies to turn Brussels into a modern metropolis. During the 1960s, the capital came to fulfil its new role as bastion of modernisation, finance and politics, with a strong focus on trade and tertiary services. Tall office buildings and busy highways characterised the cityscape, while central Brussels gradually discarded its role as a residential centre.[19]

This form of urbanisation had a profound effect on Brussels' social fabric because it challenged the Catholic traditional neighbourhood that had long been the norm. First, local parishes were losing significant parts of their membership as the middle class came to prefer life outside of the centre and the remaining working class was harder to attract, if not outspokenly anti-clerical.[20] Additionally, the role of the urban neighbourhood was changing rapidly and the traditional local parishes, sluggish and pre-occupied with internal competition, lost their footing. Already in the late 1950s, a group of intellectual priests inspired by the emergent field of urban sociology sought to re-draw the Brussels parish map, but their attempts were stymied by a lack of agreement and cooperation.[21] It was nevertheless clear that change was long overdue, and in 1962 the archdiocese of Mechelen-Brussels split into three territorial vicariates, including a bilingual vicariate for Brussels. It was tasked to adapt to the social realities of Brussels' capital region so that Catholicism could reassert its moral and social authority in the inner city. To that end, encouraged by the social teachings of the Second Vatican Council, the vicariate organised yearly congresses at the Berlaymont site to discuss the various challenges that the rapid urbanisation of Brussels provoked.[22] These congresses, which began in 1965, emphasised the wellbeing of the city's inhabitants, because renewed awareness of poverty in the late 1960s demanded sensitivity to precarity at the heart of the metropolis. As such, socially engaged priests and deacons, together with dedicated laypeople, started to methodically analyse and define urban problems.

18 *Gery Leloutre*, La transformation moderne de Bruxelles. Processus d'agencement de l'espace urbain, 1949–1979, Brussels 2020; *id.*, Brusselisation, Both an Urban Phenomenon and a Historical Milestone, in: The Low Countries, 22.6.2022, URL: <https://www.the-low-countries.com/article/brusselisation> [5.1.2024].

19 *Lievens/Brasseur/Martens*, De grote stad, pp. 15–17.

20 *Eva Weyns/Sven Sterken*, Rethinking the Urban Parish: François Houtart, the Centre de Recherches Socio-Religieuses and the 1958 Pastoral Plan for Brussels, in: *id.*, Territories of Faith, pp. 157–190.

21 Ibid., pp. 172 f. and 189.

22 Ibid., pp. 187 f.; *Els Minne*, From Slums to Community: The *Urban Turn* of Catholicism in Post-War Brussels (1950–1975), in: Journal of Urban History, 2023, DOI: <https://doi.org/10.1177/00961442231207026> [1.7.2024].

It is within the context of these endeavours that Catholic actors in the late 1960s encountered Moroccan and Turkish labour migrants in their neighbourhoods. To them, migration was a relatively new phenomenon, given that Brussels had not been a major receiving hub for the migrations of the 1950s. Moreover, the handful of Catholic initiatives that did already exist were often limited to European, Christian communities.[23] After the signing of the bilateral accords with Morocco and Turkey in 1964, however, Brussels rapidly became the most important migration hub for three reasons. First, the Belgian economy no longer needed underground miners but instead sought foreign workers to man its Fordist manufacturing lines. Therefore, the emphasis shifted from the mining regions of Limburg and Wallonia to the factories in the urban agglomerations of Ghent, Antwerp and particularly Brussels.[24] Second, as the mining sector struggled to turn a profit and had to lay off employees, many former miners relocated to the city. For them, Brussels was often the most promising option thanks to the many opportunities in manufacturing and construction, but also because the Francophone city was easier to adapt to than its Flemish-speaking counterparts. Third and last, Brussels was pivotal to the system of irregular migration in the late 1960s for the very reason that by then the capital had become the »crossroads of the West«. Irregular migrants, often young labourers from north Africa and Turkey, entered the country with a tourist visa in hopes of finding employment. They knew Brussels' main station to be the most promising point of arrival, where scouts were always on the lookout for low-skilled labour with promises of stable employment and housing.[25] In consequence, the migrant population in Brussels exploded by 1970. The capital was home to more than a quarter of the foreign population in Belgium and to more than half of all Moroccan immigrants in the country.[26]

The following section discusses how, at the end of the 1960s, these dynamics of a quickly changing urban sphere, a renewed social sensitivity among Catholic actors and a more visible migrant presence became organically intertwined. It does so by tracing the origins of two Catholic organisations, Bruxelles Accueil – Porte Ouverte (BAPO) and the Foyer des Jeunes, arguing that they were founded on the complex fault line between Catholicism and the modern urban centre. Only subsequently, due to their proactive repositioning in the neighbourhood, did they become aware of migrants' social precarity and pivoted to providing comprehensive migrant care. In this process, their understanding of the local urban sphere and of the social and

23 Cf. *Anne Morelli*, L'Appel à la main d'œuvre Italienne pour les charbonnages et sa prise en charge à son arrivée en Belgique dans l'immédiat après-guerre, in: Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis/Revue Belge d'Histoire Contemporaine 19, 1988, pp. 83–130.

24 *Rustam Khan*, Apartheid in Schaarbeek: Belgian Migrant Labor and Human Rights in Europe's Carbon Transition, 1945–1973, Cambridge 2023, pp. 9 f. and 15–20.

25 *Lofti Slimane*, L'immigration clandestine de main-d'œuvre dans la région bruxelloise, Brussels 1995, pp. 85–88; *Tom Naegels*, Nieuw België. Een migratiegeschiedenis 1944–1978, Tielt 2021, p. 263.

26 These official numbers do not account for irregular migration, meaning that the actual numbers were probably higher. The same applies to the national total, with approximately 40,000 Moroccan nationals and 20,000 Turkish nationals registered as immigrated residents in the 1960s. Nationaal instituut voor de statistiek, Bevolking: algemene volkstelling op 31 december 1970, deel 4: Bevolking naar nationaliteit, Brussels 1974, pp. 11–13.

moral issues to which it gave rise came to figure as the pivotal facet of how they understood the other. In other words, it was the urban sphere, problem-ridden and characterised by hostility, that determined Catholic actors' imaginaries of migrants and hence their rationale in pioneering migrant care in Brussels.

First, the origins of BAPO offer an exemplary case of how individual Catholic social engagement began with the urban question and almost coincidentally discovered migration as a social topic in the process. The organisation grew out of the initiative of Marie-Rose Degive, a laywoman from the Uccle district who previously had been in charge of the Brussels marriage school, which provided counselling to Catholic couples. This engagement came to an end in late August 1969, however, and it was in touring Brussels churches to remove promotional material for the marriage school that Degive was confronted with the declining role of the Church in the inner city. Her visits prompted many reflections, which she shared with the Brussels vicariate in a letter aptly titled »Une promenade dans Bruxelles«.[27] In her writing, she confirmed that local churches hardly knew how to adapt to the city's shifting demographics. As the middle class was leaving the city centre, local priests found it difficult to connect to the new communities in their neighbourhood. The priests themselves had confided to Degive their troubles in establishing connections with the inhabitants of their parishes and were under the impression that forms of community and social coherence were being undermined by the individualistic tendencies inherent to urban modernity. Emphasising the apparent contrast between social coherence and urban modernisation, Marie-Rose Degive's letter concluded with a call to »restore the church of Brussels in its village dimension«, in order to battle »l'anonymat«, a rising degree of anonymity that was eating away at the social fabric.[28]

Her letter was far from anecdotal, and particularly with its reference to urban anonymity it derived from a larger body of Catholic thinking on the effects of urbanisation.[29] Generally understood as a loss of community, connections and neighbourly care, anonymity was a shorthand for the pitfalls of modern individualism, consumerism and capitalism, all of which flourished in western Europe's metropolises. In Paris, for instance, these negative dynamics moved the worker priest Maurice Ducreux to devote his life to the study of modern urbanism, seeking solutions in a mix of Catholic and left-activist worldviews.[30] In a similar vein, research endeavours in Catholic city planning were also underway in the southern Dutch cities of Eindhoven and Roermond, again with a focus on restoring the city's social dimension.[31] Following this trend, the Brussels vicariate's 1969 Berlaymont congress attempted to define the effects of modernisation on Brussels specifically.

27 *Marie-Rose Degive*, Une promenade dans Bruxelles, 8.9.1969, KADOC Leuven, Archief Arthur van der Taelen (AvdT), box 452/2.

28 Ibid., pp. 1 f.

29 Cf. *Harvey Cox*, The Secular City. Secularization and Urbanization in Theological Perspective, Princeton 2013 (first published 1965), pp. 47–55.

30 *Maryvonne Prévot*, Catholicisme social et urbanisme. Maurice Ducreux (1924–1985) et la fabrique de la Cité, Rennes 2019, pp. 70–78 and 105–110.

31 *Joks Janssen*, Religiously Inspired Urbanism: Catholicism and the Planning of the Southern Dutch Provincial Cities Eindhoven and Roermond, c. 1900 to 1960, in Urban History 43, 2015, pp. 135–157, here: pp. 143–146.

The congress argued that capitalism's individualist competitiveness had unravelled Brussels' social fabric, while the advent of mass communication had caused a sensory overload that further distracted people from their own surroundings and, ultimately, cultivated social indifference.[32] Moreover, secularisation was believed to impact the city much faster than it did Belgian rural spaces »because churches no longer featured as the city's skyline« and because traditional Church authority was challenged by new capitalist and materialist ideologies that arrived in the wake of international trade and global politics.[33] To counteract this, the vicariate drew from Vatican II's social teachings to reimagine the role of local priests, calling for a Catholic social engagement that »opposes what is seemingly unchallenged and obvious in modernity«.[34] This new engagement was to be rooted in the acknowledgement rather than the denial of Brussels' changing urban space. To that end, several members of the vicariate joined the call of Marie-Rose Degive and created Bruxelles Accueil – Porte Ouverte in December 1971 as a twofold initiative. First, it was a point of contact for spiritual and moral assistance by a local priest, meant to be more approachable and inviting than a church. Second, it served as a social antenna in the city centre, scanning the city landscape to aid Brussels' new demographic, whether they were middle-class employees, workers, tourists, travellers, students, expatriates or labour migrants.[35]

Only then, in the years after its opening, did BAPO discover that the needs of this last group, the labour migrants, were the most pressing by far. Some of their issues were known neighbourhood ills, like small and unhygienic accommodations or the unsafe conditions in the busy city streets. These issues, however, seemed to affect migrants more negatively. BAPO, as an approachable primary resource, received many requests for healthcare by migrants, evidence that the city's pollution and other dangers were taking a toll on their health. Such problems were amplified by the precarious financial situation of many migrants, who were prone to wage exploitation and the first victims of growing unemployment. Through its work in Brussels central station, BAPO moreover learnt of the malicious practices of scouts who duped arriving migrants with false promises of employment and labour permits. Lastly, migrants' testimonies laid bare widespread problems of discrimination, exclusion and loneliness, which could quickly lead to mental health issues or substance abuse.[36] Having learnt of these problems, BAPO increasingly dedicated time and resources to migration dynamics in the city centre, becoming a well-known primary support provider for labour migrants in Brussels. By 1973, the number of aid requests from migrants had grown to 1,043 cases in a single year, accounting for well over half of BAPO's interventions.[37]

32 Mens en Kerk in de Stad: I. Vrijheid en verantwoordelijkheid, 1.1970, KADOC, Archief AvdT, box 128; Mens en Kerk in de Stad: II. Pluralisme en Massacommunicatie, 1.1970, KADOC, Archief AvdT, box 128.

33 Mens en Kerk in de Stad: IV. Sekularisatie, 1.1970, KADOC, Archief AvdT, box 128.

34 Ibid.

35 *Degive*, Une promenade dans Bruxelles, pp. 2 f.: »de redonner à l'église de Bruxelles sa dimension ville«; *id.*, lettre à Arthur van der Taelen, 18.9.1969, KADOC, Archief AvdT, box 452/2.

36 BAPO, Statistiques 1973, 2.1974, BAPO, Archive rapports annuels.

37 Ibid.

It was thus that in the early 1970s BAPO and the vicariate discovered labour migrants as a distinct social group in the city centre. Previously, they had categorised migrants among a larger group of underprivileged people, »les plus défavorisées«, along with people in poverty, unsupported senior citizens, former delinquents and those suffering from addiction.[38] Key aspects to this categorisation were not the particularities of each subgroup but rather the structural dynamics of underprivilege and social exclusion that they faced, inevitably pushing them to the margins of society. However, now that BAPO had gained an insight in the challenges faced by migrant communities, their situation was found to be sufficiently distinctive to justify a dedicated approach. In fact, BAPO came to think of migrants as the most precarious group in the city centre and the first to be alienated by the urban anonymity.[39] The public's indifference towards the migrants' situation was after all strengthened by their demographic concentration in Brussels' poorer districts. In previous years, the notion of ghettoisation had already been frequently applied to neighbourhoods abandoned by the upper middle class and now struggling with poverty, insecurity and pollution. With the discovery of new migration dynamics, however, accounts of ghettoisation focused on the presence of labour migrants in Brussels and the unfavourable spatial dynamics that defined their isolation. Ghettoisation was understood as a major setback for Moroccan and Turkish people in particular. Language issues and cultural distance already made it harder for them to connect to Brussels' social fabric, while their concentration in troubled districts pushed them to society's margins. Additionally, the vicariate was concerned that the dynamics or urban life, tending towards isolation and marginalisation, impaired their capacity to construct social networks, practice and enrich their culture, or continue their religious life.[40] Moroccan and Turkish migrants came to be portrayed as uprooted people, detached from their familiar surroundings and left to their fate in an indifferent or actively hostile metropolis. The imagery and visual language of the sources is remarkable, with frequent references to ghetto districts as a kind of »zoo humaine« displaying the full range of social issues or depicting Moroccan and Turkish migrants as mice running into the trap that is Brussels.[41]

38 La présence chrétienne à Bruxelles, 9.1972, Archief AvdT, box 123.

39 À propos des statistiques, 1974, BAPO, Archive rapports annuels.

40 Stadssociologie en Pastoraal: bijlage demografie, 1.1970, KADOC, Archief AvdT, box 124; Sociale Morfologie St Gillis, 1.1971, KADOC, Archief AvdT, box 124.

41 Note finale du groupe de travail sur la présence chrétienne à Bruxelles, 30.4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 123;

Image 1: Example of the visual language depicting migrants as mice in a trap. Roland, Onthaal en Solidariteit gastarbeiders, in: Kontakt, 1969, no. 12, S. 1.

As awareness of the difficulties of migrant labourers in the city grew, Catholic actors discovered Moroccan and Turkish youth in the city centre. Already in the summer of 1968, a group of volunteers led by the redemptorist priest Paul Steels offered activities for young people in Brussels' north quarter, helping them to spend the summer vacation in a meaningful way.[42] Come September, the activities of the group expanded to include homework support and basic lessons in French or Dutch. Spurred on by the initial success of this scheme, the group sought to establish itself as a recognised non-profit organisation named »le Foyer des Jeunes«. To obtain official recognition, they were expected to formulate a rationale for their activities with migrant children in the city. As with BAPO, Foyer's discourse relied heavily on the conjunction between migration and urban dynamics, drawing on urban sociology and pedagogy. Brussels' north district, Foyer argued, had become an »urban jungle« unfit for young people.[43] They asserted that housing opportunities were limited to old, small and unhygienic buildings unfit for family life and forcing the children outside.[44] Yet at the same time, the district lacked suitable squares, greens or playgrounds. Youngsters instead flocked to the streets where, Foyer concluded, they encountered the city's frantic traffic, petty crime and discri-

42 Nieuw 69: Dokumentatiemap Trefklup, 15.2.1969, Foyer, Archief 1968–1980.
43 *Paul Steels*, Archief 1968–1980: Tweede generatie immigranten, Brussels 2010, pp. 3 and 5 f.
44 Jeugdtehuis V.Z.W.: verslag van het werkjaar 1969, 1.3.1970, Foyer, box 68, pp. 2 f.

mination. Additionally, Foyer argued that parents were ill-equipped to help their children adapt to their new surroundings due to their own poor language skills and the financial and social issues which preoccupied them.[45] From this, Paul Steels concluded that Foyer must act as a second home for migrant children, offering them a safe place to spend evenings and weekends. To them, Foyer became a refuge from the city in every possible sense.

What really set Foyer apart, however, was its particular engagement with the dynamics of migration and, subsequently, the role of culture and religion in the upbringing of migrant children. Foyer assumed that life in the urban north quarter must be even more of a shock to migrant children brought up in the rural regions of Turkey and Morocco.[46] In nothing could they recognise the culture of their home country, nor could they familiarise themselves with the local customs of a neighbourhood that Belgians had abandoned. Even in the local schools, the chances for fruitful exchanges diminished because they were now increasingly populated by migrant children. Foyer, much like BAPO and the vicariate, realised that this ghettoisation completed the isolation of the Moroccan and Turkish second generation.[47] To remedy this situation, Foyer believed it would be good to have migrant youth experience Belgian culture. It threw together short vacation camps in Flanders' rural areas during which, apart from the usual pastimes, Brussels migrant children were introduced to Belgian Catholic households and played with local youth.[48] In addition to this goal of fostering intercultural exchange, Paul Steels also found it important to prevent immigrated children from becoming »alienated from their own culture, […] and to solve the painful problem of the ignorance of the youngest children of their mother tongue.« Accordingly, Foyer offered Arabic language courses, most likely taught using the Qur'an or with a religious perspective.[49] This might seem surprising for an organisation run by a Redemptorist brother, but in the light of Vatican II and particularly the 1965 encyclical on the relations of the Church with non-Christian religions, many Catholic actors believed that reconnecting migrant youth with Islam was highly advisable.[50] It counteracted the mechanisms of cultural uprootedness that they suffered and, moreover, was essential should they ever return to their home country. In a similar vein, Saturday evenings were Arabic club nights, enabling members to experience their roots through Arabic music, food and drink.[51] Lastly, Foyer conducted its own research to learn, through frequent short visits or extended interviews, what parents thought about the future of their offspring in Belgium.[52] Through these interventions, Foyer presented itself as a cultural mediator for migrant children, preparing uprooted youth for either prospect: returning to their (or their parents') home country or building a future in Belgium.

45 Ibid., p. 7.
46 Ibid., pp. 8 f.
47 Ibid., 12 f.
48 Ibid., p. 14; *Paul Steels/H. Eikelboom*, Omdat er voor hen geen plaats was, in: De Open Poort, December 1971, pp. 9–10.
49 Ibid.; Sociale animatie onder Marokkaanse arbeiders, in: Kerk en Leven, 29.11.1973, 6; Interview Bashir M'Rabet, 10.5.2023.
50 Verslag van het werkjaar 1969, pp. 5 f.; *Paul VI.*, Nostra Aetate, Rome 1965.
51 Verslag van het werkjaar 1969, p. 9.
52 Ibid., pp. 9 f.

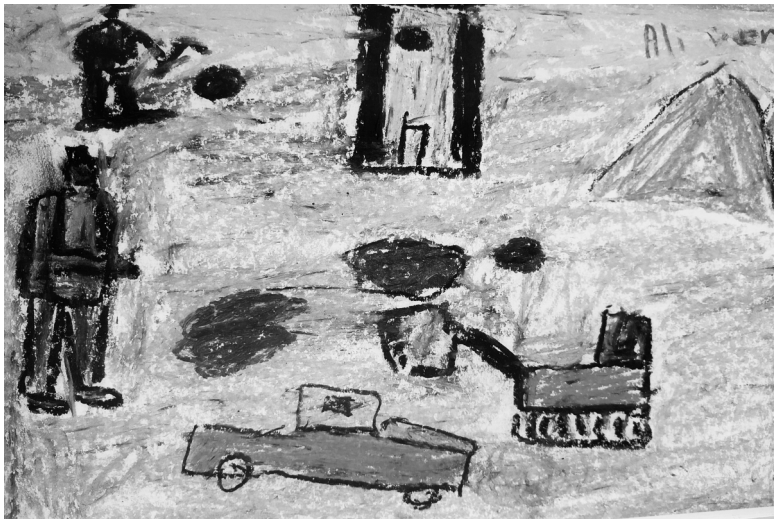

Image 2: One of the drawings published by Foyer. Ali, Mon Foyer, in: Steels, Archief 1968–1980, p. 173.

The urban neighbourhood played a significant role as complicating factor in Foyer's perspectives on migrant challenges, even more so than it did for BAPO. Brussels' north quarter was not only unsafe and unaccommodating, it was also a neighbourhood at the brink of being razed to the ground in favour of large construction projects. The so-called Manhattanplan, first approved in 1967, aimed to modernise the area with its own world trade centre, an array of office buildings and two new connections to major highways.[53] It would clear an area of about 53 hectares and force the expropriation of an estimated 15,000 residents, many of whom were labour migrant families.[54] Foyer feared that this would only further uproot migrant children, who would again be forced to move and adapt at the whim of economic decisions. The youth organisation thus became an activist voice in Brussels' spatial politics, campaigning for sustainable housing and living policies in the north quarter. It hoped to mobilise city priests, their parishes and local residents to join forces and spark an outcry against the expropriations, just as had happened in the 1969 »Bataille des Marolles« to save a district in the city's south.[55] To influence public opinion, Foyer asked children to draw their neighbourhood, and their colourful pictures featuring bulldozers, construction sites, grey office buildings and heaps of

53 *Jozef Lievens/Nicole Brasseur/Albert Martens*, ›Rénovation‹ du quartier de la gare du Nord dans la Région de Bruxelles-Capitale, Brussels 1975, pp. 54 f.

54 *Albert Martens,* Le plan Manhattan ou que crèvent les expulsés?, Brussels 1975, pp. 69–73 and 79.

55 Cf. *A. Demol*, Monsieur Pol: Vlaamse Pater midden gastarbeiders te Brussel, in: Het Laatste Nieuws, 8.9.1969; Un Foyer de Jeunes pas Banal, in: Le Patriote Illustré, 2.11.1969, p. 2691; *Olivier Chatelan,* L'espace urbain, de la théologie à la lutte: Jacques van der Biest et la paroisse des Marolles à Bruxelles au tournant des années 1960–1970, in: Histoire, Monde et Cultures Religieuses, 2016, no. 37, pp. 67–82.

rubble and trash were picked up by various journals and featured in an exhibition in Brussels' international press centre.[56] Despite this publicity, the initiative did not generate a unified mobilisation of the neighbourhood's inhabitants, and the demolition continued. In fact, Foyer itself had to move four times in as many years, inhabiting a decaying brewery, a run-down parish school, two hotels formerly used for sex work and an abandoned photochemical factory.[57]

The development of BAPO and Foyer between 1968 and 1973 clarifies two facets of their emerging engagement with migrants. First, it is not so much a story of an innovative commitment towards the new topic of migrants' residency as one of continuity amidst the troubled relations between Catholic actors and the quickly changing environment in metropolitan Brussels. Marie-Rose Degive and the vicariate were trying to make the city a more welcoming place, restoring its village feel, and gradually forged links with labour migrants. Similarly, Paul Steels sought to protect children from the hardships of urban life by offering leisure activities and in so doing discovered broader social and cultural issues effecting migrant communities. It was because Catholic actors were trying to redefine their social and community roles in the city that they discovered migrant families and their troubles. This continuity is perhaps most visible in their imaginaries of labour migrants, notably those from Moroccan and Turkish backgrounds. BAPO and Foyer portrayed them as uprooted people, rendered invisible by anonymity and victimised by a hostile urban space and its modernist and capitalist ideologies. Second, their engagement was strongly embedded in a local framework, with the parish and its neighbourhood as the focus for activities. BAPO was closely associated with the church of Saint Nicholas in the city centre, while Foyer focused almost exclusively on the north quarter. Similarly, other neighbourhoods and communes saw smaller initiatives come and go. The White Sisters set up a modest *service des étrangers* in Evere, the Christian women workers' movement organised prenatal care in Molenbeek, and lay sister Roza Schoofs conducted studies on urban migrant housing and education in Schaerbeek.[58] In Uccle, Fr Charles de Raikem joined forces with Moroccan neighbours to start a small French-Arabic language school, and churches all over Brussels hosted occasional Muslim prayer groups.[59] Organisations akin to those in Brussels also sprouted in other Belgian city centres, with Fr Foucqaert arranging social services for migrants in Aalst and the Jesuit Frans Martens launching the Antwerp Centre for Foreign Workers.[60] Due to their local focus, these initiatives

56 *T. Stuckens*, Afbraak Noordkwartier tentoongesteld: Kinderen tekenen dood van een wijk, in De Standaard, 29.3.1974; *Steels*, Archief 1968–1980, p. 2.

57 *Steels*, Archief 1968–1980, pp. 1–3; *Steels/Eikelboom*, Omdat er voor hen geen plaats was.

58 *Heymans,* Jongerenhuis en vreemdelingen in Brussel centrum, 12.1970, KADOC, Archief AvdT, box 452/1; *Hajar Oulad Ben Taïb*, La prise en charge des femmes immigrées marocaines par Vie Féminine via les consultations de nourrissons à Molenbeek-Saint-Jean de 1964 à 1974, in: C@hiers du CRHiDI 46, 2023.

59 Reflectiedag voor het probleem van de vreemdelingen in België, 26.4.1967, KADOC, 12.1969, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 321.5.

60 *Arno Demeulemeester*, Katholieke solidariteit met Noord-Afrikaanse en Turkse gastarbeiders: Een casestudy op basis van de Sociale Dienst voor Gastarbeiders te Aalst, 1974–1979. Master Thesis, Leuven 2021, pp. 20–26; *Piet Janssen/Karl Rutten,* CBW 20: een verslag van 20 jaar migrantenwerk aangevuld met enkele impressies, Antwerpen 1992, pp. 7 f.

rarely cooperated and did not form a unified Catholic field of migrant services, as evidenced by the repeated failure of the vicariate to compile an exhaustive list of all initiatives in Brussels.[61]

Yet another reason why no dedicated field could develop in the early 1970s is that the larger sector of social assistance and poor relief explicitly evolved away from a targeted approach. In the 1960s, a rediscovery of poverty in Belgium's affluent society had shaken Catholic milieus and forced them to rethink their attitude. A new discourse sought to understand how many forms of precarity could be brought back to a shared experience of structural underprivilege and social exclusion.[62] The real danger of poverty was not a lack of means per se but rather structural deprivation, defined as the absence of social contacts and social mobility. Through this focus on structure, the individual poor person, with its specific characteristics and background, disappeared from view, and a larger class of underprivileged people, a so-called subproletariat, came to the fore.[63] To remedy poverty, then, was not simply to provide material support but rather to enable this subproletariat as a whole to become emancipated and reintegrated through structural measures. Therefore, little room remained for migration as a subtopic, and categorical initiatives were forced to adapt their strategy and discourse. A telling example is the discontinuation of the annual »Pro Migrantibus« (PM) offertories by the Belgian bishops. Since they began in 1961, these offertories were meant to finance, first, the activities of the papal council for migration and, second, initiatives in the mining regions for migrants' pastoral care.[64] At the decade's end, however, PM followed the shifting migration dynamics and reoriented its scope towards socio-economic support for migrants in the city. Because of this change, it suddenly came to compete with the recently established collection »welzijnszorg« (WZZ), which used its funds to dismantle structures of poverty rather than to support specific recipients. Its founder, Caritas Catholica Belgium, argued that a systemic approach would increase the public's willingness to donate. It also cited the unease in public opinion towards irregular migration as a possible hindrance, as evidenced by the annually declining proceeds of PM.[65] Much against the wishes of the Belgian bishops, WZZ became the sole annual collection for poverty relief by 1969, and the specific focus on migrant issues fully disappeared in its public campaign.[66] Categorical initiatives like BAPO

61 Pastoraal voor vreemdelingen in Brussel, 4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1.

62 Rapport Caritas Internationaal Hulpbetoon: Annex 1-3, 1968, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 321.5; Dossier opheffing dienst emigratie-integratie, 1971, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 321.5.5.

63 *Axelle BRODIEZ-DOLINO*, Wresinski and ATD Fourth World, 1957 to 2017: From Knowledge to Recognition, in: *Bruno Tardieu* (ed.), Rethinking Our World from the Perspective of Poverty with Joseph Wresinski, Paris 2020, pp. 77–90.

64 Nota Migratiediensten Pro Migrantibus, December 1969, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 321.4.3.

65 Campagne d'Avent à remplacer la collecte Pro Migrantibus, 4.12.1969, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 321.4.4; *Cuvellier*, lettre à Huvette: evaluation Vivre Ensemble 1970–1971, 27.4.1972, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 13.

66 Cf. Conceptflyer Welzijnszorg, May 1969, KADOC, Archief Caritas Catholica: Internationaal Hulpbetoon, box 4.4.

and Foyer continued to receive some funding, but it was clear that their specialised focus on migrants was out of tune with larger poverty relief efforts.

II. Catholic connections with migrant activism, 1970–1974

Yet change was in the air when, in the early 1970s, Moroccan and Turkish irregular migrants started to express their indignation with Belgium's migration policies (or lack thereof). Irregular immigration had become uncontrollable, limiting the government's opportunities to balance the labour market and prevent widespread unemployment among migrants. Nor did it succeed in exerting any control over migrants' employers, causing unsafe working conditions and exploitative practices to become commonplace.[67] In protesting against these injustices, migrant workers found new allies among the social activists of 1968, including students and professors but also Maoist and Trotskyist groups.[68] Furthermore, they were inspired by unrest in France and Germany, where migrant workers stood at the forefront of protests for better conditions and wages.[69] And so, between 1969 and 1973, migrants in Belgium came to participate in a wave of wildcat strikes, which were as much a comment on lacking trade union support as they were an outcry for better wages and working conditions.[70] Gradually, as the strikes spread throughout various regions and sectors, and as small advances were made, the more fundamental concerns of migrant militants came to the fore. They stressed that a continuous insecurity defined their lives in Belgium, as they could not rely on social services, did not enjoy job security, could not defend themselves in court and had no means of political participation.[71] Moreover, the Belgian immigration authorities were known to conduct arbitrary checks and forced repatriations without any opportunity for legal redress.[72] Therefore, the strikers demanded a distinct legal status for foreign workers in Belgium, which would grant them social and economic security and protect them from exploitation and arbitrary expulsions. Their actions successfully drew the public's attention to their precarious situation, and migration-related obstacles and discrimination gradually came to be understood as a major social issue in Belgium.

It was in the wake of these developments that the Catholic Church started to publicly weigh in and mobilise on the migration question. In March 1973, spurred on by the strikes domestically and abroad, the Belgian bishops published a pastoral

67 *Naegels,* Nieuw België, pp. 260–264.
68 Ibid., 323 f.; *Khoojinian*, La campagne de régularisation, pp. 5 f.
69 *Goeke*, »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, pp. 87–99; *Mazyar Khoojinian*, Les ouvriers mineurs turcs en grève au charbonnage de la Petite Bacnure et l'insubordination ouvrière des »années 68«, Analyse de IHOES, no. 187, 18.7.2018.
70 Cf. Verslag Nationaal Bureau ACV, 20.1.1970, KADOC, Archief bestuursorganen van het ACV, 64; *Ad Knotter*, Undermining the »Polder Model«: Workers' Militancy and Trade Union Leadership in Four Dutch Wildcat Strikes, 1963–1970, in: Historical Studies in Industrial Relations 44, 2023, pp. 43–61.
71 »Statuut voor de Gastarbeider«, 1975, KADOC, Archief Vormingsdienst van het ACV, 256.
72 *Naegels*, Nieuw België, pp. 215–219.

letter on the problems of immigrants in Belgium.[73] They emphasised the particular impact of social ills on migrant labourers and their families, often more so than on underprivileged Belgians.[74] The letter implicitly rejected an all too generalised approach to precarity, stressing instead how migrants' experiences with bad housing conditions, unemployment, and structural poverty were considerably worsened by legal and social insecurity and by a lack of specific provision.[75] In an accompanying letter addressed at migrant populations, the bishops furthermore acknowledged that xenophobic sentiments, latent and explicit, considerably added to the already difficult psychological and social obstacles faced by migrants.[76] The bishops accordingly opted for a categorical and targeted approach to migrant precarity and, to this end, pledged their support for a distinct legal status.[77] In tandem with this legal solution on a nationwide basis, their intervention had a clear local component, calling for neighbourly care and compassion as countermeasures to the isolating dynamics of urban ghettoisation. Although this message was to be heeded by Christians everywhere, Brussels city centre was singled out with particular urgency.[78]

This is not to say that Brussels' Catholic actors had until then remained unaffected by the surge of migrant protests in the early 1970s, quite the opposite. While the bishops still portrayed migrant labourers as passive victims, individual priests and organisations in Brussels had come to know the leaders of the migrant protests and discovered their agency. They formed new alliances which had the potential of being truly transformative, as in the case of Jean-Pierre Dupont, a priest in Brussels' Schaerbeek district. In 1970, in response to the rapid growth of the Moroccan population in his parish, he formed a »groupe Belgo-Immigré«, which was to encourage migrant participation in local politics with the aim of improving their socially difficult situation.[79] Through this initiative, his network grew locally but also on a national and international scale. By 1973, he made connections with several of the larger groups behind the strikes, among them most notably the French »Mouvement des Travailleurs Arabes« (MTA). This was a collective of Arab students, labourers, trade unionists and former politicians which, as later turned out, had previously been active in hunger strikes in Paris churches.[80] In their pursuit of better living conditions in Belgium, the collective held demonstrations in north Brussels and, with the backing of Fr Dupont, began to occupy churches in December 1973.[81] In the

73 Belgische Bisschoppenconferentie, Pastorale verklaring van de Bisschoppen over de problemen van de immigranten in België, March 1973, KADOC, Archief AvdT, box 452/1.
74 Ibid., p. 3.
75 Ibid., pp. 3–5 and 9–11.
76 Belgische Bisschoppenconferentie, Brief aan de immigranten, March 1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1.
77 Belgische Bisschoppenconferentie, Pastorale verklaring, pp. 11 and 14 f.
78 Ibid., 11.
79 *Mohamed Benzaouia*, Regard »autochtone« sur l'immigration marocaine, in: Bruxelles en mouvements, 2015, no. 277, URL: <https://www.ieb.be/Regard-autochtone-sur-l-immigration-marocaine> [3.6.2024].
80 Ibid.; *Mazyar Khoojinian*, La campagne de régularisation, p. 5; *Hanus*, »Crevons la faim. Joyeux Noël!«, p. 20.
81 *Pierre Arnould/Luc Uytenbroeck*, Problèmes urbaines Belgo-Immigrés, 23.9.1974, KADOC, Archief AvdT, box 51; Résolument du côté des pauvres, in: De Zondag, 12.1.1974, pp. 3–4.

first months of 1974, their actions seemed to provoke little response except some pushback from the local municipality and police.

On 22 March 1974, a small faction of activists upped the stakes and launched a hunger strike in the church of Saint-Jean-et-Nicolas in Schaerbeek, again with the support of Fr Dupont.[82] Both church and priest were of particular significance, and for several reasons their role went well beyond their willingness to provide sanctuary. First, the strike was the product of a longer process of establishing connections in the Schaerbeek neighbourhood, based on the aforementioned »groupe Belgo-Immigré«. Testimony to the importance of these pre-existing local ties can be found in the promptness with which Fr Dupont was able to convene a diverse support group for the strike, comprising Catholic laypeople as well as university professors, leftist Maoist militants, progressive Jews and local Spanish, Greek and Moroccan communities.[83] Second, the hunger strike was reminiscent of, if not immediately linked to, the wave of hunger strikes for regularisation that had engulfed France. Starting in Valence in December 1972, local migrants would seek refuge in Catholic churches run by priests known to have been active in the wake of 1968 and launch hunger strikes to underscore their demand for papers.[84] It is most likely, as several historians have argued, that the strikers in Schaerbeek had immediate connections through the MTA with French strikers, copying their approach, rationale and playbook.[85] Less noted, however, is that the same is true for Fr Dupont, who tapped into the well-established network between Belgian and French activist priests and their longer tradition of social engagement, including the post-war worker-priest movement.[86] Inspired by their subversive approach to religion, Dupont adopted their strategy of a multifaceted *comité de soutien* and, more importantly, was pushed to take a stand in the media. Migrants and priest alike were thus connected to a larger movement of international action which inspired them to define distinct roles, both in conjunction with each other and vis-à-vis the state. Third, the dynamic was as much the result of as the next step in a longer process of Catholic actors redefining their significance in western European urban neighbourhoods.[87] As such, Fr Dupont did not present himself as an authoritative spiritual voice but rather as a mediator between various local stakeholders, enabling their voices to be heard in favour of social change.[88] Likewise, the spatial role of the church building in the

82 *Jean-Pierre Dupont*, Communiqué de presse, 1.4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1.

83 *Benzaouia*, Regard »autochtone« sur l'immigration marocaine; *Naegels*, Nieuw België, p. 323.

84 Cf. *Gilles Verbunt*, Au service des immigrés, des prêtres qui font de la politique, in Études 11, 1974, no. 341, pp. 577–585.

85 *Naegels*, Nieuw België, p. 323; *Gregory Mauzé/Youri Lou Vertongen*, 1974. Migrants et syndicats se mobilisent en Belgique, in: Plein Droit, 2017, no. 115, pp. 32–36, here: pp. 35 f.; *Rabah Aissaoui*, Le discours du Mouvement des travailleurs arabes (MTA) dans les années 1970 en France. Mobilisation et mémoire du combat anticolonial, in: hommes & migrations, 2006, no. 1263, pp. 105–119.

86 Cf. *Charles Suaud,* Prêtres et ouvriers. Une double fidélité mise à l'épreuve, 1944–1969, Paris 2004.

87 *Minne,* From Slums to Community, pp. 22 f.; *Prévot*, Catholicisme social et urbanisme.

88 *Jean-Pierre Dupont*, Pétition qui sera adressé aux autorités, 2.4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1; *Id*., Communiqué de presse.

neighbourhood was rearticulated, moving from its traditional liturgical function to that of a safe haven for precarious inhabitants and an icon of social activism.

As the strike developed, Fr Dupont came even more prominently to the fore, presenting himself as a representative of the Schaerbeek neighbourhood and its pressing social needs and taking a stand on the difficult topic of migration from the perspective of human rights.[89] The church of Saint-Jean-et-Nicolas remained a bastion of refuge even though the local municipality called for the strike to cease and police twice tried to gain entrance. Far from the momentum subsiding, two more hunger strikes erupted in the vicinity, including at the church of Saint-Jean-Baptiste-au-Béguinage, further drawing the attention of both media and politicians.[90] The national government, however, was unwilling to grant the strikers either work permits or regularisation and on 1 April issued a warrant for the arrest and immediate repatriation of all strikers, breaching the principle of church sanctuary.[91] Fr Dupont promptly announced a press conference to condemn the government's illicit intervention while calling for a coalition against the arbitrary enforcement of immigration policies.[92] His calls were widely heard and various organisations now also took a stand, most notably the trade unions.[93] In the months after the hunger strike, it became increasingly clear that a new approach was long overdue, and on 22 July 1974 the Belgian government issued a recruitment stop for low-skilled non-EEA workers. Simultaneously, it announced a regularisation campaign for irregular workers who had been active in Belgium before the 1 April, the end date of the hunger strike.[94] While the administrative side of this regularisation process fell to the trade unions, the process equally relied on raising awareness among eligible workers, often by local church communities following the example of Fr Dupont.[95] With about 8,000 regularisations by the end of the year and with the recruitment stop in place, the local hunger strike in the church of Saint-Jean-et-Nicolas had a considerable effect on Belgium's migration history.

III. Catholic approaches to integration, 1975–1985

Fr Dupont acted largely on his own initiative, with no formal support from the Church hierarchy. The Belgian bishops felt uneasy about the provocative protest and the unlikely coalition between a priest and, among others, Maoist activists. Yet they could hardly criticise Dupont for his commitment, as the Belgian delegation to

89 *Id.*, Justice aux immigrés dits clandestins, April 1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1.
90 *Khoojinian*, La campagne de régularisation, pp. 18 f.
91 *Dupont*, Communiqué de presse.
92 *Jean-Pierre Dupont,* Pétition qui sera adressé aux autorités, 2.4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1; *id.*, Justice aux immigrés dits clandestins, 4.1974, KADOC, Archief AvdT, box 452/1; *Khoojinian*, La campagne de régularisation, pp. 7 f.
93 Brief aan het nationaal bureau, 2.12.1974, Amsab-ISG, Archief ABVV, 144.01036–40; Verslag Nationaal Bureau ACV, 17.12.1974, KADOC, Archief bestuursorganen van het ACV, 67; *Mazyar Khoojinian*, Le rôle des organisations syndicales dans la régularisation des clandestins de 1974–1975, in: Les Cahiers du Fil Rouge, 2014, no. 20, pp. 39–40.
94 *Khoojinian,* La campagne de régularisation, p. 18.
95 *Mauzé/Vertongen*, 1974, pp. 35 f.; *Khoojinian*, Le rôle des organisations syndicales.

Vatican II had joined its French counterpart in pleading for precisely this kind of Catholic social engagement and activism.[96] The bishops were caught between two fires and therefore kept their comments to a minimum.[97] Similarly, several actors within the Brussels vicariat provided support behind the scenes, but the unit itself did not intervene, possibly out of caution not to be seen to act too politically.[98] A similarly discreet attitude was adopted by Foyer and BAPO which, with their fundraising efforts in mind, refrained from taking a political stand in the larger migration policy debate. Additionally, the field of Catholic welfare provision in Brussels was generally still territorially divided, so that parish priests and organisations preferred to support the cause from the sidelines to avoid appearing intrusive or disrespectful of parish autonomy.[99] This does not imply, however, that they regarded the events of 1974 as inconsequential to them – quite the contrary. The hunger strike and the subsequent migration stop were, after all, the culmination points of a larger paradigm shift from regarding migrants as temporary guest workers to acknowledging that the settlement of migrants was a social phenomenon that would significantly impact the future.[100] Moreover, thanks to the wave of migrant strikes in the early 1970s and the disruptive 1974 hunger strike, labour migration became a topic of public debate in Belgium, more prominent than ever in press and politics. At the centre of this heightened attention lay Brussels, the country's prime migration hub and therefore the first city forced to address questions of migrant precarity, diversity and integration.

For the Brussels local care initiatives, with Foyer and BAPO at the forefront, this heightened sensitivity to migration was as much a confirmation of their relevance as it was a call to pivot quickly to the new social dynamics of urban migration. Both Foyer and BAPO were therefore formally recognised as caregivers and received more structural funding from 1974 onwards on the condition that they further professionalised their services. BAPO came to function as a concierge for referrals and administrative aid, increasing the accessibility of social security structures. The organisation was open to all but was well known for being most attentive to the problems of non-Belgian residents in Brussels.[101] Foyer, in turn, was already recog-

96 *Dries Bosschaert*, A Brave New World: Albert Dondeyne's Christian Humanism in the University and Society, in: Trajecta 24, 2015, pp. 309–331, here: pp. 314–316; *id.*, The Anthropological Turn, Christian Humanism, and Vatican II: Louvain Theologians Preparing the Path for »Gaudium et spes« (1942–1965), Leuven 2019, pp. 103–106 and 410–413.

97 Regarding the difficult position of the Catholic Church vis-à-vis the hunger strikes in France and Belgium, cf. *Gilles Verbunt*, Au service des immigrés, des prêtres qui font de la politique, in: Études, 1974, no. 341, pp. 577–586, here: pp. 577–579.

98 Justitia et Pax vers un statut juridique pour les immigrés, 1975, KADOC, Archief AvdT, box 452/2; *Bernard Olivier*, Les chrétiens face à problèmes urbaines, 11.5.1974, KADOC, Archief AvdT, box 51.

99 Interview with Johan Leman, 3.5.2023.

100 In recent years, historiography has moved away from understanding the Belgian recruitment stop as a sudden tipping point, instead emphasizing a longer, continuous process. Nevertheless, the events of 1974 prompted both governmental and non-governmental institutions to adjust their policies. Cf. *Sylvain Laurens*, »1974« et la fermeture des frontières, Analyse critique d'une décision érigée en turning-point, in: Politix, 2008, no. 82, pp. 69–94; *Naegels,* Nieuw België, pp. 158–164 and 334 f.

101 Interview with Marie-Paule Moreau, 31.1.2023.

nised as a non-profit for youth work in 1969 but was not granted financial means at the time because its activities, classified as social prevention work, were judged ineligible. [102] By 1974, however, it was evident that adequate care for future generations was necessary, and the flourishing centre was fully recognised as a youth organisation by the ministry for Francophone culture.[103] Strengthened in their functioning, both initiatives were able to expand their operations and outreach significantly, so that by 1978 BAPO counted some 2,600 interventions annually and Foyer provided activities for around 1,000 children, of which 350 were permanent members who »called Foyer their home outside of school and bed hours«.[104]

In addition to this pressure to professionalise and expand, migrant care initiatives were expected to help facilitate a meaningful social and cultural coexistence of migrants and nationals. In Belgium, methods of integration took preference over assimilation as civil society actors and new social movements quickly and explicitly distinguished their approach from French and German models of protectionism and repatriation. The Belgian bishops, for their part, already subscribed to integration in their 1973 pastoral letter, while both the Christian and socialist trade unions resolutely opted for integrative strategies in the wake of the 1974 regularisation campaign.[105] This evolution towards a rationale of integration was hardly disruptive for BAPO and Foyer, who were already pioneers in understanding the situation of migrants. Additionally, to determine what exactly integration meant to them, they could rely on the Catholic principle of personalism, which had gained a renewed importance in the wake of the Second Vatican Council.[106] This theological social teaching underscored the importance of the unique identity, freedom and culture of each person as a prerequisite for harmonious social connections.[107] In other words, it is the individual process of social, cultural and spiritual self-development that enables people to meaningfully participate in and (re-)integrate into society. While personalism originally applied to civic participation in general, it was easily adaptable to dynamics of migrant integration and connected seamlessly to Catholic teachings on pluralism and interreligious and intercultural dialogue.[108]

---

102 Jeugdtehuis V.Z.W.: verslag van het werkjaar 1969, 1.3.1970, Foyer, Folder 68, p. 3.

103 Ministère de la culture Française, Reclassement Maison des Jeunes, 15.1.1974, Foyer, Folder 70.

104 Bruxelles Accueil: Accueil des étrangers 1977–1978, BAPO, Archive rapports annuels; *Paul Steels*, Foyer 1968–1978: Tien jaar poging tot jeugdzorg onder migranten, Brussels 1978, pp. 2 f. and 20 f.

105 Belgische Bisschoppenconferentie, Pastorale verklaring, pp. 1–3; *Stijn Carpentier*, Von Innen, zusammen undalleine. Mobilisierung und Integration marokkanischer und türkeistämmiger Arbeitsmigrant*innen in die belgischen Gewerkschaften nach dem Anwerbestopp (1974–1985), in: *Simon Goeke/Caner Tekin* (eds.), Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren, Cologne 2024 (forthcoming).

106 *John Borelli*, Interreligious Dialogue at Vatican II, in: *Catherine E. Clifford/Massimo Faggioli*, The Oxford Handbook of Vatican II, Oxford 2023, pp. 300–320.

107 *Juan Manuel Burgos*, An Introduction to Personalism, Washington DC 2018, pp. 8 and 49–51; *Thomas Rourke/Rosita A. Chazarreta Rourke,* A Theory of Personalism, Lanham 2006, pp. 65–67.

108 *Dries Deweer*, The Political Theory of Personalism: Maritain and Mounier on Personhood and Citizenship, in: International Journal of Philosophy and Theology 74, 2013, pp. 108–126; *Modrzejewski/Raczyński*, Labour Migrants in the Light of Personalistic Philosophy and Social Doctrine of Karol Wojtyla.

Moreover, its emphasis on self-emancipation served as a tool to rectify colonial legacies in Catholic social teachings and move away from the paternalist and patronising attitudes that had long defined the Church's attitude towards non-European peoples.[109] For BAPO and Foyer, personalism thus offered a pragmatic path away from assimilation or paternalism and towards more cooperative methods for fostering integration through mutual solidarity.[110]

While the call for professionalisation and the new focus on integration were thus features of continuity for BAPO and Foyer, they nevertheless necessitated a reimagining of the migrant as a precarious subject. Precisely because of the focus on self-development, migrants could no longer be cast as victims or passive actors. Instead, BAPO and particularly Foyer now reappraised them as underprivileged but nevertheless resilient enough to improve their situation. In their own role as categorical welfare providers, BAPO and Foyer imagined themselves as facilitators of this process.[111] As before, they focused on alleviating the aggravating effects of urban life on migrant precarity. Concretely, BAPO focused on supporting migrants in their efforts to find their place in Brussels, bolstering their independence and self-reliance. To this end, it doubled down on its function as a centre for referral rather than intervention and supported applicants in navigating Brussels' social and charitable services, local politics and sociocultural opportunities.[112] This practice further expanded the sizeable network of BAPO, thereby raising the organisation's profile as a point of reference for Belgian government bodies and city services in dealing with migration-specific issues in Brussels. Furthermore, Marie-Rose Degive was convinced that interreligious dialogue would foster integration and, together with the missionary Charles Dekkers of the White Fathers, in 1978 founded the »El Kalima« centre to promote the favourable effects of multiconfessional community prayers in local churches and marriages between Christians and Muslims.[113] The Brussels vicariate, in turn, was committed to the dignity of migrants and launched a task force against xenophobia to draft appropriate anti-discrimination measures. Hoping for the support of the bishops, the vicariate planned a wider campaign to condemn xenophobia and to lift the stigma of Brussels as the centre of all migration-related problems.[114] Foyer, finally, was concerned for the future of the second generation and spent considerable resources on the development of a holistic approach to the integration of migrant youth.[115] Although the centre no longer spoke of »ghettos«, instead preferring the more neutral »foreigner neighbourhood«,

109 *Elizabeth Foster*, African Catholic. Decolonization and the Transformation of the Church, Cambridge/London 2019, pp. 61–68.

110 *Steels*, Foyer 1968–1978, pp. 20–40; Interview with Marie-Paule Moreau, 31.1.2023; Interview with Francis Hayat, 3.3.2013.

111 *Steels*, Foyer 1968–1978, pp. 38–41.

112 *BAPO,* Statistiques 1976, 2.1974, BAPO, Archive rapports annuels; Interview with Marie-Paule Moreau, 31.1.2023; Interview with Francis Hayat, 3.3.2013.

113 *Emilio Platti*, Editorial, in *id.* (ed.), Les quarante ans du Centre El Kalima, Brussels 2019, pp. 4–5.

114 *Arthur vander Taelen*, campagne: je suis pas raciste, mais …, 6.10.1980, KADOC, Archief AvdT, box 183.

115 Cf. *Steels*, Foyer 1968–1978, pp. 20–40; *Eugeen Roosens/Johan Leman/Marcelo Suarez-Orozco* et al., Tweede generatie immigrantenjongeren. Sociaal-culturele determinanten van hun slagen of mislukken, Brussels 1986.

it continued to argue that the social and cultural isolation of migrant families in suburban Brussels must be overcome.[116] To this end, Foyer strengthened its promotion of social mobility, for instance by making higher education more accessible. Simultaneously, it professionalised in order to be better equipped to deal with youth delinquency, child neglect and substance abuse in the north quarter.[117] Thus, even with the new goal of integrating migrants, urban life in Brussels city remained a focal point for Catholic actors and the challenges they sought to tackle.

Finally, the most significant changes to BAPO and Foyer were prompted by the expanding migrant care sector. The years after 1974 saw a surge in initiatives aimed at migrants. For the Catholic organisations, this entailed greater opportunities for collaboration and visibility than before, but it also necessitated defining and delineating their services to validate their relevance within the growing sector. This positioning exercise became all the more crucial as the field came under scrutiny from local and national policymakers as questions of migration and integration became politicised in the late 1970s and early 1980s. Thanks to its broad and unique network, BAPO successfully consolidated its position as first point of response and referral centre, preserving its neutral position while securing reliable government funding in addition to the donations it regularly received.[118] Foyer, meanwhile, which had been expanding with new branches and projects, was constantly in need of funding.[119] It sought to establish itself as an activist voice in Brussels and was successful in publicising its activities, notably with a visit from King Baudouin in 1978.[120] Under the leadership of Johan Leman, a Dominican friar and anthropologist, since 1981, the centre fully embraced its public role, publishing studies on the Moroccan and Turkish communities in Brussels and raising its voice in political debates as the unofficial representative of the Molenbeek district.[121]

Concluding remarks

Throughout the 1980s, public debate on the presence of migrants in Belgium grew ever more tense, with Brussels once again at the centre of the discussion. In times of recession, migrant poverty and unemployment were especially visible in the urban centre, and district majors started to problematise the high concentration of non-European migrants in their municipalities. The vocabulary they used echoed xenophobic and far-right discourses, signalling to migrant populations that they were no longer welcome. To publicise their discontent and stir the debate, they organised so-called urban safaris, provoking the idea that their municipalities were

116 *Steels*, Foyer 1968–1978, pp. 32 and 34–37.
117 Ibid., pp. 42–48.
118 Cf. Bruxelles Accueil – Porte Ouverte 1987–1988, 1988, BAPO, Archive rapports annuels, pp. 3–5.
119 Annexe au carnet de reconnaissance, 17.12.1977, Foyer, box 71; Interview with Johan Leman 3.5.2023; Interview with Bashir M'Rabet, 10.5.2023.
120 *J. Teuwen*, En toen kwam de Koning, in: Kerk en Leven, 21.12.1978.
121 Interview with Johan Leman 3.5.2023.

gradually turning into north Africa.[122] In response, the Catholic field in Brussels aligned with other civil society actors to denounce xenophobia and advocate for tolerance, yet despite their efforts it became evident that a sense of unease towards migrant communities had surfaced in the city as well as in society at large.[123] With tensions running high, the political response was not long in coming, and top-down interventions from policymakers on both local and national levels sought to streamline and formalise the migrant care sector. They prescribed methods for the integration of migrants and forced existing services to adapt accordingly, subjecting them to a project-based subsidy system as a measure of control.[124]

This restructuring of the sector saw many initiatives struggle, but the long-established Catholic organisations withstood the pressure and even thrived. BAPO enjoyed relative stability as a recognised social service but nevertheless still adapted and expanded to remain in touch with neighbourhood needs. It linked to numerous initiatives for refugees and migrants and established Brussels' first social translation service.[125] For its part, Foyer was consistently successful in securing project subsidies. In no small part, thanks to its prominent presence in the Molenbeek neighbourhood, it was given the opportunity to run innovative projects on bicultural education and professional re-orientation, anti-racism and sport as a tool for neighbourhood cohesion.[126] When the semi-governmental Brussels centre for migrant workers went bankrupt in 1985, Foyer took over as a touchstone for the Flemish government's migrant policy in Brussels, and five years later it was appointed as a regional integration centre, further embedding its social and political relevance.[127] Finally, Brussels' activist parish churches, notably Saint-Jean-Baptiste-au-Béguinage, remained places of sanctuary and political contention. Since 1974, they have hosted approximately a dozen more occupations and protests in favour of migrant and refugee rights, most recently in the summer of 2021.[128]

By tracing the evolution of these Catholic initiatives from small neighbourhood projects to professionalised nodes in a formal migrant care sector, this article offers several insights. First, it shows that Catholic actors did not address the issue of migrant precarity in a reflex of traditional charity but rather discovered it in their attempts to reconfigure senses of community, urban space and Catholic progressive thought in the late 1960s. In this larger process of meaning-making, they projected their understanding of the modernising city and its dynamics of social isolation onto the migrant other, intricately connecting both issues. Second, the analysis argues

122 *Serge Jaumain/Joost Vaesen*, Roger Nols: un bourgmestre (in)déboulonnable?, in: Brussels Studies, 2022, no. 168, URL: <https://journals.openedition.org/brussels/6055> [3.6.2024].

123 Campagne urbaine contre la xénophobie, 1984, KADOC, Archief AvdT, box 83.

124 VOCOM Jaarverslag 1984, 1.1985, Amsab-ISG, Archief VOCOM, 286.1.1; *Lode van Loock/Veerle Hobin*, Dossier Migratie in 1983, in: Bareel 7, 1984, no. 25, pp. 3–19.

125 Interview with Marie-Paule Moreau, 31.1.2023; Brussel Onthaal vzw: Jaarverslag 2010, 2011, URL: <https://www.sociaalvertaalbureau.be/wp-content/uploads/2016/01/Jaarverslag-2010-NLVO.pdf> [21.1.2024].

126 Foyer, Het onthaalcentrum Foyer: pilootprojecten, Brussels 1984, pp 2 f., 12–14 and 18–23.

127 Interview with Johan Leman, 3.5.2023.

128 *Anne Vanrenterghem*, Al een week strijden hongerstakers om regularisatie in Brussel, in: VRT NWS, 1.6.2021. URL: <https://www.vrt.be/vrtnws/nl/2021/06/01/hongerstakers-mahdi/> [14.2.2024].

that this approach, rather than limiting the scope of these projects, connected them with wider movements in Catholic urbanism in western European migration hubs. For instance, thanks to the manifold activist connections of its parish priest, a Brussels church continued the wave of migrant hunger strikes that had begun in France. Meanwhile, neighbourhood initiatives have adopted and adapted social vocabularies of agency and self-reliance from a new surge in Catholic social activism and continue to plead their case for constructive migrant integration. In the 1980s, as the settlement of Moroccan and Turkish migrants in Belgium became a contentious topic, this combination of local embeddedness and international expertise enabled them to professionalise and crystallise their operations in the politicised migrant care sector. Today, BAPO, Foyer and the north quarter churches are still among the leading Catholic initiatives for migrants and refugees in western European urban centres, continually reimagining what it means to be Catholic and socially committed in the modern, rapidly changing metropolis.

ANDREA ALTHAUS/LINDE APEL/JANA MATTHIES

Erzählungen des Ankommens

Hamburger Perspektiven auf Migration und Stadt

Die Hamburger Stadtgeschichte ist maßgeblich von Migrationsbewegungen geprägt. Im 19. Jahrhundert bestiegen dort Millionen von Menschen Schiffe, um in Übersee ein neues Leben zu beginnen. Tausende Hamburger:innen wurden in der NS-Zeit aus rassistischen oder politischen Gründen vertrieben oder in Ghettos und Vernichtungslager deportiert. Andere wurden aus ganz Europa zur Zwangsarbeit hierher verschleppt. Die Hansestadt war aber auch zu anderen Zeiten Ausgangspunkt, Zielort oder Zwischenstation für Menschen in Bewegung. Ende 2022 hatten statistisch gesehen 39,3 % der Einwohner:innen Hamburgs einen »Migrationshintergrund«.[1] Migrationen aus, durch und nach Hamburg prägen nicht nur den urbanen Alltag und die städtischen Strukturen, sondern waren und sind konstitutiv für vorherrschende Hamburg-Narrative.[2] Mit der Umschreibung als »Tor zur Welt« wird seit dem frühen 20. Jahrhundert das Image einer weltgewandten Handels- und Hafenstadt gepflegt.[3] Diese städtische Selbst- und Außendarstellung findet sich auch in den Erzählungen von Hamburger:innen mit Migrationsgeschichte wieder. Madeleine Bauer (Jg. 1950), die in Frankreich und Marokko aufwuchs und 1970 der Liebe wegen nach Hamburg zog, sagt in einem lebensgeschichtlichen Interview, dass sie vor ihrer Migration keine Vorstellungen von dieser Stadt hatte. Sie habe nur vom »Hafen als Anbindung an die große, weite Welt« gewusst. Dies sei ein »sehr reduziertes Bild« gewesen, obwohl ihr aus ihrer Kindheit in Casablanca und Marseille Hafenstädte bekannt waren. In der gleichen Passage führt sie aus: »Heute noch, wenn ich nach Hamburg reinfahre, spüre ich die Steife dieser Kaufmannsstadt, weil diese Welt nicht meine Welt ist. Ich habe mich da zwar reinbewegt, aber ich fühle mich heute noch nicht zugehörig.«[4] In ihrer Reflexion über Vorstellungen

1 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.), Statistische Berichte. Kennziffer A I 10 - j 22 HH. Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen 2022. Auswertung auf Basis des Melderegisters, Hamburg 2023, S. 7. Der Begriff »Migrationshintergrund« bezieht sich auf die »ausländische Bevölkerung« sowie auf deutsche Staatsangehörige, die ab 1950 aus einem anderen Land zugewandert sind, und deren Kinder. Flüchtlinge und Vertriebene infolge des Zweiten Weltkriegs zählen nicht dazu. Vgl. ebd., S. 4.

2 Vgl. *Lina Nikou*, »Mein Name ist Ausländer«. Alltagserfahrungen und Migrationspolitik in der Stadt, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München/Hamburg 2012, S. 217–232; vgl. *David Templin*, Urbane Geographien des Ankommens. Migration, Suburbanisierung und Gentrifizierung in Hamburg und seinem Umland seit den 1970er Jahren, in: *Matthias Frese*/*Thomas Küster*/*Malte Thießen* (Hrsg.), Varianten des Wandels. Neue Perspektiven auf die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2022, Paderborn 2023, S. 433–461.

3 *Lars Amenda/Sonja Grünen*, Tor zur Welt. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, Hamburg 2008.

4 Interview mit Madeleine Bauer (Alias) am 16.5.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Werkstatt der Erinnerung (FZH/WdE) 2114, S. 36. Alle Interviewzitate sind pseudonymisiert und für eine bessere Lesbarkeit sprachlich bearbeitet, ohne den Sinn zu verändern.

und (Nicht-)Zugehörigkeiten, die sie im städtischen Raum verortet und in translokalen und biografischen Bezügen darstellt, spricht sie unterschiedliche Facetten des Ankommens an, die wir am Beispiel Hamburg untersuchen wollen: Wie erzählen Menschen mit Migrationsgeschichte in Oral-History-Interviews ihr Ankommen in der Stadt, welche Narrative und Diskurse greifen sie dabei auf und wie positionieren sie sich dazu? Und: Wie verorten sie ihre Migrationserfahrungen (trans-)lokal, wie verhandeln sie Migration als soziales und historisches Phänomen und auf welche Weise verbinden sie ihr migrantisches Erfahrungswissen mit ihrem eigenen Lebensweg?

Migrationshistorische Verortungen

Die Fragen knüpfen an vier Zugänge an, die neuere Ansätze der Migrationsgeschichte seit einigen Jahren einfordern. Der Beitrag setzt daher erstens auf der subjektiv-biografischen Ebene an und rückt mit der Analyse lebensgeschichtlicher Interviews die Agency von Migrant:innen – ihre Wirklichkeitskonzeptionen, Deutungsmuster, Handlungsoptionen und Verarbeitungsstrategien – ins Zentrum.[5] Zweitens verbindet er zwei Perspektiven wissensgeschichtlicher Migrationsforschung, indem nach dem Wissen *von* Migrant:innen *über* Migration gefragt wird.[6] Drittens werden Migrationen in ihrem lokalen Kontext verortet, um den nationalen Blick der Historiografie zu erweitern.[7] Dafür bieten sich Städte besonders an, weil sich in ihnen räumliche Bewegungen von Migrant:innen verdichten, was diese stark prägt. Urbane Räume sind Resultat sozialer (Inter-)Aktionen von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Verfestigte städtische Strukturen, topografisch lokalisierbare Orte und geografische Grenzen wirken wiederum auf deren Bewegungen.[8] Viertens fokussiert der Beitrag nicht, wie sonst in der Migrationsforschung üblich, *eine* meist national definierte und homogen imaginierte Migrationsbewegung oder Gruppe. Im Sinne einer »Entmigrantisierung« der Migrationsforschung sollen hier Kategorien aufgebrochen und Konzepte hinterfragt werden, die Migrant:innen als »die Anderen« (re-)produzieren.[9] Wir folgen damit Barbara Lüthi,

5 Vgl. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 311–314.

6 Vgl. *Simone Lässig/Swen Steinberg*, Knowledge on the Move. New Approaches toward a History of Migrant Knowledge, in: GG 43, 2017, S. 313–346, hier: S. 320–323.

7 Vgl. *Maria Alexopoulou*, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020; *dies.*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: AfS 56, 2016, S. 463–484.

8 Zu relationalen Raumtheorien vgl. grundlegend: *Martina Löw*, Raumsoziologie, Frankfurt am Main 2012 (zuerst 2000), S. 224–230; zum Zusammenhang von Mobilität und Stadt in geschichtswissenschaftlicher Perspektive vgl. jüngst: *Felizitas Schaub*, Stadtnomaden. Mobilität und die Ordnung der Stadt: Berlin und Prag (1867–1914), Göttingen 2023.

9 *Barbara Lüthi*, Was kommt nach dem »transnational turn«? Migration Studies und Migrationsgeschichte in der Zeitgeschichte, in: ZfG 70, 2022, S. 8–17, hier: S. 8; vgl. dazu auch grundlegend: *Michael G. Esch/Patrice G. Poutrus*, Zeitgeschichte und Migrationsforschung. Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2, 2005, S. 338–344; *Janine Dahinden*, A Plea for the »De-migranticization« of Research on Migration and Integration, in: Ethnic and Racial Studies 13, 2016, S. 2207–2225; zur Kritik an der ethnisch-nationalen Brille in der

die fordert, dass »in der Migrationsgeschichte eine Pluralität an ›Stimmen‹ und ›Standpunkten‹ sichtbarer und hörbarer werden [muss], um ein umfassenderes Bild der vielfältigen Logiken des Umgangs mit Menschen und Staaten mit Phänomenen wie Migration, Mobilität und Flucht zu erlangen«.[10] Methodisch eignet sich dafür insbesondere Oral History, wie nicht nur sie betont. Oral-History-Interviews geben Aufschluss darüber, wie Menschen historische Erfahrungen erinnern und sie subjektiv mit Sinn ausstatten. Diese eigensinnigen Deutungen und pluralen Wirklichkeitskonzeptionen haben das innovative Potenzial, historiografische Meistererzählungen und Zäsuren herauszufordern, bekannten Ereignissen neue Facetten hinzuzufügen und sie in ein anderes Licht zu rücken. Geht es um die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung historischer Ereignisse und ihre Rückwirkung auf die Gesellschaft, so ist diese Methode auch deshalb relevant, weil sie über ihre heuristische Funktion zu neuen Fragen führt.[11] Lebensgeschichtliche Interviews mit Migrant:innen ermöglichen, ihre Agency und ihr Erfahrungswissen sowie Migrationen im Lokalen zu untersuchen. Denn in Interviews bringen historische Akteur:innen ihre räumlich verorteten Erfahrungen in eine sinnstiftende Ordnung und bauen sich narrativ einen lebensweltlichen Wissensvorrat auf, auf dessen Basis sie handeln und (historische) Wirklichkeiten schaffen.[12] Unerlässlich ist es, diese Erzählungen vor dem Hintergrund der spezifischen Lebens- und Migrationswege der Befragten zu betrachten, denn Migrationen finden stets in einem konkreten historisch-gesellschaftlich geprägten Raum statt und sind von biografischen Verläufen bestimmt. Erfahrungen vor, während und nach der Migration prägen das Erleben des Weggehens, Unterwegsseins, Ankommens, Bleibens, Zurückkehrens oder Weiterwanderns. Migrationserfahrungen verändern zudem lebensgeschichtliche Deutungen und biografische Perspektiven.[13]

Die Migrationserzählungen im Überblick

Als Quellenbasis für unsere Ausführungen dienen lebensgeschichtliche Interviews, die wir innerhalb des Jahres 2023 im Projekt »Open City Hamburg? Migration in der

Konzeption von Migrationsstudien vgl. *Nina Glick Schiller/Ayse Çağlar*, Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies. Migrant Incorporation and City Scale, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 35, 2009, S. 177–202, hier: S. 184 f.

10 *Lüthi*, Was kommt nach dem »transnational turn«?, S. 16.

11 *Alexander von Plato*, Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der mündlichen Geschichte in Deutschland, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebenslaufanalysen 4, 1991, S. 97–119, hier: S. 98; vgl. auch: *Alessandro Portelli*, What Makes Oral History Different, in: *Robert Perks/Alistair Thomson* (Hrsg.), The Oral History Reader, Abingdon/New York 2016, S. 48–57.

12 Zum Konzept der Lebenswelt als erfahrungsbasierter Wissensvorrat, der das handlungsleitende Weltverständnis von Menschen ausmacht, vgl. *Alfred Schütz/Thomas Luckmann*, Strukturen der Lebenswelt, Konstanz 2003, S. 33.

13 Vgl. *Bettina Dausien*, Migration, Biographie, Geschlecht. Zur Einführung in einen mehrwertigen Zusammenhang, in: *dies./Marina Calloni/Marianne Friese* (Hrsg.), Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung, Bremen 2000, S. 9–24; vgl. *Jochen Oltmer*, Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Bonn 2020 (zuerst 2017), S. 20–22.

Stadt erzählen und sichtbar machen« geführt haben. Das Ziel bestand darin, vielfältige Migrationserzählungen zu erheben und sie im Oral-History-Archiv »Werkstatt der Erinnerung« (WdE) an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) zu archivieren, um sie für die zukünftige Geschichtsforschung zugänglich zu machen.[14] Konzipiert als Citizen Science, waren alle Hamburger:innen mit persönlichem oder familiärem Migrationsbezug eingeladen, sich zu beteiligen und ein Interview zu geben, Kontakte zu vermitteln oder selbst zu interviewen. Im knapp einjährigen Förderzeitraum sind insgesamt 19 lebensgeschichtliche, mehrstündige und teils mehrteilige Interviews entstanden, die – von Süd- und Nordamerika über Europa und den Nahen Osten bis nach Südostasien – mehr als 20 Länder erwähnen.[15] Die Interviewpartner:innen wurden zunächst über Anfragen bei migrantischen Organisationen und persönliche Kontakte gefunden, im weiteren Verlauf über das sogenannte Schneeballsystem. Für den Aufsatz analysieren wir zehn der 19 Interviews und fokussieren auf die Befragten, die bewusst einen eigenen Wanderungsprozess durchlebt haben. Ausgeschlossen werden demnach Interviews mit Personen, die in Hamburg geboren wurden oder als Kleinkind mit ihren Eltern hierherkamen. Keine Berücksichtigung finden auch die Narrative der Interviewten, deren Ankunft in Hamburg sehr nah an der Gegenwart liegt, weil darin die reflexive Distanz zur Migrationserfahrung eine gänzlich andere ist als bei Menschen, die schon lange hier leben. Diese Auswahlkriterien ergeben eine Zusammenstellung von Interviews mit Personen, die zwischen 1970 und 2009 nach Hamburg migrierten. Sie erreichten eine Stadt, die unterschiedlich wahrgenommen wurde und wird: Während sie hierzulande – und ihrem Selbstverständnis nach – als weltgewandte Groß- und Hafenstadt gilt, ist sie im globalen Vergleich weniger bedeutend, wird meist zu den sekundären Global Cities gezählt und steht damit hinter den international führenden Metropolen zurück.[16]

---

14 Die Perspektive und Agency der Migrierenden stärker zu berücksichtigen, scheitert häufig an den fehlenden Quellen. Vgl. *Bettina Severin-Barboutie*, Historische Migrationsforschung auf dem Prüfstand, in: *Roland Deigendesch/Peter Müller* (Hrsg.), Archive und Migration. Vorträge des 73. Südwestdeutschen Archivtags, Stuttgart 2014, S. 10–17, hier: S. 13 f.; zur Werkstatt der Erinnerung vgl. *Linde Apel*, Ein besonderes Gedächtnis der Stadt? Eine Bestandsaufnahme zum 30-jährigen Jubiläum der Werkstatt der Erinnerung, in: *dies*. (Hrsg.), Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert, Berlin 2022, S. 49–80.

15 Vgl. *Andrea Althaus/Linde Apel/Jana Matthies*, Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science, in: Zeitgeschichte in Hamburg. Jahrbuch der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 66–78. Auszüge aus den Interviews sind auf der Webseite der FZH zu finden, vgl. URL: <https://zeitgeschichte-hamburg.de/open-city-hamburg.html> [11.12.2023]; zum Citizen-Science-Ansatz in Oral-History-Projekten vgl. *Andrea Althaus*, Perfect Match? Zum Zusammenspiel von Oral History und Citizen Science, in: Moderne Stadtgeschichte 1/2024, S. 48–59.

16 So zum Beispiel *Christof Parnreiter*, Managing and Governing Commodity Chains: The Role of Producer Service Firms in the Secondary Global City of Hamburg, in: Die Erde 1, 2015, S. 1–15; zu historischen Dimensionen dieser Ambivalenz vgl. *Christoph Strupp*, »Mittler zwischen Ost und West« und »Tor zur Welt«. Die Hamburger Sehnsucht nach einer geopolitischen Sonderstellung im Kalten Krieg, in: *Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala* (Hrsg.), Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945, Bielefeld 2020, S. 177–193.

Für unser Sample ist Hamburg als Zielort der kleinste gemeinsame Nenner und nicht – wie in der Migrationsforschung üblich – eine ethnisch-national definierte Gruppe oder eine spezifische Form der Migration. Die Befragten unterscheiden sich hinsichtlich der Beweggründe, des Alters, des Migrationszeitpunkts sowie der sozialen und geografischen Herkunft. Sie kamen als Geflüchtete oder der Arbeit, Bildung und Liebe wegen nach Hamburg. Zwei der befragten Personen nahmen hier eine Arbeit auf, repräsentieren als Au-pair und als Universitätsprofessor jedoch zwei sehr unterschiedliche Formen von Arbeitsmigration. Zwei Interviewpartner:innen setzten an einer Hamburger Hochschule ihr Studium fort, das sie in ihren Herkunftsländern begonnen hatten. Vier Interviewte kamen durch die Hochzeit mit einem Hamburger in die Stadt. Ein Befragter, der vor politischen Repressionen in Afghanistan nach Deutschland geflüchtet war, fand hier Asyl. Zu den Befragten gehört zudem eine Person, die im Alter von elf Jahren als Sohn eines politischen Emigranten aus Istanbul nach Hamburg kam. Die anderen Interviewten waren zum Zeitpunkt der (ersten) Ankunft zwischen 20 und 26 Jahre alt – mit Ausnahme des Hochschulprofessors, der mit 35 Jahren nach Hamburg kam (zuvor aber bereits seit 25 Jahren in Deutschland lebte). Sechs Interviewpartner:innen sind in außereuropäischen Staaten aufgewachsen (Afghanistan, Syrien, Indonesien, China und Türkei). Vier Personen lebten vor ihrer Migration in einem europäischen Land (Frankreich, Polen und Bulgarien) – aber nur eine konnte von der EU-Personenfreizügigkeit profitieren.[17] Mehr als die Hälfte der befragten Personen (sechs) kam zwischen 1983 und 1993 nach Hamburg, drei zwischen 2006 und 2009 und eine Person im Jahr 1970. Zwei der Befragten migrierten zwischenzeitlich in andere Länder und kehrten nach einigen Jahren nach Hamburg zurück. Vier Personen hatten vor ihrer Zuwanderung nach Hamburg bereits einige Zeit in einer anderen deutschen Stadt gelebt. Die Jahrgänge der Gesprächspartner:innen reichen von 1948 bis 1986, sie waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 37 und 75 Jahre alt. Sieben der zehn Interviewten sind weiblich. Fast alle haben einen akademischen Hintergrund, konnten in Hamburg jedoch vielfach nicht (gleich) entsprechend ihrer Qualifikation eine Arbeit finden. Zum Zeitpunkt des Interviews befanden sich die meisten in einigermaßen gesicherten finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen. Vier von ihnen sind bereits im Ruhestand, zwei sind selbstständig und drei als Angestellte in mittleren Positionen tätig. Eine der interviewten Personen studiert berufsbegleitend. Neun Interviewte führen einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind eingebürgert. Eine Person hatte zum Zeitpunkt des Interviews große Probleme bei der Verlängerung ihrer befristeten Aufenthaltserlaubnis. Aus diesem knappen Überblick wird deutlich, dass die Quellengrundlage keinesfalls eine statistische Repräsentativität für sich beanspruchen will.[18] Der Überhang an akademisch gebildeten Frauen und an Menschen, die in mittelständischen Verhältnissen leben, hängt

17 Die vertretenen Bezugsländer sind für Hamburg relativ typisch. Sie rangieren – mit Ausnahme von Indonesien und China – unter den zehn häufigsten Bezugsländern inner- und außerhalb der EU. Vgl. »Top 30«-Ranking der Bezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg (Stand: 31.12.2022), in: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.), Statistische Berichte. Kennziffer A I 10 - j 22 HH, S. 11 f.

18 Zur Problematisierung der Repräsentativität in der Oral History vgl. *Lynn Abrams*, Oral History Theory, London/New York 2016, S. 6 f.

mit dem Entstehungskontext der Interviews zusammen. Sich von einem Citizen-Science-Projekt angesprochen zu fühlen und gegenüber Historikerinnen das eigene Leben in einer freien Erzählung in Worte zu fassen und als konsistente Geschichte zu präsentieren, erfordert neben ausreichend Deutsch- oder Englischkenntnissen[19] das Interesse, die Zeit und die Muße, sich in der Freizeit an einer wissenschaftlichen Wissensproduktion zu beteiligen. Da die Förderlinie, in deren Rahmen das Projekt finanziert war, eine maximale Laufzeit von 12 Monaten vorsah, war ein Nachjustieren des Samples nur bedingt möglich. So fehlen etwa Migrant:innen, die sich heute noch in prekären Lebensverhältnissen befinden oder mit denen wir uns aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen nicht verständigen konnten. Die Interviewten repräsentieren also keineswegs alle Hamburger:innen mit Migrationsgeschichte und die Vielfalt der hier versammelten Migrationsformen, -verläufe und -erfahrungen sowie ihre subjektiv-individuelle Vergegenwärtigung im lebensgeschichtlichen Erzählen sind in vielerlei Hinsicht kontingent. Kontingenz – im soziologischen Sinn verstanden als prinzipielle Offenheit menschlicher Erfahrung – ist jedoch, wie Simone Lässig und Swen Steinberg betonen, zentral für das Verständnis von Migrationsprozessen.[20] Ein kontingentes Sample ermöglicht es, Komplexitäten, Ambiguitäten und Pluralitäten sichtbar zu machen, die Migrationsprozesse genuin auszeichnen, in statistischen Kategorisierungen und medialen Darstellungen jedoch viel zu selten differenziert dargestellt werden. Wir können auf der Basis der hier analysierten Interviews zwar keine generalisierenden Aussagen über *die* Migrant:innen in Hamburg fällen. Es ist uns jedoch möglich, diesen eindimensionalen Begriff aufzubrechen und homogenisierenden, nivellierenden Darstellungen entgegenzuwirken. In einer dichten Beschreibung wollen wir zeigen, wie nuancenreich das Ankommen in Hamburg von Menschen erzählt wird, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie als Migrant:innen gelten. Bei der Auswertung setzen wir auf der biografisch-narrativen Einzelfallebene an und analysieren die Erzähltexte zunächst in ihrer biografischen und situativen Gebundenheit. Darauf aufbauend vergleichen wir die Migrationserzählungen auf thematischer Ebene und interpretieren sie in ihren historischen Kontexten.[21] Im Folgenden steht am Beispiel des Themenkomplexes Sprache die Frage im Zentrum, wie die Interviewten ihr Ankommen in Hamburg erzählen und wie diese Ankommenserzählungen biografisch und historisch gebunden sind (I.). Dann widmen wir uns dem (Erfahrungs-)Wissen der befragten Personen über Migration als gesellschaftlich-historisches Phänomen (II.), bevor wir abschließend danach fragen, wie die Migrationserzählungen lokal verortet sind und welche Perspektiven auf die Stadt daraus entwickelt werden (III.).

19 Kosten für Dolmetscher:innen waren im Projekt nicht vorgesehen.

20 *Lässig/Steinberg*, Knowledge on the Move, S. 316.

21 Zur Interpretation von Oral-History-Interviews in ihren diversen Kontexten vgl. *Andrea Althaus/Linde Apel*, Oral History, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 28.3.2023, URL: <https://docupedia.de/zg/althaus_apel_oral_history_v1_de_2023> [11.12.2023].

I. Ankommen erzählen: Sprache, Sprachlosigkeit und Mehrsprachigkeit

Ankommen meint nicht nur das physische Ankommen an einem konkreten Ort, sondern auch das mentale und soziale Ankommen, das Jahre nach der ersten Ankunft in Hamburg liegen kann und nicht abzuschließen ist.[22] Es gibt unendlich viele Möglichkeiten des Ankommens, das wir generell als offenen Prozess verstehen, in dem sich Menschen über Orte und soziale Beziehungen eine für sie fremde Umgebung aneignen.[23] Der Übergang zur Beheimatung ist dabei fließend.[24] Wie die Interviewten ihr Ankommen in Hamburg erzählen und welche Schwerpunkte sie setzen, ist in hohem Maße individuell und kontextabhängig. Soziale Herkunft, kulturelle Prägungen, Migrationsverlauf, persönliche Situation zum Zeitpunkt des Interviews, Alter, Geschlecht und weitere analytische Differenzkategorien bedingen in ihrer intersektionalen Verflechtung die Narrative. Die Interviewten kommen in unterschiedlichen Hamburgs an, nicht nur, aber auch, weil sie die Stadt zu unterschiedlichen historischen Zeiten erreichten. Es gibt jedoch augenfällige Gemeinsamkeiten, die – zeithistorischen Zäsuren zum Trotz – von Angehörigen verschiedener (Ankunfts-)Generationen und von Personen unterschiedlicher Herkunft gleichermaßen ins Feld geführt werden. So räumen ausnahmslos alle Interviewten dem Thema Sprache viel Platz in ihren Erzählungen über das Ankommen ein. Alle verweisen darin auf fehlende oder vorhandene Kenntnisse der deutschen Sprache. Die 1980 in Aleppo geborene Chedin Sayel, die 2006 einen Hamburger mit syrischen Wurzeln heiratete und zu ihm zog, erzählt, dass sie anfangs vollständig isoliert gewesen sei: »Es war schlimm. Ich hatte keinen Kontakt zu den Leuten hier, habe nur Arabisch gesprochen, und wenn jemand auf Deutsch geredet hat, habe ich nichts verstanden.«[25] Mehrere Jahre habe sie sich sozial komplett abgeschottet gefühlt, bis ein Sprachkurs ihr dabei geholfen habe, die Isolation zu überwinden. Chedin Sayel, die in Syrien Soziologie studiert hatte, erzählt vom Erlernen der deutschen Sprache als narrativem Wendepunkt, als *dem* Moment, in dem sie hier Fuß fasste. Sie habe nicht bei null, sondern sogar bei »minus« anfangen müssen, weil ihr syrischer Studienabschluss nicht anerkannt worden sei. Ihr Spracherwerb sei jedoch der erste Schritt auf dem Weg zu ihrer Befreiung aus einer unglücklichen Ehe und in der Folge auch der Startpunkt für gesellschaftlichen Aufstieg und berufliche Entfaltung gewesen.[26]

---

22 Vgl. *Ludger Pries*, Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung, Frankfurt am Main/New York 2016, S. 130–182.

23 *Nora Friederike Hoffmann*, ›Ankommen‹ in der postmigrantischen Gesellschaft. Die Analyse von Prozessen der Raumkonstitution an neuen Lebensorten, in: Zeitschrift für Qualitative Forschung 22, 2021, S. 39–55; *Amalia Barboza*, ¿Cuándo llegaré? Topographien des Ankommens, in: *dies./Stefanie Eberding/Ulrich Pantle* u. a. (Hrsg.), Räume des Ankommens. Topographische Perspektiven auf Migration und Flucht, Bielefeld 2013, S. 123–136.

24 *Marita Krauss*, Heimat – eine multiperspektivische Annäherung, in: *Natalia Donig/Silke Flegel/Sarah Scholl-Schneider* (Hrsg.), Heimat als Erfahrung und Entwurf, Berlin/Münster etc. 2009, S. 33–49.

25 Interview mit Chedin Sayel (Alias) am 14.2.2023 in Hamburg. Interviewerinnen: Jana Matthies und Andrea Althaus, FZH/WdE 2109, S. 32 und 53.

26 Ebd., S. 26 f.

Xiao Yu-Schmid, die 1963 in Beijing geboren wurde und als Studentin der Wirtschaftswissenschaften 1987 – also 20 Jahre vor Chedin Sayel – nach Hamburg kam, erzählt ebenfalls von einer sprachbedingten Isolation in der Anfangszeit. Sie bezieht dies jedoch weniger auf ein soziales als auf ein intellektuelles Abgeschottet-Sein, weil sie die Nachrichten nicht verstehen und nicht habe mitreden können, wenn es darum ging, was in der Welt und um sie herum passierte. Das habe ihren »geistigen Standard« um mindestens fünf Jahre zurückgeworfen.[27] Ende der 1980er-Jahre war von Internet in Privathaushalten noch keine Rede und Kommunikationsmöglichkeiten oder chinesischsprachige Medien waren nicht so leicht verfügbar. Deutsch zu lernen sei für sie jedoch anders als bei Chedin Sayel nicht die große Befreiung, sondern mit vielen Ängsten und psychischem Druck verbunden gewesen, weil nicht nur ihr Studienerfolg, sondern auch ihr Aufenthaltsstatus davon abgehangen habe: »Damals hätte ich nach China zurückkehren müssen, wenn ich die Sprachprüfung nicht bestanden hätte, das wäre ein Desaster gewesen.«[28] Migrationsrechtliche Regelungen prägten nicht nur ihren Alltag in der Anfangszeit, sondern bestimmten auch ihren beruflichen Werdegang. Sie erinnert, dass es ihr behördlich verboten gewesen sei, das Studienfach zu wechseln, was sie sehr bedauere, denn eigentlich habe sie Betriebswirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsmöglichkeiten nie gemocht.[29] Elin Lestari (Jg. 1986), die 2008 als Au-pair nach Ahrensburg bei Hamburg kam, nachdem sie im indonesischen Bandung einen Bachelorabschluss in den Fächern Deutsch und Business Administration gemacht hatte, erzählt den Besuch eines Deutschkurses ebenfalls als biografisch wegweisend. Nicht nur, weil sie dort gute Freund:innen gefunden, sondern weil die Kursleiterin ihr Möglichkeiten aufgezeigt habe, in Hamburg bleiben zu können, um hier ihr Studium fortzusetzen.[30] Deutschkurse sind im Interview mit Elin Lestari nicht zuletzt deshalb ein großes Thema, weil sie heute hauptberuflich als Sprachkurskoordinatorin tätig und unter anderem dafür zuständig ist, »Integrationskurse« zu betreuen, die seit 2005 für viele Zuwandernde obligatorisch sind.[31] Aus dieser Position reflektiert sie über den Zusammenhang von Sprache und Zugehörigkeit. Wenn jemand Deutsch mit Akzent spreche, werde diese Person von der deutschen Umgebungsgesellschaft sofort als Migrant:in wahrgenommen und in der Folge minderwertig behandelt.[32] In ähnlicher Weise verbindet die vor fast 40 Jahren aus China zugewanderte Xiao Yu-Schmid die ihr zugeschriebene Nichtzugehörigkeit mit ihrer (Aus-)Sprache: »Noch im Jahr 2023 fragen mich die Leute nach drei Sätzen: ›Woher kommen Sie?‹ Wenn ich sage: [aus dem Hamburger Vorort] ›Wedel‹, sagen sie trotzdem: ›Mmmh, woher kommen Sie wirklich?‹ Es kann sein, dass sie

27 Interview mit Xiao Yu-Schmid (Alias) am 10.10.2023 in Wedel. Interviewerin: Andrea Althaus, FZH/WdE 2128, S. 26.
28 Ebd., S. 31.
29 Ebd., S. 32.
30 Interview mit Elin Lestari (Alias) am 17.6.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2121, S. 20.
31 Vgl. Christoph Schroeder, Integration und Sprache, in: APuZ 57, 2007, H. 22–23, S. 6–12, hier: S. 9; vgl. Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30.7.2004. BGBl Jahrgang 2004, Teil I, Nr. 41, §43–45, Bonn, 5.8.2004.
32 Interview Lestari, S. 66.

freundlich sind, aber sie reden langsam mit mir und reduzieren ihre Sprache so einfach wie möglich. Ich denke, wahrscheinlich ist mein Deutsch so schlecht.«[33] Sie stellt die sprachlich bedingte Differenzerfahrung als spezifisch deutsches Phänomen dar, indem sie in der gleichen Passage betont, dass ihr Vergleichbares auf ihren vielen Geschäftsreisen in den USA nie geschehen sei. Mehr als die Hälfte der befragten Personen hebt hervor, dass Akzente, Sprachfärbungen, grammatikalische Eigenheiten und das Sprechen einer anderen Sprache ihnen das Ankommen erschwert hätten, weil sie permanent und oft Jahrzehnte nach ihrer physischen Ankunft in Hamburg als »anders« markiert würden. Je nach Herkunft variieren die Zuschreibungen. Die eingangs zitierte Madeleine Bauer, die seit 53 Jahren in Hamburg lebt, erzählt, dass ihre Sprachfärbung viele Jahre kommentiert worden sei: »Ich wurde immer als die kleine Französin wahrgenommen. Das war das Erste, was die Leute angesprochen haben, und das hat mich genervt. Das war ein Stempel, ich fühlte mich überhaupt nicht ernst genommen, war wohl auch so.«[34] Die latent sexistischen und verniedlichenden Kommentare seien zwar oft tendenziell positiv gemeint gewesen, die Reduzierung auf die Herkunft und die damit assoziierten Zuschreibungen habe Madeleine Bauer jedoch als äußerst unangenehm empfunden. Elena Petrova (Jg. 1986), die 2009 für ihr Masterstudium aus Sofia nach Hamburg kam, habe sogar versucht, im öffentlichen Raum möglichst wenig Bulgarisch zu sprechen, um nicht aufzufallen und »etikettiert« zu werden.[35] Im Vergleich zur französischen ruft die bulgarische Sprache in Deutschland andere und meist nicht besonders freundliche Kommentare hervor. Die rassistischen Diskurse der 2000er- und 2010er-Jahre über »Sozialschmarotzer« und »Wirtschaftsmigranten« aus den neuen EU-Beitrittsländern zeigen hier ihre Wirkung auf individual-biografischer Ebene.[36] Das Bulgaren-»Etikett« verhindere, dass sie als beruflich erfolgreiche Person wahrgenommen werde: »Manchmal möchte ich einfach, dass man sich nicht damit beschäftigt, woher ich komme […], sondern dass ich dafür beachtet werde, was ich gemacht und erreicht habe.«[37] Die deutsche Sprache war für Elena Petrova, im Gegensatz etwa zu Xiao Yu-Schmid und Chedin Sayel, nie ein Problem. Da sie in Bulgarien Deutsch als zweite Fremdsprache gelernt, vor ihrem Umzug nach Hamburg einen Intensivsprachkurs in Düsseldorf besucht und ein Austauschsemester in Dresden gemacht habe, sei ihr das Einleben hier leichtgefallen: »Da ich die Sprache gut konnte, konnte ich mich auch gut integrieren.«[38] Das Zusammendenken von Sprachkenntnissen und »Integration« verweist auf Integrationsdebatten, die in den 1970er-Jahren wurzeln und seit der Jahrtausendwende intensiviert geführt

33 Interview Yu-Schmid, S. 47.

34 Interview Bauer, S. 27.

35 Interview mit Elena Petrova (Alias) am 7.2.2023 in Hamburg. Interviewerinnen: Andrea Althaus und Jana Matthies, FZH/WdE 2106, S. 74.

36 Eins von zahllosen Beispielen: Gesetzentwurf zur Einwanderung. So will die Regierung Sozialbetrüger stoppen, in: Bild, 28.7.2014, URL: <https://www.bild.de/politik/inland/zuwanderung/regierung-startet-initiative-gegen-sozial-schmarotzer-37419862.bild.html> [22.1.2024]; kontextualisierend vgl. *Yasen Georgiev*, Bulgarien im Fokus. Migration und ihre Auswirkungen zwanzig Jahre nach der Wende, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 57, 2009, S. 404–424.

37 Interview Petrova, S. 62 und 66.

38 Ebd., S. 14.

werden.[39] Als das Zuwanderungsgesetz 2005 nach langjährigen Diskussionen in Kraft trat, schrieb es erstmals rechtlich einheitliche Auflagen zur Integration fest, die insbesondere auf den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse zielen. In den aktuellen Migrationsdebatten spielt das Thema Sprache ebenfalls eine zentrale Rolle und wird als *der* Schlüssel zur sogenannten Integration dargestellt.[40] So erstaunt es nicht, dass mehr als die Hälfte der Interviewten diesen Zusammenhang hervorhebt. Franz Grajewski (Jg. 1948), der in Polen in einer deutschsprachigen Familie aufgewachsen ist, mit seinen Eltern im Alter von zehn Jahren ins Rheinland zog und 1983 auf eine Professur in Hamburg berufen wurde, meint etwa, dass sein Ankommen in der Bundesrepublik reibungslos verlaufen sei, weil er die deutsche Sprache beherrschte: »Es gab eigentlich keine Probleme von der Sprache her und auch von der Integration her. Da kann man sehen, dass das eben nicht das übliche Migrantenschicksal ist.«[41] Er musste sich zwar formal einbürgern lassen, hinterfragt jedoch diese Kategorie gleich im ersten Satz: »Meine Einordnung in die Gruppe der Migranten ist etwas problematisch, weil meine Familie komplett deutsch gewesen ist.«[42] Die Verbindung von Nation, Kultur und Sprache, die Grajewski hier zieht, spielt für die deutsche Nationsbildung eine große Rolle und lässt sich bis weit ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen.[43] Das Thema Sprache kommt in seiner Erzählung noch auf eine gänzlich andere Weise als in den meisten anderen Interviews vor. Seine Mehrsprachigkeit, die er in den ersten Sätzen des Interviews platziert, zieht sich wie ein roter Faden durch sein als ausgeprägte Berufsbiografie komponiertes Gesamtnarrativ. Seinen beruflichen Werdegang, dessen Fluchtpunkt eine Professur für Osteuropäische Geschichte ist, begründet er damit, dass er aufgrund seiner Herkunft fließend Polnisch spreche und ihm der Erwerb anderer Sprachen als bilingualer Muttersprachler leichtfiele. Mehrsprachigkeit stellt er als Ressource, Wettbewerbsvorteil und Antrieb seiner Karriere dar.

Madeleine Bauer, deren Muttersprache Französisch ist, setzt das Thema Mehrsprachigkeit ebenfalls relevant, verhandelt es jedoch mit mehr Ambivalenz. Zum

39 Vgl. dazu *Özkan Ezli/Andreas Langenohl/Valentin Rauer* u. a. (Hrsg.), Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft, Bielefeld 2013.

40 Ganz aktuell das meinungsmachende »BILD-Manifest« gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit, das 50 Punkte zum Zusammenleben in Deutschland umfasst. Unter Punkt 4 – nach Unantastbarkeit der Würde, Glaubensfreiheit und Bekenntnis zur Rechtsordnung – steht: »Wer bei uns dauerhaft leben möchte, muss Deutsch lernen. Nur wenn wir dieselbe Sprache sprechen, werden wir uns verstehen.«, BILD-Manifest: Deutschland, wir haben ein Problem!, in: BILD, 29.10.2023, URL: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/deutschland-wir-haben-ein-problem-hier-lesen-sie-das-bild-manifest-85895408.bild.html> [13.12.2023].

41 Interview mit Franz Grajewski (Alias) am 26.6.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2117, S. 14.

42 Ebd., S. 2. Das Grundgesetz (§ 116 Abs. 1) legt fest, dass Menschen »deutscher Volkszugehörigkeit« – darunter fallen beispielsweise Vertriebene oder eben Aussiedler aus kommunistischen Staaten – Deutsche und einzubürgern sind. Vgl. *Dieter Gosewinkel*, Wie wird man Deutscher? Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeit während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Rudolf von Thadden/Stefan Kaudelke/Thomas Serrier* (Hrsg.), Europa der Zugehörigkeiten. Integrationswege zwischen Ein- und Auswanderung, Göttingen 2007, S. 93–112, hier: S. 110 f.

43 Vgl. *Christian Jansen/Henning Borggräfe*, Nation, Nationalismus, Nationalität, Frankfurt am Main 2020, S. 34–81.

einen sei sie aufgrund ihrer Französischkenntnisse vielfach wertgeschätzt worden, etwa während ihrer Zeit als Au-pair in einer frankophilen Familie in Düsseldorf oder später im beruflichen Alltag als Fremdsprachenassistentin am Internationalen Seegerichtshof. Zum anderen empfinde sie das Leben in, mit und zwischen zwei Sprachen als herausfordernd, denn Sprache verändere sich. Wenn sie mit der Entwicklung ihrer Muttersprache mithalten wolle, müsse sie sich anstrengen. Sie könne und wolle sich nicht mit einem »Siebziger-Jahre-Französisch« zufriedengeben.[44] Mit der Wandelbarkeit von Sprache verweist Madeleine Bauer auf einen Aspekt, den neben ihr fünf weitere Interviewparter:innen hervorheben. Vielfach geschieht dies im Zusammenhang mit der Frage, in welcher Sprache sie sich »wohler« fühlten. So positioniert sich etwa Elena Petrova dezidiert gegen die auch in der translokalen Oral History verbreitete Annahme, dass Migrant:innen sich im Deutschen nicht so ausdrücken könnten, wie sie es möchten, und daher beispielsweise Interviews vorzugsweise in deren Muttersprache zu führen seien.[45] Sie argumentiert: »Ich finde, die [passende] Sprache hängt damit zusammen, was man in welcher Sprache erlebt hat, weil ich nach 13 Jahren hier festgestellt habe, dass es Themen gibt, die ich viel besser auf Deutsch ausdrücken kann, weil ich eine bestimmte Entwicklung hier, in dieser Sprache, gemacht habe.«[46] Die Aussagen von Madeleine Bauer und Elena Petrova zur Wandelbar- und Kontextabhängigkeit von Sprache sind ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Wohlfühlsprache für Migrant:innen, die schon länger in Deutschland leben, nicht per se und alleine die Muttersprache ist.[47] Dieses Beispiel zeigt, wie aufschlussreich es sein kann, beim Schreiben von Migrationsgeschichte das Erfahrungswissen von Migrant:innen über Migration wahrzunehmen.

II. Über Migration sprechen. Oder: Migrant:innen sind immer die anderen

Dass Sprache *die* zentrale Zugehörigkeitskategorie ist, zeigt sich in den Interviews auch daran, dass andere Zugehörigkeitskategorien wie beispielsweise Staatsbürgerschaft eine deutlich weniger wichtige Rolle spielen. Obwohl sieben der zehn Interviewten die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, erwähnen sie dies im Interview oft nur am Rande oder auf Nachfrage, ganz ähnlich wie das Themenfeld des Rassismus und der rechtsextremen Gewalt, das ebenfalls nur selten gestreift wird. Die meisten der befragten Personen ließen sich aus rein praktischen Gründen einbürgern: Als Hauptgründe benennen sie Reisefreiheit[48], Kreditwürdig-

44 Interview Bauer, S. 19 f.

45 Vgl. etwa *Elke Scherstjanoi*, Oral History in der Fremde. Überlegungen zu Verständnisproblemen in sprach- und kulturübergreifenden Erinnerungsprojekten am Beispiel von Interviews in Russland, in: BIOS 21, 2008, S. 241–255.

46 Interview Petrova, S. 75.

47 Bis auf Chedin Sayel, die bedauert, dass sie sich auf Deutsch nicht so ausdrücken kann, wie sie es möchte (Interview Sayel, S. 72), gaben alle Befragten im Interview an, dass es für sie richtig sei, das Interview auf Deutsch zu geben.

48 Vgl. beispielsweise Interview Yu-Schmid, S. 48 f.

keit[49], Entgehen der Militärpflicht im Herkunftsland[50] oder die Gewissheit, immer wieder nach Deutschland zurückkehren zu können.[51] Das Einbürgerungsprozedere beschreiben die meisten als »reibungslos«[52] und die Wirkung auf ihr inneres Empfinden als nahezu »bedeutungslos«.[53] Das hat uns zunächst erstaunt, verändert die Einbürgerung doch die Aufenthaltsbedingungen maßgeblich und erweitert direkt die politischen Rechte. Die narrative Marginalisierung mag damit zusammenhängen, dass die Einbürgerung bei den Interviewten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, bereits einige Jahre zurückliegt und zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Eine weitere Erklärung dafür ist, dass der deutsche Pass nichts an den gesellschaftlichen Zuschreibungen an Migrant:innen und den damit zusammenhängenden Diskriminierungserfahrungen – beispielsweise bei der Wohnungssuche oder auf dem Arbeitsmarkt – ändert. So bringt es der aus Istanbul stammende Filmemacher Ucan Cebi (Jg. 1983), der 1995 als Sohn eines politischen Emigranten nach Hamburg kam, lapidar auf den Punkt: »Solange man den Namen nicht ändert und auch nicht anders aussieht, hilft einem dieser Pass auch nicht weiter.«[54] In einer Gesellschaft, in der nicht nur der Alltags-, sondern auch der institutionelle Rassismus nach wie vor tief verankert und völkisches Denken verbreitet ist, wird auf vielerlei Ebenen differenziert, wer zu den ›richtigen‹ Deutschen gehört und wer nicht, oder zumindest nicht gänzlich. Das gilt nicht nur für Personen, die äußerlich sichtbar und damit in rassistischer Weise als nicht zugehörig erkannt werden. Edyta Stock-Glienke (Jg. 1968), die in der Nähe von Gdansk aufgewachsen ist und nach der Einbürgerung ihre polnische Staatsbürgerschaft behalten wollte, zitiert ihren Einbürgerungsbeamten mit den Worten: »Herzlichen Glückwunsch, Sie sind jetzt Deutsche, aber machen Sie sich nicht so viel Hoffnung, eigentlich sind Sie trotzdem immer noch Polin.«[55] Sie spricht dabei Regelungen zur Mehrstaatlichkeit an, beispielsweise welcher Staat im Katastrophenfall für den/die Doppelbürger:in zuständig ist. Edyta Stock-Glienke fühlt sich durch die degradierende, von ihr in wörtlicher Rede zitierte Aussage des Beamten als »Bürger zweiter Klasse«.[56]

Um zu verstehen, wie sich rechtlich bedingte und gesellschaftlich imaginierte Vorstellungen darüber, wer und was (ganz) deutsch ist, auf die Lebensrealitäten von Menschen mit Migrationsgeschichte auswirken, ist es wichtig, deren Meinungen, Einschätzungen und Wissen über Migration als gesellschaftlich-historisches Phänomen zu hören, die sie in den Interviews präsentieren. Mehrere Interviewpartner:innen verweisen auf (populär-)historisches Wissen und beschreiben Migration als Konstante und Universale menschlicher Erfahrung. So meint etwa Ahmad

49 Vgl. beispielsweise Interview mit Edyta Stock-Glienke (Alias) am 9.6.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2125, S. 23.
50 Vgl. Interview mit Ucan Cebi (Alias) am 19.4.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2115, S. 21.
51 Vgl. Interview Petrova, S. 67.
52 Vgl. beispielsweise Interview mit Ahmad Kadir Kadiri (Alias) am 13.6.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2119, S. 71.
53 Vgl. beispielsweise Interview Sayel, S. 57.
54 Interview Cebi, S. 58.
55 Interview Stock-Glienke, S. 23. Edyta Stock-Glienke lebt seit 1993 in Hamburg und hat sich 2021 einbürgern lassen.
56 Ebd.

Kadir Kadiri (Jg. 1961), der Anfang der 1980er-Jahre aus Afghanistan nach Deutschland flüchtete und hier 35 Jahre leitend in einer bekannten Drogeriemarktkette tätig war, gegenüber der Interviewerin ohne vordergründige Migrationsgeschichte: »Im Grunde genommen sind wir alle Migranten gewesen im Laufe der Geschichte. Ich meine, Ihre Vorfahren sind auch von irgendwo hergekommen, die waren doch nicht von Anfang an hier. Hier waren früher Wälder, nicht?«[57] Sehr ähnlich äußert sich die 37-jährige Elena Petrova, die seit 2009 in Hamburg lebt und zum Zeitpunkt des Interviews in einer Hochschulverwaltung tätig war, auf die Frage, was sie vom Begriff »Migration« halte: »Also die Menschen haben sich immer bewegt. Migration gab es absolut immer in der Geschichte der Menschheit.«[58] Gerade in Bulgarien, ihrem Herkunftsland, habe Migration eine lange Tradition, viele Bekannte und Verwandte ihrer Eltern seien ausgewandert, lange bevor von »Brain-Drain« die Rede war. Mit diesem Begriff bezieht und positioniert sie sich zu aktuellen sozialwissenschaftlichen und medialen Debatten über die Abwanderung von Fachkräften aus sogenannten Krisenländern: »Der Brain-Drain aus dem Land ist extrem. Ich gehöre dazu. Und da fragt man sich, wie wird denn eine bessere Zukunft gebaut, wenn wir alle weg sind?«[59] Eine Rückkehr, so bilanziert sie, komme jedoch aktuell nicht infrage. Das schlechte Gewissen, ihr Herkunftsland und vor allem ihre Familie dort im Stich zu lassen, ein Gefühl, das sie mit anderen hochqualifizierten Bulgar:innen teile, sei nicht stark genug, um in einem Land zu leben, wo Korruption hoch und die beruflichen Chancen klein sind: »Ich möchte etwas anderes machen in meinen besten Jahren und nicht in Bulgarien sein und das Gefühl haben, ich komme nicht weiter.«[60] 2009, als sie in Sofia ihren Bachelor im Bereich Stadtplanung gemacht hatte, war Bulgarien bereits zwei Jahre Mitglied in der Europäischen Union. Als EU-Bürgerin habe sie es als selbstverständliches Recht empfunden, ihren Master anderswo abzulegen. Aus fachlichen Gründen entschied sie sich für die HafenCity Universität in Hamburg: »Als ich für den Master hierhergekommen bin, hat sich das total normal angefühlt. Ich dachte, das steht mir zu, dass ich mobil bin, dass ich den Wohnort wechseln darf, dass ich mich woanders bilde […], dass ich hier sein und mich frei bewegen kann. Aber hier werde ich eigentlich sehr oft als Migrantin wahrgenommen, es wird nicht gesehen, was ich alles gemacht und geschafft habe und dass ich aus freiem Willen hierhergekommen bin.«[61] Mit ihrer Differenzierung zwischen »Migration« und »Mobilität« greift die akademisch ausgebildete Interviewte eine Grundlagendiskussion der Migrationsforschung auf. Als Unterscheidungsmerkmal rückt sie die Freiwilligkeit des Weggehens und den persönlichen Erfolg ins Zentrum. Aus der eigenen Erfahrung setzt sie damit andere Akzente als migrationshistorische Begriffsbestimmungen. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Mobilität stets Teil von Migrationen ist, je-

57 Interview Kadiri, S. 77. Zu Migration als Grundbedingung menschlicher Existenz vgl. *Klaus J. Bade* (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München etc. 2007, S. 19.

58 Interview Petrova, S. 62.

59 Ebd., S. 52 und 54 f.

60 Ebd., S. 54; zum Problem der Korruption vgl. *Gergana Bulanova-Hristova*, Von Sofia nach Brüssel. Korrupte Demokratisierung im Kontext der Europäischen Integration, Baden-Baden 2011.

61 Ebd., S. 45 und 60; sehr ähnlich auch S. 14 f.

doch darüber hinausweist und – als eigenständiges Phänomen betrachtet – auf das zeitlich beschränkte In-Bewegung-Sein fokussiert. Der Untersuchungsgegenstand der Mobilitätsstudien reicht von »Alpentourismus bis Zwangsmigrationen«.[62] Der Aspekt der Freiwilligkeit, den Elena Petrova als Unterscheidungsmerkmal zwischen Migration und Mobilität festlegt, spielt in migrationshistorischen Definitionen zwar keine Rolle, findet sich jedoch in weiteren Interviews. Madeleine Bauer, die 38 Jahre vor Elena Petrova nach Hamburg kam, erzählt ebenfalls, dass sie eine mobile Lebensweise als selbstverständlich empfunden habe. Sie bezieht dies nicht auf die EU-Freizügigkeit, sondern auf den »Geist der 60er-Jahre« und die damaligen staatlichen Bemühungen um eine deutsch-französische Freundschaft: »Damals fingen alle an, mit dem Rucksack durch die Welt zu reisen. Es gab ganz viel Bewegung von Frankreich nach Deutschland oder andersrum, Schüleraustausch, Taizé, Interrail, also die ganze Jugend war im Sommer unterwegs.«[63] Sie plädiert ebenfalls dafür, zwischen »Migration« und »Mobilität« zu unterscheiden, weil es problematisch sei, beispielsweise die Flucht aus Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg und digitale Nomaden während der Coronapandemie gleichzusetzen. Vor dem Hintergrund der eigenen (Mobilitäts-)Erfahrungen kommt sie – ähnlich wie Elena Petrova – zum Schluss, dass unterschieden werden müsse, »ob die Leute aus Zwang oder freiwillig« wandern. Deshalb nutze sie für sich nicht den Begriff »Migrantin«, sondern bezeichne sich lieber als »Wanderin zwischen den Welten«.[64]

Die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration, ebenfalls ein Klassiker in der Kategorisierung von Migrationsphänomenen,[65] hebt auch Dewi Nurul-Hahn (Jg. 1967) hervor. In Jakarta geboren, lernte sie 1989 dort während ihres Studiums der Fremdsprachenpädagogik einen Hamburger kennen, den sie 1993 heiratete. Zunächst lebten sie gemeinsam acht Jahre in Madrid, bevor sie im Jahr 2000 nach Hamburg zogen. Heute arbeitet sie als (Online-)Sprachlehrerin, verbringt jedoch mehrere Monate im Jahr an der spanischen Mittelmeerküste und auf der Insel Bali, wo sie je einen Zweitwohnsitz hat. Sie betont die Freiwilligkeit ihrer multilokalen Lebensweise, indem sie diese abgrenzt von der staatlichen indonesischen Umsiedlungspolitik, dem »Transmigrasi«-Programm: »In Indonesien gibt es Zwangsmigrationen, wenn man auf einer anderen Insel leben muss, das ist ein indonesisches Nationalprojekt. Aber ich bin ohne Zwang hierhergekommen, mit

62 *Carolin Liebisch-Gümüş*, Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.3.2022, URL: <http://docupedia.de/zg/Liebisch_Guemues_mobilitaet_v1_de_2022> [15.12.2023]; vgl. auch *Bettina Severin-Barboutie*, Migration und Zeitgeschichte. Trends, Herausforderungen und Perspektiven, in: Zeitgeschichte in Hamburg. Jahrbuch der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 49–65, hier: S. 53 f.

63 Interview Bauer, S. 4 f.; zur deutsch-französischen Freundschaft vgl. *Ulrich Pfeil*, Zur Bedeutung des Élysée-Vertrags, in: APuZ 63, 2013, H. 1–3, S. 3–8.

64 Interview Bauer, S. 41 f.

65 Vgl. grundlegend: *Dirk Hoerder/Jan Lucassen/Leo Lucassen*, Terminologie und Konzepte in der Migrationsforschung, in: *Bade*, Enzyklopädie Migration in Europa, S. 28–53, hier: S. 36 f. Die Klassifizierung nach freiwillig/unfreiwillig ist problematisch und umstritten, weil freiwillige Migrationen durchaus Aspekte des Zwangs und unfreiwillige Migrationen Momente der Handlungsmacht enthalten können.

klarem Kopf.«[66] Sie bezeichnet sich selbst im Interview durchgehend als »Nomadin« und distanziert sich so – wenn auch nicht so explizit wie Elena Petrova und Madeleine Bauer – vom Begriff der Migrantin. Für alle drei scheint »Migration« mit fehlender Handlungsmacht verbunden zu sein, weshalb sie ihre Lebensweisen als mobil respektive nomadisch davon abgrenzen. Sie sind nicht die einzigen, die den Begriff Migrant:in zurückweisen. Keine der interviewten Personen nutzt dieses Wort für sich. Edyta Stock-Glienke, die vor 30 Jahren aus Polen zugewandert ist, vor zwei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat und sich selber als »Europäerin« bezeichnet, sagt im Interview, dass sie das Sprechen über Migration stark mit »Afrikanern« verbinde und sich daher von diesem Begriff nicht angesprochen fühle: »Ich habe den Begriff Migrantin nie auf mich bezogen, das war für mich absolut nie Thema«.[67]

Migration – und die damit verbundenen Termini wie beispielsweise Migrationshintergrund – wird auch von den anderen Interviewten nicht auf das eigene Leben bezogen.[68] Madeleine Bauer, die »Wanderin zwischen den Welten«, die jahrelang als Fremdsprachenassistentin tätig war, versteht Migration als »soziologische Kategorie«, die in der Wissenschaftswelt ihre Berechtigung habe, jedoch im gesellschaftlichen Zusammenhang problematisch sei, weil das »Individuum darin zu verschwinden« drohe und sie »die Gefahr zu stigmatisieren und zu diskriminieren« in sich trage.[69] In ähnlicher Weise vergleicht Chedin Sayel, deren syrischer Soziologieabschluss hier nicht anerkannt wurde, den Begriff Migration mit dem Messer eines Chirurgen, das in der Medizin notwendig sei, aber in der Gesellschaft großen Schaden anrichten könne.[70] Migration, so die Bilanz, wird von den Befragten durchgehend als potenziell pejorative Zuschreibung gesehen, die mit dem eigenen Leben wenig zu tun hat und – wenn überhaupt – in Bezug auf andere genutzt wird. Damit unterscheiden sie sich nicht von Menschen ohne vordergründige Migrationsgeschichte, die in den Migrant:innen auch stets die anderen sehen. Doch welche Selbstbezeichnungen nutzen die Befragten? Die meisten sprechen von sich als »Ein- oder Auswanderer:in« oder verwenden den Begriff »Ausländer:in«, der lange Zeit amtssprachlich und medial vorherrschend war und offenkundig nicht als problembehaftet wahrgenommen wird. »Europäerin« oder »Nomadin« sind positiv besetzte Selbstbeschreibungen, die sich in den Interviews finden. Am meisten verbreitet sind jedoch schlicht nationale Zuschreibungen wie »Türke« oder »Indonesierin«. Dies verweist auf die Wichtigkeit und Wirkmächtigkeit des Nationalen in der

66 Interview mit Dewi Nurul-Hahn am 27.6.2023 in Hamburg. Interviewerin: Jana Matthies, FZH/WdE 2122, S. 38; zur indonesischen Umsiedlungspolitik vgl. *Wildan Syafitri/Béatrice Knerr*, Migration in East Java, Indonesia: Implications for Family Welfare and Rural Development, in: *Béatrice Knerr* (Hrsg.), Transfers from International Migration. A Strategy of Economic and Social Stabilization at National and Household Level, Kassel 2012, S. 92–128, hier: S. 98.

67 Interview Stock-Glienke, S. 34 f.

68 Das mag auch damit zusammenhängen, dass der Begriff Migration noch relativ jung ist und im Deutschen erst seit den 1980er-Jahren verwendet wird. Vgl. *Kijan Espahangizi*, Migration, in: Inventar der Migrationsbegriffe, URL: <https://www.migrationsbegriffe.de/migration> [15.12.2023]; vgl. *Jakob Schönhagen/Ulrich Herbert*, Einleitung, in: *dies*. (Hrsg.), Migration und Migrationspolitik in Europa 1945–2020, Göttingen 2023, S. 7–25, hier: S. 7.

69 Interview Bauer, S. 41 f.; ähnlich: Interview Grajewski, S. 34; Interview Petrova, S. 60.

70 Interview Sayel, S. 71.

Beschreibung, Rahmung und Erfahrung von Migrationen. Obwohl nationale Gruppen von den Interviewten oft in dichotomer Abgrenzung zu anderen nationalen Gruppen – am häufigsten »den Deutschen« – beschrieben werden, ist auffällig, dass viele die im Erzählen konstruierten Gruppen und die damit einhergehenden Stereotypisierungen im nächsten Atemzug wieder dekonstruieren. Das Bewusstsein für die Pluralität migrantischer Erfahrungen, die in homogenisierenden Labeln nicht aufgehen, ist unter den Befragten groß. So erzählt beispielsweise Dewi Nurul-Hahn – in Jakarta geboren, der Vater aus Timor, die Mutter aus Java, mit indonesischem Pass und Wohnsitzen in Hamburg, Malaga und auf Bali –, dass die Fremd- und Selbstbezeichnung »Indonesierin« ihrer »Identität« überhaupt nicht gerecht werde. Migrationsgeschichten – nicht nur ihre – ließen sich nicht so einfach »festbinden« und seien vielschichtiger.[71] Lebensgeschichtliche Interviews haben also das Potenzial, genau diese Komplexitäten von Migrationen sichtbar zu machen.

III. Lokale Verortung und räumliche Perspektivierung

In den Interviews werden vielstimmig, mehrdeutig und durchaus auch widersprüchlich sich wandelnde Bilder von Hamburg präsentiert, die in der herkömmlichen urbanen Historiografie bisher recht wenig vorkommen. Doch wie eignen sich Menschen mit Migrationsgeschichte narrativ den städtischen Raum an und machen ihn (lebens-)geschichtlich bedeutsam? Dazu wurden in einem ersten Analyseschritt sämtliche topografisch lokalisierbaren Hamburger Orte erfasst, die in den Interviews zur Sprache kommen, um darauf aufbauend deren räumliche Relationierung – geografisch und biografisch – zu erkunden. Wenig erstaunlich ist, dass alle Interviewten ihre aktuellen und ehemaligen Wohnorte nennen. Mehr als die Hälfte der befragten Personen leben heute in Wohngegenden im Westen und Norden Hamburgs – in den Bezirken Eimsbüttel, Altona und Hamburg-Nord –, die (medial) nicht unmittelbar mit einem hohen Anteil an Migrant:innen assoziiert werden. Zwei weitere Personen leben im schleswig-holsteinischen »Speckgürtel« von Hamburg. Mit den Stadtteilen Horn (Bezirk Mitte) und Neuallermöhe (Bezirk Bergedorf) wohnen zwei der Befragten in Quartieren, in denen der Anteil an Personen mit sogenanntem Migrationshintergrund statistisch gesehen besonders hoch ist.[72] All diese Stadtteile gelten jedoch nicht als typische Hamburger »Ankunftsquartiere«, die neuerdings verstärkte historiografische Beachtung finden.[73] Umzüge der Interviewten fanden häufig innerhalb eines Stadtteils statt. So beendet beispielsweise die in Polen aufgewachsene Edyta Stock-Glienke, die mit 25 Jahren zu ihrem späteren Ehemann nach Hamburg zog, ihre biografische Stegreiferzählung mit den Worten: »Ich bin jetzt quasi dreißig Jahre hier in Hamburg. In Dulsberg. Ich bin

71 Interview Nurul-Hahn, S. 23.

72 Der Migrant:innenanteil an der Wohnbevölkerung betrug am 31.12.2022 in Neuallermöhe 65,9 % und in Horn 56,4 %. In den Bezirken Altona (35,8 %), Eimsbüttel (32,2 %) und Hamburg-Nord (31,6 %) hatte Ende 2022 statistisch gesehen rund jede dritte Person einen Migrationshintergrund. Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistische Berichte. Kennziffer A I 10 – j 22 HH, S. 5–7.

73 *Templin*, Urbane Geographien, S. 435–437.

einmal umgezogen von der T[…]-Straße in die E[…]-Straße.«[74] Die beiden Straßenzüge liegen wenige Hundert Meter voneinander entfernt. Auch Ucan Cebi, der als Elfjähriger Mitte der 1990er-Jahre aus Istanbul nach Hamburg-Altona geholt wurde, später mehrfach umzog, aber dem Quartier treu blieb, antwortet auf die Frage, was für ihn Heimat sei: »Ja. Heimat ist, wo man lebt, sagt man ja, nicht? Wo man satt wird und sich glücklich fühlt. Jetzt ist das Hamburg. Ich bin in Altona gewachsen, ich bin Altonaer.«[75] Sieben der zehn Befragten nennen in ihren Reflexionen darüber, wo und was Heimat ist und wo sie sich zuhause fühlen, Hamburg respektive einen bestimmten Stadtteil. Lars Amenda und Sonja Grünen beobachten in ihrer historischen Abhandlung über Hamburger Masternarrative ebenfalls eine hohe Verbundenheit von Migrant:innen mit der Stadt respektive einem bestimmten Quartier. Gerade das Bild vom »Tor zur Welt« lasse »Zugezogene schnell zu überzeugten Hamburgern werden«.[76] Eine solche Identifikation ist nicht nur aus Hamburg bekannt, sondern auch für andere Großstädte als ausgesprochen typisch beschrieben worden.[77]

Trotz aller Verbundenheit finden sich in den Interviews auch Erinnerungen an rechte Gewalt und rassistische Erfahrungen, allerdings werden diese im Rückblick von den meisten nicht als Bedrohung für erfolgreiches Ankommen erzählt.[78] Elin Lestari, deren Au-pair-Jahr zur dauerhaften Auswanderung wurde und die im Interview mehrfach die große Bedeutung der Migration auf ihr Leben hervorhebt, umschreibt ihre Beheimatung ähnlich wie Ucan Cebi als Verwurzelungs- und Wachstumsprozess: »Ich stelle mir vor, ich bin wie eine Pflanze, ich bin am richtigen Platz und dort gewachsen. […] So wie die Umgebung die Pflanzen bestimmt, wachsen wir so, wie wir entscheiden zu leben. Ich glaube, in Indonesien würde ich nicht weiterwachsen, da hätte ich vielleicht schon drei Kinder, aber hier bin ich größer geworden […]. Ich fühle Hamburg als meine Heimat.«[79] Ihre Pflanzenmetapher ankert narrativ in einer Erzählung aus der Kindheit: Als sie im Kindergarten gefragt worden sei, was sie später einmal werden wolle, habe sie – anders als alle anderen, die Berufe angaben – geantwortet: »ein Baum«. In ihrer Selbstdarstellung habe sie sich schon damals von ihren Peers unterschieden, die in ihrer Darstellung ein gleichförmig traditionelles (Familien-)Leben führen würden, das sie so charakterisiert: »Nach der Schule zur Uni, nach der Uni arbeiten, heiraten, Kinder

74 Interview Stock-Glienke, S. 4; zu den verschiedenen Phasen eines lebensgeschichtlichen Interviews, die stets mit einer offenen Einstiegsfrage und einer darauffolgenden biografischen Stegreiferzählung beginnen, die von den Interviewenden nicht unterbrochen wird, vgl. *Althaus/Apel*, Oral History.

75 Interview Cebi, S. 66.

76 *Amenda/Grünen*, Tor zur Welt, S. 96.

77 Zur Beheimatung von Menschen mit Migrationsgeschichte vgl. vor allem *Maria Alexopoulou*, Translokale Identität. Die Vereinnahmung der Stadt im »Nicht-Einwanderungsland«, in: *Kristina Schulz/Wiebke von Bernstorff/Heike Klapdor* (Hrsg.), Grenzüberschreitungen. Migrantinnen und Migranten als Akteure im 20. Jahrhundert, München 2019, S. 180–190; *dies.*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück.

78 Vgl. beispielsweise Interview Cebi, S. 49. Eine Ausnahme ist Dewi Nurul-Hahn, die die rassistischen Anschläge in Mölln und Rostock-Lichtenhagen als Grund angibt, warum sie 1993 nach ihrer Hochzeit mit einem Hamburger erst einmal nach Indonesien zurückgekehrt ist. Vgl. Interview Nurul-Hahn, S. 8 f.

79 Interview Lestari, S. 64 f.

haben und dann wieder Arbeit als Beamter in Uniform oder so.«[80] Im Gegensatz zu anderen Interviewten stellt sie ihre Migration als zielgerichtet dar. Während bei vielen die Wahl eher zufällig auf Hamburg fiel[81] oder die Stadt gar nicht gewünschter Zielort ihres Migrationsvorhabens war[82], präsentiert Lestari Hamburg als ihr explizites Wunschziel. Schon in der Grundschule habe sie einen Aufsatz darüber geschrieben, dass sie später einmal in Hamburg leben werde, obwohl sie damals keine genauen Vorstellungen von dieser Stadt gehabt und sie lediglich aus dem Monopoly-Spiel gekannt habe.[83] Zum Zeitpunkt des Interviews war ihr Verbleiben in Hamburg respektive Deutschland stark gefährdet, weil ihre befristete Aufenthaltsgenehmigung mehrfach nicht verlängert worden war und ein Rekursverfahren lief. Eine Rückkehr nach Jakarta, so sagt sie im Interview, könne sie sich jedoch nicht mehr vorstellen. Sie imaginiert ihre Zukunft hier und verortet diese explizit – und in dieser Deutlichkeit als einzige im Sample – mit einem ganz bestimmten Ort in Hamburg: »Ich stelle mir vor, nach Feierabend gehe ich an der Alster spazieren und dann treffe ich meine Freunde, dann schnacken wir so im Café oder wir organisieren eine Veranstaltung. So ein Leben stelle ich mir vor, hier in Hamburg zu leben.«[84]

Tatsächlich steht das Fließ- und Seegewässer Alster auf dem ersten Platz in der Liste der Lieblingsorte der von uns befragten Personen.[85] Neben Elin Lestari nannten drei weitere Personen die Alster als Ort, an dem sie sich in Hamburg besonders wohlfühlen. An zweiter Stelle steht die Elbe mit dem Strand, dem Uferweg, den Fähren und dem Hafen. Besonders beliebt sind zudem Parkanlagen wie der Jenischpark, der Stadtpark, Planten un Blomen oder Naherholungsgebiete wie das Niendorfer Gehege und der Aumühlen-Wald. Dieser Überhang an natur- und wassernahen Orten korreliert mit einer bekannten Selbst- und Fremdzuschreibung Hamburgs als besonders grüne Stadt. So schildert etwa Dewi Nurul-Hahn, die viel unterwegs ist und die Hamburger Parks liebt, ihre ersten Eindrücke von Hamburg beim Anflug folgendermaßen: »Als ich von oben diese grüne Stadt gesehen habe, ist mir das geblieben. Egal von woher, du erkennst Hamburg von oben an der Elbe und dem Grün. Und ich weiß noch, es war August und es hat geregnet, aber ich liebe Regen!«[86] Mit dem hochsommerlichen Niederschlag nimmt sie eine weitere städtische Großerzählung auf: die vom berühmt-berüchtigten Hamburger

80 Ebd., S. 7. Das Hinterfragen von indonesischen Normalbiografien und ihre Andersentwicklung, die sie in ihrer Migrationserfahrung begründet, ist insgesamt ein zentrales Thema in diesem Interview.

81 Vgl. beispielsweise Madeleine Bauer, die sich in einen Hamburger (und nicht in die Stadt) verliebte und zu ihm zog, obwohl sie sich in Düsseldorf, wo sie zuvor gelebt hatte, »wie ein Fisch im Wasser fühlte«, S. 1 und 26.

82 Drei Personen erzählen, dass sie lieber in die USA als nach Deutschland gegangen wären, aber dass aus Kosten- oder Sprachgründen und weil Bekannte/Verwandte bereits dort lebten, nur Hamburg infrage kam. Vgl. Interview Kadiri, S. 65; Interview Stock-Glienke, S. 19; Interview Yu-Schmid, S. 15.

83 Interview Lestari, S. 7; sehr ähnlich: Interview Nurul-Hahn, S. 49. Inspiration war hier kein Brettspiel, sondern ein Schlüsselbrett mit Hamburg-Wappen, das ihrer Schwester gehörte.

84 Interview Lestari, S. 61.

85 Die Frage nach dem Lieblingsort stellten wir jeder Person zum Abschluss des Interviews.

86 Interview Nurul-Hahn, S. 33.

(Schiet-)Wetter. Darauf bezieht sich auch Ucan Cebi, der im Gespräch die Vor- und Nachteile seiner Wahlheimatstadt abwägt: »Hamburg ist leider wettertechnisch nicht so gut, obwohl es eine der schönsten Städte in Deutschland ist, aber wettertechnisch – ja. In Antalya hast du zum Beispiel niemals unter 20 Grad, auch im Winter nicht. Istanbul ist eine Großstadt, da kann man alles machen, aber ich möchte da nicht gerne leben, weil es anstrengend ist.«[87] Dass Hamburg die schönste Stadt der Welt sei, und das trotz bescheidenen Wetters, ist ebenfalls ein verbreitetes Motiv hamburgischer Selbstdarstellung. Seine Entscheidung, hier zu leben, obwohl es andernorts vielversprechende Möglichkeiten und mehr Sonne gibt, begründet er über Bezüge zu Orten seiner Herkunft.

Mit translokalen Relationen argumentiert auch Elena Petrova, die seit 2009 mehrheitlich in Hamburg lebt: »Ich habe sehr viel gelernt, weil ich hier in einer Weltstadt lebe. Ich war immer weltoffen, deshalb fühle ich mich hier so wohl, aber ich merke, wie Bekannte von mir, die nur in Bulgarien gelebt haben, Etiketten setzen, weil sie einfach wenig Fremde kennen und sobald jemand einen arabischen Namen hat, flippen sie aus.«[88] Sie nimmt hier das Bild eines weltoffenen Hamburgs auf und verknüpft es mit ihrer eigenen Migrationsgeschichte.

Elena Petrova und Ucan Cebi reproduzieren nicht nur bekannte Hamburg-Narrative, sondern sie eignen sie sich biografisch an und machen sie für sich bedeutsam. Dabei stellen sie räumliche Bezüge zwischen Hamburg und ihren Herkunftsorten her. Solche Gegenüberstellungen von ›hier‹ und ›dort‹ finden sich zuhauf in den Interviews. Oft haben sie eine rein erzählpraktische Funktion, beispielsweise um Orte oder Situationen ihrer Kindheit und Jugend zu detaillieren, die den Interviewerinnen fremd sind. So beschreibt etwa Chedin Sayel die Entfernung ihrer Wohnung zur Universität in Aleppo mit der Distanz zwischen den beiden Hamburger Bahnhöfen Dammtor und Hauptbahnhof.[89] Der Hauptbahnhof wird auch von Elin Lestari als Vergleichsfolie genutzt. Sie setzt ihn mit einer gewöhnlichen Bushaltestelle in Jakarta gleich, um darzulegen, wie ruhig und verschlafen Hamburg anfänglich auf sie wirkte.[90] Die Interviewten setzen nicht nur *hier* und *dort* über Ortsvergleiche in Beziehung, sondern verbinden auch *damals* und *heute* über konkrete Orte. Auf die Frage nach seinem Lieblingsort nennt beispielsweise Ucan Cebi das Kentucky Fried Chicken auf der Reeperbahn – nicht wegen des Essens, wie er betont, sondern weil ihn der Blick vom Balkon auf die oft menschenvolle Vergnügungsstraße an Istanbul erinnere.[91] Madeleine Bauer liebt das Blankeneser Treppenviertel, weil es mit seinem mediterranen Charme ein wenig wie Casablanca wirke, wo sie ihre Kindheit und Jugend verbrachte.[92]

Insgesamt haben die Orte, die explizit hervorgehoben werden, im Interview meist eine biografisch-narrative Funktion. Abgesehen von Wohn- und Lieblingsorten nennen die Befragten Orte, die mit beruflichen Karrieren, Bildungschancen, gesellschaftlichen Engagements oder besonderen Lebensereignissen, beispielsweise

87 Interview Cebi, S. 66 f.
88 Interview Petrova, S. 63 f.
89 Interview Sayel, S. 21.
90 Interview Lestari, S. 69.
91 Interview Cebi, S. 68.
92 Interview Bauer, S. 36.

der Hochzeit, verknüpft sind. Diese korrespondieren auffällig oft mit der biografischen Gesamterzählung, das heißt der Art der Geschichte, die die Interviewten im Gespräch her- und darstellen.[93] Madeleine Bauer und Franz Grajewski, deren lebensgeschichtliche Selbstpräsentationen stark auf den beruflichen Werdegang ausgerichtet sind, nennen beispielsweise fast ausschließlich Arbeitsstätten, anhand derer sich ihre Berufsbiografie nachvollziehen lässt. Auch bei anderen ergibt sich aus der Relationierung der genannten Orte ein Hinweis auf die biografisch-narrative Erzählstruktur. Edyta Stock-Glienke erwähnt in ihrer freien Erzählung – also jenseits von konkreten Nachfragen – nur sehr wenige topografisch lokalisierbare Punkte in der Stadt, die in der Verbindung einen kleinen Bewegungsradius ergeben. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass sie seit 30 Jahren im gleichen Stadtteil wohnt. Es passt aber auch zu ihrer Gesamterzählung, die – als Ausnahme im Sample – eine Geschichte der Stagnation darstellt, da sie häufig Hindernisse und Vorurteile betont. Dies exemplifiziert sie an ihrem Beruf als Rechtsanwaltsfachangestellte, den sie gewählt habe, weil ihr Lehramtsstudium nur teilweise anerkannt wurde. Eine Rückkehr nach Polen könne sie sich wegen ihrer Kinder hier und der rechten Regierung in den letzten Jahren dort nicht vorstellen. Das lässt sie in einem Vakuum des Dazwischen verharren: »Es ist einfach so, ich bin immer mit einem Fuß hier und mit dem anderen Fuß dort, obwohl ich hier lebe. Das ist schizophren, wie mit zwei Gesichtern leben.«[94] Ihre Migration erzählt sie folglich als Verlustgeschichte. Während ihre Kindheit und Jugend in Polen »wunderschön« gewesen sei, empfinde sie das Leben hier oft als »schwer«, auch wenn sie Hamburg als Stadt »super« finde. Im Gegensatz dazu komponiert Chedin Sayel, die sich anfänglich in Hamburg komplett isoliert gefühlt hat, eine lupenreine Emanzipationsgeschichte. Dementsprechend handelt es sich bei den Orten, die sie im Interview erwähnt, um Orte der Befreiung und der Selbstverwirklichung. So nennt sie beispielsweise die Sprachschule, dank der sie ihre soziale Isolation überwand, gefolgt vom Standesamt, wo sie sich von ihrem Ehemann scheiden ließ, bis zu zahlreichen kulturellen Einrichtungen, in denen ihr heutiges gesellschaftliches Engagement – das zentrales Thema im Interview ist – zum Tragen kommt. Bei einer Relationierung der Orte manifestiert sich eine Geschichte des Ausgreifens im städtischen Raum: Ihr Bewegungsradius vergrößert sich mit steigendem Emanzipationsgrad.

Fazit

Menschen mit Migrationsgeschichte erzählen ihr Ankommen in Hamburg außerordentlich vielstimmig. In der Pluralität der erzählten Erfahrungen wird die Komplexität von Migrations- und Beheimatungsprozessen sichtbar, die nicht in einfachen Erklärungsmustern aufgehen. Migrationswege verlaufen nicht gradlinig: Nationalität und Familie, Lebensziele und Überzeugungen, Pläne und Zufälle, Gesetze, gesellschaftliche Positionen und viele weitere Faktoren bestimmen die Bedingungen, in

93 Zur biografischen Selbstkonstruktion im narrativen Interview vgl. *Gabriele Lucius-Hoene/Arnulf Deppermann*, Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews, Wiesbaden 2004 (zuerst 2002).

94 Interview Stock-Glienke, S. 33.

denen sich verschiedene Handlungsspielräume öffnen, die individuell unterschiedlich genutzt werden. Migration ist kein etwa mit Integration abgeschlossener Prozess, sondern dauert in der Selbstwahrnehmung und in gesellschaftlichen Zuschreibungen an. Migrationserfahrungen sind im zeitlichen Verlauf ebenso veränderbar wie die Bezüge zum Herkunftsland. Sie prägen die Wahrnehmung des Ankommens und die Bewegung in der Stadt. In Städten wie Hamburg treffen unterschiedlichste Formen von Migrationen aufeinander, deren Akteur:innen diverse Erfahrungen machen. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie sich aufgrund ihrer Migration in anderen sozialen und kulturellen Räumen orientieren und ihre Lebensverhältnisse neu ausgestalten müssen. Trotz aller Pluralität, Fluidität und Wandelbarkeit gibt es Themen, die von allen Interviewten relevant gesetzt oder marginalisiert werden. Während der Staatsangehörigkeit in den Narrativen wenig Raum gegeben wird – was auch damit zusammenhängt, dass die meisten Interviewten aufenthaltsrechtlich in gesicherten Verhältnissen leben –, nimmt der Themenkomplex Sprache viel Platz ein. Wie darüber gesprochen wird, ob beispielsweise eher die Sprachlosigkeit als Problem oder die Mehrsprachigkeit als Ressource thematisiert wird, ist biografisch bedingt unterschiedlich. Die große Gewichtung erklärt sich jedoch nicht allein auf subjektiv-individueller Ebene, sondern muss vor dem Hintergrund deutscher Selbstverständigungs- und Zugehörigkeitsdiskurse interpretiert werden, in denen Sprache eine zentrale Rolle spielt. Jemand, der/die nicht (gut) Deutsch spricht, wird nicht als Deutsche:r gesehen und als anders markiert – egal, welchen Pass die Person in der Tasche trägt. Selbst bezeichnen die befragten Personen sich ebenfalls nicht explizit als Deutsche. Die Selbstbeschreibungen reichen von ursprünglichen Fremdbezeichnungen (»Ausländer«) über andere Staatsangehörigkeiten (»Türke«) und supranationale Kategorien (»Europäerin«) bis zu Eigenkreationen (»Wanderin zwischen den Welten«). Auffällig ist die durchgehende Distanzierung vom Begriff Migrant:in, der mit anderen, etwa »Afrikanern« oder sozial weniger erfolgreichen Personen in Verbindung gebracht wird. Dies verweist auf die Wirkmächtigkeit medialer Diskurse, die Migration seit vielen Jahren als Problem und Migrant:innen als Opfer darstellen. Dass Migration weniger Problem- als Normalfall der Geschichte und Gegenwart ist, wird in den lebensgeschichtlichen Erzählungen der Interviewten deutlich sichtbar. In ihren Reflexionen über Migration als gesellschaftliches und soziales Phänomen beziehen sich die Interviewten teils auf Konzepte und Termini aus der Migrationsforschung und interpretieren diese aus ihrer Erfahrung neu, was auch vor dem Hintergrund betrachtet werden muss, dass die Befragten zum Großteil über einen hohen Bildungsgrad verfügen. Andere eignen sich selbstbewusst Begriffe an, die einen negativen Subtext besitzen. Die Bedeutung dieses Umgangs mit Begrifflichkeiten lässt sich nur im narrativen Kontext – auch dem unserer Fragen – verstehen.

Klar zeigt sich, dass die Verbundenheit und die Identifikation mit Hamburg groß sind. Hier wäre kritisch zu hinterfragen, wer spricht und wer nicht – und dabei zu bedenken, dass die Oral History dazu neigt, Personen zu erreichen, die Erfolgsgeschichten zu erzählen haben und wohl auch Citizen-Science-Projekte für Personen mit positiven Erfahrungen attraktiv sind. Trotz dieser Einschränkungen muss ernst genommen werden, dass der Großteil der Interviewten angibt, sich in Hamburg zuhause zu fühlen und hier eine neue Heimat gefunden zu haben. Sie

bezeichnen sich zwar nicht als Deutsche, aber durchaus als Hamburger:innen oder Zugehörige zu einem bestimmten Quartier. Wie die Interviewpartner:innen die Stadt erzählen, hängt stark von ihrem biografischen Gesamtnarrativ ab. Die darin hergestellten Selbst- und Wirklichkeitskonzeptionen sind die Basis ihres Handelns und als solche wirkmächtig. Sie verorten ihre Migrationserfahrungen lokal und erweitern in translokalen Bezügen, die weit über Hamburg hinausreichen, den städtischen Raum. Wenn der Hamburger Hafen mit Marseille und das Blankeneser Treppenviertel mit Casablanca assoziiert wird, wenn die Reeperbahn an Istanbul erinnert und zugleich als lokaler Sehnsuchtsort dient, geraten Zuschreibungen und Bilder in Bewegung und urbane Orte werden in überregionalen und interzeitlichen Relationen neu imaginiert und bedeutsam gemacht. Darin wird deutlich, dass (urbaner) Raum – gedacht als relational aufgebauter, sozial gelebter Raum – eine zentrale Kategorie bei der Analyse und Beschreibung von Migrations- und Beheimatungsprozessen ist. Denn diese sind stets raumbezogen und -gebunden.

Bei den lebensgeschichtlichen Erzählungen anzusetzen, ermöglicht es, die subjektiven Sinngebungen und Neuperspektivierungen zu erfassen und so zu einer Diversifizierung der Migrations- und Stadtgeschichte beizutragen. Gerade in der Verbindung von lokalem und narrativ-biografischem Zugang werden Personen mit Migrationsgeschichte als integraler Bestandteil und Motor von Stadtgesellschaften erkennbar. In ihren räumlich verorteten Narrativen eignen sie sich den urbanen Raum nicht nur an, sondern machen ihn bedeutsam. Indem sie ihre Erfahrungen des Ankommens narrativ in einen sinnhaften Zusammenhang setzen, schaffen sie einen Wissensvorrat, der die Basis ihres Handelns darstellt, was auf städtische Strukturen wirkt, diese verändert oder neu hervorbringt.

ANNE D. PEITER

Migration – Krieg – Genozid

Zur Migrationserfahrung in autobiografischen Texten von Überlebenden des Genozids an den Tutsi Ruandas

> »Ni mon père ni ma mère ne songèrent jamais à s'exiler.
> Je crois qu'ils avaient choisi de mourir au Rwanda.«[1]

»Verschränkungen und Übergänge[] zwischen verschiedenen Mobilitätsformen« sind, so lautet eine der Thesen dieses Beitrags, ein durchgehendes Charakteristikum der ruandischen Migrationsgeschichte.[2] Darin stimmt sie mit Migrationsbewegungen in anderen Teilen der Welt überein. Spezifisch für Ruanda jedoch ist, dass die Angst vor Menschen, die seit 1959 in mehreren pogromartigen Krisen von Massengewalt vertrieben worden waren, 1994 in einen Genozid mündete. Die Gründe für diese Katastrophe sind komplex, doch Konflikte um Fragen der Zugehörigkeit sowie ungelöste Remigrationsforderungen der Tutsi hatten wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieser extremsten Form von Gewalt. Definitorisch ist für die Frage nach der Migration das Folgende festzuhalten:

> »›Migration‹, as a neutral term, comprises single and multiple moves; uni- and multi-directional ones; circular, return, reverse, and stepwise moves; seasonal, temporary, multi-annual, and permanent ones. The latter may be unintentionally permanent – migrants who always planned to return but never did – or involuntarily permanent – return was desired but not possible. Inclusion of migrant agency – in structural frames and economic options or constraints – differentiates impersonal ›flows‹ or ›streams‹ of migrants and reveals the complexities of mobility. One attempt to arrive at a standardized definition of a migrant posits that a person must have lived away from his/her previous place of residence (not: place of birth) for a year or more. But this time-frame is no more than a heuristic device for data collection.«[3]

Wie zu zeigen sein wird, griff bei den Tutsi Fluchtmigration mit Motiven wie Bildung und Arbeitssuche zusammen. Auf die Flucht von Hunderttausenden (wie im Jahr 1959) konnte die Migration von Einzelnen oder kleinen Gruppen folgen. Ein zeitweiliges Ausweichen ins Ausland trat neben ein jahrzehntelanges Exil. Entschei-

1 *Scholastique Mukasonga*, La femme aux pieds nus, Paris 2008, S. 22. »Weder mein Vater noch meine Mutter haben jemals daran gedacht, ins Exil zu gehen. Ich glaube, sie hatten die Wahl getroffen, in Ruanda zu sterben« [Übersetzung A. P.]. Zu Vorbildfunktionen von Eltern vgl. *Anne D. Peiter*, Beispiellos Beispielhaftes. Zu Vorbildern in autobiographischen Erinnerungstexten von Überlebenden der Shoah und des Tutsizids in Ruanda, in: *André Schütte/Jürgen Nielsen-Sikora* (Hrsg.), Wem folgen? Über Sinn, Wandel und Aktualität von Vorbildern, Berlin 2023, S. 169–184.

2 *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 308. Einen ausgezeichneten und überaus materialreichen Einblick in die Migrationsforschung gewährt *Jochen Oltmer* (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016.

3 *Dirk Hoerder*, Migration Research in Global Perspective: Recent Developments, in: Sozial.Geschichte online, 2012, Nr. 9, S. 63–84, hier: S. 66.

dend bei all dem war, dass der Rückkehrwunsch auch nach mehr als 30 Jahren nicht nachließ. Der Bürgerkrieg, der 1990 begann, war aufseiten der Tutsi von jungen Männern getragen, die bereits im Ausland geboren worden waren, sich aber weiterhin zu Ruanda gehörig fühlten. Sie forderten, dass ihnen erneut Zugang zu ihrem Land gewährt werden müsse. Als die Umsetzung des im August 1993 in Arusha ausgehandelten Friedens immer wieder verzögert wurde, entschieden sie sich dafür, die Rückkehr mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Es war also in diesem Moment ein stark voluntaristisches Vorgehen der Exil-Tutsi zu beobachten. In der Tat hat die Migrationsforschung nach und nach Abstand genommen von einem Modell, das sich mit großer Ausschließlichkeit auf die »Pull- und-Push-Faktoren« konzentrierte, um zu erklären, warum und mit welchen Zielen Menschen migrieren beziehungsweise remigrieren. Das zunehmende Interesse, das nicht nur der Politik des jeweiligen Migrationsregimes[4] – also dem Versuch zur staatlich-administrativen Steuerung von Migration – gilt, sondern auch dem jeweiligen Selbstverständnis und der Agency derer, die ihr Land verlassen, entspricht einer bedeutsamen Erweiterung früherer Fragestellungen.[5] Es tritt hervor, dass Migrant:innen historische Akteure im vollen Sinne des Wortes sind und nicht etwa bloße Objekte eines historischen Settings der »Gegenüberstellung von fürsorglicher Mehrheitsgesellschaft und hilfsbedürftiger Minderheit«.[6] Migration soll folglich verstanden werden als »gesellschaftliche Klassifizierung menschlicher Bewegung und damit als spezifische, historisch variable Form von Mobilität«, an deren Ausgestaltung die Migrant:innen aktiv beteiligt sind.[7] Wie stark die Tutsi in Geschichte eingriffen und bestehende Grenzen zwischen »Zugehörigkeit« und »Unzugehörigkeit« infrage stellten, wird zu zeigen sein.

Darüber hinaus hat die Erforschung von migrantischen Netzwerken ergeben, dass Migration nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein sozialer Prozess ist, bei dem Informationen von Personen, die bereits in einem Zielland leben, einen »eigenständigen Stimulus« ausüben, der Verwandte oder Bekannte dazu ermutigt,

4 Ich beziehe mich hier auf die Definition von Vassilis S. Tsianos und Bernd Kasparek, die dieses Regime charakterisieren als »sich historisch wandelnde Handlungs- und Gestaltungsarenen mit spezifischen Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Akteure«. Zit. nach: *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 312. Vgl. *Vassilis S. Tsianos/Bernd Kasparek*, Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung, in: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 35, 2015, Nr. 138, S. 8–22, hier: S. 16.

5 Möhring weist darauf hin, dass Migrant:innen mehr »als historische Akteure in den Blick zu nehmen« seien. Dies sei »nach wie vor ein Desiderat der Migrationsforschung, das verdeutlicht, wie stark geschichtswissenschaftliche Thematisierungen von *agency* von der öffentlichen Anerkennung bestimmter Gruppen abhängen«. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945, in: AfS 59, 2019, S. 445–494, hier: S. 446.

6 Zit. nach: ebd., S. 494. Möhring bezieht sich auf *Tim Wolfgarten*, Zur Repräsentation des Anderen. Eine Untersuchung von Bildern in Themenausstellungen zu Migration seit 1974, Bielefeld 2019, S. 449.

7 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 305.

ihrerseits in die Fremde aufzubrechen.[8] Auch dies ist ein Punkt, der für den folgenden Beitrag von Interesse ist. Im Genozid wurden im Frühjahr und Sommer 1994 mehr als eine Million Menschen ermordet. Es fragt sich also, wie migrantische Netzwerke, die die Eskalation vorausahnten, zur Rettung ihrer in Ruanda gebliebenen Familien beizutragen versuchten.

Da ungelöste Migrationsprobleme und vor allen Dingen die Forderung der seit drei Jahrzehnten im Ausland lebenden Tutsi die Entstehung von genozidären Verschwörungsmythen aufseiten des Regimes von Präsident Juvénal Habyarimana befördert haben, ging es bei der ruandischen Migration immer auch um die Frage nach der Eskalation von Gewaltdynamiken. Extremistische Hutu aus Ruanda beteiligten sich in den Jahrzehnten vor dem Genozid an systematischen Vertreibungen, doch die Flucht von einzelnen Tutsi oder ganzen Familien schwächte die existierenden Ängste der Mehrheitsgesellschaft nicht ab. Im Gegenteil: Gerade die Massenmigration des Jahres 1959 führte dem Hass auf die Tutsi neue Nahrung zu. Die Aussicht, die Exilierten könnten sich mit Gewalt den Weg zurück in ihre Heimat bahnen, beförderte Verschwörungsmythen, die wiederum im Bürgerkrieg der Jahre 1990 bis 1994 eine Rolle spielen sollten. Eine »Skandalisierung von Wanderungen«[9] fand statt, die nach und nach zu einem bewusst eingesetzten Herrschaftsinstrument avancierte. Die Tutsi galten als physisch wie sozial deviant und damit als ausschließungswürdig, doch wenn sie sich der Gewalt entzogen und migrierten, wurde wiederum ihr Leben außerhalb Ruandas als deviant und bedrohlich betrachtet. Sie waren also weder im »Inneren« noch im Ausland (aus Sicht der ruandischen Hutu) geduldet.

Es wird daher in diesem Beitrag nicht allein um die Motive gehen, die die Tutsi zum Verlassen des eigenen Landes veranlassten. Als wichtig erscheint es, den Aufbruch, der oft den Charakter einer Kettenmigration[10] hatte, im Makrokosmos einer Gewalteskalation zu sehen, die ihren Ursprung schon im kolonialen Zeitalter hatte. Es tritt hervor, dass kollektive »Affektspeicher«, in denen Ängste zentral sind, grenzüberschreitend wirken können. Konkret richteten sie sich im Fall von Ruanda gegen Personen, mit denen die Hutu bis dahin alle Aspekte ihres meist bäuerlichen Alltags geteilt hatten (Schule, Kirchenbesuch, Arbeit, Dorfleben). Allmählich wurden diese Gemeinsamkeiten jedoch von der Überzeugung überlagert, dass die Privilegien, die den Tutsi erst unter den Deutschen, dann unter den Belgiern zugewiesen worden waren, einem »Charakterzug« entsprachen, der ein wesentliches Merkmal ihrer »ethnischen Identität« darstelle. Auch dieser Aspekt soll durch einen Rückblick auf die kolonialen Ursprünge der Konfliktlogik und auf die europäischen Phantasmen rund um die vermeintlich »fremde« Herkunft der Tutsi zum Thema werden.

---

8 *Christof Parnreiter*, Theorien und Forschungsansätze zu Migration, in: *ders./Karl Husa/Irene Stacher* (Hrsg.), Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, Frankfurt am Main 2000, S. 25–52, hier: S. 36.

9 *Martin Geiger*, Migration. Sicherheit. Raum. Erörterungen zur (neuen) Gouvernementalität der Migration, in: *Henning Füller/Boris Michel* (Hrsg.), Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault, Münster 2012, S. 82–107, hier: S. 82.

10 Sehr nützlich für eine klare Aufschlüsselung zentraler Konzepte der Migrationsforschung: *Sylvia Hahn*, Historische Migrationsforschung, Frankfurt am Main/New York 2012, insb. S. 24–36.

Die Beschäftigung mit autobiografischen Zeugnissen von Migrant:innen und Überlebenden, die sich nach der Katastrophe mit ihrem Status als Verfolgte des Inlands oder aber als Verfolgte, die schon länger nicht mehr in Ruanda gelebt hatten, auseinandersetzten, ist außerdem durch die Aktualität motiviert. Es stellt sich die Frage, wie es heute in Deutschland um die Kenntnisse bezüglich der ruandischen Migrationsgeschichte bestellt ist. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als Ruanda seit den öffentlichen Debatten um das »Ruanda-Modell« nicht nur in Großbritannien, Dänemark oder Österreich an migrationspolitischer Sichtbarkeit gewonnen hat, sondern auch in der Bundesrepublik vermehrtes Interesse auf sich zieht. Das zuerst unter Premierminister Boris Johnson propagierte, dann durch Rishi Sunak fortgesetzte Konzept, durch Kooperationsverträge mit Ruanda eine Abschreckung von »illegaler Zuwanderung« Richtung Europa zu erreichen, zielt auf eine Bearbeitung von Asylanträgen in Offshore-Verfahren. Die räumliche Auslagerung beruft sich zum einen auf die Annahme, Ruanda sei ein »sicheres Drittland«.[11] Zum anderen wird auf die einschlägigen Erfahrungen verwiesen, die Ruanda im Bereich der Migration im 20. Jahrhundert gesammelt habe. Was es genau mit dieser »Kompetenz« auf sich hat, wird jedoch weder im politischen Diskurs noch in der Presse näher ausgeführt.[12] Die EU tritt als »›Raumkonstrukteur‹ auf; sie erzeugt im Zusammenspiel eine neue partikuläre ›imagined spatiality‹«[13], ohne sich wirklich mit historischen Fragen zu beschäftigen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Vorhaben, die Entstehung von Netzwerken ruandischer, vor allen Dingen zur Tutsi-Minderheit gehörender Migrant:innen anhand von autobiografischen Zeugnissen zu skizzieren, nicht nur als Desiderat, das die Existenz transnationaler sozialer Räume weit über Europa, die USA oder Kanada hinaus veranschaulicht. Die Absicht der folgenden Ausführungen besteht auch darin, zu zeigen, dass Ruanda selbst nicht länger als gleichsam »geschichtsloser« Raum erscheint, in den erstmals Migrant:innen abzuschieben wären, die heutzutage nach Europa zu gelangen versuchen. Konfliktlinien zu kennen, die sich in Ruanda selbst und zwischen Ruanda und diversen Anrainerstaaten seit 1959 entwickelt haben, scheint letztlich auch für die Einschätzung von heutigen migrationspolitischen Projekten aus Europa von Bedeutung zu sein. Solange der Eindruck vorherrscht, Ruanda sei nichts weiter als ein Land, das nach der Massengewalt wie »ein Phönix« aus der genozidären »Asche gestiegen« sei[14], ist keine historische Tiefenschärfe erreicht. Eine Übersicht über unterschiedliche Phasen der Migration

11 Für Debatten um die heutige Migrationspolitik sind wichtige Beiträge in der 2017 gegründeten »Z'Flucht. Zeitschrift für Flucht und Flüchtlingsforschung/German Journal of Forced Migration and Refugee Studies« enthalten.

12 Zur Exterritorialisierung staatlicher Steuerungsmechanismen in der Migrationspolitik der EU vgl. *Geiger*, Migration, S. 101.

13 Ebd. Geiger bezieht sich bei dem letzten Konzept auf *William Walters*, Imagined Migration Word. The European Union's Anti-Illegal Immigration Discourse, in: *Martin Geiger/Antoine Pécoud* (Hrsg.), The Politics of International Migration Management, Basingstoke 2010, S. 73–95.

14 Diese Formulierung findet man beispielsweise in der Süddeutschen Zeitung: »Wenn es einen afrikanischen ›Phönix aus der Asche‹ gibt, dann dürfte das wohl Ruanda sein. 30 Jahre nach dem Völkermord in dem kleinen ostafrikanischen Land ist Ruanda mit seinen tausend Hügeln und der Hauptstadt Kigali beliebt bei Investoren auch aus Deutschland.« *Eva Krafczyk*, 30 Jahre nach dem Völkermord: Ruanda schaut in die Zukunft, in: Süddeutsche Zeitung, 7.4.2024.

und Remigration der Tutsi, ihre wechselnden Motive, das Land zu verlassen beziehungsweise sich transnational in einem »state of betweenness«[15] einzurichten, kann Ruanda an Europa heranrücken und die Probleme, die sich mit dem von Johnson und Sunak bereitgestellten »Ruanda-Modell« verbinden, deutlicher hervortreten lassen. Das »Dreieck« von »Gesellschaft, Macht und Raum«, von dem die Sozialgeografen Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer sprachen, muss hier leitend sein.[16]

I. Vorgehen und Textkorpus

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Ruanda weder in der deutschen Öffentlichkeit noch in der Forschung besonderes Augenmerk auf sich gezogen hat. Sogar die Tatsache, dass das deutsche Kaiserreich seit Mitte der 1890er-Jahre als erste Kolonialmacht in Ruanda aufgetreten war, ist weitgehend aus dem bundesrepublikanischen Bewusstsein verschwunden. So soll in einem ersten Schritt kurz ein Überblick über die verschiedenen Momente von Vertreibung und Migration gegeben werden, um in einem zweiten Schritt sodann zur Analyse ausgewählter Texte von Betroffenen überzugehen. Mit Maren Möhring gehe ich von der Beobachtung aus, dass »transregionale Studien […] vonnöten« sind, »die den europäisch-atlantischen Raum überschreiten« – denn dieser ist »nach wie vor Hauptgegenstand der Migrationsforschung«[17], obwohl komplexe Migrationsgeschichten natürlich Teil von menschlichen Gesellschaften überhaupt sind und die ruandische Migrationsgeschichte dramatische Konsequenzen für die gesamte zentralafrikanische Region der Großen Seen gehabt hat.

Zur Einordnung der erwähnten Texte ist der Hinweis auf eine sprachliche Schwierigkeit vorauszuschicken. Die Zahl der Historiker:innen, die das Kinyarwanda beherrschen, ist klein. Neben Jean-Pierre Chrétien und Hélène Dumas, die in Frankreich mit einschlägigen Publikationen hervorgetreten sind und sich dabei auf Dokumente und Interviews stützen konnten, die allein auf Kinyarwanda vorlie-

15 Der Ausdruck »state of betweenness« stammt von *Michael Peter Smith*, The Diseappearence of World Cities and the Globalization of Local Politics, in: *Paul L. Knox/Peter J. Taylor* (Hrsg.), World Cities in a World System, Cambridge 1995, S. 249–266, hier: S. 255, zit. nach: *Parnreiter*, Theorien und Forschungsansätze zu Migration, S. 39.

16 *Paul Reuber/Günter Wolkersdorfer*, Politische Geographie, in: *Winfried Schenk/Konrad Schliephake* (Hrsg.), Allgemeine Anthropogeographie, Gotha/Stuttgart 2005, S. 632–664, hier: S. 632, zit. nach: *Geiger*, Migration, S. 102.

17 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II, S. 494. Die gleiche Kritik formuliert auch *Hoerder*, Migration Research in Global Perspective, S. 63. »Migration history was, for long, Atlanto-centric and framed by traditional nation-state discourse.« Doch zugleich sei festzustellen: »[F]rom the 1990s, the study of global interactions [has] changed the field.« Ebd., S. 65.

gen[18], sind es vor allen Dingen ruandische Historiker:innen, deren Arbeit bei der Sichtung schriftlicher Quellen oder bei Oral-History-Projekten unverzichtbar ist.[19]

Ich selbst stütze mich, da der Landessprache nicht mächtig, auf frankophone Autobiografien, bei denen wiederum zwei Kategorien zu unterscheiden sind. Zum einen gibt es Texte, die bereits in französischer Sprache verfasst wurden. Dazu gehört zum Beispiel das wichtige Zeugnis von Esther Mujawayo, die heute in Deutschland lebt. Sie ist perfekt französischsprachig und schreibt wie andere Überlebende – zum Beispiel die eingangs zitierte Romanautorin Scholastique Mukasonga, die sich für ein Exil in Frankreich entschieden hat und bis heute an autobiografischen Schreibweisen interessiert ist[20] – in der Sprache, die sie als erste Fremdsprache in der Schule gelernt hat, also auf Französisch. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass Mujawayo den Dialog mit einer franko-algerischen Freundin suchte, die sie beim Schreiben und Ordnen des traumatischen Erinnerungsmaterials unterstützte.[21] Insofern changiert ihre Autobiografie auf hybride Weise zwischen dem Status von schriftlichen und mündlich mitgeteilten Erinnerungen.

Daneben gibt es aber auch so umfangreiche Projekte wie das von Florence Prudhomme initiierte, das unter dem Titel »Erinnerungshefte« steht. Hier schrieben Überlebende des Genozids ihre Lebenserinnerungen auf Kinyarwanda nieder. In einem zweiten Schritt ließ Prudhomme diese Texte dann ins Französische übertragen, um Migrations- und Genoziderfahrungen auch in Europa bekannter zu machen.

Der französische Journalist Jean Hatzfeld, dem eine umfangreiche Kollektivbiografie zu Tätern wie Opfern zu verdanken ist, arbeitete direkt mit ruandischen Dolmetschern zusammen, wenn seine Gesprächspartner:innen das Französische nicht beherrschten. Die Übersetzung der Zeugnisse, die Hatzfeld im Schreibprozess zu kürzen und zu verdichten pflegte, folgte erst nach seinen Aufenthalten in Ruanda.

---

18 Jean-Pierre Chrétien hat beispielsweise wichtige Dokumente aus Presse und Hassradio zusammengetragen und ins Französische übertragen, während Hélène Dumas sich an die Auswertung von etwa 100 Zeugnissen gemacht hat, die 2006 von Überlebenden aufgezeichnet worden waren, die zum Zeitpunkt des Genozids noch Kinder gewesen waren. Viele Textpassagen wurden von ihr ins Französische übersetzt, sodass hier auch in sprachlicher Hinsicht Türen geöffnet wurden zu einer breiteren Rezeption. Vgl. *Jean-Pierre Chrétien* (Hrsg.), Rwanda. Les médias du génocide, Paris 2002 (zuerst 1995); *Hélène Dumas*, Le Génocide au village. Le massacre des Tutsi au Rwanda, Paris 2014.

19 Vgl. *Jean-Pierre Chrétien/Marcel Kabanda*, Rwanda. Racisme et génocide. L'idéologie hamitique, Paris 2016 (zuerst 2013); *Jean-Paul Kimonyo*, Rwanda. Un génocide populaire, Paris 2008; *Charles K. Mironko*, Social and Political Mechanisms of Mass Murder. An Analysis of Perpetrators in the Rwandan Genocide. Dissertation, Ann Arbor 2004.

20 Zu den einschlägigen Texten dieser sehr produktiven Autorin gehört *Scholastique Mukasonga*, La femme aux pieds nus, Paris 2008. Vgl. *Antoine Mugesera*, Les conditions de vie des Tutsi au Rwanda de 1959 à 1990. Persécutions et massacres antérieurs au génocide de 1990 à 1994, Kigali 2014; *ders.*, Rwanda 1959–1962. La révolution manquée, Paris 2018; *Paul Rutayisire*, Approche locale du génocide. La région de Nyarubuye, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire, 2014, Nr. 122, S. 37–49.

21 Vgl. *Esther Mujawayo/Souâd Belhaddad*, SurVivantes, Paris 2011 (zuerst 2004). Mujawayos Autobiografie wird um einen zweiten Band ergänzt, in dem es um die Suche nach dem Körper ihrer ermordeten Schwester und deren Familie geht. Vgl. *dies.*, La fleur de Stéphanie. Rwanda entre réconciliation et déni, Paris 2006. Für die deutsche Übersetzung des ersten Teils vgl. *dies.*, Ein Leben mehr. Wie ich der Hölle Ruandas entkam, Köln 2007.

Blickt man auf das gesamte Material, so zeichnen sich sprachlich drei Kategorien von Texten ab: Die erste entspricht dem Ergebnis eines Schreibens oder Dialogisierens, das direkt auf Französisch erfolgte. Zur zweiten Kategorie gehören schriftliche, zur dritten mündliche Zeugnisse, die zwecks Verbreitung bei einem nichtruandischen Publikum von Herausgeber:innen, Mitarbeiter:innen oder Freund:innen ins Französische übertragen wurden.

Vom Umfang der Veröffentlichungen her ist noch eine weitere Information wichtig. Prudhommes »Cahiers de mémoire« umfassen die Zeugnisse von 21 Teilnehmer:innen eines kollektiven Workshops.[22] Die umfangreiche Autobiografie eines gewissen Dady de Maximo Mwicira-Mitali, der während des Genozids noch ein Kind war, tritt ergänzend hinzu.[23] Ihm hat Prudhomme Raum für ein ganzes Buch gewährt. Jean Hatzfeld hat in »Dans le nue de la vie« 14 auf Interviews beruhende (doch um einer »literarischen Verdichtung willen« gekürzte) Zeugnisse zusammengetragen.[24] Ein Einzelporträt zu einem ruandischen Intellektuellen ergänzt seinen Versuch, die Interviews um Gespräche mit Vertreter:innen der zweiten Generation zu ergänzen, das heißt, Kontakt zu den immer gleichen Familien zu halten und ihre changierende Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf die post-genozidale Gesellschaft zu dokumentieren.[25] Hatzfelds entsprechende Tätertexte beziehe ich aufgrund meiner Fragestellung nicht mit ein.[26] Sie sind zwar zur Herstellung perspektivischer Vielfalt auf ruandische Lebensgeschichten interessant, können zur Untersuchung von Migrationswegen der Tutsi-Minderheit jedoch nicht beitragen. Insgesamt darf Hatzfelds Arbeit als hybride Form zwischen literarischem, autobiografischem und journalistischem Schreiben gelten.

Neben den genannten Großprojekten von Prudhomme und Hatzfeld gibt es im französischsprachigen Raum eine vergleichsweise beeindruckende Zahl von Publikationen, in denen stets einzelne Tutsi von ihrem Leben berichten.[27] Sie reicht von Erwachsenen, die im direkten Kontakt zu französischen Institutionen standen[28], bis hin zu Kindern und Jugendlichen, die sich erst mit zeitlicher Verzögerung ans Schreiben wagten. Für meine eigene Untersuchung bin ich zwölf größere Buchver-

22 Vgl. beispielsweise *Florence Prudhomme* (Hrsg.), Cahiers de mémoire, Kigali, 2019, Paris 2019.

23 Vgl. *Dady de Maximo Mwicira-Mitali*, Rwanda, un deuil impossible. Effacement et traces, hrsg. von *Florence Prudhomme*, Paris 2021.

24 Vgl. *Jean Hatzfeld*, Dans le nu de la vie. Récits des marais rwandais, Paris 2000.

25 Vgl. *ders.*, Englebert des collines, Paris 2014.

26 Vgl. *ders.*, Une saison de machettes. Récits, Paris 2003.

27 Vgl. *Charles Habonimana*, Moi, le dernier Tutsi, Paris 2019; *Valens Kabarari/Élise Delage*, Vivant, Saint-Étienne 2019; *Annick Kayitesi-Jozan*, Même Dieu ne veut pas s'en mêler. Récit, Paris 2017; *Beata Umubyeyi Mairesse*, Le convoi, Paris 2024; *Yolande Mukagasana*, N'aie pas peur de savoir. Rwanda: un million de morts. Une rescapée tutsi raconte, Paris 2000 (zuerst 1999); *Eugénie Mukamugema*, Une vie au Rwanda parmi tant d'autres, Paris 2015; *César Murangira*, Un sachet d'hosties pour cinq. Récit d'un rescapé du génocide des Tutsi commis en 1994 au Rwanda, Paris 2016; *Philibert Muzima*, Imbibé de leur sang, gravé de leurs noms. Témoignage d'un survivant du génocide des Tutsi du Rwanda, Paris 2016; *Albert Nsengimana*, Ma mère m'a tué. Survivre au génocide des Tutsis au Rwanda, Paris 2019; *Révérien Rurangwa*, Génocidé, Paris 2006; *Claudine Sauvain-Dugerdil*, Se construire dans une société à la dérive. La force de vivre d'une Rwandaise, Vevey 2021; *Clemantine Wamariya/Elizabeth Weil*, La fille au sourire de perles, Paris 2018.

28 Vgl. *Vénuste Kayimahe*, France – Rwanda. Les coulisses du génocide. Témoignage d'un rescapé, Paris 2001.

öffentlichungen durchgegangen, und zwar stets mit Blick auf die Frage, wie Migrationserfahrungen von Tutsi reflektiert wurden. Die Texte stammen sämtlich aus den 2010er- und beginnenden 2020er-Jahren. Das jüngste Buch ist 2024 erschienen.

Frauen und Männer sind bei den Einzelveröffentlichungen etwa zu gleichen Anteilen vertreten. In Prudhommes Veröffentlichung hingegen überwiegen Zeugnisse von Frauen: Von den 21 Autobiografien stammen nur drei von Männern. Das könnte damit zu tun haben, dass Frauen im Genozid, statistisch betrachtet, eine größere Wahrscheinlichkeit hatten, zu überleben. Die Chance, nicht sofort getötet zu werden und so die Befreiung zu erleben, war für Frauen schlicht größer. Der wichtigere Grund scheint jedoch in der Organisationsform der Treffen zu liegen, aus denen diese Texte hervorgegangen sind: Frauen sprachen offenbar leichter zueinander, wenn sie unter sich blieben. Dass die Männer in der Minderzahl sind, könnte mit weiblichen Kontaktnetzen zu tun gehabt haben, durch die sich der Kreis der Teilnehmer:innen konstituierte. Ein weiterer, doch nicht offen thematisierter Grund besteht vermutlich darin, dass Frauen den Genozid oft nur aufgrund der Massenvergewaltigungen überlebt hatten, die von den Tätern als genuine Waffe zur Vernichtung der Minderheit eingesetzt wurden. Da die spezifisch gegen Frauen gerichtete Sexualgewalt nach dem Genozid weiterhin starken gesellschaftlichen Tabus unterlag, dürfte die starke Präsenz von Frauen in Prudhommes Projekt mit dem Wunsch zu tun gehabt haben, eine Art Schutzraum für die Schreibenden zu schaffen und so die Chance zu erhöhen, das Wort auch bezüglich der tiefsten Traumata zu befreien.

Das Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern in diesem Buch, das mir als Hauptquelle dienen soll, betrachte ich jedoch keineswegs als Nachteil. Die Migrationsforschung hat lange kein Interesse für die Perspektive der weiblichen Migration entwickelt. Christof Parnreiter spricht von »Gender-asymmetrisch[en]« Einseitigkeiten.[29] Es schien, als bewegten sich fast nur Männer über nationalstaatliche Grenzen und als sei Frauen sozusagen »naturgegeben« die »Sesshaftigkeit« gemäß. Insofern bietet Prudhommes Arbeit den Vorteil, von Beginn an das Leben von Frauen in den Vordergrund zu stellen und auf diese Weise klarzumachen, dass diese oft ganz eigene Motive hatten, die sie zum Verlassen des Landes brachten. Die Angst vor Sexualgewalt spielte schon vor 1994 eine große Rolle.

Für die Vielfalt der Gründe folgen hier andeutungsweise noch einige andere Beispiele: Mujawayo hat in zweiter Ehe einen Deutschen geheiratet. Zuvor hatte sie in England studiert. Bildungs- und Heiratsmigration trafen bei ihr, chronologisch hintereinandergeschaltet, zusammen. In anderen Fällen lag der Grund für die Migration in einer politischen Verfolgung, von der Frauen schon in der vorgenozidalen Ära betroffen waren. Hier zog die Wanderung von Frauen oft eine regelrechte Kettenmigration nach sich, weil beispielsweise in Burundi von den Tutsi erste Infrastrukturen zur Aufnahme neuer ruandischer Migrant:innen geschaffen wurden.

»[S]teigende Informationen über das Zielgebiet, sinkende Migrationskosten oder abnehmende Risiken üben ab einem gewissen Punkt einer Wanderung einen eigenständigen Stimulus aus.«[30] Geschwister trafen sich im Ausland, während die Eltern

29 *Parnreiter*, Theorien und Forschungsansätze zu Migration, S. 42.
30 Ebd., S. 36.

in Ruanda blieben. Oder es kam zur umgekehrten Konstellation mit den Älteren im Ausland und den Jüngeren, die im Land blieben. Doch die Grenzen zwischen verschiedenen Formen von Migration waren, wie weiter unten im Text gezeigt wird, in vielen Fällen fließend. Nicht immer kann klar unterschieden werden zwischen einer Migration, durch die eine Person ihr Leben zu retten versuchte, und einer Migration, die der Möglichkeit zur Weiterbildung galt. Ähnliches galt für die oft künstliche Unterscheidung zwischen Arbeitsmigration und politisch motivierter Migration.[31] Mit Serhat Karakayalı könnte man »das, was gemeinhin als Arbeitsmigration klassifiziert wird, auch über Begriffe wie ›Flucht aus sozialen Verhältnissen‹ neu perspektivieren«.[32]

Ich beginne mit einer historischen Skizze zu verschiedenen Phasen der ruandischen Migration, gefolgt von einem Blick auf die kolonialen Ursprünge der »Fremdheitshypothese«, die die Segregation und den sozialen Ausschluss der Tutsi beförderte. Neben den autobiografischen Zeugnissen beziehe ich Forschungsergebnisse zur ruandischen Geschichte mit ein.

II. Migrationshistorische Vorgeschichten

Die wechselnden Machtkonstellationen, die sich im kolonialen Ruanda erst durch die deutschen, dann durch die belgischen Kolonisatoren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ergaben, fanden mit der »Hutu-Revolution« oder »sozialen Revolution« des Jahres 1959 ihren dramatischen Höhepunkt.[33] Es war das Jahr einer Massenflucht von Tutsi, die in Anrainerstaaten oft unter prekärsten Bedingungen Aufnahme fanden.[34] Vorhergegangen war eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses von Hutu und Tutsi: Erstere gelangten in diesem Jahr in die politisch und gesellschaftlich dominierende Position.[35]

Die darauffolgende Massenmigration war ein Ereignis, dessen Bedeutung bis hinein in den Genozid des Jahres 1994 von kaum zu überschätzender Bedeutung ist. Entgegen den Erwartungen und dem Recht internationaler Organisationen waren die Migrant:innen auch nach Jahrzehnten des Wartens nicht bereit oder schlichtweg in der Lage, ihre Hoffnung auf Rückkehr aufzugeben. Vielmehr verlangten sie, mal diplomatisch, mal durch militärische Angriffe, dass ihre Zugehörigkeit zu Ruanda Anerkennung finden solle. Hintergrund dieser Forderungen war, dass die Lebensumstände in den Exilländern für viele Migrant:innen unaushaltbar waren.[36] Der Flucht aus Ruanda folgten in manchen Aufnahmeländern neue Verfolgungen, sodass neue Fluchten nötig wurden: Die Forderung nach Remigration war nichts anderes als die Konsequenz der Tatsache, dass es den geflohenen Tutsi nicht

31 Zur Kritik an schematischen Abgrenzungen vgl. auch *Geiger*, Migration, S. 92 f.
32 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II, S. 483.
33 Vgl. Genaueres dazu in: *Mugesera*, Les conditions de vie des Tutsi au Rwanda de 1959 à 1990.
34 Dies ist beispielsweise vielen Lebensberichten zu entnehmen, die von Florence Prudhomme zusammengetragen wurden. Vgl. *Prudhomme*, Cahiers de mémoire.
35 Vgl. *Dumas*, Génocide. Dumas gehört zu den besten Kenner:innen des Tutsizids.
36 Ich werde weiter unten eine paradigmatische Lebensgeschichte skizzieren, die diese These plausibel macht.

möglich war, eine neue Heimat zu finden, geschweige denn in neuen Heimaten dauerhaft als zugehörig akzeptiert zu werden, also die Erfahrung einer positiven Inkorporation zu machen. Anstatt dass Bewegung weg und dann wieder hin nach Ruanda »eine bloße Reaktion auf staatliche Reglementierungen« gewesen wäre, stellten die Forderungen der Tutsi »selbst ein Movens der Geschichte dar«. Es geht, so kann man mit Stephan Scheel sagen, um eine »Konfliktbeziehung zwischen Migration und den Versuchen ihrer Kontrolle«, die sich jedoch als verfehlt erwies.[37]

In den Jahren 1990 bis 1993 kulminierte die Forderung nach Rückkehr trotz aller internationalen Bemühungen um Frieden in einem kriegerischen Konflikt. Er heizte innenpolitisch die seit Jahrzehnten praktizierten Pogrome, Plünderungen und Vergewaltigungen wieder an, mit denen die Hutu 1959, 1962, 1973 und zu weiteren Anlässen auf ihr vor allen Dingen phantasmagorisches Gefühl, bedroht zu sein, reagiert hatten.[38] Ihr Misstrauen gegenüber den Tutsi erklärte sich teilweise aus der Angst vor der Gewalt, die die Hutu Burundis zu Beginn der 1970er-Jahre durch die dortigen, politisch führenden Tutsi erlitten hatten. Man glaubte also, sein eigenes Leben zu schützen, indem man die Minderheit, die im Nachbarland Gewalt geübt hatte, unterdrückte. Auf der einen Seite existierte der auch migrationsgeschichtlich motivierte Bürgerkrieg in Ruanda also wirklich. Auf der anderen Seite aber wurden sämtliche »Inlands-Tutsi« (alte Leute, Kinder, Babys, ja Föten inbegriffen) von den Hutu als Spione des »äußeren Feinds« betrachtet. Insbesondere Familien, die wirklich Verwandte hatten, die sich für die Migration entschieden hatten oder in die Migration getrieben worden waren, wurden noch stärker als zuvor dem generalisierenden Verdacht unterworfen, eine »fünfte Kolonne« des Auslands darzustellen.[39]

Es bedurfte in dieser angespannten Situation nur noch eines Anlasses – nämlich des Abschusses des Flugzeugs des ruandischen Präsidenten am 6. April 1994 –, um einen von langer Hand geplanten, durch die Verteilung von Waffen und die Erstellung von Namenslisten vorbereiteten Genozid in Gang zu setzen, dessen rasend schneller Vollzug (in nur drei Monaten wurden drei Viertel der ruandischen Tutsi vernichtet) in Kontrast zur Langsamkeit der internationalen Bereitschaft, zu intervenieren, trat.[40] Hasspropaganda und Verschwörungsmythen, die über Radiosendungen verbreitet wurden, beförderten die Radikalisierung.[41]

---

37 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 312. Möhring bezieht sich auf *Stephan Scheel*, Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please, in: Movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1, 2015, H. 2, S. 1–15, hier: S. 2.

38 In Bild und Text gesetzt auf eindrückliche Weise: *Patrick de Saint-Exupéry/Hippolyte*, La fantaisie des Dieux. Rwanda 1994, Paris 2014.

39 Vgl. dazu in autobiografisch-romanhafter Form: *Scholastique Mukasonga*, Inyenzi ou les Cafards, Paris 2006.

40 Wichtig für diese und andere Zusammenhänge das preisgekrönte Buch: *Philip Gourevitch*, Nous avons le plaisir de vous informer que, demain, nous serons tués avec nos familles. Chroniques rwandaises, Paris 2002.

41 Vgl. dazu *Anne D. Peiter*, Invektiven im Genozid. Zu Zeugnissen von überlebenden Tutsi, in: *Simon Meier-Vieracker/Heidrun Kämper/Ingo H. Warnke* (Hrsg.), Invective Discourse, Berlin/Boston 2023, S. 149–175. Dies hat wesentlich mit gewalttätig-»komischen« Enthumanisierungsprozessen zu tun. Vgl. *Anne D. Peiter*, Komik und Gewalt. Zur literarischen Verarbeitung der beiden Weltkriege und der Shoah, Köln/Weimar etc. 2007. – Ein Zitat mag verdeutlichen, dass die Phantasmen sogar auf die prospektiven Opfer, das heißt die Kinder aus Tutsi-Familien, ihren Einfluss

Dieser Zusammenhang von ungelösten Migrationsproblemen, Konzepten von »Zugehörigkeit« als »nationalstaatliche[m] Containerraum«[42], zu dem die Tutsi unmöglich gezählt werden dürften, sowie dem Genozid muss einer genaueren Analyse unterzogen werden.[43] Da Tutsi, die als Migrant:innen seit Jahren in anglophonen Ländern gelebt hatten, in den Augen des französischen Präsidenten François Mitterrand als »sprachlich nicht förderungswürdig« galten, führte Frankreich die Unterstützung der Familie des ruandischen Präsidenten (der perfekt Französisch sprach) auch noch zu einem Zeitpunkt weiter, als Massengewalt und -tötungen bereits offensichtlich geworden waren. Die Geschichte von mal »freiwilliger«, mal physisch erzwungener Migration hat daher auch eine internationale Dimension, die stets mit der innenpolitischen ruandischen zusammengedacht werden muss. Aus Platzgründen kann ich auf diesen Aspekt an dieser Stelle jedoch nicht gesondert eingehen.

In Hinblick auf die Ignoranz des Auslands ist besonders das literarische Werk der heute in Frankreich lebenden Scholastique Mukasonga von Interesse. Sie gewann wegen der Deportation in das unwirtliche, als »Sterbeort« für Tutsi-Familien konzipierte Bugesera ein scharfes Bewusstsein für die Schwierigkeiten des Exils. Migration führe nicht allein dann zum Ausschluss aus dem eigenen Land, so Mukasonga, wenn man dieses wirklich verlasse.[44] Vielmehr müsse die erzwungene »Wanderung« in diese Region bereits als – langfristige – Vorbereitung der Gewalt von 1994 betrachtet werden. Einerseits lassen sich innere und äußere Migration also definitorisch unterscheiden: Die Tutsi, die seit 1959 nach Uganda, Burundi oder Zaire flüchten mussten, befanden sich nicht in derselben Situation wie diejenigen, die eine Form von »Binnendeportation« erlebten. Andererseits muss jedoch bewusst gehalten werden, dass die künstliche Herstellung von »Fremdheit« auch die Tutsi des Bugesera betraf, sodass sich auch hier translokale Verbindungen zwischen den Inlands- und den Auslands-Tutsi ergaben. Dass in meinen Ausführungen durchgehend von den Tutsi gesprochen wird, soll nicht missverstanden werden als »ethnic group research design«.[45] Maren Möhring hat kritisiert, »[a]llem Globalisierungshype und transnationalen Ansätzen zum Trotz« würden »Migrantinnen

ausübten: »Um ganz ehrlich zu sein, verstand ich überhaupt nichts. Ich wusste nicht genau, was die RPF [Ruandische Patriotische Front] war und ob man sich über ihr Kommen freuen sollte oder nicht. Auf der einen Seite dachte ich, dass das Insekten seien, die das Herz fraßen und kamen, um uns zu verschlingen, denn das war das, was die Kinder in meinem Viertel so sprachen. Auf der anderen Seite war ich mir dessen nicht gewiss, denn es existierten verschiedene Versionen. Die meiner Familie, von der ich wusste, dass sie heimlich den Radiosender Muhabura hörte, das heißt den der Inkotanyi […], das heißt den der RPF, und im Gegensatz dazu die Version der Regierung, die sie als Feinde bezeichnete. Und schließlich die Version des Viertels. Ich wusste also überhaupt nicht, was ich glauben sollte.« *Kabarari/Delage*, Vivant, S. 56 [Übersetzung A. P.].

42 *Geiger*, Migration, S. 82.

43 Vgl. kritisch zur negationistischen These vom »doppelten Genozid«: *Patrick de Saint-Exupéry*, La traversée. Une odyssée au cœur de l'Afrique, Paris 2021.

44 Vgl. zum lokal je unterschiedlichen Verlauf des Tutsizids sowie zu den Interaktionen mit Exilanten in der FPR: *Human Rights Watch* (Hrsg.), Aucun temoin ne doit survivre. Le génocide au Rwanda, Paris 1995.

45 *Nina Glick Schiller*, Beyond Methodological Ethnicity. Local and Transnational Pathways of Immigrant Incorporation, Malmö 2008, S. 2.

und Migranten nach wie vor häufig fein säuberlich nach ethnischer Herkunft sortiert«.[46] Das ist nicht mein Ziel. Vielmehr geht es um den Nachvollzug eines segregierenden Denkens, das der Schaffung historischer Realitäten entsprach.

In jedem Fall ist man, wenn man sich mit der ruandischen Migrationsgeschichte beschäftigt, mit der ungeheuren Beschleunigung der Gewalt und ihrer »Effizienz« im Frühling und Sommer 1994 konfrontiert. Der Genozid war durch den Modus der Plötzlichkeit gekennzeichnet. Die Migrationsbewegungen sowie die Gewalterfahrungen der Jahrzehnte seit den ersten Pogromen im Jahr 1959 sind jedoch zugleich als wesentlicher Bestandteil der »Langsamkeit«, also als eine Art »Vorspiel« zum Genozid zu betrachten.[47] Dass sich der Genozid spätestens im Jahr 1993 angekündigt und entsprechende Warnungen vonseiten internationaler Beobachter:innen ausgelöst hatte, steht nicht infrage. Dass jedoch der hohe Grad an Organisation und räumlicher Reichweite für viele Verfolgte als Schock wirkte, steht zum Gesagten keineswegs im Widerspruch. Die langsame Vorbereitung der Massengewalt und die Beschleunigung, die ab dem 6. April 1994 zustande kam, griffen ineinander. Wer vor diesem Datum nicht die Flucht ergriffen hatte, bekam danach nur noch in Ausnahmefällen die Chance, über die Grenze ins Ausland zu entkommen.

> »Migrants who decide upon departure and choose a destination can prepare; forced laborers and refugees are cast about by impersonal warfare, expulsion, and labor regimes. They can neither prepare nor pro-act but have to re-act to power impositions and circumstances.«[48]

Genau dies war 1994 der Fall. Das Beispiel Ruanda bietet demnach eine Reflexionsfläche für die beunruhigende Feststellung, dass ein Rückkehrwillen von Migrant:innen, dem international kein Echo antwortet, zu Konfliktfeldern führen kann, die nicht nur kriegerische, sondern auch genozidale Formen von Gewalt befördern. Gerade in präventiver Perspektive ist dies eine Feststellung von Bedeutung.

III. Ursprungslegenden und migrierende Phantasmen

Es ist unabdingbar, über die Entwicklungslinien hin zum Genozid die ideologische Grundlegung für die »interethnischen« Konflikte in Erinnerung zurückzurufen. Sie geht zurück auf die deutsche und später die belgische Kolonialgeschichte. Die Europäer:innen waren der Überzeugung, Ruanda sei ein Land mit drei strikt voneinander getrennten »Ethnien«, die in sukzessiven »Wanderungsbewegungen« das Land geformt hätten.[49] Die »Ureinwohner« seien allein die »Twa«, »zwergwüchsi-

46 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 314.

47 Scholastique Mukasonga schreibt in diesem Kontext: »Die ersten Pogrome gegen die Tutsi brachen zu Allerheiligen des Jahres 1959 aus. Der Mechanismus des Genozids war in Gang gekommen. Er würde nicht mehr aufhören. Bis zur Endlösung würde er nicht mehr aufhören.« *Mukasonga*, Inyenzi ou les Cafards, S. 14 [Übersetzung A. P.].

48 *Hoerder*, Migration Research in Global Perspective, S. 67.

49 Die Aufarbeitung dieser Phantasmen ist vor allen Dingen dem bereits erwähnten Jean-Pierre Chrétien zu verdanken. Vgl. *Jean-Pierre Chrétien*, Hutu et Tutsi au Rwanda et au Burundi, in:

ge Pygmäen«, die in der Kolonialliteratur durchgängig als affenähnlich dargestellt werden.[50] Auf diese im Wald lebende »primitive« Gruppe sei eine zweite, mittelgroß gewachsene Gruppe gefolgt, nämlich die »Hutu«, die als Bauern in Ruanda eingedrungen seien. Diese wiederum seien, obwohl zahlenmäßig weit bedeutender, von einem nachfolgenden Hirtenvolk, den »extrem großen«, an »Intelligenz« und »aristokratischem Auftreten« überlegenen »Tutsi«, unterjocht worden[51], die mit ihrem Königtum sämtliche ökonomischen und gesellschaftlichen Privilegien auf sich gezogen hätten.

Diese künstliche »Ethnogenese« oder »Ethnifizierung« Ruandas durch das Unverständnis und das geradezu obsessive Klassifizierungsbedürfnis der Kolonialmächte[52] ist aus der Migrationsgeschichte Ruandas nicht wegzudenken. Denn durch die belgische Verpflichtung, die entsprechenden Zuordnungen auch in den Pässen einzutragen[53], hatten sich die »Ethnien« auch in den Köpfen als Realität verdichtet. So konnte die Vertreibung der Tutsi »zurück« in ihr vermeintliches »Heimatland«, nämlich – so das Phantasma – Richtung Abessinien, Ägypten oder gar Tibet, zum politischen Programm erklärt werden. Der Umstand, dass im Genozid des Jahres 1994 die Verfolgten oft durch Ertränken getötet wurden oder aber Leichen in die Flüsse geworfen wurden, um sie »fortschwemmen« zu lassen[54], hat mit dieser Essenzialisierung von Identitäten zu tun. In vorkolonialen Zeiten waren diese vor allem berufsständisch und damit als veränderbar wahrgenommen worden und hatten mit Ursprungsfragen nicht das Geringste zu tun gehabt. Die schon erwähnte Scholastique Mukgasonga entging den Tötungen, weil sie sich im Exil aufhielt. Mit einer von Grauen getönten Ironie fasste sie die Langzeitfolgen der vorgeblichen physischen Besonderheiten der Tutsi und ihres ebenso vorgeblichen »abweichenden«, »fernen« Ursprungs in Worte:

> »[E]s gab andere Geschichten. Geschichten, die nicht die unseren waren, die wir uns nicht am Feuer sitzend erzählten. Geschichten, die wie die schlechten Drogen waren, die die Giftmischer zubereiten, Geschichten, die den Hass in sich trugen, die den Tod in sich trugen. Geschichten, die die Weißen erzählten. Die Weißen hatten die unersättlichen Monster ihrer schlechten Träume auf die Tutsi gehetzt. Sie hielten uns die Zerrspiegel ihrer Anmaßungen vor und im Namen ihrer Wissenschaft und ihrer Religion mussten wir uns nur noch in der teuflischen Verdopplung erkennen, die aus ihren Phantasmen aufstieg. Die Weißen behaupteten, besser zu wissen als wir selbst, wer wir waren, woher wir kamen. Sie hatten uns betastet, gewogen, gemessen. Ihre Schlussfolgerungen duldeten keinen Widerspruch: Unsere Köpfe waren kaukasisch, unsere Profile semitisch, unsere

Jean-Loup Amselle/Elikia M'Bokolo (Hrsg.), Au cœur de l'ethnie. Ethnies, tribalisme et État en Afrique, Paris 1999 (zuerst 1985), S. 129–166.

50 Vgl. dafür nur ein besonders frühes Beispiel: *Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg*, Durch Ruanda zum Kiwusee. Forschungsreisen in Zentral-Afrika, Berlin o. J., insb. S. 103–116.

51 Vgl. dazu sehr kenntnisreich: *Chrétien/Kabanda*, Rwanda.

52 Die jahrhundertealten Traditionslinien, die bis hin zum modernen Rassismus der »hamitischen Theorien« im 19. Jahrhundert führten, werden ausführlich und kenntnisreich dargestellt in *Peter Rohrbacher*, Die Geschichte des Hamiten-Mythos, Wien 2002.

53 Dies wird auch bildnerisch in Szene gesetzt in *Saint-Exupéry/Hippolyte*, La fantaisie des Dieux, S. 16, Panel 6.

54 Vgl. ebd., S. 11.

> Statur nilotisch. Sie kannten sogar unseren Vorfahren, das stand in der Bibel, er hieß Ham. Wir waren trotz mancher ärgerlicher Rassemischungen Quasi-Weiße, ein bisschen jüdisch, ein bisschen arisch. Die Kenner (und wir mussten ihnen dafür dankbar sein) hatten sogar eine maßgeschneiderte Rasse für uns herausgeschnitten: Wir waren Hamiten!« [55]

Diese Zeilen bringen zum Ausdruck, wie schwer das koloniale Erbe wog, das behauptet hatte, die ruandische Geschichte lasse sich als eine Wanderungsgeschichte beschreiben, die zugleich mit einem körperlichen »Größerwerden« ihrer drei »ethnischen« Gruppen korreliere. Wie selbstgewiss und ohne Bewusstsein der kolonialen Vorgeschichte die rheinland-pfälzische »Entwicklungspolitik« sich noch in den späten 1980er-Jahren auf scheinbar »neutrale« und »verlässliche« Kolonisatoren wie Max Weiß[56], Ernst Johanssen[57], Georg Richelmann[58], Adolf Friedrich zu Mecklenburg[59], Richard Kandt[60] oder andere mehr berief, um in humanitärer Absicht in Ruanda tätig zu werden, geht aus einer Veröffentlichung hervor, die sich als »Landeskunde« versteht. Es handelt sich um einen Text, der im diametralen Gegensatz zu dem steht, was Mukasonga vorträgt – ein Text, der zeigt, wie nachvollziehbar die Abwehr ist, die die Autorin gegenüber den »hamitischen Theorien« und ihrer biblischen Grundlegung empfindet.

> »Die Organisationsstruktur des Königreiches Ruanda war, wie in vielen anderen afrikanischen Staaten auch, bestimmt von der sozialen Hierarchie der dort lebenden ethnischen Gruppen. Diese waren vom Äußeren her schon durch die Körpergröße zu unterscheiden. Hochgewachsene, sehr eindrucksvolle Menschen – die Tutsi (Watussi) – bildeten die herrschende Klasse. Ihnen oblagen die militärischen Aufgaben, die Gerichtsbarkeit und die Führungsrolle in allen wichtigen Angelegenheiten des Staates. Sie stellten auch den König (Umwami, Mwami). Ihnen gehörten die Viehherden, die zum großen Teil aus den prächtigen Watussi-Rindern bestanden, und das Ackerland. Obwohl die Tutsi nur wenig mehr als 10 Prozent der Bevölkerung stellten, nahmen sie in allen Sozialbereichen die führende Rolle ein. Die Masse der Ruander, nahezu 90 Prozent, bestand aus mittelgroß gewachsenen Menschen, die in der Hauptsache Ackerbau betrieben und in einer Art feudalem Abhängigkeitsverhältnis zu der herrschenden Klasse lebten. Es waren die Hutu (Wahutu), die zur großen afrikanischen Bevölkerungsgruppe der Bantu gehören. Neben diesen beiden Hauptgruppen lebte versprengt im ganzen Land ein kleinwüchsiges Volk, die Twa (›Batwa‹). Sie führten ein dürftiges Leben als Jäger und Handwerker, vorwiegend als Töpfer. Am Königshof waren sie als Musiker, Clowns und Henker angestellt.«[61]

55 *Mukasonga*, La femme aux pieds nus, S. 133 f. [Übersetzung A. P.].
56 Vgl. *Max Weiß*, Die Völkerstämme im Norden Deutsch-Ostafrikas, Berlin 1910.
57 Vgl. *P. Ernst Johanssen*, Ruanda. Kleine Anfänge – große Aufgaben der Evangelischen Mission im Zwischenseengebiet Deutsch-Ostafrikas, Bielefeld 1912.
58 Vgl. *Georg Richelmann*, Meine Erlebnisse in der Wissmann-Truppe, Magdeburg 1892.
59 Vgl. *Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg*, Ins Innerste Afrika, Leipzig 1909.
60 Vgl. *Richard Kandt*, Caput Nili. Eine empfindsame Reise zu den Quellen des Nils, Berlin 1921.
61 *Otmar Werle/Karl-Heinz Weichert*, Ruanda. Ein landeskundliches Portrait, hrsg. von der Landesbildstelle Rheinland-Pfalz, Koblenz 1987, S. 47 f.

Das ist Kolonialpropaganda in Reinform[62], und schon in erzählerischer Hinsicht wird deutlich: Abstiegsbewegungen wurden postuliert, die den Begriff der »Rasse« in die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung einführten – vom Riesen zum Mittleren bis hinab zum »Zwerg«. Erschienen 1987, also drei Jahre vor Ausbruch des Kriegs, der zum Genozid führen sollte, und 15 Jahre nach der Vertreibungswelle des Jahres 1973[63], zeigt die blinde Übernahme der hamitischen Theorie, warum die deutsche Diplomatie die Konfliktstruktur, die regelmäßig zu den wiederkehrenden Vertreibungen der Tutsi beitrug, noch nicht einmal in Ansätzen verstand. Man schien an der einmal »festgestellten« ethnischen Ordnung festhalten zu wollen – so als ob sich die Plausibilität der Begründungen aus der Wiederholung ihrer selbst ergeben könne. Insgesamt gilt, dass Ruanda aufgrund seiner sprachlichen, kulturellen und religiösen Einheit gerade nicht durch migrationsbedingte Diversität gekennzeichnet war. Die sozialen Übergänge zwischen Hutu und Tutsi waren fließend, die vermeintlich »ferne« Herkunft der Tutsi eine kolonialideologische Schimäre und die genaue Unterteilung der Berufe von »Ackerbauern« und »Hirten« künstlich. Mit Blick auf die weiteren Entwicklungen, die sich aus dem ›ordnenden‹ Zugriff der Europäer:innen ergaben, ist festzuhalten, dass die Hypothese von den migrationsgeschichtlichen Phasen trotz ihres imaginären Charakters konkrete Wirkung hatte. Weil das Auftauchen der Tutsi als Akt der Gewalt dargestellt wurde, durch den Twa und Hutu eine plötzliche Unterjochung erfahren hätten, schrieb sich in den Köpfen allmählich die Idee einer ethnisch begründeten Feindschaft fest.

IV. Exile und Exilländer im Plural

Als zweite chronologische Etappe lässt sich die Exilierung von Tutsi-Familien in den Jahren nach der »Hutu-Revolution« 1959 beziehungsweise der Unabhängigkeit 1962 beschreiben. Sie war eine Konsequenz der Migrationsphantasmen der Europäer:innen sowie ihrer changierenden Allianzen (erst mit den Tutsi, dann, in einem plötzlichen, vorgeblich auf »Demokratisierung« zielenden Umschwung, mit den Hutu). Migration stellte in diesen Jahren vor allen Dingen eine Fluchtmigration dar. Die Gewalt gegen die Tutsi war derart umfassend und brutal, dass allein

62 Vgl. allgemeiner zur deutschen Kolonialgeschichte *Anne D. Peiter*, Träume der Gewalt. Studien der Unverhältnismäßigkeit zu Texten, Filmen und Fotografien. Nationalsozialismus – Kolonialismus – Kalter Krieg, Bielefeld 2019.

63 Vgl. dazu nur ein lebensgeschichtliches Zeugnis unter vielen: »Im April 1973 haben sich die Verfolgungen und Tötungen verstärkt. Die Studierenden und Schüler der Hutu haben, manipuliert von der Armee, die die Regierung stürzen wollte, einen gnadenlosen Krieg gegen ihre Mitschüler und Kommilitonen geführt. Tutsi wurden getötet, egal ob sie Schüler, Studierende oder Staatsbedienstete waren. Manche haben den Weg ins Exil genommen, doch viele sind auf ihrer Flucht in den Sümpfen oder in den Tälern getötet worden. Man sagte, ein Konflikt schwele zwischen den Studierenden und Schülern, doch in Wirklichkeit handelte es sich eher um eine bewusst in Gang gesetzte Vernichtung der Tutsi. Meine Mutter hat gelitten, als meine jüngeren Schwestern nach Burundi geflohen sind. Doch dort haben sie eine Arbeit finden können. Sie schickten uns Hilfe und so haben wir wieder ein normales Leben aufnehmen können.« *Mukarutabana Mélanie*, Une infinie amertume, in: *Prudhomme,* Cahiers de mémoire, S. 73–95, hier: S. 76 [Übersetzung A. P.].

im Jahr 1959 schätzungsweise 336.000 Menschen in die Anrainerstaaten flohen. Plünderungen, Brandstiftungen und Vergewaltigungen begleiteten die »Demokratisierung« des Landes, die darauf zielte, die Tutsi aus den politischen Schaltstellen zu vertreiben und die Idee gleicher Rechte allein auf die Bevölkerungsmehrheit, also die Hutu, anzuwenden. »Ethnische und regionale Quoten« wurden eingeführt, die aus den Tutsi dauerhaft eine Gruppe von Paria machten, die kaum auf den Besuch weiterführender Schulen hoffen konnten. Auch die Hutu des Südens waren von Diskriminierungen betroffen, sodass komplexe Konflikte zwischen verschiedenen Regionen zu der dichotomischen Hauptachse »Hutu gegen Tutsi« hinzutraten.

1959 war auch das Jahr, in dem sich die ersten migrantischen Netzwerke auszubilden begannen, die bei späteren Pogromen – vor allen Dingen der Jahre 1961, 1962 und 1973 – den im Inland Verfolgten Orientierung boten. Dass den Phasen der Pogrome eine schleichende Migration an die Seite trat, die mitunter die Form einer Kettenmigration annahm, hatte nicht zuletzt mit den fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder aus Tutsi-Familien zu tun. Da die ethnische Zusammensetzung im benachbarten Burundi der Bevölkerungsstruktur der ruandischen Gesellschaft sehr ähnlich war und die Unterschiede zwischen den beiden Bantusprachen Kinyarwanda und Kirundi als gering wahrgenommen wurden, brachen viele junge Leute auf, um im Nachbarland zu studieren oder Arbeit zu suchen. Die Kettenmigration brachte eine »Verselbständigung der Migrationsbewegung« mit sich.[64] Weil die Tutsi Ruandas in Burundi nicht so sehr als Fremde, sondern vielmehr als Verbündete in der gemeinsamen Frontstellung gegen die Hutu beider Länder betrachtet wurden, bestand die Schwierigkeit des Exils weniger in der Anpassung an die Gegebenheiten des neuen Landes, sondern vielmehr in der Angst vor den Folgen, die das Exil einzelner für die zurückgebliebenen Familienmitglieder haben konnte. Die Aussicht, dass Angehörige für den Fortgang gerade der jungen Generation bestraft, das heißt ins Gefängnis geworfen oder mit Gewalt überzogen werden könnten, ließ viele Tutsi bei der Umsetzung ihrer Migrationspläne zögern.

Die Lebensgeschichte von Marianne Mukabera, einer 1944 geborenen Zeugin, die sich an dem von Florence Prudhomme initiierten Austauschprojekt beteiligt hatte, soll als paradigmatisches Beispiel für das komplexe Verhältnis von Migration und Rückkehrwunsch dienen. Mukaberas Weg Richtung Zaire/Kongo zeigt, dass die Migration der Tutsi keineswegs als eine Art von »Einbahnstraße« betrachtet werden darf, die vom Heimatland in ein einziges aufnehmendes Exilland und eventuell von diesem aus als Remigration wieder zurück nach Ruanda führte. Vielmehr ist für die Exilgeschichten der Tutsi das Auftreten von immer neuen Vertreibungen, immer neuen Exilen – einem Exil im Exil – zu beobachten, und zwar bedingt durch Kriege und Konflikte, die nicht nur in Ruanda auftraten, sondern auch – um nur ein Beispiel zu nennen – in Zaire, der heutigen Demokratischen Republik Kongo, als dem erhofften Zufluchtsort. So beschreibt Mukabera den schier endlosen Wechsel von einem Ort und Krieg zum anderen, von einem Tod zum anderen, von ersten biografischen Katastrophen zu immer weiteren, immer gleich lebensbedrohlichen.

64 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II, S. 470. Möhring bezieht sich auf *Verena Lorber*, Angeworben. GastarbeiterInnen in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren, Göttingen 2017, S. 18.

Mit Maren Möhring kann man von »plurilokale[n] Bezüge[n] zu Ankunft- wie Herkunftskontext« sprechen.[65] Gesäumt waren die Ortswechsel von Kranken und Toten:

> »1962 fassten wir [Mukabera und ihr Mann] den Entschluss, nach Bukavu zu fliehen. Drei Tage nach unserer Ankunft starb mein Vater an den Folgen der erlittenen Tortur. Sein Tod hat mir furchtbar zugesetzt. In Bukavu lebten wir unter sehr schlechten Bedingungen. Wir schliefen in Ställen, die den Weißen gehörten. […] [Nach dem Umzug in eine neue Gegend.] Wir waren ausgehungert, verdurstet und ich war schwanger mit meinem ersten Kind. Wir durchquerten einen Wald, der voller wilder Tiere war. In Karongi fanden wir Flüchtlinge vor, die vor uns angekommen waren und in Hütten lebten. […] Man gab uns Nahrung, die von humanitären Organisationen verteilt wurde. Es gab Fälle von Cholera wegen des unsauberen Wassers. Viele sind gestorben. Wir lebten dort, bis man uns sagte, dass es keine Versorgung mehr geben, das Lager schließen und man die Flüchtlinge woanders hinbringen werde. Man brachte uns weit weg, in Wälder, in denen wir Ackerbau treiben konnten. Es herrschte ein Klima der Unsicherheit und des Misstrauens. Die ruandischen Autoritäten setzten die Flüchtlinge unter Druck und arbeiteten dabei mit den Ländern zusammen, die uns aufgenommen hatten, um uns zu verjagen. […] Kurze Zeit später vertrieb man uns von Neuem. Mein Mann und ich kehrten in den Wald in der Nähe von Bukavu zurück. Mein Mann war körperlich behindert, er konnte nichts tragen. Mein Schwiegervater starb in dieser Zeit und die Kongolesen halfen uns, ihn zu begraben. Wir ließen uns in Kavumu nieder. Auch dort waren die Lebensbedingungen sehr hart. Der Mulele-Krieg brach aus. Man beschuldigte die ruandischen Flüchtlinge, Mulele zu unterstützen, und die Kongolesen begannen, uns zu verfolgen. Ruander wurden im Kivu-See und im Fluss Rusizi ertränkt. Mein Mann ließ sich auf eine Liste setzen, um in Kiriba in einer Zuckerfabrik zu arbeiten. Er brach auf in der Hoffnung, nach Burundi zu gelangen. Man setzte auch mich auf die Liste der dritten Gruppe, die fortgehen sollte, doch ich wartete vergebens in der Halle, in der man uns zusammengepfercht hatte. Wir blieben ohne Nachrichten von denjenigen, die fortgegangen waren. […] Manche Männer versuchten, ihre Familien im Kongo wiederzufinden, doch es ist ihnen nicht gelungen. Als sie die Region des Bugarama in Ruanda durchquerten, wurden sie vertrieben, man beschimpfte sie als ›Inyenzi‹. Manche von ihnen gingen bis nach Tansania, ohne ihre Familien wiederzufinden. Mein Mann und ich wurden getrennt, wir haben uns nie wieder gesehen. Ich wartete zehn Jahre, 20, 30, 40, umsonst. Ich war sehr arm, das Wenige, das wir hatten, war im Mulele-Krieg geplündert worden. Wir blieben im Kongo.«[66]

Aus diesem Bericht, der hier aufgrund seiner Länge nur in Auszügen wiedergegeben werden konnte, spricht die Verzweiflung einer Situation, die weit über das Spezifische des Schicksals der Tutsi Ruandas hinausgeht. Mukabera schildert, wie es überhaupt zu den Remigrationsbewegungen kommen konnte, die 1990 zum Kriegsausbruch beitragen sollten. Das Exil konnte kein bleibendes sein, keine neue »Heimat« werden, wenn neue Konflikte zu weiteren Frontenbildungen, Angriffen, ja Morden führten. Wenn Christoph Reinprecht und Hilde Weiss betonen, »dass es sich bei Integration um einen multidimensionalen und alle Beteiligten verän-

65 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II, S. 486.
66 *Prudhomme*, Cahiers de mémoire, S. 325–329 [Übersetzung A. P.].

dernden Prozess« handelt[67], dann ist damit nicht gesagt, dass die Entwicklung notwendig in Richtung eines positiven Miteinanders weist. Vielmehr zeigt das Beispiel Mukaberas, dass auf erste Phasen der ökonomischen Stabilisierung des eigenen Lebens neue Krisen und Ausschlussmechanismen folgten, die von der kongolesischen Gesellschaft ausgingen, weil diese ihrerseits im Krieg lebte.

Mit Ilker Ataç kann demnach Kritik an Studien geübt werden, die beim Integrationskonzept fälschlicherweise »von einer vor Ankunft der Migrantinnen und Migranten bereits integrierten Gesellschaft« ausgehen. Der Fall des Kongos zeigt, dass eine »(partielle) Partizipation von Individuen und Gruppen in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen« betrachtet werden muss, »sodass sich nicht mehr nur bei der Figur der Migrantin und des Migranten die Frage der Integration stell[t], sondern vielmehr die Gesellschaft selbst als fragmentierte und immer nur fragmentarisch integrierte beziehungsweise integrierbare in den Blick« gerät.[68] Im Fall des Kongos war diese Fragmentierung derart dramatisch, dass die Möglichkeit von Massakern quer durch die ganze Gesellschaft ging.

Mukabera selbst erzählt, wie schließlich der Genozid die Bedrohung durch die Hutu über Ruanda hinaus verbreitet hätte. Diejenigen, die als Mörder die Flucht hatten ergreifen müssen, nahmen sich zwar einerseits als bedroht wahr. Doch gleichzeitig ging das genozidale Morden, das in Ruanda durch den militärischen Sieg der Exilarmee der Tutsi beendet worden war, in den zairischen (bald kongolesischen) Flüchtlingslagern weiter.

Zwei Migrationsbewegungen also kreuzten sich: die Bewegung der Tutsi, die schon seit Jahrzehnten in Zaire (beziehungsweise Kongo) gelebt hatten, auf der einen und die Bewegung der besiegten Mörder aus Hutu-Familien auf der anderen Seite. Für Mukaberas Leben hatte dies insofern Folgen, als das Exilland (das ohnehin schon gefährlich war) plötzlich noch gefährlicher wurde als die einstige Heimat, in die sie wegen der Verfolgungen und Pogrome seit Jahrzehnten ohnehin nicht zurückkehren konnte. Eine wirkliche Heimat war Ruanda also auch nicht mehr:

> »Zehn Jahre später sagte man uns, dass unsere Männer getötet worden seien und dass diejenigen, die nicht tot waren, noch immer im Wald von Mushiba (Burundi) lebten. […] Ich zog meine Kinder allein groß und arbeitete gleichzeitig auf den Feldern. […] Ich litt unter dem Krieg in Ruanda und unter dem Krieg im Kongo. Ich habe niemals den Frieden erlebt. Als die Genozidäre aus Ruanda flohen, kamen sie, um uns in Goma (Kongo) zu bedrohen. […] Als ich schließlich in Ruanda ankam, war ich völlig allein. Niemand aus meiner Familie oder meiner Schwiegerfamilie war übriggeblieben. Sie waren alle getötet worden. […] Wir waren auf der Straße, ohne zu wissen, wohin wir gehen sollten. […] Ich

67 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 318. Möhring paraphrasiert an dieser Stelle folgenden Beitrag: *Christoph Reinprecht/Hilde Weiss*, Migration und Integration. Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze, in: *Heinz Fassmann/Julia Dahlvik* (Hrsg.), Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader, Göttingen 2012 (zuerst 2011), S. 13–33.

68 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 318. Möhring nimmt Bezug auf *Ilker Ataç*, Migrationspolitik und Inkorporation von MigrantInnen. Politikwissenschaftliche Perspektiven, in: *Fassmann/Dahlvik*, Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven, S. 265–279.

> war während des Genozids nicht in Ruanda, doch ich habe all die Meinen verloren, die sich dort befanden. Sie wurden alle umgebracht.«[69]

Die Situation, die im Sommer 1994 nach der Beendigung des Genozids herrschte, blieb also äußerst komplex: Auf der einen Seite setzte mit dem militärischen Sieg der »Ruandischen Patriotischen Front« über den genozidalen Mordapparat eine Massenflucht der ruandischen Hutu ein, von der circa zwei Millionen Menschen betroffen waren. In den Reihen dieser Flüchtlinge befanden sich jedoch auch Menschen – vor allen Dingen Kinder und Frauen –, die von den Massenmördern sexuell versklavt worden waren und deren Leben in den Flüchtlingslagern weiterhin bedroht war. In der »Gegenrichtung« kam es zu einer Rückkehr der Tutsi, die bis dahin in den Anrainerstaaten gelebt hatten. Mukaberas Lebensgeschichte zeigt jedoch, dass die Zurückgewinnung der »Heimat« einer neuen Heimatlosigkeit entsprach: Es war niemand mehr da, der sie in dem Land, in dem sie geboren worden war, hätte aufnehmen und empfangen können.

Viele Überlebende, die zum Zeitpunkt des Genozids in Ruanda gewesen waren, nahmen die Remigration so auch als etwas wahr, das ihre eigene Leidensgeschichte unsichtbar machte. Fast schien es, als ob all diejenigen, die kurz zuvor getötet worden waren, durch die Rückkehrer:innen »ersetzt« worden seien.[70] Umgekehrt litten diejenigen, die nicht zurückkehrten, unter einer Potenzierung ihrer Einsamkeit: Sie lebten im Bewusstsein, dass eine Rückkehr praktisch keinen Sinn mehr ergab. Mukasonga schreibt:

> »Von nun an würde sie allein sein. Natürlich gab es einige Landsleute, Freundschaften, die sie an der Uni geschlossen hatte, wo sie ihr Studium wieder aufgenommen hatte, als ihre Abschlüsse in Frankreich jeden Wert verloren hatten. Doch es gab einen Teil von ihr, der sie für immer mit denjenigen verband, die in Ruanda geblieben waren, ein Teil, der trotz der Entfernung, trotz der vergehenden Zeit, trotz der Unmöglichkeit, zu ihnen zurückzukehren, eine Verbindungsstelle, eine identitäre Verankerung darstellte, die sie in ihrem Willen zu leben bestärkte. Diese Verbindungen sollten [durch den Genozid] verschwinden und ihr Verschwinden sollte sie in der Kälte der Einsamkeit wie amputiert zurücklassen.«[71]

Während des Genozids und verstärkt noch nach seiner Beendigung setzte die Suche der Exilant:innen nach ihren Angehörigen ein, doch das Ergebnis bei Telefonaten war durchgehend das gleiche: »Niemand antwortete. Sie telefonierte mit Butare, der Schwester, die mit einem Geschäftsmann verheiratet war. Eine unbekannte Stimme antwortete: ›Nein, es gibt niemanden‹, vielleicht hatte sie gesagt: ›Nein, es gibt niemanden mehr.‹«[72]

---

69 *Prudhomme*, Cahiers de mémoire, S. 328 f. [Übersetzung A. P.].

70 Vgl. zur Nachgeschichte von Waisenkindern in diesem Kontext *Hélène Dumas*, Sans ciel ni terre. Paroles orphelines du génocide des Tutsi (1994–2006), Paris 2020.

71 *Scholastique Mukasonga*, L'Iguifou. Nouvelles rwandaises, Paris 2010, S. 128 f. [Übersetzung A. P.].

72 Ebd., S. 128 [Übersetzung A. P.].

V. »Migration des Inneren« und Deportation

Abschließend sei daran erinnert, dass die Migration nicht nur in die Anrainerstaaten Ruandas erfolgte und Fluchtwege nach Europa oder Nordamerika eröffnete, sondern dass schon Jahrzehnte vor dem Genozid eine Politik der Deportationen innerhalb Ruandas in Gang gesetzt worden war, die aus den Tutsi »Vertriebene des Inneren« gemacht hatte. Die Region, in der die erzwungene Ansiedlung erfolgte, heißt »Bugesera«. Sie findet in den Publikationen der rheinland-pfälzischen Kooperation mehrfach Erwähnung. Die große Bevölkerungsdichte Ruandas sowie das fehlende ökologische Bewusstsein der Bevölkerung bezüglich der Notwendigkeit, die wenigen Waldreste des Landes unter Schutz zu stellen und Landreserven zu behalten, beschäftigen die Autoren im besonderen Maße.

> »Schon in vorkolonialer Zeit war der Feuchtwald, der sich ab 1.000 Milliliter Niederschlag naturgemäß entwickelt, durch Rodung für Viehweiden und Ackerland in diesen Gebieten verschwunden. Heute zeigen sich allzu deutlich die Folgen der Überbevölkerung, zumal im Bugesera-Gebiet, wo durch staatliche Aufsiedlungsmaßnahmen (›Paysannat‹-Dörfer) wie durch spontane Inbesitznahme die letzten größeren Landreserven Ruandas aufgezehrt worden sind.«[73]

Kein Wort über die Vertreibungen; kein Hinweis auf die Ausplünderung der Tutsi-Familien, die völlig mittellos (und vor allen Dingen: ohne ihre Tiere) nach Bugesera verfrachtet wurden; nicht die leiseste Kritik am Präsidenten Juvénal Hibyaramana, der im Gegenteil in dem Text als verantwortungsbewusster Partner in Szene gesetzt wird.[74] So heißt es denn auch, weiterhin ökologisch motiviert, doch bar jedes historischen oder politischen Wissens:

> »Der Konflikt zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen der wachsenden Bevölkerung und ökologisch sinnvoller Zurückhaltung wurde am nachhaltigsten im Bugesera-Gebiet zuungunsten der Naturwälder ausgetragen. In dieser weitläufigen, ihrer natürlichen Ausstattung nach gegen Eingriffe sehr empfindlichen Savannenlandschaft gab es 1958 noch über eine Million Hektar Wald in Form eines Trockenwaldes. Zahlreiche Wildtiere der Savanne belebten die parkähnliche Landschaft, Menschen gab es kaum. Zwanzig Jahre später waren zwei Drittel des Waldes vernichtet, die Tiere entweder erlegt oder in den Akagera-Nationalpark umgesiedelt: Das Land wurde für Siedlungen gebraucht. Das Anlegen der ›Paysannate‹ führte zu einem gewaltigen Bevölkerungszustrom seit dem Jahr der Unabhängigkeit 1962. Lebten zu dieser Zeit etwa 16.000 Menschen in Bugesera, waren es 1980 bereits knapp 200.000.«[75]

Mit dieser Kritik muss nun kontrastiert werden, was die Betroffenen – nämlich die Deportierten – über ihr Leben in der Region zu erzählen haben. Scholastique Mukasonga betont:

> »Merciana, das war eine wirkliche Familienchefin, eine ›Entwickelte‹, wie man damals sagte. Ich weiß nicht, wo sie zur Schule gegangen war, doch sie konnte lesen und schreiben.

73 *Werle/Weichert*, Ruanda, S. 27.
74 Vgl. beispielsweise ebd., S. 99. Auf S. 132 wird der Präsident ausdrücklich gelobt.
75 Ebd., S. 36.

> Schreiben zu können, war gefährlich, wenn man einen Vater hatte, der nach Burundi ins Exil gegangen war. Man sah sich sofort verdächtigt, mit den Tutsi zu korrespondieren, die ihre Rückkehr nach Ruanda vorbereiteten, eine Spionin zu sein, die diejenigen mit Informationen versorgte, die auf dieser Seite der Grenzen Handstreiche versuchten.«[76]

Das Leben in Bugesera sei extrem hart gewesen[77], doch nicht allein wegen der natürlichen Gegebenheiten oder des Fehlens jeder Infrastruktur.[78] Vielmehr bilden die willkürlichen Tötungen sowie Pogrome, die lange vor dem eigentlichen Genozid durch Hutu-Milizen gegen die Zivilbevölkerung organisiert wurden, den roten Faden von Mukasongas Erinnerungen an die eigene Kindheit. Auf der einen Seite muss also erneut betont werden, dass der Tutsizid durch extreme Schnelligkeit gekennzeichnet war. Auf der anderen Seite gilt aber auch das Gegenteil, denn in den Siedlungen des Bugesera waren Plünderungen, Vergewaltigungen und Tötungen schon zuvor an der Tagesordnung gewesen.[79] Mukasonga urteilt:

> »Vielleicht erhofften sich die Hutu-Autoritäten, die von den Belgiern und der Kirche an die Spitze des neuerdings unabhängigen Ruanda gesetzt worden waren, dass die Tutsi aus Nyamata schrittweise durch die Schlafkrankheit und die Hungersnot dezimiert werden würden. Die Gegend, die man zwecks ihrer Vertreibung ausgesucht hatte, das Bugesera nämlich, erschien jedenfalls hinreichend unwirtlich, um das Überleben der ›Exilierten des Inneren‹ als mehr als unwahrscheinlich erscheinen zu lassen.« [80]

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Migrationsbewegungen in Ruanda selbst oder aus Ruanda heraus ein komplexes, sich ständig veränderndes und zugleich verstärkendes Problem darstellten, das den einstigen sozialen Zusammenhalt des Landes immer stärker unterminierte. Die schulische Diskriminierung, die Kinder aus Tutsi-Familien durch ein System von ethnischen Quoten fast gänzlich vom Besuch weiterführender Schulen auszuschließen pflegte, erklärt, warum junge Leute zumindest phasenweise das Land verließen, um zum Beispiel in Burundi Abschlüsse erwerben zu können. Alle Grenzübertritte, die durch die Gewalt des Regimes Habyarimana bewirkt wurden, verstärkten zugleich aufseiten der Hutu den Eindruck, sie selbst seien es, die von den Migranten und ihren in Ruanda verbliebe-

76 *Mukasonga*, La femme aux pieds nus, S. 28 [Übersetzung A. P.].

77 Vgl. zur Benutzung von Hunger und Durst als Tötungsmittel im Genozid selbst *Anne D. Peiter*, Faim, soif, génocide. Réflexions sur quelques autobiographies écrites par des rescapés du Tutsicide au Rwanda [in Vorbereitung].

78 Vgl. zu den Folgen *Anne D. Peiter*, »Verschrieben wird: ein Dach über dem Kopf und eine Kuh vor dem Haus«. Medizinische Konzepte und Tutsizid in autobiographischen Zeugnissen von Esther Mujawayo und Révérien Rurangwa [in Vorbereitung].

79 Jean-Paul Kimonyo spricht denn auch für spätere Zeiten von einem »populären« oder »volkstümlichen Genozid«. Dieser hatte sich in den Jahrzehnten zuvor schrittweise vorbereitet. *Kimonyo*, Rwanda.

80 *Mukasonga*, La femme aux pieds nus, S. 15 [Übersetzung A. P.].

nen Verwandten bedroht seien.[81] Verschwörungslogische Phantasmen brachen sich Bahn, die zu immer neuen Vertreibungen führten, die ihrerseits das schon existierende Bedrohungsgefühl verstärkten. Der Krieg, mit dem die Remigration erreicht werden sollte, gab diesem Gefühl weitere Nahrung – genug, um dann tatsächlich den Genozid in Gang zu setzen. Wenn Ruanda »tutsifrei« wäre[82], gäbe es keine Migration mehr, und wenn es keine Migration mehr gäbe, wäre auch keine Remigration mehr zu befürchten.

Dass die Folge des Genozids dann wiederum eine Massenflucht der Hutu war und dass diese Flucht die negationistische These vom »doppelten Genozid« verstärkte, die dann auch durch die von westlichen Journalist:innen bereitgestellte Bilderflut zum Lagerelend und zum Cholera-Tod der Hutu-Flüchtlinge genährt wurde, gehört zu den historischen »Kippfiguren«, durch die die reale Verteilung der Rollen von »Opfern« und »Tätern« leicht gravierenden Fehlinterpretationen unterliegt. Wenn Prävention von Genoziden mehr sein soll als eine politisch korrekte Formel, ist festzuhalten, dass das Wort »Exil« nicht nur, wie dies Jean Améry in etymologischer Hinsicht festgestellt hat, mit dem »Elend« zu tun hat, sondern bei extremster Zuspitzung auch mit der Gefahr einer Vernichtungspolitik, die mit den Menschen auch das Nachdenken über das Recht auf Zugehörigkeit in Abrede stellt. Diese Geschichte zu kennen, scheint mit Blick auf das aktuell propagierte »Ruanda-Modell« von Nutzen zu sein.[83]

81 Vgl. *Gérard Prunier*, The Rwanda Crisis, 1959–1994. History of a Genocide, London 1995.

82 Das Konzept der »Endlösung«, das es auch in Ruanda gab, erklärt die Häufung der Formulierung »der/die Letzte« in Zeugnissen von Überlebenden. Vgl. unter anderem *Habonimana,* Moi, le dernier Tutsi.

83 Zu Zukunftsfragen vgl. *Jochen Oltmer*, Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Darmstadt 2017.

STEFANIE COCHÉ

Brandsätze

Briefe an die Überlebenden der Anschläge von Mölln

Ende November 1992 schickte Sebastian seinem sieben Jahre alten Mitschüler Ibrahim eine Genesungskarte. Er hatte eine Disneykarte ausgesucht, wie es sie in zahlreichen Kiosken und Supermärkten zu Beginn der 1990er-Jahre zu kaufen gab. Auf der Karte sieht man einen durch Fieberthermometer, Kühlpaket und Gesichtsausdruck sofort als krank oder verletzt erkennbaren Onkel Donald, der von seinen drei Neffen Tick, Trick und Track liebevoll umsorgt wird. Sie messen Fieber, reichen ihm ein Getränk oder eine Medizin und einen Blumenstrauß. Die Mimik der Drillinge drückt genau das aus, was in einem Schriftzug oben auf der Karte auch abgedruckt ist: »Kopf hoch. Es wird bald wieder!« Auf dem zur Karte dazugehörigen Briefumschlag stand »Für Ibrahim« geschrieben und innen auf der Karte:[1]

»Lieber Ibrahim,
werde bald wieder gesund
Ich vermiße Dich in der Schule.
Also Kumpel bis bald.«[2]

Neben Sebastian wünschte auch dessen Mutter dem Mitschüler baldige Genesung. Das Schriftbild deutet darauf hin, dass tatsächlich wohl sie die Karte geschrieben hatte. Ibrahims Fernbleiben von der Schule war also offensichtlich in Sebastians Familie besprochen worden, und sie hatte sich entschlossen, an Ibrahim zu schreiben – genau wie mehr als tausend andere Deutsche im späten November und frühen Dezember 1992. Die allermeisten der Schreibenden kannten die Familie aber nicht persönlich, sondern aus den Nachrichten. Denn Ibrahim war nicht einfach krank oder hatte einen Unfall gehabt, wie das Motiv der Karte in der dafür typischen Komplexitätsreduktion zunächst vermuten lässt.[3]

Zwei junge Erwachsene aus Ibrahims Heimatstadt Mölln, Michael Peters und Lars Christiansen, hatten am 23. November 1992 zunächst in der Ratzeburgerstraße mit Molotowcocktails ein Fachwerkhaus in Brand gesetzt. Alle 32 Bewohner:innen überlebten. Die meisten von ihnen hatten sich schon nach draußen gerettet, bevor die Feuerwehr ankam. In den oberen Stockwerken waren sie an Betttüchern heruntergeklettert und hatten kleinere Kinder von oben in die Arme anderer Hausbewohner:innen fallen lassen. Sofort nach dieser Tat fuhren Peters und Christiansen

1 Die Autorin bedankt sich bei Moritz Fischer, David Kuchenbuch und Daniel Brewing für wertvolle Hinweise.

2 Brief von Sebastian S., o. D., DOMiD-Archiv, Bestand »Möllner Briefe«, Familien Arslan und Yılmaz (im Folgenden: Bestand »Möllner Briefe«), E 1622,0232a.

3 Vgl. *Anett Holzheid*, Die Postkarte als text- und bildkommunikatives Phänomen, in: *Marie Isabel Matthews-Schlinzig/Jörg Schuster/Gesa Steinbrink* u. a. (Hrsg.), Handbuch Brief. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Bd. 1: Interdisziplinarität – Systematische Perspektiven – Briefgenres, Berlin/Boston 2020, S. 409–438, hier: S. 416.

weiter und entzündeten ein Haus in der Mühlenstraße. Hier lebte Ibrahim und hier überlebten nicht alle Bewohner:innen den Brandanschlag. Seine Großmutter, Bahide Arslan, seine zehnjährige Schwester Yeliz und eine 14-jährige Cousine, die gerade aus der Türkei zu Besuch war, starben.[4]

Der Anschlag in Mölln war einer in einer Serie medienwirksamer Anschläge, die zu einem größeren Spektrum rechter Gewalt gehörten, erstmals im September 1991 in der sächsischen Kleinstadt Hoyerswerda und schließlich im Mai 1993 in Solingen kulminierten. Schleswig-Holstein stach Anfang der 1990er-Jahre nicht zum ersten Mal hervor, weil es günstige Bedingungen für »die Sammlung rechtsextremer Personen« bot. Neben einer ländlichen Prägung und hoher Arbeitslosigkeit gehörte hierzu eine starke Stellung des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) sowie insgesamt eine im westdeutschen Vergleich besonders hohe Kontinuität aktiver Nationalsozialisten in politischen Ämtern nach 1945. Diese Gemengelage hatte etwa im Mai 1975 den von sogenannten Reichsbürgern durchgeführten »Reichstag zu Flensburg« begünstigt.[5]

Die aufsehenerregenden Anschläge in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen waren dabei Teil und Ursache eines größeren rechten Gewaltgeschehens, das sich im vereinigten Deutschland in West und Ost abspielte. Jeweils nach den erwähnten medienwirksamen Anschlägen vervielfachte sich die rechte Gewalt für die nächsten Monate. Diese Taten, die hier im Einklang mit der Forschung als »rechte Gewalt« beschrieben werden sollen, unterschieden sich vom Rechtsterrorismus in den frühen 1980er-Jahren in der Bundesrepublik und der DDR.[6] Ihnen lagen keine Organisationsstrukturen zugrunde und längst nicht alle Täter sahen sich selbst überhaupt als politisch motiviert an.[7] Neben verbaler und physischer Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund werden auch Angriffe auf jüdische und als behindert wahrgenommene Menschen unter diesen Begriff gefasst.

4 Zum Ablauf der Attentate in Mölln vgl. *Janosch Steuwer*, 23. November 1992, Mölln: Schließlich sterben Menschen, in: *Till Kössler/ders.* (Hrsg.), Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 22 f.

5 Vgl. *Sebastian Lotto-Kusche*, Der »Reichstag zu Flensburg« am 23. Mai 1975. Wendepunkt der extremen Rechten und selbst ernannter »Reichsbürger« zur Delegitimierung der Bundesrepublik, in: AfS 63, 2023, S. 143–172, hier: S. 159–163.

6 Zum Rechtsterrorismus vgl. *Barbara Manthe*, Vom Rechtsterrorismus zur rechtsradikalen Gewalt. Die Bundesrepublik in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren, in: *Kössler/Steuwer*, Brandspuren, S. 107–125. Definitionen zu Rechtsextremismus betonen in der Regel auch eine politische oder zumindest ideologische Komponente (ethnische Homogenität von Völkern). Zu Definitionen von Rechtsextremismus vgl. *Knud Andresen/Thomas Großbölting/Kirsten Heinsohn*, Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten. Konturen eines Forschungsfeldes, in: AfS 63, 2023, S. 9–26, hier: S. 15–19.

7 Dieser Befund ist in Verbindung damit zu verstehen, dass »locker vernetzte […] Gruppen, die im Alltag interagierten und so gemeinsame Vorstellungen und Werte« entwickelten, schon zuvor typisch für die radikale Rechte in Deutschland waren. *Georg Wamhof*, Tagungsankündigung: Lebenswelten der radikalen Rechten. Praktiken, Ideologien und Strukturen, 1945–2000, in: H-Soz-Kult, 5.5.2024, URL: <https://www.hsozkult.de/event/id/event-143906> [10.6.2024].

Erst in den letzten Jahren hat die Forschung begonnen, sich intensiver mit der rechten Gewalt der frühen 1990er-Jahre zu beschäftigen.[8] Kurz vor dem Ausbruch rechter Gewalt beschrieb Hans-Peter Schwarz 1990 die Geschichte der Bundesrepublik noch als eine Geschichte einer »ausgebliebenen Katastrophe«.[9] Ungeachtet der rechten Gewalt in den frühen 1990er-Jahren wurde das Lob der Bundesrepublik bis in das neue Jahrtausend hinein zunächst immer ungetrübter und spiegelte sich in Titeln wie »Die geglückte Demokratie«.[10] Rechtsextremismus und rechte Gewalt blieben bei diesem Erfolgsnarrativ ausgeblendet.[11] Als Quellen zur rechten Gewalt in den frühen 1990er-Jahren nutzt die Forschung bisher Zeitungsberichte, Dokumentarfilme, Kriminalstatistiken, polizeiliche Ermittlungsverfahren, sozialwissenschaftliche Untersuchungen und neuerdings auch Berichte von Betroffenen.[12]

In diesem Beitrag nähere ich mich dem Thema aus einer anderen Perspektive, indem ich Reaktionen auf die Anschläge von Mölln anhand von Briefen analysiere. Als Quellen verwende ich die bisher in der Forschung noch völlig unbenutzten Briefe, die in den Tagen nach den Anschlägen an die Überlebenden der Brandanschläge in Mölln geschickt wurden. Adressiert waren die Briefe oft an die »Geschädigten Türkischen Familien« oder an die »Türkische Teestube in Mölln« oder »An die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Mölln« oder einfach an die »Stadt Mölln«.[13] Fast alle Briefe landeten schließlich bei der Stadt, auch die, die beispielsweise an die Türkische Teestube adressiert waren. Die Stadt gab sie an das Stadtarchiv. Dort wurden sie verwahrt, ohne jemals zur Nutzung vorgesehen worden zu sein. Aufbereitet und zugänglich gemacht worden sind die Briefe erst in den letzten zwei Jahren im Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD).[14] Es handelt sich um insgesamt über tausend Briefe,

8 Vgl. als einzige geschichtswissenschaftliche Monografie *Klaus Neumann*, Blumen und Brandsätze. Eine deutsche Geschichte 1989–2023, Hamburg 2024.

9 Vgl. *Hans-Peter Schwarz*, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: *Hermann Rudolph* (Hrsg.), Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1990, S. 151–174.

10 Vgl. *Edgar Wolfrum*, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007 (zuerst 2006).

11 Zum Forschungsstand vgl. *Till Kössler/Janosch Steuwer*, Einleitung, in: *dies.*, Brandspuren, S. 9–21, hier: S. 11. Franka Maubach hat einen instruktiven Vorschlag gemacht, die Transformationsgesellschaft der frühen 1990er-Jahre als Krisengeschichte zu schreiben, in der Gewalt und Migration eine zentrale Rolle spielen. Eine ähnliche Stoßrichtung haben Überlegungen Sonja Levsens. Vgl. *Maike Hausen*, Tagungsbericht: Sehepunkte im Wandel – Auf dem Weg zu einer neuen Geschichte der Bundesrepublik?, in: H-Soz-Kult, 10.6.2024, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144386> [12.8.2024]. Vgl. die großen Erzählungen zur Bundesrepublik hinsichtlich ihres Wiedervereinigungsnarrativ einordnend *Thomas Großbölting*, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020, S. 265 f.

12 *Vgl. Kössler/Steuwer*, Einleitung, S. 11.

13 Vgl. Bestand »Möllner Briefe«.

14 Das DOMiD ist 1990 als Verein von Migrant:innen gegründet worden und verfügt nach eigenen Angaben über die bundesweit größte Sammlung von Objekten und Zeugnissen von Migrationsgeschichten in Deutschland. Vgl. DOMiD, Auf dem Weg zum Migrationsmuseum, o. D., URL: <https://domid.org/ueber-uns/> [27.6.2024]. Zur Geschichte des DOMiDs vgl. *Manuel Gogos*, Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n), Bielefeld 2021.

467 davon sind archivalisch bereits voll zugänglich. Auch die anderen Briefe sind bereits katalogisiert, sodass ein recht klares Bild entsteht, wer wann und von wo an die Opfer des Anschlags von Mölln schrieb. In der Regel lassen die Briefe von Privatpersonen auch Rückschlüsse auf das Alter und oft auch auf den sozioökonomischen Status zu. Dieser Umstand hat damit zu tun, dass dieses Briefkorpus sich von vielen anderen in der Forschung genutzten Briefsammlungen unterscheidet. Während längere Briefwechsel – auch wenn wie etwa im Fall von Feldpostbriefen nur eine Seite erhalten ist – darauf basieren, dass sich die Schreibenden gut kennen und daher Selbstverständlichkeiten oder grundlegende Informationen über die Schreibenden meist keinen Eingang in die Briefe finden[15], stellten sich viele der Schreibenden im Möllnkonvolut kurz vor. Schließlich schrieben sie an ihnen persönlich nicht bekannte Menschen. Bezüglich der Absender lässt sich sagen, dass die Briefe an die Familie Arslan von Privatpersonen, Institutionen, Schulen, Vereinen, Personen aus Politik und Wirtschaft – und zwar von Unternehmen und Gewerkschaften – stammten.[16] Die Stadt Mölln hatte dazu aufgerufen, den Angehörigen der Opfer ihre Anteilnahme auszudrücken.[17] Insgesamt finden sich Briefe, die zwischen dem 23. November und dem 13. Dezember 1992 datiert sind, wobei die späteren Briefe vor allem aus organisierten Kontexten stammen. Bei den Briefen handelte es sich um Beileidsbekundungen unterschiedlicher Art, nicht um Anfeindungen. Allerdings gehen die in ihnen verhandelten Themen weit über die klassischen Topoi von Schreiben zu Traueranlässen hinaus. Es handelt sich in aller Regel nicht um formelhafte Beileidsbekundungen, sondern um vielschichtige Briefe.[18] Anders als auf der zu Beginn zitierten Karte von Ibrahims Mitschüler Sebastian, die sich durch den für Karten typischen kurzen Text auszeichnet, sind Karten in dem Möllnkonvolut oft so dicht auf Vorder- und Rückseite beschrieben. So führen sie die kommunikative Effizienz – insbesondere Beileidskarten und Genesungskarten sind normalerweise kurz[19] – ad absurdum, die das Medium Karte als »Hybrid aus vorgefertigter Massenbotschaft und individuellem Korrespondenzmedium« auszeichnet.[20] Der Griff zur Karte dürfte in vielen Fällen eher damit zu tun haben, dass die Karte ein niedrigschwelliges Kommunikationsmedium war, das im Unterschied zu Briefen »schicht-, generationen- und professionsübergreifend« verwendet wurde.[21]

Die große Anteilnahme, die sich in den Briefen ausdrückt, korrelierte damit, dass die Brandanschläge in Mölln anders als im Fall von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen eine Welle der Solidarität auslösten. In vielen Städten gab es zum

15 Vgl. *Gunilla Budde*, Geschichtswissenschaft, in: *Matthews-Schlinzig/Schuster/Steinbrink* u. a., Handbuch Brief, S. 61–80, hier: S. 68.

16 Vgl. hierzu auch die Beschreibung des Bestands »Möllner Briefe«.

17 Es ist nicht ganz klar, wann der Aufruf erfolgte und ob er sich an eine bestimmte Zielgruppe richtete. Vgl. *Andreas Speit*, Briefe an Brandanschlags-Opfer. Solidarität ausgebremst, in: taz. Die Tageszeitung, 17.11.2022. Zum Genre vgl. *Paweł Zarychta*, Trostbrief/Kondolenzbrief/Trauerbrief, in: *Matthews-Schlinzig/Schuster/Steinbrink* u. a., Handbuch Brief, S. 582–593.

18 Zu typischen Topoi für das Genre – wie »Trost aus Vorbildern oder Aufrufe zu Geduld und Beständigkeit« – vgl. ebd., S. 584.

19 Zu den kurzen formelhaften Inhalten dieser Kartengattungen vgl. ebd.

20 *Holzheid*, Die Postkarte als text- und bildkommunikatives Phänomen, hier: S. 416 und 421–424.

21 Ebd., S. 426.

Beispiel Demonstrationen gegen »Ausländerfeindlichkeit«.[22] Geografisch betrachtet stammen überproportional viele Briefe aus Norddeutschland, vor allem aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Während die Häufung der Briefe aus der Region zunächst den Eindruck erweckt, dass örtliche Nähe ein hoher Motivationsfaktor war, muss dies differenzierter betrachtet werden. Mölln liegt zwar in Schleswig-Holstein, aber in unmittelbarer Nähe zu Mecklenburg-Vorpommern. Die Täter bewegten sich auch im östlichen Nachbarbundesland und waren als jubelnde Zuschauer auch bei dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen dabei gewesen.[23] Aus Mecklenburg-Vorpommern sowie aus allen anderen ehemaligen ostdeutschen Bundesländern schrieben aber viel weniger Menschen an die Familie der Opfer. Aus den westdeutschen Bundesländern finden sich hingegen Briefe auch aus weiter entfernten Gegenden: aus der bayerischen Hauptstadt München ebenso wie aus hessischen Kleinstädten, Großstädten des Ruhrgebiets und ländlichen Gemeinden in Baden-Württemberg.[24]

Nun lässt sich für die frühen 1990er-Jahre konstatieren, dass rechte Gewalt keinesfalls vor allem ein ostdeutsches Problem war. Es gab nicht nur die großen Anschläge in Mölln und Solingen. Wenn man sich die Zahlen zu den vielen heute nicht mehr in Erinnerung gebliebenen rechten Übergriffen anschaut, halten sich die »neuen« und die »alten« Bundesländer unter Berücksichtigung der Einwohner:innenzahlen die Waage. Erst in den späten 1990er-Jahren liegen rechte Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern beständig und signifikant höher als im Westen.[25]

Schon zu Beginn der 1990er-Jahre wurde diskutiert, wie das Verhältnis von rechter Gewalt und Mehrheitsbevölkerung verstanden werden sollte. Denn die apolitische Haltung vieler Täter, der Umstand, dass Gewalttäter offen Beifall ernteten und dass in Umfragen »Teile der Gesellschaft ein offenes Verständnis für gewalttätiges Vorgehen gegen Asylbewerber« angaben, machte deutlich, dass die rechte Gewalt auf irgendeine Weise Verbindungen zu größeren Bevölkerungsteilen haben musste.[26] Dass es aber im Nachgang des Anschlags im an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern gelegenen Mölln nur wenige Beileidsbekundungen aus den »neuen« Bundesländern gab, könnte ein Indiz dafür sein, dass die rechte Gewalt in der breiteren Bevölkerung in den west- und ostdeutschen Bundesländern anders rezipiert worden ist, und dies könnte von Relevanz für die Erklärung der Verfestigung rechter Gewalt in den »neuen Bundesländern« in den späten 1990er-Jahren sein.

---

22 *Janosch Steuwer/Till Kössler*, Gewalttaten, Gewaltdeutungen. Historische Perspektiven auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, in: *dies*., Brandspuren, S. 24–51, hier: S. 28.

23 Vgl. *Stefan Zeppenfeld*, Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung. Migrantische Reaktionen auf rassistische Gewalt in Westdeutschland, in: ebd., S. 205–224, hier: S. 205.

24 Im bereits vollständig zugänglichen Teilbestand E 1622 sind Briefe aus 245 Orten enthalten, 15 davon liegen in den »neuen« Bundesländern. Zu berücksichtigen ist zudem, dass aus großen westdeutschen Städten – anders als aus ostdeutschen Städten, aus denen nur vereinzelt Briefe vorliegen – teils Dutzende von Briefen eingingen. Im an Mölln grenzenden Nachbarbundesland Mecklenburg-Vorpommern ist im Gegensatz zu Schleswig-Holstein und Hamburg keinerlei Häufung von Briefen festzustellen. Nur in westdeutschen Städten gab es auch Aktionen, in denen ganze Schulklassen nach Mölln schrieben, und zwar nicht nur solche, die sich im näheren Umfeld Möllns befanden. Vgl. Bestandsbeschreibung und Findbuch zum Bestand »Möllner Briefe«.

25 Vgl. *Steuwer/Kössler*, Gewalttaten, Gewaltdeutungen, S. 31. Zur rechten Gewalt in der DDR vgl. systematisierend *Dominik Rigoll/Laura Haßler*, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten. Teil 2: Handlungen und Wirkungen, in: AfS 63, 2023, S. 491–545.

26 Vgl. *Steuwer/Kössler*, Gewalttaten, Gewaltdeutungen, S. 36.

In diesem Kontext kann erstens vermutet werden, dass es Zusammenhänge zwischen den ausbleibenden Beileidsbekundungen aus Ostdeutschland und der Deutung von rechter Gewalt der Behörden in der DDR vor dem Fall der Mauer gibt. Johannes Schütz hat gezeigt, dass Behörden rechte Gewalt in der DDR »vor allem als Reaktion auf Handlungen von Migrant:innen ansahen, die deshalb auch nach mehreren Auseinandersetzungen aus der Stadt gebracht wurden«[27] – ähnlich wie dies auch nach der Deutschen Einheit noch im Kontext der Anschläge in Hoyerswerda passierte.[28]

Zweitens passt das Fehlen von Briefen zu Moritz Fischers Argument, dass die Anschläge in den frühen 1990er-Jahren in Westdeutschland zu überparteilichem zivilgesellschaftlichem Engagement führten, das sich so in der ehemaligen DDR nicht entwickelte. Die mit dieser Zeit assoziierten Lichterketten waren zum Beispiel ebenfalls ein Phänomen, das es nur in den westlichen Bundesländern gab.[29]

Neben diesen Erklärungsansätzen lassen sich noch zwei weitere mögliche Gründe anführen, um die ungleiche Verteilung der Briefe zu erklären. Zum einen erscheint es vorstellbar, dass die türkischen ›Gastarbeiter‹, die in Mölln zu Opfern rechter Gewalt wurden, für die Bürger:innen in den ostdeutschen Bundesländern kein emotionaler Referenzpunkt waren. Sie hatten beispielsweise seltener türkischstämmige Schwiegertöchter und ihre Kinder spielten nicht seit Jahren mit den Kindern und Enkeln von ›Gastarbeitern‹. Zum anderen könnten auch andere Kommunikationsgewohnheiten bedingt durch die Sozialisierung in der DDR zur Erklärung beitragen. Schließlich hat Martin Sabrow gezeigt, dass Briefe in der DDR private, vertrauliche und politische Angelegenheiten aussparten, weil alle wussten, dass das Ministerium für Staatssicherheit mitliest.[30] Dies könnte durchaus zur Erklärung beitragen, warum nur drei Jahre nach der Wende keine Briefe aus den »neuen« Bundesländern in Mölln eingingen.[31]

Neben dem Fehlen von Briefen aus Ostdeutschland fällt außerdem auf, dass es ebenfalls kaum eigenständige Schreiben von Bürger:innen mit Migrationshintergrund gab: Dies weist – so meine Deutung – darauf hin, dass es ein Hauptmotiv der Schreibenden war, ihren eigenen Bezug zu den Tätern, ihren Taten und den

27 *Johannes Schütz*, Rassistische Gewalt in der späten DDR. Ereignisketten und soziale Kontexte an einem Beispiel aus Sachsen, in: AfS 63, 2023, S. 173–191.

28 Wagner zeigt, dass neben dieser Kontinuität auch die Delegitimierung der Polizei und eine grundlegende Unsicherheit der Polizeibeamten in Ostdeutschland in den Jahren nach der Wende dazu beitrugen, dass sich die Gewalt so ungehemmt entfalten konnte. Vgl. *Patrick Wagner*, »Smooth-Policing« gegen rechte Gewalt. Die Polizei in den ersten Jahren der ostdeutschen Transformation, in: *Kössler/Steuwer*, Brandspuren, S. 156–174. Eine genauere Einordnung des Anschlags in Hoyerswerda sowie der Reaktionen lokaler Politiker:innen auf diese findet sich in *Neumann*, Blumen und Brandsätze, S. 82–87.

29 Vgl. *Moritz Fischer*, »Kein Volk, kein Reich, kein Schönhuber!« Das lange Echo des bundesdeutschen Umgangs mit den Republikanern, in: AfS 63, 2023, S. 93–118, hier. S. 114–117.

30 Vgl. *Martin Sabrow*, Briefkultur im historischen Herrschaftsdiskurs der DDR, in: *Matthias Berg/Helmut Neuhaus* (Hrsg.), Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2021, S. 299–322.

31 Dass die ostdeutsche Bevölkerung in ihrem Alltag häufig Briefe schrieb, belegt der insbesondere von Ostdeutschen rege praktizierte Ost-West-Briefwechsel. Vgl. *Jens Ebert*, Ost-West-Briefwechsel 1945–1989, in: *Matthews-Schlinzig/Schuster/Steinbrink* u. a., Handbuch Brief, S. 1450–1460, hier: S. 1451.

Vorstellungen, die sie den Tätern zuschrieben, zu klären und sich selbst damit von den Taten abzugrenzen (und dass dieses Bedürfnis unter Menschen mit eigener Migrationsgeschichte weniger stark ausgeprägt war). Damit schließe ich an ein mittlerweile breit etabliertes Verständnis von Briefen als Quellen an, die »immer auch als Bühnen der Selbststilisierung und Selbstspiegelung« gelesen werden sollten.[32] In diesem Sinne sind die Briefe als Selbstthematisierung von Teilen der Gesellschaft zu lesen – und mitunter auch als eine Form von Selbstgesprächen der Schreibenden, die nach Erklärungen suchen, oder als imaginäre Zwiegespräche mit den Tätern, denen auf unterschiedliche Art nahegebracht wird, warum ihre Einstellungen und Taten falsch sind.[33] Sie erlauben es, sich der Frage zu nähern, wie ein Teil der Gesellschaft die Anschläge verhandelte und mit den Opfern kommunizierte. Obwohl alle Briefe Zeugnisse der Anteilnahme sind, lässt sich etwa trotzdem danach fragen, ob die Absender:innen auf Augenhöhe mit ihren Adressat:innen kommunizierten.

Zugleich sind Briefe als Zeugnisse des autobiografischen Schreibens Quellen, die Gefühle nicht nur benennen, sondern in deren Materialität sich diese auch spiegeln.[34] Nicht nur der Text selbst, sondern auch die Art der Schrift sind hierbei mitzubeachten, und zwar nicht nur bei handgeschriebenen Briefen, sondern ebenso im Fall von maschinengeschriebenen Schriftstücken.[35]

In diesem Beitrag stehen Sagbarkeitsregeln und Wertvorstellungen im Mittelpunkt, die in der Erforschung rechter Gewalt und ihrer Einordnung in größere gesellschaftliche Kontexte bisher kaum erforscht sind.[36] Ich nähere mich den Briefen, indem ich systematisch sechs Fragen aufwerfe.[37] In allen Fragen geht es im Kern darum, wie und in welchen Abgrenzungen die Schreibenden »Deutschsein« und Zugehörigkeit konstruierten und verhandelten.[38] Ich frage – erstens – nach den Erklärungsmustern der Schreibenden für die Anschläge. Zweitens interessiere ich mich für die Begrifflichkeiten, mit denen in den Briefen »Deutschsein« verhandelt wurde. Drittens fragt der Beitrag, wie die Anschläge innerhalb von Familien verhandelt wurden, und viertens, auf welche Weise die Schreibenden sich in Beziehung zu den Opfern setzten. Fünftens wird beispielhaft eine Kinderzeichnung analysiert, um den Erkenntniswert von Bildern von Kindern und Jugendlichen auszuloten, die in Reaktion auf rechte Gewalt entstanden. Abschließend befasst sich der Beitrag mit der Frage, welche konkreten Hilfs- und Handlungspläne die Schreibenden fassten.

32 *Budde*, Geschichtswissenschaft, S. 68.

33 Zu Briefen als Medium der Selbstreflexion vgl. *Matthias Berg/Helmut Neuhaus*, Einleitung, in: *dies.*, Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 9–24.

34 Zu Gefühlen in modernen Briefen vgl. zusammenfassend *Budde*, Geschichtswissenschaft, S. 66.

35 Zur Analyse der Art der Schrift als Teil der Quellenkritik vgl. ebd., S. 67.

36 Vgl. *Andresen/Großbölting/Heinsohn*, Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten, S. 17.

37 Zu den Möglichkeiten, durch Systematisierung und akribische Quelleneinordnung Distanz zu zeitgenössischen Quellen zu schaffen, vgl. *Ralph Jessen*, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: *Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow* (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt am Main/New York 2002, S. 153–175, hier: S. 158.

38 Levke Harders betont, dass »Zugehörigkeiten immer situiert und plural sind, sich verändern, dass sie ebenso strategisch genutzt wie konstruiert sein können«. Zur Notwendigkeit, Prozesse des »belongings« mit solchen des »unbelongings« gemeinsam zu denken, vgl. *Levke Harders*, Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse, in: Geschichtstheorie am Werk, 25.1.2022, URL: <https://gtw.hypotheses.org/1942> [12.6.2024].

I. Erklärungsmuster der Schreibenden

Es lassen sich drei häufig wiederkehrende Erklärungsmuster für den Anschlag finden: Zum einen wurde der Anschlag als Jugendproblem verhandelt, zum anderen als staatlich befeuertes systemisches Problem und schließlich finden sich ökonomisch-utilitaristische Deutungen.

Deutung als Jugendproblem

Beispielhaft für die Deutung als Jugendproblem kann der Brief einer Rentnerin aus einer Kleinstadt in Hessen vom 25.11.1992 gelten. Sie schrieb:

> »Mit Entsetzen habe ich von dem entsetzlichen Brand in den Nachrichten gehört. Bitte glauben Sie uns, es ist nicht die Einstellung der ganzen Deutschen dieser Hass. Es sind viel mehr die Chaoten, die nicht wissen, was sie vor lauter Langeweile tun sollen.«[39]

Die Briefeschreiberin bezieht sich darauf, dass die Täter – wie alle anderen rechten Gewalttäter in den frühen 1990er-Jahren – Jugendliche und junge Erwachsene bis in die Mittzwanziger waren. Sie erklärte sich die Taten als Jugendgewalt. Zu bemerken ist in diesem Kontext, dass ein Empfinden besonders hoher Jugendgewalt bis ins 19. Jahrhundert zurückzuverfolgen ist und gleichsam eine Kontinuität in der Moderne bildet.[40] »Chaoten« war im zeitgenössischen Diskurs eigentlich ein Begriff, der sich eher auf linke Jugendliche und Punks bezog und auf die »Chaostage« der 1980er-Jahre rekurrierte. Die Nutzung dieses Begriffs zeigt, dass die Schreiberin die Jugend der Täter für bedeutsamer als ihre politische Einordnung hielt. Mit dieser Deutung schließt die Schreiberin an eine medial bereits seit den späten 1970er-Jahren viel diskutierte Debatte um Rechtsextremismus als Jugendproblem an. In dieser wurde rechte Gewalt als Ausdruck jugendlicher Orientierungslosigkeit im Einzelfall und auf übergeordneter Ebene als Zeichen einer krisenhaften Moderne gewertet.[41] Rechte Gewalt erschien in dieser Erklärung in ihrer Ausrichtung nahezu zufällig. Verfasser:innen wie diese Rentnerin aus Hessen schrieben gleichsam gegen die Existenz von Rechtsextremismus an und marginalisierten ihn in ihren Briefen, nicht selten gerade weil sie so schockiert von seiner gewalttätigen Kulmination zu Beginn der 1990er-Jahre waren. Die Rentnerin aus Hessen etwa habe eine tür-

39 Brief einer Einwohnerin einer hessischen Kleinstadt, 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0344a.

40 Vgl. hierzu *Sarina Hoff*, Erziehungsgewalt als Mittel gegen die »Verwilderung der Jugend«? Diskurse über körperliche Schulstrafen in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik, in: *Meike Sophia Baader/Till Kössler/Dirk Schumann* (Hrsg.), Jugend – Gewalt. Erleben – Erörtern – Erinnern, Göttingen 2023, S. 109–127.

41 Vgl. *Till Kössler/Janosch Steuwer*, »Pädagogik gegen rechts«. Bildungs- und jugendpolitische Reaktionen auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, in: *dies*., Brandspuren, S. 230–254, hier: S. 232 f.; *Ulrike Löffler*, »Antifaschistische Erziehung« im Westen. Pädagogische Antworten auf die Konjunktur des Rechtsextremismus in den späten 1970er-Jahren, in: AfS 63, 2023, S. 255–285.

kischstämmige Schwiegertochter gehabt und schilderte im weiteren Verlauf des Briefs ihre Ängste, dass ihren Enkelkindern etwas passieren könne.[42]

Deutungen als staatlich befeuertes systemisches Problem

Ebenfalls oft zu finden ist die Deutung der Gewalt als Konsequenz eines staatlich befeuerten systemischen Problems. Manchmal analysierten die Schreibenden den Anschlag in Mölln als Folge von polizeilichem Versagen gegen rechte Gewalt.[43] Prominent angeführt wurde in den Briefen vor allem aber die heftig geführte Asyldebatte der frühen 1990er-Jahre, die erst mit dem am 6. Dezember 1992 von Vertretern von CDU/CSU, SPD und FDP nach zähen Verhandlungen errungenen »Asylkompromiss« abflaute. Auffällig ist, dass die Asyldebatte vor allem von Organisationen zur Rationalisierung herangeführt wurde. Am 26. November 1992 schrieben zum Beispiel unterschiedliche Initiativen aus Wattenscheid gemeinsam an die Familie Arslan, und zwar die »Wattenscheider Bürgerinnen und Bürger gegen Fremdenfeindlichkeit (Antifaschistische Initiative)«, das Flüchtlingsbüro Wattenscheid und die »Schüler der Märkischen Schule (Fraktionsvorstand GRÜNE Fraktion)«. Gemeinsam erklärten sie:

> »Die ausufernde Asyldiskussion hat das Klima in diesem Land vergiftet und eine Ausländerfeindlichkeit möglich gemacht, die auch vor Morden nicht haltmacht. Die Bedrohung zieht weite Kreise und betrifft auch Juden, Behinderte und Deutsche, die sich schützend vor Ausländer stellen.«[44]

Typisch für die Wahrnehmung von als links einzuordnenden organisierten Zusammenschlüssen und Verbänden war die Aufmerksamkeit dafür, dass sich Gewalt auch vermehrt – und dies war tatsächlich der Fall – »gegen Juden, Behinderte und Deutsche, die sich schützend vor Ausländer stellen« häufte. Letzteres erscheint nicht allzu verblüffend, weil diese Initiativen hier mutmaßlich auch über ihre eigenen Erfahrungen schreiben. Interessant ist aber, dass linke Organisationen sich in einem Beileidsbrief an Überlebende des Brandanschlags in Mölln in einem Atemzug ebenfalls zu Opfern erklären. Damit schufen sie zugleich maximale Distanz zu den Tätern.

Die Bundesregierung hingegen verfolgte die gegenteilige Interpretation und sah nicht die Asyldebatte als Auslöser der Gewalttaten, sondern die gestiegenen Flüchtlingszahlen selbst.[45] Bundeskanzler Helmut Kohl verweigerte demonstrativ einen Besuch in Mölln und blieb der Trauerfeier für die Opfer fern, während zahlreiche Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker:innen Mölln oft noch am Tag des

42 Vgl. Brief einer Einwohnerin einer hessischen Kleinstadt, 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0344a.

43 Vgl. Brief eines Polizisten, 26.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0320.

44 Brief der Wattenscheider Bürgerinnen und Bürger gegen Fremdenfeindlichkeit, des Flüchtlingsbüros Wattenscheid und der Schüler der Märkischen Schule (Fraktionsvorstand GRÜNE Fraktion), 26.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0163a.

45 Vgl. *Steuwer/Kössler*, Gewalttaten, Gewaltdeutungen, S. 32.

Anschlags besuchten.[46] Allerdings verurteilten CDU- und CSU-Politiker:innen die Taten öffentlich deutlich, auch wenn sie sie für ihre Position in der Asyldiskussion nutzten, und auch in dem Möllner Briefkonvolut finden sich Beileidsbriefe von CDU-Politikern. Norbert Blüm etwa, zu diesem Zeitpunkt Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, sandte direkt am Tag nach dem Anschlag einen Brief an die Familien der Opfer. Er sei überwältigt von Trauer und Scham gewesen, schrieb Blüm. Das zeigen nicht nur seine Worte, sondern auch die Tatsache, dass er selbst den Text in großer Eile verfasste und nicht etwa einen Mitarbeiter etwas formulieren ließ.[47] Der Brief selbst gibt diese Informationen preis, denn er enthält orthografische Fehler, löst alle Umlaute auf und ist komplett kleingeschrieben – also vermutlich auf einer alten und kaputten Schreibmaschine verfasst worden, weil er aus Sicht des Verfassers keinen Aufschub erlaubte.[48]

Auf übergeordneter Ebene lässt sich vermuten, dass die Asyldebatte günstige Voraussetzungen für die Gewalttaten schuf. Tatsächlich zeigt der historische Vergleich, dass die ›Vertriebenen‹ nach 1945, die in ihren neuen Nachbarschaften zunächst durchweg massiven Anfeindungen ausgesetzt waren, vor allem deshalb schneller akzeptiert wurden[49], weil es auf politischer Ebene keinerlei Diskussionen um ihre Zugehörigkeit gab.[50]

Ökonomisch-utilitaristisches Erklärungsmuster

Privatpersonen jeden Alters, besonders häufig aber Jugendliche, rationalisierten die Gewalttaten anders. Beispielhaft hierfür kann der Brief dreier Mädchen stehen. Sie argumentieren, nachdem sie ihrer Betroffenheit Ausdruck verliehen haben, unter anderem:

> »Der deutsche Konsummensch der vielleicht jedes Jahr in den Ferien in die Türkei fährt und gerne einmal türkisch essen geht, lebt doch von ihnen. Nur leider ist ihm das noch nicht klar geworden.«[51]

Diese Argumentation steht in der Tradition deutscher »Ausländerpolitik«. Denn schließlich wurden die ›Gastarbeiter‹ aus wirtschaftlichen Gründen angeworben. Darüber hinaus und in der gleichen Tradition zeigt sich hier ganz unmittelbar

46 Vgl. hierzu *dies.*: Einleitung, S. 13; *Zeppenfeld*, Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung, S. 211.

47 Vgl. Brief von Norbert Blüm, 24.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0554.

48 Zur Frage, inwiefern sich Emotionen in der Materialität von Briefen spiegeln, vgl. *Katrin Henzel*, Materialität des Briefs, in: *Matthews-Schlinzig/Schuster/Steinbrink* u. a., Handbuch Brief, S. 222–231, hier: S. 223.

49 Vgl. zu dieser Thematik umfassend *Andreas Kossert*, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2009.

50 Vgl. *Ulrich Herbert*, Wie lange müssen »Fremde« »fremd« bleiben? Minderheiten in Deutschland, in: *Klaus Barwig/Gisbert Brinkmann/Bertold Huber* u. a. (Hrsg.), Vom Ausländer zum Bürger. Problemanzeigen im Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, Baden-Baden 1994, S. 25–41, hier: S. 31.

51 Brief von Katrin G., Imke G. und Elke G., o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0156a.

die Wirksamkeit oder vielleicht auch andersherum das Gespür zeitgenössischer Kampagnen gegen rechts. Die utilitaristische Argumentation, die die drei Mädchen vortragen, erinnert stark an Plakate und Sticker aus dieser Zeit, die für Antirassismus warben, indem sie Fragen aufwarfen wie: »Und wer leert dann unsere Mülleimer?«[52] Auch ein Aufruf zum Steuerboykott des Türkisch-Deutschen Unternehmervereins verweist auf eine ökonomisch-utilitaristische Logik: Er sollte dazu dienen, die »volkswirtschaftliche Bedeutung« der türkischen Gastarbeiter sichtbar zu machen.[53] Vergleichbare Argumentationen sind, nebenbei bemerkt, bis heute auch prominent im öffentlichen Diskurs vertreten. Als Reaktion auf die rassistischen Parolen, die am Pfingstwochenende 2024 in einer Sylter Bar gesungen wurden, äußerte sich der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, erst kürzlich mit den Worten, er sei schockiert,

> »nicht etwa, weil mich die Existenz solch menschenfeindlicher Ideologie überrascht, sondern weil sie ganz offensichtlich Teil der Popkultur und in einem Milieu salonfähig geworden ist, dem klar sein müsste, dass Ausländer maßgeblich zu unserem Wohlstand beitragen.«[54]

In etwas gewählteren Worten unterscheidet sich die Argumentation inhaltlich nicht von derjenigen der drei Mädchen zu Beginn der 1990er-Jahre.

II. Begriffliche Verhandlungen und Selbstzuschreibungen von »Deutschsein«

Der Brief der drei Mädchen ist aber noch in anderer Hinsicht interessant – und dies führt zur zweiten Frage nach den begrifflichen Verhandlungen und Selbstzuschreibungen von »Deutschsein«. Die Verfasserinnen schreiben im ersten Abschnitt: »Wir finden es nicht gut, daß diese Leute so etwas tun, da sie (ihre Familien) bei den meisten Leuten und bei uns schon als Deutsche gelten.«[55] Dreierlei kommt hier zum Ausdruck:

Erstens argumentieren die drei Mädchen hier gegen eigentlich abwesende Dritte, nämlich gegen die rechten Gewalttäter. Sie argumentieren unmittelbar gegen ein rechtes Narrativ und distanzieren sich explizit von diesem, indem sie sagen: Für »uns« sind Familien, die als ›Gastarbeiter‹ gekommen sind, Deutsche.

Auf einer analytischen Ebene ist zweitens zu bemerken, dass die Mädchen und ähnlich argumentierende Schreibende sich dem von den Gewalttätern gesetztem Referenzrahmen nicht entziehen. Die implizite Voraussetzung für diesen imaginären Dialog bildet die unreflektierte Annahme, dass die Beurteilung von Gewalttaten tatsächlich im Zusammenhang damit stehen könnte, ob und wie die Zugehörigkeit

52 Zu diesen Kampagnen gibt es bisher keine Forschung.

53 *Zeppenfeld*, Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung, S. 211.

54 So zit. in: *Mina Marshall*, Gekapertes Lied. Empörung über Partyvideo aus Sylt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2024, S. 3. Vgl. kritisch zu dieser utilitaristischen Argumentation *Susanne Kusicke*, Welches Milieu?, in: ebd., S. 8.

55 Brief von Katrin G., Imke G. und Elke G., o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0156a.

der Opfer zur eigenen Vorstellung von Deutschsein passt.[56] Dies korreliert mit den Demonstrationen gegen »Ausländerfeindlichkeit« nach den Anschlägen in Mölln. Denn diese speisten sich maßgeblich daraus, dass in Mölln keine neu angekommenen Flüchtlinge angegriffen wurden, sondern Familien, die 30 Jahre zuvor als ›Gastarbeiter‹ nach Deutschland gekommen waren.[57] Im nächsten Satz erklärten die Mädchen, dass ein etwas anderes Aussehen und »nicht so fließendes Deutschsprechen«[58] – beides erachteten sie für gegeben – für sie kein Grund seien, die Familie der Opfer nicht als deutsch zu betrachten.

Dies führt zum dritten Punkt, nämlich zu den Begrifflichkeiten, die die Mädchen benutzten, um ihren eigenen Bezug und den anderer zum Deutschsein zu beschreiben. Weiter unten schrieben sie: »Wir versuchen diese Leute, die ihren Rassenstolz so heftig vertreten, zu bekämpfen. Denn ich denke man kann nachdem was in letzter Zeit passiert ist nicht mehr stolz sein ein Deutscher zu sein.«[59]

Hier wird deutlich, dass ihnen die Idee, stolz auf ihr Deutschsein sein zu können, dennoch wichtig ist. Sie benutzen den Begriff »Rassenstolz«. Zwar verurteilen sie, dass dieser von den Tätern »so heftig« vertreten werde, das Konzept an sich scheint ihnen aber selbstverständlich und sagbar zu sein. Damit stehen sie nicht allein. Neben »Rasse« findet sich auch eine in den Beileidsbriefen positiv konnotierte Verwendung des Begriffs »Volk«. Dies erscheint weniger überraschend und schließt wohl auch an die omnipräsente positive Verwendung des Begriffs im Zuge der Wiedervereinigung an.[60] Ein seit Längerem im Berufsleben stehender Schreiber aus Norddeutschland etwa formulierte: »Ich bin tief beschämt darüber, daß Menschen, mit denen ich meine Zugehörigkeit zum deutschen Volk teile, zu solch verabscheuungswürdigen Taten greifen.«[61]

Völkisch konnotierte und mit rechten Diskursen verbundene Begrifflichkeiten wie »Rasse« und »Rassenstolz« werden in einigen Briefen benutzt, um sich von den Anschlägen zu distanzieren. Auf der einen Seite erscheint die Persistenz eines abstammungsbezogenen völkischen Begriffs davon, wer ein Deutscher ist, nicht weiter erstaunlich. Denn schließlich hatte sich die Bundesrepublik jahrzehntelang für eine Ausreiseerlaubnis »deutschstämmiger Bürger« des Ostblocks eingesetzt, die nicht lange vor der rechten Gewaltwelle zum Erfolg geführt hatte. Gerade in diesem Kontext wird aber deutlich, dass die Vorstellungen davon, was und wer deutsch ist, im Fluss waren. Es zeigte sich nämlich genau in dieser Situation auf der anderen Seite, dass es keinen Konsens in der westdeutschen Bevölkerung gab, ob die Neuankömmlinge aufgrund ihrer Abstammungsgeschichte als Deutsche gelten

56 Sie verurteilen sie nicht etwa prinzipiell – etwa durch einen Verweis auf eine allgemeingültige Menschenwürde, wie es in anderen Briefen vereinzelt geschieht. Klaus Neumann konstatiert, dass auch in öffentlichen Diskursen ein Bezug auf Menschenwürde in den 1990er-Jahren erst dann wieder zentral wurde, als die Flüchtlingszahlen sich wieder auf einem niedrigeren Niveau – vergleichsweise demjenigen in der Mitte der 1980er Jahre – bewegten. Vgl. *Neumann*, Blumen und Brandsätze, S. 272.

57 Vgl. *Steuwer*, 23. November 1992, Mölln, S. 23.

58 Brief von Katrin G., Imke G. und Elke G., o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0156a.

59 Ebd.

60 Vgl. zur unterschiedlichen Verwendung des Begriffs »Volk« im Kontext der Wende *Großbölting*, Wiedervereinigungsgesellschaft, S. 259.

61 Brief von Hans A., 24.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0174.

sollten. Ihre politische Gleichbehandlung und Privilegierung in einzelnen Fragen – insbesondere derjenigen des Wohnraums – sorgte in Teilen der Bevölkerung für erheblichen Unmut.[62] Die Verwendung der Begriffe »Volk« und »Rasse« in den Briefen an die Opfer von Mölln zeigt noch einmal deutlicher, wie sehr die Nutzung dieser Bezeichnungen einerseits in Bewegung geraten war. Andererseits macht sie das Fortbestehen eines gemeinsamen Referenzrahmens mit den rechten Gewalttätern deutlich, die in Briefen wie diesen zugleich unausgesprochen Adressaten der Argumentationen der Schreibenden sind. Hier fanden Deutungsverschiebungen statt, die sowohl auf eine Persistenz der Nutzung dieser Begrifflichkeiten als auch auf eine unerwartete Verwendung hinweisen.[63]

Diese flexible Handhabung solcher Begriffe in unterschiedlichen Altersgruppen erscheint mir auch bedenkenswert, wenn es darum geht, mit welchen analytischen Begrifflichkeiten Historiker:innen versuchen, sich dem Phänomen rechter Gewalt und Rechtsextremismus in Deutschland zu nähern. Um die Gewalt in einen größeren gesellschaftlichen Kontext einzuordnen, also auch das Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu den Gewalteruptionen näher beleuchten zu können, scheint es tatsächlich von Bedeutung, mit weiten Begriffen zu arbeiten, die wiederum eine Binnendifferenzierung erlauben. Bedenkenswert finde ich hier den Vorschlag von Laura Haßler und Dominik Rigoll, einen nationalismushistorischen Zugriff zu wählen, um die Geschichte der rechten und rechtsextremen Einstellungen, Taten und Milieus in ihrem Kontext zu verstehen und nicht künstlich zu isolieren. Haßler und Rigoll stellen die Frage nach Anpassung und Nutzung des Nationalismus als gemeinsamer Integrationsformel der extremen Rechten in den Mittelpunkt. [64]

Das implizite Bedürfnis vieler Schreibenden, zuzuordnen, was oder wer eigentlich deutsch ist – dem keine extreme Sichtweise unterstellt werden sollte –, schimmert in den Briefen noch auf andere Weise durch. Es fällt etwa auf, dass viele Briefeschreibende das Adjektiv »deutsch« großschreiben. In Briefen von Schüler:innen kommt es vor, dass Kinder neben ihre Unterschrift »(deutsch)« hinzu setzen, wie es zwei Realschülerinnen aus NRW taten.[65] Man könnte argumentieren, dass sich hier letztlich wenig zeitspezifisch zeigt, dass sich Definitionen des Eigenen und des Fremden unweigerlich gegenseitig bedingen.[66] Über diesen allgemeinen Befund hinaus erscheint es mir aber dennoch einer kulturgeschichtlich inspirierten Analyse wert, zu überlegen, wie sich diese Definitionen jeweils in spezifischen Kontexten äußerten. Der Zusatz »deutsch« in Klammern verweist auf Selbstzuschreibungs- und Aushandlungsprozesse innerhalb der Gruppe der Schülerinnen.

62 Vgl. *Herbert*, Wie lange müssen »Fremde« »fremd« bleiben?, S. 36.

63 Diese Befunde stehen im Einklang mit ethnologischen Forschungen zu den 1990er-Jahren, die zeigen, dass in den Medien diskutierte Konzepte wie »Verfassungspatriotismus« das Denken in nationalen Stereotypen nicht beeinflussten. Vgl. *Irene Götz*, Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989, Köln/Wien etc. 2011, S. 324.

64 Vgl. *Dominik Rigoll/Laura Haßler*, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten. Teil 1: Ansätze und Akteur*innen, in: AfS 61, 2021, S. 569–611.

65 Brief von Nathalie P. und Stephanie S., 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0446a.

66 Vgl. *Harders*, Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse.

III. Auf welche Weise setzen die Schreibenden sich in Beziehung zu den Opfern?

Der zuletzt erwähnte Brief ist auch für den nächsten Punkt interessant, nämlich für die Frage, auf welche Weise die Schreibenden sich in Beziehung zu den Opfern setzen. Die beiden Schülerinnen erzählen, dass ihre Klasse »Halb aus Ausländern« bestehe und betonen, dass alle sich gut verständen.[67] Die Betonung persönlicher Kontakte ist in den Briefen die häufigste Art der Versuche, sich in eine Beziehung zu den Opfern zu setzen. Die im vorherigen Punkt skizzierte Unterscheidung »deutsch« und »ausländisch« ist konstitutiv für dieses Vorgehen. Erst die Herstellung der Differenz lässt den Verweis auf gutes Auskommen zweier Gruppen sinnvoll werden. Ähnlich wie die beiden Schülerinnen ging zum Beispiel auch die bereits erwähnte hessische Rentnerin vor, die die Anschläge als Jugendproblem deutete. Sie berichtete: »Meine Schwiegertochter kommt auch aus der Türkei und ich habe sie sehr lieb und bin sehr froh, daß es sie gibt.«[68] Diese Art des In-Beziehung-Setzens ist häufig in den Briefen von Privatpersonen zu finden.

Vereine und Verbände gingen anders vor. Oft setzten sie die Taten in den Kontext der spezifisch deutschen Verfolgung von Minderheiten. Das taten etwa die überlebenden Frauen des KZ Ravensbrück[69] oder die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft. Letztere schlug über ihre Namensgeberin einen Bogen vom Nationalsozialismus zu den rechten Anschlägen der frühen 1990er-Jahre, als sie schrieb:

> »Sie [Else Lasker-Schüler] war deutsche Jüdin aus Wuppertal. In Berlin wurde sie weltberühmt. Doch dann schlugen die Nazis sie mit einer Eisenstange zusammen – sie mußte in die Schweiz flüchten und um Asyl nachsuchen, so, wie viele andere deutsche Dichter. Deshalb stellen sich die deutschen Schriftsteller von heute vor die Asylbewerber und die Ausländer bei uns.«[70]

Die Gesellschaft, die zu der Zeit 50 Schriftsteller:innen verband, argumentierte somit unmittelbar historisch im Sinne eines »Nie wieder«.

Neben dieser inhaltlichen Bezugnahme der Schreibenden lässt sich diese an dem Briefbestand auch auf formaler Ebene untersuchen, indem man sich die Anreden und die Schlussformeln genauer anschaut. Ein Teil der Briefe beginnt mit »Liebe Familie Arslan« oder »Sehr geehrter Herr Arslan«. Manche schreiben »Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger« und damit zwar formal, aber offensiv inkludierend. Linke Bündnisse beginnen oft unpersönlich, etwa mit »Solidaritätsbekundung an Faruk Arslan« statt einer persönlichen Anrede. Solche Briefe haben ohnehin oft einen stark aktivistischen Einschlag, der sich in der Betonung von organisatorischen im Gegensatz zu emotionalen Elementen niederschlägt. Neben diesen Variationen finden sich ebenfalls oft Briefe ohne Anrede. Bemerkenswert hierbei ist, dass es sich bei diesen Briefen ohne Anrede durchaus um emotionale private Briefe han-

67 Brief von Nathalie P. und Stephanie S., 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0446a.
68 Brief einer Einwohnerin einer hessischen Kleinstadt, 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0344a.
69 Vgl. Brief von der Lagergemeinschaft Ravensbrück, o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0437.
70 Brief von Hajo Jahn. Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0155.

delt und nicht etwa um formelhafte Beileidsbekundungen. Zu den Briefen ohne Anrede gehört zum Beispiel auch derjenige der hessischen Rentnerin, die auch über ihre eigene Angst berichtete, ihrer türkischen Schwiegertochter und ihren Enkeln könnte etwas geschehen. Die fehlende Anrede in emotionalen Briefen und Beileidsbekundungen kann als Manifestation von Unsicherheit im Umgang mit den Opfern gelesen werden. Sie beruht auf einer Form von Nichtwissen seitens der Mehrheitsbevölkerung im Umgang mit Minderheiten, die impliziten und nicht intentionalen Rassismus häufig prägen.[71]

IV. Blicke in die Familien/Generationenkonflikte

Zugleich können Briefe ohne Anrede darauf hindeuten, dass der Brief als eine Form von Selbstgespräch zu lesen ist. Dies gilt etwa für einen sehr emotionalen Brief einer zwölfjährigen Schülerin aus Hamburg, der sich geradezu als autobiografischer Selbstentwurf liest. Darüber hinaus ist der Brief – wie Briefe von Kindern insgesamt – erkenntniserweiternd, weil dort auch bisweilen darüber berichtet wird, wie andere Familienmitglieder über »Ausländer« denken und inwiefern dies zu Konflikten in den Familien führt. Gesellschaftliche Probleme entdeckten die Kinder mitunter innerhalb ihrer eigenen Familien. Sie wurden in Briefen wie dem folgenden als etwas vorgetragen, das die Kinder ganz unmittelbar etwas anginge. Die zwölfjährige Schülerin aus Hamburg schrieb:

> »Mein Vater ist 53. Er ›kann keine Ausländer ab‹. Immer wenn er etwas darüber liest, oder sieht, fängt er an zu schimpfen über Ausländer. Meine Schwester und ich möchten dann am liebsten kotzen (entschuldigung, für die Ausdrucksweise, aber es ist so) und ihm eine gehörige Backpfeife verpassen, um ihn zur Besinnung zu bringen. Meine Schwester K. und ich diskutieren mit ihm über das Thema. Aber er wird dann immer sehr unsachlich und redet irgendeinen Stuß. Er wird zwar nichts gegen Ausländer unternehmen, er redet nur, er übertreibt gerne, ect. Aber so fängt es doch an.«[72]

In dem Brief ist die Wut der Tochter geradezu spürbar und im teils kaum zu entzifferndem Schriftbild auch sichtbar. Die beiden Schwestern beschreiben die Erfahrung, mit ihren Argumenten nicht weiterzukommen, weil die Einstellung ihres Vaters nicht auf rationalen Überlegungen beruhe, sondern auf einer diffusen emotionalen Ablehnung, die sich in der Phrase »kann keine Ausländer ab« ausdrückt. Eine diffuse feindselige Haltung, die oft nicht politisch oder ideologisch gerahmt ist, war typisch auch für viele der rechten Gewalttäter. In dem Brief zeigt sich beispielhaft, wie schwierig gerade dieser entideologisierten Ablehnung zu begegnen war, da sie sich kaum argumentativ entkräften ließ. Die Akzeptanz einer solchen Essenzialisierung von »Ausländerfeindlichkeit« gleichsam als Charakterzug in den frühen 1990er-Jahren hatte in Kombination mit der Tatsache, dass die Gewalttäter

71 *Maria Alexopoulou*, Producing Ignorance: Racial Knowledge and Immigration in Germany, in: History of Knowledge Blog, 25.7.2018, URL: <https://historyofknowledge.net/2018/07/25/producing-ignorance-racial-knowledge-and-immigration-in-germany/ [29.4.2024].

72 Brief einer Hamburger Schülerin, o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0119a.

in der Regel Jugendliche waren, weitreichende Folgen für den Umgang mit rechten Gewalttätern. Sie begünstigte die Etablierung der »akzeptierenden Jugendarbeit«, die auf den Bremer Sozialpädagogen Franz Josef Krafeld zurückgeht. Demnach sollten rechte Jugendliche im Rahmen von pädagogischen Angeboten und Maßnahmen zunächst einmal angenommen werden, wie sie waren. Dies führte allerdings dazu, dass einige dieser Angebote sich in den 1990er-Jahren geradezu zu rechten Rückzugsräumen entwickelten.[73]

V. Bilder und Zeichnungen von Kindern und Jugendlichen

Im Zuge der Suche nach Lösungen angesichts der Zunahme rechter Gewalt gewannen pädagogische Ansätze insgesamt an Bedeutung. Neben der akzeptierenden wurde verstärkt auf präventive Jugendarbeit zurückgegriffen. Aufrufe von Politiker:innen wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. November 1992, es reiche »ganz und gar nicht, nur auf die Politik zu warten«, führten in vielen Schulen zu »Aktionen gegen rechts«, etwa zu Erklärungen gegen Gewalt.[74] In diesen Kontext fallen auch von Schulen organisierte Briefaktionen an die Opfer der Brandanschläge von Mölln. Initiativen dieser Art gab es in Grundschulen, Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien. In manchen Schulen – wiederum insbesondere aus Norddeutschland, zum Beispiel Hamburg – schrieben ganze Klassen Briefe. Andere Schulen schickten Unterschriftenlisten im Zeichen des Protests gegen die Anschläge und einzelne Klassen malten Bilder. Mindestens 70 Bilder in dem Briefbestand des DOMiDs sind Teil solcher Schulaktionen gewesen. Das hier abgedruckte Bild (Abbildung 1) ist im Rahmen einer solchen Aktion entstanden, in der eine vierte Klasse Bilder malte.[75] Es lässt sich nicht genau rekonstruieren, was die Vorgaben der Lehrer waren, oder ob es überhaupt welche gab. Auf diesem Bild hat die zehnjährige Lea einen Park gemalt. Aufschlussreich ist die Zeichnung in zweierlei Hinsicht. Sie erlaubt sowohl einen Blick in die Vorstellungswelt junger Leute rund um das Thema rechte Gewalt und ihr Rekurrieren auf Stereotype als auch auf die Wirksamkeit der Bildsprache von Kampagnen gegen rechts – zwei Themen, über die wir bis dato kaum etwas wissen:

Das Bild zeigt eine Weggabelung. Auf der linken Seite sitzen drei Jugendliche, die durch ihre Frisur und ihre Kleidung als Neonazis zu erkennen sind. Sie tragen braune Oberteile und grüne Hosen mit schwarzen Schuhen – ob es sich um Stiefel handeln soll, ist nicht eindeutig zu erkennen. Die drei sind in Militärfarben und zudem exakt gleich gekleidet. Auf der anderen Seite der Weggabelung hat die zehnjährige Lea drei Kinder gemalt, die sehr unterschiedlich aussehen, aber ebenso stereotyp gezeichnet sind wie die drei rechten Jugendlichen auf der anderen Seite. Die Kleidung von zweien der Kinder erinnert gleichsam an Karnevalskostüme eines »Hawaiimädchens« und eines »Chinesen« der 1990er-Jahre. Den dreien ist eine Sprechblase zugeordnet, in der steht: »Endlich mal ein Vernünftiger«.

73 Vgl. *Kössler/Steuwer*: »Pädagogik gegen rechts«, S. 241 f.
74 Ebd., S. 245.
75 Brief von Lea L., o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0389.

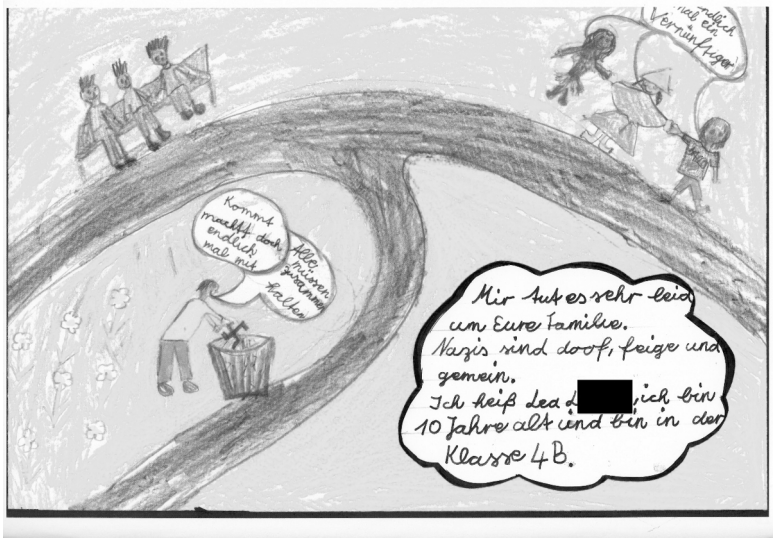

Abbildung 1: Bild von Lea L., o. D., Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0389.

Der Vernünftige – es ist nicht klar zu erkennen, ob es ein Kind oder ein Erwachsener sein soll – wirft auf dem Bild gerade ein Hakenkreuz in einen Mülleimer. Dabei ruft er: »Kommt macht doch endlich mal mit. Alle müssen zusammen halten.« Das Hakenkreuz symbolisierte für die zehnjährige Schülerin ganz prägnant die rechte Gewalt. Die Zeichnung schließt in diesem Punkt unmittelbar an den öffentlichen Bilddiskurs der Zeit an. Das Motiv eines skizzenhaft gezeichneten Menschen, der ein Hakenkreuz in den Mülleimer wirft, fand sich auf zahlreichen Stickern und T-Shirts.[76] Über der Zeichnung stand oft »mach mit«. Das von der Schülerin referenzierte Motiv ist aussagekräftig für den symbolischen Bildhaushalt im vereinigten Deutschland. Das Hakenkreuz ist hier eindeutig negativ konnotiert, aber es war Teil eines aktiv genutzten Symbolhaushalts. Die selbstverständliche Zeigbarkeit des Hakenkreuzes – ähnlich wie die ökonomisch-utilitaristische Argumentation gegen Rassismus – ist in Deutschland nach wie vor gegeben. Man denke an eine kürzlich erschienene Ausgabe des Magazins Der SPIEGEL, deren Cover eine Deutschlandfahne zeigt, unter der sich ein dreidimensionales Hakenkreuz abzeichnet – eine Wiederverwendung eines Titelbilds von 1977.[77]

76 Hergestellt wurden diese von der Felix-Fechenbach-Kooperative, Berlin. Vgl. URL: <https://www.fechenbach.de/> [27.6.2024].

77 Dass die Berliner Zeitung das Hakenkreuzcover des SPIEGELs kritisch kommentierte, zeigt, dass die negativ konnotierte Verwendung auch in Deutschland umstritten ist. Vgl. *Wiebke Hollersen*, Die gefährliche Inflation der Hakenkreuze – auf deutschen Zeitschriften, in: Berliner Zeitung, 30.5.2024, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/hakenkreuze-auf-spiegel-und-stern-rechtsruck-auf-li.2219681> [7.6.2024].

VI. Welche konkreten Hilfs- und Handlungspläne wurden gefasst?

Viele der Schreibenden verspürten das Bedürfnis, etwas Konkretes zu tun. Es handelt sich hierbei gleichsam um eine Form von Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln.[78] Die Briefeschreibenden waren erschüttert und verunsichert durch die massive Ausbreitung rechter Gewalt und wollten selbst etwas tun, um diese Verunsicherung zu bewältigen. Hierbei lassen sich – über das Schreiben der Briefe selbst hinaus – zwei Arten der zukunftsgerichteten Handlung unterscheiden. Zum einen schickten die Schreibenden den Angehörigen Dinge, die ihnen Hoffnung, Mut und Glück bringen sollten. Das zwölfjährige Mädchen aus Hamburg, das so vehement mit dem Vater stritt, der »Ausländer nicht abkonnte«, schickte zum Beispiel einen Glücksbringer. Angesichts von Ohnmachtsgefühlen erschien die Versendung kleiner Gegenstände, die qua Benennung durch die Schreibenden in Entitäten mit einer positiven Agency verwandelt wurden, als ein Akt der Ermächtigung der Schreibenden. Sie konnten die Zukunft ganz wörtlich in die Hand nehmen, ohne dass sie konkrete Pläne oder auch nur die Situation auf analytischer Ebene verstanden haben mussten.[79]

Während das Schicken von Glücksbringern[80] oder Gedichten sich häufig in privaten Briefen findet, ging es in den Schreiben von Vereinen, Organisationen oder Institutionen eher um öffentlich wirksame Unterstützung. Sie hatten gleichsam einen hybriden Charakter, weil sie neben der Kommunikation mit den Adressaten explizit noch ein weiteres Ziel verfolgten und einen größeren Adressatenkreis ansprachen.[81] Ein Religionslehrer aus Baden-Baden etwa verfasste am 24. November 1992 im Namen des Gymnasiums, an dem er arbeitete, einen Brief, in dem er alle örtlichen Parteien, die Badischen Neuesten Nachrichten und die Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Gemeinden Baden-Badens dazu aufforderte, öffentlich Stellung gegen die Brandanschläge zu nehmen. In Kopie schickte er den Brief auch nach Mölln.[82] Es gab aber auch viel konkretere Pläne. Der bereits zitierte Brief der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft zielte auf die Organisation einer Lesung ab. Der Journalist und Geschäftsführer Hajo Jahn schrieb, dass seine Organisation seit dem 9. November Autorenlesungen in Heimen für Asylbewerber und Aussiedler abhalte. Am 25. November informierte er Herrn Arslan, dass sie gern nur drei Tage später, am 28. November, eine Lesung in »Ihrer Teestube« abhalten wollten. Als Programmpunkte nannte er, dass der Schriftsteller Werner Söllner lesen und

78 Zu Kondolenzbriefen als »Schriften, mit denen versucht wird, anderen Menschen oder sich selbst die Bewältigung von Leiderfahrung, das heißt von Kontingenz- und Grenzerfahrungen« zu ermöglichen, vgl. *Zarychta*, Trostbrief/Kondolenzbrief/Trauerbrief, S. 583.

79 Diese Form der Kontingenzbewältigung ist als quasireligiöse Handlung zu lesen, also als eine Handlung, die der Logik religiöser Handlungen folgt, ohne sich auf explizit religiöse Kontexte zu beziehen. Vgl. zur Krise moderner Rationalisierungspraktiken *Andreas Reckwitz*, Zukunftspraktiken. Die Zeitlichkeit des Sozialen und die Krise der modernen Rationalisierung der Zukunft, in: *ders.* (Hrsg.), Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie, Bielefeld 2016, S. 115–135.

80 Zu »nichttextuellen Beigaben« in Briefen vgl. *Henzel*, Materialität des Briefs, S. 225.

81 Zum hybriden Charakter von Briefen vgl. *Budde*, Geschichtswissenschaft, S. 65.

82 Vgl. Brief von Hajo Jahn. Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, 25.11.1992, Bestand »Möllner Briefe«, E 1622,0155.

der Journalist Jürgen Serke die Einführung übernehmen werde. Zudem schrieb er, dass die Gesellschaft den türkischen Botschafter in Bonn eingeladen habe und namentlich nicht genannte Politiker:innen der Landesregierung Kiel. Beiläufig erwähnt Jahn in seinem Brief, dass er Herrn Arslan leider bisher nicht erreicht habe. Stattdessen hatte er sich so frei gefühlt, die beschriebenen Planungen mit dem türkischen Einwandererverein in Hamburg abzusprechen. Der Journalist gab sogar noch recht detaillierte Anweisungen, wie die Teestube für die Lesung hergerichtet werden müsste. Er beendete den Brief mit den Worten: »Könnten Sie liebenswürdiger Weise für diese Bitte die Umsetzung in die Praxis besorgen?«[83] Die Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft wollte hier Aufmerksamkeit schaffen und Zugehörigkeit herstellen. Zugleich wird das Opfer, mit dem der Verband sich öffentlich solidarisieren wollte, durch die dem Brief inhärenten Machtdynamiken zum Handlanger und Zubringer in diesem Unterfangen degradiert. Es drängt sich die Frage auf, was Herr Arslan gedacht haben wird, als er kurz nach dem Brandanschlag, durch den einige seiner Familienmitglieder gestorben waren und andere noch im Krankenhaus lagen – er selbst war am Tag des Anschlags nicht zu Hause gewesen – einen Brief bekam mit detaillierten Anweisungen für eine Lesung, von der er gerade zum ersten Mal hörte. Die Frage bleibt jedoch hypothetisch, da die allermeisten der über tausend Briefe Herrn Arslan und seine Familie gar nicht erst erreichten.

Ibrahim Arslan, der als siebenjähriger Junge den Anschlag überlebte und an den sein Mitschüler Sebastian und dessen Mutter die Karte mit Entenhausenmotiv geschickt hatten, bekam 2019 einen Hinweis von einer Studentin, die im Möllner Stadtarchiv für eine Hausarbeit recherchierte. Sie hatte entdeckt, dass in alten Protokollen der Stadt Mölln die vielen Briefe vermerkt worden waren, die sowohl in der Teestube (Seestraße Mölln) als auch bei der Stadt kurz nach den Brandanschlägen eingegangen waren. Bis zu dem Zeitpunkt wussten viele Mitglieder der Familie nichts von der Existenz dieser Briefe.[84] Eine Funktion als »Überlebenselixier« oder Brücke zwischen Menschen – wie Gunilla Budde sie für Briefe beschreibt – konnten diese Briefe also nie erfüllen.[85]

Im Anschluss an den Fund bemühte sich Ibrahim Arslan mit anderen Betroffenen darum, dass der gesamte Briefbestand beim DOMiD zusammengeführt wurde. »Domid ist der Ort, wo Migrationsgeschichte erzählt, aufgearbeitet und studiert wird«, hat Ibrahim Arslan der TAZ erläutert. »Für unsere Familien war klar, dass diese Briefe auch dort aufbewahrt werden sollen, wo nicht nur weiße Dominanzgesellschaft erzählt, sondern dort, wo auch die Geschichten unserer Familien erzählt werden.«[86]

Wie die Provenienzgeschichte dieses Bestands zeigt, geht es bei der Archivierung solcher Quellen nicht zuletzt um die Agency von Opfergruppen rechter Gewalt der frühen 1990er-Jahre im nun anlaufenden Prozess historischer Aufarbeitung. Dies

83 Ebd.
84 Vgl. *Speit*, Briefe an Brandanschlags-Opfer.
85 *Budde*, Geschichtswissenschaft, S. 61.
86 *Speit*, Briefe an Brandanschlags-Opfer.

lässt sich in einem größeren Kampf für die Zeugnisse und die Anerkennung der Opferperspektiven im öffentlichen Raum verorten. [87]

Weiterführende Überlegungen

Abschließend lassen sich vor dem Hintergrund einer ersten Analyse der Briefe an die Opfer der Anschläge von Mölln in fünf Punkten gebündelt Anregungen für die Forschung formulieren:

Erstens erscheint es lohnenswert, dem Wandel und der Nutzung von Begrifflichkeiten, die Zugehörigkeit und Abgrenzung ausdrücken, in Zeugnissen zur Alltagsgeschichte mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Neben Briefen wäre hier an Tagebücher zu denken.[88] Insbesondere die Forschung zu Rechtsextremismus in der DDR könnte um eine alltags- und kulturgeschichtliche Dimension erweitert werden.[89] Die wenigen Beileidsbriefe aus den »neuen« Bundesländern lassen sich im Anschluss an Forschungsbefunde zum staatlichen, vor allem polizeilichen Umgang mit Rechtsextremismus deuten. Letztlich ist diese Interpretation aber ein Rückschluss aus einer Leerstelle, der mit einem Fragezeichen versehen werden muss, solange wir nicht mehr zu alltäglichen Aushandlungen von Deutschsein in der DDR wissen.

Zweitens verweist die omnipräsente Einordnung rechter Gewalt in ein utilitaristisch-ökonomisches Denkmuster auf eine von der Forschung bisher noch gar nicht vorgenommene notwendige Analyse des Umgangs mit rechter Gewalt aus Sicht einer kulturwissenschaftlich arbeitenden Wirtschaftsgeschichte, die solche Erklärungsmuster, ihre Anziehungskraft und ihre Konjunkturen genauer beleuchten würde.

Drittens wäre es im Anschluss daran ein lohnendes Unterfangen, die Symbolsprache von Kampagnen gegen rechts im wiedervereinigten Deutschland sowie die Wirksamkeit, Aneignung, Ablehnung und Modifizierung ihrer Bildsprache näher zu untersuchen. Dies dürfte aufschlussreich für eine Gesellschaftsgeschichte des

87 Vgl. hierzu *Heike Kleffner*, Mit langem Atem. Gegen das Vergessen und für die Anerkennung der Opferperspektive(n), in: *Kössler/Steuwer*, Brandspuren, S. 282–288. Zu denken ist in diesem Kontext auch daran, dass etwa wissenschaftliche Untersuchungen zu Alltagsrassismus schon seit dem Beginn der 1980er-Jahre auch von nicht in Deutschland geborenen Wissenschaftler:innen vorgelegt wurden, die aber nicht rezipiert wurden. Vgl. *Vojin Saša Vukadinović*, Rassistisches Wissen 1978–1983. Der vergessene migrantische Beitrag zur frühen Rechtsextremismusforschung, in: AfS 63, 2023, S. 365–386.

88 Auf den engen Zusammenhang der beiden Quellenarten Brief und Tagebuch hat zuletzt Gangolf Hübinger aufmerksam gemacht. Vgl. *Markus Gerstmeier*, Tagungsbericht: Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert, in: H-Soz-Kult, 31.5.2019, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-126868> [27.6.2024]; *Michael Maurer*, Selbstzeugnisse in kulturhistorischer Perspektive. Briefe, Tagebücher, Autobiographien, in: *Berg/Neuhaus*, Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 37–58.

89 Vgl. einen ersten Ansatz hierzu – auch wenn die Infratest-Stellvertreterbefragungen als Quelle mit Vorsicht zu analysieren sind: *Jens Gieseke*, Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost. Die geheimen Infratest-Stellvertreterbefragungen und die DDR-Gesellschaft 1968–1989, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 12, 2015, S. 66–97. Anschließen könnte die Forschung hier an *Christina Morina*, Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren, München 2023.

Rechtsextremismus sein, die ein Interesse an der Dynamik zwischen medial inszenierten und präsentierten rechten Gewaltakten, Gegenkampagnen mit unterschiedlicher Trägerschaft und der jeweiligen Aneignung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen hat.

Viertens sind Bilder und Zeichnungen von Kindern eine bisher kaum genutzte Quelle. Die in diesem Beitrag behandelten Beispiele zeigen jedoch das Potenzial solcher Quellen. Sie ermöglichen einen Blick in die Vorstellungswelt junger Leute rund um das Thema rechte Gewalt sowie ihr Rekurrieren auf Stereotype. Methodisch stellt die Einbeziehung von Kinderzeichnungen eine Herausforderung dar.[90] Eine Möglichkeit könnte es sein, Anregungen aus psychiatriehistorischen Forschungen zu Bildern und Zeichnungen von Patient:innen[91] oder aus Forschungen, die mit Zeichnungen aus Konzentrationslagern arbeiten, aufzunehmen.[92]

Fünftens ist es von übergeordneter Bedeutung, damit Forschungen an der Schnittstelle zwischen rechter Gewalt und Migration überhaupt auf Quellen wie diese zurückgreifen können, einen Diskurs über die Archivierung solcher Bestände anzustoßen, über die die Zeitgeschichte eben kein Deutungsmonopol hat.[93] Aus nachvollziehbaren Gründen werden Quellenbestände wie die Möllner Briefe dem DOMiD angeboten, auch weil die Geber:innen damit den Anspruch auf eigene Deutungshoheit wahren wollen – denn schließlich zeichnet sich die Zeitgeschichte unter anderem dadurch aus, dass Historiker:innen mitnichten eine Deutungshoheit haben und diese auch gar nicht unbedingt beanspruchen. Das Vorgehen des Stadtarchivs in Mölln hat sich schließlich vor allem durch Desinteresse ausgezeichnet. Im besten Fall werden solche Quellenbestände beim DOMiD angenommen und sogar digitalisiert aufbereitet, wie es im Fall der Möllner Briefe geschehen ist. Allerdings hat das DOMiD begrenzte Ressourcen. Regelmäßig muss das Haus Bestände ablehnen – nicht weil es sie nicht für in hohem Maße erhaltenswert hält, sondern weil es an Raum und Personal mangelt. Mit der Entscheidung, in Trägerschaft des DOMiDs ein Migrationsmuseum zu eröffnen, verschiebt sich der Fokus der Institution zudem deutlich und diese Problematik wird noch virulenter.[94] Forschung und Erinnerungslandschaft in Deutschland können nur davon profitieren, wenn der Schnittstelle zwischen den Forschungsfeldern Migration und rechter Gewalt mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen gewidmet werden.

---

90 Mit Kinderzeichnungen in politischen Kontexten haben sich bisher zwei Tagungen beschäftigt: Graphische Gewaltdokumentation und ihre Erforschung vom Spanischen Bürgerkrieg bis zur »Flüchtlingskrise«, Marburg, 11.–12.5.2017, URL: <https://visual-history.de/2017/04/19/tagung-politische-kinderzeichnung/> [27.6.2024]; »Childhood in Danger« – Kinderzeichnungen des 20. Jahrhunderts und das Weltdokumentenerbe, Düsseldorf, 9.–10.11.2017, URL: <https://www.uni-paderborn.de/nachricht/85639> [27.6.2024].

91 Man denke an die Arbeiten Monika Ankeles, vgl. etwa *Monika Ankele*, Wenn Wahn zur Kunst wird, in: Hamburger Ärzteblatt 74, 2020, H. 9, S. 36–37.

92 Vgl. *Lutz Niethammer*, Ein Sessel im KZ. Über Abbild, Inbild und Legende, in: *Norbert Bolz/Cordula Meier/Birgit Richard* u. a. (Hrsg.), Riskante Bilder. Kunst, Literatur, Medien, München 1996, S. 27–45; *Michaela Haibl*, »Überlebensmittel« und Dokumentationsobjekt. Zeichnungen aus dem Konzentrationslager Dachau, in: Dachauer Hefte. Studien zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager 18, 2002, S. 42–64.

93 Zu dieser Problematik vgl. *Ralph Jessen*, Zeithistoriker im Konfliktfeld, S. 158.

94 Interview Verfasserin mit Robert Fuchs (Geschäftsführung DOMiD) am 10.6.2024.

Dokumentation – Analyse – Kritik

LEON BIELA

Die Stadt und das Weltreich

Lokaler Imperialismus in Wilhelmshaven um 1900

Nach etwa einem Monat auf See lief der Transportdampfer »Lulu Bohlen« am 8. April 1905 in den Marinehafen von Wilhelmshaven ein. An Bord des Schiffes befand sich der größte Teil der Soldaten des Marineexpeditionskorps aus Deutsch-Südwestafrika. Etwas mehr als ein Jahr zuvor, am 21. Januar 1904, hatte das Korps denselben Hafen verlassen, um den durch die Herero in Bedrängnis geratenen Siedler:innen und Soldaten in Südwestafrika erste militärische Unterstützung zu leisten. Nun kehrte es als eines der ersten größeren Truppenkontingente ins Reich zurück.[1] Die Rückkehr nach Wilhelmshaven, das für viele der Soldaten auch Garnisonsort war, verursachte nicht nur unter ihnen, sondern auch in der Stadtbevölkerung große Aufregung. Etwa 7.000 Menschen strömten in den Hafen, um dem Einlaufen der »Lulu« beizuwohnen. Gleich nach dem Anlegen kam eine Deputation der Stadtregierung an Bord, die die Soldaten im Namen Wilhelmshavens, stellvertretend für das ganze Reich, begrüßte und sie zu einer von der Stadt ausgerichteten Feierlichkeit einlud. Nur drei Tage später, am 11. April, traf mit der »Eduard Woermann« auch der zweite Teil des Expeditionskorps ein und bot Anlass für ein ähnliches Spektakel.[2]

Beide Kontingente wurden noch am Abend ihrer Ankunft im mit je etwa 1.400 Personen voll besetzten Festsaal eines örtlichen Hotels festlich bewirtet. Beide Veranstaltungen liefen gleich ab: Bevor lokale Vereine ein Unterhaltungsprogramm aufführten, hielten in einem offiziellen Teil die höchsten Vertreter von Stadtverwaltung und -politik euphorische Reden, in denen sie erwartungsgemäß die Leistungen der Soldaten im Krieg rühmten. Doch die Honoratioren sprachen an diesen Abenden auch auffallend viel über Wilhelmshaven selbst: darüber, wie sehr sich die Stadt für die Soldaten interessiert habe, welche Ehre es für die Stadt sei, sie als Erste begrüßen zu können, und wie sehr dies das gute Verhältnis der Stadt zur Marine zeige. Meist stand so nicht der Kriegseinsatz der Soldaten im Zentrum der Festivität, sondern der Anlass an sich, die Begrüßung der Marineinfanteristen durch die Stadt. So brachten die Redner auch ihre Hoffnungen zum Ausdruck, dass den Soldaten ihr Empfang in Wilhelmshaven unvergesslich bleiben möge. Zu diesem Zweck bekamen die Rückkehrer gleich zwei Festschriften geschenkt, die sich mit ihrer Ankunft in der Stadt auseinandersetzten und für eine bleibende Erinnerung sorgen

1 Zum Einsatz des Korps vgl. *Susanne Kuß*, Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen. Eskalation von Gewalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 2012 (zuerst 2010), S. 82 f.; Admiralstab der Marine, Das Marine-Expeditionskorps in Südwest-Afrika während des Herero-Aufstandes, Berlin 1905.

2 Vgl. zu den Ereignissen des 8. und 11. April *o. A.*, In die Heimat zurück, in: Wilhelmshavener Zeitung (WZ), 11.4.1905; *o. A.*, Rückkehr des Marine-Expeditionskorps, in: Wilhelmshavener Tageblatt (WTB), 11.4.1905; *o. A.*, Rückkehr des Marine-Expeditionskorps, in: WTB, 12.4.1905. Die hier genannten Schätzungen von Zuschauerzahlen stammen aus den drei untersuchten Zeitungen, deren Angaben miteinander verglichen wurden. Dennoch sind die Zahlen nur als Annäherungen zu verstehen, die keinen Anspruch auf Exaktheit erheben können.

sollten. Zudem erhielten die krank zurückgekehrten Soldaten ein Zigarrenetui mit eingeprägtem Stadtwappen und auch die Bühne des Festsaals wurde von einem dort eigens platzierten großen und illuminierten Wappen dominiert. Der Sprecher des Bürgervorsteherkollegiums, Emil Wittber, führte in seiner Rede am 8. April aus, dass Wilhelmshaven mit dem Fest seine »Pflicht« getan habe, »das nationale Gefühl zu heben und zu stärken«, nachdem die Soldaten in Afrika dasselbe getan hätten.[3] Damit stellte er zumindest implizit die von der Stadt organisierte Festivität neben den Kampfeinsatz der Soldaten.

Auf diese Weise gewann die Rückkehr der Marinesoldaten, eigentlich Teil einer zur Absicherung und Durchsetzung deutscher Herrschaftsansprüche in Afrika durchgeführten militärischen Operation, eine zutiefst lokale Relevanz. Wie die obigen Schilderungen zeigen, nahmen die Bewohner:innen und Honoratioren Wilhelmshavens das Ereignis zum Anlass, um die Stadt und sich selbst in das nationale Projekt der Kolonialherrschaft einzuschreiben. Die Reden und die städtische Symbolik auf den Feierlichkeiten inszenierten Wilhelmshaven als unterstützende Ausgangsbasis und moralischen Rückhalt für die Soldaten und damit als Teil des ›heldenhaften‹ Kampfs um Deutschlands ›Ehre‹ in Afrika. Mit dieser selbstreferenziellen Deutung trafen die Verantwortlichen auch eine Aussage über die Stadt selbst, indem sie deren beanspruchte Rolle im imperialen Machtstreben als Teil dessen erscheinen ließen, was den Charakter der Stadt ausmache. Für die Wilhelmshavener:innen lag die Rückkehr der Soldaten also in ortsspezifischen Bedeutungszusammenhängen, die nicht vollständig im nationalen imperialen Diskurs aufgingen. Die Momentaufnahme des Aprils 1905 steht damit symptomatisch für einen spezifisch lokalen Verständnisrahmen der imperialen Expansion, der durch die Wechselwirkungen von nationalem Weltmachtstreben und stadtgesellschaftlicher Selbstverständigung in Wilhelmshaven um 1900 entstanden war.

Dieser Aufsatz untersucht diese ortsspezifische Dimension des Erlebens, Wahrnehmens und Deutens des deutschen Imperialismus sowie die daraus resultierenden Praktiken. Er argumentiert, dass der lokale Raum eine dynamische und bedeutungserzeugende Qualität entfaltete, aufgrund derer sich der Wilhelmshavener Umgang mit dem imperialen Projekt nicht allein als Abbild einer generischen, reichsweiten imperialen Kultur begreifen lässt. Der Beitrag zeigt, wie sich ortsspezifische Aneignungen des Imperialen insbesondere auf Vorstellungen von Stadtidentität auswirkten und damit eine über sich selbst hinausweisende Bedeutung für die lokale Gemeinschaft gewannen. Das Fallbeispiel demonstriert so, welche Erkenntnispotenziale die verstärkte Auseinandersetzung mit der Ebene des Lokalen für die zuletzt stark angewachsene Forschung zur Wirkung des Imperialen auf die (deutsche) Metropole, zum »Empire at Home«, bereithält. Wilhelmshaven bietet sich als Gegenstand einer Untersuchung mit einem solchen Ansatz einerseits an, da die Stadt Standort eines großen Militärhafens war, dessen Schiffe und Einheiten stark in das deutsche imperiale Ausgreifen involviert waren und dieses ständig in der Stadt präsent machten. Andererseits erlaubt es die mittlere Größe Wilhelmshavens, lokalhistorische Entwicklungen zu überblicken, handelnde Gruppen heraus-

3 Wörtliches Zitat von Wittber abgedr. in *o. A.*, Rückkehr des Marine-Expeditionskorps, in: WTB, 11.4.1905.

zuarbeiten und so den Umgang mit dem Imperialismus präzise in den lokalen Kontext einzuordnen.

Im Folgenden wird zunächst die diesem Aufsatz zugrunde liegende Idee des »Lokalen Imperialismus« aus der bestehenden Forschung hergeleitet und näher erläutert, bevor sie auf das städtische Fallbeispiel angewendet wird. Nach einer kurzen Schilderung des (lokal-)historischen Hintergrunds stehen dann zunächst die Auswirkungen des Imperialen auf die Vorstellungen von Stadtidentität im Wilhelmshavener Bürgertum im Vordergrund. Der Beitrag zeigt, wie diese Vorstellungen um 1900 eine imperiale Dimension hinzugewannen, die die Stadt und ihre Gesellschaft durch ihre Rolle und Verortung im imperialen Projekt definierte. Dabei soll auch das Verhältnis der städtischen Arbeiterschaft zu diesen bürgerlichen Diskursen in den Blick genommen werden. Anschließend werden einige der Auswirkungen dieser imperialen Selbstverortung auf das Stadtleben näher untersucht sowie die Wechselwirkungen dieser Selbstverortung mit wirtschaftlichen Interessen des Stadtbürgertums beleuchtet, die zu der ortsbezogenen Spezifik des Wilhelmshavener Lokalen Imperialismus beitrugen.

I. Lokaler Imperialismus

Seit den 1990er-Jahren hat es sich vor allem die angloamerikanische Forschung zu den europäischen Kolonialimperien zum Programm gemacht, Metropole und Kolonie in einem »analytischen Zusammenhang«[4] zu verstehen. Dabei konnte sie zeigen, wie stark die imperiale Expansion Geschichte, Kultur und Vorstellungen nationaler Identität in den europäischen Staaten prägte. Zu den Wirkungen des deutschen imperialen Projekts auf das metropolitane Reich, in ihrer Gesamtheit vage als »imperiale Kultur« umschreibbar, ist eine breite Forschungslandschaft entstanden.[5] Diese Forschung hat überzeugend argumentiert, dass auch in Deutschland erst imperiale Fantasien und dann die Erfahrung des Kolonialreichs auf nationale Diskurse der Identität und Alterität einwirkten und in verschiedenen Formen im Leben vieler Deutscher präsent waren.[6] Imperial war somit nicht nur eine Ordnung der

4 *Ann Laura Stoler/Frederick Cooper*, Zwischen Metropole und Kolonie. Ein Forschungsprogramm neu denken, in: *Claudia Kraft/Alf Lüdtke/Jürgen Martschukat* (Hrsg.), Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen, Frankfurt am Main/New York 2010, S. 26–66, hier: S. 30.

5 Für Überblicke vgl. *Ulrike Schaper*, Deutsche Kolonialgeschichte postkolonial schreiben, in: APuZ 69, 2019, H. 40–42, S. 11–16; *Ulrike Lindner*, Zwischen Weltgeltung, Rassismus und globalen Bezügen. Das Kaiserreich und seine Kolonien, in: *Birgit Aschmann/Monika Wienfort* (Hrsg.), Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen, Frankfurt am Main/New York 2022, S. 95–128.

6 Vgl. zum Beispiel *Susanne Zantop*, Colonial Fantasies. Conquest, Family, and Nation in Precolonial Germany, 1770–1870, Durham 1997; *Sara Friedrichsmeyer/Sara Lennox/Susanne Zantop* (Hrsg.), The Imperialist Imagination. German Colonialism and Its Legacy, Ann Arbor 1998; *Birthe Kundrus*, Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien, Köln/Weimar 2003; *Dirk van Laak*, Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005; *Eric Ames/Marcia Klotz/Lora Wildenthal* (Hrsg.), Germany's Colonial Pasts, Lincoln 2005; *Matthew P. Fitzpatrick*, Liberal Imperialism in Germany. Expansionism and Nationalism, 1848–1884, New York 2008; *Jürgen Zimmerer/Michael Perraudin* (Hrsg.), German

Welt, die durch Hierarchien und Einflusssphären der Großmächte (von denen die Kolonien als Gebiete direkten Souveränitätsanspruchs ein wichtiger und besonders gewaltsamer Teil waren) strukturiert war. Imperial waren auch die fundamentalen Denkstrukturen, Deutungen und kulturellen Codierungen, die sich damit in den Alltagswelten der Deutschen verbanden. Somit meint der Begriff des »Imperialismus« hier nicht allein die Expansion und Erhaltung des deutschen Herrschafts- und Einflussgebiets, sondern vor allem die kulturelle, weltanschauliche und affektive Dimension dieses Projekts, das immer auch Teil deutscher Selbstverständigung war.[7]

Wie der Imperialismus auf den Alltag im Deutschen Reich einwirkte, ist allerdings erst in Ansätzen erforscht. Die bisherige Forschung bleibt oft auf Elitendiskurse und die Aktivitäten der organisierten Kolonialbewegung fokussiert, wodurch der Einfluss des Imperialen auf alltägliche Praktiken und Weltdeutungen der Bevölkerung eher in den Hintergrund gerät. Einige neuere Studien zeigen jedoch präzise und überzeugend auf, dass die von imperialen Deutungsmustern und Codierungen durchdrungene Konsum-, Unterhaltungs- und Werbekultur weniger ein Instrument politischer Propaganda, als vielmehr Ausdruck und Folge allgemein geteilter exotistischer Fantasien sowie eines klassenübergreifenden Interesses war.[8] Das Potenzial für weitere alltagsgeschichtliche Forschungen, die die breitere Bevölkerung nicht nur als Gegenstand von Diskursen oder Zielobjekt von Agitation, sondern als Trägerin und Mit-Produzentin imperialer Kultur begreifen, erscheint daher groß.[9] Das zeigen auch die inspirierenden Forschungen zur imperialen Durchdringung von Populärkultur in Großbritannien.[10]

Für dieses Forschungsinteresse bietet die Ebene des Lokalen eine besonders geeignete analytische Perspektive. Das Lokale ist der soziale und physische Raum, in dem die unmittelbaren, alltäglichen Interaktionen und (körperlichen) Erfahrungen eines Menschen stattfinden.[11] Um 1900 bildete die Stadt oder Gemeinde für die meisten Deutschen den zentralen Bezugspunkt ihres politischen und sozialen

---

Colonialism and National Identity, New York/Abingdon 2010; *Bernhard Gißibl*, Imagination and Beyond: Cultures and Geographies of Imperialism in Germany, in: *John M. MacKenzie* (Hrsg.), European Empires and the People. Popular Responses to Imperialism in France, Britain, the Netherlands, Belgium, Germany and Italy, Manchester 2011, S. 158–194; *Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller* (Hrsg.), Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, Berlin 2018.

7 Vgl. *van Laak*, Über alles in der Welt, S. 12–18.

8 Vgl. vor allem *David Ciarlo*, Advertising Empire. Race and Visual Culture in Imperial Germany, Cambridge/London 2011; *John Phillip Short*, Magic Lantern Empire. Colonialism and Society in Germany, Ithaca/London 2012; *Jeff Bowersox*, Raising Germans in the Age of Empire. Youth and Colonial Culture, 1871–1914, Oxford 2013.

9 Vgl. auch *John M. MacKenzie*, Introduction, in: *ders,*, European Empires and the People, S. 1–18, hier: S. 5.

10 Vgl. *ders.* (Hrsg.), Imperialism and Popular Culture, Manchester 1986; *Catherine Hall/Sonya O. Rose* (Hrsg.), At Home with the Empire. Metropolitan Culture and the Imperial World, Cambridge/New York etc. 2006.

11 Vgl. zum Lokalen *Christoph Antweiler*, Heimat als Ortsbezogenheit. Zwischen lokaler Verortung und planetarer Beheimatung, in: *Dana Bönisch/Jil Runia/Hanna Zehschnetzler* (Hrsg.), Heimat revisited. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf einen umstrittenen Begriff, Berlin/Boston 2020, S. 191–208.

Denkens, Handelns und Lebens. Unter anderem haben Celia Applegate und Alon Confino gezeigt, wie für viele Deutsche die Identifikation mit der imaginierten Gemeinschaft der Nation erst durch die Einbettung nationaler Deutungen und Selbstverortungen in lokale Zugehörigkeitsgefühle verständlich und erfahrbar wurde.[12] Das macht die Analyse der lokalen Ebene auch für die Untersuchung dessen, wie der Imperialismus von den Deutschen erfahren und gedeutet wurde, vielversprechend. Erstens wurde für verschiedene nationale Kontexte bereits darauf hingewiesen, dass sich, insbesondere aufgrund spezifischer Wirtschaftsstrukturen, die Verbindungen mit dem imperialen Projekt je nach Region und Ort unterschiedlich gestalteten.[13] Es stellt sich daher die Frage, ob sich aus diesen ungleich verteilten Verbindungen lokal beziehungsweise regional abgrenzbare und spezifische Ausprägungen imperialer Kultur ergaben.[14] Zweitens ließe sich im Sinne Applegates und Confinos untersuchen, ob auch imperiale Deutungsmuster in lokale Praktiken und Diskurse integriert wurden. Daher spricht viel für die Relevanz von Bernhard Gißibls Forderung, die »Faktoren Stadt und Region in der Kolonialgeschichtsschreibung ernst zu nehmen«, um so ein »bislang allzu homogen und nationalstaatlich gedachtes imperiales Entscheidungszentrum plausibel zu fragmentieren und zu spezifizieren«.[15]

Doch wie kann dies gelingen? Wichtige Impulse in diesem Bereich setzte bisher vor allem die britische Forschung. Unter dem Schlagwort »Imperial Cities« untersucht diese, wie imperiale Verbindungen sich strukturierend auf den Stadtraum samt seinen Lesarten auswirkten und wie solche imperialen Stadttopografien das

12 Vgl. *Celia Applegate*, A Nation of Provincials, Berkeley 1990; *Alon Confino*, The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918, Chapel Hill 1997.

13 Vgl. unter anderem *Felix Driver/David Gilbert*, Imperial Cities. Overlapping Territories, Intertwined Histories, in: *dies.* (Hrsg.), Imperial Cities. Landscape, Display and Identity, Manchester 2003, S. 1–20, hier: S. 8; *Odile Goerg*, The French Provinces and ›Greater France‹, in: *Tony Chafer/Amanda Sackur* (Hrsg.), Promoting the Colonial Idea. Propaganda and Visions of Empire in France, Basingstoke 2002, S. 82–101, hier: S. 82; *Stefanie Michels*, Düsseldorf und die Welt – Globalgeschichte goes regional, in: *Albert Gouaffo/dies.* (Hrsg.), Koloniale Verbindungen – transkulturelle Erinnerungstopografien. Das Rheinland in Deutschland und das Grasland Kameruns, Bielefeld 2019, S. 69–94.

14 Diese Frage stellen unter anderem *Rebekka Habermas*, Kolonialismus jenseits der Metropole. Missionare, Frauenkolonialvereine und Kolonialbeamte im Südwesten – Die Geschichte eines schwierigen Erbes, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), Die vergessene Ausbeutung. Kolonialismus und der Südwesten, Ubstadt-Weiher 2021, S. 51–74; *Johannes Häfner*, Regionalise Colonialism! Potenziale und Herausforderungen einer landes- und regionalgeschichtlich fundierten Kolonialgeschichtsschreibung am Beispiel des Projektes ›Kolonial-Ehrenburg‹ Bad Nauheim, in: *Sebastian Bischoff/Barbara Frey/Andreas Neuwöhner* (Hrsg.), Koloniale Welten in Westfalen, Paderborn 2021, S. 1–14; *Christian Geulen*, ›The Final Frontier …‹. Heimat, Nation und Kolonie um 1900: Carl Peters, in: *Birthe Kundrus* (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt am Main/New York 2003, hier: S. 40 f.

15 *Bernhard Gißibl*, Imperiale Weltläufigkeit, koloniale Inszenierungen. Einführende Perspektiven auf die Provinzialisierung der Metropole, in: *ders./Katharina Niederau* (Hrsg.), Imperiale Weltläufigkeit und ihre Inszenierungen. Theodor Bumiller, Mannheim und der deutsche Kolonialismus um 1900, Göttingen 2021, S. 11–46, hier: S. 22 f.

Selbstverständnis und die Außenrepräsentationen von Städten beeinflussten.[16] In der deutschen Forschung bleibt diese Perspektive zumeist auf koloniale Denkmäler und Straßennamen beschränkt, wenn auch die jüngst erschienenen Sammelbände zu imperialen Selbstwahrnehmungen und -repräsentationen von Hamburg und Mannheim darüber hinausgehen.[17] Allerdings fokussiert sich die Imperial-Cities-Forschung vor allem auf die Metropolen und großen Hafenstädte, die am offensichtlichsten mit dem Empire verbunden waren, und suggeriert so, dass sich vornehmlich dort imperiale Selbstverständnisse herausgebildet hätten.[18] Diesem Eindruck stehen vielversprechende Untersuchungen zu provinzielleren Städten entgegen.[19] Die drei englische Provinzstädte vergleichende Studie von Brad Beaven weist »lokalen Eliten« eine Schlüsselrolle bei der »Verbreitung« imperialer Kultur zu und zeigt, wie unterschiedlich und auf den lokalen Kontext bezogen diese in den untersuchten Städten ausfiel.[20] Dieser Ansatz lenkt den Blick darauf, wie Akteur:innen vor Ort imperiale Fragen mit lokalbezogenen Themen verknüpften. Gleichzeitig bleibt er jedoch einer ›top-down‹-Perspektive verhaftet und entwickelt nur in Ansätzen eine Konzeptualisierung der Bedeutung des Lokalen für die imperiale Kultur.

Bleiben in der Forschung zum Britischen Empire also Potenziale für eine tiefergehende Reflexion der Bedeutung und Wirkungsweisen der lokalen Ebene in der imperialen Kultur, gilt dies für die deutsche Forschung umso mehr. Auch in Deutschland ist bereits eine Fülle an lokal angelegten Untersuchungen zur imperialen Geschichte einzelner Städte und Regionen entstanden.[21] Fast alle diese ortsbezo-

16 Vgl. unter anderem *Driver/Gilbert*, Imperial Cities; *Sheryllynne Haggerty/Anthony Webster/Nicholas J. White* (Hrsg.), The Empire in One City? Liverpool's Inconvenient Imperial Past, Manchester 2008; *Jane M. Jacobs*, Edge of Empire. Postcolonialism and the City, London 1996. Das Konzept der »Imperial Cities« hat auch über Großbritannien hinaus fruchtbare Anwendung gefunden. Vgl. zum Beispiel *Daniel Tödt*, Making Second Imperial Cities. Modern Ports, Colonial Connectivity, and Maritime Globalization, in: Moderne Stadtgeschichte 2019, H. 2, S. 115–139; *Ulrich Hofmeister/Florian Riedler* (Hrsg.), Imperial Cities in the Tsarist, the Habsburg, and the Ottoman Empires, New York 2023.

17 Vgl. *Gißibl*, Imperiale Weltläufigkeit; *Jürgen Zimmerer/Kim Sebastian Todzi* (Hrsg.), Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2021.

18 Vgl. zur Kritik am Fokus auf Großstädte *Björn Karlsson*, Koloniale Spuren am Niederrhein. Verbindungen, Verflechtungen und Erinnerungen an das Kolonialzeitalter am Beispiel der Stadt Viersen, Berlin/Münster 2021, S. 8; *Habermas*, Kolonialismus jenseits der Metropole, S. 54 f.

19 Vgl. zum Beispiel *Michael Reeve*, ›An Empire Dock‹: Place Promotion and the Local Acculturation of Imperial Discourse in ›Britain's Third Port‹, in: Northern History 58, 2021, S. 129–150.

20 Vgl. *Brad Beaven*, Visions of Empire. Patriotism, Popular Culture and the City, 1870–1939, Manchester 2012. Vgl. auch *Marianne Bechhaus-Gerst*, Decolonize Germany? (Post)Koloniale Spurensuche in der Heimat zwischen Lokalgeschichte, Politik, Wissenschaft und »Öffentlichkeit«, in: Werkstatt Geschichte 75, 2017, S. 49–55, hier: S. 53.

21 Vgl. unter anderem *Heiko Möhle* (Hrsg.), Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika – eine Spurensuche, Hamburg 1999; *Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller* (Hrsg.), Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche, Berlin 2002; *dies.* (Hrsg.), Kolonialismus hierzulande. Eine Spurensuche in Deutschland, Erfurt 2007; *Marianne Bechhaus-Gerst* (Hrsg.), Köln und der deutsche Kolonialismus. Eine Spurensuche, Köln/Weimar etc. 2013; *Fabian Fechner/Barbara Schneider* (Hrsg.), Koloniale Vergangenheiten der Stadt Hagen, Hagen 2019; *Gouaffo/Michels*, Koloniale Verbindungen – transkulturelle Erinnerungstopografien; *Bischoff/Frey/Neuwöhner*, Koloniale Welten in Westfalen; *Karlsson*, Koloniale Spuren am Niederrhein.

genen Studien sind als »Spurensuchen« angelegt. Das heißt, sie sind Sammlungen zumeist knapper Untersuchungen der diversen Verbindungen, die Institutionen, Organisationen, Unternehmen und einzelne Personen einer Stadt oder Region zu den Kolonien (oder seltener zu der imperialen Sphäre insgesamt) hatten. Diese »Spurensuchen« zeigen mit ihren vielfältigen wertvollen empirischen Befunden auf, wie viele Berührungen mit dem imperialen Projekt es in den Städten und Gemeinden des Reichs und damit in der Alltagswelt der Deutschen gab. Dabei behandeln sie ihren lokalen Untersuchungsraum jedoch tendenziell als Ausschnitt einer reichsweiten imperialen Kultur, woraus sich weder ein reflektiertes Verständnis der Bedeutung des Lokalen im Erleben und Deuten des Imperialismus noch der Ortsspezifik des jeweiligen Untersuchungsraums ergibt.[22]

Dieser Aufsatz möchte daher mit dem Konzept des »Lokalen Imperialismus« einen Ansatz vorschlagen, der viele Impulse und Ideen aus der bisherigen Forschung aufgreift und dabei das Forschungsinteresse am alltäglichen Erleben des deutschen imperialen Projekts noch konsequenter als bisher mit einer lokalen Perspektive zusammenführt. Für diesen Ansatz steht nicht die Vermessung der einzelnen Verbindungen eines Orts zur imperialen Sphäre im Mittelpunkt, sondern die Frage, ob und wie stadtgesellschaftliche Dynamiken mit diesen Verbindungen interagierten und so eine ortsspezifische Kultur imperialer Deutungen und Praktiken hervorbrachten. Auf diese Weise eröffnet das Konzept des Lokalen Imperialismus die Möglichkeit, der Forschung zum (deutschen) »Empire at Home« neue Facetten hinzuzufügen und der Bedeutung der Stadt und ihrer Gesellschaft für das individuelle und kollektive Erleben des imperialen Projekts im metropolitanen Reich deutlichere Konturen zu geben.

Das Konzept geht von der Prämisse aus, dass die Spezifik der imperialen Kultur an einem Ort sich nicht allein durch die örtliche individuelle Zusammenstellung von Berührungspunkten mit dem deutschen Weltreich ergab. Jeder lokale Raum, jede Stadt, besaß auch unabhängig von diesen Berührungspunkten seine geschichtlich entstandenen Eigenheiten und lokalspezifischen Dynamiken, die das Leben in der Stadt bestimmten und sie von anderen Städten unterschieden.[23] Die imperialen Verbindungen waren Teil dieser allgemeinen Dynamiken einer Stadt, sie standen in einem kontinuierlichen Zusammenspiel mit deren Netzwerken von Akteur:innen, materiellen Umständen, Interessenlagen, Deutungs- und Wertegeflechten. Erst die wechselseitige Beeinflussung von stadtgesellschaftlichen Entwicklungen und Selbstverständigungsprozessen einerseits sowie den vor Ort vorhandenen imperialen

22 Kritik am Ansatz der »Spurensuchen« findet sich auch bei *Bernd-Stefan Grewe/Markus Himmelsbach/Johannes Theisen* u. a., Freiburg und der Kolonialismus. Vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus, Freiburg im Breisgau 2018, S. 14; *Michels*, Düsseldorf und die Welt, S. 69. Auch über die »Spurensuchen« hinausgehende Lokalstudien, vor allem die Arbeiten Grewes et al. zu kolonialen Verflechtungen der »sozialmoralischen Milieus« Freiburgs und Markus Seemanns zur »Kolonialkultur« in Bayern, konnten diesem Erkenntnisinteresse nicht vollständig gerecht werden. Vgl. *Markus Seemann*, Kolonialismus in der Heimat. Kolonialbewegung, Kolonialpolitik und Kolonialkultur in Bayern 1882–1943, Berlin 2011.

23 Vgl. dazu auch die soziologische Forschung zur »Eigenlogik« von Städten: *Helmuth Berking/Martina Löw* (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt am Main/New York 2008.

Verbindungen andererseits formte die Spezifik in der imperialen Kultur eines Orts, einen lokalspezifischen Imperialismus.

Dieser Lokale Imperialismus prägte, wie die Menschen vor Ort das Imperiale verstanden und sich angeeigneten und so ortsbezogene Deutungsmuster und Praktiken des Imperialen hervorbrachten. Der lokalen Ebene kam so eine produktive Qualität zu, da sie nicht nur selektiv Elemente einer generischen imperialen Kultur übernahm, sondern ihr auch genuin eigene Elemente hinzufügte. Diese distinkten Aushandlungsprozesse und Deutungsmuster wiederum wirkten auf die Stadt und ihren Raum zurück und beeinflussten die Selbstwahrnehmungen ihrer Bewohner:innen. Imperialismus und Stadt standen damit in einem dynamischen Verhältnis. Lokale Aneignungen veränderten nicht nur das Erleben der imperialen Kultur in der Stadt, sondern auch die Stadt selbst, und schufen damit veränderte Handlungsbedingungen für den zukünftigen Umgang mit dem Imperialen vor Ort. So lässt sich herausarbeiten, wie das Imperiale auf lokaler Ebene auch auf Lebensbereiche einwirkte, die nicht in einem direkten Zusammenhang mit dem imperialen Ausgreifen des Reichs standen.

Die Stadt ist hier begriffen als ein durch eine Verdichtung von Interaktionen bestimmter sozialer Raum, in dem die alltäglichen Erfahrungen und Handlungen seiner Bewohner:innen stattfinden, die diesen Raum erst produzieren.[24] Die Stadt – und die Stadtgesellschaft als Gesamtheit aller ihrer Bewohner:innen, die sich als solche verstehen – konstituiert sich aber auch als räumliche und soziale Verortung stiftende Gemeinschaft.[25] Was genau die Stadt als Identifikationsraum ausmacht, wird kommunikativ konstruiert und durch Praktiken und symbolische Markierungen in Stadtraum und -diskurs eingeschrieben. Solche regulativen Vorstellungen von der Stadt wirkten auf die städtische Gesellschaft und Politik handlungsleitend und waren so eng mit deren Machtstrukturen verbunden. Daher konnten lokalspezifische Deutungsmuster des Imperialen besonders dann eine signifikante Wirkung auf das Alltagsleben in der Stadt und das Selbstverständnis ihrer Bewohner:innen entfalten, wenn sie Eingang in diese ständige diskursive (Re-)Produktion von Stadtidentität fanden und sich so lokale Verortungen mit Verständnissen des Imperialen verflochten.

Es soll hier nicht darum gehen, die Ebene des Lokalen absolut zu setzen. Vielmehr eröffnet die Untersuchung der lokalen Ebene einen Blick auf das Zusammenspiel von Nationalem und Lokalem, von Beeinflussung und Eigenproduktion, von ›top-down‹ und ›bottom-up‹, aber auch auf das Wechselspiel von Diskursen über Imperium, Nation, Geschlecht und Class in den konkreten sozialen Zusammenhängen vor Ort. Diese Perspektive kann zudem Rückschlüsse darauf erlauben, welche imperialen Deutungsangebote für die Menschen auch außerhalb der reichsweiten Elitendiskurse attraktiv waren. Hierbei ist es zielführend, nicht nur nach explizit

24 Vgl. grundlegend zur Stadt als sozialem Raum *Frank Eckardt*, Stadtforschung. Gegenstand und Methoden, Wiesbaden 2014; *Martina Löw*, Soziologie der Städte, Frankfurt am Main 2010.

25 Vgl. *dies./Silke Steets/Sergej Stoetzer*, Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, Opladen 2007, S. 12 f.; *Jochen Guckes*, Forschungsbericht – Stadtbilder und Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS) 2005, H. 1, S. 75–86, hier: S. 75 f.; *Gabriela B. Christmann*, Dresdens Glanz, Stolz der Dresdner. Lokale Kommunikation, Stadtkultur und städtische Identität, Wiesbaden 2004.

»Kolonialem« zu suchen. Sebastian Conrad warnte, dass der Fokus der Forschung auf die »Schutzgebiete« nicht zur Vernachlässigung der »much broader fields of imperial activity Germany was involved in« führen dürfe.[26] In Wilhelmshaven, von wo aus Marineeinheiten als Instrument und Symbol der Weltmachtansprüche keineswegs nur in die Kolonien fuhren, wurde dies besonders gut sichtbar. Aber auch von den Zeitgenoss:innen wurden die Kolonien in die oft vagen Sinnbezüge des Imperialen eingeordnet und in den Zusammenhängen maritim-militärischer Potenz, deutscher Weltaneignung und eines nach außen gewandten nationalen Exzeptionalismus verstanden.

Konkret meint der Lokale Imperialismus also spezifische und eigensinnige sowie potenziell produktive und identitätsstiftende Prozesse lokal bedingter Aneignungen imperialer Kultur. Im Folgenden soll dieser Ansatz in einer systematischen Analyse der wichtigsten Elemente des Lokalen Imperialismus in Wilhelmshaven angewandt werden. Der Fokus der Untersuchung liegt dabei auf den Jahren um 1900. In dieser Phase zwischen der Besetzung von Qingdao und den großen Kolonialkriegen in Afrika erreichte der Wilhelmshavener Lokale Imperialismus seine größte Wirksamkeit. Eine Herausforderung für diese Untersuchung ist allerdings der geringe Umfang wissenschaftlicher lokalhistorischer Literatur, die sich überdies den imperialen Verbindungen der Stadt oder des Marinehafens bisher noch gar nicht angenommen hat.[27] Zudem wurde nahezu die komplette Überlieferung im Stadtarchiv während des Zweiten Weltkriegs zerstört, sodass die Quellenlage für die Zeit vor 1945 prekär ausfällt. Die aus den Behörden Preußens und des Reichs überlieferten Aktenbestände geben kaum Aufschlüsse über den Gegenstand dieser Untersuchung und können nur zur Rekonstruktion allgemeiner stadtgesellschaftlicher Prozesse sowie in seltenen Fällen für Außeneinschätzungen der Wilhelmshavener Ereignisse hinzugezogen werden.

Diese Studie beruht daher vor allem auf einer umfangreichen Analyse der drei Lokalzeitungen der wilhelminischen Zeit: Das »Wilhelmshavener Tageblatt« war um 1900 de facto das Organ der Nationalliberalen und der von ihnen dominierten städtischen Gremien. Die 1887 entstandene »Wilhelmshavener Zeitung« wurde erst als bemüht unpolitischer, bürgerlicher Generalanzeiger und dann von 1901 bis 1907 als freisinniges Blatt verlegt. Das »Norddeutsche Volksblatt« trat ab 1890 als sozialdemokratische Parteizeitung auf.[28] Die Zeitungen berichteten aus ihren jeweiligen, sich oft gegenseitig korrigierenden und ergänzenden politischen Perspektiven über die Ereignisse in der Stadt und überliefern zudem, teils wörtlich, öffentliche (stadt-)politische Debatten und Reden. Sie geben so ein differenziertes

26 *Sebastian Conrad*, Rethinking German Colonialism in a Global Age, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 41, 2013, S. 543–566, hier: S. 545.

27 Wichtige lokalhistorische Studien sind *Edgar Grundig*, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, Bd. 2: 1853–1945, Wilhelmshaven 1957; *Ingrid Dunger*, Wilhelmshaven 1870–1914. Staats-, Kommunal- und Parteipolitik im Jadegebiet zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Wilhelmshaven 1962; *Martin Wein*, Stadt wider Willen. Kommunale Entwicklung in Wilhelmshaven/Rüstringen 1853–1937, Marburg 2006; *Jens Graul*, Die Stadt auf Befehl. Strukturwandel und Konversion in Wilhelmshaven, Dissertation, Oldenburg 1996.

28 Vgl. *Walter Barton*, Bibliographie der oldenburgischen Presse. Teil I. Abschnitt 1: Die Zeitungen der kreisfreien Städte Oldenburg, Wilhelmshaven, Delmenhorst, in: Oldenburger Jahrbuch 57, 1958, S. 41–80, hier: S. 61; *Grundig*, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, S. 639–652.

Bild des öffentlichen Lebens in der Stadt. Die Zeitungen fungierten aber auch als Sprachrohre und Impulsgeberinnen für ihr eigenes politisches Lager, mit dem sie auch personell verflochten waren, und können daher als relativ repräsentativ für den Nationalliberalismus, den Freisinn und die Sozialdemokratie sowie die mit diesen Strömungen verbundenen sozialen Gruppen angenommen werden.[29]

II. Ein imperialer Hafen

Der Reichskriegshafen Wilhelmshaven war schon früh mit der Geschichte des deutschen imperialen Ausgreifens verbunden. 1869 wurde der Hafen als einziger Nordseestützpunkt der preußischen Marine – gebaut in einem kleinen, dem Großherzogtum Oldenburg abgekauften Küstengebiet – eingeweiht. Schon bald darauf verließen die ersten Korvetten und Kanonenboote Hafen und Werft, um weltweit für die Interessen des neu gegründeten Deutschen Reichs einzustehen, auch und gerade mit Gewalt. Als das Reich 1884/85 begann, formellen Kolonialbesitz zu beanspruchen, fiel es der Marine zu, diesen Anspruch umzusetzen. In Wilhelmshaven wurden für diesen Zweck Schiffe gebaut und repariert, Personal ausgebildet sowie Logistik und Ressourcen bereitgestellt, die für die militärische Machtprojektion in den Kolonien und deutschen Interessenssphären nötig waren.[30]

In dieser Zeit entstand um den Hafen auch eine zivile Siedlung. Deren urbaner Raum entwickelte sich rapide und erstreckte sich bald weit über die Grenzen der preußischen Exklave hinaus. Während sich auf preußischem Gebiet 1873 die Stadt Wilhelmshaven gründete, entstanden auf oldenburgischer Seite drei stark expandierende Gemeinden, die mit Wilhelmshaven zwar einen verwachsenen Siedlungsraum bildeten, aber politisch-administrativ abgetrennt blieben. Diese Grenze wurde immer mehr auch politisch-sozial bedeutend, da sich die große Werftarbeiterschaft eher im Territorium des liberaleren Oldenburg ansiedelte, während Preußisch-Wilhelmshaven attraktiver für das Bürgertum war. Die oldenburgischen Gemeinden Bant und Heppens wurden so zu sozialdemokratischen Hochburgen, wohingegen sich Preußisch-Wilhelmshaven zu einer Bastion des Nationalliberalismus entwickelte. 1900 lebten in Preußisch-Wilhelmshaven etwa 17.500 Zivilist:innen, auf oldenburgischer Seite jedoch schon etwa 29.000.[31] Die Tausenden vor Ort stationierten Marinesoldaten lebten größtenteils von der zivilen Stadtgesellschaft distanziert, auch wenn sich vor allem in den Lokalen und Kneipen der Stadt Austauschmöglichkeiten ergaben. Marineoffiziere derweil begegneten den Zivilist:innen oft geradezu mit Verachtung.[32] Nur länger vor Ort stationierte technische und

29 Vgl. *Dunger*, Wilhelmshaven 1870–1914, S. 209–216.

30 Vgl. die Schiffsbiografien in *Hans Hildebrand/Albert Röhr/Hans-Otto Steinmetz*, Die deutschen Kriegsschiffe. Biographien. Ein Spiegel der Marinegeschichte von 1815 bis zur Gegenwart, 10 Bde., München 1980.

31 Zahlen aus *Grundig*, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, S. 815 f. Vgl. auch *Dunger*, Wilhelmshaven 1870–1914; *Wein*, Stadt wider Willen.

32 Vgl. *o. A.*, Seebad Wilhelmshaven, in: WTB, 2.6.1897. Eine ähnliche räumliche und soziale Trennung gab es auch in Kiel. Vgl. *Julian Freche*, Die Kontaktfelder zwischen Militärangehörigen und den Einwohnern Kiels im Kaiserreich, in: *Doris Tillmann/Oliver Auge* (Hrsg.), Kiel und die Marine 1865–2015. 150 Jahre gemeinsame Geschichte, Kiel 2017, S. 27–46, hier: S. 33.

administrative Unteroffiziere sowie Beamte und Offiziere im Ruhestand suchten zuweilen aktiv Anschluss an das Stadtbürgertum.

Das Leben der überwiegenden Mehrzahl der Bewohner:innen Wilhelmshavens und der umliegenden Gemeinden war von der Flotte und ihren weltweiten Einsätzen direkt oder indirekt beeinflusst, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Großteil der Bevölkerung des Siedlungsraums arbeitete entweder bei der Marine samt Werft und Hafenanlagen oder in Wirtschaftszweigen, die Güter oder Dienstleistungen für die Marine und deren Angehörige bereitstellten.[33] Obwohl sich die von Wilhelmshaven ausgehenden Marineeinsätze in die Kolonien und Einflusssphären des Reichs in den 1880er- und frühen 1890er-Jahren in einer Hochphase befanden, setzten sich die Bewohner:innen der Stadt zunächst nur wenig mit diesen auseinander. Die Lokalzeitungen vermerkten zwar die Ein- und Ausfahrten der Schiffe, meist jedoch nur mit wenigen Worten. Kommentare zur Involvierung des Hafens in den Ausbau des deutschen Weltreichs blieben punktuell und beiläufig.[34] Vorträge oder andere populärkulturelle Veranstaltungen, die Themen mit imperialen Bezügen behandelten, wiesen kaum lokalspezifische Aspekte auf.[35] Kolonialvereine gab es in der Stadt praktisch nicht.[36] Auch darüber hinaus lassen sich kaum Hinweise darauf finden, dass das deutsche Streben nach einem machtvollen Weltreich eine signifikante Rolle in der stadtgesellschaftlichen Selbstverständigung gespielt hätte. Die Existenz starker Verbindungen mit dem Deutschen Imperium, hier in Gestalt des Marinehafens, war also allein kein Garant für die Entstehung einer lokalspezifischen imperialen Kultur.

Das wurde 1894 auf der Feier des 25-jährigen Jubiläums der »Gründung« der Stadt (eigentlich der Hafeneinweihung) besonders deutlich. Das sich konsolidierende Bürgertum hatte ein immer stärkeres Bedürfnis nach einer geteilten, gemeinschaftsstiftenden Idee von der jungen Stadt mit ihrer heterogenen, aus allen Gebieten des Reichs zugewanderten Bevölkerung entwickelt. Jochen Guckes hat ähnliche Dynamiken auch für andere Städte herausgearbeitet und gezeigt, wie stadtbürgerliche Deutungseliten im Kaiserreich »Selbstbilder« ihrer Städte produzierten. Darunter versteht Guckes »alle öffentlich geäußerten Vorstellungen […], die die Bewohner einer Stadt von deren Verortung in Raum und Zeit haben, also von ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie von ihrem Platz in der Region und der Nation. Sie beschreiben, was eine Stadt ausmacht, was zu ihr passt und was nicht.«[37] In Wilhelmshaven war die Jubiläumsfeier 1894 Höhepunkt und vorläufiger Abschluss dieser kollektiven Aushandlung städtischer Identitätsvorstellungen im Bürgertum.

33 Vgl. *Theodor Kaemmerer*, Kiel? Wilhelmshaven! Etwas von der wahrscheinlichen Kriegsbasis unserer Flotte, Straubing 1908, S. 12; *Graul*, Die Stadt auf Befehl, S. 31.

34 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Von der Marine, in: Norddeutsches Volksblatt (NDV), 3.5.1893; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 9.5.1895; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 14.10.1897.

35 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Lokales, in: WTB 16.10.1891; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 11.2.1894; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 5.11.1898.

36 Einzig eine lokale Gruppe des Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien war vorhanden, die jedoch weitgehend inaktiv blieb. Vgl. die Jahresberichte des Vereins in: Deutscher Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien, 1877–1910, Bundesarchiv (BArch), R 8023/166.

37 *Jochen Guckes*, Konstruktionen bürgerlicher Identität. Städtische Selbstbilder in Freiburg, Dresden und Dortmund 1900–1960, Paderborn/München etc. 2011, S. 527.

Einerseits wurde auf dieser Feier dem gewonnenen Bürgerstolz Ausdruck verliehen. Bürgermeister Friedrich Oetken erklärte Einmütigkeit, Opferwilligkeit und Gemeinsinn der Bürger zum Grund des schnellen »Emporblühens« der Stadt. Hinzu trat in Oetkens Rede, begleitenden Zeitungsartikeln und eigens zum Jubiläum getexteten Wilhelmshaven-Liedern ein identitätsstiftendes Narrativ, das der Stadt eine einzigartige Qualität zuweisen sollte. Zunächst wurde das prosperierende Wilhelmshaven zum Symbol der neu gewonnenen nationalen Stärke und Einigkeit erklärt, als »Denkmal der Kraft des Vaterlandes« und »Schutzwehr« an der Nordsee. Aus dieser herausgehobenen Rolle ergebe sich dann ein besonderer Patriotismus und eine einmalig stark ausgeprägte Reichstreue der Bewohner:innen. Verweise auf die imperiale Tätigkeit der Marine oder andere expansive Deutungsmuster fehlten in dieser Erzählung jedoch zunächst.[38]

III. Die Entstehung einer imperialen Stadtidentität

Doch schon wenige Jahre später, spätestens ab 1898, gewann die stadtbürgerliche Selbsterzählung eine entschieden imperiale Dimension hinzu. Dieser komplexe Prozess stand in engem Zusammenhang mit der neuen Prominenz expansiver Denkfiguren im reichsweiten Diskurs, die mit der nun von der Reichsregierung prononciert verfolgten »Weltpolitik«, dem Streben nach einer gesicherten deutschen Weltmachtstellung, einherging. Mochten die Vorstellungen von dieser Politik und ihren Zielen noch so diffus sein, sie fand in bürgerlichen Kreisen breiten Anschluss und wurde zu einer Schicksalsfrage für Deutschland stilisiert.[39] Diese Stimmung wertete auch die Marine als Instrument der neuen weltweiten Machtentfaltung auf.[40] Während diese Stimmung die Grundlage bildete, waren es für Wilhelmshaven vor allem zwei konkrete Ereignisse der Weltpolitik, die plötzlich zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im nationalen Streben nach einem »Platz an der Sonne« führten: die Besetzung der Bucht von Jiaozhou durch die Marine zum Jahreswechsel 1897/98 und das Engagement des Reichs im Boxerkrieg 1900/01.

Nach der Besetzung von Jiaozhou mit dem Fischerdorf Qingdao durch das Ostasiatische Geschwader wurde in Wilhelmshaven eine (zum Teil aus vor Ort stationierten Marineinfanteristen gebildete) Besatzungstruppe für die neu annektierte

38 Wörtliche Zitate Oetkens abgedr. in: *o. A.*, Jubiläum der Stadt Wilhelmshaven, WTB, 19.6.1894. Vgl. auch *H. Harberts*, Wilhelmshaven (Gedicht), in: WTB, 17.6.1894; *o. A.*, Wilhelmshaven-Lied, in: WTB (Beilage »Programm der Jubiläumsfeier«), 17.6.1894; *o. A.*, Wilhelmshavener Jubiläums-Marsch, in: WTB, 17.6.1894; *o. A.*, Zum 25 Jährigen Jubiläum der Stadt, in: WZ, 17.6.1894. Laut Don Legget sahen sich auch die englischen Marinehäfen Portsmouth und Plymouth als »exemplifying Britishness«. *Don Leggett*, Navy, Nation, and Identity in the Long Nineteenth Century, in: Journal for Maritime Research 13, 2011, S. 151–163, hier: S. 157.

39 Vgl. *Konrad Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 223–256; *Sebastian Conrad*, Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006, S. 46 und 96 f.

40 Vgl. *Heiko Herold*, Reichsgewalt bedeutet Seegewalt. Das Kreuzergeschwader der Kaiserlichen Marine als Instrument der deutschen Kolonial- und Weltpolitik 1885 bis 1901, München 2013, S. 256; *Wilhelm Deist*, Flottenpolitik und Flottenpropaganda: Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914, Stuttgart 1976, S. 10 f.

Kolonie versammelt und nach China gesandt.[41] In den Folgejahren entwickelte sich eine enge Verbindung zwischen Qingdao und dem Kriegshafen an der Nordsee, wo die Ablösungen für die Besatzungstruppe und große Teile der Besatzungen für die Schiffe in Ostasien ausgebildet und verschifft wurden sowie Personal für technische Anlagen und Verwaltung bereitgestellt wurde.[42] Auch im Boxerkrieg reiste 1900 die erste für den Krieg mobilisierte Einheit mit Wilhelmshavener und Kieler Marineinfanteristen aus Wilhelmshaven ab. Darauf folgten verschiedene Transporte mit technischem Personal und Versorgungsgütern, die zum Teil erst in Wilhelmshaven, auch in zivilen Betrieben, produziert und zusammengestellt wurden.[43] Beide Ereignisse wurden im Reich aufmerksam verfolgt, wodurch Wilhelmshaven verstärkte nationale Aufmerksamkeit erhielt.[44] Das war für die Stadt auch daher bedeutsam, da die Verlegung zahlreicher Schiffe und Einheiten nach Kiel Mitte des Jahrzehnts starke Ängste vor einem Bedeutungsverlust schürte und Krisenstimmung erzeugte.

Vor allem im Bürgertum sorgten die Besetzung von Qingdao und die Mobilisierungsanstrengungen im ›eigenen‹ Hafen für große Aufregung. Das nationalliberale Tageblatt hielt es für natürlich, dass die durch die Aktion in Qingdao ausgelöste »gewaltige nationale Bewegung« in Wilhelmshaven »ihren Höhepunkt« erreiche.[45] Der preußische Regierungspräsident berichtete an den Kaiser: »Die gesamte Bevölkerung Wilhelmshavens zeigte lebhafte Theilnahme an der Abfahrt der Schiffe [nach Jiaozhou], da die politische Bedeutung dieser Reise tief empfunden wurde.«[46] Tatsächlich bildeten diese Abfahrten den stürmischen Auftakt eines Phänomens, das sich über die nächsten Jahre fortsetzen sollte: Waren zuvor die Abfahrten und Ankünfte von Ablösungstransporten oder Kriegsschiffen im Einsatz für die deutschen Interessen in ›Übersee‹ meist nur von Angehörigen begleitet worden, strömten nun bei jedem solcher Anlässe Hunderte, oft Tausende Stadtbewohner:innen in den Hafen. So wurden die Ereignisse 1897/98 und die national rezipierte Bedeutung, die sie dem Marinestützpunkt gaben, zu einer Initialzündung für eine intensivere Auseinandersetzung der Stadtgesellschaft mit dem imperialen Geschehen vor der eigenen Haustür.

Diese Entwicklung gipfelte schon wenig später in der Ausfahrt der Truppen in den Boxerkrieg unter Anwesenheit des Kaisers Anfang Juli 1900. Sie versetzte die Stadt in einen tagelangen volksfestartigen Zustand, der Sicherheitskräfte, Bahnan-

41 Zur Besetzung von Qingdao vgl. *C. Huguenin*, Geschichte des III. See-Bataillons, Tsingtau 1912, S. 14 f.

42 Vgl. *o. A.*, Abfahrt des Dampfers ›Köln‹, in: WTB, 12.5.1900; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 14.2.1904; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 9.6.1900.

43 Vgl. *Maximilian von Prittwitz und Gaffron*, Geschichte des I. Seebataillons, Oldenburg 1912, S. 90–93; *o. A.*, Die Mobilmachung der China-Expedition, in: WTB, 3.7.1900.

44 Vgl. unter anderem *o. A.*, Die Einschiffung der nach China abgehenden Truppen auf dem Lloyddampfer »Darmstadt« in Wilhelmshaven, in: Die Gartenlaube, 1898, S. 35; *o. A.*, Die Abfahrt unserer Truppen von Wilhelmshaven, in: Die Woche, 7.7.1900.

45 *O. A.*, Die Abreise des Dampfers ›Darmstadt‹, in: WTB, 19.12.1897.

46 Vierteljahresbericht des Regierungs-Präsidenten an Sn. Majestät, 13.1.1898, Niedersächsisches Landesarchiv Aurich (NLA AU), Rep 16/1 Nr. 1693.

gestellte und Telegrafenbüros völlig überforderte.[47] Noch mehr als die Besetzung von Qingdao entfaltete der monatelange Krieg in China 1900 – in den Worten des Regierungspräsidenten – »eine lebhafte Einwirkung«[48] auf die Stadtgesellschaft. Eine Flut von Zuschriften verlangte von den schon umfangreich berichtenden Lokalzeitungen noch mehr Informationen über den Krieg und seine Bedeutung für Angehörige der Marinesoldaten. Auf Benefizveranstaltungen und in zahlreichen Sammelaktionen, selbst auf privaten Veranstaltungen, wurden Spenden für die Soldaten gesammelt. Kriegervereine hielten Gedenkzeremonien ab.[49]

Die bedeutendste Konsequenz dieser neuen stadtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem imperialen Projekt war jedoch, dass das Stadtbürgertum nun begann, imperiale Bezüge in die eigenen Vorstellungen einer Wilhelmshavener Stadtidentität zu inkorporieren. Durch diesen Prozess etablierten sich distinkte Wilhelmshavener Deutungen und Aneignungsformen des Imperialismus, die eine weitreichende Relevanz für stadtgesellschaftliche Dynamiken gewannen. Diese neue Verortung der Stadt in den großen Zusammenhängen der Weltpolitik wies drei miteinander verschränkte Elemente auf, die je nach Kontext verschieden kombiniert und gewichtet wurden. Ein lokaler Stolz auf die Rolle der Stadt als Schauplatz und Ausgangspunkt der imperialen Selbstbehauptung des Reichs bildete zumeist die Grundlage Wilhelmshavener Selbstdeutungen. Darauf aufbauend sprach das Stadtbürgertum der Einwohnerschaft aber auch ein besonderes Wissen über und eine besondere Nähe zu der imperialen Sphäre als charakterisierende Eigenschaft zu. Am wichtigsten schließlich waren Deutungen des eigenen Umgangs mit der Marine, die der Stadtgesellschaft selbst eine Rolle als Akteurin im Ausbau des deutschen Weltreichs zuwiesen.

Erstes Element: Wilhelmshaven als Ort imperialen Geschehens

Schon zum Jubiläum 1894 hatte das lokale Bürgertum Wilhelmshaven mit »seinem« Marinehafen zum Sinnbild neu gewonnener nationaler Stärke und Einigkeit erklärt. Ab 1898 wob es nun auch die Arbeit der Marine an der weltpolitischen Grandeur des Reichs in diese Erzählung ein. Wilhelmshaven erschien so als ein Ort, der die imperiale Potenz der deutschen Nation symbolisierte und an dem die expansiven Fantasien und Ansprüche des Reichs in die Realität übertraten. Aus diesem beanspruchten Platz an vorderster Stelle im Streben nach einem deutschen Weltreich ließ sich problemlos ein Lokalstolz mit integrativer Wirkung ableiten. Diese gemeinschaftliche Besinnung auf eine solche Integration und Identifikation

47 Vgl. unter anderem *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 3.7.1900; *o. A.*, Die Mobilmachung der China-Expedition, in: WTB, 3.7.1900; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 4.7.1900; *o. A.*, Abreise der China-Expedition, in: WTB, 4.7.1900; *o. A.*, Die Abreise des Kaisers, in: WTB, 6.7.1900.

48 Vierteljahresbericht des Regierungs-Präsidenten an Sn. Majestät, 12.10.1900, NLA AU, Rep 16/1 Nr. 1694.

49 Die Kultur des Gedenkens für gefallene Soldaten war oft wenig ortsspezifisch und spielte sich in vielen Teilen innerhalb des Militärs ab. Das lag auch daran, dass viele der Marinesoldaten zwar in Wilhelmshaven stationiert waren, allerdings nur wenige von ihnen aus der Stadt stammten.

stiftende Erzählung war auch deshalb bitter nötig, da Jahre der persönlichen Rivalitäten das Bürgertum tief zerrüttet hinterlassen hatten.

Die Erzählung ließ sich aber auch für die Präsentation der Stadt nach außen nutzbar machen. Aufgrund der weit zirkulierenden und oft abwertenden Vorurteile gegenüber der Stadt im abgelegenen ostfriesischen Marschland besaß auch die Entwicklung einer solchen ›Markenbotschaft‹ Dringlichkeit. Diese doppelte Wirkrichtung kam deutlich zum Ausdruck, als im Juli 1899 Schützenvereine aus ganz Norddeutschland in Wilhelmshaven zum »Bezirksschießen« zusammenkamen. Das Bürgertum erhoffte sich von diesem Großereignis, dass es die überregionale Bekanntheit Wilhelmshavens und so auch den noch sehr begrenzten Tourismus fördern würde.[50] In seiner zentralen Rede vor den Vorsitzenden der Vereine unternahm es Bürgermeister Hans Ziegner-Gnüchtel daher, den Gästen die Vorzüge Wilhelmshavens nahezubringen, und führte laut dem Tageblatt aus:

> »Man könne Wilhelmshaven gewissermaßen als ein Wahrzeichen des neuen Deutschen Reiches betrachten. Man könne heute nicht mehr wegwerfend von Wilhelmshaven sagen, es liege am Ende der Welt, sondern vielmehr es liegt am Eingang einer neuen Welt. Von hier aus nehmen die Kriegsschiffe ihren Ausgang für ihre Weltreisen. Und wenn sie hierher zurückkehren und am Hafeneingang mit Musik empfangen und von einer zahlreichen Menschenmenge begrüßt werden, dann schlagen die Herzen höher, dann drängt sich das Gefühl der Freude und des Stolzes darüber uns auf, daß wir Deutsche sind.«[51]

Ziegner-Gnüchtel offenbarte so den gewachsenen Stellenwert des Imperialen für die Aushandlung von Stadtidentität, aber auch die Bereitschaft, die imperiale Verortung als Distinktionsmerkmal im »City-Selling« zu verwenden.[52]

Auch im Boxerkrieg kam dieses neue Element von Stadtidentität und Lokalstolz deutlich zum Vorschein. Als der Kaiser bei der Parade der mobilisierten Marineinfanterie eine Ansprache hielt, die der wenige Wochen später in Bremerhaven folgenden »Hunnenrede« nur wenig nachstand, ließ das Tageblatt einen deutlichen Stolz auf dieses Ereignis vor der eigenen Haustür erkennen: »Die Augen der ganzen Welt richteten sich am 2. Juli nach Wilhelmshaven, wo […] der deutsche Kaiser jene denkwürdigen Worte sprach, die in Deutschland wie in der ganzen gesitteten Welt lauten Widerhall […] gefunden haben.«[53] Als im Herbst 1900 in stets zum Bersten gefüllten Sälen Film- und Fotoaufnahmen aus dem Kontext des Krieges vorgeführt wurden, waren es nie die Bilder vom Kriegsschauplatz, sondern immer jene von der Mobilisierung in Wilhelmshaven, die das Publikum regelrecht in Ekstase versetzten, sodass der Beifall »nicht enden wollte«.[54] Bei einer Aufführung nahm

50 Vgl. Fest-Zeitung zum Bezirksschießen, in: WTB, 15.7.1899.

51 *O. A.*, XXII. Bezirksschießen des nordwestdeutschen Bezirks des deutschen Schützenbundes, in: WTB, 18.7.1899.

52 Vgl. allgemein zu Stadtrepräsentationen *Sandra Schürmann/Jochen Guckes*, Stadtbilder und Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert, in: IMS 2005, H. 1, S. 5–10. Vgl. für britische Beispiele imperialer Selbstvermarktung *John M. MacKenzie*, ›The Second City of the Empire‹. Glasgow – Imperial Municipality, in: *Driver/Gilbert*, Imperial Cities, S. 215–237; *Reeve*, ›An Empire Dock‹.

53 *O. A.*, Die Abreise des Kaisers, in: WTB, 6.7.1900.

54 *O. A.*, Lokales, in: WZ, 5.10.1900. Vgl. unter anderem auch *o. A.*, Lokales, in: WTB, 5.10.1900; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 13.10.1900; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 2.10.1900; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 11.10.1900; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 23.11.1900.

der Applaus »derartige Dimensionen an«, dass sich der Referent entgegen seiner ursprünglichen Absicht genötigt sah, die Wilhelmshavener Bilder noch einmal zu zeigen.[55] Diese Vorführungen illustrierten deutlich, wie viele Wilhelmshavener:innen einen ausgeprägten Stolz darauf empfanden, dass ihre Stadt Schauplatz dieser imperialen Ereignisse geworden war.

Spätestens nach Ende des Boxerkriegs wurde dieser Stolz auf den beanspruchten Sonderplatz im imperialen Projekt des Reichs auch in die Vergangenheit Wilhelmshavens zurückprojiziert. In einem feierlichen Aufsatz schrieb Hermann Heissing, Redakteur bei der Wilhelmshavener Zeitung und prominentester Lokalschriftsteller, dass »der preußische Adler« vor einem halben Jahrhundert dem Gebiet von Wilhelmshaven »aufgepflanzt« worden sei, »um ihm von hier den Weg zu weisen über alle Meere bis zu Deutschlands jetziger viel beneideter, aber auch ebenso unbestreitbarer, imposanter Weltmachtstellung!«. Seitdem habe diese einen ungeheuren Aufschwung erlebt:

> »In den fernsten Ländern blüh[en] und gedeih[en] deutscher Handel, […] Kultur und Gesittung […] beschützt von den Fittigen des deutschen Mars, der keinen seiner Untertanen […] im Stich lässt: so denken denn Wilhelmshaven und seine Bürgerschaft […] dankbaren Herzens jener Männer, die vor einem halben Jahrhundert den ersten Grundstein legten zu unserer heute so frisch und kräftig blühenden Kriegshafenstadt, die ein gar mächtiger Pfeiler geworden ist in dem weithin leuchtenden gewaltigen Bau der deutschen Wehrkraft und unseres Vaterlandes Weltmachtstellung und die nicht minder berufen erscheint, einst noch einer der mächtigsten Kriegshäfen der ganzen Welt zu werden! […] Was hat Wilhelmshaven nicht alles schon gesehen und erlebt. Wie viele ungezählte Tausende sind im Laufe der Jahre nicht aus seinen Molen […] hinausgezogen in ferne Meere, um ihre Pflicht im Dienst des großen gemeinsamen Vaterlandes […] zu erfüllen.«[56]

Gleichsam kanonisch wurde diese Verbindung von Weltreich und Stadt durch das Gedicht »Wilhelmshaven« des Marinedichters C. F. Sperling, das im Boxerkrieg entstand, dann zu einem zentralen Identifikationstext der Stadt avancierte und sich noch in den 1920er-Jahren in Stadtführern fand. Das Gedicht rühmte die Stadt als Symbol für die Stärke des Reichs, auch in einem weltpolitischen Sinne, und verknüpfte dies direkt mit der zivilen Einwohnerschaft: »Daß aus deinen jungen Mauern, deiner Bürgerschaft zur Ehr' / Rausche des Verkehres Welle bis ans fernste Weltenmeer.«[57]

Es war gerade diese enge Bindung des stadtbürgerlichen Selbstwertgefühls an die Marine, die in diesen Beispielen zum Ausdruck kommt, die deren imperiale Aktivität so wichtig für die Stadt machte. Noch ohne Einsatz in den europäischen Kriegen waren es die ›fernen Meere‹ der imperialen Sphäre, in denen die Marine für das Wohl des ›Vaterlandes‹ eintreten und so in der militaristischen Gesellschaft des Kaiserreichs jenes Ansehen gewinnen konnte, das sonst der Armee vorbehalten

55 *O. A.*, Lokales, in: WZ, 14.11.1900.

56 *Hermann Heissing*, Zum 23. November 1904, in: WZ, 23.11.1900. Vgl. mit ähnlichem Narrativ auch *o. A.*, Jubiläum des Königl. Gymnasiums, in: WTB, 27.3.1904.

57 Vgl. zum Beispiel *C. F. Sperling*, Wilhelmshaven, in: WTB, 7.10.1900; *ders.*, Wilhelmshaven, in: WTB 24.11.1909; *ders.*, Wilhelmshaven, in: Stadtführer, Druck von Trowitzsch & Sohn (Titelseite fehlt), Stadtarchiv Wilhelmshaven (StA WHV), Ac 3/2, S. 1.

war.[58] Mit dieser Ansehenssteigerung der Seestreitkräfte gewann auch Wilhelmshaven Prestige hinzu. Daher war es beispielsweise im Boxerkrieg beiden bürgerlichen Lokalzeitungen sehr wichtig, zu betonen, dass sich die Marine nun »mit kriegerischen Lorbeeren bedeckt und sich ihrer älteren Schwester, der Armee, als vollständig ebenbürtig erwiesen«[59] habe.

Zweites Element: Die besondere Nähe der Wilhelmshavener:innen zum imperialen Projekt

Aufbauend auf dieser Verortung der Stadt als Ort und Symbol des imperialen Geschehens beanspruchte das Wilhelmshavener Bürgertum, dass auch die Stadtbevölkerung besonders eng mit dem deutschen Imperium verbunden sei; »über 1.000 Fäden«[60] verbanden laut Tageblatt Stadt und imperiale Soldaten. Die Wilhelmshavener:innen besäßen daher ein besonderes Interesse an und Wissen über die ›weltpolitischen‹ Unternehmungen, das sie von den Bewohner:innen anderer Städte abhebe. Schon 1897 hatte das Blatt einen Spendenaufruf für die deutsche Schule in Apia auf Samoa damit kommentiert, dass die Wilhelmshavener:innen für solche Anliegen besondere Anerkennung hätten.[61] In ähnlicher Weise erwarteten einige Jahre später sowohl Tageblatt als auch Zeitung für den Vortrag eines Missionsinspektors in der Stadt einen regen Andrang, da das Interesse an den Kolonien »in unserer Hafenstadt naturgemäß noch reger ist als im Binnenlande«.[62]

Noch deutlicher und in politisierter Form formulierte diesen Gedanken 1898 eine Petition, die auf Betreiben der nationalliberalen Bürgervereine und Honoratioren die bedingungslose Unterstützung der gesamten Stadt für das geplante Flottengesetz von Alfred Tirpitz zum Ausdruck bringen sollte und von einer aggressiv geführten Unterschriftenkampagne begleitet wurde.[63] Die Petition beanspruchte zum einen, dass sich bei den »Bürger[n] einer Kriegshafenstadt« deutsche Tugenden und Patriotismus »ganz besonders lebhaft« regten. Zum anderen führte sie aus, dass Wilhelmshaven durch »allerhand Eindrücke aus meerfernen Ländern«, die der enge Austausch mit Marineangehörigen täglich bringe, mit Fragen der »Weltpolitik« inniger vertraut sei als die »Leute im Binnenland«. Daraus leitete die Petition eine besondere Kompetenz der Stadtbevölkerung in imperialen Fragen ab. Diese wiederum verleihe deren angeblich einmütiger Diagnose, dass nicht genug getan werde, damit »die deutsche Flagge auch überall da sich entfalten können [wird], wo es für die überseeische Wohlfahrt unseres Vaterlandes notwendig wäre«, umso mehr Gewicht.[64]

58 Vgl. *Wolfgang Petter*, Die deutsche Marine auf dem Weg nach China, in: *Susanne Kuß/Bernd Martin* (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Boxeraufstand, München 2002, S. 145–164, hier: S. 147–155.

59 *O. A.*, Die Entwicklung der Marine im Jahre 1900, in: WTB, 4.1.1901.

60 *O. A.*, Lokales, in: WTB, 15.7.1900.

61 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WTB, 15.1.1897.

62 Zitat aus: *o. A.*, Lokales, in: WTB, 16.4.1904. Vgl. auch *o. A.*, Lokales, in: WZ, 16.4.1904.

63 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WTB, 17.2.1898; *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 14.2.1898.

64 Text der Petition abgedr. in: *o. A.*, Lokales, in: WTB, 15.2.1898; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 15.2.1898.

Drittes Element: Die Wilhelmshavener Stadtgesellschaft als imperiale Akteurin

Insbesondere seit dem Boxerkrieg kombinierte das Stadtbürgertum diese ersten beiden Elemente der imperialen Selbstverortung immer häufiger mit der dezidierten Deutung der Stadtbevölkerung als imperialer Akteurin eigenen Rechts, die bald ins Zentrum der imperial-lokalen Diskurse rückte. In dieser Deutung blieb die Stadtbevölkerung zwar auf die Marine bezogen, agierte aber dennoch unabhängig von dieser. Der Patriotismus der Wilhelmshavener:innen, ihre besonders enthusiastische Haltung gegenüber den globalen Unternehmungen der Kriegsschiffe und ihre Unterstützung für die Marine erschienen so als selbstständige Leistungen der Stadt, mit denen sie zum Gelingen des Projekts der imperialen Selbstbehauptung Deutschlands beitrage. Besonders im Boxerkrieg, der auf lange Sicht für die Stadt erhebliche geschäftliche Einbußen bedeutete, da zahlreiche Marineeinheiten abwesend waren, wurde diese eigenständige Leistung betont. Die freisinnige Wilhelmshavener Zeitung präsentierte die Stadt als gleichberechtigten Teil der Kriegsanstrengung, da sie wirtschaftliche Nachteile hingenommen und so selbst patriotischen »Opfermut« bewiesen habe:

> »Schwere Zeiten sind glücklich überwunden, seitdem wir […] Abschied nahmen von den uns allen beliebt gewordenen Schiffen und ihren Besatzungen; – schwer für unsere Kriegsmarine, welche durch den Friedensbruch im Fernen Osten plötzlich vor die große Aufgabe gestellt wurde […]; nicht minder schwer aber auch für unsere junge Marinestadt Wilhelmshaven, welche mit den Schiffen und dem größten Teile der Garnison ihre kräftigen Lebensadern in die Weite ziehen ließ und einer Zeit der wirtschaftlichen Krise gefasst entgegenging. Deutscher Mut und deutsches Pflichtgefühl auf der einen, deutscher Bürgerfleiß und deutsche Loyalität auf der anderen Seite haben gleichermaßen dazu beigetragen, dass die Deutsche Kriegs-Marine wie die Marinestadt Wilhelmshaven heute voll Stolz auf das verflossene Jahr zurückblicken können.«[65]

Fünf Jahre später, nachdem die in Wilhelmshaven stationierten Marineteile auch in den Kriegen in Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika eingesetzt worden waren, erhob Lokalschriftsteller Heissing an gleicher Stelle diesen »Opfermut« zu einer allgemeinen Tugend der Stadt:

> »Wir Wilhelmshavener sind stolz darauf, in der ersten und mächtigsten Kriegshafenstadt des Deutschen Reiches zu wohnen. Bei jeder sich da bietenden Gelegenheit haben unsere Einwohner es mit freudigem Opfermut bewiesen, dass sie sich eins fühlen mit unseren wackeren, braven Blauen Jungen. Wer jemals am Kai unserer Hafeneinfahrt gestanden hat, wenn ein Schiff hinaus zog in die weite Ferne oder wenn es […] heimkehrte zum deutschen Strand, dem wird diese Gewissheit zur vollsten Überzeugung geworden sein.«[66]

Heissings Text ist auch deshalb exemplarisch, weil er besonders auf das Verhalten der Wilhelmshavener:innen bei den Ankünften und Abfahrten von Kriegsschiffen und Truppentransportern im imperialen Einsatz abhebt. Auch Bürgermeister Ziegner-Gnüchtel hatte in seiner oben zitierten Ansprache von 1899 die »zahlrei-

65 *O. A.*, Die Heimkehr der China-Panzer, in: WZ, 11.8.1901.
66 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 30.12.1906.

chen Menschenmenge[n]«[67] an den Hafenausfahrten als Ausweis der besonders imperial-patriotischen Gesinnung der Stadt präsentiert. Bei diesen regelmäßigen Massenaufläufen im Hafen handelte es sich zwar um ein rezentes Phänomen, das sich erst mit der Besetzung von Qingdao voll entwickelt hatte, doch projizierten Ziegner-Gnüchtel, Heissing und andere es auch in die Geschichte der Stadt. Damit erhoben sie die Menschenaufläufe in einer städtischen »Invention of Tradition« zu einer sinnstiftenden Erzählung für die Stadtgemeinschaft, die der neuen imperialen Selbstverortung historische Legitimation und Gravitas verschaffte.[68] Dazu trug auch bei, dass die Menschenaufläufe zumindest implizit als Wilhelmshavener Besonderheit dargestellt wurden, obwohl sich beispielsweise auch in Hamburg bei den Abfahrten und Ankünften von Truppentransportdampfern für den Krieg in Südwestafrika teils enthusiastische Menschenmassen versammelten.[69]

Diese herausgehobene Stellung der Abfahrten und Ankünfte imperialer Schiffe in den stadtbürgerlichen Vorstellungen von Wilhelmshaven waren auch dadurch bedingt, dass sie die quasi einzige regelmäßige Gelegenheit für die Stadtbevölkerung boten, in den militärischen Abläufen der imperialen Machtentfaltung in Erscheinung zu treten. Der Strom von oft enthusiastischen Menschenmassen in den Hafen war zwar keineswegs von der Marine beabsichtigt oder gefördert.[70] In der Deutung des Stadtbürgertums hatten diese Menschenaufläufe dennoch eine Tragweite, die sowohl die Marine als auch die gesamte Nation umfasste. Aus dieser Sicht drückte sich in den Menschenaufläufen ein Schulterschluss von Militär und Zivilgesellschaft aus, der die imperiale Aktivität der Marine zu einem wahrhaft nationalen, gesamtgesellschaftlichen Projekt werden ließ. Diese symbolische Nationalisierung der imperial-militärischen Aktivität der Seestreitkräfte stelle ein wichtiges Element der Wilhelmshavener Mitarbeit an deutscher weltpolitischer Größe dar.[71] Indem die Begrüßungsszenen als besser und größer als in den anderen Hafenstädten und vor allem als in Kiel dargestellt wurden, ließ sich die Stadt zudem besonders hervorheben. In der Rhetorik des Stadtbürgertums standen die Wilhelmshavener Menschenmassen daher zwar immer stellvertretend für die Bevölkerung des Reichs, waren aber stets »Wilhelmshavener« und nicht »Deutsche«.[72] Auch wenn

67 *O. A.*, XXII. Bezirksschießen des nordwestdeutschen Bezirks des deutschen Schützenbundes, in: WTB, 18.7.1899.

68 In der Arbeit von Jan Rüger zu Stapelläufen und Flottenparaden der deutschen und britischen Marine um 1900 kommt Wilhelmshaven erstaunlicherweise nicht vor. Rüger stellt fest, dass neben nationalen und imperialen auch lokale Deutungen zum Ausdruck gebracht wurden: *Jan Rüger*, Great Naval Game. Britain and Germany in the Age of Empires, Cambridge 2007, S. 98–103.

69 Vgl. *Jan Kawlath*, Der Hamburger Hafen und der deutsche Kolonialkrieg in Namibia. Die Inszenierung kolonialer Gewalt im Baakenhafen 1904–1907, München 2019.

70 Vgl. unter anderem *o. A.*, Lokales, in: WTB, 11.2.1898; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 29.11.1901; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 8.3.1902; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 13.3.1903; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 23.4.1905; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 10.1.1908.

71 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 22.6.1902.

72 Vgl. unter anderem *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 30.4.1905; *o. A.*, In die Heimat zurück, in: WZ, 7.4.1905; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 22.4.1906; *o. A.*, Heimkehr der Chinakämpfer, in: WTB, 12.12.1900.

viele der Anwesenden wohl eher durch Interesse am Spektakel motiviert waren, spielte dies in den Deutungen des Stadtbürgertums keine Rolle.[73]

Im Falle der Imperialkriege in China, Südwestafrika und Ostafrika ging die Beteiligung der Bürgerschaft an den Abläufen noch weiter und umfasste auch die Mitwirkung an den Mobilisierungsarbeiten oder die von der Bürgerschaft geplanten Begrüßungsfeste für die Soldaten bei ihrer Ankunft. Ähnlich wie bei dem eingangs geschilderten Beispiel der Begrüßungsfeier für die Rückkehrer aus Südwestafrika zelebrierten die städtischen Redner auch bei den Begrüßungsfestivitäten im Boxerkrieg ausführlich die Rolle der Stadt selbst als »Heimat« und erster Ort der Begrüßung der Soldaten.[74] Diese Rolle forderte das Stadtbürgertum deutlich für sich ein. Als die Marine 1901 den genauen Zeitpunkt der Rückkehr einer Einheit aus dem Boxerkrieg nach Wilhelmshaven nicht bekannt gegeben hatte, empörte sich die Wilhelmshavener Zeitung:

> »Unsere Einwohnerschaft hat sie hinausziehen sehen, ihnen das Geleit bis zum äußersten Hafen gegeben, als sie […] die Dampfer […] nach dem Fernen Osten führten. Unsere Segenswünsche haben sie begleitet und unsere Gedanken sind beständig bei ihnen gewesen. Die Stadt hatte somit ein Anrecht darauf unser II. Seebataillon auch wieder als Erste zu begrüßen und willkommen zu heißen. Sie war die nächste dazu!«[75]

Ihren vielleicht stärksten Ausdruck fand dieses stadtbürgerliche Selbstbild in einer Medaille für verwundet aus dem Boxerkrieg zurückgekehrte Soldaten, die von einem Bürgerkomitee entworfen und aus Spenden des Stadtbürgertums finanziert wurde.[76] Der Revers der Münze zeigte den Spruch »Zur Erinnerung an die Heimkehr aus China – Gewidmet von den Bürgern der Stadt Wilhelmshaven«, während der Avers »eine die Stadt Wilhelmshaven darstellende Idealgestalt« samt einem mit dem Stadtwappen verzierten Schild präsentierte, den Blick einer aufgehenden Sonne zugewandt, »die ihre Strahlen über die leicht bewegten Wellen der Jade[bucht vor der Stadt] sendet. Auf ihr nähert sich ein heimkehrendes Schiff der Neuen Hafeneinfahrt«.[77] Mit dieser in glänzendes Metall geprägten Vision von Wilhelmshavens ›Platz an der Sonne‹ versuchte das Stadtbürgertum, die beanspruchte und ersehnte Teilhabe am Glanz der kriegerischen Entfaltung des deutschen Weltreichs ein wenig mehr in die Wirklichkeit einzuschreiben.

---

73 Ähnlich argumentierte Jan Rüger für Stapelläufe von Kriegsschiffen. Vgl. *Rüger*, Great Naval Game, S. 125.

74 Vgl. unter anderem *o. A.*, Den heimkehrenden Chinakämpfern, in: WTB, 11.12.1900; *o. A.*, Heimkehr der Chinakämpfer, in: WTB, 12.12.1900; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 12.12.1900; *o. A.*, Kommers zu Ehren der Chinakämpfer, in: WTB, 14.12.1900; *o. A.*, Die Ehrung der Chinakämpfer durch die Stadt Wilhelmshaven, in: WZ, 14.12.1900.

75 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WZ, 8.10.1901. Vgl. auch *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 13.10.1901.

76 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WZ, 23.4.1901; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 8.10.1901.

77 *O. A.*, Lokales, in: WTB, 19.4.1901.

Bürgerlicher Anspruch auf Deutungshoheit und die Arbeiterschaft

Diese stadtbürgerliche Erzählung machte ortsbezogene Aneignungen des Imperialen zu einem wichtigen Element der Vorstellungen von einer Stadtidentität Wilhelmshavens. Damit gab sie der Auseinandersetzung mit dem imperialen Projekt Relevanz für die Stadt auch über ihre unmittelbaren Verbindungen zur imperialen Sphäre hinaus. Dennoch handelte es sich um einen fast ausschließlich bürgerlichen Diskurs, an dem sich – in erstaunlicher Einmütigkeit – sowohl die dominierenden Nationalliberalen als auch die kleinere freisinnige Fraktion des Wilhelmshavener Bürgertums beteiligten. Diese Erzählung förderte die Integration des bürgerlichen Milieus und entsprach dem bürgerlichen Bedürfnis nach Lokalstolz und Distinktion gegenüber anderen Städten. Auch vor allem bürgerliche Einwohner:innen des oldenburgischen Teils des Siedlungsgebietes (wie Hermann Heissing) identifizierten sich mit dieser Erzählung, mit der sie ihre Zugehörigkeit zur vorgestellten Gemeinschaft »Wilhelmshaven« auch jenseits der Grenzen der preußischen Stadt bekräftigten. Gleichzeitig war die lokal-imperiale Selbstdeutung immer auch Ausdruck des bürgerlichen Anspruchs auf Deutungshoheit über die Stadt und so eng mit den stadtgesellschaftlichen Machtverhältnissen verbunden.

Auch die vor allem in den Gemeinden Bant und Heppens im oldenburgischen Teil des Siedlungsgebiets ansässige Sozialdemokratie, die in den Wahlen einen Großteil der Werftarbeiterschaft hinter sich wusste[78], konnte die bürgerlichen Narrative nicht ignorieren. Daher arbeitete sich insbesondere ihre bereits erwähnte Parteizeitung, das Norddeutsche Volksblatt, in beißenden bis spottenden Kommentaren an diesen Erzählungen ab. Davon abgesehen verweigerten sich die Sozialdemokrat:innen dem überbordenden Stolz auf die zum Symbol weltpolitischer Stärke erklärten Stadt. Sie lehnten das deutsche Kolonialreich zwar nicht komplett ab, kritisierten aber doch die Methoden des imperialen Militärs, den teuren Ausbau der Flotte und allgemein den gesellschaftlichen »Militarismus« beziehungsweise »Marinismus«.[79]

Eigentlich hätten auch Bant und Heppens mit ihrer fast völlig bei der Marine beschäftigten Bevölkerung durchaus Grund gehabt, ihre Gemeinwesen in Bezug zum weltpolitischen Ausgreifen zu definieren oder sich einfach in das Wilhelmshavener Narrativ einzufügen. Der Großteil des dort ansässigen Bürgertums verstand sich und die beiden Gemeinden daher auch als Teil »Wilhelmshavens« mit seinem weltpolitischen Glanz. Allerdings setzten sich in den sozialdemokratisch geprägten Gemeinden weder die Aufgabe des partikularen Selbstverständnisses zugunsten »Wilhelmshavens« noch imperiale oder marinebezogene Selbstbilder durch. Als Bant 1904 sein 25-jähriges Jubiläum feierte, fand sich in der Festschrift der Gemeindeverwaltung fast keine Erwähnung der Marine. Stattdessen feierte sie die zivilen Errungenschaften der Bewohner:innen etwa in der kommunalen Daseinsvorsorge.

78 In den Reichstagswahlen 1903 konnte die SPD in den drei oldenburgischen Gemeinden 75 % der Stimmen auf sich vereinen, in Preußisch-Wilhelmshaven immerhin etwa 30 %. Zu den Wahlergebnissen vgl. *Grundig*, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, S. 46–56.

79 Vgl. unter anderem *o. A.*, Politische Rundschau, in: NDV, 18.12.1897; *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 1.12.1898; *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 14.2.1898; *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 19.6.1898; *o. A.*, Die Afrikafahrt Semlers, in: NDV, 15.1.1907.

Damit formulierte sie so etwas wie einen sozialdemokratischen Bürgerstolz, der sich auch in den Festreden auf der Jubiläumsfeier widerspiegelte.[80] Aus der Reihe fiel nur die Rede des kurz vor dem Ruhestand stehenden parteilosen Gemeindevorstehers Otto Meentz.[81] Dieser versuchte zum ersten Mal, ein imperial-patriotisches Selbstverständnis auch für Bant zu entwerfen und ließ seine Rede in den Worten kulminieren:

> »Die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreiches ist erfüllt worden, aber auch Bant [das als mittelalterliches Dorf in einer Sturmflut zerstört worden war] ist wiedererstanden wie ein Phönix aus der Asche in nicht geahnter Pracht und Herrlichkeit infolge der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs und seinen Bewohnern ist die schöne Aufgabe zugefallen, die deutsche Flotte erbauen zu helfen zum Schutze unserer Küsten, zur Verteidigung unserer Interessen im Weltverkehr.«[82]

Diese Worte wurden vor allem von der Sozialdemokratie so sehr als Skandal aufgefasst, dass das Volksblatt den Großteil der Rede nicht abdruckte und großes Bedauern äußerte, dass der verdiente Kommunalbeamte so aus dem Amt scheide.[83] Die meisten Bewohner:innen Bants verstanden ihre Gemeinde losgelöst von der Marine und damit auch in bewusster Abgrenzung zu Wilhelmshaven.

Das Wilhelmshavener Bürgertum wiederum behandelte die beiden SPD-Hochburgen immer wieder als Gegenfolie und Abgrenzungspunkt, der die eigenen Tugenden umso klarer akzentuierte. Indem es kritische Haltungen zum Weltreichsstreben für unvereinbar mit dem Wesen der Stadt erklärte, schloss es überdies weite Teile der Arbeiterschaft von der Teilhabe an der vorgestellten Gemeinschaft der »Wilhelmshavener« aus. Gleichzeitig jedoch versuchte das Bürgertum auch die Arbeiterschaft in das eigene Stadtnarrativ zu integrieren, indem es deren Rolle als Erbauerin der schwimmenden Instrumente deutscher Weltpolitik hervorhob.[84] Beide bürgerlichen Blätter brachten zudem gelegentlich Anekdoten von Arbeitern, die (angeblich) die imperiale Politik befürworteten. Die Wilhelmshavener Zeitung beispielsweise wollte 1902 auf der Straße einen Schulterschluss zwischen Matrosen und Arbeitern beobachtet haben: »Ja, [die Arbeiter] sind eins mit den blauen Jungen, die […] an Bord eines Panzer[schiff]s oder Kreuzers gerufen […] werden, der Deutschlands Ehre nach außen zu vertreten bestimmt ist. Und dieser Panzer, dieser Kreuzer, ist ja von ihnen, den Arbeitern gebaut!«[85] Die freisinnige Zeitung, die mehr als das Tageblatt an sozialem Ausgleich interessiert war, betonte zudem, dass bei den Menschenaufläufen im Hafen stets Stadtbewohner:innen »jeden Standes, jeden

80 Vgl. Gemeindeverwaltung Bant, Bant. Neugründung und Entwicklung seit 1. November 1879. Festschrift zur Feier des 25. Jähr. Bestehens der Gemeinde Bant, Bant 1904; *o. A.*, Gemeinde-Jubiläum in Bant, in: WTB, 3.11.1904; *o. A.*, Zum Gemeinde-Jubiläum, in: NDV, 1.11.1904; *o. A.*, Das Banter Gemeinde-Jubiläum, in: WZ, 3.11.1904.

81 Vgl. zu Meentz *Wein*, Stadt wider Willen, S. 153–155.

82 *O. A.*, Gemeinde-Jubiläum in Bant, in: WTB, 3.11.1904.

83 Vgl. *o. A.*, Am Jubiläumstage der Gemeinde Bant, in: NDV, 3.1.1904. Vgl. auch *Wein*, Stadt wider Willen, S. 153.

84 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Auf der Werft, in: WTB, 20.4.1898; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 29.5.1898; *o. A.*, Eingesandt, in: WTB, 16.2.1898.

85 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 24.8.1902.

Alters und Geschlechts« zusammenkämen und präsentierte diese Ereignisse so als integrative Momente einer sozial fragmentierten Stadtgesellschaft.[86]

Die hohen Wahlergebnisse der SPD sprachen jedoch eine andere Sprache. Für die meisten Arbeiter dort war die Werft anscheinend weniger Symbol imperialer Grandeur als Arbeitsplatz. Die Haltung derjenigen Arbeiter:innen, die nicht der SPD nahestanden, ist allerdings schwerer zu fassen. Die sozialdemokratische Presse strafte sie meist mit Nichtbeachtung und die bürgerlichen Zeitungen legten ihnen in ihren Vereinnahmungsversuchen eher Ansichten in den Mund. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass die bürgerliche Stadterzählung in dieser Gruppe Attraktivität besaß, wie selbst das sozialdemokratische Norddeutsche Volksblatt zugeben musste.[87] So veröffentlichte beispielsweise der Schiffzimmermann Joachim Bartels 1904 ein Gedichtheft, in dem er die Werft nicht nur als Generator von Einkommen rühmte, sondern auch Stadt und Hafen als »Deutschlands Zier« beschrieb und sie in imperialen Bezügen platzierte: »Heil dir, Wilhelmshaven, /[…] Du schickst Deutschlands Fahnen / Über's weite Meer, / Wege uns zu bahnen, / Stolz und kühn umher.«[88] Bartels Patriotismus war durchaus genuin, wie der preußische Landrat Ernst Budde feststellte, als er untersuchte, ob der Handwerker eines kaiserlichen Gnadengeschenks würdig sei.[89] Es war jedoch bezeichnend, dass ausgerechnet Theodor Süß, der nationalliberale Verleger des Tageblattes, Bartels' Gedichtesammlung drucken und bewerben ließ und ihr damit erst eine größere Reichweite verschaffte, während das Volksblatt Bartels als »poesievolle[n] Hurra-Proletarier« verspottete.[90]

IV. Der Lokale Imperialismus im Stadtleben

Die stadtbürgerliche Selbstverortung in weltpolitischen Zusammenhängen wirkte in vielfältigen Formen auf das Leben in der Stadt ein, die hier nur exemplarisch untersucht werden können. Die lokal-imperialen Identitätsdiskurse standen in einem dynamischen Wechselverhältnis zu stadtgesellschaftlichen Praktiken. Einerseits waren die Deutungen der Handlungen von Wilhelmshavener:innen – etwa die Interpretation der Massenaufläufe im Hafen als Ausdruck einer lokalspezifischen Leidenschaft für das weltpolitische Machtstreben – ein wichtiges Element dieser Diskurse. Andererseits forderte die Idee, dass solche Praktiken Wilhelmshaven und seinen Umgang mit dem imperialen Projekt charakterisierten, selbst weitere Handlungen ein, die diesen weltpolitischen Enthusiasmus der Stadtbevölkerung zum Ausdruck bringen würden. Erst dieses Zusammenspiel von Deutungen und performativen Handlungen verstetigte die imperiale Selbsterzählung und machte sie zum fassbaren Teil des gesellschaftlichen Miteinanders. Im Folgenden soll daher näher analysiert werden, wie die lokal-imperialen Diskurse in verschiedene

86 *O. A.*, Nach China, in: WZ, 5.3.1904. Vgl. auch *o. A.*, Nach Deutsch-China, in: WZ, 24.1.1905; *o. A.*, Nach Ostasien, in: WZ, 9.9.1906.

87 Vgl. *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 17.2.1898.

88 Vgl. *Joachim Bartels*, Gedichte, Wilhelmshaven 1904, S. 3–5, Zitat: S. 4.

89 Vgl. Landrat Budde an den Regierungspräsidenten in Aurich, 21.11.1904, NLA AU, Rep 16/1 4048.

90 *O. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 16.11.1904.

Felder des Alltagslebens in Wilhelmshaven eingriffen. Ein erster Abschnitt reflektiert zunächst ausführlicher die Bedeutung von kollektiven Handlungen für den Wilhelmshavener Lokalen Imperialismus sowie deren Verhältnis zu Lokalstolz und sozialem Konformitätsdruck. In einem zweiten Abschnitt werden Unterhaltungsveranstaltungen als zentrale Orte für die Aushandlung, Vermittlung und Verbreitung des lokal-imperialen Selbstverständnisses charakterisiert. Zuletzt zeigt eine Untersuchung der symbolischen Aufladungen der Figur des Marinesoldaten, wie dieses Selbstverständnis mit Wahrnehmungen des Stadtraums und mit Geschlechterbildern interagierte. In der Gesamtschau ergibt sich so ein exemplarischer Eindruck davon, wie die lokal-imperialen Identitätsvorstellungen in verschiedenen Bereichen und auf ortsspezifische Weise Relevanz für das Leben in Wilhelmshaven um 1900 gewannen – auch jenseits der örtlichen Verbindungen zum imperialen Projekt im engeren Sinne.

Konformitätsdruck, performative Praktiken und Lokalstolz

Während liberal-konservative Diskurse auf Reichsebene den Stolz auf das nationale Streben nach globalem Ansehen zum elementaren Teil des bürgerlichen Wertekanons gemacht hatten, war in Wilhelmshaven dieses Bekenntnis zu Weltpolitik und Marine überdies zum Kern dessen geworden, was einen guten »Wilhelmshavener« ausmache. Das erzeugte einen hohen Konformitätsdruck, der sich in den bürgerlichen Blättern deutlich greifen ließ. So wurden beispielsweise die zahlreichen Spendenaufrufe für die Soldaten im Boxerkrieg mit der besonderen Rolle Wilhelmshavens begründet. Die Ortsgruppe des Flottenvereins betonte, da auch anderswo gespendet werde, »wird auch unsere, mit der Marine so eng verwachsene Einwohnerschaft nicht […] zurückstehen wollen«.[91] Tatsächlich beteiligte sich die bürgerliche Stadtbevölkerung rege an Spendenaktionen. Auch als die ersten Soldaten zurückkehrten, schrieb das Tageblatt, es verstehe sich »ganz von selbst«, dass die Wilhelmshavener:innen den Kriegsrückkehrern ein herzliches Willkommen »mit wehenden Flaggen« bereiteten. Es gab sich daher »überzeugt«, dass den Soldaten »hier Aller Herzen warm entgegenschlagen«.[92] Viereinhalb Jahre später argumentierte Bürgervorstehersprecher Wittber in Bezug auf die Wiederkehr der Soldaten aus Südwestafrika, es komme »in der Hauptsache« darauf an, »dass sich die Stadt Wilhelmshaven ihrer Ehrenpflicht, die Söhne des Vaterlandes […] festlich zu begrüßen, voll und ganz bewusst sei«.[93] Die stadtbürgerlichen Vorstellungen von Stadtidentität übersetzten sich so in handlungsleitende Erwartungen über kollektive und individuelle Handlungen. Dies gab einigen herausgehobenen Personen aus Presse und Politik, die die inhaltlich-normative Ausgestaltung der diskursiven Konstruktion ›Stadtgesellschaft‹ prägten, weitreichenden Einfluss auf das Leben in der Stadt und das Selbstverständnis ihrer Bewohner:innen.

91 Flottenverein Ortsgruppe Wilhelmshaven, Aufruf, in: WZ, 17.7.1900. Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WTB, 15.7.1900.
92 *O. A.*, Lokales, in: WTB, 11.12.1900.
93 *O. A.*, Lokales, in: WZ, 2.4.1905. Vgl. auch: *o. A.*, Lokales, in: WTB, 2.4.1905.

Der soziale Druck ging Hand in Hand mit dem kollektiven Bedürfnis des Bürgertums, die konstruierte Charakterisierung der Stadt auch im eigenen Verhalten umzusetzen und sie in einem gewissen Sinne so erst zu produzieren. Insbesondere auf den Begrüßungsfeiern, die die reklamierte Rolle als Dreh- und Angelpunkt deutschen Weltmachtstrebens opulent inszenierten, wurde dies deutlich sichtbar. Doch auch abseits dessen fanden sich ähnliche Praktiken. Als das in Wilhelmshaven stationierte II. Seebataillon bei seiner Kaserne ein Denkmal für die im Boxerkrieg gefallenen Soldaten errichten wollte, eigentlich eine innermilitärische Angelegenheit, schaltete sich die bürgerliche Stadtführung ein. Sie bot an, den Großteil der Finanzierung des Denkmals zu übernehmen und erklärte, dass die nun militärisch-zivile Einweihungsfeier auch ein »Fest der Stadt«[94] sei. Solche Ereignisse waren eine Möglichkeit für das Bürgertum, durch Anwesenheit, Spenden und Meinungsbekundungen nicht nur seine stolze Zustimmung zum Projekt der globalen Selbstbehauptung des Reichs, sondern auch zur in imperialen Bezügen gedachten Stadtgemeinschaft zu demonstrieren.

Die Grenzen zwischen Handlungen, die als performative Akte zur Herstellung von Gemeinschaft, Identität und Zugehörigkeit oder überhaupt als (stadt-)politische Bekenntnisse intendiert waren, und spontanen Ausbrüchen eines imperial grundierten Lokalstolzes – der weniger politisiert, aber dennoch auf das Faszinosum der deutschen Herrschaft in der Fremde bezogen war – waren jedoch fließend. Ein solcher Lokalstolz mochte wohl eher der Grund dafür sein, dass in der Stadt unzählige Postkartenserien mit Bildern der Ein- und Ausfahrten imperialer Truppentransporter stets reißenden Absatz fanden.[95] Auch bei Veranstaltungen und Ereignissen mit imperialem Bezug mussten Applaus und Jubel nicht zwangsläufig eine bewusste Übereinstimmung mit dem bürgerlichen Stadtnarrativ bedeuten. Dennoch passte der so zum Ausdruck gebrachte Lokalstolz in dieses Narrativ und seine Deutungen. Überdies zeigte er, dass die imperialen Berührungspunkte der Stadtgesellschaft auch unabhängig von diesen Identitätsdiskursen emotional aufgeladen wurden.

Das Weltreich auf der Bühne

Die Hochkonjunktur des Stolzes auf das deutsche Weltreich um 1900 erfasste auch andere Spielarten der örtlichen Populärkultur, insbesondere die Theaterstücke und Unterhaltungsshows, die Marineeinheiten und zivilen Vereine in großer Zahl auf die Bühne brachten. Theateraufführungen, die reale und imaginierte Episoden aus dem deutschen Ausgreifen in die Welt in Szene setzten, gab es überall im Reich.[96] An sich waren sie daher nicht spezifisch für Wilhelmshaven. Doch spätestens seit der Besetzung von Qingdao wuchs dort, vor allem auf den Kaisergeburtstagsfeiern Ende Januar und in der Karnevalszeit, nicht nur die Anzahl solcher Aufführungen stark an, sondern auch ihr Zuschnitt auf die Tätigkeiten der Marine trat deutlicher

94 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 18.5.1902.

95 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WZ, 3.8.1900; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 2.8.1900; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 15.7.1900.

96 Vgl. zu Theateraufführungen *Lisa Skwirblies*, Theatres of Colonialism. Theatricality, Coloniality, and Performance in the German Empire, 1884–1914, Dissertation, Warwick 2017.

hervor. Diese Stücke, die die Erfahrungen der Marinesoldaten in der ›Fremde‹ auf die Bühne bringen sollten, aber auch alle anderen Inszenierungen, die sich am Haushalt der imperialen Themen und Stereotypen bedienten, waren jedoch kein Ausdruck organisierter Kolonialpropaganda. Sie wurden von den örtlichen Laiengruppen inszeniert und oft auch von diesen selbst geschrieben. Für die Wilhelmshavener:innen boten sie einen Weg, die imperialen Ereignisse, die in der Stadt viel diskutiert wurden, aber weit entfernt waren, durch ihre Aufführung vor Ort erfahrbar zu machen und ihr Verständnis über bekannte Darstellungskonventionen und Deutungsmuster auszuhandeln.[97]

Indem die Aufführungen Versatzstücke aus dem reichsweiten Diskurs aufnahmen und die Herrschaftslogiken der imperialen Ordnung inszenatorisch aufbereiteten, wurde der lokale Theatersaal zum Ort der Produktion von Wissen über das deutsche Imperium.[98] Jene Stücke, die Schiffsbesatzungen als ›Helden‹ wählten, verliehen zudem der imperialen Tätigkeit der Marine zusätzliche Legitimation. Das lag nicht zuletzt daran, dass sie oft als humoristisch-unterhaltsame Volksstücke angelegt waren. Schon allein aus den Konventionen dieses Genres ergab sich nicht nur ein starker Gebrauch rassifizierender Stereotype für den komödiantischen Effekt, sondern auch eine Grundstimmung der Versöhnlichkeit, die Gewalt per se verharmloste und so die Einvernehmlichkeit und Natürlichkeit von imperialer Herrschaft und ›rassischer‹ Differenz suggerierte.[99] Mithin füllten diese Aufführungen die eher abstrakten Erzählungen über das ›Ehre‹ und ›Macht‹ erstreitende Geschäft der Marine mit bildlichen Details, Inhalt und Sinn und vermittelte so Wissen über die imperialen Zusammenhänge, in denen sich die Stadt verortete.

Dies galt umso mehr für Aufführungen mit direktem Lokalbezug. Das Festspiel auf der Karnevalsfeier des Schützenvereins 1902 beispielsweise inszenierte Wilhelmshaven als Ort eines Gipfeltreffens zwischen dem britischen Kolonialminister Joseph Chamberlain und einem chinesischen Prinzen und drückte so das durch den Boxerkrieg gestiegene Selbstbewusstsein der Stadt aus.[100] 1907 ließ der Lokalschriftsteller Heissing ein von ihm verfasstes Stück über die Aktivität der Marinesoldaten in Südwestafrika aufführen. Der erste Akt des Stückes spielte in Wilhelmshaven und zeigte die Abfahrt des Marineexpeditionskorps als patriotisches Spektakel. Der letzte Akt fand fast komplett auf der Wilhelmshavener Willkommensfeier statt und brachte unter anderem einen längeren Monolog des Bürgermeisters. Auch auf dem Höhepunkt der Ereignisse in Afrika sangen die Soldaten über die Stadt: »Mög' weiter blühen ihr Verkehr / Zu Deutschlands Größe, Macht und Ehr.«[101] Heissing verband so ein marine-patriotisches Narrativ des Krieges mit der beanspruchten Rolle der Stadt im deutschen Weltmachtstreben und machte diese Ver-

97 Vgl. ähnlich *Gißibl*, Imperiale Weltläufigkeit, S. 30.

98 Oft fanden sich daher aktuelle imperiale Ereignisse in den Aufführungen wieder. Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Lokales, in: WZ, 27.1.1904; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 31.1.1905; *o. A.*, Kaisergeburtstagsfeiern, in: WZ, 28.1.1906; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 27.1.1907.

99 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Lokales, in: WZ, 16.8.1898; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 14.3.1909; *o. A.*, Kaisers Geburtstag, in: WTB, 27.1.1903; *o. A.*, Kaisers Geburtstag in Wilhelmshaven, in: WZ, 28.1.1902.

100 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WTB, 13.2.1902.

101 *Hermann Heissing*, Süd-West. Vaterländische Dichtung aus der Zeit des Herero-Krieges, Dorsten 1908, S. 84.

bindung auf sinnstiftende Weise für das Publikum erfahrbar. Dieses nahm das Drama begeistert auf und verhalf ihm als Buch zu mindestens zwei Auflagen.[102] Die Theateraufführungen zeigen nachdrücklich, dass die Ausgestaltung imperialer Kultur keineswegs, wie in der Forschung bisweilen konstatiert, von Großbürgertum, Wirtschaft und Lobbygruppen betrieben wurde, sondern von vielfältigen Akteur:innen in ihren oft lokalen Strukturen und Netzwerken.[103] In Wilhelmshaven war es selbst für ein rein unterhaltungsinteressiertes Publikum schwierig geworden, sich diesem Geflecht lokal-imperialer Deutungen und ihren kurzweiligen Inszenierungen zu entziehen.

Imperiale Räume und die Figur des »Blauen Jungen«

Durch die Unterhaltungskultur wurden die vielen Festsäle der Gaststätten und Hotels der Stadt zu Räumen des Imperialen. Aber auch außerhalb dieser Säle veränderten sich der Stadtraum und seine Wahrnehmungen. Dies geschah beispielsweise durch symbolische Markierungen, die auf das deutsche weltpolitische Engagement verwiesen, etwa Denkmäler und Gedenktafeln für die Gefallenen der Imperialkriege.[104] Vor allem aber waren es die lokal-imperialen Praktiken selbst, die den Räumen der Stadt neue Bedeutungen gaben. So zogen die Massenaufläufe bei den Ein- und Ausfahrten von Schiffen diesen Akt, der eigentlich der militärischen Seite des weltpolitischen Machtstrebens zugehörte, in an militärische Anlagen angrenzende Räume der Freizeit und des Wohnens hinein. Der von Wohnbebauung umgebene Torpedoexerzierplatz war für die Wilhelmshavener:innen »seit der Erwerbung von Deutsch-China die Stätte […], auf der den Hinausgehenden die letzten Abschiedsworte, den Heimkehrenden der erste Willkommensgruß entboten« wurde.[105] Auch in die Wahrnehmung der Deichzonen nahe der Schleuse, die zuvor fast ausschließlich als Raum der Erholung und des Naturerlebnisses erfahren worden waren, schrieb sich durch ihre Rolle als regelmäßige Schauplätze des Spektakels der Ein- und Ausfahrten das lokal-imperiale Narrativ ein.

Ein wichtiges Element in dieser Umdeutung von Stadtraum war die Figur des Marinesoldaten, der nun zur Projektionsfläche für Deutungen von Nation, Imperium, Krieg und Männlichkeit, aber auch für die lokalen Identitätsdiskurse avancierte. Timo Heimerdinger argumentierte, dass die Flottenpropaganda der Reichsregierung den militärischen Seemann zu einem »Musterbürger« des Kaiserreichs aufbaute, der »patriotisch-untertänig, optimistisch, von militärischen Idealen geprägt und als Teilhaber an Technik und Modernität […] die Idee einer jungen, aufstreben-

102 Vgl. ebd., S. 9–12; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 8.9.1907.

103 Ähnliche Argumente bei *Skwirblies*, Theatres of Colonialism, S. 18; *Short*, Magic Lantern Empire, S. 17.

104 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Gedenkfeiern in den Garnisonskirchen, in: WTB, 17.12.1902; *o. A.*, Die Enthüllung des Denkmals der 2. Matrosendivision, in: WTB, 13.2.1903; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 31.1.1905.

105 *O. A.*, Lokales, in: WTB, 18.4.1901.

den Weltmacht [repräsentierte], die See- und Weltgeltung erlangen wollte«.[106] Auch in den lokalen Diskursen Wilhelmshavens kam es zu ähnlichen Bedeutungsaufladungen. Das seit 1900 in immer höherer Frequenz in der örtlichen bürgerlichen Presse aufgebrachte Bild des »Blauen Jungen« fasste den Marinesoldaten und seinen uniformierten Körper als Symbol für nationale Stärke, Vitalität, Tatendrang, Opferbereitschaft, Treue und deutsche Maskulinität.[107] Diese Codierung des soldatischen Seemanns funktionierte nur aufgrund der imperialen Tätigkeit der Marine, denn erst in den Gefahren des Kampfs für ›Deutsche Ehre‹ in fernen Meeren konnte der Marinesoldat diese Eigenschaften unter Beweis stellen. Diese Projektion von Bedeutung ermöglichte es dem Stadtbürgertum, durch die fortwährende Betonung der eigenen (angeblich) guten Beziehungen zu den Soldaten die mit ihnen verbundene Symbolik für sich selbst und den Stadtraum, in dem sich die »Blauen Jungs« bewegten, zu reklamieren.[108]

Mit den Ablösungsmannschaften für das III. Seebataillon in Qingdao war in der Stadt auch eine ausschließlich für den imperialen Einsatz vorgesehene Einheit stationiert. Aufgrund der Lage ihrer Unterbringungen mussten diese Soldaten, um zum Exerzierplatz zu gelangen, durch das zivile Siedlungsgebiet marschieren. Dabei sangen sie laut, zogen so die Aufmerksamkeit der Anwohner:innen auf sich und drängten die Anwesenheit imperialen Militärs im zivilen Stadtraum in das alltägliche Bewusstsein der Menschen.[109] Gleiches galt für Soldaten und Matrosen, die kurz vor imperialen Einsätzen standen oder kürzlich aus diesen zurückgekehrt waren und durch ihre weiß- oder khakifarbenen Tropenuniformen leicht als imperiale Soldaten erkennbar waren. Ihre Präsenz hob die bürgerliche Presse immer wieder mit Stolz und ästhetisierenden Adjektiven hervor.[110]

Die Soldaten als symbolische Figuren einer durch ihr Weltmachtstreben vitalen und maskulinen Nation erschienen so als Mittel, um die Diskurse des Stadtbürgertums auf den erlebten Stadtraum zu übertragen und Repräsentationen des Stadtbildes mit dem Glanz des imperialen Ausgreifens zu verbinden. Konsequenterweise verzichteten die bürgerlichen Zeitungen daher auch fast komplett darauf, über die zahlreichen Ausschreitungen zumeist alkoholisierter Soldaten zu berichten. Das nahm wiederum das sozialdemokratische Volksblatt zum Anlass, die Militärhörigkeit des Wilhelmshavener Bürgertums zu verspotten und dessen Verklärung der »Vaterlandsverteidiger zur See« zu kritisieren.[111] Die »Blauen Jungs« waren damit auch Gegenstand der scharf geführten politischen Debatte über die Rolle des (impe-

106 *Timo Heimerdinger*, Der Seemann. Ein Berufsstand und seine kulturelle Inszenierung (1844–2003), Köln 2005, S. 175.

107 Vgl. unter anderem *o. A.*, Lokales, in: [Zeitung!], 3.5.1903; *o. A.*, In die Heimat zurück, in: WZ, 7.4.1905; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 12.8.1902; *o. A.*, Rückkehr aus Ostafrika, in: WTB, 15.3.1906.

108 Vgl. zum Beispiel *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 20.3.1904; *o. A.*, Am Hafen, in: WZ, 18.5.1904; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 3.9.1905.

109 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WZ, 10.2.1904; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 18.6.1900; *o. A.*, Nach China, in: WZ, 5.3.1904.

110 Vgl. unter anderem *o. A.*, Vorbereitung für die Abfahrt, in: WTB, 22.1.1904; *o. A.*, Heimkehr der Silvia, in: WTB, 17.6.1904; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 16.4.1905; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 9.6.1900; *o. A.*, Nach Südwestafrika, in: WZ, 23.1.1904; *Heissing*, Süd-West, S. 13.

111 *O. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 26.6.1897. Vgl. *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 12.1.1898.

rialen) Militärs in der Stadt und im Reich. Eine eigene Stimme räumte ihnen in dieser Debatte jedoch keine Seite ein.

Hinzu kam, dass die bürgerliche Presse in ihren Berichten über imperiale Soldaten in der Stadt diesen zumeist (junge) Wilhelmshavenerinnen gegenüberstellte, die die »Blauen Jungs« und ihre gedrillten Körper bewunderten.[112] Ein solches unterstelltes weibliches Begehren bestätigte dabei die besondere Männlichkeit der Soldaten und so auch die sinnstiftende Verbindung von potenter Männlichkeit und Marine, Nation, Imperialität. Die auf diese Weise geschilderten Szenen fanden allerdings im zivilen Stadtraum statt, der so zum Ort der Aufführung imperial gewonnener Männlichkeit wurde. Damit waren die Wilhelmshavener Frauen in ihrem alltäglichen Umfeld immer wieder auch mit Deutungen konfrontiert, die sie in eine bewundernde und umsorgende Funktion gegenüber den Soldaten einschrieben. Auch bei den Empfangsfeierlichkeiten waren die Frauen stets auf einer abgesonderten Galerie positioniert und in eine passiv-affirmative Rolle gedrängt.[113] Der Lokale Imperialismus verflocht sich so auch mit den bürgerlichen Diskursen über Geschlechterrollen.

V. Wirtschaftliche Interessen und stadtgesellschaftliche Selbstverständigung

Die in den stadtbürgerlichen Diskursen formulierte Idee eines imperial verorteten Wilhelmshavens wirkte tief in das Leben in der Stadt hinein. Diese Identitätsnarrative waren der wichtigste Bestandteil des Wilhelmshavener Lokalen Imperialismus, jedoch nicht der einzige. Denn der lokalspezifische Umgang mit dem deutschen Streben nach weltpolitischer Bedeutung war auch mit handfesten wirtschaftlichen Interessen verbunden. Durch die Verlegung von großen Teilen der in den Kolonien aktiven Marineschiffe, aber auch anderer Teile der Flotte nach Kiel Mitte der 1890er-Jahre stellte sich in Wilhelmshaven zunehmend Krisenstimmung ein. Während Hafen und Werft immer weiter ausgebaut wurden, stagnierten viele Geschäftszweige der Stadt aufgrund der Abwesenheit der Schiffe und ihrer Mannschaften.[114] Im Jahr 1900 kursierten gar Gerüchte, dass der Standort Wilhelmshaven zugunsten eines neuen Hafens in Bremerhaven oder Brunsbüttel aufgegeben werden würde.[115] Insbesondere von der Rückkehr des »daily business of empire«[116] nach Wilhelmshaven erhofften sich die Stadtverantwortlichen eine Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Bei der Grundsteinlegung des See-

112 Vgl. unter anderem *o. A.*, Nach China, in: WZ, 5.3.1904; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 10.10.1902; *o. A.*, Nach Ostafrika, in: WZ, 24.8.1905; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 10.2.1904; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 29.1.1905; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 7.2.1904.

113 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WZ, 10.2.1901; *o. A.*, In die Heimat zurück, in: WZ, 7.4.1905; *o. A.*, Unsere heimgekehrten Ostafrikaner, in: WZ, 17.3.1906; *o. A.*, Empfang der Ostafrikaner, in: WTB, 17.3.1906.

114 Vgl. *Kaemmerer*, Kiel? Wilhelmshaven!, S. 12. Für die Krisenstimmung vgl. unter anderem *o. A.*, Lokales, in: WTB, 27.7.1897; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 13.9.1898; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 14.9.1902; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 10.5.1903.

115 Vgl. *o. A.*, Lokales, in: WTB, 25.10.1900; *o. A.*, Die Dritte Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven, in: WTB, 6.11.1900.

116 *Short*, Magic Lantern Empire, S. 62.

mannshauses 1902 etwa sprach Bürgermeister Ziegner-Gnüchtel vor hochrangigen Marinevertretern den in der Stadt viel beachteten Segenswunsch: »Drei Wünsche der Stadt: Ein mächtig Reich, weitherrschend übers Meer, viele blauen Jungens in frohem Verkehr und unser Hafen nie von Schiffen leer.«[117] Auch hier verknüpfte er, obwohl das eigentliche Problem die Bevorzugung Kiels war, das durch die Marine vorgetragene Weltmachtstreben mit dem Wohlergehen der Stadt.

In dieser Situation setzte das Stadtbürgertum mit seinen Honoratioren darauf, durch besonders patriotisches und zuvorkommendes Verhalten das Wohlwollen der Marineleitung zu gewinnen, Zugeständnisse zu erreichen und so das Geschäftsleben zu revitalisieren. Auch das war eine starke Motivation für das Stadtbürgertum, der imperialen Tätigkeit der Marine betont positiv gegenüberzustehen und sich selbst durch die Mitwirkung am Projekt deutscher Seemacht in die Aufmerksamkeit der Marineleitung zu drängen. So freute sich die Wilhelmshavener Zeitung dann auch, dass mit den Feiern, die für die aus dem Boxerkrieg zurückkehrenden Soldaten veranstaltet worden waren, »die Stadt und ihre Bevölkerung ihre Opferwilligkeit für die Marine wieder dokumentieren konnten«.[118] Zwei Jahre später wandte die Zeitung zum Anlass der Ankunft eines Ablösungstransportes aus Tsingtau die gleiche Idee in eine explizitere Stoßrichtung: »Ein so herzlicher Empfang wird in Kiel den Braven schwerlich bereitet worden sein. Ob man das an höherer Stelle zu würdigen versteht?«[119] Mit dem Wachstum der oldenburgischen Gemeinden des Siedlungsgebietes weiteten sich diese Konkurrenzängste auch auf die unmittelbare Nachbarschaft aus. Die Zeitung argumentierte, dass Preußisch-Wilhelmshaven das Interesse »hochgestellter Personen« auf sich ziehen müsse, sonst »schöpfen unsere Oldenburger Nachbarn nicht nur die Sahne von der Milch, sondern sie trinken auch noch den ganzen Milchtopf leer«.[120]

Die sozialdemokratische Presse hob diesen »Geschäftspatriotismus«[121] besonders gerne hervor, um das imperiale Engagement des Bürgertums ins Lächerliche zu ziehen. Die Parteizeitung Norddeutsches Volksblatt fragte nach dem Lob des Stationschefs Admiral August Thomsen für die Begrüßungsfeierlichkeiten 1901 lapidar: »Ob Wilhelmshaven nun wohl mehr Kähne erhalten wird?«[122] Nach der Großspende der Stadt für das Seebataillonsdenkmal kommentierte das Blatt:

> »Einstweilen hat die Stadt [für die Spende] den kaiserlichen Dank erhalten; ob nun der Wunsch der Spender, daß der Hafen immer voll Schiffe sein möge, in Erfüllung gehen wird, muß die Zukunft lehren. Vorläufig werden die Stadtväter und mit ihnen noch einige Marinelieferanten und was damit zusammenhängt, in der frohen Hoffnung leben, daß nicht umsonst mit dem Schinken nach einer Speckseite geworfen worden ist.«[123]

117 *O. A.*, Grundsteinlegung des Seemannshauses, in: WZ, 16.4.1902. Vgl. *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 8.3.1903.
118 *O. A.*, Die Ehrung der Chinakämpfer durch die Stadt Wilhelmshaven, in: WZ, 14.12.1900.
119 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 22.6.1902.
120 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 8.3.1903.
121 *O. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 23.1.1904.
122 *O. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 18.12.1900.
123 *O. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 15.5.1902.

Der Lokale Imperialismus in Wilhelmshaven war also auch durch konkrete wirtschaftliche Hoffnungen, den Wunsch nach einem besseren Verhältnis zur Marineleitung sowie die Konkurrenz mit anderen Städten motiviert. Doch auch diesen materiellen Erwartungen lag ein Selbstverständnis des Stadtbürgertums als dezidiert eigenständiger Akteur zugrunde. Das Stadtbürgertum sah sich eben nicht als ein bloßes Anhängsel der Marine, sondern wollte für seine Beiträge zum imperialen Projekt auf Augenhöhe Anerkennung erfahren. Auch aus diesem Grund betonte die Wilhelmshavener Zeitung die wirtschaftlichen und finanziellen »Opfer«, die die Stadt ausweislich ihrer patriotischen Gesinnung im Boxerkrieg gebracht habe.[124] Das Entgegenkommen, das für diese »Opfer« von der Marine erwartet wurde, war aber nicht rein finanzieller Natur. Es umfasste im Jahr 1900 beispielsweise auch die Forderung, das neue Offizierskasino nicht im Stadtpark zu bauen, den die Bürger:innen als Erholungsort sehr schätzten. Die Wilhelmshavener Zeitung befand: »[W]enn man bedenkt, welche außerordentlich hohen Opfer Wilhelmshaven gerade jetzt wieder für die Marine gebracht hat, so wird diese Bitte sicherlich als sehr bescheiden bezeichnet werden dürfen.«[125]

Die Bitte war jedoch genauso wenig erfolgreich wie der stadtbürgerliche Protest gegen die Bebauung großer Teile des Rathausplatzes mit einer Kaserne wenige Jahre später.[126] Auch die wirtschaftlichen Hoffnungen erwiesen sich als verfehlt. Die Marine zeigte keine Bereitschaft, der Wilhelmshavener Idee von Gegenseitigkeit zu entsprechen. Das Bittschreiben eines Kaufmannsvereins ans Reichsmarineamt, wenigstens eines der Schiffe, die Ende 1902 zur Blockade Venezuelas entsandt werden sollten, in Wilhelmshaven auszurüsten, blieb ergebnislos.[127] Der örtliche SPD-Parteiführer Paul Hug erklärte im Reichstagswahlkampf 1903 Wilhelmshaven gar zum Beweis dafür, dass sich »Schwärmerei für die Weltmachtspolitik« grundsätzlich nicht auszahle.[128] Und auch im südwestafrikanischen Krieg erteilte die Marine lukrative Aufträge lieber an auswärtige Firmen. Die Wilhelmshavener Zeitung zeigte sich empört und schrieb:

> »Der Abschied dieses Afrika-Transportes hat wieder mal die enge Zusammengehörigkeit unserer Einwohnerschaft und unserer Seeleute erwiesen. […] Unser Wilhelmshaven […ist] der Flotte, ihren Angehörigen und ihrer Bestimmung stets zugetan gewesen und immer bereit, mit ganzer Kraft für die Interessen der Kriegsmarine einzutreten. Wir wollen uns nun wahrlich nicht unseren Patriotismus mit Geld bezahlen lassen, beileibe nicht, aber wir empfinden es auf das Bitterste, dass unsere Geschäftsleute auch jetzt – bei der Ausrüstung des mobilgemachten Marine-Infanterie-Bataillons und der Expedition überhaupt – wiederum in kränkender Weise zugunsten auswärtiger Lieferanten fast völlig übergangen worden sind.«[129]

124 *O. A.*, Lokales, in: WZ, 19.9.1900. Vgl. *o. A.*, Die Heimkehr der China-Panzer, in: WZ, 11.8.1901.
125 *O. A.*, Lokales, in: WZ, 19.9.1900.
126 Vgl. *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 15.2.1903; *o. A.*, Lokales, in: WZ, 26.3.1903; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 3.5.1903.
127 Vgl. *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 11.6.1902; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 8.6.1902; *o. A.*, Lokales, in: WTB, 2.12.1902.
128 Rede von Paul Hug, abgedr. in: *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 7.6.1903.
129 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 24.1.1904.

Das Verhalten der Marine sei eine »Rücksichtslosigkeit Wilhelmshaven gegenüber«, obwohl sie ihre »moralische Verpflichtung und große Dankesschuld« gegenüber der Stadt noch nicht abgetragen habe.[130] Aufgrund ihrer freisinnigen Verortung verlieh die Wilhelmshavener Zeitung diesem Ärger am deutlichsten Ausdruck. Das nationalliberale Establishment hingegen vermochte sich nicht zu einer Konfrontation mit der Marine durchzuringen, auch wenn einzelne nationalliberale Personen wie etwa Bürgervorsteher*sprecher Wittber, der lange Zeit auch Vorsitzender des nationalliberalen Vereins war, sich der deutlichen Kritik an der Marineleitung anschlossen. Stattdessen versuchten die nationalliberalen Honoratioren weiter – zur zunehmenden Frustration nicht nur freisinniger Wirtschaftsvereinigungen – mit Bittschriften Zugeständnisse der Marineleitung zu erreichen.[131]

Trotz dieses Scheiterns war die Absicht, das Wohlwollen der Marineleitung zu gewinnen, ein wichtiger Teil des Wilhelmshavener Lokalen Imperialismus. Sie war jedoch nie losgelöst von den stadtbürgerlichen Identitätsdiskursen. Dass das städtische Establishment trotz der wirtschaftlich nachteiligen Entscheidungen der Marineleitung an seiner Strategie festhielt, war wesentlich durch die Selbsterzählung bedingt, die ein gutes Verhältnis zur Marine als Wesenszug von Wilhelmshaven definierte. Sie ließ daher einen wesentlichen Konflikt mit ihr, auch über das Ausbleiben des imperialen Geschäfts, nicht zu. Der Wilhelmshavener Lokale Imperialismus charakterisierte sich also durch das Wechselspiel von konkreten wirtschaftlichen Erwartungen und dem Wunsch nach dem Wohlwollen der Marineleitung einerseits und den imperialen Bezügen der stadtgesellschaftlichen Selbstverortung andererseits. Nur aus diesem Wechselspiel erschließt sich, warum die Stimmung trotz des wirtschaftlichen Schadens während des Boxerkriegs enthusiastisch blieb und warum die chronisch finanzschwache Stadt erhebliche Summen in imperiale Begrüßungsfeiern investierte.

Wie sehr sich der Umgang der Wilhelmshavener:innen mit dem imperialen Projekt durch ebendieses spezifisch lokale Geflecht an Interessen und Deutungen bestimmte, zeigt auch ein – hier notwendigerweise nur sehr kursorischer – Vergleich mit exemplarischen Städten in sehr ähnlicher Position. In Kiel, der anderen großen Kriegshafenstadt des Reichs, fanden ebenso von der Bürgerschaft organisierte Begrüßungsfeiern für die heimkehrenden Soldaten statt, wenn auch nicht ganz so opulente. Allerdings schirmte hier das Offizierskorps das Militärische weit mehr ab als in Wilhelmshaven. Die Stadtvertreter legten dann auch in ihren Reden anders als in der Nordseestadt keinen großen Wert auf das Einvernehmen von Stadt und Marine, sondern betonten deutlich, dass allein die Bürgerschaft diese Feiern organisiert habe.[132] Das fügte sich in die allgemeine Tendenz des Kieler Bürgertums, sich stärker von der Marine abzugrenzen.[133] Angesichts dessen ist es kaum verwunderlich, dass Kiel den Konflikt mit der Marine nicht scheute und im Streit über die Vergrößerung des Handelshafens schließlich vor Gericht zog, eine Idee, die es

130 *O. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 17.1.1904.

131 Vgl. unter anderem *o. A.*, Aus Stadt und Land, in: NDV, 26.7.1902; *o. A.*, Dr. Semler in Wilhelmshaven, in: WTB, 28.1.1904; *o. A.*, Wochenplauderei, in: WZ, 24.3.1904.

132 Vgl. *o. A.*, Die Begrüßung der Südwestafrikaner, in: Kieler Neueste Nachrichten, 14.4.1905. Vgl. *Prittwitz und Gaffron*, Geschichte des I. Seebataillons, S. 222.

133 Vgl. *Freche*, Die Kontaktfelder.

auch in Wilhelmshaven gab, die dort aber nie nur in die Nähe einer tatsächlichen Umsetzung kam.[134]

Auch in der englischen Marinehafenstadt Portsmouth gab es auf den ersten Blick ähnliche Phänomene wie in Wilhelmshaven. Wie Vivienne Fulda herausgearbeitet hat, veranstaltete die »Stadtelite« auch hier große Feste zu imperialen Anlässen wie der Rückkehr von Truppen. Sie zielte darauf, Portsmouth als besonders patriotisch und generös darzustellen und so nach innen und außen ein Identitätsangebot zu schaffen.[135] Die Stadtelite suchte sich damit allerdings von der Admiralität abzugrenzen, die sie als Bedrohung der eigenen Autorität empfand und der sie feindlich gesinnt war. Die imperialen Feiern waren daher dezidiert lokalpatriotisch und sollten die örtlichen Entscheidungsträger als der Marineleitung überlegen zeigen.[136] Mochte der Wilhelmshavener Lokale Imperialismus phänotypisch den Vorgängen in Portsmouth ähneln, lagen ihm doch ganz andere Motive zugrunde.[137] Nicht alle Elemente und Ausdrucksformen des Wilhelmshavener Lokalen Imperialismus waren also spezifisch und doch besaßen sie eine distinkte lokale Bedeutung, die sie zu mehr als der beliebigen Ausprägung eines übergreifenden Phänomens werden ließ.

Fazit

Mit den als desillusionierend empfundenen Erfahrungen des Krieges in Deutsch-Südwestafrika kam die enthusiastische Hochphase der Auseinandersetzung mit der Rolle Wilhelmshavens im deutschen Weltreich um 1906 an ihr Ende. Die um 1900 entstandenen Praktiken und Deutungen lebten dennoch in einer nunmehr routinisierten Form im Alltag der Stadtbewohner:innen weiter. Dass sie dabei nicht an Bedeutung für Vorstellungen von Stadtidentität einbüßten, sondern tief im kollektiven Bewusstsein verankert blieben, zeigte die Entwicklung nach dem Verlust des Kolonialreichs im Ersten Weltkrieg. Der Lokale Imperialismus erlebte in der Weimarer Republik eine spektakuläre Rückkehr in das Alltagsleben der Stadt. Eine neu entstehende vielfältige Landschaft an Kolonialvereinen positionierte Wilhelmshaven erneut als »Marinestadt«[138] mit großem Anteil an Deutschlands imperialer Expansion und als »Pflegestätte des Kolonialgedankens«.[139] 1935 richtete ein Mari-

134 Vgl. Reichskriegshäfen Kiel und Wilhelmshaven – Rechtliche Verhältnisse, 1877–1914, BArch, R 3001/3579.

135 Vgl. *Vivienne Fulda*, Space, Civic Pride, Citizenship and Identity in 1890s Portsmouth, Dissertation, Portsmouth 2006, S. 1; *Beaven*, Visions of Empire, S. 29 und 81 f.; *K. Lunn/R. Thomas*, Naval Imperialism in Portsmouth, 1905 to 1914, in: Southern History: A Review of the History of Southern England 10, 1988, S. 142–159.

136 Vgl. *Fulda*, Space, Civic Pride, Citizenship and Identity, S. 232.

137 Auch in Hamburg verteilten Honoratioren bei den Abfahrten und Ankünften imperialer Soldaten »Liebesgaben«, drückten Stolz auf die Rolle der Stadt in der imperialen militärischen Anstrengung aus und verknüpften diese mit dem Wohlergehen der Stadt. Vgl. *Jan Kawlath*, Der Baakenhafen. Inszenierungsort für Vorstellungen von Deutschland als Kolonialmacht, in: *Zimmerer/Todzi*, Hamburg: Tor zur kolonialen Welt, S. 67–82.

138 Vgl. unter anderem *o. A.*, Zweite Kolonial-Ausstellung in den Jadestädten, in: WZ, 26.5.1930.

139 *O. A.*, Kämpfer für Deutschland in Uebersee. 25 Jahre Verein ehemaliger Afrikaner und Ostasiaten, in: WZ, 13.5.1935.

nepfarrer mit Unterstützung der Stadtverwaltung gar ein Marine- und Kolonialmuseum ein.[140] Der Verlust der deutschen Weltmachtstellung hatte auch das lokale Selbstverständnis tief getroffen und trug so in Wilhelmshaven zur allgemeinen Ablehnung der Nachkriegsordnung bei.[141]

Die Auseinandersetzung mit dem imperialen Projekt des Reichs und der Rolle der eigenen Stadt darin war in Wilhelmshaven um 1900 intensiv, oft aufgeregt bis enthusiastisch und besaß viele Facetten. Der Fall der Stadt mit ›ihrem‹ Marinehafen war dabei in vielerlei Hinsicht besonders, wenn nicht einzigartig. Doch gerade deshalb lässt er die Bedeutung von Prozessen stadtgesellschaftlicher Selbstverständigung für das Erleben des deutschen Imperialismus besonders gut erkennbar werden. Die lange Zeit nur sehr schwache Rezeption der Einsätze der Marine in den globalen Interessensphären des Reichs verweist darauf, dass Lokale Imperialismen eben keine unweigerliche Konsequenz der gegebenen ökonomisch-strukturellen Umstände waren, sondern von komplexen stadtgesellschaftlichen Dynamiken abhingen. In Wilhelmshaven war dies vor allem ein Stadtbürgertum, das auf der Suche nach einer integrativen Stadtidentität die Stadt als Ort imperialen Geschehens und imperialen Wissens konstruierte und die Stadtgesellschaft als imperiale Akteurin darstellte. Diese imperiale Selbstverortung versuchte es auch zu nutzen, um sich gegenüber anderen Städten zu profilieren und konkrete wirtschaftliche Vorteile zu erreichen. Auf diese Weise entstand ein dezidiert lokaler Verständnisrahmen des deutschen Imperialismus, der das Stadtleben in vielfältiger Form prägte, etwa über die Lokalpresse, die Unterhaltungskultur oder Wahrnehmungen des Stadtraumes. Nationale Diskurse und Prozesse waren stets präsent, aber immer Formen der lokalen Umdeutung, Aneignung und Anpassung ausgesetzt. Der Lokale Imperialismus in Wilhelmshaven war also eine lokalspezifische Art, das imperiale Streben der Nation in Bezug zur Stadt und die Stadt in Bezug zu diesem Streben zu setzen. Die daraus resultierenden lokal-imperialen stadtgesellschaftlichen Dynamiken wirkten auch über die konkreten imperialen Verbindungen hinaus und in das Alltagsleben der Wilhelmshavener:innen hinein.

Ein solch ausgeprägter Lokaler Imperialismus wie in Wilhelmshaven kann nicht für jede deutsche Stadt vorausgesetzt werden. Dennoch zeigt das Beispiel, dass der Geschichte imperialer Kultur wesentliche Erkenntnispotenziale verloren gingen, würde die lokale Ebene ausgeblendet oder auf ein Abbild des Nationalen reduziert. Für ein historisches Verständnis des wilhelminischen Imperialismus erscheint es unbedingt aufschlussreich, die in der bisherigen Forschung detailliert herausgearbeiteten imperialen Verbindungen einzelner Orte genauer in ihre komplexen lokalhistorischen Kontexte einzuordnen. Gleiches gilt für die eingehende Auseinandersetzung mit den Fragen, wo und wie sich auf dieser Grundlage lokalspezifische Deutungsrahmen herausbildeten, ob diese zu charakteristischen lokal-imperialen Praktiken führten und inwiefern sie auch Selbstverständnisse und Identitätsvorstellungen von Stadtgesellschaften beeinflussten. Dabei lohnt es sich auch abseits

140 Vgl. *Karin Walter*, Das Wilhelmshavener Marine- und Kolonialmuseum, in: Küstenmuseum Wilhelmshaven (Hrsg.), Katalog zur Ausstellung »Souvenirs von fremden Küsten«, Wilhelmshaven 2004, S. 9–21.

141 Vgl. dazu auch *Leon Biela*, »Ein Machtfaktor in der nationalen Bewegung«. Wilhelmshaven als Fallbeispiel für den Kolonialrevisionismus vor Ort, in: ZfG 72, 2024, S. 634–655.

der Metropolen und großen Hafenstädte zu suchen, in denen üblicherweise besonders starke imperiale Verbindungen vermutet werden. Nicht zuletzt lässt sich so das Akteur:innen-Ensemble der oft auf die groß- und bildungsbürgerlichen Schichten der Großstädte fokussierten deutschen Forschung zur imperialen Kultur um die kleinbürgerlichen, mittelständischen Schichten, das Honoratiorentum der Provinz sowie die kommunale Sozialdemokratie erweitern.

Das Potenzial eines solchen Ansatzes hat beispielsweise Markus Seemann mit den kurzen Fallstudien in seiner Arbeit zur »Kolonialkultur« in Bayern bereits angedeutet. In diesen beschreibt er, wie sich das bürgerliche Augsburg im Rekurs auf die historische Rolle als »Seestadt der Welser und Fugger« ins koloniale Projekt einzuschreiben versuchte und wie auch das Regensburger Stadtbürgertum die eigene Stadt an der Donau als »Tor« zu einem in imperialen Kategorien entworfenen Osteuropa präsentierte.[142] Hier ließe sich noch tiefgehender untersuchen, wie diese imperialen Selbstbilder entstanden, wie tief sie in die Stadtgesellschaften wirkten und welchen Einfluss sie auf stadtgeschichtliche Entwicklungen hatten. Um solche Ansätze weiterzuverfolgen und für analytische Gewinne nutzbar zu machen, ist es sinnvoll, das Lokale als Erfahrungsraum und Untersuchungsgegenstand besser herauszuarbeiten. Statt eine Stadt in ihre einzelnen imperialen Verbindungen zu zerlegen, lassen sich wichtige historische Aufschlüsse erzielen, indem diese rekonstruktiv vernetzt und in ein differenziertes Verständnis der lokal-imperialen Dynamiken eingeordnet werden. Einerseits können Lokalgeschichten so wichtige Facetten hinzugefügt werden. Andererseits wird sich für die Erforschung der imperialen Kultur eine große Zahl an lokalspezifischen Befunden darüber ergeben, welche Deutungen des Imperialen besonders attraktiv waren und wie das Imperiale in verschiedenste Lebensbereiche eindrang. Vor allem aber wird die zuweilen als Monolith behandelte »imperiale Kultur« ausdifferenziert und die Vielfalt ihrer Ausdrucksformen sichtbar gemacht.[143] Die Untersuchung Lokaler Imperialismen scheint so ein vielversprechender Weg zu einem besseren Verständnis der Breite, Tiefe und Heterogenität der imperialen Erfahrung der Deutschen.

142 Vgl. *Seemann*, Kolonialismus in der Heimat, S. 85–114, 189–209 und 281–304.

143 Ganz im Sinne der schon oben zitierten Forderung von Bernhard Gißibl. Vgl. *Gißibl*, Imperiale Weltläufigkeit, S. 22 f.

Forschungsberichte und Rezensionsessays

BENJAMIN MÖCKEL

Geschichte der Nachhaltigkeit

Ein Forschungsbericht

»Nachhaltigkeit« ist mittlerweile überall: Das Wort findet sich auf Joghurtbechern und in UN-Deklarationen, es wird in Wahlkampfreden ebenso genutzt wie in den mit romantischen Naturaufnahmen bebilderten »Sustainability Reports« multinationaler Konzerne. Zunächst als wissenschaftlicher Fachterminus geprägt und ab den 1980-Jahren in der internationalen Politik aufgegriffen, wird der Begriff heute beinahe ubiquitär verwendet – und dabei mit äußerst unterschiedlichen Bedeutungen versehen. Wird er von der einen Seite genutzt, um unter Verweis auf unverrückbare planetare Grenzen ein Ende des ökonomischen Wachstumsparadigmas zu proklamieren, erscheint er in Diskursen des »Green Growth« oder des »Sustainable Development« als Schlüsselkonzept für eine erhoffte Integration von ökonomischem Wachstum und ökologischer Verantwortung. »Nachhaltigkeit« gehört also zweifellos zu den »Keywords« der politischen Sprache der Gegenwart – im Sinne von Raymond Williams als Ausdruck spezifischer – und sich oft widersprechender – »ways of seeing culture and society«.[1]

Im Zuge dieser gestiegenen Prominenz und Relevanz im öffentlichen Diskurs findet der Begriff seit knapp zwei Jahrzehnten auch in der Geschichtswissenschaft verstärkte Aufmerksamkeit. Eine historische Verortung ist zweifellos angebracht, spricht der Begriff doch gleich mehrere miteinander verschränkte Zeitschichten an, die in der politischen Diskussion selten genauer reflektiert werden. Zugleich stellt der Begriff aber auch besondere Herausforderungen an eine kritische Historisierung. Das liegt nicht allein an seiner normativen Aufladung, sondern vor allem daran, dass diese normative Aufladung im politischen Diskurs auf oft verkürzende Weise mit historischen Argumenten operiert.

Exemplarisch steht dafür der Rückgriff auf die lange Geschichte der Nachhaltigkeit, die in Deutschland vor allem in Rekurs auf Hans Carl von Carlowitz und den Nachhaltigkeitsdiskurs der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts diskutiert wird. In vielen politischen Debatten der Gegenwart werden diese Referenzen genutzt, um auf die lange Tradition einer reflektierten und effizienten Nutzung von Ressourcen zu verweisen, an die man in der Gegenwart nur wieder anknüpfen müsse. Nicht selten wird hierbei in populären Darstellungen das Bild einer sich in Harmonie mit der Natur befindenden vormodernen Ökonomie gezeichnet, die erst durch die Genese von Industrialisierung und modernem Kapitalismus aus der Balance geraten sei.[2]

Diese Interpretation ist nicht völlig falsch und bietet auch für die geschichtswissenschaftliche Analyse Anknüpfungspunkte. Zugleich legt sie aber eine Betrachtung

1 *Raymond Williams*, Keywords. A Vocabulary of Culture and Society, Oxford/New York 1976, S. 15.

2 Vgl. etwa *Christian Felber*, Gemeinwohl-Ökonomie, München 2018 (zuerst 2012); *Ulrike Herrmann*, Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden, Köln 2022; *Hedwig Richter/Bernd Ulrich*, Demokratie und Revolution. Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit, Köln 2024.

nahe, in der entweder Probleme der Gegenwart in die Vergangenheit projiziert werden oder aber die Vergangenheit in direkter Weise für Lehren im politischen Diskurs der Gegenwart in Anspruch genommen wird. Beides kann als politisches Argument sinnvoll sein, ist aber für ein kritisches Verständnis der historischen Ursprünge von Diskurs und Praxis der Nachhaltigkeit kaum weiterführend. Im Mittelpunkt der folgenden Auseinandersetzung mit der neueren Forschungsliteratur steht daher die Frage, wie sich eine Geschichte der Nachhaltigkeit schreiben lässt, die eine kritische Historisierung vornimmt und sich dabei nicht auf eine legitimierende Vorgeschichte der Gegenwart beschränkt.

Unter dieser Ausgangsperspektive fokussiert der folgende Beitrag auf drei übergreifende Punkte, die in den besprochenen Veröffentlichungen auf unterschiedliche Weise eine Rolle spielen: Erstens fragt er, wie sich die Geschichte der Nachhaltigkeit jenseits einer eng definierten Begriffsgeschichte schreiben lässt, ohne dabei der Gefahr zu erliegen, heutige Verwendungsweisen des Begriffs unreflektiert auf die Vergangenheit zu projizieren. Zu diesem Zweck werden auch mehrere Arbeiten diskutiert, in denen der Begriff »Nachhaltigkeit« keine zentrale Rolle spielt, aber dennoch – zumindest aus heutiger Perspektive – politische Probleme der Nachhaltigkeit diskutiert werden. Zweitens geht es um die Frage, wie sich die Geschichte der Nachhaltigkeit mit anderen Forschungsfeldern der Geschichtswissenschaft verknüpfen lässt – beispielsweise der Politik- und Demokratiegeschichte, der Geschichte des Kapitalismus, der Umweltgeschichte und der Mediengeschichte. Drittens fragt der Text nach interdisziplinären Schnittpunkten, die für die Geschichtswissenschaft weiterführende Perspektiven eröffnen können. So hat insbesondere die sozial- und politikwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung die Diskussion dahin verschoben, Nachhaltigkeit nicht allein als Frage einer effizienten und schonenden Nutzung natürlicher Ressourcen zu verstehen, sondern als ein Grundkonzept sozialer und politischer Strukturen.

Der Text geht in sechs Schritten vor: Die Einleitung unterscheidet zunächst anhand ausgewählter Gesamtdarstellungen eine »kurze« von einer »langen« Geschichte der Nachhaltigkeit und analysiert, wie neuere Forschungsarbeiten mit dem Verhältnis von Kontinuität und Bruch in der Geschichte der Nachhaltigkeit umgehen. Die weiteren Kapitel stellen vier Zugänge ins Zentrum: einen ideengeschichtlichen, einen politikgeschichtlichen, einen wirtschafts- und unternehmensgeschichtlichen sowie einen stoffgeschichtlichen. Das Fazit wirft in einem kurzen Ausblick die Frage auf, wie sich die Geschichte der Nachhaltigkeit in umfassendere Perspektiven und Fragestellungen der aktuellen geschichtswissenschaftlichen Diskussion einfügt.

I. Die lange und die kurze Geschichte der Nachhaltigkeit

Für die Geschichte der Nachhaltigkeit lassen sich zwei fest etablierte Erzählungen unterscheiden: eine »lange« und eine »kurze« Geschichte der Nachhaltigkeit. Etwas vereinfacht kann man von der 1713er-Erzählung und der 1987er-Erzählung sprechen. Die erste Erzählung betont die langen Traditionslinien von Begriff und Praxis nachhaltigen Wirtschaftens über den gesamten Zeitraum der Moderne. Wichtigster

Gewährsmann hierfür ist – zumindest im deutschsprachigen Raum – Hans Carl von Carlowitz, der in seinem 1713 erschienenen Buch »Sylvicultura Oeconomica« eine »continuierliche beständige und nachhaltende Nutzung« des Holzbestandes anmahnte.[3] Die zweite Erzählung betont dagegen die zeithistorischen Ursprünge des heutigen Nachhaltigkeitsdiskurses, der unter verschiedenen Terminologien ab den 1970er-Jahren vor allem im Kontext der UN entstand und im Abschlussbericht der »Brundtland-Kommission« aus dem Jahr 1987 seine bis heute viel zitierte Ausprägung fand, nach der nachhaltige Entwicklung als eine Entwicklung zu verstehen sei, »that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs«.[4]

Die ersten geschichtswissenschaftlichen Darstellungen, die in den 2010er-Jahren erschienen, haben zunächst die lange Geschichte der Nachhaltigkeit in den Blick genommen. So hat vor allem Ulrich Grober mit seinem 2010 erschienenen Buch »Die Entdeckung der Nachhaltigkeit« die auf Hans Carl von Carlowitz zurückgehende Tradition ins öffentliche Bewusstsein gerückt.[5] Von Carlowitz ausgehend entwirft Grober ein beeindruckend breites Panorama, das von Franz von Assisi über Goethe bis zu Edward O. Wilson reicht. Ein ähnlich breites, aber anders gelagertes Narrativ hat Jeremy Caradonna in seinem 2014 erschienenen Buch »Sustainability: A History« entwickelt, das international als das wichtigste Referenzwerk gelten kann.[6] Auch er geht bis in die Frühe Neuzeit zurück, konzentriert seine Erzählung jedoch auf einen Bereich, der bei Grober eher am Rand bleibt: nämlich das Feld der Ökonomie beziehungsweise konkreter des modernen Kapitalismus und dessen Kritik sowie die damit verbundene Suche nach Alternativen. Damit gelingt es Caradonna, auch das 19. Jahrhundert in die Diskussion um die Geschichte der Nachhaltigkeit zu integrieren und Genealogien zu erschließen, die jenseits einer reinen Begriffsgeschichte liegen. Zugleich wirft das Buch aber die Frage auf, ob die dargestellten Debatten wirklich alle adäquat unter dem Konzept der Nachhaltigkeit zu fassen sind oder es doch eher unser heutiger Blick ist, der sie unter den Vorzeichen der Krisen und Herausforderungen der Gegenwart einer ökologisch motivierten Neulektüre unterzieht.

Neuere Forschungen haben diese Ansätze auf innovative Weise fortgesetzt. Zu nennen ist hier zunächst noch einmal Jeremy Caradonna. Das von ihm herausgegebene »Routledge Handbook of the History of Sustainability« liefert eine Gesamtdarstellung, die unser Verständnis der Geschichte der Nachhaltigkeit signifikant erweitert und vertieft, sowohl in globalgeschichtlicher Perspektive als auch in der theoretisch-methodischen Reflexion.[7] Der Sammelband entwirft ein breites Panorama, das von den Mayakulturen bis zu Fragen des Umgangs mit den neuesten gen-

3 *Hans Carl von Carlowitz*, Sylvicultura Oeconomica. Oder haußwirthliche Nachricht und naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht, Leipzig 1713, hier: S. 105.

4 World Commission on Environment and Development (Hrsg.), Our Common Future, Oxford 1987, hier: S. 8.

5 *Ulrich Grober*, Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, Antje Kunstmann Verlag, München 2013 (zuerst 2010), 300 S., broschiert, 18,00 €.

6 *Jeremy L. Caradonna*, Sustainability. A History, Oxford University Press, Oxford/New York 2014, 344 S., gebunden, 29,99 £.

7 *Ders.* (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, Routledge, London/New York 2018, 456 S., gebunden, 215,00 £.

technologischen Innovationen reicht. Caradonnas Einleitung skizziert den aktuellen Forschungsstand und betont dabei überzeugend den interdisziplinären Charakter einer historischen Beschäftigung mit dem Themenfeld. Das verdeutlichen auch die empirischen Beiträge des Bandes, die zugleich unterschiedliche Formen der Historisierung aufzeigen.

Vier Herangehensweisen lassen sich dabei unterscheiden: erstens der Blick auf frühere Gesellschaften im Hinblick auf deren Nachhaltigkeit oder Nichtnachhaltigkeit (ein Thema, das seit Jared Diamonds Buch »Collapse« von 2005 über die Fachwissenschaft hinaus große Aufmerksamkeit gefunden hat).[8] Hier wird »Nachhaltigkeit« also als Analysebegriff genutzt, mit dem sich potenziell alle Gesellschaften global und transepochal untersuchen lassen. Zweitens liefert der Band eine ideengeschichtliche Perspektivierung. Hier wird die Genese des Konzepts der Nachhaltigkeit seit dem 18. Jahrhundert nachgezeichnet und die Frage behandelt, welche Themen und Problemfelder in unterschiedlichen historischen Kontexten mit dem Begriff beschrieben und diskutiert wurden. Drittens werden die Verbindungen zwischen Umweltbewegung und Nachhaltigkeitspolitik seit den 1960er-Jahren als Teil einer »Recent History of Sustainability« thematisiert. Viertens liefert der letzte Teil des Buchs einen problemgeschichtlichen Zugang, der Diskussionslinien der Gegenwart – von der Klimakrise bis zur Rolle multinationaler Unternehmen – historisch verortet.

Der Band verdeutlicht, wie vielschichtig eine Geschichte der Nachhaltigkeit mittlerweile geschrieben werden kann. Gerade im Vergleich zu den eingangs genannten Überblickswerken zeichnet er sich durch eine konsequent globalgeschichtlich ausgerichtete Darstellung aus, mit der der Begriff aus dem Kontext einer primär europäischen Geschichte der Industrialisierung gelöst wird. Damit unterstreicht der Band aber auch erneut die schon angedeutete Problematik: In dem Maße, in dem »Nachhaltigkeit« zu einem Schlüsselbegriff gegenwärtiger Problemlagen geworden ist, werden damit auch für die Vergangenheit sehr unterschiedliche Themenfelder unter einem Begriff gefasst, der für diese zeitgenössisch nicht verwendet worden war. Diese Spannung zu reflektieren, stellt eine zentrale Herausforderung einer kritischen Geschichte der Nachhaltigkeit dar.

An zwei weiteren Veröffentlichungen soll kurz dargestellt werden, wie unterschiedlich man mit dieser Herausforderung einer Geschichte der Nachhaltigkeit als »Vorgeschichte der Gegenwart« umgehen kann. Ein erstes Beispiel ist Annette Kehnels Buch »Wir konnten auch anders: Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit«.[9] Hierbei handelt es sich nicht im strengen Sinne um eine akademische Darstellung, sondern um ein historisches Sachbuch, dem damit schon das Verdienst zukommt, das Mittelalter in die Bahnhofsbuchhandlungen gebracht zu haben, ohne in erster Linie von Königen, Kriegen oder der Pest zu handeln. Doch gerade als populäres Sachbuch ist es auch ein interessantes Beispiel für den Umgang mit der Herausforderung, heutige Diskurse der Nachhaltigkeit sinnvoll in historische Zusammenhänge einzuordnen. Kehnel tut das mit einem bewusst ahistorischen

8 Vgl. *Jared Diamond*, Collapse. How Societies Choose to Fail or Succeed, London 2005.

9 *Annette Kehnel*, Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit, Karl Blessing Verlag, München 2021, 488 S., gebunden, 24,00 €.

Zugang, der sich schon in der Sprache des Buchs spiegelt. Das Buch spielt an vielen Stellen mit zeitgebundenen Terminologien der Gegenwart und projiziert sie in die Vergangenheit: Mikrokredite werden so als Erfindungen des Spätmittelalters analysiert, die avancierten Recyclingsysteme der Vormodere als Vorbild für die Gegenwart dargestellt und mittelalterliche Wirtschaftssysteme als »Sharing Economies« beschrieben.[10] Der Titel des Buchs ist Programm: Wenn es in der Gegenwart darum geht, dass wir so schnell wie möglich »anders müssen«, lohnt der Blick in die Vergangenheit, wo wir schon einmal »anders konnten«.

Vertreter einer Geschichtswissenschaft, die sich von Gegenwartsanalogien möglichst fernhält, wird das kaum überzeugen, und in der Tat lässt sich für jeden Einzelfall kritisch fragen, wie weit diese Analogien jeweils tragen. Doch regt das Buch dazu an, gerade diese Frage explizit anzugehen. Wo also lassen sich tatsächlich lange Traditionslinien nachzeichnen, die auch für gegenwärtige Herausforderungen Aussagekraft besitzen? Und wo gilt es eher, die Brüche und Unterschiede zwischen den jeweiligen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen zu betonen? Am Beispiel des Recyclings lässt sich das exemplarisch aufzeigen. In geschichtswissenschaftlicher Perspektive wird man vermutlich eher betonen, wie unterschiedlich die gesellschaftlichen, ökonomischen und nicht zuletzt materiellen Strukturen des Abfallaufkommens in der industriellen Moderne sind, sodass uns das Mittelalter hier wohl kaum in direkter Weise Vorbilder eines nachhaltigeren Umgangs liefert.[11] Dennoch unterstreicht der Hinweis auf vormoderne Lumpensammler und Reparaturwerkstätten die Erkenntnis, dass unser gegenwärtiger Umgang mit Ressourcen keineswegs selbstverständlich und unabänderlich ist, sondern das Resultat konkreter politischer und gesellschaftlicher Entscheidungen. In diesem Sinne funktioniert das Buch an vielen Stellen in der Tat auf produktive Weise: nicht indem es direkte Kontinuitätslinien einer geschlossenen Geschichte der Nachhaltigkeit vom Mittelalter in die Gegenwart nachzeichnet, sondern indem es dezidiert auf die Gegenwart gerichtet mit historischen Beispielen den politischen Möglichkeitssinn schärft.

Einen anderen Weg der Historisierung geht der von Martin Gutmann und Daniel Gorman herausgegebene Sammelband »Before the UN Sustainable Development Goals: A Historical Companion«.[12] Auch dieser Band ist dezidiert auf die Gegenwart gerichtet. Konkret stehen die 2015 von der UN verabschiedeten »Sustainable Development Goals« im Mittelpunkt, denen jeweils eines der siebzehn Kapitel gewidmet ist. Die Beiträge ordnen die dort formulierten Nachhaltigkeitsziele wie »Hungerbekämpfung«, »Geschlechtergerechtigkeit«, »Sauberes Trinkwasser« oder »Bekämpfung des Klimawandels« in ihre historischen Traditionslinien ein, teils mit Blick auf die Zeit der industriellen Moderne, teils auch mit einer weiter zurückreichenden historischen Genealogie. Auch hier ist der Blick also von der Gegenwart aus auf die Vergangenheit gerichtet: Viele der Problemfelder wurden in früheren Epochen unter ganz anderen Begriffen diskutiert und keines wurde vor 2015 als UN-Nach-

10 Vgl. ebd., S. 47–120 (Kapitel 2: »Sharing«).

11 Vgl. dazu zuletzt *Wolfgang König*, Geschichte der Wegwerfgesellschaft. Die Kehrseite des Konsums, Stuttgart 2019; *Roman Köster*, Müll. Eine schmutzige Geschichte der Menschheit, München 2023.

12 *Martin Gutmann/Daniel Gorman* (Hrsg.), Before the UN Sustainable Development Goals. A Historical Companion, Oxford University Press, Oxford/New York 2022, 576 S., gebunden, 142,50 £.

haltigkeitsziel verhandelt. Doch will der Band aufzeigen, wie lange die mit den Nachhaltigkeitszielen verbundenen Problemlagen schon diskutiert werden. Damit soll das Buch nach dem expliziten Willen der Herausgeber auch eine Handreichung für Personen sein, die selbst im Feld der Sustainable Development Goals arbeiten – ob in der UN, in staatlichen Institutionen oder in NGOs. Die historische Kontextualisierung könne so konkret bei der Umsetzung gegenwärtiger Nachhaltigkeitsziele helfen.[13]

Die angeführten Beispiele verdeutlichen eine allgemeine Tendenz: Es ist auffällig, dass es vor allem die »langen« Geschichten der Nachhaltigkeit sind, die stärker auf die Gegenwart fokussieren, Kontinuitätslinien gegenüber Brüchen betonen und damit auch den Anspruch formulieren, aus historischen Beispielen relevante Erkenntnisse für gegenwärtige Herausforderungen abzuleiten. Im Gegensatz dazu betonen die zeithistorischen Kontextualisierungen einer »kurzen« Geschichte der Nachhaltigkeit stärker die historischen Brüche und Diskontinuitäten und versuchen, die spezifischen Entstehungsbedingungen des Nachhaltigkeitsdiskurses zu bestimmen. Sie analysieren den Nachhaltigkeitsdiskurs also stärker in seiner politisch-sozialen Semantik, die sich nicht bruchlos auf andere historische Kontexte übertragen lässt.

Schon vor knapp einem Jahrzehnt hat Stephen Macekura diese kritische Historisierung des Nachhaltigkeitsdiskurses vorangetrieben, indem er dessen Genese in den größeren Kontext der politischen und gesellschaftlichen Debatten seit dem Zweiten Weltkrieg einordnete.[14] Seine Genealogie ist daher nicht in erster Linie eine Begriffs- oder Ideengeschichte. Eher liefert er eine Problemgeschichte jener Themenfelder, die sich nach 1945 in der internationalen Politik etablierten und dann ab den 1970er-Jahren verstärkt unter dem Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« diskutiert wurden. Im Zentrum stehen zwei Themenfelder: auf der einen Seite die Debatten und Praktiken globaler Entwicklungspolitik in der Zeit nach 1945, auf der anderen Seite die beginnenden Diskussionen über globale ökologische Problemlagen. Beide Dimensionen standen häufig in Spannung, insbesondere in den oft divergierenden Interessen von westlichen Industrieländern und den sogenannten Entwicklungsländern. Macekura zeichnet diese Divergenzen an verschiedenen Schlüsselmomenten nach. Die beiden UN-Konferenzen in Stockholm 1972 und in Rio de Janeiro 1992 spielen als Kulminationspunkte dieser Konfliktlinien eine wichtige Rolle, ebenso verwandte Konzepte, die als Vorläufer oder Alternativen zum Diskurs der »nachhaltigen Entwicklung« verstanden werden können, wie zum Beispiel die Debatten über »angepasste Technologien« in den 1970er-Jahren, und schließlich geht es ihm auch um konkrete Implementierungsversuche wie zum Beispiel die Integration ökologischer Evaluationskriterien in Entwicklungsprojekte der USA oder der Weltbank. Die finale Durchsetzung des Nachhaltigkeitsdiskurses als Paradigma spielt bei Macekura nur eine untergeordnete Rolle. Im Zentrum steht eher die historische Rekonstruktion jener Problemlagen, auf die das Konzept der

13 Vgl. ebd., S. 3.

14 *Stephen Macekura*, Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century (Global and International History), Cambridge University Press, New York 2015, 333 S., gebunden, 39,99 £.

»nachhaltigen Entwicklung« dann in den 1980er-Jahren eine Antwort zu geben suchte.

Direkter auf die Ursprünge des Konzepts der »nachhaltigen Entwicklung« fokussiert stattdessen Iris Borowy in ihrer Studie über die Geschichte der Brundtland-Kommission, deren 1987 erschienener Bericht »Our Common Future« das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung« global etablierte und mit der bereits zitierten berühmten Formulierung griffig definierte.

Borowy zeichnet in ihrem Buch den Weg zum sogenannten Brundtland-Report nach: als Ideengeschichte, die auch die Vorläufer des Nachhaltigkeitsdiskurses in den internationalen Debatten nach 1945 einbezieht; als Institutionengeschichte, die die Eigenlogiken und institutionellen Restriktionen solcher UN-Kommissionen betont; als Geschichte der Debatten und Kontroversen innerhalb der Kommission, die zu den konkreten Formulierungen des Berichts führten; und schließlich als Rezeptionsgeschichte, die danach fragt, welche Formulierungen und Vorschläge des Berichts aufgegriffen wurden, während andere kaum politische oder mediale Resonanz fanden.[15] Das Buch verdeutlicht dabei zugleich, wie sehr das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, das heute oft als Integrationsformel für ganz unterschiedliche Interessen und Perspektiven gilt, selbst das Produkt einer kontroversen Konfliktgeschichte war.

Die Brundtland-Kommission ist nur ein Beispiel für eine ganze Reihe von Institutionen, bei denen sich ein genauerer Blick auf ihre Rolle in der Entstehung des Nachhaltigkeitsdiskurses lohnen würde. So hat Anne Egelston etwa die Entstehungsgeschichte des Nachhaltigkeitsdiskurses mit einem Blick auf die Rolle von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen verbunden und herausgearbeitet, wie die UN-Konferenzen und die relevanten UN-Institutionen wichtige Foren etablierten, in denen diese nichtstaatlichen Akteure im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik ihre Interessen artikulieren und die konzeptionellen Debatten zur Bedeutung von »nachhaltiger Entwicklung« mitprägen konnten.[16] Die Rolle von Unternehmen in diesen neuen internationalen Diskussionsforen – neben der UN beispielsweise auch in der OECD – wäre eine weitere Dimension, die in der Forschung bislang noch kaum in den Blick genommen worden ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Forschung zur Geschichte der Nachhaltigkeit, wie sie sich seit den 2010er-Jahren etabliert hat, ist durch interdisziplinäre Zugänge und eine große thematische Bandbreite geprägt. Das ist Vor- und Nachteil zugleich, aber in direkter Weise dem Themenfeld geschuldet. In zeitlicher Perspektive lassen sich eine »lange« und eine »kurze« Geschichte der Nachhaltigkeit unterscheiden. Im ersten Fall gehen die historischen Darstellungen zum Teil bis ins Mittelalter zurück und suchen oft dezidiert nach Kontinuitätslinien zur Gegenwart; im zweiten Fall konzentrieren sich die Forschungen vor allem auf die Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre und interpretieren das Konzept der Nachhaltigkeit als

15 *Iris Borowy*, Defining Sustainable Development for Our Common Future. A History of the World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission), Routledge, London/New York 2014, 280 S., gebunden, 145,00 £.

16 *Anne E. Egelston*, Sustainable Development. A History, Springer, Dordrecht/New York etc. 2013, 118 S., gebunden, 106,99 €.

eine spezifische Semantik der ökologischen und entwicklungspolitischen Situation dieser Zeit.

Beide Erzählungen liefern wichtige Erkenntnisse, stehen bislang aber relativ unverbunden nebeneinander beziehungsweise rekurrieren in Teilen sogar auf entgegengesetzte Interpretationen: Während auf der einen Seite eine lange ideengeschichtliche Tradition aufgerufen wird, die auch für die Gegenwart attraktiv erscheint, verortet der zeithistorische Zugriff das Aufkommen des Nachhaltigkeitsdiskurses in erster Linie im Kontext eines Bruchs des Fortschrittsparadigmas innerhalb des »Zeitenwandels« der 1970er-Jahre.[17] Ob und in welcher Weise sich beide Perspektiven sinnvoll miteinander in Beziehung setzen lassen, ist eine offene Frage. Begriffsgeschichtlich erscheint der Rückgriff auf die »lange« Geschichte der Nachhaltigkeit eher als »Invention of Tradition«[18] – hier gibt es wenig Evidenz, dass die langen begriffsgeschichtlichen Traditionslinien tatsächlich einen relevanten Einfluss auf die Diskussionen der 1970er- und 1980er-Jahre hatten. Für eine Problemgeschichte der Gegenwart haben die langen Traditionslinien dagegen eine größere Aussagekraft: Fragen der Ressourcennutzung, der Zeitlichkeit politischen Handels oder des Umgangs mit Schadstoffen, Emissionen und materiellen Überresten können in der Tat über Epochengrenzen hinweg in den Blick genommen werden, ohne dabei zwangsläufig heutige Begriffe und Vorstellungen in die Vergangenheit zu projizieren. Die im Folgenden diskutierten Arbeiten verdeutlichen, dass diese Fragen in der historischen Forschung mittlerweile intensiv und differenziert diskutiert werden.

II. Ideen-, begriffs- und wissensgeschichtliche Zugänge

Die vorgestellten Gesamtdarstellungen haben gezeigt, dass sich eine Geschichte der Nachhaltigkeit auf zwei Arten konzeptualisieren lässt: »Nachhaltigkeit« kann einerseits als Analysekategorie verstanden werden, mit der sich etwa der politische Zukunftsbezug vergangener Gesellschaften, deren Umgang mit natürlichen Ressourcen oder das Verhältnis von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft untersuchen lässt. Andererseits kann man in historischer Perspektive nach Konzepten und Ideen von Nachhaltigkeit fragen, also danach, in welcher Weise und mit welchen unterschiedlichen Terminologien frühere Gesellschaften dieses Themenfeld diskutiert haben – und wo und warum sich womöglich andere Terminologien als einflussreicher erwiesen.

Oft sind beide Dimensionen miteinander verschränkt: Historische Darstellungen interessieren sich meist sowohl für die sozioökonomischen Strukturen und Mensch-Umwelt-Verhältnisse vergangener Gesellschaften als auch für die Frage, welche Konzepte, Begriffe und Deutungsmuster zeitgenössischen Akteuren zur Verfügung

17 Vgl. *Elke Seefried*, Rethinking Progress. On the Origins of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000, in: Journal of Modern European History 13, 2015, S. 377–400. Zum allgemeinen Kontext des »Zeitenwandels« der 1970er-Jahre vgl. *Fernando Esposito* (Hrsg.), Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom, Göttingen 2017.

18 Vgl. *Eric Hobsbawm/Terence Ranger* (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge/New York etc. 1983.

standen, um diese Phänomene zu diskutieren und gegebenenfalls zu kritisieren. Daher spielen ideen-, begriffs- und wissensgeschichtliche Zugänge für die Geschichte der Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. Es ist dieser Aspekt, der das Forschungsfeld am deutlichsten von anderen Perspektiven, beispielsweise aus dem Bereich der Umweltgeschichte, abgrenzt.[19] Schon die Gesamtdarstellungen von Ulrich Grober und Jeremy Caradonna haben diesen Aspekt ins Zentrum gerückt. Weitere Forschungen haben ihn empirisch vertieft – am fundiertesten vermutlich Richard Hölzl, der am Beispiel der Forstwirtschaft des 18. und 19. Jahrhunderts eine »ökologische Reform« nachgezeichnet hat, die zugleich die Dimensionen von Wissen, Begriffsbildungen und Expertenkulturen betraf. Seine Analyse hat dabei besonders eindrücklich verdeutlicht, wie schwer sich Konzept- und Ideengeschichte im Feld der Nachhaltigkeit vom Bereich der konkreten Handlungsfelder und ökonomischen Praktiken trennen lassen.[20]

Entsprechend haben sich neuere ideengeschichtliche Forschungen noch stärker von einem rein begriffsgeschichtlichen Zugang zum Thema Nachhaltigkeit entfernt und die Traditionslinien eines kritischen Nachdenkens über die sozialen und ökologischen Folgen moderner Ökonomien sehr viel umfassender in den Blick genommen. Unter diesen Vorzeichen ist vor allem das 19. Jahrhundert als eine zuvor eher am Rande betrachtete Epoche der Geschichte der Nachhaltigkeit in den Fokus gerückt. In der Tat stellt diese Zeit für das Themenfeld eine besonders interessante Phase dar: Denn einerseits kommen hier die Hochphase der Industrialisierung und die Entstehung des modernen Kapitalismus in den Blick, die in heutigen Debatten meist als Ausgangspunkt der gegenwärtigen ökologischen Problemlagen identifiziert werden. Andererseits entstammt dem 19. Jahrhundert auch die erste systematische Kritik am Kapitalismus, die in vielen Fällen bereits sozial, kulturell und in Ansätzen ökologisch argumentierte. Klassiker wie Friedrich Engels' »Lage der arbeitenden Klasse in England« oder auch Karl Marx' »Das Kapital« sind unter diesen Perspektiven einer ökologisch inspirierten Neulektüre unterzogen worden.[21] Große Aufmerksamkeit hat auch John Ruskin gefunden, dessen ursprünglich primär kulturell gerahmte Kapitalismuskritik in neuer Weise »ökologisch« gelesen worden ist.[22] Stellvertretend für dieses boomende Forschungsfeld des »Ecocriticism« des 19. Jahrhunderts soll hier eine Veröffentlichung vorgestellt werden, an der sich Potenzial und Grenzen dieses Ansatzes gut darstellen lassen: Michelle C. Neelys Buch

19 Zur Bedeutung von »Nachhaltigkeit« als Konzept in der Umweltgeschichte vgl. *Sebastian Haumann*, Zwischen »Nachhaltigkeit« und »Anthropozän«. Neue Tendenzen in der Umweltgeschichte, in: Neue Politische Literatur 64, 2019, 2, S. 295–326.

20 Vgl. *Richard Hölzl*, Umkämpfte Wälder. Die Geschichte einer ökologischen Reform in Deutschland 1760–1860, Frankfurt am Main/New York 2010.

21 Vgl. *Paul Burkett*, Marx and Nature. A Red and Green Perspective, Basingstoke 1999; *John Bellamy Foster*, Marx's Ecology. Materialism and Nature, New York 2000; zuletzt intensiv diskutiert *Kōhei Saitō*, Marx in the Anthropocene. Towards the Idea of Degrowth Communism, Cambridge/New York 2022.

22 Vgl. *Vicky Albritton/Fredrik Albritton Jonsson*, Green Victorians. The Simple Life in John Ruskin's Lake District, Chicago 2016.

»Against Sustainability. Reading Nineteenth-Century America in the Age of Climate Crisis«.[23]

Neely nimmt mehrere Autor:innen in den Blick, die zum Teil schon in anderen Kontexten den Ausgangspunkt für eine ökologische Neuperspektivierung des literarisch-politischen Denkens des 19. Jahrhunderts gebildet haben: unter anderem Walt Whitman, Henry David Thoreau, Emily Dickinson und Herman Melville. Ihr Ansatz folgt jedoch keiner historischen Kontextualisierung. Vielmehr möchte sie die Autor:innen auf Anknüpfungspunkte für gegenwärtige politische und ökologische Debatten befragen, was vor allem durch die Gegenüberstellung mit Autor:innen der Gegenwart geschieht. Das ist in vielen Fällen erhellend, wenn etwa frühe Formen des Recyclings, der Bedürfnislosigkeit oder der Naturerhaltung mit heutigen ökologischen Diskursen in Verbindung gesetzt werden, oder Herman Melvilles Darstellung einer dem Menschen nicht zugänglichen Rückzugswelt der Wale mit heutigen Darstellungen des alle Ozeane durchdringenden Mikroplastiks in Bezug gesetzt wird. Das Buch argumentiert insofern jedoch explizit ahistorisch, als die Texte gerade nicht darauf befragt werden, auf welche Probleme und Herausforderungen sie in ihrer Zeit reagierten, sondern darauf, was sie »uns« in einer Neulektüre im »Zeitalter der Klimakrise« sagen können.

Das spiegelt ein generelles Phänomen vieler Arbeiten, die sich in den letzten Jahren mit ähnlichen Diskursen des 19. Jahrhunderts auseinandergesetzt haben.[24] Auffällig ist, dass die meisten dieser Arbeiten aus den Literaturwissenschaften stammen, wobei der Impetus oft darin besteht, die Texte des 19. Jahrhunderts in ökologischer oder ökokritischer Perspektive neu zu lesen und auf diese Weise Aspekte freizulegen, die von den Autor:innen selbst nicht ins Zentrum gestellt worden waren. Das steht einem historischen Umgang mit den Texten eher entgegen und erschwert in vielen Fällen den interdisziplinären Austausch. Ein Gegenbeispiel stellt Heinrich Detering dar, dessen Beschäftigung mit ökologischen Fragestellungen aus literaturwissenschaftlicher Perspektive sehr viel stärker an einer historischen Kontextualisierung orientiert ist und für die Geschichtswissenschaft interessante Anknüpfungspunkte bezüglich der Frage nach dem Umgang mit literarischen Quellen für eine Gesellschaftsgeschichte der Nachhaltigkeit bietet. So kommen bei Detering nicht nur Romane und andere belletristische Werke in den Blick, sondern auch Bildsprachen, wissenschaftliche Darstellungen und Egodokumente, die jeweils Verknüpfungen zu geschichtswissenschaftlichen Herangehensweisen eröffnen.[25]

Hat das ökologische Denken des 19. Jahrhunderts zuletzt also vor allem in den Literaturwissenschaften größere Aufmerksamkeit gefunden, legen die ideengeschichtlichen Arbeiten aus der Geschichtswissenschaft ihren Fokus eher auf die

23 *Michelle C. Neely*, Against Sustainability. Reading Nineteenth-Century America in the Age of Climate Crisis, Fordham University Press, New York 2020, 224 S., broschiert, 33,00 $.

24 Vgl. exemplarisch *Juliana Chow*, Nineteenth-Century American Literature and the Discourse of Natural History, Cambridge/New York etc. 2021; *Laurence W. Mazzeno/Ronald D. Morrison*, Victorian Writers and the Environment. Ecocritical Perspectives, Abingdon 2017; *Dewey W. Hall* (Hrsg.), Romantic Ecocriticism. Origins and Legacies, Lanham/London 2016.

25 Vgl. *Heinrich Detering*, Menschen im Weltgarten. Die Entdeckung der Ökologie in der Literatur von Haller bis Humboldt, Göttingen 2020; *ders.*, Holzfrevel und Heilsverlust. Die ökologische Dichtung der Annette von Droste-Hülshoff, Göttingen 2020.

Zeit nach 1945. Im Zentrum steht dabei der Versuch, die Genese von Konzepten der Nachhaltigkeit innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Debatten dieser Epoche zu verorten. »Nachhaltigkeit« steht hier im Schnittfeld unterschiedlicher Diskurs- und Wissensfelder: der Zukunftsforschung und der Kybernetik, der Diskussion und Kritik ökonomischer Wachstumsmodelle und anderer ökonomischer Theoreme, des Ökologiediskurses sowie der Diskussionen über Globalisierung und internationale Interdependenz.

Besonders erhellend für eine solche Ideen-, Wissens- und Technikgeschichte der Nachhaltigkeit ist dabei weiterhin Sabine Höhlers schon 2015 erschienene Arbeit »Spaceship Earth in the Environmental Age, 1960–1990«.[26] Das Buch untersucht auf einer ersten Ebene mit dem »Raumschiff Erde« eine Kernmetapher des ökologischen Denkens seit den 1960er-Jahren. Das Buch geht aber über eine solche Ideengeschichte hinaus und untersucht ökologische Debatten und Wissensregime im Kontext des Nachdenkens über Interdependenz, Kybernetik, Statistik, Zukunftsforschung und Bevölkerungsplanung. »Spaceship Earth« sei, so Höhler, eine der einflussreichsten Metaphern gewesen, mit der in den 1960er- bis 1980er-Jahren die Erde als »enclosed and finite space«[27] zu sehen begonnen wurde, was vielfältige Diskussionen, Experimente und technische Projekte zur Folge gehabt habe.

Gerade die von Höhler betonte neue Wahrnehmung einer begrenzten Welt eröffnet auch Verbindungslinien zu wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen, wo unter den Vorzeichen der Nachhaltigkeitsdebatten in den letzten Jahren intensiv über Konzepte von Postwachstum und »Degrowth« debattiert worden ist. In der Geschichtswissenschaft haben diese Diskussionen bislang kaum Resonanz gefunden, obwohl viele der hier aufgerufenen Konzepte auf Diskussionen des ökonomischen Denkens rekurrieren, die mindestens bis in die 1960er-Jahre zurückreichen und teils sogar schon – wie etwa bei John Stuart Mill – die liberale Wirtschaftstheorie des 19. Jahrhunderts beeinflussten.[28]

Eine der ersten systematischen Darstellungen dieser historischen Debatten über das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Postwachstum ist der von Iris Borowy und Matthias Schmelzer herausgegebene Band »History of the Future of Economic Growth«.[29] Mit Borowy als einer der profiliertesten Forscher:innen zur Geschichte der nachhaltigen Entwicklung[30] und Schmelzer als Protagonisten der Postwachs-

26 *Sabine Höhler*, Spaceship Earth in the Environmental Age, 1960–1990 (History and Philosophy of Technoscience, Bd. 4), Pickering & Chatto, London 2015, 244 S., gebunden, 150,00 £.

27 Ebd., S. 6.

28 Zum Argument des »Stationary State« bei Mill vgl. *John Stuart Mill*, Principles of Political Economy, New York 1900 (zuerst 1848), S. 452–455. Vgl. als systematische Diskussion des Themenfelds vor allem *Kenneth E. Boulding*, The Economics of the Coming Spaceship Earth, in: Henry Jarrett (Hrsg.), Environmental Quality in a Growing Economy. Essays from the Sixth RFF Forum, Baltimore/London 1966, S. 3–14; *Herman E. Daly*, Toward a Steady-State Economy, San Francisco 1973.

29 *Iris Borowy/Matthias Schmelzer* (Hrsg.), History of the Future of Economic Growth. Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth (Routledge Studies in Ecological Economics, Bd. 44), Routledge, London/New York 2017, 214 S., gebunden, 155,00 £.

30 Vgl. etwa *Borowy*, Defining Sustainable Development for Our Common Future.

tumsdebatte[31] kommen hier zwei Forschungsrichtungen zusammen, die beide die Diskurse der Nachhaltigkeit in größere ökonomische Debatten einordnen. Das ist gerade deshalb spannend, weil das Konzept der Nachhaltigkeit sowohl in den Postwachstumsdebatten als auch in jenen der ökologischen Modernisierung genutzt wird, etwa im Kontext des »Green New Deals«. Die Frage, in welchem Verhältnis das Konzept der Nachhaltigkeit zum Paradigma des ökonomischen Wachstums steht, ist also eine der Kernfragen der gesamten Debatte.

Zeitlich folgt der Band zunächst einer klassischen Periodisierung. Mit den 1970er-Jahren, so die Argumentation der Herausgeber:innen, sei das Zeitalter des globalen ökonomischen Wachstums an sein Ende gekommen. Damit lasse sich das »Economic Growth Paradigm«, das in der neoklassischen Ökonomik lange Zeit als Konstante der Moderne verstanden wurde, nun als Merkmal einer spezifischen Epoche fassen und damit auch kritisch historisieren.

Die Interpretation dieses Paradigmas als Merkmal einer spezifischen historischen Epoche, die vor allem die Zeit seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts umfasst, hat zwei miteinander verschränkte Dimensionen: auf der einen Seite die »reale« ökonomische Entwicklung, die in der Tat – wenn auch radikal ungleich verteilt – durch eine exzeptionelle Steigerung von ökonomischem Wachstum, materiellem Umsatz und einer Ausweitung von Konsummöglichkeiten geprägt war; auf der anderen Seite aber eben auch eine ideengeschichtliche Dimension, in der »Wachstum« und »Entwicklung« zu Kernversprechen moderner Gesellschaften wurden. Kurz gesagt: Die Zeit seit dem 19. Jahrhundert war nicht nur durch eine nie gekannte Steigerung des Bruttosozialprodukts geprägt, sondern auch durch die Erfindung dieser Kategorie und deren Aufstieg zum wichtigsten Gradmesser politischen und ökonomischen Erfolgs.[32]

Der Band entwirft hierzu ein weit gespanntes Panorama, das nicht in allen Aspekten neu ist, aber überzeugend verdeutlicht, wie wichtig eine Einordnung der Nachhaltigkeitsdebatten in die ökonomischen Diskurse des 19. und 20. Jahrhunderts ist. So arbeitet Gareth Dale noch einmal überzeugend heraus, dass die Vorstellung eines sich selbst tragenden ökonomischen Wachstums ein historisch neues Phänomen darstellte, das in Nordwesteuropa ab dem 17. Jahrhundert an Bedeutung gewann – unter anderem angeleitet durch eine neue Vorstellung von Zeitlichkeit, neue Formen von Statistik und Wissenschaft und vor allen Dingen der Entstehung des modernen Kapitalismus.[33] Jean-Baptiste Fressoz und Christophe Bonneuil verfolgen diese Spur weiter und zeigen auf, wie diese Vorstellungen ab dem 18. Jahrhundert expandierten und hegemonial wurden, insbesondere indem sich die Vorstellung von ökonomischem Wachstum *konzeptionell* von jeder natürlichen Ressourcenbasis abkoppelte, während sie *materiell* zur selben Zeit immer stärker durch die neuen fossilen Energieträger wie Kohle und später Öl getragen

31 Vgl. etwa *Matthias Schmelzer/Andrea Vetter*, Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg 2021 (zuerst 2019).

32 Vgl. dazu *Daniel Speich Chassé*, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie, Göttingen 2013.

33 Vgl. *Gareth Dale*, Seventeenth-Century Origins of the Growth Paradigm, in: *Borowy/Schmelzer*, History of the Future of Economic Growth, S. 27–51.

wurde.[34] Das besondere Analysepotenzial einer Verschränkung von ökonomischer Theoriebildung und materieller Basis verdeutlicht Andrea Westermann in ihrem äußerst erhellenden Beitrag, der die Bindung der Geldbasis an Gold und Silber mit der Abschätzung der noch vorhandenen Bestände der Metalle verknüpft.[35] Für das 20. Jahrhundert setzen die Beiträge von Lorenzo Fioramonti und von Stephen Macekura diese Ideengeschichte fort, insbesondere mit Fokus auf die Rolle, welche Konzepte des Bruttosozialprodukts und ähnlicher statischer Einheiten in diesem Kontext spielten – in Europa und Nordamerika und unter dem Paradigma der »Entwicklung« auch im kolonialen und postkolonialen Kontext.[36]

Dieser Historisierung des Wachstumsparadigmas steht die zweite Stoßrichtung des Bandes gegenüber, die in historischer Perspektive nach Alternativen fahndet. Dieser Teil ist auf zwei Aufsätze beschränkt und verweist damit wohl auch darauf, wie wenig diese Fragestellungen bislang in der Geschichtswissenschaft diskutiert worden sind. Mit Jeremy Caradonna beschäftigt sich einer der wichtigsten Forscher des Felds mit der Frage, welche Rolle Wachstum und Wachstumskritik in der Geschichte der Nachhaltigkeit spielten. Er zeichnet hierbei eine doppelte Bewegung nach: Während auf der einen Seite die Forschung immer skeptischer wurde, ob sich Wachstum und Nachhaltigkeit verbinden lassen, hat sich diese Verschränkung im politischen Diskurs und im politischen Handeln in großem Maße als Paradigma durchgesetzt.[37] Der abschließende Aufsatz von Barbara Muraca und Matthias Schmelzer zeichnet dann detaillierter die Entstehung und den Bedeutungsgewinn der Wachstumskritik seit den 1970er-Jahren nach.[38]

Der Band von Borowy und Schmelzer verdeutlicht die Notwendigkeit, ideengeschichtliche Ansätze mit übergreifenden Fragestellungen der Politik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in Verbindung zu setzen. Am konsequentesten hat diesen Ansatz im deutschsprachigen Raum die Leibniz-Forschungsgruppe »Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Diskurse und Praktiken seit den 1970er Jahren« verfolgt.[39] Die meisten der in dem dortigen Verbund entstandenen Arbeiten werden erst in diesem und dem kommenden Jahr erscheinen. Dennoch lohnt es, auf Basis einiger bereits publizierter Aufsätze sowie dem Verfasser zur Verfügung gestellter Manuskripte die theoretisch-methodischen und argumentativen Schwerpunkte der Forschungsgruppe zumindest in den Grundzügen darzustellen. Denn zweifellos wer-

34 Vgl. *Jean-Baptiste Fressoz/Christophe Bonneuil*, Growth Unlimited. The Idea of Infinite Growth from Fossil Capitalism to Green Capitalism, in: ebd., S. 52–68.

35 Vgl. *Andrea Westermann*, The End of Gold? Monetary Metals Studied at the Planetary and Human Scale during the Classical Gold Standard Era, in: ebd., S. 69–90.

36 Vgl. *Lorenzo Fioramonti*, Gross Domestic Problem. How the Politics of GDP Shaped Society and the World, in: ebd., S. 91–109; *Stephen Macekura*, Development and Economic Growth. An Intellectual History, in: ebd., S. 110–128.

37 Vgl. *Jeremy Caradonna*, An Incompatible Couple. A Critical History of Economic Growth and Sustainable Development, in: ebd., S. 154–173.

38 Vgl. *Barbara Muraca/Matthias Schmelzer*, Sustainable Degrowth. Historical Roots of the Search for Alternatives to Growth in Three Regions, in: ebd., S. 174–197.

39 Zum Forschungsprojekt vgl. Institut für Zeitgeschichte, Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Diskurse und Praktiken seit den 1970er Jahren, URL: <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-nachhaltigkeiten> [6.8.2024].

den die demnächst erscheinenden Arbeiten die Diskussionen um eine (Zeit-)Geschichte der Nachhaltigkeit maßgeblich beeinflussen.

Für den vorliegenden Kontext sind die dort verfolgten Forschungsprojekte vor allem interessant, weil sie den Schwerpunkt von einer reinen Ideengeschichte zu einer Diskurs- und Politikgeschichte erweitern, die insbesondere die Zielkonflikte und Spannungsfelder des Nachhaltigkeitsdiskurses ins Zentrum rücken und sie dabei mit konkreten Praktiken und Politikansätzen verbinden. So untersucht Karen Froitzheim die Rolle von Nachhaltigkeit als Diskurs und Praxis in deutschen und britischen Unternehmen[40], während Eva Oberloskamp am Beispiel der deutschen und britischen Energiepolitik der 1970er- und 1980er-Jahre das Zusammenwirken von Markt und Staat analysiert.[41] Nadja Hendriks Studie über die Implementierung von Nachhaltigkeitspolitiken in bayerischen Kommunen nimmt demgegenüber einen lokalgeschichtlichen Blick ein und analysiert vor allem die für das entstehende Nachhaltigkeitsparadigma so wichtige Verschränkung von politischer und zivilgesellschaftlicher Initiative.[42]

Neben diesen detaillierten empirischen Arbeiten, die den Blick auf die konkrete Implementierung von Nachhaltigkeitspolitiken seit den 1970er-Jahren auf eine neue Grundlage stellen werden, hat im Rahmen der Forschungsgruppe vor allem Elke Seefried umfassendere Interpretationsangebote für eine Diskurs- und Politikgeschichte der Nachhaltigkeit entwickelt. Ihr Ansatz untersucht die Geschichte der Nachhaltigkeit als Geschichte politischer Semantik und Kommunikation, und damit insbesondere im Hinblick darauf, wie die Sprache der Nachhaltigkeit im politischen Raum aufgenommen und zur Legitimation unterschiedlicher politischer Projekte genutzt wurde. In mehreren Aufsätzen hat Seefried dieses Forschungsprogramm für unterschiedliche Themenfelder entfaltet, so im Hinblick auf den Konnex von Nachhaltigkeit und Demokratie, auf die Bedeutung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurses für die außenpolitische Neupositionierung der Bundesrepublik in den 1990er-Jahren sowie auf den Nachhaltigkeitsdiskurs in der EG beziehungsweise EU und den dortigen Ansätzen einer gemeinsamen europäischen Umweltpolitik.[43]

In übergreifender Perspektive bietet die Beschäftigung mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs damit auch die Chance, etablierte Narrative der Zeitgeschichte wie jenes der »Problemgeschichte der Gegenwart« oder der Zeit »nach dem Boom« in neue

40 Vgl. *Karen Froitzheim*, Nachhaltigkeit(en) zwischen Kontinuität und Wandel. Zur Entwicklung von Diskursen und Praktiken in deutschen und britischen Unternehmen nach der Rio-Konferenz (erscheint voraussichtlich 2024).

41 Vgl. *Eva Oberloskamp*, Energie, Umwelt, Markt. Diskurse und politisches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland und im Vereinigten Königreich, 1970er und 1980er Jahre (erscheint voraussichtlich 2025).

42 Vgl. *Nadja Hendriks*, Zwischen lokaler Umwelt und globaler Nachhaltigkeit. Lokales Nachhaltigkeitsengagement im Kontext umweltpolitischer Handlungsfelder in bayerischen Kommunen seit 1970 (erscheint voraussichtlich 2025).

43 Vgl. *Elke Seefried*, Nachhaltigkeit und Demokratie, in: APuZ 72, 2022, H. 21–22, S. 15–20; *dies.*, Umweltpolitischer Vorreiter. Die Außenpolitik des vereinten Deutschland und die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, in: VfZ 72, 2024, S. 455–493; *dies.*, Developing Europe. The Formation of Sustainability Concepts and Activities, in: *Anna-Katharina Wöbse/Patrick Kupper* (Hrsg.), Greening Europe. Environmental Protection in the Long Twentieth Century – A Handbook, Berlin/Boston 2022, S. 389–417.

Perspektiven einzuordnen.[44] Voraussichtlich 2025 erscheint Elke Seefrieds Gesamtdarstellung unter dem Titel »Erfolgsgeschichte der Nachhaltigkeit?«, die diesen begriffs- und politikgeschichtlichen Ansatz weiter ausformuliert – und damit auch einen wichtigen Beitrag zur gerade erst beginnenden Historisierung der 1990er-Jahre als zeithistorischer Epoche leisten wird.[45] Für dasselbe Jahr ist auch ein Sammelband angekündigt, der unter dem Titel »Geschichte der Nachhaltigkeit(en)« das »Verhältnis von Ökonomie und Ökologie in der Moderne« in den Blick nimmt.[46] Die angekündigten Veröffentlichungen versprechen, eine erste Synthese der in den letzten Jahren geführten Forschungsdiskussionen zu liefern.

III. Politikgeschichtliche Zugänge

Die ideengeschichtliche Einordnung hat wiederholt gezeigt, wie stark die Theorien und Konzeptdebatten mit politischen Diskursen, Konflikten und Aushandlungsprozessen verbunden waren. Das galt schon für die »longue durée«, wie sie Ulrich Grober und Jeremy Caradonna nachgezeichnet haben; für die Zeitgeschichte der Nachhaltigkeit ist das Phänomen erst recht unverkennbar. Ideen- und politikgeschichtliche Zugänge sind also selten klar voneinander abzugrenzen. Analytisch hat die Unterscheidung jedoch ihre Berechtigung: Während in den ideengeschichtlichen Arbeiten in erster Linie die Genese unterschiedlicher Konzepte von Nachhaltigkeit nachgezeichnet wird, interessiert sich ein politikgeschichtlicher Zugang für die Fragen, unter welchen Voraussetzungen sich diese Konzepte im politischen Raum etablieren konnten, welche Konzepte von Nachhaltigkeit hierbei in den Vordergrund rückten (und welche nicht) und welchen realen Einfluss auf die politischen Entscheidungen sie konkret hatten, sei es national oder international.

Damit betont eine politikgeschichtliche Einordnung auch die Konflikte, die um Konzepte und Praktiken der Nachhaltigkeit entstanden, und wendet sich damit gegen eine technizistische Interpretation, nach der das Konzept der Nachhaltigkeit Richtlinien, Ziele und Kriterien bereitstellen könne, die jenseits politischer Interessenkonflikte zwingend als handlungsleitend anerkannt werden müssten. Um diese politische Konfliktgeschichte der Nachhaltigkeit genauer zu konturieren, ist es weiterführend, auch neuere Arbeiten aufzugreifen, die das Konzept der Nachhaltigkeit ebenso unter politiktheoretischen wie unter philosophischen und normativen Ansätzen diskutieren. Wiederum nur exemplarisch soll hier mit Felix Heidenreichs Buch »Nachhaltigkeit und Demokratie« von 2023 eine Veröffentlichung genauer vorgestellt werden, die für die geschichtswissenschaftliche Diskussion aus mehre-

44 *Hans Günter Hockerts*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127, hier: S. 124; vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

45 Vgl. *Elke Seefried*, Erfolgsgeschichte der Nachhaltigkeit? Ökonomie, Ökologie und politische Zukunftskommunikation in Deutschland seit den 1970er Jahren (erscheint voraussichtlich 2025).

46 Vgl. *dies./Marita Krauss/Christian Lotz* u. a. (Hrsg.), Geschichte der Nachhaltigkeit(en). Zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie in der Moderne (erscheint 2025).

ren Gründen relevante Anknüpfungspunkte bietet.[47] Das Buch ist an der Schnittstelle von Politikwissenschaft und politischer Philosophie angesiedelt und für die historische Forschung besonders interessant, weil es die demokratietheoretische Dimension der Nachhaltigkeitsthematik ins Zentrum stellt und damit Anregungen gibt, wie sich eine Geschichte der Nachhaltigkeit in den größeren Kontext einer Demokratiegeschichte der Moderne einfügen ließe.

Heidenreich verortet seine Argumentation in Abgrenzung zu zwei gängigen Interpretationen des Verhältnisses von Demokratie und Nachhaltigkeit: einerseits der Vorstellung, dass die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ein demokratieneutrales Vorhaben darstelle, dessen Umsetzung keine Veränderungen der politischen Strukturen und Institutionen erfordere, sowie andererseits der immer wieder heraufbeschworenen Befürchtung, dass eine ökologische Transformation notwendigerweise eine partielle Entmachtung der Demokratie zur Folge haben werde – ein Diskurs, der unter Schlagworten wie »Öko-Diktatur«, »Nanny-Staat« oder »Expertokratie« immer wieder aktualisiert wird. Gegen die erste These postuliert Heidenreich, dass Nachhaltigkeit als Gesellschaftsziel eben nicht demokratieneutral sei, sondern notwendig auch andere Formen von Politik und Demokratie hervorbringen müsse. Gegen die zweite These entwirft er sein normatives Modell, nach dem eine Politik der Nachhaltigkeit zugleich mit einer Vertiefung der Demokratie einhergehen müsse.

Im Zentrum von Heidenreichs politischer Philosophie steht die Forderung einer umfassenden Transformation des Politischen, insbesondere einer Auflösung der vermeintlichen Trennung zwischen privaten und öffentlichen Belangen im Sinne eines Verständnisses von Politik als »Gestaltung von Lebenswelten«.[48] Dies greift Aspekte auf, die auch in der Neuen Politikgeschichte intensiv diskutiert worden sind. Im Kern identifiziert Heidenreich drei Themenfelder, die für eine Demokratietheorie im Kontext der Nachhaltigkeit neu zu denken seien: Fragen der Privatheit und der Eingriffsrechte des Staates; Fragen der Legitimation demokratischer Herrschaftsausübung; und Fragen der Partizipation von Bürger:innen. Zusammengefasst lautet seine These: Die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft wird ein höheres Maß staatlichen Eingreifens erfordern. Soll dies im Rahmen demokratischer Strukturen geschehen, so kann dies nur über eine Vertiefung und Ausweitung individueller Partizipationsmöglichkeiten legitimiert werden.

Heidenreichs hieraus abgeleitetes Konzept eines »Republikanismus der Nachhaltigkeit«[49] kann hier nicht im Detail dargestellt werden. Für die Geschichtswissenschaft finden sich bei Heidenreich jedoch vielfältige Anknüpfungspunkte. Das gilt unter anderem für die ökologischen Steuerungsdebatten seit den 1970er-Jahren, die wie oben dargestellt häufig in Form von Diskursen über eine vermeintliche Entdemokratisierung geführt wurden, aber immer auch mit Utopien einer Vertiefung der Demokratie in Anknüpfung an basisdemokratische Ideale verbunden waren. Heidenreichs Diskussion des politischen Liberalismus und dessen Scheitern im Angesicht der ökologischen Herausforderungen muss ebenfalls nicht normativ über-

47 *Felix Heidenreich*, Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie, Suhrkamp, Berlin 2023, 243 S., broschiert, 20,00 €.
48 Ebd., S. 90–94.
49 Ebd., S. 237.

nommen werden, eröffnet aber erhellende Frageperspektiven für eine Geschichte der Nachhaltigkeit. Und nicht zuletzt wirft die Dimension der Zeitlichkeit äußerst relevante Fragen auf – gerade im Hinblick auf das Handeln und die Selbstlegitimation von Demokratien. Die Frage, wie Demokratien mit unterschiedlichen Zeitregimen und sich überlagernden »Zukünften« umgehen, ist zweifellos hochaktuell für eine zu schreibende Geschichte der Nachhaltigkeit.[50]

Heidenreichs Buch ist nur ein Beispiel für die umfangreiche Forschungsliteratur in den Sozial- und Politikwissenschaften sowie der Politischen Philosophie, die sich gegenwärtig mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinandersetzt.[51] Diese Forschungen könnten auch in der Geschichtswissenschaft als Anregung verstanden werden, stärker danach zu fragen, wie Diskurse der Nachhaltigkeit nicht nur nach politischer Umsetzung streben, sondern selbst Vorstellungen von Politik und Demokratie verändern: etwa im Hinblick auf die divergierenden Zeitvorstellungen im Raum des Politischen, die Ansprüche demokratischer Partizipation und Repräsentation oder das Verhältnis von demokratischen Entscheidungsprozessen und wissenschaftlicher Expertise.

Insgesamt spielen solch umfassende Theoriebildungen in der Geschichtswissenschaft eine sehr viel geringere Rolle. Hier heben politikgeschichtliche Ansätze vor allem darauf ab, die politischen Arenen und Diskussionskontexte zu rekonstruieren, in denen sich das Konzept der Nachhaltigkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts international zu einem deutungsmächtigen Paradigma entwickeln konnte. Eine besonders gelungene Arbeit, die diese Genese der Nachhaltigkeit als Politik- und Diskursfeld nachzeichnet, ist Perrin Selcers 2018 erschienenes Buch »The Postwar Origins of the Global Environment«.[52]

Auch Selcers Buch steht an der Schnittstelle von Politik- und Ideengeschichte. Es greift Fragen nach der Entstehung ökologischer Konzepte und Metaphern auf, wie sie in ideengeschichtlicher Perspektive schon von Sabine Höhler und anderen diskutiert wurden. Doch liegt sein Fokus stärker auf der Frage, wie aus diesen Problemdiagnosen sukzessive politische Handlungsansätze hervorgingen. Für die Geschichte der Nachhaltigkeit ist der Blick auf die UN dabei seit Langem etabliert. Die Umwelt-, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik gelten als paradigmatische globale Problemlagen, die sich daher auch früh in globalen Diskussionsforen artikulierten. Die große Stärke von Selcers Buch ist es jedoch, dass er diese Vorstellung

50 Der Verfasser leitet seit 2024 eine Forschungsgruppe, die sich unter dem Titel »Die ›Zeit‹ der Demokratie. Zeitstrukturen und temporale Diskurse in der parlamentarischen Praxis in Deutschland und Frankreich nach 1945« mit diesen Fragestellungen auseinandersetzt. Vgl. als erste Veröffentlichung aus diesem Problemzusammenhang *Benjamin Möckel*, What Has Posterity Ever Done for Me? Future Generations, Intergenerational Justice, and the Chronopolitics of Distant Futures, in: History and Theory 62, 2023, H. 4, S. 66–85.

51 Vgl. exemplarisch *John Barry/Marcel Wissenburg* (Hrsg.), Sustaining Liberal Democracy. Ecological Challenges and Opportunities, Basingstoke 2014 (zuerst 2001); *Sighard Neckel/Natalia Besedovsky/Moritz Boddenberg* u. a. (Hrsg.), Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms, Bielefeld 2018; *Friedrich M. Zimmermann* (Hrsg.), Nachhaltigkeit wofür? Von Chancen und Herausforderungen für eine nachhaltige Zukunft, Berlin/Heidelberg 2016.

52 *Perrin Selcer*, The Postwar Origins of the Global Environment. How the United Nations Built Spaceship Earth (Columbia Studies in International and Global History), Columbia University Press, New York 2018, 400 S., gebunden, 75,00 $.

gerade nicht als gegeben annimmt, sondern konkret analysiert, wie aus ökologischen Fragestellungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive ein globales Politikfeld wurde.

Das verdeutlicht schon sein chronologischer Zugriff: Während in den meisten Arbeiten zur globalen Umweltpolitik die »United Nations Conference on the Human Environment« in Stockholm 1972 den Ausgangspunkt bildet, steht sie bei Selcer am Ende einer äußerst komplexen Analyse, die die Genese dieses Politikfelds seit 1945 nachzeichnet – inklusive der Spannungen und Widersprüche, die sich dann von der Stockholmer Konferenz bis zur gegenwärtigen globalen Klima- und Umweltpolitik nachzeichnen lassen. Auf diese Weise ist das Buch auch für heutige Debatten relevant: nicht als direkte Vorgeschichte heutiger ökologischer Probleme, sondern als Genealogie der Art und Weise, wie wir die heutigen globalen und planetaren Probleme zu sehen gelernt haben.

Konkret stehen in dem Buch zwei UN-Institutionen und deren zum Teil gemeinsam verfolgte Projekte im Mittelpunkt: die UNESCO und die »Food and Agriculture Organization« (FAO). In mehreren Teilstudien analysiert Selcer ihre Arbeit in unterschiedlichen Themenfeldern: den Projekten zur Förderung eines globalen Bewusstseins, wie sie die UNESCO in den ersten Nachkriegsjahren zu etablieren versuchte, der »UN Scientific Conference on the Conservation and Utilization of Ressources« (UNSCCUR) aus dem Jahr 1949, den Programmen der UN zum Thema Desertifikation, einem davon unabhängigen wissenschaftlichen Großprojekt, das eine Bodenkarte der gesamten Erde entwickelte, sowie als direkte Vorläufer der Konferenz von Stockholm in dem Projekt »Man and the Biosphere« und die Versuche einer systematischen Inventur ökologischer Faktoren in globalem Maßstab.

Die Fallbeispiele erscheinen auf den ersten Blick relativ disparat und fügen sich nicht zu einer geschlossenen Geschichte der UN-Umweltpolitik »vor Stockholm« zusammen. Die gemeinsame Klammer besteht eher darin, dass Selcer in den einzelnen Projekten Versuche zu erkennen glaubt, in denen eine Gruppe »internationalistisch« motivierter Wissenschaftler:innen und UN-Beschäftigte Formen der globalen Kooperation etablieren wollten und in diesem Kontext den Bereich der Ökologie als attraktives Thema entdeckten. Sein Hauptinteresse liegt auf der Frage, welcher Blick auf globale Probleme, auf die Interdependenz der Welt und auf die Verschränkung von menschlichen und nichtmenschlichen Faktoren sich in den genannten Fallbeispielen herausbildete – und inwieweit dieser Blick dann für die globale Umweltpolitik seit den 1970er-Jahren prägend und handlungsleitend geworden sei.

Diese konzeptionellen Debatten über Fragen von Ökologie, Entwicklung und Nachhaltigkeit waren von Beginn an mit konkreten politischen Projekten innerhalb der UN verbunden. Das Buch gibt hier eine detaillierte Darstellung der Schwierigkeiten, die die Versuche einer Etablierung der Umwelt als internationales Politikfeld aufwarfen. Einiges davon ist sicherlich nicht spezifisch für das Themenfeld: interne Machtkämpfe, Abgrenzungsversuche gegenüber anderen UN-Institutionen, notorische Unterfinanzierung und der Kampf um innerinstitutionelle Relevanz und Aufmerksamkeit – all das charakterisiert das UN-Universum auch in anderen Bereichen. Dennoch ergeben sich auch hier neue Erkenntnisse, die die Etablierung der UN-Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in einen komplexeren Zusammenhang einordnen.

Viele bisherige Interpretationen hatten gerade mit Bezug auf die Stockholmer Konferenz den Antagonismus zwischen einer neuen ökologischen Orientierung des »globalen Nordens« und den legitimen Entwicklungsinteressen des »globalen Südens« betont, als dessen Entschärfung und partielle Versöhnung das Konzept der »Nachhaltigkeit« dann an Bedeutung gewonnen habe. Selcers Blick zurück bis in die Anfangsphase der UN kann auch diese Erzählung produktiv verkomplizieren. So betont Selcer als historischen Kontext der Stockholmer Konferenz zwar die zeitgleichen Initiativen für eine »Neue Weltwirtschaftsordnung«, beleuchtet Stärke und Schwäche der entstehenden globalen Politik innerhalb der UN jedoch in einem komplexeren Wechselverhältnis: Während es den neu unabhängig gewordenen Staaten seit den 1960er-Jahren tatsächlich gelang, die UN-Unterorganisationen stärker durch ihre eigenen Interessen zu prägen, hatte das zugleich den Effekt, dass diese Institutionen tendenziell als gestaltende Akteure der globalen Politik an Bedeutung verloren.

Für die Geschichte der Nachhaltigkeit eröffnet Selcers Buch damit mehrere wichtige Perspektiven: Es ordnet die Politik der Nachhaltigkeit in den Kontext länger zurückreichender Projekte der Etablierung globaler Politik- und Handlungsfelder ein, die im Umfeld der UN schon seit den 1940er-Jahren verfolgt wurden. Dabei arbeitet er heraus, wie eng Politik und Wissen(-schaft) in diesen Projekten miteinander verschränkt waren und auch wie umstritten jederzeit blieb, was eigentlich »globale« Politik bedeuten sollte. Vor allen Dingen aber zeigt er, dass zwar nicht der Begriff der Nachhaltigkeit, wohl aber viele der hiermit verbundenen Vorstellungen und Deutungsmuster innerhalb der UN eine sehr viel weiter zurückreichende Geschichte besaßen – insbesondere in der Frage nach dem Verhältnis von Umwelt und Entwicklung, die schon in den Projekten der 1950er- und 1960er-Jahre als miteinander verschränkt betrachtet wurden.

Die Vorreiterrolle der UN für eine internationale Nachhaltigkeitspolitik steht im Zentrum zahlreicher neuerer Untersuchungen. Doch erscheinen mittlerweile auch vermehrt Arbeiten, die detaillierter den Einfluss von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitiken in einzelnen Ländern und politischen Parteien untersuchen: Ab wann also drangen Fragen der Nachhaltigkeit in den politischen Horizont welcher politischen Akteure ein und wie veränderte diese Herausforderung deren Handeln und deren Positionierung im politischen Raum?

Felix Lieb geht dieser Frage in seiner Dissertation für die SPD im Zeitraum von den 1970er- bis in die 1990er-Jahre nach und analysiert, wie die Partei die Umweltthematik in diesem Zeitraum aufgriff und in den eigenen politischen Horizont zu integrieren versuchte – programmatisch, politisch und wahlstrategisch.[53] In politikgeschichtlicher Perspektive geht es hier also um zweierlei: Erstens stellt sich die Frage, welche Rolle Parteien, Politiker:innen und Parlamente bei der Durchsetzung von Nachhaltigkeitspolitiken spielten. Zweitens lässt sich fragen, wie die neuen ökologischen Herausforderungen ihrerseits die politischen Parteien und deren Programmatiken veränderten.

53 *Felix Lieb*, Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 132), De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2022, 451 S., gebunden, 64,95 €.

Liebs Arbeit fokussiert eindeutig auf den zweiten Aspekt. An einzelnen Stellen geht es zwar auch immer wieder um die umweltpolitischen Ziele der SPD. Analytisch im Zentrum steht aber die Frage, wie die ökologische Herausforderung die Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik veränderte und zum Teil einengte und wie die Partei damit umzugehen versuchte. Die SPD ist hierfür ein besonders spannendes Beispiel. Wie keine andere Partei stand sie nach der pragmatischen Wende des Godesberger Programms von 1959 im Windschatten des Wachstums- und Modernisierungsparadigmas der Nachkriegszeit. Zugleich sah sich die Partei seit den 1960er-Jahren zunehmend mit einer neuen, urbanen, gut ausgebildeten Wählerklientel konfrontiert, für die sowohl die neuen ökologischen Themenfelder als auch neue basisdemokratische und bewegungsorientierte Politikformen attraktiv waren. Liebs Buch untersucht, wie die SPD versuchte, diese Impulse programmatisch und institutionell aufzugreifen, wobei sein Kerninteresse auf den Versuchen einer politischen Harmonisierung von »Umwelt« und »Arbeit« liegt.

Lieb analysiert die oft ambivalente und zwischen verschiedenen Standpunkten lavierende Positionierung der Partei für zentrale politische Wegmarken: im Hinblick auf die Rolle von Umweltpolitik und Wachstumskritik innerhalb der sozialdemokratischen Regierungszeit der langen 1970er-Jahre; in Bezug auf die sich seit ebendieser Zeit verschärfenden innerparteilichen Debatten über die Positionierung gegenüber der Kernenergie, die er als »Katalysator«[54] für die Konkretisierung umweltpolitischer Positionen innerhalb der SPD interpretiert; in der nun prononcierteren, aber unter dem Terminus der »ökologischen Modernisierung« zugleich um Ausgleich bemühten umweltpolitischen Positionierung in den 1980er-Jahren und vor allem im Wahlkampf 1990; und schließlich mit Blick auf die explizite Aufnahme von Konzepten der »Nachhaltigkeit« in den 1990er-Jahren.

Insgesamt arbeitet Lieb eher heraus, wie gering der direkte Einfluss der SPD auf die Etablierung einer ökologisch nachhaltigen Politik in der Bundesrepublik blieb – zumal auffällt, dass die Sozialdemokratie Nachhaltigkeitskonzepte offensiv eigentlich nur aufgriff, wenn sie im Bund in der Opposition war. Das überrascht umso mehr, wenn man bedenkt, wie wichtig die Rolle der europäischen Sozialdemokratie – mit Gro Harlem Brundtland, aber eben auch schon zuvor mit der Brandt- und der Palme-Kommission – in den umwelt- und entwicklungspolitischen Debatten in der UN war. Diesen internationalen Bezugsrahmen genauer herauszuarbeiten, wäre eine lohnende Forschungsfrage, die Liebs auf die Bundesrepublik beschränkten Blick erweitern könnte. Am Beispiel von Volker Hauff, als ehemaliger SPD-Bundesminister Mitglied der Brundtland-Kommission und Herausgeber der deutschen Ausgabe des Berichts, scheinen diese Verbindungen auf, doch hatten sie nach Liebs Darstellung nur einen begrenzten Einfluss auf die innerparteiliche Debatte in der SPD.

Sehr erhellend ist an Liebs Darstellung, dass er die programmatischen Diskussionen in der SPD über die Integration von Ökologie und Nachhaltigkeit mit den strukturellen Veränderungen in der Partei und veränderten Vorstellungen davon, wie Politik aus sozialdemokratischer Warte zu gestalten sei, verbindet. Lieb arbeitet das vor allem an dem Gegensatz von »Partei« und »Bewegung« heraus, der

54 Ebd., S. 66.

schon in den 1970er-Jahren in der innerparteilichen Debatte an Bedeutung gewann und dann in der parteipolitischen Konkurrenz zu den Grünen ins Zentrum rückte. Hier formierte sich somit nicht nur eine thematische Abgrenzung, sondern auch ein neues Politikverständnis, das stärker auf fluide Strukturen, Basisdemokratie und direkte Partizipation gerichtet war. Anders ausgedrückt: Felix Heidenreichs Plädoyer einer Vertiefung demokratischer Partizipation im Zeichen einer neuen Nachhaltigkeitspolitik lässt sich in historischer Perspektive durchaus schon in Debatten zurückverfolgen, die in den 1970er- und 1980er-Jahren geführt wurden – deren Aufkommen aber von der SPD-Parteiführung eher als Gefahr denn als Chance wahrgenommen wurde.

Weitgehend offen bleibt, welchen Einfluss das Konzept der Nachhaltigkeit auf andere politische Parteien der Zeit ausübte. Hier wären weitere Untersuchungen – auch und gerade jenseits der GRÜNEN, wo die ökologische Positionierung selbstverständlich eine zentrale Rolle auch innerhalb der historischen Forschung einnimmt[55] – von großem Interesse. Zu erkennen ist aber, in wie starkem Maße die neuen ökologischen Fragen die Politik seit den 1970er-Jahren zu beeinflussen begannen – und zwar nicht nur als spezifisches Themenfeld, sondern sukzessive auch als grundsätzliche Herausforderung der politischen Strukturen.

IV. Das Feld von Ökonomie, Konsum und Wirtschaftsbeziehungen

Der dritte Bereich, in dem Fragen der Nachhaltigkeit aktuell intensiv diskutiert werden, sind die Felder der Wirtschafts-, Konsum- und Unternehmensgeschichte. Nicht überraschend bildet sich hier auch das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie als Kern der Konfliktgeschichte der Nachhaltigkeit am deutlichsten ab. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich auf mehreren Ebenen verorten: in Bezug auf die legitime Nutzung von Gütern und Ressourcen, in der hiermit verbundenen Abwägung zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen, aber auch in der Gegenüberstellung von staatlicher Regulierung und ökonomischer Entscheidungs- und Marktfreiheit als politischem Basiskonflikt.

Diese Konfliktfelder prägen bis heute viele Debatten der Nachhaltigkeitspolitik. Sie haben aber eine weit zurückreichende Geschichte. Schon die forstwissenschaftlichen Diskurse des 18. Jahrhunderts waren durch ähnliche Konfliktkonstellationen geprägt – in Bezug auf eine möglichst effiziente Nutzung von Ressourcen, aber auch in der Aushandlung und Durchsetzung von Nutzungsrechten und dem damit verbundenen Macht- und Regulierungsanspruch des Staates. Außer für die Forstwirtschaft sind diese Aushandlungen und Konflikte der Ressourcennutzung in jüngerer Zeit auch für andere Felder analysiert worden, wobei vor allem die Fischerei einen Bereich darstellt, an dem Praktiken und Wirtschaftsweisen in langer zeitlicher Perspektive untersucht werden können.[56]

55 Vgl. *Silke Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

56 Vgl. *Margaret Beattie Bogue*, Fishing the Great Lakes. An Environmental History, 1783–1933, Madison 2000; *Matthew D. Evenden*, Fish Versus Power. An Environmental History of the Fraser

Eine originelle Perspektive auf dieses Themenfeld hat Michael Zeheter in seiner schon 2014 erschienenen Arbeit über die Fischereiwirtschaft am Bodensee eröffnet.[57] Obwohl sie auf den ersten Blick als eine regionalgeschichtliche Studie mit einem relativ eingegrenzten Themenfeld erscheint, leistet die Arbeit tatsächlich einen originären Forschungsbeitrag zu einer Geschichte nachhaltiger Ökonomien. Das gilt schon insofern, als sie eine ungewöhnlich lange zeitliche Perspektive einnimmt und die Genese und Aufrechterhaltung bestimmter Praktiken des Wirtschaftens über mehrere Jahrhunderte verfolgt. Die Anlage der Arbeit ist aber auch deshalb weiterführend, weil Zeheter seine Untersuchung explizit in einer politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Debatte verortet, die in den Diskussionen der Nachhaltigkeitspolitik bis heute eine wichtige Rolle spielt – nämlich über die Funktionsfähigkeit und Nachhaltigkeit von »Commons« beziehungsweise Allmenden. In seinem klassischen Aufsatz über die »Tragedy of the Commons« hat Garrett Hardin schon 1968 die These vertreten, dass Allmenden und andere frei zugängliche Allgemeingüter eine unvermeidliche Tendenz zur Übernutzung besäßen, die eine nachhaltige Bewirtschaftung verhindere.[58] In direkter Antwort darauf hat Elinor Ostrom in langjährigen Forschungen aufgezeigt, dass sich Allmenden durchaus nachhaltig und langfristig stabil bewirtschaften lassen, sofern dies mit festen und klar formulierten Regeln geschieht.[59] Zeheters Buch lässt sich somit als eine geschichtswissenschaftliche Einholung dieser Forschungsdiskussion über das »Governing the Commons« verstehen. Damit zeigt die Arbeit auch, dass die Geschichtswissenschaft empirisch fundierte Beiträge zu solchen wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungsdebatten leisten kann.

Die Fischereiwirtschaft am Bodensee wird von Zeheter als Beispiel für eine über mehrere Jahrhunderte aufrechterhaltene und durch die beteiligten Akteure kontinuierlich neu ausgehandelte Regulierung einer zunächst frei zugänglichen Ressource analysiert. Im Zentrum stehen die sich ab dem 14. Jahrhundert etablierenden – und sich durch die Jahrhunderte in relativ großer Kontinuität erhaltenden – Regelwerke, die eine langfristig stabile Fischerei und damit auch die Versorgung der lokalen Bevölkerung garantieren sollten. Diese durch eine Aushandlung zwischen obrigkeitlichen Autoritäten, Zünften und den Fischern selbst entstandenen Vereinbarungen interpretiert Zeheter als »Methoden des Ressourcenmanagements«[60], die sich ihm zufolge als relativ erfolgreich erwiesen hätten.

Zeheter beschreibt hierzu detailliert die unterschiedlichen Ansätze, mit denen die Fischereiverordnungen ab der Mitte des 14. Jahrhunderts versuchten, die Entnahme von Fisch aus dem Gewässer zu regulieren. Im Zentrum standen Materialbeschränkungen, die regelmäßig den technischen Neuerungen angepasst werden

River, Cambridge/New York etc. 2004; *Bo Poulsen*, Dutch Herring. An Environmental History, c. 1600–1860, Amsterdam 2008.

57 *Michael Zeheter*, Die Ordnung der Fischer. Nachhaltigkeit und Fischerei am Bodensee (1350–1900) (Umwelthistorische Forschungen, Bd. 6), Böhlau, Köln/Wien etc. 2014, 205 S., gebunden, 45,00 €.

58 Vgl. *Garrett Hardin*, The Tragedy of the Commons, in: American Association for the Advancement of Science 162, 1968, S. 1243–1248.

59 Vgl. *Elinor Ostrom*, Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge/New York etc. 1990.

60 *Zeheter*, Die Ordnung der Fischer, S. 13.

mussten; Nutzungsbeschränkungen, die räumlich oder zeitlich definiert werden konnten; aber auch Fangmaße, mit denen zum Beispiel der Fang von Jungfischen verhindert werden sollte. All dies beschreibt Zeheter als »aktive Ressourcenpolitik«[61], die jedoch neben Ressourcenschutz auch eine Vielzahl anderer Motive beinhaltete: ökonomische, soziale und religiöse Beweggründe ebenso wie das politische Motiv einer Ausdehnung staatlicher Autorität, welches auch für die Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts eine wichtige Bedeutung besessen hatte. Doch macht das Buch auch die Grenzen solcher Ressourcenpolitik deutlich: Vor allem zum Ende hin deutet Zeheter an, dass mit dem Einzug der Industrialisierung in die Fischereiwirtschaft im späten 19. Jahrhundert die Wirkung und Bindungskraft der Fischereiverordnungen geringer wurde. Hier deutet sich schon an, dass sich das Problem einer nachhaltigkeitsorientierten Regulierung qualitativ anders darstellt, wenn der Bezugsrahmen kein klar eingegrenzter Raum wie der Bodensee ist, sondern eine globale kapitalistische Ökonomie.

Fragen der politischen Regulierung der Ökonomie erlangten daher im 19. und 20. Jahrhundert eine grundlegend andere Bedeutung. Forschungen, die diesen Zusammenhang in systematischer Weise in den Blick nehmen, sind aber weiterhin rar. Einen umfassenden und analytisch informierten Überblick verspricht zum Beispiel der von Hartmut Berghoff und Adam Rome herausgegebene Sammelband »Green Capitalism«, der sich dem Verhältnis von Ökonomie und Ökologie für das 20. Jahrhundert annimmt und dabei immer wieder auch unterschiedliche Konzepte von Nachhaltigkeit aufgreift.[62]

Der Band ist das Resultat einer Kooperation zwischen einem Umwelthistoriker – Adam Rome – und einem Wirtschaftshistoriker – Hartmut Berghoff – und fragt entsprechend systematisch nach den Verbindungen zwischen Umweltgeschichte und Unternehmensgeschichte. Damit greift er zugleich ein zentrales Phänomen der Gegenwart auf, sind es doch maßgeblich Unternehmen, die in den letzten Jahren die Sprache der Nachhaltigkeit für sich entdeckt haben und auf Produktverpackungen, in Werbebotschaften oder jährlichen Sustainability Reports die eigenen Anstrengungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit herausstellen. Eine fundierte geschichtswissenschaftliche Analyse, welche Rolle Unternehmen in den Nachhaltigkeitsdebatten seit den 1970er-Jahren gespielt haben, steht aber weiterhin aus. Insofern leistet der Band wichtige Pionierarbeit.

Zeitlich stehen zwei Zugänge im Mittelpunkt: erstens die Rekonstruktion der langen Traditionen, in denen Fragen von Umwelt, Ressourcenverbrauch und ökologischer Regulierung seit dem 19. Jahrhundert diskutiert wurden, und zweitens die Darstellung des entstehenden Nachhaltigkeitsdiskurses und der Rede von einem »Green Capitalism«, wie sie vor allem ab den 1980er-Jahren populär wurde. Der Band startet mit drei konzeptionellen Aufsätzen, die das Feld für die beteiligten Subdisziplinen vermessen: Adam Rome stellt Überlegungen an, wie die Umweltgeschichte die bislang weitgehend übersehene Rolle von Unternehmen in ihre Forschungsperspektiven integrieren kann. Hartmut Berghoff fragt aus Perspektive

61 Ebd., S. 97.

62 *Hartmut Berghoff/Adam Rome* (Hrsg.), Green Capitalism? Business and the Environment in the Twentieth Century (Hagley Perspectives on Business and Culture), University of Pennsylvania Press, Philadelphia 2017, 312 S., gebunden, 74,95 $.

der Unternehmensgeschichte, wie sich Ökologie und Nachhaltigkeit in die eigenen Ansätze einfügen lassen. Hugh S. Gorman schließlich entwirft ein systematisches Modell, um das Verhalten von Unternehmen im Kontext von Umweltregulierungen zu fassen: von der Rolle als Verhinderer und Verzögerer staatlicher Regulierungen bis zur Rolle als ökologischer Innovator. Damit kommt auch die zentrale Rolle des Staates ins Spiel, der im gesamten Band als wichtige Instanz betont wird, die den Handlungsspielraum der Unternehmen in großem Maße beeinflusste.

Der erste Teil des Bandes verdeutlicht überzeugend, dass umweltpolitische Forderungen kein neues Phänomen darstellen. Von den ersten Versuchen einer Regulierung von Emissionen im 19. Jahrhundert bis zu den Vorstellungen von Effizienz und Ressourcenschutz im Kontext der Elektrifizierung in den USA im frühen 20. Jahrhundert entwirft das Buch ein breites Panorama der Praktiken und Diskussionen, in denen sich die umweltpolitischen Ansprüche gegenüber der Industrie um die Wende zum 20. Jahrhundert manifestierten. In Rückgriff auf das Konzept der »Permanence« zeigt William D. Bryan darüber hinaus, in wie starkem Maße die Diskurse des späten 19. Jahrhunderts bereits mit Konzepten operierten, die den Vorstellungen von Nachhaltigkeit im späten 20. Jahrhundert ähnelten – und zum Teil auch analoge Widersprüche und nichtintendierte Folgen produzierten.[63] Ein ähnliches Argument entwickelt Julie Cohn in Bezug auf die Verwendung des Begriffs »Conservation« im politischen und ökonomischen Diskurs der »Progressive Era«.[64]

Die Mehrzahl der Aufsätze behandelt jedoch Fallbeispiele aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei werden unterschiedliche Ebenen aufgegriffen: einzelne Unternehmen und deren Strategien im Umgang mit ökologischen Herausforderungen, hieraus resultierende staatliche Regulierungen sowie neue Konsumentenerwartungen und deren Einfluss auf den Wandel der Unternehmensstrategien. Einige Aufsätze behandeln ganze Wirtschaftssegmente wie die Autoindustrie oder die entstehende Windkraftbranche; andere Aufsätze konzentrieren sich auf einzelne Produkte, an denen sich das Dilemma ökologischer Regulierungen und Produkt(-um-)gestaltungen exemplarisch studieren lässt. Besonders anschaulich geschieht dies etwa in dem Beitrag von David Kinkela, der am Beispiel der »Plastic Six-Pack Rings« die komplexen Zusammenhänge von Produktgestaltung, Ressourcenverbrauch und ökologischen Herausforderungen darstellt – und dabei demonstriert, wie eine Erfindung, die in den späten 1950er-Jahren als Innovation zur Einsparung von Ressourcen entwickelt wurde, im Zuge der Durchsetzung von Einwegflaschen und dem massiven Anstieg des Plastikaufkommens zu einem Symbolort der ökologischen Kritik an der »Wegwerfgesellschaft« wurde.[65]

Insgesamt zeichnet es den Band aus, dass er nicht nur die vermeintlichen ökologischen Vorreiter in den Blick nimmt, sondern auch die Autoindustrie, die Verpackungsindustrie oder die Schwerindustrie. Den analytischen Zugang bildet hier-

63 *William D. Bryan*, »Constructive and Not Destructive Development«. Permanent Uses of Resources in the American South, in: ebd., S. 77–93.

64 *Julie Cohn*, Utilities as Conservationists? The Paradox of Electrification during the Progressive Era in North America, in: ebd., S. 94–111.

65 *David Kinkela*, Plastic Six-Pack Rings. The Business and Politics of an Environmental Problem, in: ebd., S. 115–131.

bei nicht das Konzept der »Nachhaltigkeit«, sondern jenes des Green Capitalism. Dennoch lässt sich aus den einzelnen Beiträgen viel für eine Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte der Nachhaltigkeit lernen. Zunächst verdeutlicht der Band sehr überzeugend die zentrale Bedeutung von Unternehmen und anderen ökonomischen Akteuren für eine Geschichte der Nachhaltigkeit. Sodann zeigt er aber auch, dass für eine solche Analyse eine simple dichotome Gegenüberstellung von ökologischen Akteuren und Unternehmen nicht weiterführt. Vielmehr demonstrieren die Einzelstudien immer wieder das komplexe Zusammenspiel von NGOs, dem Staat als Regulationsinstanz, der (medialen) Öffentlichkeit und den Unternehmen bei der Umsetzung – aber auch dem Scheitern – ökologischer Transformationen. »Greenwashing« war und ist zwar zweifellos ein Kernbestandteil des »Green Capitalism«. Als alleiniges Interpretament versperrt das immer schon normativ aufgeladene Deutungsmuster aber womöglich eher den Blick auf die komplexen Aushandlungsprozesse, bei denen Unternehmen nur ein Akteur unter mehreren sind.

Staatliche Instanzen spielen in allen Beiträgen ebenfalls eine entscheidende Rolle; Medien, PR-Abteilungen und Werbeagenturen werden zumindest indirekt in ihrer Bedeutung herausgestellt, sollten aber noch sehr viel stärker ins Zentrum gerückt werden. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die Rolle der Konsument:innen, die gerade in gegenwärtigen Debatten immer wieder als vermeintlich wichtigste Instanz einer ökologischen Transformation angeführt werden – durchaus auch aus strategischer Absicht, um politische Verantwortung von Unternehmen und politischen Akteuren auf das Individuum zu verschieben. Das Feld der Konsumgeschichte birgt daher ein mindestens ebenso großes Potenzial, um die Verschränkung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsgeschichte mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte voranzutreiben.[66]

V. Stoffgeschichten und die materielle Kultur der Nachhaltigkeit

Fragen der Nachhaltigkeit – das haben schon die zuletzt angeführten Beispiele gezeigt – sind systematisch mit zwei zentralen Konfliktfeldern verbunden: den unterschiedlichen Formen der Ressourcennutzung und dem selten nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen, Emissionen und Abfallprodukten. In diesem Sinne ist die Geschichte der Nachhaltigkeit immer auch eine Stoff- und Ressourcengeschichte. Es geht um Dinge, Stoffe, Ressourcen und Materialien oder genauer gesagt: um deren Ge- und Verbrauch. Das ist keine neue Erkenntnis, hat sich aber in den geschichtswissenschaftlichen Zugängen zum Thema Nachhaltigkeit bislang nur zum Teil niedergeschlagen. Hier dominieren weiterhin die dargestellten ideen-, politik- und wirtschaftsgeschichtlichen Zugänge, in denen die materielle Basis eines »Metabolismus der Natur« nur in Ansätzen in den Blick kommt.

Dabei standen historisch betrachtet Stoffe und Ressourcen von Beginn an im Zentrum des Nachdenkens über Nachhaltigkeit: besonders deutlich schon im Holz

66 Vom Verfasser liegt hierzu jetzt eine detaillierte Studie vor, vgl. *Benjamin Möckel*, Die Erfindung des moralischen Konsumenten. Globale Produkte und politischer Protest seit den 1950er Jahren, Göttingen 2024.

als dem »Locus classicus« des frühen Nachhaltigkeitsdiskurses. Insofern ist es nicht überraschend, dass Stoffe, Ressourcen und Materialien in neueren Forschungen eine größere Bedeutung einnehmen. Hier bietet eine Geschichte der Nachhaltigkeit zugleich die Chance, die materielle Basis des modernen Kapitalismus in analytisch reflektierter Weise in den Blick zu nehmen. Neben dem Holz als Motor und Ressourcenbasis der frühen Industrialisierung gilt das auch für eine ganze Reihe anderer Grundstoffe der modernen Industrie und Ökonomie: für Öl, Beton und Plastik, die jeweils auch symbolisch für die Industriemoderne stehen, aber auch für auf den ersten Blick unscheinbarere Ressourcen wie Kalkstein, den Sebastian Haumann als einen Grundstoff der Moderne analysiert hat.[67]

Solche Forschungen schließen an einen generellen Forschungstrend an, in dem die materielle Basis moderner Gesellschaften in letzter Zeit verstärkte Aufmerksamkeit gefunden hat – etwa in den »Material Culture Studies«, der Geschichte von Infrastrukturen oder eben den neuen Ansätzen der Ressourcen- und Stoffgeschichte.[68] Stoffe, Ressourcen und Materialien sind also längst nicht mehr nur Teil der Technikgeschichte, sondern werden mehr und mehr genutzt, um über ihren Gebrauch, ihre Zirkulation und ihre Auswirkungen und Überreste eine umfassende Geschichte der Moderne zu erzählen. Am prominentesten ist diese Forschungsrichtung in den vergangenen Jahren im Genre der sogenannten Commodity Biographies erprobt worden, in denen die Verflechtungen der modernen Welt anhand einzelner Produkte wie Salz, Kaffee, Tee oder Zucker dargestellt werden.[69] Paradigmatisch steht hierfür Sven Beckerts 2015 erschienenes Buch »King Cotton«, das am Beispiel der Baumwolle eine »neue Geschichte des Kapitalismus« zu erzählen verspricht.[70]

All diese Darstellungen tragen mindestens indirekt auch zu einer Geschichte der Nachhaltigkeit bei. Am deutlichsten gilt dies für jene Rohstoffe, die als Grundressourcen und Energiereservoir der unterschiedlichen Phasen der modernen Industriegesellschaften angesehen werden können – also vor allem Holz, Kohle und

67 Vgl. *Sebastian Haumann*, Kalkstein als »kritischer« Rohstoff. Eine Stoffgeschichte der Industrialisierung, 1840–1930, Bielefeld 2020.

68 Vgl. *Anne Gerritsen/Giorgio Riello* (Hrsg.), Writing Material Culture History, London 2015; *Hans Peter Hahn*, Materielle Kultur. Eine Einführung, Berlin 2014 (zuerst 2005); *Dirk van Laak*, Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur, Frankfurt am Main 2018; *Sebastian Haumann/Eva-Maria Roelevink/Nora Thorade* u. a. (Hrsg.), Perspektiven auf Stoffgeschichte. Materialität, Praktiken, Wissen, Bielefeld 2023. Das Genre der Stoff- und Ressourcengeschichte hat mittlerweile auch den populären Sachbuchmarkt erobert, vgl. exemplarisch *Ed Conway*, Material World. Wie sechs Rohstoffe die Geschichte der Menschheit prägen, Hamburg 2024 (zuerst engl. 2023).

69 Vgl. *Sidney W. Mintz*, Sweetness and Power. The Place of Sugar in Modern History, New York 1985; *William Gervase Clarence-Smith/Steven Topik* (Hrsg.), The Global Coffee Economy in Africa, Asia, and Latin America 1500–1989, Cambridge/New York 2003; *Erika Rappaport*, A Thirst for Empire. How Tea Shaped the Modern World, Princeton 2019 (zuerst 2017); *Iain Gately*, Tobacco. A Cultural History of How an Exotic Plant Seduced Civilization, New York 2001.

70 Vgl. *Sven Beckert*, King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus, München 2015 (zuerst engl. 2014).

Öl.[71] Vor allem die Kohle scheint prädestiniert, die Hochphase der (europäischen) Industrialisierung unter einem stoffgeschichtlichen Zugang in den Blick zu nehmen. Kaum ein Stoff ist besser geeignet, Fragen von Nachhaltigkeit (und Nichtnachhaltigkeit) für die Zeit des 18. bis 20. Jahrhunderts zu analysieren. In paradigmatischer Weise zeigt dies Franz-Josef Brüggemeier in seinem 2018 erschienenen Buch »Grubengold«, das eine Gesamtdarstellung der Bedeutung der Kohle in der europäischen Moderne bietet.[72]

Brüggemeiers Buch – Resultat einer jahrzehntelangen Beschäftigung mit dem Themenfeld von einem Autor, der ebenso in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie in der Umwelt- und Technikgeschichte ausgewiesen ist – ist streng genommen nur in Grenzen eine »Stoffgeschichte« der Kohle. Zwar spielt deren Materialität an vielen Stellen eine Rolle: im Hinblick auf ihre schwere Zugänglichkeit, ihre geografische Verteilung, Unterschiede in der Qualität, ihre Rückstände und Giftstoffe, sowie ihre eingeschränkte Transportfähigkeit. All diese Aspekte sind jedoch orientiert auf den zentralen Zugang des Buchs, der ein sozialgeschichtlicher ist und nach den sozialen Beziehungen, den politischen Konflikten, den kulturellen Deutungen und den individuellen und kollektiven Erfahrungen fragt, die die Kohle in den letzten 250 Jahren stiftete.

Drei Phänomene stechen hierbei hervor: erstens die materielle Ebene der massiven Steigerung des Abbaus und der Produktion, die technischen Innovationen, die hierfür nötig waren, sowie die Durchdringung der gesamten Ökonomie durch die Kohle als neuen Motor und bald unabdingbare Ressourcenbasis. Darin lag nicht nur eine umfassende Revolution von Produktion und Ökonomie, sondern, wie Brüggemeier deutlich macht, auch eine tiefgreifende – wenn auch nie ganz vollständige, weil immer wieder an Grenzen stoßende – »Eroberung der Natur« (David Blackbourn).[73] Zweitens ist die von Brüggemeier präsentierte Geschichte eine der sozialen Umwälzungen: die Geschichte von Streiks und Protesten, von sich fundamental wandelnden Arbeitsbeziehungen, der Aushandlung von Entscheidungs- und Regulierungskompetenzen zwischen Staat und Unternehmen und nicht zuletzt auch der Mitbestimmungsansprüche der Arbeiterschaft – innerhalb wie außerhalb der Kohleschächte. Diese Dimensionen verbindet Brüggemeiers Buch äußerst produktiv mit Diskussionen, wie sie in Anlehnung an Timothy Mitchell unter dem Begriff der »Carbon Democracy« geführt worden sind.[74] Drittens liegt eine besondere Stärke des Buchs in der Verbindung dieser Aspekte mit der konkreten Lebens- und Arbeitswelt und, damit verbunden, einer Erfahrungsgeschichte des Zeitalters der Kohle. Die Kohle war nicht nur Rohstoff und Wirtschaftsfaktor, sondern veränderte auch die Art und Weise, in der Häuser beheizt, Böden gedüngt, Kleidung gefärbt

71 Vgl. neben den schon erwähnten Darstellungen *Rüdiger Graf*, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin/München etc. 2014.

72 *Franz-Josef Brüggemeier*, Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, C. H. Beck, München 2018, 456 S., gebunden, 29,95 €.

73 Vgl. *David Blackbourn*, The Conquest of Nature. Water, Landscape, and the Making of Modern Germany, New York 2006.

74 Vgl. *Timothy Mitchell*, Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil, London/New York 2011.

oder Krieg geführt wurde. Die Arbeit unter Tage war eine völlig neue und ebenso gefährliche wie die Faszination anregende Erfahrungswelt, die daher auch auf vielfältige Weise literarisch und visuell verarbeitet wurde. Darüber hinaus war die Kohle Antriebskraft massiver Migrationsbewegungen, aber auch von Krankheiten und insgesamt einer tiefgreifenden Veränderung der Um- und Lebenswelten. Wie das Buch überzeugend darstellt, geschah all dies in einem historisch relativ kurzen Zeitraum von circa 150 Jahren zwischen dem 19. Jahrhundert als dem Beginn von »King Coal« bis zu den späten 1950er-Jahren, in denen der langsame Niedergang der Kohle einsetzte – nicht aber des Wirtschafts- und Konsumsystems, das auf ihrer Grundlage aufgebaut worden war.

Gelesen unter der Perspektive einer Geschichte der Nachhaltigkeit liefert das Buch mindestens zwei relevante Einsichten: Auf der einen Seite lässt sich erkennen, dass Fragen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit im Kontext der Debatten über die Kohle den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kaum eine Rolle spielten. Einen Diskurs über eine sich nachhaltig regenerierende Nutzung, wie er etwa für die Forstwirtschaft des 18. und 19. Jahrhunderts herausgearbeitet worden ist, findet man hier nicht – und es konnte ihn auch kaum geben, da es sich bei der Kohle in den zeitlichen Dimensionen des Menschen eben nicht um eine sich regenerierende Ressource handelte.

Zwar gibt Brüggemeier Beispiele dafür, wie im frühen 20. Jahrhundert eine schonende und für zukünftige Generationen tragfähige Verwendung der Ressource eingefordert wird.[75] Im Ganzen bezogen sich diese Diskussionen jedoch auf inhärente Fragen der Ressourcenabschätzung und der ökonomischen Bewirtschaftung: also vor allem darauf, wie lange die Kohlevorräte reichen würden – »Coal Scarcity« entwickelte sich bekanntlich schon im 19. Jahrhundert zu einem analogen Diskurs zum Holznotdiskurs des 18. Jahrhunderts[76] –, wie sich genug Menschen finden (und ruhighalten) ließen, um die noch vorhandene Kohle an die Oberfläche zu bringen, sowie wie sich die Preise stabil halten und die nationale Ökonomie sicher versorgen ließen. Hygienische und gesundheitliche Diskurse spielen zwar auch immer wieder eine Rolle, wie Brüggemeier an zahlreichen konkreten Beispielen von Bamberg bis London verdeutlicht.[77] Im Ganzen aber fällt eher ins Auge, in wie großem Maße die mit dem Abbau und der Nutzung der Kohle verbundenen Umweltveränderungen, sozialen Umwälzungen und Gesundheitsschäden zeitgenössisch als alternativlos akzeptiert wurden. Das gilt selbst noch für die 1970er-Jahre und die einsetzenden Debatten über die »Limits to Growth«, in deren Kontext Fragen von Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit breit ins öffentliche Bewusstsein traten, die Diskussionen in der (europäischen) Kohleindustrie davon aber nur peripher berührt wurden, da diese zu jener Zeit schon durch ganz andere Faktoren im Niedergang begriffen war.

Gerade in dieser relativen Abwesenheit ökologischer Diskussionen erzählt das Buch aber eine für heutige Debatten über eine nachhaltige Transformation hochrelevante Geschichte: Denn es verdeutlicht, wie sich trotz aller sozialer Probleme, Gesundheitsgefahren, wiederkehrender Unglücke und Unfälle, technischer Heraus-

75 Vgl. *Brüggemeier*, Grubengold, S. 240–246.
76 Vgl. klassisch *William Stanley Jevons*, The Coal Question, London 1865.
77 Vgl. *Brüggemeier*, Grubengold, S. 78–83 und 369–377.

forderungen und ökologischer Zerstörungen ein Wirtschaftssystem etablierte, das in vielen Aspekten evident nicht nachhaltig war und dennoch für die Fortsetzung ökonomischen Wachstums als unabdingbar angesehen wurde. Es beschreibt darüber hinaus, wie schwierig ein »Ausstieg« aus diesem System auch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts blieb, als der ökonomische Nutzen der Kohle letztlich schon an sein Ende gelangt war – und zwar aus dem einen Grund, der im Buch für den gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder herausgestellt wird: dass nämlich die Kohle eben nicht nur Ressource und Wirtschaftsfaktor war, sondern aufs Engste mit Sozial- und Arbeitsbeziehungen, Lebenswelten, sozialem Status und politischen Ansprüchen verbunden war.

Brüggemeier geht am Ende des Buchs thesenhaft auf diese gegenwartsnahen Aspekte ein, die seine Darstellung des Aufstiegs (und des Niedergangs) der Kohle mit den Herausforderungen heutiger Transformationen im Zeichen der sogenannten Energiewende verbinden. Weitere Arbeiten haben diese Aspekte aufgegriffen und mit weitreichenden zeithistorischen Thesen über die Epoche »nach dem Boom« verbunden. Lutz Raphael hat umfassend die Zeit der Deindustrialisierung in Europa seit den 1970er-Jahren in ihren Auswirkungen auf Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Lebenswelt dargestellt.[78] Eva Oberloskamp konkretisiert dies nun in ihrem bereits erwähnten Forschungsprojekt am Beispiel des Umgangs mit den energiepolitischen Herausforderungen in der Bundesrepublik und Großbritannien seit den 1970er-Jahren, die dann schon explizit unter Konzepten von Ökologie und Nachhaltigkeit diskutiert wurden.[79] In der Frage, inwiefern die Entstehung der modernen europäischen Demokratien mit dem Aufstieg einer auf Kohle und anderen fossilen Brennstoffen beruhenden Wirtschaft verknüpft ist, stellen diese stoffgeschichtlichen Untersuchungen zugleich eine Verbindung zu den oben dargestellten politik- und demokratiegeschichtlichen Analysen her – und damit indirekt auch noch einmal zu der von Felix Heidenreich formulierten These, dass ein Umbau moderner Ökonomien in postfossile Gesellschaften kein demokratieneutrales Projekt darstellt, sondern auch die etablierten Grundlagen der modernen liberalen politischen Ordnungen tangiert.

VI. Un-/Sustainabilities: Fazit und Ausblick

Es wäre vermessen, am Ende eines Forschungsberichtes, der so unterschiedliche Perspektiven und Analyseansätze aufgezeigt hat, die Frage entscheiden zu wollen, wie eine zukünftige Geschichte der Nachhaltigkeit zu schreiben sei. Tatsächlich können viele der dargestellten Perspektiven durchaus nebeneinanderstehen und sich gegenseitig inspirieren. Auch die unterschiedlichen zeitlichen Perspektivierungen haben ihren Wert: Es lohnt ebenso, nach den langen Verbindungslinien bis ins Mittelalter zu fragen, wie nach den konkreten Entstehungsbedingungen des Konzepts der »nachhaltigen Entwicklung« in den 1980er-Jahren. Für die bespro-

78 Vgl. *Lutz Raphael*, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.

79 Vgl. *Eva Oberloskamp*, Energie, Umwelt, Markt.

chenen thematischen Perspektivierungen – ideengeschichtlich, politikgeschichtlich, wirtschaftsgeschichtlich und stoffgeschichtlich – gilt das ebenso. Sie wären zweifellos durch weitere Perspektiven zu ergänzen, die im vorliegenden Beitrag nur indirekt zur Sprache gekommen sind: etwa zur Technikgeschichte, zur Geschlechtergeschichte, zur Mediengeschichte oder zur Rechtsgeschichte.

In systematischer Perspektive lassen sich aus den vorgestellten Forschungsbeiträgen drei grundlegende Herausforderungen einer Geschichte der Nachhaltigkeit ableiten, die für die Weiterentwicklung des Forschungsfeldes im Ganzen von besonderer Relevanz sind und hier schon an mehreren Stellen zur Sprache gekommen sind. Der erste Punkt betrifft die Gefahr einer ahistorischen Verwendung von Begriff und Konzept der Nachhaltigkeit. Trotz der langen begriffsgeschichtlichen Tradition lässt sich konstatieren, dass Begriff und Konzept in ihrer heutigen Verwendung vor allem ein Produkt der Diskussionen der 1970er- und 1980er-Jahre sind. Überträgt man die heutigen Verwendungsweisen des Begriffs auf weiter zurückliegende historische Epochen, besteht die Gefahr, zugleich Deutungszuschreibungen in eine Vergangenheit zu projizieren, in der die beschriebenen Phänomene mit ganz anderen Bedeutungen oder Begriffen verbunden waren. Das heißt nicht, dass eine Verwendung von »Nachhaltigkeit« im Ganzen als Analysekategorie untauglich ist. Viele der hier vorgestellten Forschungsarbeiten beweisen das Gegenteil. Es bedeutet aber, dass es besonders wichtig ist, die grundlegenden Unterschiede herauszuarbeiten, die etwa die Gesellschaften der frühen Industrialisierung oder des späten 19. Jahrhunderts von der heutigen unterschieden – in den Strukturen von Ökonomie und Gesellschaft, in der materiellen Infrastruktur und im Ressourcenverbrauch sowie im politischen Denken und der politischen Semantik. »Nachhaltigkeit« konnte hier jeweils sehr unterschiedliche Dinge bedeuten.

Eine zweite Herausforderung hat sich bei der Lektüre der vorgestellten Arbeiten aufgedrängt: Das ist die Frage der »Scales« oder Untersuchungseinheiten, in denen sich Geschichten der Nachhaltigkeit erzählen lassen.[80] Dies ist eine übergreifende Herausforderung, die in der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren (wieder) verstärkt diskutiert worden ist – im Feld der Globalgeschichte, in den Debatten über das Anthropozän oder auch in den Diskussionen um »Big History«.[81] Für die Geschichte der Nachhaltigkeit lässt sich hier eine deutliche Tendenz hin zum Globalen erkennen. Lokale Räume spielen als Fallbeispiele zwar an vielen Stellen eine wichtige Rolle – der Bodensee war oben ein Beispiel –, im Ganzen aber dominiert der Blick auf globale Problemlagen, Politikansätze und Institutionen. Das hat nachvollziehbare Gründe, sorgt aber auch für einige Begrenzungen des Blicks, die in künftigen Forschungen noch stärker betrachtet werden könnten: Lassen sich zum Beispiel Fragen der Nachhaltigkeit (und Nichtnachhaltigkeit) mit individuellen Erfahrungsgeschichten verbinden? Welche Rolle spielen lokale Proteste und Initiativen? Wie lassen sich Ansätze der Geschlechtergeschichte oder der Migrationsgeschichte mit dem Feld der Nachhaltigkeit in Verbindung setzen? Im Feld der

80 Vgl. hierzu in theoretisch-methodischer Perspektive zuletzt *Sina Steglich*, Maß nehmen als Maßnahme. Skalierung als Herausforderung der Geschichtswissenschaft, in: HZ, 2024, Nr. 318, S. 263–289.

81 Vgl. exemplarisch *Jan de Vries*, Playing with Scales. The Global and the Micro, the Macro and the Nano, in: Past & Present, 2019, Nr. 242, S. 23–36.

Globalgeschichte hat sich hier eine auch methodisch innovative Forschungsdiskussion entwickelt, die darauf abzielt, verschiedene Perspektivierungen miteinander zu verbinden und Fragen globaler Interdependenz auch in mikro- und lokalhistorischen Konstellationen zu untersuchen.[82] Zum Teil haben solche Ansätze auch in den hier dargestellten Forschungsarbeiten schon Eingang gefunden. Die Frage einer überzeugenden Verbindung von global- und lokalhistorischen Ansätzen wird aber auch in Zukunft für die Geschichte der Nachhaltigkeit eine wichtige Herausforderung darstellen.

Drittens schließlich besteht eine der größten Herausforderungen für eine zu schreibende Geschichte der Nachhaltigkeit darin, auch ihr Gegenteil systematisch in die Analyse einzubeziehen, also kurz gesagt: die »History of Sustainability« immer auch als »History of Unsustainability« zu denken. Dass dies eine so große Herausforderung darstellt, ist letztlich auch ein Resultat des zu Beginn dieses Aufsatzes angedeuteten Entstehungszusammenhangs des Forschungsfeldes: Denn die Aufmerksamkeit, die die Geschichte der Nachhaltigkeit momentan erhält, ist selbst maßgeblich ein Resultat der Tatsache, dass die Geschichte der Moderne eben meist nicht durch einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und natürlichen Lebensräumen geprägt war. In diesem Kontext nun Ideen und Praktiken von Nachhaltigkeit als einer »anderen Geschichte der Moderne« wiederzuentdecken, hat selbstverständlich seinen Sinn. Mindestens ebenso wichtig erscheint es aber, auch die Geschichte der Nichtnachhaltigkeit, der »Unsustainabilities«, in diese Geschichte zu integrieren. Und das gilt nicht zuletzt auch für die Ebene der Ideengeschichte, die hier als Anfangspunkt der historischen Beschäftigung mit dem Thema herausgearbeitet worden ist. Nichts spricht dagegen, in Rekurs auf Hans Carl von Carlowitz die langen Traditionen eines Denkens im Modus der Nachhaltigkeit in Erinnerung zu rufen. Ebenso wichtig für unser Verständnis der Gegenwart scheint es aber, die Genese der politischen und ökonomischen Ideen nachzuzeichnen, die die Grundlage für die Entstehung jener Ökonomien und Gesellschaften bildeten, die wir heute als nicht mehr ökonomisch und ökologisch tragfähig wahrnehmen. Pierre Charbonnier hat in seinem 2019 erschienenen Buch »Überfluss und Freiheit« genau ein solches Projekt entworfen.[83] Und auch wenn man über einige der von ihm entfalteten Thesen produktiv streiten kann, ist sein Ansatz doch weiterführend, da er explizit die Frage aufwirft, wie bestimmte politische Ideen und Konzepte, die aus heutiger Perspektive nicht mehr tragfähig erscheinen, seit dem 17. und 18. Jahrhundert entstanden und zum selbstverständlichen Bestandteil unseres politischen Denkens wurden. Auch dies ist Teil einer kritischen Geschichte der Nachhaltigkeit.

82 Vgl. *Angelika Epple*, Lokalität und die Dimensionen des Globalen. Eine Frage der Relationen, in: Historische Anthropologie 21, 2013, H. 1, S. 4–25.

83 Vgl. *Pierre Charbonnier*, Überfluss und Freiheit. Eine ökologische Geschichte der politischen Ideen, Frankfurt am Main 2022 (zuerst frz. 2020).

ALMUTH EBKE

Großbritannien und der Brexit

Aktuelle Forschungen und Perspektiven

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union infolge des Referendums vom 23. Juni 2016 hat das Vereinigte Königreich in eine lang anhaltende politische und kulturelle Krise gestürzt. Vor allem die Phase der Aushandlung des Austrittsabkommens war geprägt von Chaos in Form von politischen Führungskrisen, mehrfachen vorgezogenen Parlamentswahlen, juristischen Auseinandersetzungen und demütigenden Abstimmungsniederlagen der Regierung im Parlament. Die Turbulenzen setzten sich auch nach dem offiziellen Austritt am 31. Januar 2020 fort. Künftige Historiker:innen werden die Aufgabe haben, diese außergewöhnliche Phase britischer Politik nicht nur aufzuarbeiten, sondern auch zu erklären.

An der Geschichte des »Brexits« – wie der britische EU-Austritt mit einem Kofferwort aus »British« und »exit« allgemein bezeichnet wird – wird bereits seit der Bekanntgabe des Ergebnisses des Referendums geschrieben. Standen zunächst das Referendum selbst und sein Ablauf im Zentrum vor allem journalistischer Aufarbeitung[1], haben politikwissenschaftliche Betrachtungen schon bald begonnen, die Debatte im Vorfeld der Abstimmung und die möglichen verfassungsrechtlichen Folgen der Austrittsentscheidung aufzuarbeiten.[2] Die historiografische Vermessung des Brexits steht jedoch noch an ihren Anfängen. Nachdem Mathias Häußler bereits einen Überblick über neuere Forschungen zur Rolle Großbritanniens in der europäischen Integration seit 1945 vorgelegt hat[3], bietet dieser Forschungsbericht eine Übersicht über Arbeiten im angelsächsischen Raum in den letzten fünf Jahren, die sich vor allem mit der Erklärung und Einordnung des Brexits befassen. Herangezogen werden dazu historiografische Werke und politikwissenschaftliche Studien mit historischer Perspektive. Das Ziel des Berichts ist es, die großen Linien der bisherigen Forschung darzulegen, sie zu diskutieren und mögliche Wege für künftige Forschung auf diesem Gebiet aufzuzeigen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf den angelegten Perspektiven und den methodischen Ansätzen der Brexit-Forschung, denn Teil der historiografischen Aufarbeitung des Brexits ist es, politikwissenschaftliche Studien auf ihren geschichtswissenschaftlichen Nutzen zu befragen.

Der Forschungsbericht behandelt mit der Erklärung des Abstimmungsergebnisses (I.), den Folgen für Politik und Verfassung (II.) sowie den Wechselwirkungen von

1 Vgl. beispielsweise *Anthony Barnett*, The Lure of Greatness. England's Brexit & America's Trump, London 2017; *Tim Shipman*, All Out War. The Full Story of How Brexit Sank Britain's Political Class, London 2016.

2 Vgl. exemplarisch *Harold D. Clarke/Matthew Goodwin/Paul F. Whiteley*, Brexit. Why Britain Voted to Leave the European Union, Cambridge/New York etc. 2017; *Geoffrey Evans/Anand Menon*, Brexit and British Politics, Cambridge/Medford 2017; *Alexander Niedermeier/Wolfram Ridder*, Das Brexit-Referendum. Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven, Wiesbaden 2017.

3 Vgl. *Mathias Häußler*, Ein britischer Sonderweg? Ein Forschungsbericht zur Rolle Großbritanniens bei der europäischen Integration seit 1945, in: VfZ 67, 2019, S. 263–287.

Brexit und innerer Dekolonisierung (III.) drei Aspekte, die für die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des britischen Austritts aus der Europäischen Union ertragreich sein können. Diese Aspekte sind freilich analytisch nicht eindeutig voneinander zu trennen und werden von einigen Studien auch gemeinsam behandelt. Die Grundlage der hier vorgenommenen Systematisierung waren die Forschungskontexte, in denen sich die Werke verorten, sowie die Ziele ihrer jeweiligen Analyse.

I. Das Brexit-Votum: Erklärungsversuche

Das Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union offenbarte tiefgehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bruchlinien im Vereinigten Königreich. Heruntergebrochen auf die einzelnen Landesteile stimmten 53,4 % der Wähler:innen in England und 52,5 % in Wales für den Austritt, während 62 % in Schottland und 55,8 % in Nordirland für den Verbleib votierten. Das jeweilige Bildungsniveau spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle: Höher gebildete Wähler:innen tendierten zum Verbleib in der EU, wohingegen Wähler:innen mit geringerer formaler Bildung mehrheitlich für den Austritt votierten. Generationelle Unterschiede wurden ebenso deutlich: Von den 18–24-jährigen Wähler:innen stimmten 73 % für den Verbleib, wohingegen 60 % der Wähler:innen über 65 Jahre für den Brexit votierten.[4]

Sowohl das Ergebnis der Abstimmung als auch die Beobachtungen zum Wahlverhalten im Einzelnen sind erklärungsbedürftig. In der Forschung gibt es dazu bisher vor allem zwei Ansätze: Der erste Ansatz, aus der Nationalismusforschung kommend, deutet den Brexit als Folge von vornehmlich englischem Nationalismus und Euroskeptizismus. Ein zweiter Ansatz, aus der Wahlforschung stammend, fokussiert die gesellschaftlichen Spaltungen entlang von Alter, Bildung und sozialer Klasse. Der erste Ansatz bietet eine Perspektive der politischen Eliten, während der zweite auf umfragebasierten Erkenntnissen beruht. Die Kombination beider Ansätze ist besonders aufschlussreich: Im Folgenden werden daher Ben Wellings Studie »English Nationalism, Brexit and the Anglosphere. Wider still and wider« (2019)[5] und Maria Sobolewskas und Robert Fords gemeinsam verfasste Monografie »Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics« (2020)[6] gemeinsam diskutiert. Beide Bücher liefern anregende und unbedingt lesenswerte Deutungen des Brexit-Votums.

Im Vorfeld des Brexit-Referendums und in den ersten Reaktionen auf das Ergebnis hat vor allem der Erklärungsansatz des englischen Nationalismus viel media-

4 Vgl. *o. A.*, EU Referendum: The Result in Maps and Charts, in: BBC.com, 8.6.2021, URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-36616028> [5.8.2024]. Für eine kritische kontrafaktische Lesart der Referendumsergebnisse vgl. *Daniel Dorling/Sally Tomlinson*, Rule Britannia. Brexit and the End of Empire, London 2019, Kapitel 1.

5 *Ben Wellings*, English Nationalism, Brexit and the Anglosphere. Wider Still and Wider, Manchester University Press, Manchester 2019, 216 S., broschiert, 25,00 £.

6 *Maria Sobolewska/Robert Ford*, Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2020, 408 S., broschiert, 12,99 £.

le Aufmerksamkeit erhalten.[7] Euroskeptizismus wird in diesem Ansatz vor allem als englisches Problem gedeutet (das walisische Abstimmungsergebnis schien angesichts der Tatsache, dass fast 85 % der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs in England leben und weniger als 5 % in Wales, vergleichsweise unerheblich).[8] Diese Einschätzung geht zurück auf seit den 1970er-Jahren bestehende Narrative der Neuen Linken, die den englischen Nationalismus als rassistische und antieuropäische Kraft darstellen. Die Sorge vor den potenziell illiberalen Folgen des englischen Nationalismus beruht auf zwei miteinander verwandten Interpretationen: Einerseits geht sie zurück auf die Beobachtung des schottischen Politikwissenschaftlers Tom Nairn, dass England kein ausgeprägtes Nationalbewusstsein habe, sondern das englische Nationalbewusstsein vom britischen verdeckt werde. Englisches Nationalbewusstsein speise sich aus der imperialen Tradition des Vereinigten Königreichs, was die Prävalenz von Rassismus in englischen nationalen Traditionen erkläre.[9] Andererseits schien der Brexit die Befürchtung zu bestätigen, dass die asymmetrische Anlage der aktuellen Devolutionsregelung den englischen Nationalismus erst entfesselt habe.[10] Im Devolutionsprozess in den 1990er-Jahren, als auf der Basis der angenommenen Stärke des Nationalbewusstseins dieser Landesteile Kompetenzen von Westminster auf regionale Parlamente in Schottland, Wales und Nordirland übertragen worden waren (im Falle Nordirlands handelte es sich dabei um die Restitution etablierter, aber aufgrund des Nordirlandkonflikts lange Zeit suspendierter Kompetenzen), war England leer ausgegangen. Der Brexit schien nun die seit Ende der 1990er-Jahre bestehende Sorge vor angesichts dieser ungleichen Regelung wachsenden Ressentiments in politische Realität übersetzt zu haben.

Die Aufmerksamkeit, die seit den Devolutionsabkommen auf England lag, schlug sich auch wissenschaftlich in der verstärkten Untersuchung von englischem Nationalismus und englischem Nationalbewusstsein nieder.[11] Ben Wellings, der sich bereits in der Vergangenheit einen Namen mit Werken zu englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Anglosphäre gemacht hat, bindet in seiner Monografie von 2019 nun diese Forschungsinteressen zu einem Erklärungsansatz des Brexits

7 Vgl. beispielsweise *Anthony Barnett*, Why Brexit? It's the English, Stupid, in: openDemocracy, 24.10.2017, URL: <https://www.opendemocracy.net/uk/anthony-barnett/why-brexit-its-english-stupid> [5.8.2024]; *ders.*, The Lure of Greatness.

8 Vgl. hierzu auch *Ailsa Henderson/Charlie Jeffery/Dan Wincott* u. a., How Brexit Was Made in England, in: The British Journal of Politics and International Relations 19, 2017, S. 631–646, hier: S. 631.

9 Vgl. *Tom Nairn*, The Break-Up of Britain. Crisis and Neo-Nationalism, London 1977, hier: S. 41 f. und 79. Zum politischen Einfluss des Narrativs vgl. *Michael Kenny*, The Return of ›Englishness‹ in British Political Culture – The End of the Unions?, in: Journal of Common Market Studies 53, 2015, S. 35–51, hier: S. 39–44.

10 Vgl. *John Curtice/Anthony Heath*, Is the English Lion about to Roar? National Identity after Devolution, in: *Roger Jowell/John Curtice/Alison Park* u. a. (Hrsg.), British Social Attitudes. Focusing on Diversity. The 17th Report, London/Thousand Oaks etc. 2000, S. 155–174, hier: S. 155 f.

11 Vgl. hier als zentrale Werke *Robert Colls*, Identity of England, Oxford/New York etc. 2002; *Krishan Kumar*, The Making of English National Identity, Cambridge/New York etc. 2005 (zuerst 2003); *Arthur Aughey*, The Politics of Englishness, Manchester 2007; *Michael Kenny*, The Politics of English Nationhood, Oxford/New York 2014; *Ailsa Henderson/Richard Wyn Jones*, Englishness. The Political Force Transforming Britain, Oxford/New York 2021.

zusammen.[12] Wellings argumentiert, dass der Brexit nicht nur ein politisches Ereignis war, sondern auch ein Moment des englischen Nationalismus, der tiefgreifende Auswirkungen auf Englands Beziehung zum Vereinigten Königreich und zur Welt habe. Ein Teil der politischen Eliten hätte englische Identität erfolgreich politisiert, um das Vereinigte Königreich aus der EU zu lösen. Dies sei möglich gewesen, da im frühen 21. Jahrhundert Euroskeptizismus das dominante Merkmal des englischen Nationalismus gewesen sei (im Gegensatz zu Nairns Diagnose aus den 1970er-Jahren, die von einer Dominanz des Rassismus ausging).

Dabei sei die zentrale Projektionsfläche der Brexit-Befürworter die Idee der Anglosphäre gewesen, das heißt die Vorstellung eines anglophonen Kulturraums, der auf kulturellen, historischen und sprachlichen Gemeinsamkeiten beruhe. Als politisches Projekt stammt diese Idee aus den 1990er-Jahren, baut aber auf den imperialen »Greater Britain«-Konzepten des späten 19. Jahrhunderts auf[13] und bezieht sich daher hauptsächlich auf Länder mit einer historischen Verbindung zum ehemaligen British Empire. Kernstaaten sind, Wellings zufolge, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland. Zur Anglosphäre könnten aber auch andere Länder mit einem anglophonen Erbe oder einer Verbindung zum ehemaligen britischen Empire wie Singapur, Indien oder Länder der Karibik gehören, ebenso, obwohl problematisch aufgrund ihrer Art des Austritts aus dem Empire und der Nichtmitgliedschaft im Commonwealth, die Republik Irland.[14]

Im Kern beschäftigt sich Wellings mit der Analyse einer Ideologie. Er zerlegt den von ihm beschriebenen Nexus aus englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Vorstellung der Anglosphäre sorgfältig in seine erinnerungspolitischen Bestandteile. Dazu gehört erstens die Erzählung von der verfassungsrechtlichen Überlegenheit des Westminster-Systems als der ersten modernen Demokratie, zweitens die positiv inszenierte Erinnerung an das britische Empire sowie drittens ein Narrativ, in dem die Zeit der Weltkriege als Projektionsfläche für vergangene nationale Größe dient. Nicht alles daran ist neu, doch bilden alle drei Narrative einen funktionalen Bestandteil des englischen Nationalismus, indem sie zum einen die fundamentale Differenz Großbritanniens zu den übrigen Ländern der EU betonen und zum anderen eine Nähe zu anderen Ländern der Anglosphäre konstruieren. Die Ähnlichkeiten der Verfassungssysteme innerhalb der Anglosphäre garantierten eine als spezifisch anglophon deklarierte Vorstellung von Freiheitsliebe; die selek-

12 Vgl. *Ben Wellings*, Empire-Nation: National and Imperial Discourses in England, in: Nations and Nationalism 8, 2002, S. 95–109; *ders.*, Rump Britain: Englishness and Britishness, 1992–2001, in: National Identities 9, 2007, S. 395–412; *ders.*, Losing the Peace: Euroscepticism and the Foundations of Contemporary English Nationalism, in: Nations and Nationalism 16, 2010, S. 488–505; *ders.*, English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace, Oxford/Bern etc. 2012; *ders.*, Our Island Story: England, Europe and the Anglosphere Alternative, in: Political Studies Review 14, 2016, S. 368–377.

13 Zur Vorstellung eines Greater Britain vgl. *Duncan Bell*, The Idea of Greater Britain. Empire and the Future of World Order, 1860–1900, Princeton/Woodstock 2007; *Mark Lee*, The Story of Greater Britain: What Lessons Does It Teach?, in: National Identities 6, 2004, S. 123–142. Michael Kenny und Nick Pearce haben dies unter dem etwas breiteren Begriff der »Anglosphere« diskutiert, vgl. *Michael Kenny/Nick Pearce*, Shadows of Empire. The Anglosphere in British Politics, Cambridge/Medford 2018, S. 3.

14 Vgl. *Wellings*, English Nationalism, S. 18.

tive Amnesie gegenüber der Gewaltgeschichte des Empire bewahrt kulturelle Formen imperialer Zugehörigkeit; die Erinnerungskultur vor allem an den Zweiten Weltkrieg evoziert eine grundlegend andere Deutung der Konflikte des 20. Jahrhunderts als sie in der EU gängig sind. Wellings Formulierungen vom »Zusammenhang« oder »Nexus« verdecken jedoch, wie das Zusammenspiel von englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Vorstellung der Anglosphäre im Detail ausgestaltet ist. Konzeptionell zeigt sich das in den unterschiedlichen Begriffen, die Wellings verwendet: Er wechselt zwischen der Analyse von »Englishness«, »English nationhood« und »Nationalismus«, ohne jedoch immer klar darzulegen, welchen Aspekt des englischen Nationsbewusstseins er im Detail und zu welchem Zweck analysieren möchte. An dieser Stelle wäre daher eine schärfere Zuspitzung des Forschungsdesigns wünschenswert gewesen.

Pièce de Résistance in Wellings Analyse ist die These, dass sowohl offen zur Schau gestellter englischer Nationalismus als auch die Anglosphäre in der Debatte vor dem Referendum schon bald nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielten. Stattdessen wurden nun Äußerungen zum englischen Nationalismus von solchen zur »Britishness« überlagert. Obwohl sie als Alternative zur EU präsentiert wurde und die dazugehörigen Länder als die ›wahren‹ Freunde des Vereinigten Königreichs und Träger einer von angloamerikanischen Idealen der Liberalität getragenen Version der Globalisierung angesehen wurden, blieb die Rede von der Anglosphäre meist implizit. Stärker kamen drei mit ihr assoziierte Länder in der Debatte zu Wort: Kanada (aufgrund des CETA-Abkommens mit der EU), Australien (wegen seines punktebasierten Einwanderungssystems) sowie die USA (diese jedoch aufgrund von Barack Obamas Kritik am drohenden Brexit weniger als Kanada und Australien). Argumentativ ordnet sich diese Interpretation problemlos in Wellings bisherige Beweisführung ein. Es stellt sich aber die Frage, ob er hier nicht zu umstandslos dem seit den 1970er-Jahren etablierten Narrativ vom »schwierigen« englischen Nationalismus aufsitzt und im Gegenzug die Mobilisierungskraft eines übergreifenden britischen Nationalismus unterschätzt. Denn auch wenn »Britishness« im Zuge der von New Labour initiierten Kampagne der späten 1990er- und frühen 2000er-Jahre der Ruf einer zwar politisch zweckmäßigen, aber unauthentischen Identität anhing, erschöpft sie sich doch nicht in der Verschränkung anglobritischer Identitätsvorstellungen. Zum einen ging es Labour in seiner Kampagne gerade darum, »Britishness« als ein Element auszugestalten, das die multiethnische Gesellschaft des Vereinigten Königreichs in ihrer Gesamtheit integrieren können sollte. Zum anderen wurde die Frage von »Britishness« über das Labour-Projekt hinaus auch in Wissenschaft, Medien und anderen Orten der Öffentlichkeit verhandelt.[15]

Ein zweiter Ansatz, der in der Forschung zum Brexit-Referendum kenntlich wird, fokussiert aus der Perspektive der Wahl- und Meinungsforschung stärker die Bruchlinien im Ergebnis des Referendums, die sich aus Alter, Bildung und Klasse der Befragten ablesen lassen. Diese Bruchlinien haben schon früh Aufmerksamkeit erhalten, nicht zuletzt deshalb, weil die Analysen dazu nahtlos an politikwissen-

15 Vgl. *Almuth Ebke*, Britishness. Die Debatte über nationale Identität in Großbritannien, 1967 bis 2008, Berlin/Boston 2019, S. 237–247 und 281–305.

schaftliche Forschungen zum Erfolg der United Kingdom Independence Party, kurz UKIP, aus der Zeit vor dem Referendum anschlossen.[16] Diesem Ansatz folgen Maria Sobolewska und Robert Ford. Die beiden Politikwissenschaftler:innen betrachten das Votum der Briten, die EU zu verlassen, nicht als isolierte Anomalie, sondern erklären es als Ergebnis langfristiger demografischer Verschiebungen. Die Expansion des Bildungssystems in den 1960er- und den 1990er-Jahren sowie Einwanderungswellen ab den 1950er-Jahren und verstärkt zwischen 2005 und 2017 hätten in der Wählerschaft neue Gruppen generiert, deren je eigene politisch-kulturelle Identitäten zueinander in Konflikt geraten seien. Die Autor:innen betonen, dass die politische Mobilisierung dieser Identitätskonflikte besonders in den letzten zwei Jahrzehnten stattgefunden habe, ausgelöst nicht zuletzt durch Veränderungen im Parteiensystem: Die ideologische Konvergenz von Labour und Tories, die Professionalisierung der politischen Klasse und ihrer Wahlkampagnen sowie die Schwächung der Parteibindungen hätten dazu geführt, dass Wähler:innen vermehrt nach Alternativen suchten. In der Referendumskampagne hätten sich die divergierenden politisch-kulturellen Identitäten dann in die Lager »Leave« und »Remain« polarisiert. Das Referendum von 2016 sei das erste politische Ereignis gewesen, das primär durch solche politisch-kulturellen Identitätskonflikte geprägt gewesen sei – so das Argument von Sobolewska und Ford.[17]

Im Kern des Konflikts stand nach Einschätzung der Autor:innen die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit als fremd empfundenen Personen und Bevölkerungsgruppen. Fragen von Klasse, Einkommen, wirtschaftlicher Ideologie, ökonomischer Kompetenz, aber auch nationaler Identität seien demgegenüber in den Hintergrund gerückt. Ein zentrales Mittel zur Analyse der politisch-kulturellen Identitätskonkurrenzen ist für Sobolewska und Ford daher das Konzept des Ethnozentrismus, das helfen soll zu verstehen, warum bestimmte Gruppen auf wahrgenommene Bedrohungen durch »Outgroups« besonders stark reagieren. Je ethnozentrischer das Weltbild einer Person oder Gruppe, das heißt je prominenter die Rolle der eigenen Gruppe im Weltbild, desto eher würden liberale Themen wie Einwanderung und gesellschaftliche Diversität abgelehnt.[18] Die Autor:innen unterteilen die Wählerschaft entlang einer liberal-konservativen Achse in vergleichsweise grobe Kategorien wie »Conviction Liberals«, »Necessity Liberals« und »Identity Conservatives«. Die »Conviction Liberals« seien dabei überwiegend gebildet, kosmopolitisch und befürworteten Einwanderung und Diversität. »Necessity Liberals« bestünden hauptsächlich aus ethnischen Minderheiten, deren liberale Haltung aus der Notwendigkeit entstehe, gegen ihre eigene Diskriminierung anzukämpfen. Die »Identity Conservatives« hingegen, oft weniger gebildet und vom raschen sozialen

16 Vgl. hier exemplarisch *David Goodhart*, The British Dream. Successes and Failures of Post-war Immigration, London 2013; *ders.*, The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London 2017; *Matthew Goodwin/Caitlin Milazzo*, Taking Back Control? Investigating the Role of Immigration in the 2016 Vote for Brexit, in: The British Journal of Politics and International Relations 19, 2017, S. 450–464; *Robert Ford/Matthew Goodwin*, Revolt on the Right. Explaining Support for the Radical Right in Britain, London/New York 2014; *Lisa McKenzie*, ›It's Not Ideal‹: Reconsidering ›Anger‹ and ›Apathy‹ in the Brexit Vote among an Invisible Working Class, in: Competition & Change 21, 2017, S. 199–210.

17 Vgl. *Sobolewska/Ford*, Brexitland, S. 25–32.

18 Vgl. ebd., S. 22.

Wandel entfremdet, fühlten sich angesichts der wachsenden Diversität zunehmend marginalisiert. Die Konflikte zwischen den Gruppen ergäben sich dabei aus der normativen Aufladung dessen, worum gestritten werde, denn im Kern der Auseinandersetzung stünden unterschiedliche Definitionen von Rassismus.[19]

Beide Werke, Wellings wie Sobolewska und Ford, behandeln die politische Mobilisierung von unterschiedlich gelagerten Identitäten, daher ist die Zusammenschau beider Bücher besonders aufschlussreich. Während Wellings die spezifischen Traditionen von »Englishness« untersucht, die von konservativen Eliten politisch nutzbar gemacht wurden, zielen Sobolewska und Ford darauf ab, das »De-Alignment« von Wähler:innen zu erklären. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen der behandelten Werke führen zu unterschiedlichen Auslassungen: Wellings vernachlässigt aufgrund seines Fokus' auf (leider nicht näher konturierte) Eliten den demografischen Wandel, während Sobolewska und Ford aufgrund ihrer Konzentration auf Umfrageergebnisse kulturelle Imaginationen sowie die Wirkkraft alltäglicher Nationalismen nur wenig beachten. Hier zeigt sich das Potenzial für weitere kulturhistorische Forschungen, die die kulturellen Projektionsflächen und alltäglichen Nationalismen der Brexit-Debatte sozial- und politikhistorisch verankern helfen könnten.

Die Geschichte der politischen Mobilisierung von Identitäten ist immer auch eine Geschichte von Begriffen. Dies zeigt sich bei beiden beschriebenen Ansätzen. Im Verlauf der Diskussion haben sich unterschiedliche Begriffe insbesondere für die als ›abgehängt‹ geschilderte weiße Arbeiterklasse herausgebildet, unter anderem die »Somewheres« (im Gegensatz zu den gut ausgebildeten, geografisch mobilen und kosmopolitischen »Anywheres«)[20], »The Precariat«[21] oder auch im Kontext der Unterhauswahl von 2019 »The Red Wall« als informelle Bezeichnung für jene Wahlkreise, deren Wähler:innen traditionell mehrheitlich Labour wählten, aber in großen Teilen die neuen kosmopolitischen Tendenzen der Labour-Partei ablehnten und beim Referendum 2016 für den Brexit gestimmt hatten. 2019 fielen diese Wahlkreise vielfach erstmals überhaupt an die Conservative Party.[22] Diese bunte Begriffsbildung ist ein Zeugnis der bereits seit den 1970er-Jahren diagnostizierten unzureichenden Erklärungskraft von »Class« für die von der Wahlforschung erkannten Verschiebungen.[23] Sobolewskas und Fords neutralere Bezeichnungen entlang der Achse liberal-konservativ sind hier nicht nur angenehm unaufgeregt, sondern durch ihre Anerkennung intersektionaler Gemengelagen von »Class« und »Race« auch analytisch zielführend. Zukünftige Arbeiten zum Brexit tun gut daran, diese intersektionale Perspektive mitzudenken.

19 Vgl. ebd., S. 72–76.
20 Vgl. *Goodhart*, The Road to Somewhere, S. vii.
21 Der Begriff wurde bereits 2011 von Guy Standing geprägt. Vgl. *Guy Standing*, The Precariat. The New Dangerous Class, London 2011.
22 Vgl. *James Kanagasooriam/Elizabeth Simon*, Red Wall: The Definitive Description, in: Political Insight 12, 2021, H. 3, S. 8–11.
23 Vgl. *Martina Steber/Kerstin Brückweh*, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: AfS 50, 2010, S. 671–701, hier: S. 682 f.

II. Politisches System und Verfassung

Die langwierigen Debatten, das Kompetenzgerangel und die teils auch gerichtlich ausgetragenen Konflikte zwischen Exekutive und Parlament im Zuge der Austrittsverhandlungen verweisen auf die verfassungsrechtliche Dimension des britischen Abschieds von der EU. Ein nicht unerheblicher Teil der bisherigen Forschungsliteratur konzentriert sich auf die Auswirkungen des Brexit-Votums auf das politische System und das Verfassungsgefüge des Vereinigten Königreichs.[24] Dessen konstitutionelles Gefüge beruht bekanntlich nicht auf einem einzelnen Verfassungsdokument, sondern setzt sich aus diversen Gesetzen, Gerichtsurteilen und Konventionen zusammen. Entsprechend entwickelt sich die Verfassung durch Präzedenzfälle fortlaufend weiter. Gerade diese historische Wandelbarkeit führt dazu, dass die Auslegung zentraler Verfassungsgrundsätze alles andere als unstrittig und stark von politischen Standpunkten abhängig ist; die Interpretation widersprüchlicher Präzedenzfälle und Rechtsnormen ist das Kerngeschäft britischer Verfassungsrechtler:innen und -expert:innen. Im Zuge der Verfassungsreformen der Regierung Blair war dieses Gefüge in den 1990er-Jahren grundlegend umgebaut worden. Neben einer Reform des House of Lords war nach Referenden in den jeweiligen Landesteilen die Devolution in Form einer Verlagerung von Machtbefugnissen an Regionalregierungen in Schottland, Wales und Nordirland in Gang gesetzt worden.[25] Mit dem 1998 verabschiedeten »Human Rights Act« wurde zudem die Europäische Menschenrechtskonvention Teil des innerstaatlichen Rechts. Der Brexit stellt nun eine weitere Dimension in dem sich wandelnden Verfassungssystem dar, wobei die Politikwissenschaft und die Verfassungsgeschichte in diesem Zusammenhang hauptsächlich die folgenden zwei Entwicklungen untersuchen: die Einordnung des Brexits in den umfassenderen verfassungsrechtlichen Wandel seit den 1960er-Jahren sowie die durch den Brexit verursachten Veränderungen im System der parlamentarischen Demokratie.

Dem ersten Aspekt, dem langfristigen Wandel der britischen Verfassung, wendet sich Vernon Bogdanor in dem Buch »Beyond Brexit. Towards a British Constitution« (2019) zu.[26] Dem ausgewiesenen Verfassungsexperten[27] geht es einerseits um die Auswirkungen der EG/EU-Mitgliedschaft auf die britische Verfassung sowie andererseits um die verfassungsrechtlichen Konsequenzen des Austritts. Seine Grundthese ist, dass der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften

24 Robert Saunders hat kürzlich auf die Renaissance politik- und verfassungsgeschichtlicher Studien im Kontext des Brexits hingewiesen. Vgl. *Robert Saunders*, How Do We Write the History of Brexit?, in: The Political Quarterly 94, 2023, S. 230–236, hier: S. 232.

25 Zum Reformdiskurs der Regierung Blair vgl. *Peter Catterall*, »Efficiency with Freedom?«. Debates about the British Constitution in the Twentieth Century, in: *ders./Wolfram Kaiser/Ulrike Walton-Jordan* (Hrsg.), Reforming the Constitution. Debates in Twentieth-Century Britain, Abingdon/New York 2000, S. 1–42, hier: S. 1 f.

26 *Vernon Bogdanor*, Beyond Brexit. Towards a British Constitution, I. B. Tauris, London 2019, 304 S., gebunden, 35,00 £.

27 Vgl. beispielsweise *ders.*, The New British Constitution, Oxford/Portland 2009; *ders.*, The Monarchy and the Constitution, Oxford/New York etc. 2004 (zuerst 1995); *ders.* (Hrsg.), The British Constitution in the Twentieth Century, Oxford/New York etc. 2003; *ders.*, Devolution in the United Kingdom, Oxford/New York etc. 1999.

eine fundamentale Bedeutung für das konstitutionelle Gefüge des Landes hatte.[28] Konkret zeige sich dieser Einfluss unter anderem in der Einführung von Referenden, in der Aufhebung des Prinzips der kollektiven Verantwortung des Kabinetts beispielsweise in den Referendumsdebatten 1975 und 2016 sowie in der Verankerung von Bürger- und Menschenrechten durch EU-Recht. Historisch gesehen ordnet Bogdanor den Brexit damit als späten Abschnitt in eine Phase der Reform ein, die schon mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zu den damaligen Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1973 begonnen und die die britische Verfassung seither grundlegend verändert habe.[29]

Michael Keating, der in der Vergangenheit zu Nationalismus und Home Rule im Vereinigten Königreich gearbeitet hat, wendet sich in »State and Nation in the United Kingdom. The fractured Union« (2021) hingegen der Vorstellung vom britischen Staat als »Union State« zu.[30] Im Gegensatz zu einem reinen Zentralstaat, in dem die Zentralregierung die Autorität über alle Teile des Staates ausübt, oder einem föderalen Staat, der durch eine klare Machtteilung zwischen zentralen und regionalen Regierungen charakterisiert ist, kombiniert ein »Union State« Elemente von beiden. Im Kontext des Vereinigten Königreichs beschreibt der Begriff die Vereinigung mehrerer vorher souveräner Staaten oder Entitäten zu einem einzigen Staat, wobei jede der konstituierenden Nationen – England, Schottland, Wales und Nordirland – über bestimmte eigenständige politische und rechtliche Institutionen verfügt.[31] Damit ist das Vereinigte Königreich per se ein Ort umstrittener und stets neu auszuhandelnder Souveränitätsvorstellungen, deren Grenzen sich nicht allein unter nationalpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene zeigen.

Für beide Autoren, Bogdanor wie Keating, steht das (Macht-)Verhältnis zwischen der Londoner Zentralregierung und den »Devolved Bodies« in Schottland, Wales und Nordirland im Zentrum der verfassungsrechtlichen Problemlagen Großbritanniens post-Brexit. Seit Ende des 20. Jahrhunderts hätten nationalistische Bewegungen in Schottland, Wales und Nordirland den britischen »Union State« auf unterschiedliche Weise herausgefordert. Das Millennium-Settlement, das heißt die Devolution in Schottland, Wales und Nordirland Ende der 1990er-Jahre, sei institutionell insgesamt nur schwach verankert gewesen, sodass die EU einen Teil dieses Mangels an staatlicher Verfasstheit aufgefangen habe. Ein so grundlegend umstrittenes Ereignis wie das Brexit-Referendum musste dieses sorgsam austarierte Gleichgewicht zwangsläufig stören. Gleichzeitig versuchte die britische Regierung nach dem Wegfall der EU-bedingten Rahmenbedingungen stärker in politische Angelegenheiten der einzelnen Teilnationen zu intervenieren.[32]

Es ist wohl zunächst den unterschiedlichen Publikationsjahren und vor allem der Verfügbarkeit neuerer Umfrageergebnisse geschuldet, dass Keating im Vergleich zu Bogdanor eine positivere Sicht auf die Zukunft des britischen »Union

28 Vgl. *ders*., Beyond Brexit, S. xi.
29 Vgl. ebd., S. xii–xiii.
30 *Michael Keating*, State and Nation in the United Kingdom. The Fractured Union, Oxford University Press, Oxford/New York 2021, 256 S., gebunden, 87,00 £.
31 Vgl. ebd., S. 43.
32 Vgl. *Keating*, State and Nation in the United Kingdom, S. 98–101.

State« post-Brexit hat.[33] Zugleich ist es gerade Bogdanors Position zur Frage der parlamentarischen Souveränität, die ihn zu seiner pessimistischeren Prognose führt. Hier zeigt sich auch die Bedeutung des Sehepunktes für das wissenschaftliche Ergebnis. Bogdanors Warte ist die des britischen Exzeptionalismus: In seiner Lesart hat Großbritannien bedingt durch seine Geschichte eine grundlegend andere Entwicklung als die übrigen europäischen Länder durchlaufen. Ein mangelndes Verständnis europäischer Rechtsprechung habe zu den Schwierigkeiten des Vereinigten Königreichs beigetragen, sich europäischen Normen und Prozessen anzupassen. So zieht der Verfassungsexperte etwa die vom Rest des Kontinents divergierende historische Erfahrung des Zweiten Weltkriegs heran, um die Haltung des Vereinigten Königreichs gegenüber der Europäischen Union zu erklären. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern habe das Vereinigte Königreich keinen »Constitutional Moment« gehabt, weil für den Kriegsgewinner keine Notwendigkeit bestanden habe, seine Verfassung zu überarbeiten. Während sich auf dem Rest des Kontinents im Zuge der jeweiligen Verfassungsreformen ein Bewusstsein für die grundsätzliche Bedeutung von schriftlich kodifizierten Verfassungen ausbilden konnte, habe im Vereinigten Königreich ein ebensolches Bewusstsein gefehlt. Ergebnis dieser Entwicklung sei gewesen, dass britische Regierungen im Allgemeinen informelle Verhandlungen einem vertragsgebundenen europäischen Einigungsprozess vorgezogen hätten.[34] Bogdanor gibt hier das Paradebeispiel eines Sonderwegnarrativs, bei dem die Warte des (britischen) Nationalstaats und der (britischen) Nationalgeschichte die Interpretation präfiguriert. Die anglozentrische Perspektive mündet in eine nationale Fortschrittserzählung – eine Lesart, die sowohl von Ben Wellings als auch Elizabeth Buettner kritisiert wird.[35] Keatings Perspektive hingegen ist die der (in seinem Fall schottischen) Peripherie. Mit dem Millennium-Settlement nimmt er einen deutlich jüngeren verfassungsrechtlichen Einschnitt zum analytischen Angelpunkt. Sein Blick kommt aus der Außenperspektive: Das Vereinigte Königreich wird als komplexes Gebilde unterschiedlich gelagerter »Unionisms« verstanden, die wiederum im Zusammenhang mit oder in Abgrenzung zu anderen Unionen bestanden – nicht zuletzt zu der EU selbst.

Diese Unterschiede im Sehepunkt zeigen sich auch in der Herangehensweise der beiden Autoren an das Thema der parlamentarischen Souveränität. Die Doktrin der unteilbaren parlamentarischen Souveränität, die auf die Arbeiten des einflussreichen viktorianischen Verfassungsrechtlers Albert Venn Dicey zurückgeführt wird[36], hat während der Brexit-Debatte eine zentrale Rolle eingenommen – sowohl in dem gegen die EU-Institutionen gerichteten Slogan »Take back control« der Brexit-Befürworter als auch in dem von Brexit-Gegnern erfochtenen Entscheid des Supreme

33 Vgl. ebd., S. 199; *Bogdanor*, Beyond Brexit, S. 170 und 248 f.

34 Vgl. ebd., S. 39–46.

35 Vgl. *Wellings*, English Nationalism, S. 111 f.; *Elizabeth Buettner*, How Unique is Britain's Empire Complex?, in: *Stuart Ward/Astrid Rasch* (Hrsg.), Embers of Empire in Brexit Britain, London/New York etc. 2019, S. 37–47, hier: S. 43. Zum Sonderwegsnarrativ vgl. auch *Häußler*, Ein britischer Sonderweg?, S. 264 f.; *Saunders*, How Do We Write the History of Brexit?, S. 236.

36 Dicey hatte bereits 1885 den Grundsatz festgeschrieben, das Parlament stelle »an absolutely sovereign legislature« dar mit dem »right to make or unmake any law«. Vgl. *Albert Venn Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, Oxford 2013 (zuerst 1885), S. 27.

Courts, dass die Regierung den EU-Austritt nicht ohne Parlamentsbeschluss einleiten dürfe. Bogdanor erkennt zwar an, dass schottische Verfassungsexperten seine auf Dicey zurückgehende These der parlamentarischen Souveränität nicht teilen,[37] argumentiert aber dennoch, dass Souveränität ein absolutes Konzept sei und, einmal verloren, nicht wiedererlangt werden könne.[38] Er sieht daher das Hauptproblem in der Konfrontation zwischen dem europäischen Prinzip des Vorrangs von EU-Recht und einer traditionellen englischen Vorstellung von der ungeteilten Souveränität des Parlaments.[39]

Michael Keating versteht Souveränität hingegen als ein grundlegend umstrittenes Konzept, von dem mehrere unterschiedliche Lesarten gleichzeitig koexistieren können. Westminster habe bereits in der Vergangenheit in verschiedenen Kontexten Souveränität abgegeben. Der Devolutionsprozess seit den späten 1990er-Jahren sei in dieser Hinsicht zentral. Seitdem gebe es zwei konkurrierende Konzeptionen von Souveränität: die Souveränität des Parlaments in Westminster sowie die Union der Nationen. Wenn in der Brexit-Debatte unterschiedliche Formen von Souveränität gegeneinander ausgespielt und dabei spezifisch britische Vorstellungen von ungeteilter Souveränität mit europäischen Vorstellungen von geteilter Souveränität konfrontiert worden seien, so sei das, wie Keating betont, eine Verkürzung gewesen, die etablierte Vorstellungen von Souveränität in Schottland, Wales und Nordirland ignoriert habe. Exklusive Lesarten von Souveränität seien dem Devolutionssettlement fremd.

Keatings Perspektive auf das Vereinigte Königreich als Ensemble miteinander verwobener, institutionell unterschiedlich verankerter und kulturell unterschiedlich begründeter Unionen ist für die Forschung nicht ganz neu.[40] Die Stärke seines Ansatzes liegt aber darin, neben naheliegenden politischen Unionen wie der von Schottland, Wales, England und Nordirland auch die EU und damit nichtnationale Akteure und Institutionen als Teil von Unionen und damit als Teil des britischen Verfassungsgefüges zu verstehen. Für die historiografische Analyse eines so stark durch den nationalen Rahmen wahrgenommenen Ereignisses wie des Brexits erscheint dieser Blick auf die Verfassung jenseits des methodologischen Nationalismus eminent nützlich – nicht zuletzt deshalb, weil damit auch die imperialen Verflechtungen erfasst werden können, deren Untersuchung gerade in jüngster Zeit vehement eingefordert wird.

Die durch den Brexit verursachten Veränderungen im System der parlamentarischen Demokratie stellen den zweiten thematischen Schwerpunkt von Arbeiten zu den Auswirkungen des Brexits auf das politische System und das konstitutionelle Gefüge Großbritanniens dar. Aus demokratietheoretischer Perspektive hat das Brexit-Votum insbesondere Fragen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie aufgeworfen. Die Ideologie und politische Praxis des Populismus im Allgemeinen und

37 Vgl. *Bogdanor*, Beyond Brexit, S. 174–177.
38 Vgl. ebd., S. xiv.
39 Vgl. ebd., S. 43.
40 Zum Ansatz der »New British History« vgl. *J. G. A. Pocock*, British History. A Plea for a New Subject, in: The Journal of Modern History 47, 1975, S. 601–621. Als Beispiel vgl. *Linda Colley*, Britons. Forging the Nation, 1707–1837, New Haven 2009 (zuerst 1992); *Hugh Kearney*, The British Isles. A History of Four Nations, Cambridge 2006 (zuerst 1989).

das Referendum als Instrument direkter Demokratie im Besonderen wurden als potenzielle Gefahren für das tradierte demokratische System des Vereinigten Königreichs betrachtet.[41] In dieses Debattenfeld ordnet sich Andrew Blick mit seinem Buch »Democratic Turbulence in the United Kingdom« (2024) ein.[42] Im Zentrum seiner Untersuchung steht die demokratische Erosion im Vereinigten Königreich.

Blick betrachtet den Brexit als eine zentrale Ursache für die Verschlechterung des demokratischen Klimas (»democratic deterioration«), für die er verschiedene Faktoren wie die Polarisierung der Gesellschaft, populistische Strömungen und die Destabilisierung territorialer Verhältnisse nennt. Der Autor identifiziert erstens eine schrittweise Aushöhlung von demokratischen Normen und Prozessen im Vereinigten Königreich post-Brexit. So gefährde der Brexit grundlegende Bürger- und Menschenrechte, deren rechtliche Verankerung in der Vergangenheit durch die Mitgliedschaft in der EU sichergestellt gewesen sei. Nach dem Austritt könnten sie mit einem einfachen Parlamentsakt geändert werden – was in der Praxis auch passiert, wie jüngst die Anstrengungen der konservativen Regierung Sunak belegen, das Asylrecht auszuhebeln. Zweitens zeigt er auf, wie die Brexit-Entscheidung die politische Polarisierung verschärfte, indem sie eine dauerhafte Spaltung in »Leavers« und »Remainers« herbeiführte. Parteipolitisch hätten die »Remainers« jedoch nach 2019 über kein Ventil mehr verfügt, da sich beide große Parteien grundsätzlich zum Brexit bekannt hätten.[43] Drittens kritisiert er die populistische Rhetorik des Referendums, die eine direkte Demokratieform gefördert und den traditionellen Parlamentarismus unterminiert habe. Viertens schließlich betont er die destabilisierenden Effekte auf die territorialen und institutionellen Strukturen des Vereinigten Königreichs. Indem die Europäische Union Kompetenzen beispielsweise in der Landwirtschaft in den »Devolved Areas« übernommen hatte, sei sie de facto ein Bestandteil des britischen konstitutionellen Gefüges geworden. EU-Verordnungen hätten zumindest teilweise jene schriftliche Kodifizierung der Verfassung geliefert, die dem Vereinigten Königreich fehle. Da dieser rechtliche Rahmen nun wieder wegfalle, gebe es post-Brexit ein Machtvakuum, das bisher nur unzureichend adressiert werde.[44]

Offen bleibt bei Blick, welche Form der Demokratie eigentlich in Gefahr ist. Die Analyse setzt mit dem britischen parlamentarischen System bestimmte Normen und Demokratieauffassungen als Normalzustand voraus, ohne diese explizit zu diskutieren. Die begriffliche Unschärfe des Bandes verstärkt diese Problematik. Blick verwendet eine Vielfalt an Begriffen wie »democratic turbulence«, »democratic backsliding« und »demographic deterioration«, ohne diese klar zu definieren oder

41 Vgl. exemplarisch *Damian Chalmers*, Brexit and the Renaissance of Parliamentary Authority, in: The British Journal of Politics and International Relations 19, 2017, S. 663–679, hier: S. 663 f.; *Pieter Lagrou*, Plebiscite or Parliament? Brexit and the End of the History of the British Political Model, in: Contemporary European History 28, 2019, S. 10–13, hier: S. 10; *Claus Offe*, Referendum vs. Institutionalized Deliberation: What Democratic Theorists Can Learn from the 2016 Brexit Decision, in: Daedalus 146, 2017, H. 3, S. 14–27, hier: S. 17 f.; *Stuart White*, Brexit and the Future of the UK Constitution, in: International Political Science Review 43, 2022, S. 359–373.

42 *Andrew Blick*, Democratic Turbulence in the United Kingdom (Democracy in Times of Upheaval, Bd. 6), De Gruyter, Berlin/Boston 2024, 213 S., gebunden, 99,95 €.

43 Vgl. ebd., S. 44 f.

44 Vgl. ebd., S. 70–75.

ihre konnotative Bedeutung zu entfalten. Seine Darstellung beschränkt sich damit letztlich auf die Mechanismen der Regierungsführung, die als das Wesen der Demokratie betrachtet werden, ohne dass eine Reflexion oder eine kritische Betrachtung dieser Annahme stattfindet.

Der Wert des Buches auch für die Geschichtswissenschaft zeigt sich hingegen da, wo Blick die enge Verbindung zwischen politischen Prozessen und der sich konstant im Wandel befindenden Verfassung beleuchtet. Ein zentraler Punkt ist hier beispielsweise das Fehlverhalten einzelner Regierungsmitglieder. Verschwörungstheoretische Motive, Verstöße gegen den »Ministerial Code«, vor allem gegen die COVID-19-Beschränkungen, und populistische Rhetorik unterminierten die demokratische Integrität mehrerer aufeinanderfolgender konservativer Regierungen. Da der »Ministerial Code« als regierungsinterner Verhaltenskodex nur per Verordnung (als »Order in Council«) geregelt ist und von jeder Regierung einfach geändert werden kann, bedeuteten diese Verstöße auch eine ständige Unterhöhlung des britischen Verfassungssystems. Ebenso fatal sei die Schwächung der parlamentarischen Überwachungsfunktion bei den im Kontext der COVID-19-Pandemie eingeführten Verordnungen – denn diese durch die Exekutive veranlasste »secondary legislation« sei parlamentarisch nicht hinreichend kontrolliert.[45]

Im Unterschied zu dieser Analyse des allgemeinen politischen Prozesses untersuchen Blick und seine Co-Autor:innen Lucy Atkinson und Matt Qvortrup in ihrem Buch »The Referendum in Britain. A History« (2020) den Wandel der britischen Verfassung anhand eines konkreten politischen Instruments: Es geht um das Referendum als Idee und politisches Mittel, jedoch ohne eine spezifische Behandlung des Brexit-Referendums.[46] Die repräsentative parlamentarische Demokratie wird hier nicht als gefährdet gelesen: Stattdessen wird das Referendum, das Mittel direkter Demokratie par excellence, in seiner Intellectual History im Vereinigten Königreich bis in die 1870er-Jahre zurückverfolgt. Demnach sei es nicht etwa Dicey gewesen, der sich als Erster mit dem Konzept des Referendums befasste habe. Der entscheidende Kontext für die Entstehung der Debatten um das Referendum sei vielmehr die Ausweitung der Demokratie im Zuge des »Third Reform Act« von 1884 gewesen.[47] Das Referendum wurde im Zuge dieser Ausweitung von einer Handvoll Journalisten und (vor allem liberaler) Parlamentarier zu einem Weg stilisiert, um in politisch umstrittenen Kontexten wie Home Rule, dem Frauenwahlrecht oder der Zolltarifreform eine Lösung anzubieten und dabei zugleich die Konkurrenz zwischen dem House of Commons und dem House of Lords zu befrieden. Auch wenn sich das Referendum zunächst nicht als politisches Instrument etablieren konnte, entstand vor allem in den Jahren zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg ein einflussreiches Korpus an Schriften, das dessen Vorteile und praktischen Nutzen herausstellte. Atkinson, Blick und Qvortrup heben hervor, dass das Referendum weder eine fremde noch eine dem repräsentativen System feindliche Erscheinung sei. Stattdessen betonen sie die Subtilität des britischen Verfassungswandels.

45 Ebd., S. 98.

46 *Lucy Atkinson/Andrew Blick/Matt Qvortrup*, The Referendum in Britain. A History, Oxford University Press, Oxford/New York 2020, 256 S., gebunden, 82,00 £.

47 Vgl. ebd., S. 29 f.

In der Ideengeschichte des Referendums im Vereinigten Königreich gab es durchaus Konjunkturen der Akzeptanz. Während in der Zeit nach 1945 Referenden zunächst als inkompatibel mit dem politischen System des Vereinigten Königreichs erachtet wurden, änderte sich dies in den 1960er-Jahren. Territorial- oder Hoheitsfragen (wie die europäische Integration, die Einführung regionaler Parlamente in Schottland und Wales oder der Friedensprozess in Nordirland), aber auch Debatten um neue Partizipationsformen sowie der Blick auf das europäische Ausland hätten das Interesse an Referenden neu geweckt, so die Autor:innen. Hier zeigt sich die Stärke des Buches: Die Autor:innen legen dar, dass in den vier Referenden der 1970er-Jahre – über den Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich, über die britische Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften sowie über die (dann abgelehnten) Devolution Acts für Schottland und Wales – nicht nur inhaltlich über potenziell grundlegende verfassungsrechtliche Fragen abgestimmt wurde.[48] Bereits durch den Akt des Referendums an sich habe damals, so das Argument, ein signifikanter verfassungsrechtlicher Wandel stattgefunden, der zeitgenössisch jedoch von der Labour-Regierung, die drei der vier Referenden veranlasst hatte, heruntergespielt worden sei.[49] Das Instrument des Referendums wurde auf diese Weise zunehmend normalisiert.[50]

Obgleich sich »The Referendum in Britain« nicht explizit mit dem Brexit beschäftigt, liefert das Buch doch wertvolle Informationen zur Einordnung des Referendums von 2016. So ist besonders der Blick auf die Volksabstimmung von 1975 über den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften für ein besseres Verständnis von Ablauf und Ausgang des Brexit-Referendums instruktiv, stehen doch die damaligen Vorbereitungen für die Abstimmung – in deren Zuge detaillierte Kontingenzpläne erstellt, verschiedene Szenarien eines Austritts durchdacht sowie das Problem potenziell divergierender Abstimmungsergebnisse in den verschiedenen Landesteilen ausgiebig erörtert wurden – in einem markanten Gegensatz zu den (zumindest nach aktuell verfügbarer Quellenlage) ausgesprochen planlos wirkenden Referendumsvorbereitungen der Regierung Cameron, die aus taktischen Gründen keine Kontingenzpläne vorbereiten ließ, um keine Zweifel an ihrer Siegesgewissheit zu wecken.[51] Atkinsons, Blicks und Qvortrups Einordung des Referendums wird hier am besten in Kombination mit Robert Saunders grundlegender Studie »Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain« gelesen, in der das Referendum von 1975 kultur- und politikhistorisch eingeordnet wird.[52]

Auch bietet das Referendum von 1975 wertvolle Erkenntnisse über den schrittweisen, oft unbemerkten Wandel der britischen Verfassung, insbesondere in Zusammenhang mit Fragen der Zugehörigkeit zu europäischen Institutionen. Die Volksabstimmung von 1975 markierte hier einen Wendepunkt, da in ihrem Zuge wichtige Konventionen, wie die Unterscheidung zwischen konsultativen und recht-

48 Vgl. ebd., S. 95.
49 Vgl. ebd., S. 103.
50 Vgl. ebd., S. 97.
51 Vgl. House of Commons Foreign Affairs Committee (Hrsg.), Equipping the Government for Brexit. Second Report of Session 2016–17, HC 431, London 2016.
52 Vgl. *Robert Saunders*, Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain, Cambridge/New York etc. 2018.

lich bindenden Referenden, erstmalig festgelegt wurden. Seither haben Referenden in Großbritannien zunehmend an Akzeptanz gewonnen.[53] Damit wird die Einführung des Referendums zu einem Lehrstück, wie tatsächlicher Verfassungswandel im Vereinigten Königreich ablaufen kann: Ihre Geschichte ist nicht die einer systematisch angelegten Reform, sondern Volksentscheide wurden ab 1973 schrittweise und sporadisch eingeführt. Erst im Jahr 2000 wurde ein allgemeiner gesetzlicher Rahmen für ihre Durchführung geschaffen, 2020 fand eine erste offizielle Untersuchung des Instruments durch das Constitution Committee des House of Lords statt. Insbesondere die Rolle der Referenden als Legitimationsgrundlage der Labour-Reformen in den 1990er-Jahren bietet spannende Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen zum Thema Verfassungswandel.

III. Brexit und Empire

Ein drittes Debattenfeld der entstehenden Brexit-Forschung befasst sich mit der Frage, inwieweit der Brexit als Teil britischer Dekolonisationsgeschichte verstanden werden kann. Damit wird eines der zentralen Themen britischer Nachkriegsgeschichte angesprochen, nämlich jenes der inneren Dekolonisierung. Die begriffliche Unterscheidung zwischen »Dekolonisation« und »Dekolonisierung«, die Christoph Kalter und Martin Rempe vorgenommen haben[54], erweist sich auch hier als nützlich, um zwei zeitlich verschieden gelagerte Prozesse zu differenzieren: Gegenüber den diplomatischen, strategischen und politischen Aspekten der Dekolonisation, als dem formalen Übergang der Kolonien in die Unabhängigkeit, haben die längeren soziokulturellen Ablösungsprozesse, die dem Wegfall des Empire folgten und den Prozess der Dekolonisierung darstellen, in der Geschichtswissenschaft zunächst nur wenig Aufmerksamkeit erhalten.[55] Erst in jüngster Zeit hat der Prozess der inneren Dekolonisierung der Metropole stärker das Interesse von Historiker:innen gefunden.[56]

53 Vgl. *Atkinson/Blick/Qvortrup*, The Referendum in Britain, S. 199.

54 Vgl. *Christoph Kalter/Martin Rempe*, La République décolonisée. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: GG 37, 2011, S. 157–197, hier: S. 166.

55 Vgl. *Stephen Howe*, Internal Decolonization? British Politics since Thatcher as Post-colonial Trauma, in: Twentieth Century British History 14, 2003, S. 286–304, hier: S. 291. Zu den diplomatischen, strategischen und politischen Prozessen vgl. beispielsweise *David George Boyce*, Decolonisation and the British Empire, 1775–1997, Basingstoke 1999; *Judith M. Brown/William Roger Louis* (Hrsg.), The Oxford History of the British Empire, Bd. 4: The Twentieth Century, Oxford 2001 (zuerst 1999); *John Darwin*, Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-war World, Basingstoke 1988; *Jost Dülffer/Marc Frey*, Elites and Decolonization in the Twentieth Century, Basingstoke 2011; *Richard Faber*, A Chain of Cities. Diplomacy at the End of Empire, London/New York 2000; *Frank Heinlein*, British Government Policy and Decolonisation, 1945–1963. Scrutinising the Official Mind, London/New York 2002; *A. G. Hopkins*, Rethinking Decolonization, in: Past & Present, 2008, Nr. 200, S. 211–247; *Ronald Hyam*, Britain's Declining Empire. The Road to Decolonisation, 1918–1968, Cambridge/New York etc. 2006; *Andrew N. Porter/A. J. Stockwell* (Hrsg.), British Imperial Policy and Decolonization, 1938–64, Bd. 2: 1951–64, Basingstoke 1989.

56 Vgl. so zum Beispiel *Stuart Ward*, Untied Kingdom. A Global History of the End of Britain, Cambridge/New York etc. 2023; *Charlotte Lydia Riley*, Imperial Island. A History of Empire in

Die postkoloniale Annahme, dass imperiale Denkmuster die gesamte Gesellschaft durchdringen, ja das eine ehemalige koloniale Metropole nicht frei von ihnen sein *kann*, stellt die Grundprämisse dieser jüngeren Auseinandersetzung in der Forschung dar. Nicht zuletzt dadurch markiert die gegenwärtige Debatte auch eine Abkehr von der heftig geführten historiografischen Auseinandersetzung der 1990er- und 2000er-Jahre um den Stellenwert des Empire für die britische Gesellschaft: Denn in ihr wurde noch darüber diskutiert, ob das Empire überhaupt, bewusst oder unbewusst, Teil der britischen Gesellschaft war, worin sich die Präsenz des Empire in der britischen Gesellschaft zeigte und ob »Class« oder »Race« deren bestimmender Faktor war. Ausgangspunkt der Kontroverse war ein Essay des Historikers P. J. Marshall, der das Empire zwar als Katalysator für wichtige Entwicklungen in der britischen Geschichte, jedoch nur selten als dominanten Faktor ansah.[57] Im Verlauf der Debatte ging es zum einen darum, ob das Empire als konstitutiv für die Geschichte der britischen Gesellschaft zu bewerten war, wie Marshalls Kritiker:innen argumentierten[58], zum anderen um methodische Fragen, nämlich wie dessen Einfluss mit historiografischen Methoden messbar war, ob nicht verschiedene Klassen und Bevölkerungsgruppen unterschiedlich vom Imperialismus betroffen gewesen seien und ob damit der Einfluss des Empire nicht eher nur indirekt gegeben war.[59] Die Frage, die heute gestellt wird, ist dagegen, inwieweit die Entscheidung für den Brexit aus imperialen Denkmustern zu erklären ist – eine Sicht, die zunächst vor allem im politischen Kommentar vertreten wurde, inzwischen aber differenzierter diskutiert wird.[60] Der von Stuart Ward und Astrid Rasch herausgegebene Sammelband »Embers of Empire in Brexit Britain« (2019) umreißt mit einer Reihe knapper Essays, die 2018 als Vorträge an der Garrison Library in

---

Modern Britain, London 2023. Als Pionierstudien vgl. *Gerhard Altmann*, Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005; *Jordanna Bailkin*, The Afterlife of Empire, Berkeley/Los Angeles etc. 2012; *Jim Tomlinson*, The Decline of the Empire and the Economic ›Decline‹ of Britain, in: Twentieth Century British History 14, 2003, S. 201–221; *Bill Schwarz*, ›Claudia Jones and the *West Indian Gazette*‹: Reflections on the Emergence of Post-colonial Britain, in: Twentieth Century British History 14, 2003, S. 264–285.

57 Vgl. *P. J. Marshall*, No Fatal Impact? The Elusive History of Imperial Britain, in: The Times Literary Supplement, 12.3.1993, S. 8–10.

58 Vgl. beispielsweise *Bill Schwarz*, Introduction: The Expansion and Contraction of England, in: *ders.* (Hrsg.), The Expansion of England. Race, Ethnicity and Cultural History, London/New York 1996, S. 1–8, hier: S. 1; *Catherine Hall*, Histories, Empires and the Post-colonial Moment, in: *Iain Chambers/Lidia Curti* (Hrsg.), The Postcolonial Question. Common Skies, Divided Horizons, London 1995, S. 65–77; *Antoinette Burton*, Introduction: On the Inadequacy and Indispensability of the Nation, in: *dies.* (Hrsg.), After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation, Durham, 2003, S. 1–23, hier: S. 4.

59 Vgl. *Bernard Porter*, The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain, Oxford/New York etc. 2004, S. 307–311; *David Cannadine*, Ornamentalism. How the British Saw Their Empire, Oxford/New York 2002 (zuerst 2001), S. xix.

60 Für eine einflussreiche Deutung vgl. *David Olusoga*, Empire 2.0 Is Dangerous Nostalgia for Something That Never Existed, in: The Observer, 19.3.2017, URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/mar/19/empire-20-is-dangerousnostalgia-for-something-that-never-existed> [5.8.2024]. Für einen Überblick über die Pressestimmen vgl. *Robert Saunders*, Brexit and Empire: ›Global Britain‹ and the Myth of Imperial Nostalgia, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 48, 2020, S. 1140–1174, hier: S. 1140 f. Als historiografisches Beispiel vgl. *Dorling/Tomlinson*, Rule Britannia.

Gibraltar gehalten wurden, die politischen und wissenschaftlichen Konturen dieses vitalen Debattenfelds.[61] Peter Mitchells Studie »Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves« (2021) hingegen zeugt von dem analytischen Potenzial, aber auch den politischen und methodischen Herausforderungen, die das weitere Feld momentan kennzeichnen.[62]

Ward und Rasch umreißen in ihrer Einleitung die Eckpunkte der Diskussion um die möglichen imperialen Traditionen, die den britischen EU-Austritt prägten. Die Debatte sei nicht nur emotionalisiert und insular, sondern verlaufe zeitlich verzögert und unter unterschiedlichsten Begrifflichkeiten.[63] Die sechzehn Essays des Bandes bieten lesenswerte Momentaufnahmen, wie der Brexit in großer zeitlicher Nähe zum Referendum von 2016 und noch vor den folgenden Wirren der Austrittsverhandlungen sowie der Protestwelle der »Black Lives Matter«-Bewegung gedeutet wurde. Das Werk vereint eine beeindruckende und vielfältige Gruppe von Autor:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Literatur. Das Spektrum der Beiträge ist breit gefächert, dennoch bauen sie inhaltlich weitgehend aufeinander auf. In einem allgemeineren Teil geht es zunächst um die Rolle des Empire in der Brexit-Debatte. David Thackeray und Richard Toye plädieren für ein nuanciertes Verständnis der Erinnerung an das Empire bei Brexiteers. Imperiale Kultur sei nur deshalb in der Brexit-Debatte wichtig gewesen, weil sie an andere Themen wie Souveränität anschlussfähig gewesen sei. Denn das eigentliche Empire hätten die Brexiteers rhetorisch eher heruntergespielt. Stattdessen sei es in der Debatte um die Rekreation imperialer Denkrahmen gegangen, um in der Suche nach nationalem Prestige an vergangene Größe anknüpfen zu können.[64] Imperiale Nostalgie habe eine Vision des Vereinigten Königreichs post-Brexit präsentiert, die sich auf eine glorreiche Vergangenheit berief, in der das Empire als historische Realität aber interessanterweise weitgehend abwesend gewesen sei.[65] Michael Kenny und Nick Pearce argumentieren für eine Untersuchung der »Anglospheric Lineage« angesichts der Debatte um die imperialen Framings von Brexit – eine Forderung, der Ben Wellings, wie oben dargestellt, inzwischen ja bereits nachgekommen ist.[66] Elizabeth Buettners Essay hebt hervor, dass imperiale Traditionen nicht nur das Vereinigte Königreich, sondern auch eine Reihe anderer europäischer Staaten beträfen, und dass daher die Erfahrung des Empire den britischen Euroskeptizismus nicht allein erklären könne. Vielmehr sei es die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, durch die eben jene imperiale Geschichte anders interpretiert werde.[67]

---

61 *Stuart Ward/Astrid Rasch* (Hrsg.), Embers of Empire in Brexit Britain, Bloomsbury, London/New York etc. 2019, 200 S., broschiert, 23,99 £.

62 *Peter Mitchell*, Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves, Manchester University Press, Manchester 2021, 248 S., broschiert, 14,99 £.

63 Vgl. *Stuart Ward/Astrid Rasch*, Introduction: Greater Britain, Global Britain, in: *dies.*, Embers of Empire in Brexit Britain, S. 1–13, hier: S. 8.

64 Vgl. *David Thackeray/Richard Toye*, Debating Empire 2.0, in: *Ward/Rasch*, Embers of Empire in Brexit Britain, S. 15–24, hier: S. 16.

65 Vgl. ebd., S. 22.

66 *Michael Kenny/Nick Pearce*, Brexit and the Anglosphere, in: ebd., S. 25–35, hier: S. 27; vgl. *Wellings*, English Nationalism.

67 Vgl. *Buettner*, How Unique is Britain's Empire Complex?, S. 43.

Im zweiten Teil des Bandes geht es um regionale und subnationale, das heißt englische, irische und schottische Perspektiven sowie – ob als pars pro toto oder dem ursprünglichen Konferenzort geschuldet – um Gibraltar.[68] Bill Schwarz bezweifelt, dass mit Nostalgie allein das Brexit-Votum erklärt werden könne. Vielmehr werde in England – dem geopolitischen Motor des Brexits – die Krise des Staates von einer weit verbreiteten Geschichtsvergessenheit begleitet.[69] Fintan O'Toole betont überzeugend die engen Grenzen der »Mental Maps« der Austrittsbefürworter: Nordirland spiele für die Brexiteers keine Rolle.[70] Neal Ascherson argumentiert ähnlich, dass in Schottland der Brexit und die imperialen Verstrickungen vor allem als englisches Problem gesehen würden. Schottland gefalle sich traditionell in der Rolle des tugendhaften kleinen Landes, das von dem größeren Partner in die Irre geführt worden sei; die eigene prominente Rolle im Empire werde gerne vergessen. Zwar sei Schottland heute europäischer als jemals zuvor – jedoch vor allen Dingen deshalb, weil dort nun doch wie in anderen europäischen Ländern schrittweise die eigene Rolle im britischen imperialen Projekt aufgearbeitet werde.[71]

Der Sammelband zeigt wie ein Prisma die unterschiedlichen Arten und Weisen, mit denen das Empire in seiner Vielfalt und Komplexität den Brexit beeinflusst hat. Zwar werden nicht alle der offenen Fragen der Einleitung im Band beantwortet, was der Band aber auch nicht für sich beansprucht. Dennoch können die Beiträge, die zum Teil schon bald von politischen Ereignissen überholt wurden, als Ansatzpunkte für weitere Überlegungen zum Stellenwert der Geschichte des Empire im Kontext des Brexits gelesen werden. Die Auseinandersetzung politisierte sich im Zuge der sogenannten Culture Wars, wie sie etwa von dem Oxforder Theologen und Empire-Apologeten Nigel Biggar angezettelt wurden. Davon zeugt besonders der dritte thematische Abschnitt des Bandes, der sich unter anderem mit der Rolle von »Race« innerhalb der Brexit-Debatte (Yasmin Kahn) sowie den »Imperial History Wars« über den Stellenwert des Empire in der heutigen britischen Gesellschaft (Dane Kennedy) beschäftigt.[72] Spätestens dann, wenn Richard Drayton die intellektuelle Entwicklung Biggars als Fallstudie für eine nicht näher genannte Schicht von Verteidigern des britischen Empire heranzieht (und dabei seinen eigenen Konflikt mit Biggar nicht unterschlägt), zeigt sich, wie persönlich und politisiert die Debatte zum Zeitpunkt der Abfassung der Essays war.[73]

Eine ähnliche Politisierung der Analyse findet sich auch in Peter Mitchells Buch »Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves«. Mitchell analysiert, wie sich die britische Gesellschaft mit ihrer imperialen Vergangenheit und den daraus resultierenden Nachwirkungen auseinandersetzt. Vor dem Hintergrund des Brexits und der britischen »Black Lives Matter«-Proteste argumentiert der Autor,

68 Vgl. *Jennifer Ballantine Perera*, Gibraltar: Brexit's Silent Partner, in: *Ward/Rasch*, Embers of Empire in Brexit Britain, S. 79–86.

69 Vgl. *Bill Schwarz*, Forgetfulness: England's Discontinuous Histories, in: ebd., S. 49–58, hier: S. 50 und 52.

70 Vgl. *Fintan O'Toole*, Ireland and the English Question, in: ebd., S. 59–69, hier: S. 61.

71 Vgl. *Neal Ascherson*, Scotland, Brexit and the Persistence of Empire, in: ebd., S. 71–78, hier: S. 77.

72 Vgl. *Yasmin Khan*, Refugees, Migrants, Windrush and Brexit, in: ebd., S. 101–110; *Dane Kennedy*, Afterword: The Ongoing Imperial History Wars, in: ebd., S. 169–173.

73 Vgl. *Richard Drayton*, Biggar vs Little Britain, in: ebd., S. 143–155.

dass Großbritannien in den Ruinen seines Imperiums in imperialer Nostalgie lebe, geprägt von vergangenen Gewalttaten und Demütigungen, die die britische Kultur bis heute beeinflussten. Diese imperialen Rückstände, so Mitchell, führten zu einer Art kollektiven Neurose, die sich in verschiedenen Formen manifestiere.[74]

Imperiale Nostalgie beruht nach Mitchell auf einem doppelten Erinnerungsprozess: Die gegenwärtige Erinnerung an das Empire basiere auf einer Konzeption desselben, die maßgeblich in der Zeit des Hochimperialismus zwischen 1875 und 1914 geprägt worden sei. In diesem Zeitraum, in dem das Empire erstmals vollständig sein Territorium durchdrungen habe, sei es zugleich in Museen, Archiven, im öffentlichen Raum und in literarischen Werken archiviert, musealisiert und kodifiziert worden. Die heutige Empire-Nostalgie beruft sich also auf die kulturellen Artefakte und Narrative einer Zeit, die ihrerseits stark durch einen Prozess der »Invention of Tradition« gekennzeichnet war.[75] Nostalgie ist als Begriff bei Mitchell dabei vorwiegend negativ besetzt, was wohl ein Echo der »Heritage«-Debatte der 1980er-Jahre darstellt, in der linke Kritiker:innen Nostalgie sowohl als Symptom als auch als Ursache reaktionärer politischer Debatten ausgemacht hatten.[76]

In den letzten Jahren nun, so Mitchell, sei die nostalgische Erinnerung an das Empire zum Schauplatz einer langwierigen ideologischen Auseinandersetzung geworden, die auch die Debatten über Rasse, Klasse, Geschlecht, Kultur in der Gegenwart beziehungsweise der Zukunft Großbritanniens beeinflusst habe. Die »Black Lives Matter«-Proteste des Frühsommers 2020, in denen unter anderem das Denkmal von Edward Colston in Bristol umgestürzt wurde, die Kontroverse um die Diversitätsbemühungen des National Trust sowie um den möglichen Wegfall des Liedtextes von »Land of Hope and Glory« bei der »Last Night of the Proms« sind für Mitchell Beispiele, die das Aufkommen einer reaktionären Politik deutlich machten, in der die Erinnerung an das Empire eine zentrale Rolle spiele. Hier würden Fragen von Macht, Männlichkeit, Nationalität und Souveränität ausgehandelt.[77]

Mitchell erhebt dabei nicht den Anspruch, den Brexit zu erklären. Vielmehr dient ihm das Referendum als Hintergrund, um verschiedene Aspekte der imperialen Vergangenheit Großbritanniens auszuleuchten. Beispielsweise interpretiert er die Pläne für CANZUK, ein Bündnis von Kanada, Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich, als Ausdruck der Sehnsucht nach einer verlorenen kolonialen »Frontier«: eine imaginierte Arena, in der spezifische Formen von Männlichkeit und »Whiteness« ausgelebt werden könnten.[78] Die ›zurückgelassene‹ weiße Arbeiterklasse wird als Opfer von kolonialen »Poverty Safaris« gelesen, die vom 19. in das 21. Jahrhundert transportiert wurden: Die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe würden von Sozialwissenschaften und Medien ethnografisch untersucht und

74 Vgl. Mitchell, Imperial Nostalgia, S. 5 f.
75 Vgl. ebd., S. 41–57.
76 Vgl. *Laurajane Smith/Gary Campbell*, ›Nostalgia for the Future‹: Memory, Nostalgia and the Politics of Class, in: International Journal of Heritage Studies 23, 2017, S. 612–627, hier: S. 614.
77 Vgl. *Mitchell*, Imperial Nostalgia, S. 63 f.
78 Ebd., S. 94: »In a way, the CANZUK project can be understood as the expression of a yearning for a lost colonial frontier: an arena in which a culture's manhood and vigour can be proved, in which laws are scanty and human competition can be unleashed in all its savage glory.«

medial vorgeführt, aber ihnen werde keine Gelegenheit gegeben, für sich selbst zu sprechen.[79]

Hier zeigt sich ein gewisser Widerspruch in der Argumentation: Mitchell folgt der postkolonialen Prämisse, dass die britische Gesellschaft als Ganzes von imperialen Denkmustern durchzogen sei. Da überrascht es, dass er sich in seiner weiteren Analyse ausschließlich auf »reaktionäre« Politik und damit auf Mitglieder der Conservative Party beschränkt. Robert Saunders hat zu Recht darauf hingewiesen, dass postimperiale Gedankenmuster nicht als psychische Leiden zu verstehen sind, die nur die Hälfte der Bevölkerung betreffen, sondern als gemeinsames kulturelles Erbe, dass das gesamte politische Spektrum und alle gesellschaftlichen Schichten umfasst – also auch die Unterstützer des europäischen Projekts.[80] Durch Mitchells Beschränkung auf die Analyse »reaktionärer« Politik wird die imperiale Erinnerungskultur enggeführt und seine Analyse politisiert. Aus dieser politischen Beschränkung Mitchells ergibt sich auch eine methodische Lücke: Nach dem einführenden Kapitel über die vielschichtige imperiale Erinnerungskultur wird die imperiale Melancholie als gegeben angenommen und der Fokus auf die politischen Kämpfe um eben diese gelegt. Es wäre jedoch spannend gewesen, die Durchdringung der politischen Debatten mit imperialen Denkmustern nicht nur vorauszusetzen, sondern auch paradigmatisch zu belegen.

Die Debatte um imperiale Nostalgie verdeutlicht also methodische Gräben innerhalb der Geschichtswissenschaft. Historische Innovation war in der jüngeren Vergangenheit in der Regel interdisziplinär angelegt oder warf zumindest einen Blick auf benachbarte Konzepte und Debatten, um Probleme der Gegenwart und Vergangenheit neu zu fassen. Dabei stellt sich die Herausforderung, die entlehnten Konzepte mit historischen Methoden greifbar werden zu lassen beziehungsweise die historischen Methoden anzupassen. Kultur- und wissenshistorische Ansätze haben sich als nützlich erwiesen, um die innere Dekolonisierung untersuchbar und belegbar zu machen. Wie Mitchell verdeutlicht, besteht dabei das Potenzial, regionale und klassenbasierte Unterschiede herauszuarbeiten, wie sie im besprochenen Werk von Ward und Rasch als offene Forschungsfelder identifiziert wurden.

Besonders der Aspekt der imperialen Verflechtung verdeutlicht jedoch auch die allgemeinen Herausforderungen der Geschichte der jüngsten Vergangenheit. Themen wie der Brexit und die innere Dekolonisierung stellen Historiker:innen vor die Herausforderung, dass diese Prozesse zumindest bei der Publikation der hier besprochenen Werke noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden konnten. Politische Trennlinien prägen teilweise historiografische Deutungen – eine Tatsache, die angesichts der ideologischen Gräben, die die erbittert geführte Brexit-Kampagne und die benachbarte Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Rolle des Empire aufrissen, nicht überraschen dürfte, die aber der historischen Aufarbeitung nur bedingt zuträglich ist.

79 Vgl. ebd., S. 159–175.

80 Vgl. *Saunders*, Brexit and Empire, S. 1142. Als Beispiel für einen solchen Ansatz vgl. *Benjamin John Grob-Fitzgibbon*, Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism, Cambridge 2016, S. 468–470.

Fazit

Dieser Literaturbericht hat sich mit Forschungen im angelsächsischen Raum in den letzten fünf Jahren befasst, die erste Schritte zur Historisierung der britischen Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union unternommen haben. Die besprochenen Bücher haben dazu angesetzt, das Referendumsergebnis zu erklären (Wellings und Sobolewska/Ford), das Referendum als verfassungsrechtlichen Mechanismus zu verorten (Atkinson/Blick/Qvortrup), die konstitutionellen Konsequenzen des Brexits aufzuzeigen (Bogdanor, Keating, Blick) sowie den Brexit als Teil britischer Dekolonisationsgeschichte zu verstehen (Ward/Rasch, Mitchell). Diese unterschiedlichen Perspektiven haben den Brexit teils als Kulminationspunkt, teils als Wegmarke langfristiger politischer und kultureller Prozesse eingeordnet. Die Frage der zeitlichen Einbettung wird fraglos auch für künftige Arbeiten zum Thema zentral bleiben. Denn um den Brexit historiografisch sinnvoll einzuordnen, müssen die verschiedenen Zeitebenen, die sich in der Rhetorik der Kampagne und den darauffolgenden politischen sowie verfassungsrechtlichen Turbulenzen zeigten, berücksichtigt werden. Nur so kann der Brexit in der »longue durée« britischer Nachkriegsgeschichte verortet werden. Die verfassungsgeschichtlichen Entwicklungen erstrecken sich beispielsweise von den 1960er- bis in die 2000er-Jahre, während der von Sobolewska und Ford hervorgehobene demografische Wandel vornehmlich die 1950er- sowie die 1990er- und 2000er-Jahre betrifft. Eine problemgeschichtliche Betrachtung des britischen EU-Austritts sollte diese verschiedenen Verbindungen zur Vergangenheit nicht nur erkennen, sondern auch ernst nehmen – gerade, weil sie tiefgreifende Fragen nach generationellen Konflikten und Kontinuitäten aufwerfen.

Während die Erklärung des Referendums-Ergebnisses, Verfassungsfragen und das Erbe des Empire in den hier vorgestellten Arbeiten ausführlich zur Sprache kamen, blieben wirtschaftshistorische Perspektiven vergleichsweise randständig. Dies mag auf die schwierige Abgrenzung der ökonomischen Konsequenzen des Brexits von den Folgen der Coronapandemie und des Kriegs in der Ukraine mit anschließender Inflationskrise zurückzuführen sein, sagt aber vielleicht auch etwas über den Stellenwert wirtschaftshistorischer Fragen in der britischen Zeitgeschichtsforschung aus. Auch die Rolle der Medien – traditioneller Medien ebenso wie neuartiger Social Media – im Brexit-Prozess hat bislang noch nicht die Aufmerksamkeit der Historiker:innen gefunden, wiewohl diese Frage in politik- und medienwissenschaftlichen Forschungen bereits behandelt wurde.[81]

Unabhängig vom jeweiligen thematischen Schwerpunkt haben alle der hier besprochenen Arbeiten auf unterschiedliche Weise die Herausforderungen einer gegenwartsnahen Zeitgeschichtsschreibung aufgezeigt, in der die untersuchten Prozesse noch nicht abgeschlossen sind, politische Gräben wissenschaftliche Deutungen prägen und die Grenzen zwischen Analyse- und Quellenbegriffen nicht immer klar gezogen werden (können). Damit steht die historische Einordnung des Brexits wie alle zeithistorischen Arbeiten (und man könnte argumentieren: alle histori-

81 Vgl. beispielsweise *Natalie-Anne Hall*, Understanding Brexit on Facebook: Developing Close-Up, Qualitative Methodologies for Social Media Research, in: Sociological Research Online 27, 2021, S. 707–723.

schen Arbeiten generell) vor der Aufgabe, neben den historischen Verästelungen auch die (eigenen) wissenschaftlichen und politischen Scheuklappen kritisch anzugehen. Ein entscheidender Aspekt in der Auseinandersetzung speziell mit dem Brexit ist daher die Überwindung der Perspektive des britischen Exzeptionalismus, auch bekannt als methodologischer Nationalismus oder Sonderwegdenken. Das Vereinigte Königreich als »Union State« ernst zu nehmen, ist dabei nur der Anfang. Ein kritischer Umgang mit den Narrativen des britischen Exzeptionalismus erfordert, dass wir das Vereinigte Königreich in seinen politischen und mentalen Verbindungen sowohl innerhalb seiner selbst – auf der Ebene der Teilstaaten, Regionen und Gemeinden – als auch nach außen hin – auf der Ebene Europas, der Anglosphäre oder sogar global – ernst nehmen. Dabei muss es als eine Union betrachtet werden, die in enger Wechselwirkung mit imperialer Expansion gebildet wurde. Ein zentraler Aspekt der Aufarbeitung des Brexit-Referendums, seiner Vorgeschichte und Nachgeschichte, wird daher die Unterscheidung zwischen institutionellen Verflechtungen, »Mental Maps« und kulturellen Aufladungen sein – gerade auch aus der Perspektive der inneren Dekolonisierung. Dieser Perspektivwandel geht über eine reine Analyse unterschiedlicher (kultur-)historischer Felder hinaus. Er erfordert eine konstante kritische Reflexion des eigenen Sehepunktes und der angelegten analytischen Perspektive.

JÜRGEN KOCKA

Langzeitgeschichte der Arbeit und ihrer Produktivität

Rezensionsessay zu: IGZA (Hrsg.), Matrix der Arbeit. Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit[1]

Die im Folgenden vorzustellenden Materialien und Analysen zur Geschichte der Arbeit und – in Auswahl – zu ihren wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlich-politischen Kontexten seit dem ersten Auftreten des Homo sapiens sind in sieben Bänden auf mehr als 2.000 Seiten das Produkt mehrjähriger intensiver Forschungen einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, ein Opus magnum besonderer Art.[2] Drei seiner Leistungen seien hervorgehoben.

Ein Opus magnum besonderer Art

Erstens bietet es eine umfassende, anspruchsvolle und originelle Argumentation mit expliziten Fragen und Antworten, scharf definierten Begriffen und herausfordernden Thesen zur Geschichte der Arbeit, geleitet durch die Frage nach ihrer früher nur sehr langsam, in den letzten zwei Jahrhunderten aber schnell bis explosiv wachsenden Produktivität, nach den Ursachen dieses Wandels und nach seiner gesellschaftsgeschichtlichen und sogar menschheitsgeschichtlichen Bedeutung.

Zweitens stellt das Werk eine einzigartige Sammlung empirischer Materialien dar. Zumeist handelt es sich um Darstellungen auf quantitativer Grundlage in Form von mehr als 1.100 Grafiken, Tabellen, Zeitreihen und einfallsreich gestalteten Tafeln, vor allem in Band 7 – dem »Datenhandbuch« –, aber auch immer wieder in den Texten der anderen Bände. Diese Materialien beruhen sehr häufig auf eigener Quellenforschung und eigenen Berechnungen der Autoren und Autorinnen, daneben auf der breit gespannten Auswertung entsprechender Datensammlungen in der Forschungsliteratur. Sie handeln einerseits von unterschiedlichen Aspekten der Arbeitsgeschichte (zum Beispiel Arbeitszeit, Automatisierung, Arbeitslosigkeit). Andererseits sind sie auch für Leser und Leserinnen mit anderen Erkenntnisinteressen nützlich, etwa wenn sie Daten zur Geschichte des wirtschaftlichen Wachstums und seiner Komponenten, zu Leitungsstrukturen und Typen von Wirtschaftsunternehmen bereitstellen, zu Lebensstandard und Konsum, Knappheit und Überfluss, ökonomischer und sozialer Ungleichheit, zur Bevölkerungsgeschichte, zur Umwelt-

1 Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit (Hrsg.), Matrix der Arbeit. Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit. Analysen – Thesen – Tabellen – Grafiken – Zeittafeln, 7 Bde. im Schuber, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2023, 204 + 284 + 521 + 409 + 307 + 295 + 319 S., broschiert, 245,00 €. Alle Bände sind als kostenlose PDF im Open Access verfügbar unter URL: <https://igza.org/mm/> [14.8.2024].

2 Dieser Beitrag ist die überarbeitete und stark erweiterte Fassung eines Vortrags des Verfassers anlässlich der Vorstellung des Werks am 12.9.2023 im Haus der IG Metall in Berlin. Der Verfasser hat das Buchprojekt zu verschiedenen Zeitpunkten seiner Entstehung als externer Berater unterstützt.

geschichte, zur Digitalisierung, zu patriarchalen Machtstrukturen und anderem. Sie stellen damit eine reichhaltige Fundgrube für Forschungen der unterschiedlichsten Art dar, deutlich über den bisherigen Forschungsstand hinaus. Genaue Inhaltsverzeichnisse und Register erleichtern den Zugang.

Und drittens entwirft das Werk eine sozialdemokratische Vision, eine Vorstellung von der Zukunft der Arbeit, der gesellschaftlichen Ordnung und des Lebens, wie sie sein könnte und aus Sicht der Autoren und Autorinnen sein sollte. Dies findet sich vor allem in Band 4, zieht sich aber als roter Faden und intellektuelle Klammer durch alle Bände hindurch.

Das Werk entstand außerhalb des etablierten Hochschul- und Institutssystems. Der Ökonom Horst Neumann, der langjährig leitend in der IG Metall und danach als Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied in großen Wirtschaftsunternehmen, zuletzt in der Volkswagen AG, tätig war, gründete nach seiner Pensionierung das »Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit« (IGZA) mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Geschichtswissenschaft und anderen Fachgebieten. Er inspirierte das vorliegende Werk, leitete seine Entstehung auch wissenschaftlich und ermöglichte es finanziell mit Arbeitsstellen in Berlin und am Bodensee. Fast 30 Personen waren in unterschiedlichen Funktionen und Phasen an dem von 2016 bis 2023 erarbeiteten Gemeinschaftswerk beteiligt, nicht zuletzt auch Statistiker und Grafikdesigner; auch Kenner der Paläoanthropologie und der Wirtschaftsarchäologie waren dabei. In der Einleitung zu Band 1 werden die Namen der beteiligten Personen aufgeführt. Zum »Kernteam« gehörten Marc Amlinger, Horst Neumann, Eileen Zimmermann sowie – als langjähriger Geschäftsführer und »für das Matrix-Projekt verantwortlich« – der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Cornelius Markert. Im Gesamtwerk »dürften«, so heißt es einleitend zutreffend, »die akademischen Erfahrungen verschiedener Mitglieder des AutorInnenteams mit den wissenschaftlich-politischen Kontroversen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und die beruflichen Erfahrungen bei Gewerkschaften und im Management großer Industrieunternehmen mit den sozialen Konflikten zwischen Arbeit und Kapital […] nicht zu übersehen sein« (Bd. 1, S. 13).

Aus diesem Entstehungskontext erklären sich einige Eigenarten des geradezu enzyklopädischen Werks: seine stark ausgeprägte Interdisziplinarität, wenngleich unter deutlicher Dominanz wirtschaftswissenschaftlicher Denkansätze und Methoden; seine explizite Verknüpfung von empirisch orientierter Wissenschaftlichkeit einerseits und politischem Werten und Wollen andererseits; schließlich die eine oder andere Kühnheit in methodischer Hinsicht, die von strikten Vertretern betroffener Disziplinen mit Stirnrunzeln betrachtet werden könnte.

Das Werk erhebt einen globalgeschichtlichen Anspruch, und zwar mit Orientierung an zentralen Werken der »Big History«.[3] Es strebt nach Aussagen allgemeiner Art, die trotz der keineswegs geleugneten regionalen Unterschiede für die Menschheitsgeschichte insgesamt gelten sollen. Jedenfalls geht es den Autoren und Autorinnen nicht primär um einen systematischen Vergleich mit dem Ziel der Identifikation, Erklärung und Interpretation beobachtbarer Unterschiede zwischen Regio-

3 Vgl. *David Christian*, Maps of Time. An Introduction to Big History, Berkeley/Los Angeles 2011 (zuerst 2004); *Ross E. Dunn/Laura J. Mitchell*, Panorama. A World History, New York 2015.

nen, Gesellschaften, Wirtschaftssystemen, Ländern und Kulturen. Erkannt werden sollen vielmehr die für die jeweilige Epoche »charakteristischen Strukturen und Entwicklungen – meist dargestellt an der Entwicklung der Regionen oder Länder, in denen die technischen oder sozio-ökonomischen Innovationen oder Brüche zuerst auftraten«. Der Blick richtet sich also sehr stark auf ausgewählte »Most-Advanced-Länder« (Bd. 1, S. 41). Diese methodische Entscheidung hat dem Werk zum Glück keine einseitige Fortschrittsperspektive aufgedrückt. Vielmehr kennen seine Autoren und Autorinnen nicht nur die Produktivität, sondern auch die Destruktivität von Arbeit, und sie blenden die dunklen Seiten der Geschichte nicht aus. Aber sie hat bewirkt, dass im Gesamtwerk das Traditionelle, Resiliente, Rückständige auffällig zurücktritt und dafür Dynamik dominiert. Unterm Strich führt dies dazu, dass der globale Norden mehr ins Blickfeld rückt als der globale Süden und die ›entwickelten‹ Länder des Westens eine deutlich größere Rolle spielen als andere Teile der Welt.

»Arbeit ist eine zielgerichtete menschliche Tätigkeit zur Bereitstellung der Lebensmittel oder Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Sie unterscheidet sich von Muße, Spiel und elementaren Reproduktionstätigkeiten wie Essen und Schlafen«, ist »eine menschliche Tätigkeit in Abgrenzung zu Müßiggang, Spiel und Kult« (Bd. 1, S. 46). Mit dieser weit gefassten Definition schaffen sich die Autoren und Autorinnen die Möglichkeit, Arbeit als eine notwendige und immer gemeinschaftliche Tätigkeit zu begreifen, die in allen Untersuchungsperioden existierte, existiert und existieren wird, in der frühgeschichtlichen Zeit der »Wildbeuterei« ebenso wie – wenngleich ganz anders und in viel geringerem Umfang – in einer solidarischen, sozial befriedeten, ökologisch nachhaltigen und den technischen Fortschritt voll nutzenden Gesellschaft der Zukunft, die die Autoren und Autorinnen mit der Überwindung der Knappheit für möglich halten und für die sie eintreten. Mit dieser definitorischen Weite wird überdies die problematische Einengung von Arbeit auf Erwerbsarbeit vermieden. Vielmehr kennt die Untersuchung auch unbezahlte Arbeit; sie kennt Arbeit, die als solche und mit ihren Ergebnissen nicht auf Märkte bezogen ist; sie zählt neben Erwerbsarbeit auch Familienarbeit, Hausarbeit und Gemeinschaftsdienste (zum Beispiel im Ehrenamt oder als politisches Engagement) als Varianten von Arbeit auf und schließt nicht aus, auch Bildung, Erziehung und bestimmte kulturelle Tätigkeiten als Arbeit zu verstehen. Allerdings nimmt in den einzelnen Abschnitten dann doch Erwerbsarbeit den allergrößten Raum ein – und hierbei vor allem solche, die zur Produktion von Gütern gedient hat und dient und deren Produktivität in gut messbarer Weise extrem zugenommen hat, was man von Familien-, Erziehungs- und Kulturarbeit nicht unbedingt sagen kann.

Longue durée

Ein knappes Drittel des Gesamtwerks ist drei chronologisch voneinander unterschiedenen Großkapiteln gewidmet: zunächst zur Frühgeschichte der Arbeit im Zeitalter der Jäger und Sammler (Wildbeuterei), dann zur Agrikulturepoche von der Sesshaftwerdung im Neolithikum bis ins 18. Jahrhundert sowie schließlich zur Epoche der kapitalistischen Marktwirtschaft und Produktionsweise seit etwa 1800

bis heute. Diese Unterscheidung orientiert sich an den in der jeweiligen Epoche dominanten Produktions- und Lebensweisen, ist sich aber der Tatsache bewusst, dass jede Epoche durch Heterogenität und Wandel gekennzeichnet war und sich überdies viel Gleichzeitigkeit der verschiedenen Produktionsweisen in den unterschiedlichen Epochen findet, am stärksten in den Übergangszeiten von der einen zur anderen. In jeder Epoche behandelt die Untersuchung das Material und die Werkzeuge, die »Technik und Organisation der Arbeit«, die »sozial-ökonomischen Beziehungen der Arbeitssphäre« und um sie herum die »Reproduktionsverhältnisse der elementaren Lebensgemeinschaften« sowie die »Distributions- und Herrschaftsverhältnisse«. Hier kann nur auf einige zentrale Ergebnisse verwiesen werden.

Das frühgeschichtliche Kapitel handelt von nicht weniger als den Grundzügen der Menschwerdung, der »biokulturellen Evolution«, der siegreichen Durchsetzung des Homo sapiens und in gewisser Weise der »Natur des Menschen«. Dessen genetische Offenheit und überlegene Lernfähigkeit werden in der sehr informierten Rekonstruktion einschlägiger Forschungen und Debatten betont. Danach lebten während der sich über rund 300.000 Jahre erstreckenden Epoche der Sammler und Jäger (Wildbeuter) zwar niemals mehr als acht Millionen Menschen gleichzeitig auf der Erde. Doch im gesamten Zeitraum, so schätzt man, waren es 15 Milliarden oder 21 % aller Menschen, die jemals geboren wurden! Ihre Gemeinschaften müssen sich zwar stark voneinander unterschieden haben, entsprechend den regionalen Gegebenheiten, der unterschiedlichen Nahrungsbasis und der Werkzeugkultur. Doch sie glichen sich, so eine Hauptthese, hinsichtlich ihrer subsistenzwirtschaftlichen Produktionsweise in kleinen Gruppen, im Leben nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der lokalen Reviere, deren Größe und Tragfähigkeit über Verweildauer und Wanderungsnotwendigkeit entschied. Diese Welt erscheint nach heutigem Forschungsstand als relativ egalitär und friedlich, die notwendige Arbeitszeit als relativ kurz, die Lebensweise als ziemlich stabil. Aber man fragt sich, wie viel man tatsächlich über jene frühe Zeit wissen kann, und insbesondere, wie die damaligen Menschen ihre Tätigkeiten wahrnahmen und begriffen. Hatten sie Grund, zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit zu unterscheiden? Taten sie es?

Der in vielfältigen Mischformen sehr allmähliche, regional sehr unterschiedliche, im Grunde nicht revolutionäre, sondern schrittweise, aber tiefgreifende Übergang von der Wildbeuterei zur Agrikultur konkretisierte sich in der Domestizierung von Wildpflanzen und Wildtieren und in der Entwicklung neuer Werkzeuge und Methoden der Bodenbebauung. Er war auf das Engste mit der nach dem Ende der letzten Eiszeit vor rund 10.000 Jahren stattfindenden Sesshaftwerdung verbunden. Zu diesem Übergang gehörten das Veränderungsdruck entfaltende Bevölkerungswachstum und ein zunehmender Arbeitseinsatz mit längeren Arbeitszeiten, überdies eine erhebliche Steigerung des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Flächenertrags. Spätestens seit der Mitte der langen Agrikulturepoche, also vor etwa 5.000 Jahren, wuchs auch die Arbeitsproduktivität aufgrund technischer und organisatorischer Neuerungen vor allem im absolut dominanten Landwirtschaftsbereich (der »5.000er-Sprung« mit Pflug, ersten Zugtieren, Bewässerungssystemen und Metallwerkzeugen), sodass die Erträge das Existenzminimum der Bevölkerung zu übersteigen begannen und ein knapper, aber langsam wachsender Überschuss erzielt wurde. Allerdings wurde dieser »nicht in Wohlstand und bessere Arbeit

der Bauernbevölkerung umgesetzt, sondern von den Hierarchen, ihren Bürokratien und Armeen angeeignet und konsumiert […], mit dem Ergebnis, dass die Bauern nur in Ausnahmefällen einen Lebensstandard deutlich oberhalb des Existenzminimums erreichten. Dagegen lebten die oberen 5 Prozent der Bevölkerung in relativem Wohlstand oder Luxus und suchten diesen oft durch Eroberungen zu sichern« (Bd. 2, S. 244).[4] So beschreibt das vorliegende Werk die Veränderungen, die es als Übergang von der Frühen zur Hierarchischen (an anderer Stelle: Hierarchisch-Imperialen) Agrikulturepoche kategorisiert. In diesen Zusammenhang ordnet es auch die Herausbildung des Patriarchats im ›ungleicher‹ werdenden Verhältnis von Frauen und Männern, überdies neuartige, oft um Eigentumsfragen kreisende Konflikte und Kriege sowie die Prozesse der frühen Stadt-, Staats- und Reichsbildungen ein. Bei der Untersuchung dieser Prozesse erweist sich der Blick auf Mesopotamien, China, Ägypten und schließlich auf Rom als besonders fruchtbar.

Historikerinnen und Historiker mit genaueren Kenntnissen jener Zeiten und Bereiche werden diese Argumentation teilweise als sehr holzschnittartig empfinden und wichtige Differenzierungen vermissen. Zwei Beispiele: Welche Sozialgruppen gehörten wann und wo zu der breiten Bevölkerungsschicht, die in rückblickender Vereinfachung als »Bauernbevölkerung« bezeichnet wird? Unterschieden sie sich nicht nach Status, Abhängigkeit und eben auch in der Art ihrer Arbeit sehr stark voneinander? Und wer waren die »Hierarchen«, welche Funktionen nahmen sie in den unterschiedlichen Konstellationen wirklich wahr? Wirkten die Fürsten, Herrschaften, Kaufleute, Unternehmer, Beamten, Richter, Kleriker und Militärführer nicht auch mit Ideen und Neuerungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ein, und muss man nicht viel stärker in Rechnung stellen, dass sie Reichtum, Anerkennung und Macht nicht nur genossen, sondern auch *arbeitend* nutzten? Vieles könnte anders akzentuiert, ergänzt und hinterfragt werden. Auch ist nicht zu übersehen, dass die Geschichte der Arbeit in der vieldimensionalen Gesamtdarstellung bisweilen sehr an den Rand gerät. Aber insgesamt gelingt dem Agrikultur-Kapitel auf etwa 250 Seiten eine systematisch-historische Synthese auf hohem Abstraktionsniveau und mit vielen Einzelheiten, in der ökonomische, soziale, politische und ansatzweise auch kulturelle Wirklichkeitsdimensionen wechselseitig verknüpft werden, mit einem gewissen – meines Erachtens eher behaupteten als gezeigten – Primat der Ökonomie. Für heutige Diskussionen über Ungleichheit, Kapitalismus und Moderne dürfte besonders wichtig sein, dass hier gezeigt wird, wie ausgeprägteste Ungleichheit, harte Herrschaft von wenigen und tief reichende, massenhaft in Unfreiheit übergehende Abhängigkeit von vielen entstanden sind und verfestigt wurden, und zwar lange *bevor* der moderne Kapitalismus an die Macht kam.

Kapitalistische Epoche seit 1800

Natürlich wissen und behandeln die Autoren und Autorinnen, dass es vor dem Beginn des Industriekapitalismus, also vor dem späten 18. Jahrhundert, schon an-

4 Zum Teil fußend auf *Eric R. Wolf*, Pathways of Power. Building an Anthropology of the Modern World, Berkeley/Los Angeles etc. 2001.

dere Formen des Kapitalismus gab, so den uralten Kaufmannskapitalismus, der je später, desto mehr auch in die Produktionssphäre eingriff, beispielsweise im weitverbreiteten Verlagssystem, oder den Plantagenkapitalismus als Teil der europäischen Kolonisierung der Welt. Sie wissen, dass in England schon um 1600 »mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit im Rahmen einer Markt- und Geldwirtschaft« stattfand (Bd. 6, S. 259). Trotzdem begann aus ihrer Sicht »die eigentliche Epoche des Kapitalismus« erst mit dem Industriekapitalismus um 1800, »mit Maschinensystemen und Fabriken, mit Industrie, Kapital und Lohnarbeit« (Bd. 3, S. 14). Gegen diese unkritisch an Karl Marx angelehnte Sichtweise lässt sich einwenden, dass Kapitalismus und Industrialisierung analytisch sauber zu unterscheidende Begriffe sein sollten, auch und gerade in einer Geschichte der Arbeit. Ansonsten würde die »doppelt freie Lohnarbeit« ungerechtfertigt privilegiert und zugleich nicht hinreichend ernst genommen, dass auch andere Formen abhängiger Arbeit mit kapitalistischen Prinzipien kompatibel sind – beispielsweise Sklavenarbeit im frühneuzeitlichen Plantagenkapitalismus, Heimarbeit im protoindustriellen Verlags- oder Kaufsystem oder formal freie, faktisch aber abhängige Arbeit im Plattformkapitalismus der jüngsten Zeit.[5] Für die Zäsur um 1800 spricht jedoch, dass der Kapitalismus erst als Industriekapitalismus zum Antreiber jener rasanten Zunahme von Arbeitsproduktivität wurde, die die Autoren und Autorinnen des vorliegenden Werks besonders interessiert, und ebenso dass erst seit etwa 1800 in einer wachsenden Zahl von Ländern der Kapitalismus zu jener Wirtschaft und Gesellschaft prägenden Leitformation wurde, die er bis dahin nur in England und den Niederlanden gewesen war.

»Die Kapitalistische Epoche begann um 1800 und dauert damit bisher etwa 200 Jahre. […] In diesen gut 200 Jahren hat der Homo Sapiens Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – kurz gesagt: das ganze Leben auf diesem Planeten – dramatisch verändert« – mit dieser Feststellung leiten die Autoren und Autorinnen Band 3 ihres Werks ein (Bd. 3, S. 9). Ihren Berechnungen nach stieg das weltweite Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/Einwohnerin von 1820 bis 2020 von rund 1.100 $ auf 17.000 $ – und damit um das 15-Fache (gerechnet in Preisen von 2020). Die weltweite Bevölkerungszahl stieg im gleichen Zeitraum um das Achtfache (von etwa einer auf fast acht Milliarden Menschen), die globale Produktion gar um das 120-Fache. Ausführlich, empirisch dicht und mit dezidiertem Urteil wird diese Epoche auf 470 Seiten behandelt: die Entwicklung vom Kaufmannskapital der vorangehenden Jahrhunderte zur »ausgedehnten Marktwirtschaft«, in der der überwiegende Teil der Beschäftigten nicht nur marktabhängig, sondern auch lohnabhängig in einem kapitalistischen, das heißt profitorientierten Unternehmen tätig wurde; der Durchbruch der Industrialisierung von etwa 1770 bis 1870, dargestellt vor allem an der englischen Entwicklung (das »englische Jahrhundert«); der daran anschließende Übergang zu einem zwar krisenhaften, aber zunehmend organisierten und staatlich beeinflussten Kapitalismus als »US-amerikanisches Jahrhundert«, mit der

5 Vgl. dazu ausführlicher *Jürgen Kocka*, Industrialisierung oder Kapitalismus: Alternative Zentralbegriffe/Industrialization or Capitalism: Competing Concepts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 61, 2020, S. 285–295; *Marcel van der Linden*, Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit, Frankfurt am Main/New York 2017 (zuerst engl. 2008); *Andrea Komlosy*, Arbeit. Eine globalgeschichtliche Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert, Wien 2014.

Weltwirtschaftskrise in den 1920er-Jahren, dem New Deal, den Weltkriegen sowie dem folgenden »Systemkampf« und dem wirtschaftlichen Aufschwung der entwickelten Länder von 1950 bis 1974. Für die Jahrzehnte seither diagnostizieren die Autoren und Autorinnen eine neue Konstellation: die zunehmende Macht des Finanzkapitals, den Vormarsch des Investorenkapitalismus und einen »neoliberalen« Rollback-Versuch in einer »unseligen Allianz« mit Globalisierung und einem »Zweiten Maschinenzeitalter«, in dessen Zentrum die Digitalisierung, Netzwerkbildung und die großen Plattformunternehmen stehen (Bd. 3, S. 14 f.).

Auch wer diese Gesamtsicht nicht völlig teilt, findet in dem reichhaltigen Kapitel gründlich recherchierte und leserfreundlich dargebotene Informationen, Analysen und Anregungen zu einem sehr breiten Spektrum von Themen: zum Verhältnis von Kaufmannskapital und Kolonialsystem, zur Heimarbeit und zum Handwerk, zur technologischen Entwicklung und der zunehmenden Rolle der Wissenschaft, zur Karbonisierung, Naturvernutzung und Umweltbelastung, zur Umverteilung, Ausdifferenzierung und Qualifizierung der Arbeiterschaft, zum Wandel der Arbeitsverhältnisse und zur immer schnelleren Zunahme von Arbeitsproduktivität (differenziert nach Ländern, Teilgruppen, Branchen und Geschlechtern), zum langfristig steigenden Wohlstand, aber auch zu neuartiger Prekarisierung, zum Übergang vom Eigentümer- über den Manager- zum Investorenkapitalismus, zur zunehmenden Finanzialisierung des Industrie- wie des Handelskapitalismus, zur politischen Ökonomie und den Arbeitsverhältnissen in den neuen Plattformunternehmen, zu Mechanisierung, Automatisierung und Digitalisierung, zum Verhältnis von Märkten und Staaten, zum Kapitalismus im Krieg, zur Geschichte der Arbeiterbewegungen und zu vielem mehr.

Als »roten Faden« der Untersuchung bezeichnen die Autoren und Autorinnen die Entwicklung der Produktivität. Nach ihren Berechnungen stieg diese seit circa 1800 etwa um das 30-Fache, das heißt, »in einer Arbeitsstunde kann ein Mensch in den entwickeltsten [sic!] Ländern unter den heutigen technischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen etwa die 30-fache Menge an Gütern produzieren als noch 1800« (Bd. 3, S. 35). Blickt man nur auf das Existenzminimum, das heißt auf die basalen Konsumkategorien Nahrung, Bekleidung, Behausung und Energie, stieg die Produktivität bei ihrer Herstellung seit 1800 sogar um den Faktor 40. Das sind errechnete und geschätzte Durchschnittswerte. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren waren riesig. Während die Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe um etwa das 200-Fache wuchs, hat sie sich in den Bereichen Haus- und Familienarbeit, persönliche Dienstleistungen und Pflege sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur in diesem Zeitraum, grob geschätzt, lediglich vervierfacht. Umso wichtiger ist der Übergang von »der Industrie- zur Dienstleistungs- oder Wissens-Gesellschaft«, dessen Tendenzen, aber auch Grenzen die Verfasser in einem gesonderten Unterkapitel untersuchen.

Wie kam es zu dieser »Produktivitätsexplosion«? Die Autoren und Autorinnen betonen die Vielfalt der Bedingungen und Ursachen. In der Darstellung treten die Fortschritte der Technik und Organisation in der produzierenden Wirtschaft in den Vordergrund. Aber die Autoren und Autorinnen wissen, dass kapitalistische Grundprinzipien wie das Streben nach Profit, die Orientierung auf Wachstum und die Konkurrenz auf den Märkten eine zentrale Rolle als Antriebe zur Suche nach Inno-

vationen und Verbesserungen und somit als Quellen der Produktivitätsfortschritte spielten, wenngleich sie in diesem Werk weniger intensiv untersucht werden und grundsätzlicher gewürdigt werden sollten. Die Zukunftsorientierung der kapitalistischen Praxis, die Bereitschaft zur Übernahme von Risiko und die Tatsache, dass (mit Joseph Schumpeter) »schöpferische Zerstörung« zum Kern des Kapitalismus gehört und also neben Gewinnern auch fast immer Verlierer zu verzeichnen sind, hätten schärfer herausgearbeitet werden können.[6] Die Autoren und Autorinnen der »Matrix der Arbeit« argumentieren noch grundsätzlicher:

> »Die tieferen Ursachen sind die genetische-soziale-kulturelle Ausstattung und Entwicklung des Homo sapiens mit seinen motorisch-visuellen, geistigen und kommunikativen Fähigkeiten zum Werkzeuggebrauch, zur Kommunikation und Abstraktion, zur Produktivität, Vielfalt von Bedürfnissen, Maßlosigkeit, Egozentrismus und einhegender wie ausschließender Gemeinschaftlichkeit. Aus dieser Grundausstattung entwickelten sich Tausch-Geld-Kapital und Technik-Wissenschaft-Produktivität, die die Technisch-Wissenschaftliche Revolution und die kapitalistische Ökonomie hervorbrachten.« (Bd. 3, S. 39 f.)

Auf der Grundlage dieser vielfältigen Perspektiven gelingt schließlich eine Bilanz, die die emanzipatorischen und die destruktiven Potenziale der kapitalistischen Marktwirtschaft und Produktionsweise differenziert gegeneinander abwägt.

Einerseits habe die immens gesteigerte Produktivität in den »entwickelten« Ländern die habituelle Knappheit des Lebens in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden kräftig gemildert. Mechanisierung und Automatisierung haben von schweren, gesundheitsschädlichen Arbeiten entlastet. Ein enormes Potenzial an Arbeitszeitverkürzung sei geschaffen worden und damit mehr Zeit für Familie und persönliche Entwicklung entstanden. Eine Vielzahl an Konsum- und Lebensformen, an Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, Kommunikation und Kultur sei freigesetzt und teilweise bereits realisiert worden. In Bezug auf Bildung und Wissen, aber auch in Bezug auf Freiheit, Partizipation und Demokratie, sogar im Hinblick auf Gleichheit, seien immense Fortschritte erreicht worden, durch Kapitalismus erleichtert und befördert.

Andererseits sei unübersehbar, dass dem Kapitalismus Maßlosigkeit, Rücksichtslosigkeit, oft auch Gier und Verschwendung innewohnen, die den Prinzipien guten, vernünftigen und solidarischen Lebens widersprechen: »Es gibt keine natürliche Befriedigung, Erfüllung, Sättigung, sondern ein ständiges Wachstum um des Wachstums willen« (Bd. 3, S. 10). In Bezug auf Einkommen, Vermögen und Lebenschancen haben kapitalistische Verhältnisse die Ungleichheit zwischen den Menschen und oft auch Grundsätze der Gerechtigkeit verletzt, innerhalb der einzelnen Gesellschaften wie im weltweiten Vergleich. Zum Kapitalismus gehöre oft übermäßiger Kampf um Ressourcen, auch in Verbindung zu Militär, Rüstung und Krieg. Der Kapitalismus habe zur Entfremdung der Arbeit beigetragen und immer wieder zur Überforderung durch Arbeit, zur Ausbeutung geführt, den Sinn der Arbeit infrage gestellt. Er habe die Natur vernutzt, verletzt und zunehmend zerstört, zuletzt durch die sich

6 Vgl. dazu *Jens Beckert*, Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus, Berlin 2018 (zuerst engl. 2016).

abzeichnende Klimakrise, aber auch schon früher durch brutale Tierhaltung und schwindenden natürlichen Lebensraum.

Der Kapitalismus habe die menschlichen Möglichkeiten immens erweitert und verfeinert, zugleich aber neue Barrieren errichtet, die ihre Realisierung erschwerten oder verhinderten: »Wir produzieren und leben über unsere Verhältnisse. Gleichzeitig produzieren und leben wir aber auch unter unseren Möglichkeiten« (Bd. 3, S. 472). Wäre die Bilanz noch skeptischer ausgefallen, wenn das Wirtschaften und Leben im globalen Süden entschiedener einbezogen worden wäre?

Fragen zur Zukunft

Auf etwa 360 Seiten wagen die Autoren und Autorinnen in Band 4 einen Ausblick auf die Zukunft. Im Grunde entwerfen sie die sozialdemokratisch inspirierte Vision einer Gesellschaft, die nicht mehr über ihre Verhältnisse und nicht mehr unter ihren Möglichkeiten lebt, sondern die durch Beseitigung der heute noch bestehenden Barrieren und durch vernünftige Neuordnung die in den letzten Jahrhunderten hervorgebrachten Potenzialitäten ausschöpft und weiterentwickelt. Keine Form des Sozialismus, sondern das Modell einer solidarischen Marktwirtschaft schwebt ihnen vor, ein reformierter Kapitalismus, in dem die heute so sehr verselbstständigte Finanzialisierung und die um sich greifende, so stark auf Shareholder-Value orientierte Investorenmacht durch Arbeitnehmer-Mitbestimmung und staatliche Regulierung gezähmt und zivilisiert sind. Sie plädieren für eine Gesellschaft, in der Einkommens- und Vermögensungleichheit stark reduziert, die sozialökonomische Ungleichheit auch international gemildert und die Tausende Jahre alte Unterlegenheit des weiblichen Geschlechts, das Patriarchat, überwunden ist. Sie setzen sich ein für eine Welt, die die drohende Klima- und Umweltkatastrophe durch Umstellung auf erneuerbare Energien und andere Maßnahmen vermeidet. Sie fordern kein Ende des Wachstums, aber seine maßvolle Einbettung. Wohlstand für alle ist das Ziel. Natürlich sehen sie kein Ende der Arbeit voraus, wohl aber weitere Arbeitszeitverkürzung und Zugewinn an freier Zeit. Sie setzen auf ein Ende der Kriege, auf Frieden im Innern und international – und damit verbunden auf den Abbau der immensen Rüstungskosten, deren Zunahme in den letzten Jahren sie sorgfältig dokumentieren.

Die Verfasser und Verfasserinnen sagen nicht, dass dies so kommen wird. Und schon gar nicht: wann. Aber sie argumentieren, dass dieser Fortschritt möglich ist und durch kluge Politik erreicht werden kann, durchaus in Fortsetzung von Moderne und Aufklärung. Warum? Letztlich weil, wie schon der junge Marx spekuliert und dann Keynes prognostiziert hatten, die Menschheit dank radikal fortgeschrittener Produktivität ihr »economic problem« bewältigen wird, und zwar bald. Mit Lösung dieses jahrtausendealten Knappheitsproblems rücken die genannten sozialen, politischen, zivilisatorischen Fortschritte in den Bereich des Möglichen.

Demgegenüber ist Skepsis angebracht. Zum einen ist fraglich, ob die Überwindung der Knappheit wirklich zu erwarten ist. Denn nicht nur die Produktivität der Arbeit ist in den letzten Jahrhunderten rasant gewachsen, sondern – in Verbindung damit – in den am stärksten ›entwickelten‹ Teilen der Welt erst recht auch

die Erwartungen, die Ansprüche, die sich manifestierenden Bedürfnisse der Menschen. Dadurch entstehen neue Knappheiten und Knappheitserfahrungen. Diese Geschichte kommt im vorliegenden Werk zu kurz. Zum anderen ist grundsätzlich zu bezweifeln, dass die Überwindung der ökonomischen Knappheit, soweit sie denn gelingt, zur Überwindung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gegensätze und Kämpfe führt. Diese haben schließlich noch viele andere Ursachen, die im vorliegenden Werk nicht zu behandeln waren. Mit dem rapiden Wachstum der Produktivität in den letzten zwei Jahrhunderten hat die Friedlichkeit der Welt jedenfalls keineswegs zugenommen.

Aber die gesellschaftlich-politische Vision am Ende einer substanziellen wissenschaftlichen Argumentation ist gleichwohl wichtig. Ohne eine solche Zielvorstellung wäre vermutlich das ganze Werk nicht entstanden, sie hat der aufwendigen Forschung die notwendige Energie zugeführt. Nicht ohne Grund erhoffen die Autoren und Autorinnen, dass die erzielten Ergebnisse auch der praktischen Politik nützlich werden können. Utopien wirken, auch wenn sie sich in absehbarer Zeit nicht erfüllen können.

Im Übrigen wird, auch wer die gesellschaftspolitischen Perspektiven des Werks nicht teilt, seinen beträchtlichen wissenschaftlichen Wert nicht verkennen. Die wichtigsten Ergebnisse werden in den Bänden 5 und 6 als »Große Trends« der Geschichte der Arbeit zusammengefasst. Hier geht es noch einmal systematisch um die Themen Klima und Bevölkerung, Arbeitsorganisation, Arbeitsteilung und Arbeitszeit, Armut und Reichtum, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit sowie »Patriarchat« und »Herrschaft«. Auch wer unter ganz anderen Perspektiven an solchen Themen interessiert ist, wird von den hier vorgelegten Analysen und Materialien erheblich profitieren können. Das gilt auch und besonders für jene Historiker und Historikerinnen, die in aller Regel auch beim Thema Arbeit ihre Untersuchungen räumlich und zeitlich viel enger begrenzen, sich in den letzten Jahrzehnten gegenüber quantifizierenden Verfahren eher spröde verhalten haben und lieber Anregungen aus der Sozial- und Kulturanthropologie als aus den Wirtschaftswissenschaften aufgenommen haben, auch wo Letztere zu historisch anschlussfähigen Ergebnissen führten. Das hier vorgestellte Werk erlaubt es, diese – nicht immer produktiven – Eigenarten des geschichtswissenschaftlichen, auch des sozialgeschichtlichen Mainstreams neu zu bedenken, hier und da zu erweitern oder anders zu akzentuieren. Vor allem durch seinen reichhaltigen Fundus neu erarbeiteter quantifizierender Materialien, seine pointiert wirtschaftswissenschaftliche Fragestellung und seinen ungewöhnlich umfangreichen Untersuchungszeitraum stellt es eine vielseitige Ergänzung und eine mutige Herausforderung dar. Es ist eine imponierende Leistung, der breite Rezeption zu wünschen ist, auch dort, wo diese aus den Perspektiven anderer Fächer kritisch ausfallen sollte.[7]

7 Mittlerweile liegt eine »Kurzfassung« des Werks vor: IGZA (Hrsg.), Matrix der Arbeit. Mitten im dunklen Tal – am Ende Wohlstand und Freiheit?! Kurzfassung der Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2024, 448 S., broschiert, 24,00 €.

Summaries

Andrea Althaus/Linde Apel/Jana Matthies, Stories of Arriving. Perspectives on Migration and City in Hamburg

For people on the move, Hamburg has always been and still is a starting point, a stopover, a destination and a place of longing. Migrations from, through and into the city not only shape everyday urban life but are also constitutive for the dominant narrative of Hamburg as the »gateway to the world«. The reverse direction – moving to Hamburg – receives less attention in this and in (urban) historical research in general. This raises all the more questions about facets of arriving and feeling at home, which are the focus of this article: How do Hamburgers with a migrant background narrate their arrival in the city? How do they position their experiences biographically, historically and spatially? To what extent do they negotiate migration as a socio-historical phenomenon and what (experiential) knowledge do they create in the process? Ten autobiographical interviews, which we conducted in 2023 with Hamburg residents who have come to the city since 1970 for different reasons and via different routes, serve as a source base. Their answers point to the complexity and context dependence of such processes, which are neither straightforward nor static. Rather, it becomes evident that the interviewees arrived in very different Hamburgs in terms of time and space. They individually appropriated their respective urban spaces through language, experiential knowledge and (trans-)local references. Throughout the analysis of the interviews, historiographical assumptions and urban images gradually change.

Leon Biela, City and Empire. Local Imperialism in Wilhelmshaven around 1900

The imperial expansion of the German Empire also permeated the life in German metropolitan society. At the local level, the confrontation with the imperial intertwined with site-specific dynamics and discourses, producing distinct local-imperial patterns of interpretation and practice. Such local imperialisms gave everyday relevance to the global empire and thus determined to a considerable extent how Germans understood, experienced and interpreted the imperial project. These local imperialisms were not merely mirrors or fragments of an empire-wide imperial culture, but added site-specific elements to it. This had an impact on developments in the local community, even in areas of life that were not directly related to the German Empire. This article examines the phenomenon of local imperialism using the example of the naval port city of Wilhelmshaven, which has not yet been considered in the study of German imperialism. In the context of the naval port's integration into global political engagement around 1900, the citizens of Wilhelmshaven constructed a narrative of urban identity that increasingly located the city in an imperial framework and defined urban society as an actor in the imperial

project. Through such self-interpretations and resulting practices, local imperialism intervened deeply in Wilhelmshaven's urban life. Economic interests further intensified this dynamic.

***Stijn Carpentier*, Migrants and the Anonymity of the Metropolis. Catholic Initiatives for Turkish and Moroccan Labour Migrants in Urban Brussels, 1964–1985**

Current historiography provides little explanation for the unique and sometimes surprising connections between Catholic actors and Muslim labour migrant communities in Western European cities from the 1960s to the 1980s. Therefore, this article examines three Catholic initiatives in Brussels to shed light on the interplay between Catholic social provisions, modern urbanisation and Moroccan and Turkish labour migrations. It argues that Catholic actors initially launched initiatives for migrant communities to mitigate the negative effects of urbanisation, thereby shaping their understanding of the Muslim other through an urban lens. Developing into the early 1970s, these initiatives integrated Catholic social teachings of the Second Vatican Council with burgeoning new left activism and migrant agency. In doing so, they adapted progressive vocabularies on migrant empowerment into a Catholic framework. By the 1980s, their expertise, local embeddedness and international networks enabled them to remain innovators and policy influencers in the emerging integration sector, despite ongoing secularisation and the rise of neoliberal politics. In sum, this study highlights the enduring impact of Catholic initiatives on Brussels' migrant communities, advocating for a renewed perspective on the role of local faith-based efforts in the history of migration to Western Europe.

***Stefanie Coché*, Incendiary Material. Letters to the Survivors of the Mölln Attacks**

This article is based on a collection of over 1,000 letters sent to the survivors of the Mölln arson attacks in November and December 1992 by private individuals – including many children – politicians, companies, trade unions, associations and interest groups. The letters provide a window into West German society in the early 1990s. They can be read as a self-thematisation of parts of society – and sometimes also as a form of soliloquy by the writers in search of explanations, or as imaginary dialogues with the perpetrators. They make it possible to approach the question of how a section of society negotiated the attacks. The article focuses on rules of speakability and values that have hardly been researched in the study of right-wing violence and its categorisation in larger social contexts. The contribution approaches the letters by systematically raising six questions. All questions centre on how and in what ways the letter writers construct and negotiate »Germanness« and belonging. To this end, the article first examines the letter writers' explanations for the attacks. Second, it analyses the concepts of »Germanness« negotiated in the letters. Third, it explores how the attacks were negotiated within families and, fourth, how the letter writers related to the victims. Fifth, it uses the example of a children's drawing to discuss the epistemological value of pictures made by

children and young people in response to right-wing violence. Finally, the article looks at concrete help and action plans that the letter writers came up with.

Agnes Gehbald, »Huge Numbers of People«. Transatlantic Remigration from Buenos Aires and New York around 1900

In many cases, emigration from Europe at the turn of the century led to only a temporary stay on the American continent. The return could take place within the same transatlantic migration system. Contemporaries around 1900 described and recorded this »mass return migration« from North and South America to Europe as a quantitatively significant phenomenon. This contribution analyses the return migration across the Atlantic from the American port cities of Buenos Aires and New York on the basis of new statistical records of immigrants and emigrants as well as media reports. In the first section, the article traces the conceptual conjuncture in statistical sources from Argentina and the United States and examines how statistics functioned as a standardising tool and communication strategy in cultural history. The second section looks at recurring themes of the migration discourse in photographs and newspaper articles in the style of social documentary reportage. A critical analysis of migration statistics and media discourse shows how contemporary perceptions fathomed this new migration movement back to Europe and attempted to grasp its full dimensions. Even though European migration across the Atlantic is one of the best-researched areas of migration studies, the history of remigration to Europe needs to be integrated into the narratives shaped by emigration.

Eva Maria Gajek/Bettina Severin-Barboutie, »Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz?« Labour Migration and Automobility in the Federal Republic of Germany

This article examines the automobility practices of migrants in Germany, methodologically linking migration with spatial and social mobility. On the one hand, it shows that since the 1960s, migrants have increasingly become motorised, using the car for transport, self-empowerment, social (re)positioning and earning money across national borders. Viewing these people solely in terms of the dependent labour they performed during migration, as is still common in historical research, proves far too narrow against this background. Rather, they must be studied in the various roles they played both privately and publicly. On the basis of attributions that have linked labour migration and the automobile since the 1960s at the latest, the article also points out the close connection that still exists today between them. The focus is on the Mercedes-Benz, which during the period of labour migration was the object of different, sometimes contradictory ideas about local and national orders, as well as about social communities and their imagined or actual members, which continue to this day. Its example therefore also illustrates the great epistemological potential that the automobile has for the study of (auto)mobile societies

since the twentieth century, and at the same time calls for it to be included in their analyses to a greater extent than has been the case to date.

Jan C. Jansen, Border(line) Cases. Perspectives on the History of Modern Migration and Im/Mobility

Migration history emerged in the second half of the twentieth century as a sub-discipline with a relatively clear idea of its own field of inquiry. While migration has grown in importance in international historical research in recent decades, migration history has become much less certain about its own categories and epistemological interests – and also about its own boundaries as a discipline. This article explores the margins of migration history in four areas and outlines the potential they hold, using concrete examples: (I) the tension between micro- and macro-historical perspectives on global migrations; (II) the study of various forms and means of mobility and immobility; (III) the integration of free and unfree migration; and (IV) conceptual-historical research on concepts of migration and mobility.

Carolin Liebisch-Gümüş, Exclusive Escape Routes? Flight by Plane and Its Socio-Economic Conditions, from National Socialism to the Migration of Asylum Seekers to the Federal Republic of Germany

This article examines the role of passenger air transport in the history of migration in the twentieth century, in particular how the development of commercial air travel affected refugee movements to and from Germany and Europe. Air routes promised to shorten and accelerate escape routes and avoid dangerous land crossings. The study ranges from pre-National Socialism flight movements and flight from the Eastern Bloc to the increasing asylum migration to the Federal Republic of Germany since the late 1970s. The focus is on the cost and accessibility of flight by plane. The article shows that economic resources determined who could escape and which routes were used. In particular, it examines the transformation of air travel from an exclusive means of travel during the interwar and post-war periods to a means of mass transport from the 1970s onwards – a democratisation from which refugees also benefited. Over the course of the 1980s, it is argued, a process of restriction took place: air travel once again became a »class issue«, especially for undocumented asylum seekers, as migration policy restrictions and the dynamics of black markets for smuggling assistance in Istanbul and other transit points made air travel more expensive again. By highlighting travel routes, means and costs, the article links the history of mobility with migration en route and with the history of social inequality.

Jens Gründler/Christoph Lorke, Arriving and Staying in the Countryside. Regional Historical Perspectives on the History of Migration

This article focuses on migrants of Turkish nationality in Gütersloh and Harsewinkel – two neighbouring towns located in the predominantly rural region of East Westphalia, both strongly shaped by individual commercial enterprises. The aim of the contribution is to examine the particularities of migration history in small or medium-sized towns, which – it is assumed – are subject to special circumstances and conditions that differ from those in large cities or metropolises. Based on contemporary processes of perception and patterns of action of local political actors and migrants themselves, local negotiation processes, migration policy strategies and individual appropriations are analysed for the period from the 1970s to the 1990s. We explore fields and arenas of negotiation that are already conflict-prone in and of themselves – and that have specific characteristics in rural, small and medium-sized towns due to different spatial, social and economic constellations: the infrastructures of arrival, work and non-work, housing as well as school and training.

Olga Sparschuh, Between the »Question of Foreigners« and the »Evaluation System«. The Prussian Information Office for the Enrolment of Foreign Students, 1904–1914

With globalisation and the rise of science and technology, more and more foreign students sought admission to the universities and colleges of Imperial Germany. Prussia's initially very liberal admissions policy changed not only because of the increasing numbers but also because the countries of origin shifted to eastern and southern Europe: in 1904 the Evaluation Commission for Non-German School Certificates was founded in Berlin, and in 1905 the Information Office for the Enrolment of Foreign Students emerged from it. To date, the institution has been seen in the context of the politically charged debate on the »question of foreigners at German universities«. However, it can also be interpreted as a first attempt, originating in Prussia, to establish comparability between different national education systems. Based on the correspondence between officials and students, the article categorises the evaluation practice between factual and political reasons: on the one hand, the Information Office sought to establish comparability and assessment standards and quantify information on foreign degrees. On the other hand, the decisions were shaped by the hierarchisation of countries of origin, national considerations and case-by-case decisions. The article thus also outlines a narrative for a history of the assessment of foreign qualifications in Germany in the ›long‹ twentieth century between factual reasons and political interests.

Jana Stöxen/Lumnije Jusufi, En Route and in Between. Commuting Routes of (South) Eastern Migrant Workers under the ›Guest Worker‹ Programme and in the Present

Since the 1960s, labour migration from (south) eastern Europe to Germany has been a reality that, in addition to the predominant economic situation, influences numerous social contexts – both in the country of destination and in the country of origin. By analysing commuting movements, this contribution shows that this form of mobility is not one-directional. It focuses on historical migration from Yugoslavia/Macedonia and current migration from the Republic of Moldova. By tracing these often-neglected routes, it uses an actor-centred approach to highlight the transnational dimension of the phenomenon: in a diachronic comparison of concrete migration routes and their infrastructures, it takes train and bus journeys of migrants as a prism and illustrates the formative characteristics of these passages from spatial, linguistic and praxeological perspectives. This interdisciplinary approach sheds light on the clear common patterns of the two cases as well as on migration-specific communitisation effects in which the journey emerges as an essential stage of cross-border reality. In doing so, the article discusses various, but not necessarily different, constellations of transit and shows how mobility also contributes to the formation of hierarchies in the case of labour migration.

David Templin, Arriving between Brothel and Mosque. Railway Station Districts in West German Cities as Spaces of Migration in the Second Half of the Twentieth Century

In the second half of the twentieth century, railway station districts in major West German cities developed into important arrival and transit areas for various groups of international migrants – from labour migrants to students and asylum seekers. Using the three major cities of Hamburg, Frankfurt upon Main and Munich as examples, this article examines the significance of West German railway station districts for the mobility and arrival processes of international migrants and the role of migration in the transformation of these neighbourhoods. In a first step, the multifunctionality of railway station districts as spaces of living, working, counselling, meeting and socialising is outlined. The corresponding local structures are analysed as »infrastructures of arrival«, which address both specific migrant groups in the neighbourhood and those in the entire city or metropolitan region. In a second step, the reactions of the German urban population, the media and politicians to the increasing significance of international migration processes for the neighbourhoods are examined. These ranged from the scandalisation of »foreigner ghettos« to an exoticising view of the »cosmopolitan« character of urban spaces – discourses that can be placed in the context of planned urban development measures, but also of increasing gentrification processes.

***Stefan Zeppenfeld*, Beyond Arrival and Work. Migration History as Social History – Social History as Migration History**

Migration characterises Germany and its population structure. Accordingly, it should be one of the main categories of historical research. However, the relevance of migration for society as a whole has so far hardly been reflected in the historical sciences. This article argues that social history and migration history should be more closely linked. Following programmatic considerations, three source-based suggestions are made as to how immigrants and their everyday lives in Germany can be seen as constitutive for social history and how connections can be made to fields of research that are not (genuinely) part of migration research. First, a critical examination of the railway station as a space charged with the culture of memory serves to question and deconstruct established symbolic narratives of migration history and to give them a new perspective by incorporating migrant agency. Second, the contribution examines the (post-)migrant media and pop scene using the example of the Cologne label »Türküola« and successful immigrant musicians. Since the 1960s, TV shows for ›guest worker‹ had revealed market gaps in the entertainment industry. Third, amateur football opens up new perspectives on migrants struggles for participation and recognition on the one hand, and on the hitherto often neglected history of immigration in small and medium-sized towns on the other.

Résumés

***Andrea Althaus/Linde Apel/Jana Matthies*, Récits de l'arrivée. Perspectives hambourgeoises sur la migration et la ville**

Hambourg a été et demeure un point de départ, une étape intermédiaire, une destination et un lieu d'aspiration pour les personnes en mouvement. Les migrations hors de la ville, à travers et vers la ville ne marquent pas uniquement de manière décisive la vie urbaine quotidienne, mais sont également constitutives du récit dominant, qui présente Hambourg comme une « porte vers le monde ». La direction inverse – le processus d'arrivée à Hambourg – n'est que peu considéré dans ce récit et dans la recherche menée en histoire urbaine. C'est donc avec une acuité augmentée que se posent les questions portant sur les facettes de l'arrivée et de l'intégration dans la ville, qui sont au cœur de cette contribution. Comment les Hambourgeois et les Hambourgeoises issus de l'immigration relatent-ils leur arrivée dans la ville ? Comment situent-ils leurs expériences au niveau biographique, historique et spatial ? Dans quelle mesure traitent-ils la migration comme un phénomène socio-historique et quel savoir expérientiel est ainsi produit ? Les sources sur lesquelles nous nous appuyons sont constituées de dix entretiens biographiques que nous avons menés en 2023 avec des Hambourgeoises et des Hambourgeois qui sont arrivés dans la ville depuis les années 1970 pour des raisons très différentes et par diverses voies. Leurs réponses illustrent la complexité et l'ancrage contextuel de tels processus, qui ne se déroulent ni de manière statique, ni linéaire. Il apparaît au contraire de manière évidente que les personnes interrogées sont arrivées dans des Hambourgs très différents sur les plans temporel et spatial. Elles se sont appropriées leur espace urbain respectif de manière individuelle par la langue, le savoir expérientiel et des références (trans)locales. Les hypothèses historiographiques et les images urbaines sont mises en mouvement dans l'analyse des entretiens.

***Leon Biela*, La ville et l'Empire. Impérialisme local à Wilhelmshaven autour des années 1900**

L'expansion de l'Empire allemand dans le monde a également marqué la vie de la société allemande métropolitaine. Au niveau local, le rapport à l'impérialisme s'est étroitement associé à des dynamiques et des discours spécifiques à la ville et a ainsi fait émerger des pratiques et des modèles explicatifs impérialistes locaux distincts. Ces derniers ont donné à l'empire mondial une pertinence dans la vie quotidienne et ont ainsi déterminé dans une large mesure la façon dont les Allemands ont compris, vécu et interprété le projet impérial. Dans ce contexte, ces impérialismes n'ont pas uniquement été le reflet ou des pans d'une culture impériale nationale, mais ils ont ajouté à cette dernière des éléments locaux spécifiques. Cela a eu des répercussions sur les développements de certains processus dans la communauté locale, y compris sur des domaines de la vie qui n'étaient pas en lien direct avec

l'Empire colonial allemand. Cet article analyse le phénomène de l'impérialisme local à partir de l'exemple de la ville de Wilhelmshaven, base de la marine allemande, qui n'a jusqu'alors pas été prise en compte dans l'étude de l'impérialisme allemand. La bourgeoisie de la ville de Wilhelmshaven a élaboré, dans le contexte de l'intégration du port dans l'engagement politique au niveau mondial autour de 1900, un récit identitaire de la ville qui a ancré de manière croissante Wilhelmshaven dans des références impériales et qui a défini la société urbaine comme étant une actrice du projet impérial. Par le biais de telles auto-interprétations et des pratiques qui en ont résulté, l'impérialisme local s'est profondément immiscé dans la vie urbaine. Les intérêts économiques ont également renforcé ces dynamiques.

***Stijn Carpentier*, Les migrants et l'anonymat de la métropole. Initiatives catholiques en faveur des travailleurs immigrés turcs et marocains dans la ville de Bruxelles, 1964–1985**

L'historiographie actuelle n'explique guère les liens uniques et parfois surprenants entre les acteurs catholiques et les communautés de travailleurs immigrés musulmans dans les villes d'Europe de l'Ouest à partir des années 1960 jusqu'aux années 1980. C'est pourquoi cet article examine trois initiatives catholiques menées à Bruxelles afin de mettre en lumière l'interaction entre l'aide sociale catholique, l'urbanisation moderne et l'immigration de travailleurs turcs et marocains. Il défend la thèse selon laquelle les acteurs catholiques ont tout d'abord lancé des initiatives en faveur des communautés d'immigrés dans l'objectif d'atténuer les effets négatifs de l'urbanisation et ont ainsi appréhendé les immigrés musulmans à travers un prisme urbain. Ces initiatives, qui se sont développées jusqu'au début des années 1970, ont combiné les principes de la doctrine sociale catholique définis par le concile de Vatican II avec l'activisme en germe de la nouvelle gauche et l'engagement des immigrés. Ce faisant, elles ont adapté le vocabulaire progressiste de l'autonomisation des immigrés *(empowerment)* à un cadre catholique. Durant les années 1980, leur expertise, leur ancrage local et les réseaux internationaux leur ont permis de conserver leur capacité d'innovation et d'influence politique dans le secteur émergent de l'intégration, et ce malgré l'accroissement de la sécularisation et la montée des politiques néo-libérales. En résumé, cette étude illustre l'impact durable des initiatives catholiques sur les communautés immigrées de Bruxelles et plaide en faveur d'un nouveau regard porté sur le rôle des actions locales fondées sur la foi dans l'histoire des mouvements migratoires vers l'Europe de l'Ouest.

***Stefanie Coché*, Incendiaires. Lettres aux survivants des attentats de Mölln**

Le point de départ de cette contribution est un ensemble de sources de plus de 1000 lettres qui ont été envoyées en novembre et en décembre 1992 par des particuliers, parmi lesquels on compte de nombreux enfants, des hommes et des femmes politiques, des entreprises, des syndicats, des associations et des groupes d'influence, aux survivants des attentats de Mölln. Ces lettres permettent en quelque sorte d'ouvrir un regard sur la société de la République fédérale du début des années

1990. Les lettres doivent être lues comme une auto-thématisation de certaines parties de la société – et parfois également comme une forme de monologues de leurs rédacteurs, qui sont à la recherche d'explications, ou comme des dialogues imaginaires avec les auteurs des attentats. Elles permettent également d'appréhender la question de savoir comment une partie de la société s'est confronté aux attentats. Au cœur de cet article se trouvent des règles de dicibilité et des systèmes de valeurs qui n'ont jusqu'alors été guère analysés dans la recherche portant sur la violence d'extrême-droite et sa place dans des contextes sociaux plus larges. L'autrice appréhende les lettres en soulevant six questions de manière systématique. Pour toutes ces questions, il s'agit au fond de se demander comment et selon quelles délimitations les auteurs des lettres ont construit et ont discuté des notions de « germanité » et d'appartenance. Premièrement, l'autrice s'interroge sur les modèles fournis par les auteurs des lettres pour expliquer les attentats. Deuxièmement, elle s'intéresse aux concepts avec lesquels la « germanité » a été thématisée dans les lettres. Troisièmement, l'article s'interroge sur la façon dont les attentats ont été abordés au sein des familles et quatrièmement, de quelle manière les auteurs des lettres se sont positionnés par rapport aux victimes. Cinquièmement, un dessin d'enfant est analysé à titre d'exemple afin de sonder la valeur heuristique d'images réalisées par des enfants et des adolescents en réaction à la violence d'extrême-droite. Enfin, la contribution se penche sur la question de savoir quelles aides concrètes et quels plans d'action ont été envisagés par les auteurs de ces lettres.

***Agnes Gehbald*, « Un nombre énorme de personnes ». Les mouvements de remigration transatlantique depuis Buenos Aires et New York aux alentours des années 1900**

L'émigration depuis l'Europe au tournant du siècle n'a, dans de nombreux cas, donné lieu qu'à un séjour temporaire sur le continent américain. Le retour pouvait se faire dans le cadre du même système de migration transatlantique. Des contemporains de 1900 ont décrit et perçu cette « remigration en masse » depuis l'Amérique du Nord et du Sud vers l'Europe comme un phénomène significatif au niveau quantitatif. L'article analyse cette remigration par l'Atlantique depuis les villes portuaires américaines de Buenos Aires et de New York à partir du nouveau recensement statistique des immigrants et des émigrants, ainsi qu'à l'aide de la couverture médiatique de ce phénomène. L'article retrace dans une première partie la conjoncture conceptuelle dans des sources statistiques d'Argentine et des États-Unis et analyse du point de vue de l'histoire culturelle la façon dont les statistiques ont fonctionné comme un instrument normatif et une stratégie de communication. La deuxième partie porte sur les thèmes récurrents du discours migratoire dans des photographies et des articles de journaux rédigés dans le style de reportages socio-documentaires. Une analyse critique des statistiques migratoires et du discours médiatique montre comment ce nouveau mouvement migratoire de retour vers l'Europe a été perçu par ses contemporains et comment ces derniers ont cherché à en saisir l'ampleur. Même si la migration européenne transatlantique fait partie des domaines les mieux étudiés de la recherche portant sur les migrations, il convient

d'intégrer l'histoire de la remigration vers l'Europe aux récits marqués par l'émigration.

Eva Maria Gajek/Bettina Severin-Barboutie, « Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz? ». La migration de travail et auto-mobilité en République fédérale d'Allemagne

L'article retrace les pratiques automobiles des immigrés en République fédérale et associe en outre de manière méthodique la perspective de la migration avec un regard porté sur la mobilité spatiale et sociale. D'une part, il montre que les immigrés se sont motorisés de manière croissante depuis les années 1960 et que, ce faisant, ils ont utilisé la voiture tout autant comme un moyen de locomotion que comme un instrument servant à affirmer leur autonomisation et leur (nouveau) positionnement social, ainsi que pour gagner de l'argent par-delà les frontières nationales. Dans ce contexte, considérer uniquement ces personnes à travers le prisme du travail salarié qu'elles ont effectué dans le cadre de la migration s'avère être beaucoup trop restrictif. Il faut au contraire les étudier dans les divers rôles qu'elles ont joués au niveau privé et public. En se fondant sur les attributions établies au plus tard depuis les années 1960 entre migration de travail et automobilité, l'article met d'autre part au jour le lien étroit existant jusqu'à aujourd'hui entre les deux. L'accent est mis sur Mercedes-Benz, marque sur laquelle ont été projetées, à l'époque des migrations de travail, des représentations diverses, en partie contradictoires, sur des ordres locaux et nationaux ainsi que sur des communautés sociales et leurs membres, réels ou imaginés, représentations qui perdurent jusqu'à aujourd'hui. L'exemple de Mercedes explicite donc aussi le fort potentiel de connaissance détenu par l'automobile pour l'étude des sociétés (auto)mobiles depuis le XX^{e} siècle et invite en même temps à l'intégrer dans leur analyse davantage que cela n'a été le cas jusqu'à présent.

Jan C. Jansen, Cas limités. Perspectives sur l'histoire des migrations et de l'(im)mobilité moderne

L'histoire des migrations s'est constituée en tant que sous-discipline durant la seconde moitié du XX^{e} siècle avec une idée relativement claire de son propre champ de recherche. Tandis que l'importance de la migration croit de manière significative dans la recherche historique internationale au cours des dernières décennies, l'histoire des migrations a nettement perdu de son assurance en ce qui concerne ses propres catégories et ses intérêts gnoséologiques, y compris dans ses propres délimitations en tant que discipline. L'article explore à partir de quatre champs les espaces limitrophes de l'histoire des migrations et retrace à l'aide d'exemples concrets les potentialités qui y résident : (I) la tension entre perspectives micro- et macro-historiques sur les migrations globales ; (II) l'étude des différents moyens et formes de mobilité et d'immobilité ; (III) l'intégration de la migration libre et non-libre ainsi que (IV) l'histoire conceptuelle autour des notions de migration et de mobilité.

***Carolin Liebisch-Gümüş,* Des itinéraires de fuite de luxe ? La fuite par avion et ses conséquences socio-économiques depuis le national-socialisme jusqu'à la migration de demandeurs d'asile vers la République fédérale**

L'article étudie le rôle du transport aérien des passagers dans l'histoire des migrations du XX^{e} siècle, et concrètement, la façon dont l'évolution du trafic aérien commercial influe sur les mouvements d'exode en provenance d'Allemagne et d'Europe et vers l'Allemagne et l'Europe. Les déplacements aériens promettaient de raccourcir et d'accélérer les trajets empruntés pour fuir et d'éviter les routes migratoires terrestres dangereuses. L'étude s'étend des mouvements d'exode face au nazisme jusqu'à la migration croissante des demandeurs d'asile vers la République fédérale depuis la fin des années 1970, en passant par les déplacements des populations fuyant les pays du bloc de l'Est. L'accent est mis sur les coûts et l'accessibilité de la fuite par avion. Nous montrons comment les ressources économiques ont joué un rôle décisif pour déterminer qui pouvait fuir et quelles voies ont été empruntées. Nous mettons notamment en lumière le passage de l'avion comme moyen de transport de luxe durant l'entre-deux guerres et l'après-guerre à un moyen de transport de masse depuis les années 1970 – une démocratisation dont profitent également les personnes fuyant leur pays. Nous défendons la thèse suivante : au cours des années 1980 s'est ensuite produite une restratification : les voyages en avion sont redevenus une « affaire de classe », en particulier pour les demandeurs d'asile sans papiers, car les restrictions en matière de politique migratoire et les dynamiques en cours sur les marchés noirs des passeurs à Istanbul et dans d'autres lieux de transit ont à nouveau augmenté les coûts des fuites par voie aérienne. En se concentrant sur les itinéraires, les moyens et les coûts des voyages, la contribution met en lien l'histoire des mobilités avec la migration par voie terrestre et l'histoire des inégalités sociales.

***Jens Gründler/Christoph Lorke,* Arriver et rester dans l'espace rural. Regards sur l'histoire des migrations à partir du point de vue de l'histoire régionale**

L'article se concentre sur les immigrés de nationalité turque à Gütersloh et à Harsewinkel, deux villes voisines situées en milieu rural dans la région de Westphalie orientale et qui sont toutes deux fortement marquées par quelques entreprises importantes. L'objectif de ces considérations est d'étudier les particularités de l'histoire des migrations, respectivement dans une petite ville et une ville de taille moyenne, qui – telle est notre hypothèse – sont soumises à des réalités et des conditions particulières se distinguant de celles d'une grande ville ou d'une métropole. A partir des processus contemporains de perception et des modalités d'action des acteurs respectifs de la politique communale et des migrants eux-mêmes, nous observons, à l'aide de champs d'investigation divers, les processus de négociation locaux, les stratégies relevant de la politique migratoire ainsi que les appropriations individuelles, et ce des années 1970 jusqu'aux années 1990. Nous lançons des coups de sonde nous permettant d'explorer les champs et les arènes de négociation, qui sont en soi déjà chargés de conflits – et qui, en milieu rural ou dans le cas d'une

petite ville ou d'une ville de taille moyenne présentent également, en raison des différences dans les configurations spatiales, sociales et économiques, des spécificités particulières : les infrastructures d'accueil, le travail et l'absence de travail, le logement ainsi que l'école et la formation professionnelle.

***Olga Sparschuh*, Entre « question des étrangers » et « système d'évaluation ». Le Bureau d'information prussien en charge des questions relatives à l'inscription des étrangers, 1904–1944**

Avec la mondialisation et l'essor des sciences et techniques, de plus en plus d'étudiants étrangers ont été attirés par les universités et les établissements d'enseignement supérieur de l'Empire allemand. Les pratiques prussiennes d'admission, au départ très libérales, n'ont pas changé uniquement en raison du nombre croissant des étudiants, mais également à cause du déplacement de leurs régions d'origine vers l'Europe de l'Est et du Sud : en 1904 a été fondée à Berlin la Commission d'évaluation des bulletins scolaires extra-allemands, elle a donné naissance en 1905 au Bureau d'information en charge des questions relatives à l'inscription des étrangers. Jusqu'à présent, cette institution a été considérée dans le contexte du débat politique autour de la « question des étrangers dans les universités allemandes ». Mais elle peut également être interprétée comme étant une première tentative initiée par la Prusse d'instaurer une comparaison entre les différents systèmes éducatifs nationaux. En se fondant sur la correspondance entre les fonctionnaires et les étudiants, notre contribution situe la pratique d'évaluation entre motifs factuels et politiques : d'une part, le bureau s'efforçait d'établir les équivalences, de fixer des normes d'évaluation et essayait de quantifier des informations concernant les diplômes étrangers. De l'autre, les décisions étaient marquées par la hiérarchisation des pays d'origine, par des considérations nationales et des décisions prises au cas par cas. Ce faisant, l'article esquisse également un récit de l'histoire de l'évaluation des qualifications étrangères en Allemagne durant le « long » XX^{e} siècle entre raisons factuelles et intérêts politiques.

***Jana Stöxen/Lumnije Jusufi*, En route dans l'entre-deux. Les itinéraires de migration alternante des migrants de travail d'Europe de l'Est / du Sud-Est dans la migration de travail dite « invitée » et jusqu'à l'époque contemporaine**

Depuis les années 1960, la migration de travail depuis l'Europe de l'Est et du Sud-Est vers l'Allemagne est une réalité qui, outre le contexte économique prédominant, a un impact sur de nombreux contextes sociaux – aussi bien dans le pays d'accueil que dans le pays d'origine. Les autrices de l'article démontrent à l'aide de la migration alternante que cette forme de migration de travail n'est pas unidirectionnelle. Dans cette perspective, elles se penchent sur la migration historique depuis la Yougoslavie / la Macédoine ainsi que sur la migration actuelle en provenance de la République de Moldavie. En cherchant à retracer les itinéraires, qui sont souvent négligés, au moyen d'une approche centrée sur les acteurs, les autrices mettent en

évidence la dimension transnationale du phénomène : en comparant de manière diachronique les voies migratoires concrètes et leurs infrastructures, elles décrivent les trajets en bus et en train des migrants comme un prisme et explicitent à l'aide de perspectives spatiale, linguistique et praxéologique les caractéristiques marquantes de ces passages. Elles souhaitent, à partir de cette approche interdisciplinaire, livrer un aperçu des schémas similaires manifestes dans les deux cas, ainsi que des effets de communautarisation spécifiques aux migrations dans lesquels l'itinéraire apparaît comme une étape essentielle de la réalité de la vie transfrontalière. Elles abordent ainsi différentes situations complexes du trajet transfrontalier, qui ne se distinguent cependant pas nécessairement les unes des autres et montrent comment la mobilité joue, dans le cas de la migration de travail, un rôle quant à la constitution de hiérarchies.

***David Templin*, Arriver entre le bordel et la mosquée. Les quartiers de gare dans les grandes villes d'Allemagne de l'Ouest en tant qu'espaces de migration durant la seconde moitié du XX^e^ siècle**

Dans la seconde moitié du XX^e^ siècle, les quartiers situés autour des gares des grandes villes d'Allemagne de l'Ouest se sont transformés en espaces importants d'arrivée et de transit pour différents groupes de migrants internationaux, et ce des travailleurs immigrés aux demandeurs d'asile, en passant par les étudiants. A travers l'exemple de trois grandes villes, Hambourg, Francfort-sur-le Main et Munich, la contribution étudie l'importance des quartiers de gares en Allemagne de l'Ouest en ce qui concerne les processus de mobilité et d'arrivée des migrants internationaux et le rôle joué par la migration dans la mutation de ces quartiers. Pour ce faire, nous mettons dans un premier temps en évidence la multifonctionnalité des quartiers de gare en tant que lieu d'habitation, de travail et de conseil, de rencontre et de communautarisation. Les structures locales correspondantes sont analysées en tant qu' « infrastructures d'arrivée », qui s'adressent tant à des groupes de migrants habitant le quartier qu'à ceux de l'ensemble de la ville ou de la région métropolitaine. Dans un second temps, nous analysons les réactions des populations urbaines allemandes, ainsi que celles des médias et de la classe politique vis-à-vis de l'importance croissante des processus de migration internationale pour les quartiers. Ces dernières oscillent entre la scandalisation des « ghettos d'étrangers » et un regard exotisant porté sur le caractère « cosmopolite » des espaces urbains, discours que l'on peut situer dans le contexte des mesures planifiées de développement urbain, mais aussi dans celui des processus croissants de gentrification.

***Stefan Zeppenfeld*, Au-delà de l'arrivée et du travail. L'histoire des migrations en tant qu'histoire sociale – l'histoire sociale en tant qu'histoire des migrations**

La migration joue un rôle marquant pour l'Allemagne et sa structure démographique. C'est pourquoi elle devrait faire partie des catégories essentielles de la recherche historique. Jusqu'à présent, les sciences historiques n'ont cependant guère

représenté dans toute son ampleur la pertinence de la migration pour l'ensemble de la société. Cette contribution plaide en faveur d'une meilleure prise en compte à l'avenir des liens existants entre histoire sociale et histoire des migrations. A des réflexions d'ordre programmatique succèdent trois propositions fondées sur l'analyse de sources visant à présenter la façon dont les immigrés et leur quotidien en Allemagne pourraient être traités comme éléments constitutifs de l'histoire sociale et comment pourraient être entrepris des rapprochements vers des champs de recherche qui ne se situent *(a priori)* pas dans le contexte de la recherche sur les migrations. Tout d'abord, une considération critique de la gare comme lieu chargé de mémoire culturelle sert d'incitation à remettre en question les récits symbolico-narratifs de l'histoire des migrations, à les déconstruire et les remettre en perspective en intégrant l'agentivité des migrants. Deuxièmement, nous nous concentrons sur la scène médiatique et pop (post-)migratoire à partir de l'exemple du label de Cologne « Türküola » et des musiciens et musiciennes immigrés à succès. Depuis les années 1960, les émissions destinées aux « travailleurs immigrés » (dit « invités ») avaient mis au jour des créneaux dans le secteur du divertissement. Troisièmement, le football amateur offre de nouvelles perspectives, d'une part concernant les luttes des migrants pour la participation et la reconnaissance, d'autre part en ce qui concerne l'histoire de l'immigration dans les petites villes et les villes de taille moyenne, histoire souvent négligée jusqu'à présent.

Rezensierte Bücher

Besprechungen im Rahmen von Forschungsberichten dieser Ausgabe und Online-Rezensionen des Zeitraums Oktober 2023 bis September 2024, die unter URL: <https://www.fes.de/afs/rezensionen> abgerufen werden können.

Ahlman, Jeffrey: Ghana. A Political and Social History, London: Zed Books 2023 *(rezensiert von Tristan Oestermann)*

Altieri, Riccardo: »Antifaschisten, das waren wir …«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg: Büchner-Verlag 2022 *(rezensiert von Thilo Scholle)*

Andresen, Knud/Justke, Sebastian/Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Vom Ich zum Wir und wieder zurück? Subjektverständnisse zwischen Politisierung und Entradikalisierung seit den 1960er Jahren, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Uwe Sonnenberg)*

Andry, Aurélie: Social Europe, the Road Not Taken. The Left and European Integration in the Long 1970s, Oxford/New York: Oxford University Press 2022 *(rezensiert von Benjamin Thomas)*

Atkinson, Lucy/Blick, Andrew/Qvortrup, Matt: The Referendum in Britain. A History, Oxford/New York: Oxford University Press 2020 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Barop, Helena: Der große Rausch. Warum Drogen kriminalisiert werden. Eine globale Geschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, München: Siedler Verlag 2023 *(rezensiert von Kristoff Kerl)*

Baumann, Jenny: Ideologie und Pragmatik. Die DDR und Spanien 1973–1990, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2023 *(rezensiert von Xavier María Ramos Diez-Astrain)*

Bebnowski, David: Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument« und »PROKLA« 1959–1976, Göttingen: Wallstein Verlag 2021 *(rezensiert von Detlef Siegfried)*

Berghoff, Hartmut/Rome, Adam (Hrsg.): Green Capitalism? Business and the Environment in the Twentieth Century, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2017 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Blick, Andrew: Democratic Turbulence in the United Kingdom, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2024 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Bogdanor, Vernon: Beyond Brexit. Towards a British Constitution, London: I. B. Tauris 2019 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Borowy, Iris: Defining Sustainable Development for Our Common Future. A History of the World Commission on Environment and Development (Bruntland Commission), London/New York: Routledge 2014 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Borowy, Iris/Schmelzer, Matthias (Hrsg.): History of the Future of Economic Growth. Historical Roots of Current Debates on Sustainable Degrowth, London/New York: Routledge 2017 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Brunner, Detlef/Kuhnhenne, Michaela (Hrsg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin: BeBra Wissenschaft 2023 *(rezensiert von Christian Rau)*

Brüggemeier, Franz-Josef: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München: C. H. Beck 2018 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Buschmann, Maximilian: Die Erfindung des Hungerstreiks. Eine transnationale Geschichte, 1880–1950, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023 *(rezensiert von Gisela Diewald-Kerkmann)*

Caradonna, Jeremy L.: Routledge Handbook of the History of Sustainability, London/New York: Routledge 2018 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Caradonna, Jeremy L.: Sustainability. A History, Oxford/New York: Oxford University Press 2014 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Clark, Christopher: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München: DVA 2023 *(rezensiert von Rainer Eckert)*

Dipper, Christof/Duchhardt, Heinz (Hrsg.): Generation im Aufbruch. Die Geschichtswissenschaft in Deutschland im Spiegel autobiographischer Porträts, Köln: Böhlau Verlag 2024 *(rezensiert von Thomas Etzemüller)*

Edwards, Sebastian: The Chile Project. The Story of the Chicago Boys and the Downfall of Neoliberalism, Princeton: Princeton University Press 2023 *(rezensiert von Stefan Rinke)*

Egelston, Anne E.: Sustainable Development. A History, Dordrecht/New York etc.: Springer 2013 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Elsbach, Sebastian: Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933, Wiesbaden: Weimarer Verlagsgesellschaft 2022 *(rezensiert von Dennis Werberg)*

Feldkamp, Michael F.: Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz, München: Langen Müller 2023 *(rezensiert von Horst Dippel)*

Fläschner, Thomas: Bergmannspfade. Die Arbeitswege der Bergleute im Saarrevier, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2022 *(rezensiert von Joana Baumgärtel)*

Frei, Norbert: Im Namen der Deutschen. Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit, München: C. H. Beck 2023 *(rezensiert von Ernst Wolfgang Becker)*

Grober, Ulrich: Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München: Antje Kunstmann Verlag 2013 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Großbölting, Thomas: Alfred Müller-Armack – die politische Biografie eines Ökonomen, Münster: Aschendorff Verlag 2023 *(rezensiert von Ralf Ptak)*

Gschwind, Eva: Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute, Basel: Christoph Merian Verlag 2022 *(rezensiert von Michael Kitzing)*

Gutmann, Martin/Gorman, Daniel (Hrsg.): Before the UN Sustainable Development Goals. A Historical Companion, Oxford/New York: Oxford University Press 2022 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Güttler, Nils: Nach der Natur. Umwelt und Geschichte am Frankfurter Flughafen, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Daniel Rothenburg)*

Hedinger, Daniel: Die Achse. Berlin–Rom–Tokio 1919–1946, München: C. H. Beck 2021 *(rezensiert von Rainer Behring)*

Heidenreich, Felix: Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie, Berlin: Suhrkamp 2023 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Höhler, Sabine: Spaceship Earth in the Environmental Age, 1960–1990, London: Pickering & Chatto 2015 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit (Hrsg.): Matrix der Arbeit. Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit. Analysen – Thesen – Tabellen – Grafiken – Zeittafeln, 7 Bde., Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2023 *(rezensiert von Jürgen Kocka)*

Keating, Michael: State and Nation in the United Kingdom. The Fractured Union, Oxford/New York: Oxford University Press 2021 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Kehnel, Annette: Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit, München: Karl Blessing Verlag 2021 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Kellershohn, Jan (Hrsg.): Der Braunkohlenbergbau im 20. und 21. Jahrhundert. Geschichte – Kultur – Erinnerung, Halle an der Saale: Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt 2023 *(rezensiert von Charlotte Kalenberg)*

Kellershohn, Jan: Die Politik der Anpassung. Arbeitswelt und Berufsbildung im Ruhrgebiet 1950–1980, Wien/Köln etc.: Böhlau Verlag 2023 *(rezensiert von Benno Nietzel)*

Kistenmacher, Olaf: »Gegen den Geist des Sozialismus«. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, Freiburg/Wien: ça ira 2023 *(rezensiert von Mario Keßler)*

Knoll, Wolf-Rüdiger: Die Treuhandanstalt in Brandenburg. Regionale Privatisierungspraxis 1990–2000, Berlin: Ch. Links Verlag 2022 *(rezensiert von Jakob Warnecke)*

Köchl, Sylvia: Delikt Abtreibung. Frauenarmut, ungewollte Schwangerschaften und illegale Abbrüche, Wien: Mandelbaum 2024 *(rezensiert von Kresja MacManus)*

Kotulla, Michael: Deutsches Verfassungsrecht 1806–1918. Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 5: Elsass-Lothringen, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag 2023 *(rezensiert von Horst Dippel)*

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Walter Ulbricht. Der deutsche Kommunist (1893–1945), München: C. H. Beck 2023 *(rezensiert von Martin Sabrow)*

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator (1945–1973), München: C. H. Beck 2024 *(rezensiert von Martin Sabrow)*

Kreienbaum, Jonas: Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2022 *(rezensiert von Petra Dolata)*

Lange, Sophie: Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990. Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2024 *(rezensiert von Martin Bemmann)*

Lieb, Felix: Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2022 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Lösing, Felix: A »Crisis of Whiteness« in the »Heart of Darkness«. Racism and the Congo Reform Movement, Bielefeld: transcript 2020 *(rezensiert von Dean Pavlakis)*

Macekura, Stephen: Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2015 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Mitchell, Peter: Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves, Manchester: Manchester University Press 2021 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Morina, Christina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, München: Siedler Verlag 2023 *(rezensiert von Rainer Eckert)*

Morris, Benny: 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg, Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich 2023 *(rezensiert von Alban Sharkey)*

Neely, Michelle C.: Against Sustainability. Reading Nineteenth-Century American Literature in the Age of Climate Crisis, New York: Fordham University Press 2020 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Neuroth, Benedikt J.: Das Private in der Sicherheitsgesellschaft. Umstrittene Freiheitsrechte in den USA 1963–1977, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023 *(rezensiert von Antonia Wegner)*

Niedhart, Gottfried: Pionier und Außenseiter. Gustav Mayer. Deutsch-jüdischer Historiker des Sozialismus, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2023 *(rezensiert von Mike Schmeitzner)*

Palm, Stefanie: Fördern und Zensieren. Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Jürgen Wilke)*

Paul, Gerhard: Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte, Darmstadt: wbg Theiss 2023 *(rezensiert von Miriam Zlobinski)*

Rau, Christian: Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Berlin: Ch. Links Verlag 2022 *(rezensiert von Jary Koch)*

Rienks, Manuela: Ausverkauft. Arbeitswelten von Verkäuferinnen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2024 *(rezensiert von Daniela Rüther)*

Römer, Felix: Inequality Knowledge. The Making of the Numbers about the Gap between Rich and Poor in Contemporary Britain, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2024 *(rezensiert von Mike Savage)*

Rudloff, Wilfried/von Miquel, Marc: Das Bundessozialgericht und die Formierung des westdeutschen Sozialstaats. Akteure – Rechtsprechung – sozialrechtliche Prägungen, München: C. H. Beck 2024 *(rezensiert von Eberhard Eichenhofer)*

Schorkopf, Frank: Die unentschiedene Macht. Verfassungsgeschichte der Europäischen Union, 1948–2007, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023 *(rezensiert von Horst Dippel)*

Schwarz, Angela/Stahl, Heiner: Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Stefanie Palm)*

Selcer, Perrin: The Postwar Origins of the Global Environment. How the United Nations Built Spaceship Earth, New York: Columbia University Press 2018 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Sobolewska, Maria/Ford, Robert: Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2020 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Sparschuh, Olga: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Göttingen: Wallstein Verlag 2021 *(rezensiert von Christoph Lorke)*

Sprenger-Seyffarth, Jenny: Kriegsküchen in Wien und Berlin. Öffentliche Massenverpflegung und private Familienmahlzeit im und nach dem Ersten Weltkrieg, Bielefeld: transcript 2023 *(rezensiert von Sebastian Merkel)*

Strommenger, Anna: Zwischen Herkunft und Zukunft. »Heimat« in der Sozialdemokratie vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023 *(rezensiert von Vincent Dold und Imogen Wilkins)*

Taverner, Charlie: Street Food. Hawkers and the History of London, Oxford: Oxford University Press 2023 *(rezensiert von Heiner Stahl)*

Türk, Henning: Energiesicherheit nach der Ölkrise. Die Internationale Energieagentur 1974–1985, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Petra Dolata)*

Ullrich, Peter/Arnold, Sina/Danilina, Anna u. a. (Hrsg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Göttingen: Wallstein Verlag 2024 *(rezensiert von Andreas Rentz)*

Ury, Scott/Miron, Guy (Hrsg.): Antisemitism and the Politics of History, Waltham: Brandeis University Press 2023 *(rezensiert von Andreas Rentz)*

Ward, Stuart/Rasch, Astrid (Hrsg.): Embers of Empire in Brexit Britain, London/New York etc.: Bloomsbury Publishing 2019 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Wegner, Larissa: Occupatio Bellica. Die deutsche Armee in Nordfrankreich 1914–1918, Göttingen: Wallstein Verlag 2023 *(rezensiert von Jakob Müller)*

Wellings, Ben: English Nationalism, Brexit and the Anglosphere. Wider Still and Wider, Manchester: Manchester University Press 2019 *(rezensiert von Almuth Ebke)*

Wiede, Wiebke/Wolf, Johanna/Fattmann, Rainer (Hrsg.): Gender Pay Gap. Vom Wert und Unwert von Arbeit in Geschichte und Gegenwart, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2023 *(rezensiert von Wibke Rhein)*

Zeheter, Michael: Die Ordnung der Fischer. Nachhaltigkeit und Fischerei am Bodensee (1350–1900), Köln/Wien etc.: Böhlau Verlag 2014 *(rezensiert von Benjamin Möckel)*

Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen: Wallstein Verlag 2021 *(rezensiert von Jana Matthies)*

Zimmermann, Harro: Günter Grass. Biographie, Hamburg: Osburg Verlag 2023 *(rezensiert von Bernd Rother)*

Die Autorinnen und Autoren des Bandes

Andrea Althaus, geb. 1981; Dr.; 2013–2016 sowie seit 2020 Mitarbeiterin im Oral-History-Archiv »Werkstatt der Erinnerung« an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg; davor Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Biomedizinische Ethik und Medizingeschichte der Universität Zürich sowie Ausstellungskuratorin für verschiedene Kulturagenturen in Basel; 2015 Promotion in Neuerer und Neuester Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit einer Dissertation zur Arbeitsmigration deutscher und österreichischer Haus- und Gastgewerbsangestellter in die Schweiz im 20. Jahrhundert. Veröffentlichungen u. a.: Perfect Match? Zum Zusammenspiel von Oral History und Citizen Science, in: Moderne Stadtgeschichte, 2024, H. 1, S. 47–58; mit *Linde Apel/Jana Matthies*, Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 66–78; mit *Linde Apel/Lina Nikou/Janine Schemmer*, Ein Interview, zwei Gesprächspartner, drei Fragehorizonte, vier Mithörerinnen. Deutungsmöglichkeiten einer archivierten Audioaufnahme, in: *Linde Apel* (Hrsg.), Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert, Hamburg/München 2021, S. 81–117; Vom Glück in der Schweiz? Weibliche Arbeitsmigration aus Deutschland und Österreich, Frankfurt am Main/New York 2017.

Linde Apel, geb. 1963; Dr.; seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und Leiterin der »Werkstatt der Erinnerung«; 2001–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ausstellung »Holocaust – Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung«, Deutsches Historisches Museum, Berlin; 1997–2001 wissenschaftliche Mitarbeit in zwei von der German-Israeli Foundation geförderten Forschungsprojekten zur Geschichte des KZ Ravensbrück, Freie Universität Berlin; 2001 Dissertation »Jüdische Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück 1939–1945«, Freie Universität Berlin. Veröffentlichungen u. a.: mit *Andrea Althaus/Jana Matthies*, Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 66–78; mit *Andrea Althaus/Lina Nikou/Janine Schemmer*, Tuning In. Emotions, Relations, and Dynamics in the Analysis of an Archived Interview, in: The Oral History Review 51, 2024, S. 136–154; mit *Andrea Althaus*, Oral History, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 28.3.2023; mit *Knud Andresen*/*Kirsten Heinsohn* (Hrsg.), Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert, Berlin 2022; Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, Göttingen 2015; Walter und Moshe Wolff: Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen, Göttingen 2014.

Leon Biela, geb. 1999; M. A.; seit 2024 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Albert-

Ludwigs-Universität Freiburg. Zuvor 2017–2023 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der University of Virginia und der Universität Freiburg. Veröffentlichungen u. a.: »Ein Machtfaktor in der nationalen Bewegung«. Wilhelmshaven als Fallbeispiel für den Kolonialrevisionismus vor Ort, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72, 2024, S. 634–655; How to Avoid Dictatorship. The Public Debate over Franklin D. Roosevelt's Court-Packing Plan and Its International Context, in: Journal of Supreme Court History 49, 2024, S. 26–48; mit *Anna Bundt* (Hrsg.), Interwar Crossroads. Entangled Histories of the Middle Eastern and North Atlantic World between the World Wars, Bielefeld 2022; Disarming the Periphery. Interwar Arms Control, British Imperialism, and the Persian Gulf, in: JMEH 19, 2021, S. 469–488.

Stijn Carpentier, geb. 1996; seit 2021 Doktorand am KADOC-KU Leuven, Archive and Research Centre for Religion, Culture and Society. Mitarbeiter der Forschungsgruppe »Negotiating Solidarity«, wo er die soziokulturelle Teilhabe von marokkanischen und türkischen Gemeinschaften mit Migrationshintergrund in der belgischen Gesellschaft untersucht. Master in Mittelalterlicher Geschichte und in Arab and Islamic Studies, beide an der KU Leuven. Veröffentlichungen u. a.: mit *Els Minne*, Au Coeur de la Ville. Marie-Rose Degives engagement voor een warm Brussel, in: Koorts. Erfgoedmagazine van KADOC 23, 2023, H. 2, S. 4–10; Von innen, zusammen und alleine. Mobilisierung und Integration marokkanischer und türkeistämmiger Arbeitsmigrant*innen in die belgischen Gewerkschaften nach dem Anwerbestopp (1974–1985), in: *Simon Goeke/Caner Tekin* (Hrsg), Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren, Köln/Weimar etc. 2024 (im Erscheinen).

Stefanie Coché, geb. 1983; PD Dr.; Studium in Köln, Brno und Warschau; Akademische Rätin a. Z. am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen; Leiterin der von der Gerda-Henkel-Stiftung geförderten Forschungsgruppe »Religion und Moderne in den USA: Psychologie und Lebenswissenschaften an evangelikalen Colleges seit der Mitte des 20. Jahrhunderts«; zuvor 2012–2014 Stipendiatin der a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities der Universität zu Köln; 2015–2016 Wissenschaftliche Mitarbeitern an der Universität zu Köln. Veröffentlichungen u. a.: Psychiatrie und Gesellschaft. Psychiatrische Einweisungspraxis im »Dritten Reich«, der DDR und der BRD 1941–1963, Göttingen 2017; Power and Society in the GDR Reconsidered. The Case of Involuntary Psychiatric Commitment, 1949–1963, in: Central European History 50, 2017, S. 218–235; Vom protestantischen »Beichtvater« zum Verhaltenstherapeuten. Überzeugungsstrategien und Kommunikationsmuster bei Fundamentalisten und New Evangelicals (ca. 1920–1970), in: HZ, 2019, Nr. 309, S. 70–101; Charles E. Fullers Speedboat – oder: Konservative Religion, Consumerism, Leistung und Freizeit in den USA in den 1920er Jahren, in: *Jürgen Finger/Benjamin Möckel* (Hrsg.), Ökonomie und Moral im langen 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Göttingen 2022, S. 86–97; mit *Daniel Brewing*, Die Miliz und das amerikanische Selbstverständnis. Individuelle Freiheit und institutionelle Hierarchien in der Early Republik (1813–1828), in: Amerikastudien/American Studies 67, 2022, S. 309–328; Der Psychiater als »Kenner«: Charak-

terfestigkeit, Autorität und Intuition als Kernelemente des psychiatrischen Selbstverständnisses vor und nach 1945, in: *Cornelius Borck/Gabriele Lingelbach* (Hrsg.), Zwischen Beharrung, Kritik und Reform. Psychiatrische Anstalten und Heime für Menschen mit Behinderung in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Frankfurt am Main/New York 2023, S. 85–110.

Almuth Ebke, geb. 1985; Dr.; seit 2013 Akademische Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Mannheim. Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Alten Geschichte und Neueren deutschen Literaturwissenschaft an den Universitäten Tübingen, Aix-Marseille I und Cambridge. 2011–2012 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Fellowships an der University of Cambridge, den Deutschen Historischen Instituten London und Washington sowie dem Institute of Advanced Studies, University College London. Veröffentlichungen u. a.: Britishness: Die Debatte über nationale Identität in Großbritannien, 1967 bis 2008, Berlin 2019; Identität. Die britische Neue Linke und die politischen Wurzeln eines umstrittenen Konzepts, in: HZ, 2022, Nr. 315, S. 350–384; From »Ethnic Community« to »Black Community«. The Cultural Belonging of Migrants between Race Relations Research and the Politics of Blackness in 1970s and 1980s Britain, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington DC, 2020, Supplement 15, S. 93–110; The Decline of the Mining Industry and the Debate about Britishness of the 1990s and Early 2000s, in: Contemporary British History 32, 2018, S. 121–141.

Eva Maria Gajek, geb. 1981; Dr.; Studium der Neueren und Neusten Geschichte, der Technik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie der Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. 2007–2011 Stipendiatin am Graduiertenkolleg »Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart« an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Für ihre Promotion erhielt sie den Dissertationspreis ihrer Universität und den Hedwig-Hintze-Preis des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands. Danach wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Fachjournalistik Geschichte und ab 2019 der Leibniz-Preis-Forschergruppe »Geschichte und Theorie des globalen Kapitalismus« an der JLU. Seit 2022 Researcher der Forschergruppe »Wealth and Social Inequality« am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Sie arbeitet zu Vermögensverteilung und sozialer Ungleichheit im langen 20. Jahrhundert und ist derzeit Fellow am SFB »Dynamiken der Sicherheiten« an der Universität Marburg. Veröffentlichungen u. a.: Imagepolitik im olympischen Wettstreit. Die Spiele von Rom 1960 und München 1972, Göttingen 2013; mit *Christoph Lorke*, Soziale Ungleichheit im Visier. Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945, Frankfurt am Main/New York 2016; mit *Anne Kurr/Lu Seegers* (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Akteure, Räume und Lebenswelten im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019.

Agnes Gehbald, geb. 1988; Dr.; Studium der Geschichte, Spanisch und Deutsch in Konstanz; seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Universität Bern; zuvor 2015–2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte an der Univer-

sität zu Köln; 2018 Fellow an der John Carter Brown Library, Brown University; 2019–2020 Visiting PhD Student am Centre of Latin American Studies an der University of Cambridge. Veröffentlichungen u. a.: Review Essay Port Cities, in New Global Studies 17, 2023, S. 105–110; A Colonial Book Market. Peruvian Print Culture in the Age of Enlightenment, Cambridge/New York etc. 2023.

Jens Gründler, geb. 1971; Dr.; wissenschaftlicher Referent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster und Lehrbeauftragter an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen. Aktuelle Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte von ›Blindheit‹ und ›Gehörlosigkeit‹ im 20. Jahrhundert, Kinderkuren und ›Verschickungskinder‹, die Geschichte der Migration im 20. Jahrhundert sowie Sozialgeschichte der Psychiatrie. Derzeit erarbeitet er eine Studie zu Wohnverhältnissen von Migranten in ländlichen Regionen Deutschlands zwischen 1970 und 2010 sowie eine Geschichte der LWL-Förderschulen im 20. Jahrhundert. Veröffentlichungen: Arriving in »Dammanns Hof«: A Case Study on a Small-Town High-Rise Estate in West-Germany in the 1970s and 1980s, in: *David Templin* (Hrsg.), Arrival Neighborhoods in Europe since the Mid-19th Century. Migrations, Cities, Infrastructures, New York/London 2024, S. 197–222; Migration und Wohnen im ländlichen Ostwestfalen von 1970 bis in die 1990er Jahre, in: *Matthias Frese/Thomas Küster/Malte Thießen* (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte, Paderborn 2023, S. 462–492.

Jan C. Jansen, geb. 1980; Prof. Dr.; seit 2023 Professor für Neuere Geschichte (19. und 20. Jahrhundert) an der Universität Tübingen. Studium in Freiburg, Paris und Basel, Promotion in Konstanz. 2009 Visiting Research Student an der School of Oriental and African Studies, London, 2009–2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, 2011 Gastforscher am Institut de Recherche sur le Maghreb contemporain, Tunis, 2014–2020 Research Fellow am German Historical Institute Washington, 2019 Visiting Scholar an der George Washington University, 2018–2020 Associated Scholar an der Georgetown University, 2020–2023 Tenure-Track-Professor an der Universität Duisburg-Essen. Forschung zur europäischen, nordafrikanischen und atlantischen Geschichte (18.–20. Jahrhundert), Kolonialismus und Dekolonisation, Migrations- und Fluchtgeschichte, Rechtsgeschichte, politische Kulturgeschichte und Erinnerungsforschung. Veröffentlichungen u. a.: mit *Kirsten McKenzie* (Hrsg.), Mobility and Coercion in an Age of Wars and Revolutions. A Global History, c. 1750–1830, Cambridge/New York 2024; mit *Jürgen Osterhammel*, Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 9. Aufl., München 2021; mit *Simone Lässig* (Hrsg.), Refugee Crises, 1945–2000. Political and Societal Responses in International Comparison, Cambridge 2020; mit *Jürgen Osterhammel*, Decolonization. A Short History, Princeton 2017; Erobern und Erinnern. Symbolpolitik, öffentlicher Raum und französischer Kolonialismus in Algerien, 1830–1950, München 2013.

Lumnije Jusufi, geb. 1977; PD Dr., Studium und Promotion an der LMU München, Habilitation an der HU Berlin, Privatdozentin an der HU Berlin, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Schroubek Fonds Östliches Europa und der Alexander von Humboldt-Stiftung, Drittmittel von der DFG und vom BMBF. Veröffent-

lichungen: Vier Monografien, ein Lehrbuch zum Albanischen als Fremdsprache, drei Sammelbände, zahlreiche Artikel und Rezensionen sowie Organisation von zahlreichen Konferenzen. Forschungsschwerpunkte: Varietätenlinguistik, Migrationslinguistik und -forschung, Border Studies, Fremdsprachen- und Herkunftssprachendidaktik.

Jürgen Kocka, geb 1941; Prof. i. R. Dr. Dr. h.c mult.; lehrte Moderne Geschichte, besonders Sozialgeschichte, in Bielefeld, an der Freien Universität Berlin und an der University of California in Los Angeles; war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Herausgeber der von Gerhard A. Ritter begründeten Reihe »Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts«. Veröffentlichungen u. a.: Geschichte des Kapitalismus, München 2024 (zuerst 2013); Kampf um die Moderne. Das lange 19. Jahrhundert in Deutschland, Stuttgart 2021; Historians and the Future, Uppsala 2020; Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse. Unter Mitarbeit von Jürgen Schmidt, Bonn 2015.

Friedrich Lenger, geb. 1957; Prof. Dr.; 1999–2024 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Studium der Geschichte, der Soziologie, der Politischen Wissenschaften und der Kulturanthropologie in Düsseldorf, Ann Arbor und Bielefeld; 1985–1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschulassistent in Tübingen, 1994/95 Lehrstuhlvertretungen in Bielefeld und Tübingen, 1995–1999 Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Erlangen, 1997/98 Visiting Fellow am St Antony's College Oxford, 2001/02 Konrad-Adenauer-Lehrstuhl am Center for German and European Studies der Georgetown University, 2009/10 Fellow am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz, 2011/12 Fellow am Historischen Kolleg München, 2015 Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Veröffentlichungen u. a.: Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986; Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt am Main 1988; Werner Sombart (1863–1941). Eine Biographie, München 1994 (3. Aufl. 2013); Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung, Stuttgart 2003; Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013 (2. Aufl. 2014); Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus, München 2023 (englische und chinesische Übersetzungen in Vorbereitung).

Carolin Liebisch-Gümüş, geb. 1988; Dr.; seit 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Globale/Transregionale Geschichte am Deutschen Historischen Institut Washington; 2018 Promotion an der Universität Heidelberg; 2013–2016 Doktorandin am Heidelberger Exzellenzcluster Asia and Europe in a Global Context; 2016–2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für die Geschichte des 19.–21. Jahrhunderts der Universität Kiel. Schwerpunkte in der europäischen, vor allem deutschen und türkischen Neueren und Neuesten Geschichte, Internationalen Geschichte, Geschichte von Mobilität, Infrastrukturen und Migration. Aktuellste Veröffentlichungen: Im Drehkreuz. Konflikte um Asyl und Zurückweisungen am Frankfurter Flughafen (1980–1995), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary

History 20, 2023, S. 85–112; Transitzone, in: *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 5.7.2023; Fiction and Filter: The Emergence of Airport Transit Zones in the Twentieth Century, in: *Marian Burchardt/Dirk van Laak* (Hrsg.), Making Spaces through Infrastructure. Visions, Technologies, and Tensions, Berlin/Boston 2023, S. 169–192; Mobilität/en und Mobilitätsgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.3.2022.

Christoph Lorke, geb. 1984; PD Dr.; wissenschaftlicher Referent für die Geschichte des Arbeitens am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte sowie Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Münster. Zuvor 2009–2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrstuhlvertretung ebenda. Forschungen zu Armut und sozialer Ungleichheit, Migration, zur »Vereinigungsgesellschaft« sowie zur Regional- und Stadtgeschichte. Aktuelle Veröffentlichungen aus dem Bereich Migrationsgeschichte: Binationale Paarbeziehungen und Eheschließungen im geteilten Deutschland: Praktiken, Deutungen und Agency in: Geschichte und Gesellschaft 48, 2022, S. 394–427; »… war schon zuhause die Hölle los …«. Italienisch-deutsche Eheschließungen, in: *Alexander Kraus/Aleksandar Nedelkovski/Anita Placenti-Grau* (Hrsg.), Percorsi di vita. Lebenswege nach Wolfsburg, Göttingen 2023, S. 64–69; »Ist es ein Verbrechen, einen Ausländer zu lieben?«. Binationale Paarbeziehungen in den Bezirken Halle und Magdeburg der DDR, in: Jahrbuch Sachsen und Anhalt 36, 2024, S. 291–311; Harem, Scharia, ›Vielweiberei‹: Paarbeziehungen und Eheschließungsvorhaben zwischen einheimischen Frauen und muslimischen Männern im Deutschland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Migrationsforschung 2, 2022, H. 1, S. 5–33.

Jana Matthies, geb. 1996; M. A.; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, seit 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) im Projekt »Blind Spot – Die Erinnerung an den Holocaust in der Ukraine in der deutsch-jüdischen Erinnerungskultur«, zuvor tätig an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Veröffentlichungen u. a.: (K)ein ehrenvolles Andenken – ein Porträt Wilhelms II. als Entlassungsgeschenk für Bismarck, in: *Fridrun Freise/Thorsten Logge/Ulf Morgenstern* (Hrsg.), Kanzlergeschenke. Kulturgeschichte(n) des Schenkens, Hamburg 2020, S. 37–51; mit *Andrea Althaus/Linde Apel*, Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science, in: Zeitgeschichte in Hamburg. Jahrbuch der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 66–78; Im Zwiespalt der Erinnerungen – Die Vereine ehemaliger Hamburger in Israel, in: Aschkenas 33, 2023, S. 381–405.

Benjamin Möckel, geb. 1983; PD Dr.; Vertretungsprofessor für Europäische Kultur- und Zeitgeschichte an der Universität Göttingen und Leiter der Gerda-Henkel-Forschungsgruppe »Die Zeit der Demokratie. Zeitstrukturen und temporale Diskurse in der parlamentarischen Praxis in Deutschland und Frankreich nach 1945«. Studium von Geschichte und Philosophie an der Universität Göttingen. Promotion am Graduiertenkolleg Generationengeschichte. Zuvor 2014–2023 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Akademischer Rat an der Universität zu Köln. Fellowships u. a. am University College London und der University of Oxford. Veröffentlichungen

u. a.: Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die Kriegsjugendgeneration in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, Göttingen 2014; mit *Jürgen Finger* (Hrsg.), Ökonomie und Moral im langen 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Göttingen 2022; »What Has Posterity Ever Done for Me?«: Future Generations, Intergenerational Justice, and the Chronopolitics of Distant Futures, in: History and Theory 62, 2023, H. 4, S. 66–85; Die Erfindung des moralischen Konsumenten. Globale Produkte und politischer Protest seit den 1950er Jahren, Göttingen 2024.

Anne D. Peiter, geb. 1973; Dr. habil.; Studium der Fächer Germanistik, Geschichte und Philosophie in Münster, Rom, Paris und Berlin, gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes; 2001–2007 DAAD-Lektorin an der Sorbonne IV; 2006 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin, 2018 Habilitation an der Sorbonne Nouvelle; seit 2007 Germanistikdozentin an der Universität von La Réunion (Frankreich, Indischer Ozean). Veröffentlichungen u. a.: Komik und Gewalt. Zur literarischen Verarbeitung der beiden Weltkriege und der Shoah, Köln/Weimar etc. 2007; Träume der Gewalt. Studien der Unverhältnismäßigkeit zu Texten, Filmen und Fotografien. Nationalsozialismus – Kolonialismus – Kalter Krieg, Bielefeld 2019; mit *Sonja Malzner* (Hrsg.), Der Träger. Zu einer tragenden Figur der Kolonialgeschichte, Bielefeld 2018; mit *Wolfram Ette*, Der Ausnahmezustand ist der Normalzustand, nur wahrer. Texte zu Corona, Marburg 2020; Der Genozid an den Tutsi Ruandas. Von den kolonialen Ursprüngen bis in die Gegenwart, Marburg 2024.

Bettina Severin-Barboutie, geb. 1968, Prof. Dr.; Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Clermont Auvergne (UCA) in Frankreich, zugleich assoziiertes Mitglied des Forschungsverbunds »Arts, civilisations, histoire de l'Europe« (ARCHE) der Universität Straßburg. 2016–2022 Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen derzeit u. a. die Geschichte von Mobilität und Migration, die (Post-)Kolonial- und Erinnerungsgeschichte sowie die »Fabrique de l'histoire«. Seit 2021 ist sie Mitherausgeberin des wissenschaftlichen Forschungsblogs »Geschichtstheorie am Werk« (https://gtw.hypotheses.org/). Veröffentlichungen u. a.: mit *Anne Friedrichs*, Mobilities, Categorization, and Belonging. The Challenge of Reflexivity, in: Annales HSS, 30.4.2024, S. 1–10, URL: <https://doi.org/10.1017/ahsse.2022.18> [18.8.2024]; Migration und Zeitgeschichte – Trends, Herausforderungen und Perspektiven, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Zeitgeschichte in Hamburg 2023, S. 49–65; Irritationen durch Migration, in: *Daniel Gerster/Jan Hansen/Susanne Schregel* (Hrsg.), Historische Friedens- und Konfliktforschung. Die Quadratur des Kreises?, Frankfurt am Main/New York 2023, S. 133–149; Un lieu contesté: l'Obersalzberg près de Berchtesgaden en Bavière, in: Recherches sur la cohésion sociale, 2023, Nr. 8, S. 29–38; mit *Catherine Horel* (Hrsg.), Population Displacements and Multiple Mobilities in the Late Ottoman Empire, Leiden 2023.

Olga Sparschuh, geb. 1979; Dr.; Studium der Neueren/Neuesten Geschichte, Sozialwissenschaften, Romanistik und European Studies in Berlin, Turin und London. 2008–2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin und in der Redaktion von »Ge-

schichte und Gesellschaft«, danach Stipendien am Deutschen Historischen Institut Rom und am Leibniz-Institut für europäische Geschichte Mainz. 2020–2023 Koordinatorin der DFG-Forschungsgruppe »Evidenzpraktiken in Wissenschaft, Technik, Medizin und Gesellschaft« und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Technikgeschichte der Technischen Universität München. Gegenwärtig Universitätsassistentin am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien mit dem Projekt »Titel transnational. Importierte Doktorgrade und die Regulierung von Bildungsabschlüssen in einer globalisierten Welt, 1890–1920«. Veröffentlichungen u. a.: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München, 1950–1975, Göttingen 2021; Italien, in: *Jakob Schönhagen*/*Ulrich Herbert* (Hrsg.), Migration und Migrationspolitik in Europa 1945–2020, Göttingen 2023, S. 189–229; mit *Karin Zachmann*/*Saana Jukola*/*Mariacarla Gadebusch Bondio*, Evidence Contestation. Dealing with Dissent in Knowledge Societies, London/New York 2023.

Jana Stöxen, geb. 1995; M. A.; Studium in Halle (Saale), Cluj-Napoca (Rumänien) und Regensburg. Area-Studies-Preis (2020) und Nachwuchspreis des Schroubek-Fonds (2022) für die Masterarbeit zur Transformation der Nachbarschaft eines Bukarester Plattenbaus. Doktorandin im Fach Vergleichende Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg; seit 2022 Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem ethnografischen Projekt zu transnationaler Migration zwischen der Republik Moldau und Deutschland. Veröffentlichungen u. a.: Moldau on the Move. Migrationsbewegungen gestern, heute und morgen, in: APuZ 74, 2024, H. 28–29, S. 46–53; Parcels, Pills, and Pufuleți. Remittances as a Transnational Strategy of Migration between the Republic of Moldova and Germany, in: *Jasna Čapo/Rozita Dimova/Lumnije Jusufi* (Hrsg.), Return Migration and Its Consequences in Southeast Europe, Berlin 2024, S. 263–280; Von alten Schieflagen und neuen Peripherien. Mobile Beschäftigte aus Osteuropa in der deutschen Fleischindustrie, in: *Gunther Hirschfelder/Lars Winterberg/René John* u. a. (Hrsg.), Fleischwissen. Zur Verdinglichung des Lebendigen in globalisierten Märkten, Göttingen 2024, S. 381–410.

David Templin, geb. 1983; Dr.; seit 2022 Vertretung der Apl. Professur für Neueste Geschichte und Migrationsgeschichte an der Universität Osnabrück (75 %) und geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift für Migrationsforschung (ZMF); seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück; zuvor 2002–2009 Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und der Freien Universität Berlin, 2010–2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 2015 Promotion an der Universität Hamburg, 2015–2017 Auftragsstudien zur Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und 2017–2019 Postdoc-Stipendiat im Graduiertenkolleg »Produktion von Migration« des IMIS. Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.), Arrival Neighborhoods in Europe since the Mid-19th Century: Migrations, Cities, Infrastructures, London/New York 2024; mit *Detlef Siegfried* (Hrsg.), Lebensreform um 1900 und Alternativmilieu um 1980. Kontinuitäten und Brüche in Milieus der gesellschaftlichen Selbstreflexion im frühen und späten 20. Jahrhundert, Göttingen 2019; mit *Alexandra Jaeger/Ju-*

lia Kleinschmidt (Hrsg.), Den Protest regieren. Staatliches Handeln im Umgang mit neuen sozialen Bewegungen und linken Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren, Essen 2018; Wasser für die Volksgemeinschaft. Wasserwerke und Stadtentwässerung in Hamburg im »Dritten Reich«, München/Hamburg 2016; Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015.

Stefan Zeppenfeld, geb. 1990; Dr.; Studium in Münster, Istanbul und Berlin, 2020 Promotion an der Universität Potsdam; seit 2022 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum mit einem Forschungsprojekt zur Geschichte der Freizeitgestaltung im 20. Jahrhundert. 2020–2022 Wissenschaftlicher Referent im Referat Public History im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Veröffentlichungen u. a.: Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021; Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung. Migrantische Reaktionen auf rassistische Gewalt in Westdeutschland, in: *Till Kössler/Janosch Steuwer* (Hrsg.), Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 204–224; Teilhabe, Sicherheit – Rechtsextremismus? Motive, Akteur*innen und Kontroversen der bundesdeutschen Initiativen »Ausländer in die Polizei« (1979–2013), in: AfS 63, 2023, S. 311–336.

Menschen waren zu allen historischen Zeiten mobil, ob aus eigenem Antrieb oder aufgrund politischer oder wirtschaftlicher Notlagen. Migrationsbewegungen verknüpfen entlegene Regionen durch Reiserouten und Kommunikationsnetze, sie prägen Bahnhöfe, (Flug-)Häfen und ganze Stadtviertel als Räume des Ankommens und Zusammenlebens. Nationalstaaten sind zwar bemüht, Migration zu steuern, sie können die eigensinnige Suche nach neuen Lebensmittelpunkten und Erwerbsquellen aber nicht in Gänze kontrollieren.Im 64. Band der Zeitschrift Archiv für Sozialgeschichte stehen die Wege und Orte im Zentrum, die Migrantinnen und Migranten für sich erschlossen. Die Beiträge thematisieren Erfahrungen des Unterwegsseins, von Ungewissheit und Fremdheit ebenso wie Konflikte um kulturelle Einflüsse, gesellschaftliche Integration und rechtliche und politische Anerkennung. Sie unterstreichen auf diese Weise, dass Migration eine ganz zentrale Dimension der Sozialgeschichte darstellt.

978-3-8012-4300-5

www.dietz-verlag.de